Die Kriegsschuldfrage

Monatsschrift

für internationale Aufklärung

herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen

Schriftleitung: Alfred von Wegerer.

Jahrgang I und II

BERLIN NW6 / 1925

Inhalt.

Druck von Otto Elsner, Berlin S 42

Die Behandlung der Kriegsschuldfrage.

Von Hans Delbrück.

Immer wieder wird von den verschiedensten Seiten der Vorwurf erhoben, dass in Deutschland nicht das Richtige und das Genügende in der Kriegsschuldfrage geschehe. Manche sagen zwar auch, es sei ganz überflüssig und sogar schädlich, dass man jetzt über dieses Thema rede; das errege nur Streit und erbittere, statt die Gemüter zu versöhnen, was doch vor allem angestrebt werden müsse; Deutschland werde so misshandelt, nicht weil es den Krieg verschuldet, sondern weil es ihn verloren habe. Die letztere Wendung ist gewiss richtig, hebt aber die Tatsache nicht auf, dass es den Regierungen, die im Kriege auf der Seite Frankreichs gestanden haben und die heute der sinnlosen französischen Gewaltpolitik gern entgegentreten möchten, diese Wendung dadurch sehr erschwert wird, dass bei ihren Völkern noch immer die Meinung vorherrscht, Deutschland habe frivoler Weise den Weltkrieg entzündet und es geschehe ihm recht, wenn es dafür so hart wie möglich gestraft würde. Sollte es gelingen, weitere Kreise, namentlich in England oder Amerika, davon zu überzeugen, dass jene Anklage unberechtigt ist, oder auch nur Zweifel zu erregen, ob sie berechtigt ist, so wäre das für Deutschland sicherlich ein sehr grosser Gewinn. Sollte es unmöglich sein, mit diesem Streben durchzudringen? Wir haben doch die Wahrheit auf unserer Seite, und wenn auch die Lüge in der Welt eine furchtbare Macht ist und auch Lügen keineswegs immer kurze, sondern oft sehr lange Beine haben, so dürfen wir doch vertrauen, dass auch die Wahrheit nicht ohne innere Kraft ist, und dürfen nicht nachlassen, sie Tag für Tag zu predigen und sie der Welt, so schwerhörig sie heute auch noch ist, in die Ohren zu schreien.

Dieser Kampf der Wahrheit gegen die Lüge ist nun aber viel schwerer, als Gutgesinnte sich einbilden. Vor allem gilt es, auch einen starken Widerstand innerhalb Deutschlands selbst zu überwinden, einen Widerstand, der nicht auf bösem Willen beruht (obgleich auch dieser vorhanden ist), sondern auf Parteivoreingenommenheit. Zwar stehen auch angesehene Sozialdemokraten und führende Republikaner mit in der Front der Wahrheitskämpfer, nicht wenige ihrer Parteifreunde aber leben in der Empfindung, dass die Republik geschwächt werde, wenn man die alte Regierung rechtfertige, oder bilden sich gar ein, dass sich Regierung und Volk voneinander trennen liessen und dass die Franzosen mit uns glimpflicher verfahren würden, wenn wir ihnen klar machten, dass ja nur die Hohenzollern ihnen den Krieg gemacht hätten und nicht das deutsche Volk.

Ich will mich nicht weiter vertiefen in die Schwierigkeiten, mit denen auch die Erforschung der Kriegsursachen in rein objektivem wissenschaftlichen Sinne zu kämpfen hat, weshalb im besonderen die Arbeiten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, an denen ich als vereidigter Sachverständiger teilnehme, so langsam voranschreiten. Ich will heute nur meine Freude ausdrücken über zwei Neuerscheinungen, die sich, wie ich hoffe, als sehr wirksame Waffe erweisen werden. Die eine ist diese

Zeitschrift, die den fortlaufenden unausgesetzten Kampf gegen alle die von unseren Feinden verbreiteten immer neu auftauchenden Unwahrheiten und Verdächtigungen führen und auf alles neu zutage kommende Material aufmerksam machen oder es selber bringen soll. Die andere ist eine Schrift, deren Erscheinen im Verlage des Vereins wissenschaftlicher Verleger unmittelbar bevorsteht: „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“ von Max Montgelas. Soviel Gutes in der Kriegsschuldliteratur auch schon existiert, so stand es doch entweder wissenschaftlich nicht auf der Höhe, die Verfasser beherrschten das ungeheure Material nicht genügend, wussten auch nicht genau genug, mit welchen Argumenten im gegnerischen Lager hauptsächlich operiert wird, oder aber es waren Einzelpolemiken, an sich wertvoll, aber für eine weite Verbreitung zu spezifisch eingestellt. Montgelas' Leitfaden hat es nun fertig gebracht, auf nicht mehr als etwa 200 Druckseiten einen vollständigen Ueberblick über die ganze Schuldfrage in so durchsichtiger Form zu geben, dass es für jedermann leicht ist, auf jede Frage, die an ihn gestellt wird oder die er sich selber stellt, eine unbedingt zuverlässige Antwort zu finden. Sehr geschickt sind eine Anzahl von Einzelfragen, bei denen eine eingehendere Polemik erforderlich war, aus der eigentlichen Darstellung ausgeschieden und als besondere kleine Kapitel im Anhang behandelt. Aber nicht nur das, sondern überaus sorgsame neue Durchforschung aller Akten durch den Verfasser hat auch noch wichtige neue Aufklärungen gebracht, die hier zum ersten Mal der Oeffentlichkeit unterbreitet werden. Ich will einiges davon hervorheben.

Es wird festgestellt, dass, als der Zar sein berühmtes Manifest für den Pazifismus erliess, das zu den Haager Konferenzen führte, die russischen Staatsmänner die Idee aufgenommen haben nicht ohne den Hintergedanken einer Kriegslist. Sie wollten eine Atempause für russische Rüstungen gewinnen. Witte wollte einen Kontinentalbund gegen England. Kuropatkin fürchtete einen Vorsprung Oesterreichs in der Ausrüstung der Artillerie. Nikolaus II. suchte den deutschen Kaiser im Jahre 1910 über das Fortschreiten der russischen Heeresorganisation zu täuschen. Er schrieb ihm, vier Armeekorps sollten von der Westgrenze Russlands in das Innere zurückverlegt werden. Zwei wurden auch wirklich zurückverlegt, gleichzeitig aber sechs neue Korps errichtet und die zurückverlegten aus diesen ersetzt. Von da an hört der politische Briefwechsel zwischen den beiden Kaisern, wenigstens soweit bisher bekannt ist, auf.

Um die Jahreswende 1913/14 kam es bekanntlich zu einer scharfen Spannung zwischen Deutschland und Russland, weil die Russen nicht dulden wollten, dass der Sultan einen deutschen General (Liman-Sanders) an die Spitze des Armeekorps in Konstantinopel stellte. Wie stellten sich die Franzosen dazu? Sie rieten, dass der Zar ein Kriegsschiff in den Bosporus einlaufen lassen sollte. Das war den Russen zwar völkerrechtlich verboten, aber Herr Poincaré meinte, der Sultan würde nicht wagen, feuern zu lassen.

Von wem ist das Attentat auf den Erzherzog Franz Ferdinand ausgegangen? Es ist jetzt von serbisch freundlicher Seite festgestellt, dass der Organisator des Mordes der Chef der Nachrichtenabteilung im serbischen Generalstab, der Oberst Dimitriewitsch, war. Alle Welt in Belgrad wusste, welcher Art die Agitation war, die dieser Oberst betrieb, aber Herr Paschitsch liess ihn auf seinem Posten.

Die noch immer wiederholte Erzählung, Deutschland habe jede Vermittlung im serbisch-österreichisch-russischen Konflikt verhindert, wird

schlagend widerlegt und nachgewiesen, durch welche Kunstgriffe vielmehr Sasonow den von Deutschland angestrebten Ausgleich verhindert hat. Es stellt sich sogar heraus, dass der Zar selbst den König von England direkt belogen hat.

Wie sehr ist gegen Deutschland gearbeitet worden mit der Tatsache, dass es zuerst den Krieg erklärt hat! Montgelas weist jetzt nach, dass 1914 auch unsere Gegner die Auffassung hatten, dass nicht der, der den Krieg erkläre, sondern der, der zuerst mobil mache, der wahre Angreifer sei, und dass Deutschland von allen Grossmächten zuletzt mobil gemacht hat.

Zu den Fragen, die in den Beilagen behandelt werden, gehört die Legende vom Kronrat am 5. Juli und am 29. Juli von der „geheimen kaiserlichen Instruktion“ an den deutschen Botschafter in Wien; die Geschichte von dem Extrablatt des „Lokalanzeigers“. Eine besonders wertvolle Beilage bilden schliesslich die amtlichen Berichte über die Zusammenkunft Wilhelms II. mit dem Erzherzog Franz Ferdinand in Miramare und Konopischt. In den Entente-Völkern wird heute noch vielfach geglaubt, dass die beiden Herren hier den Weltkrieg verabredet hätten. Die Berichte tun dar, dass sie im Gegenteil ein allgemeines Friedens- und Beruhigungs-Programm verabredet haben.

Dieser Leitfaden sollte in Millionen von Exemplaren in allen Sprachen der Welt verbreitet werden.

Prophezeiungen über den Weltkrieg.

Einige Betrachtungen von Rudolf Kjellén †.

Der Verfasser dieses Aufsatzes, der berühmte schwedische Gelehrte, der sich bei uns in Deutschland vor allem durch seine Arbeiten „Die Grossmächte“, „Die politischen Probleme des Weltkrieges“, „Studien zur Weltkrise“ und „Ein System der Geopolitik“ einen Namen gemacht hat, ist vor kurzem gestorben. Die deutsche Wissenschaft beklagt dies um so tiefer, als Rudolf Kjellén einer der wenigen Forscher gewesen ist, der die politische Lage Europas seit langem mit objektivem Blick und unparteiischem Urteil beobachtet hat. Dafür sind die hier abgedruckten Ausführungen, die kurz vor seinem Hinscheiden niedergeschrieben wurden, ein neuer Beweis. Die Schriftleitung.

Wer mit aussenpolitischem Interesse und offenen Augen das Jahrzehnt vor dem Weltkrieg miterlebt hat, konnte nicht umhin, die auffallende Unruhe im Staatensystem, die alle drei Jahre periodisch wiederkehrenden Krisen (1905, 1908, 1911) und die immer dumpfere Stimmung zu beachten, die sich stets erneuerte, sobald das erste Gefühl der Erleichterung nach einer überstandenen Krise vorüber war. Jetzt, nachträglich scheint es ganz unbegreiflich, dass es wirklich Menschen gab, und zwar in Massen, die keinen Zusammenhang zwischen den unglücklichen Anzeichen sahen, sondern diese ganz unschuldig für zufällige Unannehmlichkeiten in einer sonst guten Welt hielten. Das ist der gleiche Leichtsinn, wie wenn man von einer chronischen Krankheit nur die akuten Anfälle bemerkt. Auch diejenigen, die sonst nicht eingeweiht waren, hatten doch allen Grund, die Situation ernst zu nehmen. Desto mehr musste das bei den herrschenden Persönlichkeiten der Fall sein, bei den Diplomaten und Staatsmännern, die an der Quelle der Unruhe sassen. Ihre Stimmungen werden jetzt allmählich durch Aktenpublikationen und Memoiren bekannt, und je mehr sich dieses Material

vermehrt, desto klarer zeigt es sich, dass die Welt nicht blind ins Verderben rannte.

Hier soll nicht von Sünde und Schuld die Rede sein, sondern es sollen nur einige Stimmen von berufenen Zeugen mit oder ohne offiziellem Auftrag zusammengestellt werden. Wir notieren also einige „Prophezeiungen“ über den Krieg — wenn man Aussagen, die auf wirklicher Kenntnis, scharfer Fixierung und logischer Beurteilung der Tatsachen beruhen, so nennen darf.

Der früheste Hinweis auf einen bestimmten Zeitpunkt für den Ausbruch des Krieges, den ich gefunden habe, steht in einem Bericht des serbischen Geschäftsträgers in London, Gruitsch, an den Ministerpräsidenten in Belgrad, der vom 8. September 1911 datiert ist und somit aus der Zeit der Hochspannung der letzten Marokko-Krise stammt, aber erst im Jahre 1919 veröffentlicht wurde.[1]) Hier wird (aus zweiter Hand) von einem Gespräch mit dem französischen Botschafter Paul Cambon berichtet und dessen Ansicht tritt dabei zu Tage. Er glaubt an eine gegenwärtige Beilegung; „aber durch diese Verständigung werden und können nicht für längere Zeit die Gefahren beseitigt werden, welche von der draufgängerischen Politik Deutschlands drohen. Das Resultat dieser Verständigung wird nur ein Aufschub des Krieges von 3 bis 4 Jahren sein. — Frankreich ist sich bewusst, dass ihm in jedem Falle der Krieg aufgezwungen werden wird. Aber Frankreich sowohl als auch seine Verbündeten sind der Ansicht, dass selbst um den Preis grösserer Opfer der Krieg auf einen entfernteren Zeitraum verschoben werden müsse, d. h. auf 1914 bis 1915. Die Notwendigkeit dieses Aufschubs diktiert nicht so sehr die materielle militärische Vorbereitung Frankreichs — die vorzüglich ist — als die Reorganisation des Oberkommandos, welches noch nicht durchgeführt ist. Diese Frist ist auch für Russland notwendig. Nur England wird davon keinen Vorteil haben. Denn mit jedem Jahr verringert sich die Ueberlegenheit seiner Flotte über die deutsche; aber dennoch rät England im Hinblick auf die Vorbereitung seiner Verbündeten Frankreich an, sich für jetzt mit Deutschland zu verständigen.“

Man könnte diese Aeusserung einen Röntgenstrahl in die esoterischen Zirkel der Entente nennen. Derjenige, der sie tut, ist der gleiche Cambon, der ein Jahr später im Namen Frankreichs die wirkliche (generelle) Entente mit England unterzeichnete, also eine der eingeweihtesten Persönlichkeiten. Auf der direkten Fortsetzung dieser Linie liegt nun die Reise des Ministerpräsidenten Poincaré nach Petersburg im August 1912 und der Beschluss der Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich vom August 1913. Schiemann erblickt hierin bekanntlich das Ergebnis einer bestimmten russischen Forderung und bringt den Beschluss in Zusammenhang mit einer russischen Anleihe in Frankreich, die den Zweck hatte, Russlands militärischen Aufmarsch an der Westgrenze zu erleichtern.[2]) Diese Transaktion erregte von Anfang an grosse Aufmerksamkeit und die ernstesten Besorgnisse auf einem diplomatischen Aussichtsposten, der für die Forschung über die Zeit vor dem Weltkrieg eine Rolle spielen sollte, die sich mit der der Venetianer in früheren Zeiten vergleichen lässt, nämlich auf dem Belgiens.

---

[1]) „Deutschland schuldig?“, Anlage 14, S. 119 ff., und Boghitschewitsch, Kriegsursachen, Dokumenten-Beilage, XI und XII, S. 141 ff. Die Uebersetzung ist der Form nach etwas verschieden; ich halte mich an den Text in der erstgenannten Schrift.

[2]) Schiemann, „Deutschland und die grosse Politik“, 1913, S. 157 ff., und 1914, S. 169 ff. Vgl. Bethmann-Hollweg, „Betrachtungen zum Weltkrieg“, S. 38, und Oncken in „Deutschland und der Weltkrieg“, S. 603.

(H. Oncken.) Die von deutscher Seite veröffentlichten Gesandtschaftsberichte und „Zirkulare" des Aussenministeriums[1]) sind seit 1912 erfüllt von Unruhe über die Entwicklung vor allem in Frankreich. Sie fliessen über von Bemerkungen über die steigende chauvinistische Fiebertemperatur in gewissen tonangebenden Kreisen, in deren Mittelpunkt der Präsident des Ministeriums und zuletzt der Republik steht, und erblicken darin die grösste Gefahr für den Frieden Europas: „J'y crois le plus grand péril, qui menace aujourd'hui la paix de l'Europe", schreibt am 16. 1. 1914 der Gesandte in Paris, Guillaume (Aktenstücke Nr. 110, vgl. Zirkular Nr. 81), „non pas que j'aie le droit de supposer le Gouvernement de la République disposé à la troubler de propos délibéré, je crois plutôt le contraire — mais parce que l'attitude qu'a prise le Cabinet Barthou est selon moi, la cause déterminante d'un surcroît de tendances militaristes en Allemagne". Das neue Wehrgesetz hat die Gefahr akut gemacht, weil Frankreich es ganz einfach nicht lange ertragen kann. Es wirkt nicht nur auf die öffentliche Meinung in Deutschland wie „la préparation à une guerre offensive, à une guerre de revanche et même une sorte de provocation" (Zirkular vom 6. 12. 1913, Nr. 75), sondern es stellt ausserdem Frankreich direkt vor „une abdication, qu'elle ne pourra souffrir ou la guerre à brève échéance. (Guillaume am 12. 6. 1913, Nr. 107, Zirkular Nr. 69.) Ungefähr ein Jahr später (8. 5. 1914, Nr. 115) kommt Guillaume zu einer näheren Zeitbestimmung: „avant deux ans d'ici, il faudra y renoncer ou faire la guerre."

Hier wird also die Frist im Vergleich zur Prophezeiung von 1911 um ein Jahr hinausgeschoben, aber nicht mehr. Ein Licht vom rein technischen Standpunkt aus verbreitet Oberstleutnant Herm. Frobenius, bekannt als regelmässiger Mitarbeiter im militärisch-geographischen Teil von „Petermanns Mitteilungen", und das Beachtenswerte ist, dass seine Erklärung nicht in Noten oder Denkschriften versteckt ist, sondern der Oeffentlichkeit unumwunden vor Ausbruch des Krieges unterbreitet wurde. Die in der Tat Aufsehen erregende Schrift heisst: „Des Deutschen Reiches Schicksalsstunde." Hier wird auf Seite 12—74 klar auseinandergesetzt, wie Frankreich den Uebergang zur dreijährigen Wehrpflicht geregelt hat. Im Herbst 1914 wird der Jahrgang 1894 einberufen; unterdessen wird das neue Gesetz bis zum Jahrgang 1891 angewandt, so dass also 1915 vier Jahrgänge unter den Fahnen gehalten werden, und zwar bis zum Herbst 1916, wo die zwei im Jahre 1913 eingezogenen Jahrgänge (1892 und 93) freigegeben werden. Das bedeutet, dass bis zum Herbst 1916, aber nicht länger eine Mobilmachung mit ungewöhnlicher Leichtigkeit und Schnelligkeit vollzogen werden kann. „Hat Frankreich bis dahin seinen und den Zweck der überstarken Rüstung nicht erreicht, hat es nicht vermocht, Russland und England mitzureissen zum Angriff auf Deutschland, so wird es voraussichtlich vorläufig auf den Rachekrieg verzichten müssen, wenn es sich nicht selbst wirtschaftlich vernichten will". Der Zustand, in den Frankreich sich durch das Wehrpflichtgesetz von 1913 versetzt hat, ist somit „nichts anderes als eine dauernde Kriegsbereitschaft" und die Folge dieser militärischen Massnahme ist mit Notwendigkeit, „dass es auf den Beginn des Krieges gegen Deutschland im Jahre 1915 oder 1916 unter allen Umständen dringen muss." (S. 74.)

---

[1]) „Belgische Aktenstücke 1905—1914", herausgegeben vom Auswärtigen Amt (in Berlin) 1918. „Zur europäischen Politik", 1897—1914, Band 4, im amtlichen Auftrag herausgegeben von B. Schwertfeger.

Die kühle Sachlichkeit dieser Beweisführung erinnert an die bei Paul Cambon im Jahre 1911 (siehe oben), und dazu kommt nun noch eine Art wissenschaftlicher Berechnung auf Grund später eingetretener Tatsachen. Das Ergebnis stimmt mit den belgischen Prophezeiungen überein und bestätigt dieselben mit dem Beweis: Das Jahr 1916 ist der „terminus ad quem". Hier sekundiert nun Rohrbach gleich nach Ausbruch des Weltkrieges in seiner Zeitschrift „Das grössere Deutschland" (vom 8. 8. 1914) aber von der entgegengesetzten Seite im Osten: „Wir wussten, dass er (der Krieg) kommen und dass er bald kommen würde — aber ich habe die Vorbereitungszeit für den russischen Ueberfallsplan auf ein oder zwei Jahre eingeschätzt." Dies ist wieder der Zeitpunkt 1915—16, freilich nur nach ungefährer Schätzung (wie die Zeugenaussage von 1911). Aber die Annahme erhält eine neue autoritative Stütze durch eine erst jetzt von Siebert (Dipl. Aktenstücke, 1921, S. 713 f.) veröffentlichte Note des russischen Botschafters in Berlin, Swerbejew an den Aussenminister Sassonow vom 12. 3. 1914, nach welcher die zunehmende militärische Kraft Russlands immer grössere Unruhe in Berlin erweckt: „Nach der Ansicht hiesiger Regierungskreise wird im Jahre 1916 die russische Belagerungs-Artillerie fertiggestellt sein und von diesem Augenblick an wird Russland als furchtbarer Gegner auftreten, mit dem Deutschland den Kampf aufzunehmen haben wird."

Wie man sieht und leicht verstehen kann, gehen die Zeugenaussagen im allgemeinen von der Angriffslust der Gegnerseite aus. Es fehlt jedoch nicht an Bekenntnissen von Seiten der Entente über aktive Pläne, doch wohlgemerkt bei den Verbündeten. Solche Zeugenaussagen sind in letzter Zeit besonders hinsichtlich Frankreichs gesammelt worden; sie bestätigen sowohl die Sorgen der Belgier wie auch den Verdacht von Frobenius und lassen beide als berechtigt erscheinen. Berliner Tageblatt vom 31. 12. 1921 hat neue Mitteilungen aus russischen Geheimarchiven veröffentlicht, Noten des russischen Botschafters in Paris, Iswolsky an Sassonow aus der Zeit von 1912—13, die in dieser Hinsicht sehr aufschlussreich sind. Hier liest man von der Bestürzung der französischen Regierung angesichts der Erklärung des russischen Generalstabs, dass Russland den Krieg selbst im Falle eines österreichischen Angriffes auf Serbien nicht führen werde (18. 12. 1912); hier ist ferner von Poincarés Wunsch die Rede, „die öffentliche Meinung auf Frankreichs Teilnahme an einem (durch die Lage auf dem Balkan hervorgerufenen) Krieg vorzubereiten" (30. 1. 1913). Hier wird ganz offen zugegeben, dass sich „die französische Regierung dessen bewusst ist, dass das Endergebnis der augenblicklichen Verwickelungen eine Teilnahme Frankreichs an dem allgemeinen Kriege notwendig machen wird, und dass sie dieser Möglichkeit kaltblütig entgegensieht". (30. 1. 1913.) Allem Anschein nach sollten die Sorgen Frankreichs hinsichtlich einer Unterstützung seiner aktiven Politik durch Russland beschwichtigt werden, als am 12. 3. 1914 der Aufsehen erregende Artikel in der Petersburger Zeitung „Birschevija Wjedomosti" aus der Feder eines hohen Militärbeamten — des Kriegsministers Suchomlinow — veröffentlicht wurde, der die Fanfaren enthält, dass „die Zeit der Drohungen (eine Anspielung auf die „Legende" von der Lösung der bosnischen Frage im März 1909) vorüber ist", dass „das Hauptziel der Landesverteidigung erreicht ist" und das „Vaterland auf jede Möglichkeit gefasst ist".[1]) Unter diesen Umständen erhält eine

[1]) Siehe „Deutschland schuldig?", S. 182; über den Zweck einer Beruhigung Frankreichs ebenda, S. 184/5.

japanische Zeugenaussage in dem belgischen Zirkular Nr. 88 vom 15. 4. 1914 grössere Bedeutung, als sie die gewöhnliche Aufschneiderei in Offiziersmessen sonst beanspruchen kann. Der Zeuge war frappiert über den Hass gegen Deutschland, der in Russland herrschte. „Dans les mess des régiments les officiers japonais ont entendu parler ouvertement d'une guerre prochaine contre l'Autriche-Hongrie et l'Allemagne, on y disait que l'armée était prête à entrer en campagne et que le moment était propice aussi bien pour les Russes que pour leurs alliés, les Français.“ Zusammengehalten mit Cambons Prophezeiung aus dem Jahre 1911 bekommt diese Zeugenaussage unleugbar einen ernsten Inhalt. Aber auch für die damalige Zeit, die die genannte Zeitungsäusserung im Gedächtnis hatte, wirkte es nicht beruhigend, im Mai 1914 zu erfahren, dass der Zar eine Probemobilmachung von nicht weniger als einer Million Soldaten auf den Herbst 1914 anbefohlen hatte.

Zur selben Zeit erfuhr die Oeffentlichkeit von einer weiteren beachtenswerten Prophezeiung. Der Petersburger Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ — sekundiert durch Alarmrufe auch in der „Neuen Freien Presse“ und im „Berliner Tageblatt“ — schrieb am 2. 3. 1914, dass sich eine akute Krise vorbereite. Dieser Zeuge unterscheidet sich jedoch von den anderen dadurch, dass er den Zeitpunkt für den Ausbruch erst auf Herbst 1917 ansetzt. Das ist überhaupt der am weitesten hinausgeschobene Termin unter allen Aussagen und er weicht bestimmt ab von dem auf Tatsachen beruhenden Gedankengang von Frobenius und ebenso von den früheren Zeugen über Russland.

Aber auch aus einem anderen rein objektiven Gesichtspunkt konnte man zu dem Ergebnis kommen, dass die Kriegsgefahr näher lag. Deutschlands doppelte Küste war natürlich in einem Krieg ein schwerer Mangel, und der Kieler Kanal in seinem ursprünglichen Umfange hatte ihn nicht beseitigt. Darum war man seit einiger Zeit daran, den Kanal zu vertiefen, so dass auch die modernsten Schlachtschiffe hier verkehren konnten. Diese Arbeit sollte 1915 fertig werden. Unter der Voraussetzung, dass die Kriegsgefahr nicht von Deutschland ausging, dürfte sie also vor 1914 grösser gewesen sein, genau wie die Gefahr eines japanischen Angriffes auf Russland vor der Fertigstellung der sibirischen Eisenbahn und die eines solchen Angriffes auf Nordamerika vor der Vollendung des Panamakanals grösser war. Darum schrieb ich 1913 in einer schwedischen Arbeit über „Die Grossmächte“: „Wenn Europa das Jahr 1915 friedlich erreichen kann, dürfte man sagen können, dass die akute Gefahr für einen allgemeinen Krieg diesmal vorüber ist“.[1]) Hier richtet sich der Blick nach dem westlichen Horizont, nach der Gefahr eines englischen Präventivkrieges wegen der Rivalität auf dem Weltmeer und dem Weltmarkt.

Von verschiedenen Seiten und Gesichtspunkten aus wurde also mit grösserer oder geringerer Bestimmtheit der grosse Krieg innerhalb des Zeitraumes von 1914—1917 erwartet. Inwieweit der Verdacht der Staatsmänner wirklichen Grund hatte oder nicht, ist für diese Untersuchung bedeutungslos. Dieser Punkt wird durch die Zeugenaussagen, die von allen Seiten stammen, ausgeglichen. Misstrauen zu den Absichten der anderen und Furcht vor Ueberfall sind übrigens kaum weniger starke Antriebe zum Krieg als die eigene Lust zum Angriff.

[1]) Teil VII, S. 136. Vgl. Protokoll des schwedischen Reichstags vom 24. I. 1912, I. Kammer, S. 31.

Mit einem unheimlichen Gefühl — das zunimmt, je tiefer man eindringt und je weiter man sich dem Unglücksjahr 1914 nähert — durchforscht man die diplomatischen Aktenstücke während des letzten Jahrzehnts vor dem Weltkrieg. Es ist, als rieche man den Brandgeruch, als sehe man zwischen den Bäumen den Rauch und den roten Schein von einem unwiderstehlich herannahenden Waldbrand. Ich stand schon gewissermassen unter diesem Eindruck, als ich im schwedischen Reichstag zweimal unter Hinweis auf die aussenpolitische Lage vor jener Herabsetzung der Ausgaben für die Verteidigung warnte, welche auf dem Programm der Linken stand,[1]) und ich habe den gleichen Eindruck noch stärker bei der Durchforschung des neuen Materials empfunden, das nun so reichlich an den Tag gekommen ist. Man glaubt, wie im allgemeinen bei den grossen Entscheidungen der Geschichte, zu sehen, wie die Göttin der Freiheit in den Hintergrund zurückweicht, während zugleich die herbe Gottheit der Notwendigkeit in ihrer Unergründlichkeit hervortritt. Wie Deutschlands Reichskanzler einmal sagte: es war „ein gewaltiges Schicksal", das jetzt über Europa hereinbrach; war es auch schwer zu verhindern, so war es doch nicht schwer vorauszusehen und es kam auch für die verantwortlichen Männer nicht unvorhergesehen.

Der angebliche „Kronrat" vom 29. Juli 1914.

Alfred von Wegerer.

Die Julikrisis 1914 trat mit dem 29. Juli in eine neue Phase der Entwicklung ein. Bis zum 28. war der Konflikt äusserlich auf die Doppelmonarchie und Serbien lokalisiert geblieben und beschränkte sich die Einwirkung der europäischen Grossmächte auf Vermittlungsbestrebungen. Nach der Kriegserklärung Oesterreichs an Serbien und der kaum als Bombardement zu bezeichnenden, unbedeutenden Beschiessung von Belgrad hielt Russland zum Teil aus Ueberschätzung der militärischen Angriffsenergie Oesterreichs den Zeitpunkt für gegeben, durch seine Mobilmachung aktiv und offen auf Seiten Serbiens zu treten. Mit dem 29. Juli trat also der Konflikt aus der Enge des Balkans heraus und griff auf die europäische Staatenwelt über.

Die Haltung der deutschen Regierung am 29. ist somit für die Beurteilung der Verantwortlichkeit am Ausbruch des europäischen Krieges von grundlegender Bedeutung. So ist es wohl zu erklären, dass man den Vorträgen, welche am 29. abends in Potsdam beim deutschen Kaiser stattfanden, übertriebenen Wert beigemessen hat, was rein äusserlich dadurch zum Ausdruck kam, dass man nicht nur von Seiten englischer und französischer Gelehrter und Politiker, sondern selbst von neutraler, wohlmeinender Seite diese Besprechungen als „Kronrat" bezeichnete.

Obgleich dieser Behauptung bis heute auch von deutscher Seite ausdrücklich nicht widersprochen worden ist, trifft sie nicht zu.

---

[1]) Siehe Protokoll der I. Kammer 1911 (22. III., S. 41 ff.), 1912 (24. I., S. 34 ff.) und 1913 (22. I., S. 39). Im ersten Fall handelt es sich um einen sozialdemokratischen Antrag, der eine Abrüstung u. a. mit der „zunehmenden Preissteigerung in der Welt" motivierte, wogegen die grossen Zuschüsse von 1905 und 1908 hervorgehoben wurden. Im Jahre 1912 konnte auch auf die grosse Brandgefahr von 1911 hingewiesen werden, und 1913 wurde ein allgemeiner Ueberblick über die Spannung im Staatensystem mit ihren tiefer liegenden Ursachen gegeben.

Am 29. hat ein Kronrat in Potsdam nicht stattgefunden. — Abgesehen von der unzutreffenden Bezeichnung der gewöhnlichen Vorträge beim Kaiser als „Kronrat“ wurde von französischer und englischer Seite die Behauptung aufgestellt, dass bei diesen Besprechungen grundlegende Entscheidungen getroffen worden sind. Viviani, welcher in der Kriegsschuldfrage seine Partner an Einbildungskraft stets noch überbietet, stellt sogar die Behauptung auf, dass an diesem Tage der Krieg beschlossen worden sei.

Als Beleg für die vorstehende Behauptung wollen wir folgende Stellen im Wortlaut anführen:

Französische Behauptungen: Telegramm Jules Cambons an Viviani vom 30. Juli 1914 — Gelbbuch 105. „Es scheint festzustehen, dass der ausserordentliche Ministerrat, der gestern abend in Potsdam mit den Militärbehörden und unter dem Vorsitz des Kaisers abgehalten worden ist, die Mobilmachung beschlossen hatte . . ., dass aber unter verschiedenen Einwirkungen die schwerwiegenden Beschlüsse wieder aufgehoben worden sind. . . . Ich habe übrigens die triftigsten Gründe zu der Annahme, dass alle Mobilmachungsmassnahmen, die vor der Veröffentlichung des allgemeinen Mobilmachungsbefehles durchgeführt werden können, hier getroffen werden . . .“

Diese noch etwas problematisch gehaltene Auffassung Jules Cambons klärte sich im Senatsbericht 1919 Nr. 704 S. 122 zu der folgenden, wie wir heute wissen, unwahren Behauptung: „Um 5 Uhr 45 versammelte der Kaiser in Potsdam seinen Generalstab und seine Minister. Er beschloss die allgemeine Mobilmachung der deutschen Armeen.“

Auf S. 43 des Senatsberichtes findet sich noch folgende Mitteilung: „Jules Cambon telegraphierte um 2 Uhr 40 nach Paris: Herr von Jagow hat ihm (einem neutralen Diplomaten) gesagt, dass bei dem gestern abend 29. Juli in Potsdam mit den militärischen Autoritäten und unter Vorsitz des Kaisers infolge der Bekanntgabe der russischen Mobilmachung (nur von 13 Armeekorps) abgehaltenen Conseil keine endgültigen Entscheidungen getroffen worden seien . . . Nach den persönlichen Auskünften dieses Ministers befanden sich die deutschen Truppen schon auf dem Eisenbahntransport auf unsere Grenze —.“

Viviani sagt in seinem Buch „Réponse au Kaiser“ — „Matin“ vom 25. Juli 1922 — „Am 29. Juli abends Beratungen in Potsdam, wo der Krieg beschlossen worden ist.“

Englische Behauptungen: J. W. Headlam „The History of twelve days“ S. 194 (englische Ausgabe). „An diesem Abend wurde in Potsdam eine Beratung (council) in Gegenwart des Kaisers abgehalten, bei welcher seine militärischen und diplomatischen Ratgeber zugegen waren. Bei dieser Beratung wurde die endgültige Entscheidung getroffen. Bis wir wissen, was hier stattfand, wird der Schleier, welcher über den Handlungen der deutschen Regierung hängt, nicht gelüftet werden können. Es ist Sache des deutschen Volkes, zu gegebener Zeit zu fordern, dass es hierüber aufgeklärt wird. Was waren die persönlichen Wünsche des Kaisers? Welchen Rat hat ihm der Reichskanzler gegeben? Dies sind Dinge, worüber bis jetzt nur die unbestimmtesten und wildesten Gerüchte umlaufen. Wir haben keinen Zutritt zu den Geheimnissen der deutschen Regierung gehabt, wir können sie daher nur aus ihren Handlungen beurteilen.“ —

C. Oman: „The Outbreak of the War“ S. 73: „ . . . Der Kaiser hatte alle seine ersten militärischen und politischen Ratgeber zusammengerufen. Sie trafen sich in Potsdam ungefähr zwischen 8 und 11 Uhr abends . . .“ In folgendem kennzeichnet Oman die Beratung ausdrücklich als „Kronrat“

und führt dann fort: „Ueber die Vorgänge der Potsdamer Zusammenkunft und welche Meinung zwischen den anwesenden hohen Persönlichkeiten die Oberhand gewann, wenn sie überhaupt eine Meinung hatten, lässt sich natürlich nicht sagen. Es mögen Jahre darüber hingehen, ehe ein wahrheitsgemässer Bericht hierüber veröffentlicht wird."

Von Neutralen sagt der Schweizer Dr. Ernst Sauerbeck über den Kronrat in seinem „Kriegsausbruch" S. 409 folgendes: „Der Reichskanzler, der eben aus einem Kronrat in Potsdam kommt, in dem zweifellos alle wichtigen Fragen, auch die der Mobilmachung besprochen und „für alle Fälle" geregelt wurden . . ."

Um darüber zu entscheiden, ob am 29. abends ein „Kronrat" stattgefunden hat oder nicht, ist erforderlich, sich darüber klar zu werden, was man unter einem Kronrat zu verstehen hat, besonders weil gerade mit diesem Begriff von der Propaganda ein ziemlicher Unfug getrieben wird.

Wir folgen hierzu den Ausführungen des Staatsrechtslehrers Prof. Bornhak, welcher im 2. Bande seines „Preussischen Staatsrechtes" S. 135 sagt:

„Die Organisation des Staatsministeriums, welches teilweise an die Stelle des von Stein geplanten Staatsrates trat, beruht auf der Kabinettordre vom 3. Juni 1814, ergänzt durch die Kabinettordre vom 3. November 1817 wegen der Geschäftsführung bei den Oberbehörden. — Das Staatsministerium besteht aus den Leitern der neun Staatsministerien und den etwa ernannten Staatsministern ohne Portefeuille. Letztere haben kein Einzelministerium zu verwalten, sondern sind bloss Mitglieder des Staatsministeriums als Gesamtheit. Meist werden zu Ministern ohne Portefeuille die Leiter der wichtigeren Reichsämter ernannt, um dadurch eine Verbindung zwischen der preussischen und der Reichspolitik herzustellen. Den Vorsitz im Staatsministerium kann der König selbst übernehmen, dann führt die Versammlung die Bezeichnung Kronrat. Dies geschieht jedoch nur bei wichtigeren politischen Beratungen. Gewöhnlich versammelt sich das Staatsministerium in Abwesenheit des Königs."

Hiernach kann man also von einem Kronrat nur dann sprechen, wenn die verantwortlichen Minister unter dem Vorsitz des Kaisers eine gemeinsame Beratung abhalten.

Ueber die äusserlichen Vorgänge, welche am 29. abends in Potsdam stattgefunden haben, gibt uns ein Auszug aus dem Flügel-Adjutanten-Journal Aufschluss, wo es heisst:

„Von 4 Uhr 40 Min. nachm. empfingen S. Majestät zu Vorträgen den Herrn Reichskanzler, den Herrn Kriegsminister, die Herren Chefs des Grossen Generalstabes und Militär-Kabinetts. — 6 Uhr 10 Min. abends traf Seine Königl. Hoheit Prinz Heinrich ein. Von 7 Uhr 15 abends ab nahmen S. Majestät die Vorträge des Staatssekretärs des Reichsmarine-Amtes, des Chefs des Marinekabinetts und des Admiralstabes der Marine entgegen."

Vorträge beim Kaiser hatten also folgende Herren:

Der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg.
Der Kriegsminister General von Falkenhayn.
Der Chef des Grossen Generalstabes General von Moltke.
Der Chef des Militärkabinetts General von Lyncker.
Prinz Heinrich.
Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes v. Tirpitz.
Der Chef des Marinekabinetts Admiral von Müller.
Der Chef des Admiralstabes der Marine von Pohl.

Auf eine Anfrage an den Oberstleutnant Graf von Moltke, welcher an diesem Tage Flügel-Adjutant vom Dienst war und die Eintragungen in das Flügel-Adjutanten-Journal gemacht hatte, ging nachstehende Antwort ein:

„Es ist unbedingt zutreffend, dass am 29. Juli 1914 bei Seiner Majestät dem Kaiser, der an diesem Tage im Neuen Palais weilte, ein Kronrat nicht stattgefunden. Die Vorträge bezw. Besprechungen haben nacheinander stattgefunden, was nicht ausschliesst, dass zeitweilig auch einmal zwei Herren zusammen bei Seiner Majestät waren. — Die politische Lage war damals äusserst gespannt und der Wunsch Seiner Majestät, sich mit den in verantwortlichen Stellen befindlichen Herren auszusprechen, um so begreiflicher, als Seine Majestät infolge „Kieler Woche" und „Nordlandsreise" lange Zeit der Heimat fern gewesen war. Derartige Vorträge militärischer und politischer Persönlichkeiten fanden übrigens allwöchentlich nach einer feststehenden Zeiteinteilung statt. — Die Flügel-Adjutanten waren nie bei diesen Vorträgen zugegen".

Von den hier angeführten Persönlichkeiten sind inzwischen verstorben der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, der Kriegsminister von Falkenhayn, der Chef des Generalstabes von Moltke und der Chef des Admiralstabes der Marine von Pohl. Ueber die Vorgänge bei den Beratungen in Potsdam konnten daher nur noch der Chef des Militärkabinetts Frhr. von Lyncker, Prinz Heinrich, Grossadmiral von Tirpitz und Admiral von Müller Auskunft geben.

Auf entsprechende Anfragen über die Vorgänge bei den Beratungen in Potsdam sind folgende Antworten eingegangen:

1. Generaloberst Frhr. von Lyncker.

Potsdam, den 9. 6. 1923.

„Am 29. Juli 1914 hat nach meiner Ansicht ein Kronrat im Neuen Palais nicht stattgefunden; ich würde sonst hierüber in meinen Aufzeichnungen sicher eine Notiz gefunden haben. Dagegen ist es wohl zutreffend, dass ich an diesem Nachmittag zu meinem gewöhnlichen Vortrag bei Seiner Majestät im Neuen Palais war."

2. Prinz Heinrich.

Herrenhaus Hemmelmark, Eckernförde, den 6. April 1923.

„Ferner bemerke ich, dass ich vom 29. bis 31. Juli 1914 auf Allerhöchsten Befehl mich in Potsdam und Berlin in dauernder Umgebung Seiner Majestät des Kaisers und Königs befand, dass ein Kronrat niemals stattfand, ein solcher mir nicht hätte entgehen können, dass ich dahingegen Zeuge bin, wie Seine Majestät bis zur letzten Stunde bemüht war, jede kriegerische Handlung zu vermeiden, selbst auf die Gefahr hin, strategische Vorteile hiermit aus der Hand zu geben. Wer das Gegenteil behauptet, ist entweder nicht im Bilde, oder bedient sich bewusst der Unwahrheit. — Mein Gedächtnis findet Unterstützung durch Tagebuchaufzeichnungen aus jenen Tagen. —"

3. Grossadmiral von Tirpitz.[1]

Berlin, den 12. 5. 1923.

„Am 29. Juli 1914 hat ganz bestimmt kein Kronrat stattgefunden. Bei meiner Anwesenheit in Potsdam am Abend desselben Tages handelte es sich meinerseits nicht um einen Vortrag. Der Kaiser hatte uns dorthin befohlen, um uns über die augenblickliche politische Lage zu orientieren, speziell auch über die Nachrichten, die Prinz Heinrich von Preussen aus England mitgebracht hatte. Bei dieser Gelegenheit ist

---

[1]) Vgl. auch Tirpitz, „Erinnerungen" (Leipzig, Verlag K. F. Kochler), S. 237/38.

bestimmt keine Mobilmachung vorgeschlagen, auch ist meiner Erinnerung nach weder die Frage der Anordnung für die „Sicherung gegen die Kriegsgefahr“ noch diejenige „der drohenden Kriegsgefahr“ besprochen worden. Ganz bestimmt aber keinerlei Entscheidung für diese vorbereitenden Mobilmachungsanordnungen getroffen. Der Kaiser stand durchaus noch unter dem Eindruck einer friedlichen Erledigung des drohenden Konfliktes infolge seiner persönlichen Demarche an den Zaren.

Meiner Erinnerung nach waren bei jener Unterredung auch die Herren der Armee anwesend. Hierüber könnte ich wahrscheinlich auf Grund meiner in St. Blasien befindlichen Aufzeichnungen von jenem Tage genauere Auskunft geben. Ich kehre in etwa drei Wochen dorthin zurück.

Der kaiserliche Befehl für die „drohende Kriegsgefahr“ ist erst am 31. Juli erlassen worden, nachdem die Mobilmachung der ganzen russischen Armee uns mit Sicherheit bekannt geworden ist.“

4. Admiral von Müller.

Scaby bei Friedersdorf, 13. 5. 1923.

„Obwohl ich meine Aufzeichnungen über Kriegsausbruch und Krieg dem Reichsarchiv übergeben und damit mich entschlossen habe, mich anderweitiger Verwertung dieser Aufzeichnungen zu enthalten, will ich Ihnen doch mitteilen, dass am Nachmittag des 29. 7. 1914 Vortrag des Reichskanzlers, Chef des Generalstabes und Kriegsministers im Neuen Palais stattfand und im Anschluss daran Vortrag der Marinespitzen (Staats. d. R. M. A., Chef des Admiralstabes und Kab.-Chefs). — Was bei dem erstgenannten Vortrag beraten oder beschlossen worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Die Marinevorträge waren sehr belanglos und standen — auch bei dem Kaiser — unter dem Einfluss des Glaubens, dass es diesmal noch gelingen werde, die politische Krise zu überwinden.“

Exzellenz von Jagow hat auf eine Anfrage über die aus dem Senatsbericht angeführte Unterredung mit dem neutralen Diplomaten folgendes mitgeteilt:

„Ich kann auch kaum Mutmassungen aufstellen, wer der „diplomate neutre“, auf den Cambon sich beruft, gewesen sein könnte. Vielleicht Theotoki? Jedenfalls liegen Missverständnisse vor, denn von einem „conseil“ werde ich nicht gesprochen haben; dass ein solcher nicht stattgehabt hat, habe ich neulich noch in meiner Antwort an Viviani selbst festgestellt.[1]) Möglich ist, dass ich gesagt habe, dass noch nichts beschlossen sei. —

Um auf Ihre Frage präzis zu antworten: ad 1) (Wer war der neutrale Diplomat?) nescio; ad 2) (Trifft die Angabe über die Unterhaltung zu?) kann ich weder „ja“ noch „nein“ sagen, jedenfalls aber, dass ich nicht von einem „Conseil“ gesprochen, da dies gar nicht stattgefunden. Dass bei der gespannten Lage der Kaiser in jenen Tagen Vorträge von einzelnen, auch militärischen, Persönlichkeiten gehabt hat, ist nur natürlich. Ich habe den Kaiser am 29. nicht gesehen, glaube allerdings, dass der Reichskanzler am 29. auch nach Potsdam zum Kaiser gefahren war, kann es aber nicht bestimmt sagen. Von „Kronrat“ aber keine Spur“.

Aus den vorstehenden Aeusserungen geht also hervor:

1. Es hat am 29. abends in Potsdam kein „Kronrat“ stattgefunden.

2. Anordnungen für die „Mobilmachung“ des Heeres oder der Flotte sind am 29. nicht getroffen worden.

---

[1]) „D. A. Z.“, Nr. 92, vom 24. II. 1923.

Schwedische Literatur zur Kriegsschuldfrage.

Eine Auswahl der in den Jahren 1914—1922 erschienenen Schriften zur Vorgeschichte und zum Ausbruch des Krieges.

Dr. Anna Margarete Bahr.

I. Werke schwedischer Autoren.

Almgård, Eric: Världskriget i tjugonde seklet. Huru var det möjligt? (Der Weltkrieg im zwanzigsten Jahrhundert. Wie war er möglich?) Fram. Malmö, 1918, 129 S.

Berggren, Per Gust.: Hvem strider för rätten? Ett inlägg i frågan om världskriget. (Wer kämpft für das Recht? Ein Beitrag zur Frage des Weltkrieges.) N. J. Gumperts bokh., Göteborg, 1915, 45 S.

Bergman, Johan och Svensén, E.: Världskrigets historia. En översikt över dess förutsättningar, dess förlopp och dess utgång. (Geschichte des Weltkrieges. Eine Übersicht über seine Voraussetzungen, seinen Verlauf und seinen Ausgang.) Bohlin, Stockholm, 1919, IX, 632, XII S.

Carleson, C. N.: Världskriget. En mansålders stormaktspolitik. En återblick. (Der Weltkrieg. Ein Menschenalter Grossmachtspolitik. Ein Rückblick.) Tiden, Stockholm, 2:uppl. 1915, 152 S.

Davidsson, J. A.: Just emedan jag alltid varit fredsvän. . . Ett försvar för Tysklands sak i världskriget. . . (Gerade weil ich immer Pazifist gewesen bin. . . Eine Verteidigung für Deutschlands Sache im Weltkrieg. . .) Chelius, Stockholm, 1918, 51 S.

Dumrath, O. H.: Världsbranden 1914, dess orsaker och utveckling. Politisk översikt. (Der Weltbrand 1914, seine Ursachen und seine Entwicklung. Politische Übersicht.) Björk & Börjeson, Stockholm, 1914, 48 S.

Forssell, Nils: Världsfredens bankrutt. Några bidrag till det stora krigets förhistoria. (Der Bankrott des Weltkrieges. Einige Beiträge zur Vorgeschichte des grossen Krieges.) Nationella ungdomsförbundets småskrifter i Stockholm, Karl Sjövalls bokh., 1916, 39 S.

Fredenheim, L. S.: Skulden. (Die Schuld.) Sv. andelsförl., Stockholm, 1917, 168 S.

Gran, Sigvard: Tysklands roll i världskriget och svensk neutralitet. Betraktelser över fakta. (Deutschlands Rolle im Weltkrieg und schwedische Neutralität. Betrachtungen über Tatsachen.) Sv. freds- och skiljedomsfören:s förl., Stockholm, 1915, 108 S.

Hammer, S. A.: Wilhelm II. Ett blad ur Tysklands nyare politiska historia. (W. II. Ein Blatt aus Deutschlands neuerer politischer Geschichte.) Åhlen & Åkerlund, Stockholm, 1918, 286 S.

Henriksson, Alf E.: Hur England var rustat för kriget. (Wie England zum Kriege gerüstet war.) A.-B. Affärstryck, Stockholm, 1918, 56 S.

Karlgren, Anton: Den svarta veckan. Timmarna före världskrigets utbrott. En återblick. (Die schwarze Woche. Die Stunden vor Ausbruch des Weltkrieges. Ein Rückblick.) Sv. andelsförl., Stockholm, 1915, 159 S., 2:uppl. 1916, 173 S.

Kjellén, Rudolf: Samtidens stormakter. Geber, Stockholm, 1914, VII, 199 S. Politiska handböcker 1.

In deutscher Übersetzung von C. Koch: Die Grossmächte der Gegenwart. Teubner, Leipzig, Berlin, 1914, 208 S.

In neuer umgearbeiteter Auflage mit dem Titel: Stormakterna och världskrisen. (Die Grossmächte und die Weltkrisis.) 1920, X (1), 224 S.

Kjellén, Rudolf: Världskrigets politiska problem. Populärt vetenskapliga föreläsningar vid Göteborgs högskola. Ny följd Nr. 14. Bonnier, Stockholm, 1915, 182 S.

In deutscher Übersetzung von Dr. Fr. Stieve: Die politischen Probleme des Weltkrieges. Teubner, Leipzig, Berlin, 1916, 142 S.

Kjellén, Rudolf: Världspolitiken 1911—1915. Periodiska översikter. (Die Weltpolitik 1911—1915. Periodische Übersichten.) Lindblad, Uppsala, tr. i. Stockholm, 1920, 268 S.

Laurin, Carl, G.: Alla ha rätt samt andra uppsatser med anledning av världskriget. (Alle haben recht und andere Aufsätze zum Weltkriege.) Norstedt, Stockholm, 1917, VIII, 145 S.

(Leeb-) Lundberg, W.: Hvarför? Några orsaker till världskriget. (Warum? Einige Ursachen des Weltkrieges.) Askersberg, Uppsala, 1914, 29 S., 2:uppl. 32 S.

Nyström, Anton: Före, under och efter 1914. Världskriget. Orsaker och ansvar. (Vor, während und nach 1914. Der Weltkrieg. Ursachen und Verantwortung.) Svanbäck, Stockholm, 1915, 380 S.

In französischer Übersetzung: 1914. Avant, pendant et après. Payot, Lausanne, 1916.

In englischer Übersetzung: Before, during and after 1914. Heinemann, London, 1915.

Nyström, Anton: Inför domstolen. Rannsakning med världskrigets upphovsmän. Fram. Stockholm, 1918, 2:uppl. 248 S.

Zuerst in deutscher Sprache: Vor dem Tribunale. (Eine Abrechnung mit den Anstiftern des Weltkrieges.) P. Omptved, Kristiania, 1917, 141 S.

Steffen, Gustav F.: Krig och kultur. Socialpsykologiska dokumenter och iakttagelser från världskriget. Bonnier, Stockholm, Teil I: 3:uppl. XI, 294 S., Teil II: 8, 369 S., 1915, Teil III: (6), 383 S., 1916, Teil IV: VIII, 439 S., 1917.

In deutscher Übersetzung von Margarete Langfeldt: Krieg und Kultur. Sozialpsychologische Dokumente und Beobachtungen vom Weltkrieg 1914. Diederichs, Jena, 1915, 204 S., politische Bibl. 12.

Svensén, Emil: Världskriget och dess orsaker. (Der Weltkrieg und seine Ursachen.) Lindblad, Uppsala, tr. i Stockholm, 1914, (4), 153 S.

Westerlund, Robert (Hadar Handske): Engelska varningar före världskriget. (Englische Warnungen vor dem Weltkrieg.) Åhlen & Åkerlund, Stockholm, 1917, 111 S.

Englischer und schwedischer Text, Auszüge aus Morel „Marocco in diplomacy“ und Price „The diplomatic history of the war“.

Westerlund, Robert: Vem har rätt? (Wer hat recht?) Åken & Åkerlund, Stockholm, 1916, 59 S.

Wigforss, Ernst: Världskriget och världsfreden. Dokument och reflexioner. (Der Weltkrieg und der Weltfrieden. Dokumente und Betrachtungen.) Tiden, Stockholm, 1915, Teil I: 259 S., Teil II: 471 S.

Ausserdem vgl. weitere Schriften der genannten Verfasser: mehrere Werke Kjelléns (meist in deutscher Sprache vorliegend), Carleson: „Världskrigets kulturfejd“ (Die Kulturfehde des Weltkrieges, Sthm., 1915, 104 S.), Dumrath: „Inför katastrofen“ (Vor der Katastrophe, Sthm., 1914, 64 S.), Fredenheim: „Krig, fred och försvar“ (Krieg, Frieden und Verantwortung, Sthm., 1915, 70 S.), Svensén: „Rysslands vägar till världshaven“ (Russlands Wege zu den Weltmeeren, Uppsala, 1915, 197 S.) und Westerlund: „Skall kulturen eller barbariet segra?“ (Soll die Kultur oder die Barbarei siegen? Sthm., 1916, 52 S.).

Ferner sei auf einige Schriften oben nicht genannter Verfasser aufmerksam gemacht: Poul Bjerre: „Krigsbetraktelser“ (Kriegsbetrachtungen, Sthm., 1915, 80 S.), Omar Ebur: „Rymmer logiken ‚världskriget‘?“ (Liegt Logik im ‚Weltkrieg‘? Sthm., 1915, 8 S., auch in englischer Übersetzung), Ellen Key: „Själarnes neutralitet“ (Die Neutralität der Seelen, Sthm., 1916, 107 S., u. a.), K. G. Ossiannilsson: „Vem har rätt i världskriget?“ (Wer hat Recht im Weltkriege? Sthm., 1916, 62 S.), Axel Welin: „Funderingar med anledning av kriget“ (Gedanken zum Kriege, Göteborg, 1915, 27 S., S. 15 ff.), anonym: „Vem bär skulden?“ (Wer hat die Schuld? 1917, 22 S.), „Vem har störtat Frankrike i kriget?“ (Wer hat Frankreich in den Krieg gestürzt? 1918, 24 S., beides bei Chelius, Sthm.) und „Vem tände världsbranden?“ (Wer entzündete den Weltbrand? Sthm., tr. i. Göteborg, 1917, 8 S.) und weitere zahlreiche, während des Krieges erschienene Propagandaschriften in pro- und antideutschem Sinne.

II. In schwedischer Übersetzung erschienene Literatur.

a) Dokumente.

Belgiens grå bok (Belgisches Graubuch), 1914, 88 S.
Englands vita bok (Englisches Weissbuch), 1914, 175 S.
Frankrikes gula bok (Französisches Gelbbuch), 1915, 262 S.
Italiens gröna bok (Italienisches Grünbuch), 1915, 153 S.
Rysslands gula bok (Russisches Orangebuch), 1914, 64 S.
Serbiens blå bok (Serbisches Blaubuch), 1915, 68 S.
Tysklands vita bok (Deutsches Weissbuch), 1914, 58 S.
Österrike-Ungerns röda bok (Österreichisch-ungarisches Rotbuch), 1914, 168 S.

Sämtliche Farbbücher sind in der Sammlung „Dokument från världskriget 1914—1915" (Dokumente zum Weltkrieg 1914—1915) bei Norstedt in Stockholm erschienen.

Belgiska diplomatdokument 1905—1914. Rapporter från de belgiska sändebuden i Berlin, London och Paris till utrikesministern i Bryssel. Utg. av kejserl. tyska utrikesdepartementet, Chelius, Stockholm, 1915, XII, 263 S.
Belgische Aktenstücke 1905—1914, Mittler, Berlin, 1915.

Hemliga Aktstycken ur ryska utrikeministeriets arkiv. Dokument publicerade i de ryska tidningarna „Pravda" och „Isvästia". (Geheime Aktenstücke aus dem Archiv des russischen Aussenministeriums. In den den russischen Zeitungen „Prawda" und „Iswestija" veröffentlichte Dokumente.) Bonnier, Stockholm, 1918, VIII, 164 S.

Wilhelm II: Från „Willy" till „Nicky". 75 brev från kejsar Wilhelm II. till tsar Nikolaj II. 1894—1914. (Von „Willy" an „Nicky". 75 Briefe des Kaisers Wilhelm II. an den Zaren Nikolaus II. 1894—1914.) Bonnier, Stockholm, 1920, 197 S.

b) Erinnerungen und Aufzeichnungen beteiligter Staatsmänner, Diplomaten und Militärs.

Bethmann-Hollweg, Th. von: Betraktelser med anledning av världskriget. D. 1. Före kriget. Bonnier, Stockholm, tr. i Leipzig, 1919, XI, 186 S.
Betrachtungen zum Weltkriege. 1. Band. Hobbing, Berlin, 1919.

Jagow, G. von: Världskrigets orsaker och utbrott. Norstedt, Stockholm, tr. i Leipzig, 1919, 261 S. Övers. med rättelser och tillägg till den tyska orig.-uppl. (Übers. mit Berichtigungen und Zusätzen zur deutschen Orig.-Aufl.)
Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges. Hobbing, Berlin, 1919.

Gerard, James W.: Som diplomat i Berlin. Av siste amerikanske ambassadören i Berlin. D. 1—2. Lundberg & Olzon, Stockholm, 1917, 212, 221 S.
My four Years in Germany, Hodder & Stoughton, London, 1917.

Gerard, James W.: Öga mot öga med kaiserismen. D. 1. D. 2. Lundberg & Olzon, Stockholm, 1918, 199, 199 S.
Face to face with kaiserism. Hodder & Stoughton, London.

Gourko, David: Minnen och intryck från kriget och revolutionen i Ryssland 1914—1917. (Erinnerungen und Eindrücke aus dem Kriege und der Revolution in Russland 1914—1917.) Norstedt, Stockholm, 1919, 368 S.

Hammann, Otto: Kring Kejsaren. Minnen från åren 1906—1909. Norstedt, Stockholm, 1920, (6), 167 S.
Um den Kaiser. Erinnerungen. Hobbing, Berlin, 1919.

Lichnowsky, Furst: Tyska regeringens skuld till kriget. Min ambassadörmission i London 1912—1914. Bihang: De Mühlonska dokumenter. Lundberg & Olzon, Stockholm, 1918, 91 S. und Tr. å Linkoln Bloms boktr., 1918, 72 S.
Die Schuld der deutschen Regierung am Kriege. 1. Meine Londoner Mission. 2. Die Dokumente Dr. Mühlons. Payot, Lausanne (1918).

Nekludoff, A.: En diplomats minnen från tiden före och under världskriget 1911—1917. (Erinnerungen eines Diplomaten aus der Zeit vor und während des Weltkrieges.) Norstedt, Stockholm, 1921, XII, 332 S.

Tirpitz, Alfred von: Minnen. I och II. Bonnier, Stockholm, 1919, XI, 230 S., (4) S. 231—472.
Erinnerungen. Koehler, Leipzig, 1919.

W i l h e l m II: Gestalter och händelser från åren 1878—1918. Bonnier, Stockholm, 1922. 311 S.

Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878—1918. Koehler, Leipzig, Berlin, 1922.

W i l h e l m (tysk kronprins): Kronprins Wilhelms minnen. Bonnier, Stockholm, 1922. 336 S.

Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm. Cotta, Stuttgart, Berlin, 1922.

c) D a r s t e l l e n d e S c h r i f t e n.

Übersetzungen aus dem Deutschen:

D a v i d, Eduard: Vem bär skulden till kriget? Tal hållet inför holländsk-skandinaviska fredskommittén i Stockholm. Dahlberg, Stockholm, 1917, 60 S.

Wer trägt die Schuld am Kriege? Rede, gehalten vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm. Singer, Berlin, 1917.

S a n n i n g e n o m k r i g e t. En framställning efter officiella källor. Bonnier, Stockholm, 1914, 1:uppl. 139 S., 2:uppl. 156 S.

Die Wahrheit über den Krieg. Mittler & Sohn, Berlin (1914).

S t e g e m a n n, Hermann: Krigets förhistoria belyst av diplomatiska dokument. Åhlen & Åkerlund, Stockholm, 1918, 126 S. Auszug aus:

Geschichte des Krieges. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, Berlin, Teil 1 und 2, 1917.

S u c h o m l i n o w: Den ryska mobiliseringen, belyst av processen och officiella urkunder. Chelius, Stockholm, 1917, 32 S.

Suchomlinow: Die russische Mobilmachung im Lichte amtlicher Urkunden und der Enthüllungen des Prozesses. Wyss, Bern, 1917.

W e s t, Jul. H.: Krigsgalenskap och annat av en dansk i Schweiz. Chelius, Stockholm, 1918, 63 S.

Kriegswahnsinn und Anderes. Finckh, Basel, 1918.

aus dem Dänischen:

R e v e n t l o w, Chr.: Kulturens bankrutt. Övers. från förf:s omarb. manuskript. (Der Bankrott der Kultur. Übers. aus dem umgearbeiteten Manuskript des Verf.) Wahlström & Widstrand, Stockholm, 1919, 82 S.

aus dem Englischen:

C r a m b, J. A.: England och Tyskland. Norstedt, Stockholm, 1915, 128 S.

Germany and England. John Murray, London, 1914.

D i c k i n s o n, G. Lowes: Krigen och vägen till fred. Skriftserie, D. Y. G.-Laboremus. Malmö, Framtiden, 1915, Heft 15, 48 S.

The war and a way out. Cambridge. The Hague: Belinfante, 1915.

H u r u d i p l o m a t e r f r a m k a l l a k r i g av en brittisk statsman. Sv. andelsförl., Stockholm, 1917, 352 S.

N e i l s o n, Francis: How diplomats make war. Huebsch & Co., New York, 1914.

H v a r f ö r E n g l a n d d e l t a g e r i k r i g e t. Af sex medlemmar av Hist. Fakulteten: Oxford, Univ. Boktr., Oxford, 1914, 121 S.

Why we are at war. Great Britains Case. By members of the Oxford Faculty of modern history. Clarendon Press, Oxford, 1914.

S h a w, Bernhard: Sunt förnuft om kriget. Bonnier, Stockholm, 1914, 130 S.

Common sense about the war. Beilage des New Statesman, 14. Nov. 1914.

Sowie eine Reihe der O x f o r d P a m p h l e t e (von Beck, Church, Fisher, Headlam, Struycken, Whitridge).

aus dem Französischen:

D u r k h e i m, Emile, och D e n i s, E.: Vem ville kriget? Colin, Paris, 1916, 64 S.

Qui a voulu la guerre? Colin, Paris, 1915.

S e i g n o b o s, Charles: 1815—1915. Från Wiener kongressen till kriget år 1914. Colin, Paris, 1915, 36 S.

1815—1915. Du Congrès de Vienne à la guerre de 1914. Colin, Paris, 1915.

aus dem Italienischen:

Nitti, Francesco: Det fredlösa Europa. Chelius, Stockholm, 1922, 221 S.
L'Europa senza pace. Bemporad, Firenze, 1921.

und die Übersetzung des gleichzeitig deutsch und französisch erschienenen Buches von

Rignano, E.: Krigsorsaker och fredsproblem. Sv. andelsförl., Stockholm, 1916, 63 S.
Die Kriegsursachen und die Friedensfrage. Orell Füssli, Zürich, 1916.

Monatsbericht.

Presseschau.

Für eine friedliche Lösung. Von Lord Parmoor, Mitglied des englischen Oberhauses und des Privy Council. — „Berliner Tageblatt", 20. Mai 1923, Nr. 234.

In seinem Aufsatz, der Anregungen für eine friedliche Lösung der Reparationsfrage bieten will, betont Lord Parmoor zu Anfang, dass vor allem die Vorstellung, dass ein Land allein für den Krieg verantwortlich sei, endlich beiseite gelegt werden müsse, da jetzt feststehe, dass sie mit den in neuerdings veröffentlichten Schriftstücken enthaltenen Aufschlüssen nicht vereinbar sei. Andererseits hoffe er, dass jede allgemeine Erörterung der Schuldfrage als Gegenstand historischer Forschung auf später verschoben werden könne.

Die Schuldlüge und die Regierung. Von H. A. von Kemnitz, Gesandter z. D., M. d. R. — „Die Zeit", 23. Mai 1923, Nr. 116.

Der Verfasser bedauert, dass die Regierung in der Behandlung der Schuldlüge eine aktive Politik vermissen lasse. Gewiss sei von privater Seite mancherlei zur Bekämpfung der Schuldlüge geschehen, aber entscheidend sei die Gewinnung der öffentlichen Meinung des Auslandes durch ein leidenschaftliches Bekenntnis, unterstützt durch kurze, scharf geschliffene Artikel und Interviews.

Das Geheimnis des Fechenbachurteils. — „Vorwärts", 23. Mai 1923, Nr. 236.

Der „Vorwärts" veröffentlicht nachstehendes Telegramm des bayerischen Gesandten am Vatikan, von Ritter, vom 26. Juli 1914:

Der Papst billigt ein scharfes Vorgehen Österreichs gegen Serbien. Der Kardinalstaatssekretär hofft, dass dieses Mal Österreich standhalten wird. Er fragt sich, wann es denn sollte Krieg führen können, wenn es nicht einmal entschlossen wäre, mit den Waffen eine ausländische Bewegung zurückzuweisen, die die Ermordung des Erzherzogs herbeigeführt hat, und die in Rücksicht auf die gegenwärtige Lage Österreichs dessen Fortbestand gefährdet. In seinen Erklärungen enthüllt sich die Furcht der römischen Kurie vor dem Panslawismus. gez. Ritter.

Das Telegramm des Herrn von Ritter. — „Germania", 30. Mai 1923.

Von „sehr geschätzter Seite" wird der „Germania", dem führenden Zentrumsorgan, zu der Veröffentlichung des Ritter-Telegramms geschrieben: „Nach diesem Telegramm könnte der Anschein aufkommen, als habe der Kardinalstaatssekretär Oesterreich zum Kriege geraten. Sollte der bayerische Gesandte wirklich eine derartige Information an seine Regierung gesandt haben, so müssen wir feststellen, dass zum mindesten ein sehr grosses Missverständnis auf seiner Seite vorgelegen haben muss. Wir können auf das bestimmteste versichern, dass in jenen kritischen Juli-

tagen keinem Vertreter irgendeiner auswärtigen Macht, auch nicht dem bayerischen Gesandten, als massgebliche Ansicht des Vatikans mitgeteilt wurde, nur ein Krieg könne die gespannte internationale Lage entwirren. Das Gegenteil ist der Fall. Die vatikanischen Kreise, an ihrer Spitze der Kardinalstaatssekretär, haben sich bis zur letzten Stunde bemüht, das entsetzliche Unheil eines Krieges von Europa und der Welt fernzuhalten."

Gespräch in Westminster. Von Dr. Max Adler. — „D. A. Z.", 2. Juni 1923, Nr. 250.

Der Londoner Korrespondent der „D. A. Z." berichtet über eine Unterredung mit einem Mitglied des englischen Unterhauses. Dieser habe ihm u. a. gesagt: „Es ist mir unbegreiflich, dass Ihr vier Jahre lang über die Schuldfrage geschwiegen habt, aber es ist auch heute noch nichts geschehen. Warum sagt Ihr nicht zu Euren Feinden: „Wir bestreiten mit aller Entschiedenheit, dass Deutschland die alleinige Schuld an dem Unglück trägt, das durch den Krieg über die Welt gekommen ist. Wir bestreiten es mit aller Entschiedenheit und verlangen, dass ein Weltgerichtshof eingesetzt werde, der die Wahrheit ermittelt und uns von dem Eingeständnis der Schuld befreit, das Ihr uns gewaltsam abgepresst habt."

Diplomatische Aktenstücke aus den Julitagen 1914. — „Frankfurter Zeitung", Nr. 425, 12. Juni 1923.

Die Belgrader Zeitung „Lidovy Listy" veröffentlicht eine Reihe diplomatischer Aktenstücke aus den Julitagen 1914, die ein ehemaliger Beamter der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft in Belgrad dem Blatt übergeben hat. Die „Frankfurter Zeitung" gibt daraus einen „Brief" des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza an Kaiser Franz Joseph vom 1. Juli 1914 wieder. Dieser Bericht des Grafen Tisza ist bereits seit dem Jahre 1919 bekannt und unter Nr. 2 im ersten Band der österreichischen diplomatischen Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914 veröffentlicht.

Aus Zeitschriften.

Die politische Situation in England und die englisch-deutschen Beziehungen. Von G. P. Gooch. Herausgeber der „Contemporary Review", London. — „Zeitschrift für Politik, 1923, Heft 5.

England sei der Entente beigetreten wegen des rapiden Anwachsens der deutschen Schlachtflotte und wegen der deutschen Weigerung, über Rüstungsbeschränkungen zu verhandeln. Es sei eine Legende, England habe Deutschland einkreisen oder angreifen wollen. Nur die deutsche Flotte habe England dazu gebracht, sein alt hergebrachtes System der „splendid isolation" aufzugeben. Seit die deutsche Flotte auf dem Meeresgrunde ruhe, habe England seine, seit 1904 niemals voll besessene Handlungsfreiheit wiedererlangt. Man spreche wohl heute noch von einer Entente, aber in Wirklichkeit bestehe sie nicht mehr.

Ein Bismarckdenkmal der Novemberrevolution (Verantwortlichkeiten VII). Von Richard Fester. — „Deutsche Rundschau", Juni 1923.

Eine Beleuchtung der einzelnen Hauptmomente Bismarckischer Aussenpolitik nach 1871 an der Hand einer Besprechung der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes unter Heranziehung der neuesten Bismarckliteratur. Eine besonders eingehende Behandlung findet die zweite Annäherung an England zur Zeit der Zweibundverhandlungen 1879. Eingeflochten sind in deutscher Uebersetzung die den deutschen korrespondierenden, wichtigsten englischen Aktenstücke über diese Frage nach der Wiedergabe der schwer zugänglichen, 1920/21 veröffentlichten englischen Biographien Beaconsfields und Salisburys.

Eine französische Zeitschrift für die Erforschung der Kriegsursachen.

Seit dem 1. April d. J. erscheint in Paris eine Zeitschrift „Vers la Vérité“, Publication mensuelle spéciale aux Origines et Responsabilités de la Guerre. Herausgeber und verantwortlicher Schriftleiter ist Gustave Dupin, einer der Gründer der „Société d'Etudes documentaires et critiques sur la Guerre“. (Aus den hervorragenden Mitgliedern dieser „Société“ dürfte sich in der Hauptsache der Mitarbeiterkreis der „Vers la Vérité“ zusammensetzen.) Wir bringen nachstehend eine kurze Inhaltsangabe der wichtigsten Aufsätze der drei ersten Hefte:

„Falsifications du Livre jaune. — Les Preuves — (Communications de la Société d'Etudes documentaires et critiques sur la Guerre.) — „Vers la Vérité“, April/Mai 1923.

Eine Analyse der gefälschten Nummern 102, 117 und 118 des französischen Gelbbuches. Die Ausführungen der „Société“ stützen sich auf die Angaben Poincarés vom 19. Januar 1923. (Le Temps, 19. 1. 1923.)

Ce que valent les Mémoires de Viviani. Von Ermenonville. (Gustave Dupin.) — „Vers la Vérité“, April 1923.

Eine Widerlegung der wesentlichsten unwahren Behauptungen Vivianis in seiner „Réponse au Kaiser“.

La Mobilisation russe. Von Gouttenoire de Toury. — „Vers la Vérité“, Mai/Juni 1923.

Eine Studie über die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung. Gouttenoire de Toury stützt seine Ausführungen in der Hauptsache auf die Schrift des General Dobrorolski über die russische Mobilmachung.

L'Ultimatum autrichien et la Réponse serbe. Communication de la Société d'Etudes documentaires et critiques sur la Guerre. — „Vers la Vérité“, Juni 1923.

Die „Société“ widmet dem österreichischen Ultimatum an Serbien und der serbischen Antwortnote eine eingehende Untersuchung. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Behauptung, Serbien habe sich den Forderungen des Ultimatums unterworfen, eine Unwahrheit sei.

Bulletin officiel de la Société d'Etudes documentaires et critiques sur la Guerre.

Mit der vorliegenden Juninummer 1923 stellt das „Bulletin“ sein Erscheinen ein. Es ist nicht möglich gewesen, die notwendigen Kosten für die Weiterführung aufzubringen. Die „Société“ wird ihre Arbeiten in der „Vers la Vérité“ veröffentlichen. Das „Bulletin“ bringt neben einem Aufsatz von Mathias Morhardt über die Tätigkeit der „Ligue des Droits de l'homme“ für die Erforschung der Kriegsursachen die Antwort Poincarés auf die Anfrage der Ligue betreffs der Iswolski-Telegramme vom 13. Oktober 1914. In diesen Telegrammen hatte der russische Botschafter in Paris zum Ausdruck gebracht, dass das hauptsächlichste Kriegsziel Frankreichs darin bestehe, die politische und ökonomische Macht Deutschlands zu vernichten. Er hatte sich dabei auf Unterredungen bezogen, die bereits 1913 zwischen Sasonow und Delcassé, dem damaligen französischen Botschafter in Petersburg, stattgefunden haben sollten. In seiner Antwort erklärt Poincaré, dass die Archive des französischen Auswärtigen Amtes keinerlei Anhaltspunkte dafür bieten würden, dass bereits 1913 die erwähnten Unterredungen stattgefunden hätten. Im übrigen betont

er, dass die Telegramme Iswolskis einen neuen Beweis für die Ungenauigkeit der Berichterstattung dieses Botschafters darstellten. Am 13. September 1914 habe Paléologue, der französische Botschafter in Petersburg, Herrn Delcassé, dem französischen Minister des Auswärtigen, als streng persönliche Auffassung Sasonows, des russischen Ministers des Auswärtigen, mitgeteilt, dass dieser das wichtigste Ziel der drei Alliierten in der Vernichtung der deutschen Macht sehe. Am 10. Oktober habe Delcassé geantwortet, dass er mit Interesse und Sympathie den Kriegszielen Sasonows gegenüberstehe. In keinem Telegramm Delcassés wurde der von Iswolski angeführten Unterredungen Erwähnung getan. Die Behauptung, dass Frankreichs Kriegsziel in der Vernichtung der politischen und ökonomischen Macht Deutschlands bestanden habe, wird auch von Poincaré nicht dementiert.

Bücherschau.

Franke, O., Dr. phil.: Die Grossmächte in Ostasien von 1894 bis 1914. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Krieges. Verlag Georg Westermann, Braunschweig und Hamburg, 1923, 408 S.

Vgl. die Besprechung von Prof. Dr. F. Stuhlmann in der „D. A. Z.“ vom 15. April 1923, Nr. 174.

Un Livre Noir: Tome second. Correspondances d'Iswolsky et Benckendorf. Rapports de Sasonof et de Kokovtsef. Conférences militaires franco-russes. L'Emprunt russe. La Question des Détroits. Librairie du Travail, Quai de Jemmapes, 96, Paris, 1923, 591 S.

Vgl. Besprechung von August Bach im „Berliner Tageblatt“, 30. Mai 1923, Nr. 250.

Renauld, Ernest: 1914—1919. Histoire populaire de la Guerre. Tome II. Tolra, Paris, 1923, 316 S.

Vgl. Besprechung von Hermann Lutz, „Münchener Neueste Nachrichten“, 9. Mai 1923, Nr. 125.

Bausman, Frederick: Und Frankreich? Wieland-Verlag, München, 1923, 370 S. Übertragen und herausgegeben von Otto Eccius. Die englische Ausgabe: „Let France explain“ erschien im Verlag Allen & Unwin, London.

Buchanan, Sir George: My Mission to Russia. Two vols. Cassell, London, 1923.

Churchill, Winston S.: The World Crisis 1911—1914. Thornton Butterworth, London, 1923, 536 S.

Gooch, G. P.: History of modern Europe 1878—1919. Cassell, London, 1923, 728 S.

Morel, E. D.: The secret History of a great Betrayal. „Foreign Affairs“, London, 1923, 47 S.

Vgl. Besprechung, „Kölnische Zeitung“, 20. Mai 1923, Nr. 314 a.

Giolitti, Giovanni: Denkwürdigkeiten meines Lebens. Uebersetzt von C. Ludwig Stein. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, Berlin, 1923, 280 S.

Rosen, Baron: Forty Years of Diplomacy. Allen & Unwin, London, Alfred A. Knopf, New York, 2 vols., 1923, 315, 309 S.

Vgl. Besprechung von Hermann Lutz, „Frankfurter Zeitung“, 4. Juni 1923, Nr. 404.

Radoslawoff, Dr. Vasil: Bulgarien und die Weltkrise. Ullstein, Berlin, 1923, 313 S.

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 48.

Ein italienischer Historiker zur Kriegsschuldfrage.

Der italienische Historiker Professor Corrado Barbagallo hat drei Studien über die Entfesselung des Weltkrieges veröffentlicht. Heft 1 behandelt die Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung während der Julikrise 1914, Heft 2, welchem dieser Aufsatz entnommen ist, die deutsche Regierung und die Julikrise 1914, Heft 3 bringt die russische Politik in den Monaten Juni—August 1914. Die Schriftleitung.

Professor Corrado Barbagallo (Mailand) hat soeben den zweiten Teil einer Studie über die „Entfesselung des Weltkrieges (Come si scatenò la Guerra mondiale)“ veröffentlicht[1]. Nach eingehender, dokumentarisch genau belegter Untersuchung der „Politik des Deutschen Reichs in den Monaten Juni-August 1914“ gelangt er zu folgendem Urteil:

„Mit ruhigem Gewissen kann man nun auch die Frage beantworten: Hat Deutschland den Weltkrieg gewollt? — Auf diese Frage, so wie sie gewöhnlich verstanden wird, kann die Antwort nur noch einmal verneinend lauten. Weder der Kaiser noch seine militärische Regierung noch viel weniger seine Zivilregierung haben einen Krieg gewollt oder entfesselt, um die Welt der Herrschaft Deutschlands zu unterwerfen. Dieser Gedanke lebte einzig und allein in den kleinen Kreisen der Alldeutschen und war während des Krieges in seltenen Fällen der herbe Trank, mit dem manche sich bis zum Paroxismus des in der Arena kämpfenden Gladiators zu berauschen suchten. Die deutsche Regierung der Monate Juni-August — antinationalistisch und antialldeutsch — wollte im Gegenteil den Frieden, sie wollte ihn erst mit nicht genügender Kraft, dann mit zu grosser Nervosität, aber sie wollte ohne Zweifel den Frieden. Nur verstand sie es nicht — weder das eine noch das andere Mal — den Frieden zu erreichen. Der Kaiser und die Militärs schreckten nicht vor einem Kriege mit Russland zurück, der nach ihrer Ansicht rechtzeitig einen Damm der slawischen Flut entgegengesetzt hätte, die Oesterreich-Ungarn zu überschwemmen und damit auch einen Pfeiler der Macht des Deutschen Reiches umzustürzen drohte. Aber sie entschlossen sich zum Kriege erst in der letzten Minute, nach deren Verstreichen ein noch längeres Zögern eine schwere Schuld gewesen wäre. Mehr noch: Weit entfernt, den Krieg des Krieges wegen aus Weltherrschaftsgelüsten zu suchen, nahmen sie die ihnen gewordene Herausforderung nicht mit der festen und zielsicheren Überzeugung und Voraussicht an, mit der Bismarck 48 Jahre früher den Krieg gegen Österreich gewollt hatte, sondern mit der ängstlichen Unentschlossenheit eines Mannes, der beim Anblick eines auf ihn losstürmenden furchtbaren Ungeheuers das Schwert zieht und zuschlägt, einzig und allein, um nicht selbst erschlagen oder durchbohrt

[1]) Sonderabdruck aus der „Nuova Rivista Storica“ Jahrgang VII — Heft I, II u. III. Mailand-Rom-Neapel. Verlag Albrighi, Segati & Co.

zu werden. Auch das war ein Fehler, dass sie nicht ebenso wie den Frieden auch den Krieg rechtzeitig und mit festem Entschluss gewollt haben — einer der vielen Fehler, die in jenen tragischen Tagen überall begangen worden sind — ein Fehler, der die Ursache wurde zu unendlichen Leiden, und den Deutschland in sich selbst noch schwerer büsst als im Bewusstsein der Welt."

Kriegsschulddiskussion mit Ausländern.

Von Hans Delbrück.

Es wird manchem Leser dieser Zeitschrift in Erinnerung sein, dass ich mehrfach fremde Gelehrte zu einer Diskussion über die Kriegsschuldfrage herausgefordert habe. Schon 1919, während ich in Versailles war, den Franzosen Lavisse, dann den Engländer Headlam Morley, den Amerikaner James Beck, endlich wieder den französischen Professor Aulard. Die Diskussion ist über Zeitungsartikel niemals hinausgekommen. Meine Absicht war, da diese Artikel immerhin manche Klärung brachten, sie schliesslich gesammelt herauszugeben, aber ich bin von diesem Plan zurückgekommen, da das meiste mittlerweile überholt ist und nicht mehr zur Diskussion steht. Die Sache erhielt ein etwas anderes Gesicht, als an Stelle von Professor Aulard sein Gesinnungsgenosse Professor Victor Basch aus Paris in Berlin erschien und mit mir persönlich die Probleme der Kriegsschuldfrage durchsprach. Wir setzten die Diskussion fort, als der Zufall wollte, dass wir uns im Herbst in Vorarlberg begegneten. Wir legten die Ergebnisse unserer Besprechung in Briefen nieder, von denen wir verabredeten, dass wir sie einmal gemeinschaftlich veröffentlichen wollten. Zu meinem nicht geringen Erstaunen hat nun Professor Basch einen Teil unserer Korrespondenz in der Zeitung „Prensa" in Buenos Aires ohne mein Vorwissen veröffentlicht, und nur durch Zufall habe ich davon erfahren. Ich habe dann an die „Prensa" eine Erwiderung geschickt. Das nächstliegende wäre, dass auch ich die Diskussion nunmehr in Deutschland vollständig veröffentlichte. Aber eine solche vollständige Veröffentlichung ist durch den Montgelas'schen „Leitfaden" überflüssig geworden. Hier ist ja alles Nötige zu finden. Die Situation ist auch dadurch verändert, dass Professor Basch seinen Standpunkt nachträglich verändert hat. Er erklärt in der „Prensa", dass er jetzt Dokumente gefunden habe, die Deutschland viel schuldiger erscheinen lassen, als er selber bisher geglaubt habe. Als er an der Stelle Professor Aulard's den Kampf mit mir aufnahm, fügte er offenherzig hinzu, dass Professor Aulard „unvorsichtigerweise sich auf dies gefährliche Terrain begeben" habe. Er hatte also durchschaut, dass Aulard's Behauptungen nicht haltbar seien. Wir unsererseits haben also keine Veranlassung, Positionen, die die Franzosen selber bereits aufgegeben haben, weiter zu beschiessen. Die neuen Behauptungen aber, mit denen Professor Basch in der „Prensa" aufgetreten ist, glaube ich doch auch hier in Deutschland mitteilen und widerlegen zu müssen.

Basch also sagt jetzt:

Der amerikanische Botschafter in Konstantinopel Morgenthau behauptet, sein deutscher Kollege Baron Wangenheim habe ihm erzählt, er habe an der Kronratssitzung vom 5. Juli in Potsdam teilgenommen, die vom Kaiser selbst geleitet wurde. „Fast alle bei bedeutenden Staaten beglaubigte

Botschafter waren anwesend sowie die Häupter des Generalstabes und der Marine, die grossen Bankiers, die Direktoren der Eisenbahnen und die Grossindustriellen, an welche der Kaiser feierlich die Frage richtete: Seid Ihr zum Kriege bereit? Worauf sie alle mit ja antworteten, mit Ausnahme der Finanzleute, welche zwei Wochen Aufschub verlangten, um ihre ausländischen Werte einzuziehen und Anleihen aufzunehmen. Dasselbe soll Wangenheim auch dem italienischen Gesandten Garroni gesagt haben.

Sehen wir uns diese Erzählung einmal genauer an. An dem Kronrat sollen teilgenommen haben fast alle Botschafter. Ich habe festgestellt aus den Akten des Auswärtigen Amts, dass am 5. Juli die Botschafter in Paris (v. Schoen), Wien (v. Tschirchky), Petersburg (Graf Pourtalès), Rom (v. Flotow) auf ihrem Posten waren. Der Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, war auf Urlaub gewesen, war am 6. wieder in London auf seinem Posten, war also am 5. unterwegs. Endlich der letzte Botschafter, Herr von Wangenheim selber, war zwar gerade auf Urlaub in der Heimat, aber wie mir seine noch lebende Witwe mitgeteilt hat, gerade in jenen Tagen nicht in Berlin, sondern auf dem Lande. Also kein einziger Botschafter, ja nicht einmal der Staatssekretär des Auswärtigen, v. Jagow, war in jenen Tagen für eine Sitzung verfügbar; auch Herr v. Jagow war auf Urlaub. Weiter sollen teilgenommen haben die Häupter des Generalstabs und der Marine. Von denen war der Chef des Generalstabs Moltke in Karlsbad, auch die Chefs der Marine, v. Tirpitz und v. Pohl, waren auf Urlaub. Ferner sollen teilgenommen haben die Direktoren der Eisenbahnen. Solche gibt es in Deutschland gar nicht, da ja die Eisenbahnen Staatsbahnen sind. Endlich Bankiers und Industrielle. Wer eine Ahnung von dem wilhelminischen Deutschland hat, weiss, dass Bankiers und Industrielle in diesem nicht an Kronratssitzungen teilnehmen konnten. Endlich sollen die Bankiers 14 Tage Zeit verlangt haben, um ihre ausländischen Werte einzuziehen. Es ist aber bekannt, dass dies nicht nur nicht geschehen ist, sondern dass im Gegenteil die deutschen Banken noch am 31. Juli, als Russland schon mobil machte, Gold nach London gesandt haben. Es ist ferner bekannt, dass im ganzen Monat Juli nicht das geringste geschehen ist, Deutschland zu verproviantieren, und dass das Kriegsministerium noch am 9. Juli an die Festungen im Elsass schrieb, sie sollten über den Termin ihrer Verproviantierung im Mobilmachungsfalle zum 1. April des nächsten Jahres (1915) berichten.

Zu dem allen steht fest, dass der ganze Kronrat, von dem Herr v. Wangenheim Herrn Morgenthau erzählt haben soll, niemals stattgefunden hat. Es ist nichts als ein Gerücht, das damals in Berlin umging und das, wie man auch herausgefunden hat, von dem Geschäftsführer eines grossen Hotels ausgegangen ist, der irgendein Gespräch halb belauscht hatte. Endlich besitzen wir einen Brief des Generals Grafen Waldersee an den Unterstaatssekretär Zimmermann vom 4. Juli, worin er diesem mitteilt, der Kaiser habe tags zuvor gesagt, er wolle im September den König von Rumänien besuchen. Das dürfte ein genügender Beweis sein, dass auch der Kaiser nicht an die Möglichkeit eines Krieges gedacht hat. Wie sind also die Erzählungen von Garroni und Morgenthau zu erklären? Von Morgenthau ist bekannt, dass seine Memoiren im höchsten Grade unzuverlässig sind. Er erzählt zum Beispiel von intimen Gesprächen, die er mit Talaat Pascha gehabt habe. Talaat hat aber erklärt, er habe sich mit ihm gar nicht intim unterhalten können, da er selber kein englisch, Morgenthau aber weder französisch noch deutsch verstanden hätte. Es bleibt also keine andere Er-

klärung übrig, als dass Herr v. Wangenheim den beiden befreundeten Diplomaten von dem Gerücht erzählt hat, das damals in Berlin umlief, und dass dieses Gespräch sich nachher in der Erinnerung der beiden Herren zu jener Erzählung verdichtet hat. Auch Lichnowsky gibt in seiner Aufzeichnung nichts als Nachrichten aus zweiter Hand und Gerüchte. Er selber war, wie wir gehört haben, damals nicht in Berlin, und Herr Basch sieht sich denn auch am Schluss genötigt zuzugeben, dass sich aus den deutschen Dokumenten nicht nur nicht ergebe, dass damals der Krieg beschlossen, sondern dass überhaupt jene viel beredete Kronratssitzung stattgefunden habe. Wenn sie aber stattgefunden hätte, müsste doch wohl in den deutschen Akten irgendeine Spur davon zu entdecken gewesen sein, und Herr Kautsky würde sich beeilt haben, sie ans Licht zu ziehen.

Der zweite Fund, den Herr Basch nachträglich gemacht hat, ist in den Memoiren des österreichischen Feldmarschalls Conrad v. Hötzendorff. Hier hat er entdeckt, dass dieser im Jahre 1909 mit dem deutschen Generalstabschef v. Moltke über die Möglichkeit und die Modalitäten eines Krieges der Mittelmächte gegen Russland und Frankreich korrespondiert habe. Da haben wir also den Beweis, schliesst daraus Herr Basch, dass Deutschland und Österreich seit 1909 den Krieg beabsichtigten. Folgt daraus, dass ein Chef des Generalstabes sich für einen Krieg vorbereitet, dass er ihn beabsichtigt? Haben die Chefs der Generalstäbe darüber überhaupt zu entscheiden? Ist es nicht Pflicht der Generalstäbe, jede Kriegsmöglichkeit bereits im Frieden voraus zu bedenken und vorzubereiten? Ja, haben nicht der russische und französische Generalstab fast jedes Jahr miteinander über den zukünftigen gemeinsamen Krieg gegen die Mittelmächte konferiert? Es ist mir vollkommen unverständlich, wie ein so logisch denkender Mann wie Herr Basch einen so unlogischen Schluss machen konnte. Wenn aus einer Korrespondenz über die Führung eines etwaigen Krieges folgt, dass man diesen Krieg beabsichtigt, so wären nicht nur alle Mächte gleichschuldig, sondern schon die Anschaffung von Gewehren und Kanonen und die Existenz jeder bewaffneten Truppe wäre ein Beweis von bösem Willen.

Im Eingang dieses Artikels gab ich meiner Verwunderung Ausdruck, dass Herr Basch mir keine Mitteilung von seiner Veröffentlichung unserer gemeinsamen Arbeit gemacht habe. Ich wage es, jetzt eine Vermutung auszusprechen, weshalb das nicht geschehen ist. Er wird wohl selber hinterher bemerkt haben, welche Blösse er sich gegeben hat, und würde es am liebsten gesehen haben, wenn ich von dieser Veröffentlichung nie etwas erfahren hätte.

Zum Schluss mache ich den Leser noch auf einen sehr merkwürdigen Umstand aufmerksam. Herr Basch hat im Eingang seines Artikels die sechs Thesen abgedruckt, die ich als Grundlage für die Diskussion aufgestellt habe.

Diese Thesen lauten:

1. Der gemäss dem Ultimatum vom 16. Juni ausgelegte Versailler Vertrag stellt die Behauptung auf, dass Deutschland, um die Hegemonie in der Welt zu erringen, mit Überlegung und Vorbedacht den Weltkrieg entfesselte. Diese Behauptung ist falsch.

2. Bei der Unterstützung Österreichs gegen Serbien glaubten die führenden Staatsmänner Deutschlands, dass sich der Konflikt lokalisieren

lasse und dass es wohl möglich, aber nicht wahrscheinlich sei, dass sich daraus ein Weltbrand entwickele.

3. Der Weltkrieg wurde durch die Mobilmachung Russlands hervorgerufen, die in einem Augenblick erfolgte, in dem noch immer die Möglichkeit bestand, durch Verhandlungen den Krieg zu vermeiden.

4. Die führenden Männer Russlands und Frankreichs waren sich vollkommen bewusst, dass die Mobilmachung Russlands den Krieg bedeute.

5. Die französische Regierung tat nicht, was in ihren Kräften stand, um Russland von der Mobilmachung und daher vom Kriege abzubringen.

6. Von den drei Grossmächten auf dem Kontinent: Russland, Deutschland und Frankreich war Deutschland die einzige, die in ihrer militärischen Rüstung nicht soweit gegangen war, wie es ihre ökonomischen und finanziellen Möglichkeiten gestattet hätten. Österreich-Ungarn war noch weniger gerüstet.

Die letzte dieser Thesen ist von allen die wichtigste, denn es ist klar, dass, wenn Deutschland den Weltkrieg beabsichtigt hätte, es seine Rüstungen vorher auf den höchst möglichen Stand gebracht hätte. Was sagt Herr Basch zu dieser These? Er schweigt darüber. Dieses Schweigen ist um so auffälliger, als ich ihn in unserer Korrespondenz ausdrücklich auf die Wichtigkeit gerade dieser Tatsache hingewiesen habe und also auch das Versailler Ultimatum seine Behauptung von Deutschlands Kriegswillen gerade auf die angeblichen grossen Rüstungen Deutschlands stützt. Ich habe in meiner Korrespondenz mit Herrn Basch ihn ausdrücklich auf die Werke des französischen Generals Buat und des deutschen Generals Grafen Montgelas hingewiesen, wo er diese Zahlen nachprüfen könnte. Wenn er nach alldem darauf verzichtet, meine These zu bestreiten, so darf ich daraus wohl schliessen, dass sie anerkannt ist. Mit anderen Worten: die Grundbehauptung des Versailler Ultimatums über die deutsche Kriegsschuld ist als eine Fabel nachgewiesen.

Verwertung der Randbemerkungen Kaiser Wilhelms.

Graf Max Montgelas.

In den „Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch" bilden die kaiserlichen Randbemerkungen den Teil, der am meisten Anlass zur Kritik geboten hat. Bevor jedoch aus diesen Marginalien Schlüsse auf die Haltung der deutschen Politik gezogen werden, muss in jedem einzelnen Falle untersucht werden, welchen Einfluss die betreffende Bemerkung ausgeübt hat und ob sie überhaupt rechtzeitig zur Kenntnis des Auswärtigen Amts gelangt ist. Einige Beispiele mögen das erläutern.

1. Am Morgen des 25. Juli (Sonnabend) ging in Berlin die Meldung des Fürsten Lichnowsky ein, Sir E. Grey schlage vor, „dass für den Fall einer gefährlichen Spannung zwischen Russland und Österreich die vier nicht unmittelbar beteiligten Staaten England, Deutschland, Frankreich und Italien zwischen Russland und Österreich-Ungarn die Vermittlung übernehmen sollten" — D 157[1]). An den Rand der ihm am Nachmittag nach

[1]) D = Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch.

Norwegen telegraphierten Meldung Lichnowskys schrieb Kaiser Wilhelm: „Ich tue nicht mit, nur wenn Österreich mich ausdrücklich darum bittet, was nicht wahrscheinlich."

Der Bericht Lichnowskys war jedoch erst nach 24 Stunden, am Nachmittag des 26. (Sonntag), im kaiserlichen Hoflager eingetroffen, die angeführte Bemerkung gelangte erst am Morgen des 27. (Montag) zur Kenntnis des Auswärtigen Amts — Anm. 2 und 13 zu D 157. Aber schon zwei Tage vorher, an demselben 25. Juli (Sonnabend), an dem der englische Vorschlag eingegangen war, hatte Staatssekretär von Jagow nach Vortrag beim Kanzler dem britischen Geschäftsträger erklärt: „Wenn die Beziehungen zwischen Österreich und Russland bedrohlich werden sollten, würde er ganz bereit sein, auf die Anregung einzugehen, dass die vier Mächte in Wien und Petersburg in mässigendem Sinne einwirken sollten" — E 18[1]).

Als dann Grey, gleichfalls schon am 25. Juli, seinen Vorschlag dahin präzisierte, die Vermittlung zu Vieren solle dann eintreten, wenn „der österreichischen Mobilisierung die russische folge" (d. h. die russische Teilmobilmachung gegen Österreich) — D 180, E 24, 25 —, wiederholte Herr von Jagow am Abend des 25. in einem Telegramm an Fürst Lichnowsky: „Sollte österreichisch-russischer Streit entstehen, so sind wir, vorbehaltlich unserer bekannten Bündnispflichten, bereit, mit den anderen Grossmächten zwischen Österreich und Russland zu vermitteln" — D 192. Das Auswärtige Amt hat also einem zweimaligen Vorschlag einer Vermittlung zu Vieren zugestimmt, zwei Tage, bevor es von der Auffassung Wilhelms II. unterrichtet wurde.

Am Morgen des 27. (Montag), als das Telegramm aus dem kaiserlichen Hoflager mit der Randbemerkung einging, lagen gleichzeitig zwei neue Vermittlungsentwürfe im Auswärtigen Amt vor: der am 26. (Sonntag) plötzlich von Grey ersonnene Konferenzvorschlag und die vom russischen Aussenminister Sasonow angenommene Anregung des deutschen Botschafters in Petersburg Grafen Pourtalès zu direkten Besprechungen zwischen Wien und Petersburg — D 236 und 238. Herr von Bethmann Hollweg gab dem deutsch-russischen Vorschlag den Vorzug vor dem englischen und telegraphierte um die Mittagszeit nach London: „In serbisch-österreichischem Konflikt scheint mir der in Telegramm aus Petersburg angegebene Weg direkter Verständigung zwischen Petersburg und Wien gangbar", während er die Konferenz ablehnte — D 248.

Am Nachmittag des 27. (Montag) nun kehrte Kaiser Wilhelm aus Norwegen zurück und hörte sogleich den Vortrag des ihn auf Station Wildpark (bei Potsdam) erwartenden Kanzlers — D 245. Dabei ist jedenfalls zur Sprache gekommen, dass von deutscher Seite schon zwei Vermittlungsarten angenommen seien: im österreichisch-serbischen Konflikt direkte Besprechungen Wien-Petersburg, für den Fall eines österreichisch-russischen Konflikts Vermittlung zu Vieren. Dem Kanzler gelang es, den Kaiser von seiner ursprünglichen Ablehnung jeder Vermittlung abzubringen; denn das Auswärtige Amt ist auf dem betretenen Wege weitergegangen, und zwar noch an demselben Tage.

Bei Rückkehr von Potsdam ins Amt fand Herr von Bethmann nämlich einen neuen englischen Vorschlag vor, dahin gehend, Deutschland möge seinen Einfluss in Wien geltend machen, dass man dort die (in London und

[1]) E = Englisches Blaubuch über die Krise 1914.

Berlin eben erst bekannt gewordene) serbische Antwort „entweder als genügend betrachte oder aber als Grundlage für Besprechungen“ — D 258. Auch dieser Anregung wurde, zweifelsohne im Einklang mit dem vom Kanzler dem Kaiser gehaltenen Vortrag, Folge gegeben. Am Abend 11 Uhr 15 erging die entsprechende Weisung an Herrn von Tschirschky: „Wir können die Vermittlerrolle nicht ablehnen und müssen den englischen Vorschlag dem Wiener Kabinett zur Erwägung unterbreiten“ — D 277.

2. Am Morgen des 30. Juli meldete der Reichskanzler dem Kaiser, dass Tags zuvor Sasonow dem Grafen Pourtalès und ebenso der russische Botschafter in Berlin dem Auswärtigen Amt die Mobilisierung Russlands gegen Österreich mitgeteilt hätte — D 399. Wilhelm II. sah in diesem Vorgehen einen Wortbruch des Zaren gegenüber dessen bisherigen friedlichen Beteuerungen und schloss seine Marginalien mit dem Satze: „Ich sehe meine Vermittlungsaktion als gescheitert an, da der Zar, statt ihre Wirkung loyal abzuwarten, hinter meinem Rücken, ohne mir eine Andeutung zu machen, bereits mobilisiert hatte!“ Aber Herr von Bethmann liess sich dadurch nicht abhalten, die Vermittlung fortzusetzen, sondern betrieb sie gerade am 30. besonders intensiv. Dem Kaiser legte er den Entwurf zu einem Telegramm an den Zaren vor mit der Bitte, darin nicht zum Ausdruck zu bringen, dass die Vermittlerrolle „bereits aus ist“ — D 408. Diesem Antrag entsprechend heisst es denn auch in dem am 30. um 3 Uhr 30 nachmittags abgehenden Telegramm an den russischen Monarchen: „Wenn, wie es jetzt nach Deiner und Deiner Regierung Mitteilung der Fall ist, Russland gegen Österreich mobil macht, so wird meine Vermittlerrolle, mit der Du mich gütigerweise betraut hast, gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht werden“ — D 420.

Die Ansicht des Kanzlers war durchgedrungen.

3. Am späten Abend des 29. Juli waren ferner zwei ernste Nachrichten aus Petersburg und London eingetroffen. Pourtalès hatte gemeldet, Sasonow beschwere sich über „kategorische Ablehnung“ der direkten Besprechungen durch das Wiener Kabinett — D 365, Lichnowsky hatte den am vorhergehenden Tage schon von Berlin gemachten, nunmehr von Grey aufgegriffenen Vorschlag „Halt in Belgrad“ mit dem Zusatz übermittelt, dass die britische Regierung in einem deutsch-französischen Konflikt „unter Umständen sich zu schnellen Entschlüssen gedrängt sehen“ würde — D 368. Diese beiden Meldungen veranlassten die bekannten, äusserst scharfen Mahnungen zum Einlenken nach Wien, die in der Nacht mit nur fünf Minuten Zwischenraum sich folgten — D 395 und 396.

Während nun die Meldung Pourtalès — D 365 — dem Kaiser überhaupt nicht vorgelegt wurde, ist das Telegramm Lichnowskys mit besonders impulsiven Randglossen versehen. Aber diese Depesche ist erst am 30. Juli 11 Uhr 15 vorm. mit Automobil nach Potsdam gesandt worden, acht Stunden, nachdem die scharfen Mahnungen nach Wien abgegangen waren — D 407 Anm. 2 —. Die Randbemerkungen wurden geschrieben um 1 Uhr nachm. — D 368 Anm. 2 —, das ist genau die Zeit, als Herr von Tschirschky dem „bleich und schweigend“ zuhörenden Grafen Berchtold zweimal die eindringliche Note Bethmanns vorlas — D 465.

Die impulsiven Marginalien wird man am späten Abend des 30. in der Wilhelmstrasse gelesen haben.

*

Jeder Kenner der „Deutschen Dokumente“ weiss, dass diese Beispiele sich noch vermehren lassen.

Antransport der russischen Korps aus Asien bei Kriegsbeginn.

Gunther Frantz.

In Russland war der Aufmarsch der russischen Armee an der Westfront bei Kriegsausbruch 1914 durch die „Allerhöchsten Bestimmungen für die Truppenbefehlshaber für den Fall eines Krieges mit dem Dreibund“ vom 1./14. Mai 1912 geregelt. Der Aufmarsch der Russen vollzog sich 1914 nach diesen Allerhöchsten Bestimmungen, allerdings mit einigen unwesentlichen, dokumentarisch nachweisbaren Abänderungen, die indes den allgemeinen Charakter des Aufmarsches nur unbedeutend beeinflussten. Zwar gab es 1914 bereits eine neuere Aufmarschanweisung, die „Grundzüge für den Aufmarsch unserer Streitkräfte bei einem Kriege mit den Dreibundmächten“, vom 25. Sept./8. Okt. 1913; diese sollten und konnten aber erst in Kraft treten im Dezember 1914 nach Abschluss der neuen Mobilmachungsvorarbeiten.

Die Anweisung von 1912 berücksichtigt nur die Truppen der europäischen Militärbezirke Wilna; Warschau, Kiew, Odessa, Petersburg, Moskau und Kasan sowie vom Militärbezirk Kaukasus das nördlich des Gebirges stehende III. kaukasische Armeekorps (Wladikawkas). Die beiden anderen kaukasischen Korps, die turkestanischen und sibirischen Korps finden in dieser Anweisung keine Verwendung. Sie sollten, nachdem während ihres mehrere Wochen in Anspruch nehmenden Antransportes die ersten Schläge schon gefallen sein mussten, dem ersten Aufmarsch als nächste Welle folgen. Sie bildeten in der Hand der Obersten Heeresleitung eine Reserve, deren Verwendung je nach dem Gang der Kampfhandlungen an der Westfront vorbehalten blieb. Ob man sich im russischen Generalstabe im Frieden bereits von ihrer voraussichtlichen Verwendung ein Bild gemacht hatte, ist nicht nachzuweisen. Erklärlich wäre es, wenn dies nicht der Fall war. Denn bis sie an der Westfront eingetroffen waren, musste sich das strategische Bild dort bereits so verschoben haben, dass es gewagt war, bereits im Frieden für den Einsatz dieser Kräfte bestimmte Entschlüsse zu fassen.

Diese Korps waren deshalb zunächst nur in den zentral gelegenen Raum von Warschau — Smolensk — Orel — Brest Litowsk dirigiert, wo sie zwischen dem 28. August und 28. September einzutreffen hatten und von wo sie weiter mit Aufgaben versehen werden konnten.

In diesem Rahmen ergibt sich rückschauend über die Bewegung der asiatischen Korps für die Zeit der ersten Operationen folgendes Bild:

Vom III. sibirischen Armeekorps war das Generalkommando und die ganze 7. Schützendivision am 12. August noch in Irkutsk. Sie erhielten erst an diesem Tage ihre Verladepunkte mitgeteilt. Die zur 7. sib. Division gehörige 7. sib. Schützen-Artillerie-Brigade fuhr am 15. und 16. Mobilmachungstage (14. und 15. August) von Irkutsk ab und traf bis zum 38. Mobilmachungstage (6. September) in Smolensk ein. Der Korpsverpflegungstransport war von Irkutsk nach Smolensk vom 36.—57. Mobilmachungstage (4.—15. September) unterwegs. Das zum Korps gehörige 5. Sappeur-Bataillon fuhr am 20. August ab und wurde am 12. September in Grajewo ausgeladen. Die 8. sib. Schützen-Division vom III. sib. Korps, die vor der 7. Division abgefahren war, wurde, soweit sie bereits eingetroffen

war, vom 1. September an von Warschau nach Lomsha umgeleitet. Das Korps wurde also in der ersten Septemberhälfte erst um Lomsha—Grajewo versammelt und griff auch mit den wenigen bereits eingetroffenen Teilen in den Kämpfen vom 8. und 9. September zur Entlastung des von unserer 3. Res.-Div. zwischen Bialla und Lyck geschlagenen XXII. finnländischen Korps nicht ein.

Vom II. sib. Armeekorps meldete die 5. sib. Schützen-Division am 7. August in Werchneudinsk, dass ihre Mobilmachung abgeschlossen sei. Das Schützenregiment 18 dieser Division wurde am 6. September abgefahren und bezog am 2. Oktober in Warschau Unterkunft; Regiment 17 der 5. sib. Division war in 7 Eschelons vom 25. 8 bis 17. 9. nach Smolensk unterwegs. Von der 4. sib. Schützen-Division des II. sib. Korps war das Schützenregiment 13 am 3. 9. in Pestschanka bei Tschita, am 14. 9. in Omsk, am 24. 9. in Smolensk, am 3. 10. in Warschau; das Schützenregiment 16 derselben Division passierte am 9. September Omsk und erreichte Smolensk am 20. und 21. September; die 4. Artillerie-Brigade war in 9 Eschelons vom 7.—17. September auf der Fahrt von Omsk nach Smolensk und die Mörser-Artillerie-Abteilung des II. sib. Armeekorps traf am 25. September in Smolensk ein.

Vom 25.—29. September traf das II. sib. Korps, für die über den Narew zurückgegangene 2. Armee bestimmt, von Smolensk bei Czeremcha ein, wurde aber am 30. September und 1. Oktober nach Warschau weitergeleitet.

Das I. sib. Armeekorps aus dem Priamurgebiet, nach den beiden anderen Korps abgefahren, unterbrach an der Wolga seine Fahrt, um Ersatzmannschaften aufzunehmen, und wurde am 4. Oktober im Abtransport nach Nowo Minsk erwähnt.

Die in Omsk garnisonierenden Teile der 11. sib. Schützen-Division wurden am 31. August vor ihrem Abtransport noch besichtigt. Das 42. sib. Schützen-Regiment dieser Division aus Tomsk-Westsibirien war am 9. September auf der Fahrt nach Samara und Slatousk und traf mit Teilen am 18. September bei Knyschin im Verbande des I. turk. Armeekorps ein, das vom 9. 9. ab bei Lomsha in der Versammlung begriffen war.

Soweit lässt sich urkundlich die Durchführung der am 1. August aufgestellten Transportübersicht für die aus Sibirien heranzubefördernden 3½ sibirischen Korps verfolgen. Über das IV. und V. sibirische Armeekorps in Wladiwostok und Chabarowsk war am 1. August 1914 überhaupt noch keine Bestimmung getroffen.

Wir wissen nur vom 3. sibirischen Sappeur-Bataillon des V. sibirischen Armeekorps, dass es am 10. Oktober noch in seiner Garnison Spasskoje im Priamurgebiet war und am 3. November in Smolensk eintraf. Auf dem Kriegsschauplatz sind IV. und V. sibirisches Korps nicht vor Oktober aufgetreten.

Auch die Fahrt einiger sibirischer Reserveformationen können wir verfolgen. So verliess die 5. Batterie der 14. sibirischen Schützen-Artillerie-Brigade (14. sib. Div.) am 6. Oktober Omsk, um am 17. 10. in Sjedletz einzutreffen. Die erste Abteilung derselben Brigade verliess Nowo Nikolajewsk erst am 11. Oktober und erreichte am 28. 10. Nasielsk in Polen.

Das 49. sib. Schützen-Regiment wurde am 27. 9. in Atschinsk verladen und am 11. Oktober in Kowentschin (Polen) ausgeladen.

Der Beweis für die Behauptung, dass die oben nicht genannten Formationen der beiden Korps ausserhalb des Rahmens dieser grossen Mitte

August einsetzenden geschlossenen Transportbewegung im geheimen eher mobil gemacht haben und eher nach Europa abgefahren sind, wird nicht zu erbringen sein, ganz abgesehen davon, dass sie auf dem Kriegsschauplatz nicht eher aufgetreten sind und auch die Russen nicht einer so sinnwidrigen Massnahme fähig waren, gleich zu Anfang oder gar schon vor dem Kriege derart ihre Verbände zu zerreissen und über Europa und Asien zu zerstreuen.

Um zu begründen, dass Russland sich schon im April aus Sibirien gegen die deutsche Grenze hin in Bewegung gesetzt habe, wird häufig auf die von Reisenden gemachten Beobachtungen zurückgegriffen. Besonders einer Angabe wird immer wieder eine gewisse Bedeutung beigelegt, weil der Beobachter berichtete, dass von ihm im April 1914 in Sibirien auf fast allen Stationen mehrere Züge mit Militär in der Fahrtrichtung nach Westen überholt worden seien. In der Tat handelte es sich damals um die Transporte entlassener Reservisten, die Ende April nach ihrer europäischen Heimat abgefahren wurden, und der Beobachter war auf seiner Reise durch Sibirien in diese grosse, nach Westen laufende Transportbewegung hineingeraten. Aus einem Befehle der Hauptverwaltung des Generalstabes in Petersburg (Briefb. Nr. 581 vom 28. 1./10. 2. 1914) an den Stabs-Chef des Militär-Bezirks Irkutsk wissen wir, dass die Entlassung jener Reservisten in die Zeit vom 28. März bis 14. April unseren Datums gelegt war, mithin sich der Abtransport bis Ende April erstrecken musste.

Aus den hier wiedergegebenen dokumentarisch erwiesenen Daten über den Verbleib der sibirischen Armeekorps zu Beginn des Krieges geht demnach hervor, dass ein Abtransport von Truppen aus Sibirien vor der öffentlich ausgesprochenen Mobilmachung nicht stattgefunden hat.

Der Angriffswille Russlands kann durch diese Feststellungen aber nicht verdunkelt werden, da heute kein Zweifel mehr darüber besteht, dass Russland bereits am 24. Juli mit vorbereitenden Mobilmachungsmassnahmen, die sich sowohl gegen Deutschland als gegen Österreich richteten, begonnen und am 29. offiziell die eigentliche Mobilmachung gegen Österreich, am 30. gegen Deutschland angeordnet hat.

Die französische Regierung und die russische Mobilmachung 1914.

August Bach.

Die russische allgemeine Mobilmachung ist nach einer schriftlichen Aussage des Chefs der russischen Mobilmachungsabteilung, General Dobrorolski, am 30. Juli 1914 „nicht später als 2 Uhr nachmittags“ angeordnet worden.

Wann hat die französische Regierung die ersten Vorbereitungen und die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung erfahren und welche diplomatischen Schritte hat die französische Regierung unternommen, um diese über den europäischen Krieg oder Frieden entscheidende Mobilmachung zu verhindern?

Am Nachmittag des 29. Juli erhielt der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtalès, den Auftrag, den russischen Aussenminister Sasonow „sehr ernst darauf hinzuweisen, dass das weitere Fortschreiten russischer Mobilisierungsmassnahmen uns zur Mobilmachung zwingen würde, und dass dann europäischer Krieg kaum noch aufzuhalten sein werde“[1]). Diese Warnung der deutschen Regierung wurde Sasonow am 29. Juli gegen 8 Uhr abends mit dem ausdrücklichen Betonen übermittelt, „dass es sich nicht um eine Drohung, sondern um freundschaftliche Meinung handele“[2]). Der Minister nahm die Erklärung sehr erregt entgegen. Wir wissen heute, dass am 29. Juli abends der Befehl zur russischen allgemeinen Mobilmachung bereits vom Zaren unterzeichnet war. Allerdings wurde der Befehl wenige Stunden darauf auf Grund eines Telegrammes Wilhelms II. vom Zaren zurückgezogen.

Sasonow telegraphierte noch am gleichen Abend nach Paris, dass Russland, da es dem Wunsche Deutschlands, seine Mobilmachungsmassnahmen einzuschränken, nicht nachkommen könne, seine Rüstungen beschleunigen „und mit der wahrscheinlichen Unvermeidlichkeit des Krieges“ rechnen müsse[3]).

Iswolski, der russische Botschafter in Paris, und sein Militär-Attaché begaben sich sogleich nach Empfang dieses Telegramms zu Viviani, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, und zu Messimy, dem Kriegsminister[4]). Beide Minister verständigten alsbald Poincaré von dem Entschluss der russischen Regierung. Das Ergebnis der Beratung zwischen Poincaré, Viviani und Messimy wurde in zwei Telegrammen Vivianis nach Petersburg und London niedergelegt. Weit entfernt davon, dem Bundesgenossen zu raten, dem begreiflichen Wunsch Deutschlands Folge zu leisten und die Mobilmachungsmassnahmen einzustellen, gab die französische Regierung der russischen Ratschläge, wie sie ihre Rüstungen gegen Österreich-Ungarn und Deutschland verschleiern könnten. Der Kriegsminister Messimy sagte nämlich dem russischen Militär-Attaché, Russland könne erklären, dass es im höheren Interesse des Friedens bereit sei, seine Mobilmachungsmassnahmen zeitweilig zu verlangsamen, was aber nicht hindern würde, die Vorbereitungen fortzusetzen und sogar zu verstärken[5]).

Weiterhin muss die in Gelbbuch 101 unterschlagene, an Paul Cambon gerichtete und für den englischen Aussenminister Sir Edward Grey bestimmte Weisung hervorgehoben werden. Sie lautet nach Iswolski, der den Text in seinem Telegramm in französischer Sprache wiedergibt [6]), Paul Cambon solle unverzüglich mit Grey Rücksprache nehmen, „um die gemeinsame Haltung Frankreichs und Englands zu bestimmen, über welche diese beiden Mächte auf Grund des zwischen ihnen bestehenden allgemeinen Einvernehmens zu beraten haben, sobald eine Periode politischer Spannung eintritt.“

Viviani nimmt hier Bezug auf den Briefwechsel Grey-Cambon vom 22. und 23. November 1912[7]), in dem festgelegt war, „dass, wenn eine der beiden Regierungen dringenden Grund hätte, einen unprovozierten Angriff durch eine dritte Macht zu erwarten, oder etwas, was den allgemeinen

---

1) D. D. = Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 342.
2) D. D. Nr. 378.
3) Russisches Orangebuch 58.
4) Romberg Seite 36.
5) Romberg Seite 37.
6) Livre noir II. Seite 290, Romberg Seite 37.
7) Abgedruckt im engl. Blaubuch Nr. 105, Anlage 1 und 2.

Frieden bedrohen würde, sie sofort mit der anderen in eine Erörterung eintreten soll, ob beide Regierungen gemeinsam handeln sollten, um den Angriff zu verhüten und den Frieden zu bewahren.“ Leider fehlt im Gelbbuch jede Antwort Paul Cambons über den Erfolg, den er bei Ausführung dieses Auftrages zu verzeichnen hatte.

Im Caillaux-Prozess hat Viviani den Versuch gemacht, die von der französischen Regierung in der Nacht vom 29. zum 30. Juli eingenommene Haltung zu rechtfertigen. Er stützte seine ganzen Ausführungen auf die bewusst unwahre Behauptung, Russland habe erst am 31. Juli 11 Uhr vormittags seine allgemeine Mobilmachung angeordnet, und zwar als Antwort auf die österreichische allgemeine Mobilmachung. Wörtlich sagte er:

> Qu'aurait fait M. Caillaux, s'il avait été à ma place, lorsque M. Sasonoff me demanda, s'il pouvait compter sur la France? C'était une singulière responsabilité à prendre que de lui dire de ne pas mobiliser, mais alors c'était peut-être la Russie envahie, mise hors d'état de nous aider, si nous étions ensuite menacés à notre tour.“[1])

Ohne Frankreichs Unterstützung unbedingt sicher zu sein, wäre Russland sicher nicht mit der Mobilmachung hervorgetreten. Und ohne die überstürzte Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung wäre der Weltkrieg höchst wahrscheinlich vermieden worden. Aber diese Folgerungen werden von Viviani bis zum heutigen Tage vollständig ignoriert, um die eigene Verantwortlichkeit zu verschleiern.

Weit belastender aber als die im Gelbbuch 101 zutage tretende Haltung der französischen Regierung gegenüber den russischen Mobilmachungsvorbereitungen ist Gelbbuch 102, das Telegramm, in dem Paléologue seiner Regierung meldete, dass die russische Regierung beschlossen habe, „de procéder secrètement aux premières mesures de mobilisation générale.“[2]) Diese ausserordentlich bedeutungsvolle Mitteilung ist in Gelbbuch 102 vollständig unterdrückt worden. Die Depesche traf in Paris am 30. Juli 11.25 Uhr abends ein. Wir müssen der Auffassung Professor Renouvin's entgegentreten, wenn er schreibt:

> „En tout cas, à Paris, le télégramme du 30 au soir n'a pas été considéré comme un avis certain.“[3])

Nach den Telegrammen Sasonows und Paléologues — von letzteren ist uns ja erst ein kleiner Teil bekannt, es fehlen zwischen Gelbbuch 100 und Gelbbuch 102 neun Telegramme — konnte die französische Regierung wohl schwerlich darüber im Zweifel sein, dass der Befehl zur russischen allgemeinen Mobilmachung, wenn nicht bereits erteilt, so doch unmittelbar bevorstand.

Auf jeden Fall war Viviani, als der deutsche Botschafter am 31. Juli 7 Uhr nachmittags am Quai d'Orsay vorsprach, über die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung durch folgende Meldungen unterrichtet:

1. Telegramm Paléologues vom 30. Juli abends. (Gelbbuch 102.)
2. Telegramm Jules Cambons aus Berlin vom 31. Juli nachmittags. (Gelbbuch 116.)
3. Ferner durch eine Meldung der Agentur Havas aus Berlin vom 31. Juli nachmittags.

---

[1]) Zitiert nach „Le Petit Journal“ 20. März 1920.

[2]) „Le Temps“ 19. Januar 1923.

[3]) Pierre Renouvin: La mobilisation russe. Les Cahiers des Droits de l'Homme. 10. Mai 1923. S. 197.

Es ist daher unverständlich, wie Viviani dem deutschen Botschafter sagen konnte, er sei in keiner Weise über die angebliche russische allgemeine Mobilmachung unterrichtet („nullement renseigné sur une prétendue mobilisation totale“ (Gelbbuch 117). In dieser Form war seine Antwort eine bewusste Unwahrheit.

Dass Viviani nach dem Besuch des deutschen Botschafters Paléologue dringend ersuchte, ihn über die Tatsachen einer angeblichen russischen allgemeinen Mobilmachung zu unterrichten, kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, dass seine Haltung Herrn von Schön gegenüber im höchsten Grade unehrlich war (Gelbbuch 117). Sonderbarerweise hat man bei der Redaktion des Gelbbuches gerade diese Anfrage Vivianis in seinem Telegramm an Paléologue ausgelassen. Dies ist um so unverständlicher, als ihre Wiedergabe eine Erklärung für die angebliche Unkenntnis Vivianis gewesen wäre. Man war daher auch längere Zeit geneigt, zugunsten Vivianis anzunehmen, dass er tatsächlich seine Anfrage über die russische allgemeine Mobilmachung ohne jede Vorkenntnis gestellt habe. Nach den uns heute bekannten Telegrammtexten sind die Entschuldigungen nicht mehr stichhaltig.

Eine bis heute noch nicht mit Sicherheit nachzuweisende Fälschung ist das Telegramm Paléologues mit der offiziellen Bestätigung der russischen allgemeinen Mobilmachung (Gelbbuch 118). Aber auch in Frankreich hegt man in den Kreisen der Schuldfragenforscher starke Bedenken über den Wortlaut dieses Telegramms. Der Historiker Ernest Renauld sagte zum Beispiel: „Cette dépêche qui suinte le mensonge à chaque ligne.“[1])

Das französische Volk darf auch heute noch nicht erfahren, dass die russische allgemeine Mobilmachung am Nachmittag des 30. Juli beschlossen war, dass seine Regierung darüber unterrichtet war, dass sie dennoch der Katastrophe kaltblütig Vorschub leistete und nur die eine Sorge hatte, die öffentliche Meinung für den Krieg zu gewinnen, wie es Poincaré so oft dem russischen Botschafter Iswolski gesagt hatte: „Es ist von der grössten Wichtigkeit für die französische Regierung, die französische öffentliche Meinung im voraus auf die Teilnahme eines Krieges, der infolge der Balkanfrage ausbrechen kann, vorbereiten zu können.“[2])

---

17 Thesen zur Kriegsschuldfrage.

Graf Max Montgelas fasst in seinem soeben erschienenen Buch „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“ seine Schlussfolgerungen in 17 Thesen zusammen, welche wir hier zum Abdruck bringen.

Die Schriftleitung.

1.

Deutschland verfolgte weder in Europa noch anderswo ein nur durch Krieg zu erreichendes politisches Ziel.

Österreich-Ungarn dachte nur an Erhaltung des Bestehenden. Die anfängliche Absicht von Grenzberichtigungen auf Kosten Serbiens wurde auf deutsches Drängen sofort aufgegeben durch bestimmte Erklärungen über territoriales Desinteressement, von denen auch Sasonow „sich überzeugen liess“ — Oe III. 19.

---

[1]) Ernest Renauld: Histoire populaire de la guerre. Tome II. Tolra, Paris 1923. S. 108.

[2]) Livre noir II. Seite 15.

Frankreich strebte die Wiedergewinnung von Elsass-Lothringen, manche führende französische Politiker auch die Annexion des Saargebiets, Russland den Besitz von Konstantinopel und den Meerengen an, beide Mächte wohl wissend, dass sie diese Bestrebungen nur im Rahmen eines europäischen Krieges verwirklichen könnten.

2.

Die Rüstungen Deutschlands zu Lande waren nach der politischen Konstellation, nach geographischer Lage, nach Länge der ungeschützten Grenzen und nach Bevölkerungsziffer wesentlich geringer als die Frankreichs, ab 1913 sogar hinsichtlich der absoluten Zahl der Friedensstärke der weissen Truppen, ganz abgesehen von einer ständig wachsenden farbigen französischen Armee.

Die Rüstungen Österreich-Ungarns waren gegenüber denen Russlands völlig unzulänglich.

Wie an Zahl der Streiter, so war der russisch-französische Zweibund auch an Menge des Kriegsmaterials den Mittelmächten weit überlegen.

3.

Der Bau einer deutschen Schlachtflotte an Stelle der Vervollkommnung des defensiven maritimen Schutzes war politisch unklug, aber das schliesslich von Deutschland angebotene Verhältnis von 10 zu 16 Grosskampfschiffen wurde auch in London nicht als eine Bedrohung angesehen.

4.

Das Deutsche Reich hat auch in der Zeit nach Bismarck wiederholt günstige Gelegenheiten zu einem Präventivkriege nicht benützt.

5.

Die russische Anregung zur ersten Haager Konferenz beruhte nicht auf reiner Friedensliebe. Der Rüstungsminderung standen alle Grossmächte ohne Ausnahme mit der grössten Skepsis gegenüber, der russische Antrag von 1899 wurde allerseits abgelehnt, der Anregung Campbell Bannermanns von 1907 trat die öffentliche Meinung Frankreichs in der denkbar schärfsten Weise entgegen.

Ein Vorschlag zur Regelung ernster internationaler Konflikte, welche die Ehre und die Lebensinteressen einer Nation berühren, ist weder auf der ersten noch auf der zweiten Haager Konferenz von irgendeiner Grossmacht angeregt oder unterstützt worden.

6.

Am 5. Juli 1914 wurde in Potsdam nicht der Weltkrieg beschlossen, sondern die deutsche Zustimmung zu einem Kriege Österreichs gegen Serbien erteilt.

Die Möglichkeit, dass der österreichisch-serbische Krieg wie jeder andere — Burenkrieg, Marokkokrieg, Tripoliskrieg, Balkankrieg — weitere Verwicklungen nach sich ziehen könne, wurde dabei wohl erwogen, aber die Gefahr in Anbetracht des besonderen Anlasses als sehr gering eingeschätzt.

7.

Nach dem Bekanntwerden der serbischen Antwortnote wollte Deutschland auch den Krieg gegen Serbien nicht mehr, sondern nur eine sehr eng umgrenzte militärische Aktion, deren Berechtigung auch in London anerkannt wurde.

8.

Deutschland hat zwar die Fristverlängerung nicht unterstützt und den Konferenzgedanken abgelehnt, aber nicht nur alle übrigen von London mitgeteilten Vermittlungsvorschläge angenommen, sondern aus eigener Initiative die beiden geeignetsten Verhandlungsmethoden vorgeschlagen, nämlich die direkten Besprechungen Wien-Petersburg und das von Grey aufgegriffene „Halt in Belgrad“.

Die erste Formel Sasonows erachtete auch London für unannehmbar, die zweite war sogar eine wesentliche Verschlechterung der ersten.

9.

Auf den beiden, zuerst von Deutschland angeregten Wegen der direkten Besprechungen Wien-Petersburg und der Beschränkung der militärischen Aktion gegen Serbien war man einer Verständigung nahe gekommen, als die russische allgemeine Mobilmachung jäh die Fäden zerriss.

10.

Dass diese Mobilmachung unfehlbar den Krieg nach sich ziehen müsste, darüber waren sich die führenden Männer in Paris und Petersburg ebenso klar wie in Berlin.

Dass derjenige der Angreifer ist, der zuerst zu einer allgemeinen Mobilmachung schreitet, hat Viviani noch am 1. August nach London gedrahtet, wobei er wider besseres Wissen die Priorität der Mobilisierung Deutschland zuschob.

11.

Frankreich hat in Petersburg während der Krise nicht zur Mässigung geraten. Nachdem der erste Versuch den Unwillen Sasonows erregt hatte, verzichtete das Pariser Kabinett auf weitere Schritte in dieser Richtung.

12.

Frankreich hat Russland von der allgemeinen Mobilmachung nicht nur nicht abgeraten, sondern ihm listige Ratschläge erteilt, wie es seine Vorbereitungen insgeheim fortsetzen könne, ohne Deutschland zu rechtzeitigen Gegenmassnahmen herauszufordern.

13.

Russland war die erste Macht, die zu einer allgemeinen Mobilmachung geschritten ist.

Frankreich war die erste Macht, die den Entschluss zum europäischen Kriege einer anderen Macht amtlich mitgeteilt hat.

14.

England hat in Petersburg niemals mit der gleichen Entschiedenheit wie Deutschland in Wien zum Einlenken geraten.

Grey hat im Gegensatz zu anderen englischen Diplomaten die Bedeutung der russischen Mobilmachung erst erkannt, als es zu spät war, und Petersburg nicht mehr damit einhalten wollte.

15.

Die frühzeitige deutsche Kriegserklärung an Russland war ein durch die ungeheuere Gefahr der Zweifrontenlage erklärlicher politischer Fehler, die an Frankreich ein rein formaler Akt.

Weder die eine noch die andere war das entscheidende Ereignis. Nicht auf die Erklärung des Krieges kam es an, sondern auf die Handlung,

die ihn unvermeidlich machte, und diese Handlung war die allgemeine Mobilmachung in Russland.

16.

England hat Deutschland den Krieg erklärt, weil es eine zweite Niederlage Frankreichs mit seinen Interessen nicht für vereinbar erachtete. Die Interessen Belgiens und der Vertrag von 1839, den Salisbury 1887 preiszugeben bereit war, bildeten dafür den populären Grund.

Das Marineabkommen mit Frankreich von 1912 zwang England obendrein, aus seiner Neutralität herauszutreten, bevor die Belgiens verletzt war.

17.

Das grössere diplomatische Geschick war während der Krise auf Seite der Entente.

Durch die unwahren Angaben über deutsche Kriegsvorbereitungen, insbesondere über die angebliche Priorität der deutschen Mobilmachung, durch Aufbauschung unbedeutender Grenzzwischenfälle zu Angriffen auf französisches Gebiet, und durch die Zurücknahme des Grenzschutzes um 10 Kilometer schuf Frankreich in London die Vorbedingung, die Benckendorff schon Ende 1912 als nötig für ein Eingreifen Englands bezeichnet hatte: es erzeugte in London den Eindruck, dass „die Verantwortung für den Angriff auf die Gegner der Entente falle".

Monatsbericht.

Pressesdiau.

International Congress at Brussels. Von Prof. Mackinnon. — „The Glasgow Herald", 16. April 1923.

Der Edinburgher Kirchenhistoriker berührt in seinem Bericht über den diesjährigen internationalen Historikerkongress in Brüssel, in dem er sich u. a. gegen den Ausschluss deutscher Gelehrter wendet, auch die Kriegsschuldfrage und hebt besonders das Referat Prof. Beazleys hervor, der zu den Gelehrten gehöre, die mutig die Kriegsthese der Entente von der Alleinschuld der Mittelmächte bekämpfen.

Gegen die Schuldlüge. Feldzug für die Wahrheit. — „Münchener Neueste Nachr.", 24. Juni 1923, Nr. 168.

In Regensburg hat sich ein Ausschuss gebildet, der einen Aufruf zum Volksentscheid gegen die Schuldlüge erlässt.

Die Schuldfragenbewegung in Frankreich. Von August Bach. — „Kreuz-Zeitung", 26. Juni 1923, Nr. 290.

Eine Betrachtung über die Bedeutung der französischen Schuldfragenorganisationen für die Erforschung der Kriegsursachen und Hinweise auf Einzelerscheinungen in der französischen Schuldfragenbewegung.

Die Behandlung der Kriegsschuldfrage. Von Hans Delbrück. — „Deutsche Allgemeine Zeitung", 27. Juni 1923, Nr. 292.

Besprechung des neuen Buches von Graf Montgelas „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage" und der Monatsschrift „Die Kriegsschuldfrage".

Die Schuldfrage. Von Hermann Lutz. — „Schwäbischer Merkur", 27. Juni 1923, Nr. 147.

Eine Erwiderung auf die Ausführungen des Grafen Bernstorff im „Demokratischen Deutschland", Nr. 22, vom 2. Juni 1923.

Eine Rede des bayrischen Ministerpräsidenten von Knilling. „Kölnische Zeitung“, 28. Juni 1923, Nr. 445.

In einer grossen aussenpolitischen Landtagsrede nahm Ministerpräsident von Knilling am 27. Juni Stellung zur Schuldfrage. Man habe in Deutschland das bittere Gefühl, dass das Rechtsgefühl der Welt eingeschlafen sei:

„Der Grund liegt in der Tatsache, dass die Welt immer noch vielfach an die grösste Lüge der Weltgeschichte glaubt, nämlich an die angebliche Schuld Deutschlands am Weltkriege. Daher ihre Teilnahmslosigkeit, weil man in dem, was Deutschland an der Ruhr duldet, nur die Vergeltung für seine Schuld sehen möchte. Hier muss einmal aufgeräumt werden. Diese Lüge von der Kriegsschuld Deutschlands hat lange genug Unheil angerichtet, nicht nur für Deutschland allein, sondern für die ganze Welt. So lange sie wie bisher die Welt beherrscht, ist eine Wiedergesundung nicht möglich. Wie der Schleier vom Ziel der französischen Ruhraktion, so muss endlich einmal jener weggezogen werden, den Frankreich über den Ursprung des Krieges von 1914 gebreitet hat. Deutschland hat längst seine Archive geöffnet und so der ganzen Welt die Möglichkeit gegeben, sich von den Zielen und Wegen seiner Politik seit dem Bestehen des Reiches zu unterrichten. Wiederholt schon ist Frankreich aufgefordert worden, ein gleiches zu tun; es hat sich bisher gehütet, dem deutschen Beispiel zu folgen, und es wird es voraussichtlich auch weiterhin nicht tun. Deutschland befand sich Tendenzen gegenüber, die seit Jahrhunderten das Wesen der französischen Politik ausmachen, immer in der Defensive. Auch 1914. Wenn ihm ein Vorwurf gemacht werden kann, so ist es der, dass es 1914 nicht stark und nicht gewitzigt genug war, diesen Krieg, den Frankreich angezettelt und seit langem vorbereitet hatte, zu verhindern, und dass seine verantwortlichen Staatsmänner von damals es nicht zu verhüten wussten, wenn von Frankreich die Karten so gemischt und die Ereignisse im letzten Augenblick so gelenkt werden konnten, dass der Schein gegen Deutschland war. — Alle Kreise des deutschen Volkes erwarten deshalb zuversichtlich, dass die Reichsregierung in der Schuldfrage zur Offensive übergeht und von den Wahrheitszeugnissen Gebrauch macht, die wir neuerdings den russischen Archiven verdanken und durch die der französischen Eroberungspolitik die heuchlerische Maske des Rechts und der Friedfertigkeit abgerissen wird.“

Minister Lardy und der 1. August 1914. „Basler Nachrichten“, 1. Juli 1923, Nr. 299.

Kurze, zusammenfassende Wiedergabe der durch Mathias Morhardt (Les origines de la guerre. Paris 1921. S. 5—23.) bekannt gewordenen Friedensvermittlung des schweizerischen Gesandten in Paris am 31. Juli und 1. August 1914.

Russland und die Kriegsschuld. „Hamburger Fremdenblatt“, 6. Juli 1923, Nr. 184.

Der Artikel nennt eine Reihe wichtiger, bisher in Deutschland unbekannter russischer Urkunden und Veröffentlichungen zur Kriegsschuldfrage. An erster Stelle führt er Berichte an, die Sasonow gelegentlich seines Aufenthaltes in London im Sommer 1913 geschrieben hat und die dem Moskauer Korrespondenten einer angesehenen liberalen englischen Zeitschrift in Kopien zur Verfügung gestellt wurden, die aber nicht zur Verwendung kamen. Weiter werden 500 im Staatsarchiv Moskau liegende Briefe der Kaiserin Alexandra aus der Vorkriegszeit erwähnt und die Tagebücher des Generals Kuropatkin, von denen leider durch die russische Militärclique die auf die Zeit unmittelbar vor dem Weltkrieg bezüglichen Hefte beiseite geschafft sind. Die im roten Archiv 1923 veröffentlichten Hefte stammen aus der Zeit der Vorgeschichte des russisch-japanischen Krieges. Schliesslich wird auch ein über 600 Seiten umfassender Erinnerungsband eines früheren Gardeoffiziers N. Lemke mit dem Titel „250 Tage im kaiserlichen Hauptquartier“ genannt, der deutlich die Abhängigkeit des Grossfürsten Nikolai von Frankreich zeigt. Bemerkenswert für diese Fragen sei auch das Vorwort der russischen Ausgabe der Erinnerungen Paléologues.

Reichstag und Kriegsschuldfrage. Von Hans Delbrück. — „Berliner Tageblatt“, 8. Juli 1923, Nr. 317.

Die wirkungsvollste Art, die Versailler Schuldanklage zurückzuweisen, wäre eine Rede des Reichskanzlers oder des Aussenministers von der Tribüne des Reichstags. Es sei leider vorläufig noch unmöglich, das Plenum des Reichstages zu einer solchen Sitzung einzuberufen, da man von Kommunisten und einigen anderen Anhängern der Linken starke Störungen befürchten müsse, so dass die ganze Aktion mehr schaden als nützen würde. Professor Delbrück gibt seiner Freude Ausdruck über die vorliegende Monatsschrift „Die Kriegsschuldfrage“ und über das demnächst erscheinende Buch des Grafen Max Montgelas: „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“.

Eine schwedische Stimme gegen die Schuldlüge. — „Münchener Neueste Nachr.“, 9. Juli 1923, Nr. 183.

Professor C. G. Santesson tritt in „Nya Dagligt Allehanda“ der Gleichgültigkeit gegenüber der Kriegsschuldfrage entgegen. Er sagt:

„Es gibt in jedem Menschen und jedem Volk etwas, was unter dieser Art zu fühlen, zu denken, zu sprechen und zu handeln leidet, etwas, das letzten Endes wichtiger ist als Handelsbilanz, wirtschaftliche Vorteile und gutes Einvernehmen mit den Mächtigen, nämlich das Gefühl für das Recht, die Selbstachtung und die Stimme des Gewissens. Deshalb muss das Kriegsschuldproblem immer wieder und überall in der Welt behandelt werden. Auch in den kleinen neutralen Ländern muss an die Gewissen so lange gepocht werden, bis sie erwachen. Die kleinen neutralen Staaten haben eine grosse Aufgabe, nämlich furchtlos für die Wahrheit und für das Recht einzutreten.“

Aus Zeitschriften.

Kriegsschuldliteratur. Von Hermann Wendel. — „Die Glocke“, 18. Juni 1923. Nr. 12.

Eine Besprechung der beiden Bücher: „Deutschland und die Schuldfrage“ in Verbindung mit dem Arbeitsausschuss deutscher Verbände bearbeitet von Dr. W. Ziegler, Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin 1923, und Ferdinand Tönnies: „Der Zarismus und seine Bundesgenossen 1914“, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1923.

Richtigstellung eines Irrtums. Von Hans Delbrück. — „Die Glocke“, 9. Juli 1923, Nr. 15.

Eine Entgegnung auf den vorstehenden Aufsatz H. Wendels, in dem dieser gesagt hatte, dass die deutschen Machthaber „wenigstens bis zum 28. Juli allen Vermittlungsversuchen der übrigen Mächte ein Bein gestellt hätten“. — Delbrück weist erneut darauf hin, dass Deutschland von fünf Vorschlägen nur einen, den Konferenzvorschlag, wirklich abgelehnt, die übrigen aber entweder selbst angeregt oder unterstützt habe.

„Cahiers des Droits de l'Homme“, 10. Juli 1923.

Enthalten folgende Voranzeige: La Théorie de la Violence et la Révolution française par M. A. Aulard, Vice-Président de la Ligue.

Die englisch-deutsche Bagdadkonvention vom 15. Juni 1914. — „Europäische Gespräche“, Juni 1923.

Erstmalige Veröffentlichung der deutsch-englischen Bagdadkonvention und des aus Anlass der Vertragsunterzeichnung stattgefundenen Briefaustausches zwischen dem englischen Staatssekretär Sir Edward Grey und dem deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky.

G. P. Gooch „History of modern Europe 1878—1919“. Von Albrecht Mendelssohn-Bartholdy. — „Europäische Gespräche“, Juni 1923.

In einer Besprechung dieser neueren Geschichte von Gooch sagt Mendelssohn-Bartholdy, er könne auf Grund seiner Kenntnis des gesamten Aktenmaterials des

Auswärtigen Amtes sagen, dass Gooch fast in allen wesentlichen Stücken seiner Darstellung der letzten Jahrzehnte europäischer Politik das Richtige getroffen habe. Das Urteil des englischen Historikers über den Versailler Vertrag sei in seiner Wirkung um so stärker, da es in der Form sehr gemässigt sei und möglichst die Tatsachen für sich selbst sprechen lasse.

Die Persische Frage und die Einkreisung Deutschlands. Von Frhr. Ludwig Rüdt von Collenberg. — „Archiv für Politik und Geschichte", Juli 1923, Heft 4.

Eine in der Hauptsache auf den in Betracht kommenden Abschnitten von Siebert (Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, Berlin, 1921) und den „Englischen Dokumenten zur Erdrosselung Persiens", Berlin, 1917, fussende Analyse der zentralasiatischen und persischen Probleme mit ihren Folgen für die russisch-englischen Beziehungen seit dem Abschluss der englisch-russischen Konvention vom 31. August 1907 und im weiteren Sinne für die europäische Politik der letzten Vorkriegsjahre.

Vierzig Jahre zaristische Politik. Von Hermann Lutz. — „Archiv für Politik und Geschichte", Juli 1923, Heft 4.

Eine eingehende Besprechung der zweibändigen Erinnerungen des russischen Botschafters a. D. Baron Norman Rosen (s. Monatsbericht, „Die Kriegsschuldfrage", Heft 1, S. 20). Besonders ausführlich geht der Verfasser auf die Ausführungen Rosens über die entscheidenden Tage der Julikrise und die Vorgeschichte der russischen allgemeinen Mobilmachung ein. Er stellt in den Hauptzügen eine Übereinstimmung der Angaben Rosens mit denen Dobrorolskis fest, so dass an der Zuverlässigkeit Dobrorolskis um so weniger mehr gezweifelt werden kann, als Rosen aus ganz anderer Quelle schöpft.

Revanche und Panslavismus. Von Hermann Lutz. — „Hochland", 20. Jahrg., Juli 1923.

Unter Auswertung des gesamten bisher bekannten Aktenmaterials (vor allen L'alliance Franco-Russe, Paris, 1918, Siebert, Livre Noir usw.) und unter Heranziehung bekannterer Darstellungen (Pevet, Paléologue, Friedjung, Durham usw.) behandelt der Verfasser die russisch-französischen Bündnisbeziehungen und ihre Auswirkungen von 1892, dem Jahre eines ersten Entwurfes einer russisch-französischen Militärkonvention, bis zum Kriegsausbruch. Das Fehlen eines Telegrammes Paléologues, das die Anordnung der russischen Mobilmachung sofort nach ihrer Bekanntgabe nach Paris übermittelte, sucht Lutz durch die Vermutung zu erklären, dass nicht Paléologue, sondern der französische Militârattaché in St. Petersburg ein solches Telegramm nach Paris geschickt hat. In einer Schlussanmerkung hebt Lutz für seine Darstellung wichtige Stellen aus den Erinnerungen des russischen Botschafters Norman Rosen hervor. Unter anderem erzählt Rosen über die Julikrise, er und ein Minister, mit dem er in ständiger Fühlung gestanden habe, seien sich beide einig darüber gewesen, dass die volle Mobilmachung Krieg bedeute. Bisher war diese Ansicht „Mobilmachung = Krieg" nur von Militärs zugegeben (Dobrorolski, Gurko), ihnen tritt jetzt mit Rosen ein Diplomat als Zeuge an die Seite.

England unter Eduard VII. Von H. L. — „Schweizerische Monatshefte", 3. Jahrg., Heft 4, Juli 1923.

Eine Besprechung des gleichnamigen Buches des englischen Historikers J. A. Farrer. (Vgl. Wochenbericht, Nr. 3.)[1])

New Light from Russian Documents VI. The Persian Question II. By Prof. R. Beazley. — „Foreign Affairs", Juli 1923.

Teil VI der Besprechung der Siebert-Akten. Beazley betont die Bedeutung des englisch-russischen Übereinkommens über Persien für die allgemeine europäische Politik.

---

[1]) Seit Oktober 1921 wurden von der Zentralstelle Wochenberichte herausgegeben, welche inhaltlich den Monatsberichten entsprachen. Die Wochenberichte sind vergriffen. Auf Wunsch werden angezogene Stellen abschriftlich mitgeteilt.

Les responsabilités de la guerre. Points acquis, points obscurs. Par Albert Dauzat. „Les cahiers idéalistes", Mai 1923.

Dauzat, der anscheinend dem Kreis der „Société d'Etudes documentaires et critiques sur la guerre" nahesteht, widmet den wesentlichsten Teil seiner Betrachtungen der Frage, in welchem Masse die französische Regierung für die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung verantwortlich ist, und bejaht die französische Verantwortlichkeit.

Les causes de la guerre mondiale et la Hongrie. Par M. le Dr. Gustave Gratz, ancien ministre des affaires étrangères. „Revue de Hongrie", 15 juin - 15 juillet, 1923.

Eine Rechtfertigung der ungarischen auswärtigen Politik in den Vorkriegsjahren und eine Verteidigung des ehemaligen Ministerpräsidenten Tisza von der Beschuldigung, der eigentliche Urheber des serbischen Ultimatums zu sein.

Fortlaufende Einzelerscheinungen.

Bulletin of the Central Commission for Neutral Investigation of the causes of the World War. — The Hague: Laan van Meerdervoort 544. Nr. 415, Juni 1923.

Aus dem Inhalt: „The wrong and the right way" — eine kritische Untersuchung der verschiedenen Wege, die während und nach dem Kriege zur Klärung der Schuldfrage eingeschlagen worden sind. Die eigenen beabsichtigten Methoden werden ebenfalls angegeben. Ein zweiter Aufsatz beschäftigt sich mit dem Fortschritt der Schuldfragenbewegung. Ein weiterer bespricht das Buch von Frederick Bausman „Let France explain" (deutsch unter dem Titel „Und Frankreich?"). Unter „Varia" werden die neueren Erscheinungen der Kriegsschuldfragenliteratur besprochen. Die Dokumente und Einzelschriften der Zentralstelle finden hierbei besondere Beachtung.

Mitteilungsblatt des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände, 3. Jahrg., Nr. 15, 1923. 48 S.

Erst bei Schluss der Redaktion eingegangen. Enthält neben anderen Beiträgen zur Kriegsschuldfrage: „Die wachsende Erkenntnis von der Bedeutung der Schuldfrage im Auslande. Neue Beiträge in England, Frankreich, Italien und Russland", „Neue Beiträge in Deutschland". Es sei besonders hingewiesen auf eine Wiedergabe der Untersuchungen über die allgemeine russische Mobilmachung in den Bulletins der Société d'études documentaires et critiques sur la guerre.

Mitteilungen des Verlags.

Der Verlag sieht sich infolge der unaufhaltsam fortschreitenden allgemeinen Teuerung gezwungen, den Postbezugspreis seiner Zeitung für das Quartal im Einverständnis mit der Postverwaltung als „freibleibend" zu bezeichnen. Tritt die Notwendigkeit ein, den Preis zu erhöhen, so werden wir den Unterschiedsbetrag zwischen dem an die Post bezahlten und dem neuen Preise unmittelbar von unseren Beziehern erbitten. Falls die Nachzahlung abgelehnt wird, sind wir berechtigt, die Lieferung unseres Blattes vom September an einzustellen.

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 48.

Ein italienischer Historiker über den Kriegsausbruch [1]).

Graf Max Montgelas.

In der Augustnummer ist das auf gründlicher Kenntnis der sämtlichen bisher veröffentlichten Akten über den Kriegsausbruch beruhende Schlussurteil von Professor Corrado Barbagallo (Mailand) mitgeteilt worden. Es wird vielen Lesern willkommen sein, Näheres über den Standpunkt des italienischen Historikers zu erfahren. Wenn ich dabei über einige wenige Punkte einer abweichenden Ansicht Ausdruck gebe, so geschieht das in der Hoffnung, die gegenseitige Verständigung über die Kriegsschuldfrage, diese vom moralischen Standpunkt wichtigste Frage der Gegenwart und Zukunft, zu fördern und damit der allmählichen Wiederversöhnung der in das furchtbare Völkerringen verwickelten Nationen zu dienen.

Die allgemeine Richtung der deutschen Politik.

Der deutschen Regierung stellt Professor Barbagallo das Zeugnis aus, dass sie zwar die Befürchtungen der Kreise teilte, die seit mehreren Jahren den Zusammenstoss mit Russland als unvermeidlich ansahen, den in jenen Kreisen gehegten Wunsch jedoch, den Zusammenstoss herbeizuführen, entschieden ablehnte. Ein unwiderleglicher Beweis für diese friedliche Tendenz wird sehr mit Recht in der von Deutschland während der Balkankrise 1912/13 befolgten Politik erblickt. Wenn nach dem Attentat von Serajewo das Berliner Kabinett im Gegensatz zu seiner früheren Haltung dem österreichischen Plane einer Aktion gegen Serbien zustimmte, so seien die Gründe dafür eine Reihe „vorgefasster Meinungen" gewesen: die Auffassung, dass der Abscheu gegen das am österreichischen Thronfolger und seiner Gemahlin verübte Verbrechen in allen zivilisierten Ländern geteilt werden müsse; das Recht Österreichs, die grossserbische Gefahr dauernd zu beseitigen; die Zuversicht, durch eine Unterstützung Österreichs in dieser Frage der Sache des europäischen Friedens zu dienen; die drohende Schwächung des Dreibundes durch die russischen Machenschaften auf dem Balkan; endlich die „Illusion, dass zur Zeit weder Russland noch Frankreich noch England einen europäischen Krieg wünschten oder dazu bereit seien, und dass daher die diplomatische Unterstützung Österreichs durch Deutschland keine Gefahren bringen könne."

Zu dem Hinweis, dass während der Krise des Sommers 1914 die Auffassungen von Kaiser, Kanzler, Staatssekretär, Unterstaatssekretär und manchen Botschaftern nicht immer übereinstimmten, darf bemerkt werden, dass in allen Staaten Meinungsverschiedenheiten der massgebenden Persönlichkeiten zu verzeichnen sind. Welcher Unterschied besteht nicht in Russland zwischen dem friedliebenden, aber willensschwachen Nikolaus II., den

---

[1]) „Come si scatenò la Guerra mondiale" in der „Nuova Rivista Storica", VII. Jahrgang, I., II. und III. Heft.

unter Führung des Grossfürsten Nikolaus Nikolajewitsch von Anfang an zum Kriege drängenden Militärs und dem an sich nicht kriegslüsternen, aber alsbald für die Auffassung der Militärs gewonnenen Aussenminister Sasonow! Auch in Frankreich war der Justizminister Bienvenu-Martin, bis 29. Juli Stellvertreter Vivianis, ein Anhänger der Lokalisierung des Konflikts, aber anders dachten sehr einflussreiche Beamte am Quai d'Orsay, anders vor allem der Präsident der Republik Poincaré, dessen Einfluss auch der nach seiner Vergangenheit nicht grundsätzlich zum Kriege neigende Aussenminister Viviani erliegen sollte. Das britische Kabinett zählte noch am Morgen des 2. August drei Parteien verschiedener Richtung, und nach der Kriegserklärung an Deutschland legten mehrere Minister ihr Amt nieder. Auch in Italien waren hervorragende Diplomaten, die Botschafter in Wien und Berlin, nach der russischen Mobilmachung anderer Ansicht als die Consulta.

Was insbesondere die Divergenzen zwischen Kaiser Wilhelm und Herrn von Bethmann Hollweg betrifft, so ergibt sich aus der deutschen Haltung während der kritischen Tage, dass schliesslich in fast allen wichtigen Fragen die Auffassung des Kanzlers durchgedrungen ist. Viele der unbesonnenen und impulsiven Randbemerkungen des Kaisers haben auf den Gang der Ereignisse keinerlei Einfluss ausgeübt, manche sind im Auswärtigen Amt überhaupt erst bekannt geworden, nachdem dieses schon aus eigener Initiative gehandelt hatte[1]).

Das österreichische Ultimatum.

Scharf tadelt Professor Barbagallo, dass Deutschland bei Aufstellung der an Serbien zu richtenden Forderungen sich jeder Einwirkung auf Wien enthalten hat. Tatsächlich haben auch die Ereignisse das der österreichischen Diplomatie durch diese Zurückhaltung bekundete Vertrauen als nicht gerechtfertigt erwiesen. Bei seiner Kritik wird der italienische Forscher aber auch den Gründen gerecht, von denen die Reichsregierung sich leiten liess, nämlich einerseits von der Rücksicht auf den sehr empfindlichen Bundesgenossen, andererseits von der Auffassung, durch diese Zurückhaltung grössere Handlungsfreiheit in einem allenfallsigen späteren Konflikt, insbesondere auch gegenüber Österreich, sich zu wahren. Was sodann das deutsche Drängen zu raschem Handeln gegen Serbien betrifft, so scheint mir, dass man hierbei in Berlin von einer zutreffenden Auffassung ausgegangen ist[2]). Dass ein besonderes „kaiserliches Telegramm" an den deutschen Botschafter von Tschirschky nicht existiert, sondern dass es sich dabei nur um eine missverständliche Bezeichnung der amtlichen Instruktion an den Botschafter — D 15 —[3]) handeln kann, dürfte nach den über diesen Punkt seit Jahren angestellten, nunmehr veröffentlichten Untersuchungen wohl allgemein anerkannt werden[4]).

Bezweifeln möchte ich, ob ein deutscher Einspruch gegen das überscharfe Ultimatum, als es in Berlin knapp 24 Stunden vor der Übergabe bekannt wurde, Aussicht auf Erfolg gehabt haben würde. Zunächst musste sich der Staatssekretär (in Berlin) mit dem Reichskanzler (in Hohenfinow)

[1]) Vgl. dazu Augustheft „Die Bewertung der Randbemerkungen Kaiser Wilhelms".

[2]) „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage", Seite 97.

[3]) D = „Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch", E = englisches Blaubuch, F = französisches Gelbbuch.

[4]) „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage", Seite 172 ff.

und dem Kaiser (in Norwegen) über einen Schritt von ausserordentlicher Tragweite verständigen, dann musste der Telegrammwechsel Berlin-Wien und Wien-Belgrad durchgeführt werden. Aber von der Zeitfrage ganz abgesehen, am Ballhausplatz war man nicht geneigt, sich die Handlungsweise von der Wilhelmstrasse vorschreiben zu lassen. Professor Barbagallo weist selbst darauf hin, dass der am 19. Juli von Berlin ausgesprochene Wunsch nach einer vorläufigen Orientierung über die wichtigsten Punkte der Note — D 77 — drei Tage unberücksichtigt geblieben ist, und dass Graf Berchtold die dringenden deutschen Ratschläge, Italien territoriale Kompensationen anzubieten, in keiner Weise beachtet hat. In der „Nuova Rivista Storica" wird daher auch weniger die Ansicht vertreten, die deutsche Regierung hätte die Übergabe des Ultimatums in Belgrad verhindern sollen, als vielmehr die, sie hätte den am 21. Juli an die Botschafter in Petersburg, London und Paris gesandten Runderlass — D 100 —, worin die noch gar nicht bekannten österreichischen Forderungen als gerecht und massvoll bezeichnet wurden, zurückhalten oder abändern sollen; ein beachtenswerter Gedanke, dem man die Berechtigung nicht absprechen kann.

Die militärischen Massnahmen Deutschlands vor dem 29. Juli.

In sehr gerechter Weise erkennt die Studie die ausserordentliche Zurückhaltung Deutschlands hinsichtlich aller militärischen Massnahmen vor dem 29. Juli an und würdigt die in dieser Beziehung verbreiteten unwahren französischen Anschuldigungen keines Wortes. Bedenklich findet der Verfasser nur, dass die deutsche Hochseeflotte, die am 15. Juli planmässig zur Übungsreise nach den norwegischen Gewässern ausgelaufen war, am 19. angewiesen wurde, bis zum 25. derart versammelt zu bleiben („zusammenhalten in Flotte"), dass ein etwaiger Befehl zum Abbruch der Reise schnell ausgeführt werden könne — D 82. Diese Weisung sei geeignet gewesen, die gegnerischen Marineleitungen zu beunruhigen. Nun sollte aber durch das „Zusammenhalten" lediglich verhindert werden, dass die Flotte sich, wie sie das nach Beendigung der grossen Übungen alljährlich zu tun pflegte, in kleinste Verbände auflöste und auf viele norwegische Häfen verteilte, aus denen sie nur mit grossem Zeitverlust zurückgerufen werden konnte. Die gegnerischen Marinebehörden, die nicht wussten, wann die Übungen in geschlossenem Verbande beendigt werden sollten, konnten in der blossen Tatsache des Zusammenhaltens kein beunruhigendes Moment erblicken und haben das auch nicht getan. Das später genehmigte Einlaufen der Flotte in einen norwegischen Hafen am 24. — D 175 — musste sogar beruhigend wirken und stand in erfreulichem Gegensatz zu dem an demselben Tage von der britischen Admiralität gefassten Entschluss, die Demobilmachung der seit dem 16. Juli zu einer Probemobilmachung versammelten gewaltigen britischen Seemacht einzustellen — F 66. Wenn dann am 26. die immobile deutsche Flotte auf Grund von tags vorher erhaltenen Befehlen — D 174 und 182 — die Heimreise antrat, so war das weniger alarmierend als der in der Nacht 26./27. gefasste Beschluss des Londoner Kabinetts, die Einstellung der Demobilmachung der Flotte zu veröffentlichen — E 47 und 48 — und auch nicht alarmierender als in Frankreich die Zurückberufung aller beurlaubten Kommandierenden Generale schon am 25. und das allgemeine Urlaubsverbot am 26[1]).

---

[1]) Kriegsminister Messimy in der „Revue de France" vom 1. August 1921 und II. belgisches Graubuch Nr. 118, Anlage 1.

Noch einem anderen Vorgang wird meines Erachtens zu grosses Gewicht beigemessen, dass nämlich am 26. Juli Generalstabschef von Moltke dem Auswärtigen Amt den Entwurf des Ultimatums übermittelte, das in Brüssel zu übergeben wäre, falls es zum Kriege kommen sollte. Um jedem Missverständnis meiner Ausführungen vorzubeugen, wiederhole ich die schon oft ausgesprochene Ansicht, dass über die Verletzung der belgischen Neutralität Herr von Bethmann Hollweg das zutreffende Wort vom „Unrecht" gesprochen hat. Andererseits aber war es nicht auffallend früh, sondern unbegreiflich spät, dass erst jetzt die Form erwogen wurde, in der man eintretendenfalls an Belgien wegen des Durchmarsches herantreten wollte. Auch bezweckte Moltke mit der Übersendung des Ultimatums nicht etwa eine Aufforderung zu sofortigem Losschlagen. Wie ruhig gerade der Chef des Grossen Generalstabs die Lage in diesen Tagen, auch noch am 27. und 28., beurteilte, ist von mir an anderer Stelle nachgewiesen[1]).

Die diplomatischen Verhandlungen.

Sehr anschaulich und eindrucksvoll schildert der italienische Gelehrte die diplomatischen Verhandlungen nach Übergabe des Ultimatums und stellt dabei die ständig sich steigernden Bemühungen des deutschen Kanzlers um Erhaltung des Friedens in helles Licht. Das genaue Studium dieser Ausführungen sei allen denen empfohlen, die noch immer, durch unwahre Darstellungen irregeleitet, an den Fabeln festhalten, Deutschland habe „alle" oder „fast alle" Vermittlungsvorschläge zurückgewiesen oder erst „zu spät" angenommen. Zum ersten Male wird hier meines Wissens von einem ausländischen Forscher anerkannt, dass das Berliner Kabinett schon am 27. Juli mit der Empfehlung der englischen Anregung, die serbische Antwort „entweder als genügend zu betrachten oder aber als Grundlage für Besprechungen" — D 277 — den Grundsatz, sich in den österreichisch-serbischen Konflikt nicht einzumischen, aufgegeben und damit eine diplomatische Niederlage der Gefährdung des Weltfriedens vorgezogen hat. Man vergleiche damit die kategorische Weigerung Sasonows am gleichen Tage, an dem einmal angenommenen Standpunkt auch nur das Mindeste zu ändern, und das sofortige Eingehen der französischen Republik auf diesen autokratischen Wink[2]).

Vielleicht hätte es sich empfohlen, wenn die in meisterhaftem Stil gehaltene Darstellung den Unterschied zwischen dem ersten englischen Vorschlag der in Wien und Petersburg durch Deutschland, England, Italien und Frankreich auszuübenden „Vermittlung zu Vieren" und dem späteren, erst am 26. Juli auftauchenden (in Berlin am 27. eintreffenden) Gedanken einer „Konferenz in London" schärfer hervorzuheben. In vielen Darstellungen des Kriegsausbruchs werden diese beiden Vermittlungsarten zusammengeworfen, weshalb es noch nicht gelungen ist, zwei Legenden auszurotten: erstens die Legende, Grey sei sofort mit dem Konferenzvorschlag hervorgetreten, während er in Wahrheit zunächst nur an die „Vermittlung zu Vieren" dachte, die nach späterer Erläuterung erst dann einsetzen sollte, wenn „der österreichischen Mobilmachung die russische folge" (d. h. die russische Teilmobilmachung gegen Österreich) — D 180, 179, E 24, 25; zweitens die Legende, dass Deutschland die „Vermittlung zu Vieren" abgelehnt habe, während es tatsächlich diese ange-

---

[1]) „Leitfaden", Seite 107, 108 und 111.

[2]) Romberg, „Die Fälschungen des russischen Orangebuchs", Seite 19 und 26.

nommen und nur, wie auch Russland, den vom Grafen Pourtalès angeregten direkten Besprechungen Wien-Petersburg den Vorzug vor der Londoner Konferenz gegeben hat — D 238, 248, E 43.

Nur der günstigen Beurteilung der ersten Formel Sasonows, die als Vorbedingung des Einstellens der russischen Mobilmachung die Abänderung des österreichischen Ultimatums forderte, vermag ich nicht beizustimmen. Zwar hat Herr von Bethmann persönlich zuerst keinen Anstoss daran genommen, aber selbst der gewiss versöhnlich gesinnte Fürst Lichnowsky fand sie ungeeignet und erwirkte von Sir Edward Grey einen, das Ultimatum ausschaltenden Abänderungsvorschlag — E 103, D 439, 460. Sogar Poincaré meinte, Österreich werde sich nicht darauf einlassen, seine vor einer Woche übergebene Note nachträglich zu modifizieren — E 99.

Kanzler und Generalstab vom 29. Juli ab.

Die Friedensbemühungen des Reichskanzlers finden auch nach dem 29. Juli die volle Anerkennung Professor Barbagallos, doch meint er, dass von diesem Tage an der deutsche Generalstab mehr und mehr seinen Willen der politischen Leitung aufgedrängt habe. Den ersten Schritt dazu sieht er in der, von General Moltke am 29. dem Auswärtigen Amt vorgelegten Denkschrift — D 349. Diese Denkschrift greift allerdings auf das politische Gebiet über, klingt aber lediglich in den Wunsch aus, dass möglichst bald Klarheit geschaffen werde, ob Russland und Frankreich es auf den Krieg ankommen lassen wollen. Das war doch sehr bescheiden gegenüber dem, was an demselben 29. die Militärs in den Staaten der Entente durchsetzten: in Russland den erstmaligen Befehl zur allgemeinen Mobilmachung, die nur im letzten Augenblick infolge eines versöhnlichen Telegramms Wilhelms II. in die Mobilmachung gegen Österreich umgeändert wurde; in England das dem Zustande drohender Kriegsgefahr entsprechende „Warnungstelegramm“, und zwar für Heer und Flotte; in Frankreich (in der Nacht 29./30.) den hinterlistigen Ratschlag an Russland, die allgemeine Mobilmachung insgeheim fortzusetzen[1]).

Die weitere Kritik gegen den deutschen Generalstab ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass in der „Nuova Rivista Storica“ bei dem Protokoll der Sitzung des preussischen Ministerrats — D 456 — eine unrichtige Datierung angenommen und die Sitzung vom 30. auf den Abend des 29. vorverlegt wird. An jenem Abend fand jedoch nicht eine Beratung sämtlicher preussischer Minister in Berlin statt, sondern der Kanzler und die militärischen Chefs wurden nach Potsdam berufen zu Vorträgen, die anscheinend nicht einmal gemeinsam stattfanden. Dort beantragte Moltke nicht die Mobilmachung, sondern nur die Erklärung des Zustandes drohender Kriegsgefahr, drang aber selbst damit nicht durch. Der Generalstab wurde durch den Kanzler besiegt. Nur die dringendsten militärischen Gegenmassnahmen gegen die viel weitergehenden russischen und französischen Rüstungen wurden getroffen[2]).

Wie am 29., so blieben auch am 30. die Kriegsvorbereitungen Deutschlands weit hinter denen der Gegenseite zurück. Wiederum erreichten die Generalstäbe der Entente viel mehr. In Russland wurde zum zweiten Male,

---

[1]) Dobrorolski, „Die Mobilmachung der russischen Armee 1914“, Seite 24 und 26; Sir J. Corbett, „History of the Great War“, Seite 26 und 28; Romberg, „Die Fälschungen des russischen Orangebuchs“, Seite 36.

[2]) Juliheft der „Kriegsschuldfrage“, Seite 8 ff.

dieses Mal unwiderruflich, dem Zaren der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung abgerungen; in Frankreich wurde der Grenzschutz aufgestellt, und kurz vor Mitternacht erhielt man in Paris, ohne Einspruch dagegen zu erheben, Nachricht über den Beginn der allgemeinen Mobilmachung in Russland (durch die bei der Veröffentlichung doppelt gefälschte Nr. 102 des Gelbbuchs); in England „fehlte kein Zwischenglied mehr“ zur vollen Mobilmachung der Seestreitkräfte. In Deutschland hingegen wurde am 30. nur bei der Flotte die „Sicherung“ angeordnet, beim Landheer geschah absolut nichts, im Gegenteil, verschiedene Anregungen zu Gegenmassnahmen bei den Grenzkorps wurden vom Kriegsministerium abgewiesen. In Österreich herrschte trotz der am vorhergehenden Abend bekanntgewordenen russischen Mobilmachung gegen die Monarchie, wodurch der nach dem Aufgebot gegen Serbien noch verbleibende Rest von 28 österreichisch-ungarischen Divisionen durch doppelte Übermacht (55) bedroht wurde, den ganzen Tag des 30. eine unverständliche militärische Passivität, erst am Abend raffte man sich zu dem Entschluss auf, am nächsten Mittag die Gegenmobilmachung gegen Russland zu befehlen.

Als dann am folgenden Vormittag (31. Juli) die seit 18 Stunden angeordnete russische Totalmobilisierung in Berlin bekannt wurde, beschränkte man sich in Deutschland auf die Erklärung des Zustandes drohender Kriegsgefahr. Dieser zog nicht etwa automatisch die Mobilmachung unmittelbar nach sich, sondern die auf diesen Befehl hin zu treffenden Massnahmen bildeten eine gesonderte Gruppe für sich; die Mobilisierung konnte sich daran nach kürzerer oder längerer Frist oder, was freilich nicht mehr wahrscheinlich war, auch gar nicht anschliessen[1]).

Der Verlauf der drei Tage, 29., 30. und 31. Juli, zeigt, dass im Vergleich mit Russland, Frankreich und England von einem überwiegenden Einfluss der Militärs in Deutschland nicht gesprochen werden kann. Wenn man jedoch einwenden will, dass die Kriegsmassnahmen in den drei Ententestaaten nicht auf das Drängen der Militärs, sondern auf die ureigene Initiative der, militärischem Einfluss nicht zugänglichen Politiker zurückzuführen seien, so würde damit dem Kriegswillen dieser Politiker erst recht ein sehr bedenkliches Zeugnis ausgestellt sein.

Die Kriegserklärung an Russland.

Professor Barbagallo ist der Ansicht, dass auch nach der russischen Mobilmachung gemäss Artikel 3 und 4 des Dreibundvertrags für Deutschland der Bündnisfall nicht gegeben gewesen sei. Aber abgesehen davon, dass sich die russische Gesamtmobilmachung nicht nur gegen Österreich, sondern ebenso auch gegen Deutschland selbst richtete, war für die Frage des casus foederis in erster Linie nicht der Dreibundvertrag, sondern das 1888 veröffentlichte deutsch-österreichische Bündnis von 1879 massgebend, das durch den Dreibundvertrag von 1882 und dessen Erneuerungen weder aufgehoben noch im geringsten modifiziert worden ist, vielmehr zufolge Protokolls vom 1. Juni 1902 ohne weiteres als von drei zu drei Jahren verlängert galt, falls nicht im ersten Monat des vorletzten Jahres eine Einladung zu Verhandlungen erfolgte, was bekanntlich niemals geschehen ist. Nach Artikel 1 des deutsch-österreichischen Vertrags war nun im Falle eines russischen Angriffs auf einen der beiden Verbündeten der

---

[1]) Vgl. dazu die einschlägigen Bestimmungen des deutschen Mobilmachungsplanes in „Leitfaden“, Beleg Nr. 25 Seite 199.

andere Verbündete zum „Beistand mit seiner gesamten Kriegsmacht“ verpflichtet. Da rechtzeitige und wirksame Unterstützung gegen einen so übermächtigen Angriff wie den der russischen Heeresmassen nur bei gleichzeitiger Mobilisierung gewährleistet war, kann man mit guten Gründen die Auffassung vertreten, Deutschland sei schon nach der am 29. Juli durch den russischen Botschafter amtlich mitgeteilten russischen Mobilisierung gegen Österreich verpflichtet gewesen, zu dessen Beistand „seine gesamte Kriegsmacht“ bereitzustellen. Meiner persönlichen Auffassung nach hat jedoch die politische Leitung nicht nur friedfertig, sondern auch weise gehandelt, dass sie diese Massnahme verschob, bis zweifelsfrei bekannt war, dass das Deutsche Reich selbst durch Russland bedroht werde, und dass sie auch dann noch einen letzten Aufschub versuchte.

Die Meinungsverschiedenheit über die Anwendbarkeit des Dreibundvertrags auf das deutsch-österreichische Bundesverhältnis am 31. Juli 1914 ist jedoch von gänzlich untergeordneter Bedeutung gegenüber der hoch erfreulichen Tatsache, dass Professor Barbagallo mit aller Entschiedenheit dafür eintritt, dass nach der russischen Mobilmachung der Krieg für Deutschland unvermeidlich war. Der Beweis dafür ist meines Wissens in deutschen Schriften noch niemals so vollständig und erschöpfend erbracht worden wie in der „Nuova Rivista Storica“. Der italienische Historiker geht darin sogar weiter als viele Verfechter des deutschen Standpunktes, da er auch die sofortige Kriegserklärung an Russland für gerechtfertigt erachtet. Er schreibt, dass die Kaiserliche Regierung in manchen Einzelheiten irrte,

> „aber vollkommen Recht hatte in der Hauptfrage: nämlich darin, die russische Mobilmachung mit der Kriegserklärung zu beantworten.“

Und nach glänzender Beweisführung für diese These folgt der Satz:

> „Einen einzigen Vorwurf (appunto) kann man der Kaiserlichen Regierung machen — und dieser ist das Gegenteil dessen, was ihr gewöhnlich vorgeworfen wird —, dass sie nämlich einige Tage länger als nötig gezögert hat.“

Da der deutsche Plan raschesten Beginn der militärischen Operationen im Westen, nicht aber im Osten bedingte, werden manche mit mir diese Schlussfolgerung als zu weitgehend ablehnen. Die Hauptsache aber bleibt die Übereinstimmung darüber, dass, nachdem es nicht gelungen war, die russische Gesamtmobilmachung zu verhindern, Deutschland zum Kampfe gezwungen war. Bei Übereinstimmung in diesem Kardinalpunkte werden alle anderen Differenzen zur Nebensache. Es ist dringend zu wünschen, dass die hier besprochene ausgezeichnete Studie in und ausserhalb Italiens, besonders auch in Deutschland, die weiteste Verbreitung findet.

Zur Teilnahme Italiens am Weltkriege.

Wilhelm Schaer.

Die Veröffentlichung der russischen Archive hat nicht nur über die Machenschaften der ehemaligen Feindbundmächte vor dem Kriege und während desselben neues, zum Teil ganz unbekanntes Material ans Tages-

licht gebracht und ihr Hinarbeiten auf den Weltkrieg in einem weit ungünstigeren Licht gezeigt als dies bisher der Fall war, sie liefern vielmehr auch eine ganze Reihe recht interessanter Beiträge und Einzelheiten über das Werben um Italien, um es zum Eintritt in den Krieg zu bestimmen.

Die Casa Editrice Rassegna Internationale in Rom hat aus den russischen Veröffentlichungen in dem in Frankreich erschienenen Livre noir die den Eintritt Italiens in den Weltkrieg betreffenden Dokumente herausgezogen und deren Wortlaut unter dem Titel: L'intervente dell'Italia nei documenti segreti dell'Intesa (Der Eintritt Italiens nach den Geheimdokumenten der Entente) veröffentlicht. Die Dokumente bereichern die Kette der Geheimverhandlungen unserer ehemaligen Gegner um ein weiteres Glied und sind auch für die Klärung der Schuldfrage nicht ohne Interesse, obgleich sie eigentlich erst nach dem Ausbruche der Feindseligkeiten einsetzen.

Bei der Knappheit des Raumes können die 163 Urkunden zum grössten Teil nur referierend wiedergegeben werden und muss sich eine wörtliche Uebersetzung auf die wichtigen Stellen beschränken, die in Anführungszeichen gesetzt. —

Die Hauptbeteiligten bei den Verhandlungen waren:

auf italienischer Seite: die beiden Aussenminister di San Giuliano und Sonnino, die italienischen Botschafter in Petersburg Carlotti und Imperiali in London;

auf russischer Seite: Aussenminister Sassonow, die russischen Botschafter in Rom Krupenski, in Paris Iswolski, in London Graf Benckendorff;

auf englischer Seite: Aussenminister Grey, die englischen Botschafter in Rom Renell Rodd und in Petersburg Buchanan;

auf französischer Seite: die französischen Botschafter in Petersburg Paléologue, in Rom Barrère und schliesslich wie immer Poincaré.

Von welcher Seite der Anstoss zu den Verhandlungen eigentlich ausgegangen ist, geht mit Klarheit aus den Veröffentlichungen nicht hervor. Irgendeine Fühlungnahme muss aber schon frühzeitig erfolgt sein zwischen Grey und Imperiali sowie zwischen Sassonow und Carlotti. Mit Energie wurden sie aber begonnen und geführt von russischer Seite, unter nicht weniger energischer Beteiligung von Paléologue, dem Schatten Poincarés, wie ihn Pevet in seinem Werke über die „Responsables de la Guerre" bezeichnet. Grey tritt, wie das ja bei ihm auch sonst üblich war, im Anfang weniger aktiv hervor, während sein Botschafter in Rom mit Krupenski eine regere Tätigkeit entfaltet.

Am 5. August 1914 bereits drahtet Iswolski an seine Regierung (Nr. 3[1]):

„. . . . die französische Regierung pflichtet im Einverständnis mit der englischen der Kaiserlichen Regierung bei, dass seitens der russischen Regierung die Verhandlungen fortgesetzt werden auf der Grundlage, die wiederholt von dem italienischen Botschafter in Petersburg bezeichnet worden ist. Wenn Italien in dem gegenwärtigen Kriege Russland, Frankreich und England beistehen würde, dann wäre die französische Regierung gern damit einverstanden, dass ohne Benachteiligung der französischen Ansprüche bei der zukünftigen Regelung Italien insbesondere das Trentino und Valona erhalten würde, unter dem Vorbehalt natürlich, dass Serbien und

[1]) Die angeführten Zahlen bezeichnen die fortlaufende Numerierung der Dokumente.

Griechenland ihrerseits in ihren territorialen Ansprüchen an der adriatischen Küste befriedigt werden."

Und am 6. August Carlotti an San Giuliano (Nr. 4):

„. . . . . Paléologue hat mit mir über die vorteilhafte Lage gesprochen, in der sich Italien befände und welche es nach seiner Ansicht ausnutzen sollte, um seine seit langem verfolgten Ziele z. B. an der Adria zu verwirklichen. Der französische Botschafter glaubt, dass der Krieg nicht von langer Dauer sein werde und dass daher eine schnelle Entschliessung Italiens für sein zukünftiges Schicksal von grösster Wichtigkeit sei. Es sei diesmal absolut sicher, dass keine Konferenz, sondern nur ausschliesslich die Waffen und ihre Überlegenheit den neuen Zustand der Dinge in Europa regeln werden.

Ich habe aus der Sprache von Paléologue eine leichte Drohung herausgehört, wie übrigens auch in meiner Unterredung mit Sassonow über das gleiche Thema."

Auch Krupenski geht in Rom energisch aufs Ganze, wie aus seinen Telegrammen an Sassonow zu ersehen ist.

Am 8. August (Nr. 7): „. . . . . Wenn wir ihm (Italien) das Trentino und Triest versprechen, dann wird es sich wahrscheinlich mit uns verbünden."

Am 11. August: Nr. 14 „. . . . Man glaubt, dass Russland mit dem Versprechen von Triest und dem Trentino den entscheidenden Schritt tun und die italienische Regierung zwingen könne, nachzugeben. Ein geeigneter Vorwand würde die unerwartete Beschiessung von Cattaro von seitens Montenegro sein, auf die Österreich nur mit der Besetzung Montenegros antworten könnte und dadurch das Gleichgewicht an der Adria zerstören würde."

Auch Sassonow will entschlossene und rasche Arbeit. Am 10. August versendet er bereits den nachstehenden Entwurf einer Note an die italienische Regierung nach Paris und London und fordert einen Kollektivschritt der drei Botschafter in Rom (Nr. 12):

„Die französische (englische) Regierung ist über die privaten Unterhandlungen unterrichtet, die Sassonow in den letzten Tagen mit dem Botschafter Seiner Majestät dem König in Petersburg über einen eventuellen Beitritt Italiens zum Dreiverbande geführt hat.

Die französische (englische) Regierung tritt den beiden von Sassonow formulierten Vorschlägen bei:

1. Die italienische Armee und Flotte greifen sofort die österreich-ungarische Armee und Flotte an;

2. nach dem Kriege erhält Italien das Trentino, die Häfen von Triest und Valona.

Die französische (englische) Regierung hofft, dass die Königliche Regierung diesen Vorschlägen zustimmt.

In diesem Falle und angesichts der Dringlichkeit wäre die französische (englische) Regierung der Königlichen Regierung dankbar für eine Ermächtigung des Marquis Carlotti, mit Sassonow die Bedingungen des zwischen Italien und den Regierungen des Dreiverbandes zu schliessenden Vertrages festzusetzen."

England und Frankreich lehnen jedoch den Kollektivschritt als offiziell und daher gefährlich ab, bleiben bei geheimen Verhandlungen und beauftragen am 12. ihre Botschafter in Rom, zusammen mit dem russischen auf der Grundlage des Entwurfs mit San Giuliano in Fühlung zu treten. Nr. 16, 17, 19, 21 und 22.

Krupenski sieht bereits die Frucht reifen und schreibt am 14. August an Sassonow (Nr. 23):

„. . . . . Der Gedanke einer Vereinigung Italiens mit dem Dreiverbande reift immer mehr im Lande und in der öffentlichen Meinung, welche diesen historischen Augenblick benutzen will zur Verwirklichung seines Ehrgeizes. Auch die Regierung schläft nicht. Ich habe aus glaubhafter Quelle erfahren, dass in Norditalien um Verona und Piacenza bedeutende Truppenmassen konzentriert und an die italienischen Offiziere geheime Karten über Österreich verteilt werden."

Krupenski drängt denn auch im Verein mit Rodd weiter in San Giuliano, so dass dieser schliesslich alle weiteren Verhandlungen kategorisch abbricht und auffordert, dieselben fernerhin unter strengster Geheimhaltung in London zwischen Grey und Imperiali führen zu lassen. (S. seine Telegramme an Carlotti vom 16. und 17. August.) Nr. 26, 28 und 30.

In den Verhandlungen mit der Entente tritt nun eine Pause ein, in der San Giuliano vermutlich versucht, mit Österreich Fühlung zu nehmen. Erst am 25. September nimmt er den Faden wieder auf mit einem Telegramm an Carlotti, in welchem er u. a. schreibt (Nr. 51):

„Die Königliche Regierung wünscht die Neutralität Italiens aufrechtzuerhalten, indem sie diese als das beste Mittel zur Verteidigung seiner Interessen betrachtet. Wenn aber Österreich sich unfähig zeigen sollte, das Gleichgewicht an der Adria aufrechtzuerhalten, dann wäre Italien zur Verteidigung dieser Interessen gezwungen, sich auf die Seite der Gegner Österreichs zu schlagen. Angesichts dieser Eventualität bitte ich, mir Ihre Ansicht über folgende Punkte mitzuteilen: (folgen 15 Bedingungen für den eventuellen Eintritt in den Krieg auf Seiten der Entente)."

Die Verhandlungen geraten erneut ins Stocken durch die Erkrankung San Giulianos und dessen Tod. Unter seiner Führung waren dieselben vorsichtig, tastend, zurückhaltend. Über seinen Standpunkt gegenüber dem österreichisch-serbischen Konflikt drahtet Krupenski am 28. Juli auf Grund einer Antwort San Giulianos (Nr. 2):

„. . . . . Ich (Giuliano) bin völlig überzeugt, dass Österreich keine Zeile seiner Note ändern und dass auf der in London vorgeschlagenen Konferenz eine zufriedenstellende Lösung nur erreicht wird auf der Grundlage der völligen Annahme der österreichischen Note."

Mit seinem Nachfolger Baron Sonnino ändert sich die Lage. Hierüber ein Brief Krupenskis an Sassonow vom 30. November nach einer Unterredung mit Sonnino (Nr. 69): „. . . . . Obgleich das Kabinett nicht radikal geändert worden ist, ist doch eine gewisse Veränderung in dem von uns gewünschten Sinne festzustellen. Sidney Sonnino ist Israelit und Protestant. Seine Mutter ist Engländerin. Er hat sich nie unter dem Einflusse der katholischen Kreise befunden, hat zwar am Dreibund teilgenommen, doch ohne für Deutschland so hypnotisiert zu sein wie sein Vorgänger, der an dessen Unbesiegbarkeit glaubte. Dagegen ist Sonnino stets England günstig gesinnt gewesen. Desgleichen hat er Mitgefühl mit dem Schicksal Serbiens." Frage Krupenskis an Sonnino: „Jetzt, wo Österreich geschlagen ist, wollen Sie die Gelegenheit nicht ausnutzen zur Verwirklichung Ihrer nationalen Ziele und wollen Sie ihm nicht den Krieg erklären?" Antwort Sonninos: „Ich sage nicht nein. Wir haben die Augen offen und der geeignete Augenblick kann kommen!"

In das entscheidende Stadium treten die Verhandlungen am 10. März 1915 mit einer Mitteilung Imperialis an Grey, dass Italien unter gewissen

Bedingungen zu einer Teilnahme am Kriege bereit ist. Diese Bedingungen sind in einer Pro-Memoria an Grey niedergelegt und lauten (Nr. 87):

„Im Falle einer Kriegserklärung zwischen Italien und Österreich-Ungarn, verpflichten sich Russland, Frankreich, England und Italien, keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden zu schliessen.

Die genannten Mächte schliessen sofort ein militärisches Abkommen, durch welches das Mindestmass der Streitkräfte festgesetzt wird, welche Russland gegen Österreich ins Feld führen muss, damit, wenn Russland sich entschliesst, hauptsächlich Deutschland anzugreifen, Österreich verhindert wird, alle seine Streitkräfte gegen Italien zu konzentrieren.

Italien verpflichtet sich seinerseits, alle seine Streitkräfte gegen Österreich, die Türkei oder gegen jede sonstige Macht anzuwenden, welche ihnen zu Wasser oder zu Lande zu Hilfe kommt.

Die englisch-französische Flotte wird dauernd und aktiv mitwirken, bis die österreichische Flotte zerstört oder der Friede geschlossen ist.

Im Friedensvertrag erhält Italien das Trentino und das cisalpinische Tirol bis zur natürlichen Grenze des Brenner, ferner Triest und ganz Istrien bis an den Quarnero einschliesslich Valesca und die istrischen Inseln, die Provinzen von Dalmatien bis südlich an die Narenta, die Halbinsel Sabbiencello und alle Inseln nördlich und westlich von Dalmatien.

Das Schicksal der nachstehenden adriatischen Gebiete wird am Schlusse des Krieges auf der Grundlage der oben genannten Vereinbarungen der Entscheidung Europas anvertraut: an der unteren Adria die Küste von der Narenta bis zum Drin, an der oberen Adria die ganze Küste von der Bucht von Valesca — an der Grenze Istriens — bis zu der nördlichen Grenze Dalmatiens. Durazzo wird Mittelalbanien zugeteilt, aus welchem ein unabhängiger muselmanischer Staat gemacht wird.

Italien erhält zu völliger Souveränität Valona und die Insel Saseno mit genügendem Hinterlande zu seiner Verteidigung von der Voiutza im Norden und Osten und etwa bis Chimara im Süden.

Wenn Italien Istrien und das Trentino erhält, wird es sich nicht mehr der Aufteilung von Nord- und Südalbanien zwischen Griechenland, Serbien und Montenegro widersetzen, sofern folgende Küstenstriche neutralisiert werden: die Küste von Chimara am Kap Silos und die Küste von Cattaro einschliesslich der Mündung der Voiutza.

Die von Italien besetzten Inseln des Dodekannes verbleiben in seinem Besitz.

Die vertragschliessenden Parteien erkennen an, dass Italien ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeere hat und dass im Falle einer teilweisen oder gänzlichen Aufteilung des Osmanischen Reiches Italien ein genügendes Stück der Mittelmeerprovinzen in der Zone von Adalia erhält. Den Interessen Italiens wird ebenfalls Rechnung getragen im Falle des Bestehenbleibens oder einer einfachen Veränderung des türkischen Reiches.

Die Ententemächte verpflichten sich zur Ablehnung einer jeden künftigen Vertretung des Papstes bei den Friedensverhandlungen nach dem Kriege oder bei irgendeiner diplomatischen Konferenz während desselben.

Die italienische Regierung ist bereit, an der Seite der Alliierten Mitte oder Ende April am Kriege teilzunehmen.“

Grey zeigte den Text der italienischen Bedingungen dem französischen und russischen Botschafter und teilte ihnen zugleich mit, dass die italienische Regierung ohne jede Einflüsterung seinerseits diese Vorschläge ganz nach

eigenem Ermessen gemacht habe. Er hält einige für übertrieben, will sie aber nicht als solche abgelehnt, sondern durch Gegenvorschläge oder kritische Bemerkungen erörtert wissen.

Die italienischen Forderungen hinsichtlich Dalmatiens und der Inseln stossen auf den heftigsten Widerstand Sassonows, der darin eine Benachteiligung Serbiens erblickt. Er schreibt am 29. März an Buchanan u. a. (Nr. 104):

„Ich kann nicht umhin, daran zu erinnern, dass Russland, Frankreich und England in dem gegenwärtigen Kriege die Waffen ergriffen haben lediglich zur Verteidigung der Schwachen, der Grundsätze des Gleichgewichts und der Gleichheit. Diese Haltung hat den drei Mächten die Achtung aller Völker beigetragen und hat bewirkt, dass alle die von Österreich unterdrückten Volksstämme sie als ihre Befreier begrüsst haben. Der Wunsch, die Schrecken des Krieges abzukürzen, verpflichtet die Mächte zu Opfern gegenüber Italien, die aber auf das Mindestmass reduziert werden müssen, damit sie sich nicht zu weit von den genannten Prinzipien entfernen und dadurch der Sympathien und des Vertrauens dieser Volksstämme verlustig gehen, indem sie der Herrschaft Italiens unterworfen werden, die für sie nur ein neues Joch bedeuten würde, das vielleicht noch härter sein würde als das alte.“

Sassonow, der bisher mit aller Energie die Verhandlungen betreiben liess, will dieselben daher jetzt lieber abbrechen, und es bedarf der nachhaltigsten und nachdrücklichsten Vorstellungen von Grey, Buchanan und Benckendorff, schliesslich eines persönlichen Schreibens Poincarés an den Zaren, um ihn umzustimmen. Von den zahlreichen hin- und hergehenden Telegrammen sind am interessantesten, bedeutungsvollsten und aufklärendsten diejenigen des Grafen Benckendorff, des gut eingeweihten, alles genau beobachtenden und offen aussprechenden russischen Botschafters in London. So drahtet er am 6. April an Sassonow, nachdem er die verschiedene militärische Lage im Osten und Westen dargelegt und zum Nachgeben rät (Nr. 119):

„Meine besonderen Beobachtungen gelten Ihrem Urteile über die Tätigkeit Greys. Ich möchte zu einer Änderung desselben beitragen angesichts der Dienste, die Grey unserer Sache von Anfang an geleistet hat. Zu Ihrer äusserst persönlichen Information lassen Sie mich hinzufügen. dass Grey von einem ihn nicht verlassenden Gefühl beherrscht wird, das einer gewissen Begründung nicht entbehrt, nämlich dass er es vor allem gewesen ist, der im Augenblick der Unentschlossenheit der englischen öffentlichen Meinung und der aller Minister England in den Krieg hineingezogen hat[1]). Aus diesem Grunde empfindet er stets eine sehr tiefe persönliche Verantwortung ausserhalb derjenigen des Kabinetts, die ihn jedoch in seiner Energie nicht wankend macht.“

So heisst es denn in einer englischen Pro-Memoria an Imperiali (Nr. 114). in der angeblich die letzten Konzessionen hinsichtlich der strittigen Forderungen enthalten sind:

„. . . Die Alliierten hoffen, dass als Ergebnis des Krieges eine allgemeine Anerkennung des Nationalitätenprinzips gesichert wird. Um aber den Wünschen Italiens entgegenzukommen, willigen sie in ernste Verletzungen dieses Prinzips ein und betonen, dass weitere Konzessionen nicht

---

[1]) Im Original kein Sperrdruck.

nur ein Aufgeben dieses Prinzips bedeuten, sondern auch eine dauernde Störung der Beziehungen zwischen Italien und seinen neuen Nachbarn hervorrufen würden."

Trotzdem müssen aber auch diese weiteren Konzessionen gemacht werden, da Sonnino sonst den Beitritt Italiens ablehnt und droht, neutral zu bleiben.

Neue Schwierigkeiten macht Sassonow bei der Festlegung des Zeitpunktes, zu welchem Italien in den Krieg eintreten soll, und ferner bei der Prüfung der Frage, in welcher Form Italien zu der Londoner Erklärung der drei Alliierten vom 5. September 1914 beitreten soll. Er will hier insbesondere den Zusatz (Nr. 127):

„. . . . In Kraft und ausserhalb einer jeglichen Diskussion bleiben die Abmachungen unter den alliierten Mächten über den zukünftigen Frieden, die vor dem Beitritt Italiens abgeschlossen worden sind."

Im übrigen fordert er den Kriegseintritt spätestens zum 15. Mai und die Bekanntgabe des Beitritts Italiens in den Dreiverband zum 1. Mai.

Diesen Forderungen tritt Grey energisch entgegen und schreibt am 19. April an Buchanan (Nr. 128):

„Appellieren Sie an den russischen Aussenminister, dass er uns nicht der Mitarbeit Italiens beraubt, deren moralische Wirkung ausserordentlich sein wird. Nachdem wir bereitwilligst die Ansprüche Russlands auf Konstantinopel und die Meerengen anerkannt haben, erscheint es mir unverständlich, dass Sassonow auf dem Abbruch der Verhandlungen und der Ablehnung des Beitritts Italiens besteht, wenn seine Mitwirkung nicht innerhalb eines Monats nach Unterzeichnung gesichert werden kann. Dies würde ebenfalls ein Verschwinden der rumänischen Mitwirkung und ferner bedeuten, dass Bulgarien nach der anderen Seite sich wendet . . . . Wenn wir dagegen in dieser Woche die Unterschrift Italiens erhalten können und mit ihr den Beitritt zum Vertrage vom 5. September, dann wird alles andere von allein folgen. Die Tatsache wird bekannt, weil Truppenverschiebungen und Beratungen zwischen den Generalstäben nicht geheim gehalten werden können. Die Mitwirkung Rumäniens und auch Griechenlands wird nicht lange auf sich warten lassen, und dies halte ich für das Entscheidendste. Wenn wir diesen Augenblick verpassen, so werden die Folgen unberechenbar und verheerend sein . . . . Italien wird mit Deutschland verhandeln . . . . Vom russischen Standpunkte mag die Mitwirkung Italiens gleichgültig sein. Aber für uns, und ich spreche hier im Namen der britischen militärischen und Marinebehörden, ist sie und ihre Wirkung auf die Neutralen von grösster Wichtigkeit. Ich bestehe also nochmals darauf, dass Russland uns dieses Beistandes nicht beraubt, auch wenn der Eintritt in den Krieg nicht vor einem Monat gesichert werden kann."

In einem weiteren Schreiben Greys an Buchanan vom 22. April (Nr. 138) besteht er ferner darauf, dass Italien nicht aufgefordert wird, eine Erklärung zu unterzeichnen, wie Sassonow sie vorschlägt hinsichtlich der früheren Abmachungen unter den Alliierten. „Erst muss Italien unterzeichnen, dann, wenn Sassonow es wünscht, kann man ihm mitteilen, dass die Frage über Konstantinopel und die Meerengen nunmehr seitens Italiens als ‚chose réglée' betrachtet werden müsse, nachdem seine Ansprüche befriedigt worden seien."

Die Forderung nach Bekanntgabe des Beitritts zum 1. Mai wird von Italien abgelehnt mit dem Bemerken, dass ja die verschiedenen Ereignisse,

die nach Unterzeichnung des Abkommens notwendig werden, schnell zeigen würden, was vorgefallen und daher unvermeidlich die moralischen Wirkungen folgen werden.

Grey besteht aber darauf, dass die Unterzeichnung vertraulich Rumänien mitgeteilt wird.

Am 26. April wird dann endlich der Londoner Vertrag abgeschlossen.

Die letzten Ereignisse skizziert Graf Benckendorff wiederum in einem Telegramm vom 28. April an Sassonow (Nr. 149):

„Das Gefühl, das bei der Unterzeichnung des Vertrages vom 5. September herrschte, hat sich vorgestern nicht eingestellt. Auch Imperiali hatte eine innerliche Unruhe über die Zukunft. Nur Cambon (der französische Botschafter), sehr besorgt über die Zögerung Italiens in den letzten Tagen, schien von einer grossen Last befreit. Die Unvollkommenheiten des Vertrages vom slawischen Gesichtspunkte aus waren allen und besonders mir drückender offenbar als den anderen. Ich bin aber überzeugt, dass ein längerer Widerstand gegenüber dem Drängen unserer Verbündeten nicht möglich gewesen wäre. Weitere Konzessionen von Italien zu erlangen, hätte beträchtliche Zeit erfordert. Verhandeln in Friedenszeiten über einen eventuellen Krieg ist etwas ganz anderes als das Verhandeln im kritischen Augenblick des Krieges mit einer Macht, die mit beiden Teilen verhandelt und welcher die Umstände ein zu seiner Kraft unverhältnismässig grosses Gewicht geben. Unterrichtet von unsern Verhandlungen, hätte Deutschland, je kritischer seine Lage wurde, seine Angebote erweitert zuerst auf Kosten der slawischen Interessen und schliesslich auf Kosten Österreichs. Es wäre vielleicht der Augenblick gekommen, in dem Italien seine wesentlichsten Forderungen als Preis für seine Neutralität erhalten hätte, auf welche Deutschland das Hauptgewicht legen musste. Dann wären alle italienischen Interessen an diejenigen Deutschlands gebunden gewesen. Die Neutralität wäre eine wohlwollende gewesen und hätte die Versorgung Deutschlands sichergestellt, was dieses in erster Linie suchen musste. Und was unsere Verbündeten noch mehr fürchteten, war, dass ihre Proteste gegen den Missbrauch der italienischen Neutralität kein Gewicht gehabt, vielmehr nur die Gefahr mit sich gebracht hätten, schliesslich gegen Frankreich das ganze italienische Heer zu werfen. Aber auch ohne dieses Argument wäre die Macht Deutschland in einem Masse gestärkt worden, das man hier als äusserst kritisch betrachtete. Ein Teil der englischen Flotte wäre neutralisiert und ihre bisher zur Isolierung Deutschlands genügenden Kräfte endgültig gelähmt worden, was für alle, aber für Frankreich insbesondere, äusserst beunruhigend war. Hätten wir unsere Alliierten in eine derartige Lage gebracht, dann hätte dies in einem gewissen und unsern Interessen unvermeidlich nachteiligen Sinne auf unsere Beziehungen mit ihnen einwirken müssen . . . .“

Noch einmal gerät das mühsam Erreichte in Gefahr, als Mitte Mai das Ministerium Salandra-Sonnino zurücktritt. Aber auch dieser erneute Schmerz geht vorüber. Giolitti lehnt es ab, die Nachfolge der verräterischen Politik zu übernehmen, und Salandra, mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt, holt die alten Männer wieder. Der Stein rollt weiter. Am 21. Mai (Nr. 163) wird unter Beteiligung der französischen und englischen Stäbe zwischen den russischen und italienischen Oberkommandierenden die Militärkonvention unterzeichnet, die den Eintritt des italienischen Heeres in den Feldzug auf spätestens den 26. Mai festsetzt und die russische,

französische, englische, serbische und montenegrinische Armee zur mittelbaren bzw. unmittelbaren Beteiligung verpflichtet, um den Feind zu verhindern, an der italienischen Front Streitkräfte von erdrückender Stärke zusammenzuziehen.

Sir George Buchanans Memoiren.

Friedrich Thimme.

Nach Winston S. Churchills neuerdings erschienenem Buche „The World Crisis 1911—1914“ hatte man hoffen dürfen, dass auch in den Kreisen leitender englischer Staatsmänner allmählich eine Auffassung zum Durchbruch komme, die nicht von vornherein alle Schuld für die Entstehung des Weltkrieges einzig und allein Deutschland und dem mit ihm verbündeten Österreich zur Last legen will. Die eben erschienenen Memoiren des früheren englischen Botschafters in Petersburg Sir George Buchanan bedeuten indessen wieder einen Rückfall in jene Auffassung, die wir zur Genüge aus den Werken der Poincaré, Paléologue und Viviani kannten, die wir aber bei den englischen Staatsmännern und Historikern bereits überwunden glaubten, nämlich in die, dass das eigene Land und dessen Bundesgenossen gänzlich von jeder Verantwortung an dem Ursprung des Weltkrieges frei sei, dass dagegen die volle Verantwortung allein auf den Gegner entfalle. Buchanan sucht nicht nur England von jedem Anteile an der Kriegsschuld rein zu waschen, er verbürgt sich vielmehr auch für Russland und dessen Staatsmänner dahin, dass sie zu keiner Zeit den Krieg gewollt, und dass sie in der Julikrise nichts unversucht gelassen hätten, um den Bruch zu vermeiden. Mit besonderer Schärfe wendet sich Buchanan gegen die Behauptung, als ob England und Frankreich Russland irgendwie zu einer unversöhnlichen Haltung, sei es in den Jahren vor dem Kriege, sei es während der Julikrise, ermutigt hätten. In Summa: nach Buchanans Darstellung ist kein Kind, kein Engel so rein von jeder Kriegsschuld als das vereinigte England-Russland, als Grey und Sasonow und selbstverständlich auch als er, Buchanan, höchstselbst.

Die deutsche Kriegsschuldforschung wird das Zeugnis Sir G. Buchanans natürlich noch nicht um deswillen ablehnen dürfen, weil es zuungunsten Deutschlands in die Wagschale fällt. Aber sie wird an der Hand der Memoiren selbst sehr sorgfältig prüfen, ob und welches Gewicht der Darstellung des englischen Botschafters in Petersburg zukommt, ob er als ein klassischer oder auch nur als ein halbwegs objektiver und zuverlässiger Zeuge anzusehen ist, und ob auf ihn nicht jenes Wort zutrifft, das so manche Selbstverteidigung charakterisiert: qui s'exeuse s'accuse!

Eins fällt dem aufmerksamen Leser der Buchananschen Memoiren sofort auf: er ist von Haus aus nichts weniger als deutschfreundlich gesinnt gewesen. Das tritt u. a. bei der Erzählung der Audienz hervor, die Buchanan im Herbst 1897 als Geschäftsträger in Darmstadt bei dem dort auf Besuch weilenden Zaren Nikolaus II. hatte. Die Sprache, die er damals über die deutsche Presse führte, ist doch geradezu gehässig. Auch die Bemerkungen, die Buchanan an die Darstellung seiner Tätigkeit als Botschaftsrat in Berlin (1901—1903) knüpft: dass ihm dieser Posten von allen denen, die er bekleidet habe, der unangenehmste und unleidlichste gewesen

sei, und dass das gesellschaftliche Leben in Berlin äusserste Langeweile bedeutet habe, lässt keineswegs auf eine vorurteillose Würdigung deutscher Verhältnisse schliessen. Dass Buchanan seine Tätigkeit als Botschafter in Petersburg Ende Dezember 1910 damit begonnen hat, gegen die russisch-deutschen Abmachungen von Potsdam Sturm zu laufen — gleich in seiner Antrittsaudienz beim Zaren erklärte er, dass England an diesen Abmachungen Anstoss nehme —, ist ja weniger auf das persönliche Konto Buchanans als auf das der englischen Regierung zu setzen; aber die Art, wie Buchanan jenes Abkommen glossiert, zeigt doch, dass er sich durchaus als überzeugter Anhänger der Triple-Allianz fühlte. Ausdrücklich betont Buchanan, dass die auf Verständigung und Annäherung abzielenden deutsch-russischen Verhandlungen seine „fortwährende Intervention“ erfordert hätten, da sie sonst einen ernsthaften Riss in den Reihen der Ententemächte hervorgerufen haben würden. Ob diese fortwährenden Bemühungen, Deutschland und Russland auseinander zu halten, nicht von verhängnisvoller Wirkung für die Erhaltung des Weltfriedens gewesen sind — das ist eine Frage, die sehr ernstlich geprüft zu werden verdient.

Wie sehr Botschafter Buchanan durch seine offen ausgesprochene Parteigängerschaft für die Ententemächte der Fähigkeit zu objektiver Betrachtung verlustig gegangen ist, zeigt sich bei seinen Ausführungen über die Rüstungen vor dem Weltkriege. Es steht ihm a priori fest, dass in dieser Beziehung allein Deutschland zu tadeln gewesen sei, denn „es war Deutschlands Politik, s i c h a u f s e i n e W a f f e n z u s t ü t z e n, um so Europa seinen Willen aufzuzwingen, und diese Politik nötigte Grossbritannien, Frankreich und Russland, gemeinsam für den Schutz ihrer Interessen zu handeln“. Ebenso ist es Buchanan ausgemacht, dass Deutschland durch die Wehrvorlage des Jahres 1913 Frankreich und Russland gezwungen habe, ebenfalls Rüstungen grossen Stiles zu betreiben. In Wahrheit steht es bekanntlich fest, dass der französische Gesetzentwurf über die dreijährige Dienstzeit fast drei Wochen früher an die Deputiertenkammer gegangen ist als die deutsche Wehrvorlage an den Reichstag, und dass auch das russische „grosse Programm“ von 1913 seinen Ursprung nicht erst dem deutschen Vorgehen verdankt. Fast grotesk mutet bei solcher Sachlage Buchanans Behauptung an, Deutschland sei sich in der Julikrise 1914 vollkommen bewusst gewesen, dass das russische Militärprogramm von 1913 erst 1918 durchgeführt sein würde. „Es war der psychologische Moment zum Losschlagen, und Deutschland ergriff ihn.“ Als ob nicht Russland genau so gut gewusst hätte, dass die Wehrvorlage in Deutschland sich sogar erst viel später als 1918 voll auswirken konnte! Als ob Russland nicht weiter gewusst hätte, dass die Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit in Frankreich s o f o r t ihre volle, auch dem französischen Bundesgenossen zugute kommende Wirkung äussern werde! Und als ob Russland, das bekanntlich die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich peremptorisch gefordert hat, nicht auch das gewusst hätte, dass Frankreich die Last dieser dreijährigen Dienstzeit nicht lange ertragen konnte! „Binnen zwei Jahren“, so berichtet der belgische Gesandte in Paris am 16. Mai 1914 an seine Regierung, „muss Frankreich auf die dreijährige Dienstzeit verzichten oder den Krieg erklären.“ Wenn also Buchanan geschrieben hätte: „Es war der psychologische Moment zum Losschlagen, Frankreich ergriff ihn und zog Russland mit sich fort“, so wäre das allerdings logisch und historisch begründet gewesen! Statt dessen hat sich Buchanan schon 1913 die Delcassésche Behauptung zu eigen gemacht.

dass Deutschland zu einer so drastischen Finanzmassregel wie der Zwangsanleihe nicht gegriffen haben würde, wenn es nicht entschlossen gewesen wäre, in naher Zeit Krieg zu beginnen! Ausdrücklich gibt er zu, diese Delcassésche Warnung nach London weitergegeben zu haben, und er beklagt sich gar noch darüber, dass sie taube Ohren gefunden habe!

Was nun Buchanan über die Julikrise 1914 berichtet, ist zunächst insofern eine Enttäuschung, als er nur wenig Neues bringt. Im Grunde gibt er nicht viel mehr als eine Paraphrase seiner bereits im englischen Blaubuch von 1914 veröffentlichten Telegramme, eine Paraphrase, die allerdings hier und da etwas tiefer blicken lässt als der Wortlaut der offiziellen Aktenstücke. Nach einer ausdrücklichen Angabe der Memoiren soll das Blaubuch die gesamte zwischen dem Botschafter und dem Foreign Office gewechselte Korrespondenz enthalten, bis auf ein Telegramm vom 2. August, in dem Buchanan die englische Regierung nach einem dem Zaren gegebenen Versprechen beschworen haben will, nach einmal erfolgter kriegerischer Entscheidung sofort Stellung zu nehmen: „Ich wagte, Seiner Majestät Regierung zu sagen, dass, wenn wir beiseite stehen würden, wir ohne einen Freund in Europa bleiben würden, dass wir schon aus Rücksicht auf unsere eigene Sicherheit Deutschland nicht gestatten dürften, Frankreich zu zermalmen, dass wir früher oder später doch in den Krieg hineingezwungen werden, und dass wir, je länger wir unsere Intervention hinausschöben, um so teureren Preis zu bezahlen haben würden.“ Das ist eine Sprache, die sich doch nur als eine entschieden kriegerische bezeichnen lässt, und die es sofort begreiflich macht, dass ausgerechnet dieses Telegramm wegen angeblicher Verstümmelung nicht in dem englischen Blaubuch veröffentlicht worden ist. Eine solche Sprache würde Buchanan, der treue Interpret der Willensmeinung des englischen Kabinetts, wie ihn Graf Pourtalès einmal in einem seiner Berichte nennt, schwerlich gewagt haben, wenn er nicht völlig dessen gewiss gewesen wäre, dass mit der Entfesselung des deutsch-russisch-französischen Krieges schon an sich die Stellungnahme Englands — ohne Rücksicht auf die belgische Neutralität, die ja noch gar nicht durch Deutschland gebrochen war —, gegeben sei.

Was den Eindruck noch verstärkt, dass Buchanan trotz der gemässigten Sprache, die er bis fast zum letzten Augenblick in seinen offiziellen Depeschen geführt hat — und die englischen Depeschen pflegen ja in Bausch und Bogen mit Rücksicht auf ihre demnächstige Veröffentlichung in Blaubüchern abgefasst und stilisiert zu werden —, unter die Kriegstreiber gezählt werden muss, das ist sein Verhalten angesichts des Telegramms König Georgs V. an den Zaren vom 1. August. In diesem Telegramm beschwor der englische König den Zaren angesichts der verhängnisvollen Wendung, die die Dinge mit der russischen Generalmobilmachung und dem daraus resultierenden deutschen Ultimatum genommen hatten, einzulenken. Es nimmt schon Wunder, dass die in der Frühe des 1. August abgegangene Weisung an Buchanan, sofort eine Audienz bei Kaiser Nikolaus II. nachzusuchen, um die persönliche Botschaft des englischen Königs auszurichten, erst nachmittags um 5 Uhr in Buchanans Hände, wie dieser selbst angibt, gekommen sein soll. Es nimmt weiter Wunder, dass die Audienz beim Zaren durch Sasonows Vermittlung erst auf abends 10 Uhr angesetzt wurde, obwohl infolge der deutschen Sommation die Minuten, ja die Sekunden drängten. Es nimmt nicht minder Wunder, dass Buchanan sich dann noch angeblich durch Versehen seines Chauffeurs um eine volle Stunde mit der Ankunft in Peterhof verspätete. Es lässt das kaum eine

andere Deutung zu, als dass Sasonow und Buchanan die Übermittlung der Botschaft an den Zaren bis dahin hinauszuschieben strebten, dass nicht nur die deutsche Kriegserklärung eintraf (7 Uhr abends), sondern auch die Dinge darüber hinaus so weit sich entwickelten, dass auch die letzte denkbare Möglichkeit einer Umkehr schwand. Was aber Buchanan persönlich kompromittiert, ist, dass er den Zaren bewog, anstatt der von Sasonow aufgesetzten Antwort an König Georg eine von ihm, Buchanan, nach Inhalt und Wortlaut inspirierte Fassung zu wählen, die vielleicht das lügenhafteste Dokument aus der Zeit der Julikrise vorstellt.

In diesem Antworttelegramm des Zaren stellt fast jedes Wort nicht bloss eine perfide, sondern auch eine bewusste Unwahrheit vor, von der Behauptung an, dass der Zar die Vorschläge des englischen Königs ohne die seither erfolgte deutsche Kriegserklärung „erfreut“ angenommen haben würde, bis zu der, dass Russland zu seiner Generalmobilmachung durch die voraufgegangene österreichische Mobilmachung und durch die geheimen deutschen Rüstungen genötigt worden sei. Dass für dieses Telegramm nicht in erster Linie der Zar, sondern der englische Botschafter verantwortlich zu machen ist, ergibt sich klipp und klar aus Buchanans eigener Erzählung. Wenn dieser, wie er selbst angibt, dem Zaren insinuiert hat, dass er auf den Appell des englischen Königs nicht in dem offiziellen Stil des Sasonowschen Entwurfs, sondern in seiner eigenen Sprache antworten möge, so konnte das in diesem verderbenschwangeren Momente nur den Sinn haben, noch einen weiteren Aufschub in der Beantwortung des Telegramms herbeizuführen und so den Stein noch mehr ins Rollen kommen zu lassen. Tatsächlich hat Nikolaus II., ehe er sich mit Hilfe Buchanans an die Beantwortung des Telegramms machte, die ganze Situation mehr als eine Stunde lang mit dem Botschafter durchgesprochen. Selbstverständlich war dieser mit der Entwicklung der Dinge vertraut genug, um den Zaren auf die gehäuften Unwahrheiten des gemeinsam aufgesetzten Antworttelegramms aufmerksam machen zu können. Er hat es nicht getan, im Gegenteil, er hat sein möglichstes getan, um die Antwort so auszugestalten, dass sie den friedensliebenden und schwankenden englischen König in das Kriegslager hinüberziehen musste.

Bedürfte es neben diesem Selbstzeugnis Buchanans noch weiterer Beweise dafür, dass dieser unbeschadet der von ihm in seinen offiziellen Depeschen geführten gemässigten Sprache mindestens im entscheidenden Moment zum Kriege getrieben hat, so braucht man bloss auf die Enthüllungen Paléologues, des französischen Kollegen Buchanans, zu verweisen. Nach Paléologue hätte Buchanan schon am 24. Juli, kurz nach dem österreichischen Ultimatum, deutlich zu verstehen gegeben, dass er den offiziell von ihm eingenommenen Standpunkt, mit Rücksicht auf die englische öffentliche Meinung keine seiner Regierung zu aktiver Kriegshilfe verpflichtende und bindende Erklärung angeben zu können, für seine Person nicht teile. Wie hätte Buchanan sonst zu Sasonow und Paléologue, die beide in ihn drangen, eine solche Erklärung abzugeben, sagen können: „Sie kennen unsere gegenwärtigen Regierenden nicht. Ach! Wenn die konservative Partei am Ruder wäre, so würde sie, dessen bin ich gewiss, begreifen, was das nationale Interesse so klar von uns verlangt.“ Und wie hätte Buchanan, wenn er wirklich den Frieden und nur den Frieden gewollt hätte, am 28. Juli zu dem französischen Botschafter sprechen können: „Ich habe soeben Sasonow angefleht, keiner militärischen Massregel zuzustimmen, die Deutschland als eine Provokation auslegen könnte. Man muss der deutschen

Regierung die ganze Verantwortung und die ganze Initiative des Angriffs überlassen. Die englische öffentliche Meinung wird nur dann für die Teilnahme an dem Kriege zu gewinnen sein, wenn der Angriff unzweifelhaft von Deutschland kommt.“ Diese Sprache Buchanans, zu der sich die Memoiren durchaus bekennen, lässt ersehen, dass die mehrfachen Vorstellungen und Mahnungen, die er nach Ausweis seiner offiziellen Telegramme an die russische Adresse gegen die Vornahme von Rüstungen gerichtet hat, keineswegs den Frieden als solchen bezweckten, sondern lediglich dahin zielten, dass Deutschland unter allen Umständen die Rolle des Angreifers zugeschoben werde. Ob Mahnungen und Warnungen, die mit einer solchen deutlichen, allzu deutlichen reservatio mentalis abgegeben wurden, wirklich friedenserhaltend wirken konnten, mag dahingestellt bleiben. Hervorgehoben muss werden, dass Buchanan zu einer solchen hinterhältigen und letzten Endes illoyalen Sprache von London aus nicht angewiesen war, wie er denn auch in seiner offiziellen Berichterstattung nie eine Andeutung von dem Nebensinn seiner Worte gemacht hat. Fast muss man schon sagen, dass Buchanan eine doppelte Rolle gespielt hat, eine offizielle, innerhalb deren er sich daran hielt, was wohl die Grundlinien seiner Instruktionen ausmachte, dass er England in keiner Weise festlegen dürfe, ehe nicht die englische öffentliche Meinung bereit sei, über den Kriegsgraben zu springen, und eine private, die immer mehr auf die Intentionen und Wünsche der Sasonow und Paléologue einging. Das geht auch aus einer charakteristischen Stelle der Buchanan-Memoiren hervor, worin er bei der Erörterung der Sasonow-Paléologue'schen Auffassung, dass, wenn England sich nur von vornherein in dem serbisch-österreichischen Konflikt fest auf die Seite Russlands und Frankreichs stellen würde, es nicht zum Kriege kommen werde, zugesteht, dass er innerlich diese Auffassung, die er offiziell bekämpfen musste, geteilt habe. Zu der Folgerung, dass also die englische Regierung einen grossen Teil der Kriegsschuld auf sich geladen habe, indem sie bis fast zuletzt Deutschland in dem Glauben beliess, dass sie unter Umständen an der Neutralität festhalten werde, versteht sich Buchanan natürlich nicht.

Wenn der englische Botschafter Buchanan während der Julikrise 1914 eine doppelte oder doch zweideutige Rolle gespielt hat, die zwischen der ihm vorgespielten Haltung und seiner Herzensneigung hin- und herpendelt, so wirft der Memoirenschreiber Buchanan jene Maske ab. Die Buchanansche Darstellung identifiziert sich durchweg mit dem Standpunkt Sasonows; man könnte beinahe sagen, sie ist russischer als die Russen selbst. Die intransigente russische Auffassung, dass das österreichische Vorgehen gegen Serbien die völlige Zermalmung dieses Staates bezweckte, und dass Russland diese Zermalmung unter gar keinen Umständen dulden dürfe, ist für Buchanan mit allen daraus gezogenen Konsequenzen ein „noli me tangere“. Jeden russischen Vorwand, jede russische Lüge unterschreibt er unbedingt, so die Lüge, dass Russland erst am 28. Juli vorläufige Schritte für eine Mobilisierung in den Distrikten Kiew, Moskau, Odessa und Kasan getan habe, während doch u. a. aus Paléologues bekannter Depesche vom 26. unwiderleglich hervorgeht, dass schon an diesem Tage die russischen Rüstungen sehr viel weiter gediehen waren, so die Lüge, dass die österreichische Generalmobilmachung der russischen voraufgegangen sei, so die unverschämteste aller Lügen, dass die geheimen deutschen Rüstungen Russland zu der Generalmobilmachung genötigt hätten. „Es ist wahr“, versichert Buchanan mit dem Brustton der Über-

zeugung, den er immer zur Verfügung hat, „Russland mobilisierte, aber nicht eher, als ihm die Mobilmachung aufgezwungen war durch die Entdeckung der geheimen militärischen Vorbereitungen Deutschlands sowie durch Österreichs drohende Bereitschaft.“

Wie Buchanan an anderer Stelle erklärt, hätte das russische Kriegsministerium schon vor dem 28. Juli Nachricht über Deutschlands geheime ausgedehnte militärische Rüstungen erhalten. Dabei steht fest, und Buchanan hätte aus den seit Jahr und Tag erfolgten russischen Veröffentlichungen es ersehen können und müssen, dass dem russischen Generalstab noch bis zum 31. Juli keine irgendwie beunruhigende Nachricht über deutsche militärische Rüstungen zugegangen sind! Sollte wirklich Buchanan von den so viel umfangreicheren russischen Vorbereitungen, über die ihm sein vertrauter Kollege und Freund erschöpfende Auskunft hätte geben können, gar nichts gewusst haben? Eins gesteht sogar Buchanan wie in einem Moment der Selbstvergessenheit zu, was doch unendlich wichtig ist und wie ein Blitz die ganze russische Dämmerung erleuchtet: dass der ausdrückliche Befehl des Zaren vom 29. Juli an den Kriegsminister und den Generalstabschef, die bereits verfügte Generalmobilmachung wieder einzustellen, nicht befolgt worden ist. „But in spite of his categorical orders the military Authorities allowed the general mobilisation to proceed without his knowledge!“ Und da wagt Buchanan noch mit aller Emphase zu behaupten: „Nichts, was Russland tat oder was es ungetan liess, kann gegen es als Beweis für seinen Kriegswillen angeführt werden.“ Es ist wirklich stark: Wenn Deutschland allzu spät und allzu tropfenweise einige vorbereitende Massregeln militärischer Natur trifft, so gibt das nach Buchanan Russland ein Recht auf Generalmobilmachung und beweist, dass Deutschland den psychologischen Moment zum Losschlagen ergreifen wollte. Wenn aber die höchsten militärischen russischen Autoritäten entgegen dem ausdrücklichen Befehl des Zaren die Generalmobilmachung fortsetzten, so beweist das nichts, gar nichts für den russischen Kriegswillen. Dificile est, satiram non scribere.

Man sieht, die Parteilichkeit und Befangenheit Buchanans ist eine so absolute, dass sie seinem Zeugnis in der Kriegsschuldfrage, soweit es Deutschland betrifft, jeden Wert nimmt. Von Bedeutung bleibt sein Zeugnis allenfalls dort, wo Buchanan in einer Art von Benommenheit und Vergessenheit aus der Schule zu plaudern beginnt, wie vor ihm schon der unvergleichliche Paléologue. Es mag hier nur darauf hingewiesen sein, dass nach Buchanans Erzählung der Zar ihm schon am 14. April die völlige Unausbleiblichkeit einer Aufteilung Österreichs ungefähr in dem Sinne, wie sie nach dem Weltkrieg eingetreten ist, entwickelte. Es spricht für die unsagbare Naivität des Zaren, der gar nicht merkte, wohin der tiefe Kalkül seiner Ratgeber vom Schlage des friedlichen Sasonow ihn leitete, dass er sich einbildete, wenn Österreich nur erst aus der Reihe der Staaten ausgelöscht sei und Deutschland folglich von diesem nicht mehr zu einem Kriege um des Balkans willen verführt werden könne, dann werde ewiger Friede sein. Buchanan selbst war begreiflicherweise nicht so naiv; er konnte sich nicht enthalten, dem Zaren zu sagen, dass eine solche völlige Umwandlung der europäischen Landkarte sich nicht ohne einen Weltkrieg verwirklichen lassen könne. Dass der englische Staatsmann, indem er diese Prognose eines Weltkrieges im Zusammenhang mit einem Plane aufstellte, der von russischer Seite ausging und ja auch sonst als ein integrierender Bestandteil der russischen Politik feststeht, seine eigene These von der alleinigen

deutsch-österreichischen Kriegsschuld im voraus kompromittiert, das freilich hat Buchanan nicht begriffen. Um so nachdrücklicher und deutlicher muss es vor aller Welt festgestellt werden.

Ein Irrtum der Entente-Kommission.

Alfred von Wegerer.

Am 21. Juli 1914 hat Jules Cambon, der französische Botschafter in Berlin, laut Gelbbuch Nr. 15 an Herrn Bienvenu-Martin, stellvertretenden Minister des Äusseren, eine Mitteilung gerichtet, deren letzter Absatz lautet:

> „Man hat mir übrigens versichert, dass jetzt gleich der vorläufige Mobilisationsbefehl, der, solange eine Spannung anhält, Deutschland in eine Art „Achtungsstellung" versetzt, hier an alle Klassen, die ihn in solchen Fällen erhalten müssen, bereits ergangen ist. Es ist dies eine Massregel, zu der die Deutschen, ihrer Gewohnheit gemäss, greifen können, ohne Indiskretionen befürchten zu müssen und ohne die Bevölkerung dadurch aufzuregen. Sie hat nicht sensationellen Charakter, und es folgt ihr auch nicht notwendigerweise die wirkliche Mobilisation, wie wir es schon gesehen haben; sie ist aber nichtsdestoweniger bedeutungsvoll.
>
> Jules Cambon."

Diese Meldung wurde dazu verwandt, um in dem Bericht für die Vorfriedenskonferenz Deutschlands vorgefasste Absicht, Krieg führen zu wollen, mit zu begründen.

Die entsprechende Stelle in dem Bericht, welcher der Vorfriedenskonferenz von der Kommission vorgelegt wurde, die für die Feststellung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges und die aufzuerlegende Sühne eingesetzt war[1]), lautete:

> „Die deutsche Mobilisierung hat mit dem 21. Juli begonnen, zunächst durch die Einberufung einer Reihe der Reservejahrgänge. (Gelbbuch Nr. 15.)"

Die in dem Bericht für die Vorfriedenskonferenz, gewöhnlich kurz „Rapport" genannt, wiedergegebene Auffassung, dass Deutschland bereits am 21. Juli mobil gemacht habe, ist auch von Viviani, bei Kriegsausbruch Ministerpräsident und Minister des Äusseren, in seiner Artikelserie „Réponse au Kaiser" (Pariser „Matin" vom 25. Januar 1923) erneut vertreten worden.

Die fragliche Stelle bei Viviani lautet:

> „Wir haben bisher nur die politische und diplomatische Verantwortlichkeit Deutschlands untersucht. Nun zu seiner militärischen Verantwortlichkeit. Auch hier will ich eine Tabelle aufstellen und die Tatsachen Tag für Tag aufzählen.
>
> 21. Juli. — Vorläufige Mobilmachungsbefehle für eine gewisse Anzahl von Reservisten. (Gelbbuch Nr. 16.)"

Viviani führt Gelbbuch Nr. 16 an, während es Gelbbuch Nr. 15 heissen muss. Hier liegt wohl nur ein Druckfehler vor.

Über den Ursprung der Meldung und ihre Bewertung durch den französischen Marine-Attaché erfahren wir durch das — Krasny-Archiv Band I[2]) Moskau 1922 — veröffentlichte Telegramm Bronewskis an Sasonow:

---

[1]) „Deutsches Weissbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges", Berlin 1919. Heymanns Verlag. Seite 31 bzw. 35.

[2]) Das Telegramm ist im „Journal des Débats" Nr. 275 vom 4. Oktober 1922 abgedruckt.

Der russische Geschäftsträger in Berlin an den Minister des Äusseren in Petersburg.

Nr. 117. Berlin, den 9./22. Juli 1914.

Vertraulich. Der französische Marine-Attaché hat mir heute mit Wissen Cambons ein Gerücht mitgeteilt, das ihm eben sein englischer Kollege mitgeteilt hat (ein Gerücht), das noch von keinem von ihnen nachgeprüft ist und demzufolge einigen in Reserve befindlichen deutschen Soldaten hier vorbereitende Benachrichtigungen über die Möglichkeit der Mobilisierung zugesandt worden sind. Solche vorbereitenden Benachrichtigungen wurden in Deutschland sowohl im Jahre 1911 als auch Ende 1912, in dem Augenblick der grössten Spannung, die durch die Bewegung der Serben zum Adriatischen Meer hervorgerufen worden war, versandt. Diese vorbereitenden Benachrichtigungen haben nichts gemein mit der Ableistung der Übungen und den für August bevorstehenden grossen Manövern.

Da unser neuer Marine-Attaché eben erst angekommen ist und der Militär-Attaché nicht hierher zurückkommen kann, ist es für die Botschaft unmöglich, dieses beunruhigende Gerücht nachzuprüfen. Ich bitte deshalb den französischen Botschafter, mich auf dem laufenden seiner Nachrichten zu halten.

Bronewski.

Die Meldung klingt schon wesentlich anders als die, welche von Jules Cambon weitergegeben worden ist. Der englische Botschafter hat die Meldung von dem „Gerücht" anscheinend **nicht** weitergegeben. Jedenfalls findet sich nichts darüber im englischen Blaubuch vor.

Die Meldung Jules Cambons vom 21. Juli über das Ausgeben von Gestellungsbefehlen beruht auf einem **Irrtum**.

Mit dem Jahre 1900 hat sich in Deutschland eine grundlegende Änderung in der Mobilmachung vollzogen und brach man in diesem Jahre vollständig mit dem bisherigen System der Zustellung von „Gestellungsbefehlen" an Reservisten usw. für die Mobilmachung nach Bekanntgabe des Mobilmachungsbefehls.

Die Einziehung der Reservisten erfolgte nach einer kriegsministeriellen Verfügung vom Herbst 1900 auf Grund von „Kriegsbeorderungen" und „Passnotizen", welche den Reservisten gleich nach der Entlassung aus dem aktiven Dienste von den zuständigen Bezirkskommandos ausgegeben wurden.

Der Unterschied zwischen Kriegsbeorderungen und Passnotizen war der, dass Kriegsbeorderungen den Mannschaften ausgehändigt worden sind, deren Mobilmachungsbestimmung feststand, während sich die Leute mit Passnotizen im Falle der Mobilmachung bei ihrem Bezirkskommando zur weiteren Entscheidung über ihre Verwendung zu melden hatten.

In den Kriegsbeorderungen und Passnotizen war angegeben, an welchem Mobilmachungstage und bei welcher Formation sich der betreffende Reservist zu melden hatte.

Mit der Bekanntgabe der Mobilmachungstage löste sich daher automatisch die Gestellung der Reservisten aus. Besondere Gestellungsbefehle waren daher nicht erforderlich. Eine Ausgabe von Gestellungsbefehlen ohne Änderung des Mobilmachungsplans hätte den ganzen Apparat nur in Unordnung gebracht.

Nachstehend geben wir die Abschrift einer Original-Kriegsbeorderung wieder:

Einberufen zum Drag. Rgt. 2 Ers. Esk. 4. M. T. 1.
1. Kriegsbeorderung
gültig bis 31. März 1915.

65
Jahresklasse 06 b. Karl Budweg,
Ziffer u. Nr. N. 228. Schöneberg,
F. M. A. Ebersstrasse 36

hat sich nach Veröffentlichung der Mobilmachungs-Bekanntmachung, ohne einen neuen Befehl abzuwarten, am 4. Mobilmachungstage morg. 1,30 Uhr in Berlin NW. 6, Albrechtstrasse 27, Hof des Friedrich-Gymnasiums, bei Tafel Nr. I zu gestellen.

Wer infolge irgendwelchen Leidens völlig dienstuntauglich zu sein glaubt, hat sich mit diesem Befehl an demselben Tage morg. 12½ Uhr auf dem Gestellungsplatz in einem Schulzimmer im Parterreraum zur ärztlichen Untersuchung einzufinden. Bei der Gestellung selbst findet eine ärztliche Untersuchung nicht statt.

L. S. Königlich Preussisches
Bezirkskommando V Berlin.

Es folgen dann noch allgemeine Bestimmungen über Verhalten bei Einberufungen.

Dass im Juli 1914, wie alljährlich, Reservisten zu Friedensübungen nach den öffentlich bekanntgegebenen Übungsbestimmungen einberufen worden sind, trifft zu. Diese Leute wurden aber planmässig nach Ableistung ihrer Übung in ihre Heimat entlassen, was aus Akten und Fahrtlisten einwandfrei nachzuweisen ist. — Dass noch am 22. Juli Reservisten, die auf dem Truppenübungsplatz Arys in Ostpreussen eingezogen waren, wieder in ihre Heimat entlassen wurden, liess sich aus einer Fahrtliste (55/1914) einwandfrei feststellen. —

* * *

Dem englischen Marine-Attaché wird ein „Gerücht" zugetragen, „demzufolge einigen in Reserve befindlichen deutschen Soldaten hier vorbereitende Benachrichtigungen über die Möglichkeit der Mobilisierung zugesandt worden sind." —

Der französische Botschafter macht aus dem „Gerücht" die Meldung, dass ein „vorläufiger Mobilisationsbefehl" hier an „alle Klassen, die ihn in solchen Fällen erhalten müssen, ergangen ist."

Die Kommission der Vorfriedenskonferenz interpretiert die Meldung weiter und stellt fest: „Die deutsche Mobilisierung hat mit dem 21. Juli begonnen, zunächst durch Einberufung einer Reihe der Reservejahrgänge."

Der ganze Vorgang zeigt, mit welcher Oberflächlichkeit ein Gutachten verfasst worden ist, das die Grundlage für ein Urteil bildete, welches ein 75-Millionenvolk im Namen von 27 Staaten ungerecht und ungehört wie Verbrecher verurteilte.

Ein Brief des ungarischen Ministerpräsidenten Tisza über das österreichische Ultimatum an Serbien.

Der ungarische Historiker Heinrich Marczali teilt in seinem jetzt erschienenen Buch: „Wie es zum grossen Kriege kam", Athenäum-Verlag, Budapest 1923, einen Brief mit, den Tisza nach Kriegsende an ihn gerichtet

hat. Der Brief hat nach dem „Pester Lloyd“ vom 9. Juni 1923 folgenden Wortlaut:

„Was die Antezedentien des Weltkrieges betrifft, so war ich nach dem Mord von Serajewo weit entfernt davon, daran zu glauben, dass ein Krieg entstehen müsse. Zu meinem unsäglichen Schmerz und zu meiner Erbitterung habe ich mich aus den die Mitschuld der serbischen Regierung feststellenden Ergebnissen der Untersuchung und aus den unglaublich herausfordernden, die Monarchie verhöhnenden und geringschätzenden Äusserungen des Herrn Pasitsch, der serbischen Diplomaten und überdies der ganzen serbischen Presse überzeugen müssen, dass wir gegen Serbien auftreten müssen. Anfänglich nahm ich den Standpunkt ein, dass unsere erste Note an Serbien nicht den Charakter eines Ultimatums besitzen soll. Später pflichtete ich dem von der Mehrheit der zuständigen Regierungsmänner beantragten Ultimatum bei, doch milderte ich dessen Text, und in der Konferenz vom 19. Juli, in der die Absendung des Ultimatums beschlossen wurde, forderte ich als Vorbedingung eine einmütige Vereinbarung darüber:

a) dass wir die Integrität Serbiens gewährleisten für den Fall, dass die Entente sich nicht einmengt;

b) dass wir, auch wenn der Krieg sich verallgemeinert, schon jetzt aussprechen, dass die Monarchie, abgesehen von einzelnen strategischen Grenzberichtigungen, keine territorialen Eroberungen machen werde.“

Diese Vereinbarung ist in der Ministerkonferenz vom 19. Juli tatsächlich zustande gekommen.“

Monatsbericht.

Der deutsche Aussenminister zur Kriegsschuldfrage!

In der Reichstagssitzung vom 9. August 1923 erklärte der jetzt aus seinem Amt geschiedene Aussenminister Dr. von Rosenberg:

Es gibt einen Grund, der es für Deutschland geradezu zur Schicksalsfrage macht, dass die Atmosphäre des Weltkrieges überwunden wird und der Gedanke des Rechtes im Leben der Völker wieder zu Ehren kommt. Das ist der ungerechte Schuldspruch von Versailles, der das Verhältnis der Völker vergiftet. Neben aller materiellen Not lastet die moralische Ächtung, die der Schuldspruch über uns verhängt, schwer auf der Seele des deutschen Volkes. Deshalb das Verlangen nach Revision dieser moralischen Verdammung, deren Berechtigung unser Volk nie anerkannt hat und nie anerkennen wird und deren Grundlagen sich immer brüchiger erweisen, je mehr Dokumente über die Vorgeschichte des Krieges ans Tageslicht kommen. Wenn auch die Wahrheit sich noch nicht durchgesetzt hat, der Zweifel am bisher Geglaubten beginnt sich zu regen. Das ist wenig, aber es ist ein Anfang und soll uns ein Ansporn sein, unbeirrt die Arbeit an der Aufdeckung der historischen Wahrheit fortzusetzen, bis volle Klarheit über die Entstehung der grossen Menschheitstragödie geschaffen ist. Den Fehlspruch von Versailles haben wir nicht hindern können, den Wahrspruch der Geschichte scheuen wir nicht!

Professor Delbrück an Theunis.

Professor Hans Delbrück hat an den belgischen Ministerpräsidenten Theunis folgenden offenen Brief gerichtet:

Berlin, den 8. August 1923.

Euer Exzellenz

schreiben in der Note an die englische Regierung vom 30. Juli, dass Deutschland selbst heute noch seine Verantwortung für Ausbruch des Krieges bestreite.

Der „New York Herald" (15. Juli) hat einen längeren Artikel veröffentlicht, in dem ausgeführt wird, dass diese Auffassung in Deutschland mein Werk sei; auch diejenigen, die in Deutschland schon anders gedacht hätten, seien durch meine Untersuchung und meine Arbeit umgestimmt worden, und Deutschland sei heute in der Kriegsschuldfrage vermöge der Arbeit eines deutschen Professors eine Einheit. Das ist nun eine starke Übertreibung; neben mir haben noch viele andere Gelehrte, und zwar nicht bloss Deutsche, sondern auch Engländer, Amerikaner und Franzosen in der Kriegsschuldfrage gearbeitet, sind zu demselben oder ähnlichem Ergebnis gekommen wie ich und haben ihr Anteil an der Wandlung bezüglich des Ursprungs des Weltkrieges, die sich vollzogen hat. Immerhin bin ich an diesem Kampf in der gelehrten und politischen Welt so stark beteiligt, dass ich mich berechtigt fühle, die Herausforderung, die in jenem Satze von Euer Exzellenz Note liegt, anzunehmen. Ich erkläre mich bereit, vor irgendeinem zu vereinbarenden Tribunal nachzuweisen, dass Deutschland die Verantwortung für den Ausbruch des Weltkrieges mit Unrecht aufgebürdet wird. Auch zu jedem anderen Modus, diese Streitfrage aufzuklären, erkläre ich mich bereit. Ich stelle zum Beispiel Euer Exzellenz anheim, irgendeinen belgischen Gelehrten zu bestimmen, mit dem ich, sei es öffentlich, sei es privatim, die ganze Frage durchspreche. Vielleicht wäre Köln für eine solche Besprechung der geeignete Ort. Auch nach Brüssel zu kommen, erkläre ich mich bereit, wenn die belgische Regierung meine persönliche Sicherheit gewährleistet. Dadurch, dass Euer Exzellenz diese an sich historische Frage in die schwebenden politischen Verhandlungen hineingezogen haben, hat sie eine Wichtigkeit gewonnen, die über die Wissenschaft weit hinausreicht. Ich glaube daher mit Bestimmtheit darauf rechnen zu dürfen, dass Euer Exzellenz meinen Vorschlag nicht ablehnen, sondern ihm in der einen oder anderen Form zur Verwirklichung verhelfen werden.

Hans Delbrück.

Presseschau.

Die Verletzung der Neutralität Belgiens. Von General d. I. a. D. von Kuhl. — „D. A. Z.", Nr. 360, 5. August 1923.

Während der ältere Moltke und sein Nachfolger, Graf Waldersee, für den Zweifrontenkrieg die Offensive im Osten vorsahen, ist Graf Schlieffen zur Verlegung des Aufmarsches der deutschen Hauptkräfte nach dem Westen übergegangen. Sein Nachfolger, Generaloberst von Moltke, hat diesen Plan beibehalten. Nach General von Kuhl war der Hauptgrund für Abstand von einer Offensive im Osten die Annahme, dass die Russen ins Innere des Landes ausweichen würden. Bei dem Angriff im Westen sei der Durchmarsch durch Belgien ein Gebot der Not gewesen,

wenn nicht die deutschen Kräfte durch einen belagerungsartigen Angriff gegen die französische Festungsfront festgelegt werden sollten.

Unbequeme Fragen. Zu den „Fälschungen des russischen Orangebuches“. Von Gesandten z. D. Freiherrn von Romberg. — „Berliner Tageblatt“, 29. Juli 1923, Nr. 353.

Die „Times“ hatten in einer Kritik der Rombergschen Dokumentensammlung („A german charge of suppression“, „The Times“, 29. Mai 1923) behauptet, die Auslassungen im russischen Orangebuch seien durchaus harmloser Natur. Von einer Unterdrückung von Telegrammen des russischen Ministeriums des Äussern an Paris könne nicht die Rede sein. Die Telegramme Iswolskis aber bezögen sich zum grössten Teil auf die Unterredungen des deutschen Botschafters am Quay d'Orsay, die ausführlich im französischen Gelbbuch wiedergegeben seien. Im ganzen versucht der Verfasser des „Times“-Aufsatzes die Herausgabe der Romberg-Akten als „german propaganda“ abzutun. Herr von Romberg weist demgegenüber darauf hin, dass der Verfasser den eigentlichen Kern der Sammlung, der gerade in den Berichten Iswolskis über die Haltung der französischen Regierung während der Julikrise 1914 beruhe, gar nicht berührt habe. Romberg zeigt noch einmal an einigen Beispielen die grosse Bedeutung dieser Berichte und erklärt, man hätte eigentlich ausführlicher den Leser aufmerksam machen müssen, welche Entstellungen der französischen Dokumente aus den russischen Akten erwiesen werden könnten.

Die Entstehung des Krieges. — „Frankfurter Zeitung“, 22. Juli 1923, Nr. 535.

Aus dem uns bisher noch nicht vorliegenden Buche des früheren englischen Premierministers Asquith veröffentlicht die „Frankfurter Zeitung“ nach der „Sunday Times“ einige Auszüge. Asquith bezeichnet die Einkreisungspolitik Edward VII. als „Legende“. Edward VII. sei ein Muster eines konstitutionellen Herrschers gewesen, der niemals in auswärtigen Angelegenheiten ohne den Rat seiner Minister gehandelt habe. Nach den Angaben des Londoner Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ enthalten die Erinnerungen eine Widerlegung der auch von Wilhelm II. aufgegriffenen Behauptung, dass schon im Jahre 1897 ein französisch-englisch-amerikanisches Abkommen getroffen worden sei, das bereits nach Ansicht des Kaisers den Keim der Einkreisungspolitik enthalten habe.

Poincaré bekennt sich zu seiner Vorkriegspolitik. — „Hamburger Fremdenblatt“, 16. Juli 1923, Nr. 194.

In einer Rede, die Poincaré am 15. Juli in Senlis, Departement Oise, hielt, erklärte er u. a., er dürfe sich rühmen, stets ein treuer Anhänger der französisch-englischen Allianz gewesen zu sein. Vor dem Kriege, in einer Zeit, wo es Männer gegeben habe, die mehr oder minder offen eine Politik der Annäherung an Deutschland predigten, habe er stets bei jenen gestanden, die im Gegenteil eine enge Gemeinschaft der beiden grossen und freien Nationen Westeuropas — Frankreich und England — empfohlen hätten. Auf sein Verlangen und unter seinem Ministerium seien 1912 die Briefe zwischen Paul Cambon und Sir Edward Grey, die die Entente stärkten und die Allianz vorbereiteten, ausgetauscht worden. Mit diesen Dokumenten sei das Werk realisiert worden, dem er leidenschaftlich ergeben sei.

Unausgewertete Dokumente. Von Hermann Lutz. — „Münchener N. Nachrichten“, 29. Juli 1923, Nr. 203.

Hermann Lutz weist auf Auslassungen und Unstimmigkeiten der englischen Dokumentensammlung hin und zeigt an einigen Belegen, wie lückenhaft das englische Blaubuch ist. So fehlt z. B. jede Antwort Sir Edward Greys auf die Warnung des englischen Botschafters in Petersburg vom 25. Juli (Blaubuch 17). Ebenso fehlt ein Telegramm Buchanans aus Petersburg vom 26. Juli, dessen Existenz uns durch ein Telegramm des russischen Botschafters in London vom 27. Juli (Livre Noir II, Seite 329 f.) bekannt ist.

Über Aktivität in der Kriegsschuldfrage. Von Oberst Bernhard Schwertfeger. — „Kreuzzeitung", 17. August 1923, Nr. 378.

Oberst Schwertfeger fordert eine offizielle Stellungnahme der Reichsregierung zur Schuldfrage und begrüsst die in diesem Sinne im Reichstag geäusserten Worte des bisherigen Aussenministers Dr. von Rosenberg.

General Lukomski über den Krieg 1914—1920. Von G. Frantz, Major a. D. — „Kreuzzeitung", 30. Juli 1923, Nr. 349.

Der russische General Lukomski, dessen Erinnerungen bei O. Kirchner, Berlin, erschienen sind, ist neben General Dobrorolski ein weiterer Zeuge dafür, dass die russischen Militärs im Juli 1914 die Teilmobilmachung gegen Österreich verwarfen und dringend die Gesamtmobilmachung forderten. „Die Frage einer Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn konnte nur ein Unwissender oder ein sich unwissend Stellender aufwerfen."

Deutsch-französische Zusammenarbeit. — „Die Welt am Montag", 30. Juli 1923, Nr. 31.

Auf dem internationalen Kongress des Versöhnungsbundes, der Ende Juli in Nybourg (Dänemark) getagt hat und von 16 Nationen besucht war, wurde u. a. folgender Beschluss gefasst: „Die deutsch-französische Gruppe fordert, dass — am besten durch Vermittlung des Völkerbundes — ein Ausschuss zur wissenschaftlichen Erforschung der Kriegsschuldfrage eingesetzt werde. Dieser Ausschuss soll aus Gelehrten verschiedener Nationen bestehen, die am Kriege nicht teilgenommen haben. Ihm soll das Recht zustehen, die Archive aller Staaten in bezug auf diese Frage ungehindert zu durchforschen und die Ergebnisse dieser Untersuchung zu veröffentlichen."

Warum Österreich mobilisieren musste. Von Dr. Julius Szeps. — „Neues Wiener Journal", 15. Juli 1923.

Dr. Szeps berichtet über einen Besuch, den er am 30. Juli 1914 dem englischen Botschafter abgestattet hat. „Auf meine Frage, wie Sir Maurice Bunsen die Situation beurteile, antwortete er mir: ‚O, ich hoffe, dass noch alles gut gehen wird, aber ich bin heute weniger optimistisch als gestern.' Weshalb seine günstige Meinung sich verändert habe? ‚Weil ich glaube, dass Russland mobilisert.' ‚Um Gottes willen', rief ich aus, ‚worauf stützen Exzellenz diesen Glauben? Denn mobilisiert Russland wirklich, dann ist die Kriegsgefahr eminent.'

‚Ich könnte auch sagen, ich weiss, dass Russland mobilisiert, weil mein russischer Kollege, Herr Schebeko, mir diese Tatsache offiziell mitgeteilt hat.'"

Die „Morning-Post" und die russischen Dokumente. Weitere Auszüge aus den Archiven des Zaren. — „Kölnische Zeitung", 27. und 28. August 1923, Nr. 595 und 598.

Die „Morning-Post" veröffentlichte am 25. August lange Auszüge aus dem Bericht des ehemaligen russischen Aussenministers Sasonow an den Zaren über seinen Besuch in England September 1912. Sasonow, der in Balmoral mit dem König und Sir Edward Grey zusammentraf, erhielt von beiden die unbedingte Versicherung, dass die englische Regierung den grössten Wert auf gute Beziehungen zu Russland lege. Im Verlauf einer Unterredung mit Grey fragte Sasonow, was Russland im Falle eines Krieges mit Deutschland von England zu erwarten habe. Grey entgegnete, dass England in diesem Fall alles tun werde, um der deutschen Seemacht den fühlbarsten Schlag zu versetzen. Grey gab Sasonow Auskunft über die Militär- und Marineabkommen mit Frankreich, die sehr weitgehender Natur waren. Im An-

schluss an diese Veröffentlichungen erklärt der „Manchester Guardian“, der Bericht Sasonows an den Zaren sei einfach unglaublich und könne nur unter einem Missverständnis dessen, was Grey wirklich gesagt habe, abgefasst worden sein. Auf jeden Fall aber sei eine Entgegnung Greys wünschenswert.

Aus Zeitschriften.

Der französische Nationalismus. Von Ferdinand Lion. — „Die Neue Rundschau“, August 1923.

Mit Delcassé begann die Politik, die, von Poincaré bis zum heutigen Tage geradlinig fortgesetzt, in ihrer Kontinuität auf der Revanchepolitik des französischen Nationalismus beruht. In der Boulanger- und Dreyfuszeit ist der französische Nationalismus durch die öffentliche Meinung in Frankreich und durch den Druck der Welt zurückgedrängt worden. Vor dem Kriege aber arbeitete er so im Verborgenen, dass die Weltmeinung sich nicht gegen ihn, sondern gegen Deutschland bildete. Aber so wie die Schuld des französischen Nationalismus für die Boulanger- und Dreyfuszeit erkannt wurde, so ist es nicht wahrscheinlich, dass dieser Nationalismus vor dem Kriege hat unschuldig sein können. Auch in der Dreyfusaffäre schien die Schuldfrage zuerst bewiesen, auch hier durfte die „chose jugée“ nicht berührt und das Wort Revision nicht ausgesprochen werden. Doch die Nationalisten gleiten, um ihre Anfangsschuld zu decken, immer tiefer in Schuld und es ist möglich, dass die Kriegsaffäre noch „ebenso unglücklich für sie endet wie die Boulanger- und Dreyfusaffären“.

Bismarck und Salisbury. Deutsch-englische Politik von 1876—1889. Von A. Mendelssohn-Bartholdy. — „Europäische Gespräche“, Juli 1923.

Professor Mendelssohn-Bartholdy führt aus, es sei vielleicht eine der schlimmsten Folgen der Entlassung Bismarcks gewesen, dass die von ihm begonnene neue Annäherung an England nicht durch ihn weiter verfolgt werden konnte. Als Salisbury am 2. August 1887 durch Graf Hatzfeld die Ankündigung einer englischen Neuorientierung an Bismarck gelangen liess, wurde der Plan Salisburys einer deutsch-englischen Annäherung unter der Form einer Ausgleichung der englisch-russischen Gegensätze und eines Anschlusses Russlands an eine deutsch-englisch-österreichische Entente, nicht direkt zurückgewiesen, aber Bismarck liess in seiner Antwort erkennen, dass er eine schädliche Rückwirkung auf Italien befürchte, das in die Arme Frankreichs getrieben werde. Im übrigen erklärte er, dass eine französisch-russische Allianz für ihn ganz ausserhalb der Berechnung liege. So wie Bismarck 1887 den Vorschlag Salisburys dilatorisch behandelt hatte, so hat Salisbury den Bündnisvorschlag Bismarcks vom Januar 1889 „auf dem Tisch liegen lassen, ohne Ja oder Nein dazu zu sagen“.

Störungen im Vertragssystem Bismarcks Ende 1887. Von Heinrich Ullmann. — „Historische Zeitschrift“, 1923, Bd. 128, S. 92—104.

Auf Grund der Bismarckakten wird nachgewiesen, wie nahe 1887, nach dem Abschluss des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages, der Ausbruch eines österreichisch-russischen Krieges war. Österreich fühlte sich durch russische Truppenverschiebungen nach Polen bedroht, und in Wien erwog man, ob ein zuvorkommender Angriff auf russisches Gebiet im gegenwärtigen Augenblick zweckmässig sei. Es bedurfte der ganzen Überzeugungskraft Bismarckscher Staatskunst, um Österreich zurückzuhalten und die durch den Rückversicherungsvertrag Russland gewährleistete Neutralität Deutschlands im Falle eines österreichischen Angriffes nicht in Frage zu stellen.

Jaurès Ermordung. — Ein Werk Iswolskis? Von Hermann Lutz. — „Schweizerische Monatshefte“, August 1923.

Gestützt auf wichtige Zeugenaussagen im Prozess Jaurès und auf Äusserungen intimer Freunde des Ermordeten, gibt Lutz eine zusammenfassende Darstellung der letzten politischen Handlungen des Führers der französischen Sozialisten. Die eigenartige Behandlung des Mörders, seine Aburteilung nach fünfjähriger Untersuchungshaft, sein Freispruch, diese Momente lassen mancherlei Kombinationen zu. Ein Beweis dafür, dass Iswolski bei der Ermordung Jaurès irgendwie beteiligt gewesen sei, ist bisher nicht erbracht worden.

Neues aus den russischen Archiven. Von Hermann Lutz. — „Preussische Jahrbücher“, August 1923.

Eine Besprechung des zweiten Bandes des „Livre noir“.

L'Ultimatum Autrichien et la Réponse serbe. Communication de la Société d'Etudes documentaires et critiques sur la Guerre. — „Vers la Vérité“, Juli 1923.

Abschluss der sehr eingehenden Untersuchung, welche die „Société“ der serbischen Antwort auf das österreichische Ultimatum gewidmet hat. Die „Société“ gelangt zu der Schlussfolgerung, dass Serbien in hinterlistiger Weise alle Forderungen des österreichischen Ultimatums zurückgewiesen habe.

Critique d'un Livre sur l'Histoire de la Guerre. Par Ermenonville (G. Dupin). — „Vers la Vérité“, Juli 1923.

Eine Besprechung der „Histoire populaire de la Guerre“, T. II, von Ernest Renauld. Ermenonville sieht in Renauld das typische Beispiel einer Persönlichkeit, die auch bei wissenschaftlichen Arbeiten trotz besserer Einsicht sich nicht von der nationalen Gebundenheit loslösen kann und deshalb zu Urteilen gelangt, die zum Teil der eigenen Beweisführung widersprechen. Renauld brandmarkt die Vorkriegspolitik Poincarés auf das schärfste, er verurteilt die Haltung Vivianis während der Julikrise 1914, aber seine Endthese lautet dennoch: Deutschland war der Angreifer, Deutschland hat den Krieg gewollt.

Etude comparative de la Préparation à la Guerre dans les différents Etats européens. Par E. D. Morel. — „Vers la Vérité“, August 1923.

Übersetzung einer in Frankreich bisher unbekannten Studie, die Morel 1917 im „Labour Leader“ veröffentlicht hat.

Come si scatenò la Guerra mondiale III. Von Corrado Barbagallo. — „Nuova Rivista Storica“, Luglio-Agosto 1923.

Besprechung von Graf Max Montgelas in diesem Heft der „Kriegsschuldfrage“.

Deutschland - Österreich - Russland 1880-1890. Von Graf Max Montgelas. — „Hochland“, August 1923.

Eine Darstellung der unmittelbaren Wirkungen des deutsch-österreichischen Bündnisses. Auf Grund der „Grossen Politik der Europäischen Kabinette“. Ausführlich behandelt werden: Der deutsch-österreichisch-russische Vertrag von 1881, die Erneuerung dieses Vertrages 1884, die Zusammenkunft der drei Kaiser und ihrer leitenden Minister September 1884 auf dem russischen Jagdschloss Skiernewice; das englisch-italienisch-österreichische Mittelmeerabkommen von 1887 und der deutsch-russische Rückversicherungsvertrag von 1887.

Winston Churchill „The World Crisis 1911 to 1914". — „Europäische Gespräche", Juli 1923.

Winston Churchill's Weltkrisis. — „Deutsche Einheit", 18. August 1923.

Zwei sehr eingehende Besprechungen der Erinnerungen Churchills unter Zitierung wesentlicher Stellen im Wortlaut.

Le Voyage du Prince Henri de Prusse en Angleterre. Von Richard Grelling. — „La Revue de Paris", 15. August 1923.

Vom 25. bis 27. Juli weilte Prinz Heinrich von Preussen in England. Diese Reise, die nach wiederholter Aussage des Prinzen, die durch die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch bestätigt wird, rein privaten Charakter hatte, versucht Grelling in eine hochpolitische Mission umzuwandeln. Prinz Heinrich habe im Auftrag Wilhelms II. den König und die englische Regierung sondieren sollen, ob England im Falle eines deutsch-französischen Krieges neutral bleiben werde. Da Grelling für seine Behauptung keine Beweise beibringen kann, leitet er seine Untersuchungen auf Nebengeleise und behandelt sehr eingehend die Potsdamer Besprechung vom Abend des 29. Juli, in deren Verlauf Prinz Heinrich seinem Bruder über seine Unterhaltung mit dem König von England Bericht erstattete. Nach Tirpitz hat Wilhelm II. den Worten des englischen Königs, England werde wahrscheinlich neutral bleiben, ein allzu grosses Gewicht beigelegt. In einer Darstellung, die der Prinz selber über seine Reise nach England gegeben hat, und die am 3. Oktober 1922 von der Stuttgarter „Süddeutschen Zeitung" veröffentlicht worden ist, verwahrt sich der Prinz energisch gegen alle übertriebenen Auslegungen der von ihm berichteten Worte des englischen Königs. Grelling hat diese Aufzeichnung des Prinzen nicht benutzt.

Bücherschau.

Voranzeigen.

von Hofmann: Politische Geschichte der Deutschen. Deutsche Verlagsgesellschaft. Stuttgart-Berlin.

Hoffmann, Generalmajor: Der Krieg der versäumten Gelegenheiten. Verlag für Kulturpolitik, München, Schellingstrasse 39/41.

Die Tragödie Deutschlands. Im Banne des Machtgedankens bis zum Zusammenbruch des Reiches. Von einem Deutschen. Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Inh. Franz Mittelbach), Stuttgart.

Von der Weltgeschichte von J. B. Weiss, fortgesetzt von Dr. Richard Falk, erscheint in Kürze der 28. Band (Schlussband): Allgemeine Geschichte der neuesten Zeit. Der Völkerkrieg 1914/1919, bei der Verlagsbuchhandlung Styria in Graz, gleichzeitig in Sonderausgaben.

Neuerscheinungen.

Helmolt, Hans F.: Von Caprivi bis Versailles, ein Leitfaden in der Schuldfrage. Union, Deutsche Verlagsgesellschaft, 1923, 272 S.

Vgl. Besprechung von Dr. Kurt Heinrich, „Berliner Börsen-Zeitung", 17. und 19. August 1923, Nr. 378 und 382.

Horvath, E., Prof.: Modern Hungary 1660/1920, Budapest, Magyar Külügyi Tarsésag (Cambridge, Heffer).

Kann, Réginald: Le plan de campagne allemand de 1914 et son exécution, Payot, Paris, 1923.

Krieg, der, zur See: 1914—1918. Herausgegeben vom Marinearchiv. Der Kreuzerkrieg in den ausländischen Gewässern. Bearbeitet von E. Raeder,

Konteradmiral. II. Die Tätigkeit der Kleinen Kreuzer „Emden", „Königsberg" und „Karlsruhe". Mit vielen Karten, Tabellen und Anlagen. Preis: Grz. 12. E. S. Mittler & Sohn, Berlin.

Mautner, Wilhelm, Dr. sc. pol.: Die Verschuldung Europas. Das Problem der interalliierten Schulden und die Versuche zu seiner Lösung. Frankfurter Societätsdruckerei, G. m. b. H., Abteilung Buchverlag. Frankfurt a. M. 1923. 215 Seiten.

Montgelas, Max, Graf: Mitherausgeber der Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch: Leitfaden zur Kriegsschuldfrage. Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig, 1923. 208 S. Preis: Grz. 3.

Vgl. Besprechungen von Hans Delbrück, in Nr. 1 der „Kriegsschuldfrage" und August Bach in Nr. 352 der „Berliner Börsen-Zeitung".

Mowat, R. B.: A History of European Diplomacy 1815—1914. (Longmans, Green an Company.

Vgl. die Besprechung der New Yorker „Nation" vom 30. Mai 1923.

Nitti, Francesco: Europa am Abgrund. Mit einem neuen Vorwort des Verfassers. Volksausgabe, Frankfurter Societätsdruckerei, 1923, 216 S.

Eine Zusammenfassung der beiden im gleichen Verlage erschienenen Bücher „Das friedlose Europa" und „Der Niedergang Europas". In der Vorrede, die Nitti dem neuen Buche gewidmet hat, führt er noch einmal aus, welche Gründe ihn zu seinem scharfen Vorgehen gegen den Versailler Vertrag bestimmt haben. Er habe durchaus zu denen gehört, die den Fall des deutschen Militarismus als ein Glück für die Kultur betrachteten. Aber er habe auch den festen Glauben gehabt, dass der Weltkrieg wirklich einen Frieden und eine für Sieger und Unterlegene gleiche Gerechtigkeit bringen werde. Wenn Nitti auch eine deutsch-französische Verständigung für notwendig erachtet, so betont er zugleich, dass zur Erreichung dieses Zieles zwei Dinge unerlässlich seien: Die Beharrung Deutschlands im nationalen Widerstand gegen gesetzlose Gewalt und die unablässige Werbearbeit mit der ganzen Wahrheit, um Europa und Amerika zu überzeugen, dass jetzt Deutschlands Sache ihre eigene und die Sache der Kultur sei.

Vgl. auch Besprechung in den „Preussischen Jahrbüchern", Juli 1923.

Stanojević, Stanoje: Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Weltkrieges aus dem serbischen Manuskript übertragen und herausgegeben von Herm. Wendel. Frankfurter Societätsdruckerei, Frankfurt a. M., 1923, 66 S.

Die vorliegende Arbeit ist ein wichtiger Beitrag für die Erforschung der Kriegsursachen und im engeren Sinne für die Frage nach den intellektuellen Urhebern des Mordes von Serajewo. Nach Stanojević lag die Mordagitation nicht in den Händen der vielgenannten Narodna Odbrana, sondern in der revolutionären Organisation „Einigkeit oder Tod", deren Leiter der Chef der Nachrichtenabteilung des Serbischen Grossen Generalstabes Dragutin Dimitrijewitsch war. Dieser erhielt angeblich nach der Zusammenkunft Wilhelm II. mit dem Erzherzog Franz Ferdinand in Konopischt die Nachricht, die russische Regierung habe sichere Mitteilung erhalten, dass Wilhelm II. den Plan des Thronfolgers, Serbien zu überfallen und niederzuwerfen, gebilligt und ihm seine Unterstützung versprochen habe. Dimitrijewitsch kam zu dem Schluss, dass sich ein österreichischer Überfall auf Serbien nur durch die Ermordung Franz Ferdinands verhindern lasse. Als ihm um diese Zeit zwei junge Leute aus Bosnien vorgestellt wurden, die sich mit der gleichen Absicht trugen, liess er sie in der Handhabung von Waffen unterrichten und sandte sie zurück nach Serajewo. Am 15. Juni machte Dimitrijewitsch der Organisation „Einigkeit oder Tod" Mitteilung von dem bevorstehenden Attentat. Fast alle Mitglieder waren gegen den Plan, und Dimitrijewitsch erklärte sich bereit, seine Ausführung im letzten Augenblick zu verhindern. Es war zu spät.

Taube, Alexander von: Fürst Bismarck zwischen England und Russland. Ein Beitrag zur Politik des Reichskanzlers in den Jahren von 1871 bis 1890. W. Kohlhammer, Stuttgart, 1923.

Vasilewskij (No Bukva) J.: Graf Witte i ego memuary (Graf Witte und seine Memoiren). Russischer Universalverlag, Berlin, 1923, 110 S. Allgemeine Bibliothek, N. 27/27 a.

Wahl, Adalbert, Dr., Professor der Geschichte an der Universität Tübingen: Zwischen den Kriegen. Sechs Vorträge über die auswärtige Politik der Grossmächte von 1871—1914. Osiandersche Buchhandlung, Tübingen, 1923, 65 Seiten.

Der Verfasser bedauert die Ablehnung der englischen Bündnisangebote an Deutschland und sieht in ihr den entscheidenden Fehler der Bülowschen Politik. Nach der Niederlage Russlands im russisch-japanischen Krieg hätte Deutschland Gelegenheit gehabt, sich aus der Umklammerung zu befreien. Dieser Schritt hätte auch um den Preis eines Krieges gewagt werden müssen. Wahl erkennt die Politik Bethmann Hollwegs an, die darauf gerichtet war, eine Anbahnung an England herbeizuführen. Den Anlass zum Ausbruch des Weltkrieges sieht er nicht in der französischen Revancheidee, sondern im Panslavismus.

Waldersee, Alfred, Graf von: Denkwürdigkeiten. Band 3. 1900—1904. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart und Berlin, 1923. 276 Seiten.

Wilson, Woodrow: Memoiren und Dokumente über den Vertrag von Versailles anno MCMXIX, herausgegeben von R. St. Baker in autorisierter Übersetzung von Curt Thesing. 2. Band. Paul List Verlag, Leipzig, 1923, 406 Seiten.

Witte, Graf: Erinnerungen. Mit einer Einleitung von Professor Otto Hoetzsch, übersetzt von H. von Hoerner. Ullstein Verlag, Berlin, 1923, 571 Seiten.

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 48.

Ost- oder Westaufmarsch 1914?

General der Infanterie a. D. von Kuhl.

In seinen „Erlebnissen im Weltkriege" erzählt Erzberger, dass er im Januar 1915 eine eingehende Aussprache über die bisherigen Operationen mit dem früheren Chef des Generalstabes des Feldheeres, Generaloberst von Moltke, gehabt habe. Er sei sehr betroffen gewesen, als Moltke sich über den Aufmarsch im August 1914 ungünstig ausgesprochen habe, er habe es von Anfang an als einen Fehler bezeichnet, dass die Masse des deutschen Heeres nach dem Westen geworfen worden sei. Man hätte zuerst nach dem Osten gehen müssen, um die russische Walze zu zertrümmern, und sich im Westen damit begnügen sollen, an der deutsch-französischen Grenze die Angriffe der Franzosen abzuwehren. Der Plan, zuerst die Franzosen niederzuwerfen und sich solange gegen die Russen zu verteidigen, habe auf der Annahme beruht, dass die russische Mobilmachung mindestens noch zwei Monate, vom Tage der Kriegserklärung an Frankreich an gerechnet, dauern würde. Nachdem man jedoch im August 1914 gewusst habe, dass die russische Mobilmachung so gut wie vollzogen gewesen sei, hätte man umgekehrt verfahren müssen.

Man kann mit Sicherheit behaupten, dass Moltke entweder von Erzberger missverstanden worden ist, oder — und dies ist wahrscheinlicher — dass er selbst, durch das niederdrückende Gefühl des missglückten Marnefeldzuges stark beeinflusst, nachträglich irrtümliche Angaben gemacht hat. Moltke hat von seinem Vorgänger, dem Grafen Schlieffen, den Aufmarschplan übernommen und daran bis zum Kriege festgehalten, obwohl im Generalstab genau bekannt war, dass die Mobilmachung und der Aufmarsch des russischen Heeres in den letzten Jahren vor dem Kriege erheblich beschleunigt worden waren und — abgesehen von den asiatischen Korps — keineswegs monatelang dauerten. In seinen Erinnerungen sagt Moltke: „Wir wussten alle, dass Frankreich an der Seite des Zarenreiches, dem es seine Milliarden zur besseren Vorbereitung für den Krieg zur Verfügung gestellt hatte, unbedingt an demselben teilnehmen würde. Den vom Grafen Schlieffen übernommenen Aufmarsch der Hauptkräfte zum Angriff gegen Frankreich behielt ich daher mit voller Überzeugung bei". Alle Kriegsspiele, operative Studien, Generalstabsreisen und Besprechungen, die Moltke vor dem Kriege abgehalten hat, sowie die jährlichen Bearbeitungen des Aufmarsches bestätigen unwiderleglich vorstehende Aussagen. Der ursprünglich neben dem Westaufmarsch

noch vorgesehene „Aufmarsch II“ gegen die Russen, für den Fall, dass wir es mit ihnen allein zu tun hätten, während die Franzosen und Engländer sich noch zurückhielten, wurde in den letzten Jahren vor dem Kriege fallen gelassen. Es war ausgeschlossen, dass die Franzosen mit Gewehr bei Fuss stehen blieben, wenn wir Russland angriffen.

Die Gründe, die den Grafen Schlieffen ebenso wie seinen Nachfolger zu dem Plan des Aufmarsches der Hauptkräfte gegen Frankreich veranlasst haben, waren überzeugend, wenn auch manches für eine Offensive gegen Russland sprach. Da aber auch heute noch vielfach der Westaufmarsch für verfehlt erklärt und dem Ostaufmarsch das Wort geredet wird, weil er den Einmarsch in Belgien zurückgestellt und England damit den populären Grund, in den Krieg einzugreifen, genommen hätte, muss näher darauf eingegangen werden.

Eine Verteidigung unserer in weitem Bogen laufenden Ostgrenze, die der natürlichen Stärke entbehrte, war schwer durchzuführen. Griffen wir dagegen im Osten an, so konnten wir hoffen, unsere operative Überlegenheit auszunutzen und zu einem entscheidenden Schlag gegen die Russen zu gelangen.

Die Verhältnisse hatten sich aber im Vergleich zu den Zeiten des älteren Moltke und seines Nachfolgers, des Feldmarschalls Grafen von Waldersee, die sich beide für den Ostaufmarsch entschieden hatten, wesentlich geändert. Damals war noch Aussicht vorhanden, die etwa um Warschau sich versammelnden Russen konzentrisch von Ostpreussen und von Galizien aus anzugreifen. In der richtigen Erkenntnis, dass ein Aufmarsch in dem nach Westen vorspringenden Polen von Norden und von Süden her in gefährlicher Weise der Umfassung ausgesetzt sei, hatten die Russen aber einige Jahre vor dem Kriege die Versammlung ihres Heeres in die Linie Kowno—Grodno—Bialystock—Brest Litowsk zurückverlegt. Einen erheblichen Vorsprung in der Mobilmachung besassen wir nicht mehr. Der Angriff gegen die Russen war somit schwieriger geworden und hätte so starke Kräfte erfordert, dass im Westen zur Verteidigung gegen Frankreich nicht mehr genug übrig blieb.

In der Weise, wie Graf Waldersee mit 7 Armeekorps nebst den zugehörigen Reservedivisionen den Angriff gegen Russland in Vereinigung mit den Österreichern durchführen wollte, während 13 Armeekorps nebst den entsprechenden Reserveformationen gegen Frankreich aufmarschierten, hätten wir 1914 nicht mehr verfahren können. Eine solche Teilung der Streitkräfte hätte uns nirgendwo eine Überlegenheit verschafft und keine Aussicht auf einen durchschlagenden Erfolg gegen die inzwischen ausserordentlich erstarkte russische Wehrmacht geboten. Die vom Grafen Waldersee geplante Ausführung der Offensive im Osten zeigt aber auch, welche Schwierigkeiten ihr selbst unter den damaligen günstigen Verhältnissen entgegenstanden. Unter Deckung der linken Flanke durch eine von Gumbinnen gegen den Njemen vorgehende Armee wollte Waldersee aus der Linie Ortelsburg—Lyck über den Narew in Richtung Lomscha oder Bialystock angreifen. Er verhehlte sich aber nicht, dass in der nassen Jahreszeit ein Angriff über den Narew nicht durchführbar sei. Die Wasserläufe schwollen dann an, die Niederungen wurden ungangbar, die Wege grundlos. Brach der Krieg in der nassen Jahreszeit aus, so wollte sich Waldersee die Entscheidung vorbehalten, ob man nicht besser den Schwerpunkt nach dem Westen verlegte. War aber die Offensive im Osten

einmal begonnen, und gelang es nicht, den Njemen, Bobr und Narew zu überwinden, so blieb nach seiner Ansicht nichts anderes übrig, als die russische Offensive zu erwarten und mit einem Gegenstoss zu beantworten. Es leuchtet ohne weiteres ein, dass wir unter den äusserst gespannten Verhältnissen der Kriegslage im August 1914 in dieser Weise nicht mehr operieren konnten.

Wie richtig der Gedanke war, mit möglichst starken Kräften zunächst den stärkeren und gefährlicheren der beiden Hauptgegner, die Franzosen, anzugreifen, geht schon daraus hervor, dass auch Conrad von Hötzendorf, der Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabs, davon fest überzeugt war, obwohl ihm in diesem Fall die Last des Kampfes gegen Russland zunächst fast allein zufiel. Ausdrücklich hat er sich in den Verhandlungen mit Moltke damit einverstanden erklärt, dass Deutschland die Hauptmasse seiner Streitkräfte gegen Frankreich verwendete und in Ostpreussen nur mit 12—13 Divisionen aufmarschierte. Die sämtlichen zwischen beiden Generalstabschefs bis zum Jahre 1914 geführten Verhandlungen, über die Feldmarschall Conrad von Hötzendorf in seinen Erinnerungen eine erschöpfende, mit zahlreichen Urkunden belegte Auskunft gibt, beweisen unumstösslich, dass Moltke mit voller Überzeugung an dem Westaufmarsch bis zum Beginne des Krieges festgehalten hat. Die hier und da von Vertretern des Ostaufmarsches aufgestellte Behauptung, dass Moltke innerlich von der Notwendigkeit des Ostaufmarsches überzeugt gewesen sei, sich aber durch Widerstände irgendwelcher Persönlichkeiten davon habe abbringen lassen, ist daher irrig.

Im Gegenteil war Moltke aufs äusserste betroffen, als am 1. August 1914 nachmittags im Königlichen Schloss der Kaiser plötzlich das Ansinnen stellte, den Aufmarsch der Hauptkräfte nach dem Osten zu verlegen, weil sich irrtümlicherweise die Aussicht zu bieten schien, dass Frankreich neutral bliebe. Freilich handelte es sich hierbei um eine ganz andere militärpolitische Lage als sie bisher vorgesehen worden war und um die technische Möglichkeit eines aus dem Stegreif durchzuführenden unvorbereiteten Aufmarsches. Aber die Einwendungen, die Moltke machte, lassen doch seine allgemeinen Ansichten über die Unzweckmässigkeit eines Ostaufmarsches klar erkennen. Er erklärte es für ausgeschlossen, mit der gesamten Armee nach Russland hineinzumarschieren, „mit einem mobilen Frankreich im Rücken". Der Kaiser entgegnete ihm: „Ihr Onkel würde mir eine andere Antwort gegeben haben." Dem ist aber nicht so. Der Feldmarschall von Moltke würde unter den vorliegenden Verhältnissen zweifellos ebenso gesprochen haben wie sein Neffe.

Dieser hat in seiner Erklärung am 1. August 1914 einen wesentlichen Grund angeführt, der gegen jeden Ostaufmarsch sprach. Wie sollte während der Offensive gegen Russland die Verteidigung gegen „das mobile Frankreich im Rücken" geführt werden? So wie es der ältere Moltke geplant hatte, ging es 1914 nicht mehr. Er wollte die Verteidigung, im Westen gestützt auf die Festungen Metz und Strassburg, sowie auf die starke Rheinlinie führen, nötigenfalls aber östlich des Rheines hinter dem Main eine Stellung einnehmen, in der um die Entscheidung gekämpft werden sollte. Im Jahre 1914 durften wir keinesfalls den Gegner bis an den Rhein kommen lassen. Andernfalls war unser Saarkohlenrevier und Lothringer Erzrevier verloren, unser rheinisch-westfälisches Industriegebiet aufs äusserste gefährdet. Jede Aufstellung, die wir an unserer Westgrenze gegenüber Frankreich einnahmen, war ferner einer Flankierung

durch französisch-belgische Streitkräfte, die über Belgien vorgingen, ausgesetzt. Dass eine solche Gefahr in Wirklichkeit bestanden hat, geht aus verschiedenen Anzeichen hervor.

Das französische Selbstbewusstsein war im Vertrauen auf die aufs äusserste gesteigerten Rüstungen bedeutend gestiegen, im Heere Frankreichs herrschte ein ausgesprochener Offensivgeist. Es war mit Sicherheit zu erwarten, und es entsprach auch der in der französisch-russischen Militärkonvention eingegangenen Verpflichtung, dass Frankreich zur rücksichtslosen Offensive schritt, sobald die deutschen Hauptkräfte im Osten aufmarschierten. Unmöglich konnte Moltke im Jahre 1914 annehmen, mit Teilkräften in diesem Fall hinreichend lange „an der deutsch-französischen Grenze die Angriffe der Franzosen abwehren" zu können.

Es war dies um so weniger angängig, je tiefer das deutsche Heer nach Russland hinein vordrang, je schwieriger und zeitraubender es wurde, auf den unzureichenden oder zerstörten russischen Eisenbahnlinien eine grosse Transportbewegung nach dem Westen durchzuführen, wenn man sich zu dieser Wendung entscheiden konnte oder musste.

In diese schlimme Lage wären wir aber aller Voraussicht nach gekommen. Wir wissen jetzt aus den neuesten Veröffentlichungen des Generals Danilow, der 1914 russischer Generalquartiermeister war, wie die Russen zu operieren beabsichtigten. Der normale russische „Aufmarsch A" war darauf berechnet, dass Deutschland zunächst mit den Hauptkräften Frankreich angreifen würde. Für den unwahrscheinlichen Fall eines deutschen Hauptangriffs gegen Russland war aber eine Variante, „Aufmarsch B", vorbereitet. Russland fühlte sich in diesem Falle den vereinigten deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräften nicht gewachsen. Der Aufmarsch sollte daher „in das Innere des Landes" zurückverlegt werden. Man hoffte auf einen Umschwung der Lage durch die Ereignisse an der französischen Front und wollte sich inzwischen auf die Verteidigung beschränken und das Eintreffen der asiatischen Korps abwarten. Wie in Nr. 2 der „Kriegsschuldfrage" von Gunther Frantz nachgewiesen worden ist, sind tatsächlich die sibirischen Korps erst im September und Oktober 1914 auf dem Kriegsschauplatz eingetroffen.

Wir hätten somit bei einer Offensive gegen Russland einen völligen Luftstoss gemacht. Dies hatte der deutsche Generalstab vorausgesehen und dies war auch der Hauptgrund, den Moltke selbst gegen den Ostaufmarsch geltend gemacht hat. Der Luftstoss wäre um so gefährlicher geworden, je weiter wir in das Innere Russlands gefolgt und je schwieriger dadurch der Rücktransport nach Westen geworden wäre. Wie denken sich überhaupt die heutigen Vertreter des Ostaufmarsches die Offensive gegen die weiter rückwärts aufmarschierenden Russen? Das Sumpfgebiet des Tripjet trennt den russischen Kriegsschauplatz in eine nördliche und südliche Hälfte, zwischen denen Querverbindungen östlich der Linie Bialystock—Kowel ausgeschlossen waren. Nach Angabe Danilows war eine Vereinigung des deutschen und österreichisch-ungarischen Heeres nur entweder westlich dieser Linie oder erst östlich des Dnjeper möglich. Es braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, wie schwierig sich das Zusammenwirken der beiden Heere gestaltet haben würde.

Der Entschluss der deutschen Heeresleitung, mit den Hauptkräften im August 1914 im Westen aufzumarschieren, erscheint daher nach jeder Richtung gerechtfertigt.

Urbas' neuer Beitrag zum Ursprung des Weltkrieges.

Hans Delbrück.

Der österreichische Konsul E. Urbas hat in fünf Nummern der „Neuen Züricher Zeitung" (26. Juli bis 1. August) einige beachtliche Erinnerungen aus dem Juli 1914 veröffentlicht. Urbas war damals beschäftigt im Wiener Auswärtigen Amt, freilich nicht eingeweiht in die inneren Vorgänge und ist auch jetzt noch ohne genügende Kenntnis der veröffentlichten Aktenstücke, deshalb in manchen ziemlich groben Irrtümern befangen, nichtsdestoweniger als Stimmungszeuge von Bedeutung. Wer die Wurzeln des Weltkrieges aufdecken will, muss immer vor allem zwei Tatsachen im Auge behalten: einmal, wie sehr die Habsburgische Monarchie in ihrer Existenz bedroht war durch das von den Russen genährte und gestützte grossserbische Nationalideal und zweitens, dass der Grundgedanke der deutschen Politik war, Österreich zu helfen, dass es sich diesen Dorn aus dem Fleisch ziehe, durch seine Vermittlung aber zu verhindern, dass dabei ein Weltbrand entstehe. Die Ankläger Österreichs und Deutschlands suchen gerade immer diese Momente zu verdunkeln und leiten die Aktion des Juli 1914 aus irgendwelchen unheimlichen Machtgelüsten der beiden Zentralmächte ab. Da tritt nun Urbas, der im übrigen die eigentlichen Zusammenhänge nicht kennt, als Zeuge dafür auf, dass im Auswärtigen Amt in Wien vor der Krisis eine stumpfe und gedrückte Stimmung geherrscht habe, die von einem Hang zu politischem Abenteurertum und kriegerischen Unternehmungen sehr entfernt gewesen sei. Es war also, wie das von unserer Seite immer aufgefasst worden ist, eine Art von Verzweiflungsakt, der zu dem Ultimatum an Serbien führte. Sehr treffend legt Urbas auch weiter dar, dass die deutsche Regierung der österreichischen keineswegs für ihre Aktion, wie man so oft hört, ein carte blanche gegeben habe; sie hat ihr nur ihre Unterstützung zugesichert, und ihr erklärt, dass Wien die Einzelheiten seiner Aktion selber bestimmen müsse, worin lag, dass die deutsche Regierung nötigenfalls in eine Vermittlerrolle eintreten konnte. Wenn Urbas weiter meint, Berchtold habe das Unterstützungs-Versprechen missbräuchlich ausgenutzt und die deutsche Regierung vor ein fait accompli gestellt, so irrt er. Die Illoyalität, die Berchtold tatsächlich begangen hat, liegt eine Woche später, als er die deutsche Vermittlungsaktion absichtlich durchkreuzte und Bethmann darüber zu täuschen suchte. Ebenso irrt Urbas, wenn er den Klatsch aufnimmt, dass der deutsche Gesandte Tschirschky, irgendeiner geheimen Weisung folgend, eine von seiner Regierung abweichende Politik gemacht habe. Tschirschky hat, wie die Aktenstücke beweisen, seine Instruktionen durchaus genau und sinngemäss ausgeführt. Ich kann das noch besonders bezeugen. Als diese Erzählung von Tschirschkys eigenmächtiger Kriegspolitik mir zu Ohren kam, habe ich Herrn Bethmann-Hollweg persönlich gefragt, wie es damit stünde, und er antwortete mir, dass daran kein wahres Wort sei.

Leider hat sich nun die „N. Z. Z.", indem sie die immerhin wertvolle Urbassche Aufzeichnung veröffentlichte, verleiten lassen, ein Nachwort von Heinrich Kanner hinzuzufügen, das das Verdienst der Urbasschen

Publikation in das Gegenteil zu verkehren geeignet ist. Wenn Kanner über die Kriegsschuldfrage schreibt, so kann man immer nur zweifeln, ob seine Unwissenheit oder seine Verdrehungskunst grösser ist, und man darf von Widerlegungen absehen, da Leser von einigermassen gutem Willen die Verkehrtheiten leicht selber herausfinden können. Da nun aber einmal ein so angesehenes Organ wie die „N. Z. Z." diesmal auf ihn hereingefallen ist, so will ich wenigstens die unverschämteste Lüge aus dem Artikel hier festnageln. Kanner behauptet, ein Plan, Serbien ohne Kriegserklärung zu überfallen und das Land nach dem errungenen Siege unter seine Nachbarn, Österreich-Ungarn eingeschlossen, aufzuteilen, habe am 6. Juli die Zustimmung Bethmanns und Zimmermanns gefunden. Dass Graf Hoyos diese Ideen in Berlin, zwar nicht dem Reichskanzler, aber dem Unterstaatssekretär Zimmermann vorgetragen hat, ist richtig (die deutschen D. Bd. I Nr. 18). Völlig aus der Luft gegriffen aber ist, dass Zimmermann, oder gar auch Bethmann-Hollweg, solchen Plänen zugestimmt hätte. In seinem eigenen Buch „Kaiserliche Katastrophen-Politik" (S. 224) sagt Kanner auch bloss, dass die beiden deutschen Staatsmänner jene wilden Ideen ohne Widerspruch und ohne Warnung angehört hätten. Wie kommt er dazu, jetzt das „Ohne-Widerspruch-Anhören" in „Zustimmung" zu verwandeln? Das ist um so mehr ein Unterschied, als ja die deutsche Regierung die Wiener ihre Politik auf eigene Verantwortung machen lassen wollte, also sehr wohl sich zunächst auf blosses Zuhören, ohne Meinungsäusserung beschränken konnte. Es ist aber gar nicht wahr, dass die deutschen Staatsmänner die Ideen des Grafen Hoyos ohne Warnung mit angehört hätten. Am 4. Juli berichtete Szögyeny, dass Zimmermann grosse Vorsicht empfohlen und geraten habe, an Serbien keine demütigenden Forderungen zu stellen (Goos, Das Wiener Kabinett, S. 30), und am 6. Juli berichtete Szögyeny eben über die gemeinsame Unterredung von ihm und Hoyos mit Bethmann und Zimmermann, der Reichskanzler habe eindringlichst gewarnt vor irgendwelchen Plänen, durch welche unser Verhältnis zu Italien und der Bestand des Dreibundes gefährdet werden könnte (Österreichisches Rotbuch Bd. I S. 25). Was diese Warnung bezüglich Serbiens bedeutete, erfahren wir aus der Note Jagows an den deutschen Botschafter in Wien vom 15. Juli (Deutsche Dokumente Bd. I S. 71), wo ausgeführt wird, dass Italien durchaus serbenfreundlich gesinnt sei und jede territoriale Ausdehnung der österreichisch-ungarischen Monarchie und sogar jede Ausdehnung ihres Einflusses auf dem Balkan perhorresziere. Endlich haben die österreichischen Minister Berchtold und Tisza, als ihnen der Bericht von Hoyos über seine Unterredung mit Zimmermann vorgelegt wurde, dem deutschen Botschafter auf der Stelle erklärt (7. Juli), dass alles, was Graf Hoyos in dieser Besprechung gesagt habe, nur als dessen rein persönliche Auffassung anzusehen sei (Dt. D. Bd. I Nr. 18). Alle diese Dokumente sind längst bekannt und gedruckt. Was soll man zu einem Publizisten sagen, der angesichts solcher Urkunden öffentlich behauptet, der deutsche Reichskanzler und sein Unterstaatssekretär hätten den Ideen des Grafen Hoyos, die er für den Plan der österreichischen Regierung ausgibt, ihre Zustimmung erteilt? „Zustimmung erteilen" und „eindringlichst warnen" hat bisher noch immer für das Gegenteil gegolten. Es fehlt nur noch, dass die Möglichkeit eines Krieges mit Russland gleichgesetzt wird mit der Absicht eines Krieges gegen Russland. Aber auch das hat sich Herr Kanner geleistet.

Ich erwarte von der Loyalität der „N. Z. Z.“, dass sie die Behauptung Kanners, Bethmann und Zimmermann hätten am 6. Juli der Aufteilung Serbiens unter seine Nachbarn, Österreich-Ungarn eingeschlossen, zugestimmt, jetzt richtig stellen wird.

Ein serbischer Historiker über das Attentat von Serajewo.

Graf Max Montgelas.

Der serbische Universitätsprofessor Stanoje Stanojewitsch hat in einer Studie über die „Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand“ einen höchst beachtenswerten, wenn auch nicht vorbehaltlos hinzunehmenden Beitrag zur Vorgeschichte des Weltkrieges geliefert[1]).

In der Darstellung der früheren Beziehungen Serbiens zu Österreich und Russland kann man nicht allen Ausführungen zustimmen, so z. B. der Auffassung, dass die österreichischen Staatsmänner „das ganze 19. Jahrhundert hindurch bei jeder Gelegenheit und in jeder Richtung“ die Feinde Serbiens unterstützt hätten (S. 16). Es waren doch nicht serbenfeindliche Handlungen, wenn Österreich 1867 bei den Türken die Räumung der letzten serbischen Festungen durchsetzte, wenn es 1881 einen (bis 1891 währenden) Bündnisvertrag mit Serbien abschloss, wenn es 1885 das Land vor völliger Besetzung durch die siegreichen Bulgaren rettete. Recht ungenau ist ferner die Behauptung, dass „in der zweiten Hälfte und im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts eine Art Stillstand im nationalen Kampf des serbischen Volkes“ eingetreten sei (S. 18). Wurde doch 1862 die Volksmiliz organisiert und damit die wichtigste Organisation für ein selbständiges Staatswesen geschaffen; der Aufstand von 1875 in der Herzegowina leitete sodann die letzte Phase zur Erlangung voller Unabhängigkeit ein, die trotz des unglücklichen Krieges von 1876 nach der Teilnahme am russischen Feldzug (ab Dezember 1877) am 1. August 1878 proklamiert wurde. Hierauf erfolgte wieder eine beträchtliche Verstärkung der serbischen Wehrmacht und 1881 die Erhebung zum Königreich. Dem Leser wird auch vorenthalten, dass auf dem Berliner Kongress und lange Zeit nachher zwischen Wien und Petersburg Einigkeit darüber bestand, dass Serbien zur österreichischen Interessensphäre auf dem Balkan gehöre. So machte der russische Aussenminister von Giers 1884 in Skiernewitsche, „wenn vielleicht auch mit Schmerzen“, das Zugeständnis, es „liege in der Natur der Verhältnisse, dass dieses neue Königreich (Serbien) an Österreich seine Hauptanlehnung suchte und fände“, und fügte die Erklärung bei, dass die Familie Karageorgewitsch „niemals auf die Unterstützung der russischen Regierung rechnen könne“ [2]).

In dem Abschnitt über die Annexion von Bosnien und der Herzegowina ist nicht erwähnt, dass Russland in fünf Verträgen seit 1876 der Monarchie das Recht zur Annexion zuerkannt hatte. Wenn man auch wegen der Nichterneuerung des letzten, im Jahre 1887 ablaufenden Vertrags und wegen der zehn Jahre später (1897) über diese Frage auf-

[1]) Deutsche Übersetzung mit Geleitwort von Hermann Wendel; Frankfurter Societätsdruckerei.

[2]) „Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette“ III. Nr. 646 S. 371.

tretenden Meinungsverschiedenheiten alle früheren Verträge als gegenstandslos betrachtet, so durfte doch nicht übergangen werden, dass Iswolsky bei den Besprechungen mit Ährenthal in Buchlau im September 1908 sich mit dem österreichischen Plane gegen Unterstützung der russischen Aspirationen in der Meerengenfrage einverstanden erklärt hatte und erst umgestimmt wurde, als das Londoner Kabinett die Erfüllung der russischen Wünsche verweigerte. Ja selbst der serbische Aussenminister Milowanowitsch hatte die Annexion der beiden Provinzen als für Serbien annehmbar bezeichnet, falls Österreich, wie das zugesichert worden war und auch ausgeführt wurde, das Sandschak Nowibasar räume [1]).

Sehr wichtig ist die Feststellung Stanojewitschs, dass der zuerst geplante Balkanbund, der auch die Türkei umfassen sollte, als „eine Waffe gegen Österreich" gedacht war, und dass bei Umwandlung dieses Projekts in ein Bündnis der Balkanstaaten gegen die Türkei (Frühjahr 1912) die serbischen Staatsmänner jene Bestimmungen des Vertrags als die „hauptsächlichsten und für sie nützlichsten" ansahen, nach denen Serbien im Falle eines österreichisch-serbischen Krieges Hilfe von Bulgarien zu erwarten hatte (S. 26). Wenn der Verfasser jedoch versichert, dass es sich dabei nur um Abwehr gegen österreichische Angriffe gehandelt habe, und dass Serbien nach den schweren Kriegen gegen die Türkei und gegen die Bulgaren nur einen möglichst langen und möglichst tiefen Frieden gewünscht habe (S. 31), so darf demgegenüber auf das Urteil Poincarés (August 1912) verwiesen werden, dass der serbisch-bulgarische Vertrag „im Keime nicht nur einen Krieg gegen die Türkei, sondern einen Krieg gegen Österreich enthalte", sowie auf die Äusserung Paschitschs nach Unterzeichnung des Bukarester Friedens (August 1913), die erste Manche sei gewonnen, jetzt müsse „die zweite Manche gegen Österreich vorbereitet werden" [2]).

Sehr gerecht urteilt Stanojewitsch über die Haltung Deutschlands während der Balkankriege. Er betont nicht nur die Friedensliebe der Berliner Politik und deren Wohlwollen für Serbien, sondern auch das Geschick, mit dem sie „zwischen den gegensätzlichen Interessen ihrer Freunde und Verbündeten zu lavieren vermochte" (S. 39). Richtig vermutet er, unbeirrt durch die Ausstreuungen der französischen Propaganda, dass Deutschland im Sommer 1913 dem Plane des Grafen Berchtold zu einem Angriff auf Serbien ebensowenig zugestimmt habe wie Italien (S. 41). Ein bedauerliches Zeichen dafür, wie schwer deutsche Aufklärungen über die Grenze dringen, ist es jedoch, wenn ein serbischer Historiker in diesem, für sein eigenes Land so wichtigen Punkte auf Vermutungen angewiesen ist und die seit drei Jahren von deutscher und österreichischer Seite über den Vorfall veröffentlichten und erschöpfenden Aufschluss gewährenden Akten nicht kennt. Massvoll ist auch das Urteil des Verfassers über das österreichische Ultimatum, wobei er die „tragische Lage" Österreich-Ungarns richtiger würdigt als die meisten anderen Schriftsteller der Entente. „Die Monarchie befand sich offenbar in dem Stadium, das dem Verfall vorausging. Die Strömung, die das hervorrief und forderte, niederzuschlagen oder zu vernichten, war unmöglich; zuzulassen, dass sie sich betätigte und auswirkte, wie sie begonnen hatte, hiess den gewissen Zusammenbruch erwarten, und zwar nicht in ferner

---

[1]) Boghitschewitsch „Kriegsursachen" S. 152.

[2]) Poincaré siehe französisches Balkangelbbuch 1912—1914 I. Nr. 57 S. 38; Paschitsch siehe Boghitschewitsch loc. cit. S. 65 Anm.

Zukunft. Es blieb ein einziges Mittel, die Gefahr abzuwenden: die Vernichtung Serbiens als des Anziehungspunktes für die Serben und Kroaten in der Monarchie" (S. 60). Dazu ist nur zu bemerken, dass eine „Vernichtung" Serbiens in Wien nicht geplant war.

Viele richtige Ausführungen über die ungeschickten polizeilichen und wirtschaftlichen Massnahmen der Wiener und Budapester Politiker können als hinreichend bekannt übergangen werden. Grössere Aufmerksamkeit erheischt der weitaus wichtigste Abschnitt der Studie, der die unmittelbare Vorgeschichte des Attentats behandelt (S. 43 ff.). Durch die Feststellungen Stanojewitschs, für die ihm die volle Verantwortung überlassen bleiben muss, werden die seinerzeit vom Wiener Kabinett wegen der geheimen serbischen Organisationen erhobenen Vorwürfe zwar insoweit entkräftet, als sie die „Narodna Odbrana" betreffen, jedoch in vollem Umfang bestätigt hinsichtlich einer anderen Organisation, der unter dem Namen „Schwarze Hand" bekannten Gesellschaft „Einigung oder Tod". Dieser Verein habe sich von Anfang an in anderer Richtung bewegt als die „Narodna Odbrana". „Vor allem war er eine geheime Organisation und in rein revolutionärer Absicht gegründet." Das grosse Wort in ihr führte der serbische Generalstabsoffizier Dragutin Dimitrijewitsch. Er war einer der Hauptorganisatoren der Verschwörung gegen den so unmenschlich abgeschlachteten König Alexander gewesen; er hatte 1911 jemanden zur Ermordung des österreichischen Kaisers oder Thronfolgers entsendet; er verabredete im Februar 1914, nachdem er inzwischen zum Oberst und Chef der Nachrichtenabteilung des serbischen Generalstabs aufgerückt war, die Ermordung des Königs Ferdinand von Bulgarien; wenige Monate später organisierte er das Attentat auf den österreichischen Thronerben; 1916 schickte er von Korfu jemanden zur Ermordung König Konstantins von Griechenland; in demselben Jahre versuchte er anscheinend mit den Kriegsgegnern Serbiens in Verbindung zu treten und bereitete ein Attentat gegen den serbischen Kronprinzen Alexander vor, weshalb er zum Tode verurteilt und erschossen wurde. Sein Hauptfelfer bei der Vorbereitung des Attentats von Serajewo war der von den österreichischen Behörden richtig als Anstifter bezeichnete Hauptmann Tankositsch, der schon an der Verschwörung gegen König Alexander teilgenommen und die Erschiessung der beiden Brüder der Königin angeordnet hatte.

Als Oberst Dimitrijewitsch 1914 erfuhr, dass in Bosnien österreichische Manöver abgehalten werden sollten, zu denen sich der Erzherzog nach Serajewo begeben werde, gewann er die Überzeugung, dass die Monarchie einen Überfall auf Serbien plane, und kam, „wie er selbst 1915 erzählt hat", zu dem Schlusse, dass dieser Überfall nur durch die Tötung des Thronfolgers vermieden werden könne. Zwei junge Leute aus Bosnien, die im Auftrage einer Jugendgruppe von Tankositsch Ratschläge und Weisungen für die Ermordung Franz Ferdinands erbaten, wurden nun zehn Tage lang in der Handhabung von Waffen unterwiesen und dann über die Grenze geschmuggelt. Am 15. Juni machte Dimitrijewitsch in einer Sitzung des Hauptausschusses der „Schwarzen Hand" Mitteilung von der Entsendung der Mörder. Da fast alle Mitglieder des Ausschusses gegen den Plan waren, erklärte sich der Oberst schliesslich bereit, auf die Ausführung zu verzichten. „Es scheint, dass er einen solchen Versuch machte, aber entweder war es zu spät, oder die Attentäter wollten ihm nicht gehorchen."

Soweit ist die Darstellung Stanojewitschs glaubwürdig. Unmöglich aber ist seine Angabe, Dimitrijewitsch sei zu dem Mordplane ausser durch die österreichischen Manöver auch durch vertrauliche Mitteilungen des russischen Generalstabs veranlasst worden, Kaiser Wilhelm habe in Konopischt der Absicht des Erzherzogs zugestimmt, Serbien zu überfallen und niederzuwerfen. Die geistige Blockade, die Deutschland umgibt, macht es erklärlich, dass der Verfasser die amtlichen Berichte über die Unterredungen von Konopischt, wo mit keiner Silbe von einem Kriege gegen Serbien gesprochen wurde, noch immer nicht kennt. Er sollte aber doch wissen, dass die Begegnung von Konopischt am 12. und 13. Juni stattgefunden hat. In den zwei Tagen vom 13. bis 15. Juni, dem Tage der Sitzung der „Schwarzen Hand", sollen die russischen Spione die Unterredungen in dem böhmischen Dorfe erfahren, nach Petersburg gemeldet und von dort nach Belgrad weitergegeben haben; ferner sollen noch binnen dieser zwei Tage die Pläne entworfen, die Mörder gedungen und „zehn Tage lang" im Waffengebrauch unterwiesen worden sein. Zudem ist ja, wie auch Professor Barbagallo in der „Sera" vom 1. Juli d. J. hervorhebt, aus den Akten des Serajewoer Prozesses bekannt, dass die Attentäter schon im April und Mai mit Tankositsch in Verbindung getreten sind und Ende Mai, also zwei Wochen vor der Zusammenkunft von Konopischt, von Serbien her die bosnische Grenze überschritten haben.

Die mehrfachen Lücken in den Abschnitten über die entferntere Vorgeschichte und die unmögliche Verknüpfung der Sitzung des 15. Juni mit Konopischt sind geeignet, Zweifel an der Zuverlässigkeit der Forschungen wachzurufen, auf denen die Studie beruht. Wenn jedoch der Chef der Nachrichtenabteilung des serbischen Generalstabs nicht durch einwandfreie Beweise entlastet wird, wenn er wirklich ein Ungeheuer war, das den Mord von fünf Staatsoberhäuptern oder Nachfolgern von solchen geplant und zwei dieser Bluttaten zur Ausführung gebracht hat, so würde auf ihn ein voll gerüttelt Mass der Schuld für die Tragödie fallen, unter der die Menschheit seit neun Jahren leidet.

Eine Frage an Professor Stanojewitsch.

In der Schrift des Professors Stanojewitsch „Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand" heisst es auf Seite 61:

> „Der serbische Gesandte in Wien hatte einige Tage vor dem Attentat offiziell die österreichisch-ungarische Regierung verständigt, die serbische Regierung habe Angaben darüber, dass sich in Sarajewo etwas gegen den Thronfolger vorbereite. Das amtliche Serbien konnte daher nicht der Schuld an der Ermordung geziehen werden."

Auf eine diesbezügliche Anfrage an das Auswärtige Amt in Wien ging nachstehende Antwort ein:

Auswärtige Angelegenheiten. Wien, am 16. August 1923.

Zur Vorgeschichte des Attentates von Sarajewo.

An die
Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen,
Berlin, Luisenstr. 31 a.

Mit Beziehung auf das sehr geschätzte Schreiben vom 30. v. M., Tgb. Nr. A 144/23, beehrt sich das Bundeskanzleramt, Auswärtige An-

gelegenheiten, mitzuteilen, dass in den Akten des vormaligen k. und k. Ministeriums des Aeussern kein Schriftstück festgestellt werden konnte, demzufolge der serbische Gesandte in Wien einige Tage vor dem Attentate von Sarajewo offiziell die k. und k. Regierung verständigt hätte, die serbische Regierung habe Angaben darüber, dass sich in Sarajewo etwas gegen den Erzherzog-Thronfolger vorbereite.

Für den Bundesminister:
gez. Unterschrift.

Wir richten an Herrn Professor Stanojewitsch die Bitte, der „Kriegsschuldfrage" mitzuteilen, worauf sich seine Angaben stützen.

Die Schriftleitung.

Asquith und der Ausbruch des Weltkrieges.

August Bach.

Die Völker haben sich während des Weltkrieges einer verlogenen Propaganda allzu bereitwillig unterworfen — nun finden sie so schwer den Weg zur Wahrheit zurück. Und auch die ehemaligen Führer der Nationen, die leitenden Staatsmänner und die Diplomaten des Weltkrieges sind heute noch durch tausend Rücksichten gebunden, und das, was sie uns in ihren Büchern über den Kriegsausbruch erzählen, ist zumeist nicht viel mehr als eine Wiederholung ihrer alten Kriegsreden.

Gewiss gibt es auch hier Unterschiede. Ein so inhalt- und geistloses Machwerk wie Vivianis „Réponse au Kaiser" steht doch ziemlich vereinzelt da. In den letzten Monaten sind nun in England die Memoiren dreier hervorragender politischer Persönlichkeiten erschienen: Winston Churchill: „The World Crisis" Sir George Buchanan „My Mission to Russia and other Diplomatic Memories"; und gegenwärtig bringen die „Sunday-Times" (London) und die „Saturday Evening Post" (New York) die Aufzeichnungen des ehemaligen britischen Premierministers Herbert H. Asquith: „The Genesis of the War."

Ein Gesamturteil über die Darstellung, die Asquith gibt, wird erst möglich sein, wenn das Buch selber vorliegt. Aber die vollständig erschienenen Kapitel über den Ausbruch des Weltkrieges erfordern bereits jetzt einige Bemerkungen. Man wird nicht erwarten, dass Asquith durch Veröffentlichung neuer offizieller Dokumente den spärlichen Inhalt des englischen Blaubuches über den Ausbruch des Krieges erweitert und ergänzt. Die Versuche, die von Churchill in seinem Buche in dieser Hinsicht gemacht worden sind, haben in England in Presse und Parlament eine starke Erregung hervorgerufen. Aber man hätte wohl annehmen dürfen, dass Asquith auch seinerseits mit den Methoden der Kriegspropaganda brechen und nicht wiederum versuchen werde, alle Legenden, die von der Kriegsschuldforschung endgültig als solche erwiesen worden sind, als historische Tatsachen hinzustellen.

Wenn man die Darstellung, die Asquith der Tragödie der dreizehn Tage widmet, gelesen hat, so bedauert man aufs neue, dass „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch" noch immer keine englische Übersetzung gefunden haben. So kommt es, dass man in England in den meisten Fällen nur die Dokumentenauszüge verwertet, die Kautsky, in tendenziöser Auswahl, in sein bekanntes Buch: „Wie der Weltkrieg entstand" aufgenommen hat. Auch Asquith stützt seine gesamten Ausführungen über Deutschlands

Haltung während der Julikrise 1914 scheinbar ausschliesslich auf Kautsky. Und selbst an den Stellen, an denen er die Erinnerungen Bethmann-Hollwegs wörtlich zitiert, stellt er der Auffassung des Kanzlers die Ansicht Kautskys gegenüber. Von übrigen Werken über den Kriegsausbruch nennt Asquith mehrfach die Vorträge Poincarés und die Erinnerungen von Czernin.

Asquith teilt seine Darstellung der Julikrise in folgende Kapitel: I. Vor dem Ultimatum; II. Das Ultimatum; III. Deutschlands Kenntnis des Ultimatums; zwischen dem dritten und vierten Kapitel fügt er eine chronologische Tabelle über die Ereignisse vom 28. Juni bis 4. August 1914 ein: IV. Sir Edward Greys Friedensbemühungen.

Im ersten Kapitel behandelt Asquith die Haltung der deutschen Regierung bis zum 23. Juli. Er macht dabei nicht den geringsten Versuch, irgendeine Erklärung, irgendeine historische Begründung für das deutsche Verhalten zu geben. Er wiederholt längst widerlegte Behauptungen. Tschirschky, der deutsche Botschafter in Wien, habe zum Kriege getrieben. Ausführlich wird dazu Czernin zitiert, der allerdings das gleiche behauptet. Aber Czernin war 1914 Gesandter in Bukarest und kann über die Haltung Tschirschkys nur von dritter Seite unterrichtet worden sein. Seiner Erklärung stehen die Aussagen von Persönlichkeiten gegenüber (Graf Berchtold, Graf Tisza, Botschaftsrat Prinz zu Stolberg, von Stumm, Dirigent der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin, und Dr. Hugo Ganz von der „Frankfurter Zeitung“), die während der Julikrise 1914 in täglicher mündlicher und schriftlicher Berührung mit dem deutschen Botschafter standen. (Vergl. Heft I des ersten Unterausschusses des parlamentarischen Untersuchungsausschusses S. 50 f. 55 bis 58.)

Den Potsdamer Besprechungen vom 5. und 6. Juli 1914 wird von Asquith eine überragende Bedeutung beigemessen, die ihnen nach dem tatsächlichen Hergang nicht zukommt. Auf Grund der bekannten Aufzeichnungen des Freiherrn von dem Bussche vom 30. August 1917 (Deutsche Dokumente IV, Anhang VIII) versucht Asquith die Legende aufrechtzuerhalten, dass am 6. Juli deutscherseits vorbereitende Massnahmen für einen Krieg getroffen worden seien. Aber er unterdrückt die ausführlichen Widerlegungen, die von allen beteiligten Persönlichkeiten gegeben worden sind. (Deutsche Dokumente I, S. XIV ff.)

Zur Entlastung der serbischen Regierung verwertet Asquith, wie auch viele andere vor ihm es getan haben, den Bericht, den der österreichische Sektionsrat von Wiesner am 13. Juli über die Untersuchung des Attentats von Serajewo seiner Regierung eingereicht hatte. (Rotbuch 1919 I, Nr. 17.) Selbstverständlich zitiert Asquith von diesem Bericht nur den ersten Satz, der eine Mitwisserschaft der serbischen Regierung als unwahrscheinlich bezeichnet, aber er unterlässt jeden Hinweis auf den weiteren Inhalt des umfangreichen Schriftstückes, in dem u. a. festgestellt wurde, dass das Attentat in Belgrad beschlossen und unter Mitwirkung serbischer Staatsbeamter vorbereitet wurde, und dass ferner einwandfrei erwiesen sei, dass die Bomben aus einem serbischen Armeemagazin stammten.

Längere Ausführungen widmet Asquith der Tatsache, dass die deutsche Regierung das Ultimatum an Serbien vor allen anderen Regierungen gekannt habe. Dies ist an sich richtig. Staatssekretär von Jagow erhielt den Text der Note am 22. Juli, abends gegen 7 Uhr. Aber wenn Asquith behauptet, es sei um diese Zeit noch möglich gewesen, das Ultimatum in Form und Inhalt zu mildern, so muss dem widersprochen werden. Das österreichische Kabinett würde sich schwerlich zu einer Abänderung verstanden haben.

Dass Asquith entweder nur eine sehr mangelhafte Vorstellung von den Ereignissen der Julikrise 1914 hat, oder aber wider besseres Wissen die Tatsachen zu verschleiern sucht, ergibt sich aus der von ihm aufgestellten chronologischen Tabelle der Ereignisse vom 28. Juni bis 4. August. Die äusserst wichtigen politischen und militärischen Vorgänge in Frankreich werden völlig verschwiegen, die russische allgemeine Mobilmachung wird auf den 31. Juli gelegt, obwohl heute von keiner Seite, auch von französischer Seite nicht mehr bestritten wird, dass die russische allgemeine Mobilmachung am 30. Juli nachmittags vom Zaren beschlossen wurde. Wir empfehlen Asquith, einmal das englische offiziöse Werk über den Kriegsausbruch von C. Oman, London 1919, „Published by his Majestys Stationery Office", nachzulesen. Er wird dort auf S. 79 folgende Angabe finden, die Oman bereits im Jahre 1919 für die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung gibt: „At 4 o'clock on the afternoon of the 30 th."

Die Aufrichtigkeit der Friedensbemühungen Sir Edward Greys wird von deutscher Seite in keiner Weise angezweifelt. Es ist richtig, dass Grey den deutschen Botschafter gewarnt hat, nicht auf die Neutralität Englands zu hoffen; es trifft zu, dass Grey bis zum 2. August dem französischen Botschafter keine bestimmte Zusicherung für eine Teilnahme Englands im Falle eines deutsch-französischen Krieges gegeben hat. Aber Deutschland kann verlangen, dass eine gleiche Anerkennung auch den Friedensbemühungen Bethmann-Hollwegs gezollt wird, der vom 28. bis 31. Juli unablässig mit schärfstem Druck auf Wien bemüht war, den österreichisch-russischen Zusammenstoss und damit das Inkrafttreten des Bündnisfalles für Deutschland einerseits und Frankreich andererseits zu vermeiden. Asquith, der als Premierminister über die Politik Bethmann-Hollwegs orientiert sein musste, gibt in seinen Erinnerungen eine Darstellung der deutschen Vermittlungstätigkeit, die nicht im geringsten den Tatsachen entspricht. Er steht heute noch auf dem Standpunkt der Kriegspropaganda, die willkürlich einzelne Momente der Julikrise herausgreift und zusammenhanglos, durchaus einseitig kommentiert.

Um das angebliche Doppelspiel der deutschen Diplomatie zu kennzeichnen, wird von Asquith das berüchtigte Telegramm des österreichischen Botschafters in Berlin vom 27. Juli (Rotbuch 1919 II. Nr. 68) angeführt, in dem dieser seiner Regierung meldet, dass man in Berlin entschieden gegen eine Berücksichtigung englischer Vermittlungsvorschläge sei und diese nur zum Schein nach Wien weitergeben werde. Asquith spricht hier wider besseres Wissen, und seine Ausführungen gewinnen dadurch nicht an Wert, dass er sie auf Kautsky und auf die Denkschrift des Fürsten Lichnowsky stützt. Asquith ist heute noch überzeugt, dass die russische allgemeine Mobilmachung die notwendige Antwort auf die österreichische allgemeine Mobilmachung gewesen sei. Er sucht förmlich nach Anklagepunkten und findet sie in dem nicht beantworteten Vorschlag des Zaren, den österreichisch-serbischen Konflikt dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, und in dem Telegramm an den deutschen Botschafter in Paris, in dem für den Fall einer französischen Neutralität die Besetzung der Festungen Toul und Verdun gefordert wurde. Asquith muss wissen, dass zu der Zeit, in der Nikolaus II. den Schiedsgerichtsvorschlag machte, der Ukas zur Anordnung der allgemeinen Mobilmachung bereits von ihm unterzeichnet war. Aber abgesehen von dieser Tatsache, die in Berlin am 29. Juli nicht bekannt war, lagen neben der offiziellen Ankündigung der russischen Teilmobilmachung gegen Österreich in Berlin zahlreiche Meldungen über Deutschland

unmittelbar bedrohende russische militärische Vorbereitungen vor, so dass eine Annahme des Zarenvorschlages nicht mehr in Frage kommen konnte. Wenn Asquith sich die Mühe machen will, den II. Band des „Livre noir" nachzulesen, so wird er aus einem Handschreiben des Zaren an Sasonow vom 27. Juli (S. 283) erkennen, dass der Schiedsgerichtsvorschlag des Zaren von Sasonow selber in keiner Weise beachtet worden ist. Asquith weiss natürlich genau, dass die Instruktion an den deutschen Botschafter in Paris auf eventuelle Auslieferung der Festungen Toul und Verdun der französischen Regierung nicht zugestellt worden ist, und dass diese Instruktion deshalb für die Verhandlungen vor Kriegsausbruch keine Rolle spielt, dennoch widmet er ihr einen ausführlichen Kommentar, der nicht frei von Gehässigkeit ist.

Die Memoiren Churchills liessen hoffen, dass auch in den führenden Kreisen Englands allmählich die Überzeugung der geteilten Verantwortlichkeit Platz greifen werde. Asquith hat durch seine Darstellung der Julikrise und des Kriegsausbruches nicht mit dazu beigetragen, die politische Annäherung der ehemaligen Gegner zu erleichtern und die Methoden der Kriegspropaganda endlich aus dem politischen Leben zu verbannen.

Monatsbericht.

Pressesdhau.

Der Stand der Kriegsschuldfrage. Von Graf Max Montgelas. — „Kreuz-Zeitung", 10. Sept. 1923. Nr. 418.

Bei dem Stand der Kriegsschuldfrage unterscheidet Graf Montgelas zwischen dem, was als Erkenntnis vorurteilsfreier Sachverständiger gilt, und dem, was die öffentliche Meinung in den verschiedenen Ländern für wahr hält. Während in Frankreich und in den Vereinigten Staaten die öffentliche Meinung trotz unermüdlicher Aufklärungsarbeit einzelner Personen noch durchweg von dem Glauben an die Alleinschuld Deutschlands beherrscht wird, vollzieht sich in England und, wenn auch in geringem Masse, in Italien ein Umschwung zugunsten Deutschlands. Graf Montgelas gibt in gedrängter Zusammenfassung eine Widerlegung der hauptsächlichsten wider Deutschland erhobenen Anschuldigungen, die von der angeblichen Sabotage der beiden Haager Friedenskonferenzen über die grosse deutsche Wehrvorlage von 1913 bis zur Ablehnung „aller" englischen Vermittlungsvorschläge und bis zur absichtlich falschen Bewertung der russischen allgemeinen Mobilmachung durch die deutschen Militärs und Politiker reichen.

Die Schuld. Von Prof. v. Schulze-Gävernitz. — „Frankfurter Zeitung", 9. Sept. 1923. Nr. 668.

Prof. v. Schulze-Gävernitz führt aus: Er sei zu der Überzeugung gelangt, dass Sasonow-Poincaré und Iswolski-Delcassé die Hauptschuldigen des Weltkrieges seien. Während Deutschland durch grosse Worte die Welt erschreckt habe, hätten England, Frankreich und Russland zielbewusst und energisch an der Verstärkung ihrer Rüstungen gearbeitet. Wenn Deutschland und Österreich für den serbischen Konflikt verantwortlich seien, so trügen Frankreich und Russland die Schuld für die Erweiterung des lokalen Krieges zum Weltkrieg. „Deutschland", sagt der Verfasser, „ging mit Kanonenstiefeln und in schimmernder Theaterwehr in die Falle, die ihm gestellt war."

Grundsätzliches über die Schuldfrage. Einheitsfront. — Die moralische Stärke der Nationen. Von Hermann Lutz. — „Münchener Neueste Nachrichten", 2. September 1923. Nr. 237.

Lutz zeigt an Hand einiger besonders markanter Beispiele, welche Bedeutung die Kriegsschuldfrage für die deutsche Aussenpolitik hat. Er bedauert die Passivität

der deutschen Regierung in der Behandlung der Schuldfrage, die durch starke innen- und aussenpolitische Bedenken hervorgerufen werde. Lutz hält eine deutsche Einheitsfront im Kampf gegen die Schuldanklage für möglich, wenn die deutsche Abwehr die Thesen des Entente-Ultimatums vom 16. Juni 1919 zugrunde lege.

Neutrale Kriegsschuldforschung. Von Univ.-Prof. Dr. Häpke-Marburg. — „Deutsche Allgemeine Zeitung", 31. August 1923. Nr. 401.

Häpke widmet dem Bulletin 4/5 der Neutralen Untersuchungskommission eine ausführliche Besprechung. Es sei durchaus verständlich, dass die Kommission bisher noch nicht mit eigenen Arbeiten hervorgetreten sei. Würde sie „Journalistenarbeit" leisten, so wäre ihr Einfluss bald zunichte.

Eine schweizerische Kundgebung gegen den Versailler Vertrag. — „Zürcher Post", 7. September 1923.

Zahlreiche Schweizer Akademiker, Parlamentsmitglieder und höhere Offiziere haben einen Aufruf unterzeichnet, in dem es u. a. heisst:

„Wir halten den Versailler Vertrag für ein Dokument, das unwahr ist und auf der unwahren Behauptung aufgebaut ist, dass Deutschland allein schuld am Kriege sei. Wenn selbst alle Lasten, die Deutschland auferlegt worden sind, gerecht wären, könnten wir nicht ohne Entrüstung darüber sein, wie der Gegner seine Macht geltend macht."

World War Forces at Work, warns savant. Germany Looks to England as Ally. Says Dr. Hayes. By George P. West. — „San Francisco Post and Call", 4. August 1923.

Ein Bericht über Vorlesungen des Historikers Prof. Dr. Hayes, die er im letzten Sommersemester an der Universität in California über den Verlauf und die Ursachen des Weltkrieges gehalten hat, und in denen er von den Ansichten der offiziellen Propaganda weit abwich. Er sieht in dem deutschen Kaiser und seinen Helfern, ja selbst in den politischen Führern Russlands und Frankreichs mehr Werkzeuge, während die eigentlichen, den Krieg verursachenden Dinge der Nationalismus, der wirtschaftliche Imperialismus, das Wettrüsten, die populäre Wissenschaft von der natürlichen Auslese der Besten und die Geheimdiplomatie sind. Selbst wenn man einen mittelalterlichen Militarismus Deutschlands zugibt, so ist trotzdem nicht sicher, dass Deutschland der am meisten Schuldige war. Hierzu muss man erst die Geheimverhandlungen Russlands und Frankreichs aus den letzten zehn Vorkriegsjahren kennen. Es liegt Grund vor, zu glauben, dass Russland und Frankreich überlegt einen Krieg vorbereitet haben.

Aus Zeitschriften.

Poincaré 1902. — Europäische Gespräche, August 1923. Nr. III.

Ein bisher unbekanntes Dokument, das noch im Rahmen der deutschen Aktenpublikation erscheinen wird. Es handelt sich um einen Bericht des deutschen Botschafters in Paris an den Reichskanzler Grafen von Bülow vom 22. März 1902, der biographische Angaben und eine interessante Charakteristik Poincarés, des „kommenden Mannes" jener Tage, gibt.

Bismarcks Stellung zum Präventivkrieg. Von Heinz von Trützschler. — Europäische Gespräche, August 1923. Nr. III.

Der Verfasser zeigt an Hand der Bismarck-Akten, dass sich der Kanzler wohl wiederholt gegenüber Frankreich der Drohung mit dem Präventivkrieg als politisches Druckmittel bedient hat, dass aber Bismarck in wirklich entscheidenden Augenblicken — so 1875 und 1887 — den Präventivkrieg verworfen hat.

Faschoda, ein Exempel für 1923. Von Asecretis. — Europäische Gespräche, August 1923. Nr. III.

Nach der Ansicht des scheinbar gut unterrichteten Verfassers hat sich „im Faschodakonflikt die spätere Entente in voller Wirksamkeit gezeigt". — „Un-

mittelbar aus Faschoda ergab sich das schiedlich-friedliche Verhältnis von England und Frankreich in Afrika." Im Laufe der Ausführungen fällt auch manch interessantes Streiflicht auf das diplomatische Wechselspiel späterer Jahre.

A. L. Kennedy: Old Diplomacy and New 1876—1922. Von A. M. B. — Europäische Gespräche, August 1923. Nr. III.

Eine eingehende kritische Besprechung des trotz der Parteigebundenheit des Verfassers (Neuimperialist) für die Kriegsschuldfrage recht bedeutungsvollen Buches, „eines der wichtigsten Dokumente zur diplomatischen Geschichte unserer Zeit". Beachtenswert sind vor allem die Ausführungen Kennedys über den grossen Einfluss der englischen Politik auf die französische.

Streiflichter. Von Michael Singer. — „The New Times", Chicago, 1. Sept. 1923. Jahrg. V, Nr. 35.

Verfasser gibt u. a. auch eine Besprechung der Monatsschrift „Die Kriegsschuldfrage" und des „Leitfadens zur Kriegsschuldfrage" von Graf Max Montgelas.

The Story of the Black Hand, New Light on the Serajevo Murders. By M. E. Durham. — „Foreign Affairs", September 1923.

Eine Besprechung des in „Kriegsschuldfrage" Nr. 3, S. 71, erwähnten Buches von Stanojević über die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand. Die Verfasserin gibt in der Hauptsache eine zusammengefasste, von einzelnen kritischen, hin und wieder ironischen Bemerkungen unterbrochene Inhaltsangabe. Sie drückt ihren starken Zweifel daran aus, dass die serbische Regierung bei einer Beteiligung so vieler einflussreicher Persönlichkeiten an dem Plan der Ermordung keinen Schuldigen hätte finden können, und sieht schon in der Antwort des serbischen Ministers an Österreich vom 30. Juni eine Bestätigung des schlechten Willens der serbischen Regierung. Ihrer Ansicht nach wird die Enthüllung der völligen Wahrheit erst dann möglich sein, wenn einmal die Korrespondenz des russischen Ministers Hartwig mit seiner Regierung gefunden und veröffentlicht sein wird, dessen verhängnisvolle Tätigkeit zugunsten der „Schwarzen Hand" selbst Stanojević an einer Stelle andeute (S. 54).

„Murder will out" from a letter by M. Edith Durham. — „Issues of To-day", 1. Sept. 1923.

Abdruck eines Briefes der Miss Edith Durham. Ebenfalls eine Besprechung des Buches von Stanojević, das sie für eine beachtenswerte Beihilfe zur Erforschung der Wahrheit über die Ermordung des Erzherzogs hält. Sie ist auf Grund ihrer persönlichen Erlebnisse immer der Meinung gewesen, dass serbische Offiziere an dem Plan beteiligt waren. Das Buch bestätigt ihre Annahme. Auch hier betont sie nachdrücklich, wie wenig sie daran glaube, dass der serbischen Regierung nichts zu Ohren gekommen sei. Der Schlüssel zu allem müsse ohne Zweifel in der Korrespondenz Hartwigs mit dem russischen Auswärtigen Amt zu finden sein. Russland sei aller Wahrscheinlichkeit nach weitgehend schuldig. Englands Teilnahme am Kriege an der Seite der Mörder habe ihren Abscheu erregt. Es hätte Österreichs berechtigten Wunsch nach Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen unterstützen müssen. Seine Bindung an Frankreich und Russland habe es unglücklicherweise daran verhindert und mit hineingezogen.

Bücherschau.

Voranzeigen.

In London wird in Kürze erscheinen:

Asquith, Herbert H.: The Genesis of the War.

Bei F. Köhler in Leipzig wird demnächst in deutscher Übersetzung herauskommen:

Churchill, Winston: The World Crisis. (Siehe „Die Kriegsschuldfrage". Heft 1, S. 20.)

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 48.

Das Problem der Entstehung des Weltkrieges.

Professor Corrado Barbagallo (Mailand).

Im September-Heft der „Kriegsschuldfrage“ beschäftigt sich Graf Max Montgelas in sehr höflicher und wohlwollender Weise mit einer Studie von mir über das obenstehende Problem. Er wünscht meiner Schrift „die weiteste Verbreitung in- und ausserhalb Italiens, besonders auch in Deutschland“, macht aber zu mehreren Punkten Vorbehalte und Bemerkungen. Da ich mit grosser Gewissenhaftigkeit und ausschliesslich geleitet von der Liebe zur Wahrheit geschrieben habe, und weil es ein intellektuelles Vergnügen ist, mit einem so aufrichtigen und kompetenten Kritiker wie Montgelas zu diskutieren, gestatte ich mir auf seine Bemerkungen einzugehen mit dem Vorsatz, sie als richtig anzuerkennen, wo es nötig ist, und meine Ansicht weiter zu bekräftigen, wo ich das für geboten erachte.

Die allgemeine Richtung der deutschen Politik.

In meiner Studie hatte ich hervorgehoben, dass zwischen den Persönlichkeiten, die im Juli 1914 die deutsche Politik leiteten (Kaiser, Kanzler, Staatssekretär), erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestanden. Montgelas erwidert, dass solche Verschiedenheiten sich bei allen Regierungen finden, und dass sie jedenfalls in Deutschland keine Folgen hatten. Die sich stets durchsetzende Ansicht sei die des Kanzlers gewesen, und die impulsiven Randbemerkungen des Kaisers hätten keinerlei Einfluss auf den Gang der Ereignisse geübt (S. 41—42).

Vom theoretischen Standpunkt erwidere ich zunächst als Geschichtsforscher, dass es ein gefährlicher Irrtum ist, zu glauben, die einzelnen Regierungshandlungen würden von einer abstrakten Mittellinie der Ansichten eingegeben. Es sind im Gegenteil jedesmal die Männer, die einzelnen Männer, die von Fall zu Fall entscheiden und handeln. Sie sind es, deren Leidenschaften auf ihre Handlungen abfärben (sono essi a colorire delle loro passioni i loro atti), und deshalb muss man diese Leidenschaften (passioni) zu ergründen und zu verstehen suchen. Was sodann den besonderen Fall Deutschlands im Juli 1914 betrifft, so ist diese Erwägung von ausschlaggebender Bedeutung, weil viele Übelstände sich aus der Tatsache ergaben, dass Deutschland einer beständigen, übereinstimmenden und einheitlichen Führung ermangelte. Alle Fäden der Ereignisse wurden in der Zeit vom 5. zum 23. Juli geflochten. Aber während dieser Tage ist der Kanzler, nachdem er allerdings zuvor seine Auffassung dargelegt hatte, abwesend; abwesend ist auch der Kaiser, und das Steuer der Politik wird geführt vom Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn von Jagow, der für sich eine abweichende Idee verfolgt und sich bemüht, bald den Gedanken des Kanzlers zu interpretieren.

bald den des Kaisers, den er täglich aus den bekannten „Randbemerkungen“ zu den diplomatischen Aktenstücken kennen lernt. Man kann zwar sagen, dass diese kaiserlichen Marginalien nicht jedesmal auf die einzelne Entscheidung einwirken, auf die sie sich beziehen, aber sie beeinflussen doch die Richtung und den Ton der Politik im allgemeinen[1]. Ich glaube, als erster hervorgehoben und nachgewiesen zu haben, wie oft Herr von Jagow teils in gutem Glauben, teils auch mit Absicht gegen die Auffassung des Kanzlers gehandelt hat, sowohl in dessen Abwesenheit als auch in dessen Anwesenheit. Während Bethmann den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren sich bestrebte, suchte Jagow Schweden in die Arena eines noch entfernten deutsch-österreichisch-russischen Krieges hineinzuziehen (D 123). Während der Kanzler sich fieberhaft bemühte, den Kaiser zu überreden, von sofortiger Versammlung der deutschen Hochseeflotte und deren Rückberufung in die Heimat abzusehen, teilte der Staatssekretär dem Kaiser zwar den Wunsch des Kanzlers mit, aber er fügte das gegenteilige Gutachten des Admiralstabes bei (D 125). Er ist es, der verhindert, dass die erste englische Forderung auf Verlängerung der Frist des Ultimatums nach Wien gelangt (vgl. meine Ausführungen in „Nuova Rivista Storica“ 1923, Heft I—II, Seite 199 und Anmerkung). Er ist es, der die vom Kanzler als zulässig angesehene (D 421 Anm. 2) erste „Formel Sasonows“ einer österreichisch-russischen Verständigung ablehnt (R 63, F 107). Er war es auch, der mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter das verhängnisvolle Gespräch vom 26. Juli hatte (Ö II. 68), das soviel dazu beitrug, die ganze spätere Friedensaktion des Kanzlers in Wien zu paralysieren.

Bei alledem war dieser Mann der Handelnde und nicht der Kanzler: eine einzelne Persönlichkeit und nicht die deutsche Regierung war dafür verantwortlich, dass Deutschland in die unbedingte Solidarität mit Österreich über das Ultimatum hineinglitt, woraus nicht wieder gutzumachendes Unheil entsprang. Als der Kanzler nach dem 26. Juli das Steuer der Regierung wieder ergreift, gelingt es ihm nicht mehr, das Unglück gutzumachen. Deshalb ist es wichtig, die Verschiedenheiten im Denken und Handeln zwischen den einzelnen Leitern der deutschen Politik im Juli 1914 zu untersuchen.

Das österreichische Ultimatum.

Die Irrtümer in der Politik Herrn von Jagows zeigen sich am deutlichsten in der Haltung, die er Deutschland während der Bearbeitung des österreichischen Ultimatums einnehmen liess.

Es gelang Jagow nicht, mit Bestimmtheit zu erfahren, was die konkreten Ziele der österreichischen Politik in Beziehung auf Serbien sein sollten. Er weiss nur, dass man in Wien um jeden Preis den Krieg gegen Serbien will. Er glaubt bestimmt, dass dieser Bruch auch Deutschland in den Konflikt hineinziehen wird (impegnerà anche la Germania) (D 72), aber nichtsdestoweniger verzichtet er darauf, Österreich bei der Abfassung des Ultimatums zu leiten, und, obwohl er dieses nicht kennt, versendet er an die europäischen Mächte ein Rundschreiben, das die volle Solidarität mit den österreichischen Forderungen ausspricht. . . . . . Als er dann das Ultimatum kennen lernt und es (nach seiner erheblich

[1]) In manchem Fall übten sie auch eine direkte Wirkung auf den einzelnen Vorfall aus, auf den sie sich bezogen; vgl. „Nuova Rivista Storica“, 1923, Heft I bis II, Seite 7 und Anmerkung [3]).

später abgegebenen Erklärung) missbilligt, verhindert er die gefährliche Geste in Belgrad nicht, obwohl ihm dafür 24 Stunden Zeit zur Verfügung stehen.

All das lässt keine Entschuldigung, noch weniger Rechtfertigung zu, ausser der einzigen: dass diese ungeheueren politischen Fehler aus Ungeschicklichkeit und in gutem Glauben begangen worden sind. Man darf nicht mit Graf Montgelas sagen, dass Österreich die Ratschläge Berlins nicht beachtet haben würde, denn das mag zwar richtig sein, aber es betrifft Österreich und dessen Verantwortlichkeit. Man darf nicht sagen, dass Berlin von der Erteilung von Ratschlägen in Wien zu dem Zwecke abgesehen habe, um sich in einem späteren Stadium Handlungsfreiheit zu wahren (S. 42—43). Das ist eine nachträgliche Entschuldigung und jedenfalls enthielt sich Deutschland nicht nur aller Ratschläge, sondern es gab tatsächlich Österreich carte blanche, indem es erklärte, jedwede dort getroffene Entscheidung zu billigen (D 100). Ein einziges zweckmässiges Ersuchen stellte die deutsche Regierung an die österreichische, und darin stimme ich mit Montgelas überein: nämlich die Aufforderung, rasch und ohne Zögern zu handeln. Aber da nicht einmal dieser Wunsch erfüllt wurde, war alles andere von selbst hinfällig[1]).

Die militärischen Massnahmen Deutschlands vor dem 29. Juli.

Es waren deren ausschliesslich zwei: a) die Versammlung der Flotte, b) die Vorbereitung des Ultimatums an Belgien.

Ich habe nicht, wie mich Montgelas verstanden zu haben scheint, den kaiserlichen Befehl vom 20. Juli zum Zusammenhalten der Flotte behufs sofortiger Rückkehr nach Deutschland kritisiert. Diese Vorsichtsmassnahme war technisch vernünftig, und zwischen Bethmann-Hollweg, der sie missbilligt, und dem Kaiser gebe ich von diesem Gesichtspunkt aus dem letzteren recht. Aber es scheint mir nicht zulässig, die politische Bedeutung dieses Befehls mit den entsprechenden gleichzeitigen englischen und französischen militärischen Massnahmen zu vergleichen. Von diesem politischen Standpunkt hatte der Kanzler recht und der Kaiser unrecht. Die Mächte, die die Gewässer Europas in Bewegung gesetzt hatten, waren Österreich und Deutschland. Jede Bewegung ihrerseits würde daher niemals als ein Verteidigungsakt, sondern als eine neue Drohung ausgelegt worden sein. . . . . . . Das war es gerade, was der Kanzler um jeden Preis vermieden wissen wollte.

Aber eine andere Massnahme habe ich allerdings kritisiert: die Tatsache, dass der Chef des Generalstabes dem Auswärtigen Amt den Text des mit phantasievollen Gründen motivierten Ultimatums an Belgien übersandte. Montgelas verurteilt zwar auch seinerseits das Ultimatum, aber er bemerkt, „auch bezweckte Moltke mit der Übersendung des Ultimatums nicht etwa (!) eine Aufforderung zum sofortigen Los-

[1]) Eine Einzelheit: Montgelas macht darauf aufmerksam, dass ein kaiserliches Telegramm vom 7. (?) Juli an den deutschen Botschafter in Wien, worin mit allem Nachdruck zu einer Aktion gegen Serbien aufgefordert wird, niemals existiert hat, wie man nach Ö. I. 10 annehmen musste. Ich hatte ein solches Telegramm als vorhanden angenommen („Nuova Rivista Storica“, Heft III, S. 22 bis 23), und dazu bemerkt, dass es sich unter den Privatpapieren der Witwe Tschirschky's finden könnte. Das ist nicht der Fall, wie der „Leitfaden“ von Montgelas nachweist (S. 172 ff.), der nach Veröffentlichung meiner Studien erschienen ist. Ich nehme das sofort zur Kenntnis.

schlagen" und er fügt hinzu, dass im übrigen Moltke in den Tagen vom 27. und 28. Juli vollkommen r u h i g gewesen sei (S. 43—44). Montgelas kann leicht die Antwort vorhersehen. Den Geschichtsschreiber interessiert es nur bis zu einem gewissen Grade, die geheimen und verborgenen Gedanken — an und für sich — der handelnden Personen kennen zu lernen (im vorliegenden Falle die Moltkes); es interessiert ihn vielmehr, diese Gedanken in ihrer Beziehung auf die dadurch ausgelösten Handlungen zu erkennen. Nun übte Moltke dadurch, dass er dem Auswärtigen Amt den Entwurf des verhängnisvollen U l t i m a t u m s an Belgien übersandte, auf die politische Leitung einen Druck im kriegerischen Sinne aus, was nicht ohne Folgen bleiben konnte, und auch nicht ohne solche geblieben ist. Das wird (wie Montgelas weiss) durch die Memoiren des Kaisers bestätigt, der zu dieser Frage schreibt, dass er bei seiner Rückkehr nach Berlin (27. Juli) einen heftigen und unheilbaren Konflikt zwischen dem Kanzler und dem Generalstabschef vorgefunden habe („Ereignisse und Gestalten", Seite 216—21).

Nach dem 29. Juli.

Die Handlungen der deutschen militärischen Leitung nach dem 29. Juli bis zur Kriegserklärung an Russland waren: a) eine Denkschrift des Generalstabes an das Auswärtige Amt, b) der Entschluss, eine Reihe von Sicherheitsmassnahmen („Sicherung") für ganz Deutschland anzuordnen, c) die allgemeine Mobilmachung.

Ich muss auf das, was mir Graf Montgelas bezüglich des zweiten Punktes vorgehalten hat, einiges antworten: in meiner Studie habe ich die Datierung von D 456 berichtigt und den Ministerrat, der über die ersten Sicherheitsmassnahmen beriet, auf den 29. Juli verlegt. Montgelas findet die von mir vorgenommene Datierung u n r i c h t i g und sieht diese Sicherheitsmassnahmen als eine Folge der Beratungen an, die am 29. Juli zwischen dem Kaiser und den militärischen Chefs in Potsdam stattgefunden haben, und nach deren Beendigung „die dringendsten militärischen Massnahmen gegen die viel weitergehenden russischen und französischen Rüstungen getroffen wurden". Ich gestatte mir, auf meiner chronologischen Berichtigung bestehen zu bleiben. Die Abhaltung des Ministerrates am 29. Juli (und nicht am 30.) wird ausser durch die in einer Anmerkung meiner Studie flüchtig angedeuteten Gründe noch durch verschiedene andere Umstände bewiesen: a) der Kanzler sprach in der Sitzung von dem nach Wien übermittelten Vorschlag, der englischen Mediation zuzustimmen, als von einer „gestrigen Demarche". Dieser Vorschlag war nun aber am 28. J u l i erfolgt. b) Der Kanzler sagte, dass Wien noch nicht geantwortet habe, während am 30. Juli um 5 Uhr 25 nachmittags in Berlin eine Antwort aus Wien eingetroffen war, die den Kanzler befriedigt haben musste (D 432, 433), und die er dem Ministerrat sicher mitgeteilt haben würde, da sie seiner These als Friedensvermittler günstig war. c) Der Kanzler erklärte, Russland habe „noch heute früh" versichert, dass seine Mobilmachung nicht gegen Deutschland gerichtet sei: diese Erklärung wurde am V o r m i t t a g d e s 29., nicht am 30. abgegeben (D 343). d) Endlich meldete ein Telegramm des russischen Botschafters in Berlin vom 29., dass „f ü r h e u t e a b e n d" ein Ministerrat einberufen sei (Rotes Archiv 29. Juli Nr. 140). Wenn meine Kritik daher nicht völlig unsinnig ist (Se la critica non è, dunque, insensata), wurde dieser Ministerrat am 29. Juli abgehalten, und die Abschrift des Protokolls, nach der D 456 gedruckt

wurde (denn es handelt sich um eine Abschrift), trägt ein irriges Datum, das nun berichtigt ist.[1])

Aber liessen sich ohne diesen Ministerrat die in der Nacht vom 29. zum 30. Juli angeordneten militärischen Massnahmen erklären? Montgelas glaubt, dass sie zu erklären sind, weil er sie als eine Folge der an demselben Nachmittag in Potsdam abgehaltenen Beratungen ansieht; aber ich vermute, dass er sich irrt. Die Erklärung von Admiral Tirpitz über die Potsdamer Beratungen lautet wörtlich: „Bei dieser Gelegenheit ist bestimmt keine Mobilmachung vorgeschlagen, auch ist meiner Erinnerung nach weder die Frage der Anordnung für die „Sicherung gegen die Kriegsgefahr“ noch diejenige „der drohenden Kriegsgefahr“ besprochen worden. Ganz bestimmt aber keinerlei Entscheidung für diese vorbereitenden Mobilmachungsanordnungen getroffen.“ („Die Kriegsschuldfrage“, Juli 1923, Seite 11—12.)

Aber es ist mir, offen gesagt, nicht gelungen, darüber klar zu werden, ob Graf Montgelas zugibt, dass diese Massnahmen der „Sicherung“ tatsächlich am Abend des 29. Juli getroffen worden sind, denn bald darauf schreibt er: „In Deutschland hingegen wurde am 30. nur bei der Flotte die „Sicherung“ angeordnet, beim Landheer geschah absolut nichts.“ Aber in den Beilagen zu den stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungs-Ausschusses Heft 2, Seite 10 ff. findet sich ein genaues Verzeichnis gerade der „Massnahmen der Sicherung“, die am späten Abend des 29. Juli angeordnet worden sind, und dieselbe Nachricht finde ich auch in der Meldung des bayerischen Gesandten in Berlin vom 30. (D IV Seite 145).

Der „Casus foederis“.

General Montgelas macht mich darauf aufmerksam, dass der Casus foederis, durch den Deutschland verpflichtet war, sich im Falle eines russischen Angriffs auf die Seite Österreichs zu stellen, nicht im Dreibundvertrag, sondern in dem noch in Kraft befindlichen deutsch-österreichischen Bündnisvertrag von 1879 niedergelegt war, und dass daher meine Bemerkung über die Unanwendbarkeit der Artikel 3 und 4 des Dreibundvertrags hinfällig sei. Es ist in der Tat nicht ganz sicher, auf welchen der beiden Verträge die deutschen und österreichischen Staatsmänner sich im Jahre 1914 berufen wollten. Die Verpflichtung, die sie damals für Italien ableiteten, sich auf die Seite Österreichs und Deutschlands zu stellen, liesse vermuten, dass es sich um den Dreibundvertrag handelte. Und tatsächlich hatte der Kaiser einige Jahre zuvor, 1912, als eine andere schwere österreichisch-serbisch-russische Krise ausgebrochen war, sich dahin geäussert, dass ein eventueller Casus foederis nur auf Grund des Dreibundvertrags angerufen werden könnte („Süddeutsche Monatshefte“, Mai 1922, Seite 100). Aber eine andere Auslegung würde nur die Art des schweren politischen Irrtums ändern, dem die deutsche Regierung 1914 sich hingegeben hat. Der deutsch-österreichische Vertrag von 1879, der die beiden Verbündeten verpflichtete, sich gegenseitig mit gesamter Heeresmacht im Falle eines russischen Angriffs zu unterstützen, war, wenn er auch weder in seinem Wortlaut abgeändert, noch seit 1902 ausdrücklich erneuert, noch auch gekündigt worden war, 12 Jahre später seinem Geiste nach von den Ereignissen überholt. Im Jahre 1908 hatten sich infolge der Annexion Bosniens und der Herzegowina die österreichisch-russischen Be-

[1]) Siehe Anmerkung am Schluss des Aufsatzes.

ziehungen von Grund aus geändert, es hatte sich gegenüber dem Dreibund später tatsächlich eine andere Allianz gebildet, der Dreiverband, der die alten österreichisch-russisch-deutschen Beziehungen völlig modifizierte. Infolge dieser veränderten Lage war der Gedanke an einen einfachen deutsch-russischen oder österreichisch-russischen Krieg unmöglich geworden, und an seine Stelle war die furchtbare Wirklichkeit eines eventuellen europäischen Krieges getreten. Die neue Situation bedingte daher automatisch die Absorption des deutsch-österreichischen Vertrags von 1902 durch den allgemeinen Dreibundvertrag. Wenn all das zweifelhaft erscheinen konnte: wenn es Anlass zu Erörterungen bieten konnte, so hätte es wohl erörtert werden können! Statt dessen machte die deutsche Politik im Juli 1914 aus diesem alten Vertrag einen Strick am Halse Deutschlands, an dem es sich schleifen lassen musste, und von dem es sich nicht zu befreien vermochte!

Aber wie immer sich das verhalten mag, der deutsch-österreichische Vertrag von 1879 war noch weit mehr als der Dreibundvertrag streng defensiv. Das Bündnis war damals in dem Sinne abgeschlossen worden, dass die beiden Kaiser von Österreich und Deutschland „Einander feierlich versprachen, dass sie Ihrem rein defensiven Abkommen eine aggressive Tendenz nach keiner Richtung jemals beilegen wollen“ und dass der Càsus foederis eintreten würde, wenn „wider Verhoffen und gegen den aufrichtigen Wunsch der beiden Kontrahenten Eines der beiden Reiche von Seiten Russlands angegriffen werden sollte“.

Ich möchte daher wiederholen, dass auch nach der russischen Mobilmachung es sich vom diplomatischen Standpunkte nicht um einen gegnerischen Angriff handelte, und sicherlich nicht, soweit Österreich in Betracht kam, um einen unerwarteten Angriff ohne Provokation.

Die Kriegserklärung an Russland.

Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Hinsichtlich der deutschen Kriegserklärung an Russland kann ich nur wiederholen, was ich schon an anderer Stelle gesagt habe, dass „der deutsche Generalstab in manchen Einzelheiten irrte, aber vollkommen recht hatte in der Hauptfrage, nämlich darin, die russische Mobilmachung mit der Kriegserklärung zu beantworten“ und dass man „dem Generalstab vorwerfen kann, dass er einige Tage länger als nötig gezögert habe“.

Wie mein höflicher Kritiker sehr richtig betont, „mit der Übereinstimmung in diesem Kardinalpunkte werden alle Differenzen zur Nebensache“. Immerhin halte ich daran fest, dass peinliche Genauigkeit auch in kleinen und kleinsten Fragen der deutschen Sache nützt. Die Sache Deutschlands liegt am Boden, erdrückt unter einem Berge von vorgefassten Meinungen, von bewussten und unbewussten Lügen: und deshalb muss sie vor allem darauf achten, diese Art von Irrtümern auszuschalten. Ein solch grosses Opfer auf dem Altar der verzweifelt ringenden Wahrheit (Tanto sacrificio sugli altari della verità più disperata) kann nicht verfehlen, mit der Zeit wohltätige Früchte zu tragen.

Anmerkung der Schriftleitung: Wir haben Graf Montgelas gebeten, zu den Ausführungen Professor Barbagallos in der nächsten Nummer Stellung zu nehmen. Schon jetzt sei mitgeteilt, dass eine Nachprüfung des Originals des Protokolls der Sitzung des K. Preussischen Staatsministeriums am 30. Juli 1914 ergeben hat, dass das Protokoll das Datum des 30. Juli trägt.

„Die Kriegsschuldfrage."

Fernand Gouttenoire de Toury.

Die neue Monatsschrift „Die Kriegsschuldfrage", welche sich damit befassen soll, etwas mehr Licht auf das verwickelte und ergreifende Problem der Kriegsschuld zu werfen, ist gerade in dem Augenblick in Deutschland erschienen, da dieses sich im finanziellen und wirtschaftlichen Todeskampf befindet. Es ist ungewiss, ob das neue Ministerium der grossen Koalition sich aus den ungeheueren äusseren und inneren Schwierigkeiten heraushelfen, und im besonderen, wie es einerseits den reaktionären, andererseits den demagogischen Elementen widerstehen kann. In einem so entscheidenden und dramatischen Moment wird man sich fragen können, ob es wohl der Augenblick war, um wieder einmal sich mit einer Frage zu befassen, die als überholt angesehen werden kann, nämlich die der Verantwortlichkeit am Kriege. Ich meinesteils bejahe diese Frage ohne Zögern und unbedenklich. Es ist für mich in der Tat klarer denn je, dass, wenn Frankreich, Europa und die Welt sich immer noch im chaotischen Zustand befinden, wenn der Krieg unter verschiedenen Formen lange nach der offiziellen Beendigung der Feindseligkeiten fortdauert, wenn die einzige Wirkung des Weltkriegs, den gewisse Leute als den Krieg fürs Recht bezeichnet haben, uns augenscheinlich weit hinter das 1914 erreichte Stadium der menschlichen Entwicklung zurückgeworfen hat, dies daran liegt, dass wir immer mehr und mehr von der Lüge überflutet werden. Die schwerste Lüge, die auf uns lastet und die am meisten dazu beiträgt, zwischen den Völkern Missverständnis, Verstimmung und Hass aufrechtzuerhalten, die Lüge, die vom Standpunkt des Gefühls dem Sieger unerbittliche Forderungen gegen den Besiegten erlaubt, wenngleich er sie vom Standpunkt der Vernunft nicht begreift, ist die Ansicht, die man auf immer der Welt hat aufdrängen wollen, dass es unter den Teilnehmern am grossen Kriege auf der einen Seite unschuldige Völker, auf der andern für den Ausbruch der Katastrophe verantwortliche Völker gegeben hätte. Ich spreche von der Kriegsschuldlüge.

Denen, die noch daran zweifeln könnten, dass eine solche Auffassung der Kriegsschuldfrage eine Lüge ist, werde ich nach so vielen anderen Argumenten ein weiteres entgegenhalten, das ich den allerneuesten Vorkommnissen entnehme. Nach der Ermordung der Offiziere der italienischen Grenzkommission an der griechisch-albanischen Grenze hat Mussolini Griechenland mit einem Ultimatum und die Insel Korfu mit einer Beschiessung bedacht, die genau dem österreichischen Ultimatum an Serbien und der darauf folgenden Beschiessung Belgrads im Jahre 1914 gleichwertig sind. Der „Matin", eines der Organe der grossen Presse, die unglücklicherweise die französische öffentliche Meinung vergiften, anstatt sie aufzuklären, bespricht die Ereignisse folgendermassen (2. September):

> „Letzte Nacht telegraphierte der Berichterstatter des „Matin" in London, dass man sich in der englischen Hauptstadt sehr betroffen fühle. Sagen wir gleich, dass man in Paris kein solches Gefühl gefunden hat. Es ist möglich, dass Mussolinis Geste etwas lebhaft und rasch war, aber sie war energisch, und Paris liebt energische Gesten. Wenn Frankreich gleich am Tage nach dem Zappeion eine solche Geste gemacht hätte, so wäre die italienische Mission vielleicht noch am Leben."

Sogar in England ist die Presse weit davon entfernt, das frevelhafte

Unternehmen Mussolinis einstimmig zu tadeln. Der „Evening Standard" hat geschrieben:

„Es war schwer, von einer so stolzen und mutigen Nation wie Italien zu erwarten, dass sie eine Angelegenheit, die ihre Ehre berührt, dem Schiedsgericht des Volkerbundes unterbreiten würde. Griechenland wird gut daran tun, mit seinem Gegner Frieden zu schliessen, solange es noch Zeit ist."

Und in den „Evening News" von London hat man lesen können:

„Da Grossbritannien in der Vergangenheit gegen seine Beleidiger, die zögerten, das getane Unrecht wieder gut zu machen, Massregeln ergriffen hat, so kann es nur mit dem italienischen Volk bei seinem Entschluss, Genugtuung zu erhalten, sympathisieren."

Diese Zitate sind unter vielen anderen derselben Nummer des „Matin" entnommen. Also, dieselben Zeitungen, die mit Recht im Jahre 1914 das gewalttätige Vorgehen Österreichs gebrandmarkt haben, billigen das italienische Gewaltverfahren im Jahre 1923, weil sie daran Interesse zu haben glauben. Aber die Haltung der Presse ist ja nur der Widerschein der Haltung der Regierung. Wir können ohne Furcht sein: weder England noch Frankreich, noch die Vereinigten Staaten werden in den Krieg ziehen, um das Recht in der Person des ungerecht überfallenen Griechenlands zu verteidigen. Wir haben da den Massstab für „Treu und Glauben", womit jederzeit und leider auch heute noch die zwischenstaatlichen Beziehungen von der Diplomatie geregelt werden. Gewiss hatte man recht, im Jahre 1914 das gewalttätige Verfahren Österreichs festzustellen, man hat recht, die französisch-deutsche Verantwortlichkeit am Ausbruch der Katastrophe festzustellen. Allein man vergisst, dass die Mächte der Tripleentente nicht mehr und nicht weniger ehrgeizig, nicht mehr und nicht weniger imperialistisch, nicht mehr und nicht weniger gewalttätig waren, als die des Dreibundes, weil alle Regierungen im kapitalistischen Régime den Finanzmächten dienten. Durch einen kühnen Betrug hat man im Versailler Vertrag, um die auf Gewalt gestützten Forderungen mit einem Anschein von Gerechtigkeit zu bemänteln, die den Besiegten auferlegten Klauseln als die Folge einer Verurteilung hingestellt. Aber dieses Urteil ist ohne Untersuchung, ohne Verhandlung, ohne Gerichtsverfahren gefällt worden. Es ist bis in seine Grundlagen hinfällig. Es muss aufgehoben werden, bis eine unparteiische internationale Untersuchung den Völkern gestattet, die Wahrheit kennen zu lernen. Um das zu erreichen, müssen in allen Ländern alle Freunde der Wahrheit und der Gerechtigkeit sich vereinigen. Unter diesen dürfen sich weder in Frankreich noch in Deutschland noch anderswo — ich betone das ganz besonders — Leute befinden, die übertreiben, wie es leider heute solche gibt, die unter dem Vorwand, den Imperialismus ihrer Regierung zu bekämpfen, die Regierung des Nachbarlandes freisprechen wollen: man muss blind oder unaufrichtig sein, um nach der Veröffentlichung der Dokumente, die wir seit dem Krieg kennen, eine einseitige Schuld irgendeiner Gruppe der Kriegsführenden anzunehmen.

Manche bilden sich vielleicht ein, dass man bei Aufgabe der These von der alleinigen Kriegsschuld der Zentralmächte den Zahlungen für den Wiederaufbau der Kriegsruinen schaden könnte. Sogar wenn diese Entgegnung begründet wäre, müssten wir doch der Wahrheit dienen, über welcher wir keinen Herrn anerkennen. Aber glücklicherweise ist das nicht der Fall: Deutschland muss zur Wiedergutmachung beisteuern aus dem einzigen Grunde, weil es in umfangreichem Masse dazu beigetragen hat.

die Ruinen anzuhäufen und auch, weil seine Arbeits- und Produktionsfähigkeit ganz beträchtlich geblieben ist. Es gibt gar keinen Gegensatz zwischen der These von der geteilten Verantwortlichkeit oder vielmehr von der These, die jede Anspielung auf diese Frage bis nach der notwendigen internationalen Untersuchung zurückweist, und der These, nach der Deutschland sein Teil der Zerstörungen bezahlen soll.

Im Gegenteil, ich hege die tiefe Überzeugung, dass, wenn der Versailler Vertrag gemäss der von den Alliierten beim Waffenstillstand vor aller Welt feierlich übernommenen Verpflichtungen auf die vierzehn Punkte des Präsidenten Wilson, d. h. auf das Recht gestützt worden wäre, so würde Deutschland seit langem bezahlt haben, was es rechtmässig schuldet. Der Versailler Vertrag muss in Übereinstimmung mit dem Recht revidiert werden, das ist unsere einzige Friedenshoffnung. In dem Bestreben, die Lüge der einseitigen Kriegsschuld zu zerstören, arbeitet „Die Kriegsschuldfrage" zugunsten der Revision. Man muss sie beglückwünschen und aufmuntern, denn so arbeitet sie für Deutschland, für Frankreich, für Europa, für die Welt, für den Frieden.

Buchanan und Dobrorolski über die russische Mobilmachung.

Alfred von Wegerer.

Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, dass die russische allgemeine Mobilmachung den entscheidenden Anstoss zum Ausbruch des Weltkrieges gegeben hat. Trotzdem sind die Vorgänge, welche sich dabei abgespielt haben, noch nicht vollständig geklärt und widersprechen sich die Darstellungen in entscheidenden Punkten.

In folgendem sollen die beiden Lesarten, wie sie sich aus der bekannten Schrift des Chefs der russischen Mobilmachungs-Abteilung General Dobrorolski[1]) und den kürzlich herausgegebenen Memoiren des englischen Botschafters in Petersburg Buchanan[2]) ergeben, einander gegenübergestellt und einer kurzen Kritik unterzogen werden.

Nach Dobrorolski wurde am 26. im ganzen Reich mit der Kriegsvorbereitungsperiode begonnen.

Am 28. Juli wurden zwei allerhöchste Ukase zur Unterzeichnung ausgefertigt, einer für die allgemeine und einer für die Teilmobilmachung der vier Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau und Kasan, die gegen Österreich gerichtet war.

Am Morgen des 29. wurde Dobrorolski der vom Zaren unterzeichnete Ukas für die allgemeine Mobilmachung zur Ausführung übergeben. Gegen 9 Uhr abends händigte Dobrorolski den inzwischen vom Kriegsminister, Marineminister und Minister des Innern unterzeichneten Ukas für die allgemeine Mobilmachung dem Chef des Petersburger Telegraphenamtes zur Beförderung aus. Kurz bevor das Telegramm aufgegeben werden sollte, erhielt Dobrorolski den Gegenbefehl, das Telegramm nicht aufzugeben, da allerhöchst nur die Teilmobilmachung befohlen sei. Dobrorolski benachrichtigte hiervon den Chef des Telegraphenamtes und fuhr, nachdem er das

[1]) Dobrorolski, Die Mobilmachung der russischen Armee 1914. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1922

[2]) Buchanan, My mission to Russia. Casell u. Company. London 1923.

Telegramm sowie alle Kopien wieder an sich genommen hatte, zum Generalstabs-Chef Janusehkewitsch zurück.

Gegen Mitternacht wurde dann von einem Hauptmann Tugan-Baranowski der Befehl für die Teilmobilmachung abgesandt.

Wir wenden uns nun Buchanan zu.

Buchanan selbst gibt über die Vorgänge zwei von Dobrorolski abweichende Schilderungen, die sich selbst nicht vollständig decken. In einem Bericht vom 17. XI. 1917[1]) sagt Buchanan:

„Bis zum 28. Juli, als die österreichische allgemeine Mobilisierung und die Kriegserklärung gegen Serbien bekanntgegeben wurde, hatte Russland nur vorbereitende Schritte zur Mobilisierung in den militärischen Bezirken von Kiew, Odessa, Kasan und Moskau getan.

Am 29. Juli wurden die Befehle zur teilweisen Mobilisierung unterzeichnet, die ausschliesslich gegen Österreich gerichtet sein sollte, da der Zar sich geweigert hatte, dem starken Drucke, den seine militärischen Berater auf ihn ausübten, nachzugeben. Diese hatten aus technischen Gründen und mit Rücksicht auf heimliche Vorbereitungen Deutschlands darauf bestanden, dass eine allgemeine Mobilisierung daraus gemacht würde.“

In seinen Memoiren behauptet Buchanan ebenfalls, dass erst am 28. einige vorbereitende Schritte für die Mobilmachung gegen Österreich getan worden seien. Über die Anordnung der eigentlichen Mobilmachung sagt er, dass im Verlauf des Abends (in the course of the evening) der Zar, dem Druck der militärischen Ratgeber nachgebend, widerwillig zusagte, die allgemeine Mobilmachung anzuordnen. Nachdem er das bekannte Telegramm Kaiser Wilhelms[2]) erhalten hatte, rief er den Kriegsminister und den Chef des Generalstabes telephonisch an und widerrief (countermanded) die allgemeine Mobilmachung. Er fährt dann wörtlich fort: „Diese (gemeint ist die allgemeine) Mobilmachung hatte schon begonnen und sie anhalten, würde, da beide Generäle protestierten, den ganzen militärischen Apparat aus den Fugen gebracht haben. Nichtsdestoweniger bestand der Kaiser darauf, aber trotz seines kategorischen Befehls liessen die militärischen Befehlshaber zu, dass die allgemeine Mobilmachung ohne seine Kenntnis fortgesetzt wurde.“ („That mobilization had already commenced, and to stop it would, as both the generals protested, throw the whole military machine out of gear. The emperor, nevertheless, insisted: but in spite of his categorical orders the military authorities allowed the general mobilization to proceed without his knowledge.“)

Buchanan behauptet also in seinen Memoiren zum Unterschied von seinem Bericht aus dem Jahre 1917, nach welchem nur die teilweise Mobilmachung unterzeichnet wurde, dass der Zar doch noch am Abend des 29. seine Zustimmung zur allgemeinen Mobilmachung gegeben habe.

Die Darstellungen Dobrorolskis und Buchanans unterscheiden sich in folgenden Punkten: Nach Dobrorolski hat die Kriegsvorbereitungsperiode für das ganze Reich am 26. begonnen. Buchanan dagegen behauptet, dass bis zum 28. nur in den genannten vier Militärbezirken Mobilmachungsvorbereitungen getroffen worden sind. Buchanan irrt hier. Interessant wäre es, zu erfahren, ob der englische Militärattaché ebensowenig Kenntnis von den militärischen Vorbereitungen hatte wie der Botschafter.

---

[1]) „Times“ vom 15. Februar 1919.

[2]) Deutsche Dokumente Nr. 359.

Nach Dobrorolski hat der Zar am 29. bereits morgens den Befehl zur allgemeinen Mobilmachung unterzeichnet, während nach Buchanan der Zar erst gegen Abend seine Zustimmung zur allgemeinen Mobilmachung gab.

Hier ist also zwischen beiden Darstellungen ein wesentlicher Unterschied. Die zutreffendere Darstellung scheint die von Buchanan zu sein, jedoch nur insoweit, als der Zar am Morgen des 29. wohl noch nicht seine uneingeschränkte Einwilligung zur allgemeinen Mobilmachung gegeben hatte.

Hierbei muss hervorgehoben werden, dass Sasonow in all seinen Telegrammen und bekanntgewordenen Unterredungen am 29. nur von Teilmobilmachung gegen Österreich gesprochen hat.

Auf den Widerspruch zwischen der Anordnung der allgemeinen Mobilmachung durch Januschkewitsch und den offiziellen Mitteilungen Sasonows hingewiesen, haben Dobrorolski und Suchomlinow folgende Mitteilungen gemacht:

Brief des Generals Dobrorolski vom 26. Februar 1923:[1])

„Der 29. Juli war ein Tag der Schwankungen darüber, was für eine Mobilmachung, die allgemeine oder die Teilmobilmachung, erklärt werden sollte. Der Kaiser hatte sich noch am Vorabend, am 28., für die Teilmobilmachung entschieden. Aber am Morgen des 29. begann man erneut, ihm zu beweisen, dass die Teilmobilmachung zwecklos sei, da es unmöglich sei, den Krieg zu lokalisieren. Dies ging klar aus allen Unterredungen, die Sasonow mit Pourtalès hatte, hervor. Und daher wurde am 29. am Vormittag der Ukas über die allgemeine Mobilmachung unterzeichnet. Erster Tag der Mobilmachung sollte der 30. Juli sein."

Suchomlinow äusserte sich gelegentlich einer Unterhaltung im April vorigen Jahres mir gegenüber dahin, dass es wohl „Übereifer" oder „Missverständnis" von Dobrorolski gewesen sei, dass dieser am 29. die Vorbereitungen für die allgemeine russische Mobilmachung getroffen hatte. —

Suchomlinow vertrat überhaupt die Auffassung, der Zar habe am 29. nur die Teilmobilmachung gegen Österreich angeordnet.

Nachdem Dobrorolski von dieser Auffassung Suchomlinows in Kenntnis gesetzt war, teilte er ausdrücklich mit, dass er nach wie vor bei der Ansicht verharre, dass am 29. Juli seinerseits „Übereifer" oder „Missverständnis" nicht vorgelegen habe.

Über den Widerspruch zwischen der Sprache Suchomlinows am 29. und den Anordnungen der allgemeinen Mobilmachung durch Januschkewitsch, hinter welchem Nikolai Nikolajewitsch stand, äusserte sich Dobrorolski folgendermassen:

„Sasonow war Diplomat und sprach mit den Diplomaten etwas, während zu derselben Zeit der Chef des Generalstabes von dem Kaiser etwas anderes forderte. Für mich ist dieser Widerspruch (der Widerspruch zwischen meiner Darstellung und den Mitteilungen Sasonows) vollkommen begreiflich. Man muss die Persönlichkeit des heimgegangenen Kaisers gekannt haben. . . . . . Sasonow machte sich keine vollkommen klare Vorstellung darüber, was denn die Mobilmachung einer Armee sei. Ich erinnere mich ausgezeichnet dessen, dass er nach dem 15./28. Juli, als die Österreicher Belgrad bombardierten, so empört war, dass er Januschkewitsch Vorwürfe machte, warum die russische Armee noch nicht mobilisiert sei, er schäumte vor Wut und wollte, dass unsere Armee unaufhaltsam auf Wien hineile. Lesen Sie seine Gespräche mit dem

[1]) Original bei den Akten der Zentralstelle.

Grafen Pourtalès. Sasonow wusste ausgezeichnet, dass es unmöglich sei. Wien von Berlin zu trennen, und wenn er den Diplomaten, den Botschaftern in Petersburg etwas anderes sagte, so daher, weil ‚den Diplomaten die Sprache gegeben ist, um ihre Gedanken zu verbergen.‘ “

Die Äusserung Dobrorolskis zeigt, dass Sasonow, der von den Anordnungen der allgemeinen Mobilmachung auf Betreiben Januschkewitschs ohne Zweifel wusste, die offizielle Diplomatie belog, wohl deswegen, damit nicht auf Umwegen der Zar von dem eigenmächtigen Vorgehen seines Generalstabs-Chefs Kenntnis erhielt, und die Absichten der Militärpartei durch ein Eingreifen des Zaren in letzter Minute missglückten. —

Wir wenden uns nun den Ereignissen am Abend des 29. zu.

Hierbei interessiert nur Buchanans Behauptung, der Zar habe am 29. im Laufe des Abends die allgemeine Mobilmachung doch noch angeordnet. Diese Auffassung Buchanans ist höchst unwahrscheinlich. Es spricht hiergegen besonders das Telegramm, das der Zar am 29. abends 8 Uhr 20 an Kaiser Wilhelm abgesandt hat:

„Danke für Dein versöhnliches und freundschaftliches Telegramm. Dagegen war die heute von Deinem Botschafter meinem Minister übergebene offizielle Mitteilung in einem ganz anderen Tone gehalten. Bitte Dich, diese Verschiedenheit aufzuklären. Es würde sich empfehlen, das österreichisch-serbische Problem der Haager Konferenz vorzulegen. Vertraue auf Deine Weisheit und Freundschaft.

Dein Dich liebender Nicky.“

Wenn der Zar um diese Zeit der Überzeugung gewesen wäre, dass in der nächsten Stunde die von ihm unterzeichnete allgemeine Mobilmachung angeordnet würde, glaube ich nicht, dass er dieses Telegramm abgeschickt hätte. Der Zar bittet in diesem Telegramm um eine Erklärung der verschiedenen Auffassungen, macht den Vorschlag, das österreichisch-serbische Problem der Haager Konferenz vorzulegen und schliesst damit, dass er auf die Weisheit und Freundschaft Wilhelms II. vertraut. Bei aller Charakterschwäche ist dem Zaren nicht zuzutrauen, ein derartiges Telegramm abzuschicken, wenn er selbst davon überzeugt war, dass zu gleicher Zeit, wo das Telegramm in Berlin einlaufen würde, bereits von ihm der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung ergangen sei.

Wenn wir auch nicht wissen, ob nach Ansicht Buchanans der Zar vor oder nach Absendung dieses Telegramms seine Zustimmung zur allgemeinen Mobilmachung gegeben haben soll, so kann das wenig daran ändern, dass die Absendung des Telegramms psychologisch unverständlich bleibt.

Wir wenden uns jetzt den Ereignissen nach Eintreffen des bekannten Telegrammes des Kaisers zu, welches den Zaren umstimmte.

Nach Dobrorolski hatte das Telegramm die Wirkung, dass die allgemeine Mobilmachung in die Teilmobilmachung abgeändert wurde und die Erteilung des Gegenbefehls sich wohl in letzter Minute aber doch reibungslos abwickelte. — Von einer Fortsetzung der allgemeinen Mobilmachung gegen den Befehl des Zaren weiss Dobrorolski, der Chef der russischen Mobilmachungsabteilung, nichts. Da für den militärisch Eingeweihten eine heimliche allgemeine Mobilmachung selbst in Russland nicht möglich war, müssen wir der Darstellung Dobrorolskis in dieser Beziehung beipflichten.

Nach Buchanan soll die allgemeine Mobilmachung, wie dies auch Paléologue in seinen Memoiren erwähnt hat, heimlich fortgesetzt worden sein. Anscheinend kennt Buchanan die Darstellung Dobrorolskis nicht, sonst hätte er es vielleicht für notwendig gefunden, seine gegensätzliche Auf-

fassung näher zu begründen. Wahrscheinlich stützt sich Buchanan auch auf die durch den Suchomlinow-Prozess bekanntgewordenen Pressemeldungen. Wenn man diese Mitteilungen aber genau und kritisch durchliest und sie mit den inzwischen bekanntgewordenen Vorgängen über die russische Mobilmachung in Verbindung zu bringen sucht, so kommt man zu dem Ergebnis, dass der Zar am 29., nach Erhalt des bekannten Telegramms Kaiser Wilhelms, versucht hat, die Teilmobilmachung anzuhalten, aber nicht die allgemeine Mobilmachung, über deren Anordnung der Zar nach unserer Auffassung nicht unterrichtet war, in die Teilmobilmachung umzuwandeln. Hierfür spricht auch die Mitteilung Buchanans, wonach der Zar darauf bestand, die Mobilmachung anzuhalten. Von einer Umwandlung der allgemeinen Mobilmachung in eine Teilmobilmachung sagt Buchanan, der sich sicher einmal über die Vorgänge bei der Mobilmachung mit dem Zaren persönlich unterhalten hat, nichts.

Eine Erklärung für den Gegensatz der Darstellung Dobrorolskis und Buchanans in dieser Phase der Mobilmachungsanordnung ist nicht leicht zu finden. Wir neigen zu der Auffassung, dass der Zar die Teilmobilmachung anhalten und am 29. abends überhaupt keine Mobilmachung anordnen wollte. Die militärischen Befehlshaber wagten, nachdem der Zar sie erneut über den Stand der Mobilmachung befragt hatte, nicht, einzugestehen, dass die allgemeine Mobilmachung von ihnen eigenmächtig befohlen sei, sondern behaupteten nur, die vom Zaren bewilligte Teilmobilmachung sei nicht mehr anzuhalten. In Wirklichkeit änderten sie selbst ihre widerrechtlich befohlene allgemeine Mobilmachung in die Teilmobilmachung um, weil sie fürchteten, dass der Zar vielleicht doch hinter die Machenschaften Januschkewitschs und seines grossen Hintermannes Nikolai Nikolajewitsch kommen würde.

Noch spät in der Nacht muss dann dem Zaren gemeldet worden sein, dass die Teilmobilmachung nicht mehr rückgängig gemacht werden könnte, wofür das Telegramm des Zaren vom 30. 1 Uhr 45 spricht, in welchem der Zar dem Kaiser von den militärischen Massnahmen gegen Österreich Mitteilung macht.

Wenn uns auch die Darstellungen von Dobrorolski und neuerdings auch von Buchanan den Dingen ziemlich nahe gebracht haben, so sind die Vorgänge am 29. abends doch noch nicht geklärt. Jedenfalls ist aber so viel zu ersehen, dass die Friedensbemühungen des Kaisers beim Zaren keinen Erfolg haben konnten, da der Zar am 29. in Wirklichkeit nicht mehr der Herrscher aller Reussen, sondern der Beherrschte seiner militärischen Ratgeber war und dass alle Bemühungen Pourtalès Sasonow gegenüber ebenfalls fruchtlos bleiben mussten, da Sasonow das eigenmächtige Vorgehen der militärischen Ressortchefs diplomatisch deckte und die Hintergehung des Zaren durch seine unrichtigen Äusserungen und Telegramme begünstigte.

Wir dürfen nicht nachlassen, immer wieder in die dunkle Ecke zu zeigen, aus welcher der Weltkrieg hervorgebrochen ist.

Die Kontroll- und Versuchsmobilmachungen Russlands in der Vorkriegszeit.

Gunther Frantz.

Man war sich vor dem Kriege in Russland naturgemäss im klaren darüber, dass bei der engen politischen Verbindung des Zarenreiches mit Frankreich im Falle kriegerischer Verwicklungen Deutschland vor einen

Zweifrontenkrieg gestellt war. Gleichwohl fürchtete man Deutschlands Schlagkraft und die Schnelligkeit seiner Kriegsbereitschaft. Nicht nur diese zu parieren galt es, sondern auch durch schnelles Auftreten mit grossen Massen den Verbündeten im Westen zu entlasten. Der grossen Schwierigkeiten war man sich bewusst, die in den geographischen Verhältnissen, der weiten Dislokation und den grossen bei einer Mobilmachung zu überwindenden Entfernungen sowie in dem weitmaschigen Bahnnetz begründet lagen. Um so mehr musste man Mittel und Wege finden, diese Schwierigkeiten zu überwinden, um, wenn auch nicht die Schnelligkeit der deutschen Mobilmachung zu erreichen, so doch ihr möglichst nahe zu kommen, wollte man sich nicht von vornherein in eine operativ ungünstige Lage versetzen. Diese Aufgabe der Friedensarbeit hatte man voll erkannt; ihre Durchführung wurde mit echt russischer Grosszügigkeit und Skrupellosigkeit ins Werk gesetzt.

Man darf nicht vergessen, dass der gesamte russische Heeresorganismus durch den japanischen Krieg völlig zerrüttet war, und dass noch jahrelang nach dem Kriege revolutionäre Erschütterungen, die die Armee ihrer eigentlichen Aufgabe entzogen, die Wiederaufbauarbeiten vereitelten; dass ferner die gesamten eisernen Bestände, das gesamte Material und Heeresgerät auch der in der Heimat verbliebenen Heeresteile derart in Mitleidenschaft gezogen waren, dass es weder 1910 noch 1912 eine kriegsverwendungsfähige Armee tatsächlich gab.

Erst mit der allmählichen Gesundung der Reichsfinanzen und nach Beseitigung der neben der Duma organisatorisch nicht bewährten Gliederung der obersten Heeresinstanzen konnte man an durchgreifende Reformen auf Grund der Lehren und Erfahrungen des Krieges denken.

1910 begann die Aera Suchomlinoff. Ob er der geistige Vater aller Neuerungen war, und in welchem Umfange die organisatorischen Gedanken von seinen Vorgängern (General Roediger als Kriegsminister und General Palizyn als Generalstabschef) stammten, mag dahingestellt bleiben. Die Tatsache besteht, dass die Spuren einer schöpferischen, reformatorischen und organisatorischen Tätigkeit bis 1910 kaum zu finden sind.

So ist es zu erklären, dass sich in den Jahren 1910 bis 1914 die reorganisatorischen Massnahmen überstürzten und auf allen Gebieten eine Tätigkeit entfaltet wurde, die in zahlreichen Gesetzen für Heeresvermehrungen, organisatorischen Neuerungen, Verbesserung der Ausbildung, Ergänzung des Materials und Ausbau des Mobilmachungsverfahrens das Bild aufs äusserste gesteigerter Kriegsrüstungen geben mussten. Russland war nach dem ostasiatischen Kriege gezwungen, in wenigen Jahren eine Arbeit zu leisten, für die andere Grossmächte Jahrzehnte friedlicher Entwicklung zur Verfügung gehabt haben!

Ganz besonders wurde durch Ausbau des Mobilmachungsverfahrens auf eine Steigerung der Mobilmachungsbereitschaft hingearbeitet.

Hierher gehörten vor allem die Kontrollmobilmachungen (polojerotschnaja mobilisazija) und die Versuchsmobilmachungen (opytnaja mobilisazija). Mobilmachungsübungen, über deren Wesen und Bedeutung vielfach falsche Auslegungen Eingang in die Kriegsliteratur gefunden haben und falsche Vorstellungen erweckt wurden.

Unter den Begriff der Kontrollmobilmachungen fielen alle Massnahmen zur Kontrolle und Überprüfung der schriftlichen Mobilmachungsvorarbeiten, ferner zur Besichtigung der Mobilmachungsbestände an Bekleidung, Ausrüstung, Bewaffnung und Gerät. Ihren stärksten Ausdruck fanden diese

Kontrollmassnahmen in den Kontrollmobilmachungen selbst, die den Zweck hatten, die schriftlich niedergelegten Mobilmachungsvorarbeiten auf ihre praktische Durchführbarkeit zu prüfen. Hierbei wurden die zur Auffüllung erforderlichen Augmentationsmannschaften, Pferde und Fahrzeuge für den zur Kontrolle mobilgemachten Truppenteil von anderen Truppenteilen abgegeben.

Deshalb bedeuteten solche Kontrollmobilmachungen für die Dauer ihrer Durchführung ein Moment der Schwäche und können nicht im Sinne einer vorübergehenden Steigerung der Kriegsbereitschaft bei den zur Kontrolle mobil gemachten Teilen ausgelegt werden, sondern nur als Mittel, die Gründlichkeit und Sorgfalt aller Mobilmachungsvorbereitungen zu prüfen. Diese Kontrollmobilmachungen fanden in grossem, während der letzten Friedensjahre immer gesteigertem Umfange statt, der am 26. Juni / 6. Juli 1913 zunächst bis 1915 neu festgesetzt worden war, und ihre Ausdehnung auch auf erst in der Mobilmachung aufzustellende Neuformationen brachte, bei denen bisher fast keine Kontrollmobilmachung stattgefunden hatten.

Da bis Sommer 1914 auf Grund der Neuordnung von 1913 wesentliche Fortschritte in der Mobilmachungsbereitschaft seitens des Kriegsministeriums festgestellt werden konnten, wurde von den Truppen eine Stellungnahme zu der Frage eingefordert, ob die Kontrollmobilmachungen „in Zukunft mit derselben Anspannung wie jetzt durchzuführen seien".

Das Kriegsministerium hatte also auf Grund der günstigen Wirkung der in letzter Zeit vermehrten Kontrollmobilmachungen den Gedanken, die Zahl der Kontrollmobilmachungen einzuschränken. —

Ganz andere Bedeutung hatten die Versuchsmobilmachungen.

Es handelt sich hierbei keineswegs um Erfindungen der jüngsten Vorkriegszeit. Vielmehr hat der bekannte General Dragomiroff bereits in den 90er Jahren in richtiger Bewertung des alten Erfahrungsgesetzes, dass das, was nicht beabsichtigt wird, auch nicht geübt wird, in seinen Immediatberichten von 1895 und 96 auf die Notwendigkeit von Mobilmachungsübungen hingewiesen. In berechtigter Berücksichtigung der Anregungen Dragomiroffs setzten deshalb 1897 solche Versuchsmobilmachungen ein, mit tatsächlicher Aushebung von Mannschaften, Pferden und Fahrzeugen und ihrer Einstellung in voll mobilgemachte Truppenteile.

Diese Art der Mobilmachungsübungen hätte einen ganz anderen, bedrohlicheren Charakter gewinnen können, wenn sie sich auf eine grössere Anzahl von Formationen erstreckt hätten und wenn diese für eine längere Dauer mobil, d. h. marschbereit gehalten worden wären. Das war aber wegen der hohen Kosten offenbar nicht der Fall; nach allen bisher vorliegenden Nachrichten betrafen Versuchsmobilmachungen alljährlich nur Truppen in Stärke etwa einer Brigade und dauerten etwa zehn Tage.

Im besonderen liegen keine authentischen Nachrichten darüber vor, dass, um die Mobilmachung für den Weltkrieg zu beschleunigen, im Sommer 1914 Truppen im verstärkten Masse durch Versuchsmobilmachungen auf Kriegsfuss gebracht wären und bis zum Kriegsausbruch auf Kriegsfuss gehalten wären. Die einzige dahingehende Andeutung bringt Boghitschewitsch (auf Seite 82 seiner Kriegsursachen). Dabei ist nicht ersichtlich, ob er Kontroll- oder Versuchsmobilmachungen meint. Auf erstere sind seine Angaben auf Grund der obigen Ausführungen überhaupt nicht anwendbar. Meint er Versuchsmobilmachungen, so haben sich solche Fälle bisher weder urkundlich noch sonst irgendwie nachweisen lassen.

Die Durchführung einer Versuchsmobilmachung erfolgte nach der russischen Vorschrift: „Grundzüge für die Durchführung von Versuchs-

mobilmachungen" vom 20. März/2. April 1912 und umfasste eine Reihe von Massnahmen, welche denen einer wirklichen Mobilmachung sehr nahe kamen.

Die Formationen wurden nach der in Kraft befindlichen Mobilmachungsstärkenachweisung aufgefüllt, alle Verhältnisse sollten wie bei einer tatsächlichen Mobilmachung in Rechnung gestellt werden. Ganz besonderer Wert wurde darauf gelegt, dass der Befehl zur Probemobilmachung der Truppe auch wirklich überraschend kam. Vertreter des Kriegsministeriums wohnten der Versuchsmobilmachung bei, darunter grundsätzlich der Chef der Mobilmachungsabteilung. Ausführliche Berichte über Anordnung, Verlauf, Ergebnis, Lehren und Erfahrungen der Übung wurden gedruckt zur Belehrung der ganzen Armee ausgegeben.

Aus diesen Berichten können wir genau verfolgen, wie diese Übungen gehandhabt werden. Viel Zeit, Geld und Mühen wurden auf diese Mobilmachungsübungen verwandt, die zur Erprobung der Mobilmachungsvorarbeiten und zur praktischen Schulung der Truppe, mehr aber noch für die mit der Leitung der Mobilmachung betrauten verantwortlichen Organe von ausserordentlichem Wert sein mussten und, da sie in den Nachbarstaaten Russlands nicht stattfanden, der Mobilmachungsbereitschaft des russischen Heeres einen grossen Vorsprung hätten sichern können.

Gelbbuch Nr. 118.

Professor Pierre Renouvin hat, wie Jacques Mesnil in der „Humanité" vom 21. Oktober schreibt, bei seinen Vorlesungen in der Sorbonne mitgeteilt, dass das Telegramm Nr. 118 des französischen Gelbbuches über den Kriegsausbruch folgenden Text hatte:

„Die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee ist angeordnet." (La mobilisation de l'armée russe est ordonnée.)

Im französischen Gelbbuch war der Text dieses Telegramms folgendermassen angegeben:

„Auf Grund der allgemeinen Mobilmachung Österreichs und der von Deutschland seit sechs Tagen geheim aber unausgesetzt betriebenen Mobilisierungsmassnahmen ist der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung des russischen Heeres erlassen worden, da Russland nicht ohne die schwerste Gefahr zugeben kann, dass ihm weiter zuvorgekommen werde; in Wirklichkeit entsprechen seine militärischen Massnahmen nur den von Deutschland getroffenen.

Aus gebieterischen strategischen Gründen konnte Russland, nachdem es erfahren hatte, dass Deutschland rüste, die Umwandlung der teilweisen Mobilisierung in die allgemeine Mobilisierung nicht länger hinausschieben."

Abgesehen von der Fälschung des Dokumentes an sich, sind die in dem erfundenen Telegramm aufgeführten Begründungen für die Anordnung der allgemeinen russischen Mobilmachung nicht zutreffend:

Die österreichische Mobilmachung ist erst am 30. Juli 11 Uhr 30 vormittags unterzeichnet worden.

Die Angabe, dass seit sechs Tagen Deutschland geheime Mobilmachungsmassnahmen getroffen hat, trifft nicht zu. Bekanntlich wurde noch am

30. Juli 6 Uhr abends der Antrag des XVI. Armeekorps (Metz), den Bahn- und Grenzschutz ausrücken zu lassen, abgelehnt[1]).

„Gebieterische“ strategische Gründe für die Anordnung der allgemeinen russischen Mobilmachung lagen nicht vor, da Deutschland noch keinerlei Rüstungen zu Lande angeordnet hatte. Lediglich für die Flotte war „Sicherung“ befohlen worden.

Telegramm Nr. 118 des französischen Gelbbuches ist daher nicht nur ein gefälschtes, sondern auch ein falsches Dokument.

A. W.

Die „Kriegsschuld“ ein ungeschichtliches Problem.

In einer Besprechung des „Leitfadens zur Kriegsschuldfrage“ führt der italienische Historiker Corrado Barbagallo aus, wie unwissenschaftlich es ist, von einer „Kriegsschuld“ zu sprechen. Er schreibt:

„Die „Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch“ ist ein ungeschichtliches Problem (problema antistorico), das der Versailler Friede in die Welt gesetzt hat, und das daraufhin von der deutschen Wissenschaft aufgegriffen worden ist und aufgegriffen werden musste. Die Annahme einer Schuld, einer Verantwortlichkeit setzt eine allgemein gültige, übereinstimmende Moral voraus, die gewisse Handlungen billigt und andere missbilligt: im vorliegenden Falle also eine intereuropäische Moral, die schon die blosse Tat der Initiative zum Kriege verurteilt. Aber nicht nur gibt es trotz der furchtbaren Erfahrungen, trotz der Theorien Wilsons und trotz der Gründung einer „Gesellschaft der Nationen“ auch heute eine solche Moral noch nicht, sondern 1914 war man von solcher Moral so weit entfernt, dass der Krieg als ein normales und legitimes Mittel galt, um internationale Konflikte, die auf andere Weise nicht beigelegt werden konnten, zu entscheiden. Jede Nation verwendete damals grossen Eifer, ja setzte ihre Ehre darein, sich auf die blutige Probe vorzubereiten. Die Erforschung der Kriegsursachen sollte sich daher nur mit der Untersuchung der Tatsachen beschäftigen, ohne das tragische moralische Element hereinzuziehen, das in Versailles hineingelegt und von der deutschen Kritik der Nachkriegszeit aufgegriffen worden ist. Das Problem sollte, losgelöst von jeder moralischen Beimischung, einfach lauten: Wie gingen in Wirklichkeit die Ereignisse vor sich, die zum Kriege führten?“

Das sind wahrlich beherzigenswerte Worte. Die deutsche Forschung würde nichts sehnlicher wünschen, als dass das Problem des Kriegsausbruches in der angegebenen Weise sine ira et studio erörtert würde. Der Anfang zu einer solchen wissenschaftlichen Behandlung aber müsste von denen ausgehen, die zuerst den moralischen Gesichtspunkt hereingezogen haben.

M. M

[1]) Vgl. „Zeitübersicht über die Mobilmachungen 1914“ von Graf Max Montgelas. „Merkblätter zur Schuldfrage“ 2. Jahrgang. — Nr. 20.

Monatsbericht.

Presseschau.

Reichskanzler Dr. Stresemann zur Kriegsschuldfrage!

In seiner Rede in Hagen, am 25. Oktober, sagte der Reichskanzler u. a.: „Wenn man aus klar erkennbaren Gründen in Frankreich immer wieder den Versuch macht, Deutschland allein die Schuld am Weltkrieg aufzubürden, so weise ich diese K r i e g s s c h u l d l ü g e mit aller Entschiedenheit zurück. Deutschland hat seine Archive aller Welt geöffnet und hat sich bereit erklärt, sich einem internationalen Gerichtshof zur Beurteilung seiner Kriegsschuld zu unterwerfen. Wenn alle ein so gutes Gewissen haben wie Deutschland, so sollen sie einmal dasselbe tun.“

Knilling verlangt Offensive in der Schuldfrage. — „Münchener Neueste Nachr.“, 5. Oktober 1923. Nr. 270.

In einer von der „Arbeitsgemeinschaft für Wahrheit, Recht und Ehre“ einberufenen Versammlung betonte Ministerpräsident von Knilling in einer Ansprache, dass der Kampf gegen die Schuldlüge im Vordergrund der moralischen Offensive stehen müsse. Hier handle es sich um eine Grundforderung, die jeder Deutsche voranstellen müsse.

Aus Asquiths Memoiren. Von Alfred von Wegerer. — „Deutsche Tageszeitung“, 21. Oktober 1923, Nr. 488.

Der Verfasser hebt Asquith's Auffassung hervor, dass weniger die deutsche Flotte als die Schiffsbauten der kleinen Nationen in Verbindung mit einer Koalition England beunruhigte, und stellt einige Angriffe Asquith's gegen den deutschen Vorkriegsmilitarismus richtig.

Lord Morley †. — „Berliner Tageblatt“, 24. IX. 1923, Nr. 448.

Am 23. September 1923 ist Lord Morley im Alter von 85 Jahren gestorben. Er hat im August 1914 zusammen mit seinem Ministerkollegen John Burns und dem Unterstaatssekretär Charles Trevelyan durch seinen Rücktritt aus dem Kabinett Asquith gegen die englische Kriegserklärung an Deutschland protestiert.

Bonar Law †.

Bonar Law ist am 30. Oktober im Alter von 65 Jahren in London gestorben. Bonar Law hat im August 1914 als Führer der Oppositionspartei wesentlich zum Eintritt Englands in den Krieg beigetragen, da er am 2. August 1914 in einem Brief an den Ministerpräsidenten Asquith die Notwendigkeit des englischen Eingreifens an seiten Russlands und Frankreichs hervorhob. Da dieser Brief bisher nur in der „Times“ vom 15. Dezember 1914 veröffentlicht worden ist, geben wir ihn nachstehend in Uebersetzung wieder.

2. August 1914.

Lieber Herr Asquith, Lord Lansdowne und ich halten es für unsere Pflicht, Sie in Kenntnis zu setzen, dass es nach unserer Meinung und der Meinung aller Kollegen, die wir zu Rate ziehen konnten, für die Ehre und die Sicherheit des vereinigten Königsreichs verhängnisvoll wäre, mit der Unterstützung Frankreichs und Russlands in dem gegenwärtigen Zeitpunkt zu zögern: und wir bieten der Regierung ohne Zögern unsere Unterstützung für alle Massnahmen an, die sie zu diesem Zwecke für notwendig betrachten sollte.

Ihr sehr ergebener
Bonar Law.

Aus Zeitschriften.

Aus den diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914. Von Professor Dr. Karl Stählin. — „Zeitschrift für Politik“, XIII. Bd., 1923, Heft 2.

Professor Stählin behandelt auf Grund der Akten und unter Benutzung des

ersten Bandes des Krasny-Archivs den deutsch-russischen Rückversicherungsvertrag von 1887 und die Fortwirkungen der bulgarischen Krise von 1887.

Geschichtswerdung und Geschichtsschreibung. Von Bernhard Schwertfeger. — „Archiv für Politik und Geschichte“, September 1923.

Oberst Schwertfeger führt aus, dass der Übergang vom geschichtlichen Werden in die Geschichtsschreibung nie so deutlich beobachtet werden konnte wie in unserer Zeit. Nie aber sei auch die Verantwortung derer grösser gewesen, die an der Geschichtsgestaltung beteiligt sind. In höchstem Masse gelte dies für die deutschen Historiker der Gegenwart, die berufen seien, an dem Prozess der Geschichtswerdung in dem Sinne mitzuarbeiten, das eigene Vaterland von der ihm in Versailles aufgezwungenen Schuld zu entlasten. Oberst Schwertfeger gibt dann in grossen Zügen einen Umriss der Fragen, deren Beantwortung für die Erforschung der Kriegsursachen von grösster Bedeutung ist.

G. P. Gooch: History of Modern Europe 1878—1919. Cassell, London-New York 1923. Besprechung von Hermann Lutz-München. — „Archiv für Politik und Geschichte“, Oktober 1923.

Gooch, der die Friedenspolitik Bismarcks seit 1870 durchaus anerkennt, sieht in dem Abschluss des russisch-französischen Bündnisses das Zeichen, dass Bismarcks Herrschaft vorüber war. In der Beurteilung der Marokkokrise zeigt Gooch viel Verständnis für die deutsche Auffassung. In dem österreichischen Ultimatum an Serbien sieht er eine grössere Schuld als in der russischen Mobilmachung. (Gooch hat die Schrift des General Dobrorolski nicht verwertet.) Lutz glaubt, dass das Werk Goochs als Ausgangspunkt für eine internationale Prüfung der Verantwortlichkeiten für den Weltkrieg dienen könnte.

Le double assassinat de Serajewo et la collusion franco-anglo-russe pour „européaniser“ le conflit. Communication de la Société d'Etudes documentaires et critiques. — „Vers la Vérité“, Octobre 1923.

Die „Société“ stützt ihre Ausführungen auf die Telegramme des russischen Aussenministers Sasonow an den russischen Botschafter in Wien vom 22. Juli (Nr. 1475) und des französischen Ministerpräsidenten Viviani an das französische Auswärtige Amt vom 24. Juli (Gelbbuch 22). Die „Société“ erklärt, dass aus diesen Telegrammen klar hervorgehe, dass England, Frankreich und Russland vor Kenntnis des österreichischen Ultimatums an Serbien offen für Serbien Partei ergriffen hätten.

Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale.

Seit dem 1. April 1923 erscheint in Paris im Verlag von Alfred Costes eine neue Zeitschrift „Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale“. Sie ist das Organ der „Société d'Histoire de la Guerre“, deren Generalsekretär Pierre Renouvin zugleich Herausgeber der Revue ist. Die Zeitschrift erscheint dreimonatlich. Sie veröffentlicht kritische Arbeiten über die politische und militärische Geschichte des Weltkrieges, Dokumente und Erinnerungen und bringt eine sehr umfangreiche Zusammenstellung der wichtigsten und neu erschienenen Bücher, Zeitschriften und Presseartikel Frankreichs und des Auslandes. Aus dem Inhalt der bisher erschienenen Hefte 1 bis 3 erwähnen wir:

Général Dobrorolski: La mobilisation russe en 1914. — April/Juni 1923.

Eine Übersetzung der auch in deutscher Sprache bereits erschienenen Erinnerungen des Generals Dobrorolski, die zum ersten Mal in der Belgrader Zeitschrift „Vojenny Sbornik“, 1921, erschienen ist.

Général Daniloff: La mobilisation russe en 1914. Oktober 1923.

Eine Entgegnung des ehemaligen ersten russischen General-Quartiermeisters auf die Schrift des General Dobrorolski.

Bücherschau.

Voranzeigen.

In Vorbereitung befindet sich eine französische Übersetzung des „Leitfadens zur Kriegsschuldfrage“ von Graf Max Montgelas. Die Übersetzung liegt in den Händen von Fernand Gouttenoire de Toury, der auch bereits die erste Schrift des Grafen Montgelas: „Die Schuldfrage“ übersetzt hat.

Becker, Dr., Otto: Bismarck und die Einkreisung Deutschlands. Teil II: Das französisch-russische Bündnis; Teil III: Die Triple-Entente. Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8.

Zedlitz-Trützschler, Graf von: Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin.

Im Verlag für Kulturpolitik, München, wird demnächst in deutscher Übersetzung erscheinen: H. A. Asquith: Der Ursprung des Weltkrieges.

Unter dem Titel: Briefwechsel zwischen Nikolai und Alexandra Romanow erscheint in Kürze in Moskau ein vierbändiges Werk, das alle Briefe und Telegramme enthalten wird, welche Zar Nikolaus II. und die Zarin Alexandra ausgetauscht haben. Der dritte Band, der die Jahre 1914/15 umfasst, wird zuerst herauskommen.

Neuerscheinungen.

Becker, Dr. Otto: Bismarck und die Einkreisung Deutschlands. Teil I: Bismarcks Bündnispolitik. Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8.

Bethmann Hollweg, de, Theobald: Souvenirs. Traduction française. Charles Lavauzelle et Cie. Paris, 1923. Eingehende Besprechung: „Le Temps“, 4. Oktober 1923.

Bornhak, Conrad: Im neuen Reiche. Deutsche Geschichte von 1871 bis 1890 auf Grund der Akten. Hafenverlag, Berlin, 1923.

The Cambridge History of British Foreign Policy 1783—1919. Edited by Sir A. W. Ward and G. P. Gooch. Volumne III. 1866—1919. Cambridge, at the University Press, 1923.

Hoffmann, Max, General: Der Krieg der versäumten Gelegenheiten. Verlag für Kulturpolitik, München, 1923, 232 Seiten.

Schnee, Heinrich, Dr., letzter Gouverneur von Deutsch-Ostafrika: Weltpolitik. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig, 1923. Das Buch behandelt u. a.: Weltpolitik der Grossmächte; Die Einkreisung Deutschlands; Kriegsausbruch und Schuldfrage; Deutschlands Leitung versagt; Geheimverträge der Entente-mächte; Versailler Diktat-Schuldlüge.

Schwarte, Max, Generalleutnant a. D.: Der grosse Krieg 1914—1918, Band 2: Der deutsche Landkrieg. 2. Teil. Vom Frühjahr 1915 bis zum Winter 1916/17. Band 10: Die Organisation der Kriegführung. 3. Teil. Die Organisationen für das geistige Leben im Hause.

Zdziechowski, Maryan, Professor: Europa Rosya a Asia, Wilna, 1923. Der Verfasser, der keineswegs deutschfreundlich ist, wahrt in anerkennenswerter Form die Objektivität in der Beurteilung der Schuldfrage.

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 48.

Die Politik der freien Hand.

Ein Blick auf die deutsche Außenpolitik von 1890—1897.

Heinz von Trützschler.

Immer wieder haben Geschichtsschreiber und Politiker den entscheidenden Grund für die Erfolge der englischen Politik darin gesehen, dass Schicksal und Wille den leitenden Staatsmännern des Inselreiches bestimmte Richtlinien aufzwangen, die, unabhängig von den Schwankungen des Tages wie den jeweiligen politischen Doktrinen der herrschenden Gewalten, der britischen Politik die ruhige und zielbewusste Stetigkeit gaben, die schliesslich aus dem kleinen nordischen Inselreich den festgefügten Bau des weltumspannenden britischen Imperiums erwachsen liess. Das Ziel dieser Tradition, die ihre feste Verankerung in dem aussenpolitisch geschulten Blick des ganzen englischen Volkes fand, war seit Jahrhunderten, auf dem europäischen Kontinent das Aufkommen einer dominierenden Macht oder Mächtegruppe durch Unterstützung der jeweils schwächeren politischen Faktoren zu verhindern; dazu kam in neuerer Zeit mit der Ausweitung des Reiches die weltpolitische Aufgabe, die wichtigste Lebensader des entstehenden Weltreiches, den Weg nach Indien, mit allen diplomatischen und militärischen Mitteln zu schützen. Beide Zielsetzungen waren bis zum Weltkrieg, ja sind noch in der Gegenwart für die englische Politik entscheidend, wenn sie auch unter dem weltpolitisch-imperialistischen Denken des 20. Jahrhunderts gewisse Umbiegungen erfahren haben.

Eine ähnliche Gradlinigkeit in den politischen Tendenzen scheint uns in der europäischen Politik Frankreichs entgegenzutreten. Als noch kaum die Existenz eines unabhängigen französischen Nationalstaats gesichert war, wandten sich bereits die Blicke ostwärts, und schon in den Zeiten des ausgehenden Mittelalters wies die Theorie von den natürlichen Grenzen auf den Rhein[1]). In Jahrhunderten blieb das Ziel der französischen Aussenpolitik das gleiche. Mochten auch die äusseren Formen mannigfach wechseln; ob Ludwig XIV. „Reunionen" vollzog, ob die Heere der Jakobiner die Ideen von 1789 über den Rhein trugen, ob der grosse Erbe der Revolution sich zum Protektor der „freien" deutschen Fürsten machte, ob schliesslich ein Clemenceau und Poincaré seit 1918 ihre Tendenzen als „Reparationen und Sanktionen" umschreiben, — eine einzige schicksalhafte Grundlinie scheint immer wieder eingehalten zu sein, die wohl in der geographischen Lage ihre letzte Begründung hat[2]). Das Streben nach dem

---

[1]) Vergl. Fritz Kern, Die Anfänge der französischen Ausdehnungspolitik, Tübingen 1910, Kap. II.

[2]) Vergl. Paul Wentzcke, Die Einheitlichkeit der französischen Aussenpolitik vom 14. bis ins 20. Jahrhundert, Archiv für Politik und Geschichte 1. Jahr, Heft 1 (Januar 1923).

Rhein, das eben war doch auch das letzte Motiv, das die Politik der dritten Republik von Frankfurt bis Versailles und darüber hinaus bis in die Gegenwart hinein bestimmt hat[1]); der Revanchegedanke der Vorkriegszeit war nur sein populärer Ausdruck.

Wenn wir bei den anderen europäischen Grossmächten des ausgehenden 19. Jahrhunderts nach solchen traditionellen Bindungen ihrer auswärtigen Politik suchen, so werden wir bei Russland nur Ansätze finden können; das ist zweifellos eine Folge seiner verhältnismässig jungen Geschichte und seiner geringen geistigen Kultur. Immerhin kann man am Ende des 19. Jahrhunderts bereits zweierlei feststellen: Das natürliche Streben nach dem freien Meere — im Osten wie im Südwesten — Wladiwostok und Konstantinopel — und, teilweise im Dienst des ersten Zieles, ein Erwachen der nationalen Idee im Sinne des ständig wachsenden Panslawismus.

Alle diese Bindungen der politischen Kräfte wuchsen aus geographischer Lage und historischer Gestaltung der grossen Mächte schicksalhaft empor. Und eben diese beiden Faktoren bewirkten, dass der jüngsten europäischen Grossmacht, dass Preussen-Deutschland von vornherein solche festen Richtlinien und natürlichen Zielsetzungen fehlten. Die Mittellage zwischen den mächtigen Nachbarn im Osten und Westen und der Mangel einer einheitlichen nationalen Tradition drängten den Staatsmännern der jungen Monarchie eine Politik ohne feste Bindungen fast unausweichlich auf; der neue Grossstaat musste zwischen den bestehenden Staaten vorsichtig eine selbständige, unabhängige Stellung einzunehmen suchen und konnte erst allmählich die feste Fundierung in einem grossen Mächtesystem finden. So wurde die Politik der freien Hand deutsches Schicksal. Fürst Bismarck überwand dieses Schicksal durch das geniale Gebäude seiner diplomatischen und militärischen Sicherungen; die Staatsmänner Kaiser Wilhelms II., insbesondere in den entscheidenden Jahren der Reichskanzler Fürst Bülow, erhoben es zum Prinzip und überlieferten so das Reich dem Verhängnis der Isolierung.

Im folgenden soll versucht werden, in ganz grossen Zügen die Linie aufzuzeigen, die die auswärtige Politik des Deutschen Reiches in den ersten Jahren des Neuen Kurses bis zum Amtsantritt Bernhard von Bülows als Staatssekretär verfolgte. Diese Epoche, über die die Welt soeben aufs genauste durch die Fortsetzung der grosszügigen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes „Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914“[2]), Band VII—XII, unterrichtet wird, bildet sozusagen die Grundlage für die entscheidenden Jahre der wilhelminischen Vorkriegspolitik; hier liegen die ersten grossen Unterlassungssünden, die den Anschluss an eine der entscheidenden Weltmächte — Russland oder England — verhinderten; hier aber wird man auch Aufschluss finden über die innersten Motive einer so oft mit lauten und polternden Methoden arbeitenden Diplomatie, die doch schliesslich immer nur wieder an der Bewahrung des Friedens mit fast dogmatischer Starrheit festhielt.

Fürst Bismarcks politische Orientierung war nach Tradition und Gesinnung zunächst eine östliche; das Bündnis der Dreikaisermächte ist allezeit sein politisches Ideal gewesen. Frankreich hatte er vergeblich zu versöhnen gesucht; nachdem das Zusammengehen in kolonialen Fragen, das

---

[1]) Vergl. Paul Wentzcke, Die Rheinpolitik der dritten französischen Republik. Archiv für Politik und Geschichte 1. Jahr, Heft 2 (März 1923).

[2]) Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte.

unter dem Ministerium Ferry zeitweise einen deutschfranzösischen Ausgleich erhoffen liess, 1885 ein jähes Ende gefunden hatte, rechnete der deutsche Kanzler mit der französischen Feindschaft als mit einer unabänderlichen Naturtatsache. Doch erwies sich eine rein östliche Orientierung bald als unmöglich; schon seit 1875 gab es Reibungen mit Russland, und nachdem alle möglichen Schwierigkeiten überwunden waren, ging 1887 in den Stürmen der bulgarischen Krise das Dreikaiserbündnis endgültig in die Brüche, und Bismarck konnte nur mit Mühe in dem ganz geheimen Rückversicherungsvertrag einen notdürftigen Ersatz finden. Mit der steigenden Unzuverlässigkeit Russlands wuchs für Bismarcks Sicherungspolitik die Bedeutung des weltpolitischen Antipoden England, und so zeigt denn Bismarcks Politik in den letzten Jahren seiner Tätigkeit eine wachsende Hinneigung nach England [1]), die in dem sogenannten „Balkandreibund" vom Dezember 1887 und in dem Bündnisangebot an England vom Januar 1889 ihren deutlichen Ausdruck fand.

Dem oberflächlichen Beschauer möchte es fast scheinen, als wenn die Männer des Neuen Kurses auf den Wegen Bismarcks daherwandelten und nur das Tempo beschleunigt hätten, als sie ihre Tätigkeit mit einer deutlichen Abwendung von Russland begannen. Es ist hier nicht der Ort, ausführlich die Gründe zu analysieren, die zu der folgenschweren Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrags führten; soweit sie sachlicher (nicht wie bei Holstein persönlicher)[2]) Natur waren, bestanden sie zumeist in dem Glauben, dass der deutsch-russische Geheimvertrag mit den anderen Bündnisverpflichtungen Deutschlands, besonders mit dem österreichischen Bündnis von 1879, nicht vereinbar sei, und in der Furcht, dass man sich durch den Vertrag „schon in Friedenszeiten in die Hand der Russen liefere". Die Angst vor einem russischen Vertrauensbruch und seinen möglichen Folgen für das Verhältnis Deutschlands zu Österreich und England klingt als entscheidendes Motiv durch alle Aufzeichnungen der leitenden deutschen Staatsmänner über die Bündnisfrage hindurch. In der eigenhändigen Aufzeichnung Caprivis vom 28. März 1890 heisst es, „das Bekanntwerden des Vertrages, sei es durch eine absichtliche oder zufällige Indiskretion, gefährde den Dreibund und sei geeignet, England von uns abzuwenden[3])", und als die Russen während der Sommermonate immer wieder versuchten, zu irgendeinem, wenn auch noch so geringfügigen Vertrage mit Deutschland zu kommen, schrieb der neue Staatssekretär Freiherr von Marschall: „Der entscheidende Punkt bleibt der, dass wir durch jede g e h e i m e Abmachung mit Russland dem letzteren eine Waffe in die Hand geben, um in wirksamer Weise bei unseren Verbündeten Misstrauen gegen uns zu erwecken[4])." Besonders bezeichnend aber sind die Worte, mit denen Herr von Holstein, der eigentliche Leiter der Politik des Neuen Kurses, eine Abmachung über die Meerengen ablehnte: „Wenn wir die Meerengenklausel jetzt verlängern, so muten wir den Russen zu,

[1]) Zu Bismarcks Politik gegenüber England bringt Band X der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes Seite 216, Anmerkung †, einen interessanten Erlass nach Rom vom 28. 2. 1888, der erneut zeigt, dass Bismarck kein englisch-deutsches Bündnis mit antirussischer Spitze erstrebte, wohl aber auf das Zusammengehen Österreichs, Italiens und Englands im nahen Orient das grösste Gewicht legte.

[2]) Vergl. dazu Vindex Scrutator: Warum der russische Draht zerriss. „Der Tag", Ausgabe B (rot) 4. November 1920.

[3]) A. A. VII, Nr. 1369.

[4]) A. A. VII, Nr. 1375.

eine Tatsache geheimzuhalten, die, wenn vertraulich den Engländern mitgeteilt, den Keil des Misstrauens zwischen England und Deutschland schieben, dagegen aber Moriers [1]) Gedanken einer englisch-russischen Verständigung der Verwirklichung näherbringen würde[2])."

Schon die wiederholte deutliche Abweisung irgendeines Abkommens mit Russland musste die Leiter der russischen Aussenpolitik stutzig machen; andere facta kamen hinzu, um Herrn von Giers und den Zaren vollends zu dem Glauben zu bringen, Deutschland habe sich völlig in das Fahrwasser Englands begeben. Am 1. Juli 1890 kam der Vertrag zwischen Deutschland und England zustande, der dem Reiche gegen Aufgabe der Insel Sansibar und fruchtbarer Küstenstriche in Ostafrika das kleine Felsennest Helgoland vor den Mündungen seiner Nordseeströme verschaffte. Damit war vor aller Welt die deutsch-englische Annäherung bekundet. Es nimmt nicht weiter wunder, dass man in Paris und Petersburg an weitere geheime Bestimmungen glaubte, die ein politisches Zusammengehen beider Länder in Zukunft erwarten liessen. Die mit lautem Beifall von der englischen Presse verkündete Erneuerung des Dreibundes im Mai 1891, der Besuch der englischen Mittelmeerflotte in der Adria und ihre Begrüssung durch Kaiser Franz Joseph und König Humbert, der begeisterte Empfang, der Kaiser Wilhelm II. im Juli 1891 in London bereitet wurde, all das schien diesem Glauben neue Nahrung zu geben[3]). In Russland gab es schon lange eine starke nationale Partei, die den Anschluss an Frankreich predigte; sie hatte bereits dem Fürsten Bismarck ernste Sorgen bereitet, aber der erste Reichskanzler fand allezeit eine Stütze seiner Politik in dem deutschfreundlichen Aussenminister von Giers und in Zar Alexander III., der die Republik verabscheute. Beide konnten sich nunmehr unter dem Eindruck der deutsch-englischen Annäherung den nationalen Strömungen ihres Landes nicht länger entziehen; im März 1891 bereits, als an der Seine die Wogen des Deutschenhasses aus Anlass der Anwesenheit der Kaiserin Friedrich wieder einmal emporbrandeten, telegraphierte Herr von Giers an seinen Botschafter in Paris zur Mitteilung an den französischen Aussenminister Ribot: „Die Entente Cordiale, die so glücklich zwischen Frankreich und Russland aufgerichtet ist, ist die beste Garantie für den Frieden. Während der Dreibund sich in Rüstungen ruiniert, ist das enge Einvernehmen (l'accord intime) der beiden Länder nötig, um in Europa ein richtiges Gleichgewicht der Kräfte aufrecht zu erhalten[4])." In einem Schriftwechsel zwischen Giers und Ribot fand dieses Einvernehmen Ende August 1891 seinen ersten vertraglichen Niederschlag[5]); der Umstand, dass der Abschluss der ersten russisch-französischen Militärkonvention erst Ende 1893 erfolgte, änderte nichts an der Tatsache, dass Russland und Frankreich seit Mitte 1891 zu einem festen Mächteblock zusammengeschlossen waren.

So hatten die ersten aussenpolitischen Taten des Neuen Kurses ein factum heraufgeführt, das zu verhindern Ziel und Erfolg jahrelanger Anstrengungen des ersten Reichskanzlers gewesen war. Es war wahrlich ein Missverstehen Bismarcks, wenn man sich dafür auch noch auf seine Russlandpolitik berief. Nur ganz nebenbei sei bemerkt, dass durch den Ab-

---

[1]) Der englische Botschafter in Petersburg.

[2]) A. A. VII, Nr. 1374.

[3]) Vergl. A. A. VIII, Nr. 1726.

[4]) L'Alliance Franco-Russe, Troisième livre jaune français, Paris, 1918, p. 8.

[5]) L'Alliance Franco-Russe, a. a. O. p. 27 ss.

bruch der Beziehungen zu Russland auch der Wert des österreichischen Bündnisses sich verschob. War Fürst Bismarck in diesem Verhältnis der stärkere Teil gewesen, da er allezeit mit anderen Kombinationen drohen konnte, so war das nach dem endgültigen Zusammenschluss Frankreichs und Russlands absolut unmöglich; wollte man nicht das Gespenst der Kaunitzschen Koalition heraufbeschwören, musste man wohl oder übel Österreich bei der Stange halten und auch die gefährlichen ungarischen Balkanaspirationen mit in Kauf nehmen. Überall glitt so die Führung der europäischen Politik aus den Händen der deutschen Staatsmänner.

War nun wenigstens dafür ein fester Rückhalt bei England gewonnen? Zunächst hatte es ja, wie bereits erwähnt, nach aussen den Anschein, ols ob es gelungen wäre, das britische Inselreich dauernd in ein enges Freundschaftsverhältnis zum Dreibund zu bringen. Aber tatsächlich zeigte sich doch bald, dass England keineswegs gewillt war, irgendwie auf seine „splendid isolation" zu verzichten. Im Mai und Juni 1891 versuchte der italienische Ministerpräsident Rudini die Engländer zu einem Abkommen zu bewegen, das die Abmachungen des Jahres 1887 auch auf das westliche Mittelmeerbecken ausdehnen sollte; wie Rudini zum deutschen Botschafter in Rom Grafen Solms sagte, wurde er dabei von der Idee geleitet, „dass man einmal den Versuch machen könnte, England endgültig an den Dreibund heranzuziehen[1])". Doch Lord Salisbury antwortete durchaus ausweichend; seine Stellung war sowieso schon durch parlamentarische Angriffe, die sich auf französische Enthüllungen über das englisch-italienische Einvernehmen stützten, ernstlich erschüttert. Es war für die deutsch-englischen Beziehungen auch wenig förderlich, dass bei den Wahlen des Sommers 1892 die Konservativen eine Niederlage erlitten und Lord Salisbury durch den Russen- und Franzosenfreund Gladstone ersetzt wurde. Das neue Kabinett war noch weniger willens, sich im Mittelmeer und im nahen Orient zu binden; das mussten besonders die Italiener bald deutlich spüren, die ja allezeit das stürmischste und selbst aggressive Element des Dreibundes gewesen sind.

Einen Gradmesser für die Neigung Englands, mindestens mit den Mittelmeermächten des Dreibunds in naher Fühlung zu bleiben, bildete stets das Problem der türkischen Meerengen. In dem Abkommen von 1887 hatte sich England zu einer Verteidigung der Dardanellen verpflichtet, und noch im Juli 1891 erklärte Salisbury zu Freiherrn von Marschall bei ihrer Zusammenkunft in Windston Castle, Deutschland könne darauf rechnen, dass England im entscheidenden Moment im Orient seine Interessen selbst wahrnehmen würde[2]). Aber in den folgenden Jahren vollzog sich ein merklicher Umschwung. Offensichtlich sah man von London aus den Dingen in Konstantinopel mit steigender Gleichgültigkeit zu, und es mehrten sich die Nachrichten, dass England eine Besetzung der türkischen Hauptstadt durch die Russen ruhig hinnehmen wolle[3]). Ende 1894 schien das englische Kabinett auf eine Verständigung mit Russland loszusteuern und dabei sein bisheriges Eintreten für die Meerengen ganz aufzugeben. Tatsächlich verlor der Ausgang des Schwarzen Meeres für die englische Politik um so mehr an Bedeutung, je fester sich die Stellung Englands in Ägypten gestaltete.

---

[1]) A. A. VIII, Nr. 1714, S. 50.
[2]) A. A. IX, Nr. 2111.
[3]) Vergl. A. A. IX, Nr. 2135 und Nr. 2136.

Die wachsende Zurückhaltung der englischen Politik veranlasste die Berliner Regierung zu mannigfachen Vorstellungen in London. Im November 1892 bereits führte Graf Hatzfeldt eine ernste Sprache zum englischen Aussenminister Lord Rosebery, wenn auch der bewährte Botschafter, welcher, eine letzte Säule Bismarckscher Tradition, noch ein Jahrzehnt lang einen heilsamen und hemmenden Einfluss auf die Staatsmänner Wilhelms II. ausübte, und dessen ernste Erkrankung seit 1899 von folgenschwerer Bedeutung werden sollte, es ablehnte, mit einer Schwenkung der deutschen Politik zu drohen[1]). Im Hochsommer 1893 schien zwar erneut der Anschluss Englands an die Mittelmächte nahe bevorzustehen; unter dem Eindruck des ernsten Konflikts mit Frankreich in Siam sprach Lord Rosebery von der Möglichkeit, die Quadrupelallianz durch die Verbindung Englands mit dem Dreibund zustande zu bringen[2]). Aber kaum hatte sich das Unwetter ein wenig verzogen, so setzte die alte englische Taktik des Ausweichens wieder ein; so sah sich Graf Hatzfeldt veranlasst, am 5. Dezember 1893 Lord Rosebery sehr nachdrücklich auf die Gefahren derselben für die britische Politik hinzuweisen: „Nach meinem rein persönlichen Gefühl nähme an manchen Höfen die Überzeugung zu, dass die ganze europäische Politik demnächst an einen Wendepunkt kommen müsste, der, wenn England in seiner bisherigen Untätigkeit und Gleichgültigkeit verharre, zu einer anderen Entwicklung der Dinge in Europa führen müsse und für sie eine Aufforderung enthalte, sich beizeiten vorzusehen[3]).“

Auch auf kolonialem Gebiet trug die Hinwendung zu England der deutschen Politik keine Früchte ein, im Gegenteil, die Briten setzten, wie schon zu Fürst Bismarcks Zeiten, jedem bescheidenen Versuche Deutschlands, der kolonialen Expansion der anderen Grossmächte zu folgen, erbitterten Widerstand entgegen. Fürst Bismarck hatte es nun verstanden, seine überlegene Stellung in Europa den kolonialen Zielen Deutschlands nutzbar und England durch Drohungen, z. B. mit einer Änderung seiner Haltung in Ägypten, gefügig zu machen. Die verminderte Machtstellung Deutschlands in Europa, eine automatische Folge des französisch-russischen Zusammenschlusses, wirkte sich nun auch auf kolonialem Gebiete aus. In Samoa, Kamerun, Kongo — überall gab es Zwistigkeiten mit England, die erst in langwierigen und unerquicklichen Verhandlungen ihre Erledigung fanden.

So hatte die Politik des Neuen Kurses beim britischen Vetter mannigfache Enttäuschungen erlebt, und es war verständlich, dass die Politik des dritten Kanzlers wieder mehr in das russenfreundliche Fahrwasser einlenkte. Ein Zufall schien die neue Wendung zu begünstigen; am 1. November 1894 starb Alexander III., und der neue Zar schien in aufrichtiger Bewunderung den Deutschen Kaiser zu verehren. Beide Herrscher traten bald in einen regen Telegramm- und Briefwechsel, und wenn es auch historischer Anachronismus gewesen wäre, in dem Zeitalter des erwachten Nationalismus von dieser Freundschaft zweier Dynasten einen Umschwung der politischen Gesamtlage zu erwarten, so war doch zumindest ein Weg gewonnen, auf dem Deutschland seine intimsten politischen Ansichten nach Petersburg gelangen lassen konnte.

---

[1]) A. A. VIII. Nr. 1744.
[2]) A. A. VIII, Nr. 1750.
[3]) A. A. IX, Nr. 2137.

Obgleich die neue Regierungsperiode in Russland mit einer Verstimmung zwischen beiden Höfen begann, die durch die plötzliche, für Berlin überraschende Ernennung des soeben zum russischen Botschafter in Berlin designierten Fürsten Lobanow zum russischen Aussenminister hervorgerufen war und zu der Abberufung des Botschafters von Werder führte, finden sich bald Äusserungen wachsenden Einvernehmens zwischen beiden Regierungen. Graf Osten-Sacken, der Nachfolger des Fürsten Lobanow in Berlin, bekundete am 6. April 1895 dem Fürsten Eulenburg in Wien die starke Friedensliebe Russlands und sagte dabei wörtlich: „Hält Kaiser Wilhelm seine dominierende Stellung aufrecht, zugleich als Hort des Friedens (denn dieser ruht wesentlich, ja fast ausschliesslich in seiner Hand), so garantiert Russland den Frieden an Deutschlands Grenze[1]).“

Die Annäherung zwischen den beiden Monarchien fand jedoch ihren entscheidenden Ausdruck erst durch ihre gemeinsame Politik im fernen Osten. Hier verliess Deutschland zum ersten Male bewusst den engen Rahmen seiner europäischen Politik und trat nun auch aktiv in die grossen weltpolitischen Rivalitäten ein. Hatte man noch im Oktober 1894 jede Intervention im japanisch-chinesischen Kriege als uninteressiert abgelehnt, so befreundete man sich anfangs 1895 mit dem vom Gesandten in Peking Freiherrn Schenck zu Schweinsberg angeregten Gedanken[2]), für den Fall, dass es zu territorialen Erwerbungen der Grossmächte in China kommen sollte, seinerseits auf die Bucht von Kiautschou Hand zu legen. Seit Ende März 1895 suchte die deutsche Regierung die Fühlungnahme mit dem russischen Nachbarn, der in Berlin mit Recht als die am meisten interessierte Macht in Ostasien angesehen wurde. Als daher am 8. April die russische Regierung anregte, gemeinsam in Tokio gegen eine Annektion chinesischen Festlandes durch Japan vorstellig zu werden, war man an der Spree sofort bereit, „sich dem russischen Vorschlage bedingungslos anzuschliessen“, und zwar wesentlich, „da ein Zusammengehen unsererseits mit Russland in dieser asiatischen Angelegenheit von nicht zu unterschätzendem Einfluss auf die Stellung Russlands zu uns in Europa sein müsste[3])“. So kam es zu dem sogenannten „ostasiatischen Dreibund“, der dem jungen Imperialismus Japans die Früchte des eben errungenen Sieges aus den Händen riss. Es war verständlich, dass in Tokio die erzwungene Reduktion des Friedens von Schimonoseki ernste Verstimmung zurückliess. Sie wandte sich in erster Linie gegen Deutschland, das bisher in Ostasien politisch gänzlich uninteressiert gewesen war, und dessen Gesandter Freiherr von Gutschmid sich entgegen den Berliner Weisungen durch seine Kollegen von Frankreich und Russland bei der Aktion in den Vordergrund schieben liess.

Richtete sich das Zusammengehen Deutschlands, Russlands und Frankreichs faktisch nur gegen Japan, so konnte es bei der Verflechtung aller politischen Fragen nicht ausbleiben, dass die neue Gruppierung auch auf das Verhältnis der Mächte zu England wirkte. Hier war seit Mitte 1895 wieder Lord Salisbury am Ruder, der seine neue Tätigkeit damit begann, mit dem Grafen Hatzfeldt einen Aufteilungsplan der Türkei zu erörtern[4]). In Berlin setzte man diesem „Balkanbrandprojekt“, wie Herr von Holstein

[1]) A. A. IX, Nr. 2313.
[2]) Vergl. A. A. IX, Nr. 2221.
[3]) A. A. IX, Nr. 2238.
[4]) Vergl. A. A. X, Nr. 2375.

sich ausdrückte, festen Widerstand entgegen. Man glaubte nicht ganz mit Unrecht, dass der englische Premierminister die Schwierigkeiten, die ihm Franzosen und Russen wieder einmal in der ägyptischen Frage bereiteten, durch Schaffung neuen Konfliktsstoffes zwischen den Kontinentalmächten beheben wollte[1]). Auch weiterhin konnte Englands Verhalten in den türkischen Fragen wenig Vertrauen erwecken; das britische Desinteressement an den Meerengen prägte sich trotz aller gegenteiligen Versicherungen Salisburys immer schärfer aus, so dass der Versuch des österreichisch-ungarischen Aussenministers Grafen Goluchowski, Ende 1895 den alten Balkandreibund neu zu beleben, mit einem gänzlichen Fehlschlag endigte.

Da führte um die Jahreswende 1895/96 der Jameson-Einfall in den Transvaal-Freistaat zu einer sehr ernsten Spannung zwischen den beiden germanischen Grossmächten. Schon im Oktober 1895 hatte sich der von Berlin scheidende britische Botschafter Sir Edward Malet bitter über die Begünstigung der Buren durch Deutschland beklagt und mit „ernsten Verwickelungen" gedroht[2]), was den Kaiser zu scharf antienglischen Äusserungen zu dem britischen Militärbevollmächtigten Obersten Swaine veranlasste[3]). Als die Meldung von dem Jameson-Einfall nach Berlin gelangt war, wurde Graf Hatzfeldt beauftragt, falls die britische Regierung diese Völkerrechtsverletzung billigen sollte, sofort um seine Pässe zu bitten[4]). Am 2. Januar 1896 sandte Freiherr von Marschall eine sehr scharfe Note nach London[5]), deren Übergabe freilich durch den Sieg der Buren bei Krügersdorf hinfällig wurde. Die ganze Missstimmung in Berlin bekundete dann das bekannte Glückwunschtelegramm Kaiser Wilhelms II. an den Präsidenten Krüger, für das das Auswärtige Amt die volle Verantwortung trägt, und über dessen aufreizende Wirkung man sich in Berlin wohl keine rechte Vorstellung machte. In England war die Entrüstung eine ungeheuere; zum ersten Male richtete sich die öffentliche Meinung gegen den „deutschen Feind".

Aber kaum hatte diese Krise ihren Höhepunkt erreicht, so bereitete sich auch schon der Umschwung vor; denn gerade die Rückwirkungen des Zwischenfalls auf den russisch-französischen Zweibund zeigten, dass es nicht möglich war, die Kontinentalmächte zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen England zusammenzubringen. Alle derartigen Versuche scheiterten immer wieder an der französischen Zurückhaltung; an der Seine blieb eben allezeit die Rheinfrage allen anderen politischen Erwägungen übergeordnet. Mit der französischen Ablehnung war die russische gegeben. So sah man bereits deutlich, wie weit sich die politische Entente zwischen beiden Staaten auswirkte. Nun musste man auch in Berlin erkennen, dass für absehbare Zeit der Weg zu einem deutsch-russischen aktiven Einvernehmen verbaut war. Mit unleugbarem Geschick zog man daraus die Konsequenzen. Unter Benutzung der italienischen Niederlage gegen die Abessinier bei Adua gelang es, die Engländer zu einer grösseren Expedition in das Sudangebiet zu veranlassen und so die bereits zwischen London und Paris erörterte Räumung Ägyptens abermals in weite Ferne hinauszuschieben. Damit war auch das Gespenst eines englisch-französischen Einvernehmens zunächst

[1]) Vergl. A. A. X, Nr. 2377.
[2]) Vergl. A. A. XI, Nr. 2578.
[3]) Vergl. A. A. XI, Nr. 2579.
[4]) A. A. XI, Nr. 2590.
[5]) A. A. XI, Nr. 2600.

verscheucht, England vielmehr auf die politische Unterstützung Deutschlands angewiesen.

So gestaltete sich die Lage Deutschlands im letzten Jahre der Tätigkeit des Freiherrn von Marschall als Staatssekretär des Äussern ungemein günstig. Russland wandte seine Aufmerksamkeit mehr und mehr den Problemen Ostasiens zu und suchte sich dafür im nahen Osten den Rücken frei zu halten durch ein Balkanabkommen mit Österreich, das für die nächste Zukunft eine friedliche Entwicklung der Dinge auf dem Balkan garantierte. Damit war auch Frankreich zur Ruhe gezwungen; wir finden in dieser Zeit sogar französische Annäherungsfühler in Berlin, die dort allerdings mit der gebührenden Vorsicht aufgenommen wurden. England brauchte Deutschland in Ägypten und wurde auch durch seine Orientpolitik zur Rücksicht auf Deutschland gezwungen.

Kann man nun diese Politik der wiederholten Schwenkungen eine erfolgreiche nennen? Zieht man nur den Stand der Dinge von 1897 in Betracht, so wäre man fast geneigt, diese Frage zu bejahen. Aber man würde dabei übersehen, dass die Abwendung Russlands von Europa etwas Einmaliges, ein für Deutschland besonders günstiger Umstand war, der sich früher oder später wieder ändern konnte. Jedenfalls war auf die russische Freundschaft nicht mehr zu rechnen. Das hatten die Ereignisse von 1896 deutlich gezeigt. Der Osten war seit Abschluss der russisch-französischen Entente verschlossen. Noch stand der Weg nach Westen, der dauernde Anschluss an England, frei; ja bald sollten Umstände eintreten, die es noch besonders erleichterten, diesen Weg einzuschlagen. Hatte der neue Herr, der im Sommer 1897 in der Wilhelmstrasse einzog, hatte Bernhard von Bülow den Willen und die Fähigkeit, eine Entscheidung zu fällen, welche die Möglichkeit der Verständigung des Inselreichs mit Frankreich und Russland ausschloss, die Graf Hatzfeldt schon während der Transvaalkrise warnend angedeutet hatte[1])? Von der Antwort auf diese Frage hing das Schicksal Deutschlands, ja Europas in entscheidender Weise ab.

Prüft man schliesslich die Politik der europäischen Kabinette in den ersten sieben Jahren Kaiser Wilhelms II. unter dem Gesichtspunkt, wie die grossen Mächte sich praktisch zu der Frage stellten, ob sie ihre politischen Ziele auch mit der ultima ratio eines grossen Krieges durchsetzen sollten, so wird man zunächst feststellen müssen, dass der unruhigste Staat des Kontinents, Frankreich, auch weiterhin gezwungen war, seine Revanchetendenzen vorläufig zu vertagen. Zwar hatte die Republik nun endlich den ersehnten Bundesgenossen gefunden; aber bei der zunehmenden Abwendung Russlands von Europa musste sich der französische Nationalismus zunächst noch mit theatralischen Kundgebungen der Russenfreundschaft und des Deutschenhasses begnügen, die für die grosse Politik höchstens von symptomatischer Bedeutung waren. Ernster war die Gefahr, die wiederum, wie schon zu Bismarcks Zeiten, die orientalische Frage für den europäischen Frieden in sich barg. Sie wurde gesteigert durch die englische Politik, die die europäische und asiatische Türkei (Balkan und Armenien) gar zu gern als Ablenkungsfeld benutzen wollte, um während eines bewaffneten Orientkonflikts desto leichter ihre weltpolitischen Ziele in Asien, Ägypten und Transvaal verfolgen zu können. Wir erwähnten bereits den von Lord Salisbury 1895 dargelegten Plan einer Aufteilung der Türkei, dessen Verwirklichung ja zweifellos kriegerische Verwickelungen heraufgeführt haben

[1]) A. A. XI, Nr. 2636.

würde, und der deshalb von der deutschen Regierung sofort grundsätzlich zurückgewiesen wurde. Auch weiterhin zeigte die Entwicklung der orientalischen Frage die gleiche Frontstellung; während der mannigfachen Wirren, die 1897 im griechisch-türkischen Kriege ihren Höhepunkt erreichten, bemühte sich die deutsche Regierung bis zum äussersten, den Konflikt zwischen der Türkei und den christlichen Balkanvölkern zu verhüten oder doch wenigstens streng zu lokalisieren. Das führte naturgemäss zu Reibungen mit England, das durch zahlreiche populäre Reformvorschläge die Christen ermunterte und so immer wieder neuen Konfliktsstoff auf der Balkanhalbinsel aufhäufte. Der Friedenswille der deutschen Regierung fand aber darin ebensowenig eine Schranke wie etwa in dynastischen Rücksichten, die ja bei der Verwandtschaft Kaiser Wilhelms II. mit dem griechischen Königshause an sich nahe gelegen hätten.

So wird der Historiker zusammenfassend die deutsche Politik in der ersten Regierungsperiode Wilhelms II. eine durchaus friedliche nennen müssen. Sie war es auch dort, wo die äusseren Formen zunächst eine gegenteilige Annahme zu rechtfertigen schienen; was etwa dem zeitgenössischen Politiker als feindliche Absicht und böser Wille erscheinen konnte, das stellt sich dem rückblickenden Historiker, wie wir es bei der Frage der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages eingehender erörterten, stets nur als politischer Dilettantismus und Mangel an psychologischem Scharfblick dar. Die Akten der wilhelminischen Periode belasten die Staatsmänner des kaiserlichen Deutschlands vor dem deutschen Volke beträchtlich mit der Schuld, das Erbe Bismarcks, die gesicherte und führende Stellung Deutschlands in Europa, in kurzen Jahren vertan zu haben, einer Schuld, die freilich in schicksalhaften Voraussetzungen wurzelt; aber sie zeigen auch wieder, wie schon die Veröffentlichungen aus der Amtszeit des Fürsten Bismarck, dass von einer moralischen Schuld im Sinne einer frivolen Heraufführung eines Aggressivkrieges gerade bei den verantwortlichen Persönlichkeiten Deutschlands am allerwenigsten die Rede sein kann.

Die Vorteile internationaler Diskussion.

Graf Max Montgelas.

Die Erwartung, mit der ich an die Besprechung der vorzüglichen Studie Professor Barbagallos (Mailand) über den Kriegsausbruch herangetreten bin, hat sich in hohem Masse erfüllt. Eine Annäherung der Ansichten ist zwar nicht in allen, aber in mehreren, noch dazu recht wichtigen Punkten erreicht worden.

In seiner Entgegnung (Novemberheft) klärt mich der italienische Historiker darüber auf, dass meine Annahme irrig war, er habe den kaiserlichen Befehl vom 20. Juli zum Zusammenhalten der Hochseeflotte bis zum 25. behufs allenfalsigen Abbruchs der Reise — D 82 — kritisiert. Er stellt fest, dass er ebenso wie ich diese Vorsichtsmassnahme als technisch vernünftig ansieht. Andrerseits habe ich niemals bestreiten wollen, dass es vom politischen Standpunkt erwünscht gewesen wäre, wenn man sechs Tage später, am 26. Juli, auf den tatsächlichen Antritt der Rückreise der Flotte hätte verzichten können; aber wie die Lage sich gestaltet hatte, würde es unverantwortlich gewesen sein, die einzelnen

deutschen Kriegsschiffe weit zerstreut in den norwegischen Gewässern zu belassen.

Sehr dankbar habe ich sodann das bereitwillige Zugeständnis Professor Barbagallos begrüsst, dass nach den angestellten Nachforschungen[1]) ein kaiserliches Telegramm vom 7. Juli (oder einem früheren oder späteren Tage) an Herrn von Tschirschky, worin mit allem Nachdruck zu einer Aktion gegen Serbien aufgefordert wird, in dessen hinterlassenen Papieren ebensowenig existiert wie in den Archiven des Auswärtigen Amtes oder der Wiener Botschaft. Die Redewendung des Grafen Berchtold in seinem Briefe an Graf Tisza vom 8. Juli, Tschirschky habe „ein Telegramm aus Berlin (nicht aus Potsdam!) erhalten, wonach sein kaiserlicher Herr ihn beauftragt" — Ö I 10 — passt genau auf die vom Kanzler am 6. Juli unter oftmaliger Berufung auf den Kaiser erteilte amtliche Instruktion — D 15.

Meinerseits gebe ich hinsichtlich der kaiserlichen Randbemerkungen selbstverständlich zu, dass sie auf die Richtung und den Ton der deutschen Politik im allgemeinen nicht ohne Einfluss geblieben sind, und dass sie mitunter auch eine direkte Wirkung auf den einzelnen Vorgang, auf den sie sich bezogen, ausgeübt haben. Was ich sagen wollte, war nur, dass in jedem einzelnen Falle genau geprüft werden muss, ob eine solche Wirkung stattgefunden hat oder nicht, da häufig das gerade Gegenteil von dem geschehen ist, was in den Marginalien gewünscht war.

Nicht so vollständig wie in den erwähnten drei Punkten ist die Annäherung der beiderseitigen Ansichten in einer vierten Frage. Barbagallo räumt zwar ein, dass für das deutsch-österreichische Bundesverhältnis gegenüber Russland der deutsch-österreichische Vertrag von 1879 an Stelle des Dreibundvertrags von 1882 herangezogen werden könne, aber er hegt doch noch einige Zweifel. Es sei nicht ganz sicher, auf welchen der beiden Verträge die deutschen und österreichischen Staatsmänner sich im Jahre 1914 berufen wollten. Die Antwort ist meiner Auffassung nach: Auf beide Verträge. Für das deutsch-österreichische Verhältnis gegenüber Russland auf den Vertrag von 1879 — z. B.: D 15, 72, 123, 395, 396, 772, 814. Hingegen für das deutsch-österreichische Verhältnis gegenüber anderen Mächten als Russland und für das Verhältnis zu Italien gegenüber jeder Macht auf den Dreibundvertrag. Dabei mag es wohl vorgekommen sein, dass in dem einen oder anderen flüchtig verfassten Schriftstück die Unterscheidung zwischen den beiden Verträgen nicht immer mit voller Schärfe durchgeführt worden ist. Sicher aber hat an amtlicher deutscher Stelle niemals die Auffassung bestanden, dass infolge der Bildung des Dreiverbandes (1907) und der Bosnischen Krise (1908/09) der seit 1892 keiner Erneuerung mehr bedürfende, sondern automatisch weiterlaufende deutsch-österreichische Vertrag von 1879 durch den, jeweils in der Regel erst nach schwierigen Verhandlungen erneuerten Dreibundvertrag von 1882 absorbiert worden sei. Gerade die durch den Dreibundvertrag geschaffene ungünstige politische Konstellation führte zu einem besonders engen Zusammenschluss zwischen Berlin und Wien, wie das u. a. auch ein Runderlass des Fürsten Bülow vom Juni 1908 an die deutschen Bundesregierungen als geboten bezeichnet[2]).

Es ist selbstverständlich, dass bei einem so vielseitigen Problem, wie die Vorgeschichte des Weltkrieges eines bildet, noch eine Reihe von

---

[1]) „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage", Seite 172 ff.

[2]) Oncken: „Vorgeschichte des Weltkrieges", Seite 497.

Punkten bestehen, in denen eine Annäherung der Ansichten nicht erzielt werden konnte. Obwohl es sich dabei nur um Fragen von untergeordneter Bedeutung handelt, möchte ich doch darauf eingehen, da ich ebenso wie mein so wohl unterrichteter Herr Gegner — falls von Gegnerschaft überhaupt gesprochen werden kann — der Ansicht beipflichte, dass „peinliche Genauigkeit auch in kleinen und kleinsten Fragen" notwendig ist und der deutschen Sache nur förderlich sein kann.

Kanzler und Staatssekretär.

Professor Barbagallo glaubt, dass zwischen Herrn von Bethmann und Herrn von Jagow „erhebliche Meinungsverschiedenheiten" bestanden hätten. Bei Beurteilung dieser Frage darf nicht übersehen werden, dass bei den einleitenden Beratungen am 5. und 6. Juli der Staatssekretär des Auswärtigen sich noch auf Urlaub befand und erst am 7. die Geschäfte wieder übernahm, dass somit gerade ihn keinerlei Verantwortung für das trifft, was mitunter in etwas übertriebener Weise als eine dem Wiener Kabinett erteilte „Blankovollmacht" bezeichnet worden ist. Auch hat Herr von Bethmann während seines Aufenthaltes in Hohenfinow sich keineswegs jeder Einflussnahme auf die Geschäfte enthalten, wie sich bei einer Reihe von Dokumenten aktenmässig nachweisen lässt. Im einzelnen wird dem Staatssekretär vorgeworfen:

1. Während Bethmann den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren sich bestrebte, habe Jagow Schweden in die Arena eines noch entfernten deutsch-österreichisch-russischen Krieges hineinzuziehen versucht — D 123.

In der Tat liegt hier, wie auch ich hervorgehoben habe[1]), der einzige Fall vor, dass Deutschland nach den Besprechungen vom 5. Juli 1914 einen Schritt zur Gewinnung von Bundesgenossen getan hat. Aber die Weisung Jagows an den deutschen Gesandten in Stockholm besagt ausdrücklich „Wir wünschen dringend, dass derselbe (der österreichisch-serbische Konflikt) lokalisiert bleibt", und betont weiterhin, dass der Bündnisfall für Deutschland erst bei einem Eingreifen Russlands eintreten würde, das heisst, bei einem „Angriff desselben auf Österreich". Eine Durchkreuzung der Lokalisierungsabsichten des Kanzlers kann also in diesem Schreiben, das zudem lediglich „zur Regelung der Sprache" des Gesandten dienen sollte, schwerlich erblickt werden.

2. Während der Kanzler sich bemühte, den Kaiser zu überreden, von einer Rückberufung der Hochseeflotte abzusehen, habe der Staatssekretär dem Kaiser zwar den Wunsch des Kanzlers gemeldet, aber das gegenteilige Gutachten des Admiralstabes angefügt — D 125.

Nun war es gerade der Kanzler, der von Hohenfinow aus „Rücksprache mit dem Admiralstabe" und einen auch die „militärischen Momente" berücksichtigenden Vortrag beim Kaiser gewünscht hatte — D 101. Das „im Namen des Kanzlers" — also vermutlich mit dessen telephonischer Billigung —, an das kaiserliche Hoflager gesandte Telegramm Jagows — D 125 — enthält zunächst die leider unzutreffende Nachricht über die Demobilmachung der britischen Flotte und fährt dann fort: „Etwaige vorzeitige Rückberufung unserer Flotte könnte allgemeine Beunruhigung hervorrufen und namentlich in England als verdächtig erachtet werden." Wenn dann am Schlusse noch das sehr verklausulierte

[1]) „Leitfaden", Seite 100.

Gutachten des Admiralstabes („wenn mit der Möglichkeit einer unmittelbar bevorstehenden Kriegserklärung Englands gerechnet werden muss") angefügt wurde, so war das durchaus im Sinne der vom Kanzler gegebenen Weisung.

3. Jagow habe verhindert, dass die erste englische Forderung auf Verlängerung der Frist des Ultimatums rechtzeitig nach Wien gelangte.

Diese englische Anregung ging am 25. Juli 1 Uhr 16 morgens auf dem Chiffrierbureau des Auswärtigen Amtes ein — D 157. Das sehr lange Telegramm konnte kaum vor 2 Uhr morgens entziffert sein; da es auffälligerweise von der Londoner Botschaft nicht als dringend bezeichnet worden war, ist es dem Staatssekretär erst am Vormittag des 25. vorgelegt worden, und zwar nach E 18 um 10 Uhr. Nach genauem Studium und reiflicher Überlegung musste die Depesche nach Weitergabe an den Kaiser und an die Wiener Botschaft jedesmal in anderen Ziffern erst wieder chiffriert werden. Die Meldung an den Kaiser wurde 2 Uhr, die Weisung nach Wien 4 Uhr nachmittags vom Chiffrierbureau abgesandt. Man kann also nicht sagen, Herr von Jagow habe ein 1 Uhr morgens erhaltenes Telegramm erst um 4 Uhr nachmittags nach Wien weitergegeben und dadurch 14 Stunden versäumt; sondern eine Beschleunigung wäre nur um 2 oder 3 Stunden möglich gewesen. Auf den Gang der Ereignisse würde das jedoch keinerlei Einfluss geübt haben, da das österreichische Kabinett etwa um dieselbe Stunde, da Jagow in Berlin die Meldung Lichnowskys las, einen analogen russischen Vorschlag ablehnte — Ö II 29. Viel auffälliger als die Stunde der Absendung des Jagowschen Telegramms ist die Vorstellung Sir Edward Greys am Abend des 24., es werde möglich sein, auf dem Umwege von London über Berlin und Wien nach Belgrad eine Verlängerung der nach etwa 20 Stunden schon ablaufenden Frist durchzusetzen.

4. Jagow habe die erste Formel Sasonows abgelehnt.

Hierwegen darf ich auf die von mir ausführlich besprochene grobe Fälschung der Unterredung Jagow-Swerbejew im ersten russischen Orangebuch verweisen, sowie darauf, dass auch Lichnowsky, Grey und selbst Poincaré diese Formel als ungeeignet bezeichnet haben[1]). Die Türe zu weiteren Verhandlungen war mit dieser Unterredung keineswegs zugeschlagen, sondern dem russischen Botschafter wurden besser geeignete Vorschläge mitgeteilt.

5. Jagow habe mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter das verhängnisvolle Gespräch vom 26. Juli gehabt — Ö II 68 —, das soviel dazu beigetragen habe, die ganze spätere Friedensaktion des Kanzlers in Wien zu paralysieren.

Zunächst lag hier aller Wahrscheinlichkeit nach ein Missverständnis des Botschafters vor[2]). Auch fehlen Beweise dafür, dass man in Wien wegen der unglücklichen Depesche des Grafen Szögyény die späteren Mahnungen Deutschlands zum Einlenken als nicht ernst angesehen habe. Der Bericht Tschirschkys über die zweimalige Verlesung der drohenden Mahnung an den „bleich und schweigend zuhörenden" Grafen Berchtold am 30. Juli — D 465 — spricht vielmehr deutlich für das Gegenteil. Endlich hat meines Wissens noch kein österreichischer Diplomat, der 1914 an verantwortlicher Stelle in Wien stand, das unbegreiflich lange Zögern des

---

[1]) Loc. cit., Seite 121 ff., Beleg Nr. 23, Seite 198.

[2]) Loc. cit., Seite 175 ff.

österreichischen Kabinetts gegenüber den deutsch-englischen Vorschlägen mit dieser bedauerlichen Depesche zu rechtfertigen versucht.

6. Was endlich den Erlass vom 21. Juli an die Ententemächte betrifft, so hat dieser dem Reichskanzler vorgelegen und ist von ihm mit Änderungen versehen worden — D 100 Anm. 1.

Der preussische Ministerrat vom 30. Juli.

Der italienische Historiker glaubt, dass das Dokument D 456 auf den 29. vordatiert werden müsse, und führt dafür folgende Gründe an:

1. Der Abdruck sei nur nach einer Abschrift des Protokolls über die Sitzung des Staatsministeriums erfolgt.

Tatsächlich trägt aber auch das Original des Protokolls das Datum vom 30. Juli. Ein Irrtum beim Original ist nicht wohl anzunehmen, um so weniger als der Protokollführer, Geheimrat Heinrichs, schriftlich bestätigt hat, dass nach seinen persönlichen Aufzeichnungen und Erinnerungen die fragliche preussische Staatsministerialratssitzung „unzweifelhaft am 30. Juli" stattgefunden hat.

2. Der Kanzler habe von dem nach Wien übermittelten Vorschlag, der englischen Mediation zuzustimmen, als von einer „gestrigen Demarche" gesprochen, und dieser Vorschlag sei schon am 28. Juli gemacht worden.

Vermittlungsvorschläge nach Wien sind nun von Berlin ergangen schon am 27. Juli — D 277, ferner am 28. — D 323, besonders dringlich jedoch in der Nacht vom 29. zum 30. — D 377, 384, 385, 395 und 396. Herr von Bethmann hat zweifellos die besonders dringlichen Telegramme 395 und 396 im Auge gehabt, die zwar erst in der dritten Morgenstunde des 30. vom Chiffrierbureau abgegangen sind, aber vom Kanzler etwa um Mitternacht vom 29. zum 30. im Entwurf unterzeichnet worden sein dürften, so dass auf sie der Ausdruck „gestrige Demarche" am 30. sehr wohl angewendet werden konnte.

3. Der Kanzler habe gesagt, dass Wien noch nicht geantwortet habe, während am 30. Juli um 5 Uhr 25 nachmittags in Berlin eine Antwort aus Wien eingetroffen war, die ihn befriedigt haben musste — D 432, 433 — und die er dem Ministerrat sicher mitgeteilt haben würde.

Da meiner Auffassung nach die Sitzung am 30. Juli etwa um die Mittagszeit stattgefunden hat[1]), lag die erwähnte Mitteilung aus Wien noch nicht vor.

4. Der Kanzler habe erklärt, Russland habe „noch heute früh" versichert, dass seine Mobilmachung nicht gegen Deutschland gerichtet sei; diese Erklärung sei am Vormittag des 29. abgegeben worden — D 343.

Die diesbezügliche Meldung des Grafen Pourtalès — D 343 — ist am 29. Juli 1 Uhr 58 nachm. in Petersburg abgegangen, um 2 Uhr 52 in Berlin eingetroffen, so dass sie nach der Entzifferung kaum lange vor 4 Uhr dem Kanzler vorgelegt worden sein wird. Es ist wenig wahrscheinlich, dass ein solches Telegramm als eine Versicherung von „heute früh" bezeichnet worden ist. Auch die analoge mündliche Mitteilung des russischen Botschafters an Jagow — Rotes Archiv 29. Juli Nr. 140 — ist erst am Nachmittag des 29. erfolgt, da der Staatssekretär das Telegramm von Pourtalès schon erhalten hatte und es Swerbejew vorlas. Es lässt sich somit nicht feststellen, welche russische Versicherung der Kanzler im Auge hatte.

---

[1]) Loc. cit., Seite 198, Beleg Nr. 22, Absatz 2.

5. Endlich habe ein Telegramm des russischen Botschafters in Berlin vom 29. gemeldet, dass „für heute Abend“ ein Ministerrat einberufen sei (Rotes Archiv 29. Juli Nr. 140).

Die Meldung Swerbejews bezieht sich aller Wahrscheinlichkeit nach auf die Beratungen des Kaisers mit dem Kanzler und den militärischen Chefs, die um 4 Uhr 40 nachmittags und 7 Uhr 15 abends in Potsdam stattfanden[1]). Keinesfalls kann eine Meldung des russischen Botschafters, dass für den Abend des 29. ein Ministerrat einberufen sei, als ein Beweis gegen das Originalprotokoll angesehen werden, nach dem der Ministerrat erst am 30. stattgefunden hat. Es ist auch schwer eine Zeit denkbar, wann die Minister in Berlin versammelt werden konnten, da der Kanzler und Kriegsminister um 4 Uhr 40, der Staatssekretär des Reichsmarineamts aber um 7 Uhr 15 abends Vorträge in Potsdam zu erstatten hatten.

Die militärischen Massnahmen am 29. Juli.

Die am späten Abend des 29. Juli angeordneten militärischen Massnahmen lassen sich auch ohne den Ministerrat sehr wohl erklären. Sie sind die Folge der an demselben Nachmittag und Abend in Potsdam abgehaltenen Beratungen. Die Zweifel Professor Barbagallos sind mit darauf zurückzuführen, dass, was ihm nicht bekannt sein konnte, der Ausdruck „Sicherung“ für die Flotte eine ganz bestimmte Bedeutung hat und nicht allgemein mit „Sicherungsmassnahmen“ gleichzusetzen ist. Am 29. abends wurden die von mir nach den Mobilmachungsakten des preussischen Kriegsministeriums festgestellten „Sicherungsmassnahmen“ getroffen — Heft 2 des Untersuchungsausschusses S. 10 ff. Es heisst dort unter dem 29. Juli:

„Am späten Abend, augenscheinlich nach der Beratung in Potsdam, verfügte das Kriegsministerium (Anlage 20 d — g):
die Sicherung der Kunstbauten, Eisenbahnen usw. durch aktive Truppen.
die Rückberufung der Urlauber,
den Ausbau der Armierungsstellungen,
die Verstärkung der Besatzung der Insel Borkum.“

Am 30. hingegen wurde bei der Flotte die „Sicherung“ angeordnet, eine Massnahme, die nicht ganz so weit geht wie der „Zustand drohender Kriegsgefahr“ beim Landheer. Bei diesem wurden hingegen weitere Anordnungen am 30. nicht getroffen, sondern nur die am 29. abends beschlossenen zur Ausführung gebracht.

Der Entwurf des Ultimatums an Belgien.

Professor Barbagallo geht von der Auffassung aus, dass General von Moltke den Entwurf des Ultimatums schon am 26. Juli dem Auswärtigen Amt übersendet habe. Diese Auffassung ist nach Anmerkung 1) zu D. 376 auch durchaus berechtigt, aber diese Anmerkung ist ungenau.

Das nicht an das Auswärtige Amt, sondern offenbar an den Reichskanzler persönlich gerichtete Begleitschreiben Moltkes zum Entwurf des Ultimatums trägt das Datum des 26. Juli. Zum Auswärtigen Amt sind nach Lage der Akten Begleitschreiben und Entwurf erst am 29. Juli gekommen. Von diesem Tage (29. Juli) ist auch der endgültige Entwurf

---

[1]) Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage“, Juli 1923, Seite 10. Hiernach ist im „Leitfaden“, Seite 113, Absatz 4, Zeile 8, statt „abends“ zu setzen „nachmittags und abends“.

von der Hand des Dirigenten der politischen Abteilung Herrn von Stumm. Wann Moltke seinen Entwurf übersendet oder persönlich übergeben hat, lässt sich nicht mehr feststellen. Vielleicht ist das bei der Unterredung Moltke-Bethmann am 27. geschehen, vielleicht auch erst später. Bestimmte Schlüsse auf eine Übergabe schon am 26. lassen sich nicht ziehen. Die Anmerkung 1 zu D 376 müsste richtig lauten:

„Nach dem Konzept. Der Chef des Generalstabs von Moltke übersandte dem Reichskanzler den von ihm selbst niedergeschriebenen Entwurf mit einem vom 26. Juli datierten Begleitbrief (Eingangsvermerk des Auswärtigen Amts 29. Juli). Der Entwurf wurde von Stumm am 29. geändert."

Ich bin ausserordentlich dankbar, dass mir durch die Diskussion mit dem italienischen Gelehrten die Gelegenheit gegeben worden ist, die mir als Mitherausgeber zur Last fallende Ungenauigkeit in den Deutschen Dokumenten hiermit öffentlich zu berichtigen.

* * *

Gewiss wird auch die heutige Diskussion noch nicht alle Meinungsverschiedenheiten beseitigt haben. Sie wird aber wie die erste wohl in der einen oder anderen Frage eine Annäherung ermöglichen und somit eine weitere Etappe auf dem Wege zur Feststellung der objektiven Wahrheit darstellen. Das aber ist das Ziel, dem die Geschichtsforschung dienen muss. Möchten alle, die sich dieser Aufgabe widmen, diesem Ziele mit derselben ritterlichen Loyalität und derselben gründlichen Sachkenntnis nachstreben wie mein verehrter Mitkämpfer in Mailand.

Die englisch-japanischen Verhandlungen im August 1914.

Dr. Paul Ostwald.

Der Entstehungsgeschichte des japanischen Ultimatums an Deutschland vom 15. August 1914 ist bisher wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden. Das hat natürlich seinen Hauptgrund darin, dass die Vorgänge während der ersten Augustwochen in Japan für die Kriegsschuldfrage, wie sie nun einmal durch das Versailler Diktat für uns festgelegt worden ist, keine Bedeutung haben. Denn der provozierende Teil war ja in allzu offenbarer Weise Japan. Wohl aber hat die Frage nach dem Zustandekommen des japanischen Ultimatums eine wesentliche Bedeutung für die Kriegsschuldfrage im weiteren Sinne, da es immerhin doch erstaunlich bleibt, wie die Tokioer Regierung bereits 11 Tage nach der englischen Kriegserklärung gegen Deutschland Stellung nehmen konnte, obwohl es keine Reibungsflächen zwischen Deutschland und Japan gab und obwohl der englisch-japanische Bündnisvertrag für den gegebenen Fall ein Eingreifen Japans gar nicht zur Notwendigkeit machte[1]).

---

[1]) Art. 2 des Bündnisvertrages hiess: „Wenn eine der beiden kontrahierenden Mächte infolge eines nicht provozierten Angriffs irgendeiner Macht . . . . in einen Krieg verwickelt wird . . . ., so wird die andere kontrahierende Macht dem Bundesgenossen sofort zu Hilfe kommen."

Ein Versuch, in die englisch-japanischen Verhandlungen zwischen dem 4. und dem 15. August — dem Tag der englischen Kriegserklärung und dem des japanischen Ultimatums — hineinzuleuchten, begegnet allerdings sehr grossen Schwierigkeiten. Denn uns fehlt jedes amtliche Material darüber, da selbstverständlich von englischer wie von japanischer Seite bis heute völliges Schweigen gewahrt worden ist und auch wohl noch lange gewahrt werden wird. Wir sind in der Hauptsache hier auf die japanischen Pressenotizen angewiesen, doch bringen auch diese schon manches Licht, so dass sich ein solcher Versuch lohnt.

Zunächst geht aus dem überwiegenden Teil der japanischen Presse hervor, dass für den Fall des englischen Eingreifens in den Krieg Japan nicht neutral bleiben kann. Bereits am 3./8. — also einen ganzen Tag vor der englischen Kriegserklärung — schrieb die „Asahi“: „Sobald England in den Kampf eingreift, fällt Japan die Bündnispflicht zu, ebenfalls einzugreifen.“ Die „Jiji“ am 4./8. — die englische Kriegserklärung war noch nicht bekannt —: „Wenn England in den Krieg verwickelt wird, so muss Japan in Ausführung der Bestimmungen des englisch-japanischen Bündnisses in Ostasien die Interessen seines Bundesgenossen schützen.“

Die Frage, ob eine Provokation Englands durch Deutschland vorlag oder nicht, ob die Kriegserklärung von England oder von Deutschland ausging, schied somit für einen Teil der Presse von vornherein aus, und das konnte doch nur der Fall sein, wenn man wusste, wie über diese Dinge im Japanischen Auswärtigen Amt gedacht wurde. Dass man sich in Tokio und London auch längst darüber einig war, den Bündnisvertrag, ob er passte oder nicht, für ein gemeinsames Vorgehen gegen Deutschland zu verwenden, verrät uns ja dann auch die „Yorozu“ vom 7./8. Hier hiess es: „Da die beiden Unterzeichner des englisch-japanischen Bündnisvertrages Baron Kato und Sir Edward Grey jetzt Minister des Äusseren ihrer Länder sind, so werden sie sicher für genaue Einhaltung der Bestimmungen sorgen.“ Wie ich bereits an anderer Stelle ausführlich nachgewiesen habe[1]), war es eben kein Zufall, dass im Frühjahr 1914 das Ministerium Yamamoto einem Kabinett des Grafen Okuma, mit Baron Kato als Aussenminister, hatte Platz machen müssen, sondern es gehört das mit zu den englischen Kriegsvorbereitungen. In der angeführten Pressenotiz wird nun glatt zugegeben, dass Kato als Aussenminister Japans für England eine Notwendigkeit war, da nur so das Eingreifen des ostasiatischen Bundesgenossen auf jeden Fall gesichert war.

Dass eine Provokation Japans durch Deutschland nicht vorlag — die einzige Möglichkeit, die Japan ein wirkliches Recht zum Eingreifen gegeben hätte —, hat übrigens Okuma selbst in einer Unterhaltung mit dem Herrenhausmitglied Baron Arichi zugegeben, wie die „Chuo“ vom 15./8. zu berichten weiss: „Die von Japan geplanten Schritte sind durch keinerlei Beleidigung provoziert worden, die Japan oder der japanischen Flagge durch eine dritte Macht widerfahren ist, sondern lediglich in Verfolg der Japan aus dem Bündnis mit England erwachsenden Verpflichtungen.“

In Tokio fühlte man nun aber wohl selber, dass es mit der Berufung auf das Bündnis etwas windig aussah, dass man jedenfalls nicht so ohne weiteres daraus ein bewaffnetes Eingreifen ableiten konnte, zumal Deutschland, wie Okuma ja selbst zugab, sich aller Provokation Japan gegenüber enthielt und dazu auch weiter bereit war, wie seine Note vom 12./8. an die

---

[1]) Vergl. mein Buch: „Japans Entwicklung zur modernen Weltmacht“, Bonn 1922.

Tokioer Regierung zeigt[1]. Um daher den Schein des Rechts wenigstens einigermassen zu wahren, musste Japan von England besonders um Waffenhilfe gebeten werden. Kato hat das auch in seiner grossen Kriegsrede im Parlament ausdrücklich betont, er und auch Okuma sorgten aber bereits im August dafür, dass diese Auffassung durch die Presse Verbreitung fand. So weiss die „Jiji"* vom 17./8. von Unterredungen des Ministerpräsidenten und des Aussenministers mit Vertretern beider Häuser des Reichstages zu berichten, in denen Okuma sagte: „Japan hat aber nicht von sich aus eine europäische Grossmacht sich zum Feind machen wollen, vielmehr sind seine Schritte lediglich Folgen des Bündnisses." Noch deutlicher sagte Kato: „England hat Japans Hilfe in Anspruch genommen, um die Schädigung des Welthandels abzuwehren."

Die englische Anregung zur Waffenhilfe scheint am 7./8. in Tokio eingetroffen zu sein, denn wie alle Blätter übereinstimmend melden, begannen an diesem Tage die Beratungen der japanischen Staatsmänner mit dem englischen Botschafter Greene. Soviel sich aus den Äusserungen der Presse ersehen lässt, standen hauptsächlich drei Punkte in diesen Beratungen zur Erörterung. Erstens die finanzielle Unterstützung Japans durch England, zweitens Ziel und Ausdehnung der japanischen Unternehmung gegen Deutschland und drittens der Zeitpunkt des japanischen Eingreifens. Am schnellsten wurde Punkt 1 erledigt, da England ohne Säumen sich bereit zeigte, Japan die finanzielle Unterstützung zur Unternehmung gegen Kiautschou zu gewähren. Die „Niroku" vom 12./8. weiss jedenfalls darüber folgendes zu berichten: „Der Finanzminister, der im Rat des Kabinetts und der älteren Staatsmänner bei den Reden der Minister des Äusseren, des Krieges und der Marine ein langes Gesicht gemacht hatte, wurde plötzlich munter, als das zwischen Baron Kato und dem englischen Botschafter Greene vereinbarte Finanzbündnis zum Vorschein kam." Die Erledigung von Punkt 2 und 3 machte dagegen Schwierigkeiten. Denn japanischerseits scheint damals versucht worden zu sein, nicht nur Kiautschou als Beute einzustecken, sondern auch die Schantungbahnen und die deutschen Südseeinseln nördlich vom Äquator. Gerade die Ableugnungen der Presse in dieser Richtung und andrerseits ihr Ärger über die am 12./8. eingelaufene ablehnende Antwort aus London machen hier misstrauisch. Die Londoner Antwortnote an Tokio vom 12./8. ist uns nicht bekannt, sie wird sich aber inhaltlich mit der amtlichen Verlautbarung der englischen Botschaft in Peking decken, wonach „die Massnahmen Japans sich nicht über das chinesische Meer hinaus erstrecken sollten, ausser wenn der Schutz der japanischen Schiffahrt es erfordere, ebenso nicht auf die asiatischen Gewässer westlich des chinesischen Meeres und zu Lande auf kein anderes ausländisches Gebiet ausser dem ostasiatischen Besitz Deutschlands." Wie man sich japanischerseits aber zu diesen englischen Wünschen in bezug auf die Beschränkung einer japanischen Unternehmung nur auf Kiautschou stellte, das verrät ein scheinbar aus eingeweihten Kreisen stammender Bericht in der „Chuo" vom 14./8. Es heisst dort:

„Am 12./8. musste der Ministerrat über eine englische Antwort beraten, wonach Japan seine kriegerischen Handlungen erheblich einschränken solle. Es würde für England genügen, wenn Japan nichts weiter

[1]) Am 12. August hatte sich Deutschland erboten, die ostasiatischen Gebiete von kriegerischen Unternehmungen frei zu lassen, wenn Gegenseitigkeit verbürgt würde und Japan neutral bliebe.

tue, als das Recht der See im Stillen Ozean zu gewährleisten. Weitere Schritte würden von England nicht gewünscht. Das Kabinett hat aber mit den älteren Staatsmännern beschlossen, ohne Rücksicht auf den englischen Bundesgenossen die einmal gefassten Pläne zu verwirklichen, wenn auch in Harmonie mit England."

Da nun dieser Punkt über die Ausdehnung der japanischen Unternehmung scheinbar von London aus unerwartete Meinungsverschiedenheiten mit dem Bundesgenossen zeitigte, mit dem man 1911 in Geheimartikeln doch alles festgelegt und ihn mit Kiautschou abgefunden zu haben glaubte, so wollte man auch in London das japanische Eingreifen hinausgeschoben sehen, bis eine Klärung erfolgt war. Das geht daraus hervor, dass die englische Antwortnote vom 12./8., die Japans Eingreifen nur auf Kiautschou beschränken wollte, zugleich auch den Zeitpunkt dieses Eingreifens noch weiter hinausrücken sollte. Okuma und Kato aber waren entschlossen, sich hierüber ebensowenig wie über die Ausdehnung der japanischen Unternehmung von London aus Vorschriften machen zu lassen. Denn bereits am 15./8. lud der Minister des Äusseren, wie die „Nichi Nichi" vom 16./8. berichtet, die Vertreter aller Mächte ein, ausgenommen Deutschland, „um ihnen die Entschlüsse zu erläutern, die der Geheime Staatsrat gefasst hatte". England musste gute Miene zum bösen Spiel machen; Japan war also von vornherein gewillt, seine Angelegenheiten selber zu führen und sie nach seinem Gutdünken zu beschränken, nicht aber nach dem Befehl Londons.

Etwas unbehaglich zu Mute war den amtlichen japanischen Kreisen daher nur Amerikas wegen. Würde Amerika es zulassen, dass Japan sich Kiautschou, die Halbinsel Schantung und einen Teil des deutschen Südseebesitzes holen würde? Zwar hatte man schon in Rücksicht auf diesen Gegner in das Ultimatum die Wendung von einer „eventuellen" Rückgabe Kiautschous an China hineingenommen, aber wie man in Wirklichkeit in Japan darüber dachte, sprach die „Yorozu" vom 18./8. offen aus: „Wenn neue Verwicklungen eintreten, so mögen die Götter wissen, ob Japan sich an seinen jetzigen Beschluss (einer eventuellen Rückgabe Kiautschous an China) wird halten können." Nach Washington wurden in der Presse deshalb nicht misszuverstehende Drohungen gerichtet, wie wir sie in der „Niroku" u. a. finden.

Hat somit für das kriegerische Eingreifen Japans gegen Deutschland auch England als der eigentliche Urheber zu gelten, so trifft doch auch die damaligen verantwortlichen japanischen Staatsmänner ein gut Teil Schuld. Sie liessen sich nicht etwa nur von England treiben, sondern der englische Bündnisvertrag wurde für sie ein erwünschter rechtlicher Vorwand, um den englisch-deutschen Krieg für rein japanische Interessen auszunutzen. Die Verlockung zu rücksichtsloser Ausnutzung der scheinbar so überaus günstigen Konjunktur war für Okuma und Kato das ausschlaggebende Moment, das um so wirksamer sein musste, als sie mit ihren politischen Sympathien auf englischer und nicht auf deutscher Seite standen. Von ganz wesentlicher Bedeutung für die Entstehungsgeschichte des japanischen Ultimatums wird aber immer Okumas Eingeständnis bleiben, dass Deutschland in Ostasien Japan nicht provoziert hat, und dass somit der Bündnisfall für Japan eigentlich nicht gegeben war.

Aus den Erinnerungen eines italienischen Botschafters.

Wilhelm Schaer.

Der langjährige italienische Botschafter am Zarenhofe (1905—1913). Giulio Melegari, hat in dem Augustheft 1923 der bekannten italienischen Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Bildung „Nuova Antologia". Jahrgang 58, Band 1233, Seite 198 ff. unter dem Titel „L' Imperatore Nicolo II e la sua politica" (die Politik des Kaisers Nikolaus II.) seine Erinnerungen an das Leben und Treiben am Zarenhofe, an die innere und äussere Politik Russlands und seiner verantwortlichen Leiter in diesen schicksalsschweren Jahren niedergelegt. Die Memoiren bringen nichts Neues, sie enthalten kein Urkundenmaterial, das ja in den Veröffentlichungen der Sowjetregierung lückenlos vorliegt. Sie sind aber trotzdem von Interesse, da hier aus der Feder eines feinen Beobachters und genauen Kenners der russischen Politik eine neue Bestätigung dessen erfolgt, was in der letzten Zeit immer offenbarer wurde: eine Bestätigung der Kriegstreibereien Iswolskys und der russischen Militärpartei.

Nach einer Schilderung der inneren Reformpolitik Stolypins schreibt Melegari wörtlich:

„Zur Durchführung seines Reformwerkes benötigte Stolypin vor allem einer langen Periode der Ruhe und des Friedens sowie zur Sicherung dieses Friedens einer klugen und vorsichtigen Führung der Aussenpolitik. Ich kannte aus einem längeren gemeinsamen Aufenthalt in Japan ziemlich genau Iswolsky, der dem Grafen Lambsdorff als Aussenminister gefolgt war, als einen Mann von grosser Klugheit und Erfahrung, in vollem Besitze jeder diplomatischen Kunst und Gewandtheit. Er wäre seiner Aufgabe in jeder Weise gewachsen gewesen, wenn er nicht einen grossen Fehler gehabt hätte, der alle seine Fähigkeiten in Frage stellte: ein massloser Ehrgeiz (um nicht zu sagen Eitelkeit), der alle seine Arbeiten trieb und beherrschte und ihn schliesslich auf die verhängnisvolle Bahn führte, die für ihn demütigende Misserfolge und für sein Land unendliches Elend bedeuten sollte. Während er mit seiner Ostasienpolitik eine verhältnismässig glückliche Hand hatte und durch geeignete Verträge mit England und selbst mit Japan der schlechten Politik seiner Vorgänger zu einem ehrenvollen Abschluss verhalf, ohne russische Interessen zu sehr aufs Spiel zu setzen. war seine Balkanpolitik verhängnisvoll, wo er in überstürzter Weise die ehemalige russische Vorherrschaft wiederherzustellen trachtete und hartnäckig jede österreichische Mitarbeit zu verhindern suchte. Diese Politik machte sich Baron Ährenthal geschickt zunutze, um sich von jeder Rücksichtnahme gegenüber dem ehemaligen Vertragspartner von Mürzsteg zu befreien und jene Aktion einzuleiten, die zur Einverleibung von Bosnien und Herzegowina in die Doppelmonarchie führte.

Tötlich beleidigt in seiner Eigenliebe durch die Fallstricke von Buchlau und die durch die drohende Haltung Deutschlands erzwungene Kapitulation, begann Iswolsky nunmehr seine Politik der Vergeltung, die sich zu einer immer stärkeren Feindschaft gegen die Zentralmächte zuspitzte sowie zu einer immer mehr hervortretenden Orientierung nach Frankreich und Eng-

land. Auch als er das Amt als Aussenminister niederlegte und als russischer Botschafter nach Paris ging, konnte er seinen Nachfolger zur Fortsetzung seiner politischen Richtlinien bestimmen. In Petersburg liefen die Fäden jener Einkreisungspolitik gegen Deutschland zusammen und auf dem Balkan bereitete sich die österreichfeindliche Aktion Russlands immer weiter aus.

Eine Kundgebung dieser Vergeltungspolitik war in gewissem Masse auch die Reise des Zaren nach Racconigi. . . . .

Aber nicht alle Mitglieder des Kabinetts schienen mit der auswärtigen Politik Iswolskys und seines Nachfolgers zu sympathisieren und waren besorgt wegen der damit verbundenen Gefahren.

Graf Kokowtzoff, der nach der Ermordung Stolypins Ministerpräsident wurde, sagte mir oft, dass zu seiner völligen Erholung Russland mindestens 20 Jahre Frieden haben müsse, dass ein neuer Krieg mit einem so fürchterlichen Gegner wie Deutschland weit über seine Kräfte ginge und die fürchterlichsten Folgen für das Land und seine Einrichtungen haben müsste. Prophetische Worte, die leider ungehört verhallten! Von der Presse auf das eifrigste unterstützt, hatte die Kriegspolitik Iswolskys beinahe alle Kreise des Volkes erfasst und insbesondere die militärischen Elemente, die unter dem Einflusse des kriegslustigen Grossfürsten Nikolaus Nikolajewitsch einen neuen Krieg herbeisehnten, der das russische Heer aus seinen demütigenden Niederlagen in Ostasien wieder zu Ehren bringen sollte.

Der einzige, der mit der ganzen Autorität seiner autokratischen Macht sich dieser Politik hätte entgegenstellen können, war der Zar Nikolaus II., der zweifellos friedliebend gesinnt war sowohl wegen seines eigenen milden Charakters als auch aus den Erfahrungen vergangener Zeit heraus. Die harten Lehren des japanischen Krieges waren noch zu frisch in der Erinnerung, um ihn nicht davon abzuhalten, sich leichten Herzens in noch riskantere Versuche zu stürzen. Aber wie immer konnte sein schwacher und unentschlossener Charakter auf die Dauer dem immer stärker werdenden Drängen der Militärpartei nicht widerstehen. Von Konzession zu Konzession liess sich Nikolaus II. bis zu jener äussersten Grenze ziehen, bei der es für Russland keine andere anständige Lösung mehr gab als die Zuflucht zu den Waffen.

Anlässlich meines Abschiedsbesuchs im Januar 1913 versicherte mir der Zar in unserer Unterhaltung über die damals schon gestörte europäische Lage aufs neue seiner Friedensliebe und fügte hinzu, dass durch seine Schuld niemals ein Krieg ausbrechen würde. Bis zu welchem Punkte die Tatsachen diesen Worten des Herrschers entsprochen haben, muss die unparteiische Geschichte lehren.“

Iswolsky ist leider zu früh bei der Niederschrift seiner Memoiren vom Tode überrascht worden, um den letzten noch möglichen Aufschluss zu geben, warum und von welcher Seite unterstützt und vorwärtsgetrieben er eine Politik verfolgte, die für ihn demütigende Misserfolge und für sein Land unsägliches Elend bringen sollte. Als Vertreter einer Dreibundmacht ist Melegari zweifellos nicht in alle Machenschaften der russischen und französischen Diplomatie eingeweiht worden. Er hätte sonst erkennen müssen, dass die Fäden derselben zwar in Petersburg zusammenliefen, in Paris jedoch von stärkerer und zielbewussterer Hand geleitet wurden.

„Der Halt in Belgrad.“

Alfred von Wegerer.

In seinen Weisungen an Jagow vom 28. Juli vormittags[1]) führte der Kaiser aus, dass nach dem diplomatischen Rückzug Serbiens, welcher in der serbischen Antwortnote zutage getreten war, ein Grund zum Kriege zwar nicht mehr vorhanden, aber eine Garantie nötig sei, dass die Versprechungen Serbiens auch ausgeführt würden. „Das würde durch die militärische vorübergehende Besetzung eines Teiles von Serbien wohl erreichbar sein.“ — Im gleichen Sinne schreibt im Auftrag des Kaisers der Generaladjutant von Plessen an Moltke: „Auf alle Fälle müsste Österreich-Ungarn aber ein Faustpfand mit Beschlag belegen als Bürgschaft, dass die gemachten Versprechungen von den Serben auch eingehalten werden[2]).“

Die kaiserliche Anregung findet in der grossen Note, die der Kanzler am 28. abends an den deutschen Botschafter in Wien Tschirschky schickt, ihren offiziellen Ausdruck. Es war hier zum ersten Male von einer vorübergehenden Besetzung von Belgrad und anderer Punkte gesprochen worden. Von Bedeutung ist, dass die Note auch erwähnt, dass ein aktives militärisches Vorgehen Österreichs gegen Serbien erst am 12. August möglich sei. Die Befürchtung einer Intervention durch die Mächte wird zwar hervorgehoben, aber man vermisst die klare Erkenntnis, dass es bei der späten Aktionsbereitschaft des österreichischen Heeres gar nicht möglich sein wird, das Faustpfand Belgrad in die Hand zu bekommen, bevor eine Intervention der Mächte, besonders Russlands, eintritt. —

Dass diese Unklarheit bei verschiedenen Köpfen im Auswärtigen Amt bestanden hat, geht auch aus dem Telegramm Szögyény's vom 25. hervor, worin er die, wohl auf Mitteilungen nachgeordneter Referenten[3]) sich stützende Behauptung aufstellt: „Man (!) sieht hier in jeder Verzögerung des Beginnes der kriegerischen Operationen grosse Gefahr betreffs Einmischung anderer Mächte. Man rät uns dringendst, sofort vorzugehen und die Welt vor ein fait accompli zu stellen.“

Der an sich vernünftige Gedanke, dass sich Österreich mit Belgrad begnügen solle, fand auch in England Anklang und wurde gleichsam zum Angelpunkt der weiteren deutschen und englischen Ausgleichsversuche des österreichisch-russischen Gegensatzes gemacht. Das Verhängnisvolle war dabei, dass der Gedanke, wie wir noch näher zeigen werden, sich praktisch nicht verwirklichen liess und an der Unmöglichkeit seiner Ausführung auch zugrunde ging.

Am 29. abends wurde der englische Botschafter Sir E. Goschen von Bethmann Hollweg ins Vertrauen gezogen und ihm von der erwähnten Note an Tschirschky Mitteilung gemacht. Goschen setzte Grey sofort hiervon in Kenntnis: „Er (der Reichskanzler) hätte dann fortgefahren, man dürfe wohl annehmen, dass die gegen Serbien zu unternehmenden Feindseligkeiten vermutlich den ausschliesslichen Zweck hätten, solche Garantien

[1]) Deutsche Dokumente 293.

[2]) Zeitschrift: „Deutsche Politik“ vom 18. Juli 1919.

[3]) Vergl. Montgelas: „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“. Seite 174.

zu sichern, wie denn auch die österreichische Regierung schon versichert hätte, keine territorialen Absichten zu haben[1])."

Der Gedanke einer Beschränkung der militärischen Ziele Österreichs Serbien gegenüber findet jetzt auch bei Grey Beachtung, wie aus der Mitteilung Grey's an Goschen über seine Unterredung mit dem deutschen Botschafter in London Lichnowsky vom 29. hervorgeht:

„Ich setzte jedoch auseinander, dass die russische Regierung eine Vermittlung zwar wünsche, es aber als Bedingung erachte, dass die militärischen Operationen gegen Serbien eingestellt würden, da andernfalls eine Vermittlung die Sache nur hinziehen und Österreich Zeit haben würde, Serbien zu zertrümmern. Es sei natürlich zu spät, alle militärischen Operationen gegen Serbien einzustellen. . . . In kurzer Zeit würden vermutlich die österreichischen Streitkräfte in Belgrad sein und serbisches Gebiet besetzt haben. Aber selbst dann könnte es möglich sein, eine Vermittlung ins Werk zu setzen, wenn Österreich sagte, es müsse zwar das besetzte Gebiet halten, bis es völlige Genugtuung von Serbien habe, zugleich aber erklärte, es würde nicht weiter gehen, so lange die Mächte einen Versuch machten, zwischen Österreich und Russland zu vermitteln[2])."

Wir sehen hier, dass auch Grey in der falschen Vorstellung befangen war, dass Österreich während der Verhandlungen Serbien zertrümmern könne und die österreichischen Streitkräfte vermutlich „in kurzer Zeit" in Belgrad sein würden. — Die Meldung Lichnowsky's über ein etwaiges Einschreiten Englands veranlasste den Kanzler, nochmals Wien darauf hinzuweisen, dass Österreichs berechtigte Ansprüche Serbien gegenüber „durch Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden". —

Wie stark der Gedanke des „Halts in Belgrad" inzwischen auch bei Grey Wurzel geschlagen hatte, zeigt sein Telegramm an Buchanan vom 30., das die ganze noch mögliche Vermittlung zwischen Wien und Petersburg unter diesen Gesichtspunkt stellt: „Es ist dies eine schwache Hoffnung, den Frieden zu bewahren, aber die einzige, die ich vorschlagen kann, wenn der russische Minister des Auswärtigen zu keinem Einverständnis in Berlin kommen kann[3])."

Der König von England haut in dieselbe Kerbe und schreibt am 30. an den Prinzen Heinrich:

„Meine Regierung tut das Äusserste, um Russland und Frankreich nahezulegen, weitere militärische Vorbereitungen aufzuschieben, falls Österreich einwilligt, sich mit der Besetzung von Belgrad und angrenzendem serbischen Gebiet als Pfand für eine zufriedenstellende Regelung seiner Forderungen zu begnügen, während inzwischen die anderen Länder ihre Kriegsvorbereitungen einstellen[4])."

Wilhelms II., König Georgs sowie Bethmann Hollwegs und Greys Hoffnung, den Frieden zu bewahren, hängt also davon ab, dass die österreichische Regierung verspricht, in Belgrad halt zu machen.

Österreich tat dies nicht. —

---

[1]) Englisches Blaubuch Nr. 75.
[2]) Englisches Blaubuch Nr. 88.
[3]) Englisches Blaubuch Nr. 103.
[4]) Deutsche Dokumente Nr. 452.

Welches waren nun die Gründe, dass Österreich diese Zusicherung, von der doch alles abzuhängen schien, nicht geben wollte? Wie uns Tschirschky mitteilt, waren die beiden einflussreichsten Persönlichkeiten im österreichischen Auswärtigen Amt, Graf Forgach und Graf Hoyos, der Ansicht, dass für diese Entscheidung über den „Halt in Belgrad" die Ansicht Tisza's eingeholt werden müsse, der erst am 31. in Wien erwartet wurde. — Den Grund kann man kaum für stichhaltig ansehen, da man Tisza's Ansicht wohl telephonisch hätte erfahren können. Auch die Angabe, dass die Stimmung in der österreichischen Armee und im Volke eine Einschränkung der militärischen Operationen nicht zulasse, kann nicht als triftiger Grund angesehen werden.

Wenn Graf Max Montgelas in seinem „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage" sagt, „dann kam aller Wahrscheinlichkeit nach eine noch wenig erörterte militärische Schwierigkeit", so bringt uns das auf den richtigen Weg. Die Österreicher konnten so schnell, wie man in London, Petersburg und wohl auch in Berlin annahm, gar nicht nach Belgrad hinein.

Der direkte Vormarsch gegen die nur durch einen überbrückten Fluss von Österreich getrennte „Stadt und Festung Belgrad" war wohl vom österreichischen Generalstab vor dem Kriege erwogen worden, aber man hatte das „Wagnis" eines Handstreiches aufgegeben und sich für den Conrad'schen Plan entschlossen, von Nordwest her in Serbien einzumarschieren, um dann Belgrad von Süden her zu fassen.

Über die Auffassung beim österreichischen Generalstab über diese Frage teilt der durch die wertvolle Veröffentlichung über die österreichische Mobilmachung bekannte k. u. k. Oberstleutnant Kissling mit:

„Im Jahre 1908 hatte der Chef des Generalstabes dem Kriegsminister gegenüber die beantragte Mobilisierung des VII. Korps (damals von Haus aus für Syrmien bestimmt) mit der ‚Rücksicht auf die etwa nötige Durchführung eines Handstreiches auf Belgrad zur Züchtigung Serbiens' begründet. Dass der Gedanke eines Überfalls auf die feindliche Hauptstadt später in den im März 1909 über den Aufmarsch und die möglichen Entwicklungen vom Chef des Generalstabes angestellten Betrachtungen wieder fallen gelassen scheint, erklärt sich wohl daraus, dass damals bei der allmählich angewachsenen Spannung zwischen Österreich-Ungarn und Serbien das Überraschungsmoment verloren schien.

Ende Juli 1914 hätte ein solcher Überfall die Serben aber völlig unvorbereitet getroffen und rückschauend ist jetzt leicht zu erkennen, dass das Unterlassen des Überrumpelungsversuchs dem Versäumen einer guten Gelegenheit, rasch einen weithin sichtbaren ersten Erfolg einzubringen, gleichkam.

Einige Anhaltspunkte, wieso es zu dieser Unterlassung kam, gibt ein schriftliches Referat der Balkangruppe des Operationbureaus des k. u. k. Generalstabes von Mitte Dezember 1913. Darin wird zunächst ausgeführt, dass die serbische Artillerie bis etwa 9.—12. Mobilisierungstag bei Belgrad sicher überlegen auftreten könnte. In Anbetracht dieses Umstandes wurde dann einem überfallsartigen Vorgehen über die Save zur raschen Wegnahme Belgrads nur sehr bedingt das Wort geredet. Eine Schwierigkeit bot hierbei die rasche Versammlung der erforderlichen mobilisierten Truppen. Ein Überfall auf die Hauptstadt des Feindes sollte nur dann inszeniert werden, wenn ihn ganz besondere Verhältnisse begünstigten, z. B. wenn das Gros der serbischen Armee

in Mazedonien tatsächlich gebunden wäre. Selbst dann wurde ein solches Unternehmen als ‚sehr gewagt' bezeichnet, da die Serben in kurzer Zeit mit der Bahn überlegene Truppen heranführen könnten.

Aus den Ausführungen des Referates spricht jedenfalls eine starke Abneigung gegen den offenbar als Wagnis angesehenen Handstreich überhaupt.

Zudem kam knapp vor dem Kriege, dass der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza sich beim Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten vom 7. Juli, in dem die Entscheidung für eine Abrechnung mit Serbien fiel, ‚einen überraschenden Angriff auf Serbien ohne vorhergehende diplomatische Aktion, wie das geplant zu sein scheine', unbedingt widersetzte, bis nach längerer Debatte beschlossen wurde, ‚dass erst nach der Aufstellung von konkreten Forderungen an Serbien und nach Übermittlung eines Ultimatums im Falle ihrer Abweisung die Mobilisierung eingeleitet werden sollte'. (Dr. Goos, Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges. S. 53 bezw. 61.)

Diese Bindung des Chefs des Generalstabes durch diesen Ministerratsbeschluss bezog sich wohl auf die Art der Kriegseröffnung überhaupt, begrub aber jedenfalls auch die Idee eines Handstreiches gegen Belgrad endgültig, — vielleicht sehr zum Schaden der Entwicklung der militärpolitischen Lage am Balkan überhaupt.

Jedenfalls war an einen Übergang bei Belgrad bei Eröffnung der Operationen nicht gedacht.

Auf die konkreten Kriegsvorbereitungen, also auf die Anlage des Aufmarsches, war dem Minister des Äusseren kein Einfluss eingeräumt. Vom Chef des Generalstabes wurden sie lediglich den Militärkanzleien Sr. Majestät und des Thronfolgers mitgeteilt, dem Aussenminister nicht."

Die ganze Darlegung über den „Halt in Belgrad" und die Unmöglichkeit seiner Ausführung zeigt, dass bei den Diplomaten sowohl in Berlin, wie in London und Petersburg keine genügende Vorstellung von der österreichischen Angriffsenergie Serbien gegenüber vorhanden war. Jedenfalls ist es sonst nicht verständlich, dass man einen Vorschlag mit so viel Nachdruck und Hoffnungen verfolgte, welcher gar nicht ausführbar war.

Man wird einwenden, wenn die Österreicher militärisch gar nicht in der Lage waren, Belgrad so schnell einzunehmen, hätten sie trotzdem — ja vielleicht um so mehr — die Zusicherung geben müssen, sich mit Belgrad zu begnügen. Dem muss entgegengehalten werden, dass die Österreicher dann wahrscheinlich im Verlauf von weiteren Verhandlungen ihre Operationen gegen Serbien hätten einstellen müssen, bevor sie irgendein Pfand in der Hand hatten. Dies wäre ein Prestigeverlust Serbien gegenüber gewesen, den die Monarchie nicht unbeschadet hätte auf sich nehmen können.

Dagegen steht ausser Zweifel, dass die Diplomaten wohl noch 8—14 Tage hätten verhandeln können, ohne dass sich militärisch etwas Entscheidendes im Balkan ereignet hätte, denn erst am 12. August traten die österreichischen Truppen den Vormarsch auf Belgrad an, und zwar — ohne Erfolg. Belgrad fiel nicht in die Hand der Österreicher, und Serbien wurde nicht „zertrümmert". Erst ein Jahr später konnten deutsche und österreichische Truppen gemeinsam den Angriff auf Serbien durchführen. — Die Gefahr einer Zertrümmerung Serbiens bei Ausbruch des Krieges durch Österreich allein bestand also nur in den Köpfen einer in die Möglichkeiten militärischer Operationen nicht eingeweihten Diplomatie. Man hatte den Fehler gemacht, dass man die zwischen Deutschland und Frankreich

bestehende militärische Hochspannung auch auf den Balkan übertrug, wo die Völker für's erste ruhig hätten „aufeinanderschlagen" können, ohne dass dabei Europa aus den Fugen zu gehen brauchte.

Die französisch-italienischen Abmachungen von 1902[1]).

Herr Prinetti, italienischer Minister des Auswärtigen, an Herrn Barrère, den Botschafter der französischen Republik in Rom.

Rom, den 1. November 1902.

Im Verfolg der Unterredungen, die wir über die beiderseitige Lage Italiens und Frankreichs im Mittelmeerbecken hatten, insbesondere über die bezüglichen Interessen beider Nationen in Tripolis, der Kyrenaika und Marokko, ist es uns angezeigt erschienen, die Vereinbarungen festzulegen, die sich aus dem diesbezüglichen Schriftwechsel vom 14. und 16. Dezember 1900 zwischen Euerer Exzellenz und dem Marchese Visconti Venosta ergeben, in dem Sinne, dass jede von beiden Mächten ihre Einflusssphäre in den oben erwähnten Gebieten ungehindert erweitern kann, sobald sie es für angezeigt hält, und ohne dass das Vorgeben der einen Macht notwendig das der anderen nach sich ziehen müsste. Bei dieser Gelegenheit wurde erklärt, dass unter der in dem oben genannten Schreiben Euer Exzellenz vom 14. Dezember 1900 angegebenen Grenze der französischen Gebietserweiterung die Grenze von Tripolis zu verstehen ist, die in der Kartenbeilage zu der Erklärung vom 21. März 1899 (Zusatzerklärung zum englischen Abkommen vom 14. Juni 1898) angegeben ist.

Wir haben festgestellt, dass diese Auffassung gegenwärtig keinerlei Gegensätze zwischen unseren Regierungen in ihren beiderseitigen Interessen im Mittelmeer bestehen lässt.

Anlässlich dieser Besprechungen und um jedes etwaige Missverständnis zwischen unseren beiden Ländern ein für allemal auszuschalten, stehe ich nicht an, zwecks Festlegung ihrer allgemeinen Beziehungen Euer Exzellenz von mir aus im Namen der Regierung Sr. Majestät, die folgenden Erklärungen abzugeben:

Sollte Frankreich von einer oder mehreren Mächten unmittelbar oder mittelbar angegriffen werden, so wird Italien strenge Neutralität wahren.

Ein gleiches gilt für den Fall, dass Frankreich infolge einer unmittelbaren Herausforderung sich gezwungen sehen sollte, zur Wahrung seiner Ehre oder Sicherheit seinerseits den Krieg zu erklären. In diesem Falle müsste die Regierung der Republik ihre Absicht der Königlichen Regierung im voraus mitteilen, so dass diese festzustellen vermag, dass es sich tatsächlich um eine unmittelbare Herausforderung handelt.

Um dem freundschaftlichen Geiste der gegenwärtigen Erwägungen treu zu bleiben, bin ich ausserdem beauftragt, Ihnen zu bestätigen, dass seitens Italiens keine Abmachung oder militärische Bestimmung von internationalem Vertragscharakter besteht, die im Widerspruch zu den gegenwärtigen Bestimmungen stände, und dass eine solche auch nicht abgeschlossen werden wird.

---

[1]) Übersetzung aus dem französischen Gelbbuch Les Accords Franco-Italiens de 1900—1902. Paris, 1920.

Ich habe hinzuzufügen, dass, abgesehen von der Auslegung der Mittelmeerinteressen beider Mächte, die gemäss dem Sinne des Schriftwechsels vom 14. und 16. Dezember 1900 zwischen Euer Exzellenz und dem Marchese Visconti Venosta endgültiger Art ist, die Königliche Regierung, da die vorstehenden Erklärungen als übereinstimmend mit den gegenwärtigen internationalen Abmachungen Italiens übereinstimmen, es als vereinbart ansieht, dass sie vollgültig bleiben, solange sie der Regierung der Republik nicht mitgeteilt hat, dass diese Vereinbarungen abgeändert worden sind.

Ich wäre Euer Exzellenz verbunden für gütige Empfangsbestätigung dieser Mitteilung, die geheim bleiben soll, und für ihre Bestätigung im Namen der Regierung der Republik.

Prinetti.

Herr Barrère, Botschafter der französischen Republik in Rom, an Herrn Prinetti, den italienischen Minister des Auswärtigen.

Rom, den 1. November 1902.

Durch Ihr heutiges Schreiben haben Euer Exzellenz mich gütigst daran erinnert, dass es im Verfolg unserer Unterredungen über die beiderseitige Lage Frankreichs und Italiens im Mittelmeerbecken, insbesondere über die bezüglichen Interessen beider Länder in Tripolis, der Kyrenaika und Marokko, uns angezeigt erschienen ist, Vereinbarungen zu treffen, die sich aus dem diesbezüglichen Schriftwechsel vom 14. und 16. Dezember 1900 zwischen dem Marchese Visconti Venosta und mir ergeben, in dem Sinne, dass jede von beiden Mächten ihre Einflusssphäre in den oben erwähnten Gebieten ungehindert erweitern kann, sobald sie es für angezeigt hält, und ohne dass das Vorgehen der einen Macht notwendig das der anderen nach sich ziehen müsste.

Bei dieser Gelegenheit wurde erklärt, dass unter der in meinem oben genannten Schreiben vom 14. Dezember 1900 angegebenen Grenze der französischen Gebietserweiterung in Nordafrika die Grenze von Tripolis zu verstehen ist, die in der Kartenbeilage zu der Erklärung vom 21. März 1899 (Zusatzerklärung zum englischen Abkommen vom 14. Juni 1898) angegeben ist.

Da diese Auffassung, wie wir festgestellt haben, gegenwärtig keinerlei Gegensätze zwischen unseren Regierungen in ihren beiderseitigen Interessen im Mittelmeer bestehen lässt, und um jedes etwaige Missverständnis zwischen unseren beiden Ländern ein für allemal auszuschalten, sind Sie von der Regierung Sr. Majestät ermächtigt worden, von sich aus gewisse Erklärungen abzugeben, um die allgemeinen Beziehungen Italiens gegenüber Frankreich festzulegen.

Ich beehre mich, Euer Exzellenz den Eingang dieser Erklärungen anzuzeigen und ihn im Namen meiner Regierung zu bestätigen.

Andererseits bin ich beauftragt, die Bedingungen, unter denen Frankreich seinerseits im gleichen freundschaftlichen Sinne seine allgemeinen Beziehungen gegenüber Italien zu regeln gedenkt, in folgender Weise zu formulieren.

Sollte Italien von einer oder mehreren Mächten unmittelbar oder mittelbar angegriffen werden, so wird Frankreich strenge Neutralität wahren.

Ein gleiches gilt für den Fall, dass Italien infolge einer unmittelbaren Herausforderung sich gezwungen sehen sollte, zur Wahrung seiner Ehre oder Sicherheit seinerseits den Krieg zu erklären. In diesem Falle müsste

die Königliche Regierung ihre Absicht der Regierung der Republik im voraus mitteilen, so dass diese festzustellen vermag, dass es sich tatsächlich um eine unmittelbare Herausforderung handelt.

Zugleich bin ich beauftragt, Ihnen zu erklären, dass seitens Frankreichs keine Abmachung oder militärische Bestimmung von internationalem Vertragscharakter besteht, die im Widerspruch zu den gegenwärtigen Erklärungen stände, und dass eine solche auch nicht abgeschlossen werden wird.

Schliesslich gilt als vereinbart, dass, abgesehen von der Auslegung der Mittelmeerinteressen beider Mächte, die gemäss dem Sinne des Schriftwechsels vom 14. und 16. Dezember 1900 zwischen dem Marchese Visconti Venosta und mir endgültiger Art ist, die vorstehenden Erklärungen, die geheim bleiben sollen, als übereinstimmend mit den gegenwärtigen internationalen Vereinbarungen Italiens vollgültig bleiben sollen, solange die Königliche Regierung der Regierung der Republik nicht mitgeteilt hat, dass diese Vereinbarungen abgeändert worden sind.

Barrère.

Monatsbericht.

Presseschau.

Lord Loreburn †.

Am 1. Dezember ist in London Lord Loreburn gestorben, der in den Regierungen Campbell-Bannerman und Asquith (1905—1912) das Amt des Lordkanzlers bekleidete. Loreburn hat im Jahre 1919 ein Buch über die Vorgeschichte und den Ausbruch des Weltkrieges veröffentlicht: How the War came. Methuen & Co., London 1919, 340 S., dem die Schuldfragenforschung manche wertvolle Hinweise und Aufschlüsse für die englische Vorkriegspolitik verdankt.

Le Congrès de la Ligue des Droits de l'Homme. Le Problème des Responsabilités de la Guerre. — „Le Quotidien“, 2. XI. 1923. Nr. 142.

Auf dem Jahreskongress der französischen Liga für Menschenrechte griff Oscar Bloch den Vorstand der Liga an, weil die auf dem vorjährigen Kongress in Nantes eingesetzte Kommission zur Erforschung der Kriegsursachen heute nicht in der Lage sei, einen Bericht über ihre Arbeiten zu geben. Bloch bedauerte es lebhaft, dass das Studium der Kriegsursachen von der Liga so leicht genommen werde. In Wahrheit verteile sich die Verantwortlichkeit am Ausbruch des Krieges auf alle Teilnehmer. Er und seine Freunde wünschten, dass diese Tatsache durch die Oeffnung der Geheimarchive festgestellt werde. Bisher habe der Zentralausschuss der Liga nichts getan, um dieses Ziel zu erreichen. Im Namen des Zentralausschusses entgegnete Emil Kahn. Die Liga habe am 10. November 1922 und am 12. Januar 1923 durch Fernand Buisson Schritte unternommen, um Herrn Poincaré zu veranlassen, alle diplomatischen Dokumente über die unmittelbare Vorgeschichte des Weltkrieges zu veröffentlichen. Aber von der gegenwärtigen Kammer sei in dieser Frage nichts zu erreichen. Ebenso seien die bei Herrn Poincaré unternommenen Vorstellungen ohne Erfolg geblieben. Mathias Morhardt und Oscar Bloch warfen dem Zentralausschuss vor, Furcht vor Herrn Poincaré zu haben. Es entspann sich eine leidenschaftliche Diskussion, die zur Aufhebung der Sitzung und zum Abbruch der Verhandlungen über die Frage der Verantwortlichkeit führte.

Memorie e ricordi. Von C. L. Stein. „La Tribuna“, 28. X. 1923, Nr. 256.

Stein, der bekanntlich die deutsche Ausgabe der Erinnerungen Giolittis besorgt hat, gibt in der „Tribuna“ eine eingehende Besprechung der Aufzeichnungen des italienischen Staatsmannes.

Das europäische Gleichgewicht. Das Grundprinzip der englischen Aussenpolitik. „Kölnische Zeitung“, 5. November, Nr. 763.

Der Londoner Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ berichtet über eine Besprechung, die die „Times“ von autoritativer Seite über den Schlussband der „Cambridge History of British Foreign Policy 1783—1919“ gebracht hat. In dieser Besprechung heisst es wörtlich: „Unter den Legenden, die allmählich zerstört werden, ist die, dass Deutschland andere Nationen angefallen habe, die in keiner Weise auf Krieg vorbereitet waren. Wir brauchen uns dieser Vorbereitung sicher nicht zu schämen; denn worin lag ihre Rechtfertigung? Sie lag in der klaren Erkenntnis, dass der Bau der deutschen Flotte mit dem eingestandenen Ziel, Deutschlands neue Weltambitionen zu fördern und zu schützen, eine offene und unqualifizierte Herausforderung für jene Seegeltung war, die, wie Sir Edward Grey sagte, die Grundlage des Ganzen unserer Politik war. Das war schliesslich die Ursache unseres Eintritts in den Krieg. Die politische Verständigung und die militärische Abmachung mit Frankreich und Russland war, und zwar mit Recht, Teil eines grossen Planes defensiver Strategie; aber wenn wir in den Krieg gingen, um Frankreich zu retten, so war der Grund nur, weil die Rettung Frankreichs für unsere eigene Sicherheit nötig war. Die ganze Aktion entsprach der besten Tradition britischer Staatskunst. Der Krieg war von Anfang an, wie alle unsere grossen Kriege, ein Krieg für die Erhaltung des Gleichgewichts der Macht in Europa. Indem wir in ihn eintraten, verteidigten wir aber nicht nur unsere eigenen vitalen Interessen, sondern auch die aller Dominien. England muss immer der Wächter an der Küste Europas sein. Und wie es in der Vergangenheit war, so wird es unvermeidlich in der Zukunft sein.“

Frankreich und die neue Mittelmeerentente. Ein wertvolles Geständnis der „Journée Industrielle“. „Berliner Tageblatt“, 24. November 1923, Nr. 542.

In ihrer Ausgabe vom 23. November spricht die „Journée Industrielle“ von einer werdenden Entente zwischen Italien, Spanien und England. Sie schreibt dann wörtlich: „Je tiefer das Missverständnis zwischen Frankreich und England wird, desto eifriger ist England bemüht, die gleiche Politik der Einkreisung gegen Frankreich einzuleiten, die einst gegen Deutschland durchgeführt wurde.“ Mit Recht bemerkt dazu Paul Block, der Pariser Korrespondent des „Berliner Tageblatts“, dass dieses Geständnis der „Journée Industrielle“ ein dankenswerter Beitrag zur Frage der Verantwortung für den Weltkrieg sei. „Wenn nach französischer Auffassung Deutschland eingekreist worden war, wo bleibt dann die ausschliessliche Verantwortlichkeit Deutschlands, des stärksten Fundaments des Vertrages von Versailles?“

Aus Zeitschriften.

Die Kriegsschuldfrage. Von Graf Max Montgelas. „Der Firn“, 1. und 15. November 1923.

Graf Montgelas gibt in einer Aufsatzserie im „Firn“ eine Skizzierung der Gedankengänge zur Vorgeschichte und zum Ausbruch des Weltkrieges, die er in seinem „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“ ausführlich klargelegt hat.

Der Sturz des Yamamotokabinetts und die japanische Kriegserklärung. Von Dr. Paul Ostwald. „Deutsche Stimmen“, 5. November 1923, Nr. 21.

Der Verfasser führt aus, dass erst durch den Sturz des Ministeriums Yamamoto im Frühjahr 1914 und durch die Bildung eines Kabinetts Okuma mit Kato als

Aussenminister die Vorbedingung für den späteren Eintritt Japans in den Weltkrieg geschaffen worden sei. Während unter Yamamoto eine Annäherung an Deutschland stattfand, waren Okuma und Kato, der ehemalige Botschafter in London, überzeugte Anhänger einer englisch orientierten Aussenpolitik. Ostwald nimmt an, dass bei dem Sturz des Kabinetts Yamamoto die englische Regierung nicht unbeteiligt gewesen sei.

E. D. Morels Kampf gegen die Schuldlüge. Von Hermann Lutz. — „Süddeutsche Monatshefte". Okt./Nov. 1923.

Lutz gibt interessante Notizen über das Leben und Wirken Morels, unter besonderer Berücksichtigung der Arbeit, die Morel in der Schuldfragenforschung geleistet hat.

Zur Kriegsschuldfrage. Von Dr. Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode. — „Süddeutsche Monatshefte". Okt./Nov. 1923.

Eine Charakterisierung der beiden wichtigsten deutschen Schuldfragenwerke: B. W. v. Bülow: Die Krisis, und Graf Max Montgelas: Leitfaden zur Kriegsschuldfrage. Stolberg wendet sich gegen die Auffassung, die Entscheidung der Schuldfrage der Geschichte zu überlassen. Man müsse sich davor hüten, den Wert von Dokumenten zu überschätzen und mehr auf die hinter ihnen stehenden Tatsachen achten. Die Bedeutung der Werke von Bülow und Montgelas liege gerade in den bestimmten Folgerungen, die aus ihnen für die deutsche Gegenwartspolitik gezogen werden könnten.

Ein Beitrag zur Schuldfrage. Die erste kriegerische Frucht der Ententepolitik. Von Prof. Dr. Gustav Roloff. — „Die Neue Zeit", Chicago, 27. Okt./3. Nov. 1923.

Eine zusammenfassende Darstellung der russischen Balkanpolitik während der letzten Vorkriegsjahre.

Documentation de la Guerre. Von Edmond Buffa. — „Rassegna Internationale" (Cahiers Internationaux), 1923, Nr. 6, 7.

E. Buffa gibt eine Zusammenstellung aller Dokumente aus den beiden Bänden des „Livre noir", die sich mit der italienischen Politik befassen.

Les Documents sur l'Intervention de l'Italie. — „Rassegna Internationale" (Cahiers Internationaux), 1923, Nr. 8, 9.

Veröffentlichung ausserordentlich wichtiger Geheimdokumente aus dem Jahre 1914, die für die Beurteilung des italienischen Eintritts in den Weltkrieg von grosser Bedeutung sind. Die Dokumente stammen aus den russischen Geheimarchiven. Weitere Schriftstücke aus dem Jahre 1915 werden in dem nächsten Heft der Zeitschrift veröffentlicht werden. Eine vollständige italienische Ausgabe der Dokumente ist bereits vorhanden. (S. Besprechung von Wilhelm Schaer in Heft 3. 1923, „Die Kriegsschuldfrage".)

Les Auteurs de la Guerre mondiale. Von Lujo Brentano. — „Rassegna Internationale" (Cahiers Internationaux), 1923, Nr. 8, 9.

Die „Rassegna Internationale" beginnt mit einer französischen Übersetzung der in deutscher Sprache im Dreimasken-Verlag, München, erschienenen Schrift: Die Urheber des Weltkrieges, von Prof. Dr. Lujo Brentano. Georges Demartial hat dieser französischen Übersetzung ein Vorwort gewidmet, in dem er die Persönlichkeit Brentanos charakterisiert und dessen Unparteilichkeit in der Darstellung der Vorgeschichte des Weltkrieges rühmend hervorhebt.

„Utenrikspolitikken", Organ för utenrikspolitik og internationaler problemer stellt ihr Erscheinen ein.

Die Zeitschrift „Utenrikspolitikken" wurde unter alleiniger Leitung von Viktor Mogens von Oktober 1921 bis September 1923 in Christiania herausgegeben. Die Zeitschrift, die sich nur mit Fragen der auswärtigen Politik beschäftigte, hat vielfach in objektiver Form Stellung zur Schuldfrage genommen. Die Zeitschrift ist eingegangen, da es Herrn Mogens leider nicht möglich ist, die weitere Finanzierung der Zeitschrift zu tragen. Heft 10/11 bringt eine eingehende Würdigung des „Leitfadens zur Kriegsschuldfrage" von Graf Max Montgelas.

New Light from Russian Documents. VII. Livre Noir II. Von Prof. Raymond Beazley. — „Foreign Affairs", Oktober 1923.

Eine Fortsetzung der Aufsatzreihe Prof. Beazleys über die neuen russischen Dokumentenveröffentlichungen, und zwar eine Besprechung des zweiten Bandes des „Livre Noir" unter Heraushebung einiger besonders bemerkenswerter Punkte.

Bücherschau.

Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amts. Im Auftrage des Auswärtigen Amts herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich Thimme. Zweite Reihe, 6 Bände: Der neue Kurs, von den Anfängen des neuen Kurses bis zum Eintritt des Kaiserreichs in die Weltpolitik. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin, 1923.

Bardoux, Jaques: Lloyd George et la France. Alcan, Paris, 1923.

Burian, Stephan, Graf: Drei Jahre aus der Zeit meiner Amtsführung im Kriege. Ullstein, Berlin, 1923.

Fusijawa, Rikitaro: Recent aims and political development of Japan. Milford, London, 1923.

Khan, Syed Sirrar Ali: The life of Lord Morley, London, Pitmann, 1923.

Lloyd George, David: Is it peace? Hodder and Stoughton, London, 1923.

(Nikolaus II.): Das Tagebuch des letzten Zaren von 1890 bis zum Fall. Nach den unveröffentlichten russischen Handschriften von hervorragenden russischen Forschern herausgegeben mit einer Einleitung von Professor S. Melgunöff. Ullstein, Berlin, 1923.

Osborne, Sidney: The Saar Question. A disease spot in Europe. Allen & Unwin, London, 1923, 384 S.

Nimmt im ersten Kapitel eingehend Stellung zur Schuldfrage. (S. Besprechung von Hermann Lutz in den „Münchner Neuesten Nachrichten" vom 4. 11. 1923, Nr. 299.)

Pribram, A. F.: Austrian Foreign Policy 1908—1918. Mit Einleitung von G. P. Gooch. Allen & Unwin, London, 1923.

Spender, J. A.: The life of the right honorable Sir Henry Campbell-Bannerman. Hodder and Stoughton, London, 1923.

Webster, Hutton: History of the Far East. Heath, London, 1923.

Bezugsbedingungen.

Die Zeitschrift ist bei allen Buchhandlungen und dem Verlag der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin NW 6, Luisenstraße 31a, zu beziehen. Der Bezug durch die Postanstalten ist eingestellt.

Inlandspreis: Jede Nummer 0,20 M.
Vierteljahrsabonnement 0,50 M.

Auslandspreis vierteljährlich (einschliessl. Porto und Verpackung): für

Amerika, Japan, China	1/4 Dollar	Italien	2 lire
Südamerika	2 arg. Pesos	Schweiz	1 francs
England	1 Shilling	Spanien	2 Pesetos
Frankreich, Belgien	2 francs	Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland	1 Krone
Holland	1/2 Gulden		

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt Berlin SW 48.

DEUTSCHLAND.

Dokumente.

„Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ (sogenannte Kautsky-Akten). Herausgegeben von Graf Montgelas und Professor Schücking. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1919. 4 Bände.

Französisch: „Documents Allemands relatifs à l'Origine de la Guerre.“ Übersetzt von Camille Jordan. Alfred Costes, Paris 1922. Tome I—IV.

„Deutschland Schuldig?“ Deutsches Weissbuch, Juni 1919. C. Heymann, Berlin 1919.

Dirr, P.: „Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch.“ R. Oldenburg, München-Berlin 1922.

„Die grosse Politik der europäischen Kabinette 1871—1914.“ Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Band 1 bis 6: „Die Bismarckzeit.“ Band 7—12: „Der neue Kurs.“ Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1922/23.

Erinnerungen.

Bethmann Hollweg, Th. v. (Reichskanzler 1909—17): „Betrachtungen zum Weltkriege.“ 2 Bände. R. Hobbing, Berlin 1919/20. 138, 280 S.

Englisch: „Reflections on the World War.“ Bethmann Hollweg. Thornton Butterworth. Vol. 1.

Französisch: „Souvenirs.“ Charles Lavauzelle et Cie. Paris 1923.

Spanisch: „Reflexiones sobre la Guerra mondial.“ P. 1. Buenos Aires 1919.

Eckardstein, Frhr. v. (Botschaftsrat a. D.): „Lebenserinnerungen und politische Denkwürdigkeiten.“ I—III. P. List, Leipzig 1919 bis 1921.

Zur Kritik vergl. Hagen, Maximilian v.: „Deutsche Bündnispolitik.“ Verlag von Georg Stilke, Berlin 1922. 26 S.

Englisch: „Ten Years at the Court of St. James 1895—1905.“ Trans. and ed. by George Young, London. Thornton Butterworth 1921. 255 S.

Eggeling, Bernh. v.: „Die russische Mobilmachung und der Kriegsausbruch. Beiträge zur Schuldfrage am Weltkriege.“ Stalling, Oldenburg, Berlin 1919. 54 S.

Hammann, O. (ehem. Pressechef des Auswärtigen Amtes): „Der neue Kurs“, „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges“, „Um den Kaiser“, „Der missverstandne Bismarck“, „Bilder aus der letzten Kaiserzeit“. Alle 5 Bände: Reimar Hobbing, Berlin 1918 bis 1922.

Helfferich, Karl (1915 Reichsschatzsekretär, 1916 Vertreter des Reichskanzlers): „Der Weltkrieg.“ 3 Bände. Ullstein, Berlin 1919.

Spanisch: „Antecedentes de la Guerra mondial.“ Buenos Aires 1920. 131 S.

Jagow, G. v. (Staatssekretär d. Äussern): „Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges.“ Reimar Hobbing, Berlin 1919. 195 S.

Italienisch: „Le origini della guerra mondiale.“ Casa Editrice. Tiber, Roma 1921.

Moltke, Generaloberst, Helmuth v.: „Erinnerungen.“ Briefe, Dokumente 1877—1916. Herausgegeben von Eliza v. Moltke. Verlag „Der kommende Tag“, Stuttgart 1922. 450 S.

Pourtalès, Graf (1914 Botschafter in Petersburg): „Am Scheidewege zwischen Krieg und Frieden.“ Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1922.

Spanisch: „Entre la par y la guerra.“ Mis ultimas negociaciones en San Petersburgo a fines de jul. de 1914. Buenos Aires 1920. 62 S.

Schoen, Frhr. von (1914 Botschafter in Paris): „Erlebtes. Beiträge zur politischen Geschichte der neuesten Zeit.“ Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin 1921. 227 S.

Englisch: „The Memoirs of an Ambassador.“ Transl. by Constance Vesey. Allen & Unwin Ltd., London 1922.

Tirpitz, Alfred v. (Grossadmiral): „Erinnerungen.“ K. F. Koehler. Leipzig 1919. 547 S.

Englisch: „My Memoirs.“ Hurst & Blackett. 1921.

Französisch: „Souvenirs.“ Payot & Cie., Paris 1921.

Spanisch: „Origines de la Guerra.“ Capitulos esctract de la obra original Memorias del Almirante von Tirpitz. Buenos Aires 1920. 64 S.

Wilhelm II.: „Ereignisse und Gestalten 1878—1918." K. F. Koehler, Leipzig-Berlin 1922. 309 S.

Spanisch: „Las memorias del Kaiser Guillermo II." 1922. 340 S.

Wilhelm, Kronprinz: „Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm." Herausgegeben v. Karl Rosner. Cotta, Berlin-Stuttgart 1922. 347 S.

Darstellungen.

Brentano, Lujo: „Die Urheber des Weltkrieges." Drei Masken-Verlag, München 1922. 2. Aufl. 1923. 134 S.

Französisch: „Les Auteurs de la Guerre mondiale." Préface de Georges Demartial. Rassegna Internazionale (Cahiers Internationaux). Rom-Paris 1923. Nr. 8, 9.

Bülow, B. W. von: „Die ersten Stundenschläge des Weltkrieges." Eine Zeittafel der wichtigsten Vorgänge bei Kriegsausbruch mit Hinweisen auf die einschlägigen Urkunden. Vereinigung wissenschaftl. Verleger, Berlin-Leipzig 1922. 190 S.

Bülow, B. W. von: „Die Krisis." Die Grundlinien der diplomatischen Verhandlungen bei Kriegsausbruch. 3. erweiterte und ergänzte Auflage der Grundlinien der diplomatischen Verhandlungen bei Kriegsausbruch. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1922. 237 S.

David, Eduard: „Wer trägt die Schuld am Kriege?" P. Singer, Berlin 1917. 40 S.

Delbrück, H.: Deutsch-englische Schulddiskussion zwischen H. Delbrück, Prof. der Geschichte in Berlin, und J. W. Headlam-Morley, Prof. der Geschichte in London. Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin 1921. 48 S.

„Deutschland und die Schuldfrage." Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin 1923. 192 S.

Fischer, Dr. Eugen: „Plaidoyer vor einem Gerichtshof redlicher Menschen in Sachen der Kriegsschuld." Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1921. 50 S.
Erweiterte Neuauflage: „Kriegsschuldfrage und Aussenpolitik." 1923.

Franke, O.: „Die Grossmächte in Ostasien 1894—1914." Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Krieges. G. Westermann, Braunschweig-Hamburg 1923. 408 S.

Höniger, Robert: „Russlands Vorbereitungen zum Weltkriege." Auf Grund unveröffentlichter, russischer Urkunden. Mittler & Sohn. Berlin 1919. 139 S.

Daneben die Abhandlungen des gleichen Verfassers in der Deutschen Rundschau. Aprilheft 1918 „Untersuchungen zum Suchom-

linowprozess" und Augustheft 1918 „Fürst Tundutow über die russische Mobilmachung."

Karo, Georg: „Die Verantwortung der Entente am Weltkriege." Max Niemeyer, Halle a. S. 1921. 76 S.

Englisch: „The Responsibility of the Entente for the War." In the Showing of Their Own Statesmen.

Kautsky, K.: „Wie der Weltkrieg entstand." P. Cassirer, Berlin 1919. 182 S.

Französisch: „Comment s'est déclanchée la Guerre mondiale." Alfred Costes, Paris 1921.

Lulvès: „Wo war der Kriegswille?" Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1922. 64 S.

Lutz, Hermann: „Der Weg zum Kriege." Georg Stilke, Berlin 1922. 62 S.

Montgelas, Graf Max: „Glossen zum Kautskybuch." Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1920. 47 S.

Montgelas, Graf Max: „Zur Schuldfrage." Eine Untersuchung über den Ausbruch des Weltkrieges. Verlag der Kulturliga, Berlin W. 35 1920.

Dasselbe in französischer und spanischer Sprache.

Montgelas, Graf Max: „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage." Walter de Gruyter & Co., Berlin und Leipzig 1923. 208 S.

Quidde, L.: „Die Schuldfrage." B. A. Schwetschke & Sohn, Berlin 1922. 16 S.

Renauld, Ernst — Graf Max Montgelas — Hermann Lutz: Französisch-deutsche Diskussion über die Kriegsursachen und über den Wiederaufbau Europas. Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin 1922. 192 S.

Erweiterte französische Wiedergabe in Renauld: „1914—1919, Histoire populaire de la Guerre." Tome I. Tolra, Paris 1923.

Rohrbach, Paul: „Die Beweise für die Verantwortlichkeit der Entente am Weltkrieg." J. Engelhorns Nachfolger in Stuttgart 1921. 47 S.

Rohrbach, Paul: „Deutschland unter den Weltvölkern." Materialien zur auswärtigen Politik 1899—1918. J. Engelhorns Nachfolger in Stuttgart 1921. 352 S.

Sauerbeck, Ernst: „Der Kriegsausbruch." Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin 1919. 742 S.

Schücking, Walter: „Die völkerrechtliche Lehre des Weltkrieges." Veit & Co., 1918. 239 S.

Schwertfeger, Oberst Bernhard: „Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität." Hans Robert Engelmann, Berlin 1919.

Weissbücher des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Vorgeschichte des Weltkrieges.

Heft 1: „Schriftliche Auskünfte deutscher Staatsmänner.“ Nordd. Buchdruckerei, Berlin 1920.

Heft 2: „Militärische Rüstungen und Mobilmachungen.“ R. Hobbing, Berlin 1921.

Wilhelm II.: „Vergleichende Geschichtstabellen von 1878 bis zum Kriegsausbruch 1914.“ K. F. Koehler, Leipzig 1921. 75 S.

Französisch: „Tableaux d'Histoire Comparée de 1878 à l'Explosion de la Guerre de 1914.“ Alfred Costes, Paris 1923.

Wolff, R.: „Die deutsche Regierung und der Kriegsausbruch.“ R. Hobbing, Berlin 1919. 120 S.

ÖSTERREICH-UNGARN.

Dokumente.

„Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges.“ Österreichisches Rotbuch I—III. Staatsdruckerei, Wien 1919.

Französisch: „Pièçes diplomatiques relatifs aux Antécédents de la Guerre de 1914 publiées par la République d'Autriche.“ Übersetzt von Camille Jordan. Alfred Costes, Paris 1922.

Pribram, A. F.: „Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914.“ 1. Band. W. Braumüller, Wien-Leipzig 1920.

Englisch: „Austrian Foreign Policy 1908—1918.“ Introduction by G. P. Gooch. Allen & Unwin, London 1923.

Französisch: „Les traités politiques secrets de l'Autriche-Hongrie 1879—1914.“ Übersetzt von Camille Jordan. Alfred Costes, Paris 1922.

Erinnerungen.

Andrassy, Graf Julius (1906—10 ungarischer Innenminister, 1918 Aussenminister): „Diplomatie und Weltkrieg.“ Berlin-Wien 1920. 349 S.

Auffenbach-Komarow: „Auf Österreichs Höhe und Niedergang.“ Drei Masken Verlag. München 1921. 524 S.

Conrad von Hötzendorf (Feldmarschall): „Aus meiner Dienstzeit 1906 bis 1918.“ 4 Bände. Ricola-Verlag, Wien-Berlin-Leipzig-München 1922. Bisher ist Bd. 1—4 erschienen.

Czernin, Ottokar (1914 Gesandter in Rom, 1916—18 Aussenminister): „Im Weltkriege.“ Ullstein, Berlin-Wien 1919. 428 S.

Hoyos, Alexander (Kabinettschef im Minist. d. k. u. k. Hauses und des Äussern): „Der deutsch-englische Gegensatz und sein Einfluss auf die Balkanpolitik Österreich-Ungarns." Vereinigung wissenschaftl. Verleger. Berlin-Leipzig 1922. 105 S.

Darstellungen.

Fraknoi, Wilhelm: „Die ungarische Regierung und die Entstehung des Weltkrieges." Auf Grund aktenmässiger Forschung dargestellt. Seidel u. Sohn, Wien 1919. 64 S.

Friedjung, Heinrich: „Das Zeitalter des Imperialismus 1884—1914." Bd. I—III. Neufeld und Henius, Berlin 1919/22. 472, 410, 343 S.

Gooss, Dr. Roderich: „Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges." L. W. Seidel, Wien 1919. 312 S.

Kanner, Heinrich: „Kaiserliche Katastrophenpolitik." E. P. Tal & Cie., Wien 1922. 468 S.

FRANKREICH.

Dokumente.

„Le Livre jaune français." Les Pourparlers Diplomatiques (17. Mars 1913—4. Septembre 1914). Imprimerie Nationale, Paris 1914.

„L'Alliance Franco-Russe." Origines de l'Alliance 1890—1893. Convention Militaire 1892—1899 et Convention navale 1912. Imprimerie Nationale, Paris 1918.

„Les Accords Franco-Italiens de 1900/1902." Imprimerie Nationale, Paris 1920.

„Les Affaires Balkaniques. 1912—1914."

Tome premier: De Janvier 1912 à l'Armistice de Tchataldja (3. Décembre 1912).

Tome deuxième: De l'Armistice de Tchataldja (3. Décembre 1912) au Traité de Bucarest (10. Août 1913).

Tome troisième: Du Traité de Bucarest (10. Août 1913) au 1. Août 1914. Imprimerie Nationale. Paris 1922.

Erinnerungen.

Caillaux, Joseph: „Agadir. Ma Politique extérieure." Albin Michel, Paris 1919.

Caillaux, Joseph: „Mes Prisons." Aux Éditions de la Sirènè, Paris 1920.

Deutsch: „Meine Gefangenschaft.“ Rheinland-Verlag, Basel-Leipzig 1921.

Dumaine, Alfred (ehemaliger Botschafter in Wien): „La dernière Ambassade de France en Autriche.“ Ed. Plon-Nourrit, Paris 1921.

Paléologue, Maurice: „La Russie des Tsars pendant la grande Guerre.“ Tome I—III. Plon-Nourrit, Paris 1922.

Poincaré, Raymond: „Les Origines de la Guerre.“ Plon-Nourrit, Paris 1921.

Englisch: „The Origins of the War.“ Cassel & Co., London 1922.

Viviani, René: „Réponse au Kaiser.“ Ferenczi, Paris 1923.

Darstellungen.

Appuhn, Charles, et Renouvin, Pierre: „Introduction aux Tableaux d'histoire de Guillaume II.“ Avant-Propos du Raymond Poincaré. Alfred Costes, Paris 1923.

Basch, Victor: „Commentaires aux Mémoires de Guillaume II.“ Librairie Française, Paris 1922.

Bourgeois, E., et Paguès, G.: „Les Origines et les Responsabilités de la grande Guerre.“ Preuves et Aveux. Librairie Hachette, Paris 1921.

Demartial, Georges: „Les Responsabilités de la Guerre, le Patriotisme et la Vérité.“ Clarté, Paris 1920.

Deutsch: „Die Schuld am Kriege, die Vaterlandsliebe und die Wahrheit.“ Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Lujo Brentano. Verlag H. R. Engelmann, Berlin 1921. 43 S.

Demartial, Georges: „La Guerre de 1914.“ Comment on mobilisa les Consciences. F. Rieder et Cie., Paris 1922.

Dupin, Gustave: „Considérations sur les Responsabilités de la Guerre.“ Société mutuelle d'Edition, Paris 1921.

Gouttenoire de Toury, Fernand: „Poincaré a-t-il voulu la Guerre? Poincaré et Iswolski contre George Louis.“ Clarté, Paris 1920.

Italienisch: „Poincaré ha voluto la guerra?“ Casa Editrice Rassegna Internazionale, Roma (6) 1922.

Gouttenoire de Toury, Fernand: „La Politique russe de Poincaré.“ Clarté, Paris 1921.

Gouttenoire de Toury, Fernand: „Jaurès et le Parti de la Guerre.“ F. Rieder et Cie., Paris 1922.

G u é t a n t, Louis: „Rapport sur le Traité de Versailles et les Responsabilités de la Guerre." Imprimerie A. Traquet, Lyon 1921.
Deutsch: „Bericht über den Vertrag von Versailles." Weber. Berlin O. 17.

M a r c h a n d, R e n é: „La Condammation d'un Régime." De la Vanité maladive de M. Poincaré à la Tuerie Mondiale. Librairie de l'Humanité, Paris 1922.

M o r h a r d t, Mathias: „Les Origines de la Guerre." Société d'Études Documentaires et Critiques sur la Guerre, Paris 1921.

P e v e t, Alfred H.: „Les Traités." Ce qu'étaient des différents Systèmes d'Alliance au Jour de la Déclaration de Guerre. Clarté, Paris 1921.

P e v e t, Alfred H.: „Les Responsables de la Guerre." Librairie de l'Humanité, Paris 1922.

R a p p o p o r t, Charles: „Causes occasionelles et permanentes de Guerre." Clarté, Paris 1921.

„Rapport de la Commission d'Enquête sur les Faits de la Guerre." Mémores de E. Bourgeois & E. Paguès sur les Faits diplomatiques. qui ont précédé la Guerre. Imprimerie du Sénat, Paris 1919.

R e c o u l y, Raymond: „Les Heures tragiques d'Avant-Guerre." Paris. Renaissance du Livre 1923.

R e n a u l d, Ernest: „1914—1919. Histoire populaire de la Guerre." Tome I, Tolra, Librairie-Editeur, Paris 1921. Tome II, 1923.

R o m i e u, J.: „Livre noir et Livre jaune." Alfred Costes, Paris 1923.

BELGIEN.

Dokumente.

„Royaume de Belgique." Correspondance diplomatique relatif à la Guerre de 1914 (24. Juillet—29. Août). Hachette et Cie., Paris und London 1914.

„Royaume de Belgique." Correspondance diplomatique relatif à la Guerre de 1914—1915. II. Hachette et Cie., Paris und London 1915.

„Zur europäischen Politik 1897—1914" (belgische Gesandtschaftsberichte). Herausgegeben von B. S c h w e r t f e g e r. 5 Bände. Reimar Hobbing, Berlin 1919.
Englisch: In Auswahl von E. D. Morel: „Diplomacy Revealed." The National Labour Press, London.

Erinnerungen.

Beyens, Baron (1914 Gesandter in Berlin): „L'Allemagne avant la Guerre.“ Les Causes et les Responsabilités. Van Oest & Co., Paris 1915. 364 S.

Darstellungen.

Bassompierre, Albert de: „La Nuit du 2. au 3. Août au Ministère des Affaires étrangères de Belgique.“ Perrin et Cie., Paris 1916.

Waxweiler, E.: „La Guerre de 1914.“ La Belgique. Payot et Cie., Paris 1915.

Waxweiler, E.: „Le Procès de la Neutralité Belge.“ Réplique aux Accusations. Payot et Cie., Paris 1916.

ITALIEN.

Dokumente.

„Il Libro Verde.“ Documenti Diplomatici presentati al Parlamento Italiano dal Ministro degli Affari Esteri Sonnino nella seduta del 20 maggio 1915. Fratelli Treves, Editori, Milano 1915. 128 S.

„L'Intervento dell'Italia nei documenti segreti dell'Intesa.“ Casa Ed. Rassegna Internazionale. Roma 1923.

Erinnerungen.

Bissolati, L.: „La politica estera dell'Italia das 1897 al 1920.“ Scritti e discorsi, Milano 1923.

Giolitti, Giovanni: „I Memorie della mia vita.“ Vol. 1, 2. Milano 1922.
Deutsch: „Denkwürdigkeiten meines Lebens.“ Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin 1923.

Nitti, Francesco: „L'Europa sine Pace.“
Englisch: „Peaceless Europe.“ Cassel and Co., London 1922.
Deutsch: „Das friedlose Europa.“ Frankfurter Societätsdruckerei, Frankfurt a. M. 1922.

Orlando, Vittorio Emanuele: „I discorsi per la guerra e per la pace. caccolti a cura di A. Giannini.“ Campitelli, Foligno 1923.

Salandra, Antonio: „I Discorsi della Guerra. con alcune note.“ Treves, Milano 1922.

Sonnino, Sidney: „Discorsi per la Guerra.“ F. Campitelli, Foligno 1922.

Darstellungen.

Angeli, Umberto: „Guerra vinta, Pace perduta.“ Alla „Rivista di Roma“. Roma 1921.

Barbagallo, Corrado: „Come si scatenò la Guerra mondiale.“ Società Editrice Dante Alighieri di Albrighi, Segati & C., Milano, Roma, Napoli 1923.

Gallavresi, Giuseppe: „Italia e Austria 1859—1914.“ Treves, Milano 1923.

Palamenghi-Crispi, T.: „Chi è responsabile della guerra?“ Casa Editrice „Tiber“, Roma 1922.
Auszug in deutscher Übersetzung: Süddeutsche Monatshefte, September 1922.

Palamenghi-Crispi, T.: „La Triplice Alleanza.“ Come nacque — come visse — come finì. Con documente inediti. (In preparatione.) Casa Editrice „Tiber“, Roma.

SERBIEN.

Dokumente.

„Correspondance Diplomatique du Gouvernement Serbe.“ 16./29. Juin—3./16. Août 1914. Berger-Levrault & Cie., Paris-Nancy 1914.

Erinnerungen.

Boghitschewitsch, M., Dr. (ehemaliger serbischer Geschäftsträger in Berlin): „Kriegsursachen.“ Beiträge zur Erforschung der Ursachen des Europäischen Krieges mit spezieller Berücksichtigung Russlands und Serbiens. Orell Füssli, Zürich 1919. 182 S.
Englisch: „Causes of the War.“ Allen and Unwin, London.

Darstellungen.

Stanojevic, Stanoje: „Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand.“ Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Weltkriegs. Aus dem serbischen Manuskript übertragen und herausgegeben von Hermann Wendel. Frankfurter Societätsdruckerei G. m. b. H., Frankfurt a. M. 1923. 66 S.

RUSSLAND.

Dokumente.

„Ministère des Affaires étrangères.“ Recueil de Documents diplomatiques. Négociations ayant précédé la Guerre. 10./23. Juillet—24. Juillet/6. Août 1914. Imprimerie de l'état, Petrograd 1914.

Romberg, von, G., Gesandter z. D.: „Die Fälschungen des russischen Orangebuches. Der wahre Telegrammwechsel Paris-Petersburg bei Kriegsausbruch.“ Vereinigung wissenschaftl. Verleger de Gruyter & Co., Berlin-Leipzig 1922. 49 S.

Für Amerika: übersetzt von Neilson. W. Huebsch & Co., New York 1923.

Für England: mit einem Vorwort von G P. Gooch. Allen & Unwin, London 1923.

Spanische und japanische Übersetzung.

Französische Übersetzung in Vorbereitung.

„Telegrammwechsel Berlin-Petersburg während der Julikrise 1914.“ Übersetzung aus dem Krasny-Archiv Band I, Moskau 1922. Herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. Dokumente zur Kriegsschuldfrage Heft 1. Berlin N W. 6 1923. 35 S.

„Materialien zur Geschichte der französisch-russischen Beziehungen 1910—1914.“ Sammlung der geheimen, diplomatischen Dokumente des kaiserlich russischen Ministeriums des Äussern. Herausgegeben von der Sowjetregierung. Moskau 1922. 733 S.

„Un Livre noir.“ Diplomatie d'avant-guerre d'après les Documents des Archives russes. Novembre 1910—Juillet 1914. Préface par René Marchand. Librairie du Travail.

Tome premier: 1910—1912. Trois Rapports de Nekloudof. La Correspondance d'Iswolski. Paris 1922. 372 S.

Tome second: Correspondances d'Iswolski et de Benckendorf. Rapports de Sazonof et de Kokovtsev. Conférences militaires franco-russes: L'Emprunt russe. La Question des Détroits. Paris 1923. 591 S.

Süddeutsche Monatshefte, Juli 1922: „Poincaré.“ Neuentdeckte Geheimakten.

Süddeutsche Monatshefte. Oktober 1922: „Der entlarvte Präsident des Weltkrieges.“

Dokumente aus russischen Geheimarchiven, soweit sie bis zum 1. Juli 1918 eingegangen sind. Auswärtiges Amt. Berlin. Reichsdruckerei 1918. 371 S. Nicht im Buchhandel.

L a l o y , Emile: „Les Documents secrets des Archives du Ministère des Affaires étrangères de Russie." Publiés par les Bolcheviks. Editions Bossard, Paris 1920.

C o c k s , F. S.: „The secret Treaties and Understandings." Union of demokratic Control. London 1918.

„Diplomatische Kriegsrüstungen." Dokumente zu den englisch-russischen Verhandlungen über ein Marineabkommen aus dem Jahre 1914. C. Heymann's Verlag, Berlin 1919.

Dasselbe englisch und französisch.

P o k r o w s k i , M.: „Aus den Geheimarchiven des Zaren." Ein Beitrag zur Frage nach den Urhebern des Weltkrieges. Flugschriften des „Tag" Nr. 6. Berlin 1919. 32 S.

P o k r o w s k i , M.: „Drei Konferenzen." Zur Vorgeschichte des Krieges. Herausgegeben von der Redaktion der russischen Korrespondenz. C. Hoym, Hamburg 1920. 72 S.

S i e b e r t , B. W. von: „Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre." Vereinigung wissenschaftl. Verleger de Gruyter & Co., Berlin-Leipzig 1921. 827 S.

Amerikanische Ausgabe: „Entente Diplomacy and the World. Matrix of the History of Europe 1909—14." G. S. Put's son. New York 1921. 762 S.

Englische Ausgabe: „Entente Diplomacy." Edited, arranged, and annotated by George Abel Schreiner. Allen and Unwin, London 1923.

S i e b e r t , B. W. von: „Einkreisung?" Süddeutsche Monatshefte Januar 1922. 55 S. (Eine Auswahl aus seiner grossen Aktenpublikation mit teilweise neuen Dokumenten.)

Erinnerungen.

D o b r o r o l s k i , Sergei, General (1914 Chef der Mobilmachungsabteilung): „Die Mobilmachung der russischen Armee 1914." Beiträge zur Schuldfrage. Heft 1. Herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1922. 52 S.

Französisch: „Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale." Avril. Juillet. Alfred Costes, Paris 1923.

I s w o l s k i , Alexander, Formerly Russian Minister of Foreign Affairs and Ambassador to France: „The Memoirs of Alexander Iswolsky." Edited and translated by Charles Louis Seeger. Hutchinson & Co., London, Paternoster Row. 1920.

Französisch: „Mémoires de Alexandre Iswolsky." Préface de M. Gabriel Hanotaux. Payot, Paris 1923.

Rosen, Roman (1905—11 Botschafter in Washington): „Forty Years of Diplomacy." Allen and Unwin, London 1923.

Suchomlinow (1914 russ. Kriegsminister): „Erinnerungen." In Vorbereitung.

Witte, Graf (1903—05 Ministerpräsident): „Erinnerungen." Band I und II. Slowo-Verlag, Berlin SW. 68 1922.

Deutsch: „Erinnerungen." Mit einer Einleitung von Prof. Hoetzsch. Verlag Ullstein & Co., Berlin 1923. 581 S.

ENGLAND.

Dokumente.

White Paper: „Miscellaneous", Nr. 6. 1914. Cd. 7467. Correspondence respecting the European Crisis. Presented to both Houses of Parliament by His Majesty's Stationery Office by Harrison and Sons. 1914.

Erweitert unter dem Titel:

„Great Britain and the European Crisis." Correspondence and Statements in the Parliament, together with an Introductory Narrative of Events. Printed by Hazell, Watson & Viney. To be purchased by Wyman and Sons. London 1914.

Erinnerungen.

Asquith, H. A. (1908—1916 Ministerpräsident): „The Genesis of the War." Cassel and Co., London-New York 1923.

Deutsch: im Verlag für Kulturpolitik, München 1923.

Blunt, W. S. (früher im dipl. Dienst): „My Diaries." A personal Narrative of Events 1888—1919. M. Secker, London 1922.

Buchanan, George (1910—1918 Botschafter in Petersburg): „My Mission to Russia and other Diplomatic Memories." Cassel and Co., London-New York 1923.

Churchill, Winston S. (1911—1915 1. Lord der Admiralität): „The World Crisis 1911 to 1914." Thornton Butterworth, London 1923.

Deutsch: bei K. F. Köhler, Leipzig 1923.

Fisher, Lord (1904—1910 1. Seelord): „Memories." Hodder and Stoughton, London 1919. 311 S.

„Records." Ebenda 1919. 279 S.

Haldane, Viscount (1905—1912 Kriegsminister. 1912—1915 Lordkanzler): „Before the War." Cassel and Co., London 1920.

Loreburn, Lord (1905—1912 Lordkanzler): „How the War Came." Methuen, London 1919.

Darstellungen.

Beazley, R.: „Nineteenth Century Europe and Britain." Collins Clear Type Press, London and Glasgow 1922.

Corbett, Sir Julian S.: „History of the Great War." Vol. I: Naval Operations. Longmans, Green and Co., London 1920.

Dawson, W. H.: „The German Empire 1867—1914 and the Unity Movement." 2 Bände. Allen and Unwin, London 1919.

Durham, E.: „Twenty Years of Balkan Tangle." Allen and Unwin, London 1920.

Deutsch: „Die Slavische Gefahr. Zwanzig Jahre Balkan-Erinnerungen." Herausgegeben von Hermann Lutz. Verlag Robert Lutz, Stuttgart 1922.

Gooch, G. P.: „History of modern Europe 1878—1919." Cassel and Co., London-New York 1923.

Gooch, G. P.: „Recent Revelations on European Diplomacy." Journal of British Institute of International Affairs, 1923.

Lee, Richard: „What everyone should know about the War." C. W. Daniel, London 1920. 16 S.

Morel, E. D.: „Ten Years of secret Diplomacy." An unheeded Warning. National Labour Press, Manchester 1920.

Morel, E. D.: „The secret History of a great Betrayal." With a Preface by Professor Raymond Beazley. Published by Foreign Affairs. Orchard House Great Smith Street, S. W. 1, 1923.

Morel, E. D.: „Truth and the War." Nat. Labour Press, London 1918.

Deutsch: „Ein gerechter Engländer über die Schuld am Kriege." Genehmigte Übersetzung der Schuldkapitel. Herausgegeben von Hermann Lutz. Hans Robert Engelmann, Berlin 1920.

Morel, E. D.: „The War Diplomacy—Fresh Revelations. A Sequel to „Truth and the War." J. L. P., London.

Morel, E. D.: „The Poison that Destroys." J. L. P., London.

Deutsch: „Das Gift, das zerstört." Frankfurter Sozietäts-Druckerei 1923.

Oman, C.: „The Outbreak of the War of 1914—1918." A Narrative based mainly on British Official Documents. Published by His Majesty's Stationery Office, London 1919.

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA.

Erinnerungen.

Gérard, James W. (Botschafter in Deutschland): „My four Years in Germany." New York 1917. 432 S.

Morgenthau, Henry (Botschafter in Konstantinopel): „Secrets of the Bosporus." Constantinople, 1913—16, 2. Auflage. Hutchinson, London 1918. 275 S.

Neilson, Francis: „How Diplomats make War." Huebsch & Co., New York 1914.

Deutsch: „Wie Diplomaten Kriege machen." S. Hirzel, Leipzig 1919. 416 S.

Französisch: „Comment les Diplomates font les guerres." Übers. von H. Jacoby. Editions des Cahiers internationaux.

Darstellungen.

Bausman, Frederick: „Let France explain." Allen and Unwin, London 1922.

Deutsch: „Und Frankreich?" Wieland-Verlag, München 1923.

Bruce, Stewart E.: „War Guilt and Peace Crime."

Deutsch: „Kriegsschuld und Friedensverbrechen." Hermann Bousset, Berlin 1921.

Burgess, John William: „Der europäische Krieg." Deutsche Ausgabe. S. Hirzel, Leipzig 1915. 170 S.

Fay, S. B.: „New Light on the Origins of the World War I—III." American Historical Review. XXC S. 616 ff., XXVI S, 37 ff., XXVI 2 S. 225 ff.

Ein neues Buch über die Kriegsschuldfrage vom selben Verfasser in Vorbereitung.

Nock, A. J.: „The Myth of the guilty Nation." Articles published from the New York Freeman. S. Huebsch, 1922. 124 S.

Fortlaufende Veröffentlichungen, welche sich ausschliesslich mit der Erforschung der Kriegsursachen beschäftigen.

„Wochenberichte." Im Umdruck herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. 1. Jahrgang: Januar—September 1922. 2. Jahrgang: Oktober 1922 bis Juli 1923.

„Die Kriegsschuldfrage." Monatsschrift für internationale Aufklärung, herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. 1. Jahrgang: Juli—Dezember 1923. Erscheint auch in Buchausgabe.

„Bulletin officiel de la Société d'Etudes documentaires et critiques sur la Guerre." 1922/1923. Nr. 1—5 (nicht weiter fortgesetzt).

„Vers la Vérité." Publication mensuelle spéciale aux Origines et Responsabilités de la Guerre. 1. Jahrgang: Mai—Dezember 1923.

„Bulletin of the central Commission for neutral Investigation of the Causes of the World War." 1922/1923. Nr. 1—5.

Wertvolle Aufsätze finden sich noch in folgenden Zeitschriften:

Süddeutsche Monatshefte, München; Archiv für Politik und Geschichte, Berlin; Preussische Jahrbücher, Berlin; Europäische Gespräche, Berlin-Stuttgart; Deutsche Rundschau, Berlin.

Revue de l'Histoire de la Guerre, Paris; Revue des deux Mondes, Paris; Revue de France, Paris; Revue de Paris, Paris; Revue des Cours et Conférences, Paris; Les Cahiers des Droits de l'Homme, Paris.

Foreign Affairs, London; The Nation and the Athenäum, London.

Rassegna Internazionale, Rom; Nuova Rivista Storica, Mailand-Rom.

The Nation, New York.

Krassny-Archiv, Moskau.

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt Berlin SW 48.

Dank und Aufruf an unsere Freunde und Leser!

„Die Kriegsschuldfrage“ beginnt mit dem vorliegenden Doppelheft ihren 2. Jahrgang, der nach den bisher eingehaltenen Grundsätzen fortgeführt werden soll.

Allen denen, die durch literarische, wissenschaftliche oder finanzielle Beiträge die Zeitschrift unterstützt haben, sagen wir herzlichen Dank.

Dem vielfach geäusserten Wunsche, die Zeitschrift in grösserem Umfang und in besserer Aufmachung herauszugeben, wird „Die Kriegsschuldfrage“ gern entsprechen, sobald es ihre Mittel zulassen. Bei der guten Aufnahme, die die Zeitschrift auch bei den in der Kriegsschuldfrage führenden Geistern des Auslandes gefunden hat, erscheint es uns als eine Pflicht des deutschen Volkes, die einzige Zeitschrift, welche sich ausschliesslich dem wissenschaftlichen Kampf in der Kriegsschuldfrage widmet, mit den Mitteln auszustatten, wie sie der Grösse und Bedeutung ihrer schweren Aufgabe entsprechen.

Wer hierin mit uns übereinstimmt und bereit ist, trotz der schweren Zeiten für unsere Bestrebungen ein Opfer zu bringen, bitten wir, einen wenn auch nur kleinen Beitrag als besondere Stiftung der „Kriegsschuldfrage“ zuzuführen.

Die Schriftleitung:
Alfred von Wegerer.

Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 51 412.
Bankkonto: Delbrück, Schickler u. Co.,
Berlin W. 66, Mauerstr. 61—65.

Deutschland und die Haager Friedenskonferenzen.

Kundgebung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Der 1. Unterausschuss im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Reichstags, der mit den Erhebungen über die Vorgeschichte des Weltkrieges betraut ist, hat sich in den letzten Monaten eingehend mit der Frage der Haltung der deutschen Regierung auf den Haager Konferenzen von 1899 und 1907 beschäftigt. Es wurden als Zeugen vernommen Prof. Dr. Zorn und Ministerialdirektor a. D. Dr. Kriege. Zorn hat, wie man weiss, als wissenschaftlicher Beirat der deutschen Delegation beiden Konferenzen beigewohnt und auf der ersten eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Auf der zweiten Konferenz stand Dr. Kriege, der Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, als technischer Berater des Führers der Delegation, Freiherrn von Marschall, im Vordergrund und wird von der Öffentlichkeit als in erster Linie verantwortlich für die Haltung der deutschen Delegation im Jahre 1907 angesehen. Als Sachverständige des Ausschusses erstatteten Gutachten und Referate die Herren Dr. Hans Wehberg, Prof. Dr. Zorn, Ministerialdirektor a. D. Dr. Kriege, Graf Max Montgelas, Dr. Friedrich Thimme. Allen Sachverständigen standen die Akten des Auswärtigen Amtes ohne Einschränkung zur Verfügung. Das von den Sachverständigen beigebrachte Material wird der Öffentlichkeit im Rahmen der Gesamtpublikation des Untersuchungsausschusses im Laufe des Jahres 1924 vorgelegt werden. Die parlamentarischen Mitglieder des Ausschusses sind Dr. Gradnauer als Vorsitzender, Graf v. Westarp, Dr. Piper (Mecklenburg), Dr. Spahn, Dr. Schücking, Frau Schuch, Herr Dittmann. Sekretär des Ausschusses ist Dr. Eugen Fischer. Nach eingehenden Beratungen hat der Ausschuss sein Urteil über die Haltung der deutschen Regierung zu den Fragen der Rüstungsbeschränkung und Schiedsgerichtsbarkeit, die den Hauptgegenstand der Verhandlungen auf den Haager Konferenzen bildeten, in folgender Entschliessung, angenommen in der Sitzung vom 22. Dezember 1923, niedergelegt.

I.

Bei der Untersuchung der Vorgeschichte des Krieges konnte der Unterausschuss an den Äusserungen nicht vorübergehen, die bei den

/

Friedensverhandlungen in Versailles von den Alliierten und Assoziierten Mächten in ihrer Note vom 16. Juni 1919 getan worden sind. Diese Note enthält eine Reihe von Andeutungen, die auf das Verhalten der deutschen Regierung im Haag zu beziehen sind, ohne dass die Haager Konferenzen ausdrücklich erwähnt wurden. Die Hauptstelle findet sich auf Seite 105/6 in der Ausgabe der Urkunden zum Friedensvertrag, her. von H. Krauss und Rödiger, I. Band, und lautet:

„Der preussische Geist war nicht damit zufrieden, dass Deutschland eine grosse und einflussreiche Stellung im Rate gleicher Nationen einnehme, auf die es ein Anrecht hatte und die ihm gesichert war. Er konnte durch nichts Geringeres befriedigt werden, als durch Erlangung höchster und autokratischer Gewalt. In einem Augenblick also, da die westlichen Nationen ernsthaft bestrebt waren, die Rüstungen einzuschränken, an die Stelle der Rivalität in den internationalen Angelegenheiten Freundschaft zu setzen und den Grundstein zu einer neuen Ära zu legen, in welcher alle Nationen freundschaftlich an der Leitung der Geschäfte der Welt zusammenwirken sollten, haben die Lenker Deutschlands unaufhörlich Misstrauen und Feindschaft zwischen allen ihren Nachbarn gesät, haben mit allen Elementen der Unruhe in allen Ländern gemeinsame Sache gemacht und haben unausgesetzt die Rüstungen Deutschlands vergrössert und seine militärische und maritime Macht befestigt. Sie machten alle Hilfsmittel, über die sie verfügten, mobil, die Universitäten, die Presse, die Kanzel, den ganzen Mechanismus der Staatsmaschine, um ihr Evangelium des Hasses und der Gewalt zu predigen, damit bei gegebener Zeit das deutsche Volk auf ihren Ruf antworten könne. Das Ergebnis war, dass in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts und während des 20. Jahrhunderts die ganze Politik Deutschlands das Ziel verfolgte, sich eine Stellung zu sichern, kraft deren sie herrschen und diktieren könne.

Es wird behauptet, dass Deutschland seine Rüstungen in dieser Weise entwickelt habe, um sich selbst gegen einen russischen Angriff zu schützen. Es ist jedoch bezeichnend, dass unmittelbar, nachdem Russland von Japan im fernen Osten geschlagen und durch die nachfolgende innere Revolution nahezu gelähmt war, die deutsche Regierung sofort ihre Bemühungen verdoppelte, die Rüstungen zu vergrössern und ihre Nachbarn unter Bedrohung mit Krieg zu tyrannisieren. Für sie war der Zusammenbruch Russlands nicht ein Anlass, ihre Rüstungen einzuschränken und der Welt zusammen mit den Westmächten den Frieden zu verschaffen, sie sahen in ihm die Gelegenheit, ihre eigene Macht zu erweitern.“

II.

Der Untersuchungsausschuss spricht die Überzeugung aus, dass diese Darstellung der Entente-Note der geschichtlichen Wahrheit nicht entspricht. Die Gegenüberstellung, als sei die deutsche Politik, von Streitsucht und dem Streben nach autokratischer Gewalt getrieben,

darauf ausgegangen, ihren Nachbarn unter Bedrohung mit Krieg eine tyrannische Herrschaft aufzuerlegen, während die westlichen Mächte sich ernstlich für Rüstungsbeschränkung und eine neue Ära internationaler Freundschaft bemüht hätten, kennzeichnet weder die deutsche noch die Politik der Westmächte vor 1914 in zutreffender Weise.

Nicht durch die Schuld eines einzelnen Staates oder einer einzelnen Regierung, sondern infolge der allgemeinen wirtschaftlichen und nationalen Tendenzen der europäischen Staaten hatten sich in der internationalen Politik bereits seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts neue schwere Gefahrenmomente herausgebildet. Zu den aus der älteren Zeit fortwirkenden Konfliktsstoffen — Elsass-Lothringische Frage, Ansprüche der Italienischen und Rumänischen Irredenta, Aufteilung der Türkei, Entwicklung der Balkanstaaten — brachte die wachsende Konkurrenz auf den Absatzmärkten und das Streben aller Nationen nach Kolonialbesitz und überseeischen Interessensphären neue Streitfragen und eine allgemeine Verschärfung in das Verhältnis der Grossmächte. Angesichts dieser kritischen Entwicklung gab es zwei Meinungen: entweder mussten die Staaten sich gegen die drohenden Gefahren durch immer vermehrte Rüstungen und durch günstige Bündnisse zu sichern bemüht sein, welche Bemühungen jedoch zu einem immer leidenschaftlicheren Wettlauf der Rüstungen und damit zur Vermehrung des Misstrauens und der Gefahren führten, oder es musste ein neuer Weg gefunden werden, auf dem die Milderung der internationalen Gegensätze, die Verminderung der Rüstungen und die Entscheidung der Konfliktsfragen durch eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit und fortschreitende internationale Rechtsorganisation herbeizuführen war.

Der eigentliche und wesentliche Gegensatz im Zeitalter vor dem Weltkriege war also nicht der eines kriegerischen Deutschlands gegenüber den anderen friedliebenden Mächten, sondern der der Existenz aller Staaten als militärischer Machtfaktoren und ausdehnungsbegieriger Wirtschaftskräfte auf der einen, der Friedensbewegung als Sehnsucht der Völker und Aktion bestimmter Vereinigungen und Parteien auf der anderen Seite. Nicht nur Deutschland, sondern nicht minder auch die anderen Grossmächte haben an dem Gedanken der nationalen Souveränität und an dem Recht, Lebensfragen mit den Waffen zu entscheiden, stets festgehalten. Keine von ihnen war gewillt, auf ihre bewaffnete Macht zu verzichten und sich unter eine allgemeine mit Vollzugsgewalt ausgestattete Rechtsautorität zu stellen. Sofern die imperialistischen Mächte, die eine mehr, die andere weniger, Zugeständnisse an die Ideen der Abrüstung und des allgemeinen Schiedsverfahrens machten, wurde doch das Prinzip des Krieges von ihnen niemals angetastet.

Ausdrücklich erklärte z. B. der amerikanische Senat im August 1911, bei dem dermaligen Stand der menschlichen Entwicklung gebe es

Fragen, deren schiedsgerichtliche Erledigung, wenn sie erzwungen werden sollte, das betroffene Land zurückweisen würde, gleichgültig, ob es dadurch das allgemeine Schiedsabkommen bräche oder nicht [1]). Wenn also einzelne Grossmächte in den Fragen der Abrüstung und des Schiedsgerichts in höherem Masse als das Deutsche Reich dem Ideal der Friedensbewegung Zugeständnisse zu machen bereit schienen, so geschah dies wohl in dem Bedürfnis, dass etwas beschlossen werde, was wie eine Erfüllung der Völkersehnsucht erscheinen konnte. Praktisch genügende Vorschläge zur Beseitigung des internationalen Gefahrenzustandes sind aber damals von keiner der in Betracht kommenden Regierungen gemacht worden. Auch hat keine von ihnen die Preisgabe des Machtfaktors und des Rechtes, Lebensfragen mit den Waffen zu entscheiden, ernsthaft in Betracht gezogen.

Dieser grundsätzlichen Auffassung der Staaten von ihrem Wesen und ihrer Politik musste der Untersuchungsausschuss gerechterweise bei seiner Beurteilung der Haltung Deutschlands in Ansehung der Abrüstung und des Schiedsgerichts Rechnung tragen.

III.

Die Abrüstung vertragsmässig festzulegen, hat die deutsche Regierung im Jahre 1899 auf der ersten Haager Friedenskonferenz in Übereinstimmung mit fast allen Konferenzmächten abgelehnt; auf der zweiten Konferenz im Jahre 1907 hat sie auch der wiederholten Erörterung der Frage widersprochen. Von der Friedensbewegung, die den Massstab der idealen Forderung anlegt, wird dieses Verhalten scharf getadelt. Wieweit der Untersuchungsausschuss die von pazifistischer Seite erhobenen Einwände anerkennt, soll nachher zum Ausdruck kommen. Den Regierungen aber, in deren Namen die Note vom 16. Juni 1919 ergangen ist, muss er das Recht zu ihren Vorwürfen bestreiten. Denn die 1899 von Russland im Haag gemachten Vorschläge waren so beschaffen, dass die voraussichtlichen Gegner Deutschlands mit ihren eigenen Rüstungen gegenüber denen Deutschlands und seiner Verbündeten in Vorteil gekommen wären.

Die Frage der Beschränkung der Rüstungen ist von der deutschen Regierung und den militärischen Behörden ernstlich geprüft worden. Es war aber weder von anderer Seite ein Vorschlag gemacht, noch liess sich bei den Beratungen im deutschen Kriegsministerium ein Grundsatz finden, der eine Lösung des Problems, d. h. eine kontrollierbare und den Lebensinteressen aller Mächte gerecht werdende Art der Rüstungsbeschränkung verbürgt hätte. Auch hätte sich dieses Ziel nach Ansicht

---

[1]) „There are certain questions at the present stage of human development which, if thus forced forward for arbitration, would be rejected by the country affected without regard to whether, in so doing, they broke the general arbitration treaty or not.“ Report of the Commitee on Foreign Relations. . . Represented by Mr. Lodge, August 15; 1911. — Washington 1911. Seite 8.

des Untersuchungsausschusses jedenfalls nur dann erreichen lassen, wenn die Frage der Rüstungsbeschränkung nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit einer kollektiven Besitzgarantie und einer wirksamen internationalen Exekutive zur Beratung gestellt worden wäre.

Als nach der Ablehnung von 1899 die Frage erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, sah sich die deutsche Regierung in der Zwangslage, entweder jedem einzelnen der von der gegnerischen Mächtegruppe zu erwartenden Vorschläge zu widersprechen oder sich der ganzen Erörterung von Anfang an zu versagen. Indem sie sich für das zweite Verhalten entschloss, glaubte sie, von zwei Übeln das kleinere zu wählen. Angesichts der geographischen Lage des Landes in der Mitte anderer Völker mit der Ungunst weiter offener Grenzen, angesichts der Erfahrungen der früheren deutschen Geschichte, angesichts endlich des schon 1899 an Volkskraft überlegenen, seit 1907 durch England verstärkten russisch-französischen Zweibundes, in dessen Gefolgschaft sich auch Italien bewegte, hat sich die deutsche Regierung auf Abrüstungsvorschläge, die zur einseitigen Schwächung der deutschen Politik führen mussten, nicht einlassen wollen. Insbesondere hielt sie die zur Erörterung stehenden Vorschläge der Rüstungsbeschränkung deshalb für sehr bedenklich, weil die Kolonialtruppen in die Abrüstung nicht einbezogen werden sollten, wodurch es sowohl für Russland wie für Frankreich ein leichtes gewesen wäre, unter dem Vorwande der Ausbildung von Kolonialtruppen eine sehr weitgehende militärische Überlegenheit zu erzielen. Die deutsche Regierung zog auch in Betracht, dass die russische Regierung, die in erster Linie den Gedanken der Rüstungsbeschränkung in die europäische Debatte brachte, zu gleicher Zeit die Vorbereitung zum Kriege gegen Japan traf, England aber die Abrüstung stets nur so meinte, dass der Zweimächtestand seiner Flotte und damit seine überwiegende Macht zur See jedenfalls erhalten bleiben sollte.

So verständlich nach alldem das Misstrauen der deutschen Regierung in der Frage der Rüstungsbeschränkung gefunden wurde, so verkennt doch der Untersuchungsausschuss nicht, dass es im Interesse der Friedensbewegung erwünscht gewesen wäre, auch den Schein zu vermeiden, als stehe die deutsche Regierung dem Gedanken der Rüstungsbeschränkung an sich feindlich gegenüber. Zu diesem Zwecke hätte sie wohl ihrem Bedauern darüber, dass sich ein praktischer Vorschlag zur Verwirklichung der auch von ihr gewünschten Verminderung der Rüstungen nicht finden lasse, unzweideutig Ausdruck geben, auch anerkennen können, dass bei dem System wechselseitiger Steigerung der Rüstungen ein endlicher bewaffneter Zusammenstoss sich schwer werde vermeiden lassen. Es wäre dann nicht möglich gewesen, dass die Konferenzrede des Oberst von Schwarzhoff vom Jahre 1899 dahin ausgelegt wurde, als hege man in Deutschland nicht einmal den Wunsch nach Verminderung der Rüstungen und als gelten dort Heer und Krieg nicht als Mittel der Notwehr, sondern als Zweck und Inbegriff staat-

licher Betätigung. Auch wäre damit der deutschfeindlichen Propaganda entgegengetreten worden, die eine vom Deutschen Reich drohende Kriegsgefahr behauptete und die Weltmeinung ausserhalb Deutschlands gegen dieses erbitterte.

Als eine bedauerliche Unterlassung der deutschen Regierung in anderer Richtung ist es anzusehen, dass sie nicht schon auf der ersten Haager Konferenz die Gelegenheit benutzte, nachdrücklich darauf hinzuweisen, dass die Rüstungen Deutschlands und Österreich-Ungarns denen Frankreichs und Russlands nicht vorauseilten, was übrigens auch für das Kräfteverhältnis des Jahres 1907 durchaus zutraf.

Wenn aber die Ententenote weiterhin den Vorwurf erhebt, Deutschland habe nach der Niederlage Russlands im japanischen Kriege seine Rüstungen vermehrt und habe seinen Nachbarn unter Bedrohung mit Krieg eine tyrannische Herrschaft auferlegen wollen, so ist darauf hinzuweisen, dass keine Gelegenheit zur Führung eines Krieges und zur Durchsetzung der angeblichen Herrschaftspläne Deutschlands geeigneter gewesen wäre, als die Zeit während des Burenkrieges oder während des russisch-japanischen Krieges und der innerpolitischen Erschütterung, die dem Krieg in Russland folgte. Die Behauptung der Note, Deutschland habe, nachdem Russland durch seine Niederlage im Fernen Osten militärisch gelähmt war, seine Bemühungen verdoppelt, um seine Rüstungen zu vergrössern, ist aus der Luft gegriffen. In den Jahren 1905—1907 hat Deutschland sein Heer lediglich um 7000 Mann, und zwar von 622 000 auf 629 000, Österreich-Ungarn das seine überhaupt nicht vermehrt. Die deutsche Regierung hat ihre vorteilhafte Lage damals auch nicht dazu benutzt, um anderen Mächten demütigende Forderungen zu stellen; sie hat vielmehr am Ende des ersten Marokkostreites auf der Konferenz von Algeciras lieber eine politische Niederlage hingenommen, als dass sie den Versuch machte, durch Kriegdrohung das Ergebnis zu ihrem Vorteil zu wenden.

Es muss daher den Mächten, in deren Namen die Note vom 16. Juni 1919 ergangen ist, vornehmlich dem durch Clémenceau vertretenen Frankreich, die sich über die Grundrichtung der deutschen Politik nicht im Zweifel befinden konnten, die Berechtigung aberkannt werden, Anschuldigungen zu erheben, wie sie in der genannten Note geäussert worden sind.

IV.

Die deutsche Regierung sah damals auf eine besonders schlechte mit der britischen Regierung gemachte Erfahrung zurück. Der 1904 zwischen Deutschland und Grossbritannien geschlossene allgemeine Schiedsvertrag mit der Ehrenklausel sollte auf deutschen Antrag hin in Anwendung kommen zur Regelung der Ersatzansprüche der im Burenkrieg geschädigten Deutschen. Die britische Regierung weigerte sich, das Schiedsgericht einzusetzen, und diese Weigerung wurde deutscherseits wie ein Vertragsbruch empfunden. Die Beziehungen der beiden

Länder hatten sich durch diese Meinungsverschiedenheit erheblich verschlechtert. Dieselbe böse Wirkung wurde deutscherseits von einem Schiedsvertrag mit den Vereinigten Staaten infolge der sogenannten Senatsklausel und der verfassungsrechtlichen Stellung der amerikanischen Einzelstaaten befürchtet.

Die deutsche Regierung suchte den wirklichen Nutzen, den Schiedsgerichte im Rahmen der Politik souveräner, auf Waffengewalt gestützter Staaten haben konnten, lieber auf dem Wege spezieller Abmachungen, indem sie in Verträge mit einzelnen Staaten sowie in Kollektiv- oder Weltverträge für bestimmte Gebiete des internationalen Rechtslebens die Schiedsklausel aufnahm. Sie hat zahlreiche Verträge mit der Schiedsklausel, darunter solche von weitgehender politischer Bedeutung, wie die Verträge mit Frankreich über Marokko und über Äquatorial-Afrika, abgeschlossen und keinem Antrag auf schiedsgerichtliche Entscheidung, der von anderer Seite gestellt wurde, sich widersetzt. Sie hat ausserdem 1907 im Haag den Entwurf eines Prisenhofabkommens vorgelegt, der im wesentlichen von der Konferenz mit Zustimmung der britischen Delegation angenommen, vom Hause der Lords aber zu Fall gebracht wurde. Einen durchgearbeiteten und wirklich bindenden Weltschiedsvertrag nahm die deutsche Delegation 1907 im Haag in Aussicht und wollte ihn schon wenige Monate nach Schluss der Konferenz vorlegen. Dieser sollte den weitaus grössten Teil derjenigen Gegenstände, die nach dem im Haag verhandelten allgemeinen Weltschiedsvertrag nicht unter den im übrigen dort vorgesehenen Vorbehalt der Ehrenklausel gefallen wären, sowie eine Reihe weiterer Materien der obligatorischen Schiedssprechung ohne jede Einschränkung unterstellen. Da jedoch auf den Vorschlag einer erneuten Zusammenkunft nicht eingegangen wurde, behielt sich die deutsche Regierung ihren Plan für die dritte Haager Konferenz vor. Übrigens fand auch die Londoner Seekriegsrechts-Erklärung von 1909, die bestimmt war, die Vorschriften über den Seehandelskrieg in liberalerem Geiste zu gestalten, insbesondere den neutralen Seehandel vor der Willkür der Kriegführenden tunlichst zu schützen, seitens der deutschen Regierung Zustimmung und nachdrückliche Förderung, während die britische Regierung ihre Zustimmung zunächst hinausschob und dann nach Ausbruch des Krieges endgültig verweigerte. Hervorzuheben ist endlich noch die Tatsache, dass Deutschland den Vereinigten Staaten von Amerika einen allgemeinen Schiedsvertrag ohne jede Einschränkung, also ohne Interessen- und Ehrenklausel, angetragen hat und damit die erste Grossmacht war, die einer anderen Grossmacht ein so weitgehendes Angebot auf dem Gebiete des Schiedswesens machte. Eine sachliche Äusserung der amerikanischen Regierung ist darauf nicht erfolgt.

Der Abschluss eines sogenannten Bryanvertrages, der zwar auch alle Streitigkeiten juristischen wie politischen Inhalts obligatorisch einer gemischten Kommission zur Untersuchung unterbreiten, den

Kommissionsgutachten aber keine verbindliche Kraft beilegen wollte, andererseits, solange die Kommission tätig war, jede Feindseligkeit untersagte, scheiterte an Rücksichten auf die deutsche Landesverteidigung. Die deutsche Regierung war der Ansicht, dass sie sich nach Abschluss eines solchen Vertrages mit den Vereinigten Staaten von Amerika dem Abschluss analoger Verträge mit den europäischen Staaten oder einem analogen Weltvertrag, wie er von Amerika geplant war, nicht ohne Beeinträchtigung ihrer guten Beziehungen zu den anderen Staaten würde entziehen können, dass aber durch die Klausel wegen Aufschubs der Feindseligkeiten die militärischen Vorteile, die dem Deutschen Reich aus der schnelleren Mobilmachung insbesondere gegenüber Russland erwachsen konnten, für den Fall eines Scheiterns des Schlichtungsversuchs aus der Hand gegeben wären. Bei der Wichtigkeit, die Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten möglichst freundlich zu gestalten, kann es zweifelhaft sein, ob die deutsche Regierung nicht besser getan hätte, zunächst auf die amerikanische Anregung zum Abschluss eines Bryanvertrages einzugehen und die Bedenken gegen den Abschluss gleichartiger Verträge mit den europäischen Nachbarstaaten zurückzustellen. Doch glaubt der Untersuchungsausschuss, diese Frage bei der Schwierigkeit ihrer diplomatischen Beurteilung noch offen lassen zu sollen.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die deutsche Regierung der Schiedsidee auf dem von ihr eingeschlagenen Wege wertvolle Dienste geleistet hat, dass es aber, ähnlich wie in der Frage der Rüstungsbeschränkung, so auch in der Behandlung der auf internationale Verständigung und Schiedsgerichtsbarkeit gerichteten Bestrebungen amtlicher wie privater Kreise erwünscht gewesen wäre, wenn der ungerechtfertigte Verdacht, als sei die deutsche Regierung eine grundsätzliche Gegnerin des Schiedswesens, vermieden und so übelwollenden Kreisen des Auslands jede Möglichkeit einer Verdächtigung des deutschen Willens hätte entzogen werden können. Zu diesem Zweck hätte es sich vielleicht empfohlen, dass die deutsche Regierung ihr Entgegenkommen auch in der Form mehr zum Ausdruck gebracht und von vornherein die Führung auf diesem Gebiet, wie es für die Zukunft geplant war, übernommen hätte.

Ebensowenig aber wie in der Frage der Rüstungsbeschränkung. kann den Verfassern der Note vom 16. Juni 1919 ein Recht zu Anschuldigungen, wie sie in dieser Note ausgesprochen sind, wegen der Haltung der deutschen Regierung zur Schiedsgerichtsbarkeit zuerkannt werden. Wenn andere Staaten sich nach aussen dem Weltschiedsvertrag günstiger gezeigt haben als Deutschland, so machten sie dabei Vorbehalte, durch die das, was sie theoretisch und demonstrativ zur Schau trugen, für die praktische Handhabung äusserst zweifelhaft wurde. Dass die deutsche Regierung sich zu ihrer Haltung auf den Haager Konferenzen in Ausführung eines Kriegsplanes mit dem Ziel der Erringung der Weltherrschaft habe bestimmen lassen, ist eine unbegründete Unter-

stellung. Hätte die deutsche Regierung einen solchen dunklen Plan verfolgt, so würde sie ihn durch Zustimmung zu den Abrüstungs- und Weltschiedsgerichtsanträgen nur um so sicherer haben verdecken können.

Für die Richtigkeit des Textes der Entschliessung:
gez. Dr. Eugen Fischer
Sekretär des 1. Unterausschusses.

Berlin, den 4. Januar 1924.

Asquiths Genesis des Krieges.

Georg Karo.

Von Lord Haldanes Kriegsbuch führt über Winston Churchill und Buchanan eine einheitliche Linie zu Asquith[1]): an der Bedeutung der Verfasser gemessen eine aufsteigende Linie, denn die Darstellung des Staatsmannes, der von 1905—1916 als Schatzkanzler und Ministerpräsident an der Spitze der englischen Regierung stand, sollte naturgemäss viel schwerer wiegen als die eines Kriegs- oder Marineministers oder eines Botschafters. Dennoch ist dies nicht der Fall, der stärkste Eindruck, den das Buch hinterlässt, ist die enttäuschte Frage: Nicht mehr? Es lehnt im ersten Satz des Vorwortes ab, irgendwie eine Selbstbiographie zu sein; damit soll wohl das subjektiv Persönliche eines Memoirenwerkes ausgeschaltet werden; und die dann folgende Bemerkung, der Verfasser habe „alles namhafte und authentische jetzt zugängliche Material verwertet und tatsächliche Behauptungen sorgsam nachgeprüft“, lässt auf ein richtiges „standard work“ aus der Feder eines der vornehmsten Protagonisten der grossen Welttragödie hoffen. Solche Worte verpflichten einen so tief eingeweihten Autor, dem das gesamte publizierte und auch das geheime englische Material zur Verfügung steht, zu ganz besonderer Gewissenhaftigkeit gegenüber dem Leser. Aber auf diese viel versprechende Vorrede folgt eine oberflächliche Skizze von wenig mehr als 200 kleinen, weitgedruckten Seiten (abgesehen von den Schlusskapiteln über Kaiser Wilhelm II. und einem Anhang); man lernt kaum eine neue Tatsache aus ihr kennen, kaum ein unveröffentlichtes Aktenstück, geschweige denn neue, aufklärende Ideen. Es ist im Grunde nicht viel mehr als ein Aufguss von Lord Haldanes

---

[1]) Viscount Haldane, Before the War, London, Cassell, 1920; W. Churchill, The World Crisis 1911—1914, London, 1923; Sir George Buchanan, My Mission to Russia and other Diplomatic Memories, London, Cassell, 1923; H. A. Asquith, The Genesis of the War, London, Cassell, 1923. Churchill hat seinem Temperament entsprechend allerhand ausgeplaudert, was der offiziellen These widerspricht, und auch Dokumente publiziert zum Ärger der Presse und des Parlaments.

literarisch und gedanklich ungleich bedeutenderem Buche, eine Wiederholung der These von der Aufrichtigkeit, Klugheit und Einsicht und vor allem der unbedingten Friedensliebe und Schuldlosigkeit der liberalen englischen Regierung, die ja während ihres ganzen Bestandes (1905—1916) durch das eng befreundete Triumvirat Asquith-Grey-Haldane geradezu verkörpert war. Also eine Apologie, die es sich noch besonders leicht macht, indem sie zum Angriffspunkt vor allem Kaiser Wilhelms II. „Ereignisse und Gestalten" wählt und unbequeme Stimmen einfach totschweigt, wichtigste Dokumente gelassen ignoriert.

Gleich die ersten Seiten bilden einen Prüfstein für Asquiths Zuverlässigkeit: „Wichtige Fragen äusserer Politik wurden immer dem Kabinett vorgelegt, wo sie vollster Untersuchung und Erörterung unterlagen, ehe endgültige und bindende Beschlüsse gefasst wurden. Insbesondere die verschiedenen schriftlichen Übereinkünfte und „Formeln", die von Zeit zu Zeit zwischen uns und anderen Mächten ausgetauscht wurden, bildeten den Gegenstand eingehender Debatten und fast kleinlich genauer Untersuchung. Die Formel des Briefwechsels zwischen Sir E. Grey und Herrn Cambon vom November 1912, welche die gegenseitigen, Frankreich und uns (England) durch die Entente auferlegten Verpflichtungen definiert, wurde durch das Kabinett Wort für Wort erörtert und abgewogen" (S. 2—3). Demgegenüber vergleiche man Earl Loreburns Buch „How the War Came" (1919), das im wesentlichen eine Verurteilung der Geheimpolitik des Triumvirats Asquith-Grey-Haldane, auch gegenüber ihren eigenen Ministerkollegen, enthält. Höchst bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die offenbare Verwandtschaft des Geistes und des Temperamentes, auf der sich die enge Freundschaft jener drei Männer aufbaut, und die sie, besonders Grey, in kaum verhüllten Gegensatz zu Campbell-Bannerman brachte, der von 1905—1907 als Führer der Liberalen und Ministerpräsident für die englische Politik verantwortlich war. In der jüngst von J. A. Spender veröffentlichten Biographie[1]) dieses für den Weltfrieden wohl zu früh verstorbenen Mannes kommt jener Gegensatz klar zur Geltung, besonders in der politisch wie prinzipiell so unendlich wichtigen Frage, wie die von den Liberalen schon von ihren Vorgängern ererbte Entente mit Frankreich ausgebaut werden sollte. Sofort meldete sich damals der französische Botschafter Cambon bei Grey und suchte die noch etwas lose Entente enger zu knüpfen. Schon damals verfocht er die These, dass nichts den Frieden stärker stützen könne als die Überzeugung des deutschen Kaisers, er werde bei einem Angriff auf Frankreich auch England unter seinen Gegnern finden. Cambon bat nicht um ein formelles Bündnis, sondern um „bewaffneten Beistand im Falle eines Angriffes von deutscher Seite". Grey scheint schon 1906 trotz alles Drängens der Franzosen dieselbe zweideutige Haltung gezeigt zu haben wie im Juli 1914, als ihn Berlin um eine klare Stellungnahme bat. Immerhin wurden die Besprechungen der beiden General- und Admiralstäbe gut-

[1]) Mir bisher nur aus einem Aufsatz von O. Rizzini, „Corr. d. Sera" vom 2. 11. 1923. bekannt.

geheissen. Und schon damals stand Lord Fisher, dessen ceterum censeo ein Angriff auf die deutsche Flotte mitten im Frieden bildete, an der Spitze des englischen Admiralstabs! Campbell-Bannerman hat Greys Haltung gebilligt, ihm aber vorgeschlagen, dass das Kabinett zusammentrete, um die Antwort an Frankreich zu beraten, und zwar zwischen dem 30. 1. und 1. 2. 1906. Unterdessen erschien am 31. Januar Cambon aufs neue, wurde aber von Grey wieder dilatorisch beschieden. Er bat dringend um eine Versicherung in irgendwelcher Form. Grey erwiderte, dass eine solche Versicherung eine feierliche Verpflichtung darstelle, die das Kabinett erörtern und die wohl auch vom Parlament ratifiziert werden müsse. Dann verunglückte am 1. Februar Lady Grey, und ihr Gatte kam zehn Tage nicht ins Amt. Als er die Geschäfte wieder aufnahm, war die Konferenz von Algeciras zu Ende gegangen, das Kabinett scheint sich nicht mehr mit dem französischen Vorschlag befasst zu haben. Campbell-Bannermans Auffassung der ganzen Angelegenheit ergibt sich aus einem Brief an den Siegelbewahrer Lord Ripon (20. 2. 1906): „Grey sagt, dass Cambon zufrieden ist, aber mir gefällt die Bedeutung nicht, die den gemeinsamen Vorbereitungen (den Heeres- und Marinebesprechungen) gegeben wird. Das nähert sich sehr stark einer Ehrenverpflichtung, und man wird es auf beiden Ufern des Rheines erfahren.“ Aus diesen ungemein wichtigen neuen Aufschlüssen ergibt sich, dass keineswegs das gesamte englische Kabinett jene Besprechung kannte, die zur Neugestaltung des englischen Heeres führte. Auch Lord Haldane (Before the War S. 29 f.) hat diese Heimlichkeit implicite zugegeben. Indessen erwähnt weder er noch Asquith mit einem Worte Lord Loreburns schwere Angriffe. Man denkt an dessen bittere Worte (S. 189): „Keine grosse Geschicklichkeit war vonnöten — bloss der Mut, die Wahrheit zu sehen und zu sagen.“

Den schwerwiegenden Notenwechsel zwischen Grey und Cambon im November 1912, der England tatsächlich mit einer ernsten Ehrenpflicht belastete, hat Lord Loreburn als Minister nicht mehr erlebt, so dass wir Asquiths Behauptung, der Notenwechsel sei bis auf das letzte Wort im englischen Kabinett durchberaten worden, nicht nachprüfen können. Wichtig ist in diesem Zusammenhang eine Stelle in Joseph Chamberlains Rede zugunsten einer englisch-deutschen Verständigung (30. 11. 1899): „Es scheint mir wenig auszumachen, ob man ein schriftlich festgelegtes Bündnis besitzt oder eine Verständigung im Geiste der Staatsmänner der betreffenden Länder. Eine Verständigung ist vielleicht besser als ein Bündnis, das Vereinbarungen festlegen mag, die im Licht der von Tag zu Tag wechselnden Umstände nicht als beständig angesehen werden können“ (S. 24). Hier ist in prägnanter Kürze ein Leitsatz englischer Politik formuliert, der auch die Entente beherrschte und ihr den elastischen und doch bindenden Charakter verlieh. So konnte Lord Haldane Herrn von Bethmann Hollweg im Februar 1912 erklären, dass England „keine Abmachungen mit Frankreich oder Russland habe, ausser den schriftlich niedergelegten und vor aller Welt publizierten“ (Before the War S. 106). Aber tatsächlich ist diese Erklärung Haldanes

doch eine Unwahrheit, und noch viel schlimmere sind die feierlichen Versicherungen, die Asquith und zuletzt Grey (11. 6. 1914) im Unterhause abgaben, dass keine Verständigung und keine Vereinbarung irgendwelcher Art, die sich auf die Eventualität eines Krieges beziehe, zwischen England und Frankreich bestehe. Asquith betont freilich noch heute, dass England bis zum Kriegsausbruch freie Hand hatte und nicht gebunden war (S. 57 f.). Aber dass sich die Leiter der englischen Politik, vor allem Grey selbst, gebunden fühlten, geht aus den Berichten Sazonows an den Zaren und des russischen Botschafters in London, Graf Benckendorff, an Sazonow klar hervor. Und in keinem Falle ist das Ignorieren wichtiger Quellen in Asquiths Buch so bezeichnend wie bei diesen russischen Akten [1]. Er ist — begreiflicherweise! — auf die Ratgeber Nikolaus' II. und seine Diplomaten schlecht zu sprechen; mit ein paar ärgerlichen Sätzen tut er sie ab; nur Benckendorff findet Gnade vor seinen Augen (S. 147). Aber auch dessen Berichte vom Juli 1914 scheint er nicht zu kennen!

Diese etwas umfangreichen Bemerkungen mussten vorausgeschickt werden, um über den Geist des ganzen Buches Klarheit zu schaffen. Seine erste Hälfte enthält eine historische Skizze von grosser Oberflächlichkeit: Kapitel 2 die frühen Jahre 1888—1900, 3 und 4 die Kanzlerschaft Bülows. In diesen beiden Abschnitten ist besonders lehrreich die Leichtigkeit, mit der Asquith die englischen Bündnisfühler an Deutschland abtut. Man sollte fast denken, sie hätten nur in der deutschen Phantasie bestanden. Und er, der sonst so gern Kaiser Wilhelm II. zitiert, wo es gilt, ihn zu „widerlegen" oder herabzusetzen, scheint niemals den Brief an den Zaren vom 30. 5. 1898 (Nr. 15 der Ausgabe von Goetz) gelesen zu haben, wie er denn auch die Ausführungen des wahrlich anglophilen Freiherrn von Eckardtstein nur da benutzt, wo es ihm gerade passt. Die Behandlung dieser ganzen Dinge darf man zum mindesten als eine Verschiebung der Tatsachen bezeichnen.

Kapitel 4, 5 sollen dazu dienen, die Einkreisung Deutschlands als eine Wahnvorstellung der Deutschen lächerlich zu machen. Einen grossen Raum nehmen in dieser äusserst oberflächlichen Darstellung einige Schriftstücke ein, die das „Gentlemen's Agreement" von 1897 zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten als groteske Fabel hinstellen. Man wird demnach mit diesem Abkommen, dem wir nie grosses Gewicht beigelegt haben, nicht weiter operieren dürfen. Das leise Misstrauen, das trotzdem bestehen bleibt, haben die Entente-Staatsmänner nur ihrer immer klarer hervortretenden Doppelzüngigkeit zuzuschreiben.

Kapitel 7 handelt von Bethmann Hollweg, 8 und 9 von der Entwicklung und dem Arbeiten der Entente und von Englands Anteil daran; 10 von der „naval expansion", der besonders breiter Raum gewährt wird. Entgegen Haldanes Auffassung sieht Asquith in dem Anwachsen der deutschen Flotte „an sich keine wahrscheinliche Quelle unmittelbarer

[1] Deutsches Weissbuch zur Schuldfrage, 1919. B. v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke z. Gesch. d. Ententepolitik. „Livre Noir" I, II.

Gefahr" (S. 143 f.). Darin begegnet er sich mit der Ansicht Lord Fishers, des genialen Reorganisators der englischen Flotte. Aber die heillos aufrichtigen Memories und Records dieses ungestümen Gewaltmenschen sind gewiss Asquith wie Haldane recht unbequem. Sie ziehen sich aus der Affäre, indem sie genau wie den Lord Loreburn auch Fisher totschweigen, bis auf ein paar kurze spöttische, wenn auch anerkennende Sätze Asquiths (S. 111 f.). Dass dieser dagegen auch deutsche Gewährsmänner zu Worte kommen lässt, wenn es zu seiner eigenen These passt, beweist ein Zitat aus den Erinnerungen des Generalobersten v. Moltke (S. 18). Asquith betont mit Freuden (S. 83 f.), dass weder Englands Versprechen, den Schutz der französischen Nord- und Westküste zu übernehmen (2. 8. 1914), noch das Beisammenbleiben der britischen Flotte Ende Juli 1914 vom Kaiser und seinem Generalstabschef als feindliche Handlungen angesehen worden seien. Dass sich gerade daraus Deutschlands Bestreben ergibt, den Krieg mit England wenn irgend möglich zu vermeiden, sagt er natürlich nicht.

Es folgt ein Kapitel über Marokko, in dem naturgemäss kein Wort darüber zu lesen ist, dass Deutschlands Einspruch gegen den Bruch des Vertrages von Madrid rechtlich und politisch durchaus berechtigt war. Die Entente ist auch hier wiederum ein Unschuldsengel. Und sogar von der bekannten Rede Lloyd Georges vom 21. 7. 1911 wird gesagt: „es war nichts Drohendes oder Aufreizendes in seiner Sprache" (S. 93). Eine eigenartige Kritik, da unmittelbar darauf ein Satz der Rede zitiert wird, den man kaum anders denn als Drohung verstehen kann. Wie diese Rede in Berlin aufgefasst wurde, lehrt der Telegrammwechsel des Auswärtigen Amtes mit dem Botschafter Graf Metternich bei Hammann, „Bilder aus der letzten Kaiserzeit" (S. 156 ff.). Metternichs Telegramm ist wichtig, weil es zeigt, dass Grey damals schon genau denselben Standpunkt einnahm wie Asquith heute.

Kapitel 12 behandelt die Mission Lord Haldanes nach Berlin im Jahre 1912 in sehr viel oberflächlicherer Form als dieser selbst; 13 bietet einige freundliche Worte über die drei deutschen Botschafter Metternich, Marschall und Lichnowsky, „dessen Wahl für solch einen Posten in einer solchen Zeit ein noch immer ungelöstes Rätsel bildet" (S. 104), eine hübsche neue Würdigung des anglophilen Botschafters von seiten seiner geliebten Engländer [1]).

Es folgt der wichtigste Teil des Buches, der in vier Kapiteln die ganz glänzend durchgeführte, bis ins kleinste vorbereitete Kriegsrüstung Englands auf allen Gebieten, den wirtschaftlichen und politischen, wie den militärischen, und vor allem die Zusammenfassung der einzelnen Teile des grossen britischen Reiches in Hinsicht auf einen kommenden Krieg übersichtlich darstellt. Vieles davon kannten wir schon aus Haldanes Werk (S. 156 ff.), aber Asquith gibt doch eine Menge neues und

[1]) Vgl. die wenig schmeichelhaften Äusserungen von Hilaire Belloc und Bernard Shaw über Lichnowsky, bequem zugänglich in den „Süddeutschen Monatsheften", Mai 1922, S. 94.

wichtiges Material. Dagegen fällt Kap. 18, die frühen Monate von 1914, wieder ganz in die alte Oberflächlichkeit zurück, hier noch verschlimmert durch eine Reihe tatsächlicher Entstellungen, vor allem in den Statistiken über das Wettrüsten der kontinentalen Staaten (vgl. die Ausführungen von A. v. Wegerer, „Deutsche Tageszeitung" 21. 10. 1923, Nr. 488). Es ist völlig unglaublich, dass Asquith weder die wütende Hetze der russischen offiziellen Presse gegen Deutschland in der ersten Hälfte von 1914 kennen soll noch die mehrfach publizierten amtlichen Urkunden, die Russlands Eroberungspläne gegen Konstantinopel und die Meerengen in allen Einzelheiten bekannt geben (Deutsches Weissbuch zur Schuldfrage, Anlage XI). Dagegen wird in, man kann nicht anders sagen als frivoler Weise Deutschlands Kriegswille aus dem Misslingen einer Friedensmission konstruiert, die Wilsons Freund, Oberst House, im Mai 1914 ausgeführt hat. Aus dessen Briefwechsel mit dem amerikanischen Botschafter in London, Walter Page, der dem Buch von Hendrick über Page entnommen ist, spricht ein unverhülltes Streben nach angelsächsischer Weltherrschaft, wie es Deutschland als fluchwürdiges Verbrechen angedichtet wurde, und zugleich eine herablassende Freundlichkeit gegen England, wie sie früher jeden Briten in Harnisch gebracht hätte. Dass ein englischer führender Staatsmann gerade diese Sätze offenbar ohne jeden Widerwillen abdruckt, zeigt am klarsten, wie weit es mit dem Niedergang der englischen Macht schon gekommen ist.

Kap. 20—22 führen in die Krisis vom Juli 1914 ein, vom Morde zu Serajewo bis zur Überreichung des Ultimatums an Serbien. Hier zeigt sich besonders deutlich die unsachliche und oberflächliche Art des Verfassers. Er kennt die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch offenbar nur aus Kautskys Pamphlet, dessen englischer Titel „The Guilt of William Hohenzollern" besonders einleuchtend seinen Zweck dartut. August Bach hat in dieser Zeitschrift (Nr. 4, S. 83 ff.) dies schon gebührend gerügt und besonders auf die Hauptpunkte hingewiesen. Die angeblichen Kriegstreibereien Herrn von „Tschirsckys", wie ihn Asquith beharrlich schreibt, sind längst eingehend widerlegt. Aber welche Kenntnisse soll man schliesslich von einem Staatsmann erwarten, der von demselben „Tschirscky" behauptet, er sei als Staatssekretär des Äusseren „technically a Prussian and not an Imperial officer" gewesen (S. 48)? Die Legende von dem Potsdamer Kriegsrat am 5. oder 6. Juli wird genau wie bei Haldane wieder aufgetischt (S. 166—69), ohne dass sogar englische Ablehnungen erwähnt werden (des Botschafters Bunsen und des Botschaftsrats Rumbold: Oman, The Outbreak of the War, danach im Deutschen Weissbuch zur Schuldfrage Anlage V); desgleichen das Märchen von der Ahnungslosigkeit der Entente gegenüber dem Ultimatum an Serbien, obwohl feststeht, dass der englische Botschafter Bunsen darüber aus Wien schon am 16. 7. 1914 berichtet hat. Gegenüber diesen amtlichen Dokumenten hilft sich Asquith wiederum durch Totschweigen und durch eine so geschickte Formulierung (S. 175 und 178), dass kein Uneingeweihter Verdacht schöpfen könnte. Genau so macht

 er es mit dem Bericht des österreichischen Sektionsrats v. Wiesner über das Attentat von Serajewo, von dem er nur die ersten beiden, Serbien entlastenden Sätze abdruckt, obwohl das ganze schwer belastende Dokument im österreichischen Rotbuch von 1919 (I Nr. 17) längst abgedruckt ist. Die ganze Methode des Verfassers zeigt sich klar in dem „Calendar“ der kritischen Wochen (Kap. 23). Es wäre unbillig, diese dürftige Aufzählung von Daten und Ereignissen an dem Masse von Bernhard von Bülows „Ersten Stundenschlägen des Weltkrieges“ oder gar an seiner „Krisis“ zu messen, aber wenigstens auf einige Entstellungen mag hier hingewiesen werden. Die österreichische Pressekampagne gegen Serbien wird erwähnt, nicht aber die sehr viel heftigere serbische gegen Österreich-Ungarn. Die Konferenz in Potsdam wird hier unter dem 5. Juli einfach als Tatsache eingesetzt, und die Mobilmachungsdaten sind in einem Grade — sagen wir höflich — antiquiert, der selbst den geduldigsten Leser überraschen muss. Asquith brauchte dazu gar nicht einmal die grundlegenden Arbeiten des Grafen Montgelas zu kennen, sondern, wie Bach a. a. O. S. 85 richtig bemerkt, bloss das englische offiziöse Werk (Oman, S. 79). Dieselbe tendenziöse — Umgruppierung der Tatsachen beherrscht Kapitel 24—26: Sir Edward Greys Friedensbemühungen. In einem Grey gewidmeten Buche durfte dieser erwarten, nur Gutes von sich zu finden. Und er wird auch nicht enttäuscht. Dagegen wird die Einstellung der deutschen Regierung, vor allem Bethmann Hollwegs, gegenüber Greys Vorschlägen durchaus ungerecht und entstellt wiedergegeben. Nur ein Beispiel: Ein besonders eindringliches Telegramm Bethmann Hollwegs nach Wien soll „cancelled“ worden sein, während es tatsächlich durch ein anderes wirksamer scheinendes ersetzt wurde (Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 441, 450, 464). Die unter Eid gemachten Aussagen Bethmann Hollwegs und Jagows vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss werden mit der allgemeinen Wendung „Erklärungen vor einer Kommission“ abgetan (S. 189). Dagegen finden wir keinen Beleg für die Behauptung, dass „England sich bemühte, die Kriegslust (in Russland) zu zügeln, wohin immer sein Einfluss reichte“ (S. 193). Wenn man die Memoiren Buchanans vergleicht, erkennt man, wie anders in Wahrheit die Dinge lagen (Fr. Thimme in dieser Zeitschrift Nr. 3, S. 55 ff.). Aber Asquith hütet sich wohl, zu viele Dokumente anzuführen. Er weiss, wie unbequem sie werden können, und leitet daher seine Apologie Greys mit den Worten ein: „Um die letzte Verantwortung für den Krieg festzustellen, ist an sich ein Studium der offiziellen veröffentlichten diplomatischen Korrespondenz noch immer ausreichend . . . . Erhebliche Zusätze sind seither den Noten und Telegrammen hinzugefügt worden, die so rasch durch Europa rasten, und haben ihr Bild mit frischen Lichtern und Schatten versehen. Aber sie haben noch weniger Zweifel an der wahren Verteilung der Verantwortung gelassen als vorher bestanden“ (S. 187). Es muss sehr schön sein, so fest an sich zu glauben. Wir möchten Herrn Asquith empfehlen, in dem Buche

von H. H. Aall „The Neutral Investigation of the Causes of the War" die Fälschungen des englischen Blaubuches nachzulesen (S. 53 ff.), die den durch Herrn von Romberg festgestellten russischen Fälschungen auffallend ähnlich sehen.

Wir kommen zum „Vorabend des Krieges" (Kap. 27), in dem vor allem Englands edle Haltung in der belgischen Frage verherrlicht und die Verletzung der belgischen Neutralität als britischer casus belli hingestellt wird. Auch Greys fortgesetzte Weigerungen, sich irgendwie festzulegen, werden als einzig richtige Politik erneut gepriesen. Die Schilderung einer Unterredung zwischen dem amerikanischen Botschafter Page und Sir Edward Grey am 4. August gibt dem Ganzen einen hochdramatischen Abschluss. In Kap. 28 sucht Asquith den Rücktritt der beiden Minister Lord Morley und Burns zu erklären. 29 schildert kurz die einmütige Opferfreudigkeit aller Teile des britischen Weltreiches, 30—32 beschäftigen sich mit dem Kaiser, der mit allen Mitteln lächerlich und verächtlich gemacht werden soll. Uns beschäftigt hier vor allem das Problem seiner Friedensliebe. Wenn Asquith diese abwechselnd anerkennt und anzweifelt, so entspricht das ganz der auch von Lord Haldane geübten Taktik. Auf S. 152 erwähnt er des Kaisers Ausgrabungstätigkeit auf Korfu im Frühling 1914 in einer ironisch zweifelnden Weise, als wäre sie nur ein Vorwand für politische Machenschaften gewesen. Als einer der „deferential savants", die dabei waren, kann ich bezeugen, dass es sich wirklich um eine ernste archaeologische Arbeit handelte. Ich darf aber auch eine Bemerkung anführen, die der Kaiser nach längerer Beratung mit dem eben in Korfu eingetroffenen Kanzler zu mir machte: „Man wird vielleicht erst nach meinem Tode erfahren, wieviel ich von England hingenommen, um den Frieden zu erhalten." Ob man auch einmal etwas Ähnliches von Herrn Asquith erfahren wird, muss die Zukunft lehren. —

Das ganze Werk ist auf einen vornehm ruhigen Ton gestimmt, der es sympathisch und überlegen erscheinen lässt. Genau wie bei Haldane kann man absichtliche Entstellung der Tatsachen selten nachweisen, im Einzelfalle oft kaum entscheiden, ob wichtige, für die These der Entente ungünstige Dinge aus Unkenntnis und Vergesslichkeit ausgelassen oder mit bewusster Absicht unterdrückt sind. Dadurch bieten diese Bücher so wenige Angriffsflächen. Man ist versucht, die „Genesis des Krieges" mit einem Achselzucken beiseite zu legen und an ein witziges Wort über Asquiths Sturz im Jahre 1916 zu denken: It was as if a pin had dropped (The Mirrors of Downing Street 1920, S. 47). Aber die Stellung des Verfassers und seine Rolle in der Politik machen das Buch gefährlich, und man wird immer wieder dagegen ankämpfen müssen[1]).

---

[1]) Während des Druckes erscheint die mit der obigen vollkommen übereinstimmende Besprechung von Raymond Beazley, Foreign Affairs Januar 1924, S. 141.

General Danilow über die russische Mobilmachung.

Graf Max Montgelas.

General Danilow, 1914 Generalquartiermeister des russischen Generalstabes, gibt im Aprilheft der „Revue de la Guerre Mondiale" eine Darstellung der russischen Mobilmachung, die in vielen wesentlichen Punkten mit der von General Dobrorolski, 1914 Chef der Mobilmachungsabteilung des russischen Generalstabes, übereinstimmt. Auch nach Danilow hat Kaiser Nikolaus II. die allgemeine Mobilmachung erstmals schon am 29. Juli angeordnet, den Befehl dann auf Grund eines Telegramms Kaiser Wilhelms — D 359 — gegen 9 Uhr 30 abends widerrufen, dafür die Teilmobilmachung gegen Österreich angeordnet (S. 246) und den endgültigen Befehl zur allgemeinen Mobilmachung am 30. Juli nachmittags erteilt (dans l'après-midi du 30, S. 265), worauf das kaiserliche Dekret im Laufe des Abends des 30. öffentlich bekanntgegeben wurde (le décret impérial promulguant une mobilisation générale . . . . ne fut pris que dans la soirée du 30, S. 263). Danilow bestreitet ebenso wie Dobrorolski die Aussage des Kriegsministers Suchomlinow in seinem Prozesse 1917, dass die allgemeine Mobilmachung am 29. trotz des Gegenbefehls des Zaren in Angriff genommen worden sei.

Bei dieser Übereinstimmung der beiden Offiziere, die über die Mobilmachungsdaten am genauesten unterrichtet sein müssen, sind m. E. die Vorgänge am 29. und 30. Juli hinreichend geklärt. Die gegenteiligen Angaben des Kriegsministers Suchomlinow und des britischen Botschafters Sir G. Buchanan [1]) müssen als widerlegt angesehen werden.

Meinungsverschiedenheit zwischen Danilow und Dobrorolski besteht nur hinsichtlich der Stunde, zu der Nikolaus II. am Nachmittag des 30. Juli den Befehl erteilt hat. Dobrorolski hat auf Befragen kategorisch erklärt, dass es „nicht später als 2 Uhr nachmittags" gewesen sei [2]). Danilow behauptet nun (S. 265), er könne auf die Frage nach der genauen Stunde keine „dokumentierte Antwort" geben. Er teilt nur mit, dass „gegen 3 Uhr nachmittags" ein ausserordentlicher Ministerrat stattgefunden habe, an dem Sasonow, Suchomlinow und der Generalstabschef Januschkewitsch teilgenommen hätten, und dass zu dieser Zeit eine Entscheidung noch nicht getroffen gewesen sei. Aus diesem Grunde neigt er mehr zu der Angabe des französischen Botschafters Paléologue, dass der Zar den Befehl erst um 4 Uhr nachmittags gegeben habe [3]).

Die Gedächtnisschwäche Danilows über einen so wichtigen Vorgang ist um so auffallender, als er über die Zeit des Widerrufs des

[1]) „Die Kriegsschuldfrage", November 1923, S. 98 ff.

[2]) Schreiben Dobrorolskis an die Zentralstelle vom 23. März 1922.

[3]) Revue des deux Mondes, 15. Januar 1921.

ersten Befehls zur allgemeinen Mobilmachung am 29. abends ziemlich bestimmte Angaben zu machen in der Lage ist (S. 264). Die Ungenauigkeit der Zeitangaben für den 30. macht es ihm sodann möglich, die Legende aufzufrischen, dass die Entscheidung des Zaren mit dem „Extrablatt des Lokalanzeigers“ zusammenhänge. Auch diese Behauptung tritt nicht bestimmt auf, sondern ist in die Worte gekleidet: „Ich glaube jedoch, und ich besorge nicht, mich in diesem Punkte zu irren“ (S. 265). Die Falschmeldung des erwähnten Extrablatts über einen angeblichen Entschluss Kaiser Wilhelms zur allgemeinen Mobilmachung von Heer und Flotte sei sowohl von Herrn Markow, dem Vertreter der russischen Telegraphenagentur in Berlin, als von dem russischen Botschafter Swerbejew nach Petersburg gemeldet worden.

Das Telegramm der russischen Telegraphenagentur.

Das Telegramm Markows ist nach Danilow sofort nach der „gegen 1 Uhr nachmittags“ erfolgten Ausgabe des Extrablatts aufgegeben worden. Danilow übersieht, dass 1 Uhr nachmittags in Berlin gleich 2 Uhr nachmittags in Petersburg ist, und stellt auffallenderweise gar keine Überlegung darüber an, wie lange in jenen Zeiten Privattelegramme von Berlin nach Petersburg unterwegs waren. Es ist durchaus unzulässig, hierfür die Zeiten zugrunde zu legen, in denen die Kaiser- und Zaren-Telegramme mit selbstverständlichem Vorrang vor allen anderen Depeschen befördert worden sind. Die Staatstelegramme des Berliner Auswärtigen Amtes an die deutsche Botschaft in Petersburg benötigten am 30. Juli 1914 von der Auflieferung beim Haupttelegraphenamt Berlin bis zum Eingang bei der Botschaft zwischen 4 und 13 Stunden [1]). Selbst wenn man nun für das Privattelegramm Markows die kürzeste Zeit für deutsche Staatstelegramme einsetzt, so kann die Meldung der russischen Telegraphenagentur doch nicht vor 6 Uhr nachmittags in Petersburg eingetroffen sein, das ist auch nach Angabe Paléologues, die Danilow vorzieht, zwei Stunden, nachdem der Entschluss des Zaren gefasst war; es ist genau die Zeit, zu der nach der von keiner Seite angezweifelten Angabe Dobrorolskis das Abtelegraphieren des Befehls zur allgemeinen Mobilmachung auf dem Haupttelegraphenamt in Petersburg schon erfolgte.

Das Telegramm des russischen Botschafters.

Die Meldung des russischen Botschafters Swerbejew über die Falschmeldung des Lokalanzeigers ist, wie aus den schon im Dezember 1914 beim Haupttelegraphenamt Berlin angestellten Nachforschungen zweifelsfrei hervorgeht, bei diesem Amt erst um 3 Uhr 28 nachmittags gleich 4 Uhr 28 Petersburger Zeit eingeliefert worden,

[1]) „Deutsche Rundschau“, Juli 1922. „Der 30. Juli 1914 in Petersburg“, Seite 2. Die Zeiten für sieben Telegramme sind: 4 St. 10 Min., dreimal: 7 St. 50 Min., 7 St. 1 Min., 12 St. 55 Min., 10 St. 50 Min.

also zu einer Stunde, da die Entscheidung des Zaren schon gefallen war. Ihren Bestimmungsort hat diese Depesche erst gegen Mitternacht des 30. zum 31. Juli erreicht [1]).

Das verspätete Eintreffen der Telegramme Markows und Swerbejews wird auch bestätigt durch die Erklärung Dobrorolskis, dass die Falschmeldung des Lokalanzeigers „keinen unmittelbaren Einfluss auf den Mobilmachungsbefehl hatte, da sie zeitlich später in Petersburg bekannt wurde [2])".

Sonstige Nachrichten aus Deutschland und Österreich.

General Danilow erwähnt noch, man habe auch andere „ausserordentlich beunruhigende Nachrichten" aus Deutschland und Österreich erhalten. Es ist auffallend, dass sich diese Nachrichten in den während des Krieges erbeuteten Tagesberichten des russischen Generalstabs nicht finden. Dieser weiss am 30. Juli über Österreich-Ungarn nach den Nachrichten der „Militäragenten in Frankreich", dass man in Österreich-Ungarn „in diesen Tagen die allgemeine Mobilmachung erwarte". Er weiss also, dass Österreich-Ungarn die allgemeine Mobilmachung noch nicht verfügt hat. Nur in Galizien sei die Kavallerie schon mobilisiert. Die Nachrichten über Deutschland sprechen nur von „unbedeutenden vorbereitenden Massnahmen bei den Eisenbahnen und an den Grenzpunkten, von Rückkehr Beurlaubter zu den Truppenteilen und von dem Verbot privater Aufträge an Militärmühlen. Nur über die Flotte wird aus Kiel berichtet, dass in der Nacht zum 28. Juli ein Teil nach Danzig in Kriegsbereitschaft abgefahren sei [3]). Es wäre sehr erwünscht zu wissen, welche „ausserordentlich beunruhigenden Nachrichten" General Danilow denn im Auge hat. Die Nachricht über die deutsche Flotte wurde von Berlin sofort energisch dementiert (D 459 und 462).

Der wahre Grund des Zarenentschlusses.

General Danilow bringt im übrigen einige sehr wertvolle Aufklärungen. Er erzählt, dass er während der „gegen 3 Uhr nachmittags" zwischen dem Aussenminister Sasonow, dem Kriegsminister Suchomlinow und dem Generalstabschef Januschkewitsch stattfindenden Beratung in einem Nebenzimmer einem Beamten des Auswärtigen Amts die Unmöglichkeit einer Teilmobilmachung, wie sie am 29. abends vom Zaren angeordnet worden war, auseinandersetzte. Es kann nun doch wohl kaum bezweifelt werden, dass Januschkewitsch und Suchomlinow dieselbe Unmöglichkeit darlegten. Hier also ist der entscheidende Grund: Nicht die noch gar nicht eingetroffene Falschmeldung über die deutsche Mobilmachung.

[1]) „Deutsche Rundschau", Mai 1922. „Der Zusammenbruch der Ententelegende über die russische allgemeine Mobilmachung", S. 117—121.

[2]) Brief Dobrorolskis vom August 1922 an die Zentralstelle.

[3]) Parlamentarischer Untersuchungsausschuss, 1. Unterausschuss, Heft 2, Anlage 51 und 28.

sondern die Vorstellungen der militärischen Autoritäten über die angebliche Unmöglichkeit einer Teilmobilmachung haben den Ausschlag gegeben, dass die am 29. abends durch das Telegramm Kaiser Wilhelms in letzter Stunde verhinderte allgemeine Mobilmachung nunmehr unwiderruflich angeordnet worden ist.

Der russische Feldzugsplan.

Danilow enthüllt ferner, dass der russische Feldzugsplan nur einen einzigen Fall vorgesehen habe, den eines gleichzeitigen Krieges gegen Österreich und Deutschland (S. 261). Dieses Eingeständnis wirft ein helles Licht auf die verschiedenen Versicherungen des Zaren und seiner Minister, dass die militärischen Massnahmen Russlands nur gegen Österreich gerichtet seien. Nach diesem Eingeständnis, dass im Fall eines Krieges mit Österreich auch der Krieg mit Deutschland unvermeidlich sei, und dass der ganze Feldzugsplan dementsprechend entworfen war, würde es vollkommen gerechtfertigt gewesen sein, wenn Deutschland schon nach der nur gegen Österreich gerichteten russischen Mobilmachung, die am 29. Juli amtlich in Berlin mitgeteilt wurde, seinerseits die allgemeine Mobilmachung angeordnet hätte. Deutschland aber machte bekanntlich erst am 1. August nachmittags 5 Uhr mobil (D 554), also 48 Stunden später als Russland. Es ist geradezu unbegreiflich, dass Danilow heute noch zu behaupten wagt, Deutschland habe schon auf die russische Teilmobilmachung vom 29. Juli sofort mit der allgemeinen Mobilmachung der deutschen Armee und Flotte geantwortet (S. 263).

*

Zusammenfassend kann man sagen:

1. Danilow kennt nicht einmal die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch.

2. Seine Bemühungen, den Entschluss des Zaren zur allgemeinen Mobilmachung vom 30. Juli nachmittags — sei es nun 2 Uhr oder erst 4 Uhr — mit der Falschmeldung des Lokalanzeigers oder mit anderen Nachrichten aus Deutschland und Österreich in Zusammenhang zu bringen, sind gescheitert.

3. Der wahre Grund zur Wiederumwandlung der russischen Teilmobilmachung in eine allgemeine waren die Gutachten der militärischen Kreise, und zwar sowohl die angeblichen Schwierigkeiten einer Teilmobilmachung als das Bestehen eines seit langem festgesetzten Feldzugsplans, der nur einen einzigen Fall vorsah, nämlich den gleichzeitigen Krieg gegen Österreich und Deutschland.

Kanner—Delbrück.

Von Dr. Heinrich Kanner ging uns nachstehende „Berichtigung" des im Oktoberheft der Zeitschrift von Prof. Hans Delbrück veröffentlichten Artikels „Urbas' neuer Beitrag zum Ursprung des Weltkrieges" zu.

Die Schriftleitung.

Es ist unwahr, dass ich in meinem Buche „Kaiserliche Katastrophenpolitik" bloss gesagt habe, dass Reichskanzler Bethmann Hollweg und Unterstaatssekretär Zimmermann am 6. Juli 1914 in ihrer Unterredung mit dem österreichisch-ungarischen Legationsrat Graf Hoyos dessen Ideen über die Politik gegen Serbien ohne Widerspruch und ohne Warnung angehört hätten.

Es ist unwahr, dass ich in meinem Artikel in der „Neuen Züricher Zeitung" das „Ohne-Widerspruch-Anhören" in „Zustimmung" verwandelt hätte.

Wahr ist vielmehr, dass ich in meinem Buche „Kaiserliche Katastrophenpolitik" geschrieben habe (S. 225, Zeile 6 und 7 von oben), dass Reichskanzler Bethmann Hollweg und Unterstaatssekretär Zimmermann in ihrer Unterredung mit dem k. u. k. Legationsrat Graf Hoyos am 6. Juli 1914 den Ideen des letzteren „im voraus bedingungslos und blind zugestimmt" haben.

Wahr ist, dass ich diese in meinem Buche „Kaiserliche Katastrophenpolitik" entwickelte Auffassung in meinem Artikel in der „Neuen Züricher Zeitung" wiederholt und nicht in eine andere verwandelt habe.

Es ist unwahr, dass der in dem Buch von Gooss „Das Wiener Cabinet" auf S. 30 zitierte Bericht des Grafen Szögyeny meine Behauptung widerlege, dass die beiden genannten deutschen Staatsmänner die Ideen des Grafen Hoyos am 6. Juli 1914 ohne Warnung angehört hätten.

Wahr ist vielmehr, dass jener Bericht des Grafen Szögyeny vom 4. Juli 1914, also aus einer Zeit herrührt, wo Kaiser Wilhelm II. dem Kaiser Franz Josef I. seine Zustimmung zu einem Krieg Österreich-Ungarns gegen Serbien noch nicht gegeben hatte, dass dagegen die in Frage stehende Unterredung der beiden deutschen Staatsmänner mit dem Grafen Hoyos erst am 6. Juli stattfand, d. i. einen Tag, nachdem Kaiser Wilhelm II. dem Kaiser Franz Josef seine Zustimmung zu einem Kriege Österreich-Ungarns gegen Serbien bereits gegeben hatte.

Es ist wahr, dass der zitierte Bericht des Grafen Szögyeny vom 4. Juli meine Behauptung bezüglich des 6. Juli 1914 in keiner Weise widerlegt.

Es ist unwahr, dass die Tatsache, dass der Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg in der Unterredung vom 6. Juli 1914 den Grafen Hoyos eindringlichst vor irgendwelchen Plänen gewarnt hat, durch welche das Verhältnis der Mittelmächte zu Italien und der Bestand

des Dreibunds gefährdet werden könnte — in Widerspruch steht zu meiner Behauptung, dass die beiden deutschen Staatsmänner die Ideen des Grafen Hoyos über die Politik gegenüber Serbien ohne Warnung angehört haben.

Wahr ist vielmehr, dass sich jene eindringlichste Warnung des Reichskanzlers ausdrücklich nur auf Österreich-Ungarns Politik in Albanien, nicht aber auf die Politik gegen Serbien bezogen hat (Österreichisches Rotbuch, I, Nr. 7, Seite 25, vorletzter Absatz).

Es ist unwahr, dass ich die Möglichkeit eines Krieges der Mittelmächte mit Russland gleichgesetzt habe der Absicht eines Krieges gegen Russland.

Wahr ist vielmehr, dass ich in meinem Buche „Kaiserliche Katastrophenpolitik" (im Kapitel „Der Kriegswille der Mittelmächte" und an allen anderen darauf bezüglichen Stellen) zwischen Absicht und Möglichkeit eines Krieges genau unterschieden habe.

Wien, 28. November 1923.

gez. Dr. Heinrich Kanner.

Professor Hans Delbrück, dem wir von der Zuschrift Kanners bereits Mitteilung machten, schickte uns hierauf folgende Antwort zu, welche wir zur Klärung der Ausführungen von Dr. Kanner gleichzeitig mit zum Abdruck bringen.

Die Schriftleitung.

Herr Kanner behauptet, dass er nicht erst in seinem Artikel in der „N. Z. Z.", sondern schon in seinem Buch das „Ohne-Widerspruch-Zuhören" in „Zustimmung" verwandelt habe. Erstens würde das keinen grossen Unterschied machen, und zweitens ist es nicht wahr. An der von K. angeführten Stelle (S. 225) steht nicht, dass die deutschen Staatsmänner den Plänen des Grafen Hoyos im voraus bedingungslos und blind zugestimmt hätten, sondern es steht dort, dass sie „bei Entgegennahme des kaiserlichen Handschreibens" — also am 5. Juli, am Tage vor der Unterredung mit Graf Hoyos — „die Kühnheit der Wiener Pläne bezüglich Serbiens eher überals unterschätzt haben", und dass sie nichtsdestoweniger „ihnen" — also den Wiener Plänen — „im voraus bedingungslos und blind zugestimmt" hätten. Auf den Unterschied zwischen den persönlichen Ideen des Grafen Hoyos und denen des Wiener Kabinetts kommt aber gerade alles an, und nicht bloss Graf Tisza, sondern auch Graf Berchtold haben dem deutschen Botschafter sofort bei der ersten Unterredung über die Berichte des Grafen Szögyeny am 7. Juli erklärt, dass „alles, was Graf Hoyos in dieser Besprechung mit dem Herrn Unterstaatssekretär (Zimmermann) gesagt habe, nur als dessen rein persönliche Auffassung anzusehen sei" — D 18 —.

Dass der erste Bericht vom 4. Juli ist, die Unterredung mit Bethmann und Zimmermann aber am 6. Juli stattfand, habe ich in meinem Artikel selbst gesagt, habe aber auch hervorgehoben, dass Herr Kanner zwei verschiedene Unterredungen in eine zusammen-

zieht, worüber er in seiner Erklärung stillschweigend hinweggleitet. In der zweiten Unterredung, an der Bethmann teilnahm, sind die übertstiegenen Ideen des Grafen Hoyos, denen Bethmann seine Zustimmung erteilt haben soll, überhaupt nicht zur Sprache gekommen. Bei der Besprechung der Dinge in Albanien hat der Kanzler sodann noch eindringlichst vor irgendwelchen Plänen gewarnt, durch welche das Verhältnis zu Italien und der Bestand des Dreibundes gefährdet werden könnte. Dass sich diese Warnung „ausdrücklich nur" auf Österreich-Ungarns Politik in Albanien bezogen hat, ist freier Zusatz von Herrn Kanner. Hätte Bethmann wirklich eine derartige Einschränkung gemacht, was der Wortlaut des Szögyenyschen Berichts nicht ausschliesst, so wäre eine solche Einschränkung, wie auf der Hand liegt, sinnlos gewesen, so dass ich sie dem Kanzler und dem Unterstaatssekretär nicht zutraue. Denn ihnen lag an der Aufrechterhaltung des Dreibundes überhaupt und nicht bloss an der Erhaltung des Dreibundes in bezug auf Albanien.

Endlich zu der Behauptung Herrn K's., dass er stets zwischen der Absicht eines Krieges und der Möglichkeit eines Krieges genau unterschieden habe; er verweist ausdrücklich auf das betreffende Kapitel in seinem Buch. Gerade dieses Kapitel gibt sich die äusserste Mühe, den Unterschied zwischen einer Politik, die auf Krieg ausgeht, und einer Politik, die um eines friedlichen Zweckes willen eine gewisse Kriegsgefahr auf sich nimmt, zu verwischen. Er konstruiert sogar zu diesem Zweck die logische Absurdität eines „aktiven und eines passiven Kriegswillens". „Serbien war man entschlossen, zu bekriegen. Von Russland war man entschlossen, Serbiens wegen bekriegt zu werden." „In Wien herrschte", heisst es nachher (S. 371), „ein auf Serbien und Russland gerichteter Kriegswille." In Deutschland soll der Kriegswille sogar auf den Krieg gegen die gesamte Entente gerichtet gewesen sein. Von Kaiser Wilhelms Vermittlungstätigkeit wird gesagt (S. 373), er habe begonnen, den aktuellen Kriegswillen zeitweilig zu verlieren.

Der eben erschienene 4. Band der Erinnerungen Feldmarschall Conrads beweist nun noch deutlicher als alle bisherigen Veröffentlichungen, wie sehr der Wiener Kriegswille nur gegen Serbien gerichtet war. Graf Forgach sprach am 6. Juli sogar von einer „Extratour" (S. 39). Vom österreichisch-ungarischen Heer, das 50½ Infanteriedivisionen erster und zweiter Linie umfasste, wurden 23 gegen Serbien instradiert, nur 27½ blieben, zunächst immobil, gegen Russland (S. 151). Diese Kräfteverteilung zeigt auch dem Laien, dass man den Krieg gegen Russland selbst in den militärischen Kreisen Wiens nicht wünschte. Über den angeblichen deutschen Kriegswillen aber sagt Conrad, dass man in Wien noch aus den nach der russischen Mobilmachung gegen Österreich, also nach dem 29. Juli gepflogenen diplomatischen Unterhandlungen die Auffassung gewonnen habe, dass „Deutschland, wenn wir von Russland angegriffen würden, zwar seiner Bundespflicht nachkommen würde, dass es aber einen grossen Krieg

lieber vermeiden wolle" (S. 165). Deshalb blieb man in Österreich trotz der russischen Mobilmachung bei der auffälligen Kräfteverteilung von 23 Divisionen gegen Serbien, 27½ gegen Russland. Erst am 31. Juli — an dem Tage, an dem die am 30. angeordnete russische Gesamtmobilmachung bekannt wurde — entstand infolge der „dezidierten Erklärung Deutschlands, dass es nun selbst gewillt sei, den grossen Krieg gegen Frankreich und Russland durchzuführen", eine „ganz neue Lage".

Der grosse Weltkrieg war da. Oder sollte Herr K. auch heute noch daran zweifeln, dass die russische Mobilmachung unter den damaligen Verhältnissen den Krieg bedeutete? Dann verweise ich ihn auf eine Ausführung des auf der extremsten Linken stehenden Majors Müller-Brandenburg in der sozialdemokratischen „Chemnitzer Volksstimme" (11. 10. 1921), wo er schreibt: „Jeder, der sich mit militärischen Fragen auch nur einigermassen befasst hat, weiss, dass Mobilmachung eines Millionenheeres gleichbedeutend ist mit der Eröffnung von Feindseligkeiten". Die plötzliche und unerwartete Wendung war für Österreich höchst schädlich. Durch die starken Truppentransporte gegen Serbien waren „grosse Komplikationen" entstanden, die einen raschen Einsatz der überwiegenden Hauptkräfte gegen Russland erschwerten. Zwei Tage früher hätten diese Transporte noch „inhibiert werden können" (S. 159 und 165).

Der neue Band Conrads bestätigt die Richtigkeit des Urteils des italienischen Historikers Barbagallo, man könne nach der russischen Mobilmachung der deutschen Regierung nur „einen einzigen Vorwurf" machen, dass sie nämlich „einige Tage länger als nötig" mit der Kriegserklärung an Russland gezögert habe.

Berlin, Januar 1924. Hans Delbrück.

Abschluss der Diskussion Barbagallo—Montgelas [1]).

Von Herrn Corrado Barbagallo ging der Schriftleitung folgendes Schreiben zu, das mit seinem Einverständnis hier wiedergegeben wird. Die Schriftleitung.

Herr Generalsekretär!

Ich danke dem Grafen Montgelas für seine interessante Entgegnung auf meine Antwort. Ich will gleich mitteilen, dass einige seiner Erklärungen überzeugend sind; andere scheinen es mir nicht zu sein. Aber ich halte es nicht für angezeigt, noch weiter die Gastfreundschaft der „Kriegsschuldfrage" zu missbrauchen. Ich habe vor, auf einmal zusammenfassend auf alle Einwände zu antworten, die mir einer Erörte-

¹) Siehe Heft 3, 5 u. 6 dieser Zeitschrif.

rung wert erscheinen und zu denen mein Buch in Italien und im Auslande Anlass gegeben hat, und zwar in einer hoffentlich nicht allzu fernen zweiten Ausgabe meiner Schrift.

Es ist mir eine angenehme Pflicht, Ihnen meinen Dank auszusprechen und mit den besten Wünschen für Ihr Land zu zeichnen als

Ihr ergebener
Professor Corrado Barbagallo.

Mailand, den 26. Dezember 1923.

Zum angeblichen Verweis Tschirschkys.

Die Auffassung, dass dem deutschen Botschafter in Wien, Herrn von Tschirschky, ein Verweis wegen „Lauheit“ im Auftreten gegenüber dem Grafen Berchtold erteilt worden sei, welche bereits on Gooss in seinem „Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges“ Seite 40 — erwähnt worden ist, gründet sich auf untenstehendes Telegramm, das zuerst auszugsweise im Leitfaden des Grafen Montgelas — Seite 174 — wiedergegeben wurde. Wir bringen hier erstmalig den vollen Text des Dokumentes:

Nr. 1602. Telegramm. Ref. I.
Dep. 5.

Graf Szögyeny
ddto. Berlin, 8. Juli 1914.

Nr. 243. aufg. 2 U. 14 M. p. m.
eingel. 6 U. p. m.

Chiffre.

Streng vertraulich!

Staatssekretär ist gestern von seinem Urlaube zurückgekehrt. Ich habe ihn bisher nicht sprechen können, doch hatte ich gestern und heute Gelegenheit, von Unterstaatssekretär und verschiedenen massgebenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes die Anschauung vertreten zu hören, dass man hier mit Ungeduld unseren Entscheidungen entgegensehe, da man Auffassung habe, dass jetzt der richtige Moment wäre — ein Moment, der so günstig nicht mehr so leicht wiederkehren würde — gegen Serbien energisch aufzutreten.

Im Auswärtigen Amte wurde mir erzählt, dass man aus einem Berichte Herrn v. Tschirschkys ersehen habe, dass derselbe mit einer gewissen „Lauheit“ gegenüber Euer Exzellenz aufgetreten sei. Man habe ihm darauf von hier aus einen Verweis erteilt.

Gleichzeitig wurde mir im Auswärtigen Amte der Wunsch geäussert, dass von Wien aus in der ausländischen, insbesondere englischen Presse bereits jetzt Stimmung gegen Serbien gemacht werde.

Graf Montgelas gibt für den Verweis auf Seite 174 seines Leitfadens zur Kriegsschuldfrage die Erklärung, „dass eine der nachgeordneten ‚massgebenden Persönlichkeiten‘ etwas von der kaiserlichen Randbemerkung zum Bericht Tschirschkys vom 30. Juli — D. 7

— erfahren hatte und darüber mit dem österreichischen Botschafter gesprochen hat.“

Auf eine Anfrage der Zentralstelle an den Staatssekretär a. D. Dr. Alfred Zimmermann, ob die Randbemerkung des Kaisers brieflich oder mündlich Herrn von Tschirschky mitgeteilt worden sei, ging folgendes Antwortschreiben ein:

Lichterfelde, den 7. 12. 1923.

Euer Hochwohlgeboren

erlaube ich mir auf das gefällige Schreiben vom 3. Dz. 1699/23 — folgendes zu erwidern:

Die Randbemerkungen Seiner Majestät zu dem Bericht des Herrn von Tschirschky vom 30. Juni 1914 (D. D. 7) sind im Auswärtigen Amt am 4. Juli bekannt geworden. Ich habe sie als damaliger Leiter der Behörde zunächst nicht an den Botschafter weitergegeben, da sie mir zu scharf erschienen. Der Kaiser ist bei dem Immediatvortrag, den ihm der Reichskanzler in meiner Gegenwart am 5. Juli erstattete, auf die Bemerkungen nicht zurückgekommen, hat an dem Verhalten v. Tschirschkys keinerlei Kritik geübt und sich auf durchaus ruhige und streng sachliche Äusserungen zu dem Handschreiben Kaiser Franz Josephs beschränkt. In der darauf von mir entworfenen Instruktion an den Botschafter vom 6. Juli (Telegr. Nr. 113 — Wien) ist daher endgültig von einer Andeutung der fraglichen Randbemerkungen abgesehen worden. Dass ich dem Grafen Szögyeny die Randbemerkungen angedeutet habe, ist ausgeschlossen. Ich würde mich dadurch in Widerspruch gesetzt haben zu meiner Erklärung ihm gegenüber, dass ich vor demütigenden Forderungen an Serbien warne.

Woher der Graf seine angebliche Information bezogen hat, dass man Herrn v. Tschirschky einen Verweis wegen „Lauheit“ erteilt habe, entzieht sich meiner Kenntnis. Die Erklärung, die Graf Montgelas in seinem Leitfaden Seite 174/175 gibt, erscheint mir plausibel. Nicht allein der Botschafter, sondern auch seine Untergebenen gingen während des kritischen Monats bei den Referenten des Auswärtigen Amts ein und aus, um Informationen für ihre Berichterstattung zu sammeln. Da mag wohl gelegentlich einem mit Herrn v. Tschirschkys Haltung nicht sympathisierenden Mitgliede des Amtes eine abfällige Bemerkung über den Botschafter entschlüpft sein, die dem österreichisch-ungarischen Beamten zu jener Information Veranlassung gegeben haben kann. Ich halte die Information jedenfalls für falsch. Herr von Tschirschky hat meiner Überzeugung nach weder brieflich noch mündlich durch ein Mitglied des Auswärtigen Amtes von den fraglichen, einem Verweis ähnlichen Randbemerkungen des Kaisers Mitteilung erhalten. Dafür bürgt mir die Tatsache, dass die damaligen politischen Referenten absolut loyale, pflichtbewusste Beamte waren, die sich zu einer Weitergabe von Randbemerkungen von hoher politischer Tragweite an den in Frage kommenden Beamten ohne ausdrückliche Weisung der Amtsleitung niemals verstanden haben würden.

Mit vorzüglicher Hochachtung bin ich

Euer Hochwohlgeboren
ergebener
Zimmermann.

Auf eine weitere Anfrage, ob es zutreffend sei, dass der Botschafter von Lichnowsky bei seinem ersten Besuch in Berlin Ende

Juni 1914[1]) von Dr. Zimmermann erfahren habe, dass Herr von Tschirschky einen Verweis erhalten habe, ging nachstehende Mitteilung von Dr. Zimmermann ein:

„Die Angabe des Fürsten L. in seiner Denkschrift S. 34, dass ich mit ihm bei seinem ersten Besuch über den angeblich Herrn v. Tschirschky erteilten Verweis gesprochen habe, halte ich für irrtümlich. Der Botschafter hat mich nach meiner Erinnerung in der kritischen Zeit nur einmal besucht. Dieser Besuch fand in den letzten Tagen des Monats Juni 1914 statt, also zu einer Zeit, als die in Frage stehenden kaiserlichen Randbemerkungen mir, wie oben ausgeführt, noch gar nicht vorlagen."

Alfred von Wegerer.

Zur angeblichen Warnung Wiens durch den serbischen Gesandten.
Antwort von Professor Stanojevic.

Auf die offene Anfrage der Schriftleitung an Professor Stanojevic, Belgrad, im Oktoberheft dieser Zeitschrift hatte Herr Professor Stanojevic die Liebenswürdigkeit, uns folgende Antwort zugehen zu lassen:

„Auf die an mich seitens der Redaktion gestellte Frage beehre ich mich, folgendes zu antworten:

Der serbische Gesandte in Wien, Herr Jov. Jovanovic, erzählte mir, dass er, als es bekannt wurde, dass der Thronfolger Franz Ferdinand nach Bosnien zu den Manövern fahren und gerade am 28. Juni in Sarajewo seinen Einzug halten wird, dem Grafen Berchtold sagte, es sei nicht zweckmässig, dass der Thronfolger gerade jetzt nach Bosnien gehe und besonders, dass er gerade am 28., am Tage der Schlacht am Amselfelde, der doch für die Serben ein besonders gefeierter Tag ist, nach Sarajewo komme. Es ist bekannt, dass bei den Manövern oft auch einige scharfe Schüsse abgegeben werden, und es könnte sich ereignen, dass auch dem Thronfolger eine Unannehmlichkeit passiere, zumal man seine Reise und den Einzug in Sarajewo gerade am 28. als eine Provokation unter der serbischen Bevölkerung betrachte ....

Es scheint darüber auch eine Erwähnung im Archiv des Ministeriums des Äussern vorhanden zu sein: „Reg. B. 28. VI. 1914. Serbische Mitteilung über Attentatsmöglichkeit gegen den Thronfolger." Bitte das österreichische Auswärtige Amt aufzufordern, über diese Notiz Aufklärung zu geben.

Übrigens glaube ich, dass Herr Jovanovic selbst in Bälde über die ganze Frage schreiben wird.

Achtungsvoll

Prof. St. Stanojevic.

Belgrad, 12. November 1923."

---

[1]) Vergl. Fürst Lichnowsky: „Meine Londoner Mission." Verlag Orell Füssli, Zürich 1918. Seite 34.

Auf eine entsprechende Anfrage der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen an das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, in Wien (Österreichisches Auswärtiges Amt) ging nachstehende Antwort ein:

Wien, am 1. Dezember 1923.

Zur Vorgeschichte des Attentats
in Sarajewo.

Zum sehr gesch. Schreiben vom 20. November d. J. beehrt sich das Bundeskanzleramt, Auswärtige Angelegenheiten, mitzuteilen, dass erneut vorgenommene Nachforschungen nach einem schriftlichen Niederschlag einer offiziellen serbischen Warnung vor einem Attentat gegen den Erzherzog-Thronfolger ergebnislos geblieben sind. In den Akten des Politischen Archives des vormaligen k. u. k. Ministeriums des Äussern ist hierüber nichts enthalten.

Die von Professor Stanojevic „Der Kriegsschuldfrage“ mitgeteilte Aktensignatur „Reg. B. 28. VI. 1914“ ist dem vorgenannten Archiv vollkommen fremd.

Gegen Veröffentlichung der vorstehenden Auskunft hat das Bundeskanzleramt. Auswärtige Angelegenheiten, nichts einzuwenden.

Für den Bundesminister:
gez. Unterschrift.

In Ergänzung dieser Mitteilungen sei daran erinnert, dass bereits Leopold Mandl in seiner Schrift „Die Habsburger und die serbische Frage“, Verlag Moritz Perles, Wien 1918, Seite 151 ff. folgende Feststellungen gemacht hat:

Der Universitätsprofessor der Pariser Sorbonne, Ernest Denis, teilt in „La grande Serbie“, Paris 1915, Seite 277 mit:

„Herr Pasic versuchte heimlich den Ballplatz zu verständigen, dass sich der Erzherzog durch seine Reise nach Bosnien Gefahren aussetze. Am 21. Juni teilte der serbische Gesandte in Wien dem Ministerium des Auswärtigen in Wien mit, dass die serbische Regierung Grund zu glauben habe, dass sich ein Komplott in Bosnien organisiert hätte. Der Kanzler (d. i. Graf Berchtold, A. d. V.) legte auf diese Verständigung keinen Wert.“

Mandl kommt dann zu dem Schluss, dass der serbische Gesandte in Wien, Jovanovic, die ihm von seinem Minister aufgetragene Demarche nicht ausgeführt hat und führt zum Beweise seiner Auffassung folgenden Brief Berchtolds an:

„Wien, 9. Mai 1917.

Euer Wohlgeboren! In umgehender Beantwortung Ihrer geschätzten Anfrage beehre ich mich, Euer Wohlgeboren zu verständigen, dass die ausgesprochene Vermutung bezüglich der phantasievollen Angaben des Professors E. Denis vollkommen richtig ist. Dieselben sind von A bis Z frei erfunden, nämlich sowohl die

angebliche Demarche Jovanovic bei mir wie deren Ablehnung durch mich. Ob ein derartiger Auftrag von Pasic an Jovanovic ergangen war, von letzterem aber ignoriert worden ist, vermag ich natürlich nicht zu sagen.

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung
Leopold Graf Berchtold m. p.“

Die über diese Frage vorliegenden Dokumente zeigen also, dass eine Warnung Berchtolds durch den serbischen Gesandten Jovanovic nicht stattgefunden hat. Es bleibt aber nach den Mitteilungen von Stanojewitsch und Denis als Tatsache bestehen, dass Jovanovic bzw. die serbische Regierung von dem geplanten Anschlag gegen den Thronfolger gewusst hat.

Alfred von Wegerer.

Gelbbuch 101.

Pierre Renouvin, der Generalsekretär der „Société de l'Histoire de la Guerre“, hat in seiner Vorlesung an der Sorbonne am 23. Februar 1923 den Originaltext von Gelbbuch 101 bekanntgegeben.

Eine Gegenüberstellung beider Telegramme zeigt, dass die Umstellung eines Satzes erfolgt ist:

Text nach Gelbbuch 101:	Text nach dem Original:
Herr Sasonow erklärt, unter diesen Umständen könne Russland nicht anders, als seine Rüstungen beschleunigen und den Krieg als bevorstehend zu betrachten; es zähle auf die Bundeshilfe Frankreichs und halte es für wünschbar, dass England, ohne Zeit zu verlieren. sich Russland und Frankreich anschliesse. Frankreich ist entschlossen, alle seine Bundespflichten zu erfüllen. *Im übrigen wird es keine Anstrengung vernachlässigen, um die Lösung des Konfliktes im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen.*	Herr Sasonow erklärt, unter diesen Umständen könne Russland nicht anders, als seine Rüstungen beschleunigen und den Krieg als bevorstehend zu betrachten; es zähle auf die Bundeshilfe Frankreichs und halte es für wünschbar, dass England, ohne Zeit zu verlieren, sich Russland und Frankreich anschliesse. *Im übrigen wird es keine Anstrengung vernachlässigen, um die Lösung des Konfliktes im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen.* Frankreich ist entschlossen, alle seine Bundespflichten zu erfüllen.

Der Sinn des Telegramms ist durch die Umstellung der Sätze insofern verändert, als hierdurch die friedens-freundlichen Worte der russischen Regierung zu Unrecht von der französischen Regierung für sich in Anspruch genommen worden sind.

Monatsbericht.

Presseschau.

Aussenminister Dr. Stresemann zur Herausgabe der zweiten Serie der „Grossen Politik der Europäischen Kabinette“. — „Berliner Tageblatt“, 17. Dezember 1923, Nr. 581.

Auf dem Empfangsabend der Berliner Presse nahm Dr. Stresemann Stellung zur zweiten Serie der Aktenveröffentlichung. Er erinnerte an Walther Rathenau, der das Erscheinen der ersten Serie eine Tat im Dienst der Wahrheit genannt habe, und dessen heisser Wunsch es gewesen sei, gerade in seiner Stellung als Aussenminister durch diese Publikation der Wahrheit einen Weg zu bahnen über die Ursachen des Weltkrieges. Dr. Stresemann betonte, dass wir nicht verlangen könnten, dass sich die Welt für Deutschland einsetzen solle, wenn wir uns nicht selbst dafür einsetzen würden.

Die voraussichtlichen aussenpolitischen Wirkungen der deutschen Aktenpublikation. Von Wirkl. Geh. Rat Otto Hammann. — „Korrespondenz für Politik und Geschichte“, 31. Dez. 1923, Nr. 14.

Hammann erwartet von dem mutigen Entschluss der deutschen Regierung, die geheimen Akten des Auswärtigen Amts der Oeffentlichkeit preiszugeben, keinen schnellen Umschwung der noch überwiegend feindlichen Stimmung in den Siegerländern. Ein allmählich sich steigernder günstiger Eindruck werde nicht ausbleiben. In Frankreich und wohl auch in England würde das Beispiel kaum nachgeahmt werden.

Zur Kriegsschuldfrage. Von Professor Dr. Otto Hoetzsch. — „Kreuzzeitung“, 25. Dezember 1923, Nr. 587.

Professor Hoetzsch gibt eine Gesamtwürdigung der zweiten Serie der grossen Aktenpublikation. Er hofft, dass es durch diese Veröffentlichung aller deutschen Akten möglich sein wird, in die internationale Erörterung des Schuldfragenproblems hereinzukommen, ohne die jede Behandlung der Schuldfrage in Deutschland schliesslich ohne Wirkung bleiben müsse.

Bismarcks Bündnispolitik. Von Graf Max Montgelas. — „Berliner Tageblatt“, 9. Januar 1924, Nr. 14.

Eine eingehende Besprechung der „ebenso klaren wie knappen Schrift“ von Dr. Otto Becker: Bismarck und die Einkreisung Deutschlands. (Verlag C. Heymann, Berlin.)

Die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrags. Von Archivrat Dr. Hans Rothfels. — „Vossische Zeitung“, 13. Dezember 1923, Nr. 588.

Rothfels führt aus: Es sei eine sehr bedenkliche Vorstellung Caprivis und seiner Mitarbeiter gewesen, Bismarcks Bündnispolitik als eine künstliche, auf die Person des Kanzlers zugeschnittene Schöpfung aufzufassen. Der Rückversicherungsvertrag war der Ausdruck der Tatsache, dass Deutschland die russischen Balkanwünsche unterstützen konnte, insoweit dadurch Frankreich isoliert und zugleich England an Österreich herangeführt wurde.

Salisburys „Balkanbrandobjekt". Von Dr. A. Frankenfeld. — „D. A. Z.", 11. Dezember 1923. Nr. 575.

Dr. Frankenfeld gibt auf Grund der diplomatischen Akten des deutschen Auswärtigen Amts eine Darstellung, wie Lord Salisbury im Jahre 1895 die deutsche Regierung für eine Aufteilung der Türkei zu gewinnen suchte. Dieser Plan wurde von der deutschen Regierung zurückgewiesen, da sie in einer Teilung der Türkei bei gleichzeitiger Zuteilung von Albanien und Tripolis an Italien eine Spaltung des Dreibundes und eine Schwächung der deutsch-österreich-ungarischen Mächtegruppe erblickte.

Die Enthüllungen der „Humanité". Wie Russland und Frankreich den Krieg vorbereiteten. — „Frankfurter Zeitung", 13. Januar 1924, Nr. 34.

In der grossen Serie der Dokumente aus dem ehemaligen Finanzministerium, die von der „Humanité" seit Wochen zum Abdruck gebracht wird, befinden sich einige Berichte, deren internationale Bedeutung direkt sensationeller Natur ist. Sie bilden einen der wertvollsten Beiträge zur Vorgeschichte des Krieges und werfen neues Licht auf die Frage der Kriegsschuld. Poincaré, der sich in der systematischen Vorbereitung der von ihm geleiteten grossen Angriffskoalition gegen Deutschland durch die öffentliche Meinung Frankreichs behindert fühlte, hat nicht gezögert, durch die Vermittlung Iswolskys, des russischen Botschafters in Paris, der Regierung in Petersburg starke Geldausgaben zu empfehlen, um die missliebigen Warner in Frankreich zum Schweigen zu bringen und die grosse Pariser Presse für die Propaganda im Sinne der französisch-russischen Kriegspolitik zu gewinnen.

Le pacte de garantie avec l'Angleterre. — „Le Temps", 9. Dezember 1923.

In der Kammerdebatte vom 7. Dezember 1923 brachte der kommunistische Abgeordnete Moutet die Sprache auf den vorläufig gescheiterten englisch-französischen Garantievertrag. Im Laufe der Diskussion erklärte Ministerpräsident Poincaré: „Herr Briand und ich haben nur gefordert, dass man zu dem Vorkriegsverhältnis zurückkehre. Damals bestand zwischen Frankreich und England eine Militärkonvention, aber ohne diplomatische Verpflichtung . . ." Moutet: „Das war ein Unrecht. Wenn man es gewusst hätte, würde Deutschland uns nicht den Krieg erklärt haben." Poincaré: „Ich sage nicht nein. Ich war so sehr dieser Überzeugung, dass ich selber an den König von England, vor dem Krieg, geschrieben und ihn gebeten habe, diese Situation bekanntzugeben."

Besprechungen zum IV. Band Conrads:

Die Erinnerungen Feldmarschall Conrads. Von Graf Max Montgelas. „D. A. Z.", 4. Januar 1924, Nr. 5.

Vor 10 Jahren. Von Theodor Wolff. „Berliner Tageblatt", 3. Januar 1924, Nr. 4.

Der neue Conrad von Hötzendorf. Von Theodor von Sosnosky. „Berliner Lokalanzeiger", 19. Dezember 1923, Nr. 562.

Les mémoires de Conrad von Hötzendorf. Von René Puaux. „Le Temps". 23. Dezember 1923.

Der 4. Band: Feldmarschall Conrad: Aus meiner Dienstzeit 1906/1918. Rikola-Verlag, Wien, umfasst die Darstellung des Kriegsausbruches und der nachfolgenden kriegerischen Ereignisse bis zum 30. September 1914. Das hauptsächlichste Interesse konzentriert sich naturgemäss auf den Kriegsausbruch. Seiner Schilderung durch Conrad sind die vorstehenden Besprechungen von Graf Montgelas, Theodor Wolff und René Puaux gewidmet, während Theodor von Sosnosky eine Gesamtcharakteri-

sierung des 4. Bandes bietet. Graf Montgelas hebt folgende Punkte hervor: Am 7. Juli teilte Graf Berchtold mit, dass Deutschland „unbedingt" auf Seite Österreichs stehen würde, auch wenn das Vorgehen gegen Serbien den grossen Krieg auslösen sollte. Hierzu betont Graf Montgelas, dass gerade die Worte „unter allen Umständen" vom Reichskanzler von Bethmann Hollweg in der Instruktion für den Botschafter von Tschirschky (D. D. 15) gestrichen worden sind. Graf Montgelas findet die in der Beratung bei Kaiser Franz Joseph am 30. Juli gefassten Beschlüsse: 1. den Krieg gegen Serbien fortzusetzen, 2. auf den englischen Vorschlag, die Operationen in Belgrad anzuhalten, in sehr verbindlicher Form zu antworten, ihn jedoch inhaltlich nicht anzunehmen, nicht recht verständlich. Am 30. Juli nachmittags hatte Moltke eine Unterredung mit dem österreichischen Militärattaché. Dieser berichtete darüber an Conrad: Die russische Mobilisierung gegen Österreich erfordere Gegenmassregeln von seiten Österreichs. Dadurch würde der Bündnisfall für Deutschland eintreten. Der von England erneut eingebrachte Schritt zur Erhaltung des Friedens solle abgelehnt werden. Dazu bemerkt Graf Montgelas: „Der erste Teil dieses Telegramms stimmt überein mit der eigenen Mitteilung Moltkes an Conrad. Mit den letzten drei Sätzen ist der Generalstabschef aber weit über seine Kompetenz hinausgegangen und hat sich in direkten Widerspruch zur Politik der deutschen Regierung gesetzt. Eine Einwirkung auf die Ereignisse hat das Telegramm jedoch nicht ausgeübt." Theodor Wolff seinerseits schreibt zu dem gleichen Telegramm: „Für jeden, der die Dinge prüft, ist es klar, dass Russland dem englischen Vermittlungsvorschlag nicht zustimmte, die Besetzung Belgrads nicht geduldig hingenommen hätte, und eine halbwegs geschickte Diplomatie hätte bessere Mittel zur Erhaltung des Friedens finden können. Wenn aber Herr von Moltke die Österreicher zur Ablehnung des englischen Vorschlages, den der deutsche Kaiser ihnen eben noch empfohlen hatte, aufgefordert haben sollte, so hätte er sich erstens mit einer Angelegenheit befasst, die ihn gar nichts, sondern nur den Reichskanzler anging, und er hätte zweitens einen sehr schlechten Rat erteilt." Puaux knüpft an die von Conrad mitgeteilten Telegramme Moltkes und des österreichischen Militärattachés in Berlin völlig wahrheitswidrige Kommentare. Er behauptet u. a., dass Moltke, der in der Nacht vom 30. zum 31 Juli an Conrad telegraphierte: Deutschland wird mobilisieren, bereits um diese Stunde die deutsche Mobilisation angeordnet hätte, also vor Anordnung der russischen Mobilisation. Es ist unverständlich, dass derartige Behauptungen in einem grossen Blatt noch Aufnahme finden.

Senate hears violent tirade against France. — „The New York Herald" (Paris), 15. Dezember 1923.

Am 14. Dezember 1923 hat im Senat in Washington der Senator Robert Latham Owen (Dem.), der Vertreter von Oklahoma, in einer Rede Frankreich sehr scharf angegriffen. Er erklärte, dass das Pariser und Petersburger Kabinett in höherem Masse für den Ausbruch des Krieges verantwortlich seien als die ehemalige deutsche Regierung. Owen fügte hinzu, es sei von höchster Wichtigkeit, dass die Welt die näheren Zusammenhänge kennenlerne und begreife, wie die Presse und die öffentliche Meinung geformt und die Völker gelehrt wurden, einander zu hassen und zu fürchten und Armeen zu organisieren, soweit es ihre Finanzkraft nur zuliess.

Das Problem „Deutschland". Einige Worte an neutrale Menschen guten Willens. Von Bernhard Schwertfeger. — „Korrespondenz für Politik und Geschichte", 21. Dez. 1923, Nr. 9.

Oberst Schwertfeger richtet sich an Neutrale mit der Bitte, die Dinge doch endlich so zu sehen, wie sie der gesunde Menschenverstand sieht, und nicht, wie sie eine verstiegene Kriegspropaganda Jahre hindurch dargestellt hat. Wer heute noch im neutralen Ausland annehme, dass Deutschland einen Eroberungskrieg hätte führen wollen, der verkenne die deutschen Verhältnisse durchaus. Das deutsche Volk, das niemals anerkennen werde, allein den Weltkrieg verschuldet zu haben, konnte den Krieg nur führen im Gefühle der Verteidigung.

Aus Zeitschriften.

Der Stand der Kriegsschuldfrage. Von Graf Max Montgelas. — „Der Heimatdienst." Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst. Dezember 1923.

Graf Montgelas zeigt durch Charakterisierung der wichtigsten deutschen und ausländischen Schuldfragenliteratur den Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnis über die Entstehung des Weltkrieges, der sich gerade im Auslande seit ungefähr einem Jahre deutlich bemerkbar macht.

Die Kriegsschuldfrage III. Von Graf Max Montgelas. — „Der Firn", 1. Januar 1924.

In Fortsetzung seiner Serie „Die Kriegsschuldfrage" behandelt Graf Montgelas die Annexion von Bosnien und der Herzegowina und die zweite Marokkokrise 1911.

Der serbische Geheimbund „Einigung oder Tod". Neues über den Mord von Sarajewo. Von Hermann Lutz. — „Schweizerische Monatshefte", Dezember 1923.

Auf Grund der Werke von Boghitschewitsch, Stanojewitsch sowie der Miss Durham und des weniger bekannten Buches von Lazarewitsch „La main noire" gibt Lutz eine Darstellung der bisher vorliegenden Ergebnisse eingehender Untersuchung über die Vorbereitung des Mordes von Sarajewo.

La politique franco-russe balkanique et le Rapprochement avec l'Autriche-Hongrie. Von M. Ernest Renauld. — „Revue de Hongrie", 15. Dezember 1923.

Diese für die Vorgeschichte des Weltkrieges sehr bedeutsame Darstellung ist dem 2. Bande der „Histoire populaire de la guerre" (Paris, Polra, 1923) entnommen.

La nuit du 29 au 30 juillet 1914. (Communication de la Société d'études documentaires et critiques sur la guerre.) — „Vers la Vérité", Dezember 1923.

In dieser Arbeit der Société wird eine interessante und sehr bemerkenswerte Fälschung von Nr. 101 des französischen Gelbbuches, die durch Pierre Renouvin am 23. Februar 1923 in seiner Vorlesung an der Sorbonne bekanntgegeben wurde, einer weiteren Oeffentlichkeit bekannt. (S. „Gelbbuch 101" in dieser Nummer der „Kriegsschuldfrage"; vgl. „Gelbbuch 101" von August Bach, „Kreuz-Zeitung" 13. 1. 1924 Nr. 21.)

Die Entstehung der Mobilmachungsbefehle in Petersburg am 29. und 30. Juli 1914. Von Major G. Frantz. — „Wissen und Wehr", 1923, Nr. 4.

Major Frantz stützt seine Ausführungen in der Hauptsache auf die Aufzeichnungen des Generals Dobrorolski und des ehemaligen französischen Botschafters Paléologue. Er wirft im Laufe seiner Darstellung die Frage auf, ob es nicht möglich sein sollte, dass Sasonow auch am Mittag des 30. Juli ohne Wissen und Willen des Zaren die Gesamtmobilmachung in Gang gesetzt habe, um den Zaren vor vollendete Tatsachen zu stellen. Nur in diesem Zusammenhang könne die von Sasonow an Januschkewitsch gleichzeitig mit der Mobilmachung gerichtete Aufforderung, für den Rest des Tages zu verschwinden, rechten Sinn haben. Jedenfalls bleibe die Person Sasonows vorläufig ungeheuer belastet.

Die koloniale Schuldlüge. Von Dr. Heinrich Schnee, ehemaligem Gouverneur von Deutsch-Ostafrika — „Süddeutsche Monatshefte", Januar 1924.

Dr. Schnee zeigt in einer grossen Darstellung, wie in Versailles die Wegnahme der deutschen Kolonien durch die koloniale Schuldlüge bemäntelt worden ist, die ihren schärfsten Ausdruck in der Versailler Mantelnote vom 16. Juni 1919 gefunden hat. Schnee weist die von der gegnerischen Propaganda während des Krieges erhobenen Anschuldigungen, dass Deutschland auch in seinen Kolonien den Krieg vorbereitet und als erstes Land den Krieg in den Kolonien begonnen habe, auf Grund eingehender Belege zurück.

Count Montgelas on the War. — „The Freeman", 16. January 1924.

In einer Besprechung des „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage" von Graf Max Montgelas sagt der „Freeman": „Der grösste Vorzug (des Buches) ist, dass es unter den, dem Verfasser dieser Kritik bekannten Schriften, der Objektivität am nächsten kommt. Im Vergleich z. B. zu der mit den offiziellen Scheuklappen von 1914 geschriebenen Darstellung Asquiths über den Kriegsausbruch liest sich die vorliegende Schrift wie die Ansicht eines vorzüglich unterrichteten und gänzlich unparteiischen Beurteilers, der alle Tatsachen auf beiden Seiten des Konfliktes sieht und entschlossen ist, bei Aufstellung seiner Schlussfolgerungen sie sämtlich in Betracht zu ziehen."

Bücherschau.

Fischer, Dr. Eugen, Sekretär und Sachverständiger im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Deutschen Reichstags: Kriegsschuldfrage und Aussenpolitik. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1923, 59 S.

Herzfeld, Dr. Hans, Privatdozent an der Universität Halle: Die deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkriege. Kurt Schroeder Verlag, Bonn und Leipzig, 1923.

Payer, Friedrich, Stellvertreter des Reichskanzlers a. D.: Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. Frankfurter Societätsdruckerei, Frankfurt a. M., 1923.

S. Besprechungen von Hans Delbrück, „Frankfurter Ztg." 6. 1. 1924, Nr. 14, und Erich Dombrowsky, „Berliner Tageblatt", 19. 12. 1923, Nr. 585.

Schwertfeger, Bernhard: Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914. Ein Wegweiser durch das grosse Aktenwerk der deutschen Reichsregierung. Erster Teil: Die Bismarck-Epoche 1871—1890. Kommentar zur ersten Gruppe (Band I—VI). Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin, 1924, 450 S.

Suchomlinow, W. A.: Erinnerungen. Deutsche Ausgabe. Reimar Hobbing, Berlin, 1924.

S. die ausführliche Besprechung von Major G. Frantz in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" 3. 1. 1924, Nr. 4.

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt Berlin SW 48.

Ein Norweger zur Kriegsschuldfrage.

Die nachstehenden Ausführungen hat der Norweger Victor Mogens, der in seiner Zeitschrift „Utenrikspolitiken“, die leider im Dezember 1923 ihr Erscheinen einstellen musste, jahrelang den Kampf gegen den Versailler Vertrag geführt hat, in der von Ausländern veranstalteten „Kundgebung gegen Versailles“ in der Aula der Berliner Universität am 16. Februar 1924 zum Vortrag gebracht.

Die Schriftleitung.

Ich möchte nun noch einen zweiten Punkt erwähnen, auf den Norweger ziemlich früh ihre Aufmerksamkeit gelenkt haben: die Grundlage des Friedens. Dieser Frieden ist auf einer Lüge basiert. Die Sieger haben nicht gesagt: Wir haben gesiegt, wir haben die Macht und wir werden es verstehen, diese Macht so auszunützen, dass wir möglichst viele Vorteile davon haben, dass wir möglichst reich werden und dass unsere entwaffneten Feinde möglichst geknechtet werden, möglichst arm werden. Sie haben sich zu dieser ehrlichen Grundlage ihres Friedenswerkes nicht bekannt. Sie sagten im Gegenteil: Deutschland und seine Verbündeten haben die Schuld am Kriege, sie haben die friedlichen Nationen Serbien, Russland und Frankreich überfallen, deshalb müssen sie im Namen der Gerechtigkeit für die Zerstörungen des Krieges zahlen. Diese Behauptung ist sowohl reell wie formell. sowohl juristisch wie moralisch die Grundlage der Friedensverträge. Ich darf in aller Kürze an einige Tatsachen erinnern: Die Sieger ernannten am 25. Januar 1919 eine Kommission mit der Aufgabe, die Ursachen des Krieges zu untersuchen. Diese Kommission hat am 29. März 1919 das Resultat in folgender Fassung den Friedensverhändlern unterbreitet: „Der Krieg ist von den Zentralmächten und ihren Verbündeten, der Türkei und Bulgarien, mit Absicht und Willen hervorgerufen und ist die Wirkung von Handlungen, die mit der Absicht begangen sind, einen Krieg unvermeidlich zu machen.“ Man kann über dieses Urteil denken, wie man will, aber darüber dürften alle

Menschen, die wissen, was Recht und Moral heisst, einverstanden sein: dass die Weise, auf welche dieses Urteil zustande gekommen ist, die Rechtsbegriffe aller Zeiten und aller Völker gekränkt hat. Dieses Urteil wurde von der einen Partei verkündet, ohne dass die andere Gelegenheit hatte, sich zu verteidigen. Die Sieger waren zu derselben Zeit: Partei, Kläger, Richter, Zeugen und Vollzieher, und dieses stimmt nicht mit den Begriffen einer Rechtspraxis in irgendeinem der 28 Länder, die das Friedensdiktat unterschrieben haben, überein. Dieses Urteil ist in § 231 des Friedensvertrages formuliert —, wohl der unmoralischste der 440 anfechtbaren Paragraphen des Friedensdiktates. Und Deutschland in seiner Ohnmächtigkeit wurde unter den schlimmsten Drohungen gezwungen, diese Lüge zu unterzeichnen: Unterzeichnest du nicht, halten wir die Hungerblockade aufrecht und dadurch sterben dir wieder täglich 800 Seelen. Seit 1919 durfte man also wohl kaum in gewissen Ländern mit zu grosser Empörung über die Tortur im Mittelalter und über heidnische Greuel sprechen.

Man hört und liest jetzt immer mehr und mehr, dass kein vernünftiger Mensch an Deutschlands Alleinschuld glaubt. Das mag wohl richtig sein. Die Staatsmänner aber, die Europas Politik lenken, begründen ihre Politik auf diesem erpressten Schuldbekenntnis Deutschlands. Wir hörten dieses in jeder Sonntags-Kundgebung Poincarés bei einer Kriegsdenkmalenthüllung. Wir haben auch das klare Wort Lloyd Georges dafür in einer Rede vom 9. März 1921, wo er ausführte: „Für die Alliierten ist Deutschlands Schuld am Kriege grundlegend. Das ist das Fundament, worauf das ganze Gebäude des Versailler Vertrages aufgeführt ist. Und wenn diese Erkenntnis umgestossen oder aufgegeben wird, ist der Vertrag vernichtet. Wir wünschen deshalb ein für allemal festzustellen, dass Deutschlands Schuld am Kriege von den Alliierten als eine „chose jugée“ behandelt werden muss.“

Gut, daran sehe man die Bedeutung einer wissenschaftlichen unparteilichen Untersuchung der Kriegsursachen, also der Grundlage des § 231, die wir in Norwegen einzuleiten versucht haben und der die neutralen Länder Schweden, Holland und die Schweiz sich angeschlossen haben. Es wäre zweifellos zu wünschen, dass eine unparteiliche Untersuchung, die bisher mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, jetzt kräftig und zielbewusst zu einem praktischen Resultat geführt werden könnte. Das wäre vielleicht von der allergrössten Bedeutung, wenn von einer Revision der Friedensverträge die Rede ist —, einer Revision, an der wir neutralen kleinen Nationen, wie gesagt, das grösste Interesse haben. Jetzt wäre die Zeit, diese Arbeit mit aller Kraft aufzunehmen, jeder Tag bringt mehr Licht über die Kriegsschuldprobleme und ich glaube, dass ich mit dem schönen französischen Wort schliessen kann: „La vérité est en marche, et rien ne l'arrêtera.“ — Die Wahrheit marschiert, nichts wird sie aufhalten.

Der Telegrammwechsel zwischen Moltke und Conrad von Hötzendorf am 30. und 31. Juli 1914.

Von General der Infanterie a. D. von Kuhl.

In dem kürzlich erschienenen vierten Band der „Erinnerungen" des Feldmarschalls Conrad von Hötzendorf sind einige wichtige Telegramme wiedergegeben worden, die zwischen ihm und Generaloberst von Moltke in den kritischen Tagen des 30. und 31. Juli 1914 gewechselt worden sind. Im In- und Auslande haben sie grosse Beachtung gefunden; im Auslande sind sie dazu benutzt worden, um Deutschlands Drängen zum Kriege zu beweisen und dadurch einen neuen Beitrag zu der angeblichen deutschen Kriegsschuld zu liefern. Es ist daher nötig, darauf einzugehen.

Zunächst muss festgestellt werden, dass dem damaligen telegraphischen und Schriftverkehr zwischen Conrad und Moltke jede amtliche politische Eigenschaft fehlt. Der lediglich für die militärischen Massnahmen verantwortliche Chef des Generalstabes des einen Heeres spricht zu dem gleichgestellten Kameraden des anderen Heeres. Bezeichnend hierfür ist, dass die ganzen langdauernden diplomatischen Verhandlungen in den Julitagen 1914 in Wien nach Conrads Versicherung ohne seine Kenntnis stattfanden und dass die zahlreichen Noten, die dabei gewechselt wurden, ihm erst durch die nach dem Kriege erfolgten Veröffentlichungen bekanntgeworden sind. „Ich wurde", sagt er, „stets nur so weit orientiert, als ich als militärischer Experte orientiert werden musste, um als solcher mein Urteil abgeben zu können". Von diesem Gesichtspunkte aus müssen die Äusserungen der beiden Generale in den erwähnten Telegrammen aufgefasst werden.

Man muss sich dabei in den Gedankengang, in dem beide Männer in jenen Tagen sich bewegten, versetzen. Den Mord von Serajewo fasste General von Conrad von vornherein als das Werk eines wohlvorbereiteten Anschlages, als die Kriegserklärung Serbiens an Österreich-Ungarn auf, die nur mit dem Krieg erwidert werden konnte. Die Erhaltung der Monarchie oder ihr Zerfall in getrennte Nationalstaaten stand auf dem Spiel. Ein rein diplomatischer Erfolg, so wurde im Wiener Ministerrat vom 7. Juli festgestellt, und eine Demütigung Serbiens wären zwecklos. Es müssten so weitgehende Forderungen an Serbien gestellt werden, dass mit ihrer Ablehnung zu rechnen sei. Dann trat der Krieg ein.

Schon am 29. Juni hatte Conrad aber die Gefahr betont, dass Russland der Monarchie dabei in den Arm fallen würde. Er versichert aber, wohl mit Recht, dass Österreich-Ungarn nichts sehnlicher wünschte, als einen solchen Krieg zu vermeiden. Die Diplomatie habe damit gerechnet, dass die Kriegshandlung gegen Serbien sich ohne Störung

durch andere Mächte durchführen liesse und der Kriegsschauplatz auf Serbien beschränkt werden könnte, wenn man durch einen schnellen Erfolg dem Eingreifen der Mächte zuvorkäme.

Man kann nicht sagen, dass die politische und militärische Leitung der Monarchie dementsprechend gehandelt hat. Am 28. Juni war der Unglückstag von Serajewo, das Ultimatum an Serbien wurde am 23. Juli überreicht. Am 25. Juli antwortete Serbien, an demselben Tage wurde die österreichisch-ungarische Teilmobilmachung gegen Serbien angordnet. Der erste Alarmtag war der 27., der erste Mobilmachungstag der 28. An diesem Tage wurde Serbien der Krieg erklärt. Conrad hatte gewünscht, dass die Kriegserklärung erst erfolgen sollte, wenn die Operationen beginnen könnten; das sei erst am 12. August der Fall gewesen.

Es war von vornherein kaum anzunehmen, dass Russland einer Überwältigung Serbiens mit Gewehr bei Fuss zusehen würde. Je länger sich der Beginn des Kampfes hinauszog, um so wahrscheinlicher wurde Russlands Eingreifen. Kam es dazu, so wurde Deutschlands Stellungnahme von entscheidender Bedeutung. „Sind Sie Deutschlands sicher?", fragte daher Kaiser Franz Joseph seinen Generalstabschef in der Audienz am 5. Juli. Bei der Zusammenkunft mit dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand in Konopischt Mitte Juli 1914 sei der deutsche Kaiser der Beantwortung der Frage ausgewichen, ob Österreich-Ungarn unbedingt auf Deutschland rechnen könne. Am 7. Juli jedoch, nachdem der im Auftrage des Grafen Berchtold nach Berlin entsandte Graf Hoyos zurückgekehrt war, erhielt Conrad die Mitteilung, dass Deutschland auf seiten der Monarchie stehen würde, auch wenn deren Vorgehen gegen Serbien den grossen Krieg zur Folge haben sollte. Der Minister des Äusseren Graf Berchtold erklärte im Ministerrat vom 7. Juli, dass sowohl Kaiser Wilhelm als Herr von Bethmann Hollweg für den Fall einer kriegerischen Verwicklung mit Serbien die Unterstützung Deutschlands mit allem Nachdruck zugesagt hätten. Der Minister fügte hinzu, er sei sich darüber klar, dass ein Waffengang mit Serbien den Krieg mit Russland zur Folge haben könnte. Diese Mitteilungen Berchtholds gingen, wie aus den deutschen Dokumenten bekannt ist, über die dem deutschen Botschafter gegebene Anweisung hinaus.

Im Augenblick der aufs höchste gesteigerten Krisis, am 30. Juli, schien es jedoch nach Angabe Conrads, „als ob Kaiser Wilhelm an den Rückzug dächte und die Stimmung in Berlin wegen des Ausspringens Italiens umgeschlagen wäre". Deutschland wollte einen grossen Krieg vermeiden. Auch Graf Berchtold bestätigt, er habe den Eindruck gehabt, dass Deutschland zurückweiche. An diesem Tage traf zudem bei Conrad ein Telegramm aus Berlin ein, das der zum dortigen Generalstab kommandierte k. u. k. Hauptmann Fleischmann „nach seinem Empfang bei General von Moltke" abgesandt hatte. Es lautete:

„Russlands Mobilisierung noch kein Anlass zur Mobilisierung; erst bei Eintritt des Kriegszustands zwischen Monarchie und Russland. Im Gegensatz zu den schon gewohnheitsmässigen russischen Mobili-

sierungen und Demobilisierungen würde Deutschlands Mobilisierung unbedingt zum Kriege führen. Nicht Russland Krieg erklären, sondern Angriff Russlands abwarten."

Wie ist dieses Telegramm, vorausgesetzt, dass Fleischmann die Äusserungen Moltkes richtig wiedergibt, zu erklären? Am 30. war die russische Teilmobilmachung gegen Österreich-Ungarn bereits bekannt. Der Sinn des Telegramms war offenbar, dass Deutschland trotzdem noch nicht mobilmachen wolle, weil dies unbedingt zum Kriege führen werde. Daher möge auch Österreich-Ungarn den Krieg an Russland noch nicht erklären. Inhaltlich stimmt diese Mitteilung mit der Erklärung überein, die der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in seiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident an demselben Tage im preussischen Ministerrat abgab. Danach gab er seine Hoffnung auf Erhaltung des Friedens immer noch nicht auf und wollte noch nicht mobilmachen, obwohl Russland gegen Österreich mobilisiert habe. (Graf Montgelas: Leitfaden zur Kriegsschuldfrage S. 120.)

In der Tat waren am 30. scharfe Mahnungen von Berlin nach Wien ergangen, Österreich-Ungarn möge die angebotene Vermittlung annehmen: „Wir müssen es ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen." Das ist die Botschaft, die Berchtold nach dem Bericht des deutschen Botschafters von Tschirschky „bleich und schweigend" anhörte.

Nun war aber gerade am 30. in Wien in einer Besprechung beim Kaiser Franz Joseph in Anbetracht der unzweifelhaften russischen Mobilmachung beschlossen worden, am 1. August die allgemeine Mobilmachung anzuordnen, was mit Rücksicht auf die Lage reichlich spät war. Wenn man nun auch von einer Kriegserklärung noch absehen konnte, so ging die Mahnung, den russischen Angriff abzuwarten, vom militärischen Standpunkt aus doch zu weit. Vielleicht ist auch nur gemeint gewesen, dass die russische Kriegserklärung abgewartet werden solle. Sehr klar ist das Telegramm Fleischmanns überhaupt nicht.

Conrad ging darauf insofern ein, als er noch am 30. an Moltke telegraphierte: „Wir werden Russen nicht Krieg erklären und Krieg nicht beginnen". Beides kam für den Augenblick ja auch noch nicht in Frage. Als Erwiderung erhielt Conrad am 31. Juli um 7 Uhr 15 nachm. nachstehendes, ihn völlig befremdendes Telegramm des Generals von Moltke: „Will Österreich Deutschland im Stich lassen?" Moltke, dem das Telegramm Fleischmanns an Conrad anscheinend nicht bekannt war, hatte offenbar Conrads Telegramm missverstanden, und war dadurch umsomehr beunruhigt worden, als inzwischen seine Stimmung völlig umgeschlagen war.

Am 31. Juli um 7 Uhr 45 vorm. erhielt Conrad nämlich folgendes Telegramm von Moltke: „Russische Mobilisierung durchhalten; Österreich-Ungarn muss erhalten bleiben, gleich gegen Russland mobilisieren. Deutschland wird mobilisieren, Italien durch Kompensationen zur Bundespflicht zwingen".

Ferner traf am 31. folgendes Telegramm des k. u. k. Militärattachés in Berlin bei Conrad ein:

„Moltke sagt, dass er die Lage kritisch beurteile, wenn die österreichisch-ungarische Monarchie nicht sofort gegen Russland mobilisiert. Durch abgegebene Erklärung Russlands über angeordnete Mobilisierung Notwendigkeit von Gegenmassregeln durch Österreich-Ungarn gegeben, was auch in öffentlicher Begründung anzuführen wäre. Dadurch wäre Bündnisfall für Deutschland gegeben. Mit Italien ehrlichen Ausgleich unter der Zusicherung von Kompensationen bewirken, damit Italien aktiv beim Dreibund bleibt, ja keinen Mann an italienischer Grenze lassen. Von England erneuert eingebrachten Schritt zur Erhaltung des Friedens ablehnen. Für Österreich-Ungarn zur Erhaltung Durchhalten des europäischen Krieges letztes Mittel. Deutschland geht unbedingt mit.“

Wie war dieser Umschwung entstanden? Dem deutschen Chef des Generalstabs lagen seit Mitternacht zwei zuverlässige Nachrichten vor, wonach in Russland die allgemeine Mobilmachung des gesamten Heeres angeordnet war (Graf Montgelas a. a. O. S. 137). Tatsächlich ist dies am 30. geschehen, die amtliche Nachricht des deutschen Botschafters traf am 31. mittags ein. Jetzt war also auch Deutschland bedroht. Moltke war somit im vollem Recht, wenn er nunmehr auf die allgemeine österreichisch-ungarische Mobilmachung drängte und auch die deutsche Mobilmachung ankündigte. In Österreich-Ungarn war immer noch nichts Entscheidendes geschehen, die allgemeine Mobilmachung war erst für den 1. in Aussicht genommen. Jeder Aufschub war verhängnisvoll, nachdem die russische Gesamtmobilmachung bekannt geworden war. Seit dem 30. Juli wollten die österreichisch-ungarischen Truppentransporte gegen Serbien, fast die Hälfte des k. u. k. Heeres, drei Armeen sollten an der Save und Dwina aufmarschieren. Nur ein Teil davon konnte noch angehalten werden, als man sich am 31. in Wien zur allgemeinen Mobilmachung und zum Aufmarsch der Hauptkräfte gegen Russland entschloss. Die Transporte der zweiten Armee mussten, um Verwirrung zu vermeiden, zur Save auslaufen. Dann wurde die Armee wieder eingeladen und nach Galizien befördert, wo sie auf dem rechten Flügel verspätet und unvollständig eintraf.

In Berlin entschloss man sich, am 31. trotz der russischen Gesamtmobilmachung noch nicht zur Mobilmachung, sondern beschränkte sich auf die Erklärung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr“. Erst am folgenden Tag wurde die Mobilmachung verfügt, was unbedingt als eine militärische Versäumnis bezeichnet werden muss und nur durch das Bestreben, in letzter Stunde den Krieg noch zu vermeiden, zu erklären ist.

Soweit findet die Einwirkung Moltkes auf Wien ihre natürliche Erklärung. Er handelte vom militärischen Gesichtspunkt aus ebenso richtig wie Joffre, der am 1. August zweimal von der französischen Regierung die Mobilmachung forderte, widrigenfalls er den Oberbefehl

niederlegen werde. Nur ein Punkt ist angreifbar. Der k. u. k. Militärattaché telegraphiert: „Von England eingebrachten Schritt zur Erhaltung des Friedens ablehnen." Wenn der Militärattaché tatsächlich von Moltke einen solchen Auftrag erhalten, und ihn nicht etwa missverstanden hat, so würde sich Moltke im Widerspruch zu den erwähnten Friedensbemühungen der deutschen Regierung und einem am Abend des 30. in Schönbrunn eingetroffenen in demselben Sinn gehaltenen Telegramm des deutschen Kaisers setzen. Man kann nur annehmen, dass nach der russischen Gesamtmobilmachung Moltke den Krieg als unvermeidlich ansah und den Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabes ermahnen wollte, sich durch die Vermittlungsversuche Englands nicht von der allgemeinen Mobilmachung abhalten zu lassen. War doch von der deutschen Regierung Russland mehrfach darauf aufmerksam gemacht worden, dass die Mobilmachung den Krieg bedeute. Wenn die fragliche Aufforderung Moltkes, sofern sie überhaupt in dieser Form geschehen ist, somit nicht in den Rahmen der damaligen amtlichen deutschen Diplomatie hineinpasst, so ist doch zu bedenken, dass es sich nicht um eine politische Regierungshandlung handelte, sondern um den Rat eines Generalstabschefs an seinen militärischen Kollegen. Von irgendeinem Einfluss auf den Gang der Verhandlungen ist das Telegramm des k. u. k. Militärattaché auch nicht gewesen.

Im übrigen geht auch aus der vorstehenden Erörterung wieder die entscheidende Rolle hervor, die die russische Mobilmachung gespielt hat. Sie hat den Weltkrieg unvermeidlich gemacht. Der Kriegswille Frankreichs trat hinzu. In der Nacht vom 31. Juli zum 1. August erklärte bereits der französische Kriegsminister dem russischen Militärattaché „in gehobenem Tone", dass die Regierung zum Kriege fest entschlossen sei.

Asquith, Grey und Campbell-Bannerman.

Von Georg Karo.

Sir Henry Campbell-Bannerman, der nach dem Sturz der konservativen Regierung im Dezember 1905 als Führer der Liberalen das neue liberale Kabinett bildete, ist in Deutschland nie viel beachtet worden und heute ein vergessener Mann. Auch seine vor einigen Monaten veröffentlichte zweibändige Biographie von J. A. Spender[1]) ist bei uns kaum bekanntgeworden. Sie beschäftigt sich auch im wesentlichen mit englischer Innenpolitik. Indessen hat das dreissigste Kapitel (The New Government and Foreign Affairs, Bd. II, S. 245—268) eine grosse Bedeutung für die Kriegsschuldfrage. Denn wir lernen erst hier in allen Einzelheiten, wie Sir Edward Grey die von Lord Lansdowne mit dem französischen Botschafter Cambon abgeschlossene Entente ausgebaut hat. Nach der Uebernahme des Auswärtigen Amts durch Grey liess der französische Militärattaché in London, Major Huguet, durch

den militärischen Korrespondenten der „Times“, Oberst Repington, bei ihm anfragen, ob er Lansdownes Abmachungen aufrechterhalte, und Grey bestätigte dies am 30. Dezember (Repington, The First World War 1, S. 2—6). Dann begab sich Cambon am 10. Januar zu Grey, um von diesem womöglich eine festere Bindung zu erlangen, kein formales Bündnis, aber die Zusage, dass „im Falle eines Angriffs Deutschlands gegen Frankreich Grossbritannien bereit sein würde, Frankreich bewaffnete Unterstützung zu gewähren“. Ein ausführlicher Erlass Greys an den englischen Botschafter in Paris, Sir F. Bertie (Spender II, S. 249—51), unterrichtet uns über die Einzelheiten dieses Gesprächs, in dem Grey den Wunsch des französischen Botschafters zwar nicht erfüllt, aber die „inoffiziellen Mitteilungen“ zwischen den englischen und französischen Militär- und Marinebehörden gutheisst. Am 11. Januar bespricht Grey mit dem Kriegsminister Haldane die Frage dieser militärischen Konversationen, von denen auch der abwesende Ministerpräsident Campbell-Bannerman schriftliche Mitteilung erhalten hatte. Er scheint die Sache mit sehr geteilten Gefühlen aufgenommen zu haben; denn am 14. schreibt er an Grey: „Wir haben glücklicherweise etwas mehr Zeit zum Überlegen, da der französische Botschafter eine Antwort während der Wahlen nicht erwarten kann.“ Daraufhin vertröstet Grey am 15. Cambon auf die Rückkehr des Premierministers und der Kabinettsmitglieder, teilt ihm aber zugleich mit, dass der Kriegsminister Haldane mit den militärischen Besprechungen einverstanden sei. Campbell-Bannerman schlägt einige Tage darauf Grey vor, die ganze Frage einem Ministerrat am 30., 31. oder 1. Februar vorzulegen. Er selbst kehrt am 26. nach London zurück. Am 31. hat dann Grey, ohne einen Ministerrat mit der Angelegenheit zu befassen, eine neue, ausführliche Unterredung mit Cambon, die in einem Erlass an Bertie vom gleichen Tage geschildert wird (Spender II, S. 253—56). Da ich diesen ausserordentlich wichtigen Erlass bald in den „Süddeutschen Monatsheften“ veröffentlichen werde, weise ich hier nur darauf hin, dass Grey zwar keine bindende Zusage gab, aber dem französischen Botschafter doch seine persönliche Stellungnahme zugunsten eines bewaffneten Eingreifens Englands an der Seite Frankreichs klarmachte und ihm die Möglichkeit einer späteren Umgestaltung der Entente in ein Defensivbündnis auseinandersetzte. Er teilte ihm sogar mit, dass er in diesem Sinne den deutschen Botschafter, Graf Metternich, aufgeklärt habe. Einem Ministerrat wurde die ganze Angelegenheit nicht unterbreitet, trotz ihrer ungeheueren Wichtigkeit. Campbell-Bannerman war entschieden beunruhigt, wie aus einem Brief an den Siegelbewahrer, Lord Ripon, vom 2. Februar hervorgeht, und Lord Ripon teilte seine Bedenken gegenüber diesen angeblich unverbindlichen militärischen Besprechungen (Brief Lord Ripons an Lord Fitzmaurice bei Spender II, S. 251).

Diese neuen Dokumente sind deshalb so ausserordentlich wichtig, weil sie zeigen, wie entschieden Grey (und mit ihm zweifellos Asquith

und Haldane) vom ersten Tage ab die Annäherung an Frankreich in vollem Bewusstsein der Gefahr betrieben, die sie Deutschland gegenüber in sich schloss. Wir verstehen jetzt auch, warum Asquith bei den Verhandlungen mit Campbell-Bannerman über die Kabinettsbildung als conditio sine qua non die Forderung stellte, dass Haldane Kriegsminister und Grey Aussenminister werde. Er sei „der einzige Mann, seine Anstellung würde in ganz Europa populär" sein (Autobiographie of Margot Asquith II 1922, S. 68). Campbell-Bannerman, der zu den altliberalen Friedensfreunden gehörte, war das Eindringen der „liberalen" Imperialisten Asquith, Haldane und Grey und ihre Eroberung der wichtigsten Ministerposten offenbar recht ungemütlich (Spender II, S. 193 ff.). Dass seine Besorgnisse nicht unbegründet waren, lehren die oben erwähnten Dokumente und auch die ganze folgende politische Entwicklung. Campbell-Bannerman hat zwar bis zu seinem Tode die englische Politik nach Kräften in friedlichem Fahrwasser gehalten. Seine Stellung zur zweiten Friedenskonferenz ist dafür bezeichnend (Graf Montgelas, Leitfaden zur Kriegsschuldfrage. 1923, S. 13, Spender II, S. 328 ff.) Nach seinem Tode im Jahre 1908 übernimmt Asquith den Vorsitz im Ministerium, und er und seine Freunde sind fortan die fast unbeschränkten Herren des Kabinetts. Ich habe in meiner Besprechung von Asquiths Genesis of the War die Verantwortung des Triumvirats beleuchtet. Für die kritischen Julitage 1914 liefert Mrs. Asquith dazu einen wichtigen Beitrag aus ihrem Tagebuch, vom 29. Juli 1914: „Um ½8 Uhr abends kam Henry in mein Schlafzimmer: Ich habe durch das Warnungstelegramm (precautionary telegram) in allen Teilen des Reiches sämtliche Regierungsämter — Marine, Heer, Handel und Auswärtiges — benachrichtigt, dass sie sich auf den Krieg vorbereiten müssen. Wir haben diese Massregel während der beiden letzten Jahre im Verteidigungsausschuss [Committee of Defence, an dem alle Dominions teilnahmen] erwogen, aber sie ist nie ausgeführt worden. Mehr als 1½ Stunden haben wir gearbeitet, und das letzte Telegramm wurde heute Nachmittag um ½4 Uhr abgesandt (Autobiographie of Margot Asquith II, S. 158).

Dass in England die schwerste Verantwortung von allen auf Sir Edward Grey lastet, konnte man schon nach den russischen diplomatischen Akten schliessen. Es ist für unsere Erkenntnis sehr erwünscht, nun auch aus dem eigenen Munde des schweigsamen Aussenministers seine Haltung schon zu Beginn seiner Amtstätigkeit klar umrissen zu sehen.

---

[1] The Life of the Right Hon. Sir Henry Campbell-Bannerman, G. C. B. by J. A. Spender. London, Hodder and Stoughton (1923), 2 Bände. Ich verdanke das Werk der stets hilfsbereiten Leitung der Stuttgarter Weltkriegsbücherei, die für uns alle in dieser Zeit der Büchernot eine unschätzbare Fundgrube bietet. Vgl. auch „Die Kriegsschuldfrage" II 1924, S. 11 f.

Die englische historische Wissenschaft zur Kriegsschuldfrage.

Von Adalbert Wahl,
Professor an der Universität Tübingen.

Kürzlich ist der dritte Band der Cambridge Modern History of British Foreign Policy (1783—1919) erschienen, herausgegeben von dem Haupt der „Cambridger Schule“, zugleich dem Nestor der englischen Geschichtsschreiber, Sir A. W. Ward, und G. P. Gooch, dem eine Geschichte der Historiographie des 19. Jahrhunderts verdankt wird. Das Werk hat eine Anzahl von gut ausgewählten, z. T. hervorragenden Verfassern und ist im einzelnen in hohem Grade förderlich, während freilich leitende Ideen und grössere Gesichtspunkte in auffallendem Grade fehlen. Hier soll nur der dritte Band behandelt werden, der die Jahre von 1866—1919 umfasst. In ihm wird besonderer Nachdruck auf die deutsch-englischen Beziehungen gelegt und, wie gleich hier gesagt sein soll, in höchst anerkennenswertem, wenn auch nicht ausreichendem Masse der Versuch gemacht, der deutschen Politik, einschliesslich der von 1914, gerecht zu werden. Schon die Auswahl der Mehrzahl der Mitarbeiter zeigt dieses Bestreben. Ward selber, der Sohn und Bruder zweier langjähriger britischer Generalkonsuln in Hamburg, verdankt seine Ausbildung zum guten Teil Deutschland und hat sich auch viel und erfolgreich mit unserer Geschichte beschäftigt. Er hat die Darstellung der Jahre 1874—1899 Dawson, die der Jahre 1902—1919 dem Mitherausgeber Gooch übertragen. Beide sind genaue Kenner Deutschlands, beide haben auf deutschen Universitäten promoviert. So ist denn auch bei beiden von einer Animosität gegen Deutschland wenig zu spüren. Die dazwischenliegenden, kurzen, aber entscheidenden Jahre 1899—1902 hat freilich ein Mitarbeiter anderer Richtung erhalten: Sir Valentine Chirol ist zwar auch seinerseits ein guter Kenner Deutschlands, wo er studiert und später als „Times“-Korrespondent mehrere Jahre gewirkt hat. Er wurde damals vom Reichskanzler Hohenlohe und von Holstein hochgeschätzt, während freilich letzterer ihn später mit ausgesprochener Abneigung bedachte. Chirol war aber dann bis 1912 Leiter der auswärtigen Abteilung der „Times“, in Zeiten also, in denen an der ausgesprochen deutschfeindlichen Richtung dieses Blattes kein Zweifel sein konnte. — So ist denn auch der Ton in den von ihm verfassten Kapiteln wesentlich gehässiger als in den von den beiden andern Mitarbeitern herrührenden Abschnitten.

Es mögen jetzt zunächst einige Beispiele für das unverkennbare Bestreben der beiden Mitarbeiter Dawson (1874—1899) und Gooch (1902—1919) folgen, gerecht zu sein. Bei der Darstellung des Erwerbs von Südwestafrika, Kamerun und Nordostneuguinea durch Deutschland wird ohne weiteres zugegeben, dass die älteren Ansprüche, die England erhob, mindestens in dem ersten und dritten Falle völlig unberechtigt

gewesen sind. — Es war nach Gooch ein Irrtum, dass England sich 1903 nicht ernstlich an dem Bagdadbahnunternehmen beteiligen wollte, freilich, dass im Jahre 1907 Bülow — gegen die Ansicht des Kaisers — die englische Mitwirkung nunmehr ablehnte, nennt er eine Kalamität. Sir John Fishers Plan, die deutsche Flotte im Frieden zusammenzuschiessen, wird als verbrecherisch bezeichnet. (Nebenbei: auch Gooch bestätigt, dass Fisher in einer Denkschrift des Jahres 1905 einen deutsch-englischen Krieg auf August 1914 vorausgesagt hat!) — Die Serben nennt er Hysteriker. Es wird zugegeben, unter wörtlichen Zitaten aus dem Munde von Ministern, dass die englische Flottenpanik (navy scare) von 1909 keinen ernstlichen Grund hatte, wobei nur noch hätte hinzugefügt werden müssen, dass sie einfach gemacht war. Niemals behauptet G., dass die deutsche Flotte einem Angriff dienen sollte. — Bei Besprechung der Agadirkrise des Juli 1911 werden die englische und die deutsche Politik gleichmässig getadelt: Sir Edward Grey hätte unsere Regierung um Aufklärung über ihre Absichten bitten sollen; da das fehlerhafterweise nicht geschah, wäre es das Richtige gewesen, wenn Herr v. Kiderlen sie freiwillig erteilt hätte. Die Rede Lloyd Georges vom 21. Juli 1911 wird verurteilt, und besonders, dass Grey sie zugelassen hatte. Englische Taktlosigkeit gegen Deutschland wird einmal ausdrücklich zugegeben. Bei der Betrachtung der Liman-von-Sanders-Krisis Ende 1913 wird treffend und durchaus gerecht bemerkt: „Es könnte sehr wohl als merkwürdig erscheinen, dass die Macht (England), welche die Aufgabe übernommen hatte, die türkische Flotte zu reformieren (durch Admiral Limpus), den russischen Protest gegen die türkische Aufforderung an Deutschland mitmachte, die Armee des Sultans zu reformieren.“

Derartige offene Kritik der eigenen Politik Deutschland gegenüber bedeutet einen ausserordentlichen Fortschritt auf dem Wege der Erkenntnis. Wirklich ausreichend ist er freilich nicht. Gooch spricht doch noch von der „deutschen Gefahr“, ohne sie irgendwie näher zu definieren. Den Vertragsentwurf von Björkö vom Juli 1905 nennt er mit einem völlig sinnlosen Ausdruck: „dem Zaren in verräterischer Weise entlockt“. — Vorsichtiger wird als Grund der englischen Gegnerschaft gegen Deutschland i. J. 1906 angegeben, dass Deutschland eine Diktatur über Europa angestrebt habe; denn es wird hinzugefügt: „wir nahmen das wenigstens an“. — Auch bei Gooch schliesslich findet sich die falsche Behauptung wieder, dass die Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich i. J. 1913 die Folge unserer Heeresvermehrung gewesen sei.

Alle drei Mitarbeiter stehen insofern auf einem, ich möchte sagen, wissenschaftlich altmodischen Standpunkt, als sie den Kaiser viel zu sehr als den Anreger und eigentlichen Leiter unserer auswärtigen Politik betrachten. So bürdet ihm Dawson die persönliche Verantwortung für die Ablehnung der Salisburyschen türkischen Aufteilungspläne auf (Cowes 1905); davon kann aber nach den reichhaltigen Mitteilungen der zweiten Serie der sog. Vorkriegsakten gar keine Rede

sein: der Kaiser sagte einfach das, was das Auswärtige Amt ihm vorgeschlagen hatte. — Chirol macht in ziemlich gehässiger Weise, offenbar auf Grund von Berliner Klatsch, den vergeblichen Versuch, den Kaiser für die Schärfe des Tons des Krüger-Telegramms persönlich verantwortlich zu machen: der Kaiser habe selbst einen noch viel schärferen Entwurf vorgeschlagen. Auch das gehört ganz und gar in das Reich der Fabel. Selbst Gooch haut in dieselbe Kerbe, trotzdem er z. B. weiss, dass der Kaiser ursprünglich durchaus nicht nach Tanger wollte und trotzdem aus seinen eigenen Darstellungen mehrfach das Gegenteil hervorgeht (s. z. B. oben über die Bagdadverhandlungen 1907: nachträgliches „Veto“ Bülows gegen das kaiserliche Entgegenkommen England gegenüber).

Besonders eingehend werden die deutsch - englischen Bündnisverhandlungen unter Bismarck und unter Kaiser Wilhelm II. geschildert, und zwar merkwürdigerweise ganz wesentlich nach deutschen Quellen (Eckardstein). Jedoch werden diese hie und da durch Mitteilungen des englischen Auswärtigen Amtes und eigene Erinnerungen Chirols ergänzt, so dass wir also trotz des Vorwiegens der deutschen Quellen eine entscheidende englische Bestätigung der Auffassung erhalten, wonach die Annäherungsversuche Grossbritanniens unter Kaiser Wilhelm II. durchaus ernst gemeint und dem ehrlichen Wunsch entsprungen waren, aus der unerträglich gewordenen „Vereinsamung“ herauszukommen. Es waren im ganzen vier: 1895, 1898, 1899, 1901. Der Anreger der drei letzten war Joseph Chamberlain. Über den Abbruch des Versuchs von 1901, des ernsthaftesten von allen, erfahren wir aus den Erinnerungen Chirols Neues. Er erfolgte gegen Ende des Jahres 1901 durch England wegen des Streites um die Auslegung des Jangtsevertrags vom Oktober 1900. Nach britischer Auffassung sollte dieser Vertrag sich auch auf die Mandschurei beziehen und dementsprechend Deutschland gemeinsam mit England gegen deren Besetzung durch Russland protestieren. Deutschland weigerte sich aber mit der Begründung, dass der Vertrag — gemäss den Besprechungen, die zu seinem Abschluss geführt hatten, aber gegen den Wortlaut — keine Geltung für die Mandschurei habe. Darauf liess das Londoner Kabinett wissen, dass es unter diesen Umständen auf die Bündnisverhandlungen keinen Wert mehr lege. Grossbritannien wollte den erhofften neuen Bundesgenossen sofort gegen Russland ins Feld führen. Als er sich weigerte, also für England und gegen Russland zu optieren, liess man seine Bemühungen um ihn fallen und wandte sich bald Japan (1902), Frankreich (1904) und Russland (1907) zu. Die folgenschwerste und verhängnisvollste diplomatische Entscheidung ist damals, 1901, gefallen, weil man sich bei uns nicht dazu aufraffte, sich resolut zu dem einen der damaligen grossen Weltgegner, England, hinzuwenden, auch um den Preis eines Konflikts mit dem andern, Russland, im Grunde also ganz wesentlich aus Friedensliebe. Das letztere sagen freilich diese englischen Historiker nicht. — Auch aus diesem Werke geht die Besserung der englisch-deutschen Beziehungen i. J. 1914 hervor, die ihren Ausdruck

hauptsächlich in der Förderung jener zwei Verträge — über die portugiesischen Kolonien in Afrika und über die Bagdadbahn — fand, die sozusagen fertig waren, als der Krieg ausbrach.

Bei der Betrachtung des Kriegsausbruchs gibt Gooch die Lehre von der deutschen Kriegsschuld preis. Freilich muss man etwas näher zusehen, um zu diesem Resultat zu gelangen! Auch geht er in dieser Richtung nicht weit genug. Er schreibt (S. 486 ff.): „Es fand kein Kronrat statt.“ — „Die Behauptung, dass Wien das Werkzeug von Berlin gewesen sei, ist ebenso grundlos für das Jahr 1914 wie für das Jahr 1908, aber dadurch, dass die deutsche Regierung Österreich ermutigte, eine Aktion zu unternehmen, die fast sicher Europa in den Krieg stürzen musste, hat sie einen Anteil an der Schuld übernommen, der kaum kleiner ist als der Österreichs selbst. Dass Wilhelm II. die Serben als Königsmörder und Wilde ansah und glaubte, dass der Zar sie in demselben Lichte sehen würde, bietet keine Entschuldigung für den verbrecherischen Leichtsinn, mit dem er ihre sofortige und exemplarische Bestrafung verlangte.“ Diese Sätze sind im einzelnen völlig unbefriedigend. Zunächst findet sich an dieser Stelle keine Andeutung darüber, dass Österreich im Grunde defensiv, in der Verteidigung seiner Existenz so handelte, wie es tat (wie Gooch S. 491 auch weiss). Dann aber ist sie völlig unklar und nicht ganz offen. Zuerst ist von deutscher Schuld die Rede, dann aber heisst es, dass „der Kaiser“ (l. die deutsche Regierung) glaubte, der Zar würde die Serben als Königsmörder usw. ansehen, d. h. doch natürlich: er würde nichts für sie tun. Also würde der Frieden erhalten bleiben. Es fehlt vor allem die scharfe Bestimmung des Wortes „Kriegsschuld“. Wenn ein Volk auf Jahrhunderte bestraft, verkrüppelt und versklavt werden soll, so kann das doch nur mit dem leisesten Schein von Recht wegen einer moralischen Schuld geschehen, nicht aber wegen eines Urteilsfehlers. Von moralischer Schuld, von einem deutschen Willen, den Krieg herbeizuführen, weiss auch G. nichts. Er ist vielmehr vom Gegenteil überzeugt; das hätte er offener sagen müssen, als er es tut. Der schwere Urteilsfehler unserer Regierung, dass sie nämlich glaubte, Russland werde die österreichische Aktion gegen Serbien dulden, ohne zum Schwerte zu greifen, ist natürlich zuzugeben. Aber von „verbrecherischem Leichtsinn“ sollte doch nicht die Rede sein. Denn die Erwägungen, die zu diesem Irrtum führten — vor allem die bestimmte Erwartung, dass Russland, dessen Bahnbauten und Rüstungen erst 1916 und 1917 fertig sein sollten, dieses Mal noch Frieden halten würde, — waren doch einigermassen schwerwiegend. G. hätte sie nicht verschweigen dürfen. Also im einzelnen sind diese Sätze unbefriedigend; im ganzen aber zutreffend und für uns höchst wertvoll, weil sie mit der Legende von einem deutschen Kriegswillen gänzlich brechen.

Einige Seiten später heisst es dann völlig unmissverständlich: „Der Kanzler, der nicht weniger eifrig auf den Frieden bedacht war als Sir E. Grey“, und wieder etwas später: „Kaiser und Kanzler hatten unvorsichtigerweise Berchtold ermutigt, den Stein ins Rollen zu bringen:

aber nach der serbischen Antwort suchten sie dem österreichischen Wagen die Bremse anzulegen.“ –

Das Zweideutige der Warnungen Buchanans gegenüber Sasanow tritt nicht genügend hervor, und die Bedeutung der russischen Mobilmachung wird zwar erkannt, aber ungebührlich abgeschwächt: G. meint, der österreichische Schritt sei unvergleichlich mehr an der Kriegsschuld beteiligt als der russische, weil er zuerst kam und die Antwort herausforderte, die er tatsächlich erhielt. Immerhin habe die russische Gesamtmobilmachung den Weltkrieg beschleunigt. Nein, das ist zu wenig! Sie hat ihn herbeigeführt; ohne sie wäre er wahrscheinlich vermieden worden, da — worauf G. selbst hinweist — damals endlich Wien und Petersburg direkt verhandelten, der Reichskanzler darauf bedacht war, seinen Verbündeten zu zügeln, und Kaiser und Zar in telegraphischer Verbindung waren. — So neigt also G. bei allen diesen Erörterungen dazu, vor den letzten Konsequenzen und vor völlig unmissverständlichen Formulierungen seiner eigenen Ansichten zurückzuschrecken. Das gilt in hohem Masse auch von seiner Zusammenfassung der britischen Politik unmittelbar vor Kriegsausbruch. Er schliesst sich einmal völlig den berühmt gewordenen Worten Lloyd Georges vom 23. Dezember 1920 an: „Kein Staatslenker wollte wirklich den Krieg in dieser Phase; sie sind eher in ihn hineingeglitten und -gestolpert.“ Unmittelbar vorher aber hatte Gooch gesagt: wenn der Friedenswille in Wien, Berlin und Petersburg so gross gewesen wäre, wie der Sir E. Greys, so wäre der Frieden erhalten geblieben! Hier müsste Berlin durch Paris ersetzt werden. In Berlin war er ganz gewiss ebenso gross wie in London! Es ist ferner ein schwerer Mangel dieser englischen Darstellung, dass mit keinem Wort der konstante Kriegswille Frankreichs und der eifrige Kriegswille Russlands i. J. 1914 hervorgehoben wird.

So sehr wir also den offensichtlichen Willen zur wissenschaftlichen Erkenntnis begrüssen, wie er hier zum Ausdruck kommt, so müssen wir doch feststellen, dass er noch nicht ganz zum Ziele geführt hat.

Der Grund, warum England, das nach G. auf das ernsthafteste um den Frieden bemüht gewesen war (s. oben), in den Krieg eintrat, findet er, zweifellos zutreffend, in der Voraussicht, sonst gänzlich ohne Bundesgenossen und überall verachtet dazustehen, in einer „isolation“, die keineswegs „splendid“ gewesen wäre, sondern in äusserstem Grade gefährlich. Eine schwierigere Frage lässt G. unbeantwortet: warum Sir E. Grey den Frieden nicht dadurch erhielt, dass er den Russen und Franzosen kategorisch erklärte, einen Krieg unter keinen Umständen mitzumachen. (Wahrscheinlich glaubte er, dass schon diese Erklärung genügt hätte, um die Entente aufzulösen.) Dagegen bedarf es der Erwähnung, dass an verstecktem Tadel gegen Grey nicht gespart wird. Und es ist ja auch zweifellos, dass seine persönliche Politik es in letzter Linie war, die den Weltkrieg herbeigeführt hat, mochte er ihn immerhin nicht wollen.

In einem „Epilog“ betrachtet G. den Krieg und den Frieden. Gegenüber deutschen Verunglimpfungen unserer eigenen Politik sei hier hervorgehoben, dass er klipp und klar nachweist, dass die Entente in keiner Weise bereit war, auf die Friedensvermittlungen Wilsons und des Papstes einzugehen. Diese sind also nicht an der Halsstarrigkeit unserer Regierung gescheitert.

Der Friede wird verurteilt, aber viel zu milde. „Eine Erklärung, die General Smuts losliess, gab den gemischten Gefühlen Ausdruck, mit denen die meisten denkenden (thoughtful) Menschen diese Leistung (den Frieden) betrachteten.“ Auch das ist zu wenig. Und diese Feststellung mag zu einer Schlussbemerkung führen. Wenn die deutsche Geschichtswissenschaft wieder vertrauensvoll mit der englischen zusammenarbeiten, wenn eine innere Annäherung zwischen den beiden Völkern wieder eintreten soll, deren äussere Schicksale augenblicklich fest zusammengeschmiedet sind, müssen wir von den britischen Historikern zweierlei Eingeständnisse verlangen: erstens, dass 1914 von einem deutschen Kriegswillen, also von einer deutschen „Kriegsschuld“, nicht die Rede sein kann, wobei wir gerne anerkennen, dass sich das vorliegende Werk diesem Satz überraschend annähert: zweitens, dass der Versailler Frieden nicht nur vom Standpunkt Englands eine unsagbare Torheit bedeutet, sondern eine Schmach für die Menschheit und ein Symptom ihres tiefen geistigen und sittlichen Verfalls darstellt.

Erst nach diesen Eingeständnissen werden die vielen Deutschen, die englisches Blut in den Adern haben, sich dessen wieder erinnern wollen.

Die Thesen des französischen Historikers Renouvin.

Von Graf Max Montgelas.

Herr Pierre Renouvin, Dozent der Vorgeschichte des Weltkrieges an der Pariser Sorbonne, entwickelt in einer Besprechung meines „Leitfadens zur Kriegsschuldfrage“ in interessanter Weise seine eigene Auffassung über die Entstehung der grossen Katastrophe (Januarheft der „Revue d’Histoire de la Guerre mondiale“).

Die gedrängte Skizze, die ich über die entferntere Vorgeschichte ab 1907 gegeben habe, missfällt dem französischen Kritiker. Das ist begreiflich, denn die trockene Aufzählung unanfechtbarer Tatsachen und Zahlen zerstört die Behauptung des Ultimatums vom Juni 1919 und erweist, dass der deutsche Imperialismus gegenüber dem der drei Ententemächte, wie die deutsche Sozialdemokratie 1917 in Stockholm treffend erklärt hat, ein „reiner Waisenknabe“ war, mit anderen Worten, dass die bescheidenen politischen Ziele Deutschlands — im Gegensatz zu denen Frankreichs und Russlands — ohne

Krieg erreichbar waren. Eine Widerlegung wird nicht versucht, nur auf drei Punkte flüchtig eingegangen (S. 350 Anm. 2).

So wird beanstandet, dass die Pläne der französischen „Nationalisten“ auf das Saargebiet, nicht aber die Annexionsgelüste der Alldeutschen erwähnt seien. Ich habe aber gar nicht von den Absichten der französischen „Nationalisten“ gesprochen, die bekanntlich sehr viel mehr als das Saargebiet forderten, hatte somit auch keinen Anlass, die Träume der Alldeutschen zu schildern. Ich habe vielmehr an den Berichten des französischen Botschafters Baron von Courcel nachgewiesen, dass „massgebende französische Politiker“ nicht nur die Verträge von 1871, sondern auch die von 1815 zerreissen wollten. Nichts Ähnliches findet sich von gleich verantwortlicher amtlicher Stelle in Deutschland, obwohl die geheimsten Gedankengänge Bismarcks, seiner Mitarbeiter und Nachfolger nunmehr offen vor aller Welt aufgedeckt werden.

Ferner wird getadelt, dass ich die Haltung der deutschen Regierung in der Schiedsgerichtsfrage auf den Haager Konferenzen entschuldige. Inzwischen hat der Parlamentarische Untersuchungsausschuss, dem ein so hervorragender Sachverständiger wie Professor W. Schücking angehört, die Richtigkeit meiner These anerkannt, dass ebenso wie Deutschland auch alle anderen Grossmächte „an dem Recht, Lebensfragen mit den Waffen zu entscheiden, stets festgehalten haben.“[1])

Endlich wird gerügt, dass ich die russische Balkanpolitik unter Benutzung der Veröffentlichungen des serbischen Diplomaten Boghitschewitsch anschuldige, während ich bei Beurteilung der Haltung des Wiener Kabinetts die „Erinnerungen“ des österreichischen Feldmarschalls Freiherrn von Conrad ausser in einem Punkt (sauf en un point) mit Stillschweigen überginge. Dabei ist übersehen, dass ich weit mehr als die russische, immerhin bis zu einem gewissen Grade erklärliche Balkanpolitik die bedingungslose Unterstützung dieser zum Kriege treibenden Politik durch Frankreich seit 1912 anklage, insbesondere die Machenschaften Poincarés, wobei ich mich in Übereinstimmung mit vielen Franzosen befinde. Die Aufzeichnungen Feldmarschall Conrads sind von mir nicht nur an einem Punkte, sondern fünfmal herangezogen.[2])

Die Ansichten des französischen Historikers über die K r i s e d e s J u l i 1914 lassen sich in folgende Leitsätze zusammenfassen, die er teils im Laufe seiner kritischen Besprechung aufstellt, teils am Schlusse seiner Ausführungen ausdrücklich formuliert.

1.

„Deutschland hat ebenso wie Österreich den Krieg zur „Züchtigung“ Serbiens gewollt; es hat von Anfang an erkannt, dass dieser Krieg die Interessen Russlands verletzen würde; es hat trotzdem die Bedingungen

---

[1]) „Die Kriegsschuldfrage“, Januar/Februar 1924, S. 4.

[2]) „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“ S. 23, 54, 56, 65, 66; dabei sind als Belege angeführt Conrad „Aus meiner Dienstzeit“, I. Band S. 174, Band III S. 167, 169, 275, 294, 298, 429, 470, 474.

des Ultimatums vom 23. Juli gebilligt, obwohl es anscheinend insgeheim dessen zu weit gehende Heftigkeit bedauerte. Diese Punkte scheinen mir von den deutschen Forschern zugegeben zu werden. In dieser ersten Periode der Krise dreht sich die Diskussion nur um einen Punkt: Betrachteten die Zentralmächte den europäischen Krieg als eine sichere Folge ihrer Politik oder als ein unwahrscheinliches Risiko? Die Dokumente scheinen zu beweisen, dass Deutschland und Österreich sich mit einem lokalen Erfolg — wohl verstanden — begnügt haben würden, der das Gleichgewicht auf dem Balkan zu ihren Gunsten verschob; wenn sie am 5. Juli den Abfall Italiens und die Feindschaft Englands vorhergesehen hätten, würden sie zweifelsohne das Risiko nicht auf sich haben nehmen wollen. Aber die Dokumente zeigen meiner Ansicht nach auch, dass es unmöglich war, diese Lokalisierung des Konflikts als aussichtsreich oder wahrscheinlich (probable ou vraisemblable) anzusehen."

Dazu darf zunächst bemerkt werden, dass man in Berlin und Wien — irrigerweise — annahm, Russland werde im vorliegenden Falle aus Rücksicht auf das monarchische Solidaritätsgefühl die „Verletzung seiner Interessen" nicht sofort mit einem grossen Kriege beantworten. Wenn ferner die Forschung erwiesen hat, dass die Zentralmächte sich mit einem lokalen Balkanerfolge begnügt haben würden, so ergibt sich daraus mit zwingender Folgerichtigkeit, dass sie nicht nur den Sechsmächtekrieg Deutschland-Österreich gegen Russland-Frankreich-England-Italien, sondern auch den Viermächtekrieg Deutschland - Österreich gegen Russland - Frankreich weder anstrebten noch wünschten. Gar nicht gewürdigt ist von Renouvin die Tatsache, dass die russischen Interessen, die in Frage kamen, lediglich solche des Prestiges waren, während es sich bei der Donaumonarchie um ein Lebensinteresse handelte.

Dass die mit der österreichischen Aktion verbundenen Gefahren viel grösser waren als man sich in Wien und Berlin vorstellte, soll nicht bestritten werden;[1]) trotzdem hat der Verlauf gezeigt, dass ohne die von der russischen Kriegspartei mit französischer Konnivenz herbeigeführte Überstürzung ein befriedigender Ausgang möglich gewesen wäre.

2.

Der Brief Kaiser Wilhelms an Staatssekretär von Jagow am Morgen des 28. Juli mit dem Vorschlag „Halt in Belgrad" leitet auch nach Renouvin eine „neue Phase der deutschen Politik" ein. Schon am Abend vorher habe der Kanzler „Mahnungen zur Vorsicht" nach Wien gesandt (S. 352 Ziff. 2). Aber der Grund zu dieser Schwenkung wird nicht in der serbischen Antwort, sondern ausschliesslich in der „Furcht vor England" gesehen. Die deutsche Regierung habe nicht aufrichtig

---

[1]) Wegen der Darstellung Renouvins, ich hätte das Risiko als „wenig wahrscheinlich" bezeichnet, verweise ich auf „Leitfaden" S. 93 mit dem Kolumnentitel „Die Unterschätzung der Gefahr der österreichischen Aktion".

Versöhnung erstrebt, sondern nur Russland ins Unrecht setzen wollen; deshalb habe sie zwar die englische Vermittlung unterstützt und auch aus eigener Initiative weitere Vermittlungsvorschläge gemacht, aber die österreichische Kriegserklärung an Serbien nicht verhindert in der Berechnung, dass nach Eintritt des Kriegszustandes Wien-Belgrad alle Vermittlungsversuche durch Entschliessungen des Zaren hinfällig würden (S. 353).

Wer bei seinen Mitmenschen grundsätzlich nur unedle Motive voraussetzt, mag ja zu dieser mir unrichtig scheinenden Auffassung gelangen. Er muss dann aber logischerweise auch zugeben, dass bei der von Tag zu Tag bedrohlicher werdenden Haltung Englands auch das Streben Deutschlands nach friedlicher Beilegung des Konflikts ständig an Stärke zugenommen hat.

Ein Fehler war es sicher, dass nicht auch die Kriegserklärung an Serbien widerraten wurde. Durch die entgegenkommende Antwort aus Belgrad war ja die Voraussetzung hinfällig geworden, in der noch am 25. Juli von Berlin „baldigste Kriegserklärung verbunden mit sofortigen kriegerischen Operationen" empfohlen wurde (Österr. Rotbuch II, Nr. 32). Es scheint, dass die am 26. erhaltene Nachricht, die österreichischen Truppen würden nicht vor dem 12. August operationsbereit sein (Deutsche Dokumente Nr. 213), dazu verleitet hat, der nunmehr nicht nur übereilten, sondern vom militärischen Standpunkt völlig zwecklosen Kriegserklärung noch besondere Bedeutung beizumessen, wobei übersehen wurde, dass die späte Operationsbereitschaft und die daraus folgende Bedeutungslosigkeit des formalen Kriegszustandes den anderen Mächten ja nicht bekannt war. Wenn jedoch der deutschen Regierung wegen dieses Fehlers der machiavellistische Plan unterstellt wird, zum Scheine zu vermitteln und gleichzeitig durch Provokation die Vermittlung zu vereiteln, so widerspricht das vollkommen der von Renouvin selber aufgestellten These, dass Deutschland und Österreich sich mit einem lokalen Balkanerfolge begnügt haben würden.

Nicht verständlich ist der Vorwurf, dass sich in der zweiten Mahnung nach Wien (am 28. Juli) auch der Satz findet: „Es ist eine gebieterische Notwendigkeit, dass die Verantwortung für das eventuelle Übergreifen des Konflikts auf die nicht unmittelbar Beteiligten unter allen Umständen Russland trifft."[1]) Das ist genau dasselbe, was Sir E. Grey schon 1912 als nötig für ein Eingreifen Englands bezeichnet hatte, dass nämlich „die Verantwortung auf die Gegner der Entente falle".[2])

3.

„Am 29. Juli nimmt der Konflikt eine andere Gestalt an. Die russische Teilmobilmachung, die der österreichischen Gesamtmobilisierung um mehr als 24 Stunden vorangeht, ist eine ernste Tat-

---

[1]) Ähnlich auch schon am 27. Juli, wie im „Leitfaden" S. 107 angeführt, was Renouvin entgangen zu sein scheint.

[2]) B. von Siebert „Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre" S. 588.

sache, vielleicht ebenso wichtig wie der Tags darauf vom Zaren gefasste Beschluss zur allgemeinen Mobilmachung. Aber wer hat diesen russischen Beschluss provoziert? Österreich durch seine Kriegserklärung an Serbien." (S. 356 Ziff. 2.) Es sei schwer zu behaupten, dass Russland hätte passiv bleiben können, „ohne seine wesentlichen Interessen zu schädigen". Höchstens könne man sagen, dass der russische Generalstab und die russische Regierung „in der Furcht, die ihnen die Langsamkeit ihrer Mobilmachung einflösste, ihren Entschluss vielleicht etwas zu sehr übereilt haben". (Es folgen dann nochmals Betrachtungen über die Kriegserklärung an Serbien, wie sie in Ziff. 2 schon erwähnt sind.)

Es ist sehr erfreulich, dass die ernste Bedeutung der russischen Teilmobilmachung so richtig gewürdigt wird; denn es war gegenüber Österreich eine Vollmobilmachung, d. h. es wurden alle russischen Truppen mobilisiert, die für einen Krieg gegen Österreich überhaupt in Betracht kamen (in Europa allein 55 Infanteriedivisionen). Die Vorgänge, die sich am 29. Juli in Petersburg abspielten, waren aber noch ernster, als aus der französischen Darstellung hervorgeht. In Russland war am 29. nicht die Teilmobilmachung beschlossen worden, sondern die Vollmobilmachung gegen Deutschland und Österreich (117 europäische und asiatische Infanteriedivisionen), und erst am späten Abend erfolgte die Abänderung in Teilmobilmachung.[1])

Das Motiv zur Mobilisierung kann nicht in „Furcht vor Langsamkeit der russischen Mobilmachung gegenüber Österreich" bestanden haben; denn schon 1912 hatte der russische Generalstab bei der alljährlichen Konferenz mit dem französischen Verbündeten den Zeitbedarf der russischen und österreichischen Mobilmachung als einander gleich bezeichnet.[2])

Renouvin sagt, die französische Regierung sei wegen der Mobilmachung nicht um Rat gefragt, vielmehr durch eine Mitteilung Russlands vom 28. Juli vor einen „festen Entschluss" gestellt worden, „an dem nichts mehr zu ändern war". Der französische Botschafter in Petersburg hatte jedoch schon vorher, am 25. und 26. Juli, das Bevorstehen des ernsten Entschlusses sowie die Vorbereitungen dazu, auch an der deutschen Grenze, gemeldet.[3]) Frankreich hatte dazu geschwiegen. Qui tacet, consentire videtur. Nach dem soeben veröffentlichten geheimen Tagebuch des russischen Aussenministeriums hat die französische Regierung ferner nicht, wie bisher angenommen wurde,

---

[1]) General S. Dobrorolski „Die Mobilmachung der russischen Armee" S. 24 und 26. Bestätigt durch General Danilow im Aprilheft 1923 der „Revue d'Histoire de la Guerre mondiale" S. 246 und durch das „Geheime Tagebuch des russischen Aussenministeriums" („Vossische Zeitung", 7. Februar 1924).

[2]) „Materialien zur Geschichte der französisch-russischen Beziehungen 1910—1914" S. 699 Abs. 5.

[3]) Französisches Gelbbuch Nr. 50 und Bericht an den französischen Senat S. 39 und 127.

erst am 29., sondern schon am 28. Juli in Petersburg ihre Bereitschaft erklären lassen, „im Falle der Notwendigkeit den Verpflichtungen eines Verbündeten nachzukommen". Wenn das nicht widerlegt werden kann, so würde nicht nur die Zahl der Fälschungen des französischen Gelbbuches um eine weitere vermehrt sein, sondern auch grosse Wahrscheinlichkeit dafür sprechen, dass diese Erklärung ein sehr wichtiges Motiv für den verhängnisvollen Entschluss zur Mobilmachung am 29. gewesen ist, vielleicht ebenso bestimmend wie die österreichische Kriegserklärung an Serbien.

4.

Die deutschen Bemühungen am 29. und 30. Juli um Erhaltung des Friedens werden anerkannt, aber beanstandet, dass am Abend des 30. Juli kurz vor Mitternacht der deutsche Botschafter in Wien angewiesen wurde, eine ihm schon zugesandte besonders scharfe Mahnung an das österreichische Kabinett zum Einlenken nicht auszurichten (S. 353 Abs. 2).

Der Grund war bekanntlich die Mitteilung des Grossen Generalstabes, dass „militärische Vorbereitungen unserer Nachbarn, namentlich im Osten, zu schleuniger Entscheidung drängten" (Deutsche Dokumente Nr. 451).[1]) Wie gerechtfertigt die Auffassung des Generalstabes war, wissen wir heute genau; seit sechs Stunden war der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung von Heer und Flotte in allen Teilen des Zarenreiches verbreitet.

5.

„Die russische allgemeine Mobilmachung kommt dazwischen" (S. 354 Ziff. 4). Renouvin kommentiert diesen Entschluss des Zaren vom Nachmittag des 30. Juli nicht; er hält ihn zweifelsohne für noch mehr überstürzt als den zur Teilmobilmachung. Die Legende des „Lokal-Anzeigers" ist für ihn ebenso erledigt, wie er die Fabeln des „Kronrates" vom 5. Juli, der angeblichen „Instruktion an Tschirschky" und der Kriegshetzereien durch diesen Botschafter loyalerweise nicht vorbringt. Nur die Mittäterschaft der französischen Regierung bei der russischen Mobilmachung sucht er zu beschönigen. Bei der in der Nacht vom 29. zum 30. Juli von Paris nach Petersburg gerichteten Aufforderung, die Kriegsvorbereitungen nicht öffentlich, sondern nur insgeheim fortzusetzen, habe es sich nur um „ausgedehnte Massnahmen der Vormobilmachung" (pré-mobilisation) gehandelt. Dieses Wort findet sich jedoch in keinem der bisher bekannten Dokumente.

Dazu kommt die im französischen Gelbbuch verschwiegene Tatsache, deren Enthüllung wir der Wahrheitsliebe von Renouvin verdanken, dass schon am 30. Juli, abends 11^{25}, Paris von seinem Petersburger Botschafter die Meldung erhielt, die russische Regierung habe beschlossen, „die ersten Massnahmen der allgemeinen Mobilmachung" durchzuführen. Paris schwieg wieder und sah darin offenbar abermals

---

[1]) Renouvin moniert, dass ich nur geschrieben habe „wegen bedrohlicher Meldungen aus Russland", ohne das Drängen des Generalstabes ausdrücklich festzustellen („Leitfaden" S. 123).

einen „Entschluss, an dem nichts mehr zu ändern war“, den man aber dem französischen Volke und der Welt neun Jahre lang verheimlichen müsse.

Die Widerlegung meiner ausführlichen Begründung, dass die allgemeine Mobilmachung auch nach französischer und russischer Auffassung den Krieg bedeutete, ist auffallend kurz. Nur die bekannten Äusserungen der beiden Generalstabschefs bei Abschluss der Militärkonvention im August 1892 werden gestreift (S. 357 Abs. 1). Die Zeugnisse Alexanders III. sowie des Präsidenten Jules Grévy, der russische Operationsplan 1892, die Befehle von 1912, die Generalstabskonferenzen von 1911, 1912 und 1913, der Verzweiflungsschrei Nikolaus' II., als man ihm zum zweiten Male den Mobilisierungsbefehl abpresste — all das wird übergangen.

6.

„Deutschland hat nicht zuerst mobilisiert, das ist wahr; aber es hat gemeinsam mit Österreich vom 5. bis 28. Juli die Lage geschaffen, aus der der Krieg hervorgegangen ist; und Deutschland, ja Deutschland hat dann aus der gegebenen Tatsache der russischen Mobilmachung die entscheidenden Folgerungen gezogen, indem es die letzten Versuche zu einem Ausgleich zurückwies“ (S. 357 Abs. 2).

Deutschland hat nicht nur nicht zuerst, sondern zuletzt mobilisiert. Die Schlusskrise datiert nicht vom 5. Juli, sondern vom 28. Juni, dem Tage des Attentats von Serajewo. Und musste aus der vom 28. Juni bis 28. Juli geschaffenen Lage der Krieg hervorgehen? War er nicht vermeidbar, wenn Russland die überstürzten, von Renouvin missbilligten Beschlüsse vom 29. und 30. unterliess?

Welche letzten Versuche eines Kompromisses hat Deutschland abgewiesen? Der Konferenzgedanke war von Grey selbst schon ad acta gelegt. Die direkten Besprechungen und den „Halt in Belgrad“ hat Deutschland wärmstens unterstützt. Die erste Formel Sasonows wurde in London und sogar in Paris als nicht geeignet erachtet. Die zweite Formel, noch schlechter als die erste, ist in Berlin überhaupt erst nach Eintritt des Kriegszustandes mit Russland bekanntgeworden.

Dokumente zur Potsdamer Zusammenkunft 1910.

Am 4. und 5. November 1910 weilte Zar Nikolaus II. in Begleitung seines Aussenministers Sasonow als Gast des Kaisers in Potsdam. Über das politische Ergebnis der Zusammenkunft gab Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 10. Dezember 1910 im Reichstag längere Erklärungen ab. Er sagte: „Das Resultat der letzten Entrevue möchte ich dahin zusammenfasssen, dass von neuem festgestellt wurde, dass sich beide Regierungen in keinerlei Kombination einlassen, die eine

aggressive Spitze gegen den anderen Teil haben könnte. In diesem Sinne haben wir insbesondere Gelegenheit gehabt, zu konstatieren, dass Deutschland und Russland ein gleichmässiges Interesse an der Aufrechterhaltung des status quo am Balkan und überhaupt im Nahen Orient haben und daher keinerlei Politik unterstützen werden, von welcher Seite sie auch kommen könnte, welche auf Störung jenes status quo gerichtet wäre.“ Aus den Erinnerungen Bethmann Hollwegs wussten wir, dass sich die russische Regierung „einer schriftlichen Fixierung der politischen Absprache von Potsdam“ entzogen hat. (Betrachtungen zum Weltkrieg, I, S. 87.)

Nun wird im dritten Heft des von der russischen Sowjetregierung herausgegebenen „Krasny-Archiv“ der Wortlaut der von deutscher Seite schriftlich niedergelegten Vorschläge über den status quo auf dem Balkan zum ersten Male bekanntgegeben. Auf dem Kopf des Schriftstückes findet sich folgende Notiz Sasonows: „ Die in den beigefügten zwei Aufzeichnungen auseinandergesetzten deutschen Vorschläge, die mir von dem deutschen Botschafter, Graf Pourtalès, bald nach meiner Rückkehr aus Potsdam nach der Begegnung des Zaren mit Kaiser Wilhelm eingehändigt wurden, sind von mir Seiner Majestät vorgetragen worden und alsdann bei der Unterredung mit dem Grafen Pourtalès am 28. November 1910 mündlich abgelehnt worden.“

Die deutschen Vorschläge hatten nachstehenden Wortlaut:

„Le Gouvernement Impérial d’Allemagne, qui a reçu de la part du Gouvernement Impérial et Royal d’Autriche-Hongrie les assurances les plus nettes que celui-ci n’a pas l’intention de suivre, en Orient, une politique expansive, déclare qu’il n-a pas pris aucun engagement et n’a non plus l’intention de soutenir une pareille politique, qui pourrait être suivie par l’Autriche-Hongrie.

Le Gouvernement Impérial de Russie déclare qu’il ne s’est pas engagé et qu’il n’a pas l’intention d’appuyer une politique hostile à l’Allemagne que pourrait suivre l’Angleterre.

Les deux Gouvernements sont d’accord dans le désir de maintenir, sur les Balkans, autant que possible, le statu quo et de contribuer de leur mieux à son maintien. Si, malgré leurs efforts pour lesquels ils tâcheront de gagner leurs alliés réciproques, un conflit devait surgir sur les Balkans, les deux Gouvernements feront leur possible pour localiser le conflit et se mettront, après entente préalable entre eux, en relations avec leurs alliés réciproques pour aviser aux mesures à prendre pour empêcher une conflagration générale.

Les deux Gouvernements sont d’accord dans l’idée que pour le maintien du statu quo et de la tranquillité sur les Balkans est nécessaire, d’un côté, le développement pacifique des Etats balkaniques libérés par la Russie et, d’autre part, le soutien, par les puissances, d’un Gouvernement stable et solide en Turquie assez fort pour garantir l’ordre à l’intérieur et sur ses frontières. Aucun des deux Gouvernements favorisera une politique agressive ni de la part de la Turquie ni de la part des Etats balkaniques.

Vu l'intérêt commun qu'ont les deux Gouvernements à voir maintenue l'intégrité de la Perse et le rétablissement de l'ordre dans ce pays, ils s'engagent à ne pas favoriser des intentions de conquête sur ce pays de la part d'aucune Puissance et notamment de la Turquie."

* * *

Bereits im März 1912 hat die russische Regierung ihre in Potsdam gegebenen Zusagen einer Aufrechterhaltung des status quo auf dem Balkan nicht innegehalten. Der serbisch-bulgarische Vertrag vom 13. März 1912, der eine deutliche Spitze gegen Österreich-Ungarn enthielt, wurde unter Mitwissen der russischen Regierung abgeschlossen. Selbst Poincaré bemerkte im August 1912, als er von dem Vertrag Kenntnis erhielt: „Der Vertrag enthält also im Keime nicht nur einen Krieg gegen die Türkei, sondern einen Krieg gegen Österreich. Er errichtet ausserdem eine Hegemonie der beiden slawischen Königreiche, da Russland zum Schiedsrichter in allen Fragen bestimmt ist. Ich bemerkte Sasonow, diese Vereinbarung entspreche in keiner Weise den mir darüber gegebenen Aufklärungen, sie sei geradezu ein Kriegsvertrag." (Les Affaires Balkaniques 1912—1914, I, Nr. 57.) Allerdings hat Poincaré bereits zwei Monate später, nach dem Ausbruch des ersten Balkankriegs, seine Anschauung geändert, als er erkannte, dass die siegreichen Balkanstaaten einen erheblichen Machtfaktor in einem Krieg gegen die Mittelmächte darstellen würden.

Das deutsch-russische Abkommen über Persien.

Im Anschluss an die Potsdamer Besprechungen wurden im weiteren Verlauf der deutsch-russischen diplomatischen Verhandlungen die Abmachungen über Persien und den Bau einer Zweigbahn der Bagdadbahn zur türkisch-persischen Grenze schriftlich niedergelegt. Nach langwierigen Verhandlungen, die hauptsächlich durch den Widerstand der englischen Regierung erschwert wurden, wurde das Abkommen am 19. August 1911 in Petersburg unterzeichnet. Der bislang nur in Umrissen bekannte Inhalt hat nach dem Krasny-Archiv folgenden Wortlaut:

„Les Gouvernements Russe et Allemand, partant du principe de l'égalité de traitement pour le commerce de toutes les nations en Perse; considérant, d'une part, que la Russie possède dans ce pays des intérêts spéciaux et que, d'autre part, l'Allemagne n'y poursuit que des buts commerciaux; se sont mis d'accord sur points suivants:

Article I.

Le Gouvernement Impérial d'Allemagne déclare qu'il n'a pas l'intention de rechercher pour lui-même ou d'appuyer en faveur de ressortissants allemands ou de sujets étrangers, — au nord d'une ligne partant de Kasri-Chirin, passant par Isfahan, Iezd et Khakh — et aboutissant à la frontière afghane à la latitude de Ghazik, — de concessions de chemins de fer, de routes, de navigation et de télégraphes.

Article II.

De son côté, le Gouvernement Russe, ayant en vue d'obtenir du Gouvernement Persan une concession pour la création d'un résau de

voies ferrées dans le nord de la Persie, s'engage à demander, entre autres, une concession pour la construction d'une voie qui doit partir de Téhéran et aboutir à Khanékine pour raccorder sur la frontière turco-persane ledit réseau à la ligne Sadijé-Khanékine, dès que cet embranchement du chemin de fer Koniah-Bagdad aura été achevé. Une fois cette concession obtenue, les travaux de construction de ladite ligne devront être commencés dans deux ans, au plus tard, après l'achèvement de l'embranchement Sadijé-Khanékine et terminés dans le courant de quatre années. Le Gouvernement Russe se réserve de fixer en son temps le tracé définitif de la ligne en question, tout en tenant compte des desiderata du Gouvernement à ce sujet. Les deux Gouvernements faciliteront le trafic international sur la ligne Khanékine-Téhéran ainsi que sur celle de Khanékine à Bagdad en évitant toutes mesures qui pourraient l'entraver telles que l'établissement différentiel. Si au bout de deux années, à partir du moment où l'embranchement Sadijé-Kkanékine du chemin de fer Koniah-Bagdad aura été achevé, il n'est pas procédé à la construction de la ligne Khanékine-Téhéran, le Gouvernement Russe avisera le Gouvernement Allemand qu'il renonce à la concession se rapportant à cette dernière ligne. Le Gouvernement Allemand sera libre, dans ce cas, de rechercher de son côté cette concession.

Article III.

Reconnaissant l'importance générale qu'aurait pour le commerce international la réalisation du chemin de fer de Bagdad, le Gouvernement Russe s'engage à ne pas prendre de mesures visant à en entraver la construction ou à empêcher la participation de capitaux étrangers à cette entreprise, à condition, bien entendu, que cela n'entraîne pour la Russie aucun sacrifice de nature pécuniaire ou économique.

Article IV.

Le Gouvernement Russe se réserve le droit de confier l'exécution du projet de la ligne de chemin de fer reliant son réseau en Persie à la ligne Sadije-Khanékine à un groupe financier étranger à son choix. au lieu de la faire construire lui-même.

Article V.

Indépendamment de la manière dont la construction de la ligne en question sera effectuée, le Gouvernement Russe se réserve le droit à toute participation aux travaux qu'il pourrait désirer ainsi que celui d'entrer en possession dudit chemin de fer au prix des frais réels encourus par le constructeur. Les Hautes Parties Contractantes s'engagent, en outre, à se faire participer mutuellement à tous les privilèges de tarifs ou d'autre nature que l'une d'elles pourrait obtenir à l'égard de cette ligne.

Dans tous les cas les autres stipulations du présent arrangement resteront en vigueur.

St. Pétersbourg, le 6/19 Août 1911.

Monatsbericht.

Presse.

Der Helgoland- und Sansibarvertrag. Von Archivrat Dr. Hans Rothfels. „Vossische Zeitung“, 24. Januar 1924, Nr. 40.

Rothfels sieht in dem Abschluss des Kompromissvertrages, in dem England durch die Abtretung Helgolands erhebliche Zugeständnisse im afrikanischen Kolonialreich gemacht wurden, den ersten „positiven Schritt“ des Neuen Kurses. Leider hat dieser Schritt im Zusammenhang mit der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages die aussenpolitische Konstellation Deutschlands verschlechtert und die Annäherung Russlands an Frankreich erheblich gefördert.

Fortschritte in der Kriegsschuldfrage. Von Alfred von Wegerer. „Magdeburgische Zeitung“, 1. Februar 1924, Nr. 59.

Verfasser zeigt an Hand der letzten literarischen Erscheinungen über den Ausbruch des Weltkrieges, dass die Kriegsschuldfragenforschung ein gutes Stück vorwärts gekommen ist.

England zur Kriegsschuldfrage. Von Georg Karo. „Deutsche Allgemeine Zeitung“, 29. Januar 1924, Nr. 47.

Professor Karo gibt in diesem Aufsatz eine Zusammenfassung der wesentlichsten Gedanken seines Vortrages, den er am 28. Februar in der Berliner Gesellschaft für Erforschung der Kriegsursachen gehalten hat. Durch eine kritische Analyse der Erinnerungen von Asquith, Buchanan, Campbell-Bannermann, Churchill und Haldane macht er auf die Einstellung des offiziellen Engländers zur Kriegsschuldfrage aufmerksam und weist im einzelnen den Anteil nach, den die vorgenannten Persönlichkeiten an der Gestaltung der englischen Aussenpolitik von 1907—1914 gehabt haben.

Die neuen Männer in England. Ihre Stellung zur Schuldfrage. Von Hermann Lutz. „Münchner Neueste Nachrichten“, 3. Februar 1924, Nr. 33.

Ein auf grosser Literaturkenntnis beruhender Überblick über die bisherige Stellungnahme der Mitglieder der neuen englischen Regierung zur Vorgeschichte und zum Ausbruch des Weltkrieges.

Ramsay MacDonald und der Krieg. „Kölnische Zeitung“, 27. Januar 1924, Nr. 67.

Der Londoner Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ berichtet über eine Biographie MacDonalds, die einer seiner Freunde in dem Sonntagsblatt „Reynolds News“ veröffentlicht hat. Darin heisst es: „Am Sonntag, den 2. August 1914, trafen sich zwei hervorragende Männer mitten in der gewaltigen Menschenmenge, die die Parliament-Street und Whitehall füllte, und sprachen miteinander. Der eine, ein Kabinettsminister, kam von Downing-Street, der andre ging hin. Die Menschenmenge, die in fieberhafter Aufregung auf irgendein Anzeichen der gewaltigen Ereignisse wartete, die selbst die Luft dieses Sommernachmittages schwer zu machen schienen, bemerkte Lord Morley und seinen Freund Ramsay MacDonald nicht. Der Minister frug den Arbeiterführer, welche Haltung er mit Bezug auf den Krieg einnehmen werde, von dem sie beide wussten, dass er kommen werde. „Ich will nichts mit ihm zu tun haben“, war MacDonalds Antwort. „Ich auch nicht“, sagte Morley. Dann warnte er seinen Freund, dass die Veröffentlichung eines Weisspapiers bevorstehe. Es werde aus Depeschen und Unterhaltungen zwischen auswärtigen Ministern und Botschaftern bestehen und sein Zweck werde sein, zu zeigen, wie Britannien nach Frieden strebte und wie Deutschland den Krieg unvermeidlich machte. „Es wird eine grosse Wirkung auf die öffentliche Meinung haben“, sagte der alte Staatmann, „es wird uns alle in die Luft sprengen.“ MacDonald frug, ob es die ganze Wahrheit enthalte. „Auch nicht annähernd.“ (nothing like it.) „Dann ist es mir egal“. MacDonald ging nach Downing-Street zu der

Unterredung, zu der er eingeladen worden war. Wenn er die Ansichten, welche die Minister ihm aufzudrängen suchten, angenommen hätte, wäre er mit dem Versprechen eines Platzes im Kabinett weggegangen. Am selben Abend wohnte er einer Versammlung verschiedener Mitglieder der Regierung bei. Alle wussten, dass der Krieg vor der Tür stehe. Jemand meinte, dass er sehr unpopulär sein werde. „Unsinn", sagte MacDonald, „es wird der populärste Krieg sein, an dem England je beteiligt war. Sehen Sie zum Fenster hinaus, und Sie werden sehen, wie das Volk bereits anfängt, verrückt zu werden." Bevor er diese Nacht nach Hause ging, stand er neben Lloyd George, wie die grosse Uhr des Big Ben die Mitternachtsstunde schlug. „George," sagte MacDonald, „das ist das Ende eines Bandes, das Ende einer Epoche."

Besprechungen zum IV. Band Conrads.

Marschall Conrad und der Krieg. Von Karl Friedrich Nowack. — „Berliner Tageblatt", 25. Januar 1924, Nr. 42.

Nowack, der durch persönliche Beziehungen zu Feldmarschall Conrad manchen Einblick in die Entstehung des Werkes gewonnen hat, schildert hier den Eindruck, den der vierte Band auf ihn gemacht hat. Das Kernstück seiner Betrachtungen bildet die Überzeugung Conrads, dass der Krieg gegen Serbien eine Notwendigkeit gewesen sei. Aus Gesprächen mit dem Feldmarschall teilt Nowack mit, dass Conrad auch einen Augenblick den Gedanken einer Konferenz erwogen, ihn aber sogleich wieder verworfen habe. „Es ist kindlich, zu sagen, ich „wollte" den Krieg. Es war auch nicht ein spontaner Entschluss, vielmehr eine Kurve schwerer Denkprozesse. Aber was ich auch dachte und erwog: Es gab, wenn wir am Leben bleiben wollten, nichts anderes mehr als den Krieg."

Und über den „Halt in Belgrad", der bekanntlich bei den diplomatischen Verhandlungen eine so grosse Rolle gespielt hat, äusserte sich Conrad zu Nowack: „Wie hätte ich das machen sollen, ohne zu mobilisieren? Vielleicht mit einer Friedensdivision? Damit die Serben sie zusammengehauen hätten? Und damit dann alles — über mich — mit Recht — hergefallen wäre? Und wäre dies nicht der Krieg gewesen? Wie will man Belgrad ohne Krieg besetzen?"

Feldmarschall Conrad über den Ausbruch des Weltkrieges. Von Alfred von Wegerer. — „Die Zeit", 26. Januar 1924, Nr. 22. „Berliner Börsenzeitung", 27. Januar 1924, Nr. 45.

Feldmarschall Conrad, der offen seinen Willen zum Krieg gegen Serbien bekennt, sah in ihm eine historische Notwendigkeit, der sich das „polyglotte" Österreich nicht entziehen durfte, ohne seine Grossmachtstellung aufzugeben. Die schwächliche Abwehrpolitik der Monarchie hatte versäumt, der skruppellosen Propaganda Serbiens rechtzeitig einen Riegel vorzuschieben. Auch nach Serajewo wählte man in Wien einen Mittelweg, der das Eingreifen Russlands erleichterte, das man in Wien unter allen Umständen vermeiden wollte. Conrad bestätigt, dass er im Juli 1914 nicht mit Moltke in Karlsbad zusammengetroffen ist, wie eine Legende der „Times" behauptete, und dass bei dem Besuch des Kaisers in Konopischt, Juni 1914, durchaus keine grundlegenden Abmachungen für einen bevorstehenden Weltkrieg getroffen worden seien, dass im Gegteil Kaiser Wilhelm dieses Thema sorgfältig vermieden habe.

In seinem zweiten Aufsatz in der „Berliner Börsenzeitung" skizziert Wegerer in der Hauptsache die Darstellung, die Conrad über die Verantwortlichkeit der serbischen Regierung am Mord von Serajewo gibt. Der bekannte Bericht des Sektionsrats von Wiesner, der eine Mitwisserschaft der serbischen Regierung in Frage stellte, findet bei Conrad eine wertvolle Ergänzung durch einen vom gleichen Tage stammenden Brief des Feldzeugmeisters Potiorek, der in seinen Untersuchungen zu einer wesentlich anderen Auffassung kommt als Wiesner. Wegerer bemerkt dazu: „Wenn man sich erinnert, dass es gerade das Telegramm Wiesners gewesen ist, welches die amerikanische Delegation, die seinerzeit das Gutachten über die Verantwortlichkeit Deutschlands am Kriege mitabgegeben hat, veranlasst hat, einen besonderen Vorbehalt zu der ohnehin schon übertriebenen scharfen Verurteilung

Deutschlands zu machen, wird man die Bedeutung der Conradschen Veröffentlichung zu würdigen wissen."

Mobilization Orders. German Charges against Russia. By George Aston. — „The Times", 23. Januar 1924.

General von Kuhl hatte dem Berliner Vertreter der „Times" seine Auffassung über den vierten Band Conrad mitgeteilt (s. „The Times", 18. 1. 1924). Dazu nimmt in einem Brief an den Herausgeber der „Times" George Aston Stellung und bringt noch einmal die alte, längst widerlegte Legende vor, dass die russische Mobilmachung durch das bekannte Extrablatt des „Berliner Lokalanzeiger" ausgelöst worden sei. Dieser Anschuldigung tritt die „Frankfurter Zeitung" (5. 2. 1924, Nr. 95) entgegen und verweist dabei insbesondere auf die Erinnerungen Suchomlinows, aus denen noch einmal klar hervorgehe, dass das Extrablatt des Lokalanzeigers auch nicht den geringsten Einfluss auf die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung gehabt habe.

Amerika und die Schuldlüge. Von Bernhard Dernburg. — „Berliner Tageblatt", 23. Februar 1924, Nr. 92.

Eine grosse Würdigung der Rede, die der Senator Owen im Senat in Washington gehalten hat. Dernburg sagt: „Die Rede ist unter allen Umständen eine Tat grosser Aufrichtigkeit und Entschlossenheit. Ich habe keinen Zweifel, dass Senator Owen sie auch unter weit ungünstigeren Umständen gehalten hätte; aber dass sie so weite Verbreitung und so geringen Widerspruch gefunden hat, ist das Bedeutsame. Es zeigt, wie weit der Poincarismus das von den Amerikanern verhältschelte Frankreich in den Augen Amerikas heruntergebracht hat. Frankreich hat den Krieg gewollt: man kann es davon nicht freisprechen. Frankreich hat die Vereinigten Staaten betrogen, es verdient keine Milde, Frankreich bleibt der alte Militarist und Imperialist, es ist kein Grund vorhanden, auch nur ein Tüttelchen von den Forderungen abzulassen."

Senator Copeland über die Kriegsverantwortlichkeit. — „The New York American", 11. Januar 1924.

Nachdem kürzlich der demokratische Senator Owen von Oklahoma gelegentlich einer Rede im Senat die von der Sowjet-Regierung veröffentlichten Geheimverträge zwischen Russland und Frankreich wörtlich verlesen hat, ergreift jetzt auch Senator Copeland von New York in einem bemerkenswerten Artikel, der als erster einer Serie weiterer Aufsätze in „New York American" erschienen ist, ebenfalls das Wort zur Kriegsschuldfrage.

Für Senator Copeland besteht kein Zweifel, dass die Politik, die die Vereinigten Staaten in den Weltkrieg brachte, verfehlt war:

„Wir haben den Weltkrieg mitgemacht, um die Welt der Demokratie zu erhalten — mit dem Erfolg, dass wir die Demokratie fast aus der Welt vertrieben haben. Zehn Diktaturen in Europa sind traurige Merkmale unserer falschen Rechnung im Jahre 1917.

Welches waren die verschiedenen Gründe, die angegeben wurden, um uns in den Krieg zu stürzen?

Zunächst sagte man uns, der Kaiser und die deutsche Militärkaste hätten den Krieg entfesselt, um die Demokratie zu vernichten. Ist das wahr? Wenn es Wahrheit war, warum sagte dann Lloyd George nach Kriegsende, er glaube nicht daran, dass der Kaiser oder sonst jemand den Krieg absichtlich herbeigeführt habe. Warum gab Lloyd George im gleichen Atemzuge der Meinung Ausdruck, die Leiter Europas seien in den Krieg hineingestolpert? Woher kommt es, dass kein verständiger Mensch in England heutzutage daran glaubt, dass Deutschland der Erzverschwörer gegen den Weltfrieden war? Das kommt daher, weil intelligente Köpfe die Schuld verteilen.

Wir wissen jetzt sicher mehr über den Ursprung des Krieges als im Jahre 1917. Zahlreiche Geheimakten sind seitdem veröffentlicht worden. Aus den Veröffentlichungen der Sowjet-Regierung wissen wir nunmehr, dass die Verantwortlichkeit

Frankreichs und des Zaren sehr gross war. Ihre Verantwortlichkeit ist so gross gewesen, dass Senator Owen im Senat ausführte, dass weder der Kaiser noch die deutsche Militärpartei den Krieg verschuldet oder gewollt haben. Senator Owen ist kein Deutscher. Im Gegenteil, er ist Amerikaner und gehört, wie ich, der gleichen Partei an, der auch Wilson angehörte. Je mehr wir erfahren, desto mehr sehen wir ein, dass die Staatsmänner sich irrten, die Deutschland die ganze Verantwortlichkeit aufbürdeten."

Öffnung der englischen Archive. „Münchner Neueste Nachrichten", 23. Februar 1924, Nr. 53.

Morel richtete am 22. Februar im Unterhaus die Anfrage an die Regierung, ob sie den öffentlichen Vorteil in Erwägung ziehen wolle, der sich aus der Veröffentlichung solcher Dokumente in den britischen Archiven ergeben würde, die geeignet wären, ein Licht auf die Enthüllungen zu werfen, welche über die Fälschungen in den amtlichen russischen Veröffentlichungen bei Kriegsausbruch gemacht worden seien.

Der Unterstaatssekretär für Auswärtiges antwortete, es werde gegenwärtig erwogen, was mit Bezug auf die weitere Veröffentlichung britischer Vorkriegsdokumente geschehen solle. Frage wie Antwort werden in den Parlamentsberichten aller Blätter, mit Ausnahme des „Daily Herald", unterdrückt.

„Die Wiederkehr der Wahrheit." „Svenska Dagbladet", 16. Februar 1924.

Der Verfasser des Artikels bespricht ein soeben erschienenes Buch von dem Norweger Professor Edvard Bull in Kristiania „Verdenskrigens utbrudd". Dieses Buch behandelt den Ausbruch des Weltkrieges vom Standpunkt der kommunistischen Weltanschauung des Verfassers. Es wird darin dargetan, dass die verschiedenen Regierungen der Grossmächte alle ungefähr die gleiche Schuld an den Ereignissen des Sommers 1914 tragen. Der schwedische Kritiker hebt hervor, dass die Bedeutung der russischen Mobilmachung von Bull nicht genügend unterstrichen wird. An der Hand des „Leitfadens zur Kriegsschuldfrage" von Graf Montgelas, dem er „tiefgehende Schärfe und dokumentarische Schlagkraft" nachrühmt, zeigt er durch Anführung der wichtigsten Telegramme und Ereignisse, dass die Vorgänge in Petersburg für die Entfesselung des Weltkrieges entscheidend waren. Er schliesst mit den Worten: „All das sind sichere historische Tatsachen, ebenso wie es eine nur allzu sichere Tatsache ist, dass das Bekenntnis von Deutschlands Alleinschuld am Kriege zu einem Herzstück des Friedens von Versailles gemacht worden ist."

Die Dokumente der Humanité.

Die Rubel Poincarés. Neue Dokumente aus russischen Geheimarchiven. Von *** „Berliner Tageblatt", 19. Januar 1924, Nr. 32.

Die Dokumente der „Humanité" gestatten einen Einblick in die Gewissenlosigkeit, mit der Poincaré und Iswolski die Kriegsstimmung in Frankreich züchteten. Der Verfasser gibt eine Analyse der wichtigsten Schriftstücke der russischen Finanzagenten und macht durch Hinweise auf ihre Zusammenhänge mit den Ereignissen der Jahre 1912 und 1913 auf ihre hochpolitische Bedeutung aufmerksam.

Der Fall Perchot. Einige neue Dokumente. Von *** „Berliner Tageblatt", 14. Februar 1924, Nr. 76.

In den Bestechungsaffairen der französischen Presse spielt der Fall des Senators Perchot eine Hauptrolle. Perchot, Mitglied der radikal-sozialistischen Partei, war durch seine Opposition gegen die Regierung Herrn Poincaré höchst unbequem geworden. Er und Iswolski versuchten alles, um diesen missliebigen Gegner zum Schweigen zu bringen. Petersburg erfüllte die inständige Bitte Iswolskis, und Perchot erhielt eine Geldunterstützung, so dass die radikalsozialistische Campagne gegen die Wahl Poincarés zum Präsidenten der Republik gedämpft werden konnte.

Der Iswolski-Rubel in Paris. Zur Entstehungsgeschichte des Krieges. Von Dr. Ludwig Herz. — „Vossische Zeitung“, 2. Februar 1924, Nr. 57.

Eine Skizzierung der hauptsächlichsten russischen Schriftstücke über die Bestechung der französischen Presse unter besonderen Hinweisen auf die Stellung, die Poincaré in dieser dunklen Angelegenheit eingenommen hat.

Die Dokumente der russischen Finanzagenten. Von August Bach. — „Kreuzzeitung“, 7. Februar 1924, Nr. 63.

Verfasser zeigt, dass der Beginn der Bestechungen der Pariser Presse zeitlich zusammenfällt mit der grossen Schwenkung der französischen Aussenpolitik im Oktober 1912, nach Ausbruch des Balkankrieges. Während vorher Poincaré eine Einmischung in die russischen Balkaninteressen abgelehnt hatte, änderte er seine Auffassung sehr bald, als die ersten Erfolge der Balkanstaaten gegen die Türkei vorlagen. Da Poincaré aber wusste, dass sich für einen Krieg wegen Serbien die französische öffentliche Meinung nur schwerlich würde begeistern können, war er mit dem Bestechungsplan der russischen Regierung durchaus einverstanden, durch den die nichtvorhandene Kriegsstimmung im französischen Volk geschaffen werden sollte und auch geschaffen worden ist.

Iswolski im Jahre 1911. Von *** — „Berliner Tageblatt“, 8. Februar 1924, Nr. 66.

Eine Darstellung der Tätigkeit des „gefährlichsten Mannes von Europa“ während seiner Pariser Jahre, insbesondere während des Jahres 1911. Hervorgehoben wird unter Wiedergabe einiger bisher unbekannter Dokumente Iswolskis die Stellung des russischen Botschafters in Paris zur zweiten Marokkokrise.

Suchomlinow über den Ausbruch des Weltkrieges. Von Alfred von Wegerer. — „Kölnische Zeitung“, 21. Februar 1924, Nr. 130.

Eine Besprechung der Aufzeichnungen Suchomlinows, in der Wegerer die englisch-russische Marinekonvention, den Kronrat vom 25. Juli, die Unterzeichnung beider Mobilmachungsbefehle durch den Zaren am 28. Juli und die Anordnung der Teil- und allgemeinen Mobilmachung am 29. und 30. Juli besonders hervorhebt.

Aus dem Geheimarchiv Sasonows.

Tagebücher des russischen Aussenministeriums 1914. Dokumente des sowjetrussischen Staatsarchivs (Krassny-Archiv). — „Vossische Zeitung“, 5., 6., 7., 8., 10. Februar 1924, Nr. 60, 62, 64, 66, 70.

Ein eingehender Kommentar zu diesen neuen russischen Dokumenten wird im Aprilheft der „Kriegsschuldfrage“ veröffentlicht werden.

Aus Zeitschriften.

Papers of Count Tisza, 1914—1918, besprochen von Professor Sidney B. Fay. — „The American Historical Review“, January 1924.

Professor Sidney B. Fay kommentiert einige im Wortlaut wiedergegebene Dokumente, die der im Oktober 1918 ermordete ungarische Ministerpräsident Graf Tisza dem Budapester Historiker Professor Marczali zur Verfügung gestellt hatte. Das erste dieser Dokumente ist ein bereits durch Fraknoi veröffentlichtes Memorandum Tiszas aus dem März 1914, von dem Professor Fay vermutet, dass es als Grundlage für das spätere Memorandum gedient habe, das dann nach Serajewo am 5. Juli dem Kaiser in Potsdam überreicht wurde. Das zweite Dokument ist ein Brief Tiszas an Marczali, in dem der Graf noch einmal kurz die Stellungnahme

skizziert, die er bei Kriegsausbruch eingenommen hat. (Vergl. den auszugsweisen Abdruck des Briefes im Septemberheft 1923 „Die Kriegsschuldfrage".)

Mr. Asquith on the War. By Sidney B. Fay. — „The New Republic", January 1924.

Eine Besprechung von Asquith: The Genesis of the War. Das Buch leidet an der Tatsache, dass es sich fast ausschliesslich mit Deutschland beschäftigt. Es sagt wenig über Österreich und noch weniger über Russland und Serbien. Asquith weiss nichts über die wahren Gründe und Daten der russischen Mobilmachung. Churchill und Lloyd George näherten sich der Auffassung der geteilten Verantwortlichkeit. Asquith führt uns aber in die Atmosphäre der Kriegspropaganda zurück. Er schreibt als Politiker, nicht als Historiker, der die Wahrheit zu ergründen sucht. Wer den wirklichen Ursprung des Krieges wissen will, wird ihn nicht bei Asquith finden, er wird sich vielmehr an eine bessere Darstellung halten wie Goochs „History of modern Europe".

What the think. By E. D. Morel. — „Foreign Affairs", February 1924.

Im Februarheft seiner Monatsschrift „Foreign Affaires" umreisst E. D. Morel, der jetzt für den Friedens-Nobelpreis in Vorschlag gebracht worden ist, die ernsten europäischen Probleme, vor deren Lösung sich die neue Arbeiterregierung gestellt sieht. Mit berechtigtem Stolz betont Morel, dass die von ihm, zusammen mit Ramsay MacDonald im November 1915 begründete „Union of Democratic Control" heute durch ihre hervorragendsten Mitglieder im Ministerrat vertreten werde.

Morel wirft die schwerwiegende Frage auf: „Kann die neue Arbeiterregierung in England mit der vierjährigen Tradition brechen und alle Menschen guten Willens, wo immer sie auch zu finden sind, für den Sieg der Moral in einem grossen Strom mit sich fortreissen? Kann sie einen Schlag führen gegen die das Leben Europas zerstörende und vergiftende Legende (von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands) und so vor den Augen der zivilisierten Welt den Herd des Krebses blosslegen, der die edelsten Teile Europas zerstört?"

Les Auteurs de la Guerre Mondiale. Von Lujo Brentano. — „Rassegna Internazionale", 1923, Nr. 10—12, 1924, Nr. 1.

Fortsetzung der französischen Uebersetzung der hervorragenden Schrift von Professor Brentano: Die Urheber des Weltkrieges.

Les Preuves. La Suggestion Italienne. Communication de la Société d'Etudes documentaires et critiques sur la Guerre. — „Vers la Vérité", Janvier 1924.

Eine auf eingehendstem Dokumentenstudium beruhende Darstellung des italienischen Vermittlungsvorschlages vom 27. Juli 1914, der dahin lautete, Serbien solle sich bereiterklären, alle Punkte des österreichischen Ultimatums anzunehmen. Dieser Vorschlag, der bei der französischen Regierung überhaupt keine Beachtung fand, wurde von der englischen Regierung sehr dilatorisch behandelt. Grey erklärte, dass es ihm unmöglich sei, die italienische Anregung den in London beglaubigten Botschaftern zu übermitteln. Dies sei die Aufgabe der italienischen Regierung. Die „Société" hebt hervor, dass Grey der einzige gewesen sei, der dem italienischen Vorschlag hätte Geltung verschaffen können. Durch die Nichtbeachtung des italienischen Vermittlungswunsches habe Grey einen grossen Teil der Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch auf sich genommen.

Die Kriegsschuldfrage. Von Graf Max Montgelas. — Der „Firn", 15. Januar und 15. Februar 1924.

In weiterer Fortsetzung seiner Aufsatzserie behandelt Graf Montgelas den tripolitanischen Krieg, die deutschen Annäherungsversuche an England und Frankreich 1911 und 1912, den ersten, zweiten und dritten Balkankrieg und die Entwicklung der Meerengen-Fragen.

The secret corruption of the French Press. By Levis S. Gannet. — „The Nation", 6. Februar 1924.

Die französische Presse, der Rubel und die Kriegsschuld. — „Freie Welt", 15. Februar 1924.

Beide Aufsätze behandeln die von der „Humanité" veröffentlichten russischen Dokumente über die Bestechungen der französischen Presse. Die „Freie Welt" schreibt dazu: „Die Veröffentlichungen der „Humanité" haben ihre geschichtliche Bedeutung. Sie beweisen mit auffallender Klarheit, auf welch idealen Beweggründen die Begeisterung der französischen Zeitungen für die Allianz mit Russland beruhte. Sie beweisen aber noch weiter, wie die Hauptanwälte für die Anklage der Alleinschuld Deutschlands am Weltkriege, Poincaré, Tardieu, Klotz, ja selbst Briand, die Presse ihres eigenen Landes mit russischem Gelde bestochen haben, um schon von 1912 ab das französische Volk für den Weltkrieg zu gewinnen. In geradezu klassischen Worten hat dies Graf Muraview, der vor Iswolski als Botschafter in Paris in gleichem Sinne tätig war, dem ehemaligen Redakteur des „Eclair" und aus dem letztjährigen Hochverratsprozess bekannten Ernst Judet bestätigt: „Um die heilsame Krise zu provozieren und die europäische Politik an ihren Bruchpunkt zu bringen, muss man in Paris arbeiten und nicht in Petersburg."

Der 4. Band Conrad von Hoetzendorf. Von Dr. Ludwig Herz. — „Deutsche Einheit", 1924, Nr. 8.

Herz hebt in seiner Besprechung hauptsächlich den durch die Telegramme Moltkes an Conrad erwiesenen Gegensatz zwischen der deutschen politischen und militärischen Leitung hervor, der von den österreichischen Staatsmännern zugunsten ihrer Politik ausgenutzt wurde.

Eine neue Geschichte der englischen Politik. Von Emil Daniels. — „Preussische Jahrbücher", Februar 1924.

Eine Besprechung des dritten Bandes der Cambridge History of British Foreign Policy. Der dritte Band beginnt mit der Londoner Konferenz über die Luxemburger Frage im Jahre 1867 und schliesst mit den Verträgen von Versailles und St. Germain. Unveröffentlichtes Material ist von den Herausgebern nicht herangezogen worden. Sie haben namentlich die englischen Farbbücher herangezogen, aber auch die nichtenglische Literatur einschliesslich der deutschen genügend benutzt. Bei der Lektüre dieses Buches, schreibt Daniels, könne man die Veränderung mit Händen greifen, die die Poincarésche Politik in der Gesinnung der englischen Nation hervorgerufen habe. Gooch gibt zu, dass der „Kronrat" vom 5. Juli 1914 nie gehalten worden ist, und erklärt ebenso die Behauptung für falsch, Wien sei 1914 bloss das Werkzeug von Berlin gewesen. Die deutsche Regierung habe aber einen Teil der Schuld auf sich geladen dadurch, dass sie Oesterreich zu einer Aktion ermutigte, aus der mit Notwendigkeit der Weltkrieg hätte hervorgehen müssen. Die Einzelheiten der russischen Teil- und allgemeinen Mobilmachung werden von Prof. Gooch den Tatsachen entsprechend wiedergegeben. Ueber Grey sagt Gooch, dass seine Politik auf der einen Seite die Wahrscheinlichkeit des Krieges vermehrt habe, indem sie England in die Hände und Ambitionen seiner Freunde verwickelte, und dass sie auf der anderen Seite dafür gesorgt habe, dass England im Falle eines deutschen Angriffs den Waffengang nicht allein habe bestehen müssen.

Sonderheft: Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Zweite Reihe: Der neue Kurs. — „Archiv für Politik und Geschichte", Januar 1924.

Dieses Sonderheft vermittelt einen sehr guten Einblick in den Inhalt der zweiten Serie der grossen Aktenpublikation. Der Herausgeber, Dr. Thimme, berichtet über die Methoden der Edition; Albrecht Mendelssohn-Bartholdy schreibt über den Willen zum Krieg in Europa 1890—1898; zum Abdruck gelangt ferner der Vortrag, den Friedrich Stieve in der Gesellschaft für Erforschung der Kriegsursachen als Würdigung des Gesamtinhalts der zweiten Serie gehalten hat; Oberst Schwertfeger gibt in seinem

Beitrag „Das erste Jahrzehnt Wilhelms II." eine detaillierte Inhaltsangabe der einzelnen Bände; Dr. A. Frankenfeld zeigt, in wie krassem Widerspruch die vielfachen Aeusserungen Poincarés über die Vorgeschichte des Krieges zur historischen Wahrheit stehen; Heinz Trützschler von Falkenstein veröffentlicht aus seinem höchst beachtenswerten Buch „Bismarck und die Kriegsgefahr des Jahres 1887" das Kapitel über „Bismarck und die Neutralität Belgiens im Februar 1887"; den Schluss dieses inhaltreichen Heftes bildet eine Arbeit von Oberst Schwertfeger über „Die deutsch-französischen Beziehungen in den letzten Jahren des alten Kurses", die durch Mitteilung neuer diplomatischer Dokumente aus den französischen Archiven ihre besondere Bedeutung erhält.

Bücherschau.

Official Germans Documents relating to the World War. In two volumes. Translated under the supervision of the Carnegie Endowment for International Peace, Division of International Law. New York, Oxford University Press, 1923.

Eine amerikanische Ausgabe der stenographischen Protokolle des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Deutschen Reichstages.

Owen, Robert L.: The inner Secrets of European Diplomacy disclosed for the first Time to the American Public. Congressional Record, Sixty-eigth Congress, First Session. Washington, Government Printing Office, 1923.

Rothfels, Hans: Bismarcks englische Bündnispolitik. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin, 1924. 114 S. (Eingehende Besprechung in der „Kölnischen Volkszeitung", 11. 2. 1924, Nr. 111.)

Vénalité de la Presse. Librairie de „L'Humanité", Paris 1924. Diese Sammlung, die demnächst erscheint, wird die von der „Humanité" veröffentlichten Dokumente über die Bestechlichkeit der französischen Presse, darunter auch eine Reihe noch unbekannter Schriftstücke enthalten.

Trützschler von Falkenstein, Heinz: Bismarck und die Kriegsgefahr des Jahres 1887. Mit Benutzung unveröffentlichter Akten des Auswärtigen Amts und des Reichsarchivs. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin, 1924.

Wilson, Woodrow: Memoiren und Dokumente über den Vertrag zu Versailles anno 1919. Herausgegeben von St. S. Baker. Deutsch von Kurt Thesing. Bd. 3, 497 S. Paul List, Leipzig, 1924.

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 48.

Senator Owen über die Ursachen des Krieges.

Frederick Bausman,
ehemaliges Mitglied des obersten Gerichtshofs des Staates Washington und
Verfasser von „Und Frankreich?“ (Let France Explain.)

Am 17. Dezember vorigen Jahres fand in dem Oberhause des Kongresses der Vereinigten Staaten eine sehr bemerkenswerte Erörterung über den Ursprung des Krieges statt. Die Rede hielt der Senator Robert L. Owen. Dieser Staatsmann steht seit achtzehn Jahren als Senator im öffentlichen Dienste. Er ist ein erfolgreicher Anwalt, Bankier und Geschäftsmann. Er hat Europa bereist und durch persönliche Beobachtung seine Untersuchungen ergänzt.

Ursprünglich teilte Senator Owen die allgemeine Auffassung von der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege. Er zweifelte ebensowenig daran, wie die meisten anderen Amerikaner, und er billigte durchaus, dass Amerika in den Krieg eintrat. Er glaubte der ungeheuren Propaganda, die von der Entente betrieben wurde, und man brauchte nur einen kleinen Teil davon zu glauben, um in Deutschland den grossen Verbrecher zu sehen. Er ist ein geborener Amerikaner. Kurzum, es kann nicht bezweifelt werden, dass er das ist, was man einen „hundertprozentigen Amerikaner“ nennt, und der hartgesottenste Northcliffianer oder französische Propagandist wird keine frühere Handlung oder Äusserung von ihm entdecken können, die Anlass gäbe, sich über seine treue Anhänglichkeit an die Entente zu beklagen.

Vor einem Jahre oder länger wurde die Aufmerksamkeit dieser öffentlichen Persönlichkeit zufällig auf einige Bücher gelenkt, die die französischen Agenten nicht ganz hatten unterdrücken und am Umlauf hindern können: auf Neilsons „Wie Diplomaten Krieg machen“ (im Original: „How Diplomats Make War“) und auf meine eigne Arbeit „Und Frankreich?“ (im Original: „Let France Explain“); der Verfasser des ersteren war sechs Jahre lang Mitglied des englischen Parlaments gewesen. Diese Literatur machte ihn wiederum auf andere Werke aufmerksam, so auf die glänzenden Beiträge E. D. Morels in London, die leider in den Vereinigten Staaten viel weniger bekannt sind als in England.

Die von diesen Schriftstellern beigebrachten Tatsachen und Beweise schienen dem Senator Owen so überwältigend zu sein, dass er sich einem eingehenden Studium der ganzen Frage hingab. Seine Rede,

die vierundvierzig von den grossen Seiten der Kongressberichte (des „Congressional Record“) oder etwa hundertundfünfzig Seiten eines Oktavbandes füllt, ist in sich selbst eine inhaltsreiche Broschüre und ein wesentlicher Beitrag zu der Literatur über die „Kriegsschuld“. Es genügte ihm nicht, die verschiedenen Schriftsteller über diesen Gegenstand nur zu lesen. Er analysierte vielmehr sorgfältig und mit grossem Scharfsinn die verschiedenen Beweise für und wider, brachte auch seinerseits Tatsachen und eigne Ideen bei, an denen man nicht vorbeigehen kann.

Ohne im geringsten den rein militärisch eingestellten Teil des deutschen Volkes zu entschuldigen oder ihm gar ein Loblied zu singen, legt er doch in der klarsten Weise die gefährliche Lage des deutschen Reiches dar, das rundum von Feinden umgeben und ohne natürliche Grenzen war. Er zeigt die ausserordentlichen Vorbereitungen, die Deutschlands Gegner schon Jahre vor dem Kriege getroffen hatten. Er zitiert viele von deren eignen Schriftstellern, die geradezu frohlockten, dass die Macht auf Seite der Franzosen und Russen immer mehr wuchs, um Deutschland, wenn erforderlich, angreifen und niederwerfen zu können. Über die Ausgaben der Entente vor dem Kriege werden die zuverlässigsten statistischen Feststellungen mitgeteilt. Die Theorie, dass sie überrascht worden oder unvorbereitet gewesen sei, wird vollständig der Lächerlichkeit preisgegeben.

Senator Owen sagt:

„Die Dokumente, auf die ich die Aufmerksamkeit des Senats gelenkt habe, scheinen mir klar zu beweisen, dass die deutschen militaristischen Herrscher den Krieg nicht wollten, dass sie versuchten, den Krieg zu vermeiden, und dass sie nur deshalb in den Krieg gingen, weil nach ihrer Ueberzeugung die beharrlichen Mobilisierungen Russlands und Frankreichs den Entschluss zum Kriege bedeuteten und im geheimen als eine Kriegserklärung Russlands und Frankreichs an Deutschland beabsichtigt waren. Die Dokumente zeigen, dass die russischen und französischen Führer zum Kriege entschlossen und dass die Mobilisierungen als Beginn eines Krieges beabsichtigt waren, der viele Jahre hindurch eingehend vorbereitet und dessen vollständige Feldzugspläne in jährlichen Konferenzen ausgearbeitet vorlagen.“

Senator Owen ist so der erste Staatsmann unter den Gegnern Deutschlands von gestern, der sich im Parlament äussert und einer gesetzgebenden Körperschaft als deren Mitglied die Schlussfolgerung unterbreitet, dass nach den offen gelegten Archiven dieser Krieg mehr oder weniger der deutschen Regierung aufgezwungen worden ist. Seine Rede ist daher von der äussersten Wichtigkeit. Von der französischen Propaganda in Amerika und von gewissen Einflüssen von Banken, die bei dem Umlauf französischer Bonds beteiligt sind, werden alle Anstrengungen gemacht, diese Beweisführung so weit als möglich der öffentlichen Kenntnis vorzuenthalten. Da sie indessen in den Kongressberichten abgedruckt ist, so verbürgt schon diese Tatsache eine weite

Verbreitung. Zudem sind auf Kosten des Senators und seiner Freunde Sonderabdrücke hergestellt und in grossem Umfange verteilt worden.

Die Wichtigkeit hiervon wird man erkennen, wenn wir uns klar machen, dass Amerika bis jetzt weit hinter allen europäischen Ländern in der Kenntnis der ursprünglichen Sachlage vor dem Kriege zurückstand. Mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt, hatte das Volk der Vereinigten Staaten tatsächlich keine Ahnung von der Ausdehnung der Rüstungen vor dem Kriege und von dem sicheren Herannahen des grossen Konflikts. Seine Unwissenheit war verblüffend. Es hörte erst wenige Tage vorher von dem drohenden Ausbruch des Krieges und dann von dem deutschen Vormarsch durch Belgien. Millionen von Amerikanern wussten noch nicht einmal, dass Frankreich und Russland Verbündete seien. Millionen von Amerikanern glaubten, dass Russland in Wirklichkeit Frankreich zu Hilfe käme gegen einen wohlbedachten und sorgfältig geheim gehaltenen Überfall seines Nachbarn von der anderen Seite des Rheins. In einem Augenblick waren die Kabel durchschnitten, und die deutsche Auffassung der Geschehnisse sickerte nachhinkend erst dann durch, als sich bei den Amerikanern die Ansicht festgesetzt hatte, dass der Einfall in Frankreich und Belgien durchaus unentschuldbar, leichtfertig und wohl beabsichtigt gewesen sei. Es war, mit anderen Worten, eine Stimmung geschaffen, in der jene andere Auffassung durchaus unwillkommen war, in der sogar davon überhaupt nicht gesprochen werden konnte.

Selbst zu dieser letzten Stunde ist nichts wichtiger für das deutsche Volk, als die vollständige Klarlegung der Schuld Frankreichs und Russlands. Noch viele Vereinbarungen zwischen der Entente und den Deutschen sind zu treffen. Es ist ausgeschlossen, dass irgendeine dieser Vereinbarungen ihrer Natur nach die letzte sein kann. Der Schuldner ist so erschöpft, dass niemand die postive Erfüllung irgendeiner Verpflichtung, die Deutschland auf sich nähme, voraussagen könnte. In den Verhandlungen, die einsetzen müssen, ist es von äusserster Wichtigkeit, dass die Vertreter der Gläubiger Deutschlands sich mit dem Bewusstsein an den Verhandlungstisch setzen, wenn sie es auch nicht öffentlich zugeben, dass es hinsichtlich der Veranlassung des Krieges mehr Sünder gibt, als nur einen einzigen.

Für unsere zahlreichen englisch sprechenden Leser bringen wir nachstehend noch den Originaltext des Aufsatzes zum Abdruck.

Die Schriftleitung.

SENATOR OWEN ON THE CAUSES OF THE WAR.

Frederick Bausman.

former member of the Suprem Court of the State of Washington and author of "Let France Explain" (und Frankreich?).

On the 17th of last December. there occurred in the upper house of the United States Congress a very remarkable discussion of the origins of the war. The speech was delivered by Senator Robert

L. Owen. This statesman is in the eighteenth year of his public service as a Senator. He is a successful lawyer, banker and man of affairs. He has traveled in Europe and added personal observation to research.

Senator Owen originally shared the common opinion of Germany's being solely guilty. He had no more doubt about it than most other Americans, and he was glad when America entered the war. He believed the enormous propaganda issued by the Entente, for one had only to believe a small part of it to regard Germany as a great criminal. He is a native born citizen. In short his record as what is called "one hundred per cent. American" cannot be doubted, nor can the hottest tempered Northcliffian or French propagandist find a previous act or utterance of his to complain of concerning fidelity to the Entente.

A year or more ago the attention of this public man was casually drawn to some of the books which the French agents in America have not been entirely able to keep from circulating: Neilson's "How Diplomats Make War" and my own "Let France Explain" (in German: "und Frankreich?"), the former by one who had lately been a member of the English Parliament during six years. This literature brought to his attention other works, such as the sphlendid contributions of E. D. Morel, of London, unfortunately not so well known in the United States as in England.

So overwhelming did the facts and arguments adduced by these writers appear to Senator Owen that he made a deliberate study of this whole question. His speech, which fills forty-four of the large pages of the Congressional Record, or about one hundred fifty pages of an octavo volume, is itself a substantial brochure and contribution to the literature of the "war guilt". He has not been satisfied with merely reading the various writers on this subject. He has carefully analyzed with great acumen the various arguments pro and con, contributing facts and ideas of his own which cannot be disregarded.

Not in the least apologizing for or casting eulogiums upon the purely military branch of the German people, he nevertheless points out in the clearest way the dangerous situation of the German Empire, surrounded by foes without natural defences of tis own. He shows the overwhelming preparations of the adversaries of Germany for years before the war. He quotes from many of their own writers indicating an exultation on the part of French and Russians in their increasing power to attack, if necessary, and defeat Germany. The most reliable statistics are given as to the expenditures of the Entente before the war. The theory of their being surprised or unprepared is made absolutely ridiculous.

Senator Owen says:

"The records to which I have called the attention of the Senate appear to demonstrate that German militaristic rulers did not will the war, tried to avoid the war, and only went into war because of their conviction that the persistent mobilizations of Russia and France meant a determination on war and were secretly intended as

a declaration of war by Russia and France against Germany. The records show that the Russian and French leaders were determined on war and intended the mobilizations as the beginning of a war which had for many years been deliberately prepared and worked out by complete plans of campaign through annual military conferences."

Senator Owen is thus the first statesman among the recent adversaries of Germany to utter in legislative halls and to offer to a legislative body, as one of its members, the conclusion that under revealed archives this war was more or less forced upon the German Government. His adress is consequently of the highest importance. Every effort is made by the French propaganda in America and certain banking influences connected with the flotation of French bonds to keep his argument as far as possible from public notice. Printed however in the Congressional Record, it derives through that alone a large circulation. In addition to this, extra impressions have been made at the cost of the Senator or his friends, and have been very widely distributed.

The importance of this will be seen when we reflect that America has been hitherto far behind all European countries in a knowledge of the original or prewar situation. Absorbed in their own affairs, the people of the United States knew positively nothing about the extent of armaments before the war and of the almost certain approach of that great conflict. Their ignorance was extreme. They heard only of a war breaking out on a few days' notice and of the German rush through Belgium. Millions of Americans did not even know that France and Russia were allies. Millions of Americans believed that Russia really came to the assistance of France against a premeditated and carefully concealed assault by her neighbor on the other side of the Rhine. In a moment the cables were cut, and the German side of the story came lagging behind only after the invasion of France and Belgium had seemed to Americans to be wholly inexcusable, wanton and designed. A feeling in other words was created where the other side of the story was unwelcome, but for that matter the other side of the story could not be told at all.

Even at this late day nothing is more important to the German people than that the guilt of France and Russia be thoroughly exposed. Many further settlements are yet to be made between the Entente and the Germans. It is impossible that any one settlement is in its nature the last. The debtor is so exhausted that nobody can predict Germany's positive fulfilment of anything which she may now undertake. In the debates which must ensue, it is of primary importance that the representatives of Germany's creditors come to the council table with a knowledge in their own minds, even if they do not publicly admit, that there were more sinners than one in the origins of this war.

Noch einiges von der russischen Mobilmachung im Jahre 1914 [1]).

General Sergei Dobrorolski.

Unter den Gründen, die unmittelbar im Jahre 1914 den Krieg hervorgerufen haben, wird ständig die Mobilisation der russischen Armee genannt. Die Eile, mit der in Russland an die Mobilisation geschritten wurde, untergrub die Möglichkeit für internationale Verhandlungen hinsichtlich des österreichisch-serbischen Konflikts. Diese Verhandlungen fingen gerade an in Gang zu kommen, als der Mobilmachungsbefehl erging.

Diese Auffassung findet sich immer häufiger in der umfangreichen Literatur über die „Kriegsschuldfrage" in Deutschland. In den Arbeiten über diese Frage wird der russischen Mobilisation im Juli 1914 die Bedeutung eines wichtigen politischen Ereignisses zugeschrieben, die den letzten Anstoss zur Weltkatastrophe gegeben habe.

Eine derartige Auffassung unserer Mobilisation erfordert eine aufmerksame Betrachtung aller und sogar der geringfügigeren Umstände, unter denen in Petersburg der Entschluss, die militärischen Kräfte des Reiches zu mobilisieren, heranreifte. Nur ein vollständiges Bild der politischen Atmosphäre jener Tage ermöglicht die objektive Feststellung, in welchem Grade dieser Entschluss die schicksalsschwere Rolle bei den folgenden Ereignissen spielen konnte. Um aber ein solches Bild zu gewinnen, ist es wichtig, alle Einzelheiten der Entwicklung der Mobilmachung nach dem österreichischen Ultimatum an Serbien festzuhalten. Mit diesen Einzelheiten befasst sich der vorliegende Aufsatz. Ich habe nicht die Absicht, ein allgemeines politisches Bild zu geben. Dieser Aufsatz ergänzt die erste im Jahre 1922 veröffentlichte Arbeit [2]), als ich noch nicht voraussetzte, dass unserer Mobilmachung bei der Erforschung der Kriegsursachen eine derartige Bedeutung zugemessen werden könnte.

Ausserdem kann man sich auf Grund der in den letzten zwei Jahren erschienenen Memoiren von der unrichtigen Auslegung verschiedener, mit den Mobilmachungsmassnahmen in Verbindung stehender Tatsachen überzeugen und — von der falschen Angabe des Zeitpunkts, wann diese Massnahmen ergriffen worden sind. In der ausländischen Presse finden sich zahlreiche Trugschlüsse über die Mobilmachung. Es erklärt sich dieses vielfach aus dem Unverständnis gegenüber dem wahren Sinn der in Russland getroffenen Kriegsmassnahmen. Hier und da tritt auch eine beabsichtigte Tendenz bei ihrer Beurteilung zu Tage.

---

[2]) General Sergei Dobrorolski „Die Mobilmachung der russischen Armee 1914". Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W. 8.

Ich werde mich zuerst mit den tatsächlichen Einzelheiten beschäftigen und hierauf einige Schlussfolgerungen ziehen.

I.

Bis zum 11./24. Juli waren nicht die geringsten Anzeichen der kommenden Ereignisse im Petersburger Generalstabe zu bemerken. Niemand dachte an die Möglichkeit einer baldigen Mobilisation, wofür folgendes als Beweis dienen kann.

Ende Juni wurde ich von Januschkewitsch nach Lomscha abkommandiert zur Teilnahme an einer Rundreise des Generalstabes durch den Warschauer Militärbezirk unter dem General Oranowski. Das Programm der Rundreise war äusserst lehrreich: Operationen grösserer Kräfte auf dem rechten Narewufer im Raum Lomscha—Ostrolenka und die Untersuchung der Übergangsmöglichkeiten der Narewnebenflüsse Pissa und Skrwa. Die Reise beanspruchte zirka zwei Wochen und am 4./17. Juli traf ich wieder in Petersburg ein.[1])

In den Petersburger Kanzleien herrschte sommerliche Stille. Ich wollte dieselbe zu einem Auslandsurlaub benutzen und beschleunigte meine Abreise, um nicht später als Mitte August zurückkehren zu können, da mir eine Dienstreise zu einer Probemobilisation in Sibirien bevorstand. Es sollte die Mobilisationsbereitschaft der Reserve-Infanterie erprobt werden.

Zur selben Zeit reiste General Daniloff, der Generalquartiermeister des Generalstabes, in den Kaukasus.

Mein Auslandsurlaub sollte am 7./20. oder 8./21. Juli beginnen. Die schriftliche Genehmigung Januschkewitschs hatte ich in der Tasche, und nur die Beschaffung des Auslandspasses und der Zivilkleider verzögerte meine Abreise um einige Tage. Für die zufällige Verzögerung meiner Abreise bin ich dem Schicksal nachher dankbar gewesen; denn wenn ich unmittelbar vor Ausbruch des Krieges auf meiner Rückreise Deutschland passiert hätte, wäre ich wegen meiner dienstlichen Stellung in Russland vielleicht verhaftet worden.

Ich erinnere mich noch ganz deutlich an die nervöse Stimme Januschkewitschs, als er mich um die Mittagszeit des 11./24. Juli durch das Haustelephon, mit dem unsere Arbeitszimmer im Generalstabe verbunden waren, anrief. Dieser Augenblick ist der wichtigste Wendepunkt meines Lebens geworden. Von dem Augenblick an bis heute bin ich nicht mehr zu Ruhe und Zufriedenheit gekommen. Als ich auf den telephonischen Anruf in Januschkewitschs Arbeitszimmer trat, erfuhr ich als erstes, dass Russland am Vorabend möglicher Ereignisse von ungeheuerer Tragweite stehe. Erst von diesem Tage an — dem 11./24. Juli — tauchte in Petersburg die konkrete Möglichkeit eines Krieges in nächster Zukunft auf. Wenn auch schon seit mehreren Jahren die Wahrscheinlichkeit eines europäischen Krieges bestand, so waren doch

[1]) Derartige Reisen wurden in allen Militärbezirken jährlich vorgenommen und dienten der praktischen Ausbildung der Generalstabsoffiziere, wobei auch verschiedene strategische und taktische Aufgaben gelöst wurden.

bisher beide Parteien bestrebt, mit den Mitteln der Politik den schicksalsschweren Zusammenstoss hinauszuschieben, in der Erkenntnis, dass ein schlechter Friede immerhin besser sei, als ein guter Krieg.

Erst vom 11./24. Juli an begann im Militärressort eine fieberhafte Tätigkeit, in dem Bewusstsein, dass vielleicht morgen schon die gesamte Staatsmaschine und vor allem die Armee die Feuerprobe zu bestehen habe.

In seinen Erinnerungen [1]) behandelt W. A. Suchomlinow die Sitzung des Ministerrats in Krassnoje Selo am 25. Juli und erzählt, dass er zu dieser Sitzung in völliger Unkenntnis ihres Zwecks hingefahren sei. Hierin täuscht er sich: am 12./25. Juli konnte er kaum Überraschungen erleben. Schon am Morgen des 12./25. Juli begaben sich die Truppen des Lagers von Krassnoje Selo in ihre Wintergarnisonen, und in den Kriegsschulen erfolgte die Beförderung der Junker zu Offizieren. Diese beiden Massnahmen sind in der Aufzählung der ersten erlassenen Verfügungen enthalten, die ich am 11./24. Juli Januschkewitsch übergab, als er im Begriff stand, zum Ministerrat zu fahren. Diese Massnahmen wurden in der Sitzung bekanntgegeben und sind wahrscheinlich unter dem Einflusse Sasonows gutgeheissen worden, welcher, wie Suchomlinow schreibt, ein ausführliches Bild der politischen Lage gab und sich energisch für eine aktive Unterstützung Serbiens aussprach.

Vom 13./26. Juli an war für das gesamte Reich der „Vorbereitungszustand für den Krieg" verfügt. In der deutschen Literatur findet sich teilweise eine unrichtige Auffassung von diesem Zustande. Das diesbezügliche Gesetz war in den letzten zwei Jahren ausgearbeitet worden. Die Notwendigkeit für das Gesetz entstand im Jahre 1912, als unter dem Einflusse der Schwierigkeiten mit Österreich Allerhöchst verfügt wurde, dass der Beginn der Mobilisation als der Beginn feindseliger Handlungen anzusehen sei. [2])

Es bedurfte eines besonderen Gesetzes, durch welches vor Beginn der Mobilisation und des Krieges ein Zustand geschaffen wurde, der die Möglichkeit gab, schleunigst alle Massnahmen zu treffen, die die Mobilmachung beschleunigen und die strategische Zusammenziehung der Armee erleichtern konnten, Massnahmen, welche im Frieden dem Staatsbudget verderblich und für die Bevölkerung drückend sein würden.

Alle diese ausserordentlichen Massnahmen kann man in zwei Kategorien zusammenfassen. Zur ersten Kategorie gehören diejenigen, deren Durchführung keine neuen Ausgaben verursachen; für die Durchführung der Massnahmen der zweiten Kategorie bedurfte es jedoch der Bereitstellung von Mitteln aus der Zentralkasse für die örtlichen Stellen.

Der Entwurf des Gesetzes wurde in interressortlichen Beratungen ausgearbeitet unter dem Vorsitz des Generals Lukomski, in seiner Eigenschaft als Leiter der Mobilisationsabteilung, worin er mein Vorgänger

---

[1]) Seite 357.

[2]) Im November 1912 wurde diese Verfügung aufgehoben. Für den Beginn kriegerischer Handlungen bedurfte es eines besonderen Telegramms des Kriegsministers.

war, während ich, als sein Gehilfe, Glied der Beratungskommission war. Das Gesetz war geheim und wurde der Reichsduma nicht vorgelegt, das Projekt wurde von unserer Beratungskommission dem Ministerrat eingereicht und vom Zaren am 17. II./2. III. 1913 bestätigt. Dieser Tag der Bestätigung des Gesetzes wird von verschiedenen ausländischen Schriftstellern irrtümlich für den Anfangstermin der Einführung der eigentlichen Vorbereitungsperiode zum Kriege im gesamten Reichsgebiet angesehen. Ich lasse hier den wörtlichen Text der ersten zwei Punkte des Gesetzes folgen:

„1. Die Vorbereitungsperiode zum Kriege nennt man eine Periode der diplomatischen Spannung, die dem Beginn der Kriegsoperationen vorausgeht — eine Periode, in der alle Behörden verpflichtet sind, sämtliche erforderlichen Massnahmen zur Vorbereitung und Sicherstellung des Erfolges bei der Mobilmachung der Armee, der Flotte und der Festungen und der darauf folgenden Entwicklung der Armee an der bedrohten Grenze zu ergreifen.

2. Der Beginn der „Vorbereitungsperiode zum Kriege“ wird unabhängig von dem Gange der diplomatischen Verhandlungen vom Ministerrat nach Allerhöchster Bestätigung festgesetzt.“

Ausser anderen Massnahmen wurde vom Ministerrat am 11./24. Juli gegen 5 Uhr nachmittags beschlossen, im gesamten Reichsgebiet vom 13./26. Juli ab die Vorbereitungsperiode zum Kriege zu erklären, wobei alle Massnahmen beider Kategorien zu treffen seien.

Die Tatsache, dass dieser Zustand in ganz Russland eingeführt wurde, ungeachtet der Versicherungen der russischen Regierung, dass sie einen scharfen Unterschied in ihren Beziehungen zu Österreich und Deutschland mache, hat vielfach Verwunderung erregt.

Die Massnahmen der Vorbereitungsperiode konnten unmöglich auf bestimmte Grenzen beschränkt werden. Können Massnahmen, wie Verfügungen, betreffend den ausserordentlichen Schutz staatlicher Betriebe und Militärlager, die Einführung der Kriegszensur, die Rückbeorderung in Urlaub befindlicher Offiziere zu ihren Truppenteilen, das Verbot der Ausfertigung von Auslandspässen an Militärpflichtige, der Schutz der Eisenbahnbauten, Brücken, Viadukte usw. auf bestimmte Rayons in Abhängigkeit von dem Grenzbezirk, für den sie gelten, beschränkt werden, wenn sie ihrer Bedeutung entsprechend wirksam werden sollen?

Es unterliegt keinem Zweifel, dass es vom militärischen Standpunkt aus für Russland in den Julitagen 1914 zweckmässig war, keinen Unterschied in den Kriegsvorbereitungen gegen Österreich-Ungarn und gegen Deutschland zu machen.

Das damalige offizielle Deutschland war zur Zeit des österreichischen Ultimatums an Serbien fest entschlossen seine Bündnispflicht aufrichtig, wie im Jahre 1909, zu erfüllen. In seinen Memoiren zitiert der Feldmarschall Conrad im vierten Bande ein Protokoll der Sitzung des Ministerrats unter dem Vorsitz des Grafen Berchthold vom 7. Juli 1914 in Wien; nach dem Protokoll hat Graf Berchthold bei Eröffnung der Sitzung auf die unbedingte Unterstützung seitens Deutschlands im Falle

kriegerischer Verwickelungen mit Serbien hingewiesen;[1]) es konnte auch gar nicht anders sein.[2]) Der seit dem Jahre 1908 herangereifte österreichisch-serbische Konflikt musste zum Prüfstein für das System der Bündnisse werden, die sich in Europa im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts gebildet hatten. Die russische Regierung, die im Juli 1914 militärische Vorbereitungsmassnahmen gegen Österreich-Ungarn ergriff, musste daran denken, dass Schulter an Schulter mit diesem Staate das verbündete Deutschland stand.

Mit der Vorbereitungsperiode zum Kriege am 13./26. Juli begann eine intensive Arbeit in der Mobilmachungsabteilung. Mussten doch unverzüglich zahlreiche Mobilmachungsmassnahmen durchgeführt werden, die bisher durch das in Russland übliche Kanzleiwesen behindert worden waren. Bei ihrer Ausarbeitung bedurfte es der Teilnahme mehrerer Ressorts, und Tage vergingen, bis in diesen Fragen Einstimmigkeit erzielt werden konnte.

Ein so wichtiges Gesetz, wie dasjenige über die Befugnisse der Militärbefehlshaber im Kriege, wurde in der Sitzung des Komitees des Generalstabes am Abend des 11./24. Juli nach Januschkewitschs Rückkehr aus dem Ministerrat in Krassnoje Selo erledigt. Unsere Armee zog in den Krieg ohne ein Gesetz, welches die gesamte Organisation der obersten Militärverwaltung an der Front und den Ausbau der Etappe regeln sollte. Auf der Sitzung waren verschiedene Teilnehmer der Ansicht, dass es in Anbetracht des bevorstehenden Krieges eines neuen Gesetzes gar nicht bedürfe, und man es bei dem schon während des japanischen Krieges erprobten Gesetze von 1900 bewenden lassen könnte. Das Projekt des Gesetzes, betreffend die Stellung von Lastkraftwagen und leichten Automobilen seitens der Bevölkerung, stand auf der Tagesordnung der Reichsduma, die gerade in die Sommerferien gegangen war. In der Armee herrschte ein grosser Mangel an Automobilen. Das Gesetz musste daher schleunigst auf ausserordentlichem Wege durchgeführt werden. Es wurde durch Allerhöchsten Befehl an die Mobilmachungsabteilung am 14./27. Juli 1914 bestätigt.

Der Generalstab war in diesen Tagen vom 12./25.—15./28. Juli mit Arbeit überlastet. Ich verbrachte die ganzen Tage in der Verwaltung

---

[1]) Aus meiner Dienstzeit 1906—18, IV. Band, Seite 43—44.

[2]) Anmerkung der Schriftleitung: Die von Graf Berchthold im Ministerrat vom 7. Juli gebrauchte Wendung, wonach „sowohl Kaiser Wilhelm als Herr von Bethmann Hollweg uns für den Fall einer kriegerischen Komplikation mit Serbien die unbedingte Unterstützung Deutschlands zugesichert hatte“, geht über die Mitteilung Bethmann Hollwegs an den deutschen Botschafter in Wien, Herrn von Tschirschky, hinaus. Vergleiche Deutsche Dokumente Nr. 15. Es heisst hier nur, dass Seine Majestät „im Einklang mit seinen Bündnispflichten und seiner alten Freundschaft treu an Seite Österreich-Ungarns stehen werde“. — Im Entwurf standen ursprünglich hinter „Freundschaft“ die Worte „unter allen Umständen“, die aber vom Reichskanzler gestrichen wurden.

und kam immer erst spät in der Nacht nach Hause. Alles dieses zeigt, wie wenig wir zum Kriege vorbereitet waren. Suchomlinow schreibt, dass unsere Armee zwei Jahre später in der Lage gewesen wäre, das „politische Problem auf dem Kontinent“ zugunsten Russlands zu entscheiden.[1]) Dieses ist vollkommen richtig, besonders im Hinblick darauf, dass erst im Jahre 1913 die russische Armee mit der Durchführung ihres grossen Verstärkungsprogramms beginnen konnte, das auf fünf Jahre, also von 1913—1917, berechnet war. Wenn es Russlands Absicht war, Krieg zu führen, so hätte unsere Politik den kriegerischen Zusammenstoss bis zum Jahre 1916 hinausschieben müssen.

Die Erinnerungen Suchomlinows lassen erkennen, dass es ihm, als der verantwortlichen Person für die Kriegsbereitschaft der Armee, an Charakter fehlte, unsere mangelnde Kriegsbereitschaft im Ministerrat am 11./24. Juli offen einzugestehen, wie es sein Vorgänger, der General Rediger, im Jahre 1909 getan hatte.[2]) Man kann sich mit dieser passiven Widerstandslosigkeit unmöglich einverstanden erklären. Massgebend war auf dieser Sitzung anscheinend Sasonow, und aus der schweigenden Zustimmung Suchomlinows musste der Ministerrat den Eindruck gewinnen, dass Russland dieses Mal mit Erfolg aktiv hervortreten könne. Für die mangelnde Kriegsbereitschaft der Armee im Jahre 1914 kann man zahlreiche Beweise anführen. Mir fällt ein besonders charakteristischer Fall ein. In diesen Tagen erschien bei mir der Chef der Haupt-Artillerieverwaltung General Kusmin Karawajew. Er teilte mir mit, dass die Feldhaubitzen Kaliber 48 den Reserve-Feld-Mörser-Divisionen noch immer nicht aus Petersburg zugeteilt worden seien, und er wollte von mir in Erfahrung bringen, in welche Militärbezirke sie in erster Linie zu schicken seien. Als ich ihm erklärte, dass die allgemeine Mobilmachung bevorstehe, konnte er seine Erregung nicht verbergen. Schon vor einem Jahr, im Mai 1913, hatte der Kriegsminister gelegentlich einer Probemobilisierung der 16. Mörser-Division in Pensa befohlen, dass die gesamte Reserve-Artillerie mit dem erforderlichen Material für den Kriegsfall auszurüsten sei; aber die Hauptartillerieverwaltung hatte, unter Ausnutzung des Umstandes, dass an der Spitze der Artillerie ein Grossfürst stand, sich nicht beeilt, die Befehle des Kriegsministers auszuführen.

Die artilleristische und technische Ausrüstung unserer Armee war im Jahre 1914 unbefriedigend. Der Armee fehlte es besonders an Automobilen und Motorrädern; nach der Reform vom Jahre 1910 war unsere Reserve-Infanterie nicht kampfbereit und schon in den ersten Schlachten machte sich in vielen Reserve-Divisionen eine Erschütterung bemerkbar. Die massenhaften Waffenstreckungen an der deutschen Front begannen in unseren Reserve-Divisionen. Gerade bei Ausbruch des Krieges waren

[1]) Erinnerungen Seite 350.

[2]) Seite 360 der Erinnerungen. Hier sagt Suchomlinow, dass „Russland noch nie so gut zum Kriege vorbereitet war, wie im Jahre 1914“. Das widerspricht seinen eigenen Worten auf Seite 350. Mit dieser Auffassung kann man sich nicht einverstanden erklären.

unsere Festungen mitten im Umbau begriffen, was besonders für Kowno und Nowo Georgiewsk gilt. Der Ausbau der Eisenbahnen, der im Einverständnis mit dem Chef des französischen Generalstabes geplant war, befand sich noch in weiter Ferne.

II.

Während im Kriegsministerium fieberhafte Tätigkeit herrschte, um die bisher liegengebliebenen Arbeiten zu vollenden, bemächtigte sich unserer Diplomatie grosse Erregung. Zwischen der Mordtat von Serajewo und dem österreichischen Ultimatum[1]) an Belgrad waren 26 Tage vergangen. Als Sasonow von dem Ultimatum Kenntnis erhielt, rief er aus: „c'est la guerre européenne". Aber dieser Ausruf bezeugt den Bankerott seiner Politik. Das Ultimatum überraschte ihn völlig. Während eines ganzen Monats versäumte es die russische Diplomatie, die Folgen des Attentats von Serajewo vorauszusehen, und als nun die für sie unerwartete Entscheidung gefallen war, war es für die Politik zu spät. Jetzt allerdings bemühte er sich, die Frist des Ultimatums zu verlängern und eine Abänderung der Bedingungen durchzusetzen, aber nun war es zu spät: Österreich konnte nicht mehr zurückweichen.

Am 15./28. Juli erklärte Österreich an Serbien den Krieg. Die russische Politik war in den fünf letzten Tagen nicht mehr imstande gewesen, den Ereignissen eine andere Richtung zu geben. Dies wäre nur früher möglich gewesen: aber da legte unsere Diplomatie eine unbegreifliche Sorglosigkeit an den Tag. Zur Zeit des Ultimatums waren sogar die russischen Botschafter in Berlin, Wien und Paris im Sommerurlaub. Sasonow nahm seine Zuflucht zu dem letzten Mittel in der Politik — der Kriegsdrohung. Anfänglich schlug er eine Art bewaffneter Neutralität im Hinblick auf die Teilmobilmachung vor; aber in diesen fünf Tagen war die Frage über die Gefahr dieser Mobilisation von seiten des Generalstabes so klar beantwortet worden, dass Sasonow sich den Ausführungen der militärischen Fachleute nicht mehr verschliessen konnte.

Allein der Zar widerstrebte immer noch und wünschte die Verfügung der allgemeinen Mobilmachung zu vermeiden. Die Berichte Januschkewitschs über die teilweise und allgemeine Mobilmachung waren ihm peinlich. Er wünschte weder die eine noch die andere, neigte aber eher zu der Teilmobilmachung, die seiner Ansicht nach die Lage weniger kriegsdrohend gestalten könnte.

Ich erinnere mich, wie ich am 13./26. oder 14./27. Juli zu Januschkewitsch nach seinem Vortrag in Peterhof gerufen wurde und er mir die Allerhöchste Verfügung mitteilte, dass es erforderlich sei, so bald es die politische Lage erlaube, an eine Umarbeitung des Mobilisationsplanes heranzugehen: der neue Plan sollte die Möglichkeit bieten, die Mobilmachung in jedem einzelnen Militärbezirk selbständig und

---

[1]) Die Diplomaten vermeiden es, die am 23. Juli in Belgrad Pasitsch übergebene österreichische Note ein Ultimatum zu nennen, de facto aber war die Note ein solches.

unabhängig von andern durchzuführen. Auf diese Weise meinte er die Teilmobilisation durchführen zu können, ohne die allgemeine Mobilmachung zu stören. Wenn man die Ungleichmässigkeit unserer Bevölkerung, ihre in den einzelnen Gebieten verschiedenartige kulturelle Entwickelung, die mangelnde Technik, das unzureichende Eisenbahnnetz in Betracht zieht, so muss der Wunsch des Zaren tatsächlich als undurchführbar bezeichnet werden. Die Teilmobilmachung ist in Russland nur bei einem, an den asiatischen Grenzen entstehenden Kriege möglich.

Für alle Personen, die sich für die Ursachen des Kriegsausbruchs interessieren, erscheint der Zeitpunkt, an dem die allgemeine Mobilmachung beschlossen worden ist, als der Angelpunkt der ganzen Frage. Die genaue Festsetzung dieses Zeitpunkts ist bisher immer noch nicht einwandfrei gelungen.

In meinem ersten Aufsatz habe ich eingehend die Tage des 16./29. und 17./30. Juli beschrieben, an denen die endgültigen Verfügungen über die Mobilmachung getroffen worden sind. Ich möchte hier auf mehrere, früher nicht erwähnte Einzelheiten hinweisen.

Den unterschriebenen Ukas über die allgemeine Mobilmachung übergab mir Januschkewitsch am Vormittag des 16./29. Juli, also ungefähr um 12 Uhr. Ich nehme an, dass die Unterschrift erzwungen worden ist, wahrscheinlich unter dem Eindruck der vorausgegangenen Kriegserklärung Österreichs an Serbien. Diese Nachricht verursachte in Petersburg eine ausserordentlich starke Erregung. Ich erinnere an den Inhalt des Telegramms, welches der Zar am 14./27 Juli an den serbischen Thronfolger richtete. Das Telegramm schloss mit den Worten, dass „Russland unter keinen Umständen dem Schicksal Serbiens gegenüber gleichmütig bleiben werde“. An demselben Tage telegraphierte Sasonow den russischen Botschaftern im Auslande „der gemässigte Ton der serbischen Antwort hat unsere Erwartungen übertroffen“. Und nun plötzlich die Nachricht von der erfolgten Kriegserklärung! Es ist psychologisch vollkommen verständlich, dass man hierauf in Petersburg nur mit der allgemeinen Mobilmachung antworten konnte, da doch die Unmöglichkeit einer Teilmobilmachung in diesem Augenblick der gesamten Regierung klar war.

Es ist notwendig, auf die tatsächliche Bedeutung des Befehls für die Organisation der russischen obersten Verwaltung hinzuweisen. Der Ukas war an den Senat gerichtet, welchem die Veröffentlichung aller Gesetze und der wichtigsten Allerhöchsten Verfügung oblag. Aber diese Veröffentlichung beanspruchte bei der bekannten Langsamkeit nicht weniger als 2—3 Tage, während die Mobilmachung selbst die grösste Eile erforderte. Im gegebenen Fall bedeutete der Mobilmachungsbefehl nur eine feierliche Äusserung des Willens des Monarchen, die Mobilmachung selbst wurde aber gemäss dem Gesetz über die Militärpflicht tatsächlich auf Grund eines von drei Ministern unterschriebenen Telegramms angeordnet.

In der Praxis der Militärverwaltung sind Fälle vorgekommen, dass der Zar, nachdem er einen Ukas unterzeichnet hatte, es dem Kriegs-

minister anheimstellte, den Ukas nach Massgabe der Umstände dem Senat erst später zur Bekanntmachung einzureichen. Dieses war immer bei den Probemobilmachungen der Fall. Bei diesen Mobilmachungen wurden die Reserven ebenfalls auf Grund solcher Ukase einberufen. Der Zar hatte den Ukas schon früher unterzeichnet, aber mit Rücksicht auf die Notwendigkeit, eine Probemobilisation plötzlich zu verfügen, schickte der Kriegsminister den Ukas erst später in den Senat; die Reservisten wurden ebenfalls auf telegraphischem Wege einberufen. In diesem Sinne sind Suchomlinows Worte aufzufassen, wenn er in seinen Erinnerungen schreibt, dass die vom Zaren unterzeichneten Ukase in die Mappe des Generalstabes wanderten.

Auf Grund des Gesagten ist es klar, dass nicht der Zeitpunkt der Unterschrift des Ukases, sondern der Zeitpunkt der Absendung des von drei Ministern unterschriebenen Telegramms an die Kommandierenden der Militärbezirke und die Gouverneure politisch von Bedeutung ist. Januschkewitsch händigte mir den Ukas ein und befahl mir, mich zu den drei Ministern zur Einholung der Unterschrift zu begeben, mit der Berechnung, dass das Telegramm noch vor Mitternacht vom 16./29. zum 17./30. Juli in den Händen der Empfänger sein sollte. Der Text des Telegramms war folgender:

> „Allerhöchst ist befohlen worden, die Armee und Flotte auf Kriegszustand zu setzen und zu diesem Zwecke die Reserven einzuberufen sowie gemäss dem Mobilmachungsplan von 1910 Pferde zu stellen. Als erster Tag der Mobilmachung gilt der 17. (30.) Juli.“

Der Besuch bei den Ministern erforderte viel Zeit. Zuerst begab ich mich zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags zum Kriegsminister Suchomlinow in seine Wohnung an der Moika. Er empfing mich in seinem Arbeitszimmer allein; er machte einen ermüdeten Eindruck und war entgegen seiner sonstigen Gewohnheit wenig gesprächig. Von meinem Besuch war er durch Januschkewitsch telephonisch verständigt worden. Schnell unterschrieb er das Telegramm und wir trennten uns. Mein ganzer Besuch bei Suchomlinow dauerte keine 10 Minuten.

Vom Kriegsminister begab ich mich zum Marineminister, dem Admiral Grigorowitsch in die Hauptadmiralität. In seinem Arbeitszimmer angekommen, erfuhr ich vom Adjutanten, dass Grigorowitsch nicht anwesend sei. Er war, so viel ich mich erinnere, in Kronstadt und sollte erst gegen 7 Uhr abends nach Hause kommen.

Ich eilte darauf auf die Jelagin-Insel zum Innenminister Maklakow. Über die Unterhaltung mit ihm habe ich schon in meinem ersten Aufsatz berichtet.

Da mir bis zum erneuten Besuch beim Marineminister noch etwa zwei Stunden zur Verfügung standen, kehrte ich in den Generalstab zurück und berichtete Januschkewitsch, dass das Telegramm in Anbetracht der Abwesenheit Grigorowitschs noch nicht unterschrieben sei. Januschkewitsch befahl mir, nach Einholung der Unterschrift Grigorowitschs das Telegramm persönlich zum Telegraphenamt zu bringen und dieserhalb nicht mehr bei ihm vorzusprechen. Der Chef des Telegraphen-

amts war durch einen Offizier der Mobilmachungsabteilung angewiesen worden, alles vorzubereiten, um am Abend ein Telegramm von „besonderer Wichtigkeit“ abfertigen zu können.

Gegen 8 Uhr abends begab ich mich zum zweitenmal zu Grigorowitsch. Der Gang der weiteren Ereignisse dieses Abends ist schon bekannt. Ich erkläre nur nochmals kategorisch, dass das Telegramm wegen der allgemeinen Mobilmachung am 16./29. Juli abends um 9½ Uhr „in der letzten Minute“ durch Allerhöchsten Befehl zurückgehalten wurde. Dieser Befehl wurde mir im Auftrage Januschkewitschs durch den Hauptmann Tugan-Baranowski überbracht. Die Zurückhaltung erfolgte auf persönlichen Wunsch des Zaren, und an Stelle der allgemeinen Mobilmachung wurde später die Teilmobilmachung in vier Militärbezirken telegraphisch verfügt.

Am Morgen des folgenden Tages des 17./30. Juli war ich mit der Ausarbeitung eines Entwurfes für einen neuen Mobilmachungsukas beschäftigt. Der vom Zaren am 16./29. Juli unterschriebene Befehl über die allgemeine Mobilmachung war aufgehoben worden: An die Stelle der allgemeinen trat die Teilmobilisation. Es musste aber eine Mobilmachungserklärung in Ergänzung zu derjenigen in den vier Militärbezirken vorbereitet werden. Es war dieses somit der dritte Entwurf eines Ukases, der von mir ausgearbeitet worden war. Ich überreichte ihn Januschkewitsch am 17./30. Juli um die Mittagszeit.

Die Ereignisse dieses Tages sind schon beschrieben worden. Meine Berichte stimmen mit dem im vierten Bande des „Rotarchivs“ veröffentlichten Tagebuch des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten nicht überein. Nach meiner Erinnerung verständigte Sasonow Januschkewitsch telephonisch gegen 1 Uhr mittags von dem Einverständnis des Zaren, die allgemeine Mobilmachung anzuordnen, während nach dem im „Rotarchiv“ veröffentlichten Tagebuch die Zustimmung des Zaren nicht vor 3 Uhr nachmittags erfolgt sein kann. Diese Zeitspanne von zwei Stunden spielt keine ausschlaggebende Rolle, aber ich halte an der Richtigkeit meiner Zeitangabe fest.

Der Zar schwankte wie immer. Swerbejews Bericht über das Extrablatt des Lokalanzeigers von der Deutschen Mobilmachungserklärung konnte keinen Einfluss haben, da der Bericht in Petersburg eintraf, als der Beschluss über die allgemeine Mobilmachung schon gefasst war. Man muss eher annehmen, dass der Zar von sich aus diesen Beschluss gefasst hat. Er war eigensinnig und liebte es nicht, unter dem Druck seiner Minister Beschlüsse umzustossen; wenn er sich aber im Inneren von der Notwendigkeit einer anderen Einstellung überzeugt hatte, so beeilte er sich mit der Ausführung, um Ratschlägen zuvorzukommen. Er musste letzten Endes die Verantwortung erkennen, die er mit der Verfügung der Teilmobilmachung auf sich nahm. Er entschloss sich, sein Hin- und Herschwanken aufzugeben in der Hoffnung, dass die Verhandlungen weitergeführt werden könnten; beanspruchte doch die Mobilmachung mindestens 10 Tage. Noch am 18./31. Juli depeschierte er dem Deutschen Kaiser:

„Ich bin weit entfernt davon, den Krieg zu wünschen. Solange die Verhandlungen mit Österreich betreffs Serbiens noch andauern, werden meine Truppen unter keinen Umständen eine herausfordernde Haltung einnehmen. Ich gebe Dir hierfür mein feierliches Wort. Ich vertraue fest auf Gottes Gnade und hoffe auf den Erfolg Deiner Vermittlung in Wien zum Wohle unserer Länder und des europäischen Friedens."

III.

Somit begann die Mobilmachung der russischen Armee am 18./31. Juli. In Deutschland wurde an diesem Tage um 1 Uhr mittags der Zustand drohender Kriegsgefahr erklärt. Tags darauf, am 19. Juli/1. August um 5 Uhr nachmittags wurde die deutsche Mobilmachung angeordnet. Erster Mobilmachungstag war der 20. Juli/ 2. August.

Der Transport der mobilisierten russischen Truppen zur Grenze begann am 25. VII./7. VIII., d. h. am achten Tage, und die Kriegsoperationen nahmen ihren Anfang am 4./17. August, also am 17. Tage nach Beginn der Mobilmachung.

Am 22. VII./4. VIII., d. h. am dritten Tage nach Beginn der Mobilmachung, überschritt die Spitze der deutschen Armee mit sechs Brigaden die belgische Grenze und begann den Angriff auf Lüttich. Die Mobilmachung und Zusammenziehung der russischen Armee erforderte 17—20 Tage; für die deutsche Armee waren ebenso wie für die französische im ganzen nur sechs Tage, also dreimal weniger, erforderlich.

Wie die deutsche Heeresleitung in ihrem Plan mit der Langsamkeit der russischen Mobilmachung rechnen konnte, so musste die russische Heeresleitung wiederum die Schnelligkeit der deutschen Mobilisation in Betracht ziehen.

Russland lief Gefahr, die Mobilmachung in den Grenzbezirken nicht mehr durchführen zu können. Diese Gefahr bedeutete von jeher ein Schreckgespenst für den russischen Generalstab bei seinen strategischen Arbeiten vor dem Kriege. In diesem wesentlichen Zeitunterschied für die Vollendung der Kampfbereitschaft der Armeen liegt auch die verschiedenartige Auffassung der Bedeutung der Mobilmachung begründet. Während in Deutschland die Mobilmachungserklärung unweigerlich den Krieg zur Folge hatte, war in Russland bei einer zwei Wochen dauernden Mobilisierung eine Fortführung von Verhandlungen nicht ausgeschlossen.

Ziehen wir nun die letzte Schlussfolgerung aus der in Petersburg zwischen dem 11./24. und 17./30. Juli herrschenden Stimmung. Das österreichische Ultimatum traf die russische Diplomatie wie ein Donnerschlag; sie war vollkommen überrascht. Sasonow ruft aus: „Das ist der europäische Krieg". Er ist gereizt und beantragt auf der ersten Ministersitzung nach dieser Nachricht gleichsam als Vergeltung für den Misserfolg seiner Kompromisspolitik Österreich gegenüber, dem letzteren mit dem Kriege zu drohen, mit dem Kriege gegen Österreich-Ungarn allein. Die Minister sind einverstanden, auch der Zar genehmigt den Vorschlag, und es entsteht der Gedanke an eine nur gegen Österreich

gerichtete Teilmobilisation. Suchomlinow tritt bei dieser Sitzung nicht hervor. Als der Generalstab hiervon Kenntnis erhält, erkennt er die militärische Gefahr dieses Beschlusses und hält es für seine Pflicht, dieses Sasonow und dem Zaren klarzumachen. Im Laufe von fünf Tagen wird die Frage der Teilmobilisation in allen Einzelheiten durchgesprochen und der gesamten Regierung wird die Absurdität dieses Planes klar. Aus bekannten Gründen führen Sasonows politische Verhandlungen zu keinem Ziele, da Österreich ohne stärksten Prestigeverlust nicht mehr zurückweichen kann. Es folgen die kritischen Tage des 16./29. und 17./30. Juli: der Zar schwankt im Gefühl seiner Verantwortung für den Krieg. Hätte sich in diesen Tagen ein Minister gefunden, der ihm ein wahrheitsgetreues Bild unserer militärischen Kampfbereitschaft gegeben hätte, so hätte der Zar nicht nur den Befehl für die allgemeine Mobilmachung zurückgezogen, sondern er hätte auch die Teilmobilisierung nicht befohlen. Tatsächlich fand sich kein solcher Ratgeber. Blutenden Herzens weist er also alle Zweifel von sich und befiehlt die allgemeine Mobilisation, die ein geringeres Risiko bedeutete als die Teilmobilisierung; die Hoffnung auf Fortsetzung der Verhandlungen verlor er immer noch nicht. Im Auslande wurde die Nachricht von unserer allgemeinen Mobilmachung als der unwiderrufliche Kriegswille Russlands aufgefasst. Die Mittelmächte antworteten auf die russische Mobilmachung mit ihrer Mobilisation, und der Krieg war unvermeidlich geworden.

Die Ursachen des Kriegsausbruches sind nicht in den Ereignissen der letzten sieben Tage begründet, sondern liegen viel weiter zurück. Diese Ursachen zu untersuchen, lag nicht im Rahmen dieses kleinen Aufsatzes.

Die Kriegsvorbereitungsperiode in Rußland.

Major G. Frantz.

Von ausländischer Seite ist mehrfach die Aufforderung an uns ergangen, genauere Angaben zu machen über die russische Kriegsvorbereitungsperiode, die mit dem 26. Juli 1914 im ganzen europäischen Rußland in vollem Umfange, also auch Deutschland gegenüber, eingesetzt hat. Die Frage wird in einem ausgezeichneten bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte erscheinenden Buch des gleichen Verfassers „Russlands Eintritt in den Weltkrieg" eingehend behandelt. Der folgende Aufsatz ist diesem Buch entnommen.

Die Schriftleitung.

Die am 17. Februar / 2. März 1913 Allerhöchst bestätigte geheime „Verordnung für die Kriegsvorbereitungsperiode" sollte im Bedarfsfalle die Durchführung zahlreicher Mobilmachungsarbeiten vor Erlaß des offiziellen Mobilmachungsbefehles ermöglichen. Die

Vorschrift wurde in ihrem vollen Umfange nur bis an die Stäbe der Militärbezirke ausgegeben, von diesen in Auszügen an die Grenzwachen, die Generalkommandos und Festungskommandanten. Diese Auszüge, deren Wortlaut wir nachstehend folgen lassen, genügen vollständig, uns die Bedeutung der Kriegsvorbereitungsperiode erkennen zu lassen.

Die Vorschrift zählt Maßnahmen auf, die während diplomatischer Verwicklungen vor Eröffnung der Feindseligkeiten als „notwendig zur Vorbereitung und Sicherstellung des Gelingens der Mobilmachung und des Aufmarsches" zu treffen sind. Dabei ist eine räumliche Begrenzung des von der Kriegsvorbereitungsperiode betroffenen Gebietes vorgesehen.

Die aufgezählten Maßnahmen sind ganz klar zunächst nach finanztechnischen Gesichtspunkten gruppiert, innerhalb dieser auch noch räumlich nach Grenzgebieten und Reichsinnerem.

Wenn die erste Kategorie Maßnahmen umfasst, die auf Rechnung der laufenden Mittel erfolgen können, die zweite aber solche, deren Durchführung außerordentliche Kredite erfordert, so ist damit auch eine zeitliche Gliederung möglich, aber nicht zwingend notwendig — etwa in dem Sinne, daß je nach dem Grade der politischen Spannung erst die erste und bei Verschärfung der Lage die zweite Kategorie der Maßnahmen angeordnet werden mußte. Es ist durchaus denkbar, daß beide Maßnahmen zeitlich nebeneinander zur Durchführung gelangen, ebenso wie es andererseits nicht ausgeschlossen blieb, der ersten Periode die zweite überhaupt nicht, oder dieser letzteren die offizielle Mobilmachung nicht folgen zu lassen.

Es ist kaum möglich, die Grenze begrifflich festzulegen, wo „die zur Sicherstellung des Gelingens der Mobilmachung notwendigen Maßnahmen" aufhören und wo die eigentliche Mobilmachung anfängt. In der Dehnbarkeit der Definition für die Kriegsvorbereitungsperiode liegt also eine große Gefahr. Das eine aber ist sicher: wenn Mobilmachung „die Überführung des Friedensheeres auf Kriegsfuß" bedeutet und als solche dem Aufmarsch vorangehen muß, so dürfen Maßnahmen, die eine Abweichung des Friedensstandes des Heeres bedingen oder gar schon in Verbindung mit dem Aufmarsch gebracht werden, nicht in die Kriegsvorbereitungsperiode fallen. Wenn also die Kriegsvorbereitungsperiode Ankauf von Bagagepferden und Einziehung von Reservisten in einem Umfange vorsieht, der die für derartige Übungen vorgesehenen laufenden Geldmittel überschreitet, so hat sie die Grenze zur eigentlichen Mobilmachung bereits überschritten. Und wenn Truppen sogar schon ihre zum Schutz des Aufmarsches und der Bahnen vorgesehenen Stellungen während der Kriegsvorbereitungsperiode einnehmen sollen, so wird sogar die Mobilmachung übersprungen und bereits in das Stadium des Aufmarsches hineindisponiert.

Zweifellos gab die Kriegsvorbereitungsperiode das Mittel, zahlreiche Maßnahmen, die eigentlich in das Stadium einer offiziellen Mobil-

machung gehören, der Mobilmachungsperiode vorwegzunehmen, im geheimen vor der Mobilmachung durchzuführen, um damit einen gewaltigen Vorsprung in der Marsch- und Operationsbereitschaft vor einem voraussichtlichen Gegner zu gewinnen, der sich dieses Mittels gar nicht oder erst später oder in irgendeiner anderen abgeschwächten Form bediente. Mit der in Ziffer 1 der Vorschrift gegebenen Definition konnte der Form nach die Kriegsvorbereitungsperiode amtlich als harmlos ausgelegt und als geheime Mobilmachung abgeleugnet werden, während dem Geist und der Sache nach bereits mobil gemacht und die Überführung des Heeres auf Kriegsfuß eingeleitet wurde. Ganz besonders bedrohlich für die Nachbarn aber mußte die Kriegsvorbereitungsperiode in einem Reiche sein, in dem es darauf ankam, unter allen Umständen Zeit zu gewinnen, und in dem der Grundsatz, den Gegner durch diplomatische Verhandlungen irrezuführen, amtlich sanktioniert war.[1])

Auszug
aus der am 17. Februar / 2. März 1913 Allerhöchst bestätigten Vorschrift über die „Kriegsvorbereitungsperiode".

Allgemeines.

1. „Kriegsvorbereitungsperiode" nennt man die der Eröffnung der Feindseligkeiten vorausgehende Periode diplomatischer Verwicklungen, in deren Verlauf alle Behörden die notwendigen Maßregeln treffen müssen für Vorbereitung und Sicherstellung des Erfolges bei der Mobilmachung des Heeres, der Flotte und der Festungen, sowie für den Aufmarsch der Armee an der bedrohten Grenze.

2. Der Anfang der „Kriegsvorbereitungsperiode" wird, abhängig von dem Gange der diplomatischen Verhandlungen, durch Allerhöchst zu bestätigenden Erlaß des Ministerrates bestimmt.

3. Die Maßnahmen, die für den in Ziffer 1 genannten Zweck in der Kriegsvorbereitungsperiode durchzuführen sind, zerfallen in zwei Kategorien.

---

[1]) Aus dem Protokoll der besonderen Beratungen am 8./21. November 1912:

„Andererseits kann es sich als vorteilhaft erweisen, den Aufmarsch durchzuführen, ohne die Feindseligkeiten zu beginnen, damit dem Gegner nicht unwiederbringlich die Hoffnung genommen wird, der Krieg könne noch vermieden werden. Unsere Massnahmen können hierbei durch geschickte diplomatische Verhandlungen maskiert werden, um die Befürchtungen des Gegners möglichst einzuschläfern."

Zur ersten Kategorie gehören die Maßnahmen, deren Durchführung auf Rechnung der gewöhnlichen Voranschläge der betreffenden Behörden vorzunehmen ist (Übersicht Nr. 1).

Zur zweiten Kategorie gehören diejenigen Maßnahmen, die auf Rechnung von außerordentlichen Krediten durchgeführt werden sollen, ferner von den eventuell auf Rechnung der gewöhnlichen Voranschläge durchzuführenden Maßnahmen diejenigen, deren Durchführung in der ersten Kategorie aus irgendeinem Grunde nicht erwünscht erscheint (Übersicht Nr. 2).

4. Nachdem der Erlaß des Ministerrates über „das Inkrafttreten der Kriegsvorbereitungsperiode" Allerhöchst bestätigt worden ist, werden die in der Übersicht Nr. 1 aufgeführten Maßnahmen der Zivilbehörden von den obersten Chefs dieser Behörden nach den Angaben des Kriegs- und Marineministers zur Durchführung gebracht. Letzteren wird sowohl die allgemeine Leitung der genannten Maßnahmen übertragen, wie auch die Bestimmung darüber, ob, je nach dem wahrscheinlichen Gegner und dem zu erwartenden Kriegsschauplatz, diese Maßnahmen im ganzen Reichsgebiet oder nur in einem bestimmten Teil desselben durchgeführt werden sollen und in welcher Art dies zu geschehen hat.

5. Das Inkrafttreten der Maßnahmen der zweiten Kategorie (Übersicht Nr. 2) wird, je nach dem Gange der diplomatischen Verhandlungen, vom Ministerrat bestimmt unter Angabe der Gebiete des Reiches, in denen die betreffenden Maßnahmen durchgeführt werden müssen.

6. Vom Ministerrat wird ferner die Frage entschieden, ob außer den in den Übersichten vorgesehenen Maßnahmen noch irgendwelche anderen in der Kriegsvorbereitungsperiode durchzuführen sind und ob einige Maßnahmen der zweiten Kategorie, die in der Übersicht Nr. 2 vermerkt sind, unterbleiben können.

7. Alle Anordnungen über Maßnahmen, die in der Vorbereitungsperiode durchzuführen sind, werden durch Chiffretelegramme mit der Unterschrift des betreffenden obersten Chefs der Behörde übermittelt.

Auszug
aus „Übersicht Nr. 1 der Maßnahmen erster Ordnung, die in der Kriegsvorbereitungsperiode durchgeführt werden".

A. Maßnahmen, die in allen Militärbezirken, in denen der Zustand der Kriegsvorbereitungsperiode befohlen ist, zu treffen sind.

Auf Befehl des Kriegsministeriums:

1. Die technischen Anstalten der Militärbehörden werden auf volle Leistungsfähigkeit gebracht. Die Arbeiter werden durch Anwerbung aufgefüllt.

2. In allen Staatsfabriken und Magazinen werden außerordentliche Sicherungsmaßnahmen eingeführt.

3. Nach Einverständnis mit dem Ministerium des Innern und der Marine wird die Kriegszensur eingerichtet, die ihre Tätigkeit beginnt.

Auf Befehl der Stäbe der Militärbezirke:

4. Die Transportpläne für den Aufmarsch werden an die Truppenteile, Stäbe, Verwaltungen und Anstalten versandt (in versiegelten geheimen Paketen, die erst bei Ausspruch der Mobilmachung geöffnet werden dürfen).

5. Nach den wichtigsten Bahnknotenpunkten werden diejenigen Offiziere kommandiert, die als Bahnhofskommandanten für die Zeit des Krieges vorher bestimmt sind. Sie erhalten Militärfahrscheine und Tagegelder.

6. Nach den Eisenbahnverpflegungsstationen werden diejenigen Offiziere kommandiert, die als Leiter dieser Stationen vorher bestimmt waren. Sie haben die Eröffnung der Station vorzubereiten und erhalten ebenfalls Militärfahrscheine und Tagegelder.

Auf Befehl der Haupt- und Militärbezirks-Verpflegungsverwaltungen:

7. Aus den vorhandenen allgemeinen Vorräten werden so schnell als möglich die Verpflegungsbestände bei den Truppen, Verwaltungen, Anstalten und Fabriken aufgefüllt, ferner diejenigen Verpflegungsbestände, die schon in Friedenszeiten vorhanden sein müssen, aber aus irgendeinem Grunde nicht vorhanden sind.

8. Auf Befehl der Artillerieverwaltungen der Militärbezirke wird sofort auf Anforderung der Truppenteile die zuständige Infanterie- und Artilleriemunition ausgegeben, die zeitweilig außerhalb der Bestimmungsorte lagert.

9. Auf Befehl der Hauptartillerieverwaltung beginnt nach näherer Anordnung der Artilleriekommandeure das Laden der Geschosse in den Artillerieparks. Die dazu erforderliche Zahl von Arbeitern wird nach Einverständnis des Stabes des Militärbezirks von den Truppenteilen gestellt.

12. Alle Anordnungen, die sich auf Mobilmachung, Aufmarsch und Versorgung des Aufmarschgebietes beziehen, werden überprüft und ergänzt.

13. Die für die Mobilmachungszeit vorgesehenen Unterkünfte und Backöfen werden nachgesehen. Die Untersuchung erfolgt durch Kommissionen gemäß § 49 der Mobilmachungsvorschrift von 1911 Alle Unregelmäßigkeiten sind nach näherer Anordnung der Stadt- und Landbehörden in Ordnung zu bringen.

14. Die Trains werden herausgefahren und nachgesehen.

15. Die Kammerbestände werden nach Kategorien sortiert.

16. Die Rekruten werden beschleunigt ausgebildet.

17. Wiederholt haben Schießübungen und Unterweisungen der älteren Mannschaften über die Kriegsvorbereitungen zu erfolgen.

18. Offiziere und Unteroffiziere sind wiederholt über Organisation der Armee des entsprechenden ausländischen Staates zu unterweisen. Gleichzeitig hat eine Belehrung über die Uniformen des Gegners und das für die ersten Kriegshandlugen in Frage kommende Gelände stattzufinden.

19. Die Ausgabe der Kriegskarten an die Truppen ist vorzubereiten.

B. Maßnahmen, die nur in den Grenzbezirken der bedrohten Front durchgeführt werden.

Auf Befehl des Kriegsministeriums:

1. Die Mannschaften der Reserve und der Reichswehr werden zu Reserveübungen einberufen, wobei die Mannschaften der Reserve unter möglichster Anlehnung an die in Kraft befindliche Mobilmachungsübersicht auf die Truppenteile des Grenzkorps verteilt werden. Aus den Reichswehrleuten werden Kommandos zur Sicherung der Grenze, Verkehrswege, Telegraphenlinien und Anlagen von militärischer Bedeutung gebildet.

Die Einberufung erfolgt auf Allerhöchste Entschließung durch Befehl des Kriegsministers. Die entstehenden Kosten werden auf Rechnung der für Reservistenübungen und Probemobilmachungen genehmigten Mittel überschrieben.

2. Zur möglichst raschen Erledigung derjenigen wirtschaftlichen Fragen, die mit der Durchführung der Maßnahmen der vorliegenden Verordnung zusammenhängen, werden den Truppenbefehlshabern die Rechte des Militärbezirksrates verliehen.

3. Die Entlassung von Mannschaften, die ihre aktive Dienstzeit beendet haben, zur Reserve wird eingestellt.

Auf Befehl der Bezirksstäbe:

4. Es werden Maßnahmen zur Sicherung des Grenzgebietes getroffen.

5. Die Maßnahmen des Nachrichtendienstes und der Spionageabwehr werden in verstärktem Maße aufgenommen. Der Nachrichtendienst wird den Bedingungen der Kriegszeit angepaßt.

6. Nach Möglichkeit kehren alle abkommandierten Truppenteile in ihre Garnison zurück.

7. Die Kavallerie und die im Grenzgebiet verteilten Infanterietruppenteile nehmen unter dem Deckmantel von Manövern die zum Schutz der Mobilmachung und des Aufmarsches vorgesehene Aufstellung ein.

Auf Befehl der Kommandierenden Generale:

8. Mit den Mitteln der Truppe werden diejenigen Truppenteile, Verwaltungen und Anstalten an das Fernsprechnetz angeschlossen, in deren Unterkunftsort es keine Fernsprechstationen gibt.

Auf Befehl der Truppenkommandeure, Verwaltungen und Anstalten:

9. Die Entlassung von Offizieren und Beamten wird eingestellt.

10. Alle Offiziere, Beamte und Mannschaften, die sich auf Urlaub befinden, werden telegraphisch zurückberufen.

11. Die auf Kommando befindlichen Offiziere und Unteroffiziere, deren Anwesenheit bei Beginn der Mobilmachung unbedingt notwendig erscheint, und deren Kommandierung ohne Nachteil für den auszuführenden Auftrag unterbrochen werden kann, sind zurückzuberufen.

12. Alle Befehle, die sich auf Zurückführung wertvoller oder überflüssiger Gegenstände aus dem Grenzgebiet beziehen, sind zu überprüfen.

13. Die am Friedensetat fehlenden Bagagepferde werden angekauft, ferner diejenigen Gegenstände, die bei der Mobilmachung angeschafft werden müssen, deren Beschaffung aber an Ort und Stelle aus Wirtschaftsgeldern nicht möglich ist.

14. Aus den laufenden Kantinenmitteln werden diejenigen Mengen „Zukost“ gekauft, die für die Zeit der Mobilmachung und zur vorschriftsmäßigen Beladung der Bagagen erforderlich sind.

15. Aus den Verpflegungsmagazinen werden die für die Mobilmachungszeit und die vorschriftsmäßige Beladung der Fahrzeuge erforderlichen Mengen von Mehl, Graupen und Futter empfangen.

16. Sämtliche Pferde werden neu beschlagen.

17. Sämtliche Mannschaften werden eingekleidet und bewaffnet. den Pferden die Geschirre verpaßt.

Auf Befehl der Festungskommandanten:

18. Es werden die Dienststellen für den Kriegsfall besetzt (ohne Verabfolgung der erhöhten Gebührnisse), besonders diejenigen der Abschnitts- und Fortkommandanten.

19. Die Festungsbesatzung wird entsprechend ihren Aufgaben verteilt; es wird die erforderliche Aufklärung und Sicherung eingerichtet.

20. Entsprechend dem Plane, wie er von dem Kommandanten mit der Hauptartillerieverwaltung vereinbart ist, wird die Gefechtsmunition gebrauchsfertig gemacht.

21. Das Artilleriegerät und die Gefechtsrate an Munition wird an die für den Kampf vorgesehenen Stellen gebracht.

22. Auf dem fiskalischen Gelände werden die Verteidigungsarbeiten ausgeführt, die keine besonderen Kosten verursachen. Arbeiten, die vorübergehend die Verteidigungsfähigkeit der Festung beeinträchtigen, werden eingestellt.

24. Die Militärbehörden erhalten im Einvernehmen mit den Zivilgouverneuren das Recht, die Pässe zu prüfen.

Im Ministerium des Innern:

Auf Befehl der Hauptverwaltung des Post- und Telegraphenwesens.

3. Tag- und Nachtbetrieb auf den Telegraphenstationen wird nach Einverständnis mit dem Kriegs- und Marineministerium, da, wo es für das Gelingen der Mobilmachung für notwendig gehalten wird, eingeführt.

5. Den Truppenteilen der Armee und Flotte wird das Recht verliehen, im Bedarfsfalle zu benutzen

a) die städtischen, ländlichen und privaten Fernsprechleitungen,
b) mit Einverständnis der Hauptverwaltung des Post- und Telegraphenwesens die staatlichen Telegraphenleitungen für den Fernsprechbetrieb.

Auf Befehl des Polizeidepartements:

8. Es werden keine Pässe für Grenzüberschreitung an Militärpflichtige mehr ausgegeben.

Auf Befehl des Verkehrsministeriums:

1. Wo erforderlich, werden außerordentliche Sicherungsmaßnahmen an den Eisenbahnstrecken getroffen.

6. Durch Besichtigung der Strecken wird deren Leistungsfähigkeit für Zwecke der Mobilmachung geprüft und für die Militärtransporte noch notwendige Instandsetzungsmaßnahmen an den Eisenbahnstrecken getroffen.

7. Die für die kriegsmäßige Ausstattung der Bahnhöfe und Strecken erforderlichen Vorrichtungen werden verteilt..

10. Die Sicherung der Kunstbauten wird verstärkt.

Auf Befehl des Finanzministeriums:

7. Es werden Vorkehrungen getroffen, daß diejenigen Truppenteile, über die ein Übereinkommen zwischen Kriegs- und Finanzministerium getroffen ist, gleichzeitig mit dem Mobilmachungsbefehl die in dem Mobilmachungsplan vorgesehenen Geldsummen empfangen können.

11. Gold und die Wertpapiere werden aus den Banken und Zollstationen des Grenzgebietes in das Innere zurückgeführt. Es bleiben nur die für den nächsten Bedarf notwendigen Summen an Ort und Stelle.

14. Die Bestimmungen über Einschränkung der Ausfuhr von Pferden, Vieh, Brot und sonstigen für die Kriegführung notwendigen Vorräten werden festgesetzt.

Für die Richtigkeit:

Der Generalquartiermeister des Stabes des Militärbezirks Warschau
Generalmajor Leontjew.

Der Vertreter des ersten Adjutanten
Kapitän Slishikow.

Auszug
aus Übersicht Nr. 2 der Maßnahmen, die in der Kriegsvorbereitungsperiode durchgeführt werden.

A. Maßnahmen, die in allen Militärbezirken durchzuführen sind, in denen die Kriegsvorbereitungsperiode angeordnet wurde.

Auf Befehl der Stäbe der Militärbezirke:

1. Der militärische Bahnschutz wird aufgestellt.

Auf Befehl der Bezirks- und Verpflegungsbehörde:

3. Die Kriegsverpflegungsbestände werden an ihren Bestimmungsort überführt, soweit hierfür rechtzeitig die Oberbefehlshaber der Militärbezirke Bestimmung und Verfügung getroffen haben.

B. Maßnahmen, die nur im Grenzgebiet an der bedrohten Front zu treffen sind.

Auf Befehl des Kriegsministeriums:

1. Es erfolgt die Einberufung der Reserve- und Reichswehrmannschaften zu Übungen, wenn diese Maßnahme wegen Erschöpfung der angesetzten Kredite des laufenden Jahres für Übungen und Versuchsmobilmachungen nicht in der ersten Periode durchgeführt werden kann.

2. Verpflegung und sonstige Vorräte werden im Aufmarschgebiet und in den Festungen angesammelt.

Auf Befehl der Oberbefehlshaber:

3. Die durch den Mobilmachungsplan vorgesehenen technischen Arbeiten werden ausgeführt. Gebäude werden dabei nicht abgetragen, Wälder und Gärten nicht niedergelegt. Die Höhe der Entschädigung für Verluste wird gemäß Artikel 670 und 671 der Gesetzessammlung Band IV, bestimmt.

4. Die zur Zerstörung von Bahnstrecken bestimmten Kommandos werden an die betreffenden Stellen entsandt.

Auf Befehl der Militärbezirke:

5. Alle Kranken, die eine längere Behandlung brauchen, werden aus den Sanitätsanstalten des Grenzgebietes in weiter rückwärts gelegene abbefördert.

6. Den Familien der im Grenzgebiet befindlichen Militärpersonen wird anheimgestellt, auf Staatskosten in das Innere des Reiches abzureisen.

Auf Befehl des Bezirksintendanten:

7. Zwischen dem 1./14. September und 1./14. Februar werden an die Truppenteile warme Sachen oder Geld zu ihrer Beschaffung ausgegeben.

Auf Befehl der Festungskommandanten:

8. Nach dem bestätigten Verteidigungsplan werden in den Seefestungen Minensperren gelegt.

9. Gewisse sehr wichtige technische und Armierungsarbeiten, die Ausgaben erfordern, werden ausgeführt, ebenso die Freimachung des Vorgeländes und die Enteignung von Landstücken zur Anlage von Beobachtungswarten.

Hierbei sind auf den Grundstücken, die dem Fiskus nicht gehören, Gebäude nicht abzutragen, Wälder und Gärten nicht abzuholzen.

Die Entschädigung regelt sich nach §§ 670 und 671 der Bestimmungen über die Landpflichten.

10. Durch scharfe Schüsse werden die Geschützstellungen ausgeprobt, und erfolgt das Einschießen nach den wichtigsten Richtungen und Abschnitten, ohne hierbei Baulichkeiten zu beschädigen oder Wälder und Gärten abzuholzen.

11. Die in der Festung befindlichen Luftschiffe und Flugzeuge werden flugfertig gemacht.

12. Für Schiffe, Motoren, Maschinen und Scheinwerfer werden die Heiz- und Betriebsmittel bereitgestellt.

13. Für die Improvisation von Eindeckungen sind Depots mit Schienen und anderem Material einzurichten.

Auf Befehl der Truppenkommandeure:

14. Diejenigen Truppenteile, deren Kriegskarten bei den Stäben der höheren Truppeneinheiten aufbewahrt sind, kommandieren Mannschaften zu deren Empfang.

Anmerkung: Die empfangenen Karten werden bei den Truppenteilen aufbewahrt und bei Eingang des Mobilmachungsbefehles ausgegeben. Ergeht ein solcher Befehl nicht, so werden die Karten wieder abgegeben.

Für die Richtigkeit:

Der Generalquartiermeister des Stabes des Militärbezirkes Warschau
Generalmajor L e o n t j e w.

Der Vertreter des ersten Adjutanten
Kapitän S l i s h i k o w.

LES PREUVES.

Le Crime de Droit commun — Le Crime diplomatique.

M. Mathias Morhardt.

Die nachstehenden Ausführungen von Mathias Morhardt bilden die Einleitung zu seinem, in wenigen Wochen bei der Librairie du Travail, 96, quai de Jemmapes, Paris, erscheinenden Werk über die Ursachen des Weltkrieges « Les Preuves », das den Abschluss einer zehnjährigen Forschertätigkeit darstellt.

Mathias Morhardt, der seit 1888 der Redaktion des « Temps » angehört, hat mit F. de Pressensé und Emile Zola in der ersten Reihe der Dreyfuss-Verteidiger gestanden. Dreizehn Jahre lang war er Generalsekretär der « Ligue des Droits de l'Homme ». Nach Kriegsausbruch versuchte er, das Interesse der Liga für die Kriegsschuldfrage zu wecken und aus ihren Mitgliedern heraus eine Gesellschaft zur Erforschung der Kriegsursachen zu bilden. Als seine Bemühungen an dem Widerstand des Vorstandes der Liga scheiterten, gründete Morhardt im Januar 1916 die « Société d'études documentaires et critiques sur la guerre », deren wertvolle Arbeiten zur Klärung der Kriegsschuldfrage aus den Bulletins der « Société » und aus den Spalten der « Vers la Vérité » bekannt sind. Den Briefwechsel, den Morhardt seit November 1920 mit der « Ligue des Droits de l'Homme » über Fragen des Kriegsausbruchs geführt hatte, veröffentlichte er 1921 unter dem Titel: « Les Origines de la Guerre ». Die Schriftleitung.

C'est par le mensonge qu'on a exalté la haine entre les peuples et c'est par le mensonge qu'on est parvenu, en 1914, à les jeter, les armes à la main, les uns contre les autres. On ne rétablira la paix que par la Vérité. Il existe, en France, en effet, 40 millions de Français qui, en toute sincérité et en toute bonne foi, affirment qu'ils ne voulaient pas la guerre; ils sont convaincus que, si elle a éclaté néanmoins, c'est que l'Allemagne s'est précipitée volontairement sur nous afin de satisfaire une sorte de besoin ancestral de colère et de violence. Dès lors, le sentiment public se manifeste au cours de cette cruelle période dans son harmonie logique. Comment la France penserait-elle aujourd'hui autrement qu'elle pense, elle pour qui, le 1er août 1914, on s'est montré impitoyable, et qui a sacrifié deux millions de ses fils à défendre sa demeure injustement violée?

Les appels qui, de différents côtés, s'élèvent en faveur d'une réconciliation restent et resteront longtemps encore sans écho. Ils n'émeuvent le cœur de personne. On ne change pas un peuple qui a été — à tort ou à raison telle est sa certitude — offensé jusqu'au sang. Tout ce qu'on peut espérer, c'est de l'instruire: et c'est afin de suppléer à étrange carence des hommes que leur fonction même appelait à enseigner impartialement l'Histoire et qui, depuis le début de la

guerre, ont contribué, sans scrupule, sous prétexte de propagande, à empoisonner l'opinion, que nous publions aujourd'hui ce volume où sont résumées dix années de recherches patientes.

Nous sommes de ceux qui, il y un quart de siècle, se sont dressés en faveur de la Vérité. Fidèles à nous mêmes et aux enseignements que nous ont donnés les prophètes intrépides de cette noble page de l'Histoire de la France, nous poursuivons l'imposture sous la forme nouvelle, qu'elle a prise et qui lui a permis de triompher de l'esprit de paix et de justice. Aussi, est ce avec la plus tranquille assurance que nous soumettons ces pages à la conscience de tous. Quel que soit leur destin, elles montreront, du moins, aux hommes de bonne volonté qui les liront, la puérile inanité des faits sur lesquels la diplomatie secrète s'est fondée pour organiser impudemment et impunément la ruine de la civilisation européenne.

Et, d'ailleurs, nous n'hésitons pas à l'affirmer au seuil même de ces pages: le problème des origines de la guerre est aujourd'hui résolu dans ses lignes essentielles. Les recherches auxquelles les historiens seront admis un jour à procéder dans les archives diplomatiques encore fermées à l'heure actuelle ne sauraient plus apporter désormais que des précisions d'intérêt anecdotique. La guerre est née de la mobilisation générale russe. Contre ce fait matériel, évident et irrécusable, on aura beau multiplier les objections: elles ne reposent que sur le néant.

Deux de ces objections toutefois méritent d'être retenues quelques instants, encore qu'elles soient contradictoires et qu'elles s'excluent l'une l'autre.

D'une part, on nous dit que la mobilisation générale russe, premier acte de guerre, selon l'ordre chronologique, a été provoquée par la fausse nouvelle de la mobilisation allemande que le Lokal Anzeiger a publiée à Berlin, le 30 juillet 1914, vers 1 heure de l'après-midi: d'autre part, on affirme que la mobilisation générale russe n'a pas l'importance que nous lui attribuons, et que, si la guerre a éclaté, elle a éclaté pour « de toutes (sic) autres raisons » [1].

Il est inutile de discuter longuement de l'effet qu'a produit, à Saint-Pétersbourg, la fausse nouvelle du Lokal Anzeiger. Elle n'y est parvenue que bien des heures après que l'ordre de mobilisation générale avait été lancé. Du reste la diplomatie russe ne fait pas la moindre allusion à cette fausse nouvelle qui n'a, M. Pierre Renouvin — après M. Georges Demartial et le général comte Montgelas — l'a établi dans son cours à la Sorbonne avec une rigueur scientifique absolue, exercé aucune influence sur la mobilisation générale russe, laquelle était en pleine réalisation à ce moment-là.

Nous ne nous trouvons donc plus qu'en présence de cette seule, objection: ce n'est pas la mobilisation générale russe qui a déclenche la guerre; on s'est battu pour de « toutes (sic) autres raisons ».

---

[1]) Cahiers des Droits de l'Homme, 25 novembre 1922, page 557.

Sans doute, nous n'ignorons pas le double assassinat de Serajevo, et nous n'ignorons pas non plus qu'à la suite de ce double assassinat, l'Autriche-Hongrie a envoyé un ultimatum à la Serbie.

Mais si le double assassinat de Serajevo posait dévant la conscience universelle un problème de droit et de morale sur lequel la diplomatie de la Triple Entente a passé avec une inconcevable légereté, et que nous allons examiner avec le soin le plus scrupuleux, en fait, constatons que ni cet assassinat, ni l'ultimatum, ni la déclaration de guerre de l'Autriche à la Serbie n'ont déclenché les hostilités mondiales. Les documents en témoignent d'une manière incontestable.

La guerre mondiale date du jour précis où la mobilisation générale russe a été décrétée. Et il ne pouvait en être autrement, car la mobilisation générale C'EST LA GUERRE. Sur ce fait matériel irrécusable, il n'existe aucun doute possible. A nos contradicteurs opposons ici les déclarations officielles et concordantes des chefs d'Etat, des ministres, des ambassadeurs et des techniciens que, seuls compétents, ont l'autorité nécessaire pour se prononcer sur le point de savoir si, oui ou non, une « mobilisation générale » est de nature à rendre la guerre inévitable.

1° Le 18 août 1892, le tsar Alexandre III et le général de Boisdeffre, représentant du gouvernement français, reconnaissent et proclament d'un commun accord que « la mobilisation générale, c'est la déclaration de guerre » [1]. Depuis 1892 jusqu'à 1914, traité franco-russe a été l'objet de nombreuses négociations. On retrouvera dans le compte rendu de toutes ces négociations la même préoccupation: « La mobilisation générale, c'est la guerre ».

Il y a là l'énonciation d'un principe universellement admis et dont on trouvera les traces dans les traités militaires de toutes les nations. Sans doute la « mobilisation générale » prévue par le traité franco-russe est la mobilisation générale des Empires centraux. Mais il va de soi que, pour les Empires centraux, la mobilisation générale russe constituait un danger absolument identique à celui qui eût menacé la Russie et la France en cas de mobilisation allemande.

2° Le général Dobrorolski, chef du service technique de la mobilisation générale russe, chargé d'en transmettre l'ordre, le 30 juillet 1914, à tous les centres militaires russes, reconnaît que c'est lui qui fut appelé « au point de vue technique à mettre le feu sous le foyer du monde » [2].

3° Lorsque, le 29 juillet 1914, à onze heures du soir, le vice-directeur de la chancellerie du ministère des Affaires étrangères russes, M. Nicolas Alexandrovitch Basily, se rend auprès de l'ambassadeur de France, M. Maurice Paléologue, afin de l'informer que le gouvernement

---

[1]) Troisième livre jaune français. Editeur Berger-Levrault, 1918, page 150.

[2]) Revue d'Histoire de Guerre Mondiale. Costes, éditeur, N° 1, avril 1923, page 54. Voir également dans le N° 3 de cette publication, page 254, les intéressantes déclarations du général Daniloff, ancien quartier-maître général des armées russes.

russe vient de décider de « commencer s e c r è t e m e n t [1]) la mobilisation générale », le représentant de la France déclare que « ces derniers mots le font sursauter, » et, après avoir demandé sans succès que la Russie s'en tienne « provisoirement » à une mobilisation partielle, « il insiste pour qu'on ne prenne aucune mesure avant d'en avoir conféré avec l'état major français » [2]).

4° L'ordre de mobilisation générale russe du 29 juillet ayant été annulé par le tsar Nicolas II dans la soirée de ce même jour, des démarches pressantes sont faites auprès de lui le lendemain 30 juillet, de l'aveu concordant de M. Maurice Paléologue et du général Dobrorolski. D'après le récit de M. Maurice Paléologue, le tsar Nicolas II se serait défendu, « très pâle et la gorge étreinte, » en disant: « Songez à la responsabilité que vous me conseillez de prendre; songez qu'il s'agit d'envoyer des milliers et des milliers d'hommes à la mort » [3]).

5° Le tsar Nicolas II reconnaît positivement et officiellement le caractère agressif des mesures qu'il prend. Le 29 juillet 1914, il télégraphie, en effet, à Guillaume II: « Je prévois que bientôt je serai entraîné par la pression qui s'exerce sur moi et que je serai forcé de prendre des mesures extrêmes q u i c o n d u i r o n t à l a g u e r r e » [4]).

6° L'empereur Guillaume II, de son côté, lorsqu'il apprend la mobilisation générale russe, télégraphie, le 31 juillet 1914, à Nicolas II: « La paix de l'Europe peut encore être maintenue par toi si la Russie consent à arrêter les mesures militaires qui pourraient menacer l'Allemagne ou l'Autriche-Hongrie » [5]).

7° M. Charles Appuhn et M. Pierre Renouvin ont retrouvé dans les archives du ministère des Affaires étrangères — avec l'autorisation de M. Raymond Poincaré — la dépêche officielle par laquelle M. Maurice Paléologue, notre ambassadeur à Saint-Pétersbourg, a transmis au gouvernement de la République la nouvelle officielle de la mobilisation générale russe [6]). Cette dépêche a été expédiée de Saint-Pétersbourg le 30 juillet 1914, à 9 h. 15 du soir. Elle est arrivée à Paris dans la soirée du même jour, à 11 h. 25. Elle mentionne la nouvelle en ces termes: « . . . Le gouvernement russe a résolu de procéder secrètement aux premières mesures de mobilisation générale ». Or, nous constatons deux faits:

a) Cette dépêche dont l'importance est, comme on voit, c a p i t a l e, puisqu'elle révèle l'événement qui va declencher les hostilités, ne figure pas au L i v r e J a u n e auquel elle a été frauduleusement soustraite dans l'intention de tromper l'opinion publique.

---

[1]) C'est M. Maurice Paléologue qui souligne.
[2]) Revue des Deux Mondes, 15 janvier 1921, pages 257 et 258.
[3]) Revue des Deux Mondes, 15 janvier 1921, p. 260.
[4]) Documents allemands, Tome II, pages 61 et 62.
[5]) Documents allemands, Tome III, page 1.
[6]) Introduction aux Tableaux d'Histoire de Guillaume II, Paris, 1923, Costes, éditeur, page 93.

b) A la réception de cette nouvelle *capitale*, le gouvernement de la République n'a même pas eu « le sursaut » qu'a ressenti M. Maurice Paléologue. Aucune instruction n'a été envoyée. Aucune recommandation de prudence n'a été faite à la Russie.

8° De même que la diplomatie secrète française dissimulait la vérité sur la mobilisation générale russe afin de tromper l'opinion, la diplomatie secrète russe introduisait dans son *Livre Orange* un faux similaire et qui avait le même objet. Le 29 juillet, M. Sazonoff télégraphiait à M. Iswolsky, ambassadeur de Russie à Paris: « Nous n'avons commencé [nos préparatifs militaires] qu'à la suite de la mobilisation à laquelle avait déjà procédé l'Autriche. » Le texte original de cette dépêche, retrouvé aux archives du ministère russe des Affaires étrangères, montre que M. Sazonoff n'avait pas parlé de la mobilisation de l'Autriche, mais seulement de la mobilisation de « huit corps d'armée », ce qui excluait toute idée de provocation ou d'attaque contre la Russie. Les mots « huit corps d'armée » ont été frauduleusement supprimés dans le *Livre Orange russe*, afin de tromper l'opinion [1]).

9° Les journaux chauvins de Paris, le *Matin* notamment, reconnaissent et publient que, la mobilisation générale russe ayant été décrétée, la guerre est devenue inévitable. Assurément, nous ne tenons pas les déclarations des journaux pour des actes officiels. Mais tout le monde sera d'accord avec nous pour constater que si la presse parisienne formulait, à ce moment précis, et dans ces circonstances, l'opinion que la mobilisation générale russe entraînait la guerre, c'est qu'elle y avait été dûment autorisée.

10° Il résulte du récit que M. Victor Basch a fait au Comité Central de la ligue des Droits de l'Homme, le 18 décembre 1920, et des documents qu'il a apportés dans le débat, que le Comte Szecsen, ambassadeur d'Autriche, s'est rendu au ministère des Affaires étrangères, le 31 juillet 1914, à 11 h. 15 du soir, dans l'intention de faire une suprême démarche en faveur du maintien de la paix [2]).

Bien loin de s'emparer de cette dernière chance de salut et d'essayer de réaliser l'intention de l'ambassadeur autrichien, M. Philippe Berthelot déclare à celui-ci « qu'il parait être bien tard et qu'on est gagné par les événements ». Or, il n'y a, à cette heure-là, d'autre événement que la mobilisation générale russe, et c'est la mobilisation générale russe qui rend la guerre inévitable.

11° Le gouvernement français n'ignore pas que la mobilisation générale russe, c'est la guerre. On verra tout à l'heure qu'officiellement, il essaye, par une phrase équivoque, d'engager la Russie à ne pas prendre une telle mesure, afin que l'Allemagne n'y trouve pas de pré-

---

1) Livre Orange russe, N° 58.

2) On a appris depuis lors par M. Iswolsky que l'ambassadeur d'Autriche a fait, en réalité, dans cette même journée, deux démarches en faveur du maintien de la paix. Le Livre Jaune a caché la première.

texte à une riposte inévitable. Mais officieusement, il fait donner à la Russie les conseils les plus dangereux et les plus perfides:

« Margerie, avec qui je viens de m'entretenir, — télégraphie M. Iswolsky dans la matinée du 31 juillet 1914 — me disait que le gouvernement français ne voulait pas s'immiscer dans nos préparatifs militaires, mais jugeait extrêmement désirable que ces préparatifs, en raison des pourparlers en cours pour le maintien de la paix, eussent le moins possible un caractère apparent et provocateur. De son côté, le ministre de la Guerre a développé la même idée à notre attaché militaire et dit que nous pourrions déclarer être dans l'intérêt supérieur de la paix pour le moment prêts à ralentir nos préparatifs de mobilisation, ce qui ne nous empêcherait pas de continuer nos préparatifs et même de les intensifier, en nous abstenant autant que possible de gros transports de troupes. »

12° M. Messimy, ancien ministre de la Guerre, a fait à M. Raymond Recouly, qui l'a publié [1]) le récit des circonstances dans lesquelles le Conseil des ministres a décidé, dans la matinée du 1er août 1914, d'ordonner la mobilisation générale des armées françaises. Bien qu'il ait lancé, ce jour-là, un retentissant manifeste où il déclare faussement que « la mobilisation générale n'est pas la guerre », le Conseil des ministres sait pertinemment le contraire et la preuve va en être fournie d'une manière saisissante par M. René Viviani lui-même. En effet, d'après les explications de M. Messimy, l'ordre de mobilisation est signé au cours du Conseil des ministres qui s'est réuni le 1er août, à 9 heures du matin, à l'Elysée. Le général Joffre, chef d'Etat-major général, a envoyé une note dans laquelle il dit: « Si le gouvernement tarde à donner l'ordre de mobilisation générale, il m'est impossible de continuer à assumer la responsabilité écrasante des hautes fonctions dont sa confiance m'a investi. » Le général Joffre est, lui aussi, à l'Elysée. Il est introduit dans la salle où siège le Conseil des ministres. Il y renouvelle les explications qu'il a données au ministre de la Guerre. L'ordre de mobilisation générale est signé séance tenante. On le remet à M. Messimy, qui dit à ce sujet:

« De midi à 3 heures, je conserve donc entre mes mains ce tragique document, ce fatal petit papier signé de M. Poincaré, de M. Viviani, de M. Augagneur, ministre de la Marine, et de moi.

« Jamais je n'oublierai cette minute suprême où je m'en dessaisis. Il est 3 heures 30. Le général Ebener, sous-chef d'Etat-major, envoyé par le général Joffre, vient chercher le document. Je le lui remets. Un quart d'heure après, il est porté au bureau de la rue de Grenelle (15 h. 45). » [2]).

Cependant, M. René Viviani se rend si bien compte de l'effroyable responsabilité qu'il vient d'assumer qu'il a, à ce moment précis, une

---

[1]) Revue de France, 1921, pages 505 et suivantes.

[2]) L'ordre de mobilisation de l'armée allemande a été expédié ce même jour à 5 heures après-midi.

sorte de crise d'hésitation et de remords. Il court au ministère de la Guerre. Il est 4 heures. Il demande à M. Messimy de retenir encore l'ordre de mobilisation générale.

« Un entretien qu'il vient d'avoir avec M. de Schœn laisse, aurait dit l'ancien président du Conseil, subsister quelque lueur d'arrangement. »

Et M. Messimy ajoute:

« Après avoir consulté par téléphone le général Ebener, je lui réponds que l'ordre est déjà transmis et que les premières mesures commencent à être prises. Il est trop tard, le mécanisme est déclenché. Nous nous serrons l'un et l'autre la main avec émotion. »

13° Est-il besoin de rappeler que la plupart des hommes d'Etat français et étrangers ont reconnu implicitement que la France avait été entraînée dans la guerre par la mobilisation générale russe? Citons, notamment, les déclarations suivantes:

Le 3 août 1914, Sir Edward Grey s'exprime comme suit devant la Chambre des Communes:

« Ils (le gouvernement français et la nation française) y sont impliqués (dans la guerre) par suite de leurs obligations d'honneur et une alliance précise avec la Russie. »

Le 1er juin 1917, M. Ribot, président du Conseil, ratifie, à la Chambre des Députés, la vérité proclamée par sir Edward Grey:

« Oui, dit-il, la France est entrée dans la lutte pour rester fidèle à ses engagements. »

Le 5 janvier 1918, le chef du gouvernement britannique, M. Lloyd George, le déclare, à son tour, aux délégués des Trade-Unions:

« La France, fidèle aux clauses de son traité avec la Russie, s'est tenue aux côtés de son alliée dans une querelle qui n'était pas la sienne. ».

Le 11 janvier 1918, M. Stephen Pichon, ministre des Affaires étrangères, exprime la même pensée devant la Chambre des Députés:

«Nous avons soutenu tant que nous l'avons pu la politique de la Russie.... Nous avons été jusqu'à l'accomplissement du devoir suprême. »

Ces déclarations concordantes sont définitivement et solennellement confirmées par M. Raymond Poincaré dans sa 6e conférence sur les Origines de la Guerre:

« Dans la nuit, vers onze heures et demie (1er août 1914), M. Iswolski, très bouleversé, se présenta à l'Elysée et m'annonça la déclaration de guerre de l'Allemagne à la Russie. Il avait ordre de me demander ce qu'allait faire la France. « Le gouvernement, lui dis-je, va en délibérer. Je ne doute pas qu'il ne soit prêt à demander aux Chambres de remplir les obligations que l'alliance nous impose... » [1]).

C'est dans le même esprit que M. Briand, président du Conseil, en débarquant le 8 novembre 1921 sur la terre des Etats-Unis, où il va représenter la France à la Conférence de Washington sur le désarmement, s'écrie: « La France est la terre séculaire où se sont déroulées les

[1]) Revue de la Semaine, 18 mars 1921, pages 273 et 274.

grandes luttes pour la civilisation. La dernière guerre a montré qu'elle est capable de soutenir son idéal jusqu'à l'extrême limite du sacrifice. »

De même, M. René Viviani, qui a remplacé M. Briand à la Conférence de Washington, dira, dans son discours du 10 décembre 1921: « A toutes les époques de son histoire, elle (la France) a scrupuleusement tenu ses engagements. Il y a quelques années encore, elle offrait le sang de ses fils pour protéger son serment. »

14° Le tzar Nicolas II lui-même, dans le manifeste impérial qu'il publie pour appeler la Russie aux armes, reconnaît et proclame solennellement la vérité de ce que nous affirmons. Pour lui, comme pour nous, il n'y a aucun doute. C'est la mobilisation générale russe qui déclenche la guerre:

« Nous avons ordonné de mettre l'armée et la flotte sur le pied de guerre. . . L'Allemagne commença par réclamer la suppression immédiate de ces mesures. Ayant été déboutée dans cette réclamation, elle déclara subitement la guerre à la Russie. » [1]).

15° Dans le premier des entretiens que le prince Lichnowsky a eus, le 29 juillet 1914, avec sir Edward Grey, l'ambassadeur d'Allemagne à Londres attire fortement l'attention du ministre britannique sur le fait qu'une mobilisation générale russe serait la guerre:

« J'ai prié de nouveau, télégraphie-t-il, le ministre sir Edward Grey de détourner Saint-Pétersbourg des décisions précipitées et d'empêcher notamment une mobilisation générale qui menacerait aussi notre frontière. Les conséquences seraient impossibles à prévoir. Le ministre m'a promis de nouveau d'agir dans ce sens, et de veiller à ce que les têtes restassent de sang-froid. » (Documents allemands, n° 357, Tome II, page 94.)

Sans doute, le Livre bleu ne contient la trace d'aucune tentative quelconque de sir Edward Grey de tenir sa parole ce jour-là, c'est-à-dire le dernier jour où une telle démarche pouvait exercer une influence sérieuse [2]). Sir Edward Grey ne télégraphiera que le lendemain, 30 juillet, alors que la mobilisation générale russe est en pleine voie d'exécution. Il est vrai que sir G. Buchanan néglige avec se plus grand soin de l'avertir de cette mobilisation générale à cette date, et lorsqu'il l'en avertira enfin, le lendemain, 31 juillet (Livre bleu, n° 113) il aura soin d'entourer cette nouvelle d'allégations complètement mensongères, comme la nouvelle que l'Autriche se met en mouvement contre la Russie, — qu'il invente impudemment et que la Russie, dans tous les cas, n'a invoquée à aucun moment. Sa mobilisation générale est, on le sait, de vingt heures antérieure à la mobilisation générale autrichienne.

16° Mais il y a plus encore peut-être: il y a l'aveu de M. Lloyd George. Le 27 juillet 1922, appelé à la Chambre des Communes à parler incidemment des origines de la guerre, il s'écriait:

---

[1]) Le Temps, 4 août 1914.

[2]) Sir Edward Grey n'envoie pas une seule dépêche à sir G. Buchanan au cours de toute cette journée tragique et décisive.

« N'oublions pas que si la Russie entra la première dans le conflit, elle fut aussi la première a en sortir. D'ailleurs, ce n'est pas nous qui l'avons entraînée dans la guerre [1]), pas plus qu'elle ne nous y a conduits. Chacun sait que la première déclaration de guerre fut lancée par la Russie et que le premier coup de feu fut tiré à la frontière russe. »

17° Enfin, dernier et suprême aveu, — aveu officiel et public du gouvernement français — le 30 juillet, à sept heures du matin, M. René Viviani, « en plein accord avec M. Raymond Poincaré » [2]), télégraphie à M. Paléologue, ambassadeur de France à Saint-Pétersbourg: « Il serait opportun que, dans les mesures de précaution et de défense auxquelles la Russie croit devoir procéder, elle ne prit immédiatement aucune disposition qui offrit à l'Allemagne un prétexte pour une mobilisation totale ou partielle de ses forces [3]) ».

Ou ces recommandations ne veulent rien dire, ou elles prouvent qu'au moment où il les expédiait « en plein accord » avec M. Raymond Poincaré, M. René Viviani savait en toute certitude que si la Russie mobilisait, l'Allemagne serait contrainte de mobiliser, à son tour, et qu'ainsi la guerre devenait inévitable. Comme on le voit d'ailleurs, d'une manière éclatante, M. René Viviani se préoccupait bien moins d'empêcher la Russie de mobiliser, que de l'aider à trouver un prétexte pour légitimer cette mobilisation.

A un moment où il a la pleine certitude que ni l'honneur ni l'intégrité de la Russie ne sont en jeu, il a l'audace de reconnaître, en effet, les droits de notre alliée à provoquer la guerre et, d'avance, il juge légitimes « les mesures de précaution et de défense (!) auxquelles elle croit devoir procéder... »

Tout condamne l'audacieuse initiative qu'ont prise, cette nuit là, « en plein accord », M. Raymond Poincaré et M. René Viviani. Elle ne constitue pas seulement une violation impudente de la Constitution, qui réserve au Parlement seul le droit de se prononcer sur la paix et sur la guerre: elle est une dérogation manifeste à la convention militaire franco-russe du 17 août 1892, aux termes de laquelle l'alliance est uniquement défensive et pacifique. Les articles 1 et 2 disent, en effet, que la France et la Russie ne doivent « mobiliser » qu'à la « première annonce » que l'une ou l'autre des puissances contractantes est menacée par la mobilisation des puissances de la Triple Alliance, ce qui n'était nullement le cas le 30 juillet 1914. Sans doute, la convention militaire franco-russe a été complétée depuis lors par l'adjonction scélérate que M. Delcassé imagina en août 1899 et qui, en introduisant dans le traité défensif de 1892 l'idée impérialiste et agressive de maintenir « l'équilibre entre les forces européennes », allait permettre à notre diplomatie secrète de lancer la France dans les pires aventures.

---

[1]) C'est là une question grave et que nous examinerons plus loin.

[2]) R. Poincaré. Les origines de la guerre, page 252.

[3]) Livre jaune, N° 101.

Il n'en demeure pas moins évident que la Russie en « mobilisant » le 30 juillet 1914, et en déclenchant volontairement la guerre, alors qu'elle n'était menacée par personne, violait l'esprit et la lettre du traité d'alliance franco-russe, et cela « en plein accord » avec MM. Raymond Poincaré et René Viviani.

C'est en nous fondant sur l'incontestable autorité de ces documents et de ces faits que nous affirmons, sans craindre aucun démenti, que la mobilisation générale russe a déclenché la guerre mondiale. Ce fait établi, il restera à rechercher dans quelles conditions le gouvernement de la République et le gouvernement britannique ont sinon provoqué, du moins favorisé de tout leur pouvoir cette mesure catastrophique. Il faut souhaiter qu'un jour prochain la pleine lumière soit faite sur ces deux points. Pour nous, notre tâche s'arrête ici.

Zur Warnung Serbiens an Österreich.

Leopold Mandl.

In Ihrer geschätzten Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage", Oktober 1923, Nr. 4, richteten Sie die Frage an Professor Stanojewitsch in Belgrad, ob ihm etwas Näheres darüber bekannt sei, dass Erzherzog Franz Ferdinand von amtlicher serbischer Stelle vor einem ihm drohenden Attentate gewarnt worden sei.

Schon während des Krieges, als diese Behauptung in den Büchern des Professors an der Sorbonne E. Denis „La Grande Serbie" und des Journalisten Pierre de Lanux „La Yougoslavie" auftauchte, habe ich mich bemüht, Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen. Ich habe mich diesbezüglich, wie Ihnen ja bekannt und wie Sie es auch in Ihrer Zeitschrift anführen, an den Grafen Berchtold gewandt. Ich habe aber auch — und das ist Ihnen nicht bekannt gewesen — dem damaligen gemeinsamen Finanzminister, der auch gleichzeitig Minister für die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina gewesen war, Dr. I. Bilinski geschrieben.

Vom Grafen Berchtold erhielt ich den von Ihnen aus meinem Kriegsbuche „Die Habsburger und die serbische Frage" abgedruckten Brief, den ich erst veröffentlichen durfte, nachdem ich auf Befehl der Militärzensur der obersten Heeresleitung abermals die Erlaubnis zur Veröffentlichung vom Grafen Berchtold nachsuchen musste.

Herr von Bilinski beantwortete meine Anfrage, ob der Erzherzog durch ihn gewarnt worden sei und ob er vorher vom damaligen hiesigen serbischen Gesandten Jovanovitsch von einem beabsichtigten Attentat irgend etwas erfahren habe, brieflich dahin, dass er mit mir über alles übrige, was sich auf diese traurige Angelegenheit bezieht, gerne sprechen wolle, ausgenommen gerade über diesen einen Punkt, über welchen er „den Schleier der Vergessenheit zu breiten

wünsche". Die Veröffentlichung auch dieses Briefes ist mir damals von der Militärzensur untersagt worden.

Dieser Briefwechsel mit Herrn Bilinski, mit dem ich persönlich bekannt war, wurde veranlasst, nachdem ich vom Chef der Presseabteilung in seinem Ministerium und heutigen Direktor der Depositenbank in Wien, Herrn Flandrak, erfahren hatte, dass tatsächlich eine Warnung seitens der serbischen Gesandtschaft an Herrn Bilinski ergangen war, und dass man sie vom Finanzministerium aus nach Sarajevo weitergegeben habe.

Es erscheint für Nichteingeweihte äusserst sonderbar, namentlich denjenigen, welche die in der letzten Zeit des Kaiser Franz Josef herrschenden Dienstverhältnisse der obersten Ämter in ihren wechselseitigen Beziehungen kannten, dass der serbische Gesandte die Warnung nicht bei dem für ihn einzig und allein zuständigen „Ministerium des Äussern und des Kaiserlichen Hauses" vorgebracht hat.

Diese Warnung dürfte dem Gesandten privatim, anderenfalls wäre sie doch wohl im damaligen serbischen Blaubuche als Exculpation des amtlichen Serbiens abgedruckt gewesen, zugekommen sein.

Die Erklärung hierfür ist folgende: Man hielt in Wien Herrn Jovanovitsch, als er noch Sektionschef im serbischen Ministerium des Äussern gewesen war, für den Urheber der berüchtigten Prochaska-Affaire, welche von ihm inszeniert worden war, als bereits seitens der österreichisch-ungarischen Regierung das Agrément für ihn als Gesandten in Wien nach langem Zögern und Beschwichtigung der Bedenken durch den österreichischen Gesandten in Belgrad, Ugron, erteilt worden war. Er war aus dem oben angeführten Grunde allen dem Wiener Hofe nahestehenden Stellen äusserst missliebig und verdächtig. Auch Graf Berchtold unterhielt mit ihm nur amtlichen und kühlen Verkehr. Trotz wiederholter Winke vom Ballhausplatze in Belgrad, wurde er von der serbischen Regierung nicht abberufen. Alle Erzherzöge hatten sich geweigert, ihn zu empfangen. Dreimal hatte er um eine Antrittsaudienz beim Thronfolger nachgesucht und dreimal wurde er unter nichtigen Ausflüchten abgewiesen. In dieser für ihn so peinlichen Situation klammerte er sich um so mehr an den gemeinsamen Finanzminister Bilinski, dessen Bekanntschaft ihm der mit der Belgrader Regierung arbeitende tschechische Publizist Stepanek vermittelt hatte.

Bilinski erwirkte nach einer Aussprache mit dem serbischen Gesandten bei Kaiser Franz Josef, der bekanntlich den Polen sehr wohlgesinnt war, für sich die Erlaubnis, mit dem serbischen Gesandten über alle serbischen Angelegenheiten zwecks Anbahnung besserer Beziehungen mit Serbien konferieren zu dürfen. Die Einwände des Kabinettschef des Kaisers, von Schiessl, bewirkten, dass die Ansicht des Grafen Berchtold eingeholt wurde. Graf Berchtold stimmte zu unter der Bedingung, dass er sofort von allen Besprechungen durch Herrn Bilinski selbst unterrichtet werde. Diese Besprechungen häuften sich in der Folgezeit immer mehr. Sie waren zweifellos ver-

fassungswidrig. Die Gespräche hatten Bezug auf Fragen verschiedenster Natur im persönlichen und telephonischen Verkehr.

Als nun bekannt wurde, Frühjahr 1914, dass die grossen Manöver der grossen Hitze wegen, frühzeitiger als sonst, bereits Ende Juni, in Bosnien stattfinden sollten, dürfte privatim vom Ministerpräsidenten Paschitsch dem Gesandten eine Warnung zugegangen sein, dass anlässlich der bevorstehenden Anwesenheit des Thronfolgers in Bosnien ihm leicht etwas Unangenehmes zustossen könnte. Die Behauptung, dass Paschitsch dem Gesandten von einem geplanten Attentate Mitteilung gemacht habe, wurde, wie bereits erwähnt, von Professor Denis in seinem Buche aufgestellt und wurde mir auch bald nach dem Attentate von seriöser serbischer Seite aus der Gesandtschaft selbst insofern indirekt bestätigt, als mir gesagt wurde, dass Paschitsch im Klub seiner, der altradikalen Partei, eine ähnliche Mitteilung gemacht habe.

Was tat nun der serbische Gesandte Jovanovitsch?

Er ging nicht, wie es seine Pflicht gewesen wäre, zum Grafen Berchtold, obwohl er zu den angesagten Empfängen des diplomatischen Korps regelmässig hinging — er konnte ja auch sonst amtlich den ersten Sektionschef stets aufsuchen — sondern er ging zu Herrn Bilinski, dem er die Mitteilung gemacht haben dürfte, „dass sich in Bosnien ein Attentat gegen den Thronfolger vorbereite".

Hierzu ist noch besonders zu bemerken, dass weder der Ministerpräsident noch sein Gesandter irgend etwas von der Mitwisserschaft oder gar der Mittäterschaft des serbischen Generalstabes verlauten liessen, was ja nur zu begreiflich war.

Was den Gesandten selbst betrifft, so war er nach meiner Kenntnis tief in die Geheimnisse der bosnischen Jugendbewegung eingeweiht. Er pflegte einen auffallend intimen Verkehr mit den Führern derselben in Wien, den leitenden Personen der Studentenvereine „Zora" und „Rad". Es fiel sogar dem Wiener Gesandtschaftspersonale auf, dass er sich mit jungen Studenten dieser Vereine einschloss und Besprechungen pflog. Auch einer der bosnischen Urheber des Attentates, Vladan Gatschinowitsch, war Mitglied sowohl der „Zora", des allgemeinen serbischen Vereins, als auch des „Rad", des speziell bosnischen Vereins und Sammelpunktes der bosnischen revolutionären Organisation „Mlada Bosna". Beide Vereine hatten ihr Versammlungslokal in ein und demselben Hause: VIII. Bezirk (Josefstadt), Langegasse Nr. 22.

Ich weiss mit Bestimmtheit, dass in der serbischen Gesandtschaft über ein geplantes Attentat gegen den Erzherzog bereits einige Wochen vor dem Attentate gesprochen wurde. Der serbische Militärattaché, Oberst Ljuba Leschjanin, der immer ein Gegner der Verschwörer-offiziere gewesen war, hat mir persönlich, kurz bevor er einen Urlaub antrat — wenn ich nicht irre, war es im Monat Mai — Andeutungen nach dieser Richtung hin gemacht. Auf Grund dieser seiner Andeutungen und auch auf Grund alles übrigen, was ich diesbezüglich in Erfahrung bringen konnte, wollte ich warnende Artikel in verschiedenen

Wiener Tageszeitungen, insbesondere im „Neuen Wiener Tagblatt“, veröffentlichen, hatte auch bereits die Artikel verfasst, die Redaktionen hatten jedoch Bedenken, dieselben zu publizieren.

Von polnischer Seite erfuhr ich kürzlich, dass in den in der nächsten Zeit erscheinenden Memoiren des verstorbenen Dr. Bilinski die Behauptung enthalten sein werde, dass Bilinski den Thronfolger gewarnt habe. Bei Lebzeiten hat er sich jedoch, wie auch das Schreiben an mich beweist, über diese äusserst wichtige Feststellung nicht äussern wollen.

Wie dem auch sei, in jedem Falle hat sich Bilinski insofern einer schweren Verfehlung schuldig gemacht, dass er dem „Minister des Auswärtigen und des Kaiserlichen Hauses“ diese Mitteilung des serbischen Gesandten nicht weitergegeben hat, zu der er, wie wir bereits oben angeführt haben, verpflichtet gewesen war, und deren Tragweite für die österreichisch-ungarische Politik diesem schlauen und intrigenreichen Manne von Anfang an klar sein musste.

Aber auch dafür gibt es eine Erklärung: Bilinski war vom damaligen österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürkh aus dem österreichischen Parteigetriebe hinausgedrängt und als gemeinsamer Finanzminister und Minister für Bosnien und die Herzegowina für die österreichische innere Politik kaltgestellt worden. Seine dem Kaiser abgerungene Ernennung zum gemeinsamen Finanzminister — einer Sinecure —, erregte den grössten Unwillen des Erzherzogs Franz Ferdinand, insbesondere deswegen, weil damit die Funktion eines Ministers von Bosnien und der Herzegowina verbunden war. Der Erzherzog gab seinem Unwillen offen Ausdruck. Nach glaubwürdiger Version soll Bilinski sogar vom impulsiven Thronfolger hinausgeworfen worden sein.

Selbst wenn die Behauptung Bilinskis in den demnächst erscheinenden Memoiren auf Richtigkeit beruht, so war das nicht der richtige Weg, den verhängnisvollen Gang der Ereignisse aufzuhalten. Denn der Erzherzog konnte als Vertreter des obersten Kriegsherrn seine Anteilnahme an den Manövern nicht mehr rückgängig machen, weil dies bei Freund und Feind als übertriebenes Zeichen der Furcht gedeutet worden wäre. Der Kaiser, als oberster Kriegsherr hingegen, hätte wohl dem Erzherzog den Befehl erteilen können, dass sein Besuch in Sarajevo und der Manöver zu unterbleiben habe, und er hätte dies auch gewiss getan, wenn er vom „Minister des Äussern und des Kaiserlichen Hauses“ auf die Gefahren dieses Besuches aufmerksam gemacht worden wäre.

Sowohl Jovanovitsch als auch Bilinski haben daher durch ihr leichtfertiges, inkorrektes und verfassungswidriges Verhalten eine schwere Kriegsschuld auf sich geladen.

Man hat im Nachlasse des Erzherzogs nachgeforscht, ob sich etwas vorfinde, was sich darauf beziehen könnte. Man hat jedoch nichts gefunden.

Bemerkungen zum Saloniki-Prozess 1917.

Dr. M. Bogitschewitsch.

Der unter dem Namen „Salonikker Prozess“ bekannte Prozess, der während des Krieges gegen eine Gruppe serbischer Offiziere, die der Vereinigung der sogenannten „Schwarzen Hand“ angehörten, im Jahre 1917 in Saloniki stattfand, wegen eines angeblichen Attentatversuches auf den damaligen Thronfolger und Regenten und jetzigen König Alexander von Serbien und der mit der Verurteilung mehrerer Offiziere und unter ihnen eines der tüchtigsten, des Obersten Dragutin Dimitriewitsch zum Tode, vieler anderen zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe endete, hat auch für die Beurteilung der Kriegsschuldfrage seine grosse Bedeutung, und es wird in anderem Zusammenhang ausführlich darüber zu sprechen sein.

Der Zweck dieser Zeilen ist nur, auf einen für die Kriegsschuldfrage wichtigen Punkt aufmerksam zu machen.

Nach erfolgreicher Beendigung des Krieges hat sich der Prinz-Regent, mit Rücksicht auf die allgemeine Missstimmung, welche dieser in keiner Weise einwandfrei durchgeführte Prozess in weiten Kreisen der serbischen Intelligenz hervorgerufen hat, bemüssigt gesehen, die verurteilten Offiziere in Freiheit setzen zu lassen, ohne ihnen jedoch ihre bürgerlichen und militärischen Rechte wiederzugeben. Diese Offiziere beteuerten vom ersten Tage ihrer Freilassung an ihre Unschuld, verwiesen auf ihre für jeden Serben unbestreitbaren Verdienste auf dem Gebiete der nationalen Bewegung, d. h. der Revolutionierung der südslawischen Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie, der Balkankriege und des Enderfolges im Weltkriege, der in der Vereinigung aller Südslawen unter der Dynastie Karageorgewitsch zum Ausdrucke kam, und bemühten sich ohne Unterlass, eine Revision ihres Prozesses herbeizuführen.

Weil jedoch eine neuerliche Aufrollung des Prozesses vor einem unabhängigen Gerichte einwandfrei die begangenen Justizmorde und Irrtümer sowie die Motive und das ganze politische Intrigenspiel, das zu dem Prozesse geführt hat, aufgedeckt hätte und weil insbesondere die neuerlichen Verhandlungen ungeahnte Einsicht gewähren würden in die revolutionäre Propaganda des amtlichen Serbiens der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie gegenüber, eine Propaganda, die durch die Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers und durch den Weltkrieg ihren Abschluss fand, ist eine Wiederaufnahme des Prozesses, so lange die heutigen Machthaber in Serbien, die ja die gleichen auch vor dem Kriege gewesen waren, am Ruder sind, völlig ausgeschlossen.

Die verurteilten Offiziere haben dies nunmehr eingesehen und die Konsequenzen daraus gezogen. Sie haben in einer an das serbische Parlament gerichteten Erklärung vom 28. Februar d. J., in der sie ihrer Überzeugung Ausdruck geben, dass eher der letzte Prozessbeteiligte vom

Erdboden verschwinden wird, bevor die Machthaber, welche diesen Prozess inszeniert haben, eine Revision desselben zulassen würden. Unter diesen Umständen geben sie jede Hoffnung auf, dass die materielle Wahrheit auf gerichtlichem Wege festgestellt wird, und sie leisten nur aus diesem Grunde Verzicht auf eine Revision ihres Prozesses. Sie erachten es daher für ihre Pflicht, sich an die gesetzgebende Körperschaft, dem einzigen Forum, an das sie sich noch wenden können, zu wenden und folgende Tatsachen, die auf reiner Wahrheit beruhen, festzustellen:

1. „Dass die Organisation „Ujedinenje ili Smrt" (Vereinigung oder Tod) ein patriotischer Verein gewesen ist, dessen Tätigkeit den zuständigen Behörden stets bekannt war, eine Tätigkeit, die sich in Übereinstimmung mit den Intentionen dieser Behörden befand."
2. „Dass die Mitglieder der Organisation niemals irgend etwas gegen die Person — Leben oder Stellung — des Prinz-Regenten und heutigen Königs unternommen haben, dass sie vielmehr stets ihr Leben für das Wohl ihres Königs und Vaterlandes eingesetzt haben."
3. „Dass sie niemals irgend etwas unternommen haben gegen die Staatsverfassung und gegen die staatliche Ordnung."
4. „Dass sie niemals die Behauptung aufgestellt haben, dass der damalige Prinz-Regent der Urheber des Salonikker Prozesses gewesen sei, dass sie vielmehr geglaubt haben und noch heute glauben, dass einzelne Politiker, die nach der Verfassung hierfür einzig und allein zuständig waren, den Prozess vorbereitet und organisiert haben, um unter dem Eindrucke einer künstlich geschaffenen Gefahr das Schicksal des Herrschers mit dem ihrigen zu verknüpfen."

Aus diesen wenigen Andeutungen ergibt sich, wie viel Stoff für die Beurteilung der Kriegsschuldfrage gerade in diesem Prozesse enthalten ist, und wie sehr es für die heutigen Machthaber in Serbien eine Existenzfrage ist, es nicht auf eine Revision dieses Prozesses ankommen zu lassen; denn es würden einerseits die wahren Verantwortlichkeiten für den Weltkrieg, soweit sie Serbien betreffen, und andererseits die vom serbischen Standpunkte wirklichen Verdienste um die Vereinigung der Südslawen in ein ganz anderes und neues Licht gerückt werden.

Gerade weil diejenigen, die sich in den verschiedensten Ländern mit der Kriegsschuldfrage ausführlich befassen, bezüglich dieser Vorgänge geringe Kenntnisse besitzen, erachtete ich es für nützlich, besonders darauf aufmerksam zu machen.

Monatsbericht.

Presseschau.

Aussenminister Dr. Stresemann zur Kriegsschuldfrage. **Die Zeit. 1. 4. 1924. Nr. 78.**

In einer Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei in Hannover erklärte Aussenminister Dr. Stresemann in seiner Rede: „Wir haben heute eine andere Einstellung in der Welt, als sie noch vor 4 Jahren bestanden hat. Eine Rede, wie sie kürzlich im amerikanischen Senat gehalten worden ist, eine solche Rede (Die Rede des Senator Owen wird in deutscher Übersetzung von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen herausgegeben.) wäre noch vor vielleicht 2 Jahren unmöglich gewesen. Wenn sich die Anzeichen mehren, dass man in Wort und Schrift die Entstehung des Weltkrieges mit anderen Augen anzusehen beginnt als mit denen der Propagandapresse Northcliffes, dann braucht man nicht anzunehmen, dass das alles ohne die Arbeit der Reichsregierung in der Kriegsschuldfrage geschehen ist. Ich sage dasselbe als Aussenminister, was ich auch als Abgeordneter immer betont habe, dass eine solche Propagandaarbeit im wesentlichen in privater Kleinarbeit zu liegen hat, dass sie nicht entwertet werden darf durch den Amtsstempel. Nur muss die Regierung mit der moralischen Unterstützung dahinterstehen, sie muss den Mut haben, sich zu ihr zu bekennen. Das habe ich in meiner Amtszeit als Reichskanzler betont und das betone ich jetzt als Aussenminister."

A little History. **New Leader. 21. 3. 1924.**

In der englischen Zeitschrift „Review of Reviews" gibt Lord Haldane einen kleinen Beitrag zur Geschichte der Julikrise 1914. Er führt aus: „Am Sonntag, den 2. August, in der Nacht, schrieb Asquith eine Note für den französischen Botschafter, Herrn Paul Cambon, in der er ihm unsere Entscheidung (zu mobilisieren) mitteilte, die, wie es natürlich nur möglich war, eine Vorsichtsmassnahme gegen einen eventuellen deutschen Einbruch in Belgien darstellte. Aber nachdem die Note an Herrn Cambon abgegangen war, durchlebten wir eine sehr angstvolle Viertelstunde. Der Premierminister konnte sich nicht mehr erinnern, ob er nicht die Note in einen gedruckten Umschlag, der an den deutschen Botschafter adressiert war, hineingelegt hatte. Glücklicherweise erhielten wir bald einen Telephonanruf von Cambon, der die Note erhalten hatte. So waren wir unserer Sorge enthoben." Dazu bemerkt der „New Leader": „Man beachte das Datum, es war Sonntag nacht. Das Unterhaus aber kam erst am Montag zusammen, um Sir Edward Greys massvolle Rede zu hören."

Iswolski im Jahre 1912. Neue Dokumente vom ersten Balkankrieg. Von ***

Berliner Tageblatt. 3. April 1924. Nr. 160.

Nachdem am 14. Januar 1912 Poincaré Ministerpräsident und Aussenminister geworden war, gewann Iswolski, der russische Botschafter in Paris, sehr schnell intime Fühlung mit Poincaré. Bekanntlich weilte Poincaré im August 1912 in Petersburg und erfuhr dort den unter Mitwissen der russischen Regierung abgeschlossenen Geheimvertrag zwischen Serbien und Bulgarien. Es ist bekannt, dass Poincaré damals noch diesen Vertrag als ein „Kriegsabkommen“ bezeichnete und die Teilnahme Frankreichs für einen Kampf um Balkanfragen sehr in Frage stellte. Nach Ausbruch des Balkankrieges gegen die Türkei war Poincaré sehr besorgt, wie hier in einem zum ersten Male veröffentlichten Telegramm Iswolskis an Sasonow vom 3./16. Oktober 1912 mitgeteilt wird, „über die Möglichkeit eines Bekanntwerdens des Inhalts der Geheimverträge zwischen Bulgarien und den anderen slawischen Staaten durch die Presse oder auf einem anderen Wege“ . . . . „Wenn das Londoner Kabinett sich mit diesen Verträgen aus irgendeiner anderseitigen Quelle bekanntmacht, kann solches ihm Misstrauen gegen die Aufrichtigkeit Russlands und Frankreichs, die ihren Inhalt kannten, einflössen und die Verständigung zwischen den drei Mächten erschweren.“ Der Wunsch Poincarés wurde erfüllt und London verständigt. Aus einigen weiteren, hier gleichfalls zum ersten Male bekanntgegebenen Dokumenten Iswolskis und Sasonows vom Oktober bis Dezember 1912 geht sehr klar hervor, wie nahe Europa zu jener Zeit vor dem Ausbruch eines allgemeinen Krieges gestanden hat.

Das Tagebuch des russischen Ministeriums des Äussern.

Nouveaux documents russes sur la guerre. Von Jacques Mesnil.

l'Humanité. 9. März 1924.

Premier coup d'oeil sur les archives secrets de Sazonow. Von Joé Newman.

Le Journal du Peuple. 8. März 1924.

Nicolas II ne désirait pas la guerre, mais Sazonow la voulait à tout prix. Von Joé Newman.

Le Journal du Peuple. 15. März 1924.

Besprechungen des Tagebuches des russischen Ministeriums des Äussern, das im Heft 4 des Krasny-Archivs veröffentlicht worden ist. Eine vollständige deutsche Übersetzung wird in Kürze von der „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“ herausgegeben.

L'abominable vénalité de la presse française. Un témoin d'importance. — **l'Humanité. 15. März 1924.**

Wegen der Veröffentlichung der Dokumente der russischen Finanzagenten über die Bestechungen der Pariser Presse hat der „Matin" die „Humanité" auf einen Schadenersatz von anderthalb Millionen Frs. verklagt. Zu seiner Verteidigung hat der „Matin" den jetzt in Paris lebenden ehemaligen russischen Ministerpräsidenten Kokovtzev geladen. Kokovtzev bestätigte in seiner Aussage die Echtheit der von der „Humanité" veröffentlichten Dokumente.

Ein Antrag zur Kriegsschuldfrage im Amerikanischen Senat. — **The Foreign Press Service, (Hamburg), 22. März 1924.**

Der Senator von Oklahoma, Robert L. Owen, dessen Rede zur Kriegsschuldfrage in Deutschland vielleicht mehr Aufsehen erregt hat als in den Vereinigten Staaten selbst, hat in seiner Eigenschaft als Mitglied des Komitees für auswärtige Beziehungen am 19. Februar den Antrag gestellt auf eine Untersuchung über die Schuld am europäischen Kriege: das Foreign Relations Committee des Senats solle befugt sein und beauftragt werden, einen Ausschuss zur Erforschung des Ursprungs des grossen Konflikts zu ernennen, der aus sieben oder neun Mitgliedern bestehen solle, die nicht in amtlichen Diensten stehen und die die verschiedensten Anschauungen und Berufe zu repräsentieren hätten. Der endgültige Bericht dieses Ausschusses solle im Februar 1925 dem Foreign Relations Committee übergeben werden, nachdem der Ausschuss alles verfügbare dokumentarische Material unter Anwendung der wissenschaftlichen Regeln staatsrechtlicher und historischer Art durchforscht hat, um auf diese Weise zu den wahrscheinlichsten Schlüssen darüber zu gelangen, wie sich die Schuld am Kriege auf die einzelnen Teilnehmer verteile. „Es steht durchaus im Einklang mit seinen Pflichten und es ist diesen durchaus angemessen, dass unser Senat versuchen sollte, diesem furchtbaren Problem auf den Grund zu kommen," erklärte Owen bei Begründung seines Antrags. „Mehr als hundert Millionen Menschen in Zentraleuropa sind jetzt, fünf Jahre nach Einstellung der Feindseligkeiten, auch ferner überzeugt, dass ihre Regierungen nicht die einzigen gewesen sind, die in den Tagen, Monaten und Jahren vor dem verhängnisvollen 1. August 1914 sich schuldig gemacht haben. Da ferner die in den verschiedenen Verträgen ihnen auferlegten furchtbaren Lasten festgesetzt worden sind, wie der Vertrag von Versailles ausdrücklich konstatiert, wegen ihrer ausschliesslichen Verantwortlichkeit am Kriege, so führen sie ihr ganzes Elend auf das zurück, was sie als eine ungerechtfertigte und unhaltbare Erklärung betrachten."

„Auf Grund dieser Überzeugung können Zentraleuropa und im besonderen Deutschland kaum anders als entschlossen sein, das ganze Reparationsschema umzustossen. Die Interessen von Millionen unserer Produzenten werden direkt berührt durch das, was jetzt und seit fünf

Jahren sich in Europa begibt. Unser Volk muss seine Zukunft bestimmen, und dafür ist eine Kenntnis dessen, was an der moralischen Grundlage des Vertrages von Versailles Wahrheit ist, von vitaler Wichtigkeit."

„Het Vaterland" und der **„Nieuwe Rotterdamsche Courant"** vom 29. März (Abendausgaben) bringen ausführliche und vollkommen objektive Berichte über den Vortrag, den **Graf Max Montgelas** am 28. März in der Ortsgruppe Rotterdam der „Niederländisch-Deutschen Vereinigung" über die „Kriegsschuldfrage" gehalten hat.

Le „Memorie" di Conrad. Come si scatenò la guerra. Von Professor Corrado Barbagallo. — **il Resto del Carlino (Bologna) 27. III. 1924.**

In einer Besprechung des vierten Bandes der Erinnerungen des Feldmarschall Conrad betont Professor Barbagallo, dass die deutsche Politik im Juli 1914 keineswegs einheitlich gewesen sei, dass man nicht sagen könne, diese Politik sei nach einem vorbedachten Plan geführt worden, der auf den Krieg hingezielt habe.

Aus Zeitschriften.

„Vers la Vérité"!

Die seit dem 1. April 1923 in Paris erscheinende Zeitschrift: „Vers la Vérité", die ausschliesslich der Erforschung der Kriegsursachen gewidmet war, muss leider ihr Erscheinen für einige Monate einstellen. Der verdienstvolle Herausgeber, Gustave Dupin (Ermenonville), der allein die gesamte Redaktion und Expedition geleitet hat, sieht sich aus Gesundheitsrücksichten gezwungen, für einige Monate jeder angestrengten Arbeit zu entsagen. Wir wollen hoffen, dass sein Wunsch in Erfüllung gehen und dass es ihm möglich sein wird, die „Vers la Vérité" vom Oktober an weiterzuführen. Unsere Leser sind über den Charakter dieser Zeitschrift zur Genüge unterrichtet, sie wissen, dass Dupin es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Erforschung der Kriegsursachen frei von jeder nationalistischen Gebundenheit zu betreiben. Die Aufsätze der hervorragenden französischen Forscher und vor allem die tiefgründigen Studien der „Société d'Etudes documentaires et critiques sur la Guerre" waren für die Schuldfragenforschung stets von besonderem Wert.

Paléologue, par Jean Debrit. — **Vers la Vérité. Février 1924.**

Paléologue, der bekanntlich seine Erinnerungen an seine Botschafterzeit in Petersburg zuerst in der „Revue des deux mondes" veröffentlichte, hat diese später in Buchausgabe herausgegeben. Jean Debrit hat sich der Mühe unterzogen, die ersten Kapitel dieser Erinnerungen in der Form der Erstveröffentlichung in der „Revue des deux

mondes" mit der endgültigen Fassung der Buchausgabe zu vergleichen. Das Ergebnis ist recht interessant: Besonders kompromittierende Stellen hat Paléologue in der Buchausgabe gestrichen, andererseits hat er einige interessante Ergänzungen gerade für die Julikrise gegeben. Er erzählt z. B., wie am Abend des 23. Juli, bei dem Abschiedsgaladiner an Bord der „France", Viviani ihn gebeten habe, eine kurze Notiz für die Agentur Havas zu entwerfen. Paléologue liess Viviani folgendes Communiqué überreichen: „Die beiden Regierungen haben die vollständige Übereinstimmung ihrer Gesichtspunkte und ihrer Absichten für die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts, vornehmlich auf der Balkanhalbinsel, festgestellt." Diese Fassung, insbesondere der letzte Absatz, erschien Viviani doch zu scharf, und auf seine Bitte änderte Paléologue seine Notiz dahin gehend ab, dass er das Wort „Balkanhalbinsel" durch das Wort „Orient" ersetzte. Diese Fassung fand die Billigung des Zaren, Sasonows und Iswolskis.

A propos de l'assassinat de Jaurès. Von Jacques Mesnil. — **Vers la Vérité. Février 1924.**

Jacques Mesnil hat seine Studie auf Grund der Protokolle des Prozesses gegen den Mörder Villain geschrieben. In diesem Prozess haben die Vorgänge unmittelbar vor Kriegsausbruch eine grosse Rolle gespielt. Jacques Mesnil, der glaubwürdig den Nachweis zu erbringen versucht, dass hinter dem minderwertigen Mörder Villain stärkere Persönlichkeiten gestanden haben, und der, gestützt auf die Aussagen von Labori, dem berühmten Verteidiger im Dreyfussprozess, direkt die russische Sicherheitspolizei als Anstifter des Mordes nennt, gibt in seiner Arbeit einige interessante Hinweise auf weniger bekannte Einzelheiten aus der Haltung der französischen Regierung während der Julikrise.

Etude sur la collusion Anglo-Franco-Russe. — **Vers la Vérité. Mars 1924.**

Eine auf gründlichem Dokumentenstudium beruhende Arbeit über das Zusammenwirken der Ententediplomatie während der Julikrise 1914.

La vénalité de la presse française. — **Les Cahiers des Droits de l'Homme. 1924. Nr. 5.**

In einem grossen Aufsatz beschäftigen sich die „Cahiers des Droits de l'Homme" mit den von der „Humanité" veröffentlichten Dokumenten der russischen Finanzagenten. Nach Zitierung der wichtigsten Schriftstücke sagen die „Cahiers": „So wurde in Frankreich die günstige Stimmung der öffentlichen Meinung aufrechterhalten für jene russische Allianz, in der unsere törichten oder verkauften Regierenden eine Garantie für den Frieden sahen, während sie uns in den wildesten der Kriege hineingeführt hat." — Und weiter heisst es: „Man vergleiche . . . die Depeschen, welche der russische Botschafter in Frankreich, Iswolski, am 30. September 1914 an Sasonow, den russischen Minister

des Äussern, aus Bordeaux geschickt hat: Diese Depeschen beweisen, dass seit 1913 in Petersburg die gemeinsamen Ziele der französischen und der russischen Politik festgestellt waren: Rückgabe Elsass-Lothringens an Frankreich, Freiheit der türkischen Meerengen. Diese Ziele konnten nur durch einen Krieg erreicht werden; durch den Krieg, dessen Ausbruch man im voraus mit der genauesten Präzision vorbereitet hatte. Derartige Beweise fügen einen weiteren Beweis den schon vorhandenen hinzu, dass, wenn auch kein Volk den Krieg wollte, eine einflussreiche Minderheit ihn wünschte und vorbereitete, in Russland und in Frankreich ebenso wie in Deutschland und in Österreich.“

Die Entstehung der Krüger-Depesche. Von Otto Hammann. — **Archiv für Politik und Geschichte, März 1924.**

Hammann betrachtet den Streit um die intellektuelle Urheberschaft der Krüger-Depesche noch nicht als abgeschlossen. Am Tage nach der Absendung habe Holstein ihm erzählt, der Staatssekretär v. Marschall habe ihm (Holstein) auf einen versteckten Vorwurf wegen der voraussichtlich schlechten Wirkung in England erwidert: „Wenn Sie gar wüssten, wie der kaiserliche Text lautete, würden Sie milder denken.“ Weiter berichtet Hammann, er wisse vom Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, dass Marschall diesem zur Zeit seiner Berufung auf den Londoner Botschafterposten in einem Gespräch über die Krüger-Depesche mitgeteilt habe: „Der vom Kaiser ursprünglich gewünschte Glückwunsch sei viel schärfer gewesen als die abgesandte Depesche.“ Gegen die Darstellung, die Wilhelm II. in seinen „Ereignissen und Gestalten“ der Krüger-Depesche widmet, spricht nach Hammann die Tatsache, dass Wilhelm II. das Odium der Krüger-Depesche über ein Jahrzehnt schweigend ertragen hat. (Vgl. zu diesem Aufsatz: Die Verantwortung für die Krüger-Depesche, Frankfurter Zeitung 8. 3. 1924, Nr. 182, und: Fürst Hohenlohe und die Krüger-Depesche von Prinz Alexander von Hohenlohe-Schillingsfürst, Frankfurter Zeitung, 21. 3. 1924, Nr. 218. Sein Vater, der Reichskanzler von Hohenlohe, habe ihm einige Tage nach der Absendung der Krüger-Depesche gesagt, er habe schliesslich seine Zustimmung gegeben, „um Schlimmeres zu verhüten“.)

Die Kriegsschuldfrage. Von Graf Max Montgelas. — **Der Firn. 1924. Nr. 11 u. 12.**

Graf Montgelas gibt zum Abschluss seiner Betrachtungen eine zusammenfassende Darstellung der diplomatischen Verhandlungen während der Julikrise 1914.

Frankreich, Deutschland und die Haager Friedenskonferenzen. Von Dr. Hans Wehberg. — **Die Wahrheit (Prag), 1924, Nr. 6.**

Dr. Wehberg führt aus, dass er nach eingehendem Studium der Akten des Deutschen Auswärtigen Amtes über die Haager Konferenzen

den Eindruck gewonnen habe, dass die von deutscher pazifistischer Seite dem Wilhelminischen Deutschland wegen seiner ablehnenden Haltung in der Schiedsgerichts- und Abrüstungsfrage gemachten Vorwürfe im grossen und ganzen begründet seien, gleichzeitig aber müsse er feststellen, dass keineswegs jeder gegen Deutschland erhobene Vorwurf berechtigt wäre und dass die Stellung der anderen Mächte, namentlich Frankreichs (soweit es sich um die Abrüstungsfrage handele) in einem günstigeren Lichte dargestellt werde, als sie es verdiene.

Kriegsschuld und Deutschlands Haltung auf den Haager Friedenskonferenzen. Von Professor Dr. Kraus, Königsberg.

Deutsche Juristen - Zeitung, 1. März 1924.

Professor Kraus knüpft seine Betrachtungen an die Kundgebung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses des Reichstages über Deutschlands Haltung auf den Haager Friedenskonferenzen an. Dass diese Kundgebung ihren Ausgangspunkt von dem „Ultimatum der Entente" vom 16. Juni 1919 nimmt und die Haltung der deutschen Regierung auf den Haager Konferenzen unter dem Gesichtswinkel der Frage nach der „Schuld am Kriegsausbruche" behandelt, begrüsst Professor Kraus als einen besonders klugen politischen Versuch. Das Ausschussurteil bedeute eine auf Grund vertiefter Sachkunde vorgenommene Umnuancierung des Standpunktes, den die deutsche Regierung bei den Versailler Friedensverhandlungen eingenommen habe. Eine Herbeiführung einer Revision der communis opinio mundi über die Haltung der deutschen Regierung auf den Haager Konferenzen würde nach Prof. Kraus zugleich einen Sieg bedeuten in dem grossen Kampf um die Frage, ob Deutschland am Ausbruch des Weltkrieges die „Schuld" trage.

Englands Staatsmänner zur Kriegsschuldfrage. Von Dr. Georg Karo, Professor an der Universität Halle.

Süddeutsche Monatshefte, März 1924.

Professor Karo zeigt auf Grund der Erinnerungen von Asquith, Buchanan, Churchill, Haldane und Campbell-Bannerman die Entwicklung der englischen Politik seit dem Ende des Jahres 1905 bis zum Kriegsausbruch. Im Anhang gibt Professor Karo in Übersetzung den für die Entstehung der englisch-französischen Entente ausserordentlich bedeutsamen Erlass Sir Edward Greys an den englischen Botschafter in Paris, Sir F. Bertie vom 31. Januar 1906 wieder, der zum erstenmal in der Biographie Campbell-Bannermans von Spender veröffentlicht worden ist (a. a. O. II. S. 253 ff).

H. H. Asquith: The Genesis of the War. Von A. Mendelssohn-Bartholdy.

Europäische Gespräche. Januar-Februar 1924.

In einer Besprechung der „Gènesis of the War" sagt Professor M. B.: „In diesen Blättern, in denen wir bewusst und unter schweren persönlichen Opfern für den europäischen Frieden zu wirken suchen, will ich einmal aussprechen, dass wir gerade in Deutschland, angesichts der Anklage unserer Urheberschaft am Kriege, ein solches Buch eines Mannes in solcher Stellung mit Empörung, ja mit Verachtung ablehnen dürfen. Die Männer, die in den europäischen Kabinetten der Vorkriegszeit die auswärtige Politik geleitet oder gegengezeichnet haben, sind ihren eigenen Völkern, sind allen Opfern des Krieges in der ganzen Welt, den Toten wie den verstümmelt und ausgehungert Lebenden, zum wenigsten dies eine schuldig, dass sie sich ihrer Verantwortung bewusst zu werden bemühen, dass sie aufs ernsteste mit ihrem Gewissen zu Rate gehen und jede Möglichkeit eines Fehlers, den sie gemacht, prüfen und bekennen, damit andere für die Zukunft daraus lernen. Sie stehen, auch wenn kein irdischer Richter da ist, der sie aufruft, unter dem Eid eines Zeugnisses, das mit schwererem Gewicht in keinem Prozess der Welt jemals gegeben werden musste."

Tanger, heute wie vor zwanzig Jahren. Von Asecretis.

Europäische Gespräche, Januar-Februar 1924.

Der Verfasser zieht einige interessante Vergleiche zwischen dem englisch-französischen Marokkoabkommen vom 8. April 1904 und dem letzten Marokkoabkommen, das am 18. Dezember 1923 in Paris unterzeichnet worden ist.

Die Memoiren des Grafen Michael Karolyi. Von Oskar von Wertheimer.

Preussische Jahrbücher, März 1924.

Karolyi war ein Ententefreund. Er war überzeugt, dass Ungarn sich von Österreich trennen und an Frankreich und Russland anschliessen müsse. Zu Beginn des Jahres 1914 hatte er eine längere Unterredung mit Poincaré, dem damaligen Präsidenten der französischen Republik. Karolyi führte Poincaré gegenüber aus, dass er in Ungarn eine neue oppositionelle Partei gründen werde, die Stellung gegen den Dreibund nehmen und sich der Triple-Entente anschliessen wolle. Poincaré hüllte sich in Schweigen, aber, sagt Wertheimer, „nimmermehr hätte er einem Fremden eine so lange Audienz gewährt, würde er dessen Worte für belanglos gehalten haben. Und Karolyis Worte waren ja auch nicht ohne Bedeutung. Damals herrschte in Europa schon die Stille vor dem Sturm. In Waffen starrend, standen sich die beiden Lager gegenüber. Wenige Monate später tauschten die Oberhäupter der französischen Republik und des russischen Reiches begeisterte Freund-

schaftsworte an Bord eines Kriegsschiffes aus. Frankreichs geheimes Abkommen mit England war bereits geschlossen. Mussten da nicht die für die Entente verheissungsvollen Versprechungen aus dem ihr feindlichen Lager eine besondere Bedeutung gewinnen? In der Schlacht kann ein Wachtposten von entscheidender Wichtigkeit sein. Und hier wurde ein ganzes Land, das bisher zu den Gegnern gezählt worden war, als Freund angeboten, eine ganze Nation wurde als Geschenk präsentiert, von der man stets gedacht hatte, dass sie eine wichtige Stütze der Feinde sei. Erst in dieser Beleuchtung enthüllt sich die ganze Tragweite von Karolyis Vorgehen."

Der Rubel und die französische Presse. Von Charles L. Hartmann. **Deutsche Rundschau, April 1924.**

Nach den uns bei Abschluss des Heftes vorliegenden Presseauszügen bringt dieser Aufsatz neues interessantes Material über die Verwertung der russischen Bestechungsgelder, namentlich auch im neutralen Ausland während des Krieges.

Nach einer Mitteilung der „Vers la Vérité" erscheint das **deutsche Weissbuch** über „Die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges", welches 1919 mit Genehmigung des Auswärtigen Amtes herausgegeben worden ist, jetzt endlich auch **in französischer Sprache.** Die Übersetzung wird fortlaufend von den „Documents Politiques", einer in Paris, 20, rue de Grammon, erscheinenden Zeitschrift, gebracht.

Bücherschau.

Alazard, Jean: L'Italie et le conflit européen 1914—1916. Paris, Alcan, 1923.

Beyl, Jacob: Tausend Jahre Franzosenpolitik. Verlag R. Oldenbourg, München und Berlin, 1924.

Brandenburg, Erich: Von Bismarck zum Weltkriege. Die deutsche Politik in den Jahrzehnten vor dem Kriege. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin, 1924. 454 S.

Gooch, G. P.: Franco-German Relations 1871—1914. London, Longmans, 1923. 64 S.

Hake, von, Fritz: Englands Kriegsbilanz. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung Oscar Beck, München, 1924. 87 S.

Karolyi, Graf Michael, ehemaliger Präsident der ungarischen Republik: Mein Kampf um den Frieden. Verlag für Kulturpolitik, München, 1924. 520 S.

Kerr, Philipp, and Curtis, Lionel: The Prevention of War. New Haven, Yale University Press. London, Milford, 1923.

Klotz, L. L.: De la Guerre à la Paix. Souvenirs et Documents. Paris, Payot, 1924.

Lloyd George, David: Ist wirklich Friede? Ins Deutsche übersetzt und eingeleitet von Reichsaussenminister a. D. Dr. W. Simons. Paul List Verlag, Leipzig, 1924.

Mommsen, Wilhelm: Bismarcks Sturz und die Parteien. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin, 1924.

Stosch, Albrecht von: Die Kriegsbeschuldigtenfrage. Ihre Bedeutung für Deutschland und den Feindbund. Ernst Letsch Verlag, Hannover-Leipzig, 1924. 261 S.

Bezugsbedingungen.

Die Monatsschrift ist bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und dem Verlag der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin NW 6, Luisenstr. 31 a, zu beziehen.

Inlandspreis:

Vierteljahresabonnement 2,— G.-Mk.

Auslandspreis:

Vierteljährlich (einschl. Porto und Verpackung) 2,50 G.-Mk.

Druck der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 48

Irreführung der öffentlichen Meinung durch das französische Gelbbuch 1914.

August Bach.

Die vorliegende Zusammenstellung über Fälschungen und Auslassungen des französischen Gelbbuches beruht auf dem Material, das bis jetzt im Archiv der Zentralstelle gesammelt werden konnte. Daß noch weitere Änderungen und Auslassungen des offiziellen Telegrammwechsels, wie er im französischen Gelbbuch wiedergegeben ist, stattgefunden haben, unterliegt wohl keinem Zweifel. Für eine restlose Klärung der Kriegsschuldfrage, sowie für die spätere geschichtliche Darstellung ist es demnach eine unabweisbare Notwendigkeit, daß sobald wie möglich ein neues vollständiges französisches Gelbbuch über die Julikrisis ohne Fälschungen und ohne Auslassungen von der französischen Regierung herausgegeben wird! Die Schriftleitung.

Zu Beginn seiner Vorlesungen über den Ausbruch des Weltkrieges hat Pierre Renouvin, der Generalsekretär der „Société d'Histoire de la Guerre" die verschiedenen Dokumentensammlungen der europäischen Regierungen über die Julikrise 1914 einer scharfen Kritik unterzogen. Dabei sagte er über das französische Gelbbuch:

„Wenn man das französische Gelbbuch mit diesen russischen, österreichischen und deutschen Publikationen vergleichen will, so ist es ihnen unvergleichlich überlegen. Ohne Zweifel gibt es nur einen Teil der Dokumente wieder: jede diplomatische Veröffentlichung ist eine Auswahl, das habe ich stets gesagt. Auch gibt es im Gelbbuch Auslassungen, Umstellungen; es kommt selbst vor, daß in einem einzigen Stück dieser Sammlung in Wahrheit zwei verschiedene Dokumente vereinigt worden sind. Aber bedeutet dies, daß diese geringfügigen Umstände den Kern der Dinge ändern, daß sie die Wahrheit entstellen? Ich bin von dem Gegenteil überzeugt." —

Die nachstehenden Ausführungen sollen die Möglichkeit geben, zu entscheiden, ob durch die Auslassungen und Umstellungen im französischen Gelbbuch die Wahrheit entstellt worden ist oder nicht.

Zur Vorgeschichte des Weltkrieges.

Das französische Gelbbuch 1914 über die diplomatischen Verhandlungen der Julikrise 1914 hat als einzige Dokumentensammlung auch einige Schriftstücke aus der Vorkriegszeit mit aufgenommen, die ten-

denziös ausgewählt, die Schuld Deutschlands und den Angriffswillen des deutschen Generalstabes beweisen sollen.

Gelbbuch 2.

Der französische Kriegsminister Etienne übermittelt am 2. April 1913 dem Außenminister Jonnart einen angeblich amtlichen deutschen Bericht über die Verstärkung des deutschen Heeres. General Ludendorff hat sich zu dieser Nummer des Gelbbuches und ihrer Anlage ausführlich geäußert. Er erklärt den angeblichen Geheimbericht für „apokryph" und für „eine grobe Mystifikation" (Ludendorff: Französische Fälschungen meiner Denkschrift von 1912 über den drohenden Krieg, ein Beitrag zur Schuld am Kriege. Berlin 1919, E. S. Mittler & Sohn). Es ist fernerhin zu beachten, daß der gefälschte „Geheimbericht" an den Außenminister Jonnart gerichtet ist, während bereits seit dem 26. März 1913 Pichon Minister des Auswärtigen war.

Gelbbuch 3.

Der französische Botschafter in Berlin, Jules Cambon, berichtet am 6. Mai 1913 seiner Regierung über eine Ansprache des deutschen Generalstabschef von Moltke, in der dieser den Präventivkrieg empfohlen habe. In einem Brief an den Staatssekretär des Auswärtigen vom 18. Dezember 1914 hat General von Moltke die ihm von Cambon zugeschriebenen Worte als „von Anfang bis zu Ende für erfunden" erklärt (Deutsches Weißbuch, Juni 1919, S. 75 f).

Gelbbuch 6.

Diesem Bericht des französischen Botschafters in Berlin über eine Unterredung zwischen Kaiser Wilhelm, dem König von Belgien und dem Generalstabschef von Moltke im November 1913 ist von der französischen Regierung, wie aus einem Artikel des „Progrès de Lyon" vom 11. Januar 1921 hervorgeht, die größte Bedeutung beigemessen worden. Auf Grund von Informationen des belgischen Gesandten in Berlin sandte Jules Cambon „cette admirable dépêche du 22. novembre 1913" (wie Recouly sie in seinem Buch: „Les Heures tragiques d'Avant-Guerre" S. 18 f, nennt), in der er sagte, der Kaiser habe gegenüber dem König von Belgien die Auffassung vertreten, daß ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich „unvermeidlich" sei, und der General von Moltke habe hinzugefügt, „diesmal muß ein Ende gemacht werden". General von Moltke hat am 18. Dezember 1914 auf das bestimmteste erklärt, daß die ihm von Cambon zugeschriebenen Worte nicht von ihm ausgesprochen worden seien. (Deutsches Weißbuch, Juni 1919, S. 76.)

Vom Attentat von Serajewo bis zur Überreichung des östereichischen Ultimatums an Serbien.

29. Juni.

Im Gelbbuch ist kein Telegramm von diesem Tag verzeichnet. Dagegen findet sich im dritten Band des französischen Balkangelbbuches nachstehendes Telegramm:

Herr Blondel, französischer Gesandter in Bukarest, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen.

Bukarest, 29. Juni 1914.

Die Abendblätter beschäftigen sich mit der Haltung, die die österreichischen amtlichen Stellen gegenüber der slavischen Bevölkerung einnehmen werden, die man ohne Zweifel als verantwortlich für das von zwei serbischen Individuen begangene Verbrechen hinstellen wird. Sie fürchten, daß die Regierung den Aufreizungen keinen Widerstand leisten könne, die durch diejenigen hervorgerufen werden, die das serbische Element, unter welcher Form es auch hervortritt, mit ihrem Haß verfolgen. Schon meldet der Telegraph schwere Unruhen in Serajewo und in anderen Städten Bosniens, in deren Verlauf Serbien mißhandelt und Wohnungen der Serben geplündert sein sollen.

Wenn, sagen die Zeitungen, die diese Nachrichten veröffentlichen, die österreichische Regierung nicht schnellstens diesen Kundgebungen Einhalt gebietet, kann sich die Agitation ausbreiten und die Folgen können unberechenbar werden.

Mein serbischer Kollege steht sehr unter dem Eindruck der Situation, die nach seiner Ansicht die Ermordung des Erzherzogs zwischen Österreich und seinem Land geschaffen hat. Österreich, sagte er mir heute morgen, hat nicht gezögert, Serbien Freveltaten zuzuschieben, an denen es unschuldig war; es wird heute nicht zaudern, es für ein Verbrechen verantwortlich zu machen, das nur ein Werk von Tollen oder von Verzweifelten sein kann, die man mehr als Verräter an der serbischen Sache wie als Verteidiger ansehen müsse. Der Zwischenfall Prochaska und der Prozeß von Agram sind leider Präzedenzfälle, die diese Befürchtungen rechtfertigen.

Blondel.

8. Juli.

Im dritten französischen Balkangelbbuch findet sich folgendes, im französischen Gelbbuch 1914 nicht enthaltene Telegramm:

Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minster des Auswärtigen

London, 8. Juli 1914.

Sir E. Grey sagte mir, daß er aus Anlaß der serbischen Umtriebe in Bosnien eine österreichische Démarche in Belgrad befürchte. Ich entgegnete ihm, daß die österreichisch-ungarische Regierung nicht geneigt scheine, die Belgrader Regierung für die Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers verantwortlich zu machen. Sir E. Grey ist davon überzeugt, aber er fügte hinzu, daß die öffentliche Meinung in Wien derart erregt sei, daß, um ihr Genugtuung zu geben, Graf Berchtold wahrscheinlich gezwungen sein würde, Ermahnungen an die serbische Regierung zu richten, daß eine derartige Démarche jedenfalls Emp-

findlichkeiten in Serbien und rückwirkend in Rußland wachrufen würde. Diese Situation gibt ihm keinen Anlaß zur Beunruhigung.

Paul Cambon.

Im dritten französischen Balkangelbbuch ist ferner folgendes Telegramm enthalten, das im Gelbbuch 1914 gleichfalls nicht vorhanden ist:

Herr Dumaine, französischer Botschafter in Wien, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Auwärtigen.

Wien, 8. Juli 1914.

Nach meinem russischen Kollegen, der viel ruhiger ist, als ich erwartete, wird die österreichisch-ungarische Regierung dem Druck der Militärpartei, die Serbien eine gerichtliche Untersuchung der Ursachen des Verbrechens von Bosna-Serai auferlegen möchte, nicht nachgeben; der Einfluß des alten Kaisers wird ohne Zweifel jede Absicht einer androhenden Démarche verhindern. Wenn Unvorsichtigkeit und Fahrlässigkeit vorhanden waren, so sind es die amtlichen Stellen in Bosnien, die in erster Linie verantwortlich sind. Man sieht sich genötigt, das zuzugeben.

Die Rückkehr des österreichischen Gesandten nach Belgrad und die Wiederaufnahme der Diskussionen über die Frage der orientalischen Eisenbahn, sind Symptome der Beruhigung.

Was die fortdauernden Straßendemonstrationen anbetrifft, so gehen sie vor allem von Deutsch-Böhmen aus, die der Eröffnung von tschechischen Schulen in Wien feindlich gegenüberstehen.

Dumaine.

9. Juli.

Das vorstehende Telegramm des französischen Botschafters in Wien wurde am nächsten Tage, 9. Juli, von Viviani an den Botschafter in London weitergegeben. Auch dieses Telelgramm ist nicht im Gelbbuch 1914, sondern im dritten französischen Balkangelbbuch enthalten:

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, an den französischen Botschafter in London, Herrn Paul Cambon.

Paris, 9. Juli 1914.

Der russische Botschafter in Wien hat durchaus die Empfindung, daß die österreichisch-ungarische Regierung nicht dem Druck der Militärpartei nachgeben wird, die Serbien eine gerichtliche Untersuchung der Ursachen des Attentats von Serajewo auferlegen wollte; man ist in Wien überzeugt, daß die Fahrlässigkeit der bosnischen Behörden zum Teil verantwortlich ist. Die Rückkehr des österreichischen Gesandten nach Belgrad und die Wiederaufnahme der Diskussion über die Frage der orientalischen Eisenbahn sind ebenfalls Anzeichen der Beruhigung.

René Viviani.

10. Juli.

Einige, im französischen Gelbbuch 1914 nicht aufgenommenen Dokumente wurden, z. T. nur in kleinen Auszügen, durch den Bericht an den französischen Senat Nr. 704, Paris 1919, bekannt. Dieser Senatsbericht ist dann von seinen Verfassern, E. Bourgeois und G. Pagès, im Jahre 1921 in durchgearbeiteter und etwas erweiterter Fassung in Buchform der Öffentlichkeit übergeben worden.

Am 10. Juli 1914 richtete der französische Gesandte in Stockholm, Herr Thiebault, aus Anlaß der bevorstehenden Reise Poincarés nach Petersburg und des für die Rückreise vorgesehenen Besuches in Stockholm ein Telegramm an das Ministerium des Auswärtigen, aus dem bei Bourgeois und Pagès, S. 7, nachstehender Auszug mitgeteilt wird.

> „Ein Wort der Beruhigung, das der Präsident der Republik, bei seinem Aufenthalt in Stockholm auf der Rückreise von Petersburg, Schweden vom Zaren mitteilen würde, könnte es in Sicherheit wiegen über die Absichten Rußlands und es wieder zu einer gerechteren Beurteilung seiner nationalen Interessen zurückführen. Die russische Regierung hat bereits ihre Zustimmung zu dieser Anregung erteilt. Je ausdrücklicher in dieser Hinsicht die Versicherungen sein werden, die der Präsident während seines Aufenthaltes empfangen wird, und derart, die schwedische Regierung zufriedenzustellen, um so mehr wird man Grund zur Hoffnung auf eine Entspannung zwischen beiden Ländern haben, die gestatten würde, die gefährlichen Reibungen zu vermeiden. Unsere Allianz würde so eine notwendige Aktionsfreiheit wiedergewinnen and naturgemäß die Bemühungen derjenigen entmutigen, die versuchen möchten, den allgemeinen Frieden zu stören.“

21. Juli.

Gelbbuch 15.

Der französische Botschafter in Berlin berichtet am 15. Juli an seine Regierung:

> „Man hat mir übrigens versichert, daß jetzt gleich der vorläufige Mobilisationsbefehl, der, solange eine Spannung anhält, Deutschland in eine Art „Achtungsstellung“ versetzt, hier an alle Klassen, die ihn in solchen Fällen erhalten müssen, bereits ergangen ist.“

Zu dieser Falschmeldung des Botschafters vergleiche die eingehende Widerlegung von Alfred von Wegerer: Gelbbuch 15. Einzelschriften zur Kriegsschuldfrage. Herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin 1923.

Diese Falschmeldung bildet einen der Anklagepunkte des Rapport der Ententekommission vom 29. März 1919.

Die Krise.

Im französischen Gelbbuch finden sich vom 21.—29. Juli Telegramme des stellvertretenden Außenministers Bienvenu-Martin an den französischen Ministerpräsidenten Viviani und an den französischen Botschafter, die mehr oder weniger nur Situationsberichte sind und in denen

die Telegramme der französischen Botschafter an das Außenministerium inhaltlich z. T. zitiert werden. Die Telegramme der Botschafter selbst aber sind im Gelbbuch nicht zum Abdruck gelangt.

24. Juli.

Es fehlen im Gelbbuch für den 24. Juli folgende Telegramme, von deren Existenz wir durch Poincarés Vorlesungen Kenntnis erhalten haben (Poincaré: Les Origines de la Guerre, Paris 1921, S. 213):

1. Ein Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg an Viviani, an Bord der „France", in dem dieser den Inhalt des österreichischen Ultimatums mitteilt.

2. Ein Telegramm Vivianis an den französischen Botschafter in London.

3. Ein Telegramm Vivianis an den französischen Botschafter in Petersburg;

4. Ein Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg an das französische Außenministerium über die außerordentlich wichtige Besprechung, die am Vormittag des 24. Juli zwischen dem russischen Außenminister Sasonow, dem englischen und französischen Botschafter und dem rumänischen Gesandten stattgefunden hat (vgl. englisches Blaubuch Nr. 6). Bei der Wiedergabe von Blaubuch 6 im Gelbbuch ist folgender Schlußsatz von den Redakteuren des Gelbbuches unterdrückt worden: „Nach der Sprache des französischen Botschafters scheint mir, daß Frankreich und Rußland, selbst wenn wir ablehnen mit ihnen gemeinsame Sache zu machen, entschlossen sind, sich stark zur Wehr zu setzen."

25. Juli.

Im Senatsbericht Nr. 704 S. 39 und 127 und bei Bourgeois und Pagès S. 39 und 137 sind folgende Auszüge aus einem Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg verzeichnet, das im Gelbbuch nicht enthalten ist. Das Telegramm ist am 26. Juli, 1 Uhr 55 p.m., aufgegeben worden:

> „Gestern — 25. Juli — hat mir in Krasnoje der Kriegsminister die Mobilmachung von vier Armeekorps der Militärbezirke von Kiew, Odessa, Kasan und Moskau bestätigt. Aber die Militärbezirke von Warschau, Wilna und Petersburg erhalten geheime Verfügungen. Die Städte und die Regierungen von Petersburg und Moskau sind in Kriegszustand versetzt. Dem Dekret ist eine Liste derjenigen Angelegenheiten beigefügt, über die die Zeitungen nicht berichten dürfen, und die in der Tat nur militärische Fragen betreffen.
>
> Die Beförderung von jungen Offizieren, die, wie gewöhnlich, am 18. August hätte stattfinden müssen, ist in der Eile gestern abend um 6 Uhr (am 25.) erfolgt, zur selben Zeit, wie der Befehl zur Aufhebung des Lagers von Krasnoje gegeben wurde. In diesem Augenblick kehren die Truppen in ihre Bestimmungsgarnisonen zurück. Der Kriegsminister hat uns seinen Willen wiederholt, Deutschland die Initiative für einen eventuellen Angriff zu überlassen."

27. Juli.

Im Senatsbericht S. 57 und bei Bourgeois und Pagès S. 58 wird auszugsweise ein Telegramm des französischen Geschäftsträgers in London vom 27. Juli morgens mitgeteilt, das im Gelbbuch fehlt:

„Zur gegenwärtigen Stunde (hatte ein anderes Mitglied des englischen Kabinetts, Sir A. Nicholson, gesagt) entgeht den Engländern die europäische Seite der Affäre. Sie werden sie später verstehen, vielleicht zu spät. Wir sind von der öffentlichen Meinung abhängig, die sich empören würde, wenn Deutschland Frankreich angreifen würde. Aber es handelt sich um Serbien, für das sie sich nicht interessieren und für das sie sich weigern würden, die Waffen zu ergreifen.“

Ein zweites Telegramm des französischen Geschäftsträgers in London, aufgegeben 27. Juli, 7 Uhr 27 a. m., wiedergegeben bei Bourgeois und Pagès S. 114 und S. 123 und im Senatsbericht S. 107 und 113 fehlt gleichfalls im Gelbbuch. Folgender Auszug wird an den bezeichneten Stellen veröffentlicht:

„Man sagt hier, daß Wilhelm II. in der Erregung, hervorgerufen durch die Ermordung des Erzherzogs, Österreich eine Art Blankovollmacht gegeben habe. Die Minister würden ohne ausdrücklichen Befehl nicht wagen, die vom Kaiser damals erteilten Richtlinien abzuändern. Das Berliner Kabinett erwartet die Rückkehr des Kaisers.“

28. Juli.

In dem von der russischen Sowjet-Regierung im vierten Band des Krasny-Archivs veröffentlichten „Tagebuch des russischen Außenministeriums aus der Zeit des Kriegsausbruchs“ findet sich für den 28. Juli folgende Eintragung:

„Der französische Botschafter verständigte im Auftrag seiner Regierung den Minister des Auswärtigen über die vollkommene Bereitschaft Frankreichs, wenn es notwendig sein sollte, seine Bündnispflichten zu erfüllen.“

Im Gelbbuch fehlt das entsprechende Telegramm an den französischen Botschafter in Petersburg, beziehungsweise das Telegramm über die erfolgte Mitteilung an Bienvenu-Martin.

29. Juli.

Die französische Regierung hat stets behauptet, daß sie über die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung nicht rechtzeitig unterrichtet worden sei. Nach den im Gelbbuch veröffentlichten Dokumenten ist diese Angabe richtig. Aber gerade die wichtigsten Telegramme des französischen Botschafters in Petersburg sind im Gelbbuch entweder vollständig unterdrückt oder verstümmelt wiedergegeben worden. Aus einigen uns im Laufe der Zeit bekannt gewordenen Telegramm-Nummern kann man feststellen, daß sehr viele Telegramme im

Gelbbuch nicht aufgenommen sind. Da für die Tage vom 29.—31. Juli auch jede Zeitangabe der Aufgabe und Annahme der Telegramme von Bedeutung ist, sei vermerkt, daß das Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg, Gelbbuch 91, in Petersburg am 29. Juli, 4 Uhr 14 p. m., aufgegeben worden ist (Senatsbericht S. 40, Bourgeois und Pagès S. 41).

Am 29. Juli, 11 Uhr 45 p. m., sandte der französische Botschafter in Petersburg ein Telegramm, in dem es hieß: „Nach Mitteilung des russischen Generalstabes wird die deutsche Mobilmachung morgen, 30. Juli, angeordnet werden (Senatsbericht S. 43 und 123, Bourgeois und Pagès S. 43 und d133). Dieses Telegramm kam in Paris am 30. Juli, 3 Uhr 45 a. m., an und wurde am 30. Juli, 10 Uhr 45 a. m., dem Kriegsministerium mitgeteilt. Im französischen Gelbbuch fehlt dieses Telegramm.

Gelbbuch 100.

Dieses Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg trägt die Telegramm-Nummer 304. Es ist in Petersburg abgesandt worden am 30. Juli 1 Uhr a. m., und ist über die russische Botschaft in Paris an das französische Außenministerium gelangt (s. Romberg: Die Fälschungen des russischen Orangebuches S. 30 und R. Recouly: „Les Heures tragiques d'Avant-Guerre", Paris 1923, S. 160 f.). Die ungewöhnliche Expedierung über die russische Botschaft in Paris wurde deshalb gewählt, weil in diesem Telegramm bereits die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung der französischen Regierung mitgeteilt werden sollte. Da diese am 29. Juli im letzten Augenblick durch das persönliche Eingreifen des Zaren verhindert wurde, ging das Telegramm nur mit der bereits einmal am gleichen Tage gemeldeten russischen Teilmobilmachung ab.

30. Juli.

Gelbbuch 101.

Diese Depesche des französischen Ministerpräsidenten Viviani an die französischen Botschafter in Petersburg und London wurde am 30. Juli, 7 Uhr a. m., abgesandt (Pierre Renouvin: Cours de la Sorbonne, 23. II. 1923, zitiert in „Vers la Vérité" 1923, Nr. 1, S. 8).

Gelbbuch 101 ist eines der wichtigsten Dokumente im ganzen französischen Gelbbuch. Es wurde veranlaßt durch ein Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in Paris, in dem es hieß: „Da wir dem Wunsche Deutschlands" (Einstellung der militärischen Vorbereitungen) „nicht Folge geben können, bleibt uns nichts anderes übrig, als unsere eigenen Rüstungen zu beschleunigen und mit der wahrscheinlichen Unvermeidlichkeit des Krieges zu rechnen." Diese Depesche, die am 30. Juli, 3 Uhr a. m., in Paris eintraf, wurde von Iswolsky sofort dem französischen Außenministerium mitgeteilt. Bei der Tragweite dieser Depesche begab sich Viviani in der

Nacht zu Herrn Poincaré, dem damaligen Präsidenten der Republik. Poincaré schreibt darüber: „In vollem Einverständnis mit mir telegraphierte Herr Viviani alsbald nach Petersburg und London. Er antwortete natürlich, daß Frankreich bereit sei, seine Bundespflichten zu erfüllen, aber er beeilte sich, hinzuzufügen: „Im übrigen wird es keine Anstrengungen vernachlässigen, um die Lösung des Konfliktes im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen." (Poincaré: a. a. O. S. 251 f., s. a. Viviani: Réponse au Kaiser, Paris 1923, S. 149.)

Nun hat Pierre Renouvin in seiner Vorlesung an der Sorbonne vom 23. Februar 1923 den Originalwortlaut dieses Telegramms bekanntgegeben, wenigstens für die erste Hälfte. Weshalb er es nicht ganz zitiert hat, ist begreiflich, wie man weiterhin sehen wird. Die beiden Texte lauten:

Text nach Gelbbuch 101:

Herr Sasonow erklärt, unter diesen Umständen könne Rußland nicht anders, als seine Rüstungen beschleunigen und den Krieg als bevorstehend zu betrachten; es zähle auf die Bundeshilfe Frankreichs und halte es für wünschbar, daß England, ohne Zeit zu verlieren, sich Rußland und Frankreich anschließe.

Frankreich ist entschlossen, alle seine Bundespflichten zu erfüllen.

Im übrigen wird es (*Frankreich!* D. V.) keine Anstrengung vernachlässigen, um die Lösung des Konfliktes im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen.

Text nach dem Original:

Herr Sasonow erklärt, unter diesen Umständen könne Rußland nicht anders, als seine Rüstungen beschleunigen und den Krieg als bevorstehend zu betrachten; es zähle auf die Bundeshilfe Frankreichs und halte es für wünschbar, daß England, ohne Zeit zu verlieren, sich Rußland und Frankreich anschließe. Im übrigen wird es (*Rußland!* D. V.) keine Anstrengung vernachlässigen, um die Lösung des Konfliktes im Interesse des allgemeinen Friedens herbeizuführen.

Frankreich ist entschlossen, alle seine Bundespflichten zu erfüllen.

Man sieht also, daß durch eine geschickte Umstellung die friedensfreundlichen Worte der russischen Regierung der französischen Regierung zugeschrieben worden sind. Poincaré und Viviani greifen diese willkommene Gelegenheit zur Rechtfertigung ihrer Politik auf, obwohl sie beide, als Verfasser dieses Dokumentes, die Fälschung genau kennen. Es wurde schon gesagt, daß Renouvin in seiner Vorlesung nicht das ganze Telegramm in seinem Originalwortlaut mitgeteilt habe, denn diese Nummer 101 ist nicht nur in ihrem Wortlaut gefälscht, sondern auch unvollständig veröffentlicht worden. Viviani hat seine Depesche zugleich auch an den französischen Botschafter in London gerichtet und ihn beauftragt, „sofort mit Grey Rücksprache zu nehmen,

um die gemeinsame Haltung Frankreichs und Englands zu bestimmen, über welche diese beiden Mächte auf Grund des zwischen ihnen bestehenden allgemeinen Einvernehmens zu beraten haben, sobald eine Periode politischer Spannung eintritt". Diese in Anführung stehende Weisung an den Botschafter in London ist von Iswolsky an das russische Außenministerium telegraphiert worden, und zwar in französischer Sprache, die Worte dürften also dem Originalwortlaut entsprechen (Livre noir II, S. 290). Im französischen Gelbbuch ist die Weisung nach London unterdrückt worden.

Gelbbuch 102.

Diese Nummer 102 des Gelbbuches ist ein Beispiel für den von Renouvin angeführten Fall, daß in einer Nummer des Gelbbuches in Wahrheit zwei Dokumente vereinigt worden sind. Und Renouvin hatte hinzugefügt, er sei überzeugt, daß dadurch der Kern der Sache nicht geändert und die Wahrheit nicht entstellt werde. Hat Herr Renouvin vergessen, daß er selber die Fälschung von Gelbbuch 102 in seinem Kommentar zu der französischen Ausgabe der Geschichtstabellen Wilhelms II. aufgedeckt hat und daß im Anschluß an diese Enthüllung Poincaré die Fälschung zugeben mußte? Der nachstehende Originalwortlaut der in Gelbbuch 102 zusammengefaßten Dokumente gründet sich auf die Angaben, die Poincaré am 19. Januar 1923 auf eine Anfrage der „Ligue des Droits de l'Homme" im „Temps" veröffentlichen ließ:

Text von Gelbbuch 102:

Herr Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg, an Herrn Viviani, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen.

Petersburg, 30. Juli 1914.

Herr Sasonow, dem ich Ihren Wunsch, jede militärische Maßnahme vermieden zu sehen, die Deutschland einen Vorwand zur allgemeinen Mobilmachung bieten könnte, ausgesprochen habe, hat mir geantwortet, gerade in der letzten Nacht habe der Generalstab den Aufschub gewisser militärischer Vorsichtsmaßregeln angeordnet, um jeder Mißdeutung vorzubeugen. Gestern hat der russische Generalstabschef den Militärattaché der deutschen Botschaft zu sich gebeten und ihm sein

Originaltext der in Gelbbuch 102 zusammengezogenen Dokumente.

Herr Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg, an Herrn Viviani, Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen.

Nr. 311. Petersburg, 30. Juli 1914.
Aufgegeben 4 Uhr 31 p. m.
angekommen 6 Uhr 51 p. m.

Ich antworte auf Ihr Telegramm Nr. 453.

Heute morgen noch habe ich Herrn Sasonow gebeten, jede militärische Maßregel zu vermeiden, die Deutschland einen Vorwand zur allgemeinen Mobilmachung geben könnte. Er antwortete mir, daß gerade im Verlauf der letzten Nacht der russische Generalstab gewisse geheime Vorsichtsmaßregeln auf-

Ehrenwort gegeben, daß die heute früh angeordnete Mobilmachung ausschließlich Österreich angeht.

Heute nachmittag jedoch hat sich Herr Sasonow in einer Unterredung mit dem Grafen Pourtalès überzeugen müssen, daß Deutschland in Wien das entscheidende Wort, das den Frieden sichern würde, nicht sprechen will. Kaiser Nikolaus hat aus Depeschen, die er persönlich mit Kaiser Wilhelm gewechselt hat, denselben Eindruck gewonnen.

Anderseits haben der Generalstab und die Admiralität Rußlands beunruhigende Nachrichten über die Vorbereitungen der deutschen Armee und Marine erhalten.

Indem er mir diese Mitteilung machte, fügte Herr Sasonow hinzu, die russische Regierung setze nichtsdestoweniger ihre Versöhnungsversuche fort. Er sagte mir: „Bis zum letzten Augenblicke werde ich unterhandeln."

Paléologue.

geschoben habe, deren Bekanntwerden den deutschen Generalstab hätte alarmieren können.

Gestern hat der russische Generalstabschef den Militärattaché der deutschen Botschaft zu sich gebeten und ihm sein Ehrenwort gegeben, daß die heute früh angeordnete Mobilmachung ausschließlich Österreich angehe. Paléologue.

Herr Paléologue an Herrn Viviani.

Nr. 318. Petersburg, 30. Juli 1914.
Aufgegeben 9 Uhr 15 p. m.
angekommen 11 Uhr 25 p. m.

In einer Unterredung, die Herr Sasonow heute nachmittag mit dem Grafen Pourtalès gehabt hat, mußte er sich überzeugen, daß Deutschland in Wien die entscheidenden Worte, die den Frieden sichern würden, nicht sprechen will. Kaiser Nikolaus hat aus einem Telegrammwechsel, den er persönlich mit Kaiser Wilhelm geführt hat, denselben Eindruck gewonnen.

Andererseits haben der russische General- und Admiralstab beunruhigende Nachrichten über die Vorbereitungen der deutschen Armee und Marine erhalten. Die russische Regierung hat daher beschlossen, die ersten Maßnahmen der allgemeinen Mobilmachung vorzunehmen.

Indem er mir diese Mitteilungen machte, fügte Herr Sasonow hinzu, daß die russische Regierung nichtsdestoweniger ihre Vermittlungsbemühungen fortsetzen werde. Er wiederholte mir: „Bis zum letzten Augenblick werde ich unterhandeln."

Paléologue.

Die französische Regierung hat also am 30. Juli in der Nacht erfahren, daß die russische allgemeine Mobilmachung im Gange war. Wenn Paléologue telegraphierte, daß man beschlossen habe „insgeheim“ die ersten Maßnahmen zu treffen, so konnte das in Paris unmöglich überraschen, da man in Petersburg hiermit nur die von Paris aus erteilte Anregung befolgte, die Iswolsky am 30. Juli, 8 Uhr a. m., nach Petersburg weitergab (Romberg, a. a. O. S. 37, Telegramm Nr. 210; die Abgangszeit dieses Telegramms ist durch das Bulletin Nr. 4 der Neutralen Untersuchungskommission bekanntgeworden).

Die beiden Telegramme, aus denen Gelbbuch 102 zusammengesetzt ist, tragen die Botschaftsnummern 311 und 318. Das Telegramm Paléologues aus der Nacht vom 29. Juli zum 30. Juli, Gelbbuch 100, trägt die Botschaftsnummer 304. Es liegen also zwischen Gelbbuch 100 und Gelbbuch 102 einmal sieben und von Telegramm 311 zu 318 nochmals sieben Telegramme, von deren Existenz wir nichts wissen. Selbst wenn einige dieser Telegramme sich nur mit den laufenden Geschäften der Botschaft befassen sollten, so ist gewiß der Inhalt der übrigen Depeschen aus diesen entscheidenden Stunden der Julikrise von großer Bedeutung.

Der 30. und 31. Juli waren Tage wilder Gerüchte. So telegraphiert der französische Botschafter in Berlin am 30. Juli, 2 Uhr 30 p. m.:

„Das Gerücht wird verbreitet, daß die Mobilmachung diesen Morgen im Ministerrat beschlossen worden sei und wahrscheinlich morgen erlassen würde. Den Pressekorrespondenten hat man in der Wilhelmstraße erklärt, daß man die Gerüchte des heutigen Morgens weder dementieren noch bestätigen könne, daß aber schwerwiegende Beschlüsse gefaßt worden seien. Es herrscht eine große Erregung.“

Dieses Telegramm, das im Gelbbuch fehlt, ist durch Bourgeois und Pagès S. 44 und durch Poincaré a. a. O. S. 260 veröffentlicht worden.

Wenige Minuten später berichtet der französische Botschafter in Berlin seiner Regierung über eine Unterredung des Vertreters einer neutralen Macht mit Staatssekretär von Jagow und Unterstaatssekretär Zimmermann. Das Telegramm, von dem bei Bourgeois und Pagès nachstehender Auszug mitgeteilt wird, ist in Berlin am 30. Juli, 2 Uhr 40 p. m., aufgegeben worden.

„Herr von Jagow hat ihm gesagt, daß der Ministerrat, der gestern abend (29. Juli) unter Vorsitz des Kaisers mit den militärischen Chefs im Anschluß an die amtliche Mitteilung der russischen Mobilmachung in Potsdam stattgefunden hat, nichts Endgültiges beschlossen hätte. Der Unterstaatssekretär hat hinzugefügt, er fürchte, daß Österreich im Anschluß an die russische Teilmobilmachung mobilisieren werde, was rückwirkend die russische allgemeine Mobilmachung und infolgedessen die Deutschlands nach sich ziehen könnte. Diese Rückwirkung gelte es zu vermeiden. Herr von Jagow hätte

ihm indessen versichert, nicht an der Erhaltung des Friedens zu verzweifeln.

Nach den persönlichen Auskünften dieses Gesandten wären die deutschen Truppen bereits auf dem Eisenbahntransport an unsere Grenze."

Vgl. zu diesem Telegramm Jules Cambons: Alfred von Wegerer: Der angebliche „Kronrat" vom 29. Juli 1914. „Die Kriegsschuldfrage", Juli 1923 S. 12:

Exzellenz von Jagow hat auf eine Anfrage über die aus dem Senatsbericht angeführte Unterredung mit dem neutralen Diplomaten folgendes mitgeteilt:

„Ich kann auch kaum Mutmaßungen aufstellen, wer der „diplomate neutre", auf den Cambon sich beruft, gewesen sein könnte. Vielleicht Theotoki? Jedenfalls liegen Mißverständnisse vor, denn von einem „conseil" werde ich nicht gesprochen haben; daß ein solcher nicht stattgehabt hat, habe ich neulich noch in meiner „Antwort an Viviani" selbst festgestellt. Möglich ist, daß ich gesagt habe, daß noch nichts beschlossen sei."

Gelbbuch 105.

Der französische Botschafter in Berlin dementiert die Falschmeldung des „Berliner Lokalanzeiger" über die deutsche Mobilmachung. Dieses Telegramm wurde in Berlin aufgegeben am 30. Juli, 3 Uhr 30 p. m., und kam in Paris an um 10 Uhr p. m. (die Zeitangaben nach: Bourgeois und Pagès S. 44 und Poincaré a. a. O. S. 259).

Gelbbuch 106.

Gelbbuch 106 ist ein Telegramm des französischen Ministerpräsidenten an den französischen Botschafter in London. Viviani berichtet hier über deutsche militärische Vorbereitungen und angebliche deutsche Grenzverletzungen. Darüber heißt es wörtlich: „Das deutsche Heer hat seine Vorposten an unsern Grenzmarken; zweimal sind gestern deutsche Patrouillen in unser Gebiet eingedrungen." Da das Telegramm vom 30. Juli datiert ist, so wäre also „gestern" der 29. Juli. Nun findet sich im englischen Blaubuch als Anlage III zu Nr. 105 ein Telegramm Vivianis an den französischen Botschafter in London, das inhaltlich fast wörtlich mit dem Schluß von Gelbbuch 106 übereinstimmt. Aber dieses Telegramm, Anlage III zu Blaubuch 105, ist vom 31. Juli datiert. Weiter lautet hier der erste Satz: „Die deutsche Armee hatte gestern (Freitag) ihre Vorposten an unseren Grenzen." Freitag aber war der 31. Juli. Also müßte dieses Telegamm vom 1. August datiert sein. Wo liegt die Erklärung für diese mannigfachen Widersprüche?

Im französischen Senatsbericht S. 15 und bei Bourgeois und Pagès S. 14 findet sich folgender Auszug aus einem Telegramm Vivianis an den französischen Botschafter in London, aufgegeben in Paris 31. Juli, 12 Uhr 30 p. m.: „Unsere Vorposten sind im Rückzug auf 10 km von

der Grenze. Die dortige Bevölkerung erhebt Einspruch dagegen, so dem Angriff der feindlichen Armee ausgesetzt zu sein, aber die Regierung wünscht der öffentlichen Meinung und der Regierung in England zu zeigen, daß der Angreifer in keinem Fall Frankreich sein wird.“

Dieser Telegrammauszug stimmt wörtlich mit dem ersten Absatz des in Anlage III von Nr. 105 des englischen Blaubuchs mitgeteilten Telegramms Vivianis vom 31. Juli überein.

Wir haben also folgende Tatsachen vor uns:

Die englische Regierung veröffentlicht in Anlage III ihrer Nr. 105 des Blaubuchs ein Telegramm, das sie am 1. August von Paul Cambon, dem englischen Botschafter in London, erhalten hat. Daher die irreführende Bemerkung im ersten Satz: „gestern (Freitag)“. Die französische Regierung, die ihr Gelbbuch bekanntlich erst am 1. Dezember 1914 ausgegeben hat, verbindet dieses Telegramm vom 31. Juli mit einem Telegramm Vivianis vom 30. Juli und veröffentlicht dann beide in Nr. 106 unter dem Datum des 30. Juli. Somit erhält der unbefangene Leser durch diese bewußt gefälschte Darstellung ein den Tatsachen nicht entsprechendes Bild über das Ausmaß der deutschen militärischen Vorbereitungen.

31. Juli.

Jules Cambon, der französische Botschafter in Berlin, der in der zaudernden Haltung der englischen Regierung eine schwere Gefahr für Frankreich sah, sandte in der Nacht vom 30. zum 31. Juli folgendes, durch Poincaré a. a. O. S. 262 mitgeteiltes Telegramm nach Paris:

„Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin, an Herrn Viviani, französischen Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen.

Nr. 231. Sehr dringend. Berlin, 31. Juli 1914.
Aufgegeben 1 Uhr 30 a. m.
angekommen 3 Uhr a. m.

Die zaudernde Haltung der englischen Regierung ist derart, daß sie die schrecklichsten Folgen nach sich ziehen kann, denn hier betrachtet man den Kampf gegen Frankreich und Rußland, wenn sie allein stehen, mit Hoffnung auf Erfolg. Nur die Möglichkeit der Intervention Englands macht auf den Kaiser, seine Regierung und alle dabei in Betracht Kommenden, Eindruck. Die Frage der Verproviantierung drängt sich auf, und die Bürger schaffen sich Vorräte an. Die Ankündigung dieser Intervention ist also geeignet, eine vorbeugende Wirkung zu haben.“ Jules Cambon.

Poincaré hat in seinen Vorlesungen ausgeführt (a. a. O. S. 262 ff.), daß das vorstehende Telegramm Jules Cambons im Ministerrat, der sich am Morgen des 31. Juli versammelte, besprochen worden sei und daß er, Poincaré, den Vorschlag gemacht habe, durch einen besonderen Kurier einen Brief des Präsidenten der Republik an den König von

England zu senden und ihn um eine Intervention der englischen Regierung zu bitten. Der Ministerrat billigte diesen Vorschlag und Poincaré schrieb folgenden Brief, der im Gelbbuch nicht veröffentlicht worden ist, wohl aber bei Poincaré a. a. O. S. 263 f. bekannt gegeben wird:

Paris, 31. Juli 1914.

„Werter und großer Freund!

Unter den ernsten Umständen, die Europa durchlebt, glaube ich Eurer Majestät die Nachrichten mitteilen zu sollen, welche die Regierung der Republik aus Deutschland empfangen hat.

Die militärischen Vorbereitungen, denen sich die kaiserliche Regierung ganz besonders in der nächsten Nachbarschaft der französischen Grenze hingibt, nehmen jeden Tag an Intensität und Beschleunigung zu.

Entschlossen, bis zum Ende alles zu tun, was von ihm abhängt, den Frieden zu erhalten, hat Frankreich bis jetzt sich auf die unentbehrlichsten Vorsichtsmaßregeln beschränkt. Aber es scheint nicht, daß seine kluge Vorsicht und seine Mäßigung die Maßnahmen Deutschlands verlangsamen; weit entfernt davon. Trotz der Weisheit der Regierung der Republik und der Zurückhaltung des großen Publikums sind wir daher vielleicht am Vorabend der furchtbarsten Ereignisse.

Aus allen Mitteilungen, die uns zugehen, erhellt, daß, wenn Deutschland die Gewißheit hat, daß die englische Regierung bei einem Konflikt, bei dem Frankreich engagiert wäre, nicht intervenieren würde, der Krieg unvermeidlich sein würde, und daß dagegen, wenn Deutschland dessen gewiß wäre, daß gegebenenfalls die Entente cordiale sich bis auf den Schlachtfeldern bewähren würde, die größten Aussichten für die ungestörte Fortdauer des Friedens gegeben wären.

Ohne Zweifel lassen unsere militärischen und Marineabkommen der Regierung Eurer Majestät volle Freiheit und in den im Jahre 1912 zwischen Sir Edward Grey und Mr. Paul Cambon ausgetauschten Briefen haben sich England und Frankreich einander nur verpflichtet, im Fall einer europäischen Spannung sich zu unterhalten und zusammen zu prüfen, ob zu einer gemeinsamen Aktion Anlaß vorliegt.

Aber der Charakter der Intimität, den in beiden Ländern das allgemeine Gefühl der Entente zwischen England und Frankreich gegeben hat, das Vertrauen, mit dem unsere beiden Regierungen nicht aufgehört haben, für die Aufrechterhaltung des Friedens zu arbeiten, und die Sympathien, die Eure Majestät zu jeder Zeit Frankreich bewiesen haben, ermutigen mich, Ihnen in aller Offenheit meine Eindrücke zur Kenntnis zu bringen, welche diejenigen der Regierung der Republik und ganz Frankreichs sind.

Von der Sprache und dem Verhalten der englischen Regierung hängen, glaube ich, die letzten Möglichkeiten einer friedlichen Lösung ab.

Wir haben von Anfang der Krise an unseren Verbündeten eine Mäßigung anempfohlen, von der sie nicht abgewichen sind. In Übereinstimmung mit der königlichen Regierung und gemäß den letzten Vorschlägen Sir Edward Greys werden wir fortfahren, im gleichen Sinne zu handeln.

Aber wenn alle auf Schlichtung gerichteten Bemühungen von derselben Seite ausgehen und wenn Deutschland und Österreich auf die Enthaltung Englands rechnen können, werden die Ansprüche Österreichs unbeugsam bleiben und ein Einvernehmen zwischen Rußland und ihm wird unmöglich werden.

Ich hege die tiefe Überzeugung, daß, je mehr in dieser Stunde England, Frankreich und Rußland in ihrer diplomatischen Aktion einen starken Eindruck der Einheit machen, es um so mehr erlaubt sein wird, auf die Erhaltung des Friedens zu rechnen.

Wollen Eure Majestät einen Schritt entschuldigen, der nur von dem Wunsch diktiert ist, das europäische Gleichgewicht endgültig befestigt zu sehen.

Ich bitte Eure Majestät an meine herzlichsten Empfindungen zu glauben."

Raymond Poincaré.

Poincaré schreibt in diesem Briefe über Rußland: „Wir haben von Anfang der Krise an unseren Verbündeten eine Mäßigung anempfohlen, von der sie nicht abgewichen sind." Hier erhebt sich eine Frage: Hat dem französischen Ministerrat am Morgen des 31. Juli das Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg mit der Meldung der geheimen Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung, das am 30. Juli, 11 Uhr 25 p. m., in Paris eingetroffen war, vorgelegen und hat der französische Ministerrat dennoch in seiner Gesamtheit die wahrheitswidrigen Worte in dem Briefe Poincarés an den König von England über die Haltung Rußlands gedeckt?

Gelbbuch 116.

Die Meldung des deutschen Botschafters in Petersburg über die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung war am 31. Juli, 11 Uhr 40 a. m., in Berlin eingetroffen (D. D. 473). Staatssekretär von Jagow bat sofort den französischen Botschafter zu sich und teilte ihm diese Nachricht mit, die Jules Cambon am 31. Juli, 12 Uhr 57 p. m., an seine Regierung weitergab. (Bourgeois und Pagès S. 33 und Senatsbericht S. 33.) Leider haben Bourgeois und Pagès in diesem Fall die Ankunftszeit dieses Telegramms, Gelbbuch 116, mitzuteilen, unterlassen. Sie mußten es wohl tun, um die Unwahrhaftigkeit ihrer Regierung nicht

zu sehr zu kompromittieren. Aber auch so können wir die Stunde der Ankunft von Gelbbuch 116 mit ziemlicher Sicherheit rekonstruieren. Wir haben dazu zwei unverdächtige Zeugen: Iswolsky, den russischen Botschafter in Paris und den „Matin" vom 1. August 1914.

Iswolsky telegraphiert am 31. Juli in seinem Telegramm Nr. 214 (Romberg a. a. O. S. 39) den Inhalt von Gelbbuch 116 an seine Regierung. Und es heißt dann weiter: „Der sofort unter dem Vorsitz Poincarés zusammengetretene Ministerrat hat beschlossen, in den fünf an der Grenze stehenden Armeekorps die allervollständigsten Maßregeln zu ergreifen, welche jedoch nicht den Charakter einer Mobilmachung tragen."

Also sofort nach Empfang von Gelbbuch 116 ist der französische Ministerrat unter Vorsitz Poincarés zusammengetreten. Da das Telegramm, Gelbbuch 116, in Berlin 12 Uhr 57 p. m. aufgegeben worden ist, so würde man die Ankunftszeit in Paris ungefähr auf den frühen Nachmittag zu verlegen haben. Nun haben am 31. Juli, nach der Mitteilung des „Matin" vom 1. August 1914, drei französische Ministerratssitzungen stattgefunden: die erste am Vormittag; in ihr wurde bekanntlich der Brief Poincarés an den König von England beschlossen; die zweite von 4 Uhr bis 5 Uhr 45 nachmittags und die dritte abends von 9 Uhr 30 bis 12 Uhr 15. Die von Iswolsky in seinem Telegramm erwähnte Ministerratssitzung, in der das Telegramm Jules Cambons über die Mitteilung der russischen allgemeinen Mobilmachung, Gelbbuch 116, beraten wurde, kann nur die zweite gewesen sein, die von 4 Uhr bis 5 Uhr 45 nachmittags abgehalten wurde. Von dem dritten Ministerrat dieses Tages spricht Iswolsky erst am späten Abend in seinem Telegramm 215 (Romberg a. a. O. S. 40f.), das zwischen 9 und 10 Uhr p. m. in Paris aufgegeben sein muß. Gelbbuch 116 ist also vor 4 Uhr in Paris eingetroffen und der französische Ministerrat hatte um 4 Uhr Kenntnis von der tatsächlich angeordneten russischen allgemeinen Mobilmachung.

Gelbbuch 117.

Man darf wohl als selbstverständlich voraussetzen, daß an den französischen Ministerratssitzungen auch der Ministerpräsident und Außenminister Viviani teilgenommen hat. Um so befremdlicher ist die Antwort, die Viviani nach dem Ministerrat dem deutschen Botschafter gegeben hat, er sei in keiner Weise über die russische allgemeine Mobilmachung unterrichtet („nullement renseigné"). Nach dem Empfang der Depeschen, Gelbbuch 102 und 116, war die Antwort Vivianis in dieser Form eine Lüge. Richtig nur ist, daß Viviani um diese Stunde noch nicht das die allgemeine russische Mobilmachung bestätigende Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg erhalten hatte. Nach Fortgang des deutschen Botschafters sandte Viviani ein Telegramm an den französischen Botschafter in Petersburg, Gelbbuch 117, dessen Wortlaut im Gelbbuch charakteristische Lücken aufweist.

Mathias Morhardt hat in seiner Schrift: Les Origines de la Guerre, Paris 1921, S. 61—64, den Originaltext bekanntgegeben. Nachstehend folgen beide Texte:

Text vom Gelbbuch 117:

Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern, an Herrn Paléologue, französischen Botschafter in St. Petersburg.

Paris, den 31. Juli 1914.

Die deutsche Regierung hat heute Mittag beschlossen, alle militärischen Anordnungen zu treffen, die der sogenannte „Kriegsgefahrzustand" mit sich bringt.

Indem mir Freiherr von Schoen heute abend um 7 Uhr diesen Entschluß mitteilte, fügte er hinzu, die Regierung verlange gleichzeitig, daß Rußland demobilisiere. Wenn die russische Regierung nicht binnen 12 Stunden eine befriedigende Antwort gebe, werde Deutschland gleichfalls mobilisieren.

Ich habe dem deutschen Botschafter geantwortet, ich hätte keinerlei Kenntnis von der vorgeblichen vollständigen Mobilisierung von Rußlands Heer und Flotte, auf die sich Deutschland zur Begründung seiner von heute an getroffenen neuen militärischen Vorkehrungen berufe. Freiherr von Schoen hat mich zum Schlusse im Namen seiner Regierung gefragt, welches im Falle eines Konfliktes zwischen Deutschland und Rußland die Haltung Frankreichs sein würde. Er hat mir gesagt, er werde

Text des Originals von Gelbbuch 117:

Paris, den 31. Juli 1914.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten an den französischen Botschafter in Petersburg.

Nr. 483, 484.

Aufgegeben 9 Uhr und 9 Uhr 30 p. m.

Die deutsche Regierung, welche behauptet, daß die russische Regierung Mobiliserung ihrer Land- und Seestreitkräfte angeordnet hat, beschloß heute mittag, alle militärischen Anordnungen zu treffen, die der sogenannte „Kriegsgefahrzustand" mit sich bringt.

Indem mir Freiherr von Schoen heute abend um 7 Uhr diesen Entschluß mitteilte, fügte er hinzu, die Regierung verlange gleichzeitig, daß Rußland demobilisiere. Wenn die russische Regierung nicht binnen 12 Stunden eine befriedigende Antwort gebe, werde Deutschland gleichfalls mobilisieren.

Ich habe dem deutschen Botschafter geantwortet, ich hätte keinerlei Kenntnis von der vorgeblichen vollständigen Mobilisierung von Rußlands Heer und Flotte, auf die sich Deutschland zur Begründung seiner von heute an getroffenen neuen militärischen Vorkehrungen berufe.

meine Antwort morgen, Sonnabend, um 1 Uhr, holen.

Ich habe nicht die Absicht, ihm eine Erklärung darüber abzugeben, und ich werde mich darauf beschränken, ihm zu sagen, Frankreich werde sich durch seine Interessen leiten lassen. Die Regierung der Republik schuldet in der Tat niemandem als ihrem Verbündeten Rechenschaft über ihre Absichten.

Ich bitte Sie, das Vorstehende unverzüglich Herrn Sasonow zur Kenntnis zu bringen. Wie ich mich Ihnen gegenüber schon geäußert habe, zweifle ich nicht, daß die kaiserliche Regierung ihrerseits im höheren Interesse des Friedens alles vermeiden werde, was die Krise unabweisbar machen oder beschleunigen könnte.

René Viviani.

Freiherr von Schoen hat mich zum Schlusse im Namen seiner Regierung gefragt, welches im Falle eines Konfliktes zwischen Deutschland und Rußland die Haltung Frankreichs sein würde, ich habe ihm nicht geantwortet. Er hat mir gesagt, er werde meine Antwort morgen, Sonnabend, um 1 Uhr, holen.

Ich habe nicht die Absicht, ihm eine Erklärung darüber abzugeben, und ich werde mich darauf beschränken, ihm zu sagen, Frankreich werde sich durch seine Interessen leiten lassen. Die Regierung der Republik schuldet in der Tat niemandem als ihrem Verbündeten Rechenschaft über ihre Absichten.

Ich bitte Sie, das Vorstehende unverzüglich Herrn Sasonow zur Kenntnis zu bringen, und mir schleunigst über die Tatsache einer vorgeblichen allgemeinen Mobilisierung in Rußland Bericht zu erstatten. Wie ich mich Ihnen gegenüber geäußert habe, zweifle ich nicht, daß die kaiserliche Regierung ihrerseits im höheren Interesse des Friedens alles vermeiden werde, was die Krise heraufbeschwören könnte.

René Viviani.

Gelbbuch 118.

Während das vorstehende Telegramm chiffriert wurde, traf am Quai d'Orsay das Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg ein, in dem die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung gemeldet wurde. Die Form dieses Telegramms in Gelbbuch 118 und die Fülle der in ihm vereinigten unwahren Behauptungen haben stets Zweifel an der Echtheit dieses Dokuments erregt. Wie berechtigt diese Zweifel waren, ergibt sich aus nachstehender Gegenüberstellung des Wortlauts in Gelbbuch 118 und des inzwischen durch Renouvin bekanntgewordenen Originaltextes:

Text von Gelbbuch 118:
Herr Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen.

Petersburg, 31. Juli 1914.

Auf Grund der allgemeinen Mobilmachung Österreichs und der von Deutschland seit sechs Tagen geheim aber unausgesetzt betriebenen Mobilisierungsmaßnahmen ist der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung des russischen Heeres erlassen worden, da Rußland nicht ohne die schwerste Gefahr zugeben kann, daß ihm weiter zuvorgekommen werde; in Wirklichkeit entsprechen seine militärischen Maßnahmen nur den von Deutschland getroffenen.

Aus gebieterischen strategischen Gründen konnte Rußland, nachdem es erfahren hatte, daß Deutschland rüste, die Umwandlung der teilweisen Mobilisierung in die allgemeine Mobilisierung nicht länger hinausschieben. Paléologue.

Originaltext von Gelbbuch 118:
Herr Paléologue, französischer Botschafter in Petersburg, an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten und Minister des Auswärtigen.

Petersburg, 31. Juli 1914.

Aufgegeben 10 Uhr 45 a. m.
Angekommen in Paris 8 Uhr 30 p. m.

Die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee ist angeordnet. Paléologue.

Über die Haltung Rumäniens erfährt man aus dem französischen Gelbbuch nur sehr wenig. Viviani übermittelt am 31. Juli, 11 Uhr 55 p. m., den französischen Botschaftern einen Auszug aus einem Telegramm des französischen Gesandten in Bukarest, der nach Senatsbericht S. 53 und Bourgeois und Pagès S. 54 folgenden Wortlaut hat:

„Rumänien wird neutral bleiben, solange sich die gegenwärtige Situation nicht ändert. Ich habe mehreren rumänischen Ministern gegenüber bemerkt, wie sehr mich dieses Communiqué in Erstaunen setze. Denn es ließe vermuten, daß Rumänien im Falle eines russisch-österreichischen Krieges aus seiner Neutralität heraustreten könnte, sich nicht auf den Boden des Vertrages von Bukarest zu stellen und sich von der einen zur anderen Seite hinüberziehen zu lassen, entgegen seinen wahren Interessen. Nachrichten aus geheimer und sicherer Quelle lassen vermuten, daß Rumänien, bearbeitet durch Österreich und vielleicht gebunden durch einen Bündnisvertrag, gegenwärtig zum Dreibund hinneige.“

1. August.

Gelbbuch 120.

Am späten Abend des 31. Juli sprach der österreichische Botschafter in Paris im Ministerium des Auswärtigen vor. Da Herr Viviani nicht anwesend war und da auch niemand wußte, wo er sein könnte, wurde der Botschafter von dem Generaldirektor am Quai d'Orsay, Philippe Berthelot, empfangen. Er gab diesem die Erklärung ab, daß die österreichisch-ungarische Regierung keinerlei Absicht auf Gebietserweiterung habe und daß sie die staatliche Souveränität Serbiens nicht antasten wolle. Berthelot übermittelte diese wichtige Erklärung des Botschafters am 1. August, 6 Uhr a. m. (nach Morhardt a. a. O. S. 26), sehr dringend an die französischen Botschafter in Petersburg, Wien und Rom. Nach Mitteilungen von Professor Victor Basch in der „Ere nouvelle" vom 27. Dezember 1920 hat der Schluß dieses Telegramms den nachstehenden Wortlaut, der mit dem im französichen Gelbbuch 120 wiedergegebenen Text in keiner Weise übereinstimmt:

Wortlaut nach Gelbbuch 120.

In Petersburg ist der österreichische Botschafter zu Herrn Sasonow gekommen und hat ihm erklärt, seine Regierung sei bereit, eine Besprechung des Inhaltes des an Serbien gestellten Ultimatums zu eröffnen. Der russische Minister erklärte sich von dieser Erklärung befriedigt und machte den Vorschlag, die Verhandlungen möchten in London, unter der Beteiligung der Mächte stattfinden. Herr Sasonow wird wohl die englische Regierung ersucht haben, die Leitung der Verhandlungen zu übernehmen, er wies darauf hin, daß es sehr wichtig wäre, daß Österreich seine Operationen in Serbien einstelle.

Aus diesen Tatsachen geht hervor, daß Österreich endlich zu einem Übereinkommen geneigt wäre, wie auch die russische Regierung bereit ist, auf der Grundlage des englischen Vorschlages in Unterhandlungen einzutreten.

Wortlaut nach dem Original von Gelbbuch 120:

Einige, vom österreichischen Botschafter privat hinzugefügten Worte ließen den Eindruck zu, daß er noch nicht jede Vermittlung als unmöglich ansah. Die vom österreichischen Botschafter bei Herrn Sasonow unternommene Démarche, von der Herr Iswolsky mir Kenntnis gegeben hat, verstärkt diesen Eindruck.

Es scheint also, da andererseits die russische Regierung den englischen Vorschlag (der die Einstellung der militärischen Vorbereitungen durch alle Beteiligten mit einbegreift) annimmt, daß der Friede, selbst zu dieser späten Stunde noch bewahrt werden kann, wenn Rußland die Einstellung der militärischen Vorbereitungen an die Einstellung Österreichs und der anderen Mächte anschließt und wenn der Wunsch nach Erhaltung des Friedens in Berlin aufrichtig ist. René Viviani.

Leider hat es den Anschein, als sollte diese Gesinnung, die auf eine friedliche Lösung hoffen ließ, an der Haltung Deutschlands scheitern. Deutschland hatte in der Tat der russischen Regierung ein Ultimatum gestellt, wonach dieser 12 Stunden eingeräumt werden, um in die Demobilisation einzuwilligen, nicht nur auf deutscher, sondern auch auf österreichischer Seite; um Mittag läuft die Frist ab. Das Ultimatum ist nicht gerechtfertigt, da Rußland den englischen Vorschlag, der eine Einstellung der militärischen Vorbereitungen aller Mächte mit einbegreift, angenommen hat.

Die Haltung Deutschlands beweist, daß es den Krieg will. Und es will ihn gegen Frankreich. Gestern sprach Herr von Schoen am Quai d'Orsay vor, um anzufragen, welche Haltung Frankreich im Falle eines russisch-deutschen Konfliktes einzunehmen gedenke. Obgleich zwischen Frankreich und Deutschland direkt kein Konflikt besteht und obgleich wir seit Beginn der Krisis alle Anstrengungen zur Erzielung einer friedlichen Lösung gemacht haben und noch machen, fügte der deutsche Botschafter hinzu, er bitte mich, dem Präsidenten der Republik seine Huldigung und seinen Dank zu übermitteln, und bat, man möge „Anordnungen für seine eigene Person“ treffen. Wir wissen auch, daß er das Botschaftsarchiv schon in Sicherheit gebracht hat. Dieses Verhalten, als ob die diplomatischen Beziehungen bereits abgebrochen wären, und zwar ohne Veran-

lassung durch einen direkten Konflikt und obgleich dem deutschen Botschafter keinerlei bestimmte verneinende Antwort gegeben worden wäre, ist charakteristisch für den festen Willen Deutschlands, gegen Frankreich Krieg zu führen. Der Mangel an Aufrichtigkeit seiner Friedensbeteuerungen wird bewiesen durch den Bruch, den es Europa in dem Augenblicke aufdrängt, da die Unterhandlungen endlich von Österreich, im Einverständnis mit Rußland angenommen waren. René Viviani.

Die Gegenüberstellung der beiden Texte zeigt, in welch hohem Maße die Herausgeber des französischen Gelbbuches den Originalwortlaut von Gelbbuch 120 entstellt haben.

Im französischen Gelbbuch ist die Antwort des Königs von England an Poincaré auf dessen Brief vom 31. Juli gleichfalls nicht enthalten. Der Brief des Königs hat folgenden Wortlaut (nach Poincaré a. a. O. S. 275 f.):

Buckingham Palace, den 1. August 1914.

Lieber und großer Freund!

Ich schätze die Empfindungen, die Sie dazu trieben, mir so herzlich und so freundschaftlich zu schreiben, und ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mir Ihre Ansichten so ganz und offen auseinandergesetzt haben. Sie können versichert sein, daß die gegenwärtige Situation in Europa für mich eine Ursache großen Kummers und Sorge gewesen ist und ich bin glücklich, wenn ich denke, daß unsere beiden Regierungen so freundschaftlich zusammen gearbeitet haben, um sich Mühe zu geben, eine friedliche Lösung in den streitigen Fragen zu finden. Es würde für uns eine Quelle wirklicher Befriedigung sein, wenn unsere vereinigten Anstrengungen zum Ziele führen würden, und ich hege noch immer die Hoffnung, daß die schrecklichen Ereignisse, die so nahe scheinen, abgewendet werden können. Ich bewundere die Beschränkung, die Sie und Ihre Regierung ausgeübt haben, indem Sie sich enthielten, an der Grenze ungehörige militärische Maßnahmen zu treffen, und indem Sie eine Haltung annahmen, die in keiner Weise und keiner Beziehung wie eine Herausforderung ausgelegt werden kann. Ich gebe mir persönlich bei den Kaisern von Rußland und Deutschland die größte Mühe, um Mittel zu finden, mit deren Hilfe die augenblicklichen militärischen Operationen aufgeschoben werden können und Zeit für eine

ruhige Auseinandersetzung unter den Mächten gewonnen werden kann. Ich habe die Absicht, meine Anstrengungen unaufhörlich fortzusetzen, so lange Hoffnung auf eine gütliche Verständigung bleibt. Was die Haltung meines Landes anbetrifft, so wechseln die Ereignisse so schnell, daß es schwer ist, künftige Entwicklungen vorauszusehen. Aber Sie können sicher sein, daß meine Regierung weiter jeden Punkt mit Herrn Cambon frei und offen erörtern wird, der unsere Wünsche ans Ziel bringt und das Interesse für unsere beiden Nationen vertritt. Glauben Sie mir, Herr Präsident, daß ich Ihr aufrichtiger Freund bin.

George R. I.

4. August.

Der zweite Brief Poincarés an den König von England, der im Gelbbuch nicht veröffentlicht worden ist. (nach Poincaré a. a. O. S. 280 f.):

Paris, den 4. August 1914.

Lieber und großer Freund!

Ich danke Eurer Majestät für den Brief, den Sie so freundlich waren mir zu schreiben. Die von der königlichen Regierung im Unterhaus gemachten Erklärungen haben in Frankreich einen starken Widerhall gefunden. Das herzliche Einvernehmen unserer beiden Länder ist enger als je, und die Nachricht einer gemeinsamen Aktion ist von der öffentlichen Meinung mit Bewegung und Freude aufgenommen worden. Das Einverständnis zwischen den Generalstäben und der Marine unserer beiden Länder ist ein vollständiges. Aber bis jetzt sind wir noch nicht informiert, ob die Regierung Eurer Majestät ihre Absichten über eine Mitwirkung zu Lande endgültig abgegeben hat. S. M. König Albert hat an unsere Hilfe, wie an die Ihre zur Verteidigung belgischen Gebietes appelliert. Die Regierung der Republik meint, daß, wenn es England möglich wäre, jetzt in Frankreich für Belgien Truppen auszuschiffen, über die Sie glauben verfügen zu können, und deren Mitwirkung so kostbar wäre, würde diese Maßnahme, die einen öffentlichen Beweis unserer Waffenbrüderschaft lieferte, in Belgien und in Frankreich die heilsamste Wirkung hervorrufen. Ich glaube, Eurer Majestät von dieser Empfindung Mitteilung machen zu müssen und danke von neuem für Euer Majestät Freundschaftsbekundung. R. Poincaré.

Das französische Gelbbuch kennt nicht nur, wie Herr Renouvin sagt, starke Lücken, nicht nur Umstellungen oder Zusammenziehungen einzelner Schriftstücke, es enthält schwerwiegende Dokumentenfälschungen, die gedeckt und gebilligt worden sind von den führenden Männern Frankreichs, die sich ihrer Verantwortung für den Kriegsausbruch wohl bewußt waren, die aber diese Verantwortlichkeit in ihrem Gelbbuch unter geschickter Anpassung an die Phraseologie des Krieges verborgen und so die öffentliche Meinung irregeführt haben.

Neutrale Stimmen zur Kriegsschuldfrage.

Von * * *

Daß die am Weltkrieg unbeteiligt gewesenen neutralen Staaten unter der Fortführung des Kampfes in anderer Form, wie man den gegenwärtigen Zustand Europas nennen muß, auch ihrerseits leiden, unterliegt keinem Zweifel und wird von den Urteilsfähigen unter ihren Angehörigen offen zugegeben. Das Unbehagen ist um so größer und empfindlicher fühlbar, als es sich nicht nur auf das rein politische, sondern in sehr ausgedehntem Maße auch auf das wirtschaftliche Gebiet erstreckt und dadurch für weite Kreise zum unmittelbaren Erlebnis am eigenen Leibe wird. Allmählich beginnt man nach den Ursachen dieses Mißstandes zu fragen und kommt dabei zu dem logischen Ergebnis, daß der Vertrag von Versailles und die seit seiner Unterzeichnung von den Siegern gegenüber den Besiegten getriebene Politik die eigentlichen Erreger der Krankheit sind. Wenn kürzlich der bekannte schwedische Schriftsteller Dr. H. Key, der Chefredakteur der führenden Stockholmer Zeitung „Svenska Dagbladet", in einer soeben auf deutsch erschienenen Schrift „Der Bankrott der Rekonstruktionspolitik und die Kolonialpolitik" (bei Walter de Gruyter, Berlin) ganz unumwunden ausgesprochen hat, daß Europa aus sich heraus auf dem Wege der finanziellen Belastung Deutschlands durch die Entente überhaupt niemals zum Wiederaufbau gelangen kann, so vermag man aus dieser Feststellung zu entnehmen, wie weit die Erkenntnis zum Teil schon gediehen ist.

Von der Einsicht über die wirtschaftlichen Folgen des Vertrages von Versailles ist es nur mehr ein kurzer Schritt zu jener Grundlage des genannten Vertrages, auf der die verheerenden Forderungen in finanzieller Hinsicht aufgebaut wurden: zu der Behauptung von Deutschlands Schuld am Kriege. Not macht nicht nur erfinderisch, sondern auch nachdenklich, und es ist daher ein ganz natürlicher Prozeß, daß sich in den neutralen Ländern mehr und mehr denkende Köpfe mit der Erforschung der Vorgeschichte des Weltkrieges befassen. Für die Arbeit an der Aufdeckung der Wahrheit ist das ein unschätzbarer Gewinn, da gerade die Völker, die nicht in den Weltstreit der imperialistischen Interessen verwickelt waren, über die nötige Leidenschaftslosigkeit verfügen und deshalb auf dem Gebiete der einschlägigen wissenschaftlichen Untersuchung zweifellos zu bedeutenden Leistungen berufen sein könnten.

Im folgenden sei wenigstens auf zwei wichtige Schriften hingewiesen, die in letzter Zeit erschienen sind und deren Verfasser beide aus neutralen Ländern stammen, um an ihnen zu zeigen, wie weit die Überlegung dort bereits gediehen ist.

Die eine dieser Schriften ist ein Buch von dem norwegischen Gelehrten Edvard Bull: „Der Ausbruch des Weltkrieges. Was wir wissen und was wir nicht wissen" (Verdenskrigens Utbrudd. Hvad vi

vet og hvad vi ikke vet, Steenske Forlag, Kristiania). Es ist deswegen von besonderem Interesse, weil der Verfasser Kommunist ist und als solcher bei seinen Untersuchungen von jener historischen Weltanschauung ausgeht, die dieser Richtung zu eigen ist. Seine Arbeit ist ein Produkt der marxistischen Auffassung in Reinkultur. Schon die ersten Absätze sind überaus charakteristisch. Sie lauten:

„Es ist freilich vollkommen absurd, die Frage nach dem Ausbruch des Weltkrieges von 1914, wie das allgemein geschieht, als eine moralische S c h u l d f r a g e zu stellen. Die Frage nach der „Schuld am Weltkriege" ist — falls sie überhaupt eine Frage und nicht nur sinnloser Lärm ist — auf jeden Fall kein wissenschaftlisches, sondern ein metaphysisches Problem, und berührt den Historiker nicht im geringsten. Dagegen ist es eine Frage von der allergrößten historischen Bedeutung aufzuklären, welche Verhältnisse den Weltkrieg hervorgerufen haben, alle die näheren und ferneren Ursachen, die zu der großen Katastrophe zusammengewirkt haben, zu schildern und auseinanderzusetzen. Bei diesen Ursachen verflechten sich objektive und subjektive Momente dicht ineinander, und zwar meist derart, daß es schwer ist zu entscheiden, ob ein bestimmtes Ereignis oder ein Komplex von Ereignissen auf die bewußten Handlungen oder Bestrebungen eines einzelnen Mannes oder einer Gruppe von einzelnen Männern zurückgeht, oder ob sie vielleicht eher ein unumgängliches Produkt einer bestimmten Situation sind."

Die ganze Problemstellung bei Bull hat also, wie wir sehen, einen stark naturwissenschaftlichen Anstrich, wie es seiner politischen Einstellung entspricht. Man kann nicht leugnen, daß das in letzter Zeit bekanntgewordene Akten-Material über die Vorgeschichte des Krieges zusammen mit der wichtigsten Literatur in sehr gewissenhafter Weise Beachtung findet. Das Ergebnis der Untersuchung aber ist durch die ganze breits angeführte Weltanschauung des Verfassers gewissermaßen im voraus festgelegt: Die Persönlichkeiten verlieren in seinen Augen an Einfluß, die Zustände gewinnen an Macht, bis sie zusehends zur Übermacht werden und schließlich ist es das kapitalistisch-imperialistische System, aus dessen besonderer Eigenart mit Notwendigkeit der Weltkrieg hervorgeht. Eine derartige Schlußfolgerung ist bei der erwähnten Einstellung des Verfassers in gewissem Grade zwangsläufig gegeben, womit natürlich in keiner Weise behauptet werden soll, daß sie der Wahrheit entbehrt. Im Gegenteil! Niemand wird übersehen, welch ungeheure Gefahren das Zeitalter des Imperialismus auf Grund seiner bekannten Tendenz für den Frieden der Menschheit in sich barg. Die Frage ist nur die, ob die Katastrophe unvermeidlich gewesen wäre, wenn sich die Stimmung oder die Denkungsweise des Imperialismus nicht in einzelnen führenden Persönlichkeiten zum ganz absichtlichen W i l l e n zum Krieg geklärt hätte. Alle großen Umwälzungen der Weltgeschichte wurden erst dann möglich, wenn dieser Übergang vom allgemeinen Zustand zum bewußten Streben einzelner vollzogen war, und darum ist die Frage nach

der Schuld doch nicht eine metaphysische Angelegenheit, sondern eine historische von aller größter Bedeutung, ganz abgesehen von jener unerhörten praktischen Bedeutung, die ihr die Siegermächte durch das Verdikt von Versailles verliehen haben.

Aber gerade weil Bull weltanschauungsmäßig festgelegt ist, lohnt es sich, das Endergebnis, zu dem er gelangt, kennenzulernen. Er faßt es selbst (auf S. 153) folgendermaßen zusammen:

„Bei keiner der kriegführenden Großmächte war die gesamte verantwortliche politische Leitung in dem Sinne kriegerisch, daß sie mit vollem Bewußtsein danach strebte, einen Weltkrieg hervorzurufen. Aber bei sämtlichen Großmächten gab es Parteien, die bewußt einen solchen Krieg wünschten und dafür arbeiteten, und diese Kriegsparteien hatten überall ihre Vertreter, wenn nicht in der obersten politischen Leitung, so doch in wichtigen und einflußreichen Stellungen. Die wirkliche Macht, über die diese Kriegsparteien verfügten, war in der Tat sehr verschieden in den verschiedenen Ländern und außerdem in den einzelnen Ländern von Monat zu Monat und von Woche zu Woche stark wechselnd.

Bei keiner der kriegführenden Länder war andererseits die gesamte, verantwortliche politische Leitung friedensfreundlich in dem Sinne, daß sie es als ihre Aufgabe ansah, den Frieden um jeden Preis zu wahren. Sie waren alle bereit, für die Erhaltung des Friedens Opfer zu bringen, aber die Größe dieser Opfer war sehr begrenzt, und zwar durchaus von der Rücksicht auf die eigenen imperialistischen Interessen der betreffenden Großmacht.

Will man an dem historischen Grundsatz festhalten, daß jedermann das Recht zukommt, von seinen eigenen Voraussetzungen aus beurteilt zu werden, so wird man bei diesem Maßstab ganz außerstande sein, den handelnden Personen oder Regierungen eine „Schuld“ beizumessen — auf jeden Fall keine andere Schuld als die, die in Mangel an Eifer und Tüchtigkeit besteht; aber diese Art Schuld ist in der Tat überall hinreichend vertreten. Die Voraussetzung für alle leitenden Männer bei allen Großmächten — und in dieser Hinsicht auch bei Serbien — war der imperialistische Reichsgedanke als höchstes Ziel; vor ihm mußten alle anderen Rücksichten weichen; er war die Richtschnur für alle ihre Handlungen.“

Der Urteilsspruch des kommunistischen Gelehrten lautet also wesentlich anders als der der kapitalistisch-imperialistischen Siegerstaaten, und wenn es auch keine letzte Entscheidung bedeutet und infolge der von Anfang an gebene Begrenzung der Problemstellung bedeuten kann, so ist es doch ein erheblicher Fortschritt zur Wahrheit hin und ein endgültiger Abfall von jenem treuherzigen Glauben an die Entente-Legende über den Kriegsausbruch, dem gerade in Norwegen während des Krieges fast jedermann huldigte.

Die zweite Schrift, die hier noch kurz behandelt werden soll, ist eine soeben im Haag erschienene Broschüre von Dr. N. Japikse:

„Ursachen des Weltkrieges“ (Orzaken van den Wereldoorlog, H. P. Leopold's Uitgevers-Maatschappij). Japikse ist ein bedeutender holländischer Historiker, der vor nicht gar zu langer Zeit in einem Buche über Holland während des Weltkrieges ziemlich einseitig die Haltung der Mittelmächte vor 1914 verurteilte. Dann hat er sich als Mitglied der neutralen Kommission für Erforschung der Kriegsursachen eingehend mit dem neuen inzwischen veröffentlichten Material befaßt und gibt in seiner obengenannten Schrift gewissermaßen einen konzentrierten Niederschlag seiner eigenen Erwägungen. Da er als reiner Historiker entschlossen ist, sich nur durch sicher verbürgte Tatsachen überzeugen zu lassen, scheut er vielfach noch vor letzten Ergebnissen zurück und bleibt der Hauptsache nach bei Fragen stehen. Aber diese Fragen zeigen, wie weit er in seinen Überlegungen vorgedrungen ist.

„Wie von selbst“, so schreibt er, „ist durch die Möglichkeit des Studiums reichlicheren und zuverlässigeren Materials sowie durch das gereifte und unbefangene Urteil die Problemstellung schärfer geworden. Wie ich sie jetzt ansehe, kann man sie am bequemsten in zwei Fragen ausdrücken, die wohl miteinander in Zusammenhang stehen, aber von denen sich doch jede auf eine andere Gruppe von Tatsachen bezieht:

1. Warum stellte Österreich sein Ultimatum an Serbien? War es hierzu gezwungen, um sein Dasein zu behaupten?

2. Warum hat Rußland am 30. Juli den allgemeinen Mobilisierungsbefehl erlassen, der, wie man wußte, den allgemeinen Krieg in Europa zur Folge haben mußte? Tat es dies mit einem ausschließlich defensiven Zweck?“

Hinsichtlich der ersten Frage wird auf den lange vor dem Mord von Serajewo bestehenden Gegensatz zwischen Serbien und Österreich hingewiesen und betont: „Österreich betrachtet sich als bedroht durch das infolge der beiden Balkankriege so sehr verstärkte Serbien, das mit Rußland eng verbunden ist. Es fühlt, daß es etwas tun muß, um der Umklammerung zu entgehen, die durch die weitere Entwicklung der Dinge auf dem Balkan droht; es ist überzeugt, daß sein Dasein auf dem Spiel steht.“ Hinsichtlich der russischen Mobilmachung wird die Entscheidung über die Motive zu diesem Schritt offen gelassen, aber doch erklärt: „Es kann als feststehend angenommen werden, daß die russische allgemeine Mobilmachung vom 30. Juli die vorbereitende Vermittlungsarbeit durchkreuzte, einerlei ob diese zu einem guten Ergebnis geführt hätte.“ Und weiter unten heißt es: „Rußland hat hiermit (mit der allgemeinen Mobilmachung) das Zeichen zum allgemeinen Krieg gegeben, wie Österreich für den teilweisen Krieg verantwortlich ist.“

Am Schlusse seiner Ausführungen hebt Dr. Japikse die Wichtigkeit der Arbeit über die Vorgeschichte des Weltkrieges hervor. Ich möchte die schönen Schluß-Absätze seiner Schrift hier lückenlos wiedergeben, weil sie nicht nur vom Ernst des Historikers, sondern auch vom ethischen Willen des wahren Europäers zeugen. Nachdem er den Fort-

schritt der Untersuchungen in nahezu allen Kulturländern hervorgehoben hat, fährt der Verfasser folgendermaßen fort:

„Holland darf sich von dieser Arbeit nicht gänzlich fernhalten, sowohl weil es sich hier um die Untersuchung eines höchst wichtigen historischen Problems handelt, als auch, weil für die Praxis der europäischen Zusammenarbeit soviel damit verbunden ist. Man verstehe mich richtig. Ich würde niemals an einer derartigen Untersuchung teilnehmen, wenn nicht als conditio sine qua non vorausgesetzt würde, daß sie als eine Sache für sich betrachtet und behandelt werden müßte, und zwar nach bewährter historischer Methode und folglich mit wissenschaftlichem Ziel. Nichtsdestoweniger sehe ich ein, daß auch in diesem Falle eine geschichtliche Untersuchung wohl ganz gut praktische Resultate haben kann; ich würde aber die Erreichung dieser Resultate niemals als Ziel voranstellen wollen.

Zuerst kommt hierbei nicht weniger als der Weltfriede selbst in Betracht. Wenn überhaupt jemals, so ist er sicherlich erst dann zu verwirklichen, wenn man erst einen ernsten Versuch unternimmt, die Ursache unseres großen Weltkrieges derart festzustellen, daß das Ergebnis in breiten Kreisen Vertrauen erweckt. Dann, aber nur dann, wird man wenigstens Unterlagen sammeln, um festzustellen, wie ein neuer Krieg vermieden werden soll. Mit der Behauptung, daß die Menschheit 1914 wahnsinnig war, erreicht man das bestimmt nicht. Einen neuen Anfall von Wahnsinn — gesetzt, daß es ein solcher gewesen ist — kann man nur dann mit einiger Hoffnung auf Erfolg bekämpfen, wenn man die Ursachen des vorigen kennt. Der Arzt, der eine schlimme Krankheit zu heilen vermeint, ohne erst bei seiner Diagnose den ganzen Körper seines Patienten untersucht zu haben, ist ein Pfuscher. Mancher hat es am eigenen Leib erfahren, was so ein Pfuscher verderben kann!

Und dann gibt es noch eine Sache von so großem Belang wie die allgemeine Völkerversöhnung, ohne die kein Weltfriede denkbar ist. Sie bleibt eine Utopie, solange die Deutschen auf Grund der einseitigen Untersuchung mit der von ihnen als Verleumdung zurückgewiesenen Anklage belastet bleiben, daß sie allein an der Verursachung des Krieges schuldig sind. Ich weiß nicht, was das Endergebnis einer großzügigen Untersuchung, wie ich sie mir vorstelle, sein würde. Aber ich gebe den Deutschen vollständig recht, wenn sie sich kein Kainszeichen durch den Wahrspruch der Pariser Kommission und durch Clémenceau aufdrücken lassen wollen. Fiele eine solche Untersuchung zu ihren ungunsten aus, dann würden sie wahrscheinlich die ihnen auferlegten sehr schweren Friedensbedingungen mit größerer Ruhe tragen, und es würden bestimmt viele Nicht-Deutsche sie diese Bedingungen mit ruhigerem Gewissen tragen lassen. Und wenn sie zu ihren Gunsten ausfiele? — Ach, ich wage mir nicht einzubilden, daß sich hierdurch unmittelbar so sehr viel verändern würde; aber es wäre doch wenigstens eine Aussicht auf bessere Verhältnisse gegeben.

Die Sieger, die schließlich einen Machtfrieden diktiert haben, haben selbst dazu beigetragen, das wissenschaftliche Gewissen in Bewegung zu bringen. Es ist in diesem Augenblick vor allem ihre Sache, dies Gewissen völlig zu beruhigen, und zwar durch Eröffnung ihrer Archive, denn erst dann wird man auch ihre Politik vor 1914 gründlich studieren können. Was würden sie zu befürchten haben, wenn sie von ihrem guten Rechte in der Tat überzeugt sind, woran ich keinen Augenblick zweifele. Wir früheren Neutralen vollbringen nach meiner festen Überzeugung ein gutes Werk, indem wir fortwährend darauf dringen und inzwischen von dem Kenntnis nehmen, was uns bald mit freigebigerer, bald mit kargerer Hand dargeboten wird."

Das ist die Ansicht eines Mannes, dem es um nichts anderes als um die Wahrheit, aber um sie aus ganzem Herzen, zu tun ist. Wir sehen, daß er die Kriegsschuldfrage als ethisches Weltproblem auffaßt, dessen Lösung des Schweißes der Edlen wert ist, und wir können vom deutschen Standpunkt aus nicht verkennen, welche Förderung im Sinne der Wahrheit gerade dieses hohe Niveau der ganzen Einstellung verspricht. Darum ist die Mitarbeit der Neutralen, die jetzt begonnen hat, mit Freuden zu begrüßen.

Die geheimen Tagebuchaufzeichnungen des russischen Außenministeriums.

Von Alfred von Wegerer.

Im 4. Heft des von der russischen Sowjetregierung herausgegebenen Krasny-Archivs (Roten Archivs) sind vor kurzem die Tagebuch-Aufzeichnungen des ehemaligen russischen Ministeriums des Äußern veröffentlicht worden. Eine Wiedergabe dieser Veröffentlichungen in deutscher Sprache brachte zuerst die „Vossische Zeitung" im Februar dieses Jahres. Da die Übersetzung sich nicht überall der Anordnung des Originaltextes anpaßte und auch mehrere Stellen, namentlich die Fußnoten, ausgelassen sind, hat die Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen die ganze Veröffentlichung erneut übersetzt und wird sie als Broschüre im Verlag für Politik und Geschichte herausgeben. Eine Besprechung dieser Veröffentlichung bildet der folgende Aufsatz. Die Schriftleitung.

Carlotti und Schilling auf einer Soiree bei der Gräfin Kleinmichel.

Wir werden zuerst in den Salon der Gräfin Kleinmichel geführt und erfahren, trotzdem die Gräfin sich in ihren Erinnerungen gegen die Behauptung sträubt, daß bei ihr politische Unterhaltungen geführt wurden, von einem sehr bedeutsamen Gespräch zwischen dem italie-

nischen Botschafter Marquis Carlotti und dem Direktor der russischen Staatskanzlei Baron v. Schilling. Carlotti fragt unumwunden, was Rußland bei einer Aktion Österreichs vorhat, und erhält die klare Antwort, daß Rußland einen Anschlag auf die „Unteilbarkeit und Unabhängigkeit“ Serbiens nicht dulden würde. Carlotti äußert den vernünftigen Gedanken, daß Rußland seine Haltung unzweideutig zu erkennen geben sollte, während Schilling die Ansicht vertritt, daß es Aufgabe der verbündeten Mächte sei, Österreich vor unüberlegten Schritten zu warnen. — Der deutsche Botschafter, der bei der Soiree nicht zugegen war, ist durch Carlotti von der Auffassung Schillings leider nicht informiert worden. Auch findet sich in den deutschen Dokumenten und im österreichischen Rotbuch kein Anhalt dafür, daß Carlotti den übrigen Vertretern der Mittelmächte von dem Gespräch Schillings Kenntnis gegeben hat.

Sasonow verabsäumt die von Schilling vorgeschlagene Warnung Österreichs.

Der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Szapary, welcher am 17. Juli von seinem Urlaub zurückkehrte, wurde auf seinen Wunsch hin am 18. von dem russischen Außenminister empfangen. Noch kurz vor dem Empfang machte Baron von Schilling dem Außenminister den Vorschlag, Österreich eine Warnung zukommen zu lassen. Sasonow, der diesem Vorschlag Schillings zugestimmt hatte, führte ihn jedoch in der Unterredung mit Szapary nicht aus, da er in Anbetracht der friedlichen Versicherungen des österreichischen Botschafters eine Warnung nicht mehr für notwendig hielt.

Es ist bedauerlich, daß Sasonow seine Ansicht, Szapary klaren Wein einzuschenken, nicht ausgeführt hat. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß eine feste Sprache Rußlands in Österreich nicht ohne Wirkung geblieben wäre. Wie sehr man in Wien über die Haltung Rußlands im unklaren war, geht aus den kürzlich veröffentlichten Memoiren des Feldmarschalls Conrad unzweideutig hervor.

Man wird dem Grafen Szapary zubilligen müssen, daß er es verstanden hat, die Absichten seiner Regierung Rußland gegenüber geschickt zu verschleiern. Andererseits scheint Sasonow doch nur wenig Lust gehabt zu haben, sich schon jetzt festzulegen. Hierbei mag mitgespielt haben, daß er sich zunächst noch der Haltung Frankreichs versichern und hierfür noch den in Aussicht stehenden Besuch Poincarés abwarten wollte.

Als dann das Telegramm Sasonows vom 22. Juli an den Botschafter in Wien abging, in dem endlich die Haltung Rußlands, nach vorheriger Vereinbarung mit den englischen und französischen Kollegen, Berchthold bekanntgegeben wurde, war es zu spät, um auf die Formulierung des österreichischen Ultimatums noch einen Einfluß auszuüben.

Das Ultimatum und die Beschlüsse vom 24. Juli.

Das Ultimatum machte in Petersburg sichtlich einen starken Eindruck. Sasonow sieht darin den europäischen Krieg. Der Zar gibt seiner Empörung lebhaften Ausdruck. Schilling weist sofort den Finanzminister darauf hin, die Depots in Deutschland auf jeden Fall nach Rußland zu bringen.

Fraglos war man durch das Ultimatum überrascht und doch wieder für den nicht erwarteten Schritt Österreichs glänzend vorbereitet. Es ist erstaunlich, wie die Entente, instinktiv und auf Grund der verschiedenen Besprechungen der Generalstäbe und nicht zuletzt wohl in Verfolg der Verabredung mit Poincaré, nach einheitlichem Muster vorging. Man muß sich hierzu vergegenwärtigen, was die Entente am 24. nach Bekanntgabe des Ultimatums angeordnet hat: England hält seine Flotte zusammen, Belgien bereitet die ersten Anordnungen für einen deutsch-französischen Krieg vor*), Frankreich gibt den Befehl zur Einschiffung von 36 Bataillonen farbiger Truppen nach Europa, Serbien mobilisiert (Conrad IV. S. 109), Rußland beschließt die Mobilmachung von vier Militärbezirken und seiner gesamten europäischen Flotte. Aus allem geht hervor, wie sehr sich die Entente mit dem Gedanken eines europäischen Krieges vertraut gemacht hatte.

Beim französischen Botschafter findet sich die Entente am 24. zum Frühstück zusammen, um über den gemeinsamen Aktionsplan zu beraten. Paléologue riskiert es, den rumänischen Gesandten mit einzuladen. Die Entente will den Gesandten, der sich natürlich hierdurch geschmeichelt fühlt, leichter auf ihre Seite ziehen. Über diese Unterredung hat selbst der sonst so mitteilsame Paléologue bis jetzt geschwiegen. Auch Buchanan hat den willfährigen Rumänen in seinen Memoiren übergangen.

Die Beschlüsse des Ministerrates vom 24. werden genauer mitgeteilt. Sie enthalten neben dem bekannten diplomatischen Schritt, eine Fristverlängerung für das Ultimatum zu erreichen, weitgehende militärische Anordnungen. Es wurde im Prinzip die Mobilmachung der vier Militärbezirke Odessa, Kiew, Moskau, Kasan und der beiden Flotten Baltikum und Schwarzes Meer beschlossen, ebenso einige andere militärische Maßnahmen, worunter die Anordnung der Kriegsvorbereitungsperiode**) zu verstehen ist. Wenn zum Schluß bemerkt wird, daß die Vorbereitungen nicht als eine gegen Deutschland feindliche Aktion ausgedeutet werden dürften, zeigt dies, jedenfalls soweit die Mobilmachung der Baltikumflotte in Frage kommt, eine ziemliche Naivität politischen Denkens. Die Furcht vor der immobilen deutschen, in nordischen Gewässern befindlichen Flotte, wird man nicht als Grund, auch die Baltikumflotte mobil zu machen, ansehen dürfen.

---

*) Anlage zum Belgischen Graubuch Nr. 2.

**) Vergl. Aprilheft „Die Kriegsschuldfrage": Major G. Frantz, Die Kriegsvorbereitungsperiode in Rußland.

Serbien wird empfohlen, den Kampf nicht aufzunehmen, sondern sich zurückzuziehen und an die Mächte zu appellieren. Daraus geht erneut hervor, wie man die Angriffsenergie Österreichs Serbien gegenüber überschätzte und in der falschen Vorstellung lebte, daß Österreich ohne Schwierigkeit Serbien zertrümmern könnte. Obgleich die Serben später tatsächlich Belgrad räumten, stieß die österreichische Armee nicht nach, sondern begnügte sich mit dem törichten, wie wir heute wissen, sehr unbedeutenden Bombardement vom 28. Juli, das in dem übernervösen Europa höchst gefährliche, aber nicht gerechtfertigte Unruhe hervorrief und die Russen noch schneller, als sie eigentlich wollten, auf die Beine brachte*). Den Vormarsch traten die Österreicher erst 14 Tage nach ihrer Kriegserklärung an Serbien an.

Die Mitteilungen über die Unterredungen Sasonows mit dem deutschen Botschafter im Anschluß an den Ministerrat entsprechen dem, was wir aus dem Bericht Pourtalès' (D. D. 160) wissen. Beachtenswert ist noch, daß der französische Botschafter, der während dieser Unterredung in einem Zimmer wartete, wo er dem deutschen Botschafter nicht begegnen konnte, sich dem Baron von Schilling gegenüber sehr optimistisch äußerte, die Lage sei für die Entente niemals günstiger gewesen, da die größte Eintracht herrsche. Die Reden, welche zwischen dem Zaren und Poincaré in Petersburg und an Bord der „France" gewechselt worden sind, bezeichnete er als „außerordentlich bedeutende Dokumente". Wenn man die Reden daraufhin nachliest, muß man zugeben, daß sie allerdings recht bedeutsam waren. Der Zar sowie Poincaré sprechen von „verabredeter Tätigkeit", bzw. von „verabredetem Vorgehen" ihrer Diplomatie und tranken gegenseitig auf den „Ruhm" ihrer Länder. (Vgl. Schultheß „Geschichtskalender 1914").

Paléologue tritt Schilling gegenüber auch dafür ein, daß Poincaré seine Reise planmäßig fortsetzt und nicht auf den Besuch in Stockholm und Kopenhagen verzichtet. Wenn Paléologue als Grund hierfür angibt, daß durch ein vorzeitiges Abbrechen der Reise eine Panik in Frankreich hervorgerufen werden könnte, so dürfte dies nicht der einzige Grund gewesen sein. Das Ziel der Mission Poincarés bei den nordischen Mächten ist noch nicht bekannt geworden.

Die Ministerkonferenz vom 25. Juli.

Die Aufzeichnungen vom 25., an welchem Tage die Konferenz unter dem Vorsitz des Zaren stattgefunden hat, sind sehr dürftig. — Über die Vorgänge selbst sind wir aber durch die kürzlich erschienenen „Erinnerungen" Suchomlinows eingehend unterrichtet. Wie schon im französischen Gelbbuch Nr. 50 mitgeteilt worden ist, daß dem Außenminister freie Verfügung über den Zeitpunkt der Anordnung der Teilmobilmachung als „Mandat" übertragen war, hebt Suchomlinow be-

---

*) Vergl. meinen Aufsatz „Der Halt in Belgrad". „Die Kriegsschuldfrage", Dezember 1923.

sonders hervor. — Für die Beurteilung der Vorgänge am 29. ist dies von grundlegender Bedeutung.

Das Telegramm Sasonows an den Botschafter in London, das im Orangebuch Nr. 17 nur stark gekürzt wiedergegeben ist, wird hier zum erstenmal im vollen Wortlaut veröffentlicht. Das Telegramm enthält die schon verschiedentlich geäußerte Ansicht, daß Österreich darauf baute, England werde sich seinen Forderungen nicht widersetzen, und „diese Hoffnung bedingte gewissermaßen den Beschluß Österreichs". Also auch der russiche Außenminister vertrat hier die Auffassung, daß nicht allein die Haltung Deutschlands, sondern die Haltung Englands einen Stimulans für die österreichische Politik bildete, und „England — besser als die anderen Mächte — einen mäßigenden Einfluß auf Österreich ausüben" konnte.

Im Schlußsatz dieses Telegramms bringt Sasonow zum Ausdruck, wie sehr Rußland damit rechnete, daß England ohne Zögern sich auf die Seite Rußlands und Frankreichs stellen wird, um das Gleichgewicht in Europa aufrechtzuerhalten.

Man wird sich hierbei immer wieder die Frage vorlegen müssen, ob durch einen lokalisierten Krieg zwischen Österreich und Serbien tatsächlich das Gleichgewicht in Europa gestört worden wäre. Selbst zugegeben, daß dies vorübergehend der Fall gewesen sein könnte, obgleich im ganzen betrachtet, die militärische Lage der Mittelmächte sich bei einem starken Engagement Österreichs in den Gebirgen Serbiens nur verschlechtern konnte, wäre es dem Druck der Mächte sicherlich gelungen, Österreich von einem das europäische Gleichgewicht bedrohenden Frieden mit Serbien abzubringen. Eines Weltkrieges bedurfte es hierzu wahrlich nicht.

Der Preis für Rumänien.

Kudaschew über die Vorgänge in Wien.

In einem bisher nicht veröffentlichten Telegramm nach Bukarest stellt Sasonow Rumänien als Preis für sein Mitgehen mit der Entente die Verwirklichung seiner nationalen Ziele (die Besitzergreifung Siebenbürgens) vor Augen.

Es folgt nun ein langes, bisher ebenfalls unbekanntes Telegramm des Geschäftsträgers in Wien an Sasonow, das einen beachtenswerten Gesamtüberblick über die Vorgänge in Wien gibt. Die Auffassung in Wien gibt Kudaschew sachlich wieder. Interessant ist, daß er sehr richtig den österreichisch-serbischen Konflikt auch auf den Gegensatz zweier Weltanschauungen zurückführt. Serbien mit seiner nationalistischen, dazu noch extrem demokratisch gefärbten weltlichen Propaganda bilde im Gegensatz zum Klerikalismus eine tatsächliche und zweifellose Bedrohung der österreichisch-ungarischen Staatsordnung, die ihrerseits auf dem katholischen Ultramontanismus und den Überresten atavistisch-feudaler Grundsätze beruhe. —

Daß die russische Regierung bereits am 27., also einen Tag vor der Kriegserklärung Österreichs an Serbien, davon unterrichtet war, daß Österreich keinerlei Gebietserweiterungen auf Kosten Serbiens erstrebe und daß selbst dann, wenn es durch seine Truppen serbisches Gebiet besetzen sollte, dies nur zeitweilig sein würde, erfahren wir aus einer Mitteilung, welche Bratianu Sasonow machte. Bezeichnend für das vorhandene Mißtrauen zwischen Rußland und Österreich ist die Erwiderung Schillings hierauf, wonach „eine derartige Erklärung am wenigsten Wert im Munde Österreichs habe, das am Beispiel Bosniens und der Herzegowina der ganzen Welt gezeigt habe, was es unter der zeitweiligen Besetzung fremder Länder verstehe". Der Vergleich ist selbstverständlich unzutreffend, er zeigt aber aufs deutlichste, wie wenig Wert Versicherungen und Erklärungen zwischen Österreich und Rußland bei der vorhandenen Stimmung zwischen beiden Ländern überhaupt haben konnten*). Man darf sich daher nicht wundern, daß auch die gleiche Erklärung, welche der österreichische Botschafter in Petersburg am 28. und 29. noch einmal abgegeben hatte, ohne Einfluß auf die Haltung Rußlands geblieben ist.

Frankreich solidarisch mit Rußlands Vorgehen.

Am 28. tritt Frankreich offiziell auf den Plan: „Der französische Botschafter hat heute im Auftrag seiner Regierung dem Außenminister die volle Bereitschaft Frankreichs zur Kenntnis gebracht, im Falle der Notwendigkeit, den Verpflichtungen eines Verbündeten nachzukommen." Eine Blankovollmacht in Reinkultur!

Leider fehlt eine nähere Zeitangabe, so daß man nicht sagen kann, zu welcher Tageszeit der französische Botschafter die Mitteilung gemacht hat und worauf dieselbe zurückzuführen ist. Die Kriegserklärung Österreichs an Serbien, welche etwa gegen 1 Uhr in Belgrad eingetroffen sein dürfte (Serbisches Blaubuch Nr. 47), war wohl zwischen 2 und 3 Uhr nachmittags auch in Paris bekannt. Es ist daher zeitlich möglich, daß die französische Regierung ihren Botschafter in Petersburg von der österreichischen Kriegserklärung in Kenntnis gesetzt und zu der vorstehenden Mitteilung ermächtigt hat.

Auch besteht die Möglichkeit, daß Paléologue vom Panzerschiff „France" aus eine entsprechende Mitteilung von Poincaré über Paris erhalten hat. Daß die „France" auch mit Petersburg drahtlos in Verbindung stand, ist wohl nicht anzunehmen.

Wahrscheinlicher ist aber, daß verabredungsgemäß der französische Botschafter ermächtigt war, im Falle eines bewaffneten Einschreitens Österreichs gegen Serbien die Solidarität Frankreichs ohne weiteres offiziell zum Ausdruck zu bringen.

---

*) Vergl. Hans Delbrück: „Der Stand der Kriegsschuldfrage", Seite 21. Carl Heymanns Verlag, Berlin.

Daß aber Frankreich noch viel früher, und zwar bereits am 25. Juli, Rußland gegenüber versichert hat, daß es bereit sei, seiner Bündnispflicht in ihrem ganzen Umfange nachzukommen, geht aus einem Telegramm Carlottis an den italienischen Außenminister hervor, das wir hier zum erstenmal veröffentlichen.

Geheimtelegramm des italienischen Botschafters in St. Petersburg an den italienischen Außenminister San Giuliano.

Aufgegeben in St. Petersburg am 25. Juli 1914 gegen Mitternacht.

Der französische Botschafter berichtet mir, daß im Ministerrat von heute vormittag auf Vorschlag von Suchomlinow alle Richtlinien und alle Maßnahmen festgelegt wurden, die für den Krieg mit Österreich-Ungarn und Deutschland, den man für unmittelbar bevorstehend hält, zu treffen sind. Er hat hinzugefügt, daß Frankreich bereit ist, seiner Bündnispflicht in ihrem ganzen Umfang nachzukommen.

Auf meine Frage, ob er die Lage für hoffnungslos halte, hat er mir erwidert, daß sich die Streitfrage seiner Ansicht nach nicht mehr als ausschließlich österreichisch-serbisch, sondern als deutsch-russisch darstellt und daß die jedem Gedanken der Versöhnung unzulängliche Haltung des Wiener Kabinetts dessen feste Absicht zeigt, den Krieg zu provozieren.

Auf meine äußerst nachdrücklichen Verwahrungen hat er geantwortet, daß die Tatsachen seine Behauptung erhärten werden, daß aber trotz alledem die „Triple-Entente“, obwohl sie von der Zwecklosigkeit ihrer Bemühungen überzeugt ist, alles nur mögliche tun wird, um eine europäische Katastrophe abzuwenden oder damit sich wenigstens in aller Deutlichkeit ergebe, wen die ungeheure Verantwortlichkeit dafür trifft.

Paléologue hat mit der Bemerkung geschlossen, daß der einzige Hoffnungsschimmer noch aus London und Rom kommt, wo man vielleicht daran denkt, den eigenen großen Einfluß in Berlin auszunutzen, um dort einen Versuch der Friedensvermittlung zu unternehmen.

Carlotti.

In diesem Telegramm wird also ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß Frankreich bereits am 25. bereit war, seiner Bündnispflicht in ihrem ganzen Umfange nachzukommen. Die Mitteilung bildet eine beachtenswerte Ergänzung zu dem Telegramm Buchanans an Sir Edward Grey vom 24. Juli (Englisches Blaubuch Nr. 6), in welchem Buchanan mitteilt, daß der französische Botschafter ihm zu verstehen gab, daß Frankreich alle Verpflichtungen erfüllen würde, die das Bündnis mit Rußland nach sich ziehen müßte, wenn die Notwendigkeit eintrete. . . .

Die unheilvolle Nacht.

Über den Beschluß zur Mobilmachung erfahren wir manches Neue, besonders über die Vorgänge in der Nacht vom 29. zum 30., die Suchomlinow in seinen „Erinnerungen" treffend als die „unheilvolle Nacht" bezeichnet.

Die Aufzeichnungen bilden eine Bestätigung dessen, was Pourtalès in seinem Telegramm vom 29. (D. D. 343) erwähnt hat. Sasonow war sich demnach wohl bewußt, daß Deutschland seine versöhnlichen Bemühungen in Wien erneut fortsetzte. Auch die Warnung des deutschen Botschafters, nicht durch eine voreilige Mobilmachung die Bemühungen der Berliner Regierung unmöglich zu machen, findet ausdrücklich Erwähnung.

Neu ist, wie die Mitteilung Pourtalès' von Sasonow und seinen Beratern aufgefaßt wurde. Neben einem starken Mißtrauen, ob Deutschland tatsächlich einen Druck auf Österreich ausüben würde, wird der Auffassung Raum gegeben, daß selbst unter Annahme eines guten Willens von seiten Deutschlands sein Prestige Österreich gegenüber nach dem bisherigen anscheinend so gelitten habe, daß etwas Konkretes in Wien durch die deutsche Regierung nicht zu erwarten sei. Die Auffassung der Berater Sasonows ist insofern beachtenswert, als sie erkennen läßt, daß in Rußland zum Teil der richtige Eindruck vorherrschte, daß der Schlüssel zur Lage eben nicht in Berlin lag, sondern vielmehr in Wien. Wenn man aber nur eine intransigente Haltung Österreichs annahm, bestand, diplomatisch betrachtet, keine Notwendigkeit, über die Teilmobilmachung hinauszugehen. Die Haltung Sasonows, der sicherlich davon gewußt hat, daß der Generalstab seit dem 29. vormittags eigenmächtig die allgemeine Mobilmachung in Szene zu setzen versuchte, zeigt zum mindesten, daß er inkonsequent und Einflüssen zugänglich war, die mit seiner Verantwortung dem Zaren gegenüber nicht in Einklang gebracht werden können.

Bei den Aufzeichnungen über die zweite Unterredung Sasonows mit Pourtalès liegt offenbar ein Irrtum in der Zeitangabe vor. Eine zweite Unterredung hat wohl um 3 Uhr nachmittags stattgefunden, aber die Schilderung der hier erwähnten Unterredung trifft nur auf die dritte Unterredung Sasonows mit Pourtalès zu, die um 7 Uhr abends stattfand. Im Gegensatz zu der eben erwähnten Auffassung seiner Berater versucht Sasonow in dieser Unterredung, Deutschland als Urheber für die intransigente Haltung Österreichs hinzustellen, was Pourtalès mit Recht zurückweist.

Es folgt nun die Schilderung des bekannten Telegrammwechsels zwischen dem Kaiser und dem Zaren (D. D. 359 u. 336). Wir erfahren weiter von einer bisher unbekannten Konferenz zwischen Sasonow, Suchomlinow und Januschkewitsch, welche etwa zwischen 8 und 9 Uhr abends stattgefunden haben soll. Die Konferenz kam zu dem Beschluß, daß aus den bekannten militärischen Gründen nicht die Teilmobilmachung, sondern die allgemeine Mobilmachung angeordnet werden

musse. Der Beschluß der Konferenz soll nach dem Tagebuch sofort dem Zaren telephonisch mitgeteilt worden sein, der seine Einwilligung zum Erlaß der entsprechenden Verfügungen gab. Diese Darstellung stimmt mit den Memoiren Buchanans überein, welcher über die Anordnung der eigentlichen Mobilmachung sagte, daß im Verlauf des Abends (in the course of the evening) der Zar, dem Druck der militärischen Ratgeber nachgebend, die Zustimmung für die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung gab*). Suchomlinow hat in seinen „Erinnerungen" Seite 364/5 diesen Vorgang in anderer Weise dargestellt. Auf eine schriftliche Anfrage zur Klärung des Widerspruches hat Suchomlinow sogar die ganze Unterredung in Abrede gestellt.**)

Die durch die dramatische Darstellung Dobrorolskis bekanntgewordenen Vorgänge, wonach der vom Zaren unterschriebene Ukas für die allgemeine Mobilmachung von 3 Ministern am Nachmittag des 29. unterschrieben worden ist und der Befehl um 9^{30} abends bereits aufgegeben werden sollte, werden im Tagebuch nicht erwähnt. Wir erfahren nur, daß gegen 11 Uhr abends der Kriegsminister dem Außenminister telephonisch mitteilte, er habe einen Allerhöchsten Befehl über die Aufhebung der allgemeinen Mobilmachung erhalten. Aus dem im Wortlaut beigefügten Telegrammwechsel zwischen dem Zaren und dem Kaiser geht aus einer Fußnote hervor, daß das Telegramm des Kaisers (Deutsche Dokumente 359), das den Zaren bewog, die allgemeine Mobilmachung wiederaufzuheben, um 9^{40} abends eingetroffen ist. In einer Bleistiftnotiz des Tagebuchs wird erwähnt, daß dieses Telegramm des

*) Vergl. meinen Aufsatz Buchanan und Dobrorolski über die russische Mobilmachung, November-Heft der „Kriegsschuldfrage". Seite 98.

**) Er schreibt: „Außer dem Kronrat in Krasnoje-Selo am 12./25. Juli unter Vorsitz des Zaren, von dem diese Maßnahme gutgeheißen wurde, weiß ich von keinem „Ministerrat von drei Personen", welcher vom Kaiser genehmigt wurde." „Die Besprechung der obengenannten Personen (Kriegsminister, Außenminister, Chef des Generalstabes) fand darauf im Kabinett (?) des Generalleutnants Januschkewitsch statt. Die Verfasser einer derartigen Legende haben nicht an die Unglaubwürdigkeit einer derartigen Sitzung des Ministerrates beim Chef des Generalstabes gedacht, — dabei heißt es weiter: im Nebenzimmer hielten sich die Generale Danilow und Monkewitz und der stellvertretende Kanzleichef des Außenministeriums, Basili, auf.

In meinen „Erinnerungen" habe ich meine Beteiligung in dieser Angelegenheit ohne jegliche „Nebenzimmer" dargestellt.

In der Tat nach dem Kronrat in Krasnoje-Selo erscheint mir die merkwürdige Sitzung des Ministerrates aus drei Personen, wobei im Nebenzimmer sich noch eine andere Gesellschaft von drei Personen befand, eine sensationelle Lüge, um deren Glaubwürdigkeit man sich wenig gekümmert hat.

Das Trio, das hinter den Kulissen gearbeitet hat, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, Sasonow und Januschkewitsch und nicht im Kabinett des letzteren, sondern im Palais des ersteren — diese Zusammenstellung würde jedenfalls glaubwürdig erscheinen."

Kaisers den Zaren veranlaßt hat, den gefaßten Beschluß über die allgemeine Mobilmachung aufzuheben.

Es bleibt hier ein Widerspruch bestehen zwischen der Auffassung Suchomlinows, wie er sie in seinen „Erinnerungen" aufgestellt hat und den Tagebuchaufzeichnungen. Psychologisch unverständlich bleibt es, daß der Zar um 8^{20} abends das bekannte versöhnliche Telegramm an den Kaiser abgeschickt hat und kurz darauf statt der Mobilmachung nur gegen Österreich auch die Mobilmachung gegen Deutschland, über deren Bedeutung der Zar fraglos im klaren war, angeordnet haben soll.

Nicht ohne weiteres erklärlich ist, welche Beweggründe gegen Mitternacht Januschkewitsch veranlaßt haben, doch noch die Teilmobilmachung gegen Österreich anzuordnen (Dobrorolski, Seite 26). Es wäre natürlicher gewesen, wenn Januschkewitsch versucht hätte, an dem mit „Begeisterung" aufgenommenen Entschluß, im gegebenen Moment die allgemeine Mobilmachung anzuordnen, festzuhalten und lieber zunächst auf eine Anordnung der Teilmobilmachung ganz zu verzichten. Man wäre den Wünschen des Zaren hierdurch voraussichtlich nur entgegengekommen. Wahrscheinlich ist, daß Sasonow darauf bestand, auf alle Fälle gegen Österreich etwas zu veranlassen, da eine Nichtanordnung der am 29. diplomatisch allseitig mitgeteilten Teilmobilmachung als ein Rückzug aufgefaßt worden wäre, der das Vertrauen zu einer festen Haltung der russischen Regierung stark beeinträchtigt hätte.

Zu Swerbejews Berliner Schlußbericht.

Die Auffassung Swerbejews, daß in Deutschland die Überzeugung herrschte, England werde neutral bleiben, traf, jedenfalls soweit die Berliner Regierung in Frage kommt, nach dem abendlichen Besuch Bethmanns bei dem englischen Botschafter Sir Edward Goschen am 29. nicht mehr zu. Swerbejew ist aber beizupflichten, wenn auch er hervorhebt, daß nach seiner Meinung eine klare Sprache aus London den Frieden hätte erhalten können. Diese klare Sprache hätte aber, wenn man nicht mit Rußland und Serbien gehen wollte, in erster Linie in Petersburg erfolgen müssen.

Ein ausführlicher Bericht über die Unterredung Swerbejews mit Jagow ist uns aus dem Telegramm Nr. 140 des Telegrammwechsels Berlin-Petersburg*) bereits bekannt.

Die Auffassung Swerbejews über die Art und Weise, wie Österreich Serbien hätte behandeln müssen, weicht von den tatsächlichen Verhältnissen, wie sie zwischen den beiden Nationen vorlagen, zu sehr ab, um näher darauf einzugehen. Wie die Dinge wirklich lagen, war dem Botschafter anscheinend nicht bekannt.

---

*) „Telegrammwechsel Berlin-Petersburg während der Julikrise 1914." Herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. Berlin 1923. 35 S.

Auch irrt Swerbejew, wenn er sagt, daß Österreich gewußt hat, Rußland werde nicht teilnahmslos einem bewaffneten Zusammenstoß zuschauen. Die Erinnerungen des Feldmarschalls Conrad zeigen, daß leider in Österreich eine große Unklarheit bezüglich der Haltung Rußlands herrschte, und daß man über die Haltung Frankreichs und Englands anscheinend überhaupt kaum ernstlich nachgedacht hatte. Man muß hierbei berücksichtigen, daß die Aufmerksamkeit Österreichs durch die unsichere Haltung Rumäniens und Italiens stark abgelenkt war.

Es ist mittlerweile genügend bekanntgeworden, daß Deutschland von dem Ultimatum kaum mehr wußte, als die übrigen Regierungen. Der Wortlaut ist Deutschland jedenfalls vorher nicht bekannt gewesen. Wie Swerbejew erwähnt, hat ihm Jagow selbst gesagt, daß Deutschland lediglich für eine Strafexpedition gegen Serbien war. Daß die Österreicher einen regelrechten Krieg daraus machen wollten, hat die deutsche Regierung leider erst zu spät erfahren.

Wenn Swerbejew die Teilmobilmachung Rußlands gegen Österreich damit zu rechtfertigen sucht, daß er selbst Material bekommen habe, welches beweise, daß in Galizien weitgehende militärische Vorbereitungen getroffen wurden, handelt es sich hier voraussichtlich wieder um unzutreffende militärische Agenten-Nachrichten, die bei der Entstehung des Krieges leider eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben. Die Meldungen mögen zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß möglicherweise in Galizien einzelne Reservisten eingezogen worden sind, die zu dem Korps gehörten, die gegen Serbien mobil gemacht worden sind. Solche geringfügigen militärischen Vorbereitungen können aber nicht als ein zu Recht bestehender Grund für die Mobilmachung gegen Österreich angesehen werden, zumal Rußland seit dem 26. durch Anordnung der Kriegsvorbereitungsperiode an seinen Grenzen ausreichend geschützt war.

Auch aus der Bemerkung Swerbejews, daß er verläßliche Meldungen darüber habe, daß Deutschland „unausgesetzt seine Kräfte gegen uns konzentriere“, geht deutlich hervor, daß Swerbejew selbst den wildesten und unmöglichsten Agenten-Nachrichten Glauben geschenkt hat. Eine Konzentration von Kräften ohne vorherige Mobilmachung war 1914 eine militärische Unmöglichkeit, die auch ein Botschafter begreifen konnte.

Die endgültige Anordnung der allgemeinen Mobilmachung.

„Die im Laufe der Nacht (29./30.) eingetroffenen Nachrichten“, die in allen die Überzeugung erstarken ließ, daß man sich unverzüglich zu einem ernsten Kriege vorbereiten müsse, werden nicht näher angegeben. Wenn die Bemerkung einen Sinn haben soll, so müssen es Nachrichten gewesen sein, die den Kriegswillen Deutschlands erkennen ließen, denn gegen Österreich war man durch die Mobilmachung der vier südwestlichen Militärbezirke genügend gerüstet. Wenn man von falschen, unkontrollierbaren Agenten-Nachrichten absieht, können derartige Nachrichten nicht vorgelegen haben. Im Gegenteil wußte

Sasonow, daß Pourtalès ernstlich bemüht war, die allgemeine Konflagration zu vermeiden.

Bei der auf 3 Uhr nachmittags festgesetzten Audienz Sasonows im Beisein von Tatischtschew gelang es, den Zaren für die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung zu gewinnen. Um den bedeutsamen Beschluß sofort in die Tat umzusetzen, eilt Sasonow sofort an das Telephon, um Januschkewitsch zu benachrichtigen. Man wird unwillkürlich an die Worte Januschkewitschs erinnert, welche er bei Mitteilung dieses Befehles an den General Dobrorolski richtete: „Alors, faites vos ordres mon général, et ensuite . . . disparaissez pour toute la journée."

Es fragt sich nun, welches waren die Beweggründe für den Zaren, um diesen wichtigen Entschluß zu fassen, der den Weltkrieg unvermeidlich gemacht hat. Man hat lange geglaubt, daß die falsche Meldung des „Lokal-Anzeigers" einen Einfluß auf die Entschließung des Zaren ausgeübt habe. Wo man dies nicht annahm, sprach man allgemein von Nachrichten, die aus Berlin eingegangen sein sollten. In den Aufzeichnungen finden wir aber nichts Näheres über derartige Nachrichten. Als einziges Motiv für die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung bleiben also die militärischen Schwierigkeiten, in die man sich durch die Teilmobilmachung selbst gebracht hatte und die uns Dobrorolski in seiner Schrift eingehend auseinandergesetzt hat. Auch die bereits erwähnten „Verabredungen" mit Poincaré dürften mitgesprochen haben.

Hätte man sich bei der Teilmobilmachung begnügt, so hätte dieser Druck wohl ausgereicht, um Österreich zu bestimmen, dem deutschen und englischen Wunsch nachzugeben und seine Ziele zurückzustecken.

Die Verantwortung für die voreilige Anordnung der allgemeinen Mobilmachung fällt — auch nach den Tagebuch-Aufzeichnungen — ausschließlich der russischen Regierung zur Last.

Die Wirkung der russischen Mobilmachung.

Der Wunsch Sasonows, die allgemeine Mobilmachung geheimzuhalten, zeigt, daß er sich selbst keiner Täuschung hingab, welche Wirkung dieser Schritt in Berlin hervorrufen würde.

Im übrigen sind die Aufzeichnungen an diesem Tage tendenziös und zielen darauf hinaus, die Wirkung der allgemeinen Mobilmachung, namentlich auf Graf Pourtalès, abzuschwächen. Welchen Eindruck das Bekanntwerden der allgemeinen Mobilmachung tatsächlich auf Graf Pourtalès machte, und was er alles unternahm, um die Rückgängigmachung des Befehles zu erreichen — sofortige Vorstellung beim russischen Auswärtigen Amt, telephonisches Gespräch mit Sasonow, Audienz beim Zaren, Besuch beim Grafen Fredericks — ist uns aus den Aufzeichnungen des Grafen Pourtalès[1]) bekannt.

---

[1]) Graf Pourtalès: „Am Scheidewege zwischen Krieg und Frieden". Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1919.

Die russische allgemeine Mobilmachung bedeutete den Krieg. Wenn der Zar wirklich geglaubt hat, daß sein feierliches Wort, daß er Kaiser Wilhelm in dem bekannten Telegramm vom 31. (D. D. 487) gab, und worin er sagte, daß seine Truppen keinerlei herausfordernde Haltung einnehmen würden, solange die Verhandlungen Österreichs wegen Serbien andauern, den Frieden hätte erhalten können, beweist das nur, wie wenig er von militärischen Dingen verstand. Die russische Mobilmachung bedeutete deshalb den Krieg, weil sie durch eine deutsche Mobilmachung in ihrer Wirkung in dem bevorstehenden Krieg nach zwei bzw. drei Fronten nicht ausgeglichen werden konnte. Eine bis zu Ende durchgeführte Mobilmachung Rußlands und der automatisch einsetzenden Mobilmachung Frankreichs hätte es Deutschland unmöglich gemacht, den Krieg mit der geringsten Chance auf Sieg beginnen zu können. Deutschland wäre von vornherein in diesem Fall schachmatt gewesen. Auf die Haltung der russischen Truppen kam es zunächst gar nicht an.

Abgesehen hiervon dürfen wir rückschauend heute sagen, daß das Ehrenwort eines Zaren, hinter dessen Rücken beinahe die ganze Armee mobil gemacht worden wäre, praktisch nur wenig bedeutete. Niemand wird behaupten wollen, daß es dem Zaren gelungen wäre, nach der allgemeinen Mobilmachung die russische Armee an der Grenze festzuhalten, wenn der Großfürst Nikolai Nikolejewitsch es anders haben wollte. Daß aber der beschränkte, skrupellose Nikolajewitsch den Krieg gegen Deutschland wollte, wird man erst recht nicht in Zweifel ziehen dürfen.

* * *

Die Tagebuch-Aufzeichnungen stimmen, im allgemeinen betrachtet, mit dem Bild überein, was die neuere Forschung über die Vorgänge während der Juli-Tage in Petersburg aus dem bisher vorliegenden Material gewonnen hat. Abgesehen hiervon sind aber wichtige Einzelheiten und mehrere bisher unveröffentlichte Telegramme im Wortlaut bekanntgeworden, die für eine sachkundige Beurteilung der Kriegsschuldfrage nicht entbehrt werden können.

Dem Tagebuch sowie dem Bericht Swerbejews haftet ein eigentümlicher Geruch des Mißtrauens an, der bezeichnend ist für die europäische Lage vor Beginn der großen Tragödie. Dieses Mißtrauen, das dazu geführt hat, jede Äußerung des beglaubigten Botschafter Deutschlands oder des deutschen Außenministers in Zweifel zu ziehen, wilden Gerüchten militärischer Agenten aber blindes Vertrauen zu schenken, gehört mit zu den Imponderabilien, die die diplomatischen Verhandlungen während der Julikrisis zum Scheitern gebracht haben.

GERMANY AND THE HAGUE PEACE CONFERENCES.

Manifesto of the Parliamentary Investigating Committee.

Die Kundgebung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Haager Friedenskonferenzen ist bereits im Januar-Februarheft unserer Zeitschrift in deutscher Sprache gebracht worden. Bei der großen Beachtung, die die Kundgebung überall gefunden hat, sehen wir uns veranlaßt, die Kundgebung auch in englischer Sprache wiederzugeben.

Die Schriftleitung.

The First Sub-Committee of the Parliamentary Investigating Committee of the Reichstag, which has been entrusted with an inquiry into the events leading up to the world war, has during the last few months occupied itself in a detailed manner with the attitude of the German government during the Hague Conferences of 1899 and 1907. Prof. Dr. Zorn and Former Ministerial Director Dr. Kriege were summoned as witnesses. Zorn, it will be remembered, attended both conferences as expert advisor of the German delegation, and in the first conference played a decisive role. In the second conference, Dr. Kriege, solicitor-general of the German Foreign Office, stood in the public limelight as technical advisor to the chairman of the delegation, Freiherr von Marschall, and is generally considered to have been primarily responsible for the attitude of the German delegation in 1907. Opinions and reports were submitted to the sub-committee in their capacity as expers by Messrs. Dr. Hans Wehberg, Prof. Dr. Zorn, Former Ministerial Director Dr. Kriege, Count Max Montgelas, and Dr. Friedrich Thimme. The records of the Foreign Office were without restriction placed at the disposal of all these experts. The material collected by them will be submitted to the public in the course of the year 1924 as a section of the publication to be issued by the Investigating Committee, and embracing the latter's entire work. The parliamentary members of the committee are: Dr. Gradnauer, chairman, Count v. Westarp, Dr. Piper (Mecklenburg), Dr. Spahn, Dr. Schuecking, Mrs. Schuch, and Mr. Dittmann. Dr. Eugen Fischer is secretary of the committee. After exhaustive deliberation the committee embodied its opinion concerning the attitude of the German government on the questions of reduction of armaments and of international arbitration — which constituted the principal objects of discussion at the Hague conference — in the following resolution, adopted in the session of December 22, 1923:

I.

In examining into the events that led up to the war, the subcommittee could not leave unnoticed the utterances of the Allied and Associated Powers during the peace negotiations at Versailles, as

embodied in their note of June 16, 1919. This note contains a number of references that obviously have to do with the attitude of the German government at The Hague, although the Hague Conferences are not specifically mentioned. The principal passage in question is contained on pages 105/6 of the „Urkunden zum Friedensvertrag," Vol. I, published by H. Krauss and Rœdiger. It reads as follows: —

"The Prussian spirit was not satisfied with having Germany occupy the important and influential position in the councils of equal nations to which she had a right and of which she was certain. She would be satisfied by nothing short of the attainment of highest, autocratic power. Hence, at a moment when the western nations were earnestly engaged in an endeavour to limit armaments, to substitute friendship for rivalry in international affairs, and to lay the foundations for a new era, in which all nations were to co-operate as friends in the management of the world's affairs, the rulers of Germany incessantly sowed distrust and enmity between all their neighbours, made common cause with all elements of unrest in all countries, and unceasingly enlarged the armaments of Germany and strengthened her military and maritime power. They mobilized all the resources at their disposal—the universities, the press, the pulpit, the whole mechanism of state machinery—in order to preach their gospel of hate and of force, so that the German people might answer their call at the given moment. The result was, that during the closing years of the 19th century and during the 20th century the whole policy of Germany was directed at securing a position by which she might rule and dictate.

"It is claimed that Germany developed her armaments in this manner in order to protect herself against an attack by Russia. It is a significant fact, however, that no sooner had Russia been defeated by Japan in the Far East and almost paralyzed by the internal revolution that followed, than the German government immediately redoubled its efforts to expand her armaments and to tyrannize her neighbours under threat of war. The collapse of Russia did not suggest a reason to it for limiting her armaments and for bringing peace to the world in co-operation with the western powers; it saw in this collapse merely an opportunity for expanding its own power."

II.

The Investigating Committee is of the opinion that this representation as contained in the note of the Entente does not correspond with historic truth. The allegation that German policy, driven by a spirit of controversy and a striving for autocratic power, was bent upon forcing a tyrannical dominion upon her neighbours by the threat of war, while, on the other hand, the Western Powers were earnestly seeking to bring about the limitation of armaments and a new era of international friendship, gives no true picture of the policy of either Germany or of the Western Powers before 1914.

Even during the last decade of the 19th century new and serious points of danger had developed in the realm of international politics, not through the fault of any single State or of a single government, but as a result of the general economic and national tendencies of the European States. In addition to the issues continued over from an earlier period— the Alsace-Lorraine question, claims of the Italian and Roumanian irredenta, dismemberment of Turkey, development of the Balkan States —new points of controversy and a general aggravation of the relations of the Great Powers toward each other arose from the growing competition in the world's markets and from the race of all nations for colonial possessions and trans-oceanic spheres of influence. In the face of such critical developments two courses were possible: either the States must strive to protect themselves against threatening danger by means of constantly increasing armaments and favorable alliances—efforts which, however, led to an ever more passionate race for armaments and thereby to increasingly greater distrust and danger—, or a new way must be found by which the international conflicts could be lessened, armaments be reduced, and a decision on points at issue be rendered by international arbitration and through the progressive organisation and development of international law.

The real and actual contrast during the era preceding the world war, therefore, was not that between a bellicose Germany and the other, peace-loving nations, but rather that which arose from the existence of all States as military factors and as economic forces eager for expansion on the one hand, and of a peace movement symbolizing the yearning of the peoples and embodying the action of certain organizations and parties on the other. Not only Germany, but in no less degree also the other Great Powers have always clung to the idea of national sovereignty and to the right to decide vital questions by the arbitrament of the sword. None of them was willing to renounce its armed forces and to submit to a general judicial authority armed with power to enforce its decrees. In so far as the imperialistic powers made concessions, some greater, others less, to the idea of disarmament and of general international arbitration, they nevertheless at no time questioned the principle of armed conflict.

For instance, the American Senate in August, 1911 expressly declared that " there are certain questions at the present stage of human development which, if thus forced toward arbitration, would be rejected by the country affected without regard to whether, in so doing, they broke the general arbitration treaty or not. " *) If, therefore, certain Great Powers seemed ready to make concessions to

*) „There are certain questions at the present stage of human development which, if thus forced forward for arbitration, would be rejected by the country affected without regard to whether, in so doing, they broke the general arbitration treaty or not.“ Report of the Committee on Foreign Relations. . . Represented by Mr. Lodge, August 15; 1911. — Washington 1911. Seite 8.

the ideals of the peace movement in the questions of disarmament and arbitration in a greater degree than the German Empire, this fact is to be explained by the desire to arrive at decisions which might seem to be a fulfilment of the people's yearnings. Never, however, were proposals of a practical nature for removing the international condition of danger made by any of the governments in question. Nor did any of them earnestly consider the renunciation of the factor of force or of the right to determine vital issues by the sword.

In pronouncing judgment upon the attitude of Germany toward disarmament and arbitration, the Investigating Committee had in all fairness to take this fundamental conception of the States concerning their nature and policy into account.

III.

At the First Hague Peace Conference, in 1899, the German government, in consonance with almost all participating Powers, declined to agree to a treaty of disarmament; at the second conference, in 1907, it likewise objected to a repetition of the discussion of this question. The peace movement, which applies the measuring-stick of ideal demands, criticizes this attitude severely. To what extent the Investigating Committee recognizes the objections raised in pacifist quarters as being valid, will be pointed out later. The committee challenges the right, however, of the governments in whose names the note of June 16, 1919 was issued, to make such reproaches. For, the proposals advanced in 1899 by Russia in The Hague were of such a character that the probable opponents of Germany would have been placed in a position of advantage as regards their own armaments over against those of Germany and her allies.

The problem of limitation of armaments was seriously studied by the German government and the military authorities. But neither was a proposal advanced from any other side, nor could a principle or guiding line be found in the course of the deliberations in the German War Office by means of which a solution of the problem, i. e., a method of limiting armaments over which control could be exercised and which safeguarded the vital interests of all Powers, could be arrived at. Besides, this goal could in the opinion of the Investigating Committee have been discussed not as an isolated problem, but in connection with a collective guaranty to respect each others' possessions and with an effective international executive.

When after its rejection in 1899 the question was again placed upon the agenda (in 1907), the German government faced the dilemma of either opposing every one of the proposals to be expected from the opposing group of Powers, or to object from the very beginning to the whole discussion of the question. In deciding in favour of the latter alternative, it thought it was choosing the lesser of two evils. Considering the geographical position of the country, situated as it was in the midst of other peoples, with the unfavourable circumstance of wide open

boundaries; considering the experiences of earlier German history; considering, finally, the Russo-French dual alliance which even in 1899 was superior in numbers, but which since 1907 had been strengthened by England, in whose wake Italy also followed,—considering all these facta the German government was unwilling to have anything to do with proposals for disarmament that must lead to the one-sided weakening of German policy. Germany was especially apprehensive about discussing the proposals submitted for limiting armaments, because colonial troops were not to be included in the disarmament, which meant that it would have been an easy thing as well for Russia as also for France to attain military supremacy under the pretext of training colonial troops. The German government also considered the fact that the Russian government, which primarily brought the idea of limitation of armaments into the European debate, at the same time was making preparations for a war against Japan; and that England always interpreted disarmament merely to signify that the two-power standard of her fleet and with it her supremacy at sea must in every case be maintained.

However comprehensible the distrust of the German government in the question of limition of armaments appears after all these experiences, nevertheless the Investigating Committee is not unmindful of the fact that it would have been desirable in the interests of the peace movement for the German government to avoid even the semblance of hostility to the idea of armament limitation in itself. To this end it might have given expression in unmistakable terms to its regret at the impossibility of evolving a practical proposal for realizing the limitation of armaments that it, too, desired; and it might have recognized the fact that under a system of alternate increases of armaments an armed conflict could finally hardly be avoided. It would in that case not have been possible to interpret the conference speech of Col. v. Schwarzhoff in 1899 to mean that there was not even a desire in Germany to reduce armaments, and that armed forces and war were considered, not as means of self-defense, but as objects in themselves and as the evidence of activity on the part of a State. In that manner the anti-German propaganda would also have been met, which claimed that there was danger of war from the side of Germany and which roused the public opinion of the world outside of Germany against the latter.

A regrettable omission in another direction was committed by the German government when it failed to utilize the opportunity offered even at the First Hague Conference, for pointing out specifically that the armaments of Germany and of Austria-Hungary were not eclipsing those of France and of Russia,—a condition that, it may noted in passing, also obtained for the relative strength in 1907.

When, however, the note of the Entente further reproaches Germany with having increased her armaments after Russia's defeat in the Japanese War and with having attempted to impose a tyrannical hege-

mony upon her neighbours on threat of making war upon them, it should be pointed out that no more favourable opportunity for conducting a war and for realizing the alleged plans of Germany for world dominion could have been found than the period during the Boer War or during the Russo-Japanese War and the inner-political upheaval that followed in Russia upon the heels of the war. The contention of the note, that Germany had redoubled her efforts to increase her armaments after Russia had been paralyzed militarily through her defeats in the Far East, is entirely unfounded. During the years 1905-1907 Germany increased her army by only 7,000 men, i. e., raised it from 622,000 to 629,000 men, while Austria-Hungary did not increase hers at ali. At that time, moreover, the German government did not use its favourable position to make humiliating demands of other Powers; on the contrary, it preferred at the end of the first Morocco crisis to swallow a political defeat at the Algeciras Conference, rather than make the attempt to turn the scales in its favour by the threat of war.

The right to prefer charges such as find expression in the above-named note must, therefore, be challenged in the case of the Powers in whose names the note of June 16, 1919 was issued, especially in the case of France represented by Clemenceau. These Powers could entertain no doubts concerning the fundamental concepts of German policy.

IV.

At that time the German government looked back upon an exceptionally untoward experience with the British government. The general treaty of arbitration with the "honour" clause, concluded between Germany and Great Britain in 1904, was on motion of Germany to be applied in the regulation of the claims for damages preferred by German citizens harmed in the Boer War. The British government declined to appoint a court of arbitration. This refusal was felt by Germany to be a breach of treaty. The relations between the two countries became considerably worse as a result of this difference of opinion. A similar untoward result was feared on the part of Germany from a treaty of arbitration with the United States, both because of the so-called "Senate clause" and because of the constitutional position of the individual States of the Union.

The German government rather looked to special agreements as the means of bringing the real advantages that might accrue from courts of arbitration established within a system of sovereign States resting upon armed forces. It therefore incorporated the arbitration clause in treaties with individual nations as well as in collective or world treaties touching definite spheres of international law. It concluded numerous treaties with arbitration clauses, such as the treaties with France concerning Morocco and Equatorial Africa; and in no case did it oppose a motion from the opposing side for deciding an issue by arbitration. In addition, in 1907 at The Hague it brought in a draft for an agreement

for a Prize Court that was substantially accepted by the conference with the approval of the British delegation, but that was defeated by the House of Lords. At The Hague in 1907 the German delegation had under consideration a carefully conceived and really binding world treaty of arbitration, which it desired to propose but a few months after the close of the conference. This draft provided that by far the greatest number of subjects, which in accordance with the world treaty of arbitration discussed at The Hague would not have been subject to the reservation of the "honour" clause otherwise there provided for, and a number of other subjects should be submitted to obligatory arbitration without any limitation whatever. Since the proposal for an additional session was not adopted, however, the German government reserved its plan for the Third Hague Conference. It should be noted, too, that the German government accepted and expressly advocated the London Declaration of 1909 concerning maritime law, which aimed at establishing more liberal rules governing ships of commerce in time of war, and especially at protecting neutral commerce on the high seas as far as possible from arbitrary acts by belligerents. The British government at first delayed its ratification of this declaration and after the outbreak of the war definitely declined it. Finally, the fact should be emphasized that Germany proposed to the United States of America a general treaty of arbitration without any reservation, i. e., without any clause regarding honour and vital interests, and thereby became the first Power to offer to another Great Power a proposal that was so far-going in the matter of arbitration. The American government left the proposal unanswered.

The conclusion of a so-called Bryan Treaty, by which, to be sure, all differences of a legal or political nature were obligatorily to be submitted to a mixed commission for investigation, but which declined to make the findings of the commission binding upon the parties involved, while at the same it interdicted all hostilities while the commission was at work, failed of realization because of concern for Germany's land defenses. The German government was of the opinion that it could not decline making similar treaties with other European States or an analogous world treaty as planned by America, after having concluded such a treaty with the United States of America, without endangering its cordial relations with the other States; at the same time the military advanages especially over against Russia, which might accrue to Germany by her more rapid mobilization were given out of her hand, due to the clause concerning a delay of hostilities, in the event of a failure of the arbitration commission to bring about a peaceful settlement. In view of the importance of Germany's maintaining the friendliest relations possible with the United States one may well doubt whether it would not have been better for the German government to have fallen in line with the American suggestion for concluding a Bryan Treaty and to have held back with its apprehensions regarding the conclu-

sion of similar agreements with the European neighbour States. The subcommittee believes, however, that in view of the difficulties of judging this matter from a diplomatic point of view, this question should be left open for the present.

Summarizing, it should be said that the German government rendered valuable assistance to the cause of arbitration along the lines which it decided to follow, but that, just as in the question of limitation of armaments, so also in dealing with efforts both of official and of private circles for bringing about international understanding and arbitration, it would have been desirable to avoid the unjust suspicion that the German government was opposed in principle to arbitration, thereby making it impossible for interests abroad that were inimical to Germany to cast suspicion upon German intentions. For this reason it would probably have been desirable for the German government to choose a form of reply that better expressed its readiness and from the very beginning to take the lead in this matter as in fact it intended to.

But the authors of the note of June 16, 1919 cannot be conceded the right to raise charges concerning the attitude of the German government in the matter of arbitration, just as little as they can be granted this right in the question of limitation of armaments. If it is true that other States outwardly seemed more favourable to the idea of a world treaty of arbitration, it is also true that they made reservations by which the practical realization of what they theoretically and demonstratively professed was made exceedingly doubtful. The charge is unwarranted that the attitude of the German government at the Hague conferences was determined by her having decided upon a plan of strategy that had for its object the acquisition of world dominion. Had the German government harboured such a dark plan, it would surely have been able to cover it up all the more surely by acquiescing in the proposals for disarmament and international arbitration.

Certified: Dr. Eugen Fischer,
Secretary 1st Sub-Committee.

Berlin, January 4, 1924.

Monatsbericht.

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch. (Verlag R. Oldenbourg, München.) Die auf sorgfältiger, archivalischer Forschung des Abgeordneten Dr. P. Dirr beruhende Arbeit liegt seit einiger Zeit in zweiter Auflage vor. Von den Ergänzungen verdienen besondere Beachtung die erschöpfenden Inhaltsangaben über die Berichte des bayerischen Militärbevollmächtigten vom 29. Juli bis 3. August 1914. Sie bestätigen aufs neue und in besonders anschaulicher Weise die Tatsache, daß

Reichskanzler von Bethmann Hollweg in jenen kritischen Tagen mit äußerster Energie gegenüber den „treibenden Kräften“ des Generalstabes und Kriegsministeriums „gebremst“ hat, die ihrerseits, vom militärischen Standpunkt aus mit vollem Recht, darauf drangen, daß Deutschland hinter den bedrohlichen Kriegsvorbereitungen Rußlands und Frankreichs nicht allzu sehr zurückbleibe.

Am 29. Juli, also drei Tage nachdem in Rußland die „Kriegsvorbereitungsperiode“ für das ganze Reich in Kraft getreten war, und ebenso drei Tage nachdem in Frankreich das allgemeine Urlaubsverbot ergangen war, hat das preußische Kriegsministerium noch nicht einmal die Ernteurlauber zurückberufen. Die Besprechung der politischen und militärischen Leitungen am Abend dieses Tages in Potsdam führt „nicht zu einem entscheidenden Ergebnis“, d. h. die vom Generalstabe und Kriegsministerium geforderte Erklärung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr“ wird abgelehnt. In Petersburg aber hatte der Zar schon im Laufe des Tages die allgemeine Mobilmachung gegen Deutschland und Österreich angeordnet, die erst im letzten Augenblicke infolge eines versöhnlichen Telegrammes Kaiser Wilhelms auf die Mobilmachung gegen Österreich beschränkt wird. In Frankreich sind schon seit dem 28. die „ersten sieben Maßnahmen in Zeiten politischer Spannung“ getroffen, selbst in England hat am 29. Juli, um 2 Uhr nachmittags, das „Warnungstelegramm“ bei Heer und Flotte die „Vorbereitungsperiode“, analog dem deutschen „Zustand drohender Kriegsgefahr“ veranlaßt.

Am 30. Juli, da in Petersburg in den ersten Nachmittagsstunden die allgemeine Mobilmachung zum zweiten Male und dieses Mal unwiderruflich befohlen, da in Paris gegen diese am Abend übermittelte Maßnahme kein Einspruch erhoben wird, hält man im Auswärtigen Amt in Berlin den Vorschlag „Halt in Belgrad“ für „akzeptabel“. Nur die Marine darf „Sicherung“ anordnen, ein Vorstadium des „Zustandes drohender Kriegsgefahr“. Das deutsche Landheer hat keine entsprechende Maßnahme, während in Frankreich die „Ordre de départ en couverture“ ergeht, infolge deren der gesamte französische Grenzschutz ausrückt.

Am 31. Juli wird um die Mittagszeit die allgemeine russische Mobilmachung in Berlin bekannt. Aber die Bitte des Kriegsministers, nunmehr sofort auch die deutsche auszusprechen, wird abgelehnt. Mitternacht ist kaum vorüber, da erklärt der französische Kriegsminister, aus dem Ministerrat heraustretend, dem russischen Militärattaché, daß die französische Regierung zum Kriege fest entschlossen sei.

Am 1. August folgt auf ein Ausbleiben einer Antwort Rußlands auf die deutsche Sommation zur Einstellung der Mobilmachung die deutsche Kriegserklärung, aber, wie schon aus anderen Dokumenten zu erschließen war, hatte die politische Leitung die Hoffnung auf friedliche Wendung noch immer nicht völlig aufgegeben, denn noch am 2. August berichtet der bayerische General: „Noch immer dauern die Kämpfe zwischen Militär und Diplomatie fort“. Dem russischen Botschafter sei

„erst nach längerer Beratung", 1 Uhr mittag, der Paß zugeschickt worden. Meldung vom Bombenabwurf bei Nürnberg, die sich bekanntlich später als unrichtig herausgestellt hat, wird daher von militärischer Seite als Erlösung aus unerträglicher Ungewißheit begrüßt.

Das Hinauszögern der Entscheidung, so ehrenvoll es für die Friedensliebe der deutschen Regierung ist, hat Deutschland nicht vor der ungerechten Anklage von Versailles bewahrt, den Weltkrieg mit Vorbedacht entfesselt zu haben. In strategischer Beziehung hat der Zeitverlust, wie die Erinnerungen des österreichischen Generalstabschefs von Conrad nachweisen, großen Schaden gebracht. Das halbe österreichische Heer begann den Aufmarsch zum lokalisierten Krieg gegen Serbien, und namhafte Kräfte wurden zu spät nach Galizien umstradiert.

M. M.

Presseschau.

Europas Zukunft. **Frankfurter Zeitung. 20. April 1924.**
Von Francesco Nitti. **Nr. 297.**

In diesem Aufsatz, der die Ententepolitik seit Unterzeichnung des Versailler Vertrages scharf verurteilt, schreibt Nitti: „Wer ist verantwortlich für den schrecklichen Krieg, der so viele Menschen gemordet, soviel Glück zerstört, soviel Reichtum vernichtet und Europa zum Mittelalter gebracht hat?

Der Vertrag von Versailles und die Verträge, die ihm gefolgt sind, haben gewollt, daß Deutschland und seine Verbündeten sich als allein Verantwortliche erklären. Diese Erklärung, welche in der Geschichte der modernen europäischen Verträge eine neue Tatsache darstellt, hat keinerlei Bedeutung, da sie eine den Besiegten aufgezwungene Erklärung ist. Es gibt kein aufrichtiges Bekenntnis, wenn es mit der Drohung und mit der Tortur auferlegt ist.

Aber jetzt, wo die Archive von Berlin und Petersburg sich geöffnet haben, jetzt, wo die Dokumente zur politischen und diplomatischen Aktion, die dem Krieg voranging, herausgekommen sind, jetzt ist diese Behauptung nicht mehr möglich. . . . . . Welches ist die Aktion Poincarés gewesen? Welches war das Programm Rußlands? Das zaristische Rußland trägt infolge seiner Balkanpolitik und seiner politischen Haltung eine erschreckende Verantwortung, welche zweifellos nicht geringer und vielleicht viel größer ist als jene Deutschlands. Aber wer folgte und reizte Rußland auf?

Ich habe den größten amerikanischen Historikern vorgeschlagen, alle Dokumente des Krieges zu sammeln und sie in einer vollständigen und unparteiischen Veröffentlichung herauszubringen. Jetzt sind wir in der Lage, anfangen zu können, die Wahrheit zu sehen, und man muß die Ehrlichkeit haben, die Wahrheit zu sagen."

Auf dem Erkenntniswege. Senator Owens Kriegsschuldrede und ihre Wirkung. Von F. W. Elven. — **Münchner N. N. Nr. 96, 6. April 1924.**

Senator Owen hat auf Grund seiner Rede über die Kriegsverantwortlichkeit zahlreiche Zuschriften erhalten, die einen Rückschluß auf die Wirkung seiner Ausführungen zulassen. Owen hat einige dieser Briefe im „Congressional Record“ zum Abdruck gebracht. Professor Schevill von der Universität Chicago schreibt: „Ihre Rede bedeutet nicht bloß eine bemerkenswerte geistige Leistung, sie ist auch eine moralische Befreiungstat. Viel zu lange ist unser Volk durch eine geschickte Propaganda irregeführt worden. Die Befreiung des öffentlichen Bewußtseins von törichten Vorurteilen ist ein wesentlicher Schritt vorwärts zur Beruhigung der Welt.“ Und Professor Sidney B. Fay sagt in seinem Brief: „Sie haben offenbar ausgezeichnete Quellen aus der Vorkriegszeit zur Verfügung gehabt, und ich hoffe nur, daß Ihre Rede den Anstoß zu einer erschöpfenden Erörterung dieser außerordentlich wichtigen Frage im Kongreß und im ganzen Lande geben wird. Ich schreibe dies nicht etwa, weil ich eine besondere Vorliebe für Deutschland habe, sondern weil ich als Professor der Geschichte die Wahrheit über Falschheit und Entstellung obsiegen sehen möchte.“

Le ’confessioni, di un esule. Von Professor Corrado Barbagallo. — **Il Resto del Carlino, 29. IV. 24. (Bologna).**

Eine Besprechung der Erinnerungen Suchomlinows. Barbagallo zeigt, daß die Angaben Suchomlinows über seine persönliche Verantwortlichkeit bei der Anordnung der russischen Teil- und allgemeinen Mobilmachung im Widerspruch stehen zu den Aufzeichnungen im „Tagebuch des russischen Ministeriums des Äußern“, das im vierten Band des Krasny-Archivs veröffentlicht worden ist.

Les Origines de la Guerre. Du bourrage de crâne à la vérité. Von Jacques Mesnil. — **L’Humanité, 27. April 1924.**

Im 9. Band der von Ernest Lavisse herausgegebenen „L’Histoire de France contemporaine“ behandelt Gauvain, der bekannte Leitartikler des „Journal des Débats“ die unmitelbare Vorgeschichte des Weltkrieges. Jacques Mesnil greift Gauvain an, weil er in dieser Darstellung weder die belgischen Aktenstücke noch die russischen Dokumente zur Beurteilung heranzieht. Hingegen zitiert Gauvain die Bücher Grellings und Grumbachs. Sehr scharf wendet sich Mesnil auch gegen Renouvin, den Herausgeber der „Revue d’Histoire de la Guerre mondiale“. Lobend erwähnt er hingegen die nunmehr in einem Sammelband vorliegenden Nummern der „Vers la Vérité“. Mesnil wendet sich dann dem in Kürze erscheinenden Werk über den Kriegsausbruch von Mathias Morhardt zu, dessen Einleitung „Die Kriegsschuldfrage“ in ihrer April-Nummer veröffentlicht hat. Dazu bemerkt Mesnil: „Loben wir Morhardt, daß er den

Mut gehabt hat, diese Einleitung in einer deutschen Zeitschrift zu veröffentlichen trotz des Gackerns im nationalistischen Hühnerstall: nichts ist wünschenswerter als die ernsthaften internationalen Diskussionen."

Aus Zeitschriften.

Conrad und Berchthold. Von Professor Dr. Fritz Kern, Bonn. — **Europäische Gespräche. März/April 1924.**

Graf Berchthold, der am 29. Juni abends, vor der ersten Ministerratssitzung nach der Ermordung des Erzherzogs, im Gespräch mit Conrad zunächst eine abwartende Haltung vertritt, läßt sich sehr leicht von Conrad umstimmen und setzt sich im Ministerrat für den Conradschen Gedanken der sofortigen B-Mobilisierung ein. Um diesen raschen Umfall Berchtholds zu erklären, zeigt Professor Kern auf Grund der Conradschen Memoiren, wie sich Berchthold in den Jahren 1912 und 1913 allmählich die Conradschen Pläne des österreichischen Krieges gegen Serbien zu eigen gemacht hat.

Eine französische Stimme über die Kriegsschuld. Von Friedrich Mühler. — **Freie Welt. 1. Mai 1924.**

Nachdem „Die Kriegsschuldfrage" die Einleitung zu dem neuen Werk über den Ausbruch des Krieges von Mathias M o r h a r d t in ihrer Aprilnummer veröffentlicht hat, bringt die „Freie Welt" diese Einleitung in deutscher Übersetzung.

Fortschritte in der Kriegsschuldfragenbewegung von Alfred von Wegerer. — **Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande. 1924. Nr. 6.**

Der „Neue Kurs" von Heinrich Otto Meisner. — **Preußische Jahrbücher, April 1924.**

Eine ausführliche Darstellung der deutschen Außenpolitik unter Caprivi und Marschall 1890—94 auf Grund von Band VII bis XII der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes.

Le Livre blanc allemand de 1919 sur les Responsabilités de la Guerre. — **Les Documents Politiques. (Paris) Februar/März 1924.**

Die erste französische Veröffentlichung des deutschen Weißbuches vom Juni 1919 über die Kriegsverantwortlichkeit.

Triple Alliance and Triple Entente, 1902—1914. Von Bernadotte E. Schmitt. — **American Historical Review, April 1924.**

Zu dieser Darstellung von Professor Schmitt wird in der Kriegsschuldfrage in einem besonderen Aufsatz Stellung genommen werden.

Ein Beitrag zum russisch-englischen Konflikt in Persien im Jahre 1911. Von * * * — **Europäische Gespräche, März/April 1924.**

Das englisch-russische Abkommen über Persien von 1907 wurde in den folgenden Jahren von russischer Seite sehr oft überschritten. Man versuchte von Petersburg aus die russische Interessensphäre in Persien gänzlich dem russischen Reich einzuverleiben. Eine Verschärfung erfuhren die russisch-persischen Beziehungen und rückwirkend die russisch-englischen Beziehungen im Jahre 1911, als der Amerikaner Morgan Shuster die Aufgabe übernommen hatte, die persischen Finanzen zu regeln und als er sich dabei sehr stark für die Unabhängigkeit Persiens einsetzte. Dringend warnte der russische Botschafter in London seine Regierung vor einer Überspannung der Situation, die von den englischen Liberalen gegen Grey ausgenutzt werde und bei einem Sturz Greys zu einer Umstellung der englischen Außenpolitik führen könne. In dem vorstehenden Aufsatz werden einige bisher unbekannt gebliebenen russischen Dokumente aus dem Höhepunkt dieser Krise mitgeteilt. Es handelt sich um Telegramme des stellvertretenden Außenministers an den in Paris weilenden Sasonow, die zeigen, bis zu welcher Spitze die persische Angelegenheit bereits von Petersburg aus getrieben worden war.

Zur Verleumdung der deutschen Politik. Von N. Japikse. — **Archiv für Politik und Geschichte.**

Der holländische Gelehrte widmet der deutsch-französischen Krise von 1875 eine interessante Darstellung. Wenn er für diese Krise die „Schuld“ auch auf seiten Bismarcks sieht, so bekennt Japikse doch, „daß dies eigentlich als eine Ausnahme in der ganzen Periode von 1871 an bis 1890 zu betrachten sei.“ Nicht mit der gleichen Bestimmtheit wage er die Wilhelminische Zeit als friedfertig zu bezeichnen. „Man wird die Vollendung der großen Veröffentlichung des Auswärtigen Amtes abwarten müssen, um diese Politik in jeder Hinsicht würdigen zu können.“

Bücherschau.

Delbrück, Hans, Prof. Dr.: Der Stand der Kriegsschuldfrage. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1924. 29 S.

Dirr, Dr. Pius: Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch. Zweite, erweiterte Auflage. Verlag R. Oldenbourg, München 1924.

The Life of Lieutenant-General Sir James Moncrieff Grierson. By D. S. Macdiarmid with a foreword by Earl Haig. Constable & Company Ltd. London 1923. 274 S.

Aus Grierson erfahren wir, daß die „precautionary period“ für das englische Landheer bereits am 29. Juli 2 Uhr p. m. angeordnet worden ist. (S. 256.)

Harms, Paul: Vier Jahrzehnte Reichspolitik 1878—1918. Ursachen des Niederbruchs und Vorbedingungen des Aufstieges. Verlag Quelle und Meyer, Leipzig 1924. 209 S.

Hartung, Fritz: Deutsche Geschichte vom Frankfurter Frieden bis zum Vertrag von Versailles 1871—1919. Zweite neu bearbeitete und erweiterte Auflage der Deutschen Geschichte von 1871—1914. Kurt Schröder, Bonn und Leipzig 1924. 383 S.

Bezugsbedingungen.

Die Monatsschrift ist bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und dem Verlag der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin NW6, Luisenstr. 31a, zu beziehen.

Inlandspreis:
Vierteljahresabonnement 2,— G.-Mk.

Auslandspreis:
Vierteljährlich (einschl. Porto und Verpackung) 2,50 G.-Mk.

W. Büxenstein, Berlin SW 48, Friedrichstr. 240/41.

Die militärpolitische Lage Deutschlands und Österreich-Ungarns im Sommer 1914.

General der Infanterie a. D. von Kuhl.

Die nachstehenden Ausführungen sollen die militärpolitische Gesamtlage der Mittelmächte in der Zeit unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges in kurzer Zusammenfassung beleuchten und klarlegen, in welcher Zwangslage sich Deutschland im Jahre 1914 befand.

Schon im Jahre 1908 forderte der französische General Prudhomme in der „France militaire“ zum Kriege gegen Deutschland auf. „Niemals“, so rief er aus, „wird sich eine bessere Gelegenheit bieten, unsern Platz in der Welt wiederzugewinnen, dank dem doppelten, unerwarteten Beistand von Rußland und England, das danach strebt, Deutschlands Kriegsflotte und Seehandel zu vernichten.“ Kürzer und klarer, als es hier durch den französischen General geschehen, läßt sich die militärpolitische europäische Lage in den letzten Jahren vor dem Kriege nicht bezeichnen. Der russische Kriegsminister Suchomlinow berichtet zwar in seinen Erinnerungen, daß das große Werk der Reorganisation der russischen Armee im Jahre 1914 noch nicht beendet gewesen sei: „Noch zwei Jahre Friede, und Rußand mit seinen 180 Millionen Menschen hätte eine so gewaltige Armee nach Zahl, Ausbildung und Ausrüstung gehabt, daß es imstande gewesen wäre,

Besondere Mitteilung!

Wir bitten alle Leser und Freunde unserer Zeitschrift, soweit sie den Bezugspreis im Betrage von 2,– Mk. für das Inland und 2,50 Mk. für das Ausland für das letzte Quartal uns noch nicht zugeschickt haben, möglichst bald den Betrag einzusenden.

Die Fortführung der Zeitschrift in dem erweiterten Umfange ist nur möglich, wenn die Beiträge pünktlich entrichtet werden.

Der Einfachheit halber werden wir uns erlauben, im nächsten Quartal den Betrag durch Postnachnahme einzuziehen.

die Lösung aller kontinentalpolitischen Probleme im Sinne seines Vorteils zu betreiben." Aber derselbe Suchomlinow hatte im Juni 1914 in einer russischen Zeitung einen Aufsatz erscheinen lassen mit dem drohenden Worte: „Rußland ist fertig, und Frankreich muß ebenfalls fertig sein!" Er betont in seinen Erinnerungen, daß die russische Armee im Jahre 1914 hinreichend vorbereitet gewesen sei, um einem Kriege mit Ruhe ins Auge zu sehen. Nachdem die Marinekonvention mit England abgeschlossen war, habe sich die russische Diplomatie stark genug gefühlt, „um ihre Pläne auf dem Balkan auch gegen den Willen der Deutschen durchzusetzen".

Das Ziel des Königreichs Serbien war die Losreißung der südslawischen Gebiete von Österreich-Ungarn und die Vereinigung aller Südslawen unter serbischem Zepter. Das bedeutete den Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die Machtstellung Österreichs auf der Balkanhalbinsel, die eigenen südslawischen Gebiete, insbesondere Bosnien und die Herzegowina und der Küstenbesitz, waren bedroht. Aus den Balkankriegen war Serbien 1913 mit einem Zuwachs von 1½ Millionen Einwohnern und einer bedeutenden Steigerung seines Ansehens und seines Selbstbewußtseins hervorgegangen. Mit Recht bezeichnet Conrad von Hötzendorf den Fürstenmord in Sarajewo als das letzte Glied einer langen Kette, als die Kriegserklärung Serbiens an Österreich-Ungarn, die nur mehr mit dem Kriege erwidert werden konnte. Dem Kampfe konnte nach seiner Überzeugung nicht mehr ausgewichen werden, wollte die Monarchie nicht überhaupt als Großmacht abdanken.

Hinter Serbien aber stand Rußland. Hatte doch der Zar am 2. Februar 1914 zu Paschitsch geäußert: „Für Serbien werden wir alles tun!" Rußlands Streben ging dahin, sich durch Zertrümmerung Österreich-Ungarns den Weg nach Konstantinopel zu öffnen.

Trotz des Dreibundes drohte der Donaumonarchie auch im Süden Gefahr. Italiens unverrückbares Ziel war die Losreißung des von Italienern bewohnten Gebietes und die Alleinherrschaft in der Adria. Rumänien wollte sich der von Rumänen bewohnten österreichisch-ungarischen Gebiete bemächtigen. Auch von inneren Gefahren war der Bestand der Donaumonarchie bedroht. Deutsche, Slawen, Madjaren, Rumänen und Italiener standen sich mehr oder weniger feindlich gegenüber.

Conrad von Hötzendorf war daher, seitdem er Chef des Generalstabes geworden war, stets für eine rechtzeitige gewaltsame Lösung der italienischen und südslawischen Frage durch einen vorbeugenden Krieg eingetreten. Er wollte nicht warten, bis die Gegner alle bereit waren und das Netz sich über den Mittelmächten zusammenzog. Nachdem die sich bietenden Gelegenheiten ungenutzt vorübergegangen waren, „wankte", wie Conrad sich ausdrückte, „das alte

Reich dem Unheil zu". Immer deutlicher trat hervor, daß Rumänien, früher ein zuverlässiger Freund des Dreibundes, in der letzten Zeit vor dem Weltkriege in seiner Haltung völlig unsicher wurde. Man mußte schließlich im Falle eines Krieges mit seiner Gegnerschaft rechnen. Der Beitritt Rumäniens zu den Feinden Österreich-Ungarns bedeutete aber infolge der geographischen Grenzgestaltung einen äußerst ungünstigen Umschwung in der militärischen Lage der Monarchie.

Die österreichisch-ungarischen Verhältnisse waren auf das Handeln Deutschlands im Sommer 1914 von maßgebendem Einfluß. Wie Bethmann Hollweg sich dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß gegenüber geäußert hat, war man sich in Berlin darüber klar, daß die serbische Regierung sich zu einem Programm bekannte, dessen Durchführung die Zertrümmerung Österreichs bedeutete: „Eine Bedrohung der Unabhängigkeit Österreichs gefährdete aber unsere eigene Weltstellung und zwang uns unseren politischen Kurs auf. Indem wir Österreich in der neuen Krise bundestreue Haltung zusicherten, nahmen wir ein deutsches Interesse wahr, das anerkannte Interesse der Erhaltung Österreich-Ungarns als bündnisfähiger Großmacht."

Während Deutschland im Sommer 1914 sich auf die Seite Österreich-Ungarns stellte, war es durch seine zentrale Lage selbst aufs äußerste gefährdet. Das hatte Lloyd George auch anerkannt, als er am 1. Januar 1914 im „Daily Chronicle" schrieb, daß die deutsche Armee eine Lebensbedingung nicht nur für den Bestand des Deutschen Reiches, sondern auch für die Daseinsmöglichkeit der deutschen Nation sei, da Deutschland von anderen Völkern umgeben sei, die ihm alle an Stärke fast gleichkämen. Man dürfe nicht vergessen, daß sich Deutschland sowohl gegen Frankreich wie gegen Rußland sicherstellen müsse. Der englische Staatsmann hat es hierbei nur unterlassen, zu Frankreich und Rußland auch England hinzuzuzählen. Es sei nur an das Protokoll über die Besprechungen des französischen und russischen Generalstabes vom Jahre 1911 erinnert, nach dem der französische General Dubail erklärte, daß die französische Armee am zwölften Tage bereit sein werde, den Vormarsch gegen Deutschland anzutreten, „unterstützt von der englischen Armee auf ihrem linken Flügel". Von der Bedingung einer vorhergegangenen Verletzung der belgischen Neutralität, die angeblich 1914 den Kriegsgrund für England gebildet hat, war dabei gar keine Rede.

Dieser gefährdeten Lage trugen die Rüstungen der Mittelmächte keineswegs ausreichend Rechnung. Die deutschen Heeresverstärkungen von 1912 und 1913 genügten nicht. Im Jahre 1913 wurden noch 38 000 vollständig wehrfähige Leute nicht eingestellt. Die Friedensstärke des deutschen Heeres betrug im Sommer 1914 761 000 Mann einschl. Offiziere. Die österreichisch-ungarische Wehrmacht war erheblich zurückgeblieben, ihre Friedensstärke betrug im Sommer 1914 nur 478 000 Mann. Die französische Friedensstärke von 880 000 Mann

überstieg die deutsche somit ganz erheblich, und die russische war mit rund 1½ Millionen sogar doppelt so groß. Dem entsprach die Kriegsstärke. Sie betrug an Feld- und Reservetruppen (ohne Ersatz-, Landwehr-, Landsturm- und Territorialtruppen) 1914 in Deutschland etwas über 2 Millionen, in Österreich-Ungarn etwa 1 400 000, in Frankreich etwas mehr als in Deutschland, in Rußland fast 3½ Millionen. Rechnet man auf der feindlichen Seite noch Serbien, England und Belgien hinzu, so ergibt sich eine erdrückende Überlegenheit über die Mittelmächte, auch wenn man zu letzteren die Türkei und Bulgarien hinzuzählt.

Frankreich hatte im Jahre 1913 die dreijährige Dienstzeit eingeführt, die Einstellung der Rekruten, statt wie bisher erst mit 21 Jahren, mit 20 Jahren verfügt und die Wehrpflicht vom 45. bis zum 48. Lebensjahre verlängert, somit mit einem Schlage vier Jahrgänge gewonnen. Die ausnahmslose, dreijährige Dienstzeit bedeutete eine so große Belastung des Landes, daß sie auf die Dauer nicht zu tragen gewesen wäre. Sie war offensichtlich auf den bevorstehenden Revanchekrieg gegen Deutschland berechnet. Prophetisch hatte der belgische Gesandte in Paris, Baron Guillaume, am 28. Mai 1914 nach Brüssel berichtet, daß Frankreich nicht imstande sein werde, die Last der dreijährigen Dienstzeit zu tragen: „Innerhalb von zwei Jahren wird man auf sie verzichten oder Krieg führen müssen." In Rußland war in den letzten Jahren mit angestrengtester Tätigkeit an der Reorganisation der Armee und an der Beschleunigung der Mobilmachung gearbeitet worden. Nach Durchführung der geplanten Verstärkung sollte die Friedensstärke des Heeres die ungeheure Höhe von 2 320 000 Mann erreichen.

Diese gewaltigen Kräfte im gegebenen Falle gegen Deutschland und Österreich-Ungarn einheitlich in Bewegung zu setzen, hatten Frankreich, Rußland und England durch militärische Abmachungen von langer Hand vorbereitet.

Zwischen Rußland und Frankreich bestand seit 1892 eine Militärkonvention. Regelmäßig kamen die Generalstabschefs zur Prüfung und Ergänzung der Vorbereitungen zusammen. Wir besitzen die Protokolle einer Anzahl solcher Besprechungen. Kam es zum Kriege, so sollten Frankreich und Rußland ihre sämtlichen verfügbaren Streitkräfte schleunigst zum entscheidenden Kampf gegen Deutschland einsetzen, „derart, daß Deutschland genötigt ist, gleichzeitig im Osten und im Westen zu kämpfen". Der französische und englische Generalstab verhandelten bereits seit 1906 regelmäßig über die gemeinsamen Operationen gegen Deutschland. Die Ausschiffung, Versammlung und Verwendung der englischen Armee auf dem linken Flügel des französischen Heeres wurde bis in alle Einzelheiten vorbereitet. Eine Marinekonvention vom Jahre 1912 regelte die Versammlung der französischen Hochseestreitkräfte im Kriegsfalle im Mittelmeer. Eine englisch-russische Marinekonvention war kurz vor Beginn des Weltkrieges im Werke.

Alle diese Abmachungen waren zwar in ihren Einzelheiten dem deutschen Generalstabe vor dem Kriege nicht bekannt, wohl aber war das Gesamtbild, das er sich von den Vorbereitungen unserer Gegner in den Jahren vor den Weltkriege machte, völlig zutreffend. Man war sich völlig klar darüber, daß jeder kriegerische Zusammenstoß mit Rußland sofort das Eingreifen Frankreichs herbeiführen würde. Ein bisher vorbereiteter Aufmarsch der deutschen Streitkräfte gegen Rußland unter der Annahme, daß Frankreich zunächst neutral bliebe, konnte daher kurze Zeit vor dem Weltkriege fallen gelassen werden. Auch daß Großbritannien in den Kampf eingreifen würde, nahm der Generalstab an, während allerdings der Reichskanzler hoffte, den Krieg mit England vermeiden zu können und selbst während des Weltkrieges von der Zähigkeit des englischen Kriegswillens sich nicht völlig zu überzeugen vermochte. Die Denkschriften des Generalstabes aus den letzten Jahren vor dem Kriege geben ein klares Bild von der Auffassung, die der Generalstab sich von der militärpolitischen Lage gebildet hatte und von den Schlüssen, die er daraus zog. Sie beweisen zugleich, wie ferne es dem deutschen Generalstab lag, zum Kriege zu treiben.

Die Denkschrift des Jahres 1911 geht von der starken Zunahme des Revanchegedankens in Frankreich aus. „Günstige Aussichten, die Gewißheit militärischer Unterstützung durch Freunde und Verbündete, das gerade in letzter Zeit wieder erwachte Gefühl eigener Stärke, die niemals erloschene Revancheidee, die Hoffnung auf Wiederherstellung des französischen Prestiges und auf den Wiedererwerb der verlorenen Provinzen können bei dem leicht erregbaren Charakter des Volkes überraschend zum Kriege führen. Die Zuversichtlichkeit, die durch die Niederlage des russischen Verbündeten einen empfindlichen Stoß erlitten hatte, hat sich mit dem Wiedererstarken des Zarenreiches wieder gehoben, vor allem ist sie gekräftigt worden durch die Gewißheit englischer aktiver Unterstützung in einem Kriege mit Deutschland.“ In einem deutsch-französischen Kriege werde man England und Rußland an der Seite Frankreichs finden, während die Haltung Italiens sehr zweifelhaft sei. Schwenke es zur Entente ab, so werde die Stoßkraft Österreichs gegen Rußland stark beeinträchtigt. Großer Wert sei für uns auf die Mitwirkung der Türkei sowohl England wie Rußland gegenüber zu legen. Mit Sicherheit aber könne man gegenüber der Koalition Frankreichs, Rußlands und Englands nur auf die vereinigten Streitkräfte Deutschlands und Österreichs rechnen.

Bei dieser politischen Lage hätten sich aber die militärischen Verhältnisse in den letzten Jahren erheblich zuungunsten der verbündeten Monarchien verschoben. Rußland habe seine Armee seit dem unglücklichen Feldzuge gegen Japan einer durchgreifenden Reorganisation unterzogen, die Mobilmachung beschleunigt und das Eisenbahnnetz so ausgebaut, daß der Aufmarsch des Heeres sich in der Hälfte der Zeit vollziehen könne, die er noch vor fünf Jahren beansprucht haben würde. England sei imstande, eine Armee von 150 000 Mann auf dem Festlande

einzusetzen. Frankreich unterhalte ein Heer, das an Friedensstärke dem deutschen fast gleichkomme, an Kriegsstärke nur wesentlich hinter ihm zurückbleibe. Es nutze seine Volkskraft in einer Weise aus, hinter der Deutschland weit zurückstehe. „Alle [europäischen Staaten] bereiten sich auf den großen Krieg vor, den alle über kurz oder lang erwarten. Nur Deutschland und das ihm verbündete Österreich nehmen an diesen Vorbereitungen nicht teil.“

Ähnliche Gedanken waren in der Denkschrift des Generalstabes vom Jahre 1912 enthalten. Es wurde besonders darin betont, daß „überall offensive Ziele auf der einen, defensive auf der anderen Seite“ vorhanden seien, Deutschland wolle nur seinen Besitzstand wahren. Rußland aber habe den Wunsch, sich durch die Niederwerfung Österreichs als slawische Vormacht in Europa durchzusetzen. Frankreich wolle die verlorenen Provinzen wiedergewinnen und Revanche nehmen für die Niederlage von 1870. England strebe danach, mit Hilfe seiner Verbündeten sich von dem Alpdruck der deutschen Seemacht zu befreien.

In beiden Denkschriften wurde aus den Erwägungen über die militärpolitische Lage der Schluß gezogen, daß die Stärke des deutschen Heeres nicht ausreichend sei, um nach mehreren Seiten Front zu machen. Auf Deutschlands Schultern werde aber im Kriege die Hauptlast liegen. Daher bedürfe seine Wehrkraft einer erheblichen Steigerung. Mit unabweisbarem Zwange werde sie durch die politische Lage gefordert. Tatsächlich brachte die Heeresverstärkung vom 14. Juni 1912 eine Erhöhung der Friedensstärke um rund 29 000 Mann, die völlig unzureichend war, während am 3. Juli 1913 eine beträchtliche Vermehrung der Friedensstärke um rund 117 000 Mann beschlossen wurde, die aber auch nicht den Forderungen des Generalstabes genügte und auch erst im Herbst 1914 völlig durchgeführt sein konnte.

Im Frühjahr 1914 sah sich der Generalstab nochmals genötigt, in einer an den Reichskanzler und den Kriegsminister gerichteten Denkschrift die schleunige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht zu verlangen, da, wie erwähnt, keineswegs alle wehrfähigen Deutschen zum Waffendienst eingestellt wurden. Für die Beurteilung der seit der vorigen Denkschrift wiederum verschobenen militärpolitischen Lage ist die Begründung dieser Forderung von Bedeutung. Frankreich habe die dreijährige Dienstzeit wiedereingeführt, Rußlands gesamtes Heerwesen sei innerhalb weniger Jahre von Grund auf in ungeahnter Weise verbessert worden. Mit Rumänien könne man nicht mehr rechnen, es werde voraussichtlich in den Reihen der Gegner zu finden sein. Dadurch werde aber Österreich-Ungarn auf der Balkanhalbinsel in einer Weise gebunden, daß mit einer österreichischen Offensive nach Rußland hinein ernstlich nicht mehr zu rechnen sei. Diesen ungünstigen Tatsachen dürfe man sich nicht verschließen. Es werde sich in dem Zukunftskriege um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes handeln.

Der deutsche Generalstab war sich darüber klar, daß in dieser ungünstigen militärpolitischen Lage bei Beginn des Krieges alles auf eine möglichste Schnelligkeit der Operationen ankomme. Deutschland befand sich gegenüber Frankreich und Rußland auf der inneren Linie. Nach beiden Seiten zugleich offensiv zu werden, war ausgeschlossen. Man mußte danach streben, so schnell als möglich auf der einen Seite eine Entscheidung herbeizuführen, um sich dann nach der anderen Seite zu wenden. Es erhellt daraus, wie wichtig es war, zu verhindern, daß zu Beginn des Krieges unsere Gegner in den Mobilmachungsvorbereitungen einen Vorsprung gewannen. Die Bedeutung, die für uns die russische Mobilmachung haben mußte, tritt klar hervor.

In Frankreich und in Rußland war, ebenso wie in Deutschland, vorgesehen, in Zeiten politischer Spannung gewisse vorbereitende Maßnahmen für den Fall einer Mobilmachung zu treffen. In Frankreich stand aber dem Kriegsminister in solchen Fällen das Recht zu, die Einberufung von Reservisten in gewissem Umfang anzuordnen und die Grenztruppen unabhängig vom Erlaß des allgemeinen Mobilmachungsbefehles auf Kriegsstärke zu bringen und an der Grenze bereitzustellen. Diese Maßnahme betraf aber volle 11 Infanterie- und 3 Kavalleriedivisionen.

Es war im deutschen Generalstabe bekannt, daß in Rußland eine „Kriegsvorbereitungsperiode“ eingeführt worden war. Im Jahre 1912 war ein russischer Befehl ergangen, daß der Befehl zur Mobilmachung gleichzeitig als Befehl zur Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Österreich und Deutschland aufzufassen sei. Der Befehl wurde, wie in Deutschland ebenfalls bekannt wurde, im November 1912 wieder aufgehoben, weil man hoffte, „durch geschickte diplomatische Verhandlungen die militärischen Maßnahmen Rußlands zu verschleiern“ und den Aufmarsch durchzuführen. Der Gegner sollte also getäuscht und hingehalten werden, während Rußland sich kriegsbereit machte.

Größte Vorsicht war daher auf deutscher Seite nötig, als im Juli 1914 Meldungen über russische Kriegsvorbereitungen eingingen. Tatsächlich hat die russische „Kriegsvorbereitungsperiode“ bereits am 26. Juli in vollem Umfang begonnen. Während der Verhandlungen zwischen Wien, Petersburg, London und Berlin konnte Rußland einen gefährlichen Vorsprung gewinnen. Der Chef des deutschen Generalstabes trug eine schwere Verantwortung, wenn die deutsche Mobilmachung verspätet angeordnet wurde. Diese Besorgnis prägt sich lebhaft in der Beurteilung der Lage aus, die er am 29. Juli dem Reichskanzler übermittelte. Es heißt darin: „Unter fortwährenden Versicherungen, daß Rußland noch nicht mobil mache, sondern nur für alle Fälle Vorbereitungen treffe, daß es bisher keine Reservisten einberufen habe, macht es sich so weit kriegsbereit, daß es, wenn es die Mobilmachung wirklich ausspricht, in wenigen Tagen zum Vormarsch fertig sein kann.“

Welche ausschlaggebende Bedeutung die tatsächliche Anordnung der allgemeinen russischen Mobilmachung am 30. Juli 1914 haben mußte, springt hiernach in die Augen. Am 26. hatte, wie erwähnt, die offizielle russische Kriegsvorbereitungsperiode begonnen, am 30. war in Frankreich bereits der Befehl zur Aufstellung des Grenzschutzes ergangen. Erst am 31. folgte Deutschland mit der Anordnung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr“ nach, und erst am 1. August wurde die Mobilmachung angeordnet. Vom militärischen Standpunkt aus hat Deutschland zweifellos zu lange gezögert. Die Russen konnten schon sehr früh die Offensive ergreifen, früher als auf deutscher Seite, und besonders in den österreichischen Berechnungen, angenommen worden war. Ein größerer Vorsprung der Russen hätte die Ausführung des zwischen den Chefs des deutschen und des österreichisch-ungarischen Generalstabes vereinbarten Operationsplanes gefährden können.

Die Grundzüge dieses Aufmarsches und Operationsplanes gehen auf den Grafen Schlieffen zurück. Der Plan ist allgemein bekannt, so daß von einer weiteren Erörterung darüber hier abgesehen werden kann. Das Wichtigste ist auch in der in der Anlage wiedergegebenen Denkschrift des Generalstabes vom Jahre 1913 enthalten. General Conrad von Hötzendorf hatte sich damit einverstanden erklärt, daß Deutschland mit seinen Hauptstreitkräften zunächst im Westen aufmarschierte, um möglichst schnell einen entscheidenden Sieg über die Franzosen zu erringen und dann starke Kräfte zur Unterstützung der Österreicher nach dem russischen Kriegsschauplatz zu befördern. Weshalb der entscheidende Schlag gegen die Franzosen und nicht im Osten geführt werden sollte, geht aus der angeführten Denkschrift überzeugend hervor. Wie recht Moltke in seinen Erwägungen hatte, ist nach dem Kriege durch die Veröffentlichungen des russischen Generalquartiermeisters Danilow bestätigt worden. Daraus geht hervor, daß die Russen für den unwahrscheinlichen Fall eines deutschen Aufmarsches gegen Osten beschlossen hatten, in das Innere des Landes auszuweichen. Die deutsche Offensive wäre zu einem Luftstoß geworden. Währenddessen wäre aber mit einer bedrohlichen französisch-englischen Offensive gegen den Rhein zu rechnen gewesen.

Von größter Bedeutung für die militärpolitische Lage Deutschlands zu Beginn des Krieges und von einer weit darüber hinaus reichenden Tragweite war der Entschluß der deutschen Kriegsleitung, durch Belgien hindurch zu marschieren. Die politischen und militärischen Gesichtspunkte, die dabei in Frage kamen, sind vor dem Kriege immer wieder im deutschen Generalstabe auf das sorgfältigste erwogen worden. Die Denkschrift von 1913 gibt auch hierüber Auskunft. Das Ergebnis aller Erwägungen war aber stets, daß dieser Durchmarsch unvermeidlich sei, auf die Gefahr hin, der englischen Regierung einen für das Volk verständlichen Grund zum Eingreifen in den Krieg zu geben. Die belgische Frage kann hier nicht weiter erörtert werden.

Gegenüber der geradezu verheerenden Wirkung der feindlichen Propaganda, die sich aus Anlaß der Verletzung der belgischen Neutralität in der ganzen Welt gegen Deutschland entwickelt hat, sei nur an die Äußerung erinnert, die der belgische Kriegsminister de Brocqueville kurz vor dem Weltkriege, am 7. Mai 1914, gegenüber dem deutschen Militärattaché, Major von Klüber, gemacht hat: „Wenn ich der Generalstabschef von Deutschland oder auch von Frankreich wäre und das strategische Interesse, das Wohl meines Vaterlandes erforderte es, so würde ich keinen Moment zögern, neutrales Gebiet zu betreten und mir den Durchmarsch zu erzwingen. Das ist so selbstverständlich, daß ich mich gegebenenfalls nur über das Gegenteil wundern würde."

Eine ähnliche militärpolitische Lage hat sich einmal für Frankreich im Jahre 1840 ereignet. Damals hatte Frankreich die Absicht, Österreich in seinen italienischen Besitzungen anzugreifen und erwog zu diesem Zwecke den Durchmarsch durch Piemont. Der französische Ministerpräsident Thiers suchte daher den König von Sardinien zum Anschluß zu bewegen, äußerte aber zum sardinischen Gesandten, wenn dies nicht gelänge, so müßte man eben durchmarschieren und die zerbrochenen Töpfe bezahlen. „Es wäre ja kindisch, die Länder, die Heerstraßen sind, zu respektieren."

Die vorstehenden Betrachtungen haben ergeben, daß die militärpolitische Lage der Mittelmächte zu Beginn des Weltkrieges äußerst schwierig war. Was Conrad von Hötzendorf stets befürchtet hatte, war eingetreten: der Ring der uns feindlich gesinnten Mächte hatte sich um uns geschlossen. Die militärische Notlage zwang uns, die Neutralität Belgiens zu verletzen. Die belgische Armee trat auf die Seite unserer Gegner, und England fand den äußeren Grund zum Eingreifen. Rußland hatte in seinen kriegerischen Vorbereitungen bereits einen gewissen Vorsprung erlangt, so daß sich Conrad von Hötzendorfs Hoffnung, dem noch nicht versammelten Gegner durch die eigene Offensive zuvorzukommen, nicht erfüllte. Die Unklarheit der Lage und die trügerische Hoffnung, den Krieg örtlich auf Serbien beschränken zu können, verleitete zudem den Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabes, fast mit der Hälfte des Heeres zunächst gegen Serbien aufzumarschieren. Ein schwerer Schlag für die Mittelmächte war die frühzeitige Erklärung der Neutralität Italiens, die es Frankreich ermöglichte, seine Alpenarmee sofort zur Verwendung gegen Deutschland heranzuziehen.

Daß innerpolitisch die wirtschaftliche und industrielle Umstellung des Landes für einen Weltkrieg von solchem Ausmaß und solcher Dauer nicht hinreichend vorbereitet war, kann den Mittelmächten nicht zu besonderem Vorwurf gemacht werden. Bei unseren Gegnern war es in dieser Hinsicht nicht besser bestellt. Niemand hatte an einen so langen Krieg geglaubt. Schwerwiegend war es aber, daß es in Deutschland nicht gelungen war, die Einheit der gesamten Kriegsführung zu Lande wie zur See sicherzustellen und mit Österreich-Ungarn einen gemeinschaftlichen Oberbefehl zu vereinbaren.

Anlage.

Aus der Denkschrift Moltkes vom Jahre 1913 über das Verhalten Deutschlands in einem Dreibundkriege:

Moltke ging in dieser Denkschrift davon aus, daß sein Onkel, der Feldmarschall Graf von Moltke, gegen Frankreich sich hatte defensiv verhalten, gegen Rußland aber gemeinschaftlich mit Österreich die Offensive ergreifen wollen. Es heißt dann wörtlich: „Die Voraussetzungen, auf denen dieser Gedanke sich aufbaute, sind indessen nicht mehr zutreffend. Damals marschierte die russische Armee in Polen auf; man konnte mit einem russischen Aufmarsch rechnen, der wegen mangelhafter Bahnverbindungen so viel Zeit beanspruchte, daß Deutschland und Österreich bei schneller Offensive hoffen durften, Teile der Russen zu schlagen, bevor die Hauptkräfte versammelt sein konnten. Das weitere Vorgehen der beiden Verbündeten sollte sich dann konzentrisch gegen Warschau richten. Andererseits war die französische Armee damals numerisch erheblich schwächer als heute, so daß man deutscherseits mit verhältnismäßig geringen Kräften eine Abwehr leisten konnte. . . .

Die Voraussetzungen für diese Kriegsführung treffen, wie gesagt, heute nicht mehr zu. Rußland hat nicht nur sein Eisenbahnnetz so ausgebaut, daß seine Mobilmachung sich erheblich schneller vollziehen kann als wie vor 20 Jahren, es hat auch seinen Aufmarsch aus Polen in die Linie Kowno—Grodno—Byalistok—Brest-Litowsk verlegt und damit den verbündeten Deutschen und Österreichern die Möglichkeit genommen, die früher geplante gemeinsame konzentrische Operation nach Polen hinein auszuführen. Eine deutsche Offensive würde sich heute gegen den Njemen und gegen den Narew mit seinen sumpfigen Uferstrecken und seinen befestigten Übergangsstellen richten müssen, während Österreich gegen Iwangorod—Kowel vorgehen muß. Eine gemeinsame Operation mit einheitlichem Ziel ist daher kaum mehr durchführbar; selbst wenn Deutschland mit starken Kräften den Njemen oder Narew forciert haben würde, so könnten die Russen, indem sie in das Innere ihres ungeheuren Landes zurückweichen, den Krieg endlos hinziehen. Sie können zu einem Standhalten und zu einem entscheidungbringenden Schlag nicht wie früher in ihrer Zentralstellung hinter der Weichsel gezwungen werden.

Frankreich hat in bewunderungswürdiger Weise seine Wehrkraft auf das höchste angespannt und hat es erreicht, daß es bei 46 Millionen*) Einwohnern ein Heer aufstellt, das demjenigen, das Deutschland bei seinen 63 Millionen Einwohnern ins Feld stellen kann, numerisch gleich ist. Wollten wir also Kräfte im Osten einsetzen, die genügend stark sind, um hier einen Offensivkrieg unter den schwierigsten Gelände- und Verpflegungsverhältnissen zu führen, so würden uns im Westen nicht annähernd genügende Kräfte verbleiben, um auch nur kurze Zeit

---

*) Die Zahl der Einwohner ist zu hoch gegriffen. —

das Vordringen der Franzosen aufzuhalten. Da der Krieg im Osten aber gar nicht abzusehen ist, würden wir gar nicht darauf rechnen können, daß es gelingt, dort entbehrlich werdende Truppen nach dem Westen zu überführen.“ —

Auf diese Erwägungen begründete Moltke in der Denkschrift den Entschluß, im Kriege, wie es Graf Schlieffen bereits gewollt hatte, mit voller Kraft gegen Frankreich zum Angriff vorzugehen, gegen Rußland aber nur „die minimalsten Kräfte“ zu verwenden. Ein frontaler Angriff gegen Westen würde aber den Charakter eines langwierigen Festungskrieges annehmen. Daher bliebe nur die Umgehung durch Belgien übrig.

„Die großen Schwierigkeiten,“ so fährt die Denkschrift fort, „die mit einem Vormarsch durch Belgien verknüpft sind, dürfen nicht übersehen werden. Es ist nicht angenehm, den Feldzug mit der Gebietsverletzung eines neutralen Nachbarstaates zu beginnen. Wo es sich aber um die Existenz unseres Staates handlt, müssen alle Rücksichten auf andere zurücktreten. Es wäre dringend erwünscht, wenn wir mit Belgien zu einem Abkommen gelangen könnten, dahingehend, daß es sich wenigstens der Feindseligkeiten gegen unsere Truppen enthält. . . . Ich halte es aber von vornherein für ausgeschlossen, daß es unseren Diplomaten gelingt, ein solches Abkommen mit Belgien zustandezubringen, vielmehr werden wir damit zu rechnen haben, daß Belgien einen deutschen Vormarsch durch sein Gebiet als casus belli auffassen und sich sofort auf die Seite unserer Gegner stellen wird. . . .

Aber nicht nur die belgische Armee werden wir zu bekämpfen haben. Eine Verletzung der belgischen Neutralität wird auch England zu unserem Gegner machen. . . .

Nun wäre sehr zu überlegen, ob deutscherseits nicht um den Preis einer englischen Neutralität auf den Vormarsch durch Belgien verzichtet werden sollte, wenn nicht England keinen Zweifel darüber ließe, daß es aktiv auf der Seite unserer Gegner sich am Krieg beteiligen wird, ob wir durch belgisches Gebiet marschieren oder nicht. Ich würde es für außerordentlich gefährlich halten, wenn wir, veranlaßt durch etwaige Versicherungen Englands, auf die einzige Chance verzichten wollten, die uns einen raschen Feldzug gegen Frankreich ermöglichte. Wir würden uns die Schwierigkeit eines Frontalangriffes auf die französische Ostfront auferlegen und keine Gewähr haben, daß England nicht im gegebenen Augenblick doch eingreift.“ —

Zum Schluß erwähnt die Denkschrift, daß der Durchmarsch durch holländisches Gebiet durchaus vermieden werden müßte.

Das Problem der „Schuldfrage" und der „Neue Kurs".

Hans Rothfels.

Der nachstehende Aufsatz ist die Einleitung eines in der Gesellschaft für Erforschung der Kriegsursachen gehaltenen Vortrages über „Die Englandpolitik des Neuen Kurses".

Die Schriftleitung.

Ehe man an die Erörterung der konkreten Probleme herangeht, die der Fortgang der großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes der Kriegsschuldforschung stellt, wird es gut sein, sich über eine Vorfrage zu verständigen und eine mehr grundsätzliche Erwägung anzustellen. Die Erwägung nämlich, wie weit es — wissenschaftlich oder publizistisch — möglich beziehungsweise fruchtbar ist, die „Schuldfrage" rückwärts zu datieren. Kann man überhaupt — und wenn ja — in welchem Sinne kann man diesen nun einmal zur festen Kategorie gewordenen Begriff an Verhältnisse der 90er oder gar der 70er und 80er Jahre herantragen?

Wie mir scheint, fallen hier der wissenschaftliche und der politisch-publizistische Gesichtspunkt einigermaßen auseinander. Wissenschaftlich gesehen ist es keine Frage, daß die Begründung des Reichs der Ausgangspunkt der Schulddiskussion, oder besser der Kriegsursachenforschung schlechthin ist. Mit zweifelsfreiem Recht hat die große Publikation, die „Wahrheitsoffensive" des Auswärtigen Amtes, an diesem Zeitpunkt eingesetzt. Das Jahr 1871 bedeutet eine unerhörte Revolutionierung des Staatensystems — die „deutsche Revolution", so hat es Beaconsfield formuliert, ein Ereignis, wie er sagt, einschneidender und folgenreicher als die große französische des vorigen Jahrhunderts; es beginnt eine Phase in der Entwicklung der Mächte, die mit der Verstrickung und endlichen Ausschaltung Mitteleuropas ihren gewiß nicht unausweichlichen, aber innerlich konsequenten Abschluß gefunden hat. Der ganze Zeitraum ist eine Einheit, und wie zum Zeichen dessen finden sich bereits 1875 die alten konsolidierten Großstaaten, die Mächte der Peripherie, zu einer ersten lockeren Blockbildung gegen den Emporkömmling der Mitte zusammen.

Aber die Erkenntnisse, die für diese Zusammenhänge auf Grund der neuen Materialien zu gewinnen sind und die neben vielen wichtigen Einzelzügen vor allem die Grundstruktur der europäischen Mächte, den konservativen oder den erwerbenden Charakter ihrer Politik und ihrer Bündnisse scharf beleuchten, sie sind doch nur verhältnismäßig schwache Waffen gegenüber dem Versailler Diktat. Sie treffen — militärisch gesprochen — nur Vorfeldstellungen, die ohne Gefährdung der Hauptposition geräumt werden können. Ja, sie treffen für die ältere Zeit nicht einmal die ideologischen Voraussetzungen des Schuldspruchs

mit voller Wucht. Denn selbst wer die Friedlichkeit der Bismarckschen Politik zugibt, wird immer noch den Ausweg ergreifen können, auf ihre Methode, ihre machiavellistischen oder, wie man zu sagen pflegt, „preußischen Züge“ zu verweisen, oder gar auf diese Friedlichkeit selber, auf die rätselhafte Zurückhaltung Bismarcks nach 1870, die aus jeder erfahrungsmäßigen Analogie herausfiel und deshalb als gefährlich und verdächtig empfunden wurde.

So liegt der eminente Wert der Bismarck-Akten des Auswärtigen Amtes überwiegend auf wissenschaftlichem und nicht auf politischem Felde. Sie geben der Forschung das Werkzeug an die Hand, um die „Schuldfrage“ — das Problem in einem ganz weiten und objektiven Sinn genommen — zu klären. Das heißt, um die Tendenzen herauszuarbeiten, die in den einzelnen Mächten über den Wechsel der politischen Konjunkturen hinaus lebendig sind. Aber sie antworten — sowohl wegen ihres zeitlichen Abstandes wie wegen ihrer inneren Beschaffenheit — nicht oder nur sehr unvollständig auf die feindliche These, auf die Frage, wer stand hinter der Gardine, welche Männer, welche herrschenden Schichten haben den Knoten geschürzt?

Das umgekehrte Bild zeigen die Jahre nach 1904 oder besser noch nach 1907. An die Stelle einer wandlungsfähigen elastischen Kombination, des flüssigen „Aggregatzustandes“, durch den das europäische System in der Epoche Bismarcks im ganzen noch gekennzeichnet ist, an die Stelle der Dreiergruppierung Dreibund, Zweibund, England aus den 90er Jahren ist eine weitgehende Verfestigung und Erstarrung, eine Aufspaltung in zwei gegeneinander verzahnte Bündniskombinationen getreten. Schon 1907 steht es so, daß die letzte Sicherungsscheibe zwischen ihnen weggebrannt ist, daß der viel berufene „Mechanismus“ der verschiedenen Bündnisfälle von jedem Einzelpunkt aus in Bewegung geraten und seinen fatalen Kreislauf antreten kann. Wie sich dabei — äußerlich gesehen — defensive und offensive Rolle verteilen, ist eine Sache der guten oder der schlechten Regie, die Rückschlüsse auf die wirklichen inneren Triebkräfte nur mit stärkstem Vorbehalt zu ziehen erlaubt. Rein wissenschaftlich würde die Untersuchung und die Feststellung genügen, daß Deutschland ganz überwiegend abwehrende Ziele, daß es im großen Zuge eine Politik des Status quo verfolgte, wie denn der Kriegsausbruch die deutsche Politik in der offensichtlichen Verlegenheit einer irgendwie positiv gearteten Zielsetzung betraf. Es ist einwandfrei zu erweisen, daß im Gegensatz dazu mindestens zwei der Ententemächte große positive, nur durch einen allgemeinen Krieg realisierbare Ziele vor Augen hatten und ihnen mit wechselndem Nachdruck, im ganzen aber beharrlich nachgingen.

Jedoch auf die Herausarbeitung dieses einfachen Kontrastes hat sich der politisch-publizistische Kampf gegen den Versailler Schuldspruch nicht beschränken dürfen. Die These, die es zu erschüttern gilt, ruht ja nicht auf einer wissenschaftlichen Gesamtauffassung der Epoche, sondern auf der Kategorie gut und böse, die unter beliebiger

Projizierung nach rückwärts — ihre eigentliche Stütze in der unmittelbaren Kriegsvorgeschichte und ihren taktischen Einzelzügen zu finden sucht. So sind die Jahre nach 1907 das Feld der Kriegsschulforschung im engeren Sinne, wo es gilt, in minutiöser Kleinarbeit jede Situation daraufhin zu prüfen, welche Anzeichen sie für den Kriegswillen oder die eventuelle Kriegsentschlossenheit der beteiligten Mächte und Staatsmänner darbietet.

Während also für die Bismarck-Epoche die Schuldfrage nur im Sinne einer sehr allgemeinen und publizistisch gesehen wenig ertragfähigen Ursachenforschung zu verstehen ist, konzentriert sie sich in der Zeit nach 1907 angesichts einer gegebenen kriegsgefährlichen Situation auf die Frage nach dem auslösenden Moment, der bewußten Absicht, der subjektiven Schuld, deren zunehmende Aufhellung die massive Last des Schuldspruchs schon so sichtlich erleichtert hat. — Die dazwischenliegenden 1½ Jahrzehnte stellen einen Mischtypus dar. Sie werfen zunächst ähnlich wie die Bismarckzeit ein ganz generelles Problem auf: Ist die Herausbildung eines Weltstaatensystems, hochkapitalistischer Großmächte, ist der imperialistische Charakter der großen Politik, der in diesen Jahren sich entscheidend durchsetzt, die eigentliche und unausweichliche Kriegsursache? Bekanntlich gibt es eine verbreitete und mit aller Feinheit ausgearbeitete Lehre, die diese Frage bejaht. Ich brauche nur an die Namen Hilferding, Rosa Luxemburg und Karl Radek zu erinnern. In der Tat wäre diese Lehre wohl geeignet, das pharisäische Unschuldsgefühl der Siegermächte einigermaßen zu erschüttern, wenn sie nicht infolge ihrer offenbaren Übertreibungen, ihrer durchgehenden Überschätzung der rein wirtschaftlichen Kausalität zuungunsten der politischen Willenskräfte die Kritik herausforderte. Zugleich berührt sich diese Abart der Schuldthese, die man die marxistische nennen kann, mit der ententistischen insofern, als bisweilen der Eintritt Deutschlands als jüngster Macht in das System imperialistischer und kapitalistischer Politik zum auslösenden Moment gestempelt wird.

Die Untersuchung dieser Frage aus dem Beginn der 90er Jahre bietet daher wissenschaftlich und publizistisch ein besonderes Interesse dar: Worauf beruht der Unterschied zwischen dem alten und dem „neuen“ Kurs? Was bedeutet der langsam beginnende, schließlich mehr oder weniger bewußt vollzogene Eintritt Deutschlands in die Weltpolitik für die Entwicklung des Staatensystems und für die Verschärfung der Gefahrenlage, die dann zu Beginn des neuen Jahrhunderts in der lückenlosen dualistischen Bündniskombination sich verfestigte? Man kann dabei den Vorwurf im Sinn der marxistischen Theorie leicht bei Seite schieben, denn, wenn überhaupt der kapitalistische Prozeß den Beutekrieg aus sich heraus erzeugt, so vermag dieser circulus vitiosus durch die Einbeziehung Deutschlands keine grundsätzlich neue Gestalt zu gewinnen. Was den anderen Großstaaten recht war, muß Deutschland billig gewesen sein, es ist ein durchgängiger gemeinsamer Lebenstrieb, der in der Expansionspolitik der Großstaaten, in ihrem

Ringen um Weltgeltung, um die Zugehörigkeit zu dem neuen imperialistischen System hervorbricht und die internationale Lage beherrscht. Wie immer man über die äußeren Gesten und die technische Regie der deutschen Weltpolitik, über die Wahl und den Wechsel ihrer Angriffspunkte urteilen mag, die Tatsache bleibt bestehen, daß dieser „Imperialismus", wenn man ihn so nennen will, sich in vergleichsweise überaus bescheidenen Grenzen hielt; an der einzigen Stelle, wo er aktiv auftrat, in der Türkei, fiel er mit einer ausgesprochenen Status-quo-Politik zusammen. Und doch liegt offenbar hier das Kernproblem der 90er Jahre. Welcher Art ist der Kausalnexus zwischen den beiden parallelen Vorgängen, zwischen dem Beginn der deutschen Weltpolitik und der unleugbaren Zuspitzung und Versteifung der Gesamtlage, die den Krieg, wenn nicht notwendig, so doch wahrscheinlich und im eingetretenen Fall automatisch zu einem allgemeinen gemacht hat? War es „Schuld" der deutschen Politik, daß sie weder die freie Hand, die Bismarcksche „Reservestellung" zwischen Rußland und England zu wahren wußte, noch auch die „Option" zugunsten einer der beiden Mächte zu vollziehen verstand? Hat das Hineinwachsen Deutschlands sowohl in die englische wie in die russische Interessensphäre die Ententebildung zur notwendigen Folge gehabt und die Gegensätze der Weltmächte untereinander durch eine stärkere antideutsche Gemeinsamkeit überwinden helfen? Oder war es der Leichtsinn der deutschen Regierung oder auch ein unberechtigtes Selbstgefühl, daß sie die Gelegenheiten der Option nach der einen oder der anderen Seite versäumen ließ? Oder schließlich waren diese Gelegenheiten selbst fragwürdig und mit drückenden, vielleicht auch mit dolosen Vorbehalten belastet, waren sie Ablenkungsmanöver, deren Mißerfolg der Keimpunkt der Ententebildung geworden ist?

Ein Komplex von Fragen, bei dem sich die Schuldthese von Versailles mit einer anderen kreuzt, mit einer internen, die zunächst Deutschland allein angeht und die Kritik übt nicht an der bona fides, wohl aber an der Qualität der nachbismarckischen Politik des Reiches. Sie entbehrt gewiß aller genialen Züge und ist mit dem Fluch des Mißerfolges geschlagen; sie zeigt sich in den Formen des Handelns und des diplomatischen Kalkuls sehr angreifbar. Aber das alles betrifft mehr Fragen der politischen Klugheit, wie der politischen Moral. Und es könnte sehr wohl bei ihrer genauen Überprüfung das Ergebnis sich aufdrängen, daß nicht ein Zuviel sondern ein Zuwenig an Imperialismus die deutsche Position so grundlegend verschlechtert hat, daß der Mangel an geeigneten weltpolitischen Kompensationsobjekten die Verständigung wenigstens in der Art, wie sie dann zwischen den Ententemächten erfolgte, aufs äußerste erschwert hat. Vor allem, daß das Hin- und Herschwanken und die schließliche Passivität bezüglich der Optionsfrage ihren letzten Grund in der Friedlichkeit der deutschen Politik haben, in der durchgehenden Abneigung, den sich schürzenden Knoten zu zerhauen und die Situation durch entschlossene Übernahme einer partiellen Kriegsgefahr zu klären.

Dieses für die Schuldforschung der 90er Jahre, und zwar sowohl für ihr wissenschaftliches wie für ihr publizistisches Interesse, entscheidende Problem gipfelt bekanntlich in der Phase der englischen Bündnisfühler von 1898—1901. Man wird gut tun hier mit dem Urteil zurückzuhalten, bis die nahe bevorstehende Veröffentlichung der entsprechenden deutschen Akten sicheren Boden geschaffen hat. Aber auch das erste Jahrfünft des neuen Kurses bietet für die Erkenntnis der berührten Fragen schon wichtige Ansatzpunkte. Es beginnt mit Schritten der deutschen Politik, die unzweifelhaft zu einer erheblichen Verschärfung der europäischen Lage beitragen, die jedoch gewiß nicht auf dem Motiv der Expansion, sondern auf dem der Retraktion beruhen, auf der Furcht, in Verwickelungen hineingezogen zu werden, auf dem Bedürfnis nach einfachen, übersehbaren Verhältnissen, nach „Loyalität". Und es schließt mit einem Angebot Salisburys ab, seinem Teilungsprojekt von 1895, das den ersten in der Reihe der englischen Fühler darstellt und die mangelnde Bündnisfähigkeit Deutschlands im Sinne einer großen imperialistischen Eroberungspolitik exemplarisch beleuchtet.

„Von Bismarck zum Weltkriege."*)

Hans Delbrück.

Dieses Buch ist nicht nur von bleibendem Wert, sondern hat noch den besonderen Vorzug, daß es vorläufig als Ersatz dienen kann für die große Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes, die ja noch kaum bis zum Ende des 19. Jahrhunderts gediehen ist. Man darf vermuten, daß vielleicht das Wichtigste, was von dieser Publikation für die deutsche Politik im 20. Jahrhundert zu erwarten ist, durch das Brandenburgsche Buch vorweggenommen ist. Die politische Einstellung Brandenburgs ist so sicher und klar und in authentischen Akten so tief fundiert, daß schwerlich zukünftige Enthüllungen etwas daran ändern werden. Immer wieder wird sich der Satz bestätigt finden, daß die Politik Wilhelms II. und die Politik Bismarcks in einem Punkt durchaus übereinstimmten, daß sie nämlich für Deutschland und für die Welt den Frieden zu erhalten wünschten. Gleich zu Beginn seines Werkes (S. 17) lehnt Brandenburg mit Entschiedenheit die immer noch weit verbreitete Vorstellung ab, daß bei der Trennung des Kaisers vom Fürsten Bismarck die auswärtige Politik ausschlaggebend gewesen sei; sie habe nur eine ganz untergeordnete Rolle gespielt. Wenn nichtsdestoweniger die deutsche Politik sich

*) Brandenburg, Erich: Von Bismarck zum Weltkriege. Die deutsche Politik in den Jahrzehnten vor dem Kriege. Dargestellt auf Grund der Akten des Auswärtigen Amtes. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W 8. 454 S.

wandelte, so war das nichts Willkürliches, sondern lag in der Natur der Dinge. Brandenburg legt sehr gut dar, daß schon Bismarck selber die Empfindung gehabt haben dürfte, daß Deutschland nicht rein europäische Festlandmacht bleiben konnte, sondern als Mitbesitzer und Mitinteressent in afrikanischen und asiatischen Fragen Gehör verlangen mußte. Das Zeitalter der europäischen Isolierung näherte sich unwiderruflich seinem Ende, die Bildung eines Weltstaatssystems mußte eintreten. Damit wurden der deutschen Politik neue, unendlich schwierige Aufgaben gestellt. Vor allem kam es auch zu Reibungen mit England, die früher unbekannt gewesen waren. Mit Entschiedenheit weist Brandenburg die auch immer noch weit verbreitete Vorstellung ab, als ob es der englische Handelsneid gewesen sei, der England in die Konstellation gegen uns getrieben habe. Daß die englische Geschäftswelt und der bei weitem größte Teil des englischen Volkes den Krieg, auch im Augenblick des Einbruchs der Krisis, nicht wünschte, stellt Brandenburg (S. 402) mit aller Entschiedenheit fest. Nichtsdestoweniger ist der Umschwung in der internationalen Konstellation, der endlich zum Ausbruch des Weltkrieges führte, von England ausgegangen. Der Grund dieses Umschwunges aber war, wie Brandenburg mit neuen Belegen beweist, nichts anderes als der Ausbau der deutschen Kriegsflotte. Der Kaiser, unter dem Einfluß des Admirals Tirpitz, glaubte damit die Engländer für unsere politischen Wünsche willig stimmen zu können. In Wirklichkeit trieb er sie damit in das Lager der Feinde. Selbst der Staatssekretär Jagow hat sich durch den Trugschluß des Risikogedankens einfangen lassen (S. 403). Bethmann Hollweg hat bis zum Äußersten widerstrebt, und es ist soweit gekommen, daß, was wir hier zum erstenmal erfahren, der Kaiser, wie Bethmann herauszuhören glaubte, mit einem Regierungswechsel drohte*). Da hat der Kanzler, wohl um Schlimmeres zu verhüten, sich unterworfen.

So schwer und verhängnisvoll der Fehler dieser Flottenpolitik war, so ist er doch etwas ganz anderes als die Anklage, mit der die Welt uns belastet, daß wir den Krieg gewollt und herbeigeführt hätten. Brandenburg findet vortreffliche, wirksame Formulierungen in der Zurückweisung dieser Anklage. Er eignet sich nicht den törichten Vorwurf an, daß die Politiker in Berlin im letzten Augenblick durch die Militärs überrannt worden seien, sondern sagt mit Recht (S. 429), daß von dem Augenblick an, wo man in Berlin überzeugt war, daß der Krieg nicht mehr zu vermeiden sei, die militärischen Gesichtspunkte ausschlaggebend sein m u ß t e n, und daß man die eigenen Chancen des Sieges in unverantwortlicher Weise verringert haben würde, wenn man den Gegnern erlaubt hätte, den Vorsprung, den sie ohnehin hatten, noch zu vergrößern. Das Entscheidende bleibt die russische Mobil-

*) An dieser Stelle Seite 342 ist bei Brandenburg's Text eine Zeile ausgefallen. Die 7. Zeile von oben muß lauten: Der Kaiser betonte dies so entschieden, daß Bethmann den Eindruck gewann . . . .

machung. Sehr schön arbeitet Brandenburg heraus, daß gerade die Nachgiebigkeit, die Österreich im letzten Augenblick zeigte, die Russen trieb, die Mobilmachung zu überstürzen. Das scharfe, provozierende Ultimatum Österreichs an Serbien hatte in der Welt eine üble Stimmung gegen Österreich erzeugt. Diese Stimmung galt es auszunutzen, namentlich damit die öffentliche Meinung in England Grey keine Schwierigkeiten machte. Begann Österreich unter dem deutschen Druck einzulenken, so war es sehr leicht möglich, daß die Stimmung sich wieder änderte und Rußland als der hartnäckige, die Friedensmöglichkeiten von sich weisende Teil erschien. Das mußte unter allen Umständen vermieden werden, und so war es gerade das unerwartete Einlenken Österreichs, was die Kriegspartei in Petersburg zur äußersten Spannung ihrer Kräfte drängte, um die sofortige Gesamtmobilmachung durchzusetzen und dadurch die Verhandlungen zu zerreißen, bevor sie begonnen hatten. In Berlin war man aufs äußerste überrascht und bestürzt über die plötzliche Wendung. Und gerade die Fehler der letzten Tage, wie Brandenburg ausführt, und der Mangel jedes vorbereiteten diplomatischen Schrittes beweisen deutlicher als alles andere, daß weder der Kaiser noch seine maßgebenden Ratgeber in vollem Ernst an die nahe Möglichkeit eines Weltkrieges geglaubt haben. Wer so unvorbereitet einer großen Katastrophe entgegengeht, kann sie kaum ernstlich befürchtet, ganz gewiß nicht gewollt haben (S. 439). Sehr treffend scheint mir Brandenburg auch zu sagen, daß man sich in Berlin in etwas naiver Weise darauf verlassen habe, daß doch schließlich jeder vernünftige Mensch einsehen werde, daß nicht derjenige der wahre Angreifer zu sein brauche, der die Kriegserklärung ausspreche (S. 430).

So wertvoll und nützlich das vorliegende Werk Brandenburgs für die Behandlung der Kriegsschuldfrage in Deutschland und in der Welt ist, so muß ich doch noch eine Anzahl Ausstellungen hinzufügen, die die gute Wirkung leider sehr einzuschränken geeignet sind.

Brandenburg sagt uns klar und bestimmt, daß Deutschland unter Wilhelm II. bei der Politik der bloßen Saturiertheit nicht bleiben konnte. Man konnte nicht einfach zusehen, wie die Welt unter den anderen Mächten aufgeteilt wurde. Trotzdem hört er nun nicht auf, zu tadeln, wie diese neue Politik durchgeführt wurde. Gewiß hat er darin vielfach recht. Aber eine Politik ohne Fehler gibt es bekanntlich nicht. Und wer in einem so ernsthaften Werk kritisiert, müßte auch deutlich und bestimmt zu erkennen geben, wie es denn anders hätte gemacht werden sollen. Nicht etwa in irgendwelchen Einzelheiten, sondern in den Grundzügen. Brandenburg tadelt, daß Deutschland an den verschiedensten Stellen und in den verschiedensten Kombinationen seine Ansprüche geltend gemacht habe und dadurch Mißtrauen erregt habe. Ganz recht, aber ich frage, ob und wie es denn hätte anders gemacht werden können? In Einzelheiten gewiß, aber ob grundsätzlich? Brandenburg stellt fest, daß wir unmöglich zulassen durften, daß wir in der Türkei völlig ausgeschaltet wurden (S. 390). Deutschland hatte also

selber ein Interesse ganz ersten Ranges in der Türkei. Nichtsdestoweniger macht Brandenburg an anderer Stelle (S. 13) der deutschen Politik den Vorwurf, daß sie das Gut und Blut ihrer Untertanen für die Verwirklichung deutsch-österreichischer Wünsche auf dem Balkan hergeliehen habe. Die Sendung des Generals von Liman nach Konstantinopel, schreibt B., bot wenig Aussicht auf wirklichen Gewinn, da auf die stark geschwächte Türkei doch keine großen Hoffnungen zu setzen waren (S. 411). Wie verträgt sich das mit dem Grundsatz, daß wir an der Erhaltung der Türkei ein großes Interesse hatten? Wie sollten wir dieses Interesse wahrnehmen, wenn es uns nicht einmal erlaubt sein sollte dem Sultan auf seinen Wunsch einen General zu leihen? Ganz denselben Widerspruch finde ich in der Beurteilung unseres Verhältnisses zu Österreich-Ungarn und der österreichisch-ungarischen Politik selber. Die österreichische Politik wird rat- und planlos genannt. Ganz recht. aber eine solche Kritik ist erst dann berechtigt, wenn gezeigt wird, wie die österreichischen Staatsmänner es hätten anders machen sollen. Ich meine damit nicht das Verhalten in den letzten Tagen der Krisis, sondern die prinzipielle Einstellung zu Serbien, zu Rußland und zu den Balkanstaaten. „Es ist die Quadratur des Zirkels", zitiert Brandenburg aus dem Munde des Grafen Forgach. Ich habe noch nie gehört, daß man die Mathematiker getadelt hat, daß sie die Quadratur des Zirkels nicht zu lösen vermögen. Mit welchem Recht tadelt man deshalb die Diplomaten? Die deutsche Diplomatie wird schwer getadelt (S. 417, S. 438), daß sie in den Wochen der Krisis die österreichische Politik nicht fest an der Kandare gehalten und jeden Schritt mit ihr vereinbart habe. Mir scheint es auf der Hand zu liegen, daß Bethmann nichts Verkehrteres hätte tun können; daß seine Methode, den Österreichern freie Hand zu geben und sich selber die Vermittlerrolle vorzubehalten, die einzig richtige war. Daß sie nicht zum Ziel geführt hat, ist kein Gegenbeweis. Da die Russen keine Vermittlung zuließen, sondern die Angriffsstellung der Serben gegen Österreich unter allen Umständen konserviert wissen wollten, so war alles Bemühen Deutschlands um die Erhaltung des Friedens von vornherein zum Scheitern verurteilt, man mochte es so oder so anfassen. Am allerwenigsten kann ich es billigen, wenn (S. 409) gesagt wird, zu einer vollständigen Umlegung des Steuers in bezug auf Österreich habe es in Berlin an Mut und Kraft gefehlt. B. stellt sich vor, wir hätten den Konflikt bis zum Tode des alten Kaisers hinziehen und uns dann gütlich über die Aufteilung Österreichs mit Rußland verständigen können. Wie hätte das möglich sein sollen? Glaubt B., daß die Russen uns ihre tschechischen Brüderchen in aller Freundschaft überlassen haben würden? Diese Art der Kritik ist denn doch gar zu billig. Ich für meine Person wenigstens bin noch heute überzeugt, daß die Erhaltung des habsburgischen Großstaates für die Welt und für die beteiligten Völker selber bei weitem das Glücklichste und ganz gut zu erreichen gewesen wäre, wenn Deutschland im Weltkriege selbst eine vernünftige Politik gemacht hätte.

Ein Mißgriff, den ich ganz besonders bedauere, ist, was B. (S. 433) über unsern Einmarsch in Belgien schreibt. Er arbeitet hier wieder mit der Vorstellung, daß die Verträge von 1818 und 1831 uns möglicherweise ein Recht zum Durchmarsch gegeben hätten. B. behauptet ein solches Recht nicht positiv, aber er macht doch unserm Auswärtigen Amt den Vorwurf, daß es diese Möglichkeit nicht genügend geprüft habe. Ich denke doch, diese Angelegenheit ist wenigstens jetzt völlig geprüft, und das Ergebnis ist, daß wir ein vertragsmäßig zugestandenes Recht zum Durchmarsch auf keine Weise in Anspruch nehmen konnten. Es gibt keine andere Rechtfertigung als den Notstand (nicht Notwehr), so wie es Bethmann von Anfang an ausgesprochen hat. Ich fürchte, es wird auch im neutralen Ausland der Wirkung des schönen Buches erheblichen Eintrag tun, daß diese belgische Streitfrage noch einmal in die Debatte geworfen worden ist.

Bei einer neuen Auflage würde ich ferner wünschen, daß das Buch noch in zwei wesentlichen Punkten ergänzt wird. Das ist einmal die Beziehung zwischen Serbien und Österreich, zweitens die Rolle, die Frankreich gespielt hat. Beides wird viel zu beiläufig behandelt. Ich darf vielleicht hinweisen auf die Ergänzung, die meine Broschüre über den „Stand der Kriegsschuldfrage" (Verlag Carl Heymann) in dieser Beziehung zu dem Brandenburgschen Buche bildet. Zum vollen Verständnis des Ursprungs der großen Katastrophe und des Verhaltens der österreichischen wie der deutschen Diplomatie gehört, daß man sich die ganze Größe der Gefahr, die das von Rußland gestützte Serbien für Österreich bildete, stets vor Augen hält. Brandenburg drückt sich hierüber an manchen Stellen, ich möchte beinahe sagen, harmlos aus. Der Oberst Dimitrijewitsch, der das Attentat inszenierte, wird, soviel ich gesehen habe, überhaupt nicht erwähnt. Es genügt nicht zu sagen, daß Wien die großserbische Gefahr für eine Lebensfrage h a l t e, sondern man muß davon ausgehen, daß es für Österreich die Lebensfrage tatsächlich w a r. Die Art, wie Poincaré die Russen vorwärtszutreiben suchte, wie er mit Iswolski intrigierte, wie er sagen ließ, die Sachverständigen seien des Sieges absolut sicher, alles das dürfte in einem solchen Buche nicht fehlen. Auch die Einzelheiten in den letzten Tagen der Krisis, die Daten der Mobilmachung und was dazu gehört, sind nicht exakt genug und nicht ganz fehlerlos. Das alles ließe sich aber in einer zweiten Auflage, die dem Buch sehr zu wünschen ist, ohne Schwierigkeit verbessern oder nachholen.

Es ist natürlich, daß wir heute einer Regierung gegenüber, die uns in ein so unsagbares Elend gestürzt hat, zu schärfster Kritik geneigt sind. Nicht bloß der Parteigeist, sondern auch die objektive, nur nach der Wahrheit strebende Forschung geht darum in Deutschland sogar oft über das hinaus, was jetzt im ehemals feindlichen Ausland oder bei den Neutralen gesagt wird. Strenge aber darf nicht zur Ungerechtigkeit werden und wir müssen auch darin Selbstzucht üben, daß unsere Kritik wirklich nur diejenigen Punkte trifft, wo Mißgriffe nachweisbar sind.

Das ist bei dem Bau der großen Schlachtschiffe und der Mißachtung der loyalen englischen Warnungen klar und deutlich der Fall. Nirgends aber soll man tadeln, ehe man sich ganz in die Lage des Handelnden versetzt, seine Motive gewürdigt und die wahrscheinlichen Konsequenzen anderen Handelns bis ins letzte durchdacht hat.

General Dobrorolski und die russische Mobilmachung 1914.

Major G. Frantz.

General Dobrorolskis Ausführungen im Aprilheft der „Kriegsschuldfrage" ergänzen seinen Aufsatz über die Mobilmachung der russischen Armee. Nicht in der Wiedergabe der Ereignisse, aber in seiner Anschauung und Auffassung über die Bedeutung und Wirkungen der russischen Maßnahmen finden sich mancherlei Gelegenheiten, zu einer anderen Würdigung jener Ereignisse zu kommen als Dobrorolski. —

Zunächst sei hervorgehoben, daß auch von Dobrorolski die Rolle des Kriegsministers Suchomlinow in jenen schicksalschweren Tagen richtig beurteilt, d. h. seine passive Zurückhaltung verurteilt wird. In dem Kronrat vom 25. Juli, dessen Ergebnis bekanntlich der Befehl zur Einführung der Kriegsvorbereitungsperiode mit dem prinzipiellen Beschluß zur Teilmobilmachung war, war der Moment gegeben, in dem der russische Kriegsminister den Gang der Ereignisse zum Segen Rußlands und Europas eine andere Wendung hätte geben können, wenigstens den Versuch hätte machen müssen. Mit der ganzen Macht seiner Stellung als Minister und Vertrauensmann des Zaren hätte er gegen den Beschluß der Teilmobilmachung Stellung nehmen müssen. Wie er in seinen Memoiren mehrfach bekundet, war es seit Jahren seine feste Überzeugung, daß Deutschland seine Bündnispflichten erfüllen würde, eine Überzeugung, die auch Dobrorolski vor dem Kriege teilte. Die Drohung Rußlands gegen Österreich oder seine Absicht eines bewaffneten Eingreifens in den Balkankonflikt mußte also auch Deutschland auf den Plan, an die Seite der Donaumonarchie rufen. Daß Suchomlinow seinen Kaiser nicht warnte, wenigstens nicht versuchte, ihn von diesem ersten Schritt abzuhalten, dieses passive Gehenlassen der Dinge ist seine Schuld am Kriege. Alles andere, was dem einst mächtigen Manne eine böse Fama angedichtet hat: sein angeblicher Ungehorsam gegen den Zaren, Landesverrat, Unterlassungssünden als Minister bei der Versorgung der Armee im Felde, insbesondere mit Munition, alles dies ist übles Machwerk von Leuten, die darin ein Mittel fanden, ihre eigenen nichtswürdigen Handlungen zu vertuschen.

In den Augen des russischen Generals, der jahrelang die Mobilmachung des russischen Heeres im Ministerium bearbeitet hat, ist die

Schuld des Ministers, seine Untätigkeit am 25. Juli, noch um vieles größer, weil er es unterlassen hat, den Zaren wahrheitsgetreu über die Nichtbereitschaft der Armee zum Kriege 1914 zu berichten. Auch diese Ansicht Dobrorolskis ist berechtigt, denn Suchomlinow behauptet selbst in seinen Memoiren, daß die Armee erst 1916 zur vollen Höhe ihrer Bereitschaft gelangt sein konnte. Er war also 1914 überzeugt von der Nichtbereitschaft Rußlands zum Kriege, ohne mit diesem Argument den Kriegseifer Sasonows zu dämpfen und mit der eindringlichen Vorstellung dieser seiner Überzeugnug den Zaren zur Vermeidung des Krieges zu beeinflussen.

Auch Dobrorolski spricht von einer mangelnden Kriegsbereitschaft Rußlands im Jahre 1914 und behauptet, in Deutschland sei alles fertig gewesen; deshalb hätte der Kaiser trotz der drohenden Kriegsgefahr nach Norwegen fahren können. Hier tut sich eine tiefe Kluft zwischen unserer Anschauung und der des Russen auf! Gewiß ist es verfehlt, aus den russischen Heeresreformen, die seit dem Frühjahr 1914 mit ganz besonderem und deutlich erkennbaren Hochdruck betrieben waren, einen Kriegswillen Rußlands für 1914 beweisen zu wollen. Aber zum Kriege fertig war Rußland 1914 ebenso gut oder ebenso schlecht wie Deutschland. Denn auch in Deutschland hatte sich die Heeresreform von 1913 noch nicht ausgewirkt, und neue für notwendig erkannte Maßnahmen zum Ausbau der Wehrmacht wurden im Juni 1914 zwischen Kriegsminister und Generalstabschef erörtert, so daß es sehr fraglich ist, ob Rußlands Kriegsbereitschaft 1916, gemessen an der Deutschlands, größer gewesen wäre als 1914.

Dobrorolski behauptet, die russischen Reserve-Divisionen seien 1914 nicht kampfbereit gewesen, sie hätten im Kriege sehr schnell versagt. Nach unserem Urteil waren gerade sie organisatorisch sehr viel besser ausgebaut als die deutschen. Sie waren durchaus den russischen aktiven Divisionen gleichwertig, besonders was die Ausstattung mit Kolonnen, Trains und Maschinengewehren anbelangte.

Die „massenhaften Waffenstreckungen" in den russischen Reservedivisionen hatten direkt nichts mit der mangelnden Kriegsbereitschaft Rußlands 1914 zu tun; sie hätten bei einem Kriegsausbruch 1916 ebenso gut stattfinden können.

Auch Dobrorolskis Klagen über die unbefriedigende technische Ausrüstung der Armee sind nach unserem Urteil und gemessen an der der deutschen Armee unberechtigt. Auch der deutschen Armee fehlten 1914 Kraftfahrzeuge jeder Art, und in mancher Hinsicht war die russische Armee besser ausgestattet als die deutsche; erinnert sei nur an die reichere Ausrüstung mit Maschinengewehren, Funkergerät, Feldküchen und an das vorzügliche Richtgerät der Artillerie. —

Die Gründe, die Dobrorolski für seine Behauptung von Rußlands Nichtbereitsein zum Kriege anführt, sind ganz allgemein von so untergeordneter Bedeutung, daß sie uns nicht überzeugen können. In einer Zeit so rascher Entwicklung der Technik, wie es der Anfang unseres Jahrhunderts bisher war, wird auch die modernste Armee immer in

technischer Hinsicht Mängel aufweisen, die im Bedarfsfalle als Beweise für die Nichtbereitschaft zu einem Kriege herangezogen werden können.

Daß schließlich im Juli 1914 in den Kanzleien sommerliche Stille herrschte, war wohl eine nicht nur in Petersburg bestehende Erscheinung des Hochsommers.

Wie in seinem ersten Aufsatz bricht Dobrorolski auch dieses Mal eine Lanze für die Harmlosigkeit der Kriegsvorbereitungsperiode, die nur die Mobilmachung beschleunigen und den Aufmarsch erleichtern sollte, ohne daß sie Maßnahmen der eigentlichen Mobilmachung zur Durchführung brachte.

Wir können nur erneut darauf hinweisen, daß die russische amtliche Definition des Begriffes „Kriegsvorbereitungsperiode“ irreführend wirken mußte. Denn die während dieser Zeit vorzunehmenden Maßnahmen griffen tatsächlich in die Mobilmachung über. Wenn Reservisten eingezogen werden sollten über das Maß der planmäßig vorgesehenen Übungsmannschaften des Beurlaubtenstandes, so war eben die Grenze zur Mobilmachung überschritten, und alle gut gemeinten Versicherungen, daß es sich nur um Vorbereitungen handele, helfen nicht über die Tatsache hinweg, daß auf diesem Wege vor der offiziellen Mobilmachung das Heer allmählich bis auf Kriegsstärke gebracht werden konnte, — immer mit der treuherzigen Versicherung: aber mobilgemacht wird nicht!

Es scheint, daß von diesem Verfahren 1914 nicht Gebrauch gemacht worden ist: wir können die Frage nicht einwandfrei klären. Wenn die Einberufung der Reservisten noch nicht erfolgte, ist dies wohl damit zu erklären, daß bereits nach vier Tagen mobilgemacht wurde und in den wenigen Tagen der Kriegsvorbereitungsperiode keine Zeit war, den anderen Weg zu wählen.

Was nun die Entstehungsgeschichte der Mobilmachungsbefehle selbst betrifft, so bestätigen auch diese neuen Ausführungen Dobrorolskis, daß zwischen dem Befehl zur Ausgabe des Mobilmachungsbefehls seitens des Generalstabschefs Januschkewitsch und dem Zeitpunkt, an dem nach allen anderen Fällen der Zar seine Genehmigung zum Befehl der Gesamtmobilmachung gegeben hat, eine zeitliche Lücke von m i n d e s t e n s zwei Stunden besteht. Eine Lösung dieser scheinbaren Widersprüche können wir nur in der Annahme finden, daß Sasonow eigenmächtig die Gesamtmobilmachung in Gang gesetzt hat, ehe er am Nachmittage zum Zaren fuhr, um im Notfalle die Einwilligung des Zaren durch die bereits vollzogene Tatsache zu erzwingen. —

Die Legende von dem Einfluß des Lokal-Anzeiger-Extrablattes auf die Entstehung des Mobilmachungsbefehles am 30. Juli dürfte nunmehr einwandfrei als plumpe Geschichtsfälschung erwiesen sein.

Weiteres zur angeblichen Warnung Wiens durch den serbischen Gesandten.

Auf die Notiz in der „Kriegsschuldfrage" Januar-Februar-Heft 1924, Seite 30, machte Professor Stanojewitsch folgende Mitteilung: „Man kann die Frage nicht so leicht und einfach beiseiteschieben, wie sich das Herr von Wegerer vorstellt, und der unlogische Schluß in der Notiz kann nicht so ohne weiteres und ohne Protest von mir akzeptiert werden." Um der Lösung näher zu kommen, machte Professor Stanojewitsch dann den Vorschlag, den Professor Hartmann in Wien zu ersuchen, die von ihm angeführte Notiz Reg. B. 28. Juni 1914 in der Einlaufregistratur des Ministeriums des Äußern aufzusuchen. Das Weitere macht Professor Stanojewitsch von dem Ergebnis dieser Nachforschung abhängig. Professor Hartmann, dem die Bitte Professor Stanojewitsch' übermittelt worden ist, teilte darauf folgendes mit: „Aus diesen und anderen Gründen kann ich Ihnen auch nur mit einem Nein antworten." Die Ablehnung des Professors Hartmann teilte ich Professor Stanojewitsch mit, worauf er vorschlug, Herrn Dr. Kanner seine Bitte zu übermitteln. Herrn Dr. Kanner, der sich bereit erklärte, die Nachforschungen zu übernehmen, wurde der Zutritt zum Wiener Bundeskanzleramt verweigert, worauf er mich bat, beim Bundeskanzleramt für ihn die Erlaubnis zur Akteneinsichtnahme zu erbitten. Als ich dies mit der Begründung ablehnte, daß ich selbst keine Veranlassung hätte, die Richtigkeit der Mitteilung des Bundeskanzleramts in Zweifel zu ziehen, teilte Dr. Kanner mit, daß er sich selbst mit einem entsprechenden Gesuch an das Bundeskanzleramt gewandt habe.

Diese an sich uninteressanten Tatsachen werden nur mitgeteilt, um zu zeigen, daß „Die Kriegsschuldfrage" nichts versäumt hat, um die Aufklärung über den strittigen Punkt in der gewünschten Weise zu fördern.

Was den Vorwurf des Professors Stanojewitsch anbelangt, daß der Schluß in der Notiz unlogisch sei, stelle ich folgendes noch einmal kurz fest: Professor Stanojewitsch hatte auf Seite 61 seiner Schrift „Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand" geschrieben:

„Der serbische Gesandte in Wien hatte einige Tage vor dem Attentat offiziell die österreichisch-ungarische Regierung verständigt, die serbische Regierung habe Angaben darüber, daß sich in Sarajewo etwas gegen den Thronfolger vorbereite. Das amtliche Serbien konnte daher nicht der Schuld an der Ermordung geziehen werden."

Professor Ernest Denis hatte in „La grande Serbie", Seite 277, gesagt: „Am 21. Juni teilte der serbische Gesandte in Wien dem Ministerium des Auswärtigen in Wien mit, daß die serbische Regierung Grund zu glauben habe, daß sich ein Komplott in Bosnien organisiert hätte."

Meine von Professor Stanojewitsch als unlogisch bezeichnete Schlußfolgerung in der Notiz lautete: „Es bleibt aber nach den Mitteilungen von Stanojewitsch und Denis als Tatsache bestehen, daß Jovanovic bzw. die serbische Regierung von dem geplanten Anschlag gegen den Thronfolger gewußt hat.“ Um Herrn Stanojewitsch soweit wie möglich entgegenzukommen, will ich meine Behauptung dadurch näher präzisieren, daß ich im letzten Satz meiner Notiz das Wort „etwas“ einfüge. Der Satz würde demnach lauten: „Es bleibt aber nach den Mitteilungen von Stanojewitsch und Denis als Tatsache bestehen, daß Jovanovic bzw. die serbische Regierung etwas von dem geplanten Anschlag gegen den Thronfolger gewußt hat.“

Auf die Angelegenheit selbst zurückzukommen, behalten wir uns vor, sobald das Ergebnis der erneuten Nachforschungen und die in der Presse angekündigten Memoiren des österreichisch-ungarischen Finanzministers Bilinski und des serbischen Gesandten Jovanovic hier vorliegen.

Zum Schluß sei noch auf den Aufsatz von Miß E. Durham im Maiheft der „Foreign Affairs“ „Das größte Verbrechen in der Geschichte“ hingewiesen, in dem sie zu diesen Fragen Stellung nimmt.

Alfred von Wegerer.

Das französische Gelbbuch 1914. Ein Nachwort.

Im Maiheft der „Kriegsschuldfrage“ ist das französische Gelbbuch eingehend behandelt worden. Aber vielleicht wurden durch die Ausführlichkeit der Darstellung die hauptsächlichsten Auslassungen und Fälschungen nicht scharf genug hervorgehoben und beleuchtet. Deshalb soll noch einmal kurz auf die wesentlichsten Punkte eingegangen sein.

Die Nachprüfung des Gelbbuches hat ergeben, daß wichtigste Berichte der französischen Botschafter gänzlich fehlen, daß schwere Fälschungen vorgenommen worden sind und daß die Herausgeber soweit gegangen sind, „erfundene Dokumente“ zu veröffentlichen, um die Verantwortung der französischen Regierung zu verschleiern.

Gelbbuch 102, 106, 117, 118 und 120 enthalten die Schriftstücke, auf die wir noch einmal die Aufmerksamkeit lenken möchten. Im Mittelpunkt vom Gelbbuch 102, 117 und 118 steht die russische Mobilmachung. Gegenüber der Behauptung der französischen Regierung, daß sie die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung nicht gekannt habe, ist durch die Veröffentlichung der Originale vom Gelbbuch 102, das aus zwei Telegrammen zusammen-

gesetzt ist, das genaue Gegenteil erwiesen worden. Die französische Regierung hat am späten Abend des 30. Juli, zwölf Stunden vor der deutschen Regierung die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung erfahren. Sie hat bei der Herausgabe des Gelbbuches diese Meldung ihres Petersburger Botschafters unterschlagen, um dem Lügengebäude, das sie um die russische allgemeine Mobilmachung errichtet hatte, nicht die Basis zu entziehen. Zu diesem Zweck haben die Herausgeber weiterhin aus der einfachen Tatsachenmeldung des französischen Botschafters in Gelbbuch 118 einen ausführlichen Bericht gemacht, der mit falschen Angaben den entscheidenden Schritt der russischen Regierung decken und entschuldigen soll.

Diese Fälschermethoden werden niemanden überraschen, der in dem ersten Brief Poincarés an den König von England vom 31. Juli den Satz gelesen hat: „Wir haben von Anfang der Krise an unseren Verbündeten eine Mäßigung anempfohlen, von der sie nicht abgewichen sind.“ Stärker kann man die Wahrheit nicht entstellen, als es hier durch Poincaré geschehen ist.

Die letzten Friedensvermittlungsversuche, die der österreichische Botschafter in Paris am späten Abend des 31. Juli unternommen hat, sind im Gelbbuch 120 wiedergegeben. Wir kennen seit einigen Jahren den Originaltext dieses Dokumentes. Ein Vergleich mit dem französischen Gelbbuch zeigt, in welch unerhörter Weise die Herausgeber dieses diplomatische Dokument zu einer auf falschen Angaben beruhenden Anklage gegen Deutschland gemacht haben. Der Wortlaut von Gelbbuch 120 ist gegenüber dem Original um das Dreifache erweitert worden. Und der Inhalt dieses erfundenen Dokumentes ist dann immer wieder von seiten der Entente als einer der Hauptanklagepunkte gegen Deutschland hervorgehoben worden und kehrt als solcher auch in dem berüchtigten Rapport vom 29. März 1919 wieder.

Das französische Gelbbuch hat durch diese Auslassungen und Fälschungen den Charakter einer historischen Quelle verloren.

Am 15. Juni wird in Paris ein Denkmal Zolas enthüllt, an dessen Sockel die Worte stehen: „Die Wahrheit ist auf dem Marsch, und nichts wird sie aufhalten.“ Man kann nur hoffen, daß die Wahrheitsliebe der Verehrer Zolas auch vor dem französischen Gelbbuch nicht haltmachen wird.

August Bach.

Monatsbericht.

Presseschau.

Shimonoseki **Vossische Zeitung, Nr. 230.**
Von Archivrat Dr. Hans Rothfels. **30. 4. 1924.**

Der für Japan glückliche Ausgang des japanisch-chinesischen Krieges 1894/95 zwang die chinesische Regierung im März 1895, die Intervention der Großmächte zu erbitten. Die deutsche Regierung, die in Tokio vor einer Überspannung der Friedensforderungen warnte, setzte sich für die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem chinesischen Festland ein und fand hierbei die wärmste Unterstützung der russischen Regierung. England aber zog sich aus der Reihe der Interventionsmächte zurück und beteiligte sich nicht an dem gemeinsamen Schritt, durch den die Vertreter Deutschlands, Frankreichs und Rußlands am 23. April 1895 in Tokio gegen den Präliminarfrieden von Shimonoseki Einspruch erhoben. Die Teilnahme der deutschen Regierung an diesem diplomatischen Schritt ist in der Folge viel kritisiert worden. Nach den nun vorliegenden Akten des Auswärtigen Amtes hat der deutsche Gesandte unter Überschreitung seiner Vollmachten sich dazu verleiten lassen, als einziger die Eventualdrohung eines gewaltsamen Druckes auf Japan öffentlich auszusprechen und schriftlich niederzulegen. Das Hauptziel der deutschen Teilnahme am Protest gegen den Präliminarfrieden von Shimonoseki sieht Rothfels in der Absicht der deutschen Regierung, Rußland, dem man sich nach dem Scheitern der englischen Orientierung wieder genähert hatte, zu verpflichten und es in Ostasien zu engagieren.

Der englische Bündnisfühler von 1895. **Vossische Zeitung, Nr. 230.**
Von Archivrat Dr. Hans Rothfels. **15. 5. 1924.**

Rothfels behandelt auf Grund der Akten des deutschen Auswärtigen Amtes den von Salisbury 1895 angeregten Plan einer Aufteilung der Türkei, wobei Salisbury offenbar versuchte, Deutschland die Initiative zuzuschieben. Holstein, der in Berlin die Bearbeitung dieser Frage in Händen hatte, befürchtete eine Kompromittierung Deutschlands durch England in Petersburg und trat für eine Ablehnung ein. In der persönlichen Aussprache, die Wilhelm II. mit Salisbury im August während der Cowes-Regatta hatte, wies der Kaiser dann den Aufteilungsplan zurück. Durch eine Annahme des Salisburyschen Vorschlages wäre die Möglichkeit einer deutsch-englischen Annäherung auf eine neue Grundlage gestellt worden. „Aber — schreibt Rothfels — gleich bei dem ersten englischen Fühler nach Deutschland hin zeigte sich, daß die in Mitteleuropa eingeschlossene Macht in diesem imperialistischen Sinne weder bündnisreif noch bündniswillig war. Auch hier ist das Bild, das sich aus den Akten ergibt, ein denkbar starkes Argument gegen den Schuldspruch von Versailles.“

Die erste Haager Friedenskonferenz. Ein Erinnerungsblatt zum 16. Mai 1889—1924. Von Philipp Zorn.

Kölnische Zeitung, Nr. 345. 16. 5. 1924.

Professor Dr. Zorn, der deutscher Delegierter auf der ersten Haager Konferenz war, skizziert die Verhandlungen über Einsetzung eines Schiedsgerichtes, an denen er selber einen hervorragenden Anteil hatte, und die Beratungen über die Abrüstung, in deren Mittelpunkt „die ganz unreifen russischen Vorschläge" standen, die nach der Rede des deutschen Delegierten Oberst von Schwarzhoff von allen Großmächten abgelehnt wurden.

D'Estournelles de Constant †.

Am 15. Mai 1924 starb in Paris im Alter von 72 Jahren der hervorragende französische Pazifist Senator D'Estournelles de Constant. Er war vor dem Kriege ein eifriger Förderer einer deutsch-französischen Verständigung und hat seine Gedanken am 28. April 1909 in einer vielbeachteten Rede in Berlin im preußischen Herrenhaus zum Vortrag gebracht. D'Estournelles de Constant sollte am 18. Mai auf der Erinnerungsfeier an die erste Haager Friedenskonferenz die Festrede halten. An seiner Stelle hat nun sein Sohn Paul D'Estournelles im Haag die Rede verlesen, die sein Vater auf dem Krankenbett verfaßt hat.

Fürst Bülow zum 75. Geburtstag. Von Theodor Wolff.

Berliner Tageblatt, Nr. 211. 3. 5. 1924.

In einem Gedenkartikel zum 75. Geburtstag des Fürsten Bülow schreibt Theodor Wolff: „Im Verlaufe der Marokko-Affäre und auch später noch, bei der Annexion Bosniens durch Ährenthal, schien der Friede Europas bedroht zu sein. Wer damals kritisch beiseite stand, kann auch jetzt nicht sagen: es war alles wohlgetan. Aber Fürst Bülow hatte den Blick, der die Größe der Gefahr zu ermessen versteht. Er riskierte niemals das Äußerste, versperrte sich nicht jeden Ausgang, belastete die Wage nicht übermäßig schwer. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, wieweit die Situation, aus der sein Nachfolger nicht herausfand, durch die Politik der vorangegangenen Jahre vorbereitet worden war. Aber ganz unzweifelhaft ist, daß Fürst Bülow nicht in den Krieg hineingeglitten wäre, denn er besaß im höchsten Maße jenes Wagenführertalent, das auch im letzten Augenblick noch, hart am Rande des Abgrundes, den Absturz vermeiden kann. Er war ein Jongleur, der die Kugel noch zurückholt, wenn sie im Fallen schon den Boden zu berühren scheint. Irrtümer gediehen bei ihm nie bis zur letzten Katastrophe, und Fehlerhaftes auszubessern war eine besondere Art seiner großen diplomatischen Geschicklichkeit. Er kann, wenn er im Gespräch die Politik vor dem Ausbruch des Krieges streift, mit Recht sagen, die Fehler, die damals verübt wurden, hätte er nicht begangen. In schwierigen Momenten war er wachsam, fiel ihm immer das Richtige

ein. Warum hat man im Juli 1914, als er in Klein-Flottbeck, gar nicht weit von Berlin, saß, seinen Rat nicht eingeholt? Es wäre vieles anders gekommen."

Sir Edward Goschen †.

Am 20. Mai starb in London der ehemalige englische Botschafter in Berlin, Sir Edward Goschen, im 77. Lebensjahr. Von 1908 bis 1914 war er Botschafter in Berlin. Die Nachrufe der englischen Presse erinnern an die letzte Unterredung, die Goschen mit Reichskanzler von Bethmann Hollweg am 4. August 1914 nach der Überreichung der englischen Kriegserklärung gehabt hat, wobei der Reichskanzler die durch das englische Blaubuch bekannt gewordene Äußerung über den belgischen Neutralitätsvertrag, den er als „Papierfetzen" bezeichnete, getan hat. Bethmann Hollweg hat bekanntlich in seinen „Erinnerungen" eine ausführliche Darstellung dieser Unterredung gegeben, die dann später noch in manchen Einzelheiten durch O. Hammann in seinem Buch „Bilder aus der letzten Kaiserzeit" ergänzt worden ist. Die deutschen Nekrologe heben hervor, daß Goschen im Gegensatz zu seinen britischen Kollegen in Petersburg und Paris auf politischem Gebiet zu passiv gewesen sei und jedes starke persönliche Hervortreten gegenüber Sir Edward Grey vermieden habe. Gerade diese Passivität, betont die deutsche Presse, werde die spätere Geschichtsforschung gewiß als einen der Faktoren zu berücksichtigen haben, die einen wesentlichen Einfluß auf den Ausbruch des Weltkrieges gehabt hätten.

Frankreichs Solidarität mit Rußland. Ein neues Dokument zur Kriegsschuldfrage. Von Alfred von Wegerer.

Kreuz-Zeitung, Nr. 226. 14. 5. 1924.

Alfred von Wegerer gibt ein bisher unbekanntes Telegramm des italienischen Botschafters in Petersburg vom 25. Juli 1914 zum erstenmal bekannt, in dem klar zum Ausdruck kommt, daß die französische Regierung bereits am 25. Juli der russischen Regierung erklärt hat, daß sie ihre Bündnispflicht in ihrem ganzen Umfang erfüllen werde.

Vergl. Maiheft dieser Zeitschrift, Seite 164.

Delcassés Vernichtungsplan. Die Papiere Iswolskys.

Berliner Tageblatt, Nr. 238. 20. 5. 1924.

Paul Block, der Pariser Korrespondent des Berliner Tageblatts, berichtet über ein soeben erschienenes Buch des Obersten Converset: „Drei Jahre der Geheimdiplomatie, die zum Kriege von 1914 führten". Den wesentlichen Inhalt dieses Buches bilden die Berichte Iswolskys. General Percin, der das Buch in der ‚Ere Nouvelle" bespricht, sagt: „Seit zehn Jahren ist dem französischen Volke vorerzählt worden, daß es einen Krieg um das Recht geführt hat; heute erfährt es, daß der Kampf um die Vernichtung des deutschen Staates ging. Natürlich

erklärt der Quai d'Orsay, daß sich im französischen Archiv keine Spur dieser Erklärung findet. Solche Dinge pflegen mündlich vereinbart zu werden." Die Redaktion des Berliner Tageblattes fügt hinzu: „Man darf hoffen, daß mit Poincaré, der in den gleichen Bahnen wie sein Freund Delcassé wandelte, nun auch die Vernichtungspolitik verschwinden wird, und es ist ein neuer Beweis für den Stimmungsumschwung, daß man sich heute rückschauend mit diesen Dingen beschäftigt, die man vor anderthalb Jahren teils wenig beachtet und teils abgeleugnet hat."

Poincaré oder Caillaux?
Frankreich am Scheidewege.

Vossische Zeitung, Nr. 242.
22. 5. 1924.

Kurz vor den französischen Wahlen erschien in Paris ein Buch von Alfred Fabre-Luce: „Der Sieg", in dem Fabre-Luce den Ursachen des Weltkrieges nachforscht. Er gelangt dabei zu der auch heute wieder aktuellen Frage: Poincaré oder Caillaux? Er führt dazu aus, daß die meisten von denen, die 1912 Poincaré zur Macht erhoben, der Überzeugung waren, „daß der Gegensatz zwischen dem deutschen Imperialismus und dem französischen Ressentiment unweigerlich in einen blutigen Kampf einmünden müsse. Sie hielten es für nötig, sich darauf ohne Hoffnung und ohne Reserve vorzubereiten, durch Verstärkung der Rüstungen und der Bündnisse. Sie waren der Ansicht, daß eine energische Politik in wenigen Jahren die Umstände schaffen könne, durch die ein Sieg Frankreichs gesichert wäre und, da man den Kampf nun einmal annehmen müsse, wünschten sie dessen Ausbruch in einem günstigen Augenblick."

Fabre-Luce glaubt, daß Bethmann Hollweg entschlossen war, für den kostbaren Gewinn der französischen Freundschaft den erforderlichen Preis zu zahlen. Auf dem Höhepunkt dieses diplomatischen Ringens zu Ende des Jahres 1911 hätte Frankreich das Höchstangebot des deutschen Kanzlers annehmen müssen, aber das Frankreich von 1911 war nicht reif für dieses Experiment, und der Boden war nicht vorbereitet für eine Caillaux-Politik. „Frankreich — sagt Fabre-Luce — wollte eine Verteidigungsliga gegen Deutschland schaffen: es hat nichts als ein Syndikat von Eroberern zustande gebracht."

Die Kriegsschuld der Vereinigten Staaten von Nordamerika.
Von W. Schaer.

Weser-Zeitung.
15. und 16. 5. 1924.

Wilhelm Schaer gibt eine ausführliche Würdigung des in Deutschland noch wenig bekannten Offenen Briefes, den Louis E. Rowley am 22. Januar d. J. an den Senator Owen gerichtet hat aus Anlaß der Rede, die Owen im Dezember 1923 im Senat über die Kriegsverantwortlichkeit gehalten hat. Die zahlreichen wertvollen Urkunden, an Hand deren Rowley die Gründe darlegt, welche die Vereinigten

Staaten zum Eintritt in den Weltkrieg bewogen haben, werden von Schaer besonders hervorgehoben und in ihren wesentlichsten Stellen in deutscher Übersetzung wiedergegeben.

Aus Zeitschriften.

Eine amerikanische Schuldfragendiskussion.

Seven Books of History against the Germans. Von Harry Elmer Barnes, Professor of historical sociology at Smith College. **The New Republic. 19. 3. 1924.**

Wer nach Ausbruch des Krieges gehofft hatte, daß die Geschichtswissenschaft die Ereignisse, die zum Weltkrieg geführt haben, ohne Rücksicht auf Staat, Nation und Gesellschaft beurteilen würde, ist durch den Verlauf der Dinge schwer enttäuscht worden. Aber auch nach Beendigung der Feindseligkeiten fehlte es manchen Historikern noch an der erforderlichen Objektivität bei der Klarlegung der Kriegsursachen. Als Beispiele hierfür werden von Barnes die Werke der Professoren E. R. Turner und Charles Downer Hazen angegeben. Barnes geht dann zu einer ausführlichen Würdigung des letzten Buches von Hazen: „Europe since 1815“ über, das in seiner ersten Fassung 1917 erschienen ist. Barnes macht es Hazen zum schweren Vorwurf, daß er die gesamten wichtigsten Quellenwerke der letzten Jahre, soweit sie von seiten der Mittelmächte veröffentlicht worden sind, unberücksichtigt gelassen hat. Hazen hat ferner die russischen Aktenpublikationen (Siebert, Livre noir I, II und die Fälschungen des Orangebuchs) nicht verwertet. Barnes kommt daher zu der Schlußfolgerung, daß das Werk von Professor Hazen wissenschaftlich auf dem Niveau von 1916 stehe.

Professor Turner on the Causes of the Great War. Von Raymond Turner, Ann Arbor, Michigan. **The New Republic. 9. 4. 1924.**

Professor Turner antwortet auf die vorstehende Kritik von Professor Barnes, der in seiner Besprechung des Hazenschen Werkes auch das Buch von Professor Turner: „Modern European History“ eine Enttäuschung genannt hatte. Turner gibt zu, daß er bei einer Neuauflage seines Werkes gewiß manche Änderungen und Ergänzungen vornehmen werde, aber seine Grundauffassung von der Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Weltkrieges werde die gleiche bleiben: Deutschland habe den Weltkrieg begonnen und sei der wichtigste Faktor gewesen, der ihn unvermeidlich gemacht habe.

A Reply from Professor Barnes. The New Republic. 9. 4. 1924.

Wenn Professor Turner eine Revision der amerikanischen Historiker über die Ursachen des Weltkriegs als „hysterisch“ bezeichne und wenn die Geschichtsschreibung der Fay, Gooch, Montgelas, Pribram und Schmitt „Hysterie“ sei, dann könne man davon nicht genug bekommen.

Innerhalb der Kreise der amerikanischen Schuldfragenforschung, die ihr Urteil über den Ausbruch des Krieges einer Revision unterzogen hätten, herrsche ziemliche Einmütigkeit darüber, daß die unmittelbare Verantwortung für den Kriegsausbruch die Kriegsparteien in Österreich und Rußland treffe. Er persönlich halte Poincaré für denjenigen, der von allen Einzelpersönlichkeiten die größte Schuld auf sich geladen habe. Gewiß erforderte es eine große Arbeit, das in den letzten erschienene Dokumenten- und Quellenmaterial durchzuarbeiten, aber beschämend bleibe es für Professor Hazen, daß er sein Werk auf einem Niveau der historischen Kenntnisse von 1916 geschrieben habe.

**The Origins of the World War. The New Republic.
Von Professor William L. Langer, 30. 4. 1924.
Worcester, Massachusetts.**

Professor Langer erklärt sich indirekt mitverantwortlich für die Kritik von Professor Barnes, der ihm das Manuskript seiner Besprechung über Hazen vor der Veröffentlichung vorgelegt habe. Langer bekennt offen, daß er es als eine ehrenvolle Pflicht betrachtet habe, an der Front dienen zu dürfen. Seither habe ihn aber ein eingehendes Studium und die persönliche Bekanntschaft mit führenden Historikern Europas zu einer Revision seiner Anschauung über den Kriegsausbruch geführt. Er nehme durchaus keinen deutschfreundlichen Standpunkt ein, aber es erscheine ihm unverständlich, wie irgendjemand, der die Quellenliteratur der letzten Jahre studiert habe, den § 231 des Versailler Vertrages anders betrachten könne „als den erstaunlichsten Schwindel in der Geschichte“. Wenn man gegen das neue Dokumentenmaterial den Einwand erhebe, daß es von „russischen revolutionären Kreisen und von deutschen Spionen“ geliefert werde, so könnten die Entente-Regierungen diesen Zustand durch Veröffentlichung ihrer Archive ändern. Allerdings werde der Argwohn des Historikers gerechtfertigt, wenn er den freimütigen Veröffentlichungen der deutschen und österreichischen Regierungen und den ungeschminkten Bekenntnissen mancher der Staatsmänner der Mittelmächte solche großsprecherischen Beiträge gegenüberstelle wie das französische Gelbbuch und die Erinnerungen von Poincaré und Asquith.

**Professor Hazen on the Causes of the War. The New Republic.
7. 5. 1924.**

Nunmehr ergreift Professor Hazen selbst das Wort. Er legt Verwahrung dagegen ein, daß ihm die Quellenwerke der letzten Jahre

unbekannt seien. Er habe die Quellen aufmerksam studiert, aber er habe nicht geglaubt, sein Urteil von 1916 revidieren zu müssen. Er zitiert ausführlich Professor Fay und sagt, daß er nicht einsehen könne, daß die Veröffentlichungen der letzten Jahre unsere Kenntnis über den Kriegsausbruch völlig umgestoßen habe.

A Reply from Professor Barnes. The New Republic. 7. 5. 1924.

Wenn Professor Hazen — sagt Barnes in seiner Entgegnung — die Arbeiten von Professor Fay aus den Jahren 1920 und 1923 zur Stützung seines eigenen Urteils heranziehe, so vergesse er doch, daß zu jener Zeit Professor Fay wichtige Dokumentensammlungen, wie das „Livre noir" und die „Fälschungen des russischen Orangebuches" noch nicht habe verwerten können. Es sei sehr wahrscheinlich, daß ein so gewissenhafter Historiker wie Professor Fay sein Urteil auf Grund dieser neuen Publikationen in manchen Punkten geändert habe. Er selbst würde es nicht wagen, heute noch die Artikel von Professor Fay als autoritativ hinzustellen, da dies unfair gegenüber Professor Fay sein würde. Er hoffe sicherlich, nicht in den Verdacht zu geraten, die Unschuld der deutschen oder österreichischen Militaristen zu vertreten. Er bedauere es sehr, daß er nicht Moltke, Ludendorff, Hoyos und Hoetzendorf am selben Galgen hängen sehen könne wie den Großfürsten Nikolaus, Januschkewitsch, Poincaré, Tardieu und Delcassé. Im übrigen aber sei diese Diskussion zu ernst für einen Scherz. Der Friede der Zukunft und das Glück Europas hänge zu einem großen Teil davon ab, daß in der Frage der Kriegsverantwortlichkeit Tatsachen und Wirklichkeit über Phantasie und Gefühl triumphieren würden.

Assessing the blame for the World War. A revised Judgement based on all the available Documents. By Harry Elmer Barnes. **The Current History. Published by the New York Times. Mai 1924.**

Diese große Arbeit über die diplomatischen Verhandlungen der Julikrise 1914 ist von besonderer Bedeutung, da sie die heutige Auffassung derjenigen amerikanischen Historiker wiedergibt, die unter dem Eindruck der deutschen, österreichischen und russischen Dokumente ihre ursprüngliche Auffassung über die Kriegsverantwortlichkeit revidiert haben. Professor Barnes gibt nach einer einleitenden Charakterisierung der wichtigsten Dokumentensammlungen eine Skizzierung der Situation Europas am Vorabend des Krieges. Nach kurzem Eingehen auf die serbischen Intrigen gegen Österreich leitet er zur Julikrise über. Hier behandelt er den diplomatischen Schriftwechsel der einzelnen Regierungen getrennt nach Staaten. Professor Barnes unterstützt dabei seine Ausführungen durch sehr reichhaltige und wertvolle Literaturangaben. In seinen Schlußfolgerungen sagt er, man könne die Kriegsverantwortlichkeit der einzelnen Nationen wohl in folgender

Reihenfolge feststellen: Österreich, Rußland, Frankreich, Deutschland, England. Weder Frankreich noch England hätten gegenüber Rußland so große Anstrengungen gemacht, es vom Kriege zurückzuhalten, wie Deutschland gegenüber Österreich. Schwerer als jede nationale Schuld wiege eigentlich das schädliche und grausame europäische System des Nationalismus, Imperialismus, des Militarismus und der Geheimdiplomatie, die gerade in der Zeit von 1870—1914 in voller Blüte gestanden hätten. (Schluß der amerikanischen Diskussion.)

Pubblicazioni francesi e tedesche sulla Guerra mondiale. **Nuova Rivista Storica, Mailand. April und Mai 1924.**

In den April- und Maiheften der von dem Mailänder Professor Barbargallo geleiteten Zeitschrift „Nuova Rivista Storica" wird das Zweite Schwarzbuch einer eingehenden Kritik unterzogen und die russische, französische, deutsche und österreichisch-ungarische Politik in den Jahren 1912 bis 1914 an Hand der in diesem Schwarzbuch enthaltenen Urkunden eingehend untersucht. Der Verfasser kommt am Schlusse seiner Abhandlung zu einer Bestätigung der in allen Aufsätzen der „Rivista" über die Kriegsschuld vertretenen Auffassung, daß am Vorabend des Kriegsausbruches keine der europäischen Großmächte auf den Konflikt hinarbeitete oder ihn auch nur wünschte. Selbst das am meisten beunruhigte Österreich-Ungarn habe seine Augen nur auf den Balkan gerichtet und nie an etwas anderes gedacht. Die These der Bolschewisten, der nachkriegerischen deutschen Geschichtsschreibung wie der französischen Pazifisten und Kommunisten, die den Krieg als das Ergebnis eines französisch-russisch-englischen Komplotts darstellt, werde durch diesen Band vollständig widerlegt, ebenso die These des Versailler Vertrages von der deutschen Alleinschuld am Kriege. Der Krieg brach in dem Augenblicke aus, in dem alle Großmächte ihn fürchteten und ihn zu beschwören suchten. Wie es zu diesem Ausbruche kam, ist das Problem, das sich von jetzt an den Historikern darstellt. Es sei das unbeabsichtigte Verdienst dieses Schwarzbuches, zu diesem unparteiischen Ergebnis gezwungen zu haben, wenn es auch zu gerade entgegengesetzten Zwecken mühsam zusammengestellt und lärmend veröffentlicht worden ist.

Das Maiheft enthält ferner eine Kritik des Buches von Professor Stanojewitsch über die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand (Frankfurter Societätsdruckerei 1920), die sich scharf gegen die Behauptung des Verfassers wendet, daß in der Zusammenkunft zwischen dem Erzherzog und Kaiser Wilhelm in Konopischt im Juni 1914 der Plan einer Vernichtung Serbiens getroffen, und daß daraufhin der Beschluß zur Ermordung des Erzherzogs gefaßt worden sei. Diese Behauptungen des Verfassers würden von ihm in keiner Weise durch positive Zeugnisse bewiesen und entsprächen weder materiell noch zeitlich den Tatsachen.

La mobilisation russe en 1914 d'après le débat du procès Soukhomlinof. Von Pierre Renouvin.

Revue d'Histoire de la Guerre Mondiale. Paris, April 1924.

P. Renouvin stellt die Berichte aus den vier russischen Zeitungen: Russkoje Slowo, Rjetsch, Birshewija Wjedomosti, Iswestija über den Suchomlinowprozeß, soweit die Vorgänge die Anordnung der russischen Mobilmachung betreffen, einander gegenüber und knüpft hieran einige Schlußfolgerungen. Die vergleichende Studie verliert leider dadurch an Wert, daß Renouvin, wie er in einer Fußnote selbst sagt, die Erinnerungen Suchomlinows und die Tagebuchaufzeichnungen des russischen Außenministeriums bei Abfassung seines Aufsatzes noch nicht berücksichtigt hat. Wir vermissen in der vergleichenden Darstellung auch die Äußerungen aus dem Suchomlinowprozeß, wie sie in der „Russkaja Wolja" wiedergegeben worden sind. Renouvin hebt hervor, daß der Unterschied in der Berichterstattung der von ihm angeführten Zeitungen darin beruht, daß, während Suchomlinow erklärt, der Zar habe ihm befohlen, die allgemeine Mobilmachung aufzuheben, Januschkewitsch erklärt, daß er die allgemeine Mobilmachung in eine Teil-mobilmachung umgewandelt haben wollte.

Eigentümlich berührt es, wenn Renouvin von der Depesche über die Falschmeldung des „Berliner Lokal-Anzeigers" über die Mobilmachung schreibt, „elle n'est parvenue à Pétersbourg, semble-t-il, que dans la seconde partie de l'après-midi, après la décision de mobilisation". Der Ausdruck „semble" ist wohl nicht mehr zutreffend, nachdem durch die Äußerungen von Dobrorolski festgestellt worden ist, daß das Telegramm über die Falschmeldung des Lokal-Anzeigers erst nach der Entscheidung über die Anordnung der Mobilmachung eingetroffen ist und diese Auffassung auch von Sachverständigen des Auslandes jetzt überall anerkannt wird.

La Belgique et l'Allemagne du 26 juillet au 4 août 1914 (d'après les Archives de l'Office impérial des Affaires étrangères. von Léon Leclère, Professor an der Universität Brüssel.

Revue de l'Université de Bruxelles, Februar-April 1924.

Auf Grund der deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch zeichnet Professor Leclère ein Bild der Haltung der deutschen Regierung gegenüber Belgien während der Julikrise 1914.

In den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellt Leclère den bekannten Entwurf Moltkes über eine Sommation an Belgien, der von diesem am 26. Juli niedergeschrieben worden ist. Es ist eine historische Unwahrheit, wenn Leclère es so hinstellt, als ob der Entwurf Moltkes bereits am 26. Juli eine ausschlaggebende Rolle in der Haltung der deutschen Regierung gespielt habe. Moltke hat seinen Entwurf erst am 29. Juli dem Auswärtigen Amt übersandt, nachdem die russi-

sche Regierung die Teilmobilmachung gegen Österreich offiziell angekündigt hatte (D. D. 343, angekommen im Ausw. Amt am 29. Juli 2 Uhr 52 nachm.).

Les Origines de l'Entente, von Elie Halévy. — **Revue de Paris, Mai 1924.**

Eine Studie über die Entstehungsgeschichte der englisch-französischen Entente. Die Urteile des Verfassers über die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen 1898—1901 entsprechen in keiner Weise unserer heutigen Kenntnis der damaligen Vorgänge.

The Greatest Crime in History. More Light upon the Serajewo murders. By M. E. Durham. — **Foreign Affairs, Mai 1924.**

M. Edith Durham behandelt im Zusammenhang die Schrift des serbischen Professors Stanojewitsch über die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und den sich daran anschließenden Briefwechsel zwischen Stanojewitsch und Alfred von Wegerer, über die angebliche Warnung Serbiens an Österreich, der in der „Kriegsschuldfrage" veröffentlicht worden ist. Bekanntlich hatte St. zur Stützung seiner Behauptung eine Aktennummer des Wiener Auswärtigen Amtes angegeben. M. Durham zieht daraus die Schlußfolgerung, daß die serbische Regierung von dem Attentat gewußt hat und daß sie wohl in der Lage gewesen wäre, in den Wochen vom 28. Juni bis 23. Juli die Täter festzustellen.

Zur Vorgeschichte des Rückversicherungsvertrages. Von Ludwig Raschdau. — **Deutsche Rundschau, Mai 1924.**

Gesandter a. D. Raschdau veröffentlicht hier eine wertvolle Denkschrift über die Sitzung der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes vom 23. März 1890, in der unter dem Vorsitz des Generals von Caprivi der Beschluß gefaßt wurde, den Rückversicherungsvertrag nicht mehr zu erneuern. Über diesen Vorgang enthalten, wie Exzellenz Raschdau sagt, die Akten des Auswärtigen Amtes nicht die geringste Andeutung. Es findet sich nur im Band 7 der großen Aktenpublikation auf Seite 47 eine Anmerkung der Herausgeber zu Dokument 1391, in der diese Sitzung erwähnt und auf einen Brief Holsteins vom 22. März hingewiesen wird.

Die deutsche Außenpolitik der wilhelminischen Ära. Von Felix Rachfahl. — **Archiv für Politik und Geschichte, Mai 1924.**

Rachfahl zeichnet auf Grund der zweiten Serie der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes die große Linie der Entwicklung der europäischen Politik von 1890 bis 1898.

Die englische Balkan-Entente mit Italien und Österreich 1887. Von Dr. Karl Stählin, Professor an der Universität Berlin.

Zeitschrift für Politik 1924, Heft 5.

Eine Darstellung auf Grund der zweiten Serie der großen Aktenpublikation.

Das diplomatische Doppelspiel Rußlands bei Ausbruch des ersten Balkankrieges. Neue Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Von xxx.

Archiv für Politik und Geschichte, Mai 1924.

Durch Veröffentlichung neuer russischer Dokumente aus den Monaten vor Ausbruch des ersten Balkankrieges wird nachgewiesen, daß die russische Regierung in jenen Wochen ein diplomatisches Doppelspiel geführt hat, indem sie hinter den Kulissen durchaus mit dem Vorgehen der Balkanstaaten gegen die Türkei sympathisierte, vor den Kulissen aber den europäischen Großmächten zustimmte, welche die Erhaltung des Friedens forderten. Schon aus dem Bericht Sasonows an den Zaren über seinen Aufenthalt in Berlin (Livre noir II. Seite 345 ff.) ist bekannt, daß die deutsche Regierung alles getan hat. um die Ausbreitung des Balkankrieges zu verhindern. Ein hier zum ersten Mal veröffentlichtes Telegramm des stellvertretenden russischen Außenministers an Sasonow liefert dafür einen weiteren wertvollen Beweis:

Der stellvertretende russische Außenminister an den russischen Außenminister:

Telegramm Nr. 2063 St. Petersburg, den 22. Sept./5. Okt. 1912.

Unser Militärattaché in Wien telegraphiert:

Der hiesige englische Militärattaché teilte mir vertraulich mit. daß in der englischen Botschaft gestern Nachrichten über einen energischen Druck Deutschlands auf Österreich im Sinne einer Abhaltung von aggressiven Schritten im Süden eingetroffen seien.

Neratow.

Bücherschau.

Correspondance entre Guillaume II et Nicolas II. 1894—1914. Publiée par le Gouvernement des Soviets d'après les Archives Centrales. Traduit du russe par Marc Semenoff. Paris. Plon & Nourrit 1924.

Dupin, G.: Vers la vérité. Collection complète. Adressé Mandat à M. G. Dupin, à Viroflay (Seine-et-Oise).

Fabre-Luce, Alfred: La Victoire. Librairie de la Nouvelle Revue Française, Paris 1924.

Gradenwitz, Otto: Bismarcks letzter Kampf. 1888–1898 (Schriftenreihe der Preußischen Jahrbücher Nr. 15). Verlag Georg Stilke, Berlin 1924.

Hazen, Charles Downer: Europe since 1815. Two volumes. New York, Henry Holt and Company, 1924.

Hohlfeld, Johs.: Geschichte des Deutschen Reiches 1871—1924. 788 S. Leipzig, S. Hirzel. 1924.

Huddlerton, Sisley: Poincaré. A Biographic Portrait. F. Fisher Unwin. London 1924. 191 S. Vgl. die Besprechung im Literaturblatt der „Frankfurter Zeitung", Nr. 309, 25. 4. 24.

Japikse, Dr. N.: Oorzaken van den Wereldoorlog. H. P. Leopolds. Uitgevers Maatschappij. Dr. Kuyperstraat 19, Den Haag. 1924.

Jourdain, Léon: Europe, où vas-tu? Pragnière Frères. Fribourg (Suisse) 1924.

Meyer, Arnold Oskar: Fürst Metternich. Einzelschriften zur Politik und Geschichte. 5. Schrift. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924.

Morel, E. D.: The Secret History of a Great Betrayal. With a Preface by Prof. Raymond Beazley, Professor of Modern History at Birmingham University. Presented by Mr. Owen, February 7 (calendar day, February 11), 1924. — Ordered to be printed. Washington, Government Printing Office 1924.

Niemann, Alfred: Wanderungen mit Kaiser Wilhelm II. Verlag von K. F. Koehler, Leipzig 1924. 128 S.

Ribot, Alexandre: Lettres à un ami. Souvenirs de ma vie politique. Edition Bossard, Paris 1924. 354 S.

Rowley, Louis E.: War Criminals. — Who were they? Why were they? An open letter to Hon. Robert L. Owen of Oklahoma, Author of Senate Resolution to create American High Commission to fix Responsibility for World War. Lansing, Michigan 1924.

Schwendemann, Karl: Frankreich in Belgien, Einzelschriften zur Politik und Geschichte. 4. Schrift. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1924.

Vogel, Walther: Das neue Europa und seine historisch-geographischen Grundlagen. Verlag von Kurt Schroeder, Bonn und Leipzig, 1924.

In einem jetzt erschienenen Roman: „Gottes Mühlen" von O. Bilse (Verlag Dr. Eyssler & Co., Berlin 1924) wird auch die Bedeutung der Kriegsschuldfrage in fesselnder Form in den Vordergrund gestellt.

Bezugsbedingungen.

Die Monatsschrift ist bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und dem Verlag der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin NW 6, Luisenstr. 31a, zu beziehen.

Inlandspreis:

Vierteljahresabonnement 2,— G.-Mk.

Auslandspreis:

Vierteljährlich (einschl. Porto und Verpackung) 2,50 G.-Mk.

W. Büxenstein, Berlin SW 48, Friedrichstr 240/41.

Ergänzungen und Betrachtungen zu meinen „Erinnerungen" und den „Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums".

W. Suchomlinoff.

Die Ursachen des Weltkrieges wurzeln so tief in den politischen Verhältnissen Europas, wo seit 1871 durch das Eintreten Deutschlands in die Reihen der Großmächte eine neue Konstellation geschaffen wurde, daß die Frage nach dem äußeren Anlaß, der 1914 zur Katastrophe führte, beinahe als Naivität wirkt. Sicher würden sich viele kluge Männer nicht darüber den Kopf zerbrechen, wenn diese Frage nicht eine praktische Bedeutung für die Hauptgegner im Weltkriege, Deutschland und Frankreich, hätte. Ich bin der Meinung, daß die Auffassung von der Alleinschuld Deutschlands kaum die aufrichtige Überzeugung selbst von Herrn Poincaré sein dürfte; wenn man aber, sich auf die These der „Alleinschuld" Deutschlands stützend, eine Erpressungspolitik betreiben kann, so ist es ja klar, daß man sich an dieser Auffassung krampfhaft hält, oder sich wenigstens den Anschein gibt, daran zu glauben! — Wie die Sachen nun liegen, ist es wichtig, daß möglichst viel Material gesammelt wird, um Klarheit in dieser Frage zu schaffen.

Ich hatte immer gemeint, daß, da die Diplomatie in jenen verhängnisvollen Julitagen 1914 die führende Rolle gespielt hat, auch in erster Linie von den diplomatischen Kreisen die letzten Aufschlüsse über die Entwicklung der damaligen Krisis gegeben werden könnten.

Ich hatte gehofft, daß, wenn Sasonow sich dazu bewegen ließe, rückhaltlos über die Ereignisse an jenen Tagen zu berichten, man ein gutes Stück weiter auf dem Wege zur Wahrheit kommen würde. Nun liegen zwei Dokumente aus russischen diplomatischen Kreisen vor, die einiges Licht auf die Situation vor Kriegsausbruch werfen: erstens die „Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums"[1]), zweitens ein „Interview Sasonows" in der „New York Times"[2]).

[1]) Anmerkung der Schriftleitung: „Der Beginn des Krieges 1914. Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums. Herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen mit einem Vorwort von Alfred von Wegerer. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1924.

[2]) Anmerkung der Schriftleitung: „New York Times" vom 13. Mai 1924.

Was nun letzteres anbetrifft, so kann ich mich eines Gefühls der Enttäuschung nicht erwehren. Vor allen Dingen entbehren die Aussagen des früheren Ministers einer gewissen Präzision. Besonders wertvoll wären einige nähere Ausführungen über das Verhalten des Zaren in jenen Tagen, wie auch über die Erteilung der Mobilmachungsorder. Aus welchem Grunde sollte schon am 29. Juli der Befehl zur Gesamtmobilmachung gegeben werden? Sasonow behauptet, daß das Kriegsressort auf der Durchführung der allgemeinen Mobilmachung bestanden habe. In seinem Interview spricht er immer nur vom „Militärressort“, von „Militärsachverständigen“, ohne ein einziges Mal den Kriegsminister oder den Chef des Generalstabs zu nennen. Das bestätigt mich in meiner bereits in meinen „Erinnerungen“ ausgesprochenen Vermutung, daß der Generalstabschef, General Januschkewitsch, ohne mein Wissen direkt mit dem Außenminister verhandelt hat und, daß hinter meinem Rücken Maßnahmen getroffen wurden, von denen ich mit Absicht nicht in Kenntnis gesetzt wurde. So ein „Ausschalten“ des Kriegsministers erkläre ich mir durch das Mißtrauen, das Sasonow mir als dem Gegner der panslavistischen Kriegstreibereien entgegenbrachte. In seinen Erinnerungen gibt der tschechische Sozialistenführer Klofač ein Gespräch, das er mit Sasonow 1914 hatte, wieder, in dem der Außenminister ihn davor warnt, sich mit meiner Umgebung zu unterhalten.

Einen weit tieferen Einblick in die Stimmungen, die damals im Außenministerium herrschten, geben die von Baron Schilling geführten Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums. Diesen Aufzeichnungen fehlt allerdings der Charakter eines offiziellen Dokuments; auch weisen sie eine ganze Reihe von Ungenauigkeiten auf, die wohl darauf zurückzuführen sind, daß die Aufzeichnungen bloß nach Angaben von Sasonow, wohl in aller Eile und Kürze gegeben, niedergeschrieben worden sind.

Für mich persönlich ist von großem Interesse, was Baron Schilling über die Tage vom 24. und 25. Juli zu berichten weiß. Bis jetzt war ich der festen Überzeugung, daß die Einführung der „Kriegsvorbereitungsperiode“ und die eventuelle Teilmobilmachung am 25. Juli in dem Kronrat in Krasnoje Selo beschlossen wurden. Wenn ich auf Angaben stieß, denen gemäß eine Ministerkonferenz am 24. stattgefunden haben sollte, so hatte ich gemeint, daß es sich lediglich um eine Verwechslung der Daten handle. Aus den Tagesaufzeichnungen geht nun hervor, daß am 24. Juli bereits alle Maßnahmen, die am 25. vom Kronrat bestätigt wurden, im Prinzip festgelegt worden waren.

Am 24. soll der Außenminister mich telephonisch angerufen haben, um mich vom bevorstehenden Ministerrat in Kenntnis zu setzen. Von einer derartigen Aufforderung weiß ich nichts. Dieses Mißverständnis kann ich mir nur dadurch erklären, daß es sich nicht um einen regelrechten Ministerrat handelte, sondern um eine Geheimsitzung, an der vielleicht einige Minister und General Januschkewitsch teilnahmen. Höchst wahrscheinlich hat die Konferenz beim Großfürsten Nikolai

Nikolajewitsch in Krasnoje Selo, wohin sich auch der Zar am 24. begeben haben soll, stattgefunden. Die Sitzung am 24. Juli nennt Baron Schilling „Ministerrat“, jedoch erwähnt er nicht, unter wessen Vorsitz sie stattgefunden und wer an ihr teilgenommen hat. Er zählt aber genau die dort beschlossenen Maßnahmen auf. Die Sitzung am 25. bezeichnet er als „Konferenz“.

Am 25. Juli fuhr ich nach Krasnoje Selo zum Ministerrat. Am selben Tage erfolgte auch, in Anbetracht der zugespitzten politischen Lage, die Beförderung der Junker der Militärschulen zu Offizieren, also um ein paar Wochen früher, als es sonst der Fall war.

Den Kronrat habe ich in meinen „Erinnerungen“ beschrieben. Jetzt allerdings erkläre ich mir die äußere Ruhe des Zaren, das passive Verhalten des Großfürsten an jenem Tage; war ja doch am Tage vorher alles bereits entschieden und festgelegt worden! . . . Für den 26. wurde der Beginn der „Kriegsvorbereitungsperiode“ für die Armee und Flotte befohlen. Mit der Teilmobilmachung wollte man noch zurückhalten.

Die Einführung der „Kriegsvorbereitungsperiode“ wird uns deutscherseits vielfach zum Vorwurf gemacht und als heimliche Mobilmachung bezeichnet. Dabei umfaßte sie für die Armee lediglich Maßregeln, die nicht störend in den normalen Gang des täglichen Lebens eingriffen, aber allen Eventualitäten vorbeugen sollten.

Alle die Flotte betreffenden Befehle gingen vom Marineminister, nicht vom Kriegsminister aus. Wenn der ehemalige russische Fregattenkapitän H. Grof in seinem 1922 in München erschienenen Buch „Die russische Flotte während des Krieges und der Revolution“ schreibt, die Mobilmachung der Flotte hätte am 14./27. Juli begonnen, so meint er doch wohl die „Kriegsvorbereitungsperiode“. Die Minenlegung im Baltischen Meer am 16./29. soll, wie ich nachträglich erfahren habe, durch eine falsche Meldung, die deutsche Flotte hätte sich in den finnischen Gewässern gezeigt, verursacht worden sein.

Selbstverständlich mußten wir damit rechnen, daß die Vorbereitungen zu einer eventuellen Mobilmachung nicht vor unseren Nachbarn geheimgehalten werden konnten und zu alarmierenden Gerüchten Veranlassung geben mußten. Daher, wenn es in den Tagesaufzeichnungen vom 18./31. Juli heißt: „Der Außenminister hielt es für wünschenswert, daß zwecks Vermeidung einer Verschärfung der Beziehungen zu Deutschland zur allgemeinen Mobilmachung nach Möglichkeit g e h e i m geschritten werde und keine öffentliche Bekanntmachung erfolge“ — ich es als Naivität bezeichnen muß, die von völliger Unkenntnis von militärischen Dingen zeugt.

Man vergegenwärtige sich aber jene Atmosphäre des Mißtrauens, die damals herrschte, die stete Angst, der Gegner könne einem in seiner Kriegsbereitschaft zuvorkommen, die günstige Gelegenheit verpaßt werden, um sich jene Nervosität, die sowohl in den Diplomaten- wie auch Militärkreisen herrschte, zu erklären. Diese Stimmung findet auch Ausdruck in der Beweisführung Sasonows, mit der er den Zaren am

30. zur Gesamtmobilmachung zu überreden sucht: „Es sei besser, ohne sich davor zu fürchten, durch unsere Kriegsvorbereitungen den Krieg hervorzurufen, sorgfältig dieselben zu betreiben, als aus Furcht, einen Anlaß zum Kriege zu geben, vom Kriege überrumpelt zu werden".

Wenn auch während meiner Amtszeit das Mobilmachungsverfahren bis in alle Details wesentlich verbessert worden war, so mußte man doch damit rechnen, daß die Mobilmachung bei den Riesenentfernungen des russischen Reiches und den mangelhaften Transportmöglichkeiten einen Zeitraum von mindestens 17 Tagen in Anspruch nehmen würde, während die deutsche Armee 6 Tage nach erfolgter Kriegserklärung zum Aufmarsch bereit sein konnte. Wenn man überhaupt in jenen Tagen mit der Möglichkeit eines Krieges rechnete, so war man sich völlig klar darüber, daß es sich in erster Linie um einen Krieg mit Deutschland handeln würde.

Selbst auf die Gefahr hin, durch unsere militärischen Vorbereitungen den Eindruck hervorzurufen, dieselben könnten auch gegen Deutschland gerichtet sein, entschloß man sich dennoch, alle Maßnahmen zu treffen, um nicht „vom Kriege überrumpelt zu werden". Das war der Grund unserer Mobilmachung. Wäre Rußland als Sieger aus dem Weltkrieg hervorgegangen, so wäre unsere „voreilige" Mobilmachung als eine Tat größter staatsmännischer Klugheit hingestellt worden. . .

In den Tagesaufzeichnungen vom 29. Juli heißt es weiter: „S. M. erlaubte dem Minister, sich sofort mit dem Kriegsminister und dem Chef des Generalstabes in Sachen unserer Mobilmachung zu besprechen", worauf auch eine Besprechung im Kabinett des Generalstabschefs stattgefunden haben soll. Wie ich bereits in einem Schreiben an Herrn A. von Wegerer mitteilte, habe ich an dieser Beratung nicht teilgenommen. Die Vorgänge am 29. Juli stelle ich mir kurz folgendermaßen vor: Am 29. vormittags händigt Januschkewitsch General Dobrorolski die beiden Mobilmachungsukase zur Einholung der Unterschriften der drei Minister ein, mit der Berechnung, daß das Telegramm noch vor Mitternacht vom 29. zum 30. in den Händen der Empfänger sein sollte. Um diese Zeit, d. h. am Vormittag des 29., hat Januschkewitsch die Einwilligung des Zaren zur Gesamtmobilmachung noch nicht erhalten. Wie konnte da der Ukas der Gesamtmobilmachung das Datum des ersten Mobilmachungstages enthalten? Ich nehme deshalb an, daß das Datum erst nachträglich, nach erfolgter Einwilligung des Zaren zur Gesamtmobilmachung, eingetragen worden ist, als General Dobrorolski nach Einholung der Unterschriften des Kriegsministers und des Innenministers bei General Januschkewitsch wieder vorsprach, also gegen 5 Uhr nachmittags. Die Unterschrift der Mobilmachungstelegramme bedeutete noch nicht den Befehl zur Mobilmachung, erst mit der Absendung des Telegramms trat der Befehl in Kraft.

Um 3 Uhr findet die Unterhaltung zwischen Sasonow und Graf Pourtalès statt, darauf das Telephongespräch des Zaren mit dem Außen-

minister und die Konferenz im Kabinett des Generalstabs, von der ich erst aus den „Tagesaufzeichnungen“ erfahren habe. Gegen 5 Uhr erscheint General Dobrorolski wieder beim Generalstabschef, der ihm den Befehl erteilt, nach Einholen der Unterschrift des Marineministers sofort den Befehl zur Gesamtmobilmachung zum Telegraphenamt zu bringen. Um diese Zeit muß der Generalstabschef die Einwilligung des Zaren erhalten haben. Daß Januschkewitsch aus eigener Initiative gehandelt hätte, ist ausgeschlossen. Hinter dieser ganzen Machination wird aber wohl der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch gesteckt haben. Der Zar wird wohl nach der Nachricht von der Beschießung Belgrads durch die Österreicher in seinem Vorsatz, den Frieden auf alle Fälle zu erhalten, wankend geworden sein, und, wenn auch widerstrebend, den Vorstellungen des Außenministers, des Generalstabschefs und in erster Linie seines Onkels nachgegeben und seine Einwilligung zur Gesamtmobilmachung gegeben haben. Dann, nach Eintreffen des Telegramms des Deutschen Kaisers, hat er den Befehl wieder zurückgezogen und statt der Gesamtmobilmachung die Teilmobilmachung angeordnet, was nicht als aggressive Maßnahme gegen Deutschland ausgelegt werden konnte. Aber selbst diese Maßnahme flößt dem Zaren Bedenken ein, deshalb fragt er bei mir telephonisch gegen Mitternacht an, ob die „Mobilmachung“ (in diesem Augenblick konnte aber nur die Teilmobilmachung in Frage kommen) „angehalten“ werden könne. Meine Antwort an den Zaren und mein Gespräch mit Januschkewitsch habe ich in meinen „Erinnerungen“ näher ausgeführt.

Mit Sasonow habe ich an diesem Tage nicht gesprochen. Ebensowenig habe ich am darauffolgenden Tage mit dem Außenminister eine Unterredung gehabt. Im Laufe des Tages vom 30. Juli teilte mir Januschkewitsch den allerhöchsten Befehl zur Gesamtmobilmachung mit. „Als Januschkewitsch mir das meldete, war es höchstens 2 Uhr nachmittags“, habe ich in meinen „Erinnerungen“ geschrieben. Das stimmt mit den Zeitangaben bei Baron Schilling nicht überein. Wenn die Audienz beim Zaren erst um 3 Uhr stattgefunden hat und ungefähr eine Stunde gedauert haben soll, so konnte Januschkewitsch die telephonische Meldung von Sasonow erst gegen 4 Uhr erhalten. Es ist möglich, daß also auch ich vom Generalstabschef nicht um 2, sondern um 4 Uhr angerufen worden bin. Daß das Telegramm von Swerbejew am 30. keinen Einfluß auf den Gesamtmobilmachungsbefehl ausgeübt hat, ist jetzt erwiesen; auch wird das Telegramm in den „Tagesaufzeichnungen“ vom 30. Juli von Baron Schilling nicht erwähnt. Da aber das Telegramm mit der Meldung des „Lokal-Anzeigers“ am selben Tage, wo die Gesamtmobilmachung endgültig beschlossen wurde, eintraf, wurde dadurch der Eindruck erweckt, daß diese Meldung, die aus unbekannten Gründen zu spät widerrufen wurde, unsere Gesamtmobilmachung verursacht hätte.

Sehr wahrscheinlich erscheinen mir die Vorgänge am 30. Juli in Peterhof, wie sie in den „Tagesaufzeichnungen“ geschildert werden:

der letzte verzweifelte Widerstand des Zaren, dann seine unter dem Druck der Argumente des Außenministers erzwungene Einwilligung zur Gesamtmobilmachung. — Sowohl Sasonow wie auch Januschkewitsch hegen doch Zweifel, ob diese Entscheidung eine endgültige sei. Sasonow erbittet die Erlaubnis, sofort den Generalstabschef von dem Beschluß in Kenntnis zu setzen, teilt ihm den Befehl zur Gesamtmobilmachung mit und fügt hinzu: „Jetzt können Sie Ihr Telephon zerbrechen.“ Letzteres bezieht sich auf eine Äußerung des Generals Januschkewitsch, die in diesem Zusammenhange sehr charakteristisch ist: „Hierauf,“ (d. h. wenn der Befehl zur Gesamtmobilmachung erfolgen sollte) sagt er am Morgen desselben Tages, „werde ich fortgehen, mein Telephon zerschlagen und überhaupt alle Maßnahmen treffen, damit es auf keine Weise möglich sein wird, mich aufzufinden, um mir entgegengesetzte Befehle im Sinne einer neuen Aufhebung der allgemeinen Mobilmachung zu übermitteln.“

Wenn ich jetzt, wo zehn Jahre nach jenen unheilvollen Tagen verflossen sind, mir die Situation kurz vor Ausbruch des Weltkrieges vergegenwärtige, so glaube ich doch, daß unsere Diplomatie damals den Augenblick für günstig hielt, um einen Druck auf Österreich resp. Deutschland auszuüben und somit den Eindruck von der diplomatischen Niederlage von 1909 zu verwischen. Nicht ohne Einfluß auf die Haltung Sasonows wird auch die Erklärung Frankreichs am 28. Juli, den Bündnispflichten im Falle von Komplikationen nachzukommen, gewesen sein. Der französische Botschafter ist infolge der an Bord der „France“ gewechselten Reden optimistisch gestimmt: „Niemals ist unsere Lage besser gewesen, weil zwischen uns vollkommene Einigung herrscht“, äußert sich Herr Paléologue Baron Schilling gegenüber. Eine Annäherung an Rumänien wird angestrebt, und es beginnt ein Flirt mit dem rumänischen Gesandten. Es besteht die Hoffnung, daß Italien im Falle eines Krieges mit den Mittelmächten sich wenigstens passiv verhalten wird. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war die, wenn auch noch nicht formal abgeschlossene, Marinekonvention. Meines Wissens sollte der formale Abschluß erst im August 1914 stattfinden, zu welchem Zweck sich Fürst Lieven nach London begeben sollte. Der Wortlaut der Konvention ist mir nicht bekannt gewesen. So viel ich weiß, enthielt sie einen Punkt, laut welchem sich England verpflichten sollte, eine bestimmte Anzahl von Handelsschiffen in den russischen Häfen des Baltischen Meeres bereit zu halten, die im Falle eines Krieges als Transportschiffe verwendet werden konnten. Ob diese Maßnahme eine eventuelle Landung in Pommern im Auge hatte, weiß ich nicht; denn über eine derartige Landung haben im Generalstab nur Erörterungen rein akademischen Charakters stattgefunden.

Mir als Kriegsminister war ein Krieg 1914 sehr unerwünscht. Abgesehen davon, daß ein Krieg mit all den Verheerungen und all dem Elend, das er über ein Land bringt, schon als solcher mir unsympathisch war, so wurde ich dadurch auch in meiner Aufbauarbeit des Heeres gestört. Diese Aussage steht scheinbar in Widerspruch mit meiner

Behauptung, wir seien nie so gut zu einem Kriege ausgerüstet gewesen wie im Jahre 1914. Zur Zeit der Julikrise war unsere Armee wohl kampffähig und für einen Krieg von 6 bis 8 Monaten besser denn je zuvor ausgerüstet, aber erst 1916, nach Durchführung des sogenannten „großen Programms", hätte sie vollständig auf der Höhe sein können. Das wäre vielleicht das „Instrument" gewesen, einen Krieg von vornherein unmöglich zu machen. Wenn die Armee 1914 auch gewisse technische Mängel aufzuweisen hatte, so war sie doch so weit fertig, daß die Diplomatie sich ihrer bedienen konnte, um ihren Verhandlungen mehr Nachdruck zu geben.

Für den Fall eines Krieges war sie, wie gesagt, für 6 bis 8 Monate genügend ausgerüstet. Den Experimenten des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch war sie allerdings nicht gewachsen! Einen Krieg von solchem Ausmaß und solcher Dauer hatte auch keiner erwartet!

Daß der Zar von dem aufrichtigen Wunsch beseelt war, den Krieg zu vermeiden, davon bin ich fest überzeugt. Er steht vor dem Dilemma: einerseits durch militärische Maßnahmen den Krieg heraufzubeschwören, andererseits, falls eine friedliche Lösung des Konflikts unmöglich wird, die ganze Verteidigung des Landes aufs Spiel zu setzen, wenn diese Maßnahmen nicht rechtzeitig getroffen werden. Im vollen Bewußtsein der schweren Verantwortung, die auf ihm ruht, nicht imstande, einen festen, definitiven Entschluß zu fassen, schwankt er zwischen diesen zwei Alternativen. Dadurch ist auch der scheinbare Widerspruch zu erklären, daß der Zar einerseits seine Einwilligung zur Gesamtmobilmachung am 29. gibt, andererseits, daß er ein paar Stunden darauf das Telegramm an Kaiser Wilhelm schickt, welches den Vorschlag enthält, die Lösung des Konflikts der Haager Konferenz vorzulegen.

Die „Warnung" vor dem Attentate in Sarajewo.

Dr. M. Boghitschewitsch.

I.

Anläßlich des zehnten Jahrestages der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand (28. Juni 1914 neuen Stils — 15. Juni alten Stils) ist in der österreichischen Presse wieder die Frage vielfach und ausführlich erörtert worden, ob die österreichische Regierung von der serbischen Regierung gewarnt worden sei. Wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes hat sich auch diese Zeitschrift des öfteren mit dieser Frage befaßt und interessantes, bisher unbekanntes Material gebracht.

Da die neuesten Veröffentlichungen abermals die Möglichkeit ergeben, diesen Punkt in der Erforschung der Kriegsschuldfrage weiter aufzuklären, da aber das diesbezügliche Material sich zerstreut in den

verschiedensten Blättern, Zeitschriften und Büchern vorfindet, erscheint es notwendig, eine kurze Zusammenstellung vorauszuschicken, um auf Grund derselben neue Fragen zu stellen, Widersprüche festzustellen und einzelne Schlußfolgerungen zu ziehen.

Von österreichischer Seite ist bekanntlich die Tatsache einer Warnung in Abrede gestellt worden. Eine Ausnahme hat nach Angaben dieser Zeitschrift — Aprilheft Nr. 4, Seite 109 — Herr Flandrak, ehemaliger Chef der Presseabteilung im gemeinsamen Finanzministerium, gemacht, indem er sich dahin geäußert hat, „daß eine Warnung seitens der serbischen Gesandtschaft an Herrn Bilinski ergangen war, und daß man sie vom Finanzministerium aus nach Sarajewo weitergegeben habe"[1]). In den neuesten Veröffentlichungen wird von anonymen Warnungs- und Drohbriefen an einzelne amtliche Stellen und Personen gesprochen[2]).

Graf Berchtold hat sich, wie bekannt, während des Krieges und später dahin geäußert, daß er eine Warnung irgendwelcher Art vom serbischen Gesandten nicht erhalten habe. Herr von Bilinski hat schon damals auf eine Anfrage erklärt, daß er gerade über diesen einen Punkt „den Schleier der Vergessenheit zu breiten wünsche". In seinen kürzlich in polnischer Sprache erschienenen postumen Memoiren[3]) hat er zwar ausführlich darüber geschrieben, wie ihn der Thronfolger bezüglich seiner bosnischen Reise ostentativ umgangen habe[4]), hat aber der Warnung seitens des Herrn Jowanowitsch keine Erwähnung getan, was sich mit seiner Ablehnung, sich über diese Frage zu äußern, ganz gut deckt, sondern vielmehr für nötig befunden, ausdrücklich zu betonen, daß das Gerücht, daß er den Kaiser vor der Reise des Erzherzogs nach Bosnien gewarnt habe, unzutreffend sei[5]). Von einer Warnung des

---

[1]) Die Warnung von Jowanowitsch an Bilinski, die von der Möglichkeit des Abfeuerns scharfer Schüsse anläßlich der Manöver, also von der Möglichkeit einer Gefahr von militärischer Seite spricht, ist folgerichtig und korrekt an den Landeschef, der gleichzeitig Oberstkommandierender der Manöver war, weitergegeben worden, in der richtigen Voraussetzung, daß es nicht schwer fallen konnte, die Munitionsfassung der Mannschaft zu kontrolieren. Eine ähnliche Warnung hat übrigens damals auch Leopold Mandl, wie er in seinem Buche: „Die Habsburger und die serbische Frage", S. 150, berichtet, vom serbischen Militârattaché Oberst Leschanin erhalten, die in gleicher Weise gedeutet werden mußte und nicht ein genügendes Substrat zu einer direkten Warnung des Erzherzogs selbst bot.

[2]) Diese Droh- und Warnungsbriefe kamen zumeist von kroatischer, ausgesprochen serbenfeindlicher, Seite.

[3]) Ich konnte in die Memoiren des Herrn Bilinski persönlich keine Einsicht nehmen, da sie in Wien im Buchhandel nirgends erhältlich waren und eine Bestellung aus Polen bis zum Erhalt 10—14 Tage in Anspruch genommen hätte. Es wurde mir jedoch gesagt, daß demnächst eine deutsche Übersetzung erscheinen werde.

[4]) Vgl. „Neue Freie Presse" vom 28. Juni 1924 Nr. 21 479.

[5]) Vgl. „Neues Wiener Tagblatt" vom 28. Juni 1924 Nr. 177, namentlich aber vom 29 Juni 1924 Nr. 178, enthaltend Artikel und Berichtigung von

Erzherzogs von seiner Seite ist ebenfalls keine Rede, und die in einem hiesigen Blatte[6]) aufgestellte Behauptung, daß Bilinski unverzüglich nach dem Besuche des serbischen Gesandten sich zum Obersthofmeister des Erzherzogs, Baron Rummerskirch, begeben hatte, um ihn von der erhaltenen Mitteilung zu verständigen, ist von diesem als unwahr bezeichnet worden.

Ferner ist, der Vollständigkeit der Erhebungen halber, ohne derselben eine Beweiskraft beilegen zu wollen, die Feststellung erfolgt, daß weder im Nachlasse des Thronfolgers, noch auch im Archiv des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern, sich irgendeine Spur irgendeiner amtlichen Warnung vorfinde. Es muß dies deshalb ausdrücklich betont werden, weil diese Feststellung ins Lächerliche gezogen wurde, mit dem Hinweis auf den Grundsatz: Quod non est in actis non est in mundo. Wichtiger ist, daß entgegen der Behauptung des Geschichtsprofessors Stanojewitsch, die von ihm sogar zum Beweise angeführte Registraturnummer des österreichischen Ministeriums des Äußern n i e existiert hat[7]). Herr Stanojewitsch hat bekanntlich in seiner Tendenzschrift die ganze Verantwortung der Ermordung des Erzherzogs auf den Obersten Dragutin Dimitriewitsch und den Major Voja Tankositsch abzuwälzen versucht und hinsichtlich der Frage der Warnung zur Entlastung der Regierung behauptet, „daß der serbische Gesandte in Wien, Herr Jowanowitsch, a m t l i c h , einige Tage vor dem Attentate die Aufmerksamkeit der österreichisch-ungarischen Regierung auf den Umstand gelenkt habe, daß dem Thronfolger in Sarajewo etwas U n a n g e n e h m e s zustoßen könne“[8]).

Wie ferner bekannt, wurde schon während des Krieges in dem nur auf amtlichen serbischen Daten fußenden Buche des französischen

---

Hofrat Glaise-Horstenau, „Der Thronfolgermord im Lichte der heutigen Geschichtskenntnis“.

[6]) „Die Stunde“, ein Wiener Sensationsblatt, hat diese Nachricht gebracht — auch da stimmen die Daten wieder nicht überein — Nummer vom 29. Juni 1924. Ein hiesiger Korrespondent angesehener ungarischer Blätter, Eugen von Irinyi, erkundigte sich sofort über die Richtigkeit der von der „Stunde“ gemachten Mitteilung und erhielt daraufhin vom Baron Rummerskirch ein Schreiben, in welchem er ihn ersucht, festzustellen, daß Bilinski niemals um eine Audienz nachgsucht habe und ihm niemals eine derartige Mitteilung, wie sie in der Stunde (ebenso aber auch in der „Sonn- und Montagszeitung“ Anm. d. V.) angeführt war, gemacht habe.

[7]) „Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand“ (serbische Ausgabe) Seite 50.

[8]) Es ist dies um so bemerkenswerter, als die serbische Regierung einen Druck auf die österreichische Regierung nach dem Zusammenbruche ausgeübt hat, daß man ihr die Abschriften der die südslawischen Länder betreffenden Akten aus hiesigen Archiven der Ministerien und dem Hof- und Staatsarchiv gewähren müsse. Der damalige Bundeskanzler Renner hatte dazu die Zustimmung gegeben. und diese Zustimmung konnte von dem späteren Bundeskanzler Schober nicht mehr rückgängig gemacht werden,

Geschichtsprofessors an der Sorbonne, E. Denis[9]), behauptet: „Herr Pasitsch hat in diskreter Weise versucht, dem Ballplatze die Gefahren vor Augen zu führen, denen sich der Erzherzog aussetzte; am 21. Juni[10]) verständigte der serbische Gesandte den Minister des Äußern, daß seine Regierung Grund habe zu glauben, daß sich ein Komplott in Bosnien vorbereite."

Kürzlich hat sich in einem Wiener Montagsblatte[11]) ein ehemaliges Mitglied der serbischen Gesandtschaft zur Zeit des Attentates, Georg Josimowitsch, über diesen Punkt in folgender Weise geäußert: „Am 18. Juni 1914[12]) erhielt der serbische Gesandte Jowanowitsch in Wien eine chiffrierte Depesche Pasitschs mit dem Auftrage, dem Erzherzog Franz Ferdinand von der Reise nach Sarajewo abzuraten oder ihn zum mindesten vor den ihn bedrohenden Gefahren zu warnen. Der Gesandte überlegte, wie er sich dieser äußerst heiklen Mission entledigen könnte, ohne Serbien hierdurch zu schaden. Ursprünglich wollte er den Inhalt der Depesche Pasitschs dem Minister des Äußern, Grafen Berchtold, bekanntgeben, ließ aber diesen Plan wieder fallen und beschloß, den Reichsfinanzminister und obersten Chef der bosnischen Verwaltung, Herrn von Bilinski, von der Warnung des serbischen Ministerpräsidenten in Kenntnis zu setzen, was am 21. Juni, mittags, geschah. Dr. Bilinski verständigte den Erzherzog nicht direkt, weil dieser ihn schon bei der Feststellung des Programms für seine Reise nach Bosnien umgangen hatte und ließ die ihm gewordenen Mitteilungen an den Obersthofmeister des Erzherzogs, Baron Rummerskirch, gelangen"[13]).

Da mir in dieser Frage eine Rückäußerung von Herrn Jowanowitsch selbst wichtig erschien, so habe ich durch gütige Vermittlung eine solche

---

trotzdem sie in den hiesigen politischen und amtlichen Kreisen das peinlichste Aufsehen erregte. Die serbische Regierung delegierte hierauf einen Beamten, welcher von allen die serbische Regierung betreffenden Akten Abschriften nahm, und zwar auch von denjenigen seit dem Jahre 1895, die wieder auf Verlangen einzelner Ententestaaten, in diesem Falle insbesondere Italiens, niemandem zugänglich gemacht werden dürfen. Sie hatte somit das Material in der Hand, womit sie die Behauptungen ihres Geschichtsprofessors bekräftigen konnte. Sie kann es aber nicht. Das gleiche gilt auch bezüglich der verschiedenen Hochverratsprozesse in Bosnien (Banjaluka, Tuzla, Sarajewo) und der Prozesse Kramarz und Klofatc, die sicherlich schon längst zugunsten der serbischen Regierung verwertet worden wären, wenn sie entlastendes Material enthalten würden.

[9]) „La grande Serbie", Paris 1915, Seite 277.

[10]) Neuen Stils.

[11]) „Sonn- und Montagszeitung vom 23. Juni 1924 Nr. 25.

[12]) Wieder neuen Stils.

[13]) Es heißt dann weiter: „Diese Einzelheiten erfuhren wir auf der serbischen Gesandtschaft in Wien durch Herren des Reichsfinanzministeriums, und Dr. von Bilinski dankte später dem Gesandten Jowanowitsch für seine Bemühung." (!?)

erbeten und erhalten. Dieselbe lautet: „Im Monat Mai, Ende Mai 1914[14]), habe ich dem gemeinsamen Finanzminister von Bilinski, als ich gehört hatte, daß Erzherzog Franz Ferdinand zu den Sarajewoer Manövern, und zwar gerade am Vidovdan[15]), den 14. bis 15. Juni 1914 nach Bosnien fahren werde, gesagt, daß es untunlich (nezgodno) sei, daß der Erzherzog am Vidovdan dort Manöver abhalte. Es bedeute dies, die Serben zu provozieren und es könne etwas Schlechtes (rgjavo) geschehen, denn bei Manövern fallen gewöhnlich auch einige scharfe Schüsse an Stelle des Blindschießens. Von Bilinski hat meine Mitteilung zur Kenntnis genommen und mir drei Tage später gesagt, daß es eine beschlossene Sache sei, daß der österreichisch-ungarische Thronfolger zu den Manövern fahre. Das übrige ist bekannt."

Auf Ersuchen der Redaktion des „Neuen Wiener Tagblattes" hat Herr Jowanowitsch eine, wie er sagt, authentische Darstellung über die Warnung an den Erzherzog zum zehnjährigen Gedenktage der Ermordung eingesandt, die hier nicht in extenso wiedergegeben werden kann, weil sie auch verschiedene andere Punkte, die einer Berichtigung bedürfen würden, berührt, aus der aber folgende Stellen besonders hervorzuheben sind: 1. „Ich begnüge mich damit, Ihnen eine authentische Darstellung zu geben über diese Warnung an den Erzherzog, die von mir ausgegangen und meiner Initiative entsprungen ist." Nach Anstellung eigener Betrachtungen über Zeit und Ort der Manöver, über den Eindruck der bevorstehenden Reise auf das serbische Volk, heißt es weiter: 2. „Ich muß hier betonen, daß Erzherzog Franz Ferdinand bei uns als Feind Serbiens und der Serben bekannt war und er insbesondere der Idee des „Piemont der Jugoslawen[16]) feindlich gegenüberstand." Über die Art, wie er mit Herrn von Bilinski über diesen Gegenstand gesprochen hat, äußert er sich folgendermaßen: 3. „Nachdem ich alle diese Umstände wohl erwogen hatte, beschloß ich, mich zu dem damaligen Reichsfinanzminister und Minister für Bosnien, Dr. von Bilinski, zu begeben. Mein Besuch fand, soweit ich mich noch erinnern kann, ungefähr am 5. Juni statt, also 23 Tage vor dem Attentate. Ich erklärte dem Minister Bilinski ganz offen, was ich erfahren hätte, nämlich daß die Manöver in Bosnien an der Drina, also gerade gegenüber von Serbien, abgehalten werden sollen und der

[14]) Hier ist zunächst zweifelhaft, ob es sich um den alten oder neuen Stil handeln kann. Sind die Datumsangaben von Denis. Stanojewitsch und Josimowitsch richtig, dann würde es sich um den alten Stil handeln, also etwa 10. bis 14. Juni neuen Stils. Aus einer weiteren, an anderer Stelle angeführten Mitteilung des Herrn Jowanowitsch an das „Neue Wiener Tagblatt" ergibt sich offenbar, daß nur vom neuen Stil die Rede sein kann.

[15]) Der 15. Juni alten Stils 1389 ist der Tag der für die Serben unglücklichen Schlacht am Amselfelde gegen die Türken. Die Folgen derselben waren, daß das damalige serbische Reich seine Unabhängigkeit einbüßte.

[16]) Das ist die Idee des Fürsten Michael Obrenowitsch von der Befreiung und Vereinigung aller Serben mit dem damaligen Fürstentume Serbien unter seiner Dynastie.

Erzherzog Franz Ferdinand sie selbst kommandieren werde[17]). Ich sagte dem Minister Bilinski: „Wenn das wahr ist, dann kann ich Euer Exzellenz versichern, daß dies größte Unzufriedenheit bei den Serben erregen wird, welche dies als einen Akt der Provokation (?!) betrachten müssen. Manöver unter solchen Umständen sind gefährlich. Unter der serbischen Jugend kann sich jemand finden, der in sein Gewehr oder in seinen Revolver nicht ein blindes, sondern ein wirkliches Geschoß steckt und das er dann abfeuert. Und diese Kugel könnte den Herausforderer (?!) treffen. Deswegen wäre es gut und vernünftig, daß Erzherzog Franz Ferdinand nicht nach Sarajewo (?!) geht und daß die Manöver nicht am Vidovdan (?!) und nicht in Bosnien (?!) abgehalten werden.' Auf diese gewiß klaren Worte erwiderte mir Dr. von Bilinski, er nähme sie zur Kenntnis und werde mich über ihren Erfolg beim Erzherzog verständigen, wiewohl er an eine solche Wirkung der Manöver, wie ich sie vorhergesehen, nicht glauben könne. Vielmehr besitze er Informationen, daß die Serben in Bosnien vollständig beruhigt seien. Einige Tage später erschien ich abermals in dieser Angelegenheit beim Minister Bilinski. Trotz alledem mußte ich bald erfahren, daß das ursprüngliche Programm aufrechterhalten und trotz meiner Warnung nichts daran geändert worden sei. Dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand wurde zwar abgeredet, aber er hörte nur auf sich selbst. . . Es schien mir, daß meine Warnung seinen Entschluß, an den Manövern teilzunehmen, nur noch befestigt hatte, anstatt ihn wankend zu machen. Und so reiste er denn zu den Manövern — zu den Manövern an der Drina und am Vidovdan. . .".

II.

Alle diese Angaben erfordern eine weitere Klarstellung nach verschiedener Richtung, denn sie enthalten unüberbrückbare Widersprüche.

Wie kam es, daß im amtlichen serbischen Blaubuche über den Ausbruch des Krieges der Warnung keine Erwähnung geschieht, zumal der serbische Ministerpräsident Pasitsch in einer Skupschtinasitzung unmittelbar vor Ausbruch des Krieges, auf eine Anfrage des Abgeordneten Dragutin Petschitsch hin, gesagt haben soll, daß er die österreichische Regierung gewarnt habe? Wann hat diese Sitzung stattgefunden, und läßt sich der genaue Text der Anfrage sowie der Beantwortung feststellen? Wie ist es zu erklären, daß die Daten bezüglich der erfolgten Warnung variieren? Warum herrscht eine Unstimmigkeit bezüglich der Adresse, an welche die Warnung gerichtet war, sowie bezüglich ihres

---

[17]) Das war nicht richtig, denn die Manöver fanden viele Kilometer von der Drinagrenze entfert statt und Ziel derselben war nicht Angriff oder Verteidigung gegen Serbien, vielmehr die Annahme, daß ein von der Seeseite gelandeter Feind vordringe, Dalmatien besetze und bis an das Ivangebirge gelange. Um die Verteidigung des Ivansattels drehte sich das Manöver. Die Behauptung, daß der Thronfolger die Manöver kommandiere, war ebenfalls nicht richtig, denn der Erzherzog war bloß, als Vertreter des obersten Kriegsherrn, Inspektor der Manöver, Oberstkommandierender war Feldzeugmeister Potiorek.

Inhaltes? Ist es nicht auffallend, daß nach serbischen Angaben Herr von Bilinski nicht nur gewarnt worden war, sondern nach erfolgter Ermordung nachträglich dem serbischen Gesandten für seine warnende Mitteilung gedankt haben soll, daß aber dieser Punkt, über den seit Kriegsausbruch in der Öffentlichkeit soviel geschrieben und gestritten wurde, Herrn von Bilinski in seinen Memoiren nicht der Erwähnung wert erschien? Wenn die Angaben des ehemaligen Mitgliedes der serbischen Gesandtschaft in Wien auf Richtigkeit beruhen, dann stehen sie mit der „eigenen Initiative" des Gesandten Jowanowitsch in Widerspruch, und selbst wenn dieses amtliche Telegramm aus Belgrad auf Anregung des Gesandten, was aus seiner Erklärung nicht der Fall zu sein scheint, abgesandt worden war, so ist zur Aufklärung die Frage des genauen Inhaltes des amtlichen Warnungstelegrammes wichtiger als die Frage der Initiative. Ferner, was konnte den Gesandten veranlaßt haben, auch nur einen Augenblick im Zweifel zu sein, wem und in welcher Form den Inhalt des Telegramms mitzuteilen? Man möchte meinen, der Gegenstand wäre wichtig genug gewesen, die für einen Gesandten einzig zuständige Behörde, den Minister des Äußern, sofort zu verständigen, und nicht nur dies, sondern mit Rücksicht auf die ungeheuere Verantwortung in diesem außergewöhnlichen Spezialfalle sich durch wörtliche Wiedergabe des Warnungstextes des erhaltenen Auftrages zu entledigen und sich dadurch von jeglicher Verantwortung freizumachen. Wie konnte der Gesandte überhaupt auch nur einen Augenblick im Zweifel sein, wem er Mitteilung machen sollte und, nachdem er sich entschlossen hatte, nicht mit dem Grafen Berchtold, sondern mit Herrn von Bilinski darüber zu sprechen, erst drei Tage nach Erhalt des Telegramms, wo doch jede Minute kostbar sein mußte, denselben zwecks Benachrichtigung aufsuchen? Ist das von E. Denis und vom Mitgliede der serbischen Gesandtschaft angeführte Datum der Warnung — der 21. Juni neuen Stils — das richtige, so wäre die Warnung erfolgt, als der Thronfolger die Reise bereits angetreten hatte. Alles das deutet darauf hin, daß es sich nicht um eine richtige Warnung gehandelt haben konnte, sondern nur um ein nichtssagendes Ausfluchtsventil, sei es der Regierung, sei es der Gesandten selbst, falls sich e t w a s ereignen sollte, was im tiefsten Grunde des Herzens weder der Regierung, noch einem großen Teile des propagandistisch bearbeiteten serbischen Volkes, noch Herrn Jowanowitsch selbst unangenehm sein konnte. Hat doch Herr Jowanowitsch in seinen Ausführungen es für nötig befunden, besonders zu betonen, daß der Erzherzog bei den Serben verhaßt war, weil er der Idee des „Piemont der Jugoslawen" feindlich gegenüberstand. (?!)

Was die Erklärung des Herrn Jowanowitsch dem „Neuen Wiener Tagblatt" und mir gegenüber betrifft, so ist zunächst festzustellen, daß sich graduell ein Unterschied im Tone der von ihm als Warnung bezeichneten Worte, die er an Herrn von Bilinski gerichtet hat, nicht verkennen läßt. Es wäre anläßlich der furchtbaren Tat und der noch furchtbareren Folgen anzunehmen, daß er die an Bilinski gerichteten Worte sich so eingeprägt haben müßte, daß sie nicht der geringsten

Wort-, geschweige denn Satzänderung unterliegen konnten. Wie kam er dazu, die Warnung in jenen Formen vorzutragen, wie kam er dazu, von einer Attentatsmöglichkeit, bloß von militärischer Seite, zu sprechen? Hat er und seine Regierung auch das geringste von einer Vorbereitung eines Attentates in Erfahrung gebracht, und alle Anzeichen sprechen dafür, so glaube ich, daß seine Äußerungen, namentlich österreichischerseits, noch lange nicht als eine Warnung vor einem Attentate aufgefaßt werden konnten. Hat er dagegen von einem beabsichtigten Attentate nichts gewußt, so müssen seine an Bilinski gerichteten Worte als eine dem diplomatischen Brauche ganz ungewöhnliche Einmischung in rein innerösterreichische Angelegenheiten angesehen werden, um diese den Serben so mißliebige Reise des Erzherzogs zu verhindern.

Schon nach den bisherigen Untersuchungen und Ergebnissen der Vorgeschichte des Mordes von Sarajewo glaube ich nicht fehlzugehen, meiner Überzeugung dahin Ausdruck zu geben, daß die damalige serbische Regierung sowie der serbische Gesandte in Wien, Herr Jowanowitsch, von einem beabsichtigten Attentate gegen den österreichischen Thronfolger Kenntnis haben mußten, daß Form und Inhalt der von ihnen in Wien vorgebrachten Bedenken gegen die Reise des Thronfolgers nach Bosnien speziell österreichischerseits nicht als Warnung vor einem Attentate aufgefaßt werden konnte. Selbst eine Warnung in dezisivster Form wäre nicht genügend gewesen, die serbische Regierung zu exkulpieren, da, wie nachträglich bekanntgeworden, die geistigen Urheber des Attentates auf serbischem Territorium befindliche serbische Staatsangehörige in hohen amtlichen Stellungen gewesen sind, die Regierung daher nicht warnen, sondern das Attentat um jeden Preis verhindern mußte. Sie hat es nicht getan. Es bleiben noch die Fragen offen: Wollte sie es nicht tun, konnte sie es nicht tun, oder wagte sie es nicht zu tun?

Zum Schlusse noch zwei Fragen: War es schon damals der serbischen Regierung bekannt, daß ein Attentat gegen den Thronfolger schon im Dezember 1913 eine beschlossene Sache war und daß es zur Ausführung hätte gelangen sollen, ganz gleichgültig, wo sich der Erzherzog jeweilig befand?[18]) Hat sich die serbische Regierung über die Erklärung der im Salonikiprozesse verurteilten Offiziere der Vereinigung „Ujedinjenje ili smrt" (Einigung oder Tod) vom 26. Februar 1924[19]), „daß diese Organisation kein geheimer, sondern ein patriotischer Verein gewesen ist, dessen Tätigkeit den zuständigen Behörden stets bekannt war und daß sich ihre Tätigkeit in Übereinstimmung mit den Intentionen dieser zuständigen Behörden befunden hat", geäußert?

[18]) Und nicht erst auf Grund eines Berichtes des russischen Generalstabes an den Chef des Informationsbureaus des serbischen Generalstabes, Dragutin Dimitriewitsch, daß anläßlich der Begegnung von Konopischt zwischen Erzherzog Franz Ferdinand und Kaiser Wilhelm, der Krieg gegen Serbien beschlossen war, wie dies der Geschichtsprofessor Stanojewitsch in bewußter „Naivität" behauptet, a. a. O. Seite 45.

[19]) Vgl. Aprilnummer dieser Zeitschrift.

LE JUGEMENT DE VERSAILLES.

Georges Demartial.

L'avant-dernière guerre européenne fut celle de Crimée, où l'Angleterre, la France, la Sardaigne et la Turquie étaient alliées contre la Russie. J'ai entre les mains une brochure intitulée *Nécessité d'un congrès pour pacifier l'Europe, par un homme d'Etat,* et qui fut publiée alors. Après avoir fait de cette lutte qu'il appelle « gigantesque » un tableau qui n'est plus pour nous en imposer, puisque nous avons vu beaucoup mieux, l'auteur dit n'y trouver d'autre issue qu' «un congrès de toutes les puissances de l'Europe. Des declarations solennelles et loyales sur l'origine, le caractère et les résultats du conflit feraient ressortir qui a tort ou raison. Puis serait conclue une paix qui ne laisserait derrière elle ni vainqueurs ni vaincus, qui donnerait bien définitivement le repos à l'Europe, puisqu'elle serait dictée par la volonté de tous[1]. »

La guerre mondiale devait nécessairement éveiller l'idée d'un congrès mondial, qui en établirait les véritables causes et dicterait la paix au monde au nom du monde entier, car c'était bien plus nécessaire encore que lors de la guerre de Crimée. Des esprits généreux avaient exprimé cette idée non en France où la censure ne l'aurait pas permis, mais partout où subsistait une suffisante liberté.

Les circonstances mêmes dans lesquelles avait éclaté la guerre commandaient cette solution. Les Etats de l'Entente avaient contesté à l'Autriche le droit de fixer elle-même les « réparations et garanties » qu'elle estimait devoir lui être dues par la Serbie pour l'assassinat d'un prince autrichien par des fanatiques panserbes. Ils avaient fait valoir qu'un Etat ne se fait pas justice lui-même, qu'ils avaient, bien que neutres, le devoir moral d'intervenir dans la fixation de ces sanctions et garanties. C'est parce que l'Autriche avait au début résisté à cette prétention que la Russie avait mobilisé et avait ainsi provoqué la déclaration de guerre de l'Allemagne. Vainqueurs, ces mêmes états allaient-ils fixer eux-mêmes les réparations et garanties qu'ils estimaient devoir leur être dues par les vaincus? Ce serait violer le principe même pour lequel ils avaient combattu. La guerre du droit ne pouvait se terminer par une simple application de la force. Les conditions de la paix devaient être fixées non par les vainqueurs seuls, mais en présence et avec le concours de toutes les nations, toutes intéressées d'ailleurs à ce que cette paix fût juste et durable.

Mais les gouvernements alliés avaient de tout autres vues. Non seulement ils prétextaient ne pas vouloir se rencontrer avec les gou-

[1] Ce programme fut suivi en partie. Bien qu'elles fussent restées neutres, la Prusse et l'Autriche furent appelées au congrès de Paris. Il n'y eut pas d'annexions de territoires. On s'attacha surtout à empêcher la question d'Orient d'être la cause de nouvelles guerres et à entourer la guerre sur mer de certaines restrictions dans l'intérêt du commerce et des neutres.

vernements que dans leur jargon pharisaïque ils accusaient d'être « restés neutres devant le crime ». Mais ils repoussaient même toute idée d'une paix débattue avec l'ennemi. « Si, disaient leurs représentants dans des déclarations répétées, nous avions pris les armes pour résoudre un conflit d'intérêts, nous admettrions une paix débattue, et qui pourrait être une paix de conciliation. Mais nous ne nous battons contre un Etat qui, en déchaînant délibérément cette guerre, a commis le plus grand crime de l'histoire. Nous n'avons donc pas à traiter, mais à juger[1].»

Et on spécifiait que l'Allemagne ne serait pas admise à discuter. M. Lavedan, de l'Académie française naturellement, expliquait aux lecteurs de *l'Illustration,* dans un article du 31 août 1918, qu'un juge dicte son arrêt et ne le discute pas avec le condamné. Et la presse des deux mondes de faire chorus.

On avait peine à croire au sérieux d'un tel projet. Est-ce qu'en 1814 et 1815 il avait été question de juger la France, à qui on pouvait reprocher non seulement d'avoir voulu mettre l'Europe sous le joug, mais de l'y avoir bel et bien mise? N'avait-elle pas été admise à la discussion des conditions de paix au même titre que ses vainqueurs? Est-ce qu'en 1914 la guerre était juridiquement un crime? Elle l'était si peu que les conférences de La Haye, dites de la paix, avaient eu uniquement pour but de la réglementer. Et dans les guerres incessantes qui avaient précédé celle-ci, personne n'avait attaché la moindre importance à la question des responsabilités, et n'avait par exemple songé à reprocher aux Etats-Unis, aux Boers, au Japon ou aux Balkaniques d'avoir commencé. Qu'on décidât pour l'avenir que toute guerre se terminerait par un jugement aux fins d'en établir les responsabilités, ce pouvait être une excellente chose. Mais on ne pouvait appliquer rétrospectivement cette règle à la guerre de 1914, entreprise sous le régime de la légitimité de la guerre.

Si on tenait cependant à juger l'Allemagne, il fallait au moins procéder avec les formes essentielles de la justice. Le juge ne discute pas son arrêt avec le condamné. Mais avant d'être condamné l'accusé a pu se défendre, même chez les Canaques. Dans les circonstances où avait éclaté la guerre de 1914, on ne pouvait affirmer, comme une chose hors de contestation, que les empires centraux et notamment l'Allemagne en étaient seuls responsables. C'était un procès à instruire. Or non seulement les gouvernements de l'Entente prétendaient tenir ce point pour acquis, mais ils se réservaient de prononcer la peine sans même vouloir entendre les accusés. Quelle démence! Il leur était loisible d'agir en vainqueurs et, puisqu'ils avaient le pied sur la nuque de leurs ennemis, de leur imposer telle ou telle condition. Mais s'ils voulaient agir judiciairement, ce n'était pas à eux d'être les juges. Ou le droit ou la force, mais pas la force sous le manteau, sous les haillons du droit.

[1] Lettre des Gouvernements alliés à M. Wilson du 12 janvier 1917.

Cependant l'incroyable arriva. Encore tout fumant de cette lutte implacable et fabuleuse où il avait lui-même failli succomber, le vainqueur passa par-dessus sa cuirasse ensanglantée une robe de juge, pour dire qui était responsable de la guerre et ce que le coupable devrait payer à l'innocent. On pense bien qu'il n'allait pas se condamner lui-même. Tout poids qu'il aurait ôté du plateau du vaincu pour le mettre dans le sien aurait diminué le montant de ce qu'il appelait sa créance. Il obligea donc l'Allemagne, malgré ses protestations, et sous peine de voir recommencer les hostilités dans les sept jours, sans l'entendre, sur un rapport qui est un modèle de dérision et qu'il ne voulut même pas lui communiquer, à se reconnaître seule responsable de la guerre. Puis il fixa les dommages qu'elle devrait payer à sa victime, c'est-à-dire à lui-même.

Das Urteil von Versailles.

Georges Demartial.

Der vorletzte europäische Krieg war der Krimkrieg, in dem England, Frankreich, Sardinien und die Türkei gegen Rußland verbündet waren. Ich habe eine Broschüre aus damaliger Zeit in Händen mit dem Titel: „Die Notwendigkeit eines Kongresses zur Herstellung des europäischen Friedens, von einem Staatsmann." Der Verfasser gibt zunächst von diesem Kampfe, den er einen „riesenhaften" nennt, ein Bild, das uns nicht mehr imponiert, da wir viel Größeres erlebt haben, und führt dann aus, daß es keinen anderen Ausweg gebe, „als einen Kongreß aller europäischen Mächte. Feierliche und loyale Erklärungen über den Ursprung, den Charakter und die Ereignisse des Konfliktes würden feststellen, auf welcher Seite Unrecht oder Recht gewesen sei. Dann müßte ein Frieden geschlossen werden, der weder Sieger noch Besiegte zurücklasse und der Europa endgültig Ruhe bringen werde, da er von dem Willen aller diktiert sein würde". *)

Der Weltkrieg mußte notwendigerweise die Idee eines Weltkongresses wachrufen zur Feststellung der wahren Ursachen des Krieges und um der Welt im Namen der Welt den Frieden zu diktieren, denn dies war noch viel notwendiger als zur Zeit des Krimkrieges. Hochherzige Geister hatten, nicht in Frankreich, wo die Zensur es nicht erlaubt hätte, aber überall, wo genügende Freiheit herrschte, diesem Gedanken Ausdruck gegeben.

*) Dieses Programm wurde teilweise befolgt. Preußen und Österreich wurden zum Kongreß eingeladen, obgleich sie neutral geblieben waren. Es gab keine Gebietsabtretungen. Man bemühte sich hauptsächlich zu verhindern, daß die orientalische Frage Anlaß zu neuen Kriegen geben könnte, und dem Seekrieg im Interesse des Handels und der Neutralen gewisse Schranken zu setzen.

Die Umstände, unter denen der Krieg ausgebrochen war, erheischten eine solche Lösung. Die Ententemächte hatten Österreich das Recht bestritten, selbst die „Reparationen und Garantien“ festzusetzen, die es durch die Ermordung eines österreichischen Prinzen durch allserbische Fanatiker von Serbien beanspruchen zu müssen glaubte. Sie hatten geltend gemacht, daß ein Staat sich nicht selbst Recht schaffen dürfe, daß sie, wenngleich neutral, die moralische Pflicht hätten, bei der Festsetzung dieser Strafmaßnahmen und Garantien vermittelnd einzugreifen. Weil Österreich sich diesem Anspruch anfangs widersetzte, hatte Rußland mobil gemacht und hatte dadurch die Kriegserklärung Deutschlands hervorgerufen. Konnten dieselben Staaten als Sieger die Reparationen und Garantien selbst festsetzen, die sie von den Besiegten beanspruchen zu können glaubten? Das hieße grade das Prinzip verletzen, für welches sie in den Kampf gezogen waren. Der Krieg für das Recht konnte nicht durch einfache Anwendung der Gewalt beendet werden. Die Friedensbedingungen durften nicht durch die Sieger allein festgesetzt werden, sondern dies mußte unter Zuziehung aller Mächte geschehen, die daran interessiert waren, daß ein gerechter und dauerhafter Frieden geschlossen würde.

Aber die verbündeten Regierungen hatten ganz andere Anschauungen. Sie schützten nicht nur vor, daß sie mit den andern Regierungen, die sie in ihrem pharisäischen Jargon beschuldigten, „gegenüber dem Verbrechen neutral geblieben zu sein“, nicht zusammenarbeiten wollten, sondern sie wiesen jeden Gedanken, mit dem Feind über einen Frieden zu verhandeln, von der Hand. „Wenn wir“, erklärten ihre Vertreter wiederholt, „die Waffen ergriffen hätten, um einen Interessenkonflikt zu entscheiden, so würden wir einen Verhandlungsfrieden, der auch ein Versöhnungsfrieden werden könnte, zulassen. Allein wir schlagen uns nicht wegen irgendwelcher Interessen, wir hatten keines, das uns hätte zum Kriege treiben können. Wir kämpfen gegen einen Staat, der durch wohlüberlegte Entfesselung dieses Krieges das größte Verbrechen der Weltgeschichte begangen hat. Wir wollen also nicht verhandeln, sondern ein Urteil fällen“.*)

Und man entschied, daß Deutschland nicht zu Verhandlungen zugelassen werden dürfe. Lavedan, natürlich Mitglied der französischen Akademie setzte den Lesern der „Illustration“ in einem Artikel vom 31. August 1918 auseinander, daß ein Richter sein Urteil fälle, aber nicht mit dem Verurteilten diskutiere, und die Presse beider Welten stimmte begeistert zu.

An die Ernsthaftigkeit eines solchen Vorhabens konnte man kaum glauben. Ist in den Jahren 1814 und 1815 davon die Rede gewesen, über Frankreich zu Gericht zu sitzen, dem man vorwerfen konnte, nicht nur den Willen gehabt zu haben, Europa unter sein Joch zu beugen, sondern es gründlich darunter gebeugt zu haben? War es nicht mit gleichem Recht wie die Sieger zu den Verhandlungen zu-

*) Schreiben der alliierten Regierungen an Wilson vom 12. Januar 1917.

gelassen worden? Galt ein Krieg, vom Rechtsstandpunkt aus betrachtet, im Jahre 1914 als ein Verbrechen? Das war so wenig der Fall, daß die sogenannten Haager Friedenskonferenzen allein das Ziel hatten, gewisse Regeln für ihn aufzustellen. Und in den vorhergehenden unaufhörlichen Kriegen hatte niemand der Frage nach der Verantwortlichkeit die geringste Bedeutung beigelegt, niemand hatte daran gedacht, z. B. den Vereinigten Staaten, den Buren, Japan oder den Balkanstaaten vorzuwerfen, daß sie angefangen hätten. Wenn man für die Zukunft festsetzen würde, daß jeder Krieg zur Feststellung der Verantwortlichkeiten durch ein Urteil beendet werden solle, so könnte das eine vortreffliche Sache sein. Aber man durfte diese Regel nicht nachträglich auf den Krieg von 1914 anwenden, der unter der Herrschaft der rechtlichen Zulässigkeit des Krieges begonnen war.

Hielt man jedoch daran fest, über Deutschland ein Urteil zu sprechen, so mußte man wenigstens unter Beachtung der wesentlichen Formen der Rechtsprechung vorgehen. Der Richter diskutiert nicht mit dem Verurteilten über das Urteil, aber vor dem Urteil darf sich der Angeklagte selbst bei den Polynesiern verteidigen. Unter den Umständen, unter welchen der Krieg von 1914 ausgebrochen war, konnte man es nicht als eine unstrittige Tatsache hinstellen, daß die Mittelmächte, und besonders Deutschland, die allein Verantwortlichen seien. Man mußte ein Prozeßverfahren einleiten. Aber die Ententeregierungen betrachteten nicht nur diesen Punkt als erledigt, sondern nahmen für sich das Recht in Anspruch, die Strafe zu verhängen, ohne die Angeklagten überhaupt zu hören. Welcher Wahnsinn! Es stand ihnen frei, als Sieger aufzutreten und, da sie ihren Fuß auf den Nacken ihrer Feinde gesetzt hatten, ihnen diese oder jene Bedingung aufzuerlegen. Aber wenn sie in Rechtsformen vorgehen wollten, so war es nicht ihre Sache, als Richter aufzutreten. Recht oder Gewalt, aber nicht Gewalt unter dem Deckmantel, unter den Fetzen des Rechts.

Doch das Unglaubliche geschah. Der Sieger, noch eingehüllt in den Rauch dieses unversöhnlichen und heldenhaften Kampfes, in dem er beinahe selbst unterlegen wäre, legte über seinen noch blutigen Panzer die Robe des Richters an, um zu verkünden, wer für den Krieg verantwortlich sei und was der Schuldige an den Schuldlosen zu zahlen habe. Man kann sich denken, daß er sich nicht selbst verurteilte. Jedes Gewicht, das er von der Wagschale des Besiegten in seine eigene gelegt hätte, würde den Betrag dessen, was er seine Schuldforderung nannte, vermindert haben. Er legte also Deutschland die Verpflichtung auf, trotz seiner Proteste und unter Androhung der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten innerhalb sieben Tagen, ohne es zu hören, auf Grund eines Berichts, der ein Muster von Verhöhnung ist, und von dem er ihm nicht einmal Kenntnis geben wollte, sich als allein verantwortlich für den Krieg zu bekennen. Dann setzte er die Entschädigung fest, die es seinem Opfer, d. h. ihm selbst, zu entrichten habe.

LA "RESPONSABILITÀ„ RUSSA NELLO SCOPPIO DELLA GUERRA MONDIALE SECONDO I NUOVI DOCUMENTI.

Professor Corrado Barbagallo (Mailand).

Sino a qualche mese addietro, il racconto dell'azione del governo dello Czar, alla vigilia della Guerra mondiale, poggiava principalmente sul libro diplomatico russo (il così detto *Libro arancio),* di cui una parte—la corrispondenza franco-russa e quella fra Pietroburgo e l'ambasciata russa a Berlino—erano state completate coi nuovi elementi attinti, grazie alla liberalità del Governo dei *Soviet,* dagli archivi russi. D'altro canto, per l'azione militare del governo russo, dal 24 luglio ai primi dell'agosto 1914, le informazioni fondamentali ci venivano dal noto scritto del gen. Dobrorolski *(Die Mobilmachung der russischen Armee 1914).* A tutto ciò facevano contorno le note memorie degli ex-ambasciatori tedesco (il Pourtalès) e francese (il Paléologue) a Pietroburgo, sebbene la fantasiosa opera di quest'ultimo apparisse fatta più per traviare e ingannare il senso critico dei lettori, anzichè per rischiararlo. A questi elementi fondamentali di fonte russa, controllati e completati da tutti gli altri di fonte tedesca, inglese e francese, io mi affidai nell'illustrare nel mio volume *(Come si scatenò la Guerra mondiale,* Milano-Roma-Napoli, Albrighi Segati & C. 1924) la politica russa nel giugno-agosto 1914.

Dopo quel tempo sono apparsi taluni nuovi elementi e talune nuove informazioni, che risultano, quale più quale meno, di notevole importanza: anzi tutto, il secondo volume del *Livre Noir* (Paris, Librairie du Travail 1923), che io potei vedere solo mentre correggevo le bozze di quel mio studio; poi le *Erinnerungen* (traduzione tedesca, Berlin. R. Hobbing) dell'ex-ministro russo della guerra, il gen. Suchomlinow; poi, gli appunti ritrovati fra le carte del Ministero russo degli Esteri del 1914 (1) in gran parte dettati dall'uomo che ebbe la parte principale nella crisi, l'ex-ministro degli Esteri, il Sazonow; finalmente, una nuova più notevole serie di informazioni del gen. Dobrorolski *(Noch einiges von der russischen Mobilmachung im Jahre 1914),* pubblicate nella benemerita *« Die Kriegsschuldfrage »* dell'aprile 1924. A questo scritto dovrebbe andar congiunta la memoria sullo stesso soggetto del gen. Danilow, che io ho vista in ritardo sulla *Revue d'Histoire de la Guerre mondiale,* 1923.

Questa nuova copia di documentazione e di informazioni richiede che il problema sia riveduto a fondo. Accennerò in queste pagine (bre-

(1) Der Ausbruch des Krieges 1914. Die Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums vom 16. bis 31. Juli 1914. Herausgegeben mit einem Vorwort von Alfred von Wegerer von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924.

vemente, come mi è concesso) i termini in cui, secondo la luce dei nuovi elementi, la questione, a mio avviso, va posta, e lo farò, con quello scrupolo assoluto della verità ch'è nel mio costume, e (ripeto una mia vecchia idea) anche nell'interesse della causa tedesca.

*

Il concetto, che noi fino a ieri ci eravamo formati sulle disposizioni di spirito dell'elemento militare russo nel 1914, va corretto. I generali e gli alti ufficiali russi, anche i più sinceramente e ardentemente patrioti e slavofili, non erano, come sembrava, animati tutti da furore bellico, tutti disposti a precipitare l'ora della guerra.

È possibile o probabile che tale fosse il sentimento dello zio dello Czar, il granduca Nicola Nicolajewitch, e con lui quello di una parte dell'alta ufficialità del suo seguito. Pur troppo, il vecchio granduca non ha fin ora fatto udire la sua voce. Ma l'elemento più altolocato e responsabile dell'esercito russo—il ministro della guerra, gli uomini dello Stato maggiore—erano di opinione contraria. Essi conoscevano le deficienze dell'esercito, essi sapevano che un ritardo di due o tre anni, in un eventuale conflitto con l'Austria-Ungheria e con la Germania, avrebbe fatto trovare la Russia in condizioni molto più favorevoli. Essi perciò avrebbero preferito che l'ora sanguinosa di Marte tardasse a scoccare. Pur troppo, nessuno di loro (e fu questa una vera colpa) trovò la forza di esporre tutto ciò ai capi del Governo civile! Un falso orgoglio, l'orgoglio di non far dubitare che l'esercito fosse pronto, li fece (come dire?) colpevoli dinanzi a se stessi, ed essi preferirono tacere, e tacquero!

Sur un solo punto furono espliciti, e si ostinarono (ebbero ragione, sebbene qui io non possa ripetere la dimostrazione delle loro ragioni): nel volere che, se a una mobilitazione doveva darsi mano, questa doveva essere una mobilitazione generale, non una mobilitazione parziale.

Invece il sentimento e il pensiero dello Czar escono, dalle nuove informazioni, perfettamente confermati, direi quasi, purificati. In modo particolare sono istruttivi gli appunti ritrovati presso il ministero degli Esteri, relativi alla giornata del 30 luglio, e che devono essere stati dettati da persone assai vicine al Sazonow. L'infelicissimo autocrate non voleva a nessun patto la guerra—non voleva perciò la mobilitazione generale—, e lottò fino all'ultimo, come una creatura ferita presa al laccio, contro militari e contro ministri civili. Il gen. Dobrorolski c'informa ora, per giunta, che egli, lo Czar, dinanzi all'eloquenza delle osservazioni dei militari, vagheggiava per l'avvenire una riforma del sistema di mobilitazione russa, che non ponesse gli uomini politici nel terribile dilemma del disarmo o della guerra. Egli vagheggiava una mobilitazione generale, che risultasse da singole mobilitazioni parziali indipendenti, distretto per distretto (pp. 84—85). Era anche questo, dicono i tecnici, un piano assurdo. Ma, pur di sfuggire al destino della guerra, lo Czar concepiva in quei giorni anche l'assurdo!

*

Più difficile a penetrare, più complicata, è senza dubbio la condotta politica dell'autorevolissimo ministro russo degli Esteri, il Sazonow.

Secondo l'ufficiale *Libro arancio* del 1914, essa sembrava tutta una disperata politica di pace. Le *Erinnerungen* del Suchomlinow la definiscono ora, invece, un'azione diplomatica che respinse tutti gli elementi, che le venivano offerti per aprire una porta alla pace (p. 375).

L'accusa dell'ex ministro della guerra ha pochissimo valore probativo, come altre accuse e dimostrazioni del suo libro. Ma certamente le annotazioni del ministero degli Esteri, che le *Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums* publicarono, ci mostrano un Sazonow diverso da quello che avremmo amato figurarci.

No: durante gli anni trascorsi al ministero degli Esteri dopo la grave crisi austro-russa del 1908—09, il Sazonow non aveva lavorato per la guerra. Aveva lavorato per la pace. La migliore illustrazione di questo punto ce la dona (allorchè si legga spassionatamente) il nuovo volume del *Livre Noir* con tutti i suoi abbondanti particolari sull'atteggiamento russo nella questione degli Stretti, durante gli affari balcanici del 1912—13. Allora lo studio più intenso del Sazonow era stato di non far stridere i colori dell'alleanza franco-russa e di mettere piuttosto in evidenza, di « *sottolineare* », la solidarietà fra Russia, Germania, Inghilterra (*Livre Noir*, II, p. 99). Allora egli era stato fatto bersaglio alle violente accuse dei nazionalisti russi (II, p. 67). Allora un ministro francese (tutt'altro che militarista o imperialista) dichiarava ad onore di lui che «si la crise s'est terminée heureusement et n'a pas entraîné l'Europe dans une guerre generale, nous le devons *exclusivement* à la Russie, à son désintéressement et à ce qu'elle était prête à aller jusqu'aux derniers limites de la conciliation . . . » (II, pp. 70—71). (1)

Ma il conflitto austro-russo del 1912—13 non era stato che una continuazione, prima, di quello del 1878, poi di quello del 1908; ed esso fu sùbito seguìto dal conflitto russo-tedesco del 1913—14 circa la missione del gen. Liman von Sanders in Oriente, destinata—parve—a galvanizzare quell'Impero ottomano, le cui rovine soltanto, ormai, sbarravano il mare libero alla Russia. Da cinquant'anni circa, la Russia trovava immutabilmente sul cammino della sua storia, il macigno dell'ostilità austro-tedesca. Ora, nel luglio 1914, sopraggiungeva la minacciata esecuzione austriaca sulla Serbia, che sembrava destinata a ricacciare indietro di mezzo secolo e Serbia e Russia! . . . Il ministero russo degli Esteri cercò prevenirla, appena n'ebbe sentore, con una mossa di grande delicatezza, che solo ora apprendiamo. Esse rinunziò ad un'azione diretta, che poteva ferire la suscettibilità del governo austriaco, ma pregò caldamente il governo italiano perchè intercedesse presso l'Austria-Ungheria, sua alleata (16 luglio 1914: *Tagesauf-*

(1) Quest'aspetto delle rivelazioni del *Livre Noir* è stato studiato minutamente sulla *Nuova Rivista storica* (gennaio-febraio, marzo-aprile 1924), che ho l'onore di dirigere.

zeichnungen des russischen Außenministeriums p. 4) Inutilmente! Or bene, il Sazonow, allo scoppiare del nuovo conflitto, è stanco—nervosamente stanco—prima di agire, ossia profondamente scettico e pessimista sulla sincerità degli avversari, sull'efficacia dei mezzi pacifici, tante volte adoperati, e a cui, a suo avviso, è inutile ridar mano. La sua prima esclamazone, all'annunzio dell'*ultimatum* austriaco alla Serbia è una sola: « *C'est la guerre européenne!* » E questo tremendo convincimento è la nota, il *leitmotiv,* a cui si ispirerà tutta l'aziona russa, come vi si ispirano i nervosi dialoghi del ministro col paziente ambasciatore tedesco a Pietroburgo, il Pourtalès, e le annotazioni del ministero degli Esteri, che solo ora leggiamo.

Singolare fenomeno! Un uomo politico dal molle temperamento linfatico, naturalmente e consuetamente stanchissimo, il cancelliere tedesco, il Bethmann Hollweg, troverà, per tutta una settimana, la volontà e la forza di lottare, disperatamente, ad ogni ora del giorno e della notte, per la pace. Un uomo nervoso, attivo, apoplettico, quasi, come il ministro russo degli Esteri, si dimostra, fin dal primo istante, esaurito!

Non c'è più, dunque, nulla da fare, a suo avviso, se si adottano i soliti mezzi diplomatici. Occorrerà forse, come estremo rimedio, la minaccia di una forte pressione militare. Ed è egli stesso, il Sazonow, non i militari o il ministro della guerra, a volere, fin dal prima istante, dal 24 luglio, la pericolosa pressione di una mobilitazione parziale russa contro l'Austria. Ed è egli stesso a mettersi direttamente in rapporto con lo Stato maggiore; egli stesso ad annunziare romorosamente all'Europa che la Russia è pronta alla guerra contro l'Austria.

Fatale errore! Quest'annunzio non mostra ch'egli voglia la guerra, dimostra che ne vuole sfruttare la minaccia . . . Ma essa è appena lanciata, che i militari, i tecnici, i competenti gli dimostrano con matematica precisione tutti i pericoli del provvedimento adottato, e che, se si vuole minaccare senza correre il rischio che l'arma scoppi nelle mani stesse di chi che vuole adoperarla, è necessario—inevitabile—sostituire alla mobilitazione parziale quella generale. Il Sazonow è già persuaso della cosa, quando, a deciderlo, sopravviene il rapido fallimento delle trattative con l'Austria e la dichiarazione di guerra dell'Austria alla Serbia.

Allora egli si convince che bisogna volere non solo la minaccia, ma la preparazione vera e propria, e comincia la sua opera, diplomatica e militare, diretta alla guerra.

Precisamente, il 28 luglio, egli annota, o fa annotare al ministero degli Esteri, che l'ambasciatore francese ha dichiarato che la Francia è pronta a soddisfare ai doveri dell'alleanza. Nello stesso giorno egli si decide ad agire energicamente sulla Rumania e a chiedere all'Inghilterra un « immediato intervento » a fine di indurre l'Austria ad arrestare la sua azione militare contro la Serbia, chè ormai (egli avverte) una semplice mediazione. Darebbe solo pretesto a trascinare in lungo la

questione e consentirebbe all'Austria la possibilità di spezzare frattanto completamente la Serbia (*Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums*, p. 15). Indi consente (o sollecita?) che la mobilitazione parziale russa sia convertita in generale. Soltanto—estremo riguardo per non chiudere tutte le porte alla pace—egli vorrebbe una cosa, tecnicamente inattuabile, che « la mobilitazione fosse compiuta, per quanto possibile, in segreto » a fine di non provocare la inevitabile reazione tedesca, che veramente taglierebbe i fili di tutte le speranze. (31 luglio: *Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums*, p. 32). Ma questo lucignolo di speranza è in lui così tenace a non morire, che, neanche ora, egli si arrende all'inevitabile, cioè al riconoscimento del fatto che la mobilitazione russa ha spalancato le porte del tempio di Giano. La mattina del 30 luglio egli concorda, coll'ambasciatore tedesco, una certa formula, in cui, entro certe condizioni, « la Russia si impegnerebbe a interrompere i suoi preparativi militari ». Il 31, a mobilitazione generale ordinata, egli stesso, su domanda del primo ministro inglese—Sir E. Grey—, apporta alla formula alcuni ritocchi *che la migliorano* (1). Invano! Sia la prima formula, che l'ambascia-

(1) Nel suo acuto *Leitfaden zur Kriegsschuldfrage*; pp. 121—122, 149 sgg.) il conte *Montgelas*, seguìto dalla maggior parte dei critici tedeschi, ha trovato inaccettabile la prima formula Sazonow, e giudicato la seconda un peggioramento della prima e un travisamento *(in das Gegenteil verkehrt)* del pensiero di Sir E. Grey, che appunto aveva suggerito le correzioni. Egli mi permetterà di dubitare fortemente del suo grave giudizio. Sir E. Grey aveva osservato alla prima « formula Sazonow » che « *si l'avance autrichienne était arrêtée après l'occupation de Belgrade* . . . les termes de la formule pourraient être modifiés de façon à dire que les *Puissances* examineraient comment la Serbie pourrait donner entière satisfaction a l'Autriche sans diminuer les droits souverains ou l'indépendance de la Serbie ». Aveva continuato proponendo che, « *si l'Autriche, ayant occupé Belgrade et le territoire serbe avoisinant, se déclarait prête, dans l'intérêt de la paix européenne, à cesser son avance* . . ., la Russie consentirait également à discuter et à suspendre tous nouveaux préparatifs militaires pourvu que les autres Puissances en fissent autant . . .». Or bene, il Sazonow, il 31 luglio, modificò la prima formula (nella quale non si parlava di soddisfazioni serbe all'Austria), parafrasando: « *Si l'Autriche consent à arrêter la marche de ses troupes sur le territoire serbe; si, reconnaissant que le conflit austro-serbe a assumé le caractère d'une question d'interêt européen, elle admet que les grandes Puissances examinent la satisfaction que la Serbie pourrait accorder au gouvernement d'Autriche-Hongrie sans laisser porter atteinte à ses droits d'État souverain et à son indépendance, la Russie s'engage à conserver son attitude* expectante» (R. 67; E 120).

In meno della prima formula, che concludeva « *la Russie s'engage à cesser tous préparatifs militaires* », la seconda dice soltanto: « *la Russie s'engage à conserver son attitude expectante* »; ma il Sazonow ne ha eliminato la pericolosa riserva, suggerita dal Grey: « *pourvu que les autres Puissances en fissent autant* ».

tore tedesco in Russia e il Cancelliere dell'Impero, trovano accettabile, sia la seconda, che Sir E. Grey, trova migliore della prima e fa sua, cadono, in Germania, in mezzo al ribollire delle passioni e dei terrori, che gli armamenti russi hanno scatenati. Qui la nave dello Stato non è più guidata da un solo timone e da un solo nocchiero, ma da tre timoni e da tre nocchieri: lo Stato maggiore, che dall'imponenza degli armamenti russi si sente obbligato—*e ben a ragione!*—a rispondere fulmineamente con la guerra; il Cancelliere che lavora a Vienna nello stesso senso nella « formula Sazonow-Grey » (1); il segretario agli Esteri, il von Jagow, il quale, per due giorni consecutivi, ricusa, *di fronte al governo russo,* l'una e l'altra « formula Sazonow » (O. 63; 31 luglio: *Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums*, p. 31, 36), insensibile alle conseguenze che la sua cocciutaggine potrebbe provocare.

E si viene alla guerra! Ma si viene anche di nuovo, alla inevitabile conclusione, a cui più volte io sono dovuto venire nelle mie ricerche su questa materia: Neanche la Russia, come nessun altro degli Stati europei belligeranti volle la Guerra mondiale, ma questa scoppiò, non ostante l'avversione dei capi, civili e militari, a provocarla, perchè tutti furono presi in un ingranaggio più potente delle loro forze, superiore alle loro volontà consapevoli, che tutti li trasse in ruina! —

Questa è la verità storica che scaturisce da tutti i documenti, di cui sino ad ora siamo in possesso. Ed è, a mio avviso, la verità più consolante, perchè la più adatta alla riconciliazione tra i popoli.

Die russische „Verantwortlichkeit" am Ausbruch des Weltkrieges nach den neuen Urkunden.

Professor Corrado Barbagallo (Mailand).

Bis vor einigen Monaten stützten sich die Forschungen über die Handlungen der zaristischen Regierung am Vorabend des Weltkrieges in der Hauptsache auf das russische Orangebuch, dessen einer Teil — die franko-russische Korrespondenz und diejenige zwischen Petersburg und der russischen Botschaft in Berlin — durch neue Unterlagen ergänzt worden war, die von der Sowjetregierung aus den russischen Archiven entnommen waren. Auf der andern Seite gründeten sich die militärischen Aktionen der russischen Regierung vom 24. Juli bis in die ersten Augusttage auf die bekannte Schrift des Generals Dobro-

(1) Caratteristica è, tra l'altro, un telegramma del 31 luglio (D. 464; cfr. 452), in cui egli comunica a Vienna il testo delle proposte inglesi, che avevano ispirato la seconda « formula Sazonow ».

rolski „Die Mobilmachung der russischen Armee 1914". Daneben liefen die bekannten Memoiren des ehemaligen deutschen Botschafters Pourtalès und des französischen Paléologue, beide in Petersburg. Das phantasievolle Werk des letzteren scheint allerdings mehr den kritischen Sinn des Lesers vom Wege abbringen und täuschen zu wollen, als ihn aufzuklären. Auf diese grundlegenden Urkunden russischer Herkunft, die von allen anderen deutscher, französischer und englischer Herkunft kontrolliert und vervollständigt werden, habe ich mich in meiner Schrift „Wie der Weltkrieg entfesselt wurde", Mailand-Rom-Neapel, Albrighi Segati & Cie., 1924) über die Klarstellung der russischen Politik in den Juli-Augusttagen 1914 gestützt.

In letzter Zeit sind nun neue Urkunden und neue Informationsquellen erschlossen worden, die von größerer oder geringerer Bedeutung sind. So vor allem der zweite Band des Schwarzbuches (Paris, Librairie du Travail 1923), der bei der Korrektur meiner Schrift zwar vorlag, den ich jedoch nicht mehr verwenden konnte. Dann die Erinnerungen des ehemaligen russischen Kriegsministers General Suchomlinow (Deutsche Übersetzung Berlin, Reimar Hobbing). Endlich die unter den Schriften des russischen Auswärtigen Amtes von 1914 aufgefundenen Notizen*), die zum größten Teil von dem Hauptbeteiligten an der Krise, dem Außenminister Sasonow, herrühren und schließlich noch eine neue Reihe von Quellen des Generals Dobrorolski „Noch einiges von der russischen Mobilmachung im Jahre 1914", veröffentlicht in der verdienstvollen Zeitschrift „Die Kriegsschuldfrage" vom April 1924. Dieser Schrift können noch die Erinnerungen des Generals Danilow über denselben Gegenstand beigefügt werden, die ich, auch erst verspätet, in der „Revue d'Histoire de la Guerre mondiale" 1923, entdeckte.

Diese neuen Urkunden und Informationen erfordern eine Ergänzung bzw. Neubearbeitung des Problems. Nachstehend will ich in Kürze die Tatsachen niederlegen, wie sie sich nach meiner Auffassung nunmehr gestalten. Ich werde auch hier mit der Offenheit vorgehen, wie ich es bisher getan, auch (und ich wiederhole damit nur einen alten Gedanken von mir) im Interesse der deutschen Sache.

Die Auffassung, die wir bis gestern uns über den Geist der russischen militärischen Kreise im Jahre 1914 gebildet haben, muß dahin korrigiert werden, daß die Generale und die andern hohen Offiziere, auch die patriotischsten und slawenfreundlichsten, nicht alle von der Kriegswut und von dem Drange erfaßt waren, den Ausbruch des Krieges zu beschleunigen. Es ist möglich und wahrscheinlich, daß diese Gefühle bei dem Onkel des Zaren, dem Großfürsten Nikolaus

*) Der Beginn des Krieges 1914. Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums. Herausgegeben mit einem Vorwort von Alfred Wegerer von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1924.

Nikolajewitsch und bei einem Teile der hohen Offiziere seines Gefolges vorherrschten. Leider hat der alte Großfürst bisher selbst noch nicht gesprochen. Die verantwortlichen Elemente der russischen Armee — der Kriegsminister und die Herren des Großen Generalstabes — waren gegenteiliger Ansicht. Sie kannten die Mängel des Heeres und wußten, daß eine Hinausschiebung des eventuellen Konfliktes mit Österreich-Ungarn und Deutschland um zwei bis drei Jahre für Rußland eine viel günstigere Lage schaffen würde. Sie hätten es daher vorgezogen, die Stunde des Krieges noch hinauszuschieben. Leider fand keiner unter ihnen, und hierin liegt ihre wahre Schuld, die Kraft, diese Auffassung den verantwortlichen zivilen Stellen beizubringen. Ein falscher Stolz, an der Bereitschaft des Heeres nicht zweifeln zu lassen, machte sie schuldig vor sich selbst. Sie zogen vor zu schweigen und schwiegen auch.

Nur in einem Punkte wurden sie deutlich und hartnäckig: (und in diesem Punkte hatten sie auch recht, wenn ich hier auch die Gründe hierfür nicht wiederholen kann) daß nämlich eine Mobilmachung, wenn schon eine solche stattfinden sollte, nur eine allgemeine und unter keinen Umständen eine teilweise sein konnte und durfte.

Die Gefühle und Gedanken des Zaren werden durch die neuen Veröffentlichungen, ich möchte sagen, in voller Reinheit klargestellt. Lehrreich sind hierfür besonders die Aufzeichnungen in dem Geheimtagebuch des Außenministers über die Ereignisse am 30. Juli, die anscheinend von Sasonow sehr nahestehenden Personen diktiert worden sind. Der unglückliche Autokrat wollte unter keinen Umständen den Krieg — also auch nicht die allgemeine Mobilmachung — und kämpfte bis zum Schlusse gegen die militärischen und zivilen Minister. Nach General Dobrorolski erwog der Zar angesichts der Beredsamkeit der Militärs eine zukünftige Reform des russischen Mobilmachungssystems, durch das die Politiker nicht mehr in das fürchterliche Dilemma zwischen Abrüstung und Krieg gebracht werden sollten. Er hatte eine allgemeine Mobilmachung im Auge, die sich aus einzelnen unabhängig voneinander zu vollziehenden Teilmobilmachungen von Bezirk zu Bezirk entwickeln sollte. (S. 84—85.) Aber auch dies war nach dem Urteil der Sachverständigen ein absurder Plan. Um dem Kriege zu entgehen, nahm der Zar aber in jenen Tagen auch seine Zuflucht zu solchen unsinnigen Vorschlägen.

Schwieriger darzulegen ist zweifellos die politische Haltung des allmächtigen Ministers Sasonow. Nach dem offiziellen Orangebuch von 1914 verfolgte er verzweifelt eine Politik des Friedens. Die Erinnerungen des Generals Suchomlinow zeigen diese Haltung aber jetzt als eine diplomatische Aktion, die alle die Türe des Friedens öffnenden Elemente zurückwies. (S. 375.) Die Anklagen des ehemaligen russischen Kriegsministers haben nun wenig Beweiskraft, wie noch andere Anklagen und Vorwürfe seines Buches. Aber die Bemerkungen des Außenministers, wie sie in den Tagesaufzeichnungen des russischen

Außenministeriums veröffentlicht werden, zeigen uns doch einen anderen Sassonow, als wie wir ihn uns bisher vorzustellen geliebt haben.

Während der Jahre, die nach der schweren österreichisch-russischen Krise 1908-1909 im russischen Außenministerium verflossen, hat zweifellos Sassonow als Außenminister nicht im Sinne eines Krieges gearbeitet, sondern für den Frieden. Die besten Beweise hierfür gibt uns, wenn leidenschaftslos gelesen, der neue Band des Schwarzbuches mit allen seinen vielen Einzelheiten über die russische Haltung in der Frage der Meerengen, während der Balkankrisen 1912-1913. Damals ging das intensive Streben Sasonows nicht darauf hinaus, die franko-russische Allianz auszuspielen, sondern vielmehr darauf, die Solidarität zwischen Rußland, Deutschland und England zu unterstreichen (Schwarzbuch II S. 99). Damals war er Gegenstand der heftigsten Anklagen seitens der russischen Nationalisten (S. 67). Damals erklärte ein französischer Minister, der nichts weniger als Militarist oder Imperialist war, daß „wenn sich die Krise glücklich gelöst habe, ohne Europa in einen allgemeinen Krieg hineingestürzt zu haben, wir dies ausschließlich Rußland, seinem Desinteressement und seiner Bereitwilligkeit verdanken, bis zu den letzten Grenzen der Versöhnlichkeit zu gehen". (S. 90—91.)[1])

Aber der österreichisch-russische Konflikt 1912/1913 war nichts weiter als die Fortsetzung derjenigen von 1878 und 1908. Ihm folgte auf dem Fuße der russisch-deutsche Streit von 1913/1914 über die Mission des Generals Liman von Sanders nach dem Orient, die, wie es schien, das ottomanische Reich galvanisieren sollte, dessen Zusammenbruch allein Rußland den Weg zum Meere frei machte. Seit etwa 50 Jahren begegnete Rußland auf seinem geschichtlichen Wege dem Hindernis einer unveränderten österreich-deutschen Feindschaft. Da erfolgte im Juli 1914 die drohende Züchtigung Serbiens durch Österreich und schien Serbien und Rußland in ihrer Entwicklung um ein halbes Jahrhundert zurückzuwerfen. Wie wir jetzt ersehen, suchte dies der russische Außenminister mit großem Zartgefühl zu verhüten. Er verzichtete auf eine direkte Aktion, die die Empfindlichkeit der österreichischen Regierung verletzen konnte und bat wärmstens die italienische Regierung, bei ihrem Bundesgenossen Österreich-Ungarn zu vermitteln. (16. Juli 1914. Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums a. a. O. Seite 4.) Ohne Erfolg! Beim Ausbruch des neuen Konflikts finden wir ihn in einer nervösen Erschöpfung, in tiefem Unglauben, in pessimistischer Auffassung über die Aufrichtigkeit der Gegner, über die Wirksamkeit der schon so oft angewendeten friedlichen Mittel, auf die erneut zurückzukommen nach seiner Meinung nutzlos ist. Bei Ankündigung des österreichischen Ultimatums an Serbien ist sein erster Ausruf: „Dies bedeutet den euro-

[1]) Diese Enthüllungen des Schwarzbuches sind von mir eingehend in der Nuova Rivista Storica, Januar-Februar-März-April 1924 gewürdigt worden.

päischen Krieg!" Nach diesem Leitmotiv erfolgen nun alle weiteren russischen Schritte, erfolgen die nervösen Unterhaltungen des Ministers mit dem geduldigen deutschen Botschafter in Petersburg, erfolgen die Notizen des Ministers, von denen wir jetzt Kenntnis erhalten.

Eine sonderbare Erscheinung! Ein Politiker von dem weichen, sympathischen, natürlichen und gepflegt matten Charakter wie der deutsche Kanzler Bethmann Hollweg findet eine ganze Woche lang den Willen und die Kraft, verzweifelt Tag und Nacht um den Frieden zu kämpfen, und ein nervöser, aktiver und tatkräftiger Mann, wie der russische Außenminister, zeigt sich vom ersten Augenblick an völlig erschöpft. Nach seiner Ansicht ist mit diplomatischen Mitteln nichts mehr zu machen und bleibt als letztes nur noch die militärische Drohung übrig. Und er selbst, nicht etwa die Militärs oder der Kriegsminister, fordert vom ersten Augenblick den gefährlichen Druck einer russischen Teilmobilmachung gegen Österreich. Er selbst setzt sich in direkte Verbindung mit dem Generalstab und er selbst verkündet lärmend Europa, daß Rußland zu einem Kriege gegen Österreich bereit ist.

Ein verhängnisvoller Irrtum! Diese Ankündigung zeigt nicht, daß er den Krieg will, sondern nur, daß er aus dessen Androhung Nutzen ziehen will. . . . . Kaum ist sie aber hinausgerufen, so zeigen ihm schon die Militärs, die Techniker, die zuständigen Stellen mit mathematischer Genauigkeit alle Gefahren dieser einstweiligen Maßnahme, zeigen ihm, daß zu einer Drohung, ohne Gefahr zu laufen, diese Waffe in den Händen des sie Anwendenden zerbrechen zu sehen, es unvermeidlich erforderlich ist, der Teilmobilmachung die allgemeine zu substituieren. Sasonow ist hiervon bereits überzeugt, als der schnelle Zusammenbruch der Verhandlungen mit Österreich und die Kriegserklärung Österreichs an Serbien erfolgt.

Nunmehr ist er überzeugt, daß er mit der Drohung allein nicht operieren kann, sondern nur mit der wirklichen und richtigen Vorbereitung, und er beginnt sein auf den Krieg eingestelltes diplomatisches und militärisches Werk.

Am 28. Juli verkündet er oder vielmehr läßt er im Auswärtigen Amt verkünden, daß der französische Botschafter erklärt habe, daß Frankreich bereit sei, seinen Bündnispflichten nachzukommen. An demselben Tage entschließt er sich zu einer energischen Handlung gegenüber Rumänien, fordert von England eine umgehende Intervention, um Österreich zu veranlassen, seine militärischen Maßnahmen gegen Serbien einzustellen. Eine einfache Vermittlung, so warnt er, würde nur ein Vorwand sein, die Sache in die Länge zu ziehen und es Österreich gestatten, inzwischen Serbien völlig zu vernichten. (Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums a. a. O. Seite 15.) Inzwischen willigt er ein (oder begünstigt?), daß die teilweise Mobilmachung in eine allgemeine umgewandelt wird. Um im alleräußersten Falle dem Frieden nicht alle Türen zu verschließen, möchte er nur eine, technisch undurchführbare, Einschränkung, daß

„die Mobilmachung sich möglichst im geheimen vollziehen solle," um nicht die unvermeidliche deutsche Reaktion zu provozieren, die tatsächlich alle Hoffnungsfäden zerschneiden würde. (31. Juli, Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums a. a. O. Seite 32.)

Dieser Hoffnungsschimmer ist bei ihm so unauslöschbar, daß er selbst jetzt sich noch nicht dem Unvermeidlichen ergeben kann, der Anerkennung der Tatsache, daß die russische Mobilmachung die Pforten des Janustempels weit geöffnet hat. Am Morgen des 30. vereinbart er mit dem deutschen Botschafter eine Formel, nach der sich unter gewissen Bedingungen „Rußland zur Unterbrechung seiner militärischen Vorbereitungen verpflichten würde." Am 31., am Tage der allgemeinen Mobilmachung, macht er auf Verlangen des englischen Ministers Sir E. Grey selbst noch einige verbessernde Retouchen*).

Vergeblich! Sowohl die erste Formel, die der deutsche Botschafter, Rußland wie auch der Reichskanzler für annehmbar hielten, sowie auch die zweite, die Grey für besser hielt, fielen in Deutsch-

*) In seinem scharfsinnigen „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage" S. 121/122, 149/155 hat Graf Montgelas, in Übereinstimmung mit dem größten Teile der deutschen Kritiker, die erste Formel als unannehmbar und die zweite als eine Verschlechterung der ersten betrachtet, die den Gedanken Greys in das gerade Gegenteil verkehre, der ausdrücklich Verbesserungen vorgeschlagen hatte. Gegenüber diesem schwerwiegenden Urteil möchte ich starke Zweifel erheben. Grey hatte zu der ersten Formel Sasonows bemerkt, daß, „wenn der österreichische Vormarsch nach der Besetzung Belgrads aufgehalten werde . . . . . der Wortlaut der Formel so geändert und erklärt werden könnte, daß die Mächte in eine Prüfung darüber eintreten würden, wie Serbien Österreich völlige Genugtuung leisten könnte, ohne seine souveränen Rechte oder seine Unabhängigkeit zu gefährden." Er schlug ferner vor, daß, „wenn Österreich nach Besetzung Belgrads und des angrenzenden serbischen Gebiets sich bereit erklärte, im Interesse des europäischen Friedens seinen Vormarsch einzustellen... Rußland sich gleichfalls zu einer Aussprache über die Einstellung weiterer militärischer Vorbereitungen einlassen würde, vorausgesetzt, daß die anderen Mächte dasselbe tun würden . . ." Am 31. Juli änderte daher Sasonow die erste Formel (in der von serbischer Genugtuung an Österreich keine Rede war) wie folgt ab: „Wenn Österreich einwilligt, den Vormarsch seiner Truppen auf serbisches Gebiet anzuhalten, wenn es anerkennt, daß der österreich-serbische Konflikt den Charakter einer Frage von europäischem Interesse angenommen hat und zuläßt, daß die Großmächte prüfen, welche Genugtuung Serbien der österreich-ungarischen Regierung geben könnte, ohne seine Rechte als souveräner Staat oder seine Unabhängigkeit damit preiszugeben, so verpflichtet sich Rußland, seine abwartende Haltung zu bewahren." Weniger weitgehend als die erste Formel, die damit schloß, „daß Rußland sich zur Einstellung aller militärischen Vorbereitungen verpflichtet," sagte die zweite nur „Rußland verpflichtet sich, seine abwartende Haltung zu bewahren." Sasonow entfernte jedoch aus ihr den gefährlichen Vorbehalt Greys, „vorausgesetzt, daß die andern Mächte dasselbe tun."

land in eine von Leidenschaften und Schrecken beherrschte Stimmung, die durch die russischen Rüstungen hervorgebracht worden war. Das Staatsschiff wurde hier nicht mehr von einem Steuermann geleitet, sondern von drei aus dreierlei Befürchtungen heraus: von dem Generalstabe, der sich angesichts der furchtbaren russischen Rüstungen mit gutem Recht verpflichtet fühlt, blitzartig mit dem Kriege zu antworten; von dem Kanzler[1]), der in Wien im Sinne der Formel Sasonows arbeitete; von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts von Jagow, der in zwei aufeinanderfolgenden Tagen gegenüber der russischen Regierung sowohl die eine wie die andere Formel zurückweist (31. Juli, Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums a. a. O. Seite 31, 36), unbekümmert um die Folgen, die sein Eigensinn hervorbringen könnte.

So kommt man zum Kriege, aber auch zu dem immer wieder unvermeidlichen Schluß, zu dem auch ich immer wieder in meinen Untersuchungen über diese Frage gekommen bin; weder Rußland noch irgendein anderer der europäischen kriegführenden Staaten wollte den Krieg, sondern dieser brach aus, trotz der Abneigung der zivilen und militärischen verantwortlichen Stellen, ihn zu provozieren, weil alle sich in einem Triebwerk befanden, das mächtiger war als alle ihre Kräfte, stärker als all ihr Wille und sie in den Abgrund hinunterzog.

Dies ist die historische Wahrheit, die aus allen diesen Urkunden spricht. Es ist auch die trostreichste Wahrheit, da sie zur Wiederversöhnung der Völker am meisten geeignet ist.

WHY I BELIEVE THE SERBIANS DELIBERATELY PRECIPITATED THE WAR.

M. E. Durham.

During my long and close association with the South Slavs, especially with the Montenegrins between the years 1900 and 1914 I found that war with Austria was regarded as a necessity sooner or later. For example, in 1905 I was taken to a primitive workshop at Rijeka where new stocks were being put to old rifles and told that the Montenegrins were busy making ready a rifle for each man in Bosnia for the coming rising. My guide used to discuss the subject freely wherever we went. It was agreed that Austria could be very easily beaten. Cattaro I was told would be taken in twentyfour hours.

[1]) Charakteristisch ist unter anderem ein Telegramm vom 31. Juli (D. D. 464. cfr. 452), in dem er den Text des englischen Vorschlags, der die zweite Formel vorschlug, nach Wien mitteilt.

Next year in Bosnia I found a strong anti-Austrian propaganda being worked among the Orthodox population. And that even men occupying official positions were mixed up in this. The Austrian authorities I was told opened letters at the post office in vain, for all important facts were sent by word of mouth. In short I heard quite enough to convince me that the charges brought by Friedjung in 1909, that Belgrade was the centre of plots against the Austrian Government were true. I had in fact refused to join the Slovenski Jug because as a British subject I would not belong to a society that plotted against a nation friendly to England.

That same year 1906 I rode across the Bosnian frontier into Serbia and found folk there delighted with the results of the murder of Alexander Obrenovitch. Had he lived he would have made terms with Austria. Now all the money of the country was being used to arm Serbia against Austria. So they said France was then giving her first loan to Serbia and supplying Creusot guns. I returned to Bosnia and was told by Austrian officers, "We know that Serbia has joined the Russo-French combine against us." From that date onward France has continually financed and armed Serbia as part of the encircling scheme. A scheme she continues to develope. As Serbia was necessary to the military plans of France and Russia, England when once entangled in military conversations, had to resume diplomatic relations with Serbia and recognise King Petar.

About this time Russian officers came to Cetinje to train cadets and look after military organization. Arms and artillery of better type than that which Montenegro possessed were supplied from Russia. In 1908, when Austria annexed Bosnia, feeling in Montenegro and Serbia became violent. Only the fact that Russia was not ready for war, prevented war from breaking out then.

Russia was omnipotent in the eyes of the South Slavs. They entirely believed that when Russia moved, victory would be certain. I never heard Germany mentioned as a danger by the common people. Germany was far off. Austria which was in the foreground was despicable. With Russian help Austria would be smashed.

Russia began active preparations by forming the Balkan Alliance in 1912. But the Balkan nations rushed into war before Russia intended them to do so. The Young Turks had been forced by the Albanians to promise considerable autonomy to Albania. Serb, Greek and Montenegrin all intended to cut up Albania and therefore rushed to do so before Albania could de delimited and its autonomy recognised by the Powers.

In his extreme anger with the Montenegrins for thus risking the destruction of Russia's plans, Yougourieff, the Russian officer in charge of the military training school at Cetinje, told me quite explicitly that Russia was preparing as fast as possible for her great war for Constantinople and would be ready for it in two years time. That is in October

1914. He stated also that Russia could not begin without an excuse and that the declaration of war by Austria would be her excuse.

It is thus clear that Austria had somehow to be forced into war. Had the Balkan nations been defeated in 1912—13, Russia's plans would have to be postponed. As it was the Serb group was elated with victory and, drunk with blood and plunder, thirsted for more and was furious at not having been allowed to destroy Albania! In Montenegro there was fury against me for I worked with all my power to save Scutari. The Austrian Legation at Cetinje sent my reports and letters out of the country for me. The Montenegrins swore to me they would burn down Scutari and cut the throats of the inhabitants. I swore in return so long as there was any justice in the world they would never have Scutari. In May, 1913, when they knew they had lost the game a number of the officials and other men at the Podgoritza post office shouted at me: "We shall have it yet. Our plans are made. We shall march to Sarejevo; the Serbs will march to Vienna. We have the whole of the Russian army with us. You can do nothing. We shall begin in Bosnia." From that date onward I was quite certain that war would soon take place in the Near East and that Russia would move on Constantinople. And that the excuse would be made in Serbia or Montenegro. The activities of the Serbian murder gang "The Black Hand" which committed the most hideous atrocities in Albania and Macedonia, and the way in which this gang was clearly controlling all Serbian policy, made war the more certain. The King was clearly a mere puppet. The same men who put him on the throne could send him to visit the Obrenovitch. I heard excited officers at the dinner table at the Podgoritza inn cry "Great Serbia will never be made till the Karageorges and Petrovitches follow the Obrenovitches!"

My former dragoman in Macedonia, an Albanian, wrote to me early in 1914 from Monastir that the Serb officers talked and boasted of the coming war with Austria and that "Petar Karageorgevitch is whetting his sharp sword to deal a deathblow at the aged Franz Joseph."

When the news of the Archduke's assassination reached me at Durazzo at once flashed through my mind "They have begun in Bosnia!" Russia mobilized only two months earlier than Yougourieff had foretold and Austria had been goaded into giving her the excuse. I believed war then to be quite certain.

But I did not for a moment imagine England would side with the murderers. I was immersed in Balkan intrigues but quite unaware of England's military commitments. To my mind we were dragged in like a tin pot tied to a mad dog's tail.

I expressed my opinion by returning to King Petar the Order of St. Sava he had given me with a letter saying I hoped he and his Serbs would be punished for their crime!

The Serbian point of view is expressed by a Serbian student (refugee in England during the war): "Yes, it is a pity so many men were killed, but you see our plan has succeeded. We have made Great Serbia."

Warum ich glaube, daß die Serben absichtlich den Krieg überstürzt herbeiführten.

M. E. Durham.

Während meines langen und engen Zusammenlebens mit den Südslaven, besonders den Montenegrinern, in den Jahren 1900 bis 1914, fand ich, daß der Krieg mit Österreich, früher oder später, als eine Notwendigkeit betrachtet wurde.

Zum Beispiel führte man mich im Jahre 1905 zu einer einfachen Werkstätte in Rijeka, wo alte Gewehre mit neuen Schäften versehen wurden, und man sagte mir, daß die Montenegriner daran arbeiteten, für jeden Mann in Bosnien für den kommenden Aufstand ein Gewehr fertigzustellen.

Mein Führer pflegte diese Tatsache, wohin wir auch gingen, ganz offen zu besprechen. Man war sich darüber einig, daß Österreich sehr leicht geschlagen werden konnte. Man sagte mir, daß Cattaro in 24 Stunden genommen werden würde.

Im nächsten Jahre fand ich, daß in Bosnien eine starke antiösterreichische Propaganda unter der orthodoxen Bevölkerung betrieben wurde, und daß selbst Männer in amtlichen Stellungen daran beteiligt waren. Man sagte mir, daß die österreichischen Behörden Briefe auf der Post vergebens öffneten, denn alle wichtigen Angelegenheiten wurden von Mund zu Mund weitergegeben.

Kurz, ich hörte genug, um mich zu überzeugen, daß die von Friedjung im Jahre 1909 erhobenen Anklagen, daß Belgrad das Zentrum der Anschläge gegen die österreichische Begierung sei, der Wahrheit entsprachen. In der Tat weigerte ich mich, in den „Slovenski-Zug" einzutreten, da ich als britischer Untertan nicht zu einer Gesellschaft gehören wollte, die gegen eine mit England befreundete Nation Pläne schmiedete.

Im selben Jahre 1906 fuhr ich über die bosnische Grenze nach Serbien und fand die Leute dort entzückt über die Folgen der Ermordung Alexander Obrenovitchs. Hätte er gelebt, so würde er sich mit Österreich geeinigt haben. Jetzt wurde alles Geld des Landes benutzt, um Serbien gegen Österreich zu bewaffnen. So sagte man wenigstens. Frankreich gab damals Serbien seine erste Anleihe und lieferte Creusot-Geschütze.

Ich kehrte nach Bosnien zurück und österreichische Offiziere sagten mir: „Wir wissen jetzt, daß Serbien dem russisch-französischen Ring gegen uns beigetreten ist." Von diesem Tage an hat Frankreich

Serbien fortgesetzt als Teil des Einkreisungsplanes mit Geld versehen und bewaffnet, ein Plan, den weiter zu entwickeln, es fortfährt. Da Serbien für die militärischen Pläne Frankreichs und Rußlands notwendig war, so mußte England, einmal in militärische Unterhandlungen verwickelt, diplomatische Beziehungen zu Serbien wieder aufnehmen und König Peter anerkennen.

Um diese Zeit kamen russische Offiziere nach Cettinje, um Kadetten auszubilden und die militärische Organisation zu überwachen. Waffen und Artillerie besserer Konstruktion, als die, welche Montenegro besaß, wurden von Rußland geliefert. Als im Jahre 1908 Österreich Bosnien annektierte, gingen die Wogen der Erregung in Montenegro und Serbien hoch. Nur die Tatsache, daß Rußland für den Krieg noch nicht fertig war, verhinderte damals den Ausbruch des Krieges.

Rußland war in den Augen der Südslaven allmächtig. Sie glaubten, daß, wenn Rußland vorginge, der Sieg sicher sei. Niemals hörte ich, daß Deutschland von den einfachen Leuten als eine Gefahr erwähnt wurde. Deutschland war weit entfernt. Österreich war im Vordergrunde und verächtlich. Mit russischer Hilfe würde Österreich zertrümmert werden.

Rußland begann aktive Vorbereitungen, indem es im Jahre 1912 den Balkan-Bund schloß. Jedoch die Balkan-Nationen stürzten sich in den Krieg, ehe Rußland es beabsichtigt hatte. Die Jungtürken waren von den Albaniern gezwungen worden, Albanien beträchtliche Autonomie zu versprechen. Serben, Griechen und Montenegriner beabsichtigten alle, Albanien zu zerteilen, und beeilten sich daher, dies durchzuführen, ehe Albaniens Grenzen festgesetzt und seine Autonomie von den Mächten anerkannt werden konnten.

In seinem heftigen Ärger über die Montenegriner, die so Rußlands Pläne der Zerstörung aussetzten, erzählte mir Yongourieff, der russische Offizier, der die militärische Ausbildungsschule in Cettinje kommandierte, ganz ausführlich, daß Rußland so schnell wie möglich für seinen großen Krieg um Konstantinopel rüste und in zwei Jahren fertig sein würde. Das heißt im Oktober 1914. Er erklärte auch, daß Rußland nicht ohne einen Vorwand den Krieg beginnen könne, und daß die Kriegserklärung durch Österreich der Vorwand sein würde.

Es ist daher klar, daß Österreich auf irgend eine Weise in den Krieg hineingezwungen werden mußte. Wären die Balkan-Nationen 1912—1913 geschlagen worden, so hätten Rußlands Pläne verschoben werden müssen. Wie die Dinge standen, war die serbische Gruppe siegesstolz und dürstete trunken von Blut und Beute, nach mehr und war wütend, daß man ihr nicht erlaubt hatte, Albanien zu zerstören. In Montenegro herrschte große Wut gegen mich, denn ich arbeitete mit aller meiner Kraft, Scutari zu retten.

Die österreichische Gesandtschaft in Cettinje sandte meine Berichte und Briefe für mich aus dem Lande.

Die Montenegriner schworen mir, sie würden Scutari niederbrennen und seinen Bewohnern die Kehlen abschneiden.

Ich schwor dagegen, solange es noch Gerechtigkeit in der Welt gebe, würden sie Scutari niemals einnehmen.

Im Mai 1913, als sie wußten, daß sie das Spiel verloren hatten, schrie mir eine Anzahl Beamte und andere Leute auf dem Podgoritzaer Postamt zu: „Wir werden es trotzdem bekommen. Unsere Pläne sind fertig. Wir werden nach Sarajevo marschieren; die Serben werden nach Wien marschieren. Wir haben die ganze russische Armee auf unserer Seite. Sie können garnichts machen. Wir werden in Bosnien anfangen." Von dem Tage an war ich ganz sicher, daß der Krieg im nahen Osten bald beginnen würde und daß Rußland auf Konstantinopel marschieren würde. Und daß der Vorwand in Serbien oder Montenegro geschaffen werden würde. Die Tätigkeit der serbischen Mörderbande „Die schwarze Hand", welche die fürchterlichsten Schandtaten in Albanien und Mazedonien beging, und die Art, in der diese Bande offenkundig die ganze serbische Politik beherrschte, machte den Krieg um so sicherer. Der König war offensichtlich eine bloße Puppe. Dieselben Leute, die ihn auf den Thron gesetzt hatten, konnten ihn zu einem Besuch bei den Obrenovitchs senden. Ich hörte aufgeregte Offiziere beim Mittagstisch im Gasthaus in Podgoritza schreien: „Groß-Serbien wird niemals geschaffen werden, ehe nicht die Karageorges und Petrovitchs den Obrenovitchs folgen!"

Mein früherer Dragoman in Mazedonien, ein Albanier, schrieb mir Anfang 1914 von Monastir, daß die serbischen Offiziere von dem kommenden Kriege mit Österreich sprachen und prahlten, und „daß Peter Karageorgevitch sein scharfes Schwert wetze, um dem alten Franz Joseph den Todesstoß zu versetzen."

Als die Nachricht von der Ermordung des Erzherzogs mich in Durazzo erreichte, ging es mir sofort durchs Hirn: „Sie haben in Bosnien angefangen!"

Rußland machte nur zwei Monate eher mobil, als Yongourieff vorausgesagt hatte, und Österreich war getrieben worden, ihm die Entschuldigung zu liefern. Ich hielt dann den Kriegsausbruch für ganz sicher.

Aber nicht für einen Augenblick konnte ich mir vorstellen, daß England sich auf Seite der Mörder stellen würde. Ich war in Balkan-Intriguen eingeweiht, jedoch wußte ich absolut nichts von Englands militärischen Verpflichtungen. Wie es mir schien, wurden wir hineingezerrt, wie eine am Schwanze eines tollen Hundes befestigte Einmachebüchse. Ich gab meiner Meinung Ausdruck, indem ich an König Peter den mir von ihm verliehenen St. Sava-Orden mit einem Briefe zurücksandte, in dem ich sagte, ich hoffte, er und seine Serben würden für ihre Verbrechen bestraft werden.

Der serbische Standpunkt wird durch einen serbischen Studenten (Flüchtling in England während des Krieges) klargelegt: „Ja, es ist traurig, daß so viele Menschen getötet worden sind, aber sehen Sie, unser Plan hat Erfolg gehabt. Wir haben Groß-Serbien geschaffen!"

—

DE SERAJEVO A BRUXELLES.

Alfred Pevet.

Au commencement fut le crime de Serajevo .... M. Morhardt nous en rappelle la nature et le sens exact. Une telle reconstitution touchera-t-elle le public auquel elle est destinée?

Ce public, le peuple français, est, on le sait, foncièrement xénophobe. Il croit volontiers qu'à ses frontières finit la civilisation. De là l'épithète de « barbare » appliquée naguère à l'Allemand!

Ce peuple-là n'a jamais aimé les Serbes pour eux-mêmes. Il attendait d'eux qu'ils remplissent leur raison d'être, celle de servir les buts de la vieille alliance franco-russe. Le geste de Serajevo était donc historiquement nécessaire. Et, moralement, la victoire l'absout.

Les Français n'ont du reste jamais vu dans ce geste la cause directe de la guerre. Si celle-ci fut, pensent-ils, c'est que l'Allemagne les attaqua. Ils lui en firent d'abord grief. Maints aujourd'hui le lui pardonnent, l'affaire ayant bien tourné. Mais ils ne consentent pas à oublier que l'attaque revêtit à son début une forme vile, celle d'une violation d'un territoire non-belligérant. Serajevo ne signifie plus rien pour l'homme de la foule. L'invasion de la Belgique au contraire, demeure à ses yeux, un inexpiable crime! Voilà autour de quoi se cristallisent les responsabilités!

A cette doctrine popularisée par les ex-alliés le second tome du Livre Noir apporta des correctifs, malheureusement passés inaperçus.

Si l'armée allemande entra en Belgique, plaida à l'époque Berlin, c'est qu'il était nécessaire d'y devancer les Anglais et les Français. On rit ou l'on s'indigna de cette explication, dont pourtant devaient user à leur tour, sans y rien changer, les envahisseurs de la Grèce. L'argument n'était pas si déraisonnable, puisqu'on apprit plus tard que les représentants de la Belgique à l'extérieur avaient tous, au cours des années qui précédèrent la guerre, prévu une invasion de leur pays par l'ouest et le sud, plutôt que par l'est . . . 'Et, au contraire, l'explication gagnait rétroactivement de la force lorsque furent connues les tractations anglo-belges de 1911 et postérieures.

Mais ceci n'était pas probant. Et, en tout cas, la France n'était ni accusée, ni compromise. Aucune trace n'était apparue de collusions entre Paris et Bruxelles, antérieures à la guerre, ou de desseins dont Berlin pût alors s'alarmer et exciper.

Cependant de pareils desseins existaient. Ils nous sont aujourd'hui connus.

M. Poincaré, en séjour en 1912 à Pétersbourg, en donnait un discret commentaire à M. Sazonof, qui rapportait ainsi au tsar les confidences du chef du gouvernement de la République. « Le premier ministre français me confia que l'Angleterre a promis de seconder la France par

l'envoi d'un détachement de 100.000 hommes à la frontière belge, pour repousser l'irruption de l'armée allemande à travers la Belgique, à laquelle s'attend l'état-major français. »

Donc, on croit, dès 1912, à Paris et à Londres, à la rupture par l'Allemagne de la frontière belge dès l'ouverture des hostilités considérées. L'Angleterre aidera la France à y faire face. A quel moment? Sans doute lorsque l'armée allemande aura franchi cette frontière? Si le texte cité, ne répondait déjà négativement à cette question, il suffirait de lire quelques protocoles des conférences militaires franco-russes pour comprendre que le gouvernement de Paris et, peut-être, de Londres, n'entendaient pas « repousser une irruption de l'armée à travers la Belgique », mais prévenir celle-ci, la devancer, en faisant rompre par leurs propres armées cette frontière, exactement comme le fit l'Allemagne.

En effet, s'il fût agi simplement de repousser l'armée allemande parvenue en territoire belge, les contingents français mobilisés sur la frontière nord et nord-est auraient dû demeurer l'arme au pied jusqu'à ce que l'adversaire eût débouché en Belgique; autrement dit, le plan de guerre français eût été, au moins dans cette direction, strictement défensif. Or, les protocoles interdisent ces hypothèses.

Le plan de guerre français est offensif. Le général Joffre, au nom de son gouvernement, le rappelle, avec une insistance un peu comique, à chacune des conférences militaires franco-russes. «Les mots *guerre défensive*, lit-on dans les procès verbaux, ne sauraient être intreprétés dans le sens de guerre que l'on conduira défensivement. Les deux chefs d'état-major affirment au contraire la nécessité pour les armées russe et française de prendre une offensive vigoureuse . . . les forces des deux puissances s'engagent à fond et en toute diligence ».

A quel moment et sur quel point se produira l'offensive française?

« L'armée française, convient-on en 1912, se concentre aussi rapidement que l'armée allemande; elle sera en mesure de prendre, dès le 12e jour, l'offensive contre l'Allemagne, avec l'aide de l'armée anglaise *à son aile gauche* ».

Mais, l'année suivante, des progrès ont été accomplis:

« Le général Joffre, lit-on dans le protocole de la 9e conférence, déclare que la France engagera sur sa frontière *nord-est* la presque totalité de ses forces; la concentration des éléments *combattants* sur cette frontière sera terminée pour la majeure partie le 10e jour de la mobilisation et les opérations *offensives* de ce groupement de forces commenceront *dès le 11e jour au matin* ».

Nous ne rappellons pas ici pourquoi, en 1914, les choses ne se passèrent pas comme l'impliquait le plan de mobilisation et d'attaque concerté par les états-majors et les gouvernements de la Triple-Entente. Mais il ressort de ce plan que les desseins de ces gouvernements à l'égard de la Belgique et les raisons qui les avaient inspirés étaient en

tous points similaires à ceux qui déterminèrent Berlin. La révélation de cette similitude aurait dû être, la paix survenue, pour le gouvernement de Bruxelles, une grave leçon. S'allier au plus fort, envahir et maltraiter les plus faibles, telle fut celle que les hommes d'Etat belges tirèrent de l'histoire.

Von Sarajevo bis Brüssel.

Alfred Pevet.

Im Anfang war das Verbrechen von Sarajevo . . . . . . Herr Morhardt ruft uns seine wahre Natur und seine wahre Bedeutung ins Gedächtnis. Wird diese Auffrischung auf das Publikum, für welches sie bestimmt ist, Eindruck machen?

Dieses Publikum, das französische Volk, ist bekanntlich von Grund aus fremdenfeindlich. Es glaubt gern, daß an seinen Grenzen die Zivilisation aufhört. Daher belegen sie den Deutschen neuerdings mit dem Epitheton „barbarisch".

Dieses Volk hat die Serben niemals um ihrer selbst willen geliebt. Man erwartete von ihnen, daß sie ihre Daseinsberechtigung, nämlich den Zwecken der alten russisch-französischen Alliance zu dienen, bewiesen. Die Tat von Sarajevo war also historisch notwendig; und moralisch spricht der Sieg frei.

Die Franzosen haben übrigens in dieser Tat niemals die unmittelbare Ursache des Krieges gesehen. Wenn es Krieg gab, so geschah es, denken sie, weil Deutschland sie angriff. Sie machten ihm daraus anfangs einen Vorwurf; heute verzeihen ihm viele, nachdem die Sache gut ausgegangen ist. Aber sie wollen nicht vergessen, daß der Angriff in hinterlistiger Weise mit der Vergewaltigung eines nicht kriegführenden Landes begann. Sarajevo bedeutete nichts mehr für den Mann von der Straße. Vielmehr blieb für ihn der Einmarsch in Belgien ein unsühnbares Verbrechen. In diesem Punkt laufen alle Fragen der Verantwortlichkeit zusammen.

Diese von den früheren Verbündeten populär gemachte Lehre erfuhr durch den zweiten Teil des Schwarzbuches Berichtigungen, die leider unbeachtet geblieben sind.

Wenn die deutsche Armee in Belgien einfiel, geschah es — so rechtfertigte sich damals Berlin —, weil man dort den Engländern und Franzosen zuvorkommen mußte. Man lachte oder man entrüstete sich über diese Begründung, die doch die Angreifer Griechenlands ihrerseits vorbringen mußten, ohne irgend etwas daran zu ändern. Das Argument war nicht so unvernünftig, da man später erfuhr, daß im Laufe der Jahre, die dem Kriege vorangingen, alle Vertreter Belgiens im Auslande viel mehr einen Angriff auf ihr Land vom Westen und

Süden, als vom Osten erwartet hatten . . . . und die Begründung gewann sogar nachträglich an Stärke, als die englisch-belgischen Verhandlungen von 1911 und den folgenden Jahren bekannt wurden.

Aber dies war noch kein Beweis, und jedenfalls war Frankreich weder angeklagt noch kompromittiert. Von heimlichen Vereinbarungen zwischen Paris und Brüssel oder von Plänen, wegen deren Berlin sich damals hätte beunruhigen oder mit denen es sich hätte entschuldigen können, war keine Spur zutage getreten.

Dennoch bestanden solche Pläne. Heute sind sie uns bekannt.

Poincaré machte darüber bei seinem Aufenthalt in Petersburg im Jahre 1912 Herrn Sasonow vertrauliche Eröffnungen. Dieser berichtete über die Mitteilungen des Chefs der Regierung der Republik an den Zaren folgendermaßen: „Der französische Premierminister teilte mir im Vertrauen mit, daß England versprochen habe, Frankreich durch Entsendung eines Detachements von 100 000 Mann nach der belgischen Grenze zu unterstützen, um den vom französischen Generalstab erwarteten Einbruch der deutschen Armee durch Belgien zurückzuweisen.“

Man glaubte also schon im Jahre 1912 in Paris und in London, daß Deutschland sofort bei Beginn der Feindseligkeiten einen Einbruch über die belgische Grenze ins Auge gefaßt habe. England wird Frankreich unterstützen, um ihm die Stirn zu bieten. In welchem Augenblick? Ohne Zweifel, wenn die deutsche Armee diese Grenze überschritten hätte? Wenn der angeführte Bericht diese Frage nicht bereits im negativen Sinne beantwortete, so brauchte man nur einige Protokolle der französisch-russischen Militärkonferenzen zu lesen, um einzusehen, daß die Regierung von Paris und vielleicht auch die von London nicht beabsichtigten, „einen Einbruch der deutschen Armee durch Belgien zurückzuweisen“, sondern ihn zu verhindern, ihm zuvorzukommen, indem sie mit ihren eigenen Heeren diese Grenze überschritten, genau wie es Deutschland getan hat.

In der Tat, wenn es sich darum gehandelt hätte, die deutsche Armee, nachdem sie in Belgien eingedrungen war, zurückzuwerfen, so hätten die an der Nord- und Nordwestfront mobilisierten französischen Truppen Gewehr bei Fuß stehen bleiben müssen, bis der Gegner nach Belgien vorgerückt war: mit andern Worten, der französische Kriegsplan wäre, wenigstens in dieser Richtung, streng defensiv gewesen. Mit dieser Annahme stehen nun aber die Protokolle in Widerspruch.

Der französische Kriegsplan ist offensiv. General Joffre betont es namens seiner Regierung mit etwas komischem Nachdruck bei jeder französisch-russischen militärischen Konferenz. „Das Wort Defensivkrieg“, liest man in den Protokollen, „soll nicht in dem Sinne ausgelegt werden, daß man den Krieg defensiv führen werde. Die beiden Generalstabschefs versichern vielmehr die Notwendigkeit für die russische und die französische Armee, eine kräftige Offensive zu ergreifen . . . indem sich die Kräfte beider Mächte gründlich und sofort engagieren“.

In welchem Augenblick und an welchem Punkte wird die französische Offensive einsetzen?

„Die französische Armee", so gibt man im Jahre 1912 zu, „konzentriert sich ebenso schnell wie die deutsche Armee; sie wird in der Lage sein, am 12. Tage mit Hilfe der englischen Armee auf ihrem linken Flügel die Offensive gegen Deutschland zu ergreifen."

Aber im folgenden Jahre hat man Fortschritte gemacht:

„General Joffre", so liest man in den Protokollen der 9. Konferenz, „erklärt, daß Frankreich fast seine ganze Truppenmacht an der Nordostgrenze einsetzen wird; die Konzentration der Kampftruppen an dieser Grenze wird zum größten Teil am 10. Mobilmachungstage vollendet sein und die Angriffsoperationen dieser Heerestruppe werden am 10. Tage morgens beginnen."

Wir brauchen hier nicht daran zu erinnern, warum sich die Dinge im Jahre 1914 nicht so abspielten, wie es in den zwischen der Tripel-Entente vereinbarten Mobilmachungs- und Angriffsplänen vorgesehen war. Aber es ergibt sich aus diesem Plan, daß die Absichten dieser Regierungen in bezug auf Belgien und die Gründe, welche sie beeinflußten, in allen Punkten denen ähnlich waren, die die Berliner Regierung in ihren Entschließungen bestimmten. Die Enthüllung dieser Ähnlichkeiten hätte nach dem Friedensschluß für die Regierung von Brüssel eine ernste Lehre sein sollen. Sich mit den Stärkeren zu verbünden und die Schwächeren anzugreifen, das war die Lehre, welche die belgischen Staatsmänner aus der Geschichte entnommen haben.

ENGLAND'S WAR PREPARATIONS: SOME PERSONAL EXPERIENCES.

W. Cyprian Bridge, Major, retired, formerly of the General Staff.

Enough has already been written to convince every unbiassed mind that the assertion regarding Germany's sole, or even chief, responsibility for the great war is nothing but a lie and therefore it almost seems a task of supererogation to add to the volume of proof to this effect that is already available, but unfortunately the vast majority of people in the Allied countries still remain in the biassed stage, thanks to the elaborate propaganda, as unscrupulous as it was skilful, employed for the purpose of poisoning the public mind, particularly in Great Britain. It is therefore necessary to go on making public all the additional evidence that can be procured which helps to expose the cruel falsity of the accusation levelled against Germany, and the present writer who values truth and justice far more highly than he does that so-called patriotism which prompts men

to misrepresent and pervert the truth, or at least to maintain silence, when it is a question of clearing his own country's fair repute at the expense of another's, therefore deems it his duty to the world at large to state his own personal experiences bearing on the question. These experiences constitute circumstantial evidence of such a nature that their cumulative effect should suffice to convince any unbiassed military expert of the falsity of the pretence that when the war came it took the British government entirely by surprise and found it wholly unprepared in a military sense.

In the first place it should be made known that it was just during those few years immediately preceding the war that the British General Staff and the technical press were boasting the most loudly that our Expeditionary Force, consisting of a highly organized body of 160,000 men of all arms intended for service in any part of the world at short notice, was complete and ready in every detail. And this boasting was justified, for this force was then perhaps the best trained and equipped and the best officered (that is so far as the regimental officers were concerned) body of troops in the world. Moreover it was particularly well equipped for a campaign in Flanders for the following reason. At the time when France and England contemplated making war on Germany in support of their concerted scheme for ousting the latter Power from Morocco, all the necessary steps were taken for putting into execution the plan arranged by the French and British General Staffs whereby the British Expeditionary Force was to land on the Belgian coast and operate through that country (which would have given its consent thereto after making an official protest in order to deceive the world at large regarding its complicity) on the left flank of the French armies advancing towards the Rhine or defending the N. E. frontier of France. For this purpose great quantities of bridging material and means of water transport such as would have been requisite for troops operating in a flat country abounding in canals such as Flanders were prepared. When the crisis passed to the disappointment of Lloyd George and his fellow plotters in France, whose inflammatory speeches and threats failed of their object because of Germany's self restraint despite the greatest provocation, all these appliances were stored away ready for use if required on some future occasion and were thus at the disposal of the Expeditionary Force in 1914. Moreover even the British government would scarcely deny that about 1912 the Belgian coast, notably Zeebrugge, was carefully reconnoitred and reported upon by the then British military attaché in Brussels with regard to the landing of the British Expeditionary Force there. Official documents discovered in Antwerp by the Germans when they captured that city and facsimiles of which were published at the time in one of the Dutch journals, I think the "Nieuwe Rotterdamsche Courant," prove the truth of this assertion. Indeed the foregoing facts have been

made known to many by the writings of Mr. E. D. Morel, M. P, so I will not enlarge upon them but will proceed to supplement them with others which are known only to myself because my attempts to make them public in England have met with refusals from those publishers who have been approached.

I must explain that I retired from service in the active army in 1908 soon after completing a period of several years employment on the General Staff. About the end of 1912 I was greatly surprised to receive a letter from the War Ministry marked "strictly confidential" in which I was directed to take up a certain important post on the General Staff "*on* mobilisation." I was particulary struck with this phraseology because I knew that according to general custom the words used should have been '*in the event of* mobilisation." To write "*on* mobilisation" conveyed the unmistakable impression that mobilisation was expected as a certainty and moreover at no distant date. This impression was further heightened by the fact that the post, which was one that had no *raison d'être* except in war time, was not merely created but that an officer, namely myself, was named to fill it. I subsequently learned too that at the same time when I was thus appointed many other officers were similarly nominated to other posts which only come into being during war time.

In 1913 I was offered and accepted the post of "Translator of Foreign Languages to the Director of Military Operations at the War Office". My duties included the translating for the General Staff of numerous booklets, articles and documents concerning military and politico-military matters from foreign newspapers and pericdicals and it was not long before I saw clearly from many of the Russian and French publications that not only was a war atmosphere being deliberately created but that in the first named country at any rate extensive war preparations were actually in progress. Thus there were accounts of the manner in which the construction of strategic railways along the Russian frontier where it is coterminous with that of Germany was being feverishly hastened on and of how the Russian fortresses on that front were being furnished with munitions, provisions and garrisons on a scale even greater than that prescribed for in time of war. Indeed it is true to say that the Russian mobilisation began, not at the end of July 1914, but that at any rate as far as the Russo-German frontier was concerned it was well advanced many months before that period. Well-known Russian generals and others moreover were writing and demonstrating how easily East Prussia could be overrun by Russian armies while the forces of Germany were occupied in the West, and gloating over the prospect of marching into Berlin and there dictating terms to the hated Germans. The visit of General Lord French to France for the purpose of ostentatiously inspecting the defences of North-Eastern France encouraged, as it was intended to do, all tbe aggressive chauvinism of the French

army and of the press, which we now know from recent revelations had been liberally subsidised by Russia at the suggestion of M. Poincaré, and which plainly regarded war in the near future as a foregone conclusion. All these events in combination were creating the desired war atmosphere and it is absurd to say that the heads of our General Staff, and through them the British Government which the Staff were bound to keep informed as to what was going on, did not know how events were shaping themselves for it was by their instructions that I was translating all the articles referred to. They were all highly trained and for the most part intelligent military experts and therefore well able to read and interpret the signs of the times.

It may certainly be admitted that even the General Staff were not then aware how helplessly we were bound to the chariot wheels of France and Russia, for Sir Edward Grey had lied so successfully to Parliament and even to the great majority of his colleagues in the Cabinet on the subject that very few in this country knew that we were practically committed to support those Powers if they engineered an attack on Germany and, by the exercise of their diplomatic dexterity with which no other could compare in cleverness and unscrupulousness, especially that of France, made Germany appear to be the aggressor.

The next link in my chain of circumstantial evidence is this. When leaving the War Office one afternoon during those critical days at the end of July, 1914, I encountered in the street a friend who held a leading position on the administrative staff of the home army, and on my remarking that he looked very tired and sleepy he regarded me fixedly, winked significantly and then replied, "I have been up all these last two nights getting out the orders for mobilisation." This did not, indeed could not have, referred merely to the Expeditionary Force because his duties were not connected with it, but even if this had been the case there was no ostensible reason at that stage in the crisis for mobilising any troops at all.

Then on the evening of the 2nd of August, just as I was starting for home, I was ordered to repair to the Great General Post Office in London and spend the night there looking through the German mail from America which had been seized. I was to take out all money securities found in the letters. There were innumerable sacks and I looked through a great many letters during the course of about fifteen hours and I can truthfully say that in not one of them did I find a word which suggested that the writer had the least idea that war was imminent. Indeed the large amounts of money contained in many of them proved that the senders had not the least expectation of their being confiscated.

But what perhaps impressed me more than all was the fact that about an hour after we declared war on the fatal 4th of August there was taken out of its hiding place a big document marked "very secret."

It was drawn up in French and was entrusted to me for translation. It proved to be an elaborate agreement between the British and French Governments regarding the manner in which payments on behalf of the British Expeditionary Force *operating in North France* were to be adjusted. It went into details, for instance as to the rate of exchange at which calculations were to be made, such as any military officer of experience would know could only be useful or necessary *if the plan was expected to be put into almost immediate execution. The document was dated and signed early in February* (I think the 4th) *1914.*

To the uninitiated all that has been stated above may not seem to be of very great moment but to military men the cumulative significance must be immediately apparent, particularly when taken in connection with the unmistakable premonitions of war that pervaded the War Office. Officers constantly referred to Germany in unfriendly terms and spoke of a conflict with her as inevitable even though they may not have believed it to be quite so imminent as it proved to be, and when it did come, the look of satisfaction on most faces was unmistakable. It may be that the German militarists desired war but it is certain that their British brethren welcomed it no less; but of course the pretence of an unprovoked attack by Germany upon friendly peace-loving neighbours had to be maintained. Knowing what I did this hypocritical cant disgusted me and I did not hesitate openly to protest against it. The result was that I soon earned the severe displeasure of my colleagues and I was more than once officially threatened with dire consequences. However, I maintained my attitude although it effectually put an end to all prospects of advancement such as fell to the lot of almost every other retired officer, good, bad and indifferent. I should explain that I did not take up the post on the General Staff in the field to which I had been appointed in 1912 because the authorities decided that I could not be spared from my duties as translator to the War Office. However I obtained a freer hand with regard to those duties, for amongst other things I was now instructed to look through all the leading European newspapers every day and translate anything in them which I thought would be of use or interest to Lord Kitchener and his assistants. I took this opportunity for making them acquainted with some neutral opinions as to the origin of the war and thereby increased their disapproval of my attitude. At this time Mr. Ramsay MacDonald and Mr. E. D. Morel began to be abused in the press for what they were saying and writing regarding the causes of the war, so I wrote to the former to assure him that there was at least one officer (and indeed I knew of others although they were afraid to own it openly) at the War Office who shared his opinions. Mr. Morel I visited in person and gave him a similar assurance and I have good reason to suppose that I was followed and watched when I went to his office. In November, 1915, just one month before the date on which I would cease to belong to the reserve of officers and could decline to serve

any longer the military authorities abolished my post as translator, substituting for it a translation bureau consisting chiefly of women. Thus to my great relief terminated my war time activities, for it was an intolerable thought to me that I was working in support of one of the wickedest lies with which the world has ever been deceived. And that lie still holds the field and continues to be upheld by all the Governments of the countries arrayed against Germany in the war. It is upheld chiefly because otherwise every shred of excuse and justification for the oppression and spoliation of Germany would disappear; but also because Governments are as little inclined as individuals to admit that they have acted wrongly or made a mistake. But happily, as history teaches us, truth always triumphs in the end, however successfully it may be suppressed for a time, and it will be so with the structure of lies which served as the foundation for that monument of vindictiveness, hate and greed known as the Treaty of Versailles. Fortunately a constantly increasing number of honest minds in every country are beginning to see this more and more clearly and to realize that this wicked Treaty must be radically remodelled. We then who are working to that end because we prize truth and justice above all else can go forward confidently, knowing that our ultimate success is certain and that, therefore, our chief task is to accelerate its coming by doing all we can to demolish the wretched pretence which redounds to the dishonour, not of Germany but of those who maintain it.

Englands Kriegsvorbereitungen.

Einige persönliche Erfahrungen.

W. Cyprian Bridge, Engl. Major a. D., früher im Generalstab.

Es ist schon genug geschrieben worden, um jeden Unvoreingenommenen zu überzeugen, daß die Behauptung von Deutschlands alleiniger oder Hauptverantwortlichkeit für den großen Krieg nichts als eine Lüge ist, und daher erscheint es beinahe wie ein Hinausschießen über das Ziel, der Kette von Beweisen in dieser Richtung noch etwas hinzuzufügen; aber unglücklicherweise verharrt die große Mehrheit der Menschen in den alliierten Ländern, besonders in England, in diesem voreingenommenen Zustand dank der umfangreichen, ebenso skrupellosen wie geschickten Propaganda, die zum Zwecke der Vergiftung der öffentlichen Meinung in die Wege geleitet wurde.

Es ist daher notwendig, weiterhin alles Beweismaterial zu veröffentlichen, welches dazu beiträgt, die grausame Falschheit der gegen Deutschland gerichteten Anklage zu enthüllen. Der Schreiber dieser Zeilen wertet Wahrheit und Gerechtigkeit weit höher als den soge-

nannten Patriotismus, der Männer treibt, die Wahrheit zu fälschen und zu verkehren oder zum mindesten Stillschweigen zu beobachten, wenn es darauf ankommt den guten Ruf seines eigenen Vaterlandes auf Kosten eines anderen hochzuhalten; er hält es daher der ganzen Welt gegenüber für seine Pflicht, seine eigenen auf diese Frage bezüglichen persönlichen Erfahrungen darzulegen.

Diese Erfahrungen stellen einen derartigen Indizienbeweis dar, daß ihr Gesamteindruck genügen sollte, jeden unvoreingenommenen militärischen Sachverständigen von der Falschheit des Vorwandes zu überzeugen, daß, als der Kireg ausbrach, er die britische Regierung völlig überraschte und sie im militärischen Sinne gänzlich unvorbereitet fand.

Erstens sollte es bekannt gemacht werden, daß gerade während der letzten, dem Kriege unmittelbar vorausgehenden Jahre der britische Generalstab und die technische Presse am lautesten prahlten, daß unser Expeditionskorps, welches einen vorzüglich organisierten Truppenkörper von 160 000 Mann aller Waffengattungen, bestimmt für den sofortigen Dienst in jedem Teil der Welt, bildete, vollständig und in jeder Einzelheit fertig war. Und dieses Prahlen war gerechtfertigt, denn diese Streitmacht war damals vielleicht der best ausgebildete und ausgerüstete und mit den besten Offizieren versehene (d. h. was die Regiments-Offiziere anlangt) Truppenkörper der Welt. Zudem war er besonders gut ausgerüstet für einen Feldzug in Flandern und zwar aus folgendem Grunde:

Zur Zeit, als Frankreich und England planten, Deutschland mit Krieg zu überziehen, um ihren gemeinschaftlichen Plan durchzuführen, letztere Macht aus Marokko zu vertreiben, wurden alle nötigen Schritte getan, den von dem französischen und englischen Generalstab vorbereiteten Plan durchzuführen, wonach das britische Expeditionskorps an der belgischen Küste landen und in diesem Lande operieren sollte (welches seine Einwilligung dazu gegeben haben würde, nachdem es einen offiziellen Protest erhoben hätte, um die Welt über seine Mitschuld zu täuschen). Das britische Expeditionskorps wollte dann in der linken Flanke der französischen Armeen gegen den Rhein vorgehen und die Nordost-Grenze Frankreichs verteidigen. Zu diesem Zweck waren große Mengen Brückenmaterial und Wassertransportmittel vorbereitet, wie sie für Truppen notwendig waren, die in einem flachen Lande wie Flandern mit einem Überfluß an Kanälen operieren.

Zur Enttäuschung Lloyd Georges und seiner Mitverschwörer in Frankreich, deren aufreizende Reden und Drohungen ihr Ziel verfehlten, infolge Deutschlands Selbstbeherrschung trotz größter Herausforderung, ging die Krisis vorüber, und alle diese Hilfsmittel wurden fertig zum Gebrauch aufbewahrt, falls sie bei einer zukünftigen Gelegenheit benötigt werden sollten, und standen so im Jahre 1914 zur Verfügung des Expeditionskorps. Außerdem würde selbst die britische Regierung nicht bestreiten, daß um 1912 die belgische Küste, besonders Zeebrügge, sorgfältig erkundet und von dem britischen Militärattaché

in Brüssel darüber und im Hinblick auf die Landung eines britischen Expeditionskorps berichtet wurde. Amtliche, von den Deutschen in Antwerpen bei Einnahme dieser Stadt entdeckte Dokumente, von denen Facsimiles damals in einer holländischen Zeitung, ich glaube dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant", veröffentlicht wurden, beweisen die Wahrheit dieser Behauptung. Die hier angeführten Tatsachen sind durch die Artikel von E. D. Morel, Mitglied des Parlaments, weithin bekannt, und so will ich mich nicht weiter darüber auslassen, sondern fortfahren, sie durch andere zu ergänzen, die nur mir allein bekannt sind, da meine Versuche, sie in England zu veröffentlichen, an der Weigerung der von mir angegangenen Verleger gescheitert sind.

Ich muß hier erklären, daß ich 1908 bald nach beendigtem mehrjährigen Kommando zum Generalstab aus der aktiven Armee meinen Abschied nahm. Gegen Ende 1912 wurde ich durch den Empfang eines Briefes vom Kriegsministerium unter „streng vertraulich" sehr überrascht, in dem ich angewiesen wurde, einen gewissen wichtigen Posten im Generalstabe „b e i Mobilmachung" (o n mobilisation) zu übernehmen. Ich war von dieser Ausdrucksweise besonders betroffen, weil ich wußte, daß nach der allgemeinen Regel die hier gebrauchten Worte „i m F a l l e der Mobilmachung" (i n t h e e v e n t o f mobilisation) gelautet haben sollten.

Zu schreiben „b e i Mobilmachung" machte den nicht mißzuverstehenden Eindruck, daß die Mobilmachung als etwas Feststehendes erwartet wurde und noch dazu in nicht allzu weiter Ferne. Dieser Eindruck wurde weiter durch die Tatsache verstärkt, daß der Posten, der außer in Kriegszeiten keine Daseinsberechtigung hatte, nicht nur geschaffen wurde, sondern daß ein Offizier, nämlich ich selbst, ernannt wurde, ihn zu versehen. Später erfuhr ich auch, daß zu derselben Zeit, als ich ernannt wurde, viele andere Offiziere in ähnlicher Weise andere Posten zugewiesen erhielten, die nur in Kriegszeiten in Erscheinung treten.

Im Jahre 1913 wurde mir der Posten als „Übersetzer fremder Sprachen bei dem Direktor der militärischen Operationen im Kriegsministerium" angeboten, den ich annahm. Meine Pflichten umfaßten die Übersetzungen für den Generalstab von zahlreichen Broschüren, Artikeln, und Dokumenten betreffend militärische und politisch-militärische Angelegenheiten aus fremden Zeitungen und Zeitschriften, und es dauerte nicht lange, ehe ich klar aus vielen der russischen und französischen Veröffentlichungen erkannte, daß nicht nur eine Kriegsatmosphäre absichtlich erzeugt wurde, sondern daß zum mindesten in dem zuerst erwähnten Lande umfangreiche Kriegsvorbereitungen tatsächlich im Fortschreiten begriffen waren. So las man da Beschreibungen, wie die Konstruktion strategischer Eisenbahnen längs der russischen Grenze, wo sie mit der Deutschlands benachbart ist, fieberhaft beschleunigt wurde und wie die russischen Festungen an dieser Front mit Munition, Vorräten und Besatzungen in einem Maß-

stabe versehen wurden, der selbst über den für Kriegszeiten vorgeschriebenen hinausging. Man kann wahrheitsgetreu behaupten, daß die russische Mobilmachung nicht Ende Juli 1914 begann, sondern, jedenfalls, was die russisch-deutsche Grenze anlangt, viele Monate vor diesem Zeitpunkt schon weit vorgeschritten war. Bekannte russische Generäle und andere schrieben außerdem und legten dar, wie leicht Ostpreußen von russischen Armeen überrannt werden könnte, während die deutschen Streitkräfte im Westen beschäftigt seien, und weideten sich an dem Gedanken in Berlin einzumarschieren und dort den verhaßten Deutschen die Friedensbedingungen zu diktieren. Der Besuch des Generals Lord French in Frankreich zum Zwecke der offenkundigen Besichtigung der Verteidigungsanlagen Nord-Ost-Frankreichs ermutigte, wie beabsichtigt, all den kampflustigen Chauvinismus der französischen Armee und der Presse, welche, wie wir nun nach den neuesten Enthüllungen wissen, freigebig von Rußland auf den Rat Herrn Poincarés unterstützt worden war, und welche offenkundig den Krieg in allernächster Zeit als eine vollendete Tatsache betrachtete.

All diese Ereignisse zusammengenommen, erzeugten die gewünschte Kriegsatmosphäre, und es ist absurd zu behaupten, daß die Leiter unseres Generalstabes und durch sie die britische Regierung, die über alle Vorgänge auf dem Laufenden zu halten der Stab verpflichtet war, nicht gewußt hätten, wie die Dinge sich zuspitzten, denn auf ihre Instruktionen hin übersetzte ich alle obenerwähnten Artikel. Es waren alles bestausgebildete und größtenteils intelligente militärische Sachverständige und daher wohl imstande, die Zeichen der Zeit zu lesen und richtig auszulegen.

Es kann ohne weiteres zugegeben werden, daß selbst der Generalstab zu dieser Zeit sich nicht klar darüber war, wie hilflos wir an die Karrenräder Frankreichs und Rußlands angebunden waren, denn Sir Edward Grey hatte das Parlament und sogar die große Mehrheit seiner Kollegen im Kabinett so erfolgreich in dieser Angelegenheit belogen, daß nur wenige in diesem Lande wußten, daß wir so gut wie gezwungen waren, diese Mächte zu unterstützen, wenn sie einen Angriff auf Deutschland in Szene setzten und mit Hilfe ihrer diplomatischen Gewandtheit, mit der kein anderer sich an Geschicklichkeit und Skrupellosigkeit, besonders der Frankreichs, messen konnte, Deutschland als den Angreifer erscheinen ließen.

Das nächste Glied in der Kette meiner Indizienbeweise ist folgendes: als ich eines Nachmittags während dieser kritischen Tage Ende Juli 1914 das Kriegsministerium verließ, traf ich auf der Straße einen Freund, der eine führende Stellung im Verwaltungsstab der Heimarmee innehatte. Als ich bemerkte, er sähe sehr ermüdet und schläfrig aus, sah er mich fest an, zwinkerte bezeichnend mit den Augen und erwiderte dann: „Ich bin die beiden letzten Nächte aufgeblieben, um die Mobilmachungsbefehle fertig zu machen.“ Dies bezog sich nicht, konnte sich in der Tat auch nicht lediglich auf das

Expeditions-Korps beziehen, da er in seiner Stellung hiermit nichts zu tun hatte, aber selbst wenn dies der Fall gewesen wäre, war kein sichtbarer Grund in diesem Stadium der Krisis für die Mobilmachung irgendwelcher Truppen vorhanden.

Dann am Abend des 2. August, als ich gerade nach Hause gehen wollte, erhielt ich den Befehl, mich zum großen Hauptpostamt in London zu begeben, die Nacht dortzubleiben und die deutsche Post von Amerika durchzusehen, die beschlagnahmt worden war. Ich mußte alle Wertpapiere aus den Briefen herausnehmen. Es waren unzählige Säcke, und etwa 15 Stunden lang sah ich eine große Anzahl Briefe durch und kann wahrheitsgemäß sagen, daß ich in keinem einzigen Brief auch nur ein Wort fand, aus dem man hätte entnehmen können, der Schreiber hätte die leiseste Idee gehabt, daß Krieg drohte. Im Gegenteil, die großen, in vielen Briefen befindlichen Geldbeträge bewiesen, daß die Absender durchaus keine Konfiskation erwarteten.

Was aber vielleicht den tiefsten Eindruck auf mich machte, war die Tatsache, daß etwa eine Stunde, nachdem wir den Krieg erklärt hatten, an dem schicksalsschweren 4. August ein großes Schriftstück mit dem Vermerk „sehr geheim" aus seinem Versteck herausgenommen wurde.

Es war in Französisch verfaßt und mir zur Übersetzung anvertraut. Es stellte sich als ein ausführliches Übereinkommen zwischen der britischen und französischen Regierung heraus, betreffend die Art und Weise, in der Zahlungen für das in Nordfrankreich operierende britische Expeditionskorps geregelt werden sollten. Es ging in Einzelheiten, z. B. betreffs des Wechselkurses, nach welchen Kalkulationen gemacht werden sollten, Dinge von denen jeder Offizier von Erfahrung wissen mußte, daß sie nur nützlich oder nötig sein könnten, in der Annahme, den Plan sofort auszuführen. Das Dokument war Anfang Februar (ich glaube am 4.) 1914 datiert und unterzeichnet.

Für einen Uneingeweihten mag alles oben gesagte kaum von sehr großer Bedeutung erscheinen, aber für Offiziere muß die im Zusammentreffen so vieler Umstände liegende Bedeutung sofort ins Auge fallen, besonders in Verbindung mit den nicht mißzuverstehenden Vorzeichen des Krieges, die das Kriegsministerium durchdrangen.

Offiziere sprachen fortwährend von Deutschland in unfreundlichen Ausdrücken und erklärten den Kampf mit ihm für unvermeidlich, obwohl sie ihn wohl kaum für so nahe hielten, wie er wirklich war; und als er dann kam, war der Ausdruck der Genugtuung auf den meisten Gesichtern nicht mißzuverstehen. Es mag sein, daß die deutschen Militaristen den Krieg wünschten, aber es steht fest, daß ihre britischen Brüder ihn nicht weniger willkommen hießen; aber selbstverständlich mußte der Vorwand eines nicht herausgeforderten Angriffs Deutschlands auf freundliche, friedliebende Nachbarn aufrechterhalten werden.

Wissend, was ich wußte, stieß mich diese heuchlerische Verstellung ab, und ich zögerte nicht, offen dagegen zu protestieren. Das Ergebnis war, daß ich mir bald das ernste Mißvergnügen meiner Kameraden zuzog, und mehr als einmal drohte man mir offiziell mit schrecklichen Folgen. Trotzdem hielt ich meinen Standpunkt aufrecht, obwohl dies allen Aussichten auf Beförderung ein Ende setzte, wie sie fast jedem anderen verabschiedeten Offizier — gut, schlecht oder keins von beiden — zufiel. Ich muß erklären, daß ich den Posten im Generalstabe im Felde, zu dem ich im Jahre 1912 ernannt worden war, nicht antrat, da die Behörden entschieden, man könne mich für meine Tätigkeit als Übersetzer für das Kriegsministerium nicht entbehren. Trotzdem erhielt ich etwas freiere Hand in bezug auf diese Tätigkeit, denn unter anderem erhielt ich den Befehl, täglich alle führenden europäischen Zeitungen durchzusehen und alles zu übersetzen, wovon ich annahm, es könne für Lord Kitchener und seine Gehilfen von Nutzen oder Interesse sein.

Ich benutzte diese Gelegenheit, sie mit einigen neutralen Ansichten über den Ursprung des Krieges bekannt zu machen und erhöhte hierdurch ihre Mißbilligung meines Standpunktes. In dieser Zeit begannen in der Presse die Beschimpfungen Mr. Ramsay MacDonalds und Mr. E. D. Morels wegen ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen über den Ursprung des Krieges, und ich schrieb dem ersteren, daß es wenigstens einen Offizier im Kriegsministerium gäbe, der seine Ansichten teile (und in der Tat wußte ich noch von anderen, die sich aber scheuten, es offen zuzugeben). Mr. Morel besuchte ich persönlich und gab ihm eine ähnliche Versicherung, und ich habe guten Grund zu der Annahme, daß man mir folgte und mich beobachtete, als ich in sein Büro ging. Im November 1915, gerade einen Monat vor dem Tage, an welchem ich nicht mehr zum Reserve-Offizierkorps gehören würde und ablehnen konnte, länger zu dienen, hoben die Militärbehörden meinen Übersetzerposten auf und setzten an seine Stelle ein Übersetzungs-Büro, das in der Hauptsache aus Damen bestand. So endete zu meiner größten Erleichterung meine Kriegstätigkeit, denn es war für mich ein unerträglicher Gedanke, daß ich mit meiner Arbeit eine der schlimmsten Lügen unterstützte, mit denen die Welt je getäuscht worden ist.

Und diese Lüge behauptet immer noch das Feld und wird weiter von allen Regierungen der im Kriege gegen Deutschland aufmarschierten Länder aufrechterhalten. Sie wird hauptsächlich aufrechterhalten, weil sonst jeder Fetzen einer Entschuldigung oder Rechtfertigung für die Unterdrückung und Ausraubung Deutschlands verschwinden würde; aber auch deshalb, weil Regierungen so wenig wie Individuen geneigt sind, zuzugeben, daß sie falsch gehandelt oder einen Irrtum begangen haben. Glücklicherweise jedoch lehrt uns die Geschichte, daß die Wahrheit am Ende immer triumphiert, so erfolgreich sie auch für eine Zeit unterdrückt worden sein mag, und so wird es auch mit dem Lügen-

gebäude sein, welches als Fundament für das als Vertrag von Versailles bekannte Denkmal der Rachsucht, des Hasses und der Gier dient.

Glücklicherweise beginnt eine dauernd zunehmende Zahl ehrlicher Geister in jedem Lande dies immer klarer zu erkennen und sich klar zu machen, daß dieser schlimme Vertrag von Grund aus geändert werden muß.

So können wir denn, die wir für dieses Ziel arbeiten, weil wir Wahrheit und Gerechtigkeit über alles schätzen, vertrauensvoll vorwärts schreiten, in dem Bewußtsein, daß unser schließlicher Erfolg sicher ist, und daß es daher unsere Hauptaufgabe ist, sein Kommen zu beschleunigen, indem wir alles in unserer Macht tun, den erbärmlichen Vorwand zu zerstören, der nicht Deutschland, sondern denen zur Unehre gereicht, die ihn aufrecht erhalten.

Betrachtungen zur „Schuldfrage".

Dr. Ernst Sauerbeck aus Basel, Schweiz.

Napoleon soll einmal gesagt haben, daß in der Geschichte zwei Kräfte am Werk seien: die Macht und die Idee. Er konnte es wissen; denn er hat Geschichte gemacht wie kaum ein anderer, und er hat auch, wiederum wie kaum ein anderer, jene beiden Kräfte, Macht und Idee, in seinen Dienst genommen. Er hat schließlich freilich sein grandioses Spiel verloren. Warum? Hat er sich zu sehr auf die Macht oder hat er sich zu sehr auf die Idee verlassen?

Wir haben hundert Jahre nach Napoleons Sturz abermals den Zusammenbruch einer ungewöhnlichen geschichtlichen Kraft erlebt, des neuen Deutschen Reiches, wie es Bismarck geschaffen hatte. Wieder erhebt sich die Frage: Hat diese Kraft versagt, weil sie sich zu sehr auf die Macht oder zu sehr auf die Idee verließ?

Es ist der tiefere Sinn der „Kriegsschuldfrage", auch „Schuldfrage" schlechtweg genannt, auf diese Frage eine Antwort zu suchen.

Wer jenen Ausspruch Napoleons wirklich versteht, hört aus ihm eine Klage heraus: die Klage, selbst die Kraft der Idee unterschätzt und diese Unterschätzung mit dem schließlichen Mißerfolg gebüßt zu haben.

Und aus dem Widerhall, den Deutschlands Sturz innerhalb und außerhalb des Reiches gefunden hat, klingt vernehmlich genug, als Klage und Anklage, die Behauptung, die Verkennung der entscheidenden Bedeutung der Idee sei es gewesen, die den neuen Zusammenbruch, wie so viele alte, verschuldet habe.

Zwischen 1815 und 1918 liegt das Jahrhundert, das man gerne dasjenige der Naturwissenschaft, mit besseren Gründen jedoch das der Geschichte nennt. Und wenn dies Jahrhundert diesen letzteren Namen

mehr als jeden anderen verdient, so deshalb, weil es ernster als irgendein früheres, den Versuch unternahm, die Welt „geschichtlich“ zu verstehen, d. h. im Sinne irgendeines „Fortschrittes“, einer „Entwicklung“, d. h. eben „echter Geschichte“, im Gegensatz zu beliebigem, chaotischem Geschehen. „Sinngebung des Sinnlosen“ hat man es auch genannt. Und als der tiefste Sinn dieser Sinngebung erschien den Anhängern des neuen Glaubens der immer mehr sich offenbarende Sieg der Idee.

Die Durchdringung auch der Politik mit dem Sauerteige der Idee war das praktische Ziel der neuen Gläubigen.

Macht und Idee schienen zum Entscheidungskampf gerufen. Sie haben, nach einer sehr verbreiteten Meinung, die man wohl als Weltmeinung bezeichnen kann, im Weltkriege als die eigentlichen Parteien im Entscheidungskampf gestanden.

Deutschland war der Verteidiger des Machtprinzips, sagten seine Gegner.

So ist auch die „Schuldfrage“, die ja für jene „Weltmeinung“, auf die Clemenceau sich in Versailles berief, niemals eine Frage, sondern immer eine Antwort war, ein „Schuldspruch“, der Deutschland schuldig spricht, sich gegen den heiligen Geist der Geschichte, den Sieg der Idee vergangen zu haben.

In der Formulierung, die er in Versailles erhalten hat, und die seither die ganze internationale Politik bestimmt, lautet dieser Schuldspruch so (Ultimatum der Entente an Deutschland vom 16. Juni 1919!):

„Deutschland hat sich dem ganzen Strom des demokratischen Fortschrittes und der internationalen Freundschaften in der ganzen Welt entgegengestemmt. Deutschland ist die Hauptstütze der Autokratie in Europa gewesen“.

„Deuschland ist unter dem Einfluß Preußens die Vorkämpferin der Macht und Gewalt, der Täuschung, der Intrige und der Grausamkeit in der Behandlung der internationalen Angelegenheiten gewesen.“

„Das autokratische Deutschland wollte unter dem Einfluß seiner Führer mit aller Macht die Vorherrschaft erlangen. Die Nationen Europas waren entschlossen, ihre Freiheit zu retten.“

„Nach der Anschauung der Alliierten und Assoziierten Mächte ist der Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch gekommen ist, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker gewesen, welches eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat.“

„Das Verhalten Deutschlands ist in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos. Die alliierten und assoziierten Mächte halten dafür, daß sie denen, die ihr Alles dahingegeben haben, um die Freiheit der Welt zu retten, nicht gerecht werden würden, wenn sie sich damit abfinden würden, in diesem Krieg kein Verbrechen gegen die Menschheit und gegen das Recht zu erblicken.“

In diesen Äußerungen, die nur eine Auswahl sind, tritt die „Philosophie", die Ideenwelt, von der aus man den Vernichtungskrieg gegen Deutschland führte und vor allem auch den Vernichtungsfrieden konstruierte, klar genug zutage.

Die Völker sind hier, wie die Seelen der Verstorbenen beim Weltgericht, in solche „zur Rechten und zur Linken" geschieden: Deutschland mit seinen Bundesgenossen steht „zur Linken", der Rest der Völker aber „zur Rechten".

„Oftmals in der Weltgeschichte", sagte Lloyd George schon während des Krieges in einer seiner Reden, „hat es verbrecherische Staaten gegeben. Wir haben es jetzt mit einem von ihnen zu tun. Und es wird stets Verbrecherstaaten geben, bis die Belohnung internationalen Verbrechens zu ungewiß wird, um es nutzbringend zu machen, und bis die Bestrafung internationalen Verbrechens zu gewiß wird, um es noch anziehend zu machen."

Ist Deutschland ein „Verbrecherstaat"? Das frug die „Schuldfrage" ursprünglich.

Diese „Geschichtsphilosophie" ist allerdings sehr unphilosophisch. Man würde hinter ihr nicht die Vorkämpfer der „Menschlichkeit" und des „Fortschrittes" suchen. Diese Philosophie ist würdig eines Calvin oder eines Loyola. Sie riecht nach Ketzergericht, nicht nach Aufklärung, weder moralischer noch intellektueller. Im selben geschichtlichen Augenblick, wo überall, selbst im Strafrecht, der „Verbrecher" mehr und mehr verschwindet, um schlimmstenfalls dem „Mißratenen" Platz zu machen, hält er seinen Einzug in die Politik! Dem Unbefangenen dürfte es schwer sein, hier einen Fortschritt und nicht vielmehr einen argen Rückschritt festzustellen.

Immerhin die Frage ist gestellt: Gibt es „Verbrechernationen", und ist Deutschland eine Verbrechernation?

Auch in der Geschichte haben die Tatsachen das letzte Wort. Die Tatsachen könnten ja lehren, daß der Fortschritt sich im Zickzack oder in der bekannten Spirale, ja sogar unter schweren Rückfällen vollzieht; die deutsche Geschichte könnte ja solch ein Rückfall sein. Das ist offenbar die Meinung der Entente und ihres Anhanges.

Nun soll man sich freilich hüten, den Bock zum Gärtner zu machen. Nicht nur die Liebe, auch der Haß — und der Haß wohl mehr noch als die Liebe! — macht uns blind, wenn er auch andererseits sehr scharfsichtig macht. Man wird sich zweckmäßigerweise nicht gerade vom Franzosen über den Deutschen und vom Deutschen über den Franzosen belehren lassen, und erst recht nicht in Zeiten furchtbarster politischer Erregung.

Das wußte auch Clemenceau, als er in Versailles sein Urteil formulierte; das wußte auch die Entente insgesamt. Man hatte aber einen Zeugen, wie es besser gar nicht aufzutreiben war: Deutsche legten ganz

dasselbe Zeugnis gegen Deutschland ab, wie seine schlimmsten politischen Feinde!

„Deutschlands deutsche Feinde“, wie ich sie in einem Buch, das nie erschien, einst nannte, standen immer zur Verfügung. Während des Krieges und nach demselben haben sie sich der Entente unmittelbar zur Verfügung gestellt.

Kritiker des eigenen Vaterlandes hat es immer und überall gegeben. Kritiker von der Art von „Deutschlands deutschen Feinden“ nicht!

Wer Deutschlands Schicksal verstehen will, wird an dieser Tatsache nicht vorübergehen dürfen, daß es nur in Deutschland Bürger gab, die den Untergang ihres Landes bewußt erstrebten. In Rußland hat der Sozialimus, sogar der revolutionäre, unter Kerenskij, ja selbst der Kommunismus unter Lenin, die Preisgabe des Vaterlandes abgelehnt. Diese hielten nur Deutsche für möglich, ja verdienstlich.

Es liegt die Frage nahe: Ist vielleicht doch etwas an der Gegenüberstellung lichter und dunkler Mächte, wie sie die Entente ihrer Kriegslegende zuungunsten Deutschlands zugrunde legte?

Es schien eine Zeitlang so, als ob sich die „Schuldfrage“ in mehr oder weniger kleinlichen Einzelheiten verlieren wollte: einzelnen kleinen Menschlein wurden die Lasten aufgeladen, die eine Welt erdrückten. Worte wurden gewogen, Sekunden gezählt. Aus einer Reihe dummer Zufälle schien schließlich das größte Unglück der Geschichte herausgeboren. Es gibt zu denken, daß es gerade die deutsche Schuldfragenforschung war, die dieses Zufallsmosaik herausarbeitete. Ein Erlebnis vor drei Jahren ist symbolich: ein namhafter deutscher Gelehrter war der Meinung, der deutsche Schuldfragenkampf solle und könne sich nur auf die Klarlegung des Kriegsausbruchs beschränken; auf die weitere Vorgeschichte solle man nicht eingehen. Nun hatte man Deutschland ja zunächst tatsächlich vor allem sein Verhalten beim Kriegsausbruch — die angebliche Ablehnung jeder Verständigung, die Kriegsdrohungen und die schließliche Kriegseröffnung — vorgeworfen. Man hatte sich dabei arge Irrtümer und noch ärgere Fälschungen zuschulden kommen lassen, und die deutsche Verteidigung schritt infolgedessen von Erfolg zu Erfolg. Gerade, was den Kriegsausbruch betrifft, ist die Legende der Entente in vielen wesentlichen Punkten endgültig und ganz unzweideutig widerlegt. Kann man aber ein Ereignis, wie den Kriegsausbruch von 1914, isoliert betrachten? Das fordern, hieße doch eine gar zu kindliche Zumutung stellen. Ein solches Ereignis weist rückwärts, ebenso wie es vorwärts weist. Es hat Ursachen und Ziele. Und in diesen liegt das eigentliche Verständnis und damit der Schlüssel zur Beurteilung. Das war für die Entente von Anfang an selbstverständlich. Ihre Vorwürfe richteten sich im Grunde niemals gegen Einzelheiten, sondern gegen Gesinnungen, Grundsätze und Methoden. Die Entente war — und besonders waren es die Franzosen! — auch in ihrer Kriegspolemik „philosophisch“, sie gingen aufs Ganze! Und sie werden sich

hieran durch keinen deutschen Schulmeister hindern lassen. Und sie sind dabei im Recht. Nicht n u r, und auch nicht e r s t, als sie ihre Legende über den Kriegsausbruch Posten für Posten abbauen mußten, fingen sie an, das philosophische Gebiet der Vorgeschichte und die Kriegsziel-Philosophie zu kultivieren; sie taten dies ganz offenkundig von Anfang an: die Geschichtsphilosophie des Versailler Ultimatums vom 16. Juni 1919 ist schon völlig in den großen Kammerreden aus den Tagen des Kriegsausbruchs enthalten.

Und es ist kein Zufall, wenn sich Deutschlands Gegner hier philosophischer erweisen als die Philosophennation. Denn die Deutschen sind, seit Jahrzehnten, unphilosophisch geworden, und sie haben besonders auf e i n e m philosophischen Gebiet versagt: in der Geschichtsphilosophie.

In einem rein wissenschaftlichen Werk „Vom Wesen der Wissenschaft“ habe ich im Sommer 1914, noch vor dem Krieg, ohne Ahnung der kommenden Dinge, aber schon in ernster Sorge über die allgemeinen Folgen einer solchen Einstellung, auf die eigentümliche antiphilosophische Strömung bei den deutschen Denkern, Philosophen und Historikern aufmerksam gemacht; und in einem Aufsatz über die „Reaktionäre Strömung in der neuromantischen Geschichtsphilosophie“ habe ich das Problem hart an die Politik herangeführt. Ich bin auch heute davon überzeugt, daß es kein Zufall ist, wenn in Frankreich unmittelbar vor dem Krieg ein Bergson mit ungeheuerem Erfolg eine Philosophie der „schöpferischen Entwicklung“ lehrte, während in Deutschland, der Heimat des Entwicklungsgedankens, dieser Gedanke mehr und mehr dem Spott und dem Haß verfiel, um völlig unklaren Idealen einer absolutistischen oder aber nihilistischen Ethik Platz zu machen.

Man kann vielleicht sagen: Jedes Volk hat das Schicksal, das es durch seine Philosophie verdient. Die deutsche Wissenschaft, soweit sie mit der Politik in Fühlung war, ist im „Wilhelminischen Zeitalter“ von der urdeutschen philosophischen Einstellung zweifelsohne abgefallen; sie war zum alten „staatstreuen“ Hegel zurückgekehrt, statt zum jungen, dem Propheten der Allentwicklung! — und sang das Lied von der „Vernunft des Bestehenden“. Es kann hier nicht ausgeführt werden, wieweit diese Denkrichtung verbreitet war, mit welchen anderen Richtungen sie im Wettstreit lag und inwiefern sie, gleich der Bergsonschen Philosophie, die Jugend und damit die Zukunft beherrschte. Daß sie da war und einen ernsten Kampf kämpfte um die geistige Macht, darf behauptet werden. Und das eben ist, was uns hier berührt.

Man kann wohl der Meinung sein, daß die entscheidensten, wenn auch geheimsten politischen Kräfte eines Volkes sich gerade da am klarsten offenbaren, wo sie sich an scheinbar völlig unpolitischen Gegenständen und mit völlig unpolitischen Mitteln betätigen. So in der Philosophie, so auch in der Kunst.

Deshalb ist es doch nicht gar so lächerlich gewesen, wenn die Ententepropaganda sich nicht scheute, neben Bismarck nicht nur einen Treitschke, sondern auch einen Nietzsche und selbst einen Richard Wagner in den Kampf zu ziehen. In der Tat ist nicht nur eine „Deutsche Geschichte“ wie die Treitschkes, sondern auch Nietzsches Hymnus auf den „Übermenschen“ und auch Wagners Hohes Lied auf „Siegfried“, von einer hohen Warte aus gesehen, ein politisches Ereignis. In solchen Äußerungen kulturellen Lebens fühlen wir den Puls auch des politischen. Ja wir fühlen diesen Puls hier vielleicht stärker, als in der politischen Welt. „Wille zur Macht!“ Welches bessere Kennwort hätte sich finden lassen für Neu-Deutschland?

So ist es heute z. B. fraglos, daß nach 1870 Bismarck, der noch immer so gerne als Repräsentant des neuen Deutschland gefeiert und verdammt wird, eine Politik trieb — man vergleiche die große Akten-Publikation des deutschen Auswärtigen Amtes —, die das Wort von „Bismarck dem Pazifisten“ entstehen ließ. Es ist aber auch eine Tatsache, daß in Deutschland heute, nach dem Zusammenbruch, die Stimmen sich stetig mehren, die fragen, ob Bismarck in seinem politischen Empfinden dem modernen Deutschland noch gefolgt sei und nicht vielmehr ein Vertreter des alten und veralteten, „bloßkontinentalen“, „saturierten“ Deutschland geblieben sei. Diese Kritiker Bismarcks würden kaum bestreiten, daß jene künstlerischen Gestalten Nietzsches und Richard Wagners das Grundgefühl des neuen deutschen Volkes besser repräsentieren als Bismarck, der saturierte Blut- und Eisen-Mann. Liebe macht blind, Haß auch; Haß aber macht hellsichtig für die Fehler anderer! Man kann daher von niemand so viel lernen, wie von seinen Feinden. Der politische Haß, der die „Schuldfrage“ einst geboren hat, kann so zum Lehrer werden auf der Suche nach rücksichtsloser politischer Erkenntnis, hüben und drüben. Man behalte von der Art zu sehen, wie sie der Haß gelehrt, nur die Schärfe des Blicks; dann kann man Segen ernten. Denn, wie Rathenau einmal im Hinblick auf diese Dinge sagte: „Nur die Wahrheit kann uns frei machen“, die ganz ungeschminkte Wahrheit! Man darf nicht davor zurückschrecken, sich unerfreulichen Erkenntnissen — vor allem Selbsterkenntnissen! — auszusetzen. Wir lebten bisher zu sehr in Täuschung und vor allem in Selbsttäuschung, um nicht enttäuscht zu werden, wenn wir einmal sehen mußten.

Revision der ganzen „Idealpolitik“, das ist es, wozu die Prüfung der „Schuldfrage“ schließlich führt. Kommt diese wirklich zustande, und ist das Ergebnis erhöhte Ehrlichkeit, erhöhte Selbstkritik und erhöhte Duldsamkeit, in der innerstaatlichen wie in der zwischenstaatlichen Politik, so ist das Lehrgeld, das die „Schuldfrage“ uns alle gekostet hat, nicht ganz vergeudet gewesen, wenn es auch entsetzlich teuer war.

Noch einmal: „Nur die Wahrheit kann uns frei machen!“ Uns alle!

Monatsbericht.

Presseschau.

Das Attentat von Sarajewo.

10 Jahre nach dem Attentat von Sarajewo. Mitteilungen eines früheren Mitgliedes der serbischen Gesandtschaft in Wien.

Wiener Sonn- und Montagszeitung, Nr. 25 23. 6. 1924.

Das ehemalige Mitglied der serbischen Gesandtschaft in Wien behauptet: „Am 18. Juni 1914, vormittags, erhielt der serbische Gesandte Jovanovic in Wien eine chiffrierte Depesche Pasic', mit dem Auftrage, dem Erzherzog Franz Ferdinand von der Reise nach Sarajewo abzuraten oder ihn zum mindesten vor den ihm drohenden Gefahren zu warnen.

Der Gesandte überlegte, wie er sich dieser äußerst heiklen Mission entledigen könnte, ohne Serbien hierdurch zu schaden. Ursprünglich wollte er den Inhalt der Depesche Pasic' dem Minister des Äußern, Grafen Berchthold, bekanntgeben, ließ aber diesen Plan wieder fallen und beschloß, den Reichsfinanzminister und obersten Chef der bosnischen Verwaltung, Herrn von Bilinski, von der Warnung des serbischen Ministerpräsidenten in Kenntnis zu setzen, was am 21. Juni 1914 mittags geschah.

Dr. von Bilinski verständigte den Erzherzog nicht direkt, weil dieser ihn schon bei der Feststellung des Programms für seine Reise nach Bosnien umgangen hatte, und ließ die ihm gewordenen Mitteilungen an den Obersthofmeister des Erzherzogs, Baron Rummerskirch, gelangen."

Meine Warnung an den Erzherzog Franz Ferdinand. Von Jovan Jovanovic, früh. serb. Gesandten in Wien und Abgeordneten d. Skupschtina.

Neues Wiener Tageblatt, Nr. 177. 28. 6. 1924.

Zu der in der „Kriegsschuldfrage" schon mehrfach behandelten angeblichen Warnung Serbiens an Wien nimmt nun der Hauptbeteiligte, der ehemalige serbische Gesandte Jovanovic, selber Stellung. Er führt aus, daß ihn die Umstände, unter denen die Reise des Erzherzogs nach Bosnien stattfinden sollte, sehr beunruhigt hätten. Die Tatsache, daß der Erzherzog die Oberleitung der Manöver übernahm und sie knapp an der serbischen Grenze in Bosnien abhalten wollte, wäre von dem serbischen Volk als eine Provokation betrachtet worden.

„Nachdem ich alle diese Umstände wohl erwogen hatte, beschloß ich, mich zu dem damaligen Reichsfinanzminister und Minister für Bosnien, Dr. von Bilinski, zu begeben. Mein Besuch fand, soweit ich mich noch erinnern kann, ungefähr am 5. Juni statt, also 23 Tage vor dem Attentat. Ich erklärte dem Minister Bilinski ganz offen, was ich erfahren hätte, nämlich, daß die Manöver in Bosnien an der Drina, also gerade gegenüber von Serbien, abgehalten werden sollen und der Erzherzog Franz Ferdinand sie selbst kommandieren werde. Ich sagte dem Minister Bilinski: ‚Wenn das wahr ist, dann kann ich Ew. Exzellenz versichern, daß dies größte Unzufriedenheit bei den Serben erregen wird, welche dies als einen Akt der Provokation betrachten müssen. Manöver unter solchen Umständen sind gefährlich. Unter der serbischen Jugend kann sich jemand finden, der in sein Gewehr oder in seinen Revolver nicht ein blindes, sondern ein wirkliches Geschoß steckt, und das er dann abfeuert. Und diese Kugel könnte den Herausforderer treffen. Deswegen wäre es gut und vernünftig, daß Erzherzog Franz Ferdinand nicht nach Sarajewo geht und daß die Manöver nicht am Vidovdan und nicht in Bosnien abgehalten werden.‘

Auf diese gewiß klaren Worte erwiderte mir Dr. von Bilinski, er nähme sie zur Kenntnis und werde mich über ihren Erfolg beim Erzherzog verständigen, wiewohl er an eine solche Wirkung der Manöver, wie ich sie vorhergesehen, nicht glauben könne. Vielmehr besitze er Informationen, daß die Serben in Bosnien vollständig beruhigt seien.

Einige Tage nachher erschien ich abermals in dieser Angelegenheit beim Minister Bilinski. Trotz alledem mußte ich bald erfahren, daß das ursprüngliche Programm aufrechterhalten und trotz meiner Warnung nichts daran geändert worden sei.“

Dr. Bilinski über das Attentat in Sarajewo. — **Neue Freie Presse, Nr. 21479. 28. 6. 1924.**

Bilinski erwähnt in seinen Memoiren nichts von der ihm übermittelten Warnung des serbischen Gesandten. Er sagt lediglich, der Erzherzog habe vor der Reise den Wunsch geäußert, „es möge sich mit dieser Angelegenheit ausschließlich der Landeschef als kommandierender General befassen, ohne in die Aktion das gemeinsame Finanzministerium einzubeziehen. Dagegen konnte ich keine Einwendungen erheben, da ich mich gemäß der Organisation des Landes in die Angelegenheiten der Heeresverwaltung — mit Ausnahme des Rekrutenkontingents und dessen Kostendeckung — nicht einmischte.“ Bilinski schiebt die ganze Schuld für das Gelingen des Attentats auf den Landeschef, Feldzeugmeister Potiorek, „sowohl wegen der mangelhaften Vorbereitungen für den Empfang des erzherzoglichen Paares, wie auch wegen seines Verhaltens im Momente des Attentats“.

Die Mordtat von Sarajewo und das Ultimatum, von Dr. Friedrich Wiesner, außerordentlichem Gesandten und bevollmächtigtem Minister a. D.

Reichspost, Nr. 177. 28. 6. 1924.

Gesandter von Wiesner, der bekanntlich im Juli 1914 die ersten Untersuchungen über das Attentat leitete und der das berühmt gewordene Telegramm vom 13. Juli 1914 nach Wien sandte, in dem es hieß, daß eine Mitschuld der serbischen Regierung ausgeschlossen sei, kündigt nunmehr eine dokumentierte Darstellung an, in der er den Nachweis führen will, daß der Anstifter des Attentats, der Chef der Nachrichtenabteilung des serbischen Generalstabes, Oberst Dimitriewitsch, „nicht auf eigene Faust, sondern mit Wissen seiner Vorgesetzten das Attentat auf den Erzherzog eingeleitet hat und durchführen ließ, weiters aber auch, daß die serbische Regierung den Obersten 1917 nur deshalb im Saloniker Hochverratsprozeß vor Gericht stellte, zum Tode verurteilen und hinrichten ließ, weil die Gefahr bestand, daß er diese Tatsachen enthüllen und damit das Märchen von dem schuldlosen Serbien und dem kriegsschuldigen Österreich-Ungarn zerstören könnte“.

Der 28. Juni. Aus den Geheimakten des Sarajewoer Attentats. Von Oberst a. D. Seeliger.

Vossische Zeitung, Nr. 304. 28. 6. 1924.

Oberst Seeliger erklärt, daß sich die Verhältnisse in Bosnien ungemein zugespitzt hätten, als Potiorek Landeschef und der gemeinsame Finanzminister Bilinski Überlandeschef war. Sehr oft habe Potiorek vertraulich Warnungen nach Wien gerichtet, „aber zu jedem seiner schriftlichen Kassandrarufe gesellte sich in den Geheimakten das dazugehörige Dementi der Kanzlei Bilinski, und die Sache war damit auf österreichisch erledigt“. Sowohl der Erzherzog wie auch das Außenministerium in Wien hätten eine ganze Serie von Briefen erhalten, auch aus Serbien, worin vor der bosnischen Reise gewarnt wurde.

„Ich nehme, ad oculos demonstrandum, aus einer Vielzahl Zuschriften und Depeschen nur eine heraus, die an den Grafen Berchtold adressiert und vom 4. Juli 1914 datiert war und jetzt in den Geheimakten des Ministeriums des Äußern begraben liegt:

‚Aus vollkommen verläßlicher Quelle erfahre ich folgendes: Herr Ilja Pavlovic, der Direktor der Üsküber Filiale der „Zemalska Banka“, hat in serbischen Kreisen mitgeteilt, daß in 2—3 Tagen eine große Anzahl serbischer Komitadschis mit Bomben, Gewehren und Munition nach Bosnien eindringen sollen. Organisation dieser Komitadschis wird dieser Tage erfolgen. Genannter Direktor hat sich ferner geäußert, daß serbischerseits gegen den Herrn Erzherzog-Thronfolger und den Grafen Berchtold Attentate geplant seien.‘

‚Dem nicht allzu naiven Leser wird natürlich sofort das Datum der Warnungsdepesche — 4. Juli — auffallen, indes das Attentat bereits eine Woche vorher begangen ist. Tatsächlich haben diese Warnung, mit noch zwei Dutzend ganz gleichlautenden, die Landesregierung wie die Überlandesregierung samt allen zugehörigen Sicherheitsbehörden schon vor dem 28. Juni erhalten. Sie wurden ad acta gelegt, zum mindest zum ‚Bluff' verwässert."

Der Mord von Sarajewo. Mitteilungen von Augenzeugen. — Heute vor 10 Jahren.
Von Leonhard Adelt.

Berliner Tageblatt, Nr. 304. 28. 6. 1924.

Leonhard Adelt gibt zu dem Gesamtbilde einige neue wertvolle Ergänzungen. Für viele Leser ist gewiß folgende Erzählung von reizvollem Interesse:

„Bei einer dem Erzherzog besonders nahestehenden Persönlichkeit, seinem Lehrer im Ungarischen, Dr. Joseph von Lanyi, Bischof zu Großwardein, fand die angstvolle Voraussicht in der Nacht vor dem Morde ihren Niederschlag in einem Traumgesicht, aus dem der Bischof um ein halb vier Uhr morgens auffuhr. Er träumte, daß oben auf seiner Morgenpost ein schwarzrandiger und schwarzgesiegelter Brief mit dem Wappen und der Handschrift des Thronfolgers liege. Der Bischof öffnete und sah auf der Kopfseite des Briefbogens ein farbiges Ansichtskartenbild, das den Erzherzog und seine Gemahlin im Automobil, ihnen gegenüber einen General, neben dem Chauffeur einen Offizier zeigte. Aus dem Zuschauerspalier springen zwei junge Burschen und schießen auf die Hoheiten. Der Brieftext lautete:

„Ew. Bischöfliche Gnaden! Lieber Doktor Lanyi!

Teile Ihnen hiermit mit, daß ich heute mit meiner Frau in Sarajewo als Opfer eines politischen Meuchelmordes falle. Wir empfehlen uns Ihren frommen Gebeten und heiligem Meßopfer und bitten Sie, unseren armen Kindern auch fernerhin in Liebe und Treue so ergeben zu bleiben wie bisher. Herzlichst grüßt Sie Ihr

Erzherzog Franz.

Sarajewo, 28. Juni 1914, ein halb vier Uhr vormittags.'

Bischof Lanyi hat sein Traumgesicht und den Text des geträumten Briefes noch im Morgengrauen zu Papier gebracht; seine Niederschrift ist sogar der Handschrift Franz Ferdinands frappant angenähert. Eine authentische Abschrift des seltsamen Dokuments befindet sich in meinem Besitz."

Kossowo 1914. Die Geburtsstunde des Weltkriegs. Nach den serbischen Quellen. Von Prof. Dr. Fritz Kern.

Deutsche Allgemeine Zeitung. 27. 6. 1924.

Professor Kern gibt eine aufschlußreiche Studie über die großserbische Agitation gegen Österreich-Ungarn.

Amerika und die Kriegsschuldfrage. D. A. Z., Nr. 260. 4. 6. 1924.

Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat den Antrag des Senators Owen, eine Kommission zur Erforschung der Kriegsursachen einzusetzen, mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Paul Cambon †.

Am 29. Mai 1924 ist Paul Cambon im Alter von 83 Jahren in Paris gestorben. Von 1898, als er auf Wunsch Delcassés nach London ging, bis 1920 hat er die Regierung Frankreichs in England vertreten. Er ist ohne Zweifel einer der bedeutendsten Diplomaten der letzten Jahrzehnte. Vor allem seiner Klugheit, seinem Takt und seiner Freundschaft mit Edward VII. hatte es Frankreich zu verdanken, daß die schwere Krise von Faschoda so schnell überwunden wurde und bald einer Freundschaft Platz machte, die im Laufe der Jahre, insbesondere unter Sir Edward Grey, zum Bundesverhältnis wurde. Die Krönung seiner Politik war der Briefwechsel zwischen ihm und Grey, in dem sich der englische Außenminister am 22. November 1912 verpflichtete, in Zeiten diplomatischer Spannung nur nach vorherigem Einvernehmen mit Frankreich vorzugehen, „um zu erwägen, welche Maßnahmen gemeinsam ergriffen werden sollten. Wenn diese Maßnahmen eine militärische Aktion einschließen, sollen die Pläne der Generalstäbe sofort berücksichtigt werden, und die Regierungen hätten hierauf zu entscheiden, wieweit ihnen Folge zu geben wäre."

Im Juli 1914 präsentierte Paul Cambon auf dem Höhepunkt der Krise Sir Edward Grey diesen Brief, doch erst nach hartem Kampf gelang es ihm in Tagen, die er selber als die dunkelsten seiner ganzen Laufbahn bezeichnet hat, die englische Regierung zum Eingreifen zu bringen.

Gesandter a. D. Beldiman †.

Am 11. Juni 1924 ist der ehemalige rumänische Gesandte in Berlin, Dr. Beldiman, auf seinem Gut in Siebenbürgen gestorben. Beldiman war ein treuer Freund Deutschlands und ein warmer Verteidiger des deutsch-rumänischen Bündnisses. Bei Ausbruch des Krieges hat er alles getan, um Rumäniens Eingreifen an Seiten der Mittelmächte zu ermöglichen, aber der Ministerpräsident Bratianu war mächtiger als er und als selbst König Karol.

Aus Zeitschriften.

Fortsetzung der amerikanischen Schuldfragendiskussion.

Im Juniheft der **„Current History“** der „New York Times“ nehmen zehn amerikanische Historiker Stellung zu dem Aufsatz von Professor Barnes im Maiheft der „Current History“ (s. „Kriegsschuldfrage“ Juniheft).

Professor Charles **Seymour,** Yale University, stimmt mit Professor Barnes insoweit überein, daß auch er der Auffassung ist, daß kein einziger Staat die Verantwortlichkeit für den Kriegsausbruch trägt. Seymour ist der Ansicht, daß die Hauptschuld auf das System der Bündnisse, des Militarismus und der Geheimdiplomatie komme, das von deutschen Politikern am stärksten vertreten worden sei..

Raymond Leslie **Buell,** Departement of Government, Harvard University, verwirft die Behauptung, daß die Reparationen auf Deutschlands Schuld am Kriege beruhen, er teilt hingegen die Anschauung von Professor Barnes, daß die Alliierten ebenso für den Kriegsausbruch verantwortlich zu machen seien wie Deutschland.

Professor William E. **Lingelbach,** Professor Modern European History, University of Pennsylvania, lehnt es ab, auf dem kurzen zur Verfügung stehenden Raum Stellung zu nehmen. Er betont aber, daß der Aufsatz von Professor Barnes auf den maßgebenden Quellen und Dokumenten beruhe und daß es die Aufgabe des Historikers sei, mit den gegebenen Tatsachen zu rechnen und, wenn nötig, auf Grund dieser Tatsachen seine Auffassung zu ändern.

A. E. **Morse,** Professor of History, Princeton University, vertritt auch heute noch die bekannten Thesen der Kriegsjahre, daß Deutschland die Oberherrschaft über Europa angestrebt habe. Er behauptet, daß die „Blankovollmacht“ Deutschlands an Österreich-Ungarn vom 5. Juli 1914 gewissermaßen die Eröffnung des Krieges durch Deutschland darstelle.

Carl **Becker,** Professor of History, Cornell University, stimmt mit den von Professor Barnes vertretenen Anschauungen überein, er nennt dessen Aufsatz: „An admirable exposition of the immediate circumstances that led up to the war 1914. We do not seriously disagree, I think, on any material point.“

Quincy **Wright,** Professor of Political Science, University of Chicago, untersucht die Methoden, durch die man zu einer befriedigenden Lösung der Schuldfrage gelangen könnte. Er beurteilt die Kriegsverantwortlichkeit Rußlands und Frankreichs höher als die Deutschlands, aber er fügt hinzu, daß es in der Macht Deutschlands gelegen habe, Österreich-Ungarn vom Kriege zurückzuhalten.

Lucy M. **Salmon,** Professor of History, Vasser College, diskutiert die Bedeutung der historischen Quellen, die Professor Barnes seiner Arbeit zugrunde gelegt hat. Sie erklärt, daß eine Nachprüfung der

Methode, die Professor Barnes angewandt hat, ergibt, daß Barnes in die erste Reihe der Historiker einzureihen ist. Die Wahrheit über die Entstehung des Weltkrieges läge unzweifelhaft in der von Professor Barnes eingeschlagenen Richtung.

G. H. **Blakeslee,** Professor of History and International Relations, Clark University, findet, daß Professor Barnes mit anderen Historikern — Beard, Fay, Gooch, Schmitt — in 3 Thesen übereinstimme:

1. Keine Regierung und kein verantwortlicher Staatsmann in Europa — ausgenommen die militärischen Kreise — wollten oder erstrebten den europäischen Krieg.
2. Die Grundursache des Krieges geht zurück auf die einander gegenüberstehenden Mächtegruppen, auf immer weiter gesteigerte Rüstungen und letzten Endes auf das gegenseitige Mißtrauen.
3. Unmittelbarer Anlaß war Österreichs Bestehen auf Kriegführung gegen Serbien, auch dann noch, als es klar wurde, daß dieser Schritt einen europäischen Krieg zur Folge haben könnte.

Frank Maloy **Anderson,** Professor of History, Dartmouth College, sagt, daß der Aufsatz von Professor Barnes einen unseligen Einfluß auf die amerikanische öffentliche Meinung haben könnte und daß er einen starken antifranzösischen Beigeschmack habe. Den Krieg stellt er als das Resultat der Krise vom 23. Juli bis 1. August 1914 hin, wobei er die Schuld an der Katastrophe beinahe ganz Deutschland und Österreich-Ungarn zuschiebt.

Bernadotte E. **Schmitt,** Professor of History, Western Reserve University, erhebt gegen manche Behauptungen von Professor Barnes Einspruch, wie auch gegen dessen Schlußfolgerung, Schmitt verteilt die Kriegsverantwortlichkeit folgendermaßen:

1. Österreich, 2. Deutschland, 3. Frankreich und Rußland.

British Foreign Policy.
By Bernadotte E. Schmitt.

Political Science Quarterly,
Vol. XXXIX, Nr. 2,
June, 1924.

Eine Besprechung der dreibändigen „Cambridge History of British Foreign Policy". Professor Schmitt betont, daß dieses Werk dem Geist der Unparteilichkeit nicht überall gerecht werde, insbesondere hebt er bei Besprechung des dritten Bandes hervor, daß er keine abschließende Würdigung geben könne, da die wichtigsten Urkunden über diese Zeit noch im Erscheinen begriffen seien. In mancher Beziehung sei die englische Politik kaum friedliebend zu nennen. Professor Schmitt findet, daß die deutsche Flotte wirklich von großem Nutzen gewesen sei, da England durch sie zu Konzessionen gezwungen worden wäre, die es sonst wohl nicht gemacht hätte. Die deutsch-englischen Allianzversuche könne er schwer verstehen, da sie im Widerspruch zu der traditionellen

englischen Politik gestanden hätten. Professor Schmitt ist der Ansicht, daß die zweideutige Haltung der englischen Politik England mit einem Teil der Kriegsschuld belaste.

Die Krügerdepesche. Genesis und historische Bedeutung. Von Friedrich Thimme.

Europäische Gespräche. Mai/Juni 1924.

Dr. Friedrich Thimme, der Herausgeber der großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amts, gibt in diesem Aufsatze die endgültige Darstellung über die Entstehung der Krügerdepesche. Dr. Thimme konnte für seine Arbeit den Nachlaß des ehemaligen Staatssekretärs Freiherrn von Marschall auswerten, und gleichzeitig standen ihm die Tagebuchaufzeichnungen des früheren Chefs des Marinekabinetts, Admirals Freiherrn von Senden und Bibran, zur Verfügung. Ergänzt werden seine Ausführungen durch Mitteilungen der Witwe des Ministerialdirektor Kayser und der Witwe des Admiral von Knorr. Am wichtigsten sind die Aufzeichnungen aus dem Tagebuch des Freiherrn von Marschall. Die Eintragung vom 3. Januar lautet: „Um 10 Uhr Konferenz mit S. M., der noch Reichskanzler, Hollmann, Knorr und Senden beiwohnen. S. M. entwickelt etwas wunderbare Pläne. Protektorat über Transvaal, was ich ihm sofort ausrede. Mobilmachung der Marineinfanterie. Sendung von Truppen nach Transvaal. Und auf den Einwand des Reichskanzlers: ‚Das wäre der Krieg mit England', sagt S. M.: ‚Ja, aber nur zu Lande'. Dann wird beschlossen, Schele zur Rekognoszierung nach Transvaal zu schicken. Auch ein unglücklicher Gedanke. Endlich richtet S. M. auf meinen Vorschlag ein Beglückwünschungstelegramm an Präsident Krüger."

Nach einem Vortrag des Admiral von Knorr scheint der Kaiser noch im letzten Augenblick die Depesche zurückhalten zu wollen. Unglücklicherweise aber war das Telegramm bereits abgegangen.

Der „Neue Kurs". Deutsche Außenpolitik unter Hohenlohe und Marschall 1894/96. Von Heinrich Otto Meisner.

Preußische Jahrbücher. Juni 1924.

Eine eingehende Darstellung auf Grund der großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes.

Recherches sur les Responsabilités de la Guerre.

Rassegna Internazionale et Cahiers Internationaux. Rom 1924.

Die in Rom erscheinende Zeitschrift „Rassegna Internazionale" hat in diesen Tagen eine Sondernummer veröffentlicht in französischer Sprache, die ausschließlich der Kriegsschuldfrage gewidmet ist. Hervorragende Forscher Deutschlands, Englands und Frankreichs kommen

in Auszügen und Übersetzungen aus ihren besten Werken zu Wort. Die Zusammenstellung dieser ausgezeichneten Arbeiten von Demartial, Dupin, Gouttenoire de Toury, Guétant, Graf Montgelas und Morel vermittelt dem Leser einen glänzenden Überblick über den Stand der Kriegsschuldfragenforschung und weist ihn in eindringlichster Form auf die Weltbedeutung dieser Frage hin.

Bücherschau.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich Thimme.

Dritte Reihe: Die Politik der Freien Hand. Vom Eintritt des Deutschen Kaiserreichs in die Weltpolitik (1897) bis zum Schluß des Jahres 1903. 6 Bände. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. Berlin 1924.

Asquith, H. H.: Der Ursprung des Krieges. Verlag für Kulturpolitik, München 1924.

Bulletin of the central Commission for neutral investigation of the causes of the World War. April 1924.

Converset, Colonel: Les trois Ans de Diplomatie secrète qui nous menèrent à la Guerre de 1914. Éditions de „La Mère éducatrice“, 39, rue Chaptal, Levallois-Perret (Seine) 1924.

Jellicoe, E. G.: „Playing the game. What Mr. Asquith in his book ‚The genesis of the War‘ does not tell us.“ London, John Long, Limited. 12, 13, 14 Norris Street, Haymarket. 1924.

Kiderlen-Wächter: Der Staatsmann und Mensch. Briefwechsel und Nachlaß. Herausgegeben von Ernst Jäckh. 2 Bände. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin-Leipzig 1924.

Millon, P.: La Genèse de la Guerre Européenne. Imprimerie G. Boaniche, Paris 1924.

Morhardt, Mathias: Les Preuves. Le Crime de Droit commun. Le Crime diplomatique. Librairie du Travail, Paris 1924.

Mathias Morhardt, der seit 1888 der Redaktion des „Temps“ angehört, ist zum erstenmal im politischen öffentlichen Leben Frankreichs während des Dreyfus-Prozesses hervorgetreten. Bei Gründung der „Liga für Menschenrechte“ wurde Morhardt ihr Generalsekretär und war während langer Jahre der Organisator der Liga. 1911 zog er sich zurück und widmete sich ganz literarischen Arbeiten. Gegen Ende 1917 gründete er die „Société d'Études documentaires et critiques sur la Guerre“, nachdem ein Versuch, die Liga für Menschenrechte zum

Studium dieser Fragen zu bewegen. gescheitert war. Seit der Zeit arbeitet er mit seinen Freunden für die Erforschung der Kriegsursachen und für die Verbreitung der Wahrheit in Frankreich.

Ein vorläufig abschließendes Werk seines Studiums liegt nunmehr in dem vorstehenden Buch der breiteren Öffentlichkeit vor. Man kann wohl ohne Übertreibung dieses Werk als beste französische Arbeit über den Kriegsausbruch bezeichnen. Mit durchdringender Verstandesschärfe hat Morhardt gerade die Fragen, die für die Beurteilung des Kriegsausbruchs die größten Schwierigkeiten bieten, eingehend behandelt und auf Grund der gesamten Quellenliteratur klargestellt. Von ganz besonderem Wert sind seine Ausführungen über den österreichisch-serbischen Gegensatz, seine Analyse des serbischen Blaubuches und seine meisterhafte Kritik des österreichischen Ultimatums und der serbischen Antwortnote.

Für die diplomatischen Verhandlungen der Julikrise hat Morhardt die Haltung der französischen Regierung in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen gestellt. Er widmet dabei der Abenteurer- und Angriffspolitik Poincarés, den Fälschungen des französischen Gelbbuches und des russischen Orangebuches und den weniger bekannten Friedensvermittlungsversuchen Italiens eingehende Untersuchungen. Von ganz besonderem Reiz ist seine Darstellung der Ereignisse in der historischen Nacht vom 29. zum 30. Juli 1914.

Mathias Morhardt hat mit seinem Buch der Kriegsschuldfragenforschung manche wertvollen neuen Aufschlüsse gegeben und vor allem eine starke Anregung zu weiterer Arbeit.

Schwertfeger, Bernhard: Der Neue Kurs 1890—1899. Kommentar zur Reihe II der Aktenpublikation. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924.

Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums vom 16. bis 31. Juli 1924. Vollständige Veröffentlichung aus dem Staatsarchiv der Sowjetregierung, Krasny-Archiv Heft IV. Herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen mit einem Vorwort von Alfred von Wegerer. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924.

Wendel, Hermann: Die Habsburger und die Südslavenfrage. Geza Kohn, Verlagsbuchhandlung Belgrad-Leipzig 1924.

W. Büxenstein, Berlin SW48, Friedrichstr 240/41.

Bezugsbedingungen.

Die Monatsschrift ist bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und dem Verlag der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin NW 6, Luisenstr. 31a, zu beziehen.

Inlandspreis:

Vierteljahresabonnement 2,— G.-Mk.

Auslandspreis:

Vierteljährlich (einschl. Porto und Verpackung) 2,50 G.-Mk.

Geistige Notzucht in der Kriegsschuldfrage.

General Jacquémot.

Die im besetzten Gebiet erscheinende „Bergwerks-Zeitung“ wurde von General Jacquémot, dem Kommandanten der 77. Division, gezwungen, nachstehenden Aufsatz über die Kriegsschuldfrage aufzunehmen.

Wir bringen den Aufsatz mit der Vorbemerkung der „Bergwerks-Zeitung“ hier wörtlich zum Abdruck, wie er in der Nummer 171 des Blattes vom 23. Juli 1924 erschienen ist:

Auf Befehl.

Auf Befehl des General Jacquémot, Kommandanten der 77. Division, müssen wir an dieser Stelle der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ folgendes uns von der französischen Behörde zugestellte Schriftstück veröffentlichen:

Was das deutsche Publikum von der Schuldfrage weiß. Die Reichsregierung hat es für gut befunden, ihrer Diplomatie die Kriegsschuldfrage zu stellen. Höchstwahrscheinlich war das ein sehr unglücklicher Gedanke, bei dessen Ausführung sie nur hereinfallen kann. Aber über den Enderfolg wird sich die deutsche Regierung kaum einer Täuschung hingeben, und dieses Manöver hat mehr einen innerpolitischen Sinn als einen diplomatischen.

Genau so wie bei Kriegsanfang die schlau sein wollenden Intrigen nach dem Geständnis der damaligen Machthaber eher dazu bestimmt waren, beim deutschen Volk den Glauben an die Unschuld der eigenen Regierung zu erzeugen, als die Mit- und Umwelt davon zu überzeugen, genau so ist jetzt die mit allen Mitteln betriebene „Kriegsschuldlüge“-Propaganda ein Elixier für Innengebrauch. Das unter Nr. 277 der „Deutschen Dokumente“ veröffentlichte Telegramm des Reichskanzlers Bethmann Hollweg an den deutschen Botschafter in Wien zeigt deutlich, daß die Hauptsorge der deutschen Regierung darin bestand, zu vermeiden, daß schließlich das „Odium, einen Weltkrieg verschuldet

zu haben, auch in den Augen des deutschen Volkes auf sie (die kaiserliche Regierung) zurückfällt." Heute ist es nicht viel anders. Wenn die Reichsregierung und ihr ganzer Presseanhang und dazu noch die Presse der Rechtsopposition die hoffnungslose Walze der „Kriegsschuldlüge" wieder aufdreht, so geschieht es nicht so sehr, um das Ausland von der deutschen Unschuld zu überzeugen und auf Grund dieses Beweises die Reparationsschuld abzulehnen, sondern vielmehr, um die Massen des eigenen Volkes hinter dieselben Führer zu scharen, die sie vor gerade zehn Jahren mit demselben Betrug in das wahnsinnige Abenteuer stürzten.

In diesem Julimonat 1924 hallt es in der gesamten deutschen Presse von dieser „Kriegsschuldlüge" wider. Mit diesem Schlagwort allein will man die Sache machen, und schon diese Taktik zeigt, daß man es damit nicht versuchen kann, ein auswärtiges Publikum zu bekehren, sondern nur, daß man das inländische durch hinreichende Wiederholung derselben Behauptung stramm bei der Stange halten will. Denn das Hauptmerkmal aller dieser Artikel ist der vollständige Mangel an Beweisführung für die aufgestellten Behauptungen.

Jeder deutsche Bürger ist jetzt schon oder wird bald infolge dieser Zermürbung seiner Denk- und Kritikkraft durch seine einheimische Presse felsenfest davon überzeugt, daß die kaiserliche Regierung von 1914 am Kriegsausbruch unschuldig war. Wie viele haben sich nun die Mühe gegeben, diese Frage zu studieren Wie viele haben den in diesen Artikeln immer wieder vorkommenden Satz geprüft: „Die Veröffentlichung der deutschen Archive hat unsere Unschuld bewiesen"?

Diese umfangreiche, kostspielige Veröffentlichung ist dem großen Publikum vollständig unbekannt.

Den Publizisten aber, welche die öffentliche Meinung über diesen Punkt aufklären wollen, sollte doch zunächst die Aufgabe zufallen, sich dieser Veröffentlichung zu bedienen, um ihre Behauptungen zu beweisen. Das tun sie aber keineswegs. Entweder bleiben sie bei allgemeinen Betrachtungen über Kriege und europäische Politik, oder sie setzen, wie zum Beispiel die „Bergwerks-Zeitung" in ihrem Artikel vom 8. Juli „Bedeutung der Schuldlüge", den Punkt als bekannt und bewiesen voraus, den es eben zu untersuchen gilt.

Die meisten Zeitungen der besetzten Gebiete, die in den letzten Wochen, den Winken des Reichspresseamtes folgend, auch in „Schuldlüge" gemacht hatten, druckten auch von den berühmten Dokumenten keine Zeile ab.

Der Leser möge sich dagegen die Artikelserie besehen, die zwischen dem 25. Juni und dem 10. Juli im Nachrichtendienst erschienen ist (und noch fortgesetzt werden wird); er wird sofort feststellen, daß gut die Hälfte des Textes aus Zitaten besteht, die fast ohne Ausnahme den amtlichen deutschen Dokumenten entnommen worden sind. Und diese

Dokumente sind für die Kaiserliche Regierung von vorne bis hinten niederschmetternd.

Leichter macht es sich natürlich eine „Bergwerks-Zeitung", wenn sie im oben angeführten Artikel einfach schreibt: „Alles, was an Material ans Tageslicht gekommen ist, hat uns entlastet!" Den Beweis zu dieser Behauptung bleibt sie mit gutem Grund schuldig.

Mehr noch, einige dieser Blätter, die in ihren „Schuldlüge"-Artikeln nichts als leere Behauptungen, Beschimpfungen oder seichtes Gewäsch brachten, sind gebeten worden, entweder diese unwürdige Kampagne einzustellen, oder neben ihren Artikeln auch die einschlägigen Dokumente zu veröffentlichen. Da zogen sie es vor, ganz zu schweigen, als ihren Lesen einiges aus den deutschen Dokumenten zu veröffentlichen.

Wie viele Redakteure dieser Blätter haben sich überhaupt mit diesen Dokumenten befaßt?

Wenn die veröffentlichten Dokumente tatsächlich für Deutschland entlastend wären, so hätte es sich schon längst beeilt, billige Volksausgaben davon zu verbreiten, damit jeder Deutsche, der mit Ausländern zu tun hat, imstande sei, dieses Material zur Überzeugung seiner Bekannten zu verwerten. Das wird aber schon deshalb nie geschehen, weil diese Bürger aus dieser Veröffentlichung nichts anderes herauslesen könnten, als das, was wirklich gewesen ist: nämlich die ungeheure Schuld der Kaiserlichen Regierung.

* * *

Wir hoffen, daß sich in allen Ländern der Welt Persönlichkeiten für eine freie Erörterung der Kriegsschuldfrage einsetzen und gegen die Vergewaltigung der Wahrheit durch französische Generale mit aller Schärfe und sittlichem Ernst vorgehen.

Es ist hier ein Präzedenzfall geschaffen worden, der, wenn er Schule macht, die Menschheit in das Dunkel des Mittelalters zurückführt.

Alfred von Wegerer.

Französische Gutachter und Schuldfrage.

Oberst B. Schwertfeger.

An sich haben die zehnjährigen Erinnerungstage des Weltkrieges für die ernste Forschung in der Kriegsschuldfrage keine Bedeutung. Sie bilden aber immerhin Marksteine der Entwicklung, indem wir uns an solchen Tagen darüber klar werden, was in den seit Kriegsausbruch verflossenen Jahren in der uns berührenden Frage geleistet worden ist und was noch zu tun bleibt. Das Ergebnis ist nicht übermäßig befriedigend, denn wir haben in allen den Jahren, die auf den Weltkrieg gefolgt sind, noch nicht einmal eine einheitliche Volksstimmung in Deutschland selbst herzustellen vermocht. Erfreulicherweise geht aber gerade jetzt und in Verbindung mit den Erörterungen über das Dawes-Gutachten ein starker Zug verantwortungsbewußten vaterländischen Wollens durch die politischen Bestrebungen unserer Volksgenossen, und es scheint fast so, als näherten wir uns dem Zeitpunkte, wo wir endlich das in Versailles erzwungene Schuldbekenntnis vor aller Welt als nichtig erklären können.

Verlangt man in der bürgerlichen Rechtsprechung aller gesitteten Länder, daß für die Revision eines ergangenen Urteils neue Tatbestände vorgebracht werden müssen, oder daß mindestens der Beweis geführt werde, es seien dem Urteil unzureichende oder später als irrig erkannte Beweismittel unterlegt worden, so müssen diese Grundsätze erst recht Bedeutung gewinnen, wenn es sich um einen so ungeheuerlichen Vorgang handelt, wie wir ihn in Versailles erlebt haben. Man hat dort ein ganzes Volk von weit über 60 Millionen Menschen schuldig gesprochen, den Weltkrieg vorsätzlich entfesselt zu haben, und es auf Grund ganz unzureichenden und trügerischen Beweismaterials als Urheber in die Kosten des gesamten Krieges verurteilt.

Fünf Jahre haben vergehen müssen, ehe sich — nicht etwa die Weltmeinung —, sondern die deutsche Volksgemeinschaft selbst mit Energie ihrer eigensten Sache annahm. Viel ist bereits geschehen. Wichtiges aber bleibt noch zu tun.

Da mag es denn für alle, die in der Bekämpfung der Schuldlüge gegenwärtig ihr hauptsächlichstes Ziel sehen, ein Trost sein, daß die Anklage unserer Feinde tatsächlich ganz ungewöhnlich dürftig begründet ist, und daß dadurch der gefällte Urteilsspruch auf durchaus unsicherer Grundlage beruht. Einen sprechenden Beweis dafür erlaube ich mir vorzulegen.

Bekanntlich ist die von unseren militärischen Führern vor dem Weltkriege als unumgänglich nötig bezeichnete Verletzung der

belgischen Neutralität, nachdem sie im August 1914 Tatsache geworden war, uns von aller Welt als fluchwürdiges Verbrechen gegen Moral und Völkerrecht angerechnet worden. Für Deutschlands unendlich schwere Notlage in einem Zweifrontenkriege hat man wohl vor dem Kriege Verständnis aufgebracht, wie zahlreiche Schriften französischer, englischer und belgischer Offiziere, Staatsmänner und Historiker beweisen. Nachdem aber im August 1914 der Durchmarsch der deutschen Heere des rechten Flügels durch Belgien tatsächlich erzwungen worden war, hat sich die Weltmeinung gewandelt, und man kann ohne Übertreibung sagen, daß selbst von wohlmeinenden Ausländern gerade die Verletzung der belgischen Neutralität immer wieder als Hauptanklage gegen Deutschland in den Vordergrund gerückt wird.

Auf keinem Gebiete konnte es daher für die Vertretung des deutschen Standpunktes peinlicher sein, als auf dem Gebiete der belgischen Neutralitätsverletzung, wenn Deutschlands Haltung gegenüber Belgien im Sommer 1914 in noch schwärzeren Farben gemalt wurde, als es ohnehin schon in der deutschfeindlichen Welt geschehen war. Gerade das aber hat sich ereignet. Zwei französische Professoren, die als Gutachter für den Senat berufen waren, E. Bourgeois und G. Pagès, haben Deutschlands Verhalten gegenüber Belgien in einer Weise dargestellt und für die weitere Verbreitung ihrer ganz unrichtigen Darstellung durch Herausgabe eines vielgelesenen Buches in einem Maße gesorgt, daß wir uns mit ihrer Darstellung ernstlich beschäftigen müssen. Wir gewinnen dadurch ein Mittel, auch in diesem Falle unbedingt auf Revision zu klagen.

Die Tatbestände selbst liegen klar. Der deutsche Generalstab hatte schon seit Jahren die Verletzung der belgischen Neutralität für notwendig gehalten, und das Auswärtige Amt hatte sich seinem Standpunkte angeschlossen. Die Formulierung des zur Überreichung in Brüssel bestimmten Ultimatums vom 29. Juli (Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 375 und 376) entstammte dem Generalstabe[1]). Der Gesandte in Brüssel, v. Below-Saleske, wurde aber angewiesen, die Anlage erst zu öffnen, wenn er von Berlin aus telegraphisch dazu angewiesen werde. Dies erfolgte am 2. August nachmittags (Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Nr. 648). Über die weiteren Vorgänge habe ich mich verschiedentlich, so auch in dem Sammelhefte des Arbeitsausschusses deutscher Verbände „Deutschland und die Schuldfrage", ausführlich geäußert, so daß ich mich hier kurz fassen darf. Mir kommt es jetzt nur darauf an, zu zeigen, wie die Herren Bourgeois und Pagès unser Verhalten gegen Belgien dargestellt haben. Hierbei sei bemerkt, daß für die in Frage stehende Darstellung Professor E. Bourgeois als Bearbeiter gerade dieses Teiles die Hauptverantwortung trägt.

---

[1]) Dessen Chef, General v. Moltke, hatte den Entwurf dazu am 26. Juli dem Auswärtigen Amte übersandt.

In der amtlichen Druckschrift des französischen Senats Nr. 704, Jahrgang 1919, „Annexe au procès-verbal de la séance du 18 octobre 1919“ (Rapport de la commission d'enquête sur les faits de la guerre, Paris, Imprimerie du Sénat, Palais du Luxembourg, 1919) heißt es über die Verletzung der belgischen Neutralität wörtlich:

„Zu dieser gleichen Stunde erschien ihnen — nämlich Bethmann und seiner Regierung — die Verletzung Belgiens erforderlich. Man hätte sagen können, daß sie zunächst lediglich die Sicherheit ihrer rheinischen Grenze gewährleisten wollten. Sie forderten von Belgien die Mobilmachung seiner Armee, die vom Könige am 31. Juli beschlossen wurde und sogar die Engländer selbst überraschte. Das scheint aus einem Telegramme unseres Gesandten in Brüssel hervorzugehen, der am 2. August schrieb: „Die belgische Regierung ist nicht beunruhigt. Der König der Belgier hatte sich bei Beginn der Krisis an den Kaiser und besonders an den Kronprinzen gewendet. Er soll von ihnen gewisse Versicherungen erhalten haben, die geeignet waren, ihn zu beruhigen. Man hätte von ihm nur eine Bedingung verlangt, nämlich eine allgemeine Mobilmachung, die dazu bestimmt war, einem Angriffe Frankreichs zu begegnen“[1]). **Am 31. Juli*) antwortete Herr v. Bethmann Hollweg offiziell auf eine Anfrage der belgischen Regierung, „Deutschland habe nicht die Absicht, die**

[1]) Klobukowski an Viviani, 2. August 1914.

„A cette même heure, la violation de la Belgique leur parut nécessaire. On eût dit que, d'abord, ils voulaient garantir seulement la sécurité de leur frontière rhénane. Ils demandèrent à la Belgique la mobilisation de son armée qui, décidée par le roi le 31 juillet, surprit les Anglais eux-mêmes. Cela semble ressortir d'un télégramme de notre envoyé à Bruxelles, qui, le 2 août, écrivait: « Le Gouvernement belge n'est pas inquiet. Le Roi des Belges, au début de la crise, s'était adressé à l'Empereur et particulièrement au Kronprinz. Il en aurait reçu certaines assurances de nature à le tranquilliser. On ne lui aurait demandé qu'une condition, une mobilisation générale, destinée à prévenir une attaque de la France »[1]). **Le 31 juillet*), M. de Bethmann Hollweg répondait officiellement à une demande du Gouvernement Belge « que l'Allemagne n'avait pas l'intention de violer la neutralité belge, mais estimait qu'en faisant publiquement une déclaration de cette nature, elle affaiblirait sa situation militaire vis-à-vis de la**

[1]) M. Klobukowski à M. R. Viviani, 2 août 1914.

*) Die halbfett gedruckten Teile der Darstellung sind von mir hervorgehoben, um die daran später vorgenommenen Änderungen deutlich machen zu können. (Schwertfeger.)

belgische Neutralität zu verletzen, glaube aber, durch Abgabe einer derartigen öffentlichen Erklärung seine militärische Lage gegenüber Frankreich zu schwächen"[2]). Die deutsche Reichskanzlei hatte ihre Politik, der Berliner Generalstab die seinige. Letztere mußte über die erstere den Sieg davontragen, denn der Angriff gegen Belgien war vom deutschen Generalstabe schon seit langer Zeit beschlossen.

Hierzu bringen noch die Papiere der bayerischen Gesandtschaft in Berlin ein wertvolles Zeugnis.

> Bericht vom 4. August: „Deutschland kann die belgische Neutralität nicht achten. Der Generalstabschef hat erklärt, daß selbst die Neutralität Englands für die Neutralität Belgiens ein allzu hoher Preis sein würde. Ein Krieg gegen Frankreich ist nur auf den Linien durch Belgien möglich"[3]).

Herr v. Bethmann Hollweg mußte in den sauren Apfel beißen. Seine Verlegenheit erklärt die Ungeschicklichkeiten seiner Sprache; nach dem doppelten Ultimatum, mit deren Übergabe an Belgien er Herrn v. Below-Saleske am 2. August 7 Uhr abends und am 4. August 6 Uhr morgens beauftragt hatte,

[2]) Der belgische Minister des Äußern an die Gesandten des Königs, 31. Juli 1914. „Geschichte von zwölf Tagen", Seite 452.

[3]) Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, Anhang VII, Band IV, Seite 157. (Muß Anhang IV, Seite 155, heißen).

France »[2]). La Chancellerie germanique avait sa politique, l'état-major de Berlin la sienne. Celle-ci devait l'emporter sur l'autre, car l'attaque contre la Belgique était décidée depuis longtemps par l'état-major allemand.

Ici encore les papiers de la Légation bavaroise à Berlin apportent un témoignage précieux.

> Rapport du 4 août: « L'Allemagne ne peut pas respecter la neutralité belge. Le chef de l'état-major a déclaré que même la neutralité de l'Angleterre serait un prix trop élevé de la neutralité de la Belgique. Une guerre contre la France n'est possible que par les lignes de la Belgique »[3]).

M. Bethmann Hollweg a dû s'exécuter. Sa gêne explique ses maladresses de langage: après le double ultimatum, qu'il avait chargé M. de Below-Saleske de remettre à la Belgique, le 2 août à 7 heures du soir et le 4 août à 6 heures du matin, il s'expliqua du mieux qu'il put, et plutôt mal que bien, au Reichstag: . . . . [folgt der Passus aus der Reichstagsrede des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom 4. August 1914, wonach Deutschland genötigt gewesen sei, die belgische Neutralität zu verletzen: Not kenne kein Gebot].

[2]) Le Ministre des Affaires étrangères de Belgique aux ambassadeurs du Roi, 31 juillet 1914. Histoire de Douze Jours, p. 452.

[3]) Documents allemands de la guerre, annexe VII (IV, p. 157).

äußerte er sich so gut er konnte — und eher schlecht als gut — im Reichstage: . . . . [folgt der Passus aus der Reichstagsrede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg vom 4. August 1914, wonach Deutschland genötigt gewesen sei, die belgische Neutralität zu verletzen: Not kenne kein Gebot].

In dieser Darstellung wird mit ausdrücklichen Worten die Behauptung ausgesprochen und durch Bezugnahme auf ein Schreiben des belgischen Außenministers vom 31. Juli 1914 an die Königlichen Gesandten scheinbar dokumentarisch belegt, B e t h m a n n H o l l w e g h a b e n o c h a m 31. J u l i 1914 a u f e i n e A n f r a g e d e r b e l g i s c h e n R e g i e r u n g a m t l i c h e r k l ä r t, D e u t s c h l a n d h a b e n i c h t d i e A b s i c h t, d i e b e l g i s c h e N e u t r a l i t ä t z u v e r l e t z e n, g l a u b e a b e r, d u r c h A b g a b e e i n e r d e r a r t i g e n ö f f e n t l i c h e n E r k l ä r u n g s e i n e m i l i t ä r i s c h e L a g e g e g e n ü b e r F r a n k r e i c h z u s c h w ä c h e n.

Nun hat aber Bethmann Hollweg gar nicht daran gedacht, am 31. Juli 1914 eine derartige Erklärung abzugeben. Was Bourgeois mitteilt, ist e i n u m d r e i J a h r e v e r s c h o b e n e r V o r g a n g a u s d e m J a h r e 1911, über den das amtliche belgische Graubuch II genaue Angaben macht. Im Verlaufe der durch das holländische Projekt der Vlissinger Befestigungen 1911 heraufbeschworenen Polemik war in Zeitungen ausgesprochen worden, Deutschland werde im Falle eines Krieges mit Frankreich die belgische Neutralität verletzen. Das belgische Außenministerium regte daraufhin in Berlin an, ob es nicht möglich sei, bei der Behandlung der auswärtigen Politik im Reichstage eine zur Beruhigung der öffentlichen Meinung Belgiens geeignete Erklärung abzugeben. Bethmann Hollweg ließ damals — 1911 — antworten, Deutschland habe nicht die Absicht, die belgische Neutralität zu verletzen, aber wenn Deutschland hierüber eine öffentliche Erklärung abgebe, so würde es seine militärische Stellung Frankreich gegenüber schwächen, das dann — im Norden beruhigt — in der Lage sei, alle seine Streitkräfte nach dem Osten zu verlegen.

Wie kommt nun Bourgeois dazu, diese Erklärung von 1911 auf den 31. Juli 1914 zu verlegen?

Am 31. Juli 1914 besprach in Brüssel der belgische Generalsekretär im Außenministerium, Baron van der Elst, mit dem deutschen Gesandten v. Below-Saleske die belgischerseits ergriffenen militärischen Maßnahmen und fragte den deutschen Gesandten, ob er von dem Vorgange von 1911 Kenntnis habe (vergl. belgisches Graubuch II, Nr. 12, und „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ Nr. 581). Der Gesandte v. Below-Saleske bejahte diese Frage.

Mir war die oben mitgeteilte Fassung der amtlichen Druckschrift des französischen Senats mit dem obigen Wortlaut noch nicht bekannt, als ich das zu einem dickleibigen Buche umgearbeitete Gutachten der beiden Professoren „Les origines et les responsabilités de la grande guerre. Preuves et aveux. Librairie Hachette, Paris 1921“, durcharbeitete. Hier fand sich auf S. 59/60 eine etwas andere Darstellung des deutschen Verhaltens gegen Belgien im Sommer 1914.

Zunächst wörtlich gleichlautend wie oben von „Zu dieser gleichen Stunde“ bis „wertvolles Zeugnis“. Sodann heißt es weiter:

Bericht vom 5. August: „Deutschland kann die belgische Neutralität nicht respektieren. **Der Generalstabschef hat erklärt, daß selbst die Neutralität Englands ein allzu hoher Preis für die Neutralität Belgiens sein würde.** Er glaubt, daß wir über Belgien gleich mit allen unseren Kräften auf Paris losgehen müssen, um mit Frankreich rasch abzurechnen. Das ist der einzige Weg zum Siege. Lüttich wird morgen belagert werden“[1]).

Herr v. Bethmann Hollweg mußte in den sauren Apfel beißen.

Am 29. Juli sandte er durch einen geheimen Spezialkurier dem deutschen Gesandten in Brüssel eine Weisung, **die er erst auf telegraphischen Befehl öffnen sollte.** Diese Weisung war die Forderung an den König der Belgier, die deutsche Armee durch sein Königreich hindurchpassieren zu lassen[2]). Zu dieser

[1]) Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, Anhang VII. (Es muß IV heißen Seite 157). Das Zitat ist nicht wörtlich.

[2]) Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, Nr. 375 und 376, II, Seite 97/98.

Zunächst wörtlich gleichlautend wie oben von « A cette même heure .... » bis « témoignage précieux ». Sodann heißt es weiter:

Rapport du 5 août: « L'Allemagne ne peut pas respecter la neutralité belge. **Le chef de l'état-major a déclaré que même la neutralité de l'Angleterre serait un prix trop élevé de la neutralité de la Belgique.** Il estime que nous devons nous jeter par la Belgique avec toutes nos forces sur Paris pour en finir avec la France. C'est la seule voie vers la victoire. Liége sera assiégé demain »[1]).

M. de Bethmann Hollweg a dû s'exécuter.

Le 29 juillet, par un courrier secret et spécial il envoyait au ministre d'Allemagne à Bruxelles, une instruction **à ouvrir en cas d'ordre télégraphique.** Cette instruction c'était la demande au Roi des Belges de laisser passer l'armée allemande à travers son royaume[2]). A cette date le Gou-

[1]) Documents allemands de la guerre, annexe VII, (IV, p. 157).

[2]) Documents allemands de la guerre, nos 375 et 376, II, p. 97—98.

Zeit maßte sich die deutsche Regierung noch in England und in Rußland das Verdienst an, für den Frieden zu arbeiten. Zwei Tage nachher verwahrte sie sich dem König Albert gegenüber dagegen, irgend etwas gegen ihn vorzubereiten. Welche Lügereien!

Alle diese Schurkereien erklären die Ungeschicklichkeiten der Sprache des Kanzlers, wenn sie sie auch nicht rechtfertigen; nach dem doppelten Ultimatum, mit deren Übergabe an Belgien er Herrn v. Below-Saleske am 2. August 7 Uhr abends und am 4. August 6 Uhr morgens beauftragt hatte, äußerte er sich so gut er konnte — und vielmehr schlecht als gut — im Reichstage . . . . [weiter w. o.].

vernement allemand se donnait encore le mérite en Angleterre et en Russie de travailler pour la paix. Deux jours après, il se défendait auprès du Roi Albert de rien préparer contre lui. Que de mensonges!

Toutes ces fourberies expliquent, si elles ne les justifient pas, les maladresses de langage du Chancelier: après le double ultimatum, qu'il avait chargé M. de Below-Saleske de remettre à la Belgique, le 2 août à 7 heures du soir et le 4 août à 6 heures du matin, il s'expliqua du mieux qu'il put, et plutôt mal que bien au Reichstag: . . . [weiter w. o.].

In dieser Buchform hat also eine Erweiterung und wesentliche Verschärfung der über Deutschlands Verhalten gegen Belgien abgegebenen Urteile stattgefunden. Der ganze Absatz, der mit den Worten beginnt: „Am 29. Juli sandte er“ bis zu der Kennzeichnung des deutschen Verhaltens als „Lügereien“ und „Schurkereien“ ist neu eingefügt und geeignet, Deutschlands Verhalten in einem außerordentlich ungünstigen Lichte erscheinen zu lassen. Denn in der Tat wäre es der Gipfelpunkt der Heuchelei, am 31. Juli 1914 amtlich in Brüssel erklären zu lassen, man denke nicht daran, die belgische Neutralität zu verletzen, während tatsächlich das für Belgien bestimmte Ultimatum schon in den Händen des deutschen Gesandten in Brüssel war.

Das Verfahren des französischen Senatsgutachters schien mir so ungeheuerlich, daß ich in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Nr. 166 vom 7. April 1922 in einem Leitartikel „Französische Geschichtsfälschung“ dagegen auftrat.

Die Wirkung dieses Aufsatzes war eine eigentümliche. Der Pariser Verlag hatte einem deutschen Verleger das Übersetzungsrecht des Buches zugesichert, dieser Verleger mich gebeten, die Herausgabe zu übernehmen. Am 1. Juni 1922 übersandte der Pariser Verlag ein ausführliches Druckfehlerverzeichnis und suchte den von mir angegriffenen Wortlaut auf S. 60 des Buches richtigzustellen.

Die in der Fassung der Denkschrift und in der ersten Buchausgabe gleichlautende, von mir oben durch Fettdruck hervorgehobene Stelle

nach den Worten: „einem Angriffe Frankreichs zu begegnen (prévenir une attaque de la France)“ erhielt nunmehr folgende Fassung:

Das entsprach einer Erklärung, die Herr v. Bethmann Hollweg 1911 der belgischen Regierung gegenüber abgegeben hatte, „daß Deutschland nicht die Absicht habe, die Neutralität zu verletzen, aber der Meinung sei, durch eine öffentliche Erklärung hierüber seine militärische Lage Frankreich gegenüber zu schwächen“. 1913 entschloß sich Herr v. Jagow zu dieser Erklärung im Reichstage[1]. Die deutsche Reichskanzlei hatte ihre Politik, der Berliner Generalstab die seinige... [Von hier ab wörtlich wie in der Buchausgabe 1921.]

[1]) Der belgische Minister des Äußeren an die Gesandten des Königs, 31. Juli 1914. „Geschichte von zwölf Tagen“, Seite 452.

Cela était conforme à la déclaration faite en 1911 par M. de Bethmann Hollweg au gouvernement belge « que L'Allemagne n'avait pas l'intention de violer la neutralité, mais estimait qu'en le disant publiquement elle affaiblirait sa situation militaire vis-à-vis de la France ». En 1913, M. de Jagow se décidait à cette déclaration au Reichstag[1]. La chancellerie germanique avait sa politique, l'état-major de Berlin la sienne... [Von hier aus wörtlich wie in der Buchausgabe 1921.]

[1]) Le Ministre des Affaires étrangères de Belgique aux ambassadeurs du Roi, 31 juillet 1914. Histoire de Douze Jours, p. 452.

Aus dieser neuen Fassung ging hervor, daß die Franzosen ihren Irrtum bemerkt hatten und ihn unauffällig richtigstellen wollten.

Unrichtig war in dieser neuen Fassung wiederum, daß Herr v. Jagow eine derartige Erklärung 1913 im Reichstage abgegeben haben sollte. Die damalige Erklärung, von der das belgische Graubuch II unter Nr. 12 spricht, lautete in der Fassung der Anlage zum Graubuch Nr. 12 (Berlin, 2. Mai 1913) ganz anders. Jagow hatte in der Budgetkommission des Reichstages auf die Interpellation eines sozialdemokratischen Abgeordneten am 29. April 1913 erwidert, die Neutralität Belgiens sei durch internationale Abmachungen bestimmt, und Deutschland sei entschlossen, diese Abmachungen zu achten. Als sich ein anderes Mitglied der sozialdemokratischen Partei mit dieser Erklärung nicht zufrieden geben wollte, sagte Jagow, er habe den klaren Worten, die er über die Beziehungen Deutschlands zu Belgien gesprochen habe, nicht hinzuzufügen. Es ist also vom Standpunkte gewissenhafter historischer Forschung ganz unzulässig, wenn Bourgeois bei der Besprechung dieses Vorfalles die kurze Fassung wählt: „1913 entschloß sich Herr v. Jagow zu dieser Erklärung im Reichstage.“ Jagow hat die Erklärung von 1911 damals tatsächlich nicht wiederholt. Aus dem belgischen Graubuch II (Nr. 12) geht vielmehr deutlich hervor, daß Jagow ganz

ausweichend gesprochen und jedenfalls nicht gesagt hat, Deutschland könne keine Erklärung über Belgien öffentlich abgeben, um nicht seine militärische Lage gegenüber Frankreich zu schwächen.

Die neue Fassung erbrachte somit wiederum einen erheblichen Beweis für die historische Ungenauigkeit des Professors Bourgeois, dem übrigens auch Professor Richard Fester in einem seiner Artikel über „Verantwortlichkeiten" die Eigenschaft eines ernsthaften Historikers ganz abgesprochen hat.

Mein Angriff in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" war dem Herrn Bourgeois aber doch wohl etwas auf die Nerven gegangen, so daß er sich veranlaßt sah, seine Darstellung nochmals zu überprüfen. Er beruhigte sich nicht bei seiner obenstehend mitgeteilten Änderung in dem nach Berlin übersandten Druckfehlerverzeichnis, sondern entschloß sich zu einer neuen Fassung der Seite 60 seines Buches, die nunmehr eine grundlegende Änderung des Textes erhielt. Jetzt lautete die Darstellung der belgischen Vorgänge (oben halbfett gedruckt) wie folgt:

Der deutsche Gesandte in Brüssel, Herr v. Flotow, hielt noch am 31. Juli die Erklärung aufrecht, die Herr v. Bethmann Hollweg 1911 der belgischen Regierung abgegeben hatte, „Deutschland habe nicht die Absicht, die Neutralität zu verletzen, sei aber der Meinung, durch Abgabe einer öffentlichen Erklärung hierüber seine militärische Lage Frankreich gegenüber zu schwächen"[1]. Die deutsche Reichskanzlei hatte ihre Politik, der Berliner Generalstab die seinige.. [Von hier ab wörtlich wie in der Buchausgabe 1921.]

[1]) Ein Irrtum hat sich in unseren Text eingeschlichen, den ein deutscher Publizist, Oberst Schwertfeger, in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 7. April 1922 in eigenartiger Weise dazu mißbraucht, festzustellen, daß unsere Studie von wissenschaftlicher Genauigkeit und Objektivität weit entfernt sei. Tatsächlich war es nicht Herr v. Bethmann Hollweg,

Le ministre allemand à Bruxelles, M. de Flotow, maintenait le 31 juillet encore, la déclaration faite en 1911 par M. de Bethmann Hollweg au Gouvernement belge, « que l'Allemagne n'avait pas l'intention de violer la neutralité, mais estimait qu'en le disant publiquement elle affaiblirait sa situation militaire vis-à-vis de la France »[1]. La chancellerie germanique avait sa politique, l'état-major de Berlin la sienne... [Von hier ab wörtlich wie in der Buchausgabe 1921.]

[1]) Une erreur s'est glissée dans notre texte, dont un publiciste allemand, le Colonel Schwertfeger, dans l'Allgemeine Deutsche Zeitung (7 avril 1922) abuse singulièrement pour établir que notre étude est bien loin „de l'exactitude et de l'objectivité scientifique". Ce n'est pas en effet M. de Bethmann Hollweg, mais M. de Flotow, son représentant à Bruxel-

Diese abermalige Textänderung hat mich damals tatsächlich überrascht. Man hätte doch annehmen dürfen, daß Bourgeois, nachdem die Ungenauigkeit seiner Arbeit in einem Einzelfalle nun einmal aufgedeckt war, sich aufs äußerste bemühen würde, jetzt endlich eine ganz zuverlässige Fassung zu finden. Das ist aber wieder nicht der Fall. Die neue Anmerkung 2 richtet sich persönlich gegen mich und meinen obengenannten Artikel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und wirft mir vor, einen belanglosen Namensirrtum ungebührlich aufgebauscht zu haben. Dabei ergibt sich das amüsante Bild, daß Bourgeois auch in seiner neuen Fassung wiederum erhebliche Ungenauigkeiten begeht.

Zunächst behauptet er, daß Herr v. Flotow am 31. Juli 1914 deutscher Gesandter in Brüssel gewesen sei. Das ist falsch. Bekanntlich war Herr v. Below-Saleske damals deutscher Gesandter in Belgien. Weiter behauptet er, daß Herr v. Flotow, den wir in Herrn v. Below-Saleske richtigstellen wollen, die 1911 von Bethmann Hollweg abgegebene Erklärung aufrechterhalten habe, Deutschland wolle die belgische Neutralität nicht verletzen, könne aber eine offizielle Erklärung darüber nicht abgeben. Selbst das belgische Graubuch II (Nr. 12) stellt die Sache anders dar. Baron van der Elst hat allerdings am 31. Juli 1914 den deutschen Gesandten an den Vorgang von 1911 und 1913 erinnert und Below gefragt, ob er von seiner — van der Elsts — damaligen Unterredung mit Flotow Kenntnis habe. Darauf antwortete Below nach dem Wortlaute des Graubuches, „er sei über das Gespräch

---

sondern Herr v. Flotow, sein Vertreter in Brüssel, der dem Baron van der Elst die von uns zitierte beruhigende Antwort gegeben hat. Baron van der Elst erinnerte ihn an die Sprache des Kanzlers 1911; Herr v. Flotow antwortete ihm: „Ich bin über diese Unterhaltung unterrichtet, ich bin sicher, daß die zu jener Epoche ausgedrückten Gefühle sich nicht geändert haben.“ Dies ist tatsächlich am 31. Juli 1914 zu Brüssel gesagt worden. Der deutsche Kritiker schämt sich wohl selbst ein wenig, aus einem Namensirrtum, „wie er bei Bearbeitung zahlreicher Dokumente nach seiner eigenen Bekundung wohl einmal mit unterlaufe“, über einen Einzelpunkt auf den Gesamtwert eines Werkes zu schließen, das trotz seiner erheuchelten Entrüstung ein streng historisches Buch bleibt. Wer zuviel beweisen will, beweist nichts.

les, qui a fait la réponse rassurante au baron Van der Elst que nous citons. Le Baron Van der Elst lui rappelait le langage tenu par le chancelier en 1911; M. de Flotow lui répondit „je suis au courant de cette conversation; je suis certain que les sentiments exprimés à cette époque n'avaient pas changé“. Ceci à bien été dit le 31 juillet 1914 à Bruxelles. Le critique allemand a lui-même un peu honte de conclure d'une erreur de nom, „comme il s'en glisse, avoue-t-il, dans la manipulation de nombreux documents“ sur un point de détail, à toute la valeur d'un ouvrage qui en dépit de sa feinte indignation demeure un livre strictement historique. Qui veut trop prouver ne prouve rien.

mit Herrn v. Flotow unterrichtet und sei sicher, daß die zu jener Zeit ausgedrückten Gefühle sich nicht geändert hätten". Selbst nach dem belgischen Graubuche also hat Below nicht die Erklärung von 1911 wiederholt, Deutschland könne keine öffentliche Erklärung über die Nichtverletzung der belgischen Neutralität abgeben, um nicht seine militärische Lage Frankreich gegenüber zu schwächen. Below hat vielmehr ganz ausweichend davon gesprochen, daß die Gefühle Deutschlands gegenüber Belgien sich nicht geändert hätten.

Man vergleiche damit den Bericht Belows vom 1. August 1914 in den „Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch" (Nr. 581). Danach hatte Baron Elst dem Gesandten gegenüber rein persönlich geäußert, daß es im Hinblick auf die gegenwärtige starke Erregung der öffentlichen Meinung in Belgien von höchstem Wert sein würde, eine Erklärung darüber zu erhalten, daß die Grenzen des Königreiches von Deutschland respektiert werden würden. Below hatte die Gegenfrage gestellt, ob französischerseits eine solche Erklärung schon abgegeben worden sei. Baron Elst hatte das verneint, aber angedeutet, daß England irgendwelche Schritte in Berlin und Paris unternommen habe.

Liest man die Darstellung nun nochmals im Zusammenhange, so ist der wesentliche Inhalt der Brüsseler Vorgänge immer noch falsch wiedergegeben. Trotzdem hält Bourgeois die schwere Beschuldigung der „Lügereien" und „Schurkereien" immer noch aufrecht. Es wäre die Pflicht einfachster Loyalität dieses „Historikers" gewesen, die Beschimpfungen der deutschen Politik preiszugeben, nachdem er sich hatte überzeugen müssen, eine sachlich ganz unrichtige Darstellung gegeben zu haben.

Ich habe etwas ausführlich werden müssen, um die Arbeitsmethode des französischen Gutachters Bourgeois klarzulegen und zu zeigen, daß dieser Geschichtsforscher hier in einem erheblichen und für Deutschland wichtigen Punkte schwere Irrtümer begangen hat. Seine späteren Richtigstellungen haben die ganze Sache nur noch mehr verwirrt, statt sie aufzuklären. Wir sind also durchaus berechtigt, einen solchen Gutachter des französischen Senats mit seinen Schlußfolgerungen in der schärfsten Form abzulehnen, zumal er sich erdreistet hat, persönliche Beschimpfungen an seine durchaus unrichtigen Darlegungen zu knüpfen.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß Bourgeois auch noch an einer anderen Stelle ganz gewissenlos verfährt, indem er die von Ludendorff als gefälscht nachgewiesene, dem General zugeschriebene Denkschrift vom 10./19. März 1913 als Hauptbeweis für Deutschlands vorgefaßte Absicht des Weltkrieges verwendet[1]. Auch seine übrige Darstellung strotzt geradezu von Irrtümern, Ungenauigkeiten und böswilligen Ent-

[1]) Hierüber habe ich in der „Korrespondenz für Politik und Geschichte" Nr. 72 und Nr. 93 vom 29. und 31. Juli 1924 ausführliche Mitteilungen gemacht.

stellungen. Alle diese Dinge haben eine erhebliche politische, nicht etwa nur historische Bedeutung, denn sie sind für die Urteilsbildung des französischen Volkes entscheidend gewesen, beeinflussen diese noch heute und erschweren dem französischen Volke die Erkenntnis der Wahrheit.

Der nachträgliche Bericht Swerbejews.

Graf Max Montgelas.

Unsere Kenntnis der kritischen Tage des Sommers 1914 hat in der letzten Zeit eine beachtenswerte Bereicherung erfahren durch die Veröffentlichung der geheimen „Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministers“ über die Zeit vom 3./16. Juli bis 20. Juli/2. August[1]). Diese Quelle ist allerdings nur mit großer Vorsicht zu benutzen, denn sie enthält viele nachweisbare Unrichtigkeiten. Sehr erheblich gefärbt wird sie vor allem dadurch, daß der nachträglich vom Berliner Botschafter Swerbejew erstellte zusammenfassende Bericht nicht als Ganzes am Schlusse angeführt, sondern unter Verheimlichung des Datums seiner Abfassung tageweise getrennt den einzelnen Tagen vom 29. Juli (dem Tage des Eintreffens des Botschafters in Berlin) bis 2. August beigesetzt ist. Infolge dieser Anordnung wird bei einem nicht genau eingeweihten Leser der gänzlich irreführende Eindruck erweckt, als habe Swerbejew an jenen Tagen die Dinge tatsächlich so gesehen, wie er sie nach Kriegsausbruch zur Entlastung der russischen und zur Belastung der deutschen Regierung darstellt. Glücklicherweise liegen aber auch die Originalberichte des Botschafters vor[2]), so daß die spätere Retuschierung restlos aufgedeckt werden kann. Davon, wie sehr der nachträgliche Bericht insbesondere die Unterredungen mit dem deutschen Staatssekretär entstellt, seien hier einige Proben gegeben.

29. Juli.

Die ursprüngliche Meldung Swerbejews von diesem Tage[3]) berichtet über eine „freundschaftliche“ Unterredung mit Herrn v. Jagow. Dieser habe den Botschafter zu überzeugen versucht, daß der Verzicht Österreichs auf Annexion serbischen Gebietes als Grundlage für ein

---

[1]) „Krasny Archiv“ Heft IV. Moskau 1924. Deutsche Übersetzung als Sonderheft herausgegeben von der „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen“ (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte), im Nachstehenden kurz als „Tagesaufzeichnungen“ bezeichnet.

[2]) Vollständige Übersetzung aller Berichte Swerbejews in Heft 1 der „Dokumente zur Kriegsschuldfrage“ (herausgegeben von der „Zentralstelle“), die wichtigsten Berichte auch in den „Tagesaufzeichnungen“.

[3]) „Tagesaufzeichnungen“ S. 64.

Kompromiß zwischen Petersburg und Wien genüge. Das Gespräch wendet sich dann der russischen Mobilmachung gegen Österreich zu, die dem Staatssekretär gemeldet und vom Botschafter bestätigt wurde. Jagow wies auf die Gefahren hin, die entstehen, wenn Rußland auch gegen Deutschland militärische Maßnahmen treffe, was Swerbejew ihm auszureden suchte.

Der nachträgliche Bericht[4]) schildert nun diese Unterredung als nichts weniger denn „freundschaftlich". Auf die einleitenden Worte des Staatssekretärs, „die Umstände, unter denen wir uns wiedersehen, sind sehr traurig", will der Botschafter schroff erwidert haben: „Sie haben es gewollt." An diese Herausforderung, die dem als höflich bekannten russischen Diplomaten kaum zuzutrauen ist, will er eine in schulmeisterlichem Tone gehaltene Vorlesung über das österreichische Ultimatum und die Stellungnahme Deutschlands zum Konflikt geknüpft haben, die ein deutscher Minister im Jahre 1914 kaum ruhig hingenommen hätte. Auf die Bemerkung Jagows, die österreichische Note sei vorher nicht in Berlin bekannt gewesen, die ganze Angelegenheit gehe Österreich allein an, soll wieder ein recht undiplomatischer Ausfall gefolgt sein: „Sie gewähren also Ihrem Verbündeten volle Handlungsfreiheit." Daran reihten sich „energische" Belehrungen über die Protektorrolle Rußlands auf dem Balkan, die Annexionsgelüste Österreichs, den englischen Konferenzvorschlag und die Unzweckmäßigkeit des deutschen Vorschlags direkter Besprechungen (worüber bekanntlich Grey und selbst Sasonow ganz anderer Meinung waren).

Am schlimmsten entstellt ist aber der Teil der Unterredung über die russische Mobilmachung gegen Österreich. Hier werden Jagow die Worte in den Mund gelegt, Deutschland sehe sich nunmehr „gezwungen, ebenfalls zu mobilisieren", es sei also „nichts mehr zu machen". Es fehlt hier die im ursprünglichen Bericht angeführte Voraussetzung Jagows, „wenn Sie einmal gegen Österreich mobilisieren, so [treffen Sie] auch Maßnahmen gegen uns". Es ist ferner illoyalerweise der sehr wesentliche Zusatz des deutschen Staatssekretärs unterdrückt, dies alles sei „einstweilen nur seine persönliche Ansicht, seine endgültige Antwort werde er nach einer sofortigen Beratung mit dem Reichskanzler geben". Bekanntlich sind am Abend des 29. die Anträge des deutschen Generalstabs auf Erklärung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr" vom Kaiser und Kanzler abgelehnt worden.

Den Schluß der nicht „freundschaftlichen", sondern nach der retuschierten Form sehr erregten Unterredung bildeten gegenseitige Vorwürfe über Kriegsvorbereitungen. Nach dem ursprünglichen Bericht beschwerte sich nur Jagow über russische, nicht aber Swerbejew über deutsche Maßnahmen, weil er eben keinen Grund zur Gegenbeschwerde hatte. In der späteren Darstellung fügt der Botschafter noch hinzu, daß

---

[4]) „Tagesaufzeichnungen" S. 25 ff.

die heimliche deutsche Mobilmachung durch die Besetzung Luxemburgs am 2. August mit 100 000 Mann erwiesen sei[5]) — ein deutlicher Fingerzeig, daß der Bericht nicht am 29. Juli geschrieben wurde.

30. Juli.

Die Färbung des Berichts vom 30. Juli besteht nicht in Verlängerung, sondern in Kürzung[6]). Die Unterredung Swerbejews mit Jagow drehte sich um die erste Formel Sasonows, die von Graf Pourtalès gegen halb vier Uhr nachmittags übermittelt worden war. Der deutsche Staatssekretär erklärte den Vorschlag als für Österreich unannehmbar, worin er mit Lichnowsky, Grey und selbst Poincaré übereinstimmte[7]). Der nachträgliche Bericht unterschlägt nun die Bereitwilligkeit Jagows zu weiteren Verhandlungen und streicht den Satz der Originalmeldung: „Der Minister des Äußeren fügte ungeachtet dessen hinzu, daß Szapary beauftragt sei, die Unterhandlungen mit Ew. Exzellenz (Sasonow) fortzuführen, und daß außerdem ein neuer Vorschlag Greys vorhanden ist, der aller Wahrscheinlichkeit nach schon in Petersburg bekannt sei."

Das ist dieselbe Unterschlagung, die schon das russische Orangebuch Nr. 63 begangen hat, wo auch nur die Unannehmbarkeit der Formel, nicht aber der Hinweis auf zwei weitere Verhandlungsmöglichkeiten — direkte Besprechungen und „Halt in Belgrad" — erwähnt wird[8]). Mit Bedauern muß man den Schluß ziehen, daß Botschafter Swerbejew, der kein Kriegshetzer war und in Berlin einen guten Eindruck hinterlassen hat, unter dem Einfluß der Kriegspsychose Rücksichten der Propaganda über die Wahrheit gestellt hat und sogar an den Fälschungen seiner eigenen Telegramme nicht unbeteiligt gewesen zu sein scheint.

Wichtig ist der nachträgliche Bericht jedoch in einer Beziehung. Er stellt fest, daß die Unterredung über die Sasonowsche Formel erst zwischen 10.30 und 11.00 Uhr abends stattgefunden hat[9]). Die Meldung darüber kann daher erst gegen Mitternacht abgegangen, erst am Morgen des 31. in Petersburg bekannt geworden sein, als schon der Mobilmachungsbefehl in den Straßen öffentlich angeschlagen war. Wie kläglich stürzt das Gebäude zusammen, das die Ankläger Deutschlands zur Rechtfertigung der russischen Mobilmachung aufgerichtet hatten. Sie hatten die Reihenfolge in der Welt verbreitet:

---

[5]) In Luxemburg rückte am 2. August die 16. Infanteriedivision nicht mobil, sondern auf Friedensstärke ein — etwa 10 000 Mann.

[6]) Ursprünglicher Bericht „Tagesaufzeichnungen" S. 65, nachträglicher S. 31.

[7]) Engl. Blaubuch Nr. 103 u. 99, Deutsche Dokumente Nr. 439 u. 460.

[8]) Siehe „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage" S. 198 Nr. 23.

[9]) Daß die Unterredung erst nach 6 Uhr nachmittags stattgefunden hatte, konnte schon bisher nachgewiesen werden. „Leitfaden" S. 121 Anm. 55.

erstens: Falschmeldung des „Lokal-Anzeigers",
zweitens: Ablehnung der Sasonowschen Formel,
drittens: russische Mobilmachung.

Jetzt ist erwiesen, daß die wahre Reihenfolge ist:

erstens: russische Mobilmachung — Entschluß des Zaren 30. Juli, spätestens nachm. 4 Uhr,
zweitens: Falschmeldung des „Lokal-Anzeigers" — Petersburg an am späten Abend des 30. Juli,
drittens: Ablehnung der Sasonowschen Formel — Petersburg am 31. Juli morgens.

31. Juli.

Der nachträgliche Bericht über eine Unterredung um 10 Uhr vormittags, die sich nochmals um die Formel drehte, sündigt wiederum durch Weglassung[10]).

Er unterdrückt die Erklärung Jagows, daß „Deutschland alle Anstrengungen mache, seinen Verbündeten zur Mäßigung zu bewegen, und daß er jetzt ungeduldig eine Nachricht aus Wien darüber erwarte, wie dort der neue Vorschlag Greys aufgenommen worden sei". Er unterdrückt ferner die zweimalige Frage des sehr besorgten Staatssekretärs, ob General Tatischtschew zurückgekehrt sei (dessen Sendung mit friedlichen Vorschlägen der Zar angekündigt, Sasonow aber hintertrieben[11]) hatte).

Nach alledem muß der nachträgliche Bericht nicht als Geschichtsquelle, sondern als Kriegspropaganda schlimmster Art bezeichnet werden.

Die Dokumente des Konsuls Hartmann.

Alfred von Wegerer.

Charles L. Hartmann, ein geborener Franzose, ehemaliger Konsul, hat in den letzten Heften der „Deutschen Rundschau" ein Artikelserie „Die russischen Archive und der Krigsausbruch (Neue Enthüllungen aus den Geheimarchiven)" veröffentlicht, die das Interesse der Öffentlichkeit in hohem Maße erregt haben. Wenn dies auch ein erfreuliches Zeichen dafür ist, daß sich immer weitere Kreise mit der Kriegsschuldfrage beschäftigen, ist es andererseits ein betrübender Beweis dafür, daß die Dokumente über die Entstehung des Weltkrieges selbst in Deutschland nur wenigen bekannt sind. Nur so ist es zu erklären, daß Presse und Öffentlichkeit scheinbar nicht gemerkt haben,

---

[10]) Ursprünglicher Bericht „Tagesaufzeichnungen" S. 65, nachträglicher S. 36.

[11]) Rosen „Forty Years of Diplomacy" II. S. 171.

daß die meisten von Hartmann veröffentlichten Dokumente längst bekannt geworden sind[1]) und größtenteils in „Un Livre Noir", „Die Fälschungen des russischen Orangebuches" von Romberg und in „La Condamnation d'un Régime" von René Marchand abgedruckt sind.

Die bereits bekannten Dokumente werden bei Hartmann in der „Deutschen Rundschau" vielfach nicht in dem Wortlaut des russischen Originaltextes, sondern in stark veränderter, teilweise tendenziös entstellter Form gebracht.

Es liegt daher der Schluß nahe, daß die vom ihm erstmalig veröffentlichten Dokumente, die auch eine echte Unterlage haben können, ebenfalls stark entstellt und damit für die wissenschatliche Forschung unbrauchbar sind.

Selbst wenn man von dem analogen Schluß einer veränderten Darstellung absieht, müssen wir die neuveröffentlichten Dokumente als wissenschaftlich einwandfreies Material zunächst ablehnen, da sie nach Form und Inhalt wenig Wahrscheinlichkeit für sich haben.

Aus Raummangel müssen wir es uns versagen, eine kritische Beurteilung aller von Hartmann veröffentlichten Dokumente und Briefe zu bringen. Wir müssen uns darauf beschränken mitzuteilen, wo die von Hartmann gebrachten Dokumente und Briefe bereits veröffentlicht worden sind, und es soll an einzelnen Beispielen gezeigt werden, welche Veränderungen die Hartmannschen Dokumente und Briefe mit den Originalen aufweisen. Bei den von Hartmann neu veröffentlichten Dokumenten werden wir zeigen, welche Stellen so unwahrscheinlich sind, daß die Echtheit des Dokuments wenigstens in der vorliegenden Fassung angezweifelt werden muß.

Aprilheft.

Die russischen Archive und die französische Presse.

Hartmann behandelt hier die Bestechung der französischen Presse auf Grund von Dokumenten, die zum großen Teil in der Aufsatzreihe der „Humanité" von Dezember 1923 bis März 1924 veröffentlicht worden sind. Die einzelnen Schriftstücke werden von Hartmann mit wenigen Worten kommentiert und zueinander in Verbindung gebracht. —

---

[1]) Nur Professor Hans Delbrück hat in der „D. A. Z." vom 29. Juli, Morgenblatt, ausdrücklich hierauf hingewiesen. Professor Delbrück schreibt:

> Am meisten Aufsehen haben schließlich neue Veröffentlichungen aus russisch-französischen Quellen von Charles Hartmann, einem ehemaligen französischen Konsul, in der „Deutschen Rundschau" erregt. Ein Teil dieser Dokumente steht schon im „Livre noir", und die Vergleichung hat leider gezeigt, daß die Hartmannsche Publikation nicht so zuverlässig ist wie dies bei der Veröffentlichung von Dokumenten unbedingt gefordert werden muß. Der Herausgeber scheint in tendenziösem Eifer bei der Übersetzung mit seinem Text sehr frei umgegangen zu sein. Ich muß darauf mit aller Entschiedenheit hinweisen, da sonst von französischer Seite behauptet werden könnte, daß Deutschland in der Kriegsschuldfrage mit „gefälschten Dokumenten" arbeite.

Das Maiheft der „Deutschen Rundschau" bringt keine Veröffentlichungen von Hartmann.

Juniheft.

Die russischen Archive und der Weltkrieg.

Im Juniheft werden u. a. zwei neue Dokumente veröffentlicht, die wir im vollen Wortlaut nachstehend wiedergeben:

I. Dokument (neu).

Erhalten 13. Juli 1913. Paris, 8./21. Juli 1913.

Nr. 348. Strengstens geheim.

Werter Serge Dmitriewitsch!

Indem ich Ihnen anbei den Brief des Kriegsministers zurücksende, der mit mit der Zuschrift Ihrer Exzellenz vom 19. Februar Nr. 623 zugesandt wurde, beehre ich mich, Ihnen von meiner heutigen Unterredung mit dem früheren Ministerpräsidenten, jetzigen Präsidenten der Republik Bericht zu erstatten. Nach Einsicht des Exposés des Kriegsministers und meinem erläuternden Vortrag gab nach einigem Zögern Herr Poincaré zu, daß zu keiner Zeit die außergewöhnliche internationale Lage und die politischen Konstellationen den alliierten Zielen so günstig gewesen wie gegenwärtig.

Von dieser Unterredung gewann ich die Überzeugung, daß Herr Poincaré in jeder Beziehung mit uns einig geht und den Zeitpunkt endlich für gekommen hält, die hundertjährigen Ziele unserer traditionellen Politik (à réaliser des aspirations séculaires) zu verwirklichen und damit das europäische Gleichgewicht durch die Rückkehr der entrissenen Provinzen Elsaß-Lothringen wiederherzustellen.

Er verhehlte mir durchaus nicht die großen Schwierigkeiten, welche wir auf diesem Wege noch zu überwinden haben, und drückte den, meiner Ansicht nach, sehr gerechtfertigten Wunsch aus, daß wir in dieser Richtung nichts unverbesserlich Entscheidendes (irremédiablement décisif) unternehmen, ohne ihn ständig auf dem laufenden zu halten.

Die größte Schwierigkeit sieht er von seiten der Sozialradikalen voraus, die einem jeden Krieg, hauptsächlich aus Börsen- und Geschäftsgründen, aber ganz besonders einem Kriege, der seinen Ursprung am Balkan nimmt, abgeneigt sind. Diese Partei hat sehr fähige Köpfe, Caillaux, Herriot, Painlevé, verfügt über eine beträchtliche Anzahl Abgeordneter und Zeitungen.

Von diesen letzteren — „Le Radical", „La Lanterne", „Le Rappel" „L'Action", „L'Aurore", „La Dépêsche de Toulouse" u. a. — haben einzelne keinen großen Leserkreis und trotzdem einen sehr bedeutenden Einfluß. Sie sind das Mundstück je eines hervorragenden Führers und werden von deren Gefolge als parteistreng zu befolgende Parole aufgenommen. Jeder dieser Zeitungseigentümer und Führer hat eine Gruppe Abgeordneter und Senatoren hinter sich, die

mit ihm in die Höhe kommen wollen und ohne Widerspruch sich unterordnen. Der Führer beeinflußt wohl den Geist seiner Zeitung, aber die Zeitung, wenn es uns gelingt, auf dieselbe einen finanziellen Druck auszuüben, beeinflußt ihrerseits auch wieder den Geist des Führers und seiner Gefolgschaft.

Herr Poincaré glaubt mit mir, daß für diesen Zweck ein sehr großes Opfer unsererseits notwendig ist. Ich wage kaum den Betrag anzugeben: 3 000 000 Franken, wovon 250 000 Franken allein für den „Radical", Organ des Senators Perchot.

Wenn wir in Betracht ziehen, daß die türkische Regierung fünf Millionen für Beeinflussung der französischen Presse aufwandte[1]), selbst einen der allerersten Schriftsteller kaufte[2]), wenn wir ferner erwägen, wie unbedeutend ein solcher Betrag gegenüber dem damit näherzukommenden weltverändernden Ziele ist, so werden Sie es vielleicht übernehmen, diesen Vorschlag zur ungesäumten Bewilligung dem Ministerrate zu unterbreiten.

Ich schlage vor, diese Subsidien wie früher auf Monatsraten zu verteilen, um der Willigkeit der Zeitungen in jedem Augenblicke sicher zu sein. Ich halte es ferner für vorteilhaft, diesmal nicht Lenoir, sondern Laffon zu benutzen. Laffon, den Sie ja wohl in St. Petersburg zu beurteilen Gelegenheit hatten, scheint mir außerordentlich gewandt. Er hat auf den „Matin", dessen Finanzdirektor er war, sowie die großen Tageszeitungen einen sehr bedeutenden Einfluß.

Ich würde diese ganze Angelegenheit mit ihm in direktem Verkehr und nach steter Beratung mit Herrn Poincaré erledigen, unter vollständigem Ausschluß von Geheimrat Raffalovitch. Dessen engherzige Sparsamkeit und wenig geschmeidige Haltung haben uns sehr viel geschadet. Er ist ein fleißiger, pflichttreuer Beamter, ein Finanzmann ersten Ranges, jedoch kein Politiker.

Indem ich Ew. Exzellenz inständigst bitte, dem Herrn Ministerpräsidenten von dem Vorstehenden Kenntnis zu geben, benutze ich diese Gelegenheit, um sie von neuem meiner verehrenden Hochachtung und meiner völligen Ergebenheit zu versichern.

Iswolsky.

In dem ersten Satz des Dokuments findet sich die Stelle: „mit dem früheren Ministerpräsidenten, jetzigen Präsidenten der Republik". Dieser Satz erscheint deshalb sehr unwahrscheinlich, weil man bestimmt an-

[1]) „Die türkische Regierung hat 5 Millionen für Unterstützungen der französischen Presse zur Verfügung gestellt, wovon ein Viertel im Voraus gezahlt wird. Die Verteilung geschieht durch das Bankhaus Benard & Jarislowski; welches zu diesem Zwecke einen Vorschuß auf in Pfand gegebene Schatzanweisungen machen. Die „Libre Parole" erhält 100 000 Franken." (Raffalovitsch an Kokowtzew, 2. Dezember 1912.)

[2]) Pierre Loti (?)

nehmen muß, daß Sasonow am 21. Juli wußte, daß Poincaré jetzt Präsident der Republik ist und früher Ministerpräsident war. Bekanntlich war Poincaré seit dem 20. Januar 1913 Präsident der Republik.

II. Dokument (neu).

Nr. 2155. Strengstens geheim. 15./28. Juli 1913.
Chancellerie du Ministère
des Affaires étrangères.
Archives politiques.

Als Folge der Zuschrift Ew. Exzellenz vom 8./21. Juli (Nr. 348) habe ich nicht verabsäumt, Ihren Vorschlag und den Bericht Ihrer Unterredung nach Einholung der Ansicht des Ministerpräsidenten im Kabinettsrat unter dem Vorsitze Sr. Majestät zur Kenntnis zu geben. Es gereicht mir zur hohen Freude, Ihnen mitteilen zu können, daß nach einigen wohlbegreiflichen Zögerungen (quelques hésitations bien compréhensibles) Seiner Majestät, das Verlangen des Präsidenten der Republik in Sachen der von uns der Presse zur Verfügung zu stellenden Summen genehmigt wurde, mit der Bestimmung, daß Geheimrat Raffalowitsch nach wie vor mit der formellen Ausführung, soweit es die Finanzseite anbetrifft, betraut bleibt. Herr Staatsrat Davidov wird zu diesem Zwecke sofort nach Paris mit weitestgehenden Instruktionen abreisen.

Sasonow.

Weiter bringt das Juniheft u. a. vier Dokumente, die bereits an anderer Stelle veröffentlicht worden sind. Wir numerieren diese Telegramme fortlaufend.

1. Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 5. November 1912 Nr. 335. = Bereits veröffentlicht bei Marchand a. a. O., Seite 87.
2. Telegramm Iswolskys an Kokowzew vom 20. November 1912. — Der letzte Satz dieses Dokuments: „Ich bedaure mehr, als ich ausdrücken kann, daß bis jetzt nichts in der Sache Perchot geschah, welche für Poincaré eine Ursache sehr ernster Sorge ist“, ist ebenfalls von Marchand Seite 87 mit dem Datum vom 21. November (also nicht 20. November) veröffentlicht worden.
3. Telegramm Sasonows an Iswolsky vom 15./28. November 1912. = Bereits veröffentlicht in „Livre Noir“ I, Seite 356 ff. Die Wiedergabe stimmt mit dem Text des „L. N.“ an mehreren Stellen nicht überein. Das Telegramm selbst ist bei Hartmann, ohne dies zu kennzeichnen, unvollständig wiedergegeben.
4. Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 22. November/5. Dezember 1912. = Bereits veröffentlicht in „L. N.“ I, Seite 362 ff. Bei Hartmann sind hier sehr wesentliche Stellen ausgelassen, ohne daß dies äußerlich zu erkennen ist.

Juliheft.

Die russischen Archive und die Kriegsvorbereitung.

Im Juliheft bringt Hartmann das nachstehend im Wortlaut wiedergegebene, bisher unbekannte Dokument:

III. Dokument (neu).

Streng geheim. London, 10./23. Februar 1911.

Ich hatte heute eine längere Unterredung mit Sir Edward Grey über die von Holland beabsichtigte starke Befestigung von Vlissingen, über welche sowohl die Presse als die gesamte öffentliche Meinung noch immer sehr erregt ist, da man hinter Holland die deutsche Regierung vermutet. Man glaubt sogar, daß diese beiden Länder durch einen Geheimvertrag verbunden seien.

Das französische Kabinett wurde durch diesen Befestigungsplan gleichfalls stark beunruhigt, und Herr Pichon hat an die französischen Vertreter bei allen Regierungen, welche den Vertrag von 1839 unterzeichneten, ein Telegramm gerichtet, um die Aufmerksamkeit dieser Kabinette auf die holländisch-deutschen Absichten zu lenken.

Sir Edward Grey sagte mir, daß leider nach wie vor vom völkerrechtlichen Standpunkte aus keine Möglichkeit der Einsprache gegen diese Befestigung der Scheldemündung durch Holland bestehe. Er hält diese Sache jedoch von nicht allzu großer Bedeutung im künftigen Kriege, denn er besitzt aus absolut vertrauensvoller Quelle die Information, daß der deutsche Generalstab seit langem darüber vollständig einig sei, sofort bei Ausbruch des Krieges in Belgien einzufallen und den ersten Kriegsschauplatz dorthin zu verlegen.

Sir Edward sieht diesem Eintreten mit Ruhe und Kaltblütigkeit entgegen: „Das etwas schwerfällige, aber zähe belgische Volk wird seine Unabhängigkeit tapfer zu verteidigen wissen, bis ihm die französische Armee zu Hilfe eilt, um den Kriegsschauplatz nach der anderen Seite der belgischen Grenze zu verlegen.“ Dieser Plan hätte, zufolge Sir Edward, den alles überwiegenden Vorteil, daß durch die Verletzung der belgischen Neutralität das englische Parlament und die gesamte öffentliche Meinung aufgerüttelt und in den Krieg mitgerissen werden, während es andernfalls sehr schwierig wäre, diese den Kriegsplänen günstig zu stimmen. In der allgemeinen Offensive Deutschlands kann also die Befestigung Vlissingens nur von untergeordneter Bedeutung sein...

Benckendorf.

Die Echtheit dieses Dokumentes erscheint etwas zweifelhaft, da sein Inhalt zu sehr mit dem Brief Iswolskys vom 20. Januar/2. Februar 1911 übereinstimmt. (Siebert, Seite 782 ff., „L. N.“ I, Seite 32.)

Des weiteren finden sich im Juliheft 12 Dokumente, die bereits im „L. N.“ veröffentlicht worden sind. Der Hartmannsche Text weicht, wie bereits hervorgehoben, an einzelnen Stellen wesentlich vom Ori-

ginaltext ab. Wir fahren in der kritischen Besprechung der bereits bekannten Telegramme fort.

5. Brief Iswolskys an Sasonow vom 5./18. Dezember 1912. — Bereits veröffentlicht im „L. N." I, Seite 368 ff. — Absatz 5 und 8 sind bei Hartmann ungenau übersetzt.

6. Bericht Sasonows an den Zaren über seine Reise nach England 1912. — Bereits veröffentlicht „L. N." II, Seite 345 ff.

7. Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 29. März/11. April 1912. — Bereits veröffentlicht im „L. N." I, Seite 228.

8. Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 30. August/12. September 1912. — Bereits veröffentlicht im „N. L." I, Seite 326. In dem Satz: „Frankreich, betonte Herr Poincaré, ist ohne Zweifel friedlich gesinnt", fehlt bei Hartmann folgender Zusatz: „und wünscht oder sucht keinen Krieg".

9. Auszug aus einem Brief Iswolskys an Sasonow vom 20. Januar/2. Februar 1911. — Bereits veröffentlicht in „L. N." I, Seite 32 ff.

10. Brief Iswolskys an Sasonow vom 5./18. Juli 1912. — Bereits veröffentlicht im „L. N." I, Seite 296 ff. Bei Hartmann ist dieses Dokument, ohne daß dies äußerlich zu erkennen war, stark gekürzt.

11. Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 16./29. Januar 1913. — Bereits veröffentlicht im „L. N." II, Seite 15.

12. Auszug aus dem Brief Iswolskys an Sasonow vom 7./30. Januar 1913. — Bereits veröffentlicht im „L. N." II, Seite 15 ff.

13. Brief Iswolskys an Sasonow vom 17./30. Januar 1913. — Bereits veröffentlicht im „L. N." II, Seite 18 ff. Bei Hartmann lautet der letzte Satz im 4. Absatz: „Ein solcher Verstoß gegen alle bisherigen präsidentiellen Gepflogenheiten kann uns in den Schwierigkeiten der großen (von Hartmann berichtigt: gegenwärtigen) Stunde von besonderem Vorteil und Erleichterung sein". Dieser Satz lautet nach dem „L. N." folgendermaßen: „Ein derartiger Verstoß gegen die üblichen Gepflogenheiten kann für uns hier in den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Stunde vorteilhaft und sehr nützlich sein."

14. Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 14./27. Februar 1913. — Bereits veröffentlicht im „L. N." II, Seite 32 ff. Der erste Absatz in der Hartmannschen Wiedergabe ist ungenau übersetzt.

15. Telegramm Swerbejews an Sasonow vom 17./30. Januar 1913. — Bereits veröffentlicht im „L. N." II, Seite 24.

16. Brief Iswolskys an Sasonow vom 20. März/2. April 1913. Der Text dieses Briefes, wie ihn Hartmann hier veröffentlicht, findet sich mit kleinen Unterschieden bereits in einem Brief vor, den Iswolsky 2 Jahre früher, am 3./16. Februar 1911 an Sasonow gerichtet hat (vergl. Livre Noir I, Seite 37 ff.).

Daß Hartmann den Irrtum anscheinend selbst nicht gemerkt hat, geht daraus hervor, daß er zu dem ersten Satz des Briefes: „Im Laufe meiner letzten Unterredung mit Pichon“, die Fußnote gibt — „[1]) Außenminister im Kabinett Barthou“. Die Fußnote hat nur dann eine Berechtigung, wenn das über dem Brief angegebene Datum vom 20. März/2. April 1913 als richtig vorausgesetzt wird, da es ein Ministerium Barthou erst seit dem 22. März 1913 gab.

Dieser Brief zeigt so recht deutlich, daß die von Hartmann veröffentlichten Dokumente aus einer wissenschaftlich nicht zuverlässigen Quelle herrühren.

Augustheft.

Die russischen Archive und der Kriegsausbruch.

In diesem Heft finden sich an bisher unveröffentlichten amtlichen Schriftstücken von besonderem Interesse ein Dokument und ein Bruchstück eines Dokuments. Wir geben das Dokument zunächst im Wortlaut wieder, wie es von Cahrles Hartmann veröffentlicht wird.

IV. Dokument (neu).

Geheimtelegramm Iswolskys an den Außenminister.

Paris, 17./30. Juli 1914.

Ihr Nr. 1548 erhalten. Ich hatte nach Ankunft des Präsidenten der Republik mit ihm eine Unterredung, der auch der Ministerpräsident, der Kriegsminister und der Chef des Generalstabes beiwohnten. Man gab mir von neuem die absolut verbindlichsten Zusicherungen. Ich bin der Überzeugung, daß, wenn wir jetzt vorwärtsgehen, wir weder von Frankreich und sicher auch nicht von England im Stiche gelassen werden. Die ganze öffentliche Meinung hier ist für den Krieg gewonnen, alle Zeitungen drücken sich in diesem Sinne aus, und unter den Politikern aller Richtungen, fast ohne Ausnahme, herrscht darüber vollständige Übereinstimmung. Mit der Handvoll Anarchisten und Pazifisten, die Demonstrationen gegen den Krieg veranstalten, würde man rasch fertig werden, und alle Maßregeln sind bereits getroffen, um jedwede antimilitaristische Kundgebung im Keime zu erdrücken. Selbst der weitaus größte Teil der Sozialradikalen, die früher stets das Wort im Munde hatten, daß Frankreich wegen Serbiens in keinen Krieg eintreten würde, sind dank des Umschwungs der Presse und der gegenwärtigen hochgradigen Gereiztheit der Bevölkerung von demselben Geiste beseelt.

Aus politischen Gründen und namentlich, um England und vielleicht auch Italien den sofortigen Eintritt in den Krieg zu erleichtern, ist es sehr wichtig, daß die Kriegserklärung von Deutschland ausgehe, und wir haben alle Einzelheiten zu diesem Zwecke besprochen.

Der Generalstabschef teilte mit, daß „die ganze Armee und ganz besonders die Kommandostellen und die jüngeren Offiziere sich in

einer Geistesverfassung der allerhöchsten Erregung befinden; es wäre ganz unmöglich, sie dieses Mal durch diplomatische Verwässerungen wieder zurückzuhalten. Sie sind der Ansicht, daß zu keiner Zeit alle Vorbedingungen zum Erfolge so günstig gewesen oder jemals in dieser Zusammenstellung sich wieder darbieten könnten. Ich [der Chef des Generalstabes] verbürge mich für die vollständige Bereitschaft der Armee, kann jedoch die Verantwortlichkeit für die Sicherheit der Republik nicht übernehmen, wenn die Hoffnungen der Streitkräfte auch dieses Mal wieder getäuscht werden. Die Royalisten, die in der letzten Zeit außerordentlich tätig gewesen sind und nicht nur über große Mittel verfügen, sondern auch Anhänger in allen Stellen der Armee und ganz besonders bei den Schülern der Kriegsschulen haben, würden sich diese Gelegenheit sicher zunutze machen."

Ich stellte die Frage, wie sich im Kriegsfalle Jaurès verhalten würde, der in seiner Zeitung („L'Humanité") die Absichten der Regierung bekämpft. Er habe einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Arbeiter und spiele mit dem Gedanken des Generalstreiks. Der Kriegsminister erwiderte ruhig, aber bestimmt: „Dafür ist gesorgt." Poincaré gab hierzu keine Erklärung, und nach einem Augenblick peinlichen Schweigens teilte er mit, daß der Gründer und Chef des Antimilitarismus, Gustave Hervé, ihm durch Briand die Zusicherung gegeben habe, daß er seinen ganzen Einfluß auf die Massen zugunsten des gefährdeten Vaterlandes aufwenden würde, um diese für den Krieg zu begeistern. Der Belagerungszustand wird sofort in Paris und den Industriezentren erklärt und die Kriegsgerichte in Funktion gesetzt werden.

Wie ich Ihnen in meinem Nr. 207 mitgeteilt, hat Baron Schoen von neuem einen Versuch gemacht, die französische Regierung zu veranlassen, in Petersburg einen mäßigenden Druck anzuwenden, um den Frieden zu retten, und derselbe Versuch wurde auch in London unternommen. Man hat ihm geantwortet, daß es an Deutschland sei, diesen Druck, und zwar auf Österreich, auszuüben, das durch seine extremen Forderungen den Weltkrieg verursache. Alles das ist meiner Ansicht nach nur ein Vorwand dieser beiden Mächte, um die Krisis noch etwas hinauszuschieben.

Iswolsky.

Das Geheimtelegramm Iswolskys vom 30. Juli, wie es Hartmann hier wiedergibt, muß nach Form und Inhalt angezweifelt werden. Ob für das Telegramm eine echte Unterlage, vielleicht ein Privatbrief Iswolskys an Sasonow, vorhanden ist, läßt sich noch nicht entscheiden.

Wir möchten hierfür folgendes anführen:

Das Telegramm trägt keine Nummer. Das letzte Telegramm Iswolskys, vom 29. Juli, trägt die Nummer 207. Am 30. Juli sind von Iswolsky die Telegramme Nr. 208—212 abgeschickt worden. Das folgende Telegramm Nr. 213 trägt das Datum vom 31. Juli. Von den

Telegrammen des 30. Juli fehlt, nach den Nummern zu urteilen, demnach **kein** Telegramm.

Von den Telegrammen vom 30. Juli sind in der Rombergschen Veröffentlichung die Telegramme 208, 209, 210 und 212 im vollen Wortlaut, die Nummern 211 vom 30. und 213 vom 31. Juli inhaltlich im Anhang wiedergegeben. Den Wortlaut der nur inhaltlich angegebenen Telegramme, 211 und 213, lassen wir hier folgen:

Telegramm 211:

Der Botschafter — dem Minister.

Paris, 17./30. Juli 1914. Nr. 211.

Angesichts der Einstellung der Geldüberweisungen aus Rußland und der Möglichkeit des Abgeschnittenwerdens halte ich es für nötig, Maßnahmen zur Sicherstellung der erforderlichen Mittel für die Botschaft zu treffen. Ich würde bitten, es nicht zu verweigern, sich mit der Kreditkanzlei ins Benehmen zu setzen zwecks Eröffnung eines Kredits von einigen hunderttausend Francs für mich auf Rechnung des Depots des russischen Fiskus in der Paris-Niederländischen Bank, mit der ich bereits verhandelt habe.

Telegramm 213:

Der Botschafter — dem Minister.

Paris, 18./31. Juli 1914. Nr. 213.

Soldatenkow schickt sich an, morgen nach Petersburg zu reisen. Wird angesichts der bedeutenden Arbeitsmenge hier das Ministerium es nicht vielleicht für möglich erachten, ihm zu gestatten, in Paris zu bleiben, womit er einverstanden ist?

Hartmann selbst macht im Nachtrag zu seiner Veröffentlichung im Augustheft der „Deutschen Rundschau“ Seite 226 über das Fehlen der Registernummer des von ihm veröffentlichten Telegramms folgende Angaben:

„Bei dem Briefe vom 17./30. Juli 1914 fehlt die Registernummer. Dies ist keine Seltenheit bei den Schriftstücken jener aufregenden Tage unmittelbar vor dem Kriegsausbruch, denn das Telegramm, welches am folgenden Tage (18./31. Juli) von der Gesandtschaft an Sasonow gerichtet wurde, ist gleichfalls ohne Nummer geblieben. Außerdem fehlt in der russischen Veröffentlichung „Materialien für die Geschichte der franko-russischen Beziehungen 1910—14“ eine Registernummer zwischen 212 und 214. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß dieser Bericht Iswolskys die Nummer 213 tragen sollte.“

Diese Erklärung löst das Rätsel nicht, denn, wie wir gesehen haben, liegt die Nummer 213 ebenfalls vor.

An sich besteht natürlich die Möglichkeit, daß das Telegramm ohne Nummer gewesen ist. Bei der Wichtigkeit des ganzen Telegramms

und der Eingangsbestätigung des Telegramms Nummer 1548 ist dies jedoch wenig wahrscheinlich.

Aber auch inhaltlich ist das Telegramm sehr unwahrscheinlich. Man vergleiche hierzu den Text des Telegramms Nummer 208, das über die Vorgänge der ersten Morgenstunden des 30. Juli berichtet und die beiden ausdrücklich als Fortsetzung gekennzeichneten Telegramme Nummer 209 und 210, die am 30. Juli vor ½10 Uhr morgens (erwähnte Zeit für den angesetzten Ministerrat) abgefaßt wurden.

Daß das fragliche Telegramm erst n a c h dem Telegramm 210 abgefaßt worden sein soll, ist wenig wahrscheinlich, da es inhaltlich Vorgänge wiedergibt, die sich zu einer Zeit abgespielt haben, die v o r den in den Telegrammen 208 bis 210 erwähnten Vorgängen liegen. Inhaltlich kann das Telegramm daher höchstens in der Zeit zwischen Abfassung der Telegramme 207 und 208 gelegen haben. Hierfür würde auch der Eingangsvermerk der Nummer 1548 sprechen. Daß das Telegramm erst nach der Abfassung des Telegramms 207 abgegangen sein kann, steht außer Zweifel, da das Telegramm 207 in dem fraglichen Telegramm erwähnt wird.

Vergleicht man aber den Text des Telegramms 207 mit dem Hartmannschen Telegramm, so wird man ebenfalls finden, daß der angeführte Text nicht so gelautet haben kann.

Was sich nach Ankunft des Präsidenten von Bedeutung ereignet hat, ist von Iswolsky bereits in den Telegrammen 206 und 207 berichtet. Der Anfang des Hartmannschen Telegramms: „Ich hatte nach Ankunft des Präsidenten der Republik mit ihm eine Unterredung usw. . . . . . .“ ist daher nicht wahrscheinlich.

Abgesehen hiervon enthält das Hartmannsche Telegramm noch weitere unwahrscheinliche Angaben.

Die Mitteilungen des Generalstabschefs über die Bereitschaft der Armee ist deshalb unwahrscheinlich, weil für die Bereitschaft der Armee nicht der Generalstabschef, sondern der Kriegsminister verantwortlich ist. Es würde dies also ein Übergriff des Generalstabschefs in das Ressort des Kriegsministers gewesen sein. Auch wissen wir aus der Veröffentlichung des Kriegsministers Messimy in der „Revue de France“, daß der Generalstabschef Joffre seines Erfolges durchaus nicht so sicher war, wie es das Hartmannsche Telegramm wiedergibt, sondern daß der Generalstabschef weitergehende Maßnahmen für die Sicherheit der Republik forderte, als dies im Augenblick von Poincaré und Viviani zugebilligt wurde. Ein Renommieren des Generalstabschefs über die Kriegsbereitschaft der französischen Armee dürfte als ziemlich ausgeschlossen gelten, nachdem 1870 der französische Kriegsminister Marschall Leboeuf so trübe Erfahrungen mit seinem bekannten Ausspruch über das Bereitsein (« archi-prêt ») der französischen Armee gemacht hatte.

Was den Passus mit Jaurès anbelangt, so schwächt Hartmann das Dramatische seines Telegramms in dem nachfolgenden Kommentar schon selbst ab. Die ganze Stelle legt aber den Schluß nahe, daß es sich nicht um ein Telegramm, sondern höchstens um eine briefliche Mitteilung gehandelt haben kann.

Der letzte Absatz des Hartmannschen Telegramms ist inhaltlich unrichtig. Die inhaltlich wiedergegebene Stelle in dem Telegramm 207 lautet wörtlich:

„Viviani empfing heute vor mir den deutschen Botschafter, der seine Versicherungen über die friedlichen Absichten Deutschlands erneuerte. Auf die Bemerkung Vivianis, daß Deutschland, wenn es den Frieden wünsche, es sich beeilen sollte, sich dem Vermittlungsvorschlag Englands anzuschließen, erwiderte Baron Schoen, daß das Wort Konferenz oder Schiedsgericht Österreich abschrecke. Viviani bemerkte, es handle sich nicht um Worte, und es würde nicht schwer sein, eine andere Vermittlung ausfindig zu machen. Baron Schoen meint, es sei für einen Erfolg der Verhandlungen zwischen den Mächten notwendig, zu erfahren, was Österreich von Serbien zu fordern beabsichtige. Darauf erwidert Viviani, daß es dem Berliner Kabinett sehr leicht sei, Österreich hierüber zu befragen, vorläufig könnte aber die serbische Antwortnote Gegenstand der Prüfung sein. Zum Schluß beklagte sich Baron Schoen über die militärischen Vorbereitungen Frankreichs und sagte, daß in diesem Falle Deutschland gezwungen sein würde, dieselben Vorkehrungen zu treffen.

Viviani seinerseits erklärte, daß Frankreich aufrichtig den Frieden wünsche, gleichzeitig aber fest entschlossen sei, in voller Übereinstimmung mit seinen Verbündeten zu handeln, und Baron Schoen könnte sich selbst überzeugen, daß dieser Entschluß die lebhafteste Zustimmung im Lande finde."

Wir glauben, daß die vorstehende Auseinandersetzung genügt, um zu zeigen, daß es sich bei dem von Hartmann veröffentlichten Geheimtelegramm Iswolskys an Sasonow

1. nicht um das Telegramm 213 handeln kann,
2. daß ein Telegramm in vorstehender Form sehr fraglich, und
3. daß die Mitteilung Iswolskys stellenweise inhaltlich unwahrscheinlich ist.

Unsere Auffassung geht dahin, daß möglicherweise ein Brief Iswolskys, den er am 29. abends geschrieben haben mag, vorhanden sein kann, der unter Hinzufügen und Weglassen einzelner Stellen hier zu einem Geheimtelegramm umgeändert worden ist.

Nach Hartmann berichtet Iswolsky unter dem Eindruck des Attentats von Serajewo am 21. Juli, daß

V. Dokument (neu).

„dieser Zwischenfall den Keim aller möglichen Verwicklungen in sich trage, und daß man in den Regierungskreisen nicht gewillt sei, eine Demütigung Serbiens zu gestatten".

Das Datum dieses angeblichen Berichtes Iswolskys kann insofern nicht richtig sein, als Iswolsky am 21. Juli in Petersburg war. Im Anhang zum Augustheft gibt Hartmann die Erklärung, daß es wahrscheinlich 12. Juli heißen müsse. Das ist eine sehr willkürliche Auslegung. Eher verständlich wäre es, die Echtheit dieses Berichtes vorausgesetzt, daß er das Datum vom 21. Juni/3. Juli tragen würde. Wahrscheinlicher ist es aber, daß bei Hartmann auch an dieser Stelle eine Verwechslung unterlaufen ist mit dem Telegramm Sasonows an den russischen Botschafter in Wien vom 9./22. Juli 1914 Nr. 1475 („Livre Noir" II, Seite 275), in dem der von Hartmann zitierte Satz in folgender Fassung wiederkehrt: „Auf Grund meiner Unterredungen mit dem französischen Minister des Auswärtigen erscheint es offensichtlich, daß auch Frankreich, beunruhigt durch die Wendung, die die österreichisch-serbischen Beziehungen nehmen könnten, nicht gewillt ist, eine durch die Umstände nicht gerechtfertigte Demütigung Serbiens zuzulassen."

Außerdem enthält das Augustheft 27 Schriftstücke, die alle bereits im „L. N." oder bei Romberg veröffentlicht worden sind. Wir fahren in der kritischen Besprechung der bereits bekannten Dokumente fort.

17. Brief Iswolskys an Sasonow vom 29. März/11. April 1912. — Bereits veröffentlicht im „L. N." I, Seite 231. Die Wiedergabe bei Hartmann ist ungenau.
18. Brief Iswolksys an Sasonow vom 4./17. Mai 1912. — Bereits veröffentlicht im „L. N." I, Seite 250. Der erste Satz lautet bei Hartmann: „Sie wissen, daß ich von Anfang an die Frage, wie wir uns Louis' entledigen können, für sehr heikel und schwierig hielt. Nach „L. N." lautet dieser Satz: „Sie wissen, daß ich von Anfang an diese Affäre als sehr delikat und schwierig angesehen habe . . . ." Im zweiten Absatz bei Hartmann sind die Worte „wobei ich besonders Herrn Delcassé erwähnte", im Original nicht enthalten.
19. Brief Iswolskys an Sasonow vom 10./23. Mai 1912. — Bereits veröffentlicht im „L. N." I, Seite 258. Hartmann hat dieses Dokument, ohne dieses irgendwie zu kennzeichnen, unvollständig abgedruckt. Im vierten Absatz heißt es bei Hartmann: „Es ist jedoch unentbehrlich, für die kommenden Entscheidungsstunden die Geldmittel zu haben. . . ." Nach dem Original lautet dieser Satz:

„Aber es ist notwendig, in kritischen Momenten Mittel zur Verfügung zu haben . . . .“

20. Brief Poincarés an den Zaren vom 20. März 1913. — Bereits veröffentlicht im „L. N.“ II, Seite 52. Im dritten Absatz sind bei Hartmann im ersten Satz folgende, im Original nicht enthaltene Worte: „für die kommenden Ereignisse“ eingeschaltet.
21. Brief Iswolskys an Sasonow vom 14./27. Februar 1913. — Bereits veröffentlicht im „L. N.“ II, Seite 33 ff. Bei Hartmann sind wesentliche Stellen ausgelassen.
22. Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 28. Februar/13. März 1913. — Bereits veröffentlicht im „L. N.“ II, Seite 42.
23. Telegramm des französischen Botschafters in Petersburg an den französischen Außenminister vom 18. April 1914. — Bereits veröffentlicht im „L. N.“ II, Seite 258. Die Hartmannsche Übersetzung ist ungenau.
24. Brief Iswolskys an Sasonow vom 16./29. April 1914. — Bereits veröffentlicht im „L. N.“ II, Seite 259.

Die Dokumente im Augustheft, vom Geheimtelegramm des russischen Geschäftsträgers Sewastopolo vom 12./25. Juli 1914 bis zum Telegramm Iswolskys an Sasonow Nr. 224, sind mit Ausnahme des Telegramms vom 17./30. Juli sämtlich bei Romberg enthalten. Die Wiedergabe durch Hartmann ist an vielen Stellen sehr ungenau, und starke Auslassungen sind als solche äußerlich nicht gekennzeichnet. Das Telegramm Iswolskys an Sasonow Nr. 238 vom 23. Juli/5. August ist bereits veröffentlicht im „L. N.“ II, Seite 302.

* * *

Die kritische Betrachtung der umfangreichen Artikelserie von Charles Hartmann zeigt, daß nur sehr wenig Neues übrig bleibt und die wenigen neuen Dokumente aller Wahrscheinlichkeit nach in der vorliegenden Fassung nicht dem amtlichen Text entsprechen. Im Interesse der wissenschaftlichen Erforschung der Kriegsursachen wäre es daher sehr zu begrüßen, wenn Charles Hartmann die Faksimiles seiner Dokumente, besonders der hier hervorgehobenen fünf neuen Dokumente, veröffentlichen würde[1]). „Die Kriegsschuldfrage“ steht hierzu zur Verfügung.

[1]) Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird der vorliegende amtliche Schriftwechsel Iswolskys, der jetzt nur zerstreut und unvollständig bei Siebert im „Livre Noir“, bei Romberg und an anderer Stelle vorliegt, in einwandfreier Übersetzung nach den russischen Originaltexten, ergänzt durch zahlreiche neue Dokumente, in einem mehrbändigen Werk bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte erscheinen.

Am besten wäre der Wissenschaft gedient, wenn das in Moskau erscheinende Krasny (rotes) Archiv die von Hartmann neu veröffentlichten Dokumente seinerseits in dem an amtlicher Stelle vorliegenden Wortlaut sobald wie möglich veröffentlichen würde.

Wenn Herr Charles Hartmann am Schlusse seiner Ausführungen den Vorschlag macht, einen Weltkongreß zur Erörterung und endgültigen Feststellung der Schuldfrage im Haag abzuhalten, so ist diesem Gedanken an sich nur zuzustimmen. Dem Kongreß selbst möchten wir allerdings die wissenschaftlichen Methoden des Herrn Hartmann nicht empfehlen.

Nicht ganz zustimmen können wir aber Charles Hartmann, wenn er zum Schlusse seines letzten Aufsatzes sagt, daß es nur einen Weg gibt, um der Wiederholung eines Verbrechens, das jenseits unseres Begriffsvermögens liegt, vorzubeugen: die Öffentlichkeit, die Rechtfertigung, die Sühne.

Wir möchten hier lieber den Weg beschreiten, den kürzlich der amerikanische Schriftsteller Dr. Sherwood Eddy, Führer der American Fellowship Group, bei seiner Anwesenheit in Berlin in einer von Herzen kommenden Ansprache bei einer Veranstaltung des Reichslandbundes im Prinz-Albrecht-Palais gehalten hat und dessen Appell an die Menschheit lautete: Gerechtigkeit, Freiheit und Friede!

Monatsbericht.

Presseschau.

Sir George Buchanan †.

Am 22. Juli ist in London der ehemalige englische Botschafter in Petersburg, Sir George Buchanan, gestorben. Seine Person wird mit dem Ausbruch des Krieges und den vorangegangenen diplomatischen Verhandlungen stets verbunden bleiben. Aus den amtlichen englischen Dokumenten, soweit sie bis jetzt veröffentlicht vorliegen, tritt die Persönlichkeit Buchanans nicht scharf genug hervor. Aus den späteren Memoiren-Veröffentlichungen, vor allem aus den Aufzeichnungen des französischen Botschafters Paléologue und aus den „Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums“, ergibt sich schon deutlicher, wie Buchanan 1914 von Anbeginn der Krise für ein Eingreifen Englands an seiten Frankreichs und Rußlands eingetreten ist. Auch die von ihm im vergangenen Jahre veröffentlichten Erinnerungen zeigen seine Tätigkeit in dieser Richtung. Eine abschließende Würdigung seiner diplomatischen Tätigkeit wird erst nach Veröffentlichung aller englischen und französischen Dokumente über den Kriegsausbruch möglich sein.

Churchill und das Angebot vom 1. August 1914. Von Staatsminister von Jagow.

D. A. Z. Nr. 340 22. Juli 1924.

Staatsminister von Jagow zeigt in seiner Untersuchung, daß eine von Churchill in seinem Buch „The World Crisis" aufgestellte Hypothese, für eine Vermeidung des Krieges am 1. August 1914, nicht haltbar ist. Churchill ist der Meinung, es sei für Deutschland möglich gewesen, am 1. August Frankreich und England zu erklären: „Wir führen nur einen Krieg gegen Rußland zur Unterstützung unseres Bundesgenossen. Frankreich werden wir nicht angreifen und Belgien ist uns heilig. Jagow weist nach, daß Churchill hierbei die Tatsache des gleichzeitigen französisch-russischen Angriffes gegen Deutschland, der von beiden Regierungen und Generalstäben seit Jahren beschlossen war, völlig außer acht läßt.

Amerika und die Kriegsschuldfrage.

Berliner Tageblatt Nr. 375 8. August 1924.

Im Rahmen einer Vorlesung über europäische Politik am Europäischen Institut in Williamstown behandelte Professor Sidney B. Fay vom Smith College die Kriegsschuldfrage. Er kam zu dem Ergebnis, daß die Annahme, ein deutsches Komplott sei die Ursache des Weltkrieges gewesen, eine Mythe sei. Die in Berlin und Wien seit Kriegsende veröffentlichten Dokumente erforderten eine Revision der Behauptung von Deutschlands alleiniger Kriegsschuld. „Deutschland wurde in den Krieg durch eigene Dummheit und die ruhelose und abenteuerliche Politik Österreichs verwickelt." Die Kriegserklärung selbst sei Deutschland durch Rußlands Mobilmachung aufgezwungen worden.

Neue Dokumente zur Kriegsschuldfrage. Von Hans Delbrück.

D. A. Z. Nr. 352 29. Juli 1924.

Geheimrat Delbrück gibt auf Grund der Neuveröffentlichungen der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen und der von Konsul Hartmann veröffentlichten russischen Dokumente einen Überblick über den Stand der Kriegsschuldfrage. Geheimrat Delbrück weist in seinem Artikel darauf hin, daß die Hartmannsche Publikation nicht so zuverlässig ist, wie dies bei der Veröffentlichung von Dokumenten unbedingt gefordert werden muß. (Vergl. auch den Aufsatz von Hans Delbrück im 8-Uhr-Abendblatt vom 31. Juli 1924.)

Die Kriegsschuld des Nationalismus. **Neue Freie Presse (Wien)**
Von Prof. Dr. Friedrich Meinecke. **27. Juli 1924.**

Geheimrat Meinecke sieht in dem Nationalismus der Völker den eigentlichen Dämon, der den Weltkrieg zum Vernichtungskrieg gesteigert und Europa ruiniert hat. Das europäische Gemeingefühl, führte Meinecke aus, sei durch die nationalistischen Leidenschaften der Völker zerstört worden. Sie trübten eine besonnene Staatskunst, die es in alter Zeit fast immer wieder verstanden hatte, rechtzeitig Schluß zu machen und Verständigungsfrieden zu schließen.

Schuld und Wahrheit. **Frankfurter Zeitung Nr. 568**
1. August 1924.

In diesem außerordentlich instruktiven Aufsatz heißt es u. a.: „Die europäische Politik hatte sich schon seit Jahrzehnten unter die Kriegskunst gestellt. Denn der ‚bewaffnete Friede‘ bedeutete nichts anderes als die Herrschaft der militärischen Kräfte. Und außer Zweifel steht, daß im Jahre 1914 das militärische Gewicht die Schale der Politik hoch in die Lüfte schnellen ließ. Die Angst vor der Wichtigkeit des ersten Mobilmachungstages hat die Verhandlungen in eine Nervosität hineingetrieben, in der sie scheiterten ....“ „Im Lichte der Aktenveröfentlichung ist heute ganz klar geworden, daß die eigentlichen Kräfte, die zum Kriege trieben, in Rußland wurzelten. Iswolski hat seine Rache für Buchlau und Bosnien planmäßig ausgearbeitet. In Paris fand er mit dem Herauskommen Poincarés den willigen Ministerpräsidenten und später den Präsidenten der Republik, der seine Politik begünstigte.“

Zum 2. August. **Der Deutsche Nr. 182**
Von Alfred von Wegerer. **2. August 1924.**

Der Verfasser zeigt auf Grund der letzten Publikationen über die Entstehung des Weltkrieges, wie sehr das Interesse für die Kriegsschuldfragenbewegung im Auslande zugenommen hat und behandelt eingehend die Gründe, die Deutschland nach Bekanntwerden der russischen Mobilmachung zu den Kriegserklärungen an Rußland und Frankreich gezwungen haben.

Die Angst **Kreuzzeitung Nr. 375**
vor der Kriegsschuldfrage. **12. August 1924.**
Von Alfred von Wegerer.

Die während der Londoner Konferenz bekanntgewordenen Befürchtungen Herriots, daß die deutschen Delegationsführer die Kriegsschuldfrage anschneiden könnten, die Warnung der „Times“ vor einem derartigen deutschen Schritt und das Vorgehen des französischen Generals Jaquémot in Essen, der die deutsche Presse zwingt, unzutreffende Artikel über die Kriegsschuldfrage zu veröffentlichen, zeigen,

welche Furcht man auf der Gegenseite vor einer Klarlegung der Kriegsschuldfrage hat.

Das Tagebuch des russischen Außenministeriums.
Von Dr. Ludwig Herz.

Königsberger Hartungsche Zeitung 29. Juli 1924.

Les complices du grand crime. Poincaré, Iswolski, Sasonow et le grand-duc Nicolas.
Von Jacques Mesnil.

L'Humanité 30. Juli 1924.

Come si scatenò la guerra mondiale. Nuove rivelazioni russe.
Von Corrado Barbagallo.

La Sera 7. August 1924.

Herz, Mesnil und Barbagallo besprechen eingehend die von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen herausgegebenen „Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums".

Gespräche mit dem Grafen Witte. Aus dem Juli 1914.

Berliner Tageblatt Nr. 359 30. Juli 1924.

Der russische Journalist Jlja M. Trotzky, der bei Kriegsausbruch Berliner Korrespondent der russischen Zeitung „Russkoje Slowo" war, schildert eine Unterredung, die er kurz nach dem Attentat von Serajewo in dem Bad Salzschlirf mit dem Grafen Witte hatte. Es scheint, daß Graf Witte bemüht war, zur Abwendung der drohenden Katastrophe eine persönliche Zusammenkunft zwischen Wilhelm II. und dem Zaren zu vermitteln.

The beginning of the war. German plot against the peace of the world.
By Raymond Poincaré.

The Daily Mail 4. August 1924.

In seinem Artikel zur zehnjährigen Wiederkehr des Kriegsausbruchs, der am gleichen Tage auch im Pariser „Temps" erschien, gibt Poincaré ein Bild der Julikrise 1914, so wie er sie gesehen haben will. Er behauptet u. a. heute noch, daß Serbien alle Punkte des österreichischen Ultimatums angenommen und „nur zwei kleine Reserven" gemacht hätte. Die serbische Regierung hatte bekanntlich gerade die Punkte abgelehnt, auf die die Wiener Regierung das größte Gewicht legen mußte. Serbien hatte die Teilnahme österreichischer Beamten bei der Untersuchung des Attentats verweigert. Diese Forderung war das Kernstück des österreichischen Ultimatums, und ihre Ablehnung hätte die österreichische Aktion von vornherein illusorisch gemacht.

Weiter behauptet Poincaré, Wilhelm II., der am 26. Juli von seiner Nordlandreise zurückgekehrt sei, habe in Potsdam bei einer Beratung den Vorsitz geführt, in der „die Militärpartei" die Oberhand erlangt

habe. Zunächst ist Wilhelm II. erst am Nachmittag des 27. Juli zurückgekehrt. Die von Poincaré zitierte Beratung fand am Abend des 29. Juli in Potsdam statt. Dabei hat keineswegs die „Militärpartei" die Oberhand erlangt. Poincaré, der die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch sehr sorgfältig gelesen hat, muß wissen, daß nach der Besprechung zwischen Kaiser und Kanzler das Telegramm Wilhelms II. an den Zaren abging, das, durch seine in ernstesten Worten gehaltene Mahnung zur Erhaltung des Friedens, einen so tiefen Eindruck auf den Zaren machte, daß dieser den bereits erteilten Befehl zur Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung zurückzog (D. D. 359). Und ferner kennt Poincaré genau die beiden Depeschen, die in der Nacht zum 30. Juli von Berlin nach Wien gingen, in denen der Reichskanzler in seiner Friedensliebe Wien mit der Aufkündigung des Bundesverhältnisses drohte (D. D. 395, 396). Über den Charakter und den Inhalt der Potsdamer Besprechungen selbst hat Alfred von Wegerer im Juliheft 1923 dieser Zeitschrift eine eingehende Untersuchung veröffentlicht. Die hierbei zitierten Aussagen der beteiligten Persönlichkeiten ergeben mit aller Klarheit, daß am 29. Juli in Potsdam keine militärischen Maßnahmen von Bedeutung beschlossen worden sind.

Endlich wiederholt Poincaré die alte französische These, daß die von Deutschland bis zum Vormittag des 1. August getroffenen Maßnahmen einer allgemeinen Mobilmachung gleichwertig gewesen seien, und daß Frankreich 48 Stunden hinter den deutschen Vorbereitungen zurückgewesen wäre. Es sei hier noch einmal wiederholt, daß in Deutschland bei Anordnung des „Zustandes drohender Kriegsgefahr" alle auf Urlaub befindlichen Personen des aktiven Dienststandes und alle aus den Standorten abwesenden Truppen zurückberufen wurden; in den Grenzbezirken wurde der Privatgüterverkehr eingestellt und die Sicherung großer Brücken und wichtiger Eisenbahnknotenpunkte übernommen. Aber es wurden keine Reservisten eingezogen. (Vergl. den genauen Wortlaut der Bestimmungen im „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage" von Graf Max Montgelas, S. 199.)

Erste Kriegserklärung. — **8-Uhr-Abendblatt Nr. 172**
Von Oberst Seeliger. — **24. Juli 1924.**

Oberst Seeliger gibt hier unter dem irreführenden Titel: „Erste Kriegserklärung" eine dramatische Darstellung über die Vorgänge bei Unterzeichnung des Mobilisierungsbefehls gegen Serbien durch Kaiser Franz Joseph am 25. Juli. Nach einer Erzählung des Grafen Kinsky soll Graf Berchtold die Unterzeichnung des Mobilisierungsbefehls nur durch eine von ihm selbst gefälschte Meldung erreicht haben. Seeliger, der von der Mobilisierung erfahren hat, trifft den Grafen Rudi Kinsky, der ihm gesagt haben soll: „Freunderl, sind S' denn wirklich so naiv? Der Gauner, der Berchtold! Die Depesche mit den 400 Toten, die hat er sich ja selbst gemacht — sonst hätte er dem alten Herrn ja nie und nimmer die Unterschrift zur Mobilisierung herauslocken können!"

Allem Anschein nach wirft Seeliger zunächst einmal Vorgänge, die sich bei Unterzeichnung der Kriegserklärung abgespielt haben, mit Vorgängen, die sich bei Unterzeichnung des Mobilisierungsbefehls abgespielt haben sollen, durcheinander, die insofern eine gewisse Ähnlichkeit aufweisen, als bei Unterzeichnung der Kriegserklärung durch Kaiser Franz Joseph Graf Berchtold eine falsche — aber nicht gefälschte — Meldung von einem Grenzgefecht bei Temes-Kubin vorgetragen hat. Dieser Vorgang ist längst bekannt und in den Dokumenten des österreichischen Rotbuches enthalten.

Auf eine Anfrage über die mitgeteilte Äußerung des Grafen Rudi Kinsky teilte Oberst Seeliger folgendes mit:

„Was die Frage Telegramm von 400 Toten betrifft, so hatte ich damals begreiflicherweise den Schädel so voll, daß mir nur der Inhalt des Gesprächs, nicht der Sprecher, von Bedeutung erschien — dies um so mehr, als ich ja auf dem telephonischen Umweg über das Kriegsministerium zu hören gezwungen war. Graf Kinsky, der mehr wußte, ist leider seit zwei Jahren tot. An die Depesche von 400 Toten glauben in Wien allerdings nicht wenige, und ich selbst kann in so schwerwiegender Sache deshalb kein Urteil abgeben, weil ich nur weiß, was mir Freund Kinsky in tiefer Erregung mitgeteilt hat."

Wenn auch hieraus schon zur Genüge hervorgeht, daß dieser Erzählung keine Bedeutung beigemessen zu werden braucht, möchten wir noch hervorheben, daß der Entschluß zur Mobilisierung für den Fall, daß das Ultimatum abgelehnt werden würde, schon vorher feststand. Vergleiche hierzu Protokolle des k. und k. Ministerrats vom 7. Juli, österreichisches Rotbuch I, 8, Seite 35, Abs. 4, Ministerrat vom 19. Juli, österreichisches Rotbuch I, 26, Seite 64, Abs. 2 und österreichisches Rotbuch II, 22. —

Der Pariser „Temps" vom 31. Juli ist auf die Legende des Oberst Seeliger natürlich hereingefallen. —

Ein düsterer Gedenktag. Wie Erzherzog Franz Ferdinand ermordet wurde. Von Leopold Mandl.	**Neues Wiener 8-Uhr-Blatt, 27. u. 28. Juni 1924.**
Der tragische Held des Serajewoer Attentats. Dragutin Dimitrijevic. Von Leopold Mandl.	**Neues 8-Uhr-Blatt (Wien), 1. Juli 1924.**

Leopold Mandl gibt in diesen drei großen Aufsätzen eine umfassende Darstellung der Vorgeschichte und der Urheber des Attentats von Serajewo. Er kommt dabei zu sehr bemerkenswerten Ergebnissen, die einer eingehenden Nachprüfung bedürfen. Insbesondere seine Aussagen über die Beteiligung des russischen Militär-Attachés Oberst Artamanow an der Verschwörung erfordern eine aufmerksame Untersuchung. Mandl sagt: „Als der russische Mlitär-Attachè durch Dragutin Dimitrijewitsch von dem Plane der ‚Mlada Bosnia' hörte, erbat er eine kurze

Frist, um sich mit Petersburg ins Einvernehmen zu setzen. Nach einigen Tagen erschien er im Büro der Nachrichtenabteilung des serbischen Generalstabs wieder und erklärte, daß Rußland in jedem Falle hinter Serbien stehen werde. Bei dieser Erklärung Artamanows waren mehrere Mitglieder des Zentralausschusses der ‚Schwarzen Hand' anwesend. ‚Wir erzitterten,' so sagte mir mein Gewährsmann, ‚bei den Worten des russischen Militär-Attachés in dem Innersten unseres Wesens, denn wir waren uns bewußt, daß jetzt die Axt an den Stamm Österreichs gelegt wird.' "

Besondere Mitteilung.

Von dem ehemaligen Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn von Jagow, ist uns eine Erwiderung zu dem Aufsatz von Professor Corrado Barbagallo aus dem Juliheft unserer Zeitschrift zugegangen, die wir wegen Raummangels leider erst im Septemberheft bringen können.

Ferner liegt die Richtigstellung einer falschen Angabe in den „Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums", von dem ehemaligen Botschafter in Petersburg, Grafen Pourtalès, vor, die wir ebenfalls erst im nächsten Heft bringen können.

Die Schriftleitung.

Aus Zeitschriften.

Zur großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes.

Die Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes und ihre Gegner. Von Friedrich Thimme.	**Archiv für Politik und Geschichte, Juni/Juli 1924.**
Der Dreibund in der europäischen Politik. Von Albrecht Mendelssohn-Bartholdy.	**Archiv für Politik und Geschichte, Juni/Juli 1924.**
Bismarcks Verhältnis zu England und die Politik des „Neuen Kurses". Von Gerhard Ritter.	**Archiv für Politik und Geschichte, Juni/Juli 1924.**
Die Denkwürdigkeiten des Freiherrn von Eckardstein. Von Heinz Trützschler von Falkenstein.	**Archiv für Politik und Geschichte, Juni/Juli 1924.**
Das Rätsel des Rückversicherungsvertrags. Von Conrad Bornhak.	**Archiv für Politik und Geschichte, Juni/Juli 1924.**
Die Elsaß-Lothringische Frage 1890—1897. Von Wilhelm Mommsen.	**Archiv für Politik und Geschichte, Juni/Juli 1924.**
Fürst Hohenlohe und die Krügerdepesche. Von Arnold Oscar Meyer.	**Archiv für Politik und Geschichte, Juni/Juli 1924.**

Die deutsche Politik 1913 und 1914 vor dem Weltkriege. Von Staatsminister a. D. von Jagow. — **Südd. Monatshefte Juli 1924.**

Eine Darstellung der europäischen Vorkriegspolitik in der letzten Phase vor Kriegsausbruch. Bisher nicht bekanntgeworden ist, was Jagow hier erwähnt, daß Griechenland im Juni 1913 ein Bündnisangebot an Deutschland machte. „Wir haben in freundlicher Form abgelehnt, da wir dadurch tiefer in die Balkanfragen verwickelt worden wären, als es den Richtlinien unserer Politik entsprach."

Staatsmänner und Diplomaten. I. Sir Henry Campbell-Bannerman. Von Asecretis. — **Europäische Gespräche Juli/August 1924.**

In seiner Besprechung der Biographie, die Spender dem britischen Staatsmann gewidmet hat, zieht der Verfasser des vorstehenden Aufsatzes eine interessante Parallele zwischen den politischen Aufgaben, die Campbell-Bannerman und Macdonald bei ihrem Regierungsantritt erwarteten. „Beide sind in ihre Führerstellung während eines Krieges hineingewachsen, den ein Kabinett der Gegenpartei mit aller Kraft und unter vollster Identifizierung seiner Existenz mit dem Gewinnen des Krieges und mit dem Kriegsgeist führte." „Wir unterschätzen die Abweichungen von diesem Parallelismus nicht. Campbell-Bannerman hatte es mit seinen Warnungen vor der Jingo-Politik im Burenkrieg viel leichter, als Macdonald und seine Freunde mit ihrer Gegnerschaft gegen die Knockout-Politik Lloyd Georges im Weltkrieg; denn sicherlich sah für den politischen Moralisten die Sache Englands bei dem Eintritt in den Burenkrieg sehr viel schlechter aus, als beim Eintritt in den Weltkrieg; dafür hat der unentschuldbare deutsche Aufmarschplan, dieser Motor aller feindlichen Propaganda, gründlich gesorgt."

Die englisch-russischen Verhandlungen von 1914 über den Abschluß einer Marinekonvention. Von August Bach. — **Preußische Jahrbücher August 1924.**

Auf Grund der Dokumente, die bei Siebert und im „Livre Noir" veröffentlicht worden sind, sowie der Aussage des ehemaligen russischen Kriegsministers Suchomlinow kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß die Verhandlungen im Sommer 1914 vor Kriegsausbruch nicht zum Abschluß gekommen sind.

Der Serajevoer Mord und die Kriegsschuldfrage. Von Dr. Friedrich Wiesner, a. o. Gesandter und bevollmächtigter Minister a. D. — **Das neue Reich 2. August 1924.**

Wiesner, der im Juli 1914 die ersten Untersuchungen über die Urheber des Attentats in Serajewo leitete, gibt hier eine eingehende Darstellung über den Ursprung des Attentats. Wir werden auf diesen instruktiven Aufsatz im nächsten Heft eingehend zurückkommen.

W. Büxenstein, Berlin SW 48, Friedrichstr. 240/41.

Bezugsbedingungen.

Die Monatsschrift ist bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und dem Verlag der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin NW6, Luisenstr. 31a, zu beziehen.

Inlandspreis:

Vierteljahresabonnement 2,— G.-Mk.

Auslandspreis:

Vierteljährlich (einschl. Porto und Verpackung) 2,50 G.-Mk.

Die amtliche Kundgebung der deutschen Regierung in der Kriegsschuldfrage.

Vom 29. August 1924.

Wir geben in folgendem den genauen Wortlaut der Kundgebung wieder, wie er von Wolffs Telegraphischem Büro (W. T. B.) Nachtausgabe, 75. Jahrgang, Nr. 1768 verbreitet worden ist. Die englische und französische Übersetzung haben wir von ersten Übersetzern anfertigen lassen.

In der Presse ist der Text vielfach nicht exakt wieder gegeben worden. Die Schriftleitung.

Deutscher Wortlaut.

Berlin. 29. 8. 1924. Amtlich. Aus Anlaß der Verabschiedung der Gesetze über die Londoner Vereinbarungen erläßt der Reichskanzler namens der Reichsregierung folgende Kundgebung:

Der Reichstag hat mit den heute gefaßten Beschlüssen sein Siegel unter die Londoner Vereinbarungen gesetzt. Damit ist eine Entscheidung getroffen, die für das Schicksal des deutschen Volkes auf Jahre hinaus von maßgebender Bedeutung sein wird. Der Reichsregierung ist es ein Bedürfnis, allen Mitgliedern des Reichstages, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben, ihren Dank auszusprechen. Alle Beteiligten haben schwere Bedenken überwinden und vielfach sogar persönliche Überzeugungen zurückstellen müssen, um zur Annahme der Londoner Vereinbarungen zu gelangen. So schwer der Entschluß auch jedem Einzelnen geworden sein mag, so mußte er doch gefaßt werden, wenn unserem Vaterlande der Weg in eine bessere Zukunft eröffnet werden sollte.

Die Reichsregierung kann und will aber diesen bedeutsamen Augenblick, in dem sie in Durchführung des Versailler Vertrages schwere Verpflichtungen auf sich nimmt, nicht vorübergehen lassen, ohne in der Kriegsschuldfrage, die seit 1919 mit schwerem Drucke auf der Seele des deutschen Volkes lastet, klar und unzweideutig ihren Standpunkt darzulegen.

Die uns durch den Versailler Vertrag unter dem Druck übermächtiger Gewalt auferlegte Feststellung, daß Deutschland den

Weltkrieg durch seinen Angriff entfesselt habe, widerspricht den Tatsachen der Geschichte. Die Reichsregierung erklärt daher, daß sie diese Festlegung nicht anerkennt. Es ist eine gerechte Forderung des deutschen Volkes von der Bürde dieser falschen Anklage befreit zu werden. Solange das nicht geschehen ist, und solange ein Mitglied der Völkergemeinschaft zum Verbrecher an der Menschheit gestempelt wird, kann die wahre Verständigung und Versöhnung zwischen den Völkern nicht vollendet werden.

Die Reichsregierung wird Anlaß nehmen, diese Erklärung den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen.

Berlin, den 29. August 1924.

Der Reichskanzler.
gez. Marx.

Englische Übersetzung.

Berlin, 29. 8. 1924. Official. On the occasion of the passing of the laws relative to the London Agreements, the Chancellor of the Reich on behalf of the German Government issues the following proclamation:

With the resolution it has passed today the Reichstag has set its seal to the London Agreements. Therewith a decision has been taken which cannot but be of determinant importance for the destinies of Germany for years to come. The Government feels itself impelled to express its thanks to all those members of the Reichstag who have contributed to this result. All who have had a share in this decision have had to overcome grave misgivings and in many cases have even had to put aside their personal convictions, in order to attain the acceptance of the London Agreements. Hard though it may have been for each individual to come to this decision, no choice was left him if the way to a better future was to be opened to our country.

The German Government cannot and will not allow this momentous occasion to pass, an occasion on which the Government is taking upon itself such grave obligations in execution of the Treaty of Versailles, without clearly and unequivocally affirming its standpoint in the question of Germany's responsibility for the war, a question which has since 1919 lain heavy upon the soul of the German people.

The statement imposed upon us by the Treaty of Versailles under the pressure of overwhelming force to the effect that Germany had by her attack precipitated the world war contradicts the facts of history. The German Government therefore declares that it cannot recognize the statement in question. The German nation justly demands its liberation from the burden of this false accusation. As long as this demand remains unsatisfied and as long as one single member of the comity of nations is branded as having committed a

crime against humanity, no real understanding and no true reconciliation is to be achieved among the nations.

The German Government will take occasion to bring this declaration to the notice of foreign governments.

Berlin, 29th August 1924.

Signed Marx.
German Chancellor.

Französische Übersetzung.

Berlin, 29 août. Officiel. Au nom du Gouvernement allemand, le Chancelier a fait à l'occasion du voe des lois relatives aux conventions de Londres les déclarations suivantes:

En prenant les résolutions d'aujourd'hui, le Reichstag a apposé son sceau sur les conventions de Londres. Ainsi a été prise une décision qui sera, pendant des années, d'une importance capitale pour le destin du peuple allemand. Le Gouvernement allemand éprouve le besoin d'exprimer ses remerciements à tous les membres du Reichstag qui ont contribué à ce résultat. Eux tous ont dû surmonter de graves scrupules et même, dans bien des cas, faire passer à l'arrière-plan leurs convictions personnelles. Quelque difficile qu'ait été pour chacun d'eux cette résolution, il fallait pourtant la prendre, si la voie qui conduit à un meilleur avenir devait être ouverte à notre patrie.

Mais le Gouvernement allemand ne peut ni ne veut laisser passer ce moment important, dans lequel — en exécution du Traité de Versailles — il prend à sa charge de graves engagements, sans exposer clairement et sans équivoque son point de vue au sujet de la question de la responsabilité de la guerre, qui, depuis 1919, pèse si lourdement sur l'âme du peuple allemand.

La constatation qui, sous la pression d'une force extrêmement puissante, nous a été imposée par le Traité de Versailles, savoir que l'Allemagne a déchaîné par son attaque la guerre mondiale, est en contradiction avec les faits d l'histoire. Aussi le Gouvernement allemand déclare-t-il qu'il ne reconnaît pas cette constatation. Le peuple allemand demande, à bon droit, d'être délivré du fardeau de cette fausse accusation. Tant que cette délivrance n'aura pas eu lieu, tant qu'un membre de la communauté des peuples sera flétri comme criminel envers l'humanité, le véritable accord et la vraie réconciliation ne pourront s'accomplir entre les peuples.

Le Gouvernement allemand prendra sujet de faire connaître sa déclaration aux Gouvernements étrangers.

Berlin, le 29 août 1924.

Le Chancelier du Reich:
signé Marx.

Die neutrale Forschung zur Kriegsschuldfrage.

Dr. N. Japikse (Holland).

Es ist allbekannt, daß sich vor einigen Jahren eine internationale Kommission aus Mitgliedern einiger Länder, welche im Krieg ihre Neutralität bewahrt hatten, gebildet hat. Ihrem Namen gemäß[1]) stellte diese Kommission sich zum Zweck, die Kriegsursachen im weitesten Sinne zu erforschen. Von Anfang an hat die Kommission, wie es mit jeder internationalen Zusammenarbeit der Fall zu sein scheint, mit erheblichen Schwierigkeiten gekämpft. Darüber war man sich einig, daß die Untersuchung ein wissenschaftliches Gepräge haben sollte. Allein über den Weg, in welchem man zum Endziel gelangen wollte, offenbarte sich doch ein großer Unterschied. Rein wissenschaftlich vorzugehen ohne jeden Nebenzweck, oder aber — ja auch rein wissenschaftlich vorzugehen, aber mit dem Nebenzweck, eine Bewegung gegen den Artikel 231 des Versailler Vertrags oder gegen den ganzen Vertrag in die Wege zu leiten! Jeder Sachverständige wird verstehen, welcher prinzipielle Unterschied der Arbeitsmethode hier vorliegt. Ich brauche das nicht im besonderen auseinanderzusetzen.

In der Kommission hatte die erstgenannte Richtung, allerdings nach hartem Ringen, die Oberhand bekommen. Doch kamen wieder und wieder Hemmungen vor, die von dem Wunsche einiger Mitglieder nach politischen, oder doch baldigen Erfolgen hervorgerufen wurden. Und über der ganzen Arbeit lag eine Sphäre der Trägheit. Es war, als ob diese Kommission von Anfang an zur Ohnmacht verurteilt wäre.

Letzten Endes hat dann das niederländische Komitee sich aus rein sachlichen Gründen von der internationalen Kommission losgesagt. Sie meinte, den besseren Weg zu wählen, als sie die Führung der Arbeit selber in die Hand nahm. Keinen Augenblick ist sie sich darüber im Unklaren gewesen, daß die Arbeit nicht im Stiche gelassen werden dürfte. Sie wird bald in der Lage sein, ihr endgültiges Programm zu veröffentlichen.

Darüber ist man sich in der niederländischen Kommission durchaus klar, daß die Arbeit ohne jeden direkten, politischen Zweck, also im reinsten wissenschaftlichen Sinne zu erledigen sei. Ohne jeden Vorbehalt, ohne Furcht für die endgültige Auskunft will man allein die geschichtliche Wahrheit, so weit als irgend möglich, ermitteln. Man hat die Absicht, ausländische Mitarbeiter (aus neutralen Ländern) heranzuziehen, und es besteht gute Hoffnung, daß man diese nicht vergebens beanspruchen wird. So wird die Sache ihren ursprünglichen inter-

---

[1]) Der offizielle, englische Name war: Neutral Commission for the investigation of the causes of the world war.

nationalen Charakter so wie so behalten und allein in der Form wird sich eine Änderung vollzogen haben, welche für die Fortführung der Arbeit nur nützlich sein kann.

Persönlich bin ich vom ersten Augenblick an, seit ich mich mit der Kriegsschuldfrage befaßte — vor nahezu zehn Jahren — der festen Überzeugung gewesen, daß die Lösung dieser Frage allein unter Anwendung der strengen historischen Methode zu erreichen sei. Dafür ist es notwendig, das Problem, das für mich reiner gestellt ist als Problem der Kriegsursachen, mit einstweiler Ausschaltung der Schuldfrage, genetisch zu erfassen, d. h. in seiner Entstehungsgeschichte, in seiner Entwicklung von unten auf zu begreifen. Und ich glaube, keinen Einspruch fürchten zu müssen, wenn ich den Frankfurter Frieden als Ausgangspunkt nehme, obwohl ich mir selbstverständlich bewußt bin, daß die europäische Lage anno 1871 nicht allein von diesem Frieden beherrscht worden ist.

Ich habe mich immer sehr darüber gefreut, daß auch die deutsche Forschung sich für einen großen Teil auf die rein wissenschaftliche Methode eingestellt hat. Das hätte man im Lande Rankes kaum anders erwarten dürfen, aber — doch! es hätte auch anders sein können; es ist so viel anders gekommen, als wir Durchschnittsmenschen es erwartet hätten. Ich brauche hier nicht zu beweisen, bis zu welchem hohen Grade die deutsche Forschung das heikle Thema wissenschaftlich aufgefaßt hat. Zu nennen seien nur die Ausgabe der Akten des Auswärtigen Amtes, Brandenburgs stattlicher Band und Montgelas' „Leitfaden". Das genügt.

Man versteht es übrigens ganz gut, daß die deutsche Forschung nicht so frei und unbefangen dem Problem gegenüberstehen kann, als es der neutralen Forschung möglich scheint. Für die erstere behält die Lösung des Problems doch jedenfalls auch einen praktischen Zweck: es heißt, den Schuldparagraphen des Versailler Vertrages loszuwerden.

Bis zu einem gewissen Grade könnte sich dieser Wunsch, der an sich ohne weiteres zu genehmigen ist, der deutschen Forschung hemmend in den Weg stellen. Man entzieht sich diesem Eindruck nicht, wenn man die letzte Broschüre des Herrn Geheimrat Professor Hans Delbrück über den Stand der Kriegsschuldfrage liest. Sie ist ausgezeichnet an sich. Ich brauche das nicht weiter hervorzuheben. Meine Bemerkung bezieht sich allein auf die allgemeine Einstellung des Problems. Delbrück formuliert den jetzigen Stand der Schuldfrage dahin, daß es erwiesen sei, daß an der Verschuldung Deutschlands in der gewöhnlichen Vorstellung kein wahres Wort sei, daß es jedoch zuviel gesagt wäre, daß Deutschland ohne jede Veranlassung oder Provokation überfallen sei, und letztlich, daß es ihm bisher nicht gelungen ist, eine kurze, schlagende Formulierung zu finden, die unzweideutig ausdrücken möchte, inwiefern Deutschland Schuld hat. Meiner Auffassung nach wird man diese letzten Endes in ihrer Wichtigkeit alle anderen überragende Frage allein dann beantworten können, wenn man die Ge-

schichte vom Jahre 1871 ab in ihren großen Zügen aufgebaut haben wird[1]).

In diesem Zusmmenhang darf man sich auch fragen, ob eine eventuell für Deutschland günstige Lösung der Schuldfrage die großen Erfolge haben würde, welche viele heute sehnlichst erwarten. Ich erlaube mir hier, an die eingehende Auseinandersetzung des Herrn Dr. Köster über die Entstehung des Schuldparagraphen zu erinnern. Die ganze Geschichte ist, wie er erwiesen hat, rein politischer Natur und hat mit dem wissenschaftlichen Studium der Kriegsursachen nichts zu tun. Hat jedoch der Bericht der von der Friedenskonferenz eingesetzten Sachverständigen-Kommission nicht einmal die Entstehung beeinflußt! Und was diesen Bericht anlangt, kann ich nicht glauben, daß es jetzt noch wirklich unbefangene Historiker gibt, die aus den hier angeführten Gründen Deutschlands Alleinschuld annehmen würden. Aber doch ist es sehr fraglich, ob es Deutschland viel nutzen würde, selbst wenn die Mehrzahl der Historiker der ganzen Welt sich hierüber zugunsten Deutschlands aussprechen würde. Die führenden Männer der Labour-party, die jetzt die englische Regierung inne haben, sind doch gewiß nicht überzeugt von Deutschlands Alleinschuld, ganz abgesehen von dem oben erwähnten Bericht. Aber sie hüten sich, die Frage in der Londoner Konferenz zu berühren, weil ihnen das politisch unmöglich ist. Das Versailler Traktat ist rein politischer Natur und wird allein bei vollständiger Änderung der politischen Lage eingehend umgestaltet werden können, wie es bei der veränderten Lage in der Ausführung schon teilweise umgearbeitet ist. Aber diese Entwicklung vollzieht sich ohne jegliche Beeinflussung der wissenschaftlichen Forschung.

Man meine jedoch nicht, daß ich deswegen die Erfolge der Erforschung der Kriegsursachen leicht einschätze. Sondern sie werden an erster Stelle wissenschaftlicher und moralischer Natur sein, und in diesem Sinne kann jeder, der es versteht zu sehen, sie schon jetzt in erheblichem Maße spüren. Inwieweit sie politischer Natur werden könnten, wird jedoch hauptsächlich von der politischen Lage selber abhängen. Zwingen läßt sich diese nun einmal nicht von rein wissenschaftlichen Erwägungen, und ob von moralischen, darf für den Augenblick dahingestellt bleiben.

Selbstverständlich ist es freudig zu begrüßen, daß die deutsche Nation sich mit moralischen und wissenschaftlichen Mitteln der Anklage widersetzt, welche in schärfster Form von Clemenceau in Versailles zum Ausdruck gebracht ist. Hier handelt es sich um eine tief eingewurzelte Überzeugung, die an sich Achtung gebietet. Allein sie wird im Auslande nur dann durchdringen können, wenn sie in der wissenschaftlichen Forschung reiche Nahrung findet. Hier eben dürfte die neutrale Forschung große Bedeutung haben können, im besonderen,

---

[1]) In welcher Richtung ich mir die weitere Problemstellung denke, habe ich im Archiv für Politik und Geschichte (April 1924) dargelegt.

wenn auch die anderen Völker ihre Archive öffnen würden, wofür die Vorzeichen sich besser als je gestalten, und in der Voraussetzung, daß die deutsche Überzeugung mit der endgültigen wissenschaftlichen Wahrheit in Einklang gebracht werden kann, was man nach den Erfolgen der Untersuchungen der letzten Jahre mit ziemlicher Sicherheit erwarten darf.

Nochmals die russische „Verantwortlichkeit".

Antwort an Herrn Professor Barbagallo in Mailand[1])

von Staatsminister a. D. von Jagow.

Im Juliheft der „Kriegsschuldfrage" hat Professor Barbagallo einen Artikel veröffentlicht, den er selbst als eine „Ergänzung" bzw. „Neubearbeitung" seiner früheren Studie über den Kriegsausbruch auf Grund neuer Urkunden und Informationsquellen bezeichnet. Die genannte Studie hatte bereits zu einer publizistischen Aussprache mit dem Grafen Max Montgelas Anlaß gegeben, und es kann nur als ein weiterer Beweis für das objektive Streben des italienischen Gelehrten nach historischer Wahrheit anerkannt werden, daß er sich den Einwänden und Argumenten der deutschen Erwiderung — zum Teil wenigstens — nicht verschlossen hat.

An einer Behauptung freilich hält Professor Barbagallo auch in seiner neuesten Veröffentlichung fest, nämlich der angeblichen Abweichung der Ansichten und Handlungen, die zwischen dem Reichskanzler und mir bestanden hätte. Nachdem er die Haltung Sasonows und deren Motive darzustellen versucht hat, geht er auf die Wirkung der russischen Maßnahmen in Berlin über und sagt: „Das Staatsschiff wurde hier nicht mehr von einem Steuermann geleitet, sondern von drei aus dreierlei Befürchtungen heraus: von dem Generalstabe, der sich angesichts der furchtbaren russischen Rüstungen mit gutem Recht verpflichtet fühlt, blitzartig mit dem Kriege zu antworten; von dem Kanzler, der in Wien im Sinne der Formel Sasonows arbeitete; von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, von Jagow, der in zwei aufeinanderfolgenden Tagen gegenüber der russischen Regierung sowohl die eine wie die andere Formel zurückweist (31. Juli, Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministers a. a. O. Seite 31, 36), unbekümmert um die Folgen, die sein Eigensinn hervorbringen könnte."

Die Begründung für seine Auffassung glaubt der geschätzte Autor also mit Ablehnung der russischen und englischen Formel durch mich finden zu sollen und führt dabei in einer Anmerkung namentlich ein

---

[1]) Siehe den Artikel Seite 249 ff. im Juliheft dieser Monatsschrift.

Telegramm des Reichskanzlers vom 31. Juli (D. D. Nr. 464) an. Als gravierend erachtet er ferner, daß die Sasonowsche Formel sowohl von unserem Botschafter in Petersburg, wie vom Reichskanzler für „annehmbar" gehalten worden sei. Nun berichtet aber Graf Pourtalès in seiner Schrift „Am Scheidewege zwischen Krieg und Frieden" (S. 52) über das Gespräch mit Sasonow, das sich am 31. Juli an die Aufstellung der Formel durch letzteren geknüpft hat, wie folgt: „Ich erklärte dem Minister, ich fürchtete, daß Österreich-Ungarn diese Formel nicht annehmen werde, da sie tatsächlich die bisherigen Forderungen Rußlands im vollen Umfange aufrechterhalte". Er schreibt dazu noch, der einzige Punkt, der bei ihm einen Schimmer von Hoffnung hätte aufkommen lassen, wäre der gewesen, daß die Formel nicht die Forderung enthalten habe, Österreich-Ungarn solle seine militärische Expedition gegen Serbien nicht sofort einstellen. Auf diesen Punkt — den er nota bene Sasonow gegenüber nicht berührt hat — hat der Botschafter dann auch in seiner telegraphischen Mitteilung nach Berlin aufmerksam gemacht, nachdem er vorher jedoch der Ansicht Ausdruck gegeben hatte, daß die Sasonowschen Forderungen „kaum annehmbar sein dürften". (D. D. Nr. 421.) Die Annahme, daß Graf Pourtalès die Formel für annehmbar gehalten hätte, dürfte somit hinfällig sein, der Reichskanzler aber bemerkt zu dem Telegramm des Botschafters nach Kenntnisnahme desselben: „Welche Punkte des Ultimatums hat Serbien überhaupt abgelehnt? Meines Wissens doch nur die Teilnahme österreichischer Beamter an den Gerichtsverhandlungen. Österreich könnte auf diese Teilnahme verzichten unter der Bedingung, daß es bis zur Beendigung der Verhandlungen Teile Serbiens mit seinen Truppen besetzt hält." (D. D. Nr. 421 Anm. 2.) Herr von Bethmann bittet also zunächst um Information, um welche Punkte des Ultimatums es sich eigentlich handelt, was ihm momentan nicht ganz gegenwärtig ist, und erhält diese Auskunft durch den Unterstaatssekretär Zimmermann, der dann zu den Akten bemerkt: „Durch mündlichen Vortrag erledigt" (eodem loco). Im übrigen gibt der Kanzler von seinen Marginalien ungefähr die Ansicht Sr. Majestät des Kaisers wieder (D. D. Nr. 293) und begegnet sich darin auch mit dem Gedanken, den Sir Edward Grey in seinem nunmehr folgenden Vorschlag vertreten wird. Sasonows Forderungen gingen aber über einen Punkt hinaus (les points qui portent atteinte). Seine Formel hielt, wie Graf Pourtalès ihm gleich erwidert hat, die Forderungen Rußlands im vollen Umfange aufrecht, d. h. Österreich sollte unter der Drohung der russsischen Mobilmachung anerkennen, daß sein Streit mit Serbien eine Frage von europäischem Belang sei, und die Punkte seines Ultimatums zurückziehen, die — nach russischer Ansicht — die Souveränitätsrechte Serbiens verletzten. Dann erst, d. h. wenn Öestrreich sich dem Willen Rußlands unterworfen hätte, würde letzteres seine militärischen Maßregeln einstellen. Auch uns war die österreichische Note zu scharf

erschienen[1]), aber eine Zurücknahme in der Form, die Sasonow verlangte, stellte für eine Großmacht eine Demütigung dar, die wir den Bundesgenossen weder zumuten, noch bei ihm durchsetzen konnten. Der Reichskanzler teilte diese Auffassung und in diesem Sinne habe ich auch dem russischen Botschafter geantwortet, ich habe aber ausdrücklich hinzugefügt (siehe Telegramm Swerbejews vom 30. Juli, Nr. 146[2]), daß Graf Szapary beauftragt sei, die Verhandlungen mit Sasonow fortzuführen und daß außerdem ein neuer Vorschlag Grey's vorhanden sei, der aller Wahrscheinlichkeit nach in Petersburg bereits bekannt sei[3]). Die Tür der Verhandlungen war also unsererseits keineswegs geschlossen. Herr Sasonow aber hatte, noch ehe die Antwort aus Berlin eintreffen konnte, die Gesamtmobilmachung (also auch an unseren Grenzen!) beim Zaren bereits durchgesetzt. Wer ist hier, so möchte ich fragen, der Eigensinnige? Ich, der ich weiter auf den Weg der Verhandlungen wies, oder Herr Sasonow, der — obgleich Österreich schon erklärt hatte, die Integrität Serbiens nicht antasten zu wollen (nota bene zu Beginn eines Krieges gegen dieses Land) — von seinen Forderungen nicht ablassen wollte und dabei mit seinen Kriegsdrohungen fortfuhr?

Was sodann den Abänderungsvorschlag Greys zur ersten Formel Sasonows betrifft (Blaubuch 103), so konnte diese Anregung amtlich zunächst nur nach Petersburg mitgeteilt werden[4]). Ein Telegramm des Königs von England an den Prinzen Heinrich von Preußen enthielt jedoch ungefähr denselben Vorschlag (D. D. 452). Dieser wurde nun ohne Zeitverlust[5]) nach Wien weitergegeben (D. D. 464) und zwar nicht etwa auf Grund einer, mit den Ansichten seiner Mitarbeiter in Widerspruch stehenden Initiative des Reichskanzlers. Das Telegramm wurde vom Prinzen Heinrich selbst dem Reichskanzler überbracht und ich war bei der Unterredung mit ihm zugegen. Die Beschlüsse wurden sofort und

---

[1]) Inwieweit die Forderungen Österreichs für Serbien erträglich oder unerträglich erscheinen konnten, darüber will ich mit Herrn Professor Barbagallo hier nicht streiten, er wird sich ohne Zweifel des Ultimatums erinnern, das Italien an Griechenland gestellt hat.

[2]) Amn. der Schriftleitung: Russischer Wortlaut dieses Telegramms: Krasny-Archiv Band I S. 26. Deutsche Übersetzung: „Der Beginn des Krieges 1914, Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums" Seite 65. Dtsch. Verl.-Ges. für Pol. u. Geschichte, Berlin W 8.

[3]) Die Wiedergabe dieser Unterredung im russischen Orangebuch 1914 (Nr. 62) in der Form, daß ich nur die Formel als für Österreich unannehmbar bezeichnet hätte, ohne auf die weiteren Verhandlungsmöglichkeiten hinzuweisen, ist unter den vielen Fälschungen der russischen Dokumente eine der allerschlimmsten.

[4]) Aus einem Telegramm Lichnowskys (D. D. 439) ist nur zu ersehen, daß Grey vollkommen den deutschen Standpunkt teilt.

[5]) Zwischen Ankunft des Telegramms des Königs und dessen Weitergabe nach Wien liegen nur 3½ Stunden, was in Anbetracht der zurückzulegenden Wege und der für das Chiffrieren benötigten Zeit sehr wenig ist.

gemeinsam gefaßt. Wenn der Entwurf des Telegramms nach Wien von der Hand des Unterstaatssekretärs geschrieben und vom Reichskanzler noch mit einem eigenhändigen kurzen Zusatz versehen ist, so ist es bei gemeinsamen Beratungen nur Sache des Zufalls, wer gerade die Feder führt und unter Zustimmung der anderen das Ergebnis zu Papier bringt.

Die Unterredung zwischen Swerbejew und mir, am 31. Juli, 10 Uhr vorm. (Tagesaufzeichnungen des russischen Außenministeriums S. 42), bezog sich noch auf die erste Formel Sasonows, die ebenso wie ich auch Grey und selbst Poincaré für ungeeignet erachtet hatten (Blaubuch 103 und 99). Am Vormittag des 31. Juli konnte Swerbejew nur von der ersten Formel Sasonows sprechen, da ihm der Abänderungsvorschlag Greys vom russischen Ministerium selbstverständlich nicht mitgeteilt wurde, die zweite Formel Sasonow aber von Petersburg so spät am Abend des 31. abgeschickt worden ist, daß sie erst am 1. August in London eintreffen konnte (Orangebuch 67, Blaubuch 120 und 132). In Berlin ist sie von Swerbejew überhaupt nicht mehr zur Sprache gebracht worden. Nur der britische Botschafter hat sie am 2. August, als die Würfel längst gefallen waren, dem Unterstaatssekretär flüchtig vorgelesen (D. D. 720).

Was aber hatte Sasonow aus dem Greyschen Vorschlag gemacht? Er formuliert:

„Si l'Autriche consentira à arrêter la marche de ses troupes sur le territoire serbe, si, reconnaissant que le conflit austro-serbe a assumé le caractère d'une question d'intérêt européen, elle admet que les Grandes Puissances examinent la satisfaction que la Serbie pourrait accorder au Gouvernement d'Autriche-Hongrie sans laisser porter atteinte à ses droits d'État souverain et à son indépendance, la Russie s'engage à conserver son attitude expectante.“ (Blaubuch Nr. 120.) Er verlangt also sofortiges Halt für österreichische Truppen (ohne Besetzung Belgrads) und tut noch einen Schritt hinter seiner früheren Zusage zurück, indem er nur die Beibehaltung der „attitude expectante“ Rußlands in Aussicht stellt. Von einer Zurückziehung der militärischen Maßregeln russischerseits ist nicht mehr die Rede. Inzwischen war auf Drängen Sasonows die russsische Gesamtmobilmachung erfolgt. „Die abwartende Haltung“ sollte offenbar darin bestehen, daß Rußland zwar zum Krieg gerüstet gegen Österreich und Deutschland stand, aber nur so lange nicht zu kriegerischen Aktionen übergehen wollte, als die Verhandlungen schwebten und bis Rußland seine Forderungen durchgesetzt haben würde, daß durch den Aufmarsch der russischen Armee ein für uns militärisch ganz unhaltbarer Zustand geschaffen würde. mußte Herr Sasonow sehr gut wissen und ich brauche darauf hier nicht mehr einzugehen, da Professor Barbagallo diese militärische Lage ja auch zu würdigen scheint.

Wo ist nun die Meinungsverschiedenheit zwischen mir und dem Reichskanzler? Ich kann Herrn Barbagallo nur versichern — Herr von

Bethmann ist leider tot und kann meine Versicherungen nicht mehr bestätigen —, daß zwischen uns über die Behandlung dieser Fragen keinerlei Gegensätze bestanden haben. Kein Schritt ist geschehen, der, soweit er von mir ausging, nicht die Zustimmung des Reichskanzlers gefunden, oder bei dem, vice versa, dieser nicht meinen Rat eingeholt hätte! In seinem Telegramm Nr. 33 läßt z. B. auch Swerbejew mich sagen, eine endgültige Antwort würde ich ihm nach einer sofortigen Besprechung mit dem Reichskanzler geben. Wer unsere Dokumente genau prüft, wird finden, daß sowohl die Mehrzahl der Telegramme von mir oder einem meiner Referenten konzipiert, bzw. von mir korrigiert ist. Änderungen sind nur mit meiner Kenntnis und Zustimmung erfolgt, und wo die Niederschrift von der Hand des Reichskanzlers selbst ist, ist dies meist bei einer gemeinsamen Beratung geschehen.

Ich würde mich diesen allzu langwierigen Ausführungen enthalten haben, wenn ich nicht aus den unverkennbaren Bemühungen des Professors Barbagallo zur Wahrheit und Objektivität die Überzeugung schöpfte, daß er bei nochmaliger gründlicher Nachprüfung aller einschlägigen Dokumente an der Hand obiger Darlegungen seine Auffassung revidieren und auch zu dem Ergebnis gelangen wird, daß seine Konstruktionen von der in Berlin herrschenden konträren Strömung — ich contra Reichskanzler — sich nicht aufrechterhalten läßt. Daß der Generalstabschef „angesichts der furchtbaren russischen Rüstungen" auf eine Entscheidung und prompte Aktion drängte, ist richtig. Herr Barbagallo gibt selbst zu, daß er „sich mit gutem Recht hierzu verpflichtet gefühlt" habe. Lag doch unser einziger Vorteil der feindlichen Überzahl gegenüber in unserer schnelleren Schlagkraft, und jede Minute Zeitverlust mußte die Gefahr für uns vergrößern. Aber General von Moltke telephoniert noch am 31. Juli auf eine Meldung über die russische Mobilmachung (in Mlava sollten schon rote Zettel angeklebt sein), er müsse solch einen roten Zettel haben, und fügt hinzu: „früher kann ich keine Mobilmachung erreichen". In Petersburg dagegen hat schon am 30. der Außenminister dem Zaren die Mobilmachungsorder abgerungen und dies dem Generalstabschef mit dem Hinzufügen mitgeteilt: „Jetzt können sie das Telephon zerbrechen". (Damit nämlich der Befehl nicht mehr rückgängig gemacht werden könnte.)

Professor Barbagallo hat überzeugend ausgeführt, wie Sasonow nach anfänglich friedlicher Haltung dann umgestimmt wird und nun zu Drohungen und Kriegsmaßregeln greift, um seine Forderungen durchzusetzen. Wie oft war er gewarnt worden, die Dinge nicht durch militärische Maßregeln zu erschweren und unheilbar zu überstürzen! Graf Pourtalès bittet ihn schon am 26., „die diplomatische Arbeit nicht durch militärische Maßnahmen durchkreuzen zu lassen", sagt ihm: „Um Gottes Willen geben Sie nicht den Generalstäben das Wort!" und stellt ihm die Lage, die dadurch geschaffen würde, klar vor Augen. Und seitdem warnt er ihn Tag für Tag immer wieder. Der Kaiser warnt den Zaren.

ich warne Swerbejew, der Kanzler und ich sprechen dem englischen Botschafter unsere Befürchtungen aus (Blaubuch Nr. 43, 98 und Nr. 71, 108). Alles vergebens. Sasonow, wie jeder andere Staatsmann mußten wissen, daß Drohungen und Kriegsmaßregeln nicht die Mittel sind, die man Großmächten gegenüber anwenden darf, um Differenzen aus dem Wege zu räumen. Aber sein reizbares Temperament und sein slavischer Fanatismus (der keinem verborgen blieb, der ihn näher kannte[1]) haben die Herrschaft über ihn gewonnen und ihn halsstarrig gemacht. Er treibt die Mobilisation weiter, er bleibt eigensinnig bei seiner Formel, die unannehmbar erschien, und gibt dem Grey'schen Vorschlag eine Fassung, die noch intransigenter wird, als seine eigene frühere Formel. War es möglich, daß Sasonow wirklich glaubte, durch Verhandlungen — und noch dazu auf solcher Basis — zu einer Verständigung gelangen zu können, während die Millionenarmeen schon kriegsbereit und drohend an den Grenzen einander gegenüberstanden? Und derselbe Sasonow erwidert in der letzten Unterredung dem Grafen Pourtalès auf dessen Bemerkung, daß die Verantwortung für den Krieg allein diejenigen treffe, die die russische Mobilmachung durchgesetzt und damit ohne Anlaß eine schwere Bedrohung und Herausforderung Deutschlands hervorgerufen hatten: „Was konnte ich als Minister des Äußern tun, wenn der Kriegsminister dem Kaiser erklärt, daß die Mobilmachung nötig sei?“[2]) Satis superque!

Zum Schluß möchte ich noch eine Bemerkung zu dem Bericht des Berliner Botschafters Swerbejew und des Journals des Baron Schilling machen. Daß beide erst nachträglich abgefaßt bzw. fertiggestellt sind, dürfte sich schon aus dem Inhalt des Berichtes eines chronologischen Resumés der Tage vom 29. Juli bis 2. August, und hinsichtlich des Journals daraus ergeben, daß in ihm der botschaftliche Bericht stückweise je nach den Tagen, die der Inhalt betrifft, und an denen er also noch gar nicht in Petersburg eingetroffen sein konnte, eingeschaltet ist. Vergleicht man nun den Bericht Swerbejews mit seinen Telegrammen, so wird man den Abstand zwischen ihnen wahrnehmen. Die Telegramme geben die diplomatischen Gespräche viel präziser und unmittelbarer wieder, sie dürften als Informationsquelle zweifellos höher zu bewerten sein. Auf den offenbar am Schlusse des Berliner Aufenthalts geschriebenen Brief ist, wie mir scheint, die gesteigerte Gereiztheit des Autors und der Druck des Gefühls seiner eigenen Verantwortung nicht ohne Einfluß geblieben, es macht den Eindruck, als hätte der Botschafter bei Abfassung es sich vor allem angelegen sein lassen, sein eigenes Verhalten in Petersburg zu rechtfertigen. Er verbreitet sich viel weitläufiger über seine eigenen Ausführungen als über die meinigen; die Argumente, die er mich brauchen läßt, erscheinen

[1]) Ein geistreicher Prälat in Rom bezeichnet ihn einmal: „Notre petit jésuit orthodoxe.“

[2]) Seite 86 der Schrift des Grafen Pourtalès „Am Scheidewege zwischen Krieg und Frieden“.

mitunter fast kümmerlich. Als Beispiel erwähne ich nur das Gespräch vom 29. Juli nach Eingang der Nachricht von der russischen Mobilmachung gegen Österreich. Im Bericht läßt Swerbejew mich sagen. hiernach sähe sich Deutschland gezwungen, ebenfalls zu mobilisieren usw., während das Telegramm vom selben Tage (nach sachgemäßer Ergänzung der kleinen Verstümmelungen) meldet, ich habe gesagt: „Wenn Sie einmal gegen Österreich mobilisieren, so werden Sie auch Maßregeln gegen uns treffen. Wir sind (dann) genötigt, die Mobilisierung gegen Rußland zu erklären, hierauf wird sie gegen Frankreich erfolgen, und wenn alle Großmächte unter den Waffen sein werden, so scheint mir der Krieg unvermeidlich zu sein." Die Version des Telegramms entspricht auch den von mir den Botschaftern Frankreichs[1]) und Englands gemachten Darlegungen. Daß ich zum russischen Botschafter vielleicht etwas lebhafter und schärfer gesprochen habe, ist möglich, da ich ihm an erster Stelle den Ernst der Lage vor Augen führen wollte. Leider habe ich den Gang der Dinge nur zu genau vorausgesagt! ..

Graf Pourtalès gegen Sasonow!

Von dem ehemaligen deutschen Botschafter in Petersburg, Graf Pourtalès, ist uns nachstehende sehr bedeutsame Zuschrift zugegangen. Die Schriftleitung.

„In der vollständigen authentischen Übersetzung der „Tages-Aufzeichnungen des ehemaligen Russischen Außenministeriums" finde ich bei genauem Studium noch einige Punkte, die ich mich nicht erinnere, in der Publikation der „Vossischen Zeitung" gefunden zu haben, die ich vielleicht auch übersehen habe[2]).

Was die unrichtigen Angaben der „Tages-Aufzeichnungen" bezüglich der Tage und Stunden meiner Unterredungen mit Sasonow betrifft, so darf ich mich auf meine früheren Mitteilungen beziehen und möchte nur kurz resümieren:

---

[1]) Siehe Nr. 67 des französischen Geldbuchs. Telegramm Cambons vom 27. Juli 1914.

[2]) Anmerkung der Schriftleitung:

Die „Tages-Aufzeichnungen" sind zuerst in der „Vossischen Zeitung" erschienen. Da die Darstellung nicht vollständig mit dem russischen Originaltext übereinstimmte, hat die Zentralstelle noch einmal eine Original-Übersetzung in Buchform angefertigt und mit Erläuterungen versehen bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin, Unter den Linden 17/18, herausgegeben: „Der Beginn des Krieges 1914'", Tages-Aufzeichnungen des ehemaligen Russischen Außenministeriums. Vollständige Übersetzung der Veröffentlichung aus dem Archiv der Sowjetregierung (Krasny-Archiv. Heft IV. Moskau 1924). Mit einem Vorwort von Alfred von Wegerer.

Am 29. August habe ich drei Unterredungen mit dem Minister gehabt:

Die erste um 11 Uhr vormittags, in welcher ich die beiden Telegramme des Reichskanzlers vom 28. Juli Nr. 130 und 131 (Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch Band II, Seite 22 und 35, Nr. 300 und 317) verwertete. Zu dieser Unterredung hatte ich mich beim Minister angemeldet.

Die zweite Unterredung fand nachmittags um 3 Uhr statt. Der Minister hatte mich zu sich bitten lassen, um mir mitzuteilen, daß das Wiener Kabinett direkte Besprechungen mit Petersburg kategorisch abgelehnt habe. Das Telegramm, welches ich über diese Unterredung nach Berlin richtete, ist in Petersburg um 6 Uhr 10 nachmittags aufgegeben (Dokumente zum Kriegsausbruch Band II, Seite 83 Nr. 365). Das Telegramm des Reichskanzlers Nr. 134 (Dokumente zum Kriegsausbruch Band II, Seite 59 Nr. 342) konnte um diese Zeit noch gar nicht in meinen Händen sein, da dasselbe in Berlin erst um 12 Uhr 50 (nach russischer Zeit etwa 1 Uhr 50) zum Haupt-Telegraphen-Amt gebracht worden war. Was daher die „Tages-Aufzeichnungen" über meine Unterredung um 3 Uhr sagen, ist durchweg unrichtig, denn die Mitteilung des oben erwähnten Telegramms Nr. 134 des Reichskanzlers erfolgte erst in meiner dritten Unterredung mit Sasonow gegen 6 Uhr abends, und der heftige Auftritt zwischen mir und dem Minister, bei welcher letzterer die Äußerung tat: „maintenant je n'ai pas de doute etc.", hatte schon am Tage vorher stattgefunden (cfr. meine Schrift „Am Scheidewege pp.", Seite 33).

In der dritten Unterredung vom 23. Juli, abends gegen 6 Uhr, zu welcher ich mich angemeldet hatte, beschränkte sich Sasonow darauf, meine Mitteilung des Telegramms Nr. 134 des Reichskanzlers mit sichtlicher Erregung entgegenzunehmen und mir zu sagen, daß er dieselbe seinem Kaiserlichen Herrn unterbreiten werde. Die Überreichung der „Sasonow'schen Formel" erfolgte nicht in der nächtlichen Unterredung in der Nacht vom 29. zum 30. Juli, sondern erst am 30. Juli mittags.

Die vorstehenden Irrtümer der russischen „Tages-Aufzeichnungen" mögen nun auf Mißverständnissen und Verwechslungen beruhen, denen keine besondere Tendenz zugrunde lag. Anders steht es mit der ausgesprochenen F ä l s c h u n g der von mir in meiner dritten Unterredung gemachten Mitteilung. In den „Tages-Aufzeichnungen" heißt es ausdrücklich, ich hätte, was auch richtig ist, dem Minister das Telegramm des Reichskanzlers v o r g e l e s e n. Der Schlußsatz dieses Telegramms aber lautete: „Und daß ein europäischer Krieg kaum noch aufzuhalten sein werde." (Dokumente zum Kriegsausbruch Band II, Seite 59 Nr. 342). Um den Eindruck dieser Mitteilung noch etwas zu mildern, hatte ich von mir aus hinzugefügt, daß es sich nicht um eine Drohung, sondern um eine freundschaftliche Mahnung handele. (cfr. mein Telegramm an das Auswärtige Amt Nr. 187 vom 29. Juli, Dokumente zum Kriegsausbruch Band II, Seite 101 Nr. 378). Aus dieser

Mitteilung haben nun die russischen „Tages-Aufzeichnungen“ eine Drohung gemacht, wie man sie sich plumper kaum vorstellen kann. Es heißt da, meine Mitteilung hätte gelautet: „pp. daß, wenn Rußland seine militärischen Vorbereitungen fortsetzen sollte, wenn es auch nicht zur Mobilmachung schreite, Deutschland sich gezwungen sehen werde zu mobilisieren, und in diesem Falle werde es sofort zum Angriff übergehen“[1]). Man kann nur annehmen, daß diese grobe Fälschung bewußt und in einer bestimmten Absicht erfolgt ist. Wahrscheinlich brauchte Sasonow eine herausfordernde deutsche Drohung, um den schwankenden Zaren zur Genehmigung der allgemeinen Mobilmachung zu bewegen. Er hat sich dann auch beeilt, meine Mitteilung (wahrscheinlich die gefälschte) sofort zur Kenntnis des Kaisers Nicolaus zu bringen.

Mir scheint dieser Vorgang in hohem Maße belastend für Sasonow: ich möchte daher zur Erwägung stellen, ob es sich nicht empfehlen möchte, gelegentlich auf denselben besonders hinzuweisen.

„LA VICTOIRE.“

Baron Baudran.

„La Victoire“ ist eine vortreffliche Abhandlung von Alfred Fabre-Luce über den Krieg, über das, was ihm voranging und was nach ihm kam. Sie entstammt der Feder eines Diplomaten, der, entgegen dem angeblichen Hauptgrundsatz der Leute vom „Beruf“, der Ansicht ist, daß das Wort dem Menschen nicht gegeben ist, seine Gedanken zu verbergen, sondern, im Gegenteil, um sie restlos bekanntzugeben.

Das Werk zerfällt in zwei Teile: „Wie kam es zum Kriege“. — „Der versäumte Friede“.

In dem ganzen Buch eint sich die Klarheit des Verstandes mit einer vollendet sicheren Beobachtung, die gründliche Kenntnis der Ursachen und Folgen mit einem Urteil von seltener, in unsern Tagen fast nicht mehr zu findender Objektivität.

Die ganze These des Verfassers über die weit zurückliegenden und unmittelbaren Kriegsursachen ist in einen einzigen Satz zusammengedrängt:

„Zu Beginn des XX. Jahrhunderts war es die Diplomatie, welche den Anstoß gab; die Rüstungen folgten.“

Gibt es eine knappere und zugleich volkommenere Erklärung für die zahlreichen Enthüllungen der Nachkriegszeit, der unzähligen, fast

[1]) „Der Beginn des Krieges 1914.“ Tages-Aufzeichnungen Seite 18. (Anmerkung der Schriftleitung.)

allenthalben veröffentlichten offiziellen Dokumente, der Memoiren, mit denen uns die Politiker aller Länder erbarmungslos bombardiert haben, ohne Zweifel, um die Frage noch mehr zu verdunkeln?

Eine ebenso einwandfreie Sicherheit des Urteils offenbart sich nicht minder glänzend in der Schilderung der französisch-deutschen Beziehungen, „dem Angelpunkt der europäischen Politik." Der Verfasser zählt die seit dem Sturze Bismarcks gemachten Annäherungsversuche Deutschlands auf, alle vergeblich und zur Erfolglosigkeit verurteilt, da nun doch einmal die elsaß-lothringische Frage, die man immer als Trumpf in der Hand behielt, ein ewiges Hindernis bildtete, jene „heiligen Schmerzen, die zur Annahme des Kampfes führten."

Es ist schwer, ein treffenderes Bild der so seit vierzig Jahren geschaffenen Situation zu entwerfen, als es Herr Fabre-Luce tut, indem er uns zeigt, „wie Frankreich in einer instinktmäßigen Erwartung der Katastrophe lebte, aber ohne sich dessen klar bewußt zu sein, und dabei immer noch auf Frieden hoffte. Es lehnte den status quo ab, jedoch auch den Konflikt. Dieser Widerspruch ermöglichte es ihm, keine Schuld auf sich zu laden; aber es kam dadurch eine gewisse Unsicherheit in seine Politik, die abenteuerliche Männer ausnutzen konnten, um es in den Krieg zu hetzen, ohne dabei sein Vertrauen zu verlieren."

Diese Abenteurer fanden sich; sie nahmen den Patriotismus als ihr Monopol in Anspruch in der Hoffnung auf ihr systematisch verfolgtes Ziel, den Krieg; sie entwürdigten die Vaterlandsliebe zum Gefühle gehässigster Rachsucht, die mit allen Mitteln gegen ein einzelnes Volk wachgehalten wurde, aber bereit war, von anderer Seite schmähliche Demütigungen auf sich zu nehmen, einem brutalen Ultimatum sich zu beugen und den nationalen Stolz einzustecken, der mit großem Tamtam nur im Bedarfsfalle zur Schau getragen wurde.

„Frankreich und Deutschland — sagt der Verfasser — liebten den Frieden; und trotzdem war dieser nur möglich infolge beiderseitiger Fehler."

Durch beiderseitige Fehler! Enthalten diese drei Worte in sich nicht schon den Keim einer künftigen Aussöhnung auf Grund der Erkenntnis dieser Fehler? Weisen sie nicht auf den Tag hin, an dem Frankreich und Deutschland ernstlich ihren Streit beilegen und sich zur Annahme eines modus vivendi guter Nachbarschaft entschließen könnten, der leicht zu finden wäre, wenn die Völker, ihr Schicksal, anstatt es in die Hände von „Abenteurern" der erwähnten Art zu legen, die Sorgen für die Sicherung ihrer Ruhe, ihres Friedens, ihres wirtschaftlichen Wohlstandes, ihres Handelsreichtums ehrlichen und wahrhaftigen Friedensfreunden anvertrauten?

Nachdem Herr Fabre-Luce die beiden sich widersprechenden Grundansichten Poincarés und Caillaux' erörtert hat, von denen die eine unglücklicherweise zum Kriege führte. die andere auf einen Frieden hinzielte, der auf Kompromissen, auf Zugeständnissen, auf wohl durchdachten Interessen beruhte, erwägt er die Möglichkeit einer dritten politischen Richtung, einer rein französischen Politik, die darin bestehen müßte, „unsere Haltung gegenüber allen Mächten nach dem weit höher stehenden Interesse des Friedens zu orientieren". Tatsächlich trugen die Bündnisse eine offenbare Kriegsgefahr in sich, da eine erst einmal dazu bewogene Macht nie darauf schwören konnte, daß sie nicht gegen ihren Willen, sei es durch Unklugheit, durch Ehrgeiz oder Schwierigkeiten ihres Verbündeten in einen Konflikt sich hineingezogen sehen würde. Aus einer gleichartigen Politik gegenüber Deutschland und England hätten sich bei aller Wahrung vollkommener Handlungsfreiheit Vorteile ziehen lassen. Statt dessen hat Frankreich „in dem Wunsche, ein Defensiv-Bündnis gegen Deutschland zu bilden, nur eine Genossenschaft von Eroberern zusammengeschweißt".

Hinsichtlich der unmittelbaren Verantwortlichkeit für den Krieg hebt der Verfasser gerechterweise hervor, wie sehr neben der Erregung der kriegerischen Vorbereitung, die seit Beginn des Konfliktes sich bemerkbar machte, die Rechtsfragen verblassen, an welche die Polemiker um die Wette sich anklammerten. Für ihn teilt sich die Sache der „Schuldfrage" folgendermaßen: in eine diplomatische Provokation, die von den Mittelmächten ausging, aber keine dringende Gefahr schuf, und in eine militärische Provokation, die ohne gänzlich unerwartet zu sein, nichts desto weniger Deutschland zu unverzüglichen Gegenmaßnahmen zwang. In Wirklichkeit — sagt der Verfasser — „haben Deutschland und Österreich getan, was den Krieg möglich, der Drei-Verband, was ihn gewiß machte."

Fehler auf der einen Seite, ein Gewaltakt auf der andern: das ist der Schluß, zu dem man kommt. Er zeigt, daß jeder seinen Teil an der Verantwortlichkeit für den großen Konflikt gehabt hat, und systematischer Eigensinn, Dummheit, Unwissenheit und Unehrlichkeit ist es, wenn man sich darauf versteift, immer wider die Alleinschuld einer der Parteien auszuposaunen.

Im zweiten, dem „versäumten Frieden" gewidmeten Teil befaßt sich Fabre-Luc mit dem Vertrag von Versailles, den Reparationen, der Ruhrbesetzung und er dringt vor bis zu den neuen Wahlen vom letzten 11. Mai, an deren Vorabend sein Buch erschienen ist und von dem er eine Änderung der französischen Politik erhofft. In meisterhaften Betrachtungen voll Klugheit und Wahrheitsliebe erläutert er, wie der „wahre Friede" nur aus der beiderseitigen und aufrichtig gewollten Übereinstimmung der beiden Völker sich ergeben kann und nicht aus der Machtüberlegenheit des einen über das andere. „Die

Grenzen sind nur Symbole; auf Schleichwegen kann die Vormacht sich entfalten; die einzigen Garantien des Friedens sind sittliche Garantien."

Eine Politik, die auch fernerhin im Widerspruch mit dem Empfinden der Auserlesenen der Nation geleitet würde, wäre ein untrügliches Zeichen des Verfalls der Nation. Die vom Verfasser ersehnte Zukunft soll in einigen Führern sich verkörpern, die es verstehen werden, die großen geistigen Energien der Nation aus den Irrtümern zu befreien, in denen sie befangen sind.

Das Werk schließt mit einer Berufung auf die Toten, mit denen man in den sonntäglichen Reden von 1923 so viel Mißbrauch getrieben, die man in eine Partei eingestellt hat und die, wenn sie wieder zu uns kämen, alle nur in den einen Ruf ausbrechen würden: „Möge das Blutbad sich niemals wiederholen!"

Mit diesem hochherzigen Wunsche schließt das wunderbare Buch von Fabre-Luce, ein Buch, das in jeder Hinsicht bedeutungsvoll ist, ein mutiges Buch, ein lehrreiches Buch, das es verdient, zum täglich gelesenen und überdachten Brevier nicht nur der Wahrheitssucher zu werden, die sich ein unparteiisches Urteil bilden wollen, sondern auch und ganz besonders der Politiker, denen die Aufgabe zufällt, die Wiederholung blutiger Hekatomben und den endgültigen Zusammenbruch Europas zu verhüten.

PLAYING THE GAME.

Georg Karo.

Das Buch mit diesem unübersetzbaren Titel — „Nach den Regeln der Kunst ein Doppelspiel treiben" käme etwa dem Sinn nahe, ohne ihn zu erschöpfen — stammt von einem im Britischen Reiche wohlbekannten Juristen, E. G. Jellicoe[1]). Der Untertitel: „What Mr. Asquith in his Book ‚The Genesis of the War' does not tell us", lehrt sofort die Tendenz des Verfassers. Sein Bild, in der Seidenrobe und Perücke des Barrister-at-law, zeigt die vornehm-strengen, puritanischen Züge, die uns von älteren englischen Porträts vertraut sind: sehr unmodern, furchtlos und sicher, in seiner Überzeugung unbeirrbar, steht dieser Mann vor uns, und er schreibt durchaus in dem gleichem Sinne. Von seiner Person berichtet er fast nichts, nur daß er vor dem Kriege politisch, auch als liberaler Parlamentskandidat, tätig war, daß er im Kriege Nordamerika, Ostasien, Australien und die Südsee bereist hat, ob in amtlichem Auftrage geht aus seinen Worten nicht hervor. Ein geschulter Beobachter, ein scharfblickender, weitgereister Mann von furchtlosem Rechtsgefühl, typisch altbritischer Vaterlandsliebe und tiefer Gläubigkeit spricht aus diesem Buche und gewinnt von Anbeginn das

[1]) London, John Long, 1924. 12 sh. 6 d.

Vertrauen der Leser. Urenglisch in seinem ganzen Wesen, völlig frei von jeder internationalen, pazifistischen, sozialdemokratischen Einstellung, wirkt er wie eine Gestalt aus der Victorian Era, die er von ganzem Herzen ebenso bewundert und verehrt, wie er — folgerichtig — das England Eduards VII. und der Imperialisten, der Asquith, Grey, Haldane, Lloyd George ablehnt. Ihm ist die ganze neuenglische, materialistische, beutegierige Weltpolitik eine Entweihung heiliger Traditionen, leidenschaftlch brandmarkt er den wachsenden Einfluß der amerikanischen und kolonialen Methoden, des jüdischen Großkapitals. Sein Zorn über die soziale und politische Erhöhung landfremder Finanzmagnaten bildet das tiefernste Gegenstück zu Hilaire Bellocs köstlichen politisch-satirischen Romanen[1]) und zu den Schilderungen der Mrs. Asquith oder des Freiherrn von Eckardstein, die jene reichen Freunde Eduards VII. ebenso unbekümmert „kultivierten" wie der — weitherzige König. Jellicoe hatte schon lange vor dem Kriege mit steigender Trauer und Besorgnis den neuen Kurs der englischen Politik mitangesehen, nicht zum mindesten, weil er zu immer tieferer Entfremdung gegenüber Deutschland führte. Er kennt offenbar Deutschland nicht näher, aber er schätzte es als ein Britannien stammverwandtes Reich konservativer, christlicher Tradition. Er vergißt nicht „die Dankesschuld, die England Deutschland schuldete für seinen wertvollen Beistand nicht nur in den Kriegen vergangener Jahrhunderte, sondern auch für seine Vermittlung auf dem Berliner Kongreß, durch welchen ein drohender Krieg mit Rußland vermieden wurde" (S. 30). Er hat auch Lord Roseberys schwere Bedenken gegen die englisch-französische Entente geteilt und klagt mit der gleichen tiefen Entrüstung wie Lord Loreburn[2]) die imperialistischen Triumvirn des „liberalen" Kabinetts der verbrecherischen Irreführung des englischen Volkes an, dem sie immer wieder Sinn und Bedeutung ihrer Abmachungen mit Frankreich und später auch mit Rußland verheimlichten[3]). Er betont, daß der wirklich liberale und friedenswillige

[1]) „Emmanuel Borden, Merchant"; „Mr. Clutterbuck's Election"; „A Change in the Cabinet" — alle drei kurz vor dem Kriege erschienen und auch vom politischen Standpunkt sehr lesenswert.

[2]) Before the War, London 1920. Vgl. den von Lloyd George (DAZ. 8. Juni 1924) geschilderten Besuch bei Lord Rosebery, der ihm damals sagte: „Ich nehme an, daß Sie ebenso wie alle übrigen über das französische Abkommen erfreut sind. Wohlan, Ihr habt alle Unrecht, früher oder später muß es uns in den Krieg führen."

[3]) Wahrheitswidrige Antworten auf parlamentarische Anfragen aus den Jahren 1911, S. 76 ff.: wichtig vor allem eine Rede Dillons im Unterhause über die Marokkofrage (Herbst 1911), der die verschleiernde Geheimpolitik des Foreign Office während der letzten zehn Jahre heftig angreift, und Asquiths feierliche Erklärungen, es gebe „keine geheimen Abmachungen irgendwelcher Art (no secret arrangement of any sort or kind), die nicht der Öffentlichkeit eröffnet und vollkommen eröffnet worden sei"; „keine geheimen Verpflichtungen (engagements) mit Frankreich außer den jetzt veröffentlichten" (6. 12. 1911).

Premierminister Campbell-Bannerman unmöglich dem kriegerischen Haldane die „Instruktionen" zur Reorganisation des englischen Heeres gegeben haben könne, die seit Januar 1906 im Einvernehmen mit Frankreich erfolgte und ausschließlich gegen Deutschland gerichtet war (S. 53 f.). Er deckt die unlauteren Hintergründe der Invasions- und Flottenpaniken auf, die seit 1906 immer wieder gegen besseres Wissen künstlich erregt wurden, um das englische Volk gegen Deutschland aufzubringen, und ebenso die Gefahren des in den Kolonien und Dominions seit 1909 planmäßig geschürten chauvinistischen und militaristischen Geistes[1]). Asquiths Verantwortung wird grell durch Churchills Äußerung beleuchtet, er sei „1911, nach der Agadir-Krise, in die Admiralität (als Marineminister) mit der ausdrücklichen Verpflichtung durch den Premierminister entsandt worden, die Flotte in einen Zustand sofortiger und ständiger Kriegsbereitschaft zu versetzen (Jellicoe S. 84, nach Churchills „World Crisis 1911—1915"). Und gegenüber den Deutschland angedichteten Eroberungsplänen und seinen übermäßigen Rüstungen verweist Jellicoe (S. 89) treffend auf einen Ausspruch Haldanes vom Juni 1912, wenige Monate nach seiner „Verständigungsreise" nach Berlin: „Wir wollen eine Flotte und eine gesicherte Herrschaft über das Meer aufrechterhalten, dann ist das Problem ein einfaches. In einem nicht mehr fernen Zeitpunkt sollten wir die mächtigste Nation an Heer und Flotte zugleich sein, welche die Welt je gesehen hat." Während die englische Regierung weiterhin dem Parlament und dem Volke jede Verbindlichkeit gegenüber Frankreich verheimlichte, durch freundliche Worte über die englisch-deutschen Beziehungen die öffentliche Meinung ebenso irreführte, wie den leichtgläubigen Fürsten Lichnowsky[2]), erklärte am 14. November 1912 Lord Percy, der 1904 als Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt die Entente mit Frankreich bearbeitet hatte: „Es würde Mut erfordern, dem Lande die Wahrheit zu sagen, daß wir in einem Narrenparadiese lebten und daß es ein gemeinsamer Verrat an unsern Verpflichtungen (obligations) wäre, wenn wir Frankreich nicht mit einer ausreichenden Truppenmacht unterstützen könnten" (S. 94). Als aber im folgenden Frühjahr die Regierung von neuem über diese Verpflichtung interpelliert wurde, leugnete Asquith sie von neuem, und der Kolonialminister Harcourt erklärte geradezu (3. Mai 1913): „Ich kann mir keine Umstände vorstellen, unter denen Operationen unserer Truppen auf dem Kontinent nicht ein Verbrechen gegen unser Volk wären" (Jellicoe S. 97 f.). Freilich wußte Harcourt wohl nichts von dem durch die Triumvirn auch vor ihren Kollegen sorgsam geheimgehaltenen Notenwechsel Grey-Cambon vom 22. November 1912, dessen bindende und

---

[1]) Asquith, Genesis of the War nach Jellicoe S. 75 (Deutsche Ausgabe S. 141): „Die Jahre 1909—1911 waren eine Periode fortwährender, wenn auch stiller Tätigkeit, sowohl im Mutterlande wie in den Dominions, zum Zweck der Entwicklung dieser lokalen Stimmung und lokalen Bedingungen."

[2]) Jellicoe S. 93; vgl. 106: „simple-minded Prince Lichnowsky".

entscheidende Bedeutung Jellicoe richtig betont. Noch im Juni 1914 hat Grey im Unterhause alles schlankweg abgeleugnet, und es wirkt grotesk, wenn der deutsche Kanzler ihm durch den Fürsten Lichnowsky „für seine offenen und aufrichtigen Erklärungen besonderen Dank sagen“ läßt (S. 109 ff.).

Im Lichte einer solchen Vorgeschichte sieht denn auch Jellicoe die Julikrise 1914 mit ganz anderen Augen an als die Vertreter der Entente-These. Er betont die kriegsfördernde Wirkung von Poincarés Besuch beim Zaren und die passive Haltung Greys in jenen Tagen, während eine klare Äußerung von seiner Seite den Krieg abgewendet hätte (S. 115 ff.). Statt dessen wurde die englische Flotte mobil gemacht, und diese sofort nach Petersburg gemeldete Maßregel hat alsbald dort den Befehl zur Teilmobilmachung zur Folge[1]). Gegenüber solchen englischen Kriegsvorbereitungen erscheint Greys Bemerkung zum russischen Botschafter (27. Juli 1914), die Flottenmobilmachung „dürfe nicht so aufgefaßt werden, als ob sie irgendwie mehr als diplomatische Unterstützung (von seiten Englands) verspreche“, als Gipfel der Unaufrichtigkeit. Jellicoe bemerkt dazu (S. 125): „Es gibt keine größere Wahrheit als daß, wer das Rechte kennt und nicht tut, alle Kenntnis des Rechten verliert.“ Während am 30. Juli Churchill als Marineminister dem Oberbefehlshaber der Mittelmeerflotte telegraphierte: „Ihre erste Aufgabe muß es sein, die Franzosen beim Transport ihrer afrikanischen Armee zu unterstützen, indem sie einzelne schnelle deutsche Schiffe, vor allem die ‚Goeben‘, die jenen Transport stören könnten, überwachen und wenn möglich zum Kampfe bringen“, versicherte Grey im Unterhause, die Regierung „fahre fort, das eine große Ziel der Erhaltung des europäischen Friedens zu verfolgen“. Wahrlich, „es scheint schwer, in der englischen Sprache genügend starke Worte zur Verurteilung dieser politischen Strategie zu finden . . ., während ein einfacher Einspruch in Rußland aller menschlichen Voraussicht nach weitere Mobilmachungen verhindert oder verzögert hätte“ (S. 132 ff.). Daß alles von Englands Haltung abhänge, hat ja auch Poincaré in seinem Briefe an König Georg vom 31. Juli 1914 klar ausgesprochen, und er gab den Befehl zur französischen Mobilmachung am folgenden Tage erst, nachdem er Greys Erklärung erhalten hatte, daß dieser „endgültig beschlossen habe, nicht darein zu willigen, daß England neutral bleibe“. So hängen nach Jellicoe die russische wie die französische Mobilmachung

---

[1]) S. 120 ff., wo mit Recht auf diese Beziehungen Gewicht gelegt wird. Vgl. Gelbbuch 66 und den wichtigen Bericht des belgischen Gesandten in Petersburg vom 30. Juli 1914: „England gab anfänglich zu verstehen, daß es sich nicht in einen Konflikt hineinziehen lassen wolle. Sir George Buchanan sprach das offen aus. Heute aber ist man in Petersburg fest davon überzeugt, ja man hat sogar die Zusicherung, daß England Frankreich beistehen wird. Dieser Beistand fällt ganz außerordentlich ins Gewicht und hat nicht wenig dazu beigetragen, der Kriegspartei Oberwasser zu verschaffen“ (Belgische Aktenstücke Nr. 167).

ohne jeden Zweifel (beyond all controversy) von Englands Haltung ab[1]), und er deckt schonungslos die geschickten Manöver auf, mit denen Grey und Asquith das Parlament umgarnten, nicht minder die verhängnisvolle Rolle der Northcliffe-Presse in jenen entscheidenden Tagen (S. 143 ff.). Besonders eindrucksvoll ist auch der Nachweis, daß für die englische Regierung die Verletzung der belgischen Neutralität nur ein willkommener Vorwand war, der aber in entscheidenden Schriftstücken vom 1. und 2. August noch gar keine Rolle spielt (S. 147 ff.). Seit 1855, als Lord Palmerston, der Schöpfer des belgischen Neutralitätsvertrages von 1839, erklärte: „Die Weltgeschichte lehrt, daß, wenn ein Streitfall entsteht und eine kriegführende Nation es für vorteilhaft hält, mit ihrer Armee solch neutrales Gebiet zu überschreiten, Neutralitätserklärungen nicht sehr gewissenhaft geachtet zu werden pflegen“; seit 1887, als das offizielle Regierungsblatt „Standard“ in dem bekannten Leitartikel (4. Februar) Frankreichs und Deutschlands Recht zum Durchmarsch durch Belgien ausdrücklich anerkannte, sofern nur dessen Unabhängigkeit nach dem Kriege gewahrt bleibe, hatten sich die Verhältnisse zuungunsten Deutschlands so gewaltig verändert, daß Jellicoe mit Nachdruck den Fall dringender Notwehr betont und jenen Standard-Artikel „ebenso schlüssig für 1914 wie für 1887“ erklärt (S. 162 ff.)[2]). Grey hat selbst im Herbst 1917, in der Vorrede zu einer in Amerika publizierten Broschüre „Freedom“, ausgeführt: „Das englische Volk hat zunächst nicht Zeit gehabt zu überlegen, wo seine Interessen lagen. Wäre es nicht so gewesen, würde es sich Zeit zur Überlegung und Diskussion genommen haben“; damit hat also Grey seine und seiner Freunde Verantwortung implicite zugegeben.

Im Gegensatz zu Asquith, der Amerikas Übergewicht gegenüber England offenbar willig anerkennt (vgl. diese Zeitschrift, Jan./Febr. 1924. S. 15), leidet Jellicoe schwer darunter, daß nach den Worten des Obersten House (15. Dezember 1917, S. 205 ff.) „in Frankreich und England der Einfluß der Vereinigten Staaten ausschlaggebend (paramount) war“. Er geißelt den Schwindel von Wilsons 14 Punkten ebenso wie die Prahlereien der Amerikaner über ihre damals noch gar nicht erfolgte kriegerische Unterstützung und das kümmerliche Ausmaß ihrer Hilfstätigkeit für Belgien (S. 210 ff.). Er hat mit patriotischem Schamgefühl die Machenschaften der Entente in Ostasien miterlebt, denen China erlag, während die Japaner offen erklärten, daß ihre „Soldaten nicht zu vermieten seien“ (Japan Times. 2. November 1917, zitiert S. 237 ff.). Er hat mitangesehen, wie die primitiven Ein-

---

[1]) Vgl. hierzu englische Presseäußerungen wie die der „Daily News“ vom 1. August 1914: „Tatsächlich hält der Zar die Wage in der Hand, aber wir haben unsererseits den Zaren in der Hand, d. h. es hängt jetzt schließlich von uns ab, ob Europa von Blut überfließen soll.“

[2]) Man vergleiche dazu S. 38 die Kritik von Englands Einstellung zur „internationalen Moral oder der Heiligkeit der Verträge“ in der Marokkofrage.

geborenen entlegener Südseeinseln 1918 rekrutiert wurden. „Wie mußte jedes Christen Blut vor Empörung kochen über die Erniedrigung, zu der die Diplomatie des 20. Jahrhunderts sein Vaterland gebracht hatte" (S. 240). Und freimütig erklärt er: „Deutschlands Niederlage ist nicht durch die Waffen der Alliierten erzielt worden, nicht durch die, welche den Krieg führten, sondern durch die Handlungen und Intrigen internationaler Juden und deutscher Revolutionäre, angespornt und unterstützt von äußeren Einflüssen und von einer Propaganda, die, in den Vereinigten Staaten und England geboren, durch deutsche Fürstlichkeiten an fremden Höfen und Deutschamerikaner zur Wirkung auf das deutsche Volk gebracht wurde und es schließlich erreichte, die Ehre ihrer Nation von hinten zu erdolchen" (S. 241)[1]). Die Wirkung der feindlichen Propaganda wird durch amerikanische Zeugnisse belegt; und gerade, weil der Verfasser die landläufige Schuldanklage gegen Deutschland so schlagend widerlegt, liest man beschämt *seine* Anklage: „Was immer die Welt über den deutschen Verzicht auf alle nationale Ehre und Deutschlands ganze Größe denken mag . . ." (S. 251). Diese Schuld müssen wir leider in vollem Umfange zugeben.

Jellicoe gehört zu der kleinen Schar, welche die Wahrheit schon bei Kriegsausbruch erkannten. Furchtlos hat er sich bald für sie eingesetzt und führende Juristen, Geistliche und Politiker für seine Auffassung zu gewinnen gestrebt — begreiflicherweise ohne jeden Erfolg[2]). Und gerade, weil ihn nicht pazifistische oder sonstige politische Gedankengänge leiten, sondern nur seine innerste Überzeugung, gewinnen seine Worte ihr besonderes Ethos. Daß ein Engländer von dieser Sinnesart die Schuldanklage so kategorisch ablehnt und dennoch für sein Buch einen namhaften Verleger findet, bezeugt einen bedeutsamen Umschwung der öffentlichen Meinung jenseits des Kanals. Jellicoe glaubte damals und glaubt noch heute daran, daß „in der Tiefe jedes englischen Herzens, ohne Rücksicht auf seine Partei, ein eingewurzeltes Gefühl für das Rechte ruhe" (S. 14). Möchte sein Werk dazu beitragen, dieses heute verschüttete Gefühl wieder zur Geltung zu bringen!

---

[1]) Vgl. S. 196 die scharfe, aber leider nur allzu gerechtfertigte Kritik an der passiven Haltung der Deutschamerikaner gegenüber der Kriegsteilnahme der Vereinigten Staaten, S. 200 ff. die Ablehnung der lächerlichen Würdelosigkeit, mit der das englische Königshaus, die Battenbergs und Tecks ihre deutschen Familiennamen durch englische ersetzten.

[2]) Der Brief an Haldane vom 3. Oktober 1914 beginnt mit dem Satz: „Ich fühle, daß die Verruchtheit unseres Anteils an dem gegenwärtigen furchtbaren Krieg so sehr groß ist, daß, wenn ich Sie davon überzeugen könnte, Sie freudig Ihre wertvolle Hilfe und Ihren Rat geben würden, um so unserm tollen Unternehmen und unserer Kriegsgier ein Ende zu machen."

Die Nationalitätenfrage in Ungarn als eine der Ursachen des Weltkrieges.

Dr. Arthur Weber.

Schon vor dem Kriege wurde besonders in England und in Amerika eine große Propaganda im Interesse der Nationalitäten Österreich-Ungarns betrieben. Das Schlagwort der Unterdrückung war in den Entente-Staaten zur Überzeugung weiter Volksmassen geworden, und da Wilson das Friedensdiktat eben auf die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker stützte, wurde die Nationalitätenpolitik der Monarchie als eine der wichtigsten Kriegsursachen auf Kosten der Mittelmächte in den Vordergrund gerückt. Der Umstand, daß der Weltkrieg aus den nationalistischen Reibungen der Monarchie mit Serbien entstanden war, scheint dieser Auffassung einigermaßen Recht zu geben. Wenn man aber die Verhältnisse, die auf dem Gebiete der ehemaligen Monarchie auf Grund des Wilson'schen Losungswortes heute anzutreffen sind, der ehemaligen Nationalitätenpolitik der Monarchie gegenüberstellt, so muß die Beschuldigung, als ob die ungerechte Behandlung der Nationalitäten die Zertrümmerung der Monarchie unvermeidlich gemacht hätte, von vorherein hinfällig werden.

Diesbezüglich tauchten auch in Deutschland Stimmen auf, die die Behandlung der slavischen und rumänischen Minderheiten Ungarns vor dem Kriege verurteilten. Wie einseitig und ungerecht eine solche Einstellung war, dafür möchte ich mich auf ein ganz unparteiisches Zeugnis berufen, das die Lage der irredentistischen Nationalitäten im ehemaligen Ungarn der Entrechtung gegenüberstellt, die die Minderheiten in dem unter dem Vorwand der Völkerbefreiung gegründeten jugoslavischen Staate zu erdulden haben. Es handelt sich um einen Artikel des in Neusatz erscheinenden „Deutschen Volksblattes“ vom 13. Juli, der die Rechte und Freiheiten, die die Serben im alten Ungarn genossen haben, als ersehnte Regelung des Nationalitätenproblems in Jugoslavien hinstellt. Die sehr lehrreiche Gegenüberstellung lautet fogendermaßen:

„Beginnen wir mit dem Schulwesen. Unter ungarischer Herrschaft hatten die Serben ihre eigenen nationalen Schulen mit serbischer Unterrichtssprache, von den Volksschulen an bis zu den Gymnasien. Diese Schulen verwalteten sie selbst, stellten selbst die Lehrer und Professoren an, ohne den Staat auch nur zu fragen, da dieser außer der allgemeinen Kontrolle des Schulwesens auf die serbischen Lehranstalten keine Ingerenz nahm. Die Serben hatten ihre eigenen Lehrerbildungsanstalten, in denen sie ihre Lehrkräfte in nationalem Geist heranbildeten, ohne daß ihnen der Staat Schwierigkeiten gemacht hätte. Diese Freiheit im Schulwesen ging so weit, daß die serbischen Schulen sogar die Schulzeugnisse in zyrillischer Schrift ausstellten, ohne daß der Staat dagegen eine Einwendung gemacht hätte.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiete waren die Serben unter der ungarischen Herrschaft vollständig frei. Sie hatten ihre eigenen Banken, die ohne jeden Einspruch von irgend welcher Seite sich als serbisch bezeichnen konnten; sie hatten ihre serbischen Bauerngenossenschaften, denen es nicht einmal verwehrt wurde, mit den gleichartigen Institutionen im Königreich Serbien in Verbindung zu stehen und die auch ohne jeden Widerspruch von irgendwelcher Seite „Serbische Bauerngenossenschaften" hießen. Sie hatten auch ihre eigenen Innungen und niemand schrieb ihnen vor, in welcher Sprache sie ihre Bücher führen müssen. Sie konnten sich also auf wirtschaftlichem Gebiet vollkommen frei bewegen, ohne daß ihnen von irgend einer Seite diesbezüglich ein Hindernis bereitet oder irgend welcher Argwohn ausgesprochen worden wäre.

Auf kulturellem Gebiete waren unter ungarischer Herrschaft die Serben auch sehr gut daran. Sie hatten nicht nur ihre eigenen serbischen Lesevereine fast in jedem Dorfe, sie hatten in Neusatz ihr eigenes serbisches Nationaltheater, in dem sie die Produkte ihrer nationalen Dramatiker anstandslos aufführen konnten, und das das serbische Drama auch in die Provinz hinaustragen konnte, ohne von irgend welcher Seite daran gehindert zu werden. Und sie hatten vor allem ihre „Srzska Matica" in Neusatz, welche für das serbische nationale Leben und das serbische Schrifttum sich gar nicht zu schildernde Verdienste erworben hat. Und diese „Srpska Matica" fand von Seiten des Staates nicht nur keine Behinderung, sondern im Gegenteil galt sie in allen Kreisen als ein Rührmichnichtan, an das zu rühren sich niemand unterstanden hätte. Am wenigsten aber wäre es jemandem beigefallen, die „Matica Srpska" für die politische Haltung der serbischen Abgeordneten oder Parteien verantwortlich zu machen und sie die oft sehr oppositionelle Haltung der serbischen Politiker entgelten zu lassen. Die Pflege der nationalen serbischen Sprache, des serbischen Schrifttums war in keiner Weise eingeschränkt, ja sogar die Schulbücher für die serbischen Lehranstalten wurden von Serben in serbischer Sprache verfaßt und der Staat gab den Verfassern solcher Lehrbücher noch Renumerationen.

Nicht anders war es im nationalen Leben. Die Serben durften unter ungarischer Herrschaft ihre eigenen Gesangs-, humanitären, Sokol- und andere Vereine gründen, wie und wo sie wollten, sie hatten ihre autonomen Gemeinden, in denen sie die Beamten nach ihrer Wahl anstellten, sie durften ihre nationalen Farben und Abzeichen tragen, bei nationalen Festen auf Kirchen und Häusern ihre nationalen Fahnen hissen usw."

Nach einem solchen Geständnis erscheint wohl die Nationalitätenfrage Ungarns als Kriegsursache in ganz anderer Beleuchtung. Es beweist, daß die Serben damals viel mehr Freiheiten hatten, als die Minderheiten sie heute besitzen, obgleich der Krieg angeblich im Interesse der Minderheiten geführt worden ist. Dadurch aber wird die Agitation der Minderheiten Österreich-Ungarns zur Lüge gestempelt, mit der die teilweise Schuld an dem Weltkriege, für den man noch

immer die Monarchie verantwortlich zu machen sucht, auf die nationalistische Hetze der Irredenta und auf ihre Helfershelfer in den Weststaaten zurückfällt.

Branting-Delbrück.

Offener Brief an Herrn Hjalmar Branting.

Hans Delbrück.

Aus Anlaß der Rede, die der Vertreter Schwedens im Völkerbund gelegentlich einer Friedensdemonstration gehalten hat und in der er auch die Frage der Kriegsschuld berührte, hat Hans Delbrück an Branting nachstehenden offenen Brief am 20. August im „Berliner Tageblatt" veröffentlicht:

Sehr geehrter Herr!

Ein Bekannter in Stockholm sendet mir „Stockholms Tidningen" vom 4. August, worin berichtet wird über die Rede, die Sie gelegentlich einer Friedensdemonstration gehalten haben. In dieser Rede haben Sie auch die Frage der Kriegsschuld berührt, zeigen aber dabei eine so ungenügende Kenntnis des Tatbestandes, daß Sie bei einem ehemaligen Minister des Auswärtigen und Vertreter Schwedens im Völkerbunde Staunen erregen muß.

Sie gehen davon aus, daß Sie die Auffassung, die Sie bereits im Jahre 1915 vertreten hätten, im wesentlichen auch heute noch aufrecht erhielten, und fassen diese dahin zusammen, daß die Zentralmächte schuldig seien, weil ihre Politik im Jahre 1914 „die Gefahr eines militärischen Zusammenstoßes bedeutete". Es ist Ihnen also offenbar unbekannt, daß das Versailler Ultimatum vom 19. Juli 1919 etwas ganz anderes behauptet. Dieses Ultimatum behauptet, daß Deutschland mit Vorbedacht seit langer Zeit den Weltkrieg vorbereitet und entfesselt habe, um eine Welthegemonie zu erwerben. Wer über die Kriegsschuldfrage sprechen will, kann nicht umhin, zu dieser Behauptung Stellung zu nehmen, wenn er sich nicht dem Verdacht aussetzen will, daß er zu verschleiern wünsche. Sie halten ausdrücklich daran fest, daß die Verantwortung für die furchtbaren Ereignisse auf die Zentralmächte falle. Die Zentralmachtregierungen, sollen Sie gesagt haben, wollten Serbien auf Anlaß des Serajewo-Mordes zur Unterwerfung zwingen. Sie nahmen keine Rücksicht darauf, daß damals ebensowenig wie später bewiesen werden konnte, daß die serbische Regierung und ihre Politik in irgendeinem Zusammenhang mit der Verschwörung standen, die zum Morde führten."

Es ist Ihnen also unbekannt, daß das Attentat organisiert worden ist von dem Obersten Dragutin Dimitriewitsch, der der Chef der Nachrichtenabteilung im serbischen Generalstab war. Daß dem Minister

Paschitsch der Mord als solcher ungelegen kam, ist richtig. Wer aber über die Schuldfrage spricht, sollte wissen, daß der Mordplan erwachsen ist auf dem Boden der von der serbischen Regierung seit vielen Jahren planmäßig vorbereiteten und geförderten Agitation für die Losreißung der südslawischen Provinzen von der habsburgischen Doppelmonarchie. Ich darf Sie dafür verweisen auf meine Broschüre „Der Stand der Kriegsschuldfrage“ (Verlag Carl Heymann, Berlin). Sie hätten um so mehr Veranlassung gehabt, sich über den Ursprung des österreichisch-serbischen Konflikts zu unterrichten, als Sie selber von der „Propaganda“ sprechen, „die den unnatürlichen Staatskörper Österreichs bedroht“ hätte. Da ich nicht annehmen kann, daß Sie Österreich das Recht der Selbstverteidigung absprechen wollen, so kann ich nur schließen, daß Ihnen die Ziele und Art der serbischen Propaganda, die Jahr für Jahr zu Attentaten auf die hohen österreichischen Beamten führte nicht bekannt sind.

Sie deuten an, daß Sie von den Zettelungen des russischen Botschafters Iswolski mit Herrn Poincaré etwas gehört haben, wissen aber offenbar nicht, daß die Verabredungen zwischen diesen Herren direkt auf die Entzündung des Weltkrieges hingingen, damit Rußland Konstantinopel, Frankreich Elsaß-Lothringen erobere. Sie behaupten, daß auf seiten der Ententemächte kein Wille zum Kriege vorhanden gewesen sei, und berufen sich als Beweis für den „bis zum letzten Augenblick wachen französischen Friedenswillen“ darauf, daß die Franzosen ihre Armee zehn Kilometer hinter die Grenze zurückgezogen hätten. Sie kennen also offenbar nicht das Telegramm des französischen Kriegsministers an den General Joffre, worin er ihm mitteilt, daß die Maßregel aus diplomatischen Gründen getroffen sei, um der Engländer willen (1. August, nachmittags 5 Uhr). Man wollte im englischen Volke die Vorstellung erwecken, daß Frankreich der angegriffene Teil sei. Es ist Ihnen auch offenbar unbekannt, daß schon in der Nacht vorher der französische Kriegsminister dem russischen Militärbevollmächtigten „in gehobenem und herzlichem Ton“ erklärt hatte, daß „Frankreich zum Kriege fest entschlossen“ sei, und daß diese Erklärung abgegeben worden ist, ehe Deutschland an Rußland den Krieg erklärt, und ehe Deutschland auch nur mobil gemacht hatte. Sie wissen ferner auch offenbar nicht, daß die ganze angebliche Zurückziehung nur ein Scheinmanöver war, daß sie an vielen Stellen nicht ausgeführt wurde, daß allenthalben die Grenze mit Posten von bewaffneten Zoll- und Forstbeamten besetzt war, und daß trotz der angeblichen Zurückziehung mehrfache Grenzverletzungen vorkamen (Montgelas, Leitfaden S. 180).

Wenn ich Ihnen in all diesen Beziehungen ungenügendes Wissen zum Vorwurf machen muß, so erkenne ich an, daß Sie in einem Punkt mehr zu wissen scheinen, als ich. Sie behaupten, daß nach dem Mißerfolg an der Marne sich in den Kreisen der deutschen Heeresleitung mächtige Stimmen für einen baldigen Frieden erhoben hätten, daß aber der Kaiser von seinen Hoffnungen auf Sieg nicht habe lassen wollen.

Ich selber bin damals, sogar ehe ich von unserem Mißerfolg an der Marne wußte, öffentlich für einen baldigen Verständigungsfrieden eingetreten, daß aber auch in der Obersten Heeresleitung sich mächtige Stimmen in diesem Sinne geltend gemacht hätten, ist mir schlechterdings unbekannt und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mich wissen lassen wollten, woher Sie diese Nachricht haben. Sie würde, um das noch hinzuzufügen, in starkem Widerspruch stehen, mit der Tatsache, daß der Kaiser selbst an einen siegreichen Ausgang des Krieges nicht geglaubt hat. Das ist doppelt bezeugt in den Memoiren des Großadmirals Tirpitz, und in den Randbemerkungen des Kaisers selbst zu dem Bericht des deutschen Botschafters in Petersburg, vom 30. Juli 1914, worin er davon spricht, daß Deutschland zugrunde gehe, und sagt, daß, wenn wir uns verbluten sollten, England wenigstens Indien verlieren möge. (Die deutschen Dokumente vom Kriegsausbruch, Band II, Seite 132.)

In Ihrer Rede sollten Sie weiter gesagt haben, daß die Ruhrokkupation verstanden werden müsse als der einzige Weg, Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu zwingen. Es ist Ihnen offenbar nicht bekannt, daß Deutschland behauptet, seine Verpflichtungen bis zur völligen Erschöpfung seiner Kräfte erfüllt und dafür ungeheure Summen aufgewandt zu haben; den Beweis dafür hat sich Deutschland auch wiederholt angeboten einer unparteiischen internationalen Kommission zu unterbreiten, Frankreich aber hat jede solche schiedsgerichtliche Untersuchung abgelehnt.

Da Sie, sehr geehrter Herr Branting, mir die Ehre erwiesen haben, mich im ersten Kriegsjahre in Berlin persönlich aufzusuchen, so darf ich annehmen, daß Ihnen meine Meinung nicht ganz gleichgültig ist, und Sie diesen Brief nicht ohne weiteres dem Papierkorb überantworten werden. Sollte Ihnen noch irgendein Punkt unklar sein, oder sollten Sie noch irgendeine Quellenangabe wünschen, so bin ich zu jeder Auskunft bereit.

Berlin-Grunewald, den 12. August 1924.

Mit vorzüglicher Hochachtung

ganz ergebenst Hans Delbrück.

Zu dem Artikel Professor Hans Delbrücks im „Berliner Tageblatt“ vom 20. August über Brantings Stellung in der Schuldfrage hat Branting in einer öffentlichen Rede in Gotenburg das Wort ergriffen.

Wir werden den Wortlaut dieser Rede, der uns erst nach Redaktionsschluß zuging, im nächsten Heft bringen.

Die Broschüre des Konsuls Hartmann über die Schuld am Weltkriege.

Alfred von Wegerer.

Charles L. Hartmann, der in den letzten Heften der „Deutschen Rundschau“ eine Artikelserie „Die russischen Archive und der Kriegsausbruch“ brachte[1]), hat soeben im Verlag der „Deutschen Rundschau“ eine Broschüre herausgebracht: „Wer trägt die Schuld am Weltkrieg?“. Die Broschüre will einen „Auszug“ seiner bisherigen Veröffentlichung darstellen, bringt aber so viel Neues und vom wissenschaftlichen Standpunkt aus Eigenartiges, daß eine erneute Besprechung notwendig erscheint.

In der Einleitung heißt es, daß ein großer Teil der folgenden Dokumente zum erstenmal der Öffentlichkeit übergeben wird. Sieht man von den wenigen Dokumenten des ersten Teils über die französische Presse ab, die teilweise in der „Humanité“ veröffentlicht worden sind, enthält die Broschüre im ganzen nur drei neue Dokumente. Das wäre aber an sich nebensächlich, wenn nicht die in der Broschüre wiedergegebenen Dokumente, ähnlich wie in der bisherigen Veröffentlichung, an mehreren Stellen nicht mit dem Wortlaut übereinstimmen, wie er bereits nach anderweitig vorliegenden Veröffentlichungen bekannt ist. Bei sehr vielen von Hartmann gebrachten Dokumenten sind nicht nur einzelne Worte und Satzkonstruktionen geändert, sondern ganze Sätze, ja sogar Absätze vollständig ausgelassen, ohne daß dies irgendwie durch die üblichen Punkte oder einen sonstigen Hinweis kenntlich gemacht ist.

Das Schlimmste an der Broschüre ist aber, daß Hartmann dieselben Dokumente, die er in den Heften der „Deutschen Rundschau“ wiedergegeben hat, zum Teil in völlig veränderter oder verkürzter Form in seiner Broschüre bringt, ohne auf diese Änderungen auch nur mit einem Sterbenswörtchen hinzuweisen und ihre Ursache zu erklären.

Es liegen also jetzt von einzelnen Dokumenten zwei Garnituren von Hartmann vor, die erheblich im Wortlaut voneinander abweichen und mit dem bereits vorliegenden Text nicht übereinstimmen. Eine derartige Veröffentlichung bedeutet eine Erschwerung und Irreführung für alle, die sich in den russischen Dokumenten zurechtfinden wollen. Ferner besteht die Gefahr, daß das Vertrauen in die Zuverlässigkeit der russischen Dokumente durch die Hartmannsche Veröffentlichung bei vielen überhaupt erschüttert und der ausländischen Propaganda eine billige Waffe in die Hand gespielt wird.

[1]) Eine eingehende Kritik dieser Veröffentlichung enthält das Augustheft der Monatsschrift „Die Kriegsschuldfrage“, Verlag der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin NW 6, Luisenstr. 31a.

D o k u m e n t e s i n d d i e S ä u l e n d e r K r i e g s s c h u l d - f r a g e n b e w e g u n g , a n d e n e n n i e m a n d n a c h B e l i e b e n h e r u m s c h n i t z e n d a r f. —

Zur Charakteristik der Veröffentlichung der Dokumente in der Hartmannschen Broschüre müssen wir auf einige Einzelheiten näher eingehen.

Im Juniheft der „Deutschen Rundschau" bringt Hartmann ein langes, bisher unbekanntes Telegramm Iswolskis vom 21. Juli 1913 unter der Nummer 348, das im ersten Absatz die unwahrscheinliche Stelle enthält: „Mit dem früheren Ministerpräsidenten (gemeint ist Poincaré, der Verf.) jetzigen Präsidenten der Republik". Die Stelle ist deshalb unwahrscheinlich, weil Sasonow am 21. Juli 1913 bereits wissen mußte, daß Poincaré Präsident der Republik ist, da bekanntlich Poincaré im Januar 1913 vom Ministerpräsidenten zum Präsidenten der Republik avancierte. Diesen ganzen Passus läßt Hartmann in dem Dokument seiner Broschüre jetzt einfach fort. Ferner werden zwei Absätze, ein kleiner und ein größerer, in diesem Dokument ausgelassen, ohne daß dies in der Broschüre angegeben wird. Hierbei muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß Hartmann im übrigen an verschiedenen Stellen seiner beiden Veröffentlichungen Auslassungen durch Punkte bzw. besondere Hinweise zu erkennen gibt.

Ebenfalls im Juniheft bringt Hartmann den aus „Livre Noir I", Seite 362 ff. bekannten Brief Iswolskis vom 22. Nov./5. Dez. 1912 mit erheblichen Auslassungen, die im Text nicht kenntlich gemacht sind. In der Broschüre wird das gleiche Dokument als unter dem 15. Dezember 1912 veröffentlicht. Dieses Datum ist falsch. 5. Dezember ist richtig. Den ersten Satz des Dokuments läßt Hartmann hier fort. In der Broschüre fehlt nach dem ersten Absatz eine längere Stelle, die in der ersten Veröffentlichung der „Deutschen Rundschau" enthalten ist. In der Broschüre dagegen ist im zweiten Absatz eine Stelle, die im französischen Text nach dem „Livre Noir" 14 Zeilen ausmacht, auf 6 Zeilen zusammengedrängt. Im vorletzten Absatz findet sich eine erhebliche Auslassung. Beide Dokumente stimmen weder untereinander, noch mit dem Text des „Livre Noir" überein.

Das Telegramm Iswolskis Nr. 40 vom 16./29. Januar 1913 (veröffentlicht im „Livre Noir II", Seite 15) weist im letzten Satz des zweiten Absatzes folgende Unterschiede auf.

Wortlaut nach dem Juliheft 1924: „Poincaré hält es von der allergrößten Wichtigkeit für die französische Regierung im voraus die öffentliche Meinung Frankreichs a u f d e n e i n t r e t e n d e n W e l t k r i e g vorzubereiten und auf die Teilnahme Frankreichs an d i e s e m Kriege, sobald er durch die Balkanverhältnisse ausbrechen w i r d." Die Unterschiede mit der Veröffentlichung in der Broschüre sind hier durch Sperrdruck hervorgehoben.

Wortlaut nach der Broschüre: „. . . im voraus die öffentliche Meinung Frankreichs vorzubereiten auf die Teilnahme Frankreichs an

einem Kriege, der durch die Balkanverhältnisse ausbrechen kann." Dieser Wortlaut stimmt mit dem „Livre Noir" überein.

Beide Dokumente enthalten aber gegenüber dem französischen Text im „Livre Noir" erhebliche Auslassungen. Das Dokument ist gegenüber dem französischen Text im „Livre Noir" etwa auf zwei Drittel gekürzt.

In der Broschüre bringt Hartmann noch einige Dokumente, die er in der „Deutschen Rundschau" nicht veröffentlicht hat, die aber bereits aus der Veröffentlichung von Romberg[1]) bekannt sind. Auch hier werden von Hartmann in den Dokumenten erhebliche Stellen ausgelassen, ohne daß dies irgendwie kenntlich gemacht ist.

Hierfür einige Beispiele: Das bekannte Telegramm Nr. 1521 vom 14./27. Juli 1914 von Sasonow an Iswolski weist bei Hartmann nur 6 Zeilen auf, während das Originaltelegramm, wie es bei Romberg veröffentlicht worden ist, 27 Zeilen aufweist. Ähnlich steht es mit dem Telegramm Savastopulos an Sasonow Nr. 187 vom 26. Juli 1914, den Telegrammen Iswolskis Nr. 190, 195 und anderen.

Trotz allem sind die Bestrebungen von Charles L. Hartmann, sich mit der Unternehmungslust des Journalisten an der Aufklärungsarbeit in der Kriegsschuldfrage zu betätigen, wohl zu begrüßen, wenn man sich auch ganz und gar nicht mit der eingeschlagenen Methode einverstanden erklären kann.

Es drängt sich aber die Frage auf, ob nicht von seiten des Verlages etwas geschehen könnte, um den Aktivismus des Konsuls Hartmann in die richtigen Bahnen zu lenken.

Vor allem wäre aber zu wünschen, daß es Hartmann gelingen möchte, von den von ihm neu veröffentlichten Schriftstücken die Faksimiles beizubringen und seine Veröffentlichung bei einer neuen Auflage mit den bereits bekanntgewordenen Dokumenten in Einklang zu bringen. Er würde dann seinen Bestrebungen, „Aufklärungsarbeit" zu leisten, am besten nachkommen.

---

[1]) Romberg, von, G., Gesandter z. D.: „Die Fälschungen des russischen Orangebuches. Der wahre Telegrammwechsel Paris-Petersburg bei Kriegsausbruch." Vereinigung wissenschaftl. Verleger de Gruyter & Co., Berlin-Leipzig 1922.

Kirche und Kriegsschuldfrage.

Auf Wunsch der „Vereinigung des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen" geben wir nachstehendes Programm auszugweise wieder:

Programm
der Jahresversammlung der Deutschen Vereinigung des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen
in Stuttgart vom 22. bis 24. September 1924.

Mittwoch, den 24. September:

Vormittags 9 Uhr im großen Saal des Sigle-Hauses:

2. Hauptverhandlungsgegenstand: „Ein Appell der Kirchen zur internationalen Prüfung der Kriegsschuldfrage." Referent: Reichsgerichtspräsident Dr. Simons (Leipzig). Korreferent: Staatspräsident a. D. Dr. Hieber (Stuttgart).

Aussprache.

Nachmittags 4 Uhr im „Herzog Christoph":

Mitgliederversammlung der Deutschen Vereinigung des Weltbundes.

Abends 8 Uhr im Furtbach-Vereinshaus:

Öffentliche Versammlung. Thema: „Volk und Menschheit." Redner: D. F. Siegmund-Schultze (Berlin) und Prälat D. Hoffmann (Stuttgart).

Teilnehmerkarte 2 M. Anmeldungen mit Angabe, ob Hotel oder Freiquartier gewünscht wird, sind an den Evangelischen Volksbund Stuttgart, Tübinger Str. 16, zu richten.

Monatsbericht.

Presseschau.

Die Kundgebung der Reichsregierung zur Kriegsschuldfrage.

Fast sämtliche Zeitungen des Reiches bringen am 30. August oder den folgenden Tagen den Wortlaut der Kundgebung des Reichskanzlers über die Kriegsschuldfrage. wie er von W. T. B. verbreitet worden ist.

Der Widerruf der Kriegsschuldlüge und seine Folgen. Prof. Dr. R. Hennig. — **Neue Preußische Kreuzzeitung. 2. September 1924.**

Hennig glaubt in der Kundgebung der Regierung zur Kriegsschuldfrage und der Unterzeichnung des Dawes-Gutachten einen inneren Widerspruch erkennen zu müssen, weil nach seiner Auffassung das Dawes-Gutachten eine erneute Feststellung des Schuldbekenntnisses bedeute.

Regierungserklärung gegen die Kriegsschuldlüge. — **Berliner Lokal-Anzeiger Nr. 412. 30. August 1924.**

Im Anschluß an die Wiedergabe der Regierungserklärung wird zum Ausdruck gebracht, daß diese offenen Worte der Reichsregierung mit Freuden zu begrüßen sind und diesem ersten Schritt noch weitere Schritte folgen müßten. Weiter heißt es: „Wir wissen, daß jetzt erst die eigentliche Aera der Verhandlungen zwischen Deutschland und den gegnerischen Mächten beginnen soll.“

Ein großer Schritt vorwärts. — **Berliner Börsen-Zeitung. 2. September 1924.**

Das Blatt stellt fest, daß die Streitfrage nunmehr amtlich international zur Erörterung gestellt ist und auch international nicht mehr zur Ruhe kommen kann, wenn Deutschland nicht selbst den Kampf einstellt. Der Artikel geht dann auf die innenpolitische Seite über und es heißt dann wörtlich: „Mit solchen Behauptungen hat man die deutschen Fürsten, unsere Staatsmänner seit Bismarck, unsere Heer- und Marineführer, den deutschen Reichstag, der bis 1914 die Regierungspolitik kontrolliert und gebilligt hat, moralisch heruntergerissen, hat man das Andenken von Millionen deutscher Männer geschändet, die begeistert und aus heiligster Überzeugung für die Verteidigung des Vaterlandes im Felde Gesundheit und Leben geopfert haben.“

Causa iudicata. **Deutsche Allgemeine Zeitung.**
Dr. W. M. **4. September 1924.**

Der Artikelschreiber sagt, daß von einer Causa iudicata nur die Rede sein kann, wenn ein unparteiisches Gericht über den Streit der Parteien entschieden hat. Wörtlich heißt es: „Die Ansicht, es liege eine Causa iudicata vor, ist daher durchaus verfehlt, und es scheint bei dem Gegner nur das Bestreben vorzuliegen, durch den Gebrauch dieses Wortes den Völkern Sand in die Augen zu streuen."

Der Kampf um die Kriegsschuldlüge. **Die Zeit.**
von Th. **4. September 1924.**

Der Verfasser stellt fest, daß vorauszusehen war, daß die Kundgebung der Reichsregierung nicht gerade freundliches Entgegenkommen finden würde. Man hätte nicht geglaubt, daß man sich im französisch-belgischen Lager die Sache der Verteidigung der alten Verleumdung Deutschlands so leicht machen würde. Den bei dem Einmarsch in Belgien angerichteten Schaden hätten wir längst mehr als reichlich wieder gutgemacht und was die Veröffentlichung Kautskys anbelangt, so müsse betont werden, daß Kautsky kein Deutscher sei und die von ihm seinerzeit gezogenen Schlußfolgerungen im Lichte späterer Ermittlungen wieder zurückgenommen habe. Der Schlußsatz des Artikels lautet: „Eins ist richtig. Auf der Lüge von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands ist der Friedensvertrag von Versailles und das Londoner Ultimatum aufgebaut: Mit dem Fundament stürzt das Gebäude zusammen. Wir haben jetzt in London finanzielle und andere Verpflichtungen auf uns genommen, in der Erkenntnis, daß wir den Krieg verloren haben und nach altem Brauch an die Sieger Kriegsentschädigung bezahlen müssen. Diese in London anerkannte Schuld soll nach Maßgabe und im Rahmen der in London getroffenen Abmachungen, also nach Maßgabe der deutschen Leistungsfähigkeit abgetragen werden. Aber wir verlangen, daß endlich auch vor aller Welt das anerkannt werde, was alle Welt längst weiß: Daß Deutschland von allen Mächten am Ausbruch des Weltkrieges die geringste Schuld trägt!"

Nach der Annahme der Dawes-Gesetze. **Hamburger Fremdenblatt.**
30. August 1924.

Es heißt hier: „Eine Brücke über die Parteigegensätze hat mit fester und geschickter Hand Reichskanzler Dr. Marx geschlagen mit der gestern unmittelbar nach den entscheidenden Beschlüssen erfolgten Kundgebung gegen das Kriegsschuld-Bekenntnis. Nicht nur den Deutschnationalen, sondern dem ganzen deutschen Volke nimmt diese Kundgebung einen Stein vom Herzen."

Die Schuldfrage und der Artikel 231. **Berliner Tageblatt. 2. September 1924.**

Das Blatt stellt fest, daß es ein nationales Interesse ersten Ranges ist, daß die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg, die immer noch in weiten Kreisen nicht nur unserer ehemaligen Feinde, sondern auch der Neutralen Glauben findet, endgültig aus der Welt geschafft wird. Mit dem Zeitpunkt der Kundgebung ist das Berliner Tageblatt nicht einverstanden und sagt, „daß eine derartige Kundgebung der Reichsregierung im gegenwärtigen Moment nicht zweckmäßig war, daß sie für die Regierung selbst nicht eine Erleichterung, sondern eine Verlegenheit bedeute, dürfte bereits allen Unbefangenen klar geworden sein.“ Es werden dann eine Reihe von Äußerungen deutscher Staatsmänner angeführt, die sich gegen die Kriegsschuldfrage wandten. Hierbei wird erwähnt, „daß am 22. Juni 1919 der Reichskanzler Bauer, der bekanntlich Sozialdemokrat ist, namens der aus Sozialdemokraten und Zentrum bestehenden Regierung, erklärt hat: „Wir legen weiterhin den größten Nachdruck auf die Erklärung, daß wir den Artikel 231 des Friedensvertrages, der von Deutschland fordert, sich als alleiniger Urheber des Krieges zu bekennen, nicht annehmen können und durch die Unterschrift nicht decken.“

Aktion Frankreichs zur Kriegsschuldfrage? Eigene Drahtung aus Athen vom 2. September 1924. **B. Z. am Mittag. 3. September 1924.**

Nach der Meldung scheine sich Frankreich nicht mit der Havasmeldung zu begnügen, sondern strebe eine weitergehende solidarisch-diplomatische Aktion der großen und kleinen Entente an. Der französische Gesandte habe der griechischen Regierung eine Verbalnote überreicht, worin die griechische Regierung aufgefordert wird, den französischen Standpunkt in der Kriegsschuldfrage zu unterstützen. Die „B. Z.“ schreibt hierzu, daß zu einer diplomatischen Aktion Frankreichs vorläufig jeder Anlaß fehlt, da die Kriegsschulderklärung des Reichskanzlers der Entente nicht überreicht wurde. Weiter findet das Blatt, daß Frankreich seine Verteidigung gegen den Appell auf die Tatsache der ersten deutschen Kriegserklärungen und des Einmarsches in Belgien stützen will, sehr geschickt, weil diese „Tatsachen“ nicht zu widerlegen sind. Diese Auffassung wird dann von der „B. Z. am Mittag“ selbst widerlegt, indem das Blatt fortfährt, daß diese Tatsachen militärischer aber nicht politischer Natur und durchaus nicht identisch mit der Kriegsschuldfrage selbst sind, auch nicht den Beweis liefern, daß Deutschland den Krieg geplant und angestrebt hat. In der Welt verbreite sich immer mehr die Erkenntnis, daß man Deutschland zu Unrecht beschuldigt hat.

Bürgerblockdiplomatie 1. Akt. Regierungserklärung zur Kriegsschuldfrage. **Vorwärts, Nr. 208. 30. August 1924.**

Der „Vorwärts“ bringt unter der angeführten Überschrift die Kundgebung der Regierung. Im Anschluß an die Erklärung schreibt das Blatt: „Die Sozialdemokraten sind der Reichsregierung für den Dank, den sie ihnen ausspricht, sehr verbunden, müssen aber bemerken, daß sie nicht um dieses noch eines anderen Dankes willen für die Verwirklichung des Dawes-Planes eingetreten sind. Im übrigen muß man bedauern, daß die Erklärung der Regierung zur Schuldfrage dadurch entwertet wird, daß sie einen Bestandteil eines innerpolitischen Tauschgeschäftes darstellt. Außerdem sind die Auftraggeber dieser Erklärung eben im Begriff, den Reichskanzler, der sie unterzeichnet hat, davonzujagen, und auch das trägt nicht zur Höherbewertung der Unterschrift bei.

Man kann also nicht behaupten, daß die Bürgerblockdiplomatie mit ihrem ersten Streich besonders glücklich gewesen ist.“

Das Kriegsschuldbekenntnis. **Vorwärts, 31. August 1924.**

Der „Vorwärts“ stellt die feierliche Zurücknahme der Anerkenntnis der Alleinschuld Deutschlands am Kriege als einen großen Erfolg der Deutschnationalen hin. Über die außenpolitische Wirkung dieser „Bürgerblockdiplomatie“ äußert sich das Blatt skeptisch, stellt aber an Hand einer Reihe von Zitaten fest, daß die gleiche Auffassung, wie sie Reichskanzler Marx in seiner Kundgebung zum Ausdruck gebracht hat, bereits von früheren, auch sozialistischen Ministern zum Ausdruck gebracht worden ist.

Pariser Protest gegen die Kriegsschulderklärung. **Der Tag. 1. August 1924.**

Nach Besprechung der Stimmen im „Matin“, „Oeuvre“ und „Temps“ sagt das Blatt: „Es galt zu zeigen, daß sich Deutschland trotz der Annahme des Dawes-Gutachtens unschuldig am Beginn des Krieges fühle.“

Die Kriegsschuld-Auseinandersetzung. **Vossische Zeitung. 3. September 1924.**

Das Blatt bespricht Stimmen im „Etoile Belge“ und Brüsseler „Peuple“ und gibt dann noch eine Stimme aus dem „Homme Libre“ wieder. Es heißt hier: „Sollte man sich einbilden, daß, wenn die Unschuld Deutschlands am Ursprung des Krieges anerkannt werden sollte, dies die Wirkung des Versailler Vertrages zerstören und insbesondere die Verpflichtungen Deutschlands beseitigen würde, die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen? Selbst wenn die Schuld Deutschlands am Kriege in Zweifel gesetzt werden könnte, so würde es trotzdem dabei bleiben, daß Deutschland gezwungen wäre, seine gegen-

wärtigen Verpflichtungen zu erfüllen. In Anwendung des augenblicklichen höchsten moralischen Prinzips müsse jede Nation des alten Kontinents alle ihre Hilfsmittel hergeben, damit die Zerstörungen des Krieges wieder gutgemacht und es Europa ermöglicht werde, sich zu reorganisieren und sich wieder an die Arbeit des Friedens zu machen."

„Homme libre" scheint die Kundgebung der Regierung mißverstanden zu haben.

Ausländische Stimmen zur Regierungskundgebung.

Pariser Protest. **Vossische Zeitung. 31. August 1924.**

Der Quai d'Orsay übermittelt heute abend der Presse folgendes amtliche Communiqué:

Die französische Regierung hat noch keinerlei amtliche Mitteilung über die öffentliche Erklärung des deutschen Kanzlers über die Kriegsschuldfrage erhalten. Wenn sie diese Erklärung in den Händen haben wird, wird sie sofort nach Berlin die offizielle Antwort übermitteln, die sich aufdrängt.

Aber jetzt bereits protestiert sie mit aller Kraft gegen eine These, die nicht nur gegen die tatsächlichen Ereignisse verstößt, sondern auch den formellen Bestimmungen des Friedens von Versailles widerspricht, das heißt gegen eine Sache, die nach den ausdrücklichen Erklärungen von Lloyd George im Namen der Alliierten am 3. März 1921 geregelt wurde. Die öffentliche Meinung der Welt weiß, daß es gerade zehn Jahre her sind, daß Deutschland plötzlich ein heldenhaftes Land angegriffen hat, welches durch seine Neutralität hätte geschützt sein müssen, und daß Frankreich, um seinen Friedenswillen zu zeigen, spontan seine Truppen 10 Kilometer von der Grenze zurückgezogen hatte. Diese Tatsache zu leugnen, hieße der Sache des Friedens schlechte Dienste erweisen.

Les responsabilités de la guerre. **L'Ère nouvelle, Nr. 2493. 31. August 1924.**

Les responsabilités de la guerre.

Le Ministre des Affaires étrangères nous a communiqué la note suivante hier soir:

«Le Gouvernement français n'a pas encore reçu officiellement communication de la déclaration publique du Chancelier allemand sur les responsabilités de la guerre. Si cette communication lui est adressée, il fera sans délai parvenir à Berlin la réponse officielle qui s'impose.

« Dès maintenant, il proteste avec force contre une thèse qui se heurte non seulement à l'évidence des faits, mais encore aux termes formels du traité de Versailles, c'est-à-dire à la chose jugée, selon les expressions mêmes dont s'est servi M. Lloyd George, au nom des Alliés, le 3 mars 1921.

« L'opinion mondiale sait qu'il y a précisément dix années, l'Allemagne a brusquement attaqué un héroïque pays que sa neutralité devait en protéger, et la France qui, pour prouver sa volonté pacifique, avait spontanément retiré ses troupes à 10 kilomètres en deçà de ses frontières.

« Nier ces faits ce serait desservir la cause de la paix. »

Bulletin du jour Le Vote du Reichstag. **Le Temps. 31. August 1924.**

Der „Temps“ behauptet, daß die Reichsregierung sich gezwungen glaubt, eine Erklärung über die Verantwortlichkeit am Kriege zu veröffentlichen, um sich der Stimmen für die Annahme des Dawes-Gutachtens zu versichern. Das Blatt fährt dann fort:

On n'étonnera certainement pas M. Marx, si l'on observe que cette déclaration était superflue au point de vue parlementaire, et qu'elle n'est pas précisément bienfaisante au point de vue diplomatique. Les gens qui ont arraché ce papier au gouvernement allemand s'imaginent, apparemment, que les responsabilités de la guerre sont l'enjeu d'une espèce de procès et que, si l'Allemagne pouvait gagner ce procès en appel, il en résulterait les deux effets suivants: le Reich serait affranchi des réparations, et les partis allemands de droite seraient lavés, comme la clef de lady Macbeth, d'une tâche qui les gêne pour ouvrir la porte du pouvoir. Cette préoccupation judiciaire révèle une mentalité d'accusés, une obsession de culpabilité. Comme la France n'a rien à se reprocher, les choses lui apparaissent plus exactement.

Quelles que soient les péripéties des études relatives aux origines de la guerre, l'Allemagne n'en restera pas moins chargée de la dette dont le plan Dawes organise le payement. Il est indestructiblement démontré que l'Autriche-Hongrie a attaqué la Serbie en bombardant Belgrade, et que l'armée allemande a envahi la Belgique contrairement au droit international, ainsi que M. de Bethmann Hollweg l'a reconnu le 4 août 1914. Ces deux faits, pour ne parler que d'eux, suffiraient amplement à justifier les mots inscrits à l'article 231 du traité de Versailles: « L'aggression de l'Allemagne et de ses alliés. » Les articles 232 et suivants, qui constituent les

stipulations relatives aux réparations, conserveraient donc en tout cas la base morale qu'on a voulu leur donner. Mais croit-on que l'obligation imposée à l'Allemagne ne puisse être fondée sur aucune autre base? Si l'on s'en rapportait aux Allemands eux-mêmes, ils seraient tenus de payer parce qu'ils sont vaincus. C'est un raisonnement que la France n'aime pas, bien qu'elle s'y soit loyalement soumise après le traité de Francfort; mais ce ne sont pas les Allemands qui pourraient récuser ce droit du vainqueur. après que Bismarck en a usé contre la France.

L'Allemagne n'a pas déclanché la guerre! L'Allemagne n'est pas coupable! — **Le Soir (Brüssel). 31. August 1924.**

Das Blatt stellt die bekannte Erklärung des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg vom 4. August 1914 „Not kennt kein Gebot" der Erklärung des Reichskanzlers Marx vom 29. August 1924 im Wortlaut gegenüber. Zum Schluß heißt es, daß Bethmann Hollweg gesagt habe. daß Deutschland wieder gutmachen wird, und sich die Alliierten nicht mit der Erklärung des Reichskanzlers für alle Reparationen zufrieden geben könnten.

Die Sorge um die Reparationen tritt in diesem Artikel sehr deutlich zutage.

Toujours le Passé. L'Allemagne veut discuter les responsabilités de la guerre. — **Le Matin. 1. September 1924.**

Der „Matin" behauptet, wenn es ein Land gibt, das die Kriegsschulddebatte nicht fürchtet, sei es Frankreich. Wie nach Ansicht des „Matin" Frankreich sich vollständig unschuldig fühle. drückt der „Matin" in folgendem Satz aus: „Quand bien même on arriverait à altérer la lumière du soleil, on n'arriverait pas à démontrer que la France ait une atome de culpabilité."

Weiter geht der „Matin" auf die bekannte Zurückziehung der französischen Truppen hinter die 10-km-Zone ein. Der „Matin" beklagt sich dann, daß eine Aussprache, ja anscheinend sogar eine Verständigung mit Deutschland unmöglich sei. Dem „Matin" ist die Kundgebung auf die Nerven gefallen: „Nos nerfs, aux uns comme aux autres, sont encore à nu."

Zum Schluß heißt es: „Les véritables sages sont ceux qui laisseront dormir un passé terrible et récent, et qui ne se pencheront sur le présent que pour préparer l'avenir."

Emile Zola, dessen Denkmal die Franzosen kürzlich mit großem Pomp eingeweiht haben, würde dies nicht geschrieben haben.

La chose jugée. **Le Soir (Brüssel).**
Von Roland de Marès. **1. September 1924.**

Marès stützt sich auf die bekannte Äußerung Lloyd Georges vom 3. März 1921, in der er die Kriegsschuldfrage als „chose jugée" bezeichnet hat und sagt, es sei notwendig, den Deutschen zu verstehen geben, daß man ihnen nicht erlauben könne, eine neue Aussprache über ihre Schuld und ihre Verantwortlichkeit an der Entfesselung des Weltkrieges zuzulassen. Keine neue Schuldfragendebatte könne das deutsche Volk von dem Verbrechen reinwaschen. Die Proklamation des Reiches bedeute nur ein nationalistisches Manöver. —

Die Notwendigkeit einer Aussprache dürfte allein durch diesen Artikel zur Genüge erwiesen sein. —

La Culpabilité allemande. **Le Soir (Brüssel).**
1. September 1924.

Le Soir gibt zwei belgische Pressestimmen „Le Peuple" und „L'Étoile belge" wieder, die sich gegen die Regierungskundgebung aussprechen. Die Presseäußerungen stützen sich auf die bekannte Äußerung Bethmann Hollwegs und die Erklärung Kautskys, natürlich ohne zu erwähnen, daß Kautsky seine früheren Behauptungen zurückgenommen hat.

Deutschland und der Völkerbund. **Frankfurter Zeitung.**
Eine Erklärung Herriots. **7. September 1924.**

„Ich habe nicht den geringsten prinzipiellen Einwand gegen den baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Ich habe mich bereits darüber ohne Hintergedanken ausgesprochen. Natürlich gibt es Fragen der Opportunität mit Bezug auf die Wahl des Augenblicks. Da müsse er nun in aller Offenheit sagen, daß die angekündigte offizielle deutsche Note in Sachen der Schuldfrage für die wünschenswerte Einigung mit der übrigen Kulturwelt von ganz verhängnisvoller Wirkung wäre. Dies bedeute geradezu eine fürchterliche Blindheit. Man habe dabei auch seiner (Herriots) eigenen Politik den stärksten Knüppel zwischen die Beine geworfen. Gewiß sei es begreiflich, daß der friedlich gesinnte Teil des deutschen Volkes nicht die Verantwortung für die Katastrophe auf sich lasten lassen wolle. Dann aber müsse sich dieser Teil des deutschen Volkes von der Schuld des alten Regimes deutlich trennen, so wie es 1871 in Frankreich geschehen sei. Dringend nötig sei ferner — und hier appellierte Herriot an die Demokratie — die Bestimmungen über die deutsche Entwaffnung loyal durchzuführen. Wenn auf diesem Gebiet kein greifbarer Erfolg erzielt werden, so werde das nicht nur den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verhindern, sondern auch ihm (Herriot) selbst das Vertrauen seiner Nation rauben und ihm die Fortsetzung seiner Politik unmöglich machen."

—

**German Partey Activities.
Nationalists and Their Constituents.**

**The Times (London).
4. September 1924.**

Der Berliner Berichterstatter behandelt die Erklärung in der Kriegsschuldfrage in Verbindung mit der Unterzeichnung des Dawes-Gutachtens und der Haltung der Deutschnationalen. U. a. gibt er auch die Äußerung der „Frankfurter Zeitung" wieder, wonach keine weiteren Schritte in der Kriegsschuldfrage zu erwarten wären.

Nach dem französischen Schritt in Berlin.

**B. Z. am Mittag.
8. September 1924.**

Die „B. Z." schreibt: „Die Erregung der Ententekreise über die Kriegsschuldfrage erklärt sich aus ihrem Bewußtsein, daß Deutschland gerade in dieser Frage in absehbarer Zeit von der Weltmeinung sicher rehabilitiert werden wird. Das beweisen die schon zahlreichen skeptischen Stimmen im Ententelager selbst. Ein Aufschub der Kriegschuldaktion gibt Deutschlands Anspruch auf Revision nicht preis, denn aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Läßt man die Situation bis zu einem politisch günstigen Zeitpunkt ausreifen, so wird die deutsche Aktion dann nur um so wirksamer sein."

**Irrungen und Wirrungen.
Von H. von Gerlach.**

**Die Welt am Montag.
8. September 1924.**

Gerlach schreibt: „Daß die Initiative der deutschen Regierung in der Kriegsschuldfrage überhaupt und besonders im jetzigen Augenblick ein schwerer Fehler war, hat in Deutschland selbst leider nur eine kleine Minderheit empfunden."

Schuldlüge und Völkerbund.

**Berliner Lokal-Anzeiger.
7. September 1924.**

Das Blatt schreibt: „Diese Dinge unter einen Hut zu bringen, dürfte um so schwieriger sein, als die Völkerbundsatzung überdies einen integrierenden Bestandteil des Versailler Vertrages selbst, und zwar seiner Einleitung bildet, so daß also Deutschland bei seinem Eintritt in den Völkerbund an der Spitze des Versailler Vertrages als Hüter der Gerechtigkeit und im Artikel 231 desselben Vertrages als Verbrecher an der Menschheit erschiene! Also auch vom Standpunkte der Gegner dürfte die Absicht, ohne Aufhebung des Artikels 231 Deutschland zum Eintritt in den Völkerbund zu veranlassen, nicht ausführbar sein."

Will sich Deutschland isolieren?
Von Georg Bernhard.

Vossische Zeitung.
7. September 1924.

Der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung", Georg Bernhard, hatte am 6. September eine Unterredung mit Herriot, die er in folgender Weise wiedergibt: „Ich hätte Ihnen gern meine Anschauungen über die Zukunft der Beziehungen Deutschlands und Frankreichs dargelegt. Im übrigen kennen und wissen Sie, daß ich in London aufrichtige Anstrengungen für die Befriedigung unternommen habe. Aber ich erkläre Ihnen ganz offen: Die Nachricht, die durch die Presse geht, wonach Deutschland eine Note an die Regierungen über die Kriegsschuldfrage absenden will, versetzt uns in die Unmöglichkeit, in diesem Augenblick eine Erklärung abzugeben. Ich vermag nicht zu begreifen, wie in demselben Augenblick, wo wir versuchen, die Zukunft zu organisieren durch die Vermittlung des Völkerbundes, die Reichsregierung überhaupt daran denkt, eine solche Note anzukündigen. Ich kann für den Augenblick nichts anderes tun, als diese Note abzuwarten und ihr im gegebenen Falle den energischsten Protest entgegenzusetzen."

Daß durch einen „Protest" die Wahrheit in der Kriegsschuldfrage nicht mehr aufzuhalten ist, dürfte auch Herriot inzwischen klar geworden sein.

Die Klärung der Kriegsschuldfrage.
Vom Geh. Rat Béla Földes, Minister a. D.

Pester Lloyd, Budapest.
5. September 1924.

Es heißt hier: „Doch kann man es den Völkern verargen, wenn sie eine so schwere und ungerechte Anklage zurückzuweisen für nötig halten? Müssen wir nicht vielmehr dem ethischen Charakter eines Volkes alle Achtung gewähren, das inmitten der größten Leiden das vielleicht rein ideale Ziel verfolgt, vor den Toren der Weltgeschichte von einer unbegründeten Anklage freigesprochen zu werden, und dessen beste Männer, dessen tüchtigste Geschichtsforscher mit Ameisenfleiß alle Daten zu Tage fördern, die die Falschheit der gegnerischen Behauptungen zu widerlegen imstande sind? Der Umstand, daß Frankreich die Frage der Kriegsschuld nicht verhandelt sehen will, daß Herriot in London durch die Eventualität einer diesbezüglichen Absicht Deutschlands in Nervosität versetzt wurde und diesem Wunsche Deutschlands sich unbedingt zu verschließen beabsichtigte, ist vielleicht an und für sich schon ein bedenkliches Moment. Und dies um so mehr, als ja Frankreich noch immer nicht geneigt ist, das archivalische Material zum Studium der Kriegsschuldfrage bereitzustellen, während das reiche Material der deutschen und russischen Archive längst der Öffentlichkeit übergeben ist."

Victor Marguéritte zur Kriegsschuldfrage.

Un procès qui commence, par Victor Marguéritte. — **Le Peuple. 8. August 1924.**

Marguéritte weist in dem vorstehenden Aufsatz in eindringlicher Mahnung auf die in den letzten Monaten erschienenen Werke von Mathias Morhardt und Graf Montgelas (französische Übersetzung des „Leitfadens zur Kriegsschuldfrage“) hin. In schärfster Form tritt er gegen Poincaré und gegen die französische und russische Regierung von 1914 auf. Er brandmarkt die Fälschungen des französischen Gelbbuches und des russischen Orangebuches und betont, daß die russische Mobilmachung den europäischen Krieg ausgelöst hat.

La Légende et L'Histoire. Von Victor Marguéritte. — **L'Ère nouvelle. 7. August 1924.**

Marguéritte wendet sich gegen die französischen Legenden über den Kriegsausbruch, er führt u. a. aus: „Der deutsche Imperialismus und der österreichische Imperialismus bleiben schuldig. Aber das schwerste Gewicht der Verantwortung tragen nicht die Kaiser Wilhelm und Franz Josef: die wahren Arbeiter für den Krieg, die Hauptverantwortlichen für das allgemeine Morden sind Raymond Poincaré und René Viviani, der eine, als Ministerpräsident jener Zeit, ein hilfloser Schatten, der andere, als Präsident der Republik, mächtiger als der russische Zar und doch eine Marionette in den Händen Sasonows. Diese Männer, in treuer Verbindung mit der Kriegspartei am russischen Hofe, haben das Unglück verschuldet.“ Ein bisher nicht bekannt gewordenes Zeugnis für die Revanchepolitik Poincarés zitiert Marguéritte aus einer Arbeit, die Poincaré im Oktober 1920 über die Universität von Paris geschrieben hat: „In meinen Schuljahren drangen die, von unserer Niederlage umdunkelten Gedanken beständig über die Grenze, die uns durch den Frankfurter Vertrag aufgezwungen war. Wenn ich aus den Wolken meiner philosophischen Träumereien auf die Erde herabstieg, dann sah ich für meine Generation nur einen Daseinszweck, wir mußten die verlorenen Provinzen zurückerobern.“

Quelques précisions sur les responsabilités de la guerre. Von Victor Marguéritte. — **L'Ère nouvelle. 27. August 1924.**

In einem zweiten Aufsatz wendet sich Marguéritte gegen die Behauptung, die Emile Kahn in der „Ere nouvelle“ vom 16. August 1924 in seinem Aufsatz „Quelques documents sur les origines de la guerre“ aufgestellt hatte, und die dahin lauteten, daß das österreichische Jesuitentum und der deutsche Militarismus für den Ausbruch des Krieges verantwortlich seien. Kahn, dem die Einzelheiten der Krise in wichtigsten Punkten nicht bekannt sind, erklärt, in Österreich sei im Vertrauen auf

die deutsche Hilfe die allgemeine Mobilmachung angeordnet worden, ohne daß dabei die russische allgemeine Mobilmachung eine Rolle gespielt habe. Diese, den historischen Tatsachen widersprechende Behauptung, weist Marguéritte unter eingehender Zitierung der in Betracht kommenden Dokumente zurück. Er sagt zum Schluß: „Ich glaube heute klar nachgewiesen zu haben, daß, wenn auch das österreichische Jesuitentum und der deutsche Militarismus an der Entfesselung des Weltkrieges ihr schweres Anteil Schuld tragen, unleugbar jedoch von Petersburg die entscheidende Ursache kam. . . .“ „Eine stärkere Macht als Sasonow drückte die kaiserliche Hand auf den Mordukas . . der kalte, starrsinnige Wille des Lothringers, der sich an seinen Lebenszweck anklammerte, an die Revanche.“

Sur la Foi des traités.
Von Victor Marguéritte.

L'Ère nouvelle.
28. August 1924.

In einem dritten Aufsatz gibt Marguéritte noch einmal einen Überblick über die Politik Poincarés in den Jahren vor dem Krieg und bei Kriegsausbruch, er sagt dann: „Die meisten Franzosen glauben heute noch, sie seien zu ihrem Abmarsch am 2. August durch einen deutschen Überfall gezwungen worden. Frankreich sei keineswegs verpflichtet gewesen, in den Krieg einzugreifen und nur die Machinationen der Poincaré, Viviani und Paléologue hätten Frankreich mit hineingerissen. Ihre traurige Rolle leuchte nach 10 Jahren durch die Fälschungen und Auslassungen des Gelbbuches hindurch. „Trotzdem spricht der ewige Redner, der Advokat im roten Talar am Grabe der Opfer im Namen des Rechts! Die übrigen Mitschuldigen haben mehr oder weniger hart gebüßt: Die Romanow, Hohenzollern und Habsburg. Will man nicht in Frankreich den Prozeß an der Wurzel beginnen?“ —

Die Herrschaft der militärischen Pläne in der Politik. Offensiver und devensiver Militarismus. Von Aloys Schulte (Bonn).

Kölnische Volkszeitung.
Nr. 584, 600, 623. 1924.

Professor Schulte zeigt auf Grund der Ereignisse bei Kriegsausbruch, wie sehr in gefahrvollen Augenblicken die Leitung der auswärtigen Politik durch die militärischen Pläne beeinflußt und, wie das Beispiel Rußlands beweist, schließlich beherrscht werden kann.

Die Kriegsschuldfrage
in der französischen Kammer.

Le Matin.
25. August 1924.

In der Nachtsitzung der französischen Kammer vom 23. zum 24. August sagte der kommunistische Abgeordnete Faure: „Wir glauben, das möchte ich ausdrücklich feststellen, daß die Schuld an dem Kriege auf beiden Seiten liegt.“

Kammerpräsident Painléve: „Ich kann nicht zulassen, daß Sie solche Worte an dieser Stelle sprechen. Sie stehen im Widerspruch mit den Feststellungen des Vertrages von Versailles.“

Abgeordneter Lafond (Komm.): „Was eben gesagt wurde, ist eine historisch erwiesene Wahrheit,“

Ministerpräsident Herriot: „Ich kann nicht dulden, daß man die Verantwortung Frankreichs an der Entfesselung des Krieges gelten läßt, dessen unschuldigstes und am meisten gequältes Opfer es selbst geworden ist.“

Das Delikt des Friedensbruches. Von Dr. Eugen Fischer.

Deutsche Allgemeine Zeitung. Nr. 416. 4. September 1924.

In dem amerikanischen Beitrag zur Sicherheitsfrage und zum gegenseitigen Beistand im Kriegsfalle, der dem Völkerbund zugegangen ist, wird der Vorschlag gemacht, daß nicht nur die Kriegserklärung, sondern auch die Kriegsvorbereitung als Friedensbruch angesehen werden solle. Als Kriegsvorbereitung würden Mobilisation und übermäßige Rüstungen gelten. Diese amerikanische Anschauung stärkt den deutschen Kampf in der Kriegsschuldfrage, in dem die russische Mobilmachung als ausschlaggebender Faktor für den Kriegsausbruch angesehen wird.

Aus Zeitschriften.

Der Serajewoer Mord und die Kriegsschuldfrage. Von Dr. Friedrich Wiesner, a. o. Gesandter und bevollmächtigter Minister a. D.

Das neue Reich, Wochenschrift für Politik, Kultur und Volkswirtschaft. 2. August 1924.

Dr. Wiesner, der in den Dokumenten zum Kriegsausbruch meist als Sektionsrat figuriert, ist im Sommer 1914 mit der Untersuchung des Mordes von Serajewo beauftragt worden. Das Ergebnis seiner Untersuchung ist durch das Telegramm Oe. R. I Nr. 17, das erst nach dem Kriege veröffentlicht wurde, bekannt geworden. Der Bericht Wiesners, der meist nur tendenziös im Auszug wiedergegeben worden ist, hat zunächst durch den IV. Band von Conrad von Hötzendorffs Erinnerungen eine nähere Beleuchtung erfahren. Im neuen Reich gibt Wiesner selbst außerordentlich wertvolle, nähere Ausführungen aus seiner Untersuchungstätigkeit während der Julikrisis.

Daß Österreich gänzlich unvorbereitet für eine diplomatische Aktion in der serbischen Frage gewesen ist, schließt Wiesner daraus, daß im Auswärtigen Amt so gut wie nichts für einen derartigen Schritt vorbereitet war. Dieser Umstand trug dazu bei, daß das Dossier über die Untersuchung des Mordes erst am 25. Juli den Mächten bekannt gegeben werden konnte. In den sich überstürzenden Ereignissen sei dann das Dossier verschlungen und von der Gegenseite totgeschwiegen worden.

Daß Serbien wirklich an den Grundfesten der Monarchie zu rütteln entschlossen war, gehe bereits aus dem 1909 erschienenen von der Pariser Faculté de Droit preisgekrönten Buch „La Bosnie et l'Hercégovine" hervor.

Wiesner greift dann den Bericht der Versailler Kriegsschuldkommission an und bezeugt, ähnlich wie Leopold Mandl in seinem Aufsatz im neuen Wiener 8-Uhr-Abendblatt vom 1. Juli 1924 (s. Augustheft der Kriegsschuldfrage Seite 333) „daß der Mordplan nicht nur der serbischen Regierung, sondern auch der russischen Diplomatie bekannt war."

Wiesner geht dann auf das Werk des Baron Musulin über, der mit der Ausarbeitung der Entwürfe der Note beauftragt worden war und hebt hervor, daß die fortschreitenden Erhebungen in Serajewo fortgesetzte Änderungen des politischen Gesamtbildes des Attentats und seiner Zusammenhänge mit Serbien lieferten. Wiesner gibt zu, daß die schon damals geäußerte Überzeugung Potioreks von der Schuld der Belgrader Regierung an dem Morde, die übrigens, „alle bei uns teilten", durchaus richtig war, wenn die greifbaren Beweise hierfür nach seiner Auffassung auch noch nicht vorliegen. Auch Wiesner vertritt aber die Auffassung, daß die inzwischen erfolgten Aufklärungen: „Die Schuld der serbischen Regierung an dem Attentat außer Zweifel gestellt habe."

Der amerikanischen Delegation, die sich in Versailles mit der Kriegsschuldfrage beschäftigte, macht Wiesner den Vorwurf, daß sie sich seinen Bericht „Das Dokument Wiesner" von Herrn Vesnic nicht in unverkürzter Gestalt zeigen ließ. Die von Serbien gelieferten Dokumente seien a priori verdächtig und die amerikanische Delegation wußte, daß das Dokument in der ihr vorgelegten Form nicht vollständig sei . . . . „Diese Art der Geschichtsschreibung", schreibt Wiesner, „bei der ein Autor vom anderen prüfungslos die Zitate abschreibt, ohne auf die Originalquelle zurückzugehen, ist ein Fluch unter dem die Kriegsschuldfrage noch lange zu leiden haben wird."

Zum Schluß geht Wiesner noch auf das vor kurzem erschienene Buch des russischen Schriftstellers Kejunin „Das Blut des Slaventums" ein, in dem sich folgende Äußerungen des derzeitigen Skupschtinapräsidenten Ljuba Jovanovic vorfindet: „Ende Mai oder Anfang Juni erzählte Ministerpräsident Pasic dem Minister des Innern Stojan Protic, mir und noch einigen Ministern, daß gewisse Leute sich vorbereiten, nach Serajewo zu reisen, um dort Franz Ferdinand zu ermorden, der am Vodov Dan in Serajewo eintreffen sollte. Wie ich später erfahren habe, handelte es sich um in Belgrad lebende patriotische, bosnisch-herzogowinische Studenten, die hier eine geheime Organisation bildeten. Pasic und wir haben beschlossen und Protic hat sich auch bereit erklärt, einen Befehl den Grenzorganen an der Drina zu erteilen, daß dieselben die jungen Leute an der Überschreitung der Grenze verhindern mögen. Diese Grenzbehörden waren aber auch Mitglieder der geheimen Organisation und haben den Befehl des Protic nicht ausgeführt. Sie

meldeten ihm, und er teilte dies uns mit, daß der Befehl sie zu spät erreicht habe, als die Boten bereits die Grenze überschritten hatten."

Für jedes ernste Studium der Kriegsschuldfrage ist dieser Aufsatz unentbehrlich.

General Suchomlinow, sein Werk und sein Sturz. Von Graf Max Montgelas. — **Süddeutsche Monatshefte, August 1924.**

Graf Montgelas gibt eine umfassende, kritische Würdigung der Erinnerungen des ehemaligen russischen Kriegsministers.

Zur englischen Politik im Juli 1914. Von Gustav Roloff. — **Historische Zeitschrift, 3. Folge, 34. Bd. 1924.**

Wir werden auf diesen Aufsatz im nächsten Heft der „Kriegsschuldfrage" zurückkommen.

Deutsche Außenpolitik der Wilhelminischen Ära. Von Felix Rachfahl. — **Archiv für Politik und Geschichte, August 1924.**

Fortsetzung und Schluß der Arbeit Rachfahls über die zweite Serie der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes. (1890—1898.)

Englische Politik und öffentliches Leben. Von G. von Schoch. — **Archiv für Politik und Geschichte, August 1924.**

In einer ausführlichen Besprechung des auch an dieser Stelle schon mehrfach hervorgehobenen Werkes von O. Franke: „Die Großmächte in Ostasien von 1894 bis 1914", zeichnet Schoch ein Bild der englischen Vorkriegspolitik.

Vor zehn Jahren. VI. Der Deutsche Kriegsplan. Von Oberstleutn. a. D. Wolfgang Foerster. — **Deutsches Offizierblatt 1924, Nr. 27.**

Amerikanische Schulddiskussion. Von Cornelius Bruns. — **Die Deutsche Nation, August 1924.**

Eine eingehende Analyse der im Maiheft der „Current History" veröffentlichten großen Arbeit von Professor Barnes.

War Responsibility. A Steap forward By Raymond Beazley. — **Foreign Affairs, September 1924.**

Professor Beazley hebt in eingehender Würdigung die Bedeutung des von Hermann Lutz geschriebenen „Appeal to British Fair Play" hervor.

Bücherschau.

Allen, Henry T., General: Mein Rheinland-Tagebuch. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1924, 400 Seiten.

General Allen, der von 1919 bis 1923 Oberkommandierender der amerikanischen Besatzungsarmee im Rheinland und Mitglied der Rheinland-Oberkommission war, gewährt durch sein Tagebuch tiefe Einblicke in die französische Rheinlandpolitik. Insbesondere bringt General Allen auch interessantes Material über Frankreichs Haltung in der Separatistenbewegung und über die Frage der seit Jahren angestrebten Ruhrbesetzung. Allens Rheinland-Tagebuch bildet eines der wichtigsten politischen Dokumente der Nachkriegszeit.

Andrassy, Julius, Graf: Bismarck und Andrassy. Betrachtungen zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Verlag Das Junge Europa. Budapest und Leipzig 1924, 159 Seiten.

Aulard, A.: 1914—1918. Histoire politique de la grande Guerre. Publiée sous la Direction de A. Aulard, avec la colaboration de E. Bouvier et de A. Ganem. Paris, Quillet 1924.

Frantz, Gunther: Rußlands Eintritt in den Weltkrieg. Der Ausbau der russischen Wehrmacht und ihr Einsatz bei Kriegsausbruch mit Genehmigung des Reichsarchivs und unter Benutzung amtlicher Quellen. Mit zahlreichen, bisher unveröffentlichten Dokumenten, darunter einer Denkschrift des Generals Danilow in deutscher Übertragung, sowie einer Karte. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924. 306 Seiten.

Wir haben auf dieses für die Kriegsschuldfragenforschung sehr wertvolle Buch schon im Aprilheft hingewiesen und einen Auszug über die Kriegsvorbereitungsperiode in Rußland gebracht.

Nitti, Franceso: Die Tragödie Europas und Amerika? Frankfurter Sozietäts-Druckerei, Frankfurt a. M., 1924.

Page, Kirby: War: Its Causes, Consequences, and Cure. S. Allen & Unwin, London 1924.

Bezugsbedingungen.

Die Monatsschrift ist bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und dem Verlag der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin NW6, Luisenstr. 31a, zu beziehen.

Inlandspreis:

Vierteljahresabonnement 2,— G.-Mk.

Auslandspreis:

Vierteljährlich (einschl. Porto und Verpackung) 2,50 G.-Mk.

W. Büxenstein, Berlin SW 48, Friedrichstr. 240/41.

Die Schuld am Weltkriege in neuer Abwägung.

Eine Urteilsrevision auf Grund aller jetzt vorliegenden Dokumente.

Harry Elmer Barnes.

Wir geben hier eine vollständige Übersetzung des Aufsatzes: **Assessing the Blame for the World War. A Revised Judgement Based on All the Available Documents.** By Harry Elmer Barnes, der im Maiheft der „Current History" der „New York Times" erschienen ist.

Im Text sind einige kleine Änderungen vorgenommen worden, wie sie uns von Professor Barnes in einem Schreiben vom 8. September 1924 mitgeteilt wurden. Die Übersetzung wurde von Herrn Abramowski (Berlin) angefertigt.

Die Schriftleitung.

Harry Elmer Barnes, Ph. D. Columbia 1917, geboren zu Auburn N. Y. 1889, ist in langer Reihe von Vorfahren amerikanischer Abstammung, darüber hinaus englischen und holländischen Ursprungs. Er war 1920—1924 Professor der Kulturgeschichte an der Clark-Universität und ist gegenwärtig Professor für historische Soziologie am Smith-College. Er ist eine anerkannte Autorität auf dem Gebiet der historischen Bibliographie und Verfasser zahlreicher Werke über historische und soziologische Themen. Im Jahre 1918 war er Statistiker im Kriegsdepartement der Vereinigten Staaten.

Der Herausgeber der „Current History" hält Professor Barnes für einen der gründlichsten Forscher auf geschichtlichem Gebiet. Die in der hier vorliegenden Analyse von ihm ausgesprochenen Urteile gehen auf seine eigene Verantwortung und sind seine persönlichen Schlußfolgerungen, zu denen er im Zusammenarbeiten mit amerikanischen Historikern von höchstem Ruf gelangte. Professor Barnes autorisiert uns zu der Feststellung, daß er niemals, weder in seinen Studien noch in persönlichen Dingen irgendwelche Beziehungen zu Deutschland oder Österreich hatte und während des Krieges durchaus proenglisch und profranzösisch war.

Angesichts der Wichtigkeit der Barnes'schen Schlußfolgerungen hat der Herausgeber das Manuskript vor der Veröffentlichung Herrn Professor Albert Rushnell Hart, Vorsitzenden des amerikanischen Verbandes von Neuhistorikern (Chairman of the Current History Associates) vorgelegt, und dieser hat das Barnes'sche Urteil in einer hinter diesem Aufsatz abgedruckten Kritik besprochen.

Es wird beabsichtigt, in einer folgenden Nummer auch die bezüglichen Urteile einiger anderer hervorragender und zur Diskussion einer so wichtigen Frage berufener Historiker Amerikas zu veröffentlichen.

Der Herausgeber der „Current History".

Der VIII. Abschnitt des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Versailler Vertrages beginnt folgendermaßen:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“

Auf diesen Satz gründeten die alliierten Mächte im einzelnen und im allgemeinen ihre gegen Deutschland zu erhebenden Entschädigungsansprüche und stillschweigend den Charakter des ganzen Vertrages. Mancher war nun der Meinung, daß Deutschland durch seine offenbare Zustimmung zu der Belastung mit der ganzen und uneingeschränkten Schuld bezüglich des Kriegsausbruchs das Argument der alliierten Mächte bezüglich der alleinigen Verantwortlichkeit endgültig und für alle Zeit als richtig anerkannt habe. Diesen Standpunkt konnte aber niemand festhalten, der vertraut war mit den Methoden, die die Alliierten während der Friedenskonferenz anwandten. Deutschland spielte dabei die Rolle des Gefangenen vor einem Gerichtshof, bei dem der Staatsanwalt freies Spiel hatte, während dem Angeklagten weder ein Rechtsbeistand bewilligt, noch die Gelegenheit gegeben war, irgendwelche Beweismittel oder Zeugen beizubringen. Es war tatsächlich eine Gerichtsverhandlung, bei der die Anklage sich einfach damit begnügte, die Schuld des Angeklagten im voraus anzunehmen, und nicht nötig hatte, einen Beweis dafür anzutreten. Deutschland wurde vor die Alternative gestellt, entweder jenes Bekenntnis sofort zu unterschreiben, oder sein Gebiet überfallen und besetzt zu sehen, und zwar unter der sicheren Voraussicht, daß schließlich seine Schuldanerkennung unter allen Umständen doch erpreßt werden würde. Angesichts dieser offenbaren Tatsachen ist es klar, daß die Frage der Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges ihre Lösung nur auf Grund eines unbestreitbaren dokumentarischen Beweises finden konnte, wie er jetzt vorliegt[1]).

---

[1]) Es wird im vorliegenden Aufsatz durchaus nicht der Anspruch auf Entdeckung von Tatsachen erhoben, die nicht allen an der Geschichte der europäischen Politik (diplomacy) der Gegenwart interessierten Historikern schon wohlbekannt wären. Die Absicht des Verfassers geht nur dahin, in klarer Weise die Schlußfolgerungen, zu denen wir durch die authentischen Dokumente, wie sie seit 1914 und besonders seit 1919 veröffentlicht worden sind, unweigerlich gezwungen sind, zu übersichtlicher Darstellung zu bringen. Volle und uneingeschränkte Anerkennung wird dabei den auf diesem Gebiet maßgebenden Gelehrten gezollt, wie S. B. Fay, H. P. Gooch, B. E. Schmitt, A. C. Coolidge, R. J. Kerner, C. A. Beard, W. L. Langer, A. F. Pribram, M. Montgelas, sowie den Verfassern der besonderen Werke, die in dieser Abhandlung erwähnt werden. Hervorragend verpflichtet bin ich den Professoren Bernadotte E. Schmitt und William M. Langer für die kritische Prüfung dieses Aufsatzes, die zu der Interpretation im allgemeinen viel beigetragen und mich vor manchen Irrungen in Einzeldingen bewahrt hat. Herr Professor Schmitt gestattete mir in besonderer Liebenswürdigkeit, seinen hochbedeutenden Aufsatz über „Triple-Alliance (Dreibund) und Triple-Entente“, der im Aprilheft der „American Historical Review“ erscheinen soll, im Manuskript zu lesen.

Unter den Verhältnissen, wie sie nach einem großen Kriege gewöhnlich vorliegen, würden wir über die wirklichen Ursachen des Weltkrieges heute noch ebensowenig wissen, wie im Jahre 1914. Ist es doch ein allgemeines Gesetz, daß die Archive oder Sammlungen der politischen Dokumente der betreffenden Staaten den nichtamtlichen Lesern für etwa 40 bis 80 Jahre nach den Ereignissen und Verhandlungen verschlossen gehalten werden, auf die sich die Dokumente beziehen. So wären wir normalerweise darauf angewiesen, etwa bis 1975 auf eine Sammlung von Beweisstücken zu warten, wie wir sie heute besitzen, und zwei Generationen von Forschern hätten dahingehen müssen, ohne über zweifelhafte Vermutungen und intuitive Annäherungen an die Wahrheit hinaus Erfolge erzielen zu können. Die Erklärung für unsere bisher noch nicht dagewesene Glückslage in dieser Beziehung liegt in den revolutionären Umwälzungen, die sich in Deutschland, Österreich und Rußland vor Beendigung des Weltkrieges vollzogen. Die neuen Regierungen waren sozialistischen Charakters und von vornherein Gegner von Krieg und Militarismus, trotz der Tatsache, daß die Sozialisten während des Krieges größtenteils loyal zu ihren kapitalistischen oder Feudal-Regierungen gestanden haben. Die Leiter der neuen Regierungen aber hegten den Wunsch, das Errungene dadurch sicherzustellen, daß sie die politischen Handlungen und Ziele der Vorregierungen diskreditierten, und sie bedienten sich dazu des Mittels, die nationalen Archive zu öffnen, in der Hoffnung, die historische Forschung werde darin die Beweise finden, daß die früher am Ruder gewesenen Kreise die Schuld trügen an all dem Blutvergießen und dem Übermaß von Jammer und Elend, das seit 1914 über Europa gekommen ist. Zu dieser freiwilligen Öffnung der Archive kam weiter, daß die Deutschen während des Krieges die belgischen Archive beschlagnahmt und Dokumentensammlungen daraus veröffentlicht hatten. Sodann liegt der wichtige diplomatische Notenwechsel zwischen London und St. Petersburg in den Jahren 1903 bis 1914 vor, und zwar in Kopien, die B. von Siebert, vor dem Kriege Sekretär bei der russischen Botschaft in London, insgeheim hergestellt und später an Deutschland abgegeben oder verkauft hat.

Die Natur der diplomatischen und militärischen Verkehrsmethoden in Europa bürgt dafür, daß diese Enthüllungen durchaus genügen, um die Fragen betreffs der Kriegserklärungen im Jahre 1914 zu beantworten, trotz der weiteren Tatsache, daß England, Frankreich und Italien es abgelehnt haben, ihre Archive der Forschung zu öffnen. Da Italien mit Deutschland und Österreich im Dreibund technisch alliiert war, können seine Außenpolitik und seine diplomatischen Engagements zum großen Teil aus den deutschen und österreichischen Archiven klargestellt werden. Italien stand aber im geheimen gleichzeitig mit Frankreich, nach 1914 mit den Mächten der Tripelallianz in Unterhandlungen, und dies Material ist großenteils in den Dokumenten der russischen Archive zu finden. Da England und Frankreich die anderen Mitglieder der Tripelentente waren, so ist die Geheimdiplomatie dieser Gruppe in den russischen Archiven und in den Siebert-Dokumenten zu

verfolgen, für die jetzt zum Teil Duplikate in den Veröffentlichungen der russischen Archive vorliegen. Allerdings wäre es wünschenswert, etwas mehr über etwaige geheime Verhandlungen zwischen Frankreich und England zu erfahren, die Rußland nicht mitgeteilt wurden. Die Franzosen haben natürlich einige ihrer Dokumente in den verschiedenen Gelbbüchern veröffentlicht, unter denen das über die Balkanpolitik (1922) das wichtigste ist. Diese Gelbbücher werden aber offiziell herausgegeben und dabei die belastenden Dokumente selbstverständlich unterdrückt.

Obschon eine große Zahl von Dokumenten aus den deutschen, österreichischen und russischen Archiven noch nicht veröffentlicht wurden, sind doch die bereits vorliegenden Sammelausgaben von großer Bedeutung. Die diplomatischen Dokumente, die den breiten historischen Hintergrund der österreichischen Krise des Jahres 1914 umfassen, bieten sich dar in der bewundernswerten Sammlung von Professor A. F. Pribram[2]). Die bis zu dem Monat vor Kriegsausbruch reichenden Dokumente der österreichischen Archive sind herausgegeben von dem gelehrten Publizisten und Journalisten Roderich Gooß in den drei Bänden des österreichischen Rotbuchs[3]). Für Deutschland erscheint zur Zeit eine noch weit umfangreichere Sammlung von Dokumenten über die Diplomatie des Reiches und der mit ihm verbündeten Staaten in der Zeit von 1871—1914, herausgegeben von J. Lepsius, A. M. Bartholdy und F. Thimme. Die Sammlung umfaßt alle wichtigen diplomatischen Dokumente des deutschen Auswärtigen Amts; etwa zwölf dicke Bände davon liegen bereits vor. Es ist dies die umfassendste Veröffentlichung, die auf diesem Gebiet in irgendeinem Lande je unternommen worden ist[4]). Die Dokumente über die Zeit vor dem August 1914 wurden den deutschen Archiven entnommen durch den deutschen Sozialisten Karl Kautsky und in vier Bänden herausgegeben von den hervorragenden deutschen Gelehrten W. Schücking, M. Montgelas und A. Bartholdy[5]). Eine neuerdings veröffentlichte Supplementsammlung enthält 1. die Aussagen deutscher Führer auf militärischem, diplomatischem und geschäftlichem Gebiet vor einer von der deutschen Nachkriegsregierung zur Untersuchung der Kriegsschuldfrage eingesetzten Kommission; 2. die Berichte über die Stellungnahme Deutschlands zu Wilsons Friedensnote vom Dezember 1916; 3. die Verhandlungen zwischen Deutschland und seinen Alliierten einerseits und Deutschland und den Vereinigten Staaten

---

[2]) „Die Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914", A. F. Pribram. Die amerikanische Ausgabe wurde kontrolliert durch Professor A. C. Coolidge und veröffentlicht durch die Harvard University Press im Jahre 1920. Es muß darauf hingewiesen werden, daß Pribrams Werk noch nicht vollendet ist. Er wartet auf die vollständige Herausgabe der deutschen Dokumente.

[3]) Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. 3 Bände, Wien 1919. Diese liegen jetzt in englischer Übersetzung vor.

[4]) Die große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914, Berlin 1923.

[5]) Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch; 4 Bände, Charlottenburg 1919.

andererseits über den Unterseebootkrieg und die politischen Ereignisse, die die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Weltkriege herbeiführten[6]).

Was Rußland anbetrifft, so sind bisher keine Dokumente zugänglich gemacht worden, die einen so weiten geschichtlichen Hintergrund so umfassend behandeln, wie das Werk von Pribram und die erschienenen Bände der Lepsius-Bartholdy-Thimmeschen Kollektion es tun. Die Siebert-Dokumente[7]) umfassen nur die Periode von 1908—1914. Die weiteren russischen Dokumente enthält das sogenannte „Livre Noir“. Es wurde zusammengestellt durch René Marchand, einen gelehrten französischen Sozialisten und Journalisten, der die Sprache wie das Leben und die politischen Verhältnisse Rußlands von Grund aus kennt. Die Sammlung bietet im einzelnen die Dokumente der russischen Diplomatie aus den Jahren 1910—1914, besonders betreffs der französisch-russischen Beziehungen politischer Art. Sie ist die wichtigste Zusammenstellung russischen Quellenmaterials, die veröffentlicht wurde[8]).

Das neuerdings zugänglich gewordene Archivmaterial hat es dem Forscher ermöglicht, gegen die vielen apologetischen und Verschleierungsschriften aufzukommen, die die Großmächte in den ersten Tagen des Krieges erscheinen ließen. Einen Schritt in dieser Richtung hat G. von Romberg getan, indem er eine Veröffentlichung des Notenwechsels zwischen Paris und St. Petersburg nach Überreichung des österreichischen Ultimatums an Serbien vom 23. Juli 1914 herausbrachte. Diese enthüllt die schwerwiegenden Lücken in dem Original des russischen Orange-Buches, das alle unbequemen Beweise für Deutschlands Vermittlungsvorschläge wie für die aggressiven Absichten der franko-russischen Politik unterdrückte[9]). Den russischen Archiven entstammt weiter die neuerdings veröffentlichte Dokumentensammlung in Sachen des Kuhhandels zwischen Italien und der Entente über territoriale Zugeständnisse in der Zeit von 1914 bis zum Eintritt Italiens

[6]) Official German Documents Relating to the World War (Offizielle deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch) Carnegie Endowment for International Peace; 2 Bände, New York: Oxford University Press, 1923.

[7]) Entente Diplomacy and the World, 1909—1914. New York, Knickerbocker Press, 1922. Es ist bekannt, daß Siebert die für die Entente gravierendsten Dokumente ausläßt, nämlich die vom Juli und August 1914. Einer meiner Freunde, der die Stücke geprüft hat, versichert, daß sie eine schwere Anklage gegen Iswolsky, Poincaré und Lord Edward Grey enthalten.

[8]) Un Livre Noir: Diplomatie d'Avant-Guerre d'après les Documents Russes, Novembre 1910, Juillet 1914; 2 Bände, Paris 1922/1923. Eine kurze Zusammenstellung dieser russischen Dokumente wurde in Paris bereits 1919 von Emile Laloy herausgegeben. Sie ist wichtig, weil sie von der geheimen russischen Konferenz Kenntnis gibt, die im Februar 1914 stattfand zur Beratung der Frage, ob die Wegnahme der Meerengen angezeigt sei (pag. 74—100).

[9]) Falsifications of the Russian Orange Book, New York, Huebsch 1923.

in den Weltkrieg im Mai des Jahres 1915[10]). Die von Deutschland veröffentlichten belgischen Dokumente enthalten hauptsächlich die Depeschen und Meinungsäußerungen der belgischen Gesandten in den wichtigsten Hauptstädten Europas seit 1886, unter besonderer Hervorhebung derjenigen, die die Furcht vor Zusammenspiel und Bündnis der Ententestaaten zum Ausdruck bringen. Sorgsam ausgesucht und einseitig, ist die Sammlung doch insoweit von reellem Wert, als sie beweist, daß die Belgier durch die politischen Umtriebe anderer Staaten, und nicht Deutschlands, beunruhigt waren, überdies aber die Neutralität in den Anschauungen des offiziellen Belgien in seiner Gesamtheit vor 1914 außer allem Zweifel stellt[11]). Schließlich haben wir noch die beschämenden Geheimakten der Entente, die ein für allemal der Behauptung eines Idealismus den Boden entziehen, der auf der einen oder anderen Seite dem militärischen Vorgehen zugrunde gelegen hätte. Sie überführen die Alliierten ihrer aggressiven Absichten ebenso gründlich wie Grumbachs Schrift „Das annexionistische Deutschland" ähnliche Ambitionen bei Deutschland und Österreich nachweist[12]).

Diese Dokumentensammlungen sind ergänzt worden durch eine Menge von Rechtfertigungs- und Kontroversschriften, Memoiren, Erinnerungen und Autobiographien von sehr verschiedener Wichtigkeit und Beweiskraft, sowie durch unendlich wichtigere gelehrte Monographien, die sich speziell mit dem einen oder anderen von den vielen diplomatischen und politischen Problemen beschäftigen, die mit dem Weltkriege in ursächlichem Zusammenhang stehen[13]). Auf Grund solchen Materials ist es uns möglich, ein relativ objektives und sicheres Urteil abzugeben über die Ursachen des Weltkrieges und die Verantwortlichkeit für das große Unglück der Jahre 1914—1918 und der Nachkriegszeit. Wenn etwa einer Beurteilung der Dinge, die vor 1919 niedergeschrieben wurde, irgendwelche Bedeutung zukommt, oder wenn sie sich dem wahren Bilde der Ereignisse irgendwie nähert, so steht es über allen Zweifel fest, daß das lediglich einem besonderen Ahnungsvermögen oder einem Zufallsglück des Verfassers, in keiner Weise aber dem Besitz von zuverlässigen, stichhaltigen Beweisstücken zuzuschreiben ist.

---

[10]) Intervenzione dell' Italia nei Documenti Segreti dell' Intesa. Rom 1923.

[11]) Belgische Aktenstücke 1905—1914. Berlin 1915. — Zur europäischen Politik 1886—1893, 1897—1914. 5 Bände, Berlin 1919—1922. Diese Sammlungen sind herausgegeben von B. H. Schwertfeger. Einige von ihnen sind in englischer Übersetzung erschienen.

[12]) Diese Verträge wurden zu Anfang des Jahres 1918 in der New York Evening Post abgedruckt, nachdem sie von den Bolschewisten enthüllt worden waren. Sie wurden besprochen von R. S. Baker in seinem Werk: „Woodrow Wilson and the World Settlement". Herr Baker verteidigt die fast unglaubliche Behauptung, daß Mr. Wilson, als er fast ein Jahr später die Friedenskonferenz verließ, von Art und Inhalt dieser Verträge nichts wußte.

[13]) Die beste Zusammenfassung dieser Literatur gibt G. P. Goochs Abhandlung „Recent Revelations on European Diplomacy". Journal of the British Institute of International Affairs, Januar 1923.

Die Lage vor dem Kriege.

Die Ursachen des Weltkrieges liegen in einer Fülle der verschiedensten Faktoren, von den ganz allgemeinen und kosmischen bis zu den ganz besonderen und persönlichen. Von der wilden Hartnäckigkeit stammesmäßiger Jagdmeuten in der Menschheit und dem Druck immer wachsender Bevölkerungen auf beschränkte Wohngebiete und natürliche Hilfsquellen bis zu dem Mangel an entsprechenden Schutzmaßregeln für den österreichischen Erzherzog am Tage seiner Ermordung, zu der seelischen Erregung des Kaisers über diese Mordtat am 5. Juli 1914 und zu der Einschüchterung des Zaren durch militaristische Berater in den späteren Julitagen 1914. Obschon kein namhafter Historiker in Zweifel ziehen dürfte, daß der Weltkrieg hervorwuchs aus der wirtschaftlichen und nationalistischen (nationalistic) Lage in der Zeit von 1870—1914, so ergibt sich daraus doch wenig für die Unvermeidlichkeit der Dispositionen und historischen Verhältnisse, die den Krieg herbeiführten. Staaten, die im Jahre 1914 verbündet waren, hatten in dem vorhergehenden Menschenalter ernste Zerwürfnisse miteinander; so England mit Frankreich und Rußland mit England. Rußland war in durchaus freundlichem Einvernehmen mit Deutschland bis zu Bismarcks Rücktritt. Deutschland stand herzlich mit England in den ersten neunziger Jahren, entfremdete sich diesen Staat 1895, regelte dann aber die aus zwei Jahrzehnten vorhandenen diplomatischen Schwierigkeiten vierzehn Tage vor der Ermordung des Erzherzogs in einer beide Teile befriedigenden Weise. Rußland zeigte sich wiederholt geneigt, andere slawische Völker zu opfern, um seine eigenen imperialistischen und territorialen Ziele zu erreichen. In Frankreich wie in Deutschland gab es große Gruppen, die eine Annäherung zwischen diesen beiden Ländern wünschten.

Die stufenweise Verschärfung der diplomatischen Beziehungen in Europa, die die Krisis von 1914 schuf, scheint in erster Linie auf drei Hauptelemente als aufreizende Faktoren zurückgeführt werden zu müssen. Das eine bildeten die imperialistischen und panslawistischen Ambitionen Rußlands, das im Nahen Osten zu dominieren wünschte, um die vom Schwarzen Meer zum Ägäischen führenden Straßen zu kontrollieren und die kleineren slawischen Völker Europas unter seine diplomatische Ägide zu nehmen. Diese Bestrebungen aber durchkreuzten direkt die höchsten politischen Aspirationen der vielsprachigen Doppelmonarchie Österreich-Ungarn, deren Existenz im eigentlichen Sinne davon abhing, daß der slawische Nationalismus eines großen Teiles ihrer Bevölkerung im Zaume gehalten oder niedergeworfen würde. In diesen politischen Absichten wurde Österreich natürlich von seinem Verbündeten, Deutschland, ermutigt, das seinen Bundesgenossen so stark wie möglich sehen wollte und das seinerseits einen bestimmten Grund zu dem Wunsche hatte, eine austro-germanische Hegemonie im Balkan herzustellen, als erste Etappe in dem Programm

der Berlin-Bagdad-Bahn[14]. Sodann kommt in Betracht der Haß gegen Deutschland, den die französische Militaristenpartei und die „Revanchards" hegten und pflegten auf Grund der unerwarteten Niederlage von 1870/71. Selbst Caillaux war nicht imstande, diesen Haß zu überwinden. Nichts Geringeres als eine freiwillige Rückgabe wenigstens Lothringens würde Frankreich befriedigt haben; doch gab es wichtige Gründe historischer und wirtschaftlicher Art, aus denen Deutschland irgendeinem Vorschlag dieser Art niemals zugestimmt hätte[15]. Zu diesen drei Hauptfaktoren in der Vorgeschichte des Weltkrieges kommt dann noch der bemerkenswerte wirtschaftliche und kommerzielle Aufschwung Deutschlands, die Steigerung der deutschen Flottenambitionen und eine daraus folgende Rivalität mit Großbritannien auf dem Gebiete von Handel und Seemacht. Weiter mögen noch die diplomatischen Zusammenstöße zwischen Deutschland und England in Sachen des Burenkrieges und der Bagdadbahn erwähnt werden[16].

Auf diesen Grundlagen begannen sich die bekannten Beziehungen von 1914 langsam zu formen. Österreich und Deutschland wurden stufenweise isoliert, während Frankreich, Großbritannien, Rußland und Italien sich zusammenschlossen. Italien war bis 1914 nach außen hin Mitglied des Dreibundes; wir wissen heute aber, daß es in diesem Jahrhundert niemals ein loyales Mitglied war und daß es um 1902 mit Frankreich ein Abkommen dahin getroffen hatte, daß es sich in einem Kriege gegen Frankreich nicht an die Seite einer anderen Macht stellen werde[17]. Indessen muß daran erinnert werden, daß, wie

---

[14]) Wichtige Einblicke in diese diplomatischen und politischen Probleme erhält man in R. W. Seton-Watson u. a. The War and Democracy, Cap. IV—V; Seton-Watson: The Southern Slav Question and the Habsburg Monarchy; F. Schevill: A History of the Balkan Peninsula; K. M. Earle: Turkey, the Great Powers and the Bagdad Railroad; H. Friedjung: Das Zeitalter des Imperialismus; E. Durham: Twenty Years of the Balkan Tangle; S. A. Korff: Russias Foreign Relations in the Last Half Century; Pribram op. cit; Fischel: Der Panslavismus; Pilar: Die Südslawische Frage und der Weltkrieg; L. Mandl: Österreich-Ungarn und Serbien, und: Die Habsburger und die Südslawische Frage.

[15]) Siehe G. P. Gooch: Franco-German Relations 1871—1914; H. A. L. Fisher: Studies in History and Politics, pag. 146—161; A. R. G. Curtius: Maurice Barrès und die geistigen Grundlagen des französischen Nationalismus. Dies Werk ist sehr kritisch.

[16]) G. P. Gooch: Modern Europe, Kap. XIII; E. B. Schmitt: England and Germany 1740—1914; A. W. Ward und G. P. Gooch: Cambridge History of British Foreign Policy, Bd. III, pag 283—284, 294—301, 385—395, 456—485.

[17]) Es gibt viele Werke über die europäische Politik (diplomacy) seit 1870; diejenigen aber, die vor 1921 geschrieben wurden, basieren nicht auf den neuen unentbehrlichen Dokumenten und dürfen deshalb von dem gewöhnlichen Leser nicht beachtet werden. Das einzig gründliche und zuverlässige Buch, das das neue Beweismaterial ausnützt, ist G. P. Goochs History of Modern Europe 1878—1919. Es ist die unerreichte diplomatische Geschichte der Zeit nach 1870 und ersetzt alle früheren Werke darüber. Andere mehr spezielle Arbeiten, die auf der Basis der neuerdings veröffentlichten Dokumente ruhen und wegen ihrer Objektivität hohen Wert haben, sind: A. F. Pribram, Österreichische Außenpolitik 1908—1918; I. V. Fuller, Bismarck's Diplomacy on its Zenith und die schon zitierten Werke von G. P. Gooch: Franco-German Relations 1871—1914; E. M. Earle: Turkey,

Professor Schmitt nachgewiesen hat, der italienische Außenminister in den Jahren 1910—1914, Marquis di San Giuliano, sich erneut für die Rolle Italiens im Dreibunde interessierte und Italien sich mit seinen alten Verbündeten besser stand als zu irgendeiner Zeit seit 1902.

Mit den diplomatischen Formierungen und Verwickelungen ging parallel ein kostspieliger und verhängnisvoller Wettlauf der Bewaffnung. Der Amerikaner ist gewohnt, die Vermehrung von Land- und Seemacht von 1890 ab als eine ursprünglich deutsche Sache zu betrachten, die, von Deutschland begonnen, von Rußland, Frankreich und Großbritannien nur widerwillig, lahm und ohne rechte Wirkung als Abwehrmaßregel nachgeahmt wurde. Diese Anschauung erklärt sich zum Teil aus der Tatsache, daß des Kaisers rednerische Überschwenglichkeit und militärische Geschäftigkeit ein gutes Fressen für die Presse war; andererseits auch daraus, daß unsere Nachrichten über Deutschland durch die Harmsworth-Zeitungen und andere im Ton schroff antideutsche Blätter zu uns kamen. Daraus resultierten womöglich noch größere Irrtümer, als sie in dem Urteil liegen, Deutschland sei allein verantwortlich für den Weltkrieg. Die nüchternen Tatsachen beweisen, daß Deutschland und Österreich zusammen über eine nur wenig mehr als halb so starke und so kostspielige Kriegsmacht zu Wasser und zu Lande verfügten, als die verbündeten Mächte England, Frankreich und Rußland. Frankreich, das man als friedliebend, unvorbereitet und wehrlos hinstellt, war 1913/14 willens (planning), sich eine zahlenmäßig um zwei Drittel stärkere Armee zu geben, als Deutschland sie in seinem Militärgesetz vor dem Weltkriege ins Auge faßte[18]). General Buat, eine französische Autorität ersten Ranges, stellt fest, daß die aktive Armee Frankreichs im Juli 1914 sich auf 910 000 Mann bezifferte, während die deutsche aktive Armee zu derselben Zeit 870 000 Mann zählte.

Nachdrücklich hat man auf die ganz besonders große Gefahr der Verbindung von Autokratie und Militarismus in Deutschland und Österreich hingewiesen. Zweifellos ist eine solche Kombination gefährlich und beklagenswert; aber sie lag in Deutschland und Österreich nicht mehr vor, als in Rußland. Indessen müssen wir wohl weitergehen und zugeben, daß das militärische Wesen und der kriegerische Geist das eigentlich Bedrohliche sind und daß diese, wenn ihnen nicht gesteuert wird, ebensogut in einer Demokratie wie in einer Autokratie ihr Wesen treiben können. Die alte Meinung, daß Demokratie, Militarismus und Krieg unvereinbare Begriffe seien, muß als unbegründete Illusion beiseitegeschoben werden. Der kriegerische Geist in der englischen Flotte und in der französischen Militaristenpartei in den Jahren 1912 bis 1914 war jedenfalls nicht weniger aggressiv und vergiftend wie jemals

---

the Great Powers and the Bagdad Railroad und F. Rachfahl: Deutschland und die Weltpolitik 1871—1914.

[18]) Siehe A. J. Nock: The Myth of a Guilty Nation, pag. 23—26; M. Montgelas: Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, pag. 81—85 und die sehr verständige Untersuchung des ganzen Problems in A. G. Enock: The Problem of Armaments.

der von Potsdam und Wien. Soll der Krieg bekämpft und aus der Welt geschafft werden, so muß der Angriff direkt gegen Militarismus und Nationalismus gerichtet werden; mit der bloßen Änderung politischer Institutionen wird wenig erreicht werden[19]).

Über diesen allgemeinen Gefahren der Lage und der diplomatischen Gegensätze darf man nicht außer acht lassen, daß die Spannung im Frühjahr 1914 besonders hoch war. Die Durchschnittsintellektuellen in Amerika haben im allgemeinen geglaubt, der Weltkrieg sei wie ein Sturm aus heiterem Himmel losgebrochen: Europa habe sich seit der letzten Marokkokrise ziemlich friedlich gestaltet und sei ruhig und ohne Aufregung geblieben bis zum Juni 1914. Nichts könnte weniger der Wahrheit entsprechen. Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand brachte nur den Höhepunkt einer veritablen Furchtneurose bei den europäischen Regierungen. Im Jahre 1913 sahen Deutschland und Frankreich große Vermehrungen ihrer Landheere vor, und England traf für seine Flottenorganisationen und -bestimmungen Maßregeln, die man fast Kriegsvorbereitungen nennen darf. Im Frühjahr 1914 konnte sich Österreich des Angriffs auf Serbien kaum noch enthalten, trotzdem Deutschland im Vorjahre dagegen opponiert hatte. Deutschland war erschreckt durch die gewaltigen Fortschritte in der französisch-russischen Annäherung und durch die Substituierung eines chauvinistischeren französischen Botschafters in St. Petersburg, noch mehr aber durch die russisch-englischen Flottenabmachungen von 1914. Deutsche Militärs, Staatsmänner und Zeitungsschreiber erklärten öffentlich, daß Deutschland, obschon friedlichster Gesinnung, doch zu kräftiger Abwehr eines übermütigen Angriffs vorbereitet sei. Rußland war in Händen der militaristischen Partei, die ermutigt wurde durch Poincaré und seine Gesinnungsgenossen. Dabei prahlten die Russen damit, daß sie fertig wären zur Waffenprobe, und drangen darauf, daß auch Frankreich durchaus vorbereitet sein sollte. Mitte Juni fiel die fieberhafte Erregung und das gegenseitige Mißtrauen heimischen Beobachtern wie fremden Besuchern geradezu beängstigend auf. Eine Krise bei solcher Lage der Dinge mußte eine Panik herbeiführen und es schwer machen, triebhaften Willkürhandlungen vorzubeugen.

So war die europäische Lage, als Franz Ferdinand, der österreichische Thronerbe, am 28. Juni 1914 in Serajewo ermordet wurde[20]).

Der einzige Lichtblick in der Dunkelheit dieser Lage war der erfolgreiche Ausgang der englisch-deutschen Verhandlungen über den Nahen Osten. Bevor dieser aber sich in einer Verbesserung der diplo-

---

[19]) Siehe den interessanten Artikel von Professor George H. Blakeslee: „Will Democracy Alone Make the World Safe?“ im Journal of Race Development, April 1918.

[20]) G. P. Gooch: History of Modern Europe 1878—1919, Kap. XV; C. A. Beard: Cross-Currents in Europe Today, Kap. I—III; W. S. Churchill: The World Crisis 1911—1914 (on war plans of British Navy 1912—1914).

matischen Lage in Europa auswirken konnte, war der Kontinent in ein Meer von Blut getaucht[21]). Es gibt Leute, die annehmen möchten, daß, wenn die deutsch-englische Einigung hätte genügend bekanntgemacht werden können, sie abkühlend genug auf den französisch-russischen Imperialismus gewirkt und eine Vertagung oder Vermeidung des Weltkrieges zuwege gebracht hätte. Demgegenüber muß daran erinnert werden, daß England in der gleichen Zeit, da es erfolgreich mit Deutschland über den Nahen Osten verhandelte, mit Frankreich und Rußland geheime Flottenvereinbarungen beriet.

Dieser Aufsatz bezweckt in der Hauptsache eine Untersuchung der Verantwortlichkeit für den Ausbruch der Feindseligkeiten. Übrigens aber steht der Verfasser auf dem Standpunkt von Professor B. E. Schmitt, wie er ihn in der „American Historical Review" vom April 1924 zum Ausdruck bringt, daß nämlich die eigentlichen Ursachen des Weltkrieges in dem ganzen diplomatischen Hintergrund liegen, der den Krieg unvermeidlich machte, sobald einmal eine wichtige Streitfrage zwischen Dreibund und Tripelallianz auftauchte:

> Die Ursachen des großen Krieges sind von vielen Gesichtspunkten aus untersucht worden. Die gemeinhin gegebene Begründung ist der übertriebene (vaulting) Ehrgeiz dieser oder jener Großmacht, wobei Deutschland meistens als Hauptsünder hingestellt wird. International angelegte Leute behaupten, daß wilder Nationalismus die allgemeine Krankheit war und entwerfen lebhafte Schilderungen von der europäischen Gesetzlosigkeit (anarchy). Der Pazifist weist auf die angeschwollenen (bloated) Rüstungen, und der Sozialist sieht nur den Gegensatz der wetteifernden Imperialismen. Eine Menge von Tatsachen lassen sich für jede dieser Thesen ins Feld führen. Aber diese Erklärungen, einzeln und in ihrer Gesamtheit, genügen nicht. Warum mußten die verschiedenen Arten von Explosionsstoff gerade im August 1914 gleichzeitig explodieren? Warum z. B. mußte zwischen England und Deutschland ein Krieg ausbrechen gerade zu dem Zeitpunkt, als deren Differenzen anscheinend dicht vor ihrem Ausgleich standen? Es muß da ein Verbindungsglied gegeben haben, das wie eine Pulverschnur zwischen den verschiedenen Lagern von Explosionsstoffen wirkte. Und so war's wirklich. Wenn man die unzähligen Denkschriften von Staatsmännern, Militärs und Flottenchefs, vom Kaiser bis zu obskuren Politikern, durchliest oder es versucht, die Tausende von Dokumenten zu verdauen, die seit 1918 aus den deutschen, österreichischen, serbischen, russischen, französischen, belgischen und englischen Archiven veröffentlicht worden sind, so muß man sich mehr und mehr der Überzeugung hingeben, daß die Scheidung Europas in Dreibund und Triple-Entente es war, die die mannigfachen Streitigkeiten und Kräfte verschmolz zu einem gigantischen Kampf um das politische Gleichgewicht. Und der Krieg kam 1914, weil gerade damals zum ersten Male die Grenzlinien zwischen den beiden rivalisierenden Gruppen sich scharf markierten und keine von ihnen in dem serbischen Streitfall nachgeben konnte, ohne das Übergewicht auf die andere übergehen zu sehen.

---

[21]) Earle, op. cit., pag. 258—265.

Verteilung der Kriegsverantwortlichkeit.

Österreich. Will man über österreichische Politik sprechen, so wird man sich erst ein klares Bild von dem Verhältnis zwischen Österreich und Serbien machen müssen. Serbien war, wie die Mehrzahl der Balkanstaaten, ein rückständiges Staatsgebilde, in dem ein System von Intrigen, Totschlag und Massenmord noch nicht zu einer geordneten Parteiregierung umgeformt war. Es herrschte dort auch ein glühender Nationalismus, der aus den Leiden und Wünschen jahrhundertelanger Unterdrückung seine Nahrung zog. Im Juni 1903 wurden das regierende Königshaus, seine Minister und über 50 seiner hervorragendsten Anhänger ermordet und eine neue Dynastie unter König Peter gegründet. Diese neue Dynastie bildete den Vereinigungspunkt des jugoslawischen Nationalismus, der Schutz und Ermutigung von Rußland erhoffte. Die Integrität der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn aber hing davon ab, daß der slawische Nationalismus und die panslawische Idee im Zaume gehalten wurden. Der Boden für beständige ernste Reibungen war also gegeben[22]).

Eine solche trat zum erstenmal in die Erscheinung im Jahre 1908, als Iswolsky, der damalige russische Außenminister, dem österreichischen Minister Grafen Ährenthal den Vorschlag machte, Österreich solle Bosnien und die Herzegowina, zwei serbische Distrikte an der Adria unter Oberhoheit der Türken, annektieren. Dies war seit 1903 ein stiller Wunsch Österreichs gewesen; aber kein österreichischer Staatsmann hätte gewagt, an eine praktische Verwirklichung dieser Ambition zu denken, da sie nicht ohne Verletzung des Berliner Vertrages von 1878 möglich war und Österreich annehmen mußte, daß Rußland scharfen Protest dagegen erheben würde. Iswolsky gab aber zu verstehen, daß Rußland dadurch beruhigt werden könnte, daß die Türkei durch österreichisch-deutschen Druck dazu gebracht würde, die Seestraßen aus dem Schwarzen Meer für die russische Flotte zu öffnen[23]).

Als Ährenthal erfuhr, daß Rußland keinen Widerspruch erheben würde, nahm er den Plan auf und führte ihn mit einem Eifer durch, der Iswolksy unangenehm überraschte und ihn veranlaßte, einige seiner früheren Suggestionen und Ratschläge abzuleugnen. Die Annektierung von Bosnien und Herzegowina war ausführbar geworden durch die jungtürkische Revolution von 1908, die den türkischen Widerstand abschwächte. Serbien protestierte scharf; da es sich aber von Rußland verlassen sah, gab es schließlich klein bei. Was den Anteil Deutschlands an diesen Transaktionen betrifft, so waren wir alle dieserhalb

---

[22]) Schewill, op. cit., pag. 456—461; Seton-Watson, wie oben; A. Mousset: Le Royaume des Serbes, Croates et Slovènes; Mandl op. cit. Es ist interessant, festzustellen, daß von 1903—1908 Edward VII. unter den europäischen Monarchen derjenige war, der die neue serbische Dynastie am beharrlichsten boykottierte.

[23]) Gooch: Modern Europe, pag. 410—426. Die erste Autorität auf dem Gebiet der bosnischen Krise ist Friedjung op. cit. Band II. Siehe auch E. Wolden: Graf Ährenthal, sowie Hoyer: Graf Ährenthal und die Gewaltpolitik.

auf dem Irrwege. Die Pression, die es auf Rußland ausübte, war sehr geringfügig. Ein Russe aus Iswolskys Umgebung ist so weit gegangen, zu behaupten, daß Deutschlands Verhalten bei dieser Gelegenheit tatsächlich sehr zugunsten Rußlands war. Der Scheinrüstungsbefehl des Kaisers war nichts als eine pittoreske und bombastische Art, die Festigkeit der österreichisch-deutschen Einmütigkeit öffentlich kundzutun, ähnlich wie Lloyd Georges Speech zur Zeit der zweiten Marokkokrisis. Die Annexion aber schuf große Bitterkeit. Serbien hörte von da ab niemals auf, gegen Österreich zu komplottieren, und russische Staatsmänner, die über den Ursprung des Annexionsplanes wohl nicht ganz im Bilde waren, hatten die Empfindung, Rußland sei gedemütigt und diskreditiert worden in seiner Rolle als Haupt der panslawischen Bewegung und als „großer Bruder" der kleineren slawischen Staaten[24]). Noch mehr Empfindlichkeit machte sich in offiziellen russischen Kreisen geltend auf Grund des Mißerfolges bezüglich der Öffnung der Meerengen, die in Wirklichkeit durch England verhindert worden war[25]). Auch die Verhandlungen mit Deutschland betreffs der Bagdadbahn waren keineswegs geeignet, die guten Beziehungen wiederherzustellen. Die russische Antipathie gegen Deutschland wurde von den französischen Nationalisten und Militaristen schnell erkannt und nach allen Regeln der Kunst ausgebeutet. Gerade damals war Poincaré ihr Führer geworden[26]).

Serbische Intrigen gegen Österreich.

Eine andere Krisis brach 1912/1913 bei Gelegenheit des Balkankrieges herein, und damals wurde Österreich nur durch den festen Widerstand Deutschlands an einem Kriege gegen Serbien gehindert[27]). Immerhin gelang es den Österreichern, die serbische Hoffnung auf einen Zugang zum Adriatischen Meer zu vereiteln, indem sie die Großmächte dazu brachten, den totgeborenen Staat Albanien aufzurichten. Serbien kannte die aggressiven Absichten Österreichs sehr wohl und war gewaltig entrüstet darüber, daß ihm ein Hafen an der Adria versagt blieb. Antiösterreichische Verschwörungen wurden immer häufiger, je mehr

---

[24]) Gooch: Modern Europe, pag. 417—426; siehe Liste der Quellen (authorities) pag. 410, Fußnote 2.

[25]) Cambridge History of British Foreign Policy, Band III, pag. 404/05.

[26]) Die beste Darstellung dessen, was gegen den französischen Militarismus unter Poincaré vorgebracht wird, ist in fünf Schriften enthalten, die allerdings mit Vorsicht zu benützen, niemals aber von Poincaré und seinen Verteidigern entsprechend widerlegt worden sind. Es sind das: Gouttenoire de Toury: „La Politique Russe et Poincaré" und desselben Verfassers „Jaurès et le Parti de la Guerre"; sodann F. Bausman „Let France Explain"; A. H. Pevet „Les Responsables de la Guerre"; und M. Morhardt „Les Preuves. Le Crime de Droit commun. Le Crime diplomatique." Das dokumentarische Beweismaterial für diese Frage ist zusammengestellt in Marchand „Un Livre Noir" (speziell Band II) und den Siebert-Dokumenten (Entente Diplomacy).

[27]) Diese Angelegenheit ist am besten klargelegt in M. Montgelas' „Leifaden zur Kriegsschuldfrage", pag. 36—68, besonders pag. 62—65.

der Haß gegen diesen Staat zunahm. Im Frühling 1914 wurde ein Mordplan gegen den österreichischen Thronfolger angestiftet und vorbereitet durch einen gewissen Oberst Dragutin Dimitriewitsch, Chef der Nachrichtenabteilung des serbischen Generalstabes, einen notorischen Aufrührer und Mordgesellen. Er verlor augenscheinlich in letzter Stunde die Courage und versuchte, die Ausführung des Mordplanes abzublasen, als es zu spät war[28]). Diese Tatsache war den Österreichern im Jahre 1914 nicht bekannt, obschon sie ein serbisches Komplott argwöhnten und alles taten, um es aufzudecken. Es gelang ihnen damals nicht. Am 13. Juli berichtete Wiesner, Berchtolds Geheimagent, nach eingehender Untersuchung in Serajewo: „Mitwisserschaft serbischer Regierung an der Leitung des Attentats oder dessen Vorbereitung und Beistellung der Waffen durch nichts erwiesen oder auch nur zu vermuten. Es bestehen vielmehr Anhaltspunkte, dies als ausgeschlossen anzusehen.“ Unser heutiges Wissen von der Mitschuld gewisser serbischer Militärkreise rechtfertigt also in keiner Weise das Vorgehen der österreichischen Regierung im Juli 1914. Tatsächlich war es gerade das Bewußtsein, daß seine Beschuldigungen Serbiens offenbar unbegründet waren, das Berchtold zu dem Entschluß brachte, die Angelegenheit nicht einem europäischen Untersuchungs- und Vermittlungskongreß zu unterbreiten. Andererseits waren klare Beweise dafür vorhanden, daß Serbien unablässig gefährliche Intrigen gegen Österreich spann, ganz abgesehen davon, inwieweit es an dem Attentat gegen Franz Ferdinand beteiligt war. Jedenfalls waren dessen Mörder Mitglieder einer der antiösterreichischen Geheimbünde[29]).

Überblickt man Österreichs politisches Vorgehen in der Zeit vom 28. Juni bis 1. August, so muß man sich klar vor Augen halten, daß Berchtold, wenn er schon als Staatssekretär des Auswärtigen formell verantwortlich war für den Gang der Dinge, doch nur scheinbar ihr Leiter war. Szilassy, Kanner und Hötzendorf haben klar genug dargetan, daß er in seiner Unbedeutendheit und Lässigkeit und seinem willensschwachen Wankelmut nur ein Werkzeug in den Händen der Kriegspartei war, in der Hötzendorf, der Chef des Generalstabes, die Führung hatte, unterstützt und getrieben von Forgach, Hoyos, Bilinski, Stürgkh und gleichgesinnten oder lenksamen Organen des Auswärtigen Amts[30]). Man glaubte einmal, daß Berchtold durch

---

[28]) S. Stanojewic: Die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand. Anscheinend sind die Mordpläne auf die Tatsache zurückzuführen, daß der russische Generalstab dem serbischen die unrichtige (incorrect) Nachricht zugehen ließ, der Kaiser und Franz Ferdinand hätten bei ihrem letzten Zusammensein einen vereinten österreichisch-deutschen Angriff auf Serbien verabredet.

[29]) Sidney B. Fay: New Light on the Origines of the World War in „American Historical Review“, Juli und Oktober 1920, Januar 1921, Juli 1921, pag. 134—135; Gooch: Modern Europe, pag. 555; Friedjung. op. cit., Band III.

[30]) J. von Szilassy: Der Untergang der Donau-Monarchie; H. Kanner: Kaiserliche Katastrophen-Politik; C. von Hötzendorf: Aus meiner Dienstzeit 1906—1918. Szilassys Buch ist bei weitem das wichtigste, weil es Berchtolds nominelle Verantwortlichkeit für Österreichs Politik im Juli 1914 neben der

Tschirschky[31]), den deutschen Botschafter in Wien, vorwärtsgedrängt wurde; aber, obwohl Tschirschky nach dem 5. Juli kriegerischer war als der Kaiser oder Bethmann Hollweg, so war er doch so viel gemäßigter als Hötzendorf und seine Partei, daß er im Vergleich mit diesen wie ein Pazifist erscheint[32]). Völlig dem Willen der Kriegspartei preisgegeben und ohne alle Widerstandsfähigkeit, ließ Berchtold den greisen Franz Joseph ein von ihm verfaßtes Schreiben unterzeichnen, in dem er aussprach, daß, wenn nicht kräftig gegen Serbien vorgegangen würde, wenig Hoffnung bliebe, das Kaiserreich Österreich intakt erhalten zu können. Der Kaiser, dem dies Schreiben am 5. Juli überreicht wurde, äußerte seine Anteilnahme an der Lage Österreichs, wie sie in dem Briefe dargestellt wurde, billigte die Anschauungen, sicherte deutsche Hilfe zu und erklärte, er glaube nicht, daß Rußland zur Verteidigung Serbiens zu den Waffen greifen würde. Am Abend besprach er die Angelegenheit mit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg und dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. Zimmermann.

Eine schicksalsschwere Entscheidung.

Am 6. Juli, als der Kaiser seine alljährliche Nordlandfahrt antrat, machte von Bethmann Hollweg dem österreichischen Botschafter Szögyény Mitteilung von der verhängnisvollen Entscheidung betreffs der deutschen Stellungnahme. Sie lautete folgendermaßen: „Österreich mag darüber entscheiden, was getan werden muß, um sein Verhältnis mit Serbien ins reine zu bringen. Wie immer Österreichs Entscheidung fallen möge, es darf mit Sicherheit darauf rechnen, daß Deutschland als Bundesgenosse und Freund hinter ihm stehen wird[33]).“ Diese Blankovollmacht sollte das Verderben der Doppelmonarchie und des Deutschen Reiches werden. Als der Kaiser später sah, daß ein europäischer Krieg drohte, erkannte er die Torheit einer derartigen Bindung, und am 31. Juli rief er in Verzweiflung aus, er und Bethmann Hollweg seien dumm genug gewesen, ihren Hals in eine Schlinge zu stecken[34]) — ein Ausdruck des Bedauerns, wie ihn Poincaré oder Grey nicht fanden, als sie sich durch die Rußland gegebene Zusage der freien Hand im Balkan gebunden sahen.

Die erwähnten Gespräche des Kaisers mit Szögyény, Bethmann Hollweg und Zimmermann sowie eine kurze, bedeutungslose Konferenz

---

wirklichen Verantwortlichkeit der Hötzendorf-Forgach-Clique klarlegt. Professor Fay allerdings glaubt, daß die Krisis vom Juli 1914 Berchtold halsstarriger (stiffened up Berchtold) und zu einer aktiveren und verantwortlicheren Persönlichkeit machte, als er es in Wirklichkeit war.

[31]) Vgl. die heftigen Vorwürfe, die A. Dumaine, französischer Botschafter in Wien 1912—1914. in seiner Schrift: “La dernière Ambassade de France en Autriche“ gegen Tschirschky erhebt. B. W. von Bülow „Die Krisis“, pag. 55—56, gibt reichliche Beweise für Tschirschkys relative Vorsicht und Ängstlichkeit.

[32]) Fay a. a. O. (Juli 1920), an verschiedenen Stellen, besonders pag. 631—632 und 639, Fußnote 83.

[33]) Ib. pag. 625—627; Gooch: Modern Europe, pag. 532—534.

[34]) Fay, ibid., pag. 628 und Fußnote 38.

mit dem preußischen Kriegsminister Falkenhayn am 5. Juli — das ist alles, was an dem Gerede von einer „Potsdamer Konferenz" tatsächlich wahr ist. Ursprünglich der sinnlose Klatsch eines Berliner Restaurationskellners, entwickelte sich das Geschwätz zu jener üppig geilen Legende, mit der der Gesandte Henry Morgenthau im Jahre 1918 die englischsprechende Welt regalierte. Bevor der Kaiser am frühen Morgen des 6. Juli zu seiner Nordlandreise aufbrach, sprach er mit einigen Armee- und Marineoffizieren und unterrichtete sie von der Möglichkeit eines Krieges, fügte aber hinzu, daß er einen solchen nicht für wahrscheinlich genug halte, um die Rückberufung von oberen Land- und Seeoffizieren zu rechtfertigen, die gerade ihren Urlaub hatten. Auch hielt er die Lage nicht für ernst genug, um die Rückkehr seines Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten abzuwarten[35]).

Die österreichischen Militaristen für den Krieg.

Wenn die Österreicher vom 6. bis zum 23. Juli mit der Absendung des Ultimatums an Serbien zögerten, so hat man das ursprünglich darauf zurückführen wollen, daß sich auf der „Potsdamer Konferenz" herausgestellt hätte, Deutschland brauche ein paar Wochen, um finanzielle und militärische Dispositionen für den bevorstehenden wohlüberlegten Krieg zu treffen. Tatsächlich aber hatte diese Zögerung ihren Grund darin, daß man in Östererich den Bericht Wiesners bezüglich einer Mitschuld Serbiens an dem Morde abzuwarten wünschte. Sodann war es nötig, den ungarischen Premierminister Grafen Tisza für die Kriegspolitik zu gewinnen; weiter hatte man sich dahin entschieden, abzuwarten, bis Poincaré seine Besuchsfahrt nach Rußland beendigt hätte. Es kann indes keinem Zweifel unterliegen, daß die Hötzendorfgruppe mit Berchtold als ihrem Wortführer lange vor Überreichung des Ultimatums am 23. Juli und ohne Rücksicht auf eine Erwiderung Serbiens den Krieg beschlossen hatte. Das österreichische Heer an der serbischen Grenze war am 25. Juli vollständig mobilisiert in der bestimmten Absicht, jedem Versuch einer Intervention zugunsten eines Kompromisses zuvorzukommen. Am 28. Juli erklärte Österreich den Krieg trotz der demütigen Antwort Serbiens, die den Kaiser, v. Bethmann Hollweg und v. Jagow durchaus befriedigte. Es ist wenig wahrscheinlich, daß Österreich, selbst wenn Deutschland und Rußland ihre Feindseligkeiten hinausgeschoben hätten, zur Vernunft hätte gebracht werden können, wenn nicht etwa Deutschland willens gewesen wäre, abseits zu stehen und es Rußland zu überlassen, den nicht unterstützten Bundesgenossen mit Krieg zu überziehen. Es ist aber durchaus nicht erwiesen, daß Rußland etwa mehr auf einen Krieg mit Österreich

---

35) Fay, ibid. pag. 428—432; Kanner, Montgelas und V. Valentin: Deutschlands Außenpolitik 1890—1918, weisen in noch umfassenderer Weise die Potsdamer Konferenz als Mythe nach.

brannte als mit Deutschland[36]). „Die Bereitwilligkeit Österreichs zu einem Kompromiß noch in elfter Stunde, von der man zu Anfang des Krieges hörte, erweist sich als Märchen“, so sagt Gooch[37]).

Muß man das Verkehrte, Halsstarrige und Willkürliche der österreichischen Handlungsweise während dieser Krise zugeben — eine Handlungsweise, die fraglos die Verantwortlichkeit für den Krieg in letzter Linie in sich trägt —, so darf doch der Historiker nicht daran vorbeigehen, daß es sich hier für Österreich auf Leben und Tod darum handelte, die serbischen Konspirationen niederzuschlagen, mochten diese für Serbien selbst noch so natürlich und berechtigt erscheinen[38]). Übrigens aber — mag das Serbien gestellte Ultimatum peremtorisch und despotisch gewesen sein, sicherlich war es das nicht in höherem Grade, als etwa das unsere an Mexiko zur Zeit der Pershing-Invasion, das nicht mehr Berechtigung hatte. Wie Gooch die Sache richtig darstellt, war es natürlich, daß Österreich sich verteidigte gegen die öffentlich proklamierte Absicht, ihm Landesteile zu rauben, die es seit Jahrhunderten in Besitz hatte. Nach der bosnischen Krise hatte Serbien versprochen, gute Nachbarschaft zu halten, hatte aber sein Wort nicht gehalten, und seine Intrigen mit Rußland waren notorisch. Mit verschränkten Armen dazustehen und abzuwarten, bis die Feinde sich stark genug fühlten, ihr Zerstückelungsprogramm durchzuführen, hieß das Unheil direkt heraufbeschwören; übrigens schien die Ermordung Franz Ferdinands eine entscheidende Betätigung der Staatsautorität zu fordern. Das Ultimatum war ein Vabanquespiel; den Staatsmännern in Wien und Budapest aber schien es die beste Chance zu bieten, einer furchtbaren Gefahr zu entgehen, die sicher immer größer geworden wäre und die Existenz Österreichs als Großmacht in Frage gestellt hätte[39]).

Deutschland. Was Deutschland angeht, so ist der erste Punkt, den man im Auge halten muß, die militärische Tradition, wie sie sich von der Bismarckschen Ära her fortgeerbt hatte. Die hergebrachten Urteile in dieser Frage treffen gewöhnlich das Richtige, soweit es sich um das absolute Anwachsen des deutschen Militarismus handelt, sind aber meist

[36]) Fay loc. cit. (Juli und Oktober 1920), besonders pag. 632—638. Die detaillierteste und zuverlässigste Behandlung der österreichischen Diplomatie im Juli 1914 findet sich in den Werken von Szilassy, Kanner und Valentin und von R. Gooß: Das Wiener Kabinett und die Entstehung des Weltkrieges. Obgleich Deutsche und Österreicher, waren doch alle vier Autoren bekannte Gegner der Macht- und Realpolitik in ihren Ländern, und ihre Werke sind keineswegs apologetisch für dieselben, was die Verantwortlichkeit für die österreichisch-deutsche Politik von 1914 angeht. Kein Historiker in irgendeinem Lande hat mit mehr Befugtheit und Objektivität über die Ursachen des Krieges geschrieben als Valentin, dessen Werk die beste Studie über die Politik Deutschlands und Österreichs im Juli 1914 ist, die wir bis jetzt haben. Er schiebt die Verantwortlichkeit in erster Linie auf Rußland und Österreich, und zwar in dieser Reihenfolge.

[37]) Gooch: Recent Revelations on European Diplomacy, loc. cit., pag. 18. Erschöpfende Einzelheiten über die österreichische Zweideutigkeit gibt Fay, loc. cit. (Oktober 1920), pag. 45—49.

[38]) Friedjung, op. cit., Band III.

[39]) Gooch, op. cit., pag. 555.

grotesk übertrieben, was seine Einzigartigkeit, seine besondere Ausbreitung und seine Aggressivität angeht. Zweifellos hat Bismarck als Reichskanzler Frankreich hie und da eingeschüchtert (bullied); die französische Revanchepartei war aber unversöhnlich, und Paul Déroulède predigte den Rachekreuzzug nicht allein in Frankreich, sondern durch ganz Europa hin. Übrigens gab es in Deutschland viele Leute, die das Versöhnungsprogramm Caillaux' freudig begrüßten, ebenso wie es Franzosen gab, die es loyal unterstützten. Deutschland war sich dessen wohl bewußt, welche Bedeutung das Revanchemotiv in der franko-russischen Allianz hatte[40]). Der Alldeutsche Verband, der während des Krieges in phantastischen Büchern — wie denen von André Chéradame und R. G. Usher — so arg angeklagt wurde, war erwiesenermaßen nichts weiter als eine kleine, aber geräuschvolle Gruppe von fanatischen Patrioten und Imperialisten von geringem Rang und Einfluß in Deutschland[41]).

Deutschlands Stellung zu Rußland war in erster Linie durch die Tatsache bedingt, daß dieses der Hauptbundesgenosse von Deutschlands Erbfeind und der Feind von Deutschlands Hauptbundesgenossen war. Weiter lag die Feindschaft begründet in Differentialtarifen und in Rußlands Opposition gegen Deutschlands imperialistische Pläne bezüglich des Nahen Orients[42]). Deutschland begriff sehr wohl, daß seine zukünftige Sicherheit hauptsächlich abhinge von der Aufrechterhaltung der Stärke und Integrität der Doppelmonarchie. Ohne diese würde es sich bald ganz isoliert und rings umgeben sehen von mächtigen feindlich gesinnten Staaten. Der Einfluß Österreichs auf der Balkanhalbinsel war auch ein wesentlicher Faktor in den deutschen Plänen bezüglich der Entwicklung der Dinge im Nahen Osten. Deutschland hatte also ein bestimmtes direktes Interesse an der Unterdrückung des so rapid anwachsenden jugoslawischen Nationalismus, der offenbar eine bedrohliche Lebensgefahr für Österreich-Ungarn bedeutete. Dabei muß übrigens darauf hingewiesen werden, daß trotz aller dagegen sprechenden Interessen Deutschland bis zum Jahre 1914 überraschend wenig Feindseligkeit gegen Serbien bewies. Noch am 1. Juli 1914 beklagte sich Tisza über des Kaisers Parteinahme für Serbien. Um die Wirkung, welche die Ermordung Franz Ferdinands auf den Kaiser übte, recht zu

---

[40]) Eine gute kritische Schilderung des militärischen Deutschland enthält das Buch des deutschen Pazifisten F. Förster: Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland. Über französisch-deutsche Beziehungen siehe Gooch: Franco-German Relations 1871—1914; J. Caillaux: Agadir, Ma Politique Extérieure; P. Albin: L'Allemagne et la France. Die gründlichste Studie über die deutsche Außenpolitik ist die von F. Rachfahl: Deutschland und die Weltpolitik 1871—1914. Über die pazifistische Gruppe in Deutschland siehe H. Wehberg: Die Führer der deutschen Friedensbewegung.

[41]) Diese Feststellung verdanke ich dem Resultate der bisher gründlichsten und gelehrtesten Untersuchungen über die pangermanische Liga in einer jetzt zu veröffentlichenden Doktor-Dissertation von Fräulein Mildred S. Wertheimer von der Columbia-Universität.

[42]) Gooch: Modern Europe, pag. 501—525; Korff op. cit.; A. Hedenstrom: Geschichte Rußlands von 1878—1918; R. Pohle: Rußland und das Deutsche Reich.

verstehen, muß man neben dem allgemeinen Hintergrunde seine Freundschaft für den Erzherzog, den er noch kurz vorher besucht hatte, in Betracht ziehen, vor allem aber die Erschütterung, die die Ermordung eines Mitgliedes einer königlichen Familie ihm bereitete, die den Hohenzollern so nahe stand wie die Habsburger. Übrigens war der Kaiser seinerzeit auch tief getroffen worden durch die Ermordung des französischen Präsidenten Sadi Carnot im Jahre 1894 und des Königs Humbert von Italien im Jahre 1900[43]).

Mag er nun recht oder unrecht gehabt haben, jedenfalls ist es leicht genug erkennbar, warum der Kaiser sich in der Stimmung befand, den Zwischenfall von Serajewo als eine stichhaltige Veranlassung zu strengem Vorgehen Österreichs gegen Serbien anzusehen, selbst auf die Gefahr hin, daß daraus mit einiger Wahrscheinlichkeit ein allgemeiner europäischer Krieg entstehen könnte. Er hatte jedoch die besten Gründe zu der Annahme, daß der Konflikt lokalisiert und auf Österreich und Serbien beschränkt werden würde. Er hatte das Empfinden, daß der Zar durch die Ermordung Franz Ferdinands ebenso erschüttert und abgestoßen sein müßte, wie er selbst; auch hatte ihm seinerzeit der russische Militärattaché die Versicherung gegeben, daß Rußland sich über die aggressive Haltung Österreichs gegen Serbien im Jahre 1913 nicht ernstlich beunruhigt habe. Angesichts dieser Tatsachen ist es unschwer zu begreifen, warum der Kaiser sich durch das Schreiben Franz Josephs beeinflussen ließ und warum er am 5. Juli, noch in sehr erregtem Gemütszustande, Österreich freie Hand gegen Serbien ließ. Ebenso ist es im Lichte der vollen Kenntnis der Umstände und Folgen, wie wir sie jetzt haben, klar, daß das eine sehr unvernünftige Politik war, die der Kaiser selbst, ehe der Monat vorüber war, bitter bereute[44]). Demgegenüber darf nicht vergessen werden, daß Poincaré im Jahre 1912 mit vollem Bedacht und ohne daß eine Krise sein Verhalten entschuldigt hätte, Rußland dazu drängte, im Balkan mit fester Hand einzugreifen. und ihm die volle Unterstützung Frankreichs zusicherte.

Obgleich der Hauptinhalt des österreichischen Ultimatums an Serbien von den österreichischen Führern am 16. Juli vereinbart war, gab Berchtold absichtlich keine Abschrift davon an Bethmann Hollweg und von Jagow, so daß diese sie erst am Abend des 22. Juli, also wohl zu spät erhielten, um gegen seine Absendung protestieren zu können. Beide erklärten es für zu hart und streng. In gleicher Weise hielt Berchtold Serbiens demütige und versöhnliche Antwort auf das Ulti-

---

[43]) Die detaillierteste und sorgfältigste Skizze vom Kaiser in seiner Beziehung zur deutschen Außenpolitik ist enthalten in den fünf Werken von Otto Hammann, Chef der Presseabteilung des deutschen Auswärtigen Amts: „Der neue Kurs", „Zur Vorgeschichte des Weltkrieges", „Um den Kaiser", „Der mißverstandene Bismarck", „Bilder aus der letzten Kaiserzeit".

[44]) Fay loc. cit. (Juli 1920), pag. 128—129; Beard op. cit., pag. 22—27. Valentin und Montgelas haben in detailliertester Weise nachgewiesen, warum der Kaiser seine Politik der Zügelung Österreichs (1913) nicht weiter verfolgte. Den kräftigsten Vorstoß gegen den Kaiser und seine Politik im Jahre 1914 machte K. Kautsky in seinem Buche: „Wie der Weltkrieg entstand".

matum zurück, so daß das deutsche Auswärtige Amt von seinem Ton und Inhalt erst durch den serbischen Gesandten in Berlin Kenntnis erhielt. Der Kaiser, Bethmann Hollweg und von Jagow waren alle sehr befriedigt davon und meinten, daß es jeden Grund zum Kriege zwischen Österreich und Serbien beseitige[45]). Der Kaiser erklärte die serbischen Zugeständnisse für einen großen diplomatischen Sieg Österreichs. „Eine brillante Leistung für eine Frist von bloß 48 Stunden. Das ist mehr als man erwarten konnte! Ein großer moralischer Erfolg für Wien; aber damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung befohlen[46])." Vom 27.—29. Juli bemühte sich der Kaiser, zwischen Rußland und Österreich zu vermitteln, und zwar nach beiden Seiten hin aus eigener Initiative und unter Mitwirkung von Sir Edward Grey; aber die österreichische Regierung weigerte sich geflissentlich, auf seine Telegramme zu antworten, die eine Vermittlung anrieten und anboten. Daß es Bethmann Hollweg wirklich ernst war mit seinen Bemühungen, Österreich in Schranken zu halten, kommt in dem folgenden, am frühen Morgen des 30. Juli nach Wien abgesandten Telegramm klar zum Ausdruck[47]):

„Wir stehen somit, falls Österreich jede Vermittlung ablehnt, vor einer Conflagration, bei der England gegen uns, Italien und Rumänien nach allen Anzeichen nicht mit uns gehen würden und wir 2 gegen 4 Großmächte ständen. Deutschland fiele durch Gegnerschaft Englands das Hauptgewicht des Kampfes zu. Österreichs politisches Prestige, die Waffenehre seiner Armee sowie seine berechtigten Ansprüche Serbien gegenüber, könnten durch Besetzung Belgrads oder anderer Plätze hinreichend gewahrt werden. Es würde durch Demütigung Serbien seine Stellung im Balkan wie Rußland gegenüber wieder stark machen. Unter diesen Umständen müssen wir der Erwägung des Wiener Kabinetts dringend und nachdrücklich anheimstellen, die Vermittlung zu den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzunehmen. Die Verantwortung für die sonst eintretenden Folgen wäre für Österreich und uns eine ungemein schwere."

Während Berchtold die Sache formell Franz Joseph vorlegte, bemerkten Forgach und Hoyos gegenüber Tschirschky, daß ein solcher Vorschlag angesichts der Politik, für die sich Österreich entschieden hätte und in der sie durch das österreichische Volk getragen würde, wohl ein „bloßer Scherz" sei.

---

[45]) Fay ibid., pag. 632—637. Tschirschky muß vor dem 23. Juli von dem Inhalt des Ultimatums gewußt haben, und die Verantwortung dafür, daß Bethmann Hollweg und Jagow in Unkenntnis blieben, dürfte zum Teil auf ihn fallen. Siehe Gooch, Modern Europe, pag. 543, Note. Es ist wenig wahrscheinlich, daß Deutschland in irgendeinem Falle öffentlich protestiert hätte, wegen der an Österreich gegebenen Carte blanche. Bethmann Hollweg dürfte noch am Abend des 22. telegraphisch protestiert haben.

[46]) Fay loc. cit. (Juli 1920), pag. 637, Fußnote.

[47]) Ibid. (Oktober 1920), pag. 45.

Wie wir gesehen haben, war die österreichische Kriegspartei entschlossen, sich diesmal weder durch Deutschland noch durch irgendeine andere Außenmacht in ihrem Verlangen, Serbien zu disziplinieren, behindern zu lassen. Sie erklärte diesem Staate den Krieg und teilte dann Deutschland mit, daß eine Vermittlung oder ein schiedsgerichtliches Verfahren nicht in Frage käme, da der Krieg bereits begonnen und die diplomatische Lage sich dadurch sehr geändert hätte. Der Kaiser und Bethmann Hollweg bemühten sich jetzt, den Konflikt zwischen Österreich und Serbien zu lokalisieren, aber sie unterschätzten dabei Rußlands Kriegswillen und Initiative, und so waren ihre Anstrengungen erfolglos[48]). Der Sieg der Berliner Militärpartei über den friedliebenden Kanzler war in erster Linie dem ausweichenden Verhalten und der Doppelzüngigkeit der maßgebenden Stellen in Wien zuzuschreiben. Bethmann Hollwegs Programm wurde diskreditiert, weil er gegenüber Berchtolds hinhaltender und betrügerischer Handlungsweise keinen Fortschritt verzeichnen konnte. Die einzige wirkliche und durchschlagende Probe auf Deutschlands Wunsch, einen allgemeinen, europäischen Krieg zu verhindern, konnte leider nicht angestellt werden. Hätte Rußland lediglich gegen Österreich mobil gemacht und hätte Deutschland — wozu es durch Österreichs Doppelzüngigkeit und Willkür berechtigt war — sich geweigert, sich seinem Bundesgenossen anzuschließen, so würde das ein entscheidender Beweis für Deutschlands friedliche Intentionen gewesen sein. Es ist hie und da behauptet worden, das deutsche Ultimatum an Rußland, seine Mobilmachung einzustellen, sei ein voreiliger und überhasteter Schritt gewesen; Gegenmobilisierung und Fortsetzung der Verhandlungen wäre ein maßvolleres und verständigeres Vorgehen gewesen. Das ist zweifellos richtig vom diplomatischen Standpunkt aus; nach dem aber, was wir jetzt wissen über Rußlands Haltung und den frankorussischen Notenwechsel in der Zeit vom 29. Juli bis 1. August, ist es vollständig klar, daß solch eine Handlungsweise nicht zur Verhütung des Zusammenstoßes geführt hätte, vom militärischen Standpunkt aus aber ein fataler Fehler gewesen wäre. Rußland war entschlossen zum Kriege, und russische Truppen dürften wohl vor Ablauf der Frist des deutschen Ultimatums schon in Ostpreußen eingedrungen gewesen sein, wenn es auch einigermaßen wahrscheinlich ist, daß Berlin nicht genau darüber informiert war[49]). Sobald Deutschland die sichere Überzeugung hatte, daß Rußland den Krieg wollte, blieb ihm vernünftigerweise nur das Eine übrig, sobald als möglich aktiv vorzugehen gegen einen viel mächtigeren, aber schwerfälligeren (more ponderous) Gegner. Das war der Zeitpunkt, mit dem die Herrschaft über die Lage den Zivilstellen aus der Hand genommen wurde und auf den Generalstab überging. Nach alledem will es scheinen, daß das schlimmste, was bezüglich des Kaisers und Bethmann Hollwegs gesagt werden kann, darin besteht, daß sie beide

---

[48]) Ibid. Gooch, Modern Europe, pag. 538—539, 544—545.

[49]) Gooch op. cit., pag. 547—549. B. E. Schmitt in American Historical Review, Oktober 1923, pag. 137.

kopflos (stupid) waren und daß der Kaiser überdies viel zu hastig und impulsiv handelte, als er sich dadurch, daß er Österreich gegenüber Serbien freie Hand ließ, unrettbar verstrickte; das ist aber auch alles, was den beiden zum Vorwurf gemacht werden darf. Daß einer von ihnen auch nur den leisesten Wunsch gehabt hätte, einen allgemeinen europäischen Krieg herbeizuführen, dafür gibt es auch nicht den Schein eines Beweises. Nichts kann absurder sein als das alte Märchen, Österreich wäre am 31. Juli bereit gewesen nachzugeben, Deutschland aber, beunruhigt durch die Anzeichen von Schwäche bei seinem Verbündeten, habe sich eiligst daran gemacht, eine Vermittlung zu vereiteln und den Krieg unvermeidlich zu machen[50]).

Rußland. Die russische Feindseligkeit gegenüber Deutschland geht zurück bis ins 18. Jahrhundert, obschon inzwischen Bismarck viel tat, um sie zu mildern. Der Kaiser hatte sich von Bismarcks russischer Politik abgewandt, und Rußlands Feindschaft wurde nach 1910 durch die Tatsache verschärft, daß Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet Rußland beinahe ganz erobert hatte. Im Jahre 1913 kamen 50 Prozent der russischen Einfuhr von Deutschland, und 35 Prozent seines Exports gingen nach Deutschland. Das war das Vierfache des englischen Handels mit Rußland und das Siebenfache des französischen. Dazu kam ein Tarifkrieg auf Grund des vor 1914 bei europäischen Staaten gebräuchlichen Systems der Differentialtarife. Weiter muß in Betracht gezogen werden, daß der wachsende Einfluß Deutschlands auf die Türkei Sassonow ungemein beunruhigte, weil er der Meinung war, daß dieser Einfluß dem Verlangen Rußlands nach Kontrolle der Meerengen im Wege sei, wenn er es nicht ganz vereitelte.

Rußland war 1908 dadurch enttäuscht worden, daß es ihm nicht gelungen war, sich die Öffnung der Meerengen als Kompensation dafür zu sichern, daß es die Annexion Bosniens und der Herzegowina angeregt und geduldet hatte, sowie dadurch, daß es unter diesen Umständen außerstande war, die Rolle eines Verteidigers des slawischen Nationalismus weiter zu spielen, die mehr oder weniger zum panslawischen Programm gehörte[51]). Wie Baron Korff es in seiner verständigen und maßvollen Besprechung des zweiten Bandes von Marchands „Livre Noir“[52]) richtig ausführt, wird dort „neues Licht

---

[50]) Fay loc. cit. (Oktober 1920), pag. 51—52; Gooch op. cit. pag. 555—556. Über die Meinung des englischen Militärattachés in Berlin betreffs der friedlichen Natur des Kaisers und sein Widerstreben, die endgültige Mobilmachungsorder zu unterzeichnen, siehe die New York Times vom 30. März 1924, Book Review Section, pag. 26.

[51]) Gooch op. cit., Kap. XII, XV. Eine entschuldigende (sympathetic) Betrachtung über Rußlands Interesse an serbischer und jugoslawischer Expansion findet man in M. Boghitschewitsch „Kriegsursachen“; Cfr. G. H. Trubetskoi: „Rußland als Großmacht“. Es darf indessen darauf hingewiesen werden, daß in der Drei-Kaiser-Allianz Rußland an Österreich das Recht zugestand, Bosnien und Herzegowina zu annektieren, wann immer es ihm gelegen schiene, daß aber die Ungarn damals sogar gegen die Okkupation waren.

[52]) American Historical Review, Juli 1923, pag. 747—748.

Haltung, die seltsamerweise durchaus konstant mit einem einzigen geworfen auf die Haltung Frankreichs in der Vorkriegszeit, eine gewichtigen Namen, nämlich dem von Poincaré, verknüpft ist. Bekannte Männer wie Pichon, Barthou und viele andere werden häufig erwähnt, aber keiner von ihnen hat anscheinend solch eine prominente Rolle bei dem Aufbau und der Stärkung der französich-russischen Allianz gespielt wie Poincaré, und dabei stets mit dem sehr deutlichen Ziel der Vorbereitung für den kommenden Konflikt mit Deutschland. Der Leser wird aus diesem Band die unumstößliche Überzeugung gewinnen, daß Poincaré lange vor 1914 die eine Idee verfolgte: den Krieg mit Deutschland. Diese Dokumente geben ein lebendiges Bild von dem französischen Druck, der auf Rußland ausgeübt wurde mit dem einen Zielpunkt: Krieg mit Deutschland. Bisweilen waren die Russen drauf und dran, die Geduld mit den Franzosen zu verlieren, so wenig bekümmerten sich diese um die russischen Interessen; sie waren bereit, den Russen Geld zu leihen, aber nur unter der Bedingung, daß Rußland sein Heer verstärkte und neue strategische, aber sonst ganz nutzlose Bahnen baute.“

Am bezeichnendsten ist die Tatsache, daß Poincaré im Jahre 1912 den Russen durch Iswolsky relativ freie Hand im Balkan zugestand mit dem Versprechen bedingungsloser französischer Hilfe für den Fall eines Angriffs von seiten Österreichs oder Deutschlands. Das geschah zwei Jahre früher, als der Kaiser Österreich ein ähnliches Vorrecht zugestand. Es geht aber aus dem neuen französischen Gelbbuch über die Balkanangelegenheiten klar hervor, daß Poincaré trotz seiner Ermutigung der russischen Balkanpolitik darauf bestand, daß er alle politischen Schritte Rußlands zur Kenntnis erhalten und billigen müsse, damit Frankreich nicht in einen Konflikt hineingezogen würde, der nicht seinen allgemeinen politischen Interessen diente. Unter den Mitteilungen Iswolskys über diesen Punkt sind folgende von größerem Interesse[53]):

> Der jetzige Premierminister und Minister des Auswärtigen (Poincaré) ist eine außerordentlich große Persönlichkeit, und sein Kabinett erweist sich als die stärkste Machtkombination, die es seit einer langen Reihe von Jahren hier gab.
>
> . . . Herr Poincaré sagte mir, daß die französische Regierung sich vor allem mit der Frage der internationalen Möglichkeiten (eventualities) beschäftige. Das zielt direkt dahin, daß dieses oder jenes Ereignis, wie beispielsweise die Vernichtung Bulgariens durch die Türkei oder ein österreichischer Angriff auf Serbien, Rußland zwingen könnte, seine passive Haltung aufzugeben und diplomatische Schritte zu tun, denen dann militärische Maßnahmen gegen die Türkei oder Österreich folgen würden. Nach den Versicherungen der französischen Regierung dürfen wir in solchem Falle auf die aufrichtigste und energischste diplomatische Unterstützung von seiten Frankreichs zählen. . . . Falls der Konflikt

---

[53]) Beard op. cit., pag. 24—27. Auch: Entente Diplomacy and the World, pag. 403—404.

mit Österreich auf eine bewaffnete Einmischung von seiten Deutschlands auslaufen sollte, so würde Frankreich das ohne weiteres als casus foederis betrachten und nicht eine Minute zögern, seine Verpflichtung gegen Rußland zu erfüllen. . . . Herr Poincaré erzählte mir weiter, daß angesichts der kritischen Position auf dem Balkan die höchsten Autoritäten des französischen Heereskommandos mit wachsendem Interesse alle möglichen militärischen Eventualitäten studieren, und es sei ihm bekannt, daß Sachverständige und verantwortliche Persönlichkeiten eine äußerst optimistische Meinung über die franko-russischen Chancen im Falle eines allgemeinen Konfliktes hätten. . . . Es ist an Rußland — so bemerkte er — die Initiative zu ergreifen in einer Frage [der österreichisch-serbischen Angelegenheit], in der es weit mehr als alle anderen Staaten interessiert sei; Frankreichs Sache dagegen sei es, Rußland vollständigen und aktiven Beistand zu leisten. Alles in allem will das sagen, daß, wenn Rußland Krieg führt, auch Frankreich es tun wird, weil wir wissen, daß Deutschland in dieser Frage zu Österreich stehen wird.

Daß Poincaré, unterstützt durch Iswolskys Bestechung der französischen Presse, erfolgreich war in dem Bemühen, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, geht aus dem folgenden Telegramm Iswolskys an Sasonow hervor[54]):

Während noch nicht lange vorher die französische Regierung und die Presse geneigt waren, uns die Aufhetzung Serbiens vorzuwerfen und deutlich zu betonen: „Frankreich wünscht nicht Krieg zu führen um einen serbischen Hafen", schaut man jetzt im Gegenteil mit Erstaunen und unverhohlener Besorgnis auf unsere Gleichgültigkeit gegenüber der Tatsache der österreichischen Mobilmachung (gegen Serbien im Spätjahr 1912). Diese Befürchtungen hegen nicht nur die französischen Kabinettsminister, sie dringen auch durch zu dem großen Publikum und in die Presse der verschiedensten politischen Richtungen; sie sind im Generalstabe so lebhaft, daß der Kriegsminister es für nötig erachtete, Herrn Poincarés Aufmerksamkeit auf die Angnlegenheit zu lenken. . . . Die Depesche, mit der Herr Georges Louis die Erwiderung unseres Generalstabes an General de la Guiche (vom französischen Generalstab) meldete, hat das Befremden der Franzosen nicht beseitigt. Sie legten mir den Text dieser Depesche vor, nach der dem General de la Guiche nicht nur bekanntgegeben wurde, daß wir Österreichs Rüstung nur als eine Verteidigungsmaßregel betrachteten, sondern auch, daß in dem unwahrscheinlichen Falle eines österreichischen Angriffs auf Serbien Rußland nicht kämpfen würde. Diese Erwiderung setzte Herrn Poincaré und die anderen französichen Minister höchlichst in Erstaunen . . .

Während ich bemüht bin, bei den Mitgliedern der Regierung und in der politischen Welt eine günstige Stimmung zu erhalten, tue ich auch alles irgend Mögliche, um die Presse zu beeinflussen. Dank sorgfältig und rechtzeitig getroffener Maßregeln sind bedeutende Erfolge erreicht worden. Wie Sie wissen, vermeide ich es, direkt einzugreifen bei der Verteilung von Subsidien [an die französische Presse]. Diese Verteilung aber, bei der die französischen Ministerien des Auswärtigen und der Finanzen mitwirken (participate), scheint wirksam zu sein und ihren

---

[54]) Aus dem Livre Noir, Band I, übersetzt in der New York Nation vom 11. Oktober 1922, pag. 365—366.

Zweck zu erfüllen. . . . Im allgemeinen ist die Pariser Presse von heute sehr verschieden von derjenigen im Jahre 1908—09. Besonders muß ich auf die Haltung des „Temps“ hinweisen, der sich vor vier Jahren durch seine Vorliebe für Österreich (Austrophilism) auszeichnete, in dessen Spalten dagegen heute Herr Tardieu mit aller Energie gegen die österreichische Politik kämpft. Graf Berchtold und der österreichische Botschafter in Paris haben sich bei Herrn Poincaré mehrfach darüber beklagt.

In meinen Besprechungen mit französischen Journalisten bemühe ich mich besonders, sie davon zu überzeugen, daß, wenn Österreichs Rüstungen und die Forderungen seiner Diplomatie trotz Rußlands versöhnlicher Mäßigung zu einem allgemeinen europäischen Kriege führen sollten, dieser Krieg nicht den privaten Interessen Serbiens oder Rußlands gelten, sondern die Folge der österreichischen Politik und ihrer Unterstützung durch Deutschland sein würde; diese beiden suchten ihre Hegemonie in Europa und auf der Balkanhalbinsel zu etablieren. Gott sei Dank sickerte diese Idee mehr und mehr in politische, militärische und gesellschaftliche Kreise hinein, und neuerdings habe ich nicht mehr soviel gegen die Idee anzukämpfen gehabt, der Krieg könnte Frankreich auferlegt werden für Interessen, die nicht die seinigen wären, als gegen die Befürchtung, wir könnten uns zu passiv verhalten in einer Situation. bei der Position und Prestige der Entente eine Rolle spielten[55]).

Wie erfolgreich Iswolsky, Poincaré und die russischen Militaristen in der Zeit von 1912 bis 1914 gearbeitet hatten, zeigte sich in der aggressiven Haltung Rußlands gegenüber der serbischen Krise im Jahre 1914. Im Jahre 1913 wurde Poincaré unterstützt durch den Wechsel in der Person des französischen Botschafters in St. Petersburg, bei dem der friedliebende Georges Louis durch den aggressiv gesinnten Théophile Delcassé ersetzt wurde. An dessen Stelle trat dann Maurice Paléologue, ein ebenso begeisterter Träger der französisch-russischen Allianz.

Ein helles Licht auf die Haltung Rußlands im Jahr 1914 wirft die selten recht beachtete Tatsache einer Konferenz des russischen Kronrats gegen Ende des Monats Februar 1914, die den Zweck hatte, sich über die besten Mittel schlüssig zu machen, um Rußland die Kontrolle der Meerengen zu verschaffen. Die Konferenz kam zu der Entscheidung, daß es nicht klug wäre, plötzlich und ohne Unterstützung gegen die Türkei loszuschlagen, daß es vielmehr die beste Methode wäre, einen allgemeinen europäischen Krieg abzuwarten, bei dem es den Flotten Englands und Frankreichs überlassen werden könnte, die deutsche und österreichische Seemacht zu vernichten oder in ihren Häfen festzuhalten. Ein derartiger Konflikt wurde nicht für unwahrscheinlich oder unerwünscht erachtet[56]).

---

[55]) Siehe The New York Nation und The New Republic vom 6. Februar 1924 zur Beleuchtung der Einzelheiten über die Zusammenarbeit von Iswolsky und Poincaré bei der Bestechung der französischen Presse mit russischem Gold.

[56]) Gooch op. cit., pag. 520—521; E. Laloy: „Les Documents des Archives du Ministère des Affaires Etrangères de Russie, pag. 74—100; Montgelas op. cit. pag. 72—74.

Wir haben bereits hingewiesen auf die in Deutschland wie in Rußland im Frühling 1914 herrschende Hochspannung infolge des wachsenden Argwohns und Furchtgefühls angesichts der verstärkten Rüstungen und der enger werdenden Einkreisung. Die österreichisch-serbische Krise war bei dieser Lage ganz besonders dazu angetan, für den Frieden Europas verhängnisvoll zu werden. Das Verhalten Österreichs gegen Serbien war, wie wir bereits oben erwähnt haben, in seinen Einzelheiten außerordentlich willkürlich, beleidigend und abscheulich; es war vollkommen dazu geeignet, auch die russischen Machthaber wie Sasonow zu kräftigen Maßnahmen zu veranlassen bei dem Versuch, Serbien eine günstige Chance zu sichern, um seinen Fall vor die Großmächte zu bringen. Es ist schwer zu begreifen, wie es einem redlichen Geschichtsschreiber entgehen kann, warum Rußland sich berechtigt fühlte, eine gewaltsame Intervention gegen Österreich ins Auge zu fassen, wennschon der Kaiser plausible Gründe zu der Annahme hatte, Rußland werde wahrscheinlich eine solche Aktion nicht durchführen. Die früher erhaltene Zusicherung vollständiger französischer Unterstützung gab Rußland den Mut zu entschlossenem Durchhalten[57]).

Zwiespältigkeit der Meinung in Rußland.

Die russische Meinung und Haltung war offenbar geteilt. Der Zar wünschte ernstlich den Frieden, war aber geistig ganz unfähig, die komplizierte Lage Europas zu überblicken und die ganze Bedeutung seiner eigenen Handlungen und Befehle zu ermessen. Sasonow, der Außenminister, obgleich dem russischen Imperialismus im Nahen Osten und dem französischen Militärbündnis durchaus ergeben, hätte doch gern den Krieg vermieden und den serbischen Fall einem Kongreß der europäischen Großmächte überwiesen gesehen; nach dieser Richtung hin rechnete er auf die Unterstützung Großbritanniens und täuschte sich darin denn auch nicht. Auf der anderen Seite waren Großfürst Nikolaus, der Kriegsminister Suchomlinow und der Generalstabschef Januschkewitsch mit der Militaristen- und der Imperialistenpartei als einem Ganzen der Überzeugung, daß das österreichische Ultimatum offenbar und unweigerlich auf Krieg abzielte, und meinten, daß, je eher je besser, Rußland dies erkennen und die Verantwortung für die strategischen Kon-

---

[57]) Fay loc. cit. (Juli 1920), pag. 634—635; Gooch op. cit., pag. 539—540, 546—547, 556—557. Im Jahre 1920 konnte noch angenommen werden, daß Sasonow, während er tatsächlich den russischen Ambitionen im Balkan und Nahen Osten sowie der französisch-russischen Militär-Allianz anhing, doch den Krieg zu vermeiden und den Serben zu gestatten wünschte, ihre Angelegenheit den europäischen Mächten zu unterbreiten. Diese Meinung muß aber einigermaßen modifiziert werden angesichts der im russischen Orange-Buch unterdrückten Depeschen, welche die Tatsache enthüllen, daß beide, Sasonow und Iswolsky, sehr wohl wußten, was in den militärischen Kreisen sowohl Frankreichs wie Deutschlands vorging. Sasonow dürfte friedensgeneigter gewesen sein als die Militärpartei, und schließlich kam er unter der Form der Kooperation mit Grey zu dem Bemühen, die Probleme der Krisis von 1914 einem europäischen Kongreß zu unterbreiten.

sequenzen auf sich nehmen müsse[58]). Sie waren sich dessen bewußt — sagt Professor Fay —, daß ein Krieg zwischen Österreich und Serbien notwendigerweise ein Krieg zwischen Österreich und Rußland sei, und zweifelten nicht im mindesten daran, daß Österreich in Serbien einrücken werde, sobald die gesetzte Frist abgelaufen wäre . . . Wahrscheinlich waren sie der Überzeugung, daß der Krieg unvermeidlich und daß dies für Rußland die gottgesandte Gelegenheit sei, mit Deutschland abzurechnen und Konstantinopel mit den Meerengen für sich zu erwerben. Je früher also die vollständige Mobilmachung befohlen werde, um so besser[59]). Alle wichtigen Beweisstücke, die seit dieser Veröffentlichung (Januar 1921) herauskamen, haben dazu gedient, Professor Fays Urteil zu bestätigen. Für die russische Militärpartei war der Krieg tatsächlich da von dem Moment ab, da das österreichische Ultimatum an Serbien überreicht wurde, und alle Anstrengungen Bethmann Hollwegs, Sassonows und Greys, um zu hemmen und zu vermitteln, wären ohne irgendwelchen reellen Wert gewesen. Die russischen Militaristen, ermutigt durch die Franzosen, gingen mit der Situation durch in derselben Weise, wie Hötzendorf und seine Anhänger die Politik beherrschten und die Kette von tragischen Folgen für die Zentralmächte schmiedeten[60]). Iswolsky, der russische Botschafter in Paris, stand ganz und gar auf seiten der Militaristenpartei.

Allgemeine militärische Maßnahmen, um Serbien zu Hilfe zu kommen, wurden vom 25. Juli ab, die Teilmobilmachung am 29. und die allgemeine Mobilmachung am 30. angeordnet. Man hat wohl gesagt, daß ein falscher Bericht von deutscher Mobilmachung, der am 30. Juli im „Lokal-Anzeiger" erschien, die russische Mobilmachungsorder veranlaßt hätte. Das ist aber offenbar falsch. Die Russen hatten die Mobilmachung beschlossen und befohlen, ehe sie von diesem Bericht hörten[61]). Viel ist auch die Rede davon gewesen, daß ein Befehl des Zaren, der als Antwort auf einen Appell des Kaisers eine Suspendierung der Mobilmachung anordnete, aufgefangen worden sei; die Frage erscheint aber heute unwesentlich, da die russischen Militaristen ebenso entschlossen waren, ohne Rücksicht auf den Zaren ihren Weg zu gehen, wie die österreichische Kriegspartei es war, die mäßigende und zurückhaltende deutsche Einwirkung unbeachtet zu lassen[62]). Von irgend-

---

58) Fay ibid. (Januar 1921), pag. 225—251; R. Höniger: Rußlands Vorbereitungen zum Weltkriege. Daß Sasonow daran mitwirkte, den Zaren zur allgemeinen Mobilmachung zu drängen, ließe sich daraus erklären, daß er glaubte, dies würde Österreich erschrecken und zur Wiederaufnahme von Unterhandlungen veranlassen.

59) Fay ibid., pag. 233.

60) Livre Noir, Band II; G. v. Romberg (Herausgeber): Falsifications of the Russian Orange Book. Auch die Hinweise in der folgenden Fußnote.

61) Montgelas op. cit., pag. 178—180.

62) Höniger op. cit.; S. Dobrorolsky: „Die Mobilmachung der russischen Armee 1914" und „Die Kriegsschuldfrage", Januar—Februar 1924, pag. 18—21. Ich verdanke den Professoren Shotwell und Fay die Mitteilung von Gesprächen mit Dobrorolsky im Sommer 1923, in denen er freimütig konstatierte, daß das russische Kriegsministerium und der Generalstab das österreichische Ultimatum als Kriegserklärung an Rußland auffaßten und demgemäß stetige Vorbereitungen zum

welchem Bemühen der Franzosen, Rußland zurückzuhalten, kann gar nicht die Rede sein. Das höchste, was sie taten, bestand darin, daß sie Iswolsky einflüsterten, er möge seiner Regierung am 30. Juli telegraphisch raten, die Mobilmachung so geheim wie möglich durchzuführen, damit Deutschland Rußlands Angriff nicht öffentlich behaupten oder nachweisen könne. Während die Russen hypothetisch mobilisierten, um einer österreichischen Intervention in Serbien vorzubeugen, drängten die Franzosen Rußland dazu, Österreich zu vernachlässigen und ihr militärisches Vorgehen auf Deutschland zu konzentrieren. Ein Beweis für Rußlands gutes Gewissen bei der Behauptung, sie rüsteten, um Serbien zu schützen, wäre es gewesen, wenn es gegen Österreich allein mobilisiert hätte; das war aber strategisch unausführbar. Da die Russen wußten, daß Deutschland und Österreich eng verbündet waren, so wäre es eine Torheit gewesen, gegen Österreich vorzugehen und die ganze deutsche Grenze preiszugeben. Ferner muß man die Tatsache in Betracht ziehen, daß Rußland nicht wußte oder gar überzeugt war, daß Deutschlands Anstrengungen, Österreich Einhalt zu tun, tatsächlich ernst gemeint waren, und die weitere Tatsache, daß Rußland durch die Franzosen gedrängt wurde, in erster Linie gegen Deutschland vorzugehen[63]).

Das deutsche Ultimatum und die deutsche Mobilmachung wurden unvermeidlich gemacht durch die russische Mobilisierung. Fay spricht das mit den Worten aus: „Die deutsche Mobilmachung wurde direkt herbeigeführt durch diejenige der Russen. Tatsächlich kam sie überraschend spät[64]).“ Auf dieser Basis steht Gooch's Ansicht, Rußland treffe die Verantwortung für den tatsächlichen Ausbruch der Feindseligkeiten: „Der Weltkrieg wurde überstürzt durch das Vorgehen der Russen in einem Augenblick, da zwischen Wien und St. Petersburg Verhandlungen neu aufgenommen waren, da Bethmann Hollweg ausgiebig bemüht war, den Verbündeten zu zügeln und da der Kaiser und der Zar in telegraphischer Verbindung waren[65]).“ Soll diese Schlußfolgerung stichhaltig sein, so müßte sie auf der Annahme beruhen, daß, wenn Rußland nur eine Teilmobilmachung, und zwar gegen Österreich, vorgenommen hätte, Deutschland eine Pression ausgeübt haben würde, die stark genug gewesen wäre, um seinen Verbündeten dazu zu bringen, daß er von der Invasion Serbiens Abstand genommen und die Streitfrage einem europäischen Kongreß vorgelegt hätte. Ob es das

---

Kriege gegen beide Reiche, Deutschland und Österreich, begannen. Höchstens ein vollständiger Widerruf der österreichischen Forderungen an Serbien hätte Rußland in Schach halten können.

[63]) Falsifications of the Russian Orange Book (New York, Huebsch 1923), pag. 45—61. Dies ist stets ein Grundsatz der französischen Politik gewesen, der zurückreicht bis zu den der franko-russischen Militärkonvention von 1892 vorausgehenden Verhandlungen.

[64]) Fay loc. cit. (Januar 1921), pag. 250—251.

[65]) Gooch op. cit., pag. 546—547. In der Tat hätte Österreich sich zur Zeit der russischen allgemeinen Mobilmachung nie überreden lassen, die Unterhandlungen wiederaufzunehmen.

tatsächlich getan hätte oder nicht, ist eine der vielen interessanten Hypothesen in Sachen des Kriegsausbruchs, die nicht als feststehende Tatsachen gelten dürfen. Im engeren, technischen, Sinne aber ist es durchaus richtig, daß es die russische allgemeine Mobilmachung war, die die diplomatischen Verhandlungen durch den Kriegslärm verdrängte. Das ist's zweifellos, was Professor Gooch sagen will. Man hat viel darüber disputiert, ob die russische Mobilisation Krieg bedeutete und ob Deutschland im Recht war, als es an Rußland das Ultimatum stellte, das die Suspendierung der Mobilmachung forderte. Darüber scheint aber doch kein Zweifel möglich. Der britische Botschafter in St. Petersburg warnte Rußland schon am 25. Juli, daß die russische Mobilmachung den Krieg bedeuten würde, und wir wissen, daß die französischen wie die russischen Militärexperten das frei und offen anerkannten. Diese Tatsache macht sicherlich die Ansicht hinfällig, Deutschland hätte sich vom militärischen Standpunkt aus mit der Gegenmobilisierung begnügen können. Frankreich wie Rußland erwarteten beide, daß Deutschland der russischen Mobilmachung die Kriegserklärung folgen lassen werde[66]).

Ein Punkt der ganzen Situation, der von Historikern sehr häufig nicht beachtet wird, liegt darin, daß Sasonow sicherlich grotesk übertrieb, als er die Verteidigung Serbiens als eine Sache darstellte, bei der es sich für Rußland um Leben oder Tod handele. Kein kundiger Historiker oder wissenschaftlich denkender Politiker könnte wohl in Abrede stellen, daß Österreich vom Standpunkt der gegebenen Tatsachen aus viel mehr Grund hatte, in Verteidigung seiner nationalen Existenz Serbien anzugreifen, als Rußland, es zu verteidigen. Im Jahre 1908 hatte Rußland die Österreicher zu einem Angriff von fast ebenso großem Ernst angestiftet, wie der 1914 beabsichtigte, und der Umstand, daß Rußland seine militärische Aktion hauptsächlich gegen Deutschland richtete, beweist, daß es denn doch nicht so ganz in der Sorge um Serbien aufging. In der Hauptsache handelte es sich um Rußlands nicht gerade löbliches und empfehlenswertes Streben nach der Hegemonie im Balkan und der Kontrolle der Meerengen, die auf dem Spiele standen, während für die Doppelmonarchie ihr ganzes zukünftiges Dasein von der Zurückdrängung des jugoslawischen Nationalismus abhing. Wir wollen natürlich nicht behaupten, daß Österreich-Ungarn nicht trotzdem weiter existiert hätte, können es aber verstehen, daß die österreichischen und deutschen Autoritäten anders darüber dachten. Eines muß man allerdings berücksichtigen, daß nämlich, wie Professor Schmitt dartut, wenn auch die serbische Angelegenheit nicht von entscheidender Bedeutung für Rußland an sich war, sie doch die größte Wichtigkeit hatte für die Tripelentente als Ganzes.

Frankreich. Was Frankreich angeht, so muß die Analyse der Lage vor dem Kriege beginnen mit einer Betrachtung des psychologischen

[66]) Gooch op. cit., pag. 546—547. Falsifications of the Russian Orange Book, pag. 50—76; Montgelas op. cit., pag. 133—136.

Verhältnisses zwischen ihm und Deutschland nach 1871. Frankreich vergab Deutschland niemals die Demütigung jener Zeit und die Annexion Elsaß-Lothringens; Deutschland seinerseits kannte die Intensität der französischen Empfindlichkeit und Revanchelust und quittierte darüber durch anmaßende Haltung gegenüber seinem Nachbarlande. Die Illusion indessen, als sei Frankreich 1870 ein schreckbetäubtes Opfer eines preußischen Angriffs gewesen, müssen wir absolut aufgeben. Gerade die ersten Autoritäten auf dem Gebiet der Diplomatie des Französisch-Deutschen Krieges, La Gorce und Sorel, geben offen und ehrlich zu, daß Gramont den Krieg herbeigeführt und damit Bismarck direkt in die Hände gearbeitet hat[67]). Wir müssen ferner die irrige Vorstellung widerlegen, als hätten sich England und Amerika 1870 von der preußischen Aggressivität indigniert abgestoßen gefühlt. Mit überwältigender Mehrheit stand die öffentliche Meinung in England wie in den Vereinigten Staaten auf der Seite Preußens, das ihrem Urteil nach von der militaristischsten und kriegslustigsten Macht Europas übermütig angegriffen wurde. Es trifft allerdings zu, daß die strenge Sprache Bismarcks ihm manchen seiner britischen und amerikanischen Anhänger entfremdet hat[68]).

Der Revanchegeist starb in Frankreich niemals aus. Seine Hauptapostel waren Paul Déroulède, Maurice Barrès und Léon Daudet, die Anführer der Patriotenliga und der Action Française. Nach dem Zusammenbruch der Boulanger-Bewegung und der Diskreditierung der Militaristen-Clique im Dreyfus-Prozeß ließ allerdings das Revanchefieber für ein Jahrzehnt nach, und gewisse französische Führer, wie Joseph Caillaux, bemühten sich, ein besseres Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland herzustellen. Das wurde aber wieder erschwert durch die Marokkokrise, und um 1909 begann die Caillaux-Partei ihre beherrschende Stellung zu verlieren. An ihre Stelle traten die Vorfechter eines „Starken Frankreich", unter ihnen vor allem Poincaré, Delcassé, Millerand, Jonnart und Tardieu. Selbst Clemenceau, der alte Defaitist und Antimilitarist, schloß sich ihrer Gruppe an. Nach dem Wort des Abbé Dimnet hatte „Frankreich sich selbst wiedergefunden" (France was herself again). Diese Partei wurde verstärkt durch die zweifellos wachsende Macht und die Überschwenglichkeit der Imperialisten- und Militaristenpartei jenseits des Rheines[69]).

---

[67]) Wir müssen uns also lossagen von dem Märchen über die Schändlichkeit der Emser Depesche. In mancher Hinsicht war sie sogar weniger beleidigend in der verkürzten als in der vollständigen Form. Eine neuere französische Darstellung über die Ursprünge des Krieges von 1870 gibt P. Lehautcourt, „Les Origines de la Guerre de 1870".

[68]) C. E. Schieber: The Transformation of American Sentiment Toward Germany 1870—1914, Kap. I; Dr. N. Raymond: „British Policy and Opinion During the Franco-Prussian War".

[69]) Die Werke von Fisher, Gooch, Curtius und Albin, wie oben. K. Dimnet: „France Herself Again" ist eine beschönigende Darstellung der nationalistischen Partei nach 1900. Eine extreme Kritik geben Gouttenoire de Toury, Pevet und Bausman, wie früher zitiert.

Französische Aufhetzung Rußlands.

Der diplomatische Konzentrationspunkt der Politik Poincarés war Rußland[70]). Welcher Art diese Politik war, geht heute klar aus dem „Livre Noir" hervor, und niemand, der diese Dokumente nachliest, kann im Zweifel darüber sein, daß wenigstens seit 1912 Frankreich der treibende und beherrschende Geist in der französisch-russischen Allianz war, und daß es dauernd dahin wirkte, Rußland an den Gedanken eines kommenden Krieges mit Deutschland und seiner Vorbereitung zu gewöhnen. Immer wurde Rußlands Empfindlichkeit in Sachen der österreichisch-deutschen Balkanpolitik angestachelt durch französische Warnungen und Einflüsterungen. Als sich Rußland 1912/13 über Österreichs drohende Haltung gegen Serbien nicht sehr beunruhigt zeigte, ließ die französische Regierung Rußland wissen, daß sie diese Haltung mit Erstaunen und unverhohlener Besorgnis sehe[71]). Im Jahre 1913 nahm Frankreich ein Gesetz an, durch das sein stehendes Heer an Kopfzahl im Verhältnis zur Einwohnerzahl größer wurde, als es irgendein anderer europäischer Hauptstaat auf den Beinen hielt. Aus den jetzt vorliegenden Dokumenten geht vollständig klar hervor, daß Poincaré, der selbst ein geborener Lothringer war, den Willen hatte, die erste günstige Gelegenheit zu einem europäischen Kriege zu ergreifen als Mittel dazu, Elsaß-Lothringen für Frankreich zurückzugewinnen[72]). Die Behauptung, daß er selbst begierig war, eine Gelegenheit zu einem derartigen Konflikt herbeizuführen, beruht nicht auf einem so überzeugenden urkundlichen Beweis[73]). Das verständigste und faßlichste Resumé über die ganz hervorragende Bedeutung Poincarés für die Vervollkommnung und Versteifung der französisch-russischen Allianz liegt wohl in den nachstehenden Worten des Prof. Schmitt:

„Das ist in erster Linie das Verdienst R. Poincarés, der im Januar 1912 französischer Ministerpräsident wurde. Unter seiner meisterlichen Direktive wurden die französisch-russischen Beziehungen, die einigermaßen gelitten hatten während der Zeit, da der eine der beiden Alliierten in Marokko, der andere in Persien und dem Fernen Orient beschäftigt war, bald zu vollkommenster Harmonie. Bei der Liquidation des tripolitanischen und besonders der Balkankriege hatten Paris und St. Petersburg eine gemeinsame Politik, in die sie England nach Möglichkeit hineinzogen. Poincaré gab Iswolsky wiederholt die Versicherung, daß die Republik alle ihre Bündnisverpflichtungen erfüllen würde; Iswolsky

---

[70]) Siehe oben.

[71]) New York Nation, 11. Oktober 1922, pag. 965—66; Document XIII Gooch: Modern Europe, pag. 515—20; Montgelas: Leitfaden zur Kriegsschuldfrage, pag. 72—74.

[72]) Marchand: Livre Noir, Bd. I, pag. 35—39, 128—130, 148—150, 259, 345—347. Bd. II, pag. 419—437, 457—464 und Entente Diplomacy, Buch II—III.

[73]) Die ernsteste Anklage erhebt Pevet: Les Responsables de la Guerre. Poincarés Verteidigung bringen die „Origins of the War", deren Überzeugungskraft sehr abgeschwächt wird durch die nachherige Veröffentlichung des Livre Noir und der Falsifications of the Russian Orange Book. Die autoritative Beschönigung (apology) der offiziellen französischen Politik bringen E. Bourgeois und G. Pagès in „Les Origines et Responsabilités de la Grande Guerre."

bestach die Pariser Presse dazu, Sympathien für Rußland zu schaffen und die Position des Premierministers zu stärken, den er als ungemein nützlich für Rußland erkannte. Der französische Staatsmann drängte den Zaren dazu, strategische Eisenbahnen in Polen zu bauen und schickte Delcassé als seinen Vertreter an den russischen Hof; der russische Botschafter in Paris drang — wenigstens nach Angabe gewisser Leute — darauf, daß Frankreich die dreijährige Dienstzeit einführte. Weiter hielten der französische und der russische Generalstab jährliche Konferenzen ab, in denen ihre auf vereinte Offensive gegen Deutschland basierten Kriegspläne vervollkommnet wurden. Eine Flottenkonvention wurde abgeschlossen. Schließlich kam Poincaré nach Rußland, und Sasonow, der Außenminister, gab gegenüber dem Zaren der Hoffnung Ausdruck, daß, „im Falle einer internationalen Krise in Frankreich, wenn nicht Poincaré selbst, so doch ein Mann von ebenso entscheidendem Einfluß und gleicher Furchtlosigkeit gegenüber der Verantwortlichkeit am Ruder sein möge". Die Wahl Poincarés zum Präsidenten der Republik unterbrach die eben geschaffene Intimität in keiner Weise. Tatsächlich zeigte von 1912 bis zum Ausbruch des Krieges die Allianz der beiden Mächte bei jeder Gelegenheit eine feste Einheitsfront gegenüber der diplomatischen Gegengruppe."

Frankreich dem Krieg nicht abgeneigt.

Es ist also vollständig klar, daß man die Anschauungen ändern muß, die vor der Veröffentlichung der Siebert-Dokumente, des „Livre Noir" und der „Fälschungen des russischen Orange-Buches" haltbar waren, nämlich die Ansicht, die französische Regierung habe im Juli 1914 mit Widerstreben dem nahen Kriege entgegengesehen. Im Jahre 1920 konnte Professor Fay noch schreiben:

„Was Frankreich anbetrifft, so mag es immerhin während der Monate vor der Krisis die russischen Militaristen sehr ermutigt haben durch Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit, durch den Austausch militärischer und diplomatischer Besuche, durch die Flottenkonvention, durch die Haltung seiner Jingopresse und durch seine heimlichen Beziehungen zu England, — es mag durch solche Machenschaften noch so sehr den Argwohn Deutschlands erregt haben: trotz alledem kann kein Zweifel darüber bestehen, daß, als die Krisis eintrat, es sein Bestes getan hat, um sie abzuwenden[74])."

Heute wissen wir, daß es **n i c h t** sein Bestes tat, um die Krisis abzuwenden. Das Hauptverteidigungsbollwerk für Frankreichs „friedliche Intentionen" ist die Behauptung, daß die Regierung am 30. Juli die Zurückziehung der französischen Grenztruppen auf eine zehn Kilometer zurückliegende Linie befohlen habe, um damit zu bestätigen, daß ihr alle aggressiven Absichten fehlten. Es gibt aber eine ganze Reihe von Gründen, aus denen diese Bewegung ganz und gar nicht als ein Prüfstein für die rein defensiven Absichten Frankreichs gelten darf.

---

[74]) Fay loc. cit. (Januar 1921), pag. 252—253.

Zunächst wurde der betreffende Befehl am 30. Juli erlassen, zu einer Zeit also, da Deutschland noch keine Schritte zur allgemeinen Mobilmachung getan hatte, vielmehr noch sich alle Mühe gab, Österreich im Zaume zu halten. An diesem 30. Juli war Frankreich genau orientiert über die Tatsache der russischen Mobilisierungsmaßnahmen, und seine Furcht vor Deutschland hätte also auf die Voraussetzung basiert sein müssen, daß Rußland beabsichtige, seine militärischen Vorbereitungen fortzusetzen und daß diese den Krieg gegen Deutschland bezweckten. Ferner bedeutete die Order, selbst wenn sie ausgeführt worden wäre, keine Schwächung der französischen Verteidigung. Sie wurde aber nicht gleichmäßig befolgt, hatte auch keinerlei militärische Bedeutung für die Bezirke an der belgischen und luxemburgischen Grenze. Übrigens wurden Offiziere und Soldaten in den Grenzwachen zurückgelassen, um die Bewegungen deutscher Patrouillen zu beobachten und darüber Meldungen zu machen. Am meisten fällt aber die allgemein übersehene Tatsache ins Gewicht, daß diese Rückwärtsbewegung, auch wo sie wirklich ausgeführt wurde, für die Franzosen keine Vorgabe (handicap) bedeutete, in vielen Fällen vielmehr ein reeller Vorteil für sie war, da es ihnen dadurch möglich wurde, zu jener Zehnkilometerlinie viele Detachements heranzubringen, die weiter weg von der Grenze gelegen hatten, und hinter dieser Linie militärische Vorbereitungsmaßregeln auszuführen, ohne daß sie sich dem Vorwurf aggressiver Intentionen aussetzten[75]). Am 30. Juli telegraphierte Iswolsky an Sasonow, der französische Kriegsminister habe ihm angeraten, Rußland möge den anderen Mächten mündlich die Versicherung geben, es wolle seine militärischen Vorbereitungen aufschieben; gleichzeitig solle es dieselben tatsächlich beschleunigen, dabei aber Sorge tragen, seine Bewegungen geheimzuhalten, so daß die anderen Mächte den Umfang seiner militärischen Vorbereitungen nicht erkennen könnten[76]).

Angesichts dieser Depesche und anderer französisch-russischer Geheimtelegramme aus den letzten drei Tagen des Juli 1914 fügt sich die Order betreffs Zurückziehung der Truppen tadellos in das allgemeine Bild der französischen Politik, wie es aus den geheimen Dokumenten auftaucht, nämlich auf seiten der Poincaré-Clique der feste Entschluß, die beiderseitigen umfassenden Kriegsvorbereitungen zu ermutigen bzw. durchzuführen, und die parallel gehende Bemühung, diesen Beschluß so geheim wie möglich zu halten, um die Kriegsvorbereitungen weit fortschreiten zu lassen, bevor Deutschland dahinterkäme, andererseits aber auch zu vermeiden, daß die gute Meinung Greys und Englands sich ändere. Geht doch aus dem franko-russischen Schriftwechsel von Ende Juli und Anfang August 1914 deutlicher als sonst irgend etwas die Tatsache der geradezu pathologischen Furcht der französischen Autoritäten hervor, England könnte die aggressiven Ab-

---

[75]) Eine erschöpfende Zurückweisung dieses Zurückziehungsbefehls als eines Beweises für die französische Demut der Abwehr (French defensive humility) bietet Montgelas op. cit., pag. 180—182. Sie ist in diesem Punkte absolut endgültig.

[76]) Falsifications of the Russian Orange Book, pag. 50—64.

sichten Frankreichs und Rußlands durchschauen und der Entente gegenüber lauwarm oder entfremdet werden. Iswolsky telegraphierte an Sasonow: „Andererseits ist es aus politischen Erwägungen, die sich sowohl auf Italien als auch ganz besonders auf England beziehen, für Frankreich sehr wichtig, daß die französische Mobilisation der deutschen nicht vorhergehe, sondern die Antwort auf letztere bildet[77].“ Die angeordnete Zurückziehung der französischen Grenztruppen diente also zweifellos zwei Zwecken zugleich. Sie sollte Grey und den Engländern Sand in die Augen streuen und ihnen die Fiktion einer rein verteidigenden Haltung Frankreichs plausibel machen, andererseits aber die geheime Durchführung umfassender militärischer Maßnahmen hinter der Zehnkilometerlinie decken. Anstatt also ein Hindernis für die französischen Vorbereitungen zu sein, stellte die Maßnahme einen positiven Gewinn nach dieser Richtung hin dar, tat aber gleichzeitig Dienst als diplomatische List. Wir haben bisher keine Mittel, das zwischen Poincaré und den Russen während des ersteren Besuch in St. Petersburg im Juli 1914 geschlossene Übereinkommen zu untersuchen, was ja ein besonders wichtiges Informationsstück für die Feststellung der Kriegsschuld wäre; aber wir haben unwiderlegbare dokumentarische Beweise dafür, daß Frankreich am 30. Juli wußte, daß Rußland militärische Vorbereitungen beschlossen hatte, die zum Kriege führen würden, daß Frankreich es in diesem Entschluß ermutigt hatte unter der Versicherung, ihm als Bundesgenosse durchaus zur Seite zu stehen, daß aber Frankreich bei alledem vor der Öffentlichkeit Greys Vermittlungsversuch zwischen Deutschland, Österreich und Rußland billigte[78].

Den Militaristen war der Krieg willkommen.

Noch kompromittierender ist der wohlbezeugte glühende Enthusiasmus, mit dem die Häupter des französischen Zivil- und Militärwesens das Herannahen des Krieges begrüßten. Am 29. Juli telegraphierte Iswolsky an Sasonow, die Armeekreise seien in begeisterter Stimmung bei der Aussicht auf Krieg und die französische Regierung unterdrücke antimilitaristische Versammlungen. Am 30. Juli meldete er telegraphisch, daß Frankreich die volle Zusicherung gegeben habe, seine Verpflichtungen als Rußlands Bundesgenosse zu erfüllen, daß es aber dringend rate, die russischen Kriegsvorbereitungen sollten möglichst geheim durchgeführt werden, damit Deutschland nicht auch in die Mobilmachung hineingeschreckt würde. Am 31. Juli fragte der deutsche Botschafter bei dem Premierminister Viviani an, wie sich Frankreich im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Deutschland verhalten würde. Viviani entzog sich der Antwort, indem er dem Botschafter

---

[77]) Ibid., pag. 64—65.

[78]) Ibid., pag. 50—76; Montgelas op. cit., pag. 94—97, 125—132, 142—144. Wenn auch Montgelas in diesem Buche es in manchen Fällen unterläßt, Beweismittel heranzuziehen, die für Deutschland ungünstig sind, so ist doch seine Darstellung in Sachen der franko-russischen Falschheit (duplicity) auf diesen Blattseiten unbestreitbar.

sagte, er möge am nächsten Tage vorsprechen. Gleich nach Mitternacht aber teilte der französische Kriegsminister Herrn Iswolsky mit, die französische Regierung habe den Krieg beschlossen und hoffe, daß die Russen den Krieg mit Österreich als Nebensache behandeln und all ihre Kräfte gegen Deutschland werfen würden. „Der französische Kriegsminister eröffnete mir in gehobenem, herzlichem Tone, daß die Regierung zum Kriege fest entschlossen sei, und bat mich, die Hoffnung des französischen Generalstabes zu bestätigen, daß alle unserer Anstrengungen gegen Deutschland gerichtet sein werden und Österreich als eine quantité négligeable behandelt werden wird[79])." Nimmt man dazu die unbändige Begeisterung, die der französische Botschafter in St. Petersburg, Paléologue, in seinem Tagebuch rückhaltlos bekennt, so bleibt uns nur übrig, die Mythe von dem erschreckten und widerstrebenden Frankreich gänzlich fallen zu lassen, wie sehr auch die Gruppe der französischen Friedensfreunde sich von Poincaré, Viviani, Delcassé und ihrer Politik abgestoßen gefühlt haben mag[80]).

Natürlich müssen wir wohl unterscheiden zwischen der Stimmung des französischen Volkes und derjenigen von Poincaré und seiner Regierung. Es ist zweifellos, daß das französische Volk friedliche Gesinnungen hegte und durch den plötzlichen Ausbruch des Krieges überrascht war. Tatsächlich muß man noch weiter gehen und einen Unterschied machen zwischen Poincaré und seiner Gruppe auf der einen Seite und den übrigen Kabinettsmitgliedern auf der anderen. Einige von ihnen waren Sozialisten oder sozialistisch angehauchte Kriegsgegner. Die französische Außenpolitik wurde in den entscheidenden Angelegenheiten der kritischen Julitage 1914 willkürlich und in manchen Fällen geheim behandelt durch die Regierungsmänner Poincaré, Viviani und Messimy, unter Mitwirkung von Paul Cambon, französischem Botschafter in England (der Ende Juli eine halb geheime Fahrt nach Paris machte), von Delcassé und Tardieu. Auf Poincaré selbst muß in der Hauptsache die Verantwortung für die Richtung der französischen Politik vom Juni bis zum August 1914 fallen, sowie auch für die Gestaltung der französisch-russischen Beziehungen von 1912 bis 1914. Um die Bevölkerung der Republik in die Front zu bringen, veranstaltete die Regierung mittels Zensur und Propaganda eine kräftige Kampagne, durch die das französische Volk davon überzeugt werden sollte, daß es aufgerufen würde, seine Regierung zu stützen in einem reinen Abwehrkriege, in dem geradezu die Existenz Frankreichs auf dem Spiel stände[81]).

Daß Frankreich auf dem Gebiet der militärischen Vorbereitungen keineswegs überrascht wurde, beweist die Tatsache, daß, obgleich man erst am 31. Juli offiziell zur Mobilmachung schritt, die fünf Armeekorps

---

[79]) Ibid., pag. 44—61.

[80]) M. Paléologue: La Russie des Tsars pendant la Grande Guerre; Morhardt: Les Preuves.

[81]) G. Demartial: La Guerre de 1914. Comment on mobilisa les Consciences. (Wie man die Gewissen mobil machte.)

an der Grenze doch schon am nächsten Tage als vollständig kriegsbereit gemeldet wurden. Weiter hat Poincaré gegenüber Iswolsky unumwunden zugegeben, daß er mit der Kriegserklärung an Deutschland vor allem deshalb zögerte, weil eine solche die Einberufung des Parlaments und eine öffentliche Diskussion mit sich gebracht hätte, die er fürchtete. Er zögerte andererseits auch, um die französische Mobilisierung vervollständigen zu können, und ganz offenbar auch um England nicht zu beunruhigen und seine Unterstützung zu verlieren. Als die Deutschen dann wirklich in Frankreich eindrangen und die Notwendigkeit einer Kriegsdebatte ausgeschaltet war, kam die Befriedigung darüber zum Ausdruck[82]).

Großbritannien. Englands Außenpolitik wies zwischen 1870 und 1914 bemerkenswerte Änderungen auf. Bis 1890 hatte es eine Politik der Isolierung verfolgt, abgesehen von einer kurzen Aktion in Ägypten gemeinsam mit Frankreich und dem Mittelmeer-Übereinkommen von 1887. Der neue Deutsche Kaiser wandte sich 1890 England zu und von Rußland ab, und so standen Deutschland und England in guten Beziehungen zueinander, bis zu der berühmten Krüger-Depesche zur Zeit des Jameson-Einfalls. Diese Sache und dazu Deutschlands kommerzielle Entwicklung und Flottenpläne entfremdeten ihm England, und das gute Einvernehmen wurde bis zum Juli 1914 nicht wiederhergestellt. Daß die Bemühungen, schon früher das anglo-deutsche Verhältnis freundlicher zu gestalten, vergeblich blieben, war, wie Hammann und Valentin rückhaltlos zugeben, hauptsächlich die Schuld Deutschlands und besonders diejenige v. Bülows und seiner englandfeindlichen „bête noir", des Baron v. Holstein, den sogar der Kaiser in seinen Memoiren tadelnd erwähnt. Sie entmutigten das wohlmeinende Entgegenkommen Englands. Sodann war Bülows und Tirpitz' tollkühne Flottenpolitik mehr als alles andere geeignet, England argwöhnisch zu machen und Grey in freundlichere Beziehungen zu Frankreich und Rußland zu treiben. England war mit Frankreich 1898 im Sudan zusammengeraten, aber die geschickte französische Diplomatie hatte aus einer schwierigen Lage eine Verständigung mit England herauszubringen gewußt, die einem Vertrage entgegenreifte (1904) und im Jahre 1911 praktisch ein Defensivbündnis wurde. England und Rußland waren im Nahen Osten traditionelle Rivalen, bis sie ihre Differenzen in der Weise erledigten, daß sie 1907 Persien unter sich teilten und dadurch die Wege ebneten zur Vollendung der Tripelentente[83]). Der Glaube an Greys friedliebende Intentionen wird einiger-

[82]) Falsifications of the Russian Orange Book, pag. 58, 62—63, 68—76.

[83]) Die jüngste autoritative Geschichte der britischen Politik (diplomacy) nach 1870, die auf die neuen Dokumente gestützt und relativ unparteiisch ist, enthält die Cambridge History of British Foreign Policy, Band III. Sie muß ergänzt werden durch so kritische Werke wie die von E. D. Morel und W. S. Blunt. Das beste Buch, das in England bisher über die Kriegsursachen geschrieben wurde, ist das von Lord Loreburn: „How the War Came". Es muß verglichen werden mit der offiziellen Apologie in dem Werk von H. H. Asquith: „The Genesis of the War."

maßen erschüttert durch Englands Haltung in Sachen der Mission Lord Haldanes im Jahre 1912.

Englands Verpflichtungen gegen Frankreich.

Bei der Behandlung des Problems von Englands Lage und Handlungsweise in der Krisis vom Juli 1914 sollte nicht außer acht gelassen werden, daß Sir Edward Grey sich in einer ganz besonderen Situation befand, die derjenigen des Kaisers und Bethmann Hollwegs glich. Er wünschte aufrichtig, den europäischen Frieden zu wahren, sah sich aber tatsächlich verpflichtet, Frankreich beizustehen, wenn es von Deutschland angegriffen würde; er hatte andererseits ein allerdings weniger eng umrissenes Abkommen mit Rußland über verabredete Schiffsbewegungen. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der englisch-französische Vertrag dem Wortlaut nach weniger bestimmt war als Deutschlands Carte blanche an Österreich vom 5. Juli 1914; er war aber moralisch ebenso entscheidend und bindend. Er brachte Grey in dieselbe verzweifelte Lage wie die es war, in der sich Deutschland befand, als es am 1./2. August 1914 erkannte, daß es unbewußt das Opfer der Kriegswünsche und -handlungen Rußlands und Frankreichs geworden war. Die Franzosen waren von dem bindenden Charakter der englischen Vereinbarung so fest überzeugt, daß, wie Joffre uns erzählt, die französischen Feldzugspläne im einzelnen auf der Voraussetzung englischer Hilfe beruhten. Professor Schmitt betont nachdrücklich, daß die englisch-französische Abmachung so gut wie identisch ist mit den bezüglichen Klauseln des französisch-russischen Bündnisvertrages. Diese englisch-französische Vereinbarung ist niemals dem Parlament oder irgendwelchen Mitgliedern des Kabinetts vorgelegt worden. Grey und Asquith haben 1913/14 sogar ihre Existenz geleugnet. Erst am 3. August 1914 bekannte sich Sir Edward Grey dazu, als er gezwungen war, vor das Parlament zu treten und für die Unterstützung Frankreichs zu sprechen[84]. Professor Beard schildert die Situation folgendermaßen:

„Als am 3. August 1914 die große Entscheidung fallen sollte, enthüllte Sir Edward Grey in seiner denkwürdigen Rede für die Unterstützung Frankreichs den Charakter der Unterhandlungen und Vereinbarungen, welche die beiden Mächte während der letztvergangenen zehn Jahre zueinander geführt hatten. Er setzte auseinander, wie die französische Admiralität ihre Flotte im Mittelmeer konzentriert und die atlantische Küste Frankreichs unverteidigt gelassen habe; wie er am Tage vorher Frankreich versichert habe, daß, wenn die deutsche Flotte herauskommen sollte, England die wehrlosen Häfen jenseits des Kanals schützen würde. Er teilte mit, daß viele Jahre hindurch Flottenverhandlungen das unmittelbare, effektive Zusammenwirken beider Mächte im Kriegsfalle vorbereitet hätten[85].“

---

[84]) Siehe die Anklage gegen Grey bezüglich dieser Dinge bei Loreburn, op. cit. und E. D. Morel: The Secret History of a Great Betrayal.

[85]) C. A. Beard, Cruss Currents in Europe Today, pag. 30—31; Cambridge History of British Foreign Policy, Band III, pag. 466—470, 500—508.

Diese Kundgebung erregte große Bestürzung in England und veranlaßte die Minister Charles P. Trevelyan, John Morley und John Burns zum Austritt aus dem Kabinett. England gab auch Rußland hoffnungsvolle Vorstellungen betreffs seiner Haltung im Fall eines europäischen Krieges. Sasonow berichtete dem Zaren 1912, daß Grey, der König und Bonar Law ihm bei seinem Besuch in England die Versicherung gegeben hätten, daß ein Zusammengehen mit Frankreich und Rußland im Fall eines Krieges mit Deutschland der einzige Punkt sei, in dem alle Hauptparteien in England begeistert übereinstimmten. Von Georg V. berichtete er: „Mit sichtlicher Erregung sprach Se. Majestät von dem Streben Deutschlands nach Flottengleichheit mit Großbritannien und erklärte, daß das im Falle eines Konfliktes gefährliche Folgen haben würde, nicht nur für die deutsche Marine, sondern auch für den deutschen Handel, da die Engländer jedes aufgebrachte deutsche Kauffahrteischiff versenken würden[86]).“ Im Mai und Juni 1914 waren zwischen England, Frankreich und Rußland für den Kriegsfall insgeheim bestimmmte Vereinbarungen über dreifache Flottenoperation getroffen worden; das Gerücht davon beunruhigte und alarmierte die offiziellen Kreise in Deutschland in hohem Maße[87]). Und nicht allein hatte England sich zur Teilnahme am Seekriege gegen Deutschland vorbereitet, es hatte auch die Pläne für Truppensendungen nach dem Kontinent bis in minutiöse Details ausgearbeitet. Lord Haldane, der von 1905 bis 1912 Staatssekretär des Krieges war, bestätigte im Jahre 1919, daß er während jener Zeit alle Pläne für den Truppentransport über den Kanal entworfen hätte. Wie die Preußen im Jahre 1870, so hätten die englischen Chefs, als jetzt der Krieg erklärt war, nur noch die Orders zu zeichnen, die schon seit einem Jahrzehnt vorbereitet waren. Beschlagnahmte Dokumente der belgischen Archive beweisen weiter die Tatsache, daß England mit Belgien über die Möglichkeit von Truppenlandungen auf belgischem Boden für den Fall einer deutschen Invasion verhandelt, aber mit seinem Vorschlag bei Belgien wenig Gegenliebe gefunden hatte[88]). Schließlich hat Winston Churchill, der Erste Lord der Admiralität, mitgeteilt, daß er, als sich nach 1912 die Beziehungen zwischen England und Deutschland ständig besserten, doch von der Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Deutschland überzeugt gewesen sei und nach jeder Richtung hin energische Vorbereitungen dafür begonnen habe[89]).

Trotz dieser Kriegsvorbereitungen wird kein ehrlich denkender Forscher daran zweifeln, daß Grey im Juli 1914 aufrichtig den Frieden wünschte und in den durch die Vereinbarungen mit seinen Alliierten

---

[86]) Beard ibid., pag. 41—43; Korff in American Historical Review, Juli 1922, pag. 797.

[87]) Beard ibid., pag. 45—50, 72—75; Cambridge History of British Foreign Policy, pag. 484—486; New York Nation vom 11. Okotber 1922, pag. 365—370, Dokumente XXI—XXV.

[88]) Beard ibid., pag. 50—55.

[89]) W. S. Churchill: The World Crisis 1911—1914.

gezogenen Grenzen eifrig zu vermitteln und die Feindseligkeiten aufzuschieben suchte. Der schwerste Tadel, der gegen Greys Handlungsweise erhoben werden kann, dürfte denn auch wohl der sein, daß er Deutschland nicht schnell und scharf genug warnte bezüglich der Stellungnahme Englands im Fall eines Angriffs auf Frankreich. Es könnte heute scheinen, als würde eine solche Warnung Deutschland zu sehr ernsten Maßnahmen gegen Österreich gezwungen und vielleicht den Konflikt abgewendet haben. Aber man darf nicht vergessen, daß Grey einem Kabinett gegenüberstand, das ihn bei einem so positiven Vorgehen nicht unterstützt hätte.

Er wurde schändlich getäuscht von Frankreich und Rußland, die den Krieg beschlossen hatten und militärische Vorbereitungen gerade zu derselben Zeit trafen, da Grey in gutem Glauben und ernstlich wegen Aufschub und Vermittlung unterhandelte. Er war doppelt betrogen durch den Großfürsten Nikolaus und Suchomlinow, wie durch Poincaré — geradeso wie Bethmann Hollweg und der Kaiser durch Hötzendorf, Forgach und Berchtold[90]). Die Telegramme in den „Fälschungen des russischen Orange-Buches" beweisen, daß Poincaré eine fast pathologische Angst davor hatte, bei England anzustoßen oder ihm die Entdeckung der französischen Angriffsbeschlüsse irgendwie zu ermöglichen. Ebenso ängstlich aber war er bemüht, irgendwelche anscheinend aggressiven Absichten und Handlungen Deutschlands aufzudecken und aufzubauschen. Es ist zweifelhaft, ob Grey vor der Veröffentlichung der franko-russischen Geheimdepeschen, also vor 1922—23, seine Illusionen aufgegeben hat, und Mr. Asquith scheint tatsächlich immer noch an den von 1914 datierenden Ideen von dem guten Glauben seiner Alliierten festzuhalten[91]). Als Deutschland an Frankreich den Krieg erklärte. wurde Grey durch die Invasion Belgiens von seiner Verlegenheit befreit; aber es ist kaum zweifelhaft, daß England auch ohne diese Invasion in den Konflikt hineingeraten wäre. Andererseits darf man aus ebenso guten Gründen annehmen, daß Deutschland nicht in Belgien eingedrungen wäre, wenn England die Versicherung gegeben hätte, daß es sich unter dieser Bedingung der Feindseligkeiten enthalten würde. Die Millionen von Engländern aus dem Mutterlande wie aus den Dominions, die im Weltkriege fielen, waren der Preis für Greys Torheit, sich in den Dienst des französisch-russischen Imperialismus hineinziehen zu lassen[92]).

---

[90]) Falsifications of the Russian Orange Book, pag. 44—76; Gooch: Modern Europe, pag. 545—546; Cambridge History of British Foreign Policy, pag. 486—504. Zum Beweise dafür aber, daß Grey nicht willens war, seine Fähigkeit zur Erfüllung seiner Verpflichtungen in der Triple-Entente im Friedensinteresse zu beschränken, siehe pag. 501.

[91]) H. H. Asquith: The Genesis of the War, 1923.

[92]) Eine Anerkennung von Greys Friedensintention im Jahre 1914 bringt natürlich kein Weißwaschen des britischen Imperialismus mit sich, aber die Probleme der britischen Herrschaft in Ägypten, Indien, Südafrika und Irland sind kein legitimer Teil der die Kriegsschuld von 1914 behandelnden Geschichtskapitel.

Italien. Es ist viel Wesens gemacht worden von dem Entschluß Italiens, sich 1914 Deutschland und Österreich nicht anzuschließen, als einem Beweis dafür, daß es überzeugt war von deren perfider Angriffslust und ihrer Kriegsschuld. Ein solches Argument hat nicht den geringsten Wert. Italiens Beitritt zum Dreibund im Jahre 1882 war lediglich dem zeitweiligen Ärger Italiens über die Annexion von Tunis durch die Franzosen zuzuschreiben[93]). Österreich war der Erbfeind Italiens, und zu gegebener Zeit machte sich die alte Feindschaft wieder geltend. Zum Programm der Nationalisten und Inperialisten gehörte es, die Italia Irredenta von österreichischer Herrschaft zu befreien oder tatsächlich ein „italienisches Meer" aus der Adria zu machen. Solche Aspirationen konnten natürlich nur durch einen siegreichen Krieg mit Österreich verwirklicht werden. Mit der Zeit aber hatte sich die antifranzösische Gesinnung bedeutend abgekühlt, und im November 1902 schlossen Italien und Frankreich einen Vertrag, wonach keines von beiden Ländern gegen das andere Krieg führen sollte, auch wenn eines von ihnen einem Verbündeten des anderen initiatorisch den Krieg erklärte. Diesem Vertrag nach war also der Dreibund, ohne daß Deutshland und Österreich das wußten, soweit Italien in Frage kam, schon ein Dutzend Jahre vor 1914 eine leere Schale[94]). Italiens Beteiligung am Kriege auf seiten der Alliierten wurde lediglich durch das Versprechen territorialer Abtretungen erreicht, wie das italienische Nationalistenprogramm sie forderte, und dieser Kuhhandel war mehr als irgend etwas anderes die Grundlage der berüchtigten Geheimverträge der Entente[95]).

Belgien. Belgien geht aus der Untersuchung des ganzen dokumentarischen Beweismaterials betreffs seiner Vorkriegshandlungen mit vollkommen weißer Weste hervor. Höchstens kann aus den Archiven erwiesen werden, daß Belgien für den Kriegsfall eine Invasion sowohl von französischer als von deutscher Seite fürchtete, und daß andererseits England tatsächlich über die Möglichkeit einer Landung von Truppen auf belgischem Boden verhandelt hatte, ohne daß es ihm aber gelungen wäre, sich der belgischen Zustimmung zu einem solchen Plan zu versichern. Ob Frankreich oder England, wenn Deutschland ihnen nicht zuvorgekommen wäre, vielleicht nicht ihrerseits zur Invasion Belgiens geschritten wären, um auf diese Weise an Deutschland heranzukommen, ist wieder eine fruchtlose Hypothese; wer aber im Zweifel darüber ist, ob ihre Moral über eine derartige Handlungsweise erhaben gewesen wäre, sollte daran denken, wie sie bereit waren, ihren Bundesgenossen Serbien, zu dessen Schutz der Krieg doch ursprünglich losgegangen war,

---

[93]) A. C. Coolidge: The Origins of the Triple Alliance; Pribram op. cit.; Fuller op. cit. Es darf auch darauf hingewiesen werden, daß die Politik Italiens im Jahre 1882 von Furcht beeinflußt war, da es tatsächlich damals einen französischen Angriff erwartete. Pribram deutet an, daß König Humberts Furcht vor dem Sozialismus ein wichtiger Faktor war.

[94]) Gooch: Modern Europe, pag. 58—69, 145—149, 346—347, 416—417; G. Gallavresi: Italia e Austria 1859—1914; Mayer: Der italienische Imperialismus.

[95]) L'Intervenzione dell' Italia nei Documenti Segreti dell' Intesa.

zu opfern durch die in Geheimverträgen Italien gemachten Zugeständnisse. Hätten sie sich der Invasion wirklich enthalten, so wäre das aus Zweckmäßigkeitsgründen und mit Rücksicht auf die Konsequenz geschehen, daß die gute Meinung der Neutralen sich von ihnen abgewandt hätte, ein Ding, das die Alliierten mehr fürchteten, wenn nicht mehr respektierten, als die Mittelmächte[96]). Die Tatsache, daß es keinen gültigen Beweis dafür gibt, daß Frankreich im Jahre 1914 tatsächlich die Absicht hatte, in Belgien einzudringen, sagt ganz und gar nicht, daß derartige Pläne nicht in den Geheimakten des Generalstabes existieren. Tatsächlich wissen wir, daß der französische gerade so wie der deutsche Generalstab die Erwünschtheit der Invasion in Belgien erwogen hatte. Die französischen Autoritäten erkannten aber sehr wohl, daß England sich der Verletzung der belgischen Neutralität widersetzt hätte, und der unvermeidliche Verlust eines mächtigen Alliierten schon durch Anregung eines solchen Vorgehens fiel offenbar viel schwerer ins Gewicht als jeder strategische Vorteil daraus, daß man Deutschland in der Okkupation Belgiens zuvorgekommen wäre.

Schlußfolgerungen.

Jedem, der der Analyse der Beweise für die Kriegsschuld bis hierher gefolgt ist. dürfte es einleuchten, daß die Prügelknabentheorie von der vollständigen, alleinigen und ausschließlichen Schuld auf seiten Deutschlands oder irgendeines anderen Einzelstaates nicht länger aufrechterhalten werden kann. Die meisten kompetenten Forscher aber dürften die relative Verantwortlichkeit für den Ausbruch der Feindseligkeiten in folgender Reihenfolge verteilen:

Österreich, Rußland, Frankreich, Deutschland, England.

Wer aber möchte behaupten, daß irgendeiner der anderen Staaten, wenn er in die Lage Österreichs versetzt worden wäre, nicht ungefähr getan hätte, was Österreich tat? Die Vereinigten Staaten griffen zu Kriegsmaßregeln gegen Spanien und Mexiko auf unendlich schwächere Vorwände hin, ohne daß fraglos unsere nationale Integrität auf dem Spiele gestanden hätte. Unser diplomatisches Verhalten gegenüber Spanien im Jahre 1898 dürfte eine genaue Untersuchung ebensowenig vertragen, wie dasjenige Österreichs gegenüber Serbien im Jahre 1914. Und keiner der Ententestaaten darf zuviel Kapital daraus schlagen, daß Deutschland am 6. Juli Österreich „freie Hand" gab. Es war genau dasselbe, was Frankreich im Jahre 1912 Rußland tatsächlich gewährte und was, woran alle Mitglieder der Entente im Jahre 1914 festhielten, Rußland in der Balkan- und Serbienkrise 1914 haben sollte. Weder Frankreich noch England machten so kräftige Anstrengungen, um Rußland zurückzuhalten, wie Deutschland sie machte, um Österreich im Zaume zu halten. Schwerer als jede nationale Schuld wiegt die Ver-

[96]) Dies Material ist in Schwertfegers Sammlung enthalten.

antwortlichkeit des wild verschrobenen europäischen Systems von Nationalismus, Imperialismus, Geheimdiplomatie und Militarismus, welches in der Zeit von 1870 bis 1914 zu voller Blüte kam. Und es kann keine Hoffnung auf dauernden Frieden in Europa geben, bevor nicht frei und klar anerkannt ist, daß diesem System durch entschlossene internationale Kooperation und Organisation in ihren verschiedenen Formen zu Leibe gegangen werden muß.

Am verständigsten wird die ganze Materie kurz zusammengefaßt in nachstehenden Worten von Professor George Peabody Gooch, dem unparteiischsten und gründlichsten Chronisten, der ein umfassendes Bild der diplomatischen Geschichte während des dem Kriege vorangehenden Menschenalters zeichnet. Er sagt:

„Um das Verhalten der verschiedenen Staatsmänner Europas im Juli und August 1914 zu erklären, muß man die Untersuchung nicht auf die Politik beschränken, die sie und ihre Vorgänger verfolgten. Die Wurzel des Übels liegt darin, daß Europa sich seit 1871 in zwei Heerlager teilte; der Konflikt aber war nicht weniger eine Frucht der Furcht als des Ehrgeizes. Die Alte Welt hatte sich in ein Pulvermagazin verwandelt, in dem der Funke eines Streichhölzchens, durch Zufall oder mit bösem Willen hineingeworfen, fast mit Sicherheit einen Riesenbrand verursachen mußte. Kein Krieg ist, genau genommen, unvermeidlich; aber in einem Lagerhause von Explosionsstoffen bedarf es ganz besonderer Vorsichtsmaßregeln, um eine Katastrophe zu verhüten. Es ist ein Irrtum, wenn man annimmt, der Krieg sei unerwartet über Europa gekommen; denn Staatsmänner wie Militärs haben ihn seit vielen Jahren erwartet und vorbereitet. Ein Irrtum ist es auch, den Regierungen besondere Bosheit vorzuwerfen, die nach Lloyd Georges Wort in den Konflikt hineinstolperten und -taumelten. Blind gegen die Gefahr und taub für Warnung, wie die Staatsmänner der drei monarchisch regierten Reiche (despotic empires) es waren, wünschte doch, als es zur Krisis kam, keiner von ihnen, die Welt in Brand zu setzen. Sind sie aber auch von der höchsten Schuld, die Lawine vorsätzlich ins Rollen gebracht zu haben, freizusprechen, so müssen sie doch den Vorwurf tragen, die Wege gewählt zu haben, die direkt in den Abgrund führen mußten. Der Ausbruch des großen Krieges bedeutet nicht nur die Verurteilung der Urheber, die eine kurze Stunde lang über die Bühne stolzierten, sondern der internationalen Gesetzlosigkeit, die sie als Erbe übernommen, die zu beseitigen sie aber nichts getan hatten[97]).“

Das sind also die Hauptergebnisse der neuesten Forschungen über die Ursachen des Weltkrieges im Lichte des in den letzten fünf Jahren zugänglich gewordenen Beweismaterials. Die Bedeutung des Problems liegt heute in der Tatsache, daß zweifellos unsere (Amerikas) Haltung bezüglich einer wünschenswerten europäischen Politik mehr als durch irgend etwas sonst bestimmt wird durch unser Urteil über die Verantwortlichkeit für das Unheil von 1914.

---

[97]) Gooch: Recent Revelations on European Diplomacy, loc. cit., pag. 29.

Nachlaß des Herrn von Tschirschky.

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß hat an den Schwiegersohn des verstorbenen Botschafters Herrn von Tschirschky, den Prinzen von Hatzfeldt, deutschen Konsul in Amsterdam, die Frage gerichtet, ob sich unter den hinterlassenen Papieren des Botschafters ein Brief des Unterstaatssekretärs Zimmermann von Anfang Juli 1914 befinde. Darauf ist von Prinz Hatzfeldt aus Amsterdam unter dem Datum des 18. September ds. Js. nachstehende Auskunft eingetroffen:

„Der gesamte Nachlaß des verstorbenen Botschafters Herrn von Tschirschky ist vollkommen durchgesehen worden. Es befindet sich darunter weder der in Frage stehende Brief, noch andere Schriftstücke, denen irgendwelcher amtlicher Charakter beizumessen wäre.

Gegen die Veröffentlichung dieser Erklärung bestehen keine Bedenken.“

A. v. W.

Professor Pekar (Prag) über den Kriegsausbruch.

Graf Max Montgelas.

In den „Narodni Listy“ vom 27. Juli d. J. Nr. 205 stellt Professor Dr. Josef Pekar über den Ausbruch des Weltkrieges einige erstaunliche Behauptungen auf, die sich kurz zusammenfassen lassen wie folgt:

In Wirklichkeit seien nicht die Geheimnisse der deutschen, sondern die der französischen, englischen und russischen Archive enthüllt;

der Plan zur militärischen Exekution gegen Serbien sei nicht von Wien, sondern von Berlin ausgegangen;

nicht die russische, sondern die österreichische allgemeine Mobilmachung habe den europäischen Krieg unvermeidlich gemacht.

I.

Pekar schreibt: „Die Archive der Entente sind geöffnet, man kann sagen, vollkommen geöffnet, aus den deutschen Archiven kennen wir, bzw. werden wir nur kennen, was aus ihnen die Deutschen selbst abdrucken, und zwar keineswegs ohne mehr oder weniger sorgfältige Auswahl.“

Die überraschende These von der „vollkommenen Öffnung“ der Archive der Entente glaubt der tschechische Historiker mit den Enthüllungen aus russischen und belgischen Archiven sowie den Schriften von Dobrorolski und Boghitschewitsch belegen zu können. Er übersieht dabei unbegreiflicherweise den fundamentalen Unterschied hinsichtlich der veröffentlichenden Stellen in beiden Lagern. Alle russisch-

französischen Machenschaften, das unbedingte Eintreten Poincarés für die russischen Balkanziele, die Bestechungen der französischen Presse durch französische Minister mittels des russischen Rubels, um die öffentliche Meinung auf den europäischen Krieg vorzubereiten, die Fälschungen der Korrespondenz Paris—Petersburg im russischen Orangebuch und die hieraus sich ergebenden Fälschungen des französischen Gelbbuchs sind nicht durch französisches, sondern durch russisches Bekenntnis ans Licht gekommen, sie werden dem französischen Volke noch immer verheimlicht und von den amtlichen Pariser Stellen und der französischen Propaganda entweder als „deutsche Manöver" abgeleugnet oder gänzlich totgeschwiegen. Die großen Massen in Frankreich und in England, anscheinend auch in der Tschechoslowakei, wissen noch immer nicht, daß das Petersburger Kabinett während der Krise 1914 sich jeden mäßigenden Einfluß von Paris und London verbeten, daß keine der beiden Regierungen gegen diese russische Haltung protestiert hat, daß Paris über alle militärischen Maßnahmen Rußlands einschließlich der allgemeinen Mobilmachung rechtzeitig unterrichtet war, davon jedoch nicht abgeraten, sondern sie im Gegenteil durch listige Ratschläge gefördert, und daß der französische Kriegsminister dem russischen Verbündeten den festen Entschluß Frankreichs zum Kriege mitgeteilt hat, b e v o r von deutscher Seite eine Kriegserklärung ergangen oder auch nur die Mobilmachung angeordnet war. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt würde eine ganz andere Stellung zur Kriegsschuldfrage einnehmen, wenn alle diese Tatsachen durch eine wahrheitsliebende französische Regierung aus ihren eigenen Archiven bestätigt würden. Geschichtliche Darstellungen wie die vorliegende in den „Narodni Listy" würden dann unmöglich sein.

Während wir die Fälschungen des französischen Gelbbuches nach den russischen Veröffentlichungen und einigen spärlichen französischen Äußerungen, wenn auch bei weitem noch nicht vollständig, so doch zu großem Teile feststellen können, sind wir hinsichtlich der zahlreichen Auslassungen des englischen Blaubuches mit geringen Ausnahmen noch immer ohne Aufschluß. Insbesondere fehlen vollkommen die so außerordentlich wichtigen Depeschen von London nach Paris am 1. August. Aufklärung kann hier nicht aus russischen Archiven kommen, sondern nur aus den verschlossenen Aktenschränken am Quai d'Orsay und in Downingstreet.

Wesentlich anders steht es um die deutschen Veröffentlichungen, die von a m t l i c h e r d e u t s c h e r Stelle ausgehend dem gesamten e i g e n e n Volke, soweit es sich für diese Fragen interessiert, bekannt sind, und von keinem Deutschen, so schmerzlich ihm auch manche der enthüllten Wahrheiten sein mögen, in Abrede gestellt werden können. Es ist hier nicht der Raum, um die Unrichtigkeit der Behauptung einer „mehr oder weniger sorgfältigen Auswahl" hinsichtlich der noch nie in ähnlichem Maßstabe vorgenommenen großen Publikationen des Auswärtigen Amts über die ganze Zeit seit der Reichsgründung eingehend zu widerlegen. Nur darauf sei hingewiesen, mit welch mustergültiger

Sorgfalt auch nach erfolgter Veröffentlichung noch dem Ursprung der Krügerdepesche nachgegangen worden ist, also gerade einem für die deutsche Politik besonders belastenden Dokument[1]). Als Mitherausgeber der „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch" muß ich jedoch aufs schärfste die Insinuation zurückweisen, als ob bei diesen wichtige Stücke unterschlagen worden seien. Auch minder wichtige Nummern wurden nur dann ausgeschieden, wenn alle drei Herausgeber, Kautsky, Schücking und ich, sie einstimmig als unwesentlich anerkannten. Insbesondere haben wir für die besonders wichtige Korrespondenz Berlin—Wien nicht nur die Akten des Auswärtigen Amts, sondern zur Kontrolle auch die der deutschen Botschaft in Wien herangezogen. Über die ausgeschiedenen Stücke ist, um überkritischen Kommentaren entgegentreten zu können, ein Verzeichnis mit Inhaltsangabe angelegt, das in der nächsten Nummer dieser Zeitschrift veröffentlicht werden wird.

Professor Pekar behauptet nun, daß in den „Dokumenten zum Kriegsausbruch" folgende zwei Stücke fehlen: die „Instruktion des Unterstaatssekretärs Zimmermann an den deutschen Botschafter von Tschirschky in Wien vom Anfang Juli" und das „Elaborat des Staatssekretärs von Jagow über die allgemeine Lage vom 22. Juli".

Mit der „Instruktion Zimmermann" ist der Privatbrief des Unterstaatssekretärs an den Botschafter nach dessen Audienz bei Kaiser Franz Josef (am 2. Juli) gemeint — D 11 Anm. 2[2]). Dieser Brief ist nun nach den angestellten Erhebungen niemals abgeschickt worden, sondern bis zum August 1917 liegen geblieben, worauf er wohl als gänzlich überholt vernichtet wurde[3]). Er hat sich weder im Archiv des Auswärtigen Amts noch in dem der Wiener Botschaft vorgefunden. Daß der Brief auch nicht im Nachlaß Herrn von Tschirschkys gefunden wurde, ergibt die Erklärung des Prinzen Hatzfeldt in dieser Nummer (S. 427). Trotzdem läßt sich der Inhalt des Briefes mit hinreichender Sicherheit feststellen. Nach der Auskunft an den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß wollte Zimmermann mitteilen, er habe dem österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Szögyény auf dessen Frage, welche Forderungen Österreich an Serbien stellen solle, geantwortet, daß er eine energische Sprache für verständlich halte, jedoch vor demütigenden Forderungen warne. Das wird fast wörtlich bestätigt durch das Telegramm Szögyénys vom 4. Juli — Oe I. 5. Weiterhin wollte der Unterstaatssekretär nach seiner Angabe den Botschafter in Wien darauf hinweisen, daß die zwischen Österreich-Ungarn und Serbien schwebenden Fragen sich der deutschen Kompetenz entzögen. Das sei

[1]) „Europäische Gespräche" Mai/Juni 1924 und „Archiv für Politik und Geschichte" Juni/Juli 1924.

[2]) D = Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch.
Oe = Österreichisches Rotbuch 1919.

[3]) Schriftliche Auskunft Zimmermanns an den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß Heft 1 des ersten Unterausschusses S. 31 f.

auch früher dem Grafen Aehrenthal gegenüber betont worden, und das Festhalten an diesem Standpunkt empfehle sich schon aus dem Grunde, damit Wien nicht nachträglich die deutschen Ratschläge dafür verantwortlich machen könne, wenn die serbische Frage nicht den österreichischen Wünschen gemäß geregelt würde. Dieser zweite Teil des Briefes deckt sich mit den (gleichfalls am 4. Juli niedergeschriebenen) tadelnden Randbemerkungen Kaiser Wilhelms zur Meldung Tschirschkys, daß er in Wien „ruhig, aber sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten warne" — D 7 — sowie mit der von Zimmermann selbst entworfenen Instruktion des Reichskanzlers vom 6. Juli, daß der Deutsche Kaiser „zu den zwischen Österreich-Ungarn und Serbien schwebenden Fragen naturgemäß keine Stellung nehmen könne, da sie sich seiner Kompetenz entzögen" — D 15.

Was sodann das angebliche „Elaborat Jagows über die allgemeine Lage am 22. Juli" betrifft, so ist dieses für jeden aufmerksamen Leser leicht in den „Deutschen Dokumenten" zu finden. An diesem Tage abends 11 Uhr 40 telegraphierte nämlich Reichskanzler von Bethmann aus Hohenfinow an den Staatssekretär: „Ew. Exz. Beurteilung der Gesamtlage, die wohl auch schon den mir bisher nicht bekannten Wortlaut der österreichischen Note berücksichtigt, pflichte ich bei" — D 116. Dieses Telegramm ist die Antwort auf die unmittelbar vorhergehende Nummer D 115, eine drei Stunden vorher in Hohenfinow eingetroffene Depesche Jagows, worin dieser nach Wiedergabe des Gutachtens des Admiralstabes über die eventuelle Zurückberufung der Flotte aus Norwegen sich dahin ausspricht, „daß England sich zu sofortigem Überfall auf uns entschließt, und daß überhaupt die europäische Kriegsfrage sich so schnell entscheidet, ist sehr unwahrscheinlich". Es gehört wahrlich nicht viel Scharfsinn dazu, um zu entdecken, daß Bethmann mit „Beurteilung der Gesamtlage" dieses Telegramm und nichts anderes gemeint hat. Warum auch sollte Jagow am 22. schriftlich ausführlich über die Lage berichten, nachdem Bethmann am 21. in Berlin gewesen war, um den Erlaß D 100 zu zeichnen? Endlich würden die wenigen Stunden zwischen der Antwort Bethmanns und der Übergabe des Ultimatums (zwischen 7 und 8 Uhr abends) nicht hingereicht haben, um dieses umfangreiche österreichische Schriftstück genau zu studieren, ein langes „Elaborat über die allgemeine Lage" abzufassen, zu mundieren und mit Eisenbahn oder Automobil nach dem 50 km von Berlin entfernten Hohenfinow zu befördern[4]).

Ein kleiner Fortschritt gegenüber anderen deutschfeindlichen Forschern ist es immerhin, daß Pekar wenigstens die Fabel von einer unterdrückten „kaiserlichen Instruktion" an Tschirschky nicht mehr vorbringt[5]). Hingegen ruft er gegen den Schluß seiner Streitschrift noch

[4]) Telegraphische Beförderung würde wegen des nötigen Chiffrierens und Dechiffrierens noch langsamer gewesen sein. Auch gebrauchten die Telegramme selbst lange Zeit, D 115 eine Stunde 17 Minuten, D 116 eindreiviertel Stunden.

aus: „Warum veröffentlichen die Deutschen nicht die mit der Entstehung des Weltkrieges zusammenhängenden Akten ihres Generalstabes?“ Diese Frage kann nur stellen, wer die deutschen Publikationen nicht kennt. Es sind veröffentlicht: Kurzer Bericht über die Denkschriften des Großen Generalstabes an das Auswärtige Amt von Beginn des Jahres 1909 bis zum Kriegsausbruch, die wichtigste Denkschrift, die vom 21. Dezember 1912 in vollem Wortlaut, Inhaltsangabe aller Berichte des Generalstabes an das Auswärtige Amt in der Zeit vom 4. bis 23. Juli 1914[6]), dann in vollem Wortlaut die täglichen Situationsberichte und sonstigen Schreiben der späteren Tage[7]). Ebenso sind veröffentlicht alle Maßnahmen der Mobilmachungsabteilung des Preußischen Kriegsministeriums während der Dauer der Krise[8]), da bis zum Eintritt der Befehlserteilung nach der Kriegsgliederung die Anordnungen über Mobilmachung usw. vom Kriegsministerium und nicht, wie Pekar anzunehmen scheint, vom Generalstab auszugehen hatten. Was soll denn von deutscher Seite noch alles veröffentlicht werden, bis endlich einmal auch in Paris und London der Schleier des Geheimnisses ein wenig gelüftet wird?

II.

Professor Pekar schreibt, gerade aus den Feststellungen meines „Leitfadens zur Kriegsschuldfrage“ erkenne man sicher, daß „die Entscheidung über den Krieg (zu ergänzen wäre: gegen Serbien) zuerst in Potsdam und keineswegs in Wien gefallen ist, mit anderen Worten: der Krieg (zu ergänzen wäre: gegen Serbien) wurde dem schwankenden Wien von Wilhelm II. und Bethmann dringend empfohlen“.

Obwohl keine der zahlreichen, insbesondere aus den Vereinigten Staaten, Italien und Frankreich mir zugegangenen Äußerungen aus meinem Buche so merkwürdige Dinge herausgelesen hat, seien der angeführten Behauptung doch kurz die Tatsachen entgegengestellt.

General von Conrad schreibt über den Eindruck des Mordes von Serajewo: „Er war die Kriegserklärung Serbiens an Österreich-Ungarn. Sie konnte nur mit dem Krieg erwidert werden.“ Dementsprechend erklärte er am Tage nach der Bluttat, am 29. Juni abends, unmittelbar vor einem auf 8 Uhr anberaumten Ministerrat, dem Grafen Berchtold, die Mobilisierung gegen Serbien sei „unvermeidlich“. Der Außenminister sprach zuerst von einem anderen Vorgehen, gab jedoch auf die Einwände des Generalstabschefs zu, daß „allerdings der Moment zur

---

[5]) Siehe dazu Montgelas „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“ S. 173 ff.

[6]) Heft 2 des 1. Unteraussch. des Parlament. Unters.-Aussch. S. 58 (in einigen Ausgaben S. 56 ff.) Denkschrift vom Dezember 1912 in Ludendorff „Französische Fälschung meiner Denkschrift“.

[7]) Nicht weniger als 22 Nummern der „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“.

[8]) Parlament. Unters.-Aussch. Heft 2 S. 65 (in einigen Ausgaben S. 63) ff.

Lösung der serbischen Frage vorliege" und wollte nur noch das Ergebnis der Untersuchung abwarten[9]). Ob er schon im Ministerrat vom 29. die militärische Aktion gegen Serbien beantragte, entzieht sich der Kenntnis, jedenfalls aber hat er sich in den nächsten Tagen zur Ansicht Conrads bekehrt.

Ein Gespräch Conrad—Berchtold am 1. Juli läßt das zwar noch nicht mit Sicherheit erkennen[10]), aber an demselben Tage berichtet der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza dem Kaiser, Berchtold beabsichtige, „die Greueltat in Serajewo zum Anlaß der Abrechnung mit Serbien zu machen" — Oe I. 2. Am folgenden Tage (2. Juli) spielte der Kaiser Franz Josef in einer dem deutschen Botschafter gewährten Audienz deutlich auf die Notwendigkeit kriegerischen Vorgehens gegen Serbien an, mit dem „im Guten nichts anzufangen sei" — D 11 — und Graf Berchtold erklärte in einer Unterredung mit Herrn von Tschirschky, dem gefährlichen Treiben Serbiens könne nur durch „rücksichtsloses Vorgehen" ein Ende bereitet werden, und von Österreich („von uns") müßte entschieden werden „wie weit man gehen wolle". Wenn Pekar diese Dokumente gelesen hätte, würde er seine Behauptung nicht haben aufstellen können.

Am Ballhausplatz und in der Hofburg war also spätestens am 2. Juli die Entscheidung für den Krieg gegen Serbien gefallen, und zwar ohne jede Aufmunterung von Berlin. Der deutsche Botschafter hatte sogar am 30. Juni „sehr nachdrücklich und ernst vor übereilten Schritten gewarnt" — D 7. Kaiser Wilhelm sprach sich noch am 3. Juli einem deutschen Generalstabsoffizier gegenüber zwar sehr ungünstig über sämtliche Balkanstaaten mit Ausnahme Griechenlands aus, unterließ dabei jedoch eine besondere Bemerkung über Serbien[11]). Erst als er am folgenden Tage (4. Juli) den Bericht Tschirschkys liest, „man höre in Wien auch bei ernsten Leuten vielfach den Wunsch, es müsse einmal gründlich mit Serbien abgerechnet werden", stimmt er mit der impulsiven Randbemerkung „jetzt oder nie" dieser Auffassung zu und mißbilligt die Warnungen des Botschafters.

Die Wiener Absicht der Abrechnung mit Serbien fand auch Ausdruck in den beiden am 5. Juli in Potsdam überreichten Schriftstücken. Das Memorandum der Regierung beschäftigt sich zwar in seinem, vor dem Verbrechen verfaßten Hauptteil naturgemäß noch nicht mit einer militärischen Aktion, aber der nach dem 28. Juni angefügte Zusatz betont die für die Monarchie nunmehr bestehende Notwendigkeit, „mit entschlossener Hand die Fäden zu zerreißen, die ihre Gegner über ihrem Haupte verdichten wollen". Ebenso deutlich ist es, wenn Kaiser Franz Josef in seinem Briefe an Kaiser Wilhelm davon spricht, „das

---

[9]) Conrad IV. S. 17/18 und 33/34.

[10]) loc. cit. S. 34.

[11]) Schreiben des Oberquartiermeisters Grafen Waldersee an Staatssekretär von Jagow vom 4. Juli 1914, abgedruckt in Heft 2 des Parlam.-Unters.-Aussch. S. 65 (63).

Bestreben seiner Regierung müsse in Hinkunft auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein". Es ist interessant, wie sehr sich zwei Ankläger Deutschlands, Karl Kautsky und Professor Pekar in der Auslegung der österreichischen Denkschrift widersprechen Kautsky sieht darin nicht nur die Forderung des Krieges gegen Serbien, sondern auch die des „Präventivkrieges gegen Rußland"[12]). Pekar hingegen stellt sogar die Absicht des Krieges gegen Serbien in Abrede. Die eine Auslegung ist so unrichtig wie die andere.

Die Tatsache der österreichischen Initiative erhellt ebenso aus den Berichten des österreichisch-ungarischen Botschafters vom 5. und 6. Juli — Oe I. 6 und 7; endlich auch aus der Darstellung des damals in spezieller Mission nach Berlin entsandten Kabinettschefs des Grafen Berchtold, des Grafen Hoyos, nach dem der ganze Plan sogar Erwägungen der „inneren Politik" des Donaustaates, also gewiß nicht deutscher Anregung entsprungen ist[13]).

Wenn der preußische Kriegsminister von Falkenhayn in der ihm lediglich einmal vorgelesenen österreichischen Dokumenten noch nicht den wahren Entschluß der Wiener Regierung erkennen konnte und dem zur Kur in Karlsbad weilenden Generalstabschef von Moltke in diesem Sinn geschrieben hat, so bildet dieser durch die (von Falkenhayn hervorgehobene) „Schnelligkeit des Vorgangs" erklärliche Irrtum doch nur einen Beweis dafür, wie ruhig die maßgebenden deutschen Militärs die Lage beurteilten, und wie wenig ihnen ein Drängen zur österreichischen Aktion gegen Serbien vorgeworfen werden kann. Es ist eine mehr als seltsame Interpretation, gerade diesen Brief Falkenhayns[14]) als einen Beweis dafür verwenden zu wollen, daß der Plan zum serbischen Kriege in Berlin entstanden sei.

Eine ganz andere Frage ist es, ob man in Wien an dem gefaßten Entschluß festgehalten haben würde, wenn dieser in Berlin ebenso bestimmt abgelehnt worden wäre, wie frühere österreichische Anfragen gleicher Art. Hoyos meint, in solchem Falle würde Berchtold bereit gewesen sein, alle schwerwiegenden, für den Krieg mit Serbien sprechenden Gründe zurückzustellen[15]). Auch Conrad äußert sich ähnlich, läßt aber deutlich die Gefahr erkennen, die eine Ablehnung Deutschlands im Gefolge haben konnte, denn als in Wien am 5. Juli Zweifel an der Haltung der Berliner Regierung geäußert werden. meint er „wenn Deutschland so unzuverlässig sei, wie es sich jetzt zeige, müsse man sich fragen, ob man noch länger im Bündnis bleibe"[16])

---

[12]) Kautsky „Wie der Weltkrieg entstand?" S. 39.

[13]) Hoyos „Der deutsch-englische Gegensatz und sein Einfluß auf die Balkanpolitik Österreich-Ungarns" S. 78. Vgl. auch S. 22 und 81, wo von der „Unterstützung unserer Aktion gegen Serbien" und „Unterstützung unserer Kriegspolitik" gesprochen wird.

[14]) Wortlaut siehe Montgelas „Leitfaden" S. 196 Nr. 19.

[15]) Hoyos S. 79.

[16]) Conrad S. 38.

Nachdem man in Potsdam dem österreichischen Plane zugestimmt hatte, war man allerdings der Ansicht, daß er mit tunlichster Schnelligkeit durchgeführt werden solle. Den Beweisen, mit denen ich im vorigen Sommer die Richtigkeit dieser deutschen Auffassung begründen konnte, ist inzwischen noch ein besonders durchschlagender hinzugetreten, nämlich die Verbeugung der Weltmeinung vor der vollendeten Tatsache, als Italien nach dem Anschlage auf die italienischen Mitglieder der albanischen Grenzkommission sofort zur Beschießung und Besetzung der durch internationalen Vertrag neutralisierten Insel Corfu geschritten ist, obwohl die griechische Regierung im Gegensatz zur serbischen von 1914 unverzüglich eine Untersuchung über die Tat eingeleitet hatte[17]).

Pekar hält mir dann schließlich vor, daß ich nicht jede einzelne der Depeschen des Grafen Szögyény erwähnt habe, worin er die Berliner Auffassung über die Notwendigkeit raschen Handelns hervorhebt. Da mein Herr Kritiker die Magyaren ebenso haßt wie die Deutschen, läßt er sich am Schlusse seiner Ausführungen zu einem pathetischen Ausfall gegen den Botschafter hinreißen und beschuldigt ihn geradezu der Hetze zum Weltkriege, worin er „den Triumph seiner Lebensarbeit und den Triumph des Magyarentums“ gesehen habe. In seinem Hasse fühlt er nicht, wie sehr durch diese unbewiesene Anschuldigung den Berichten Szögyénys jeder Wert als Belastungsmaterial gegen Deutschland entzogen wird. Denn wenn der Botschafter wirklich so auf den Weltkrieg hingearbeitet hätte, würde dann nicht der Schluß nahe gelegt werden, daß er aus Berliner Äußerungen mitunter manches herausgehört hat, was darin nicht enthalten war?

III.

Pekar schreibt, meine Beweisführung, daß die russische allgemeine Mobilmachung den Krieg veranlaßt habe, „zerfalle in nichts, wenn wir wissen, daß man in Berlin bereits einen Tag früher als die allgemeine russische Mobilmachung bekannt wurde, von Österreich die allgemeine Mobilmachung forderte“.

Wie die meisten Ausführungen deutschfeindlicher Historiker über die russische allgemeine Mobilmachung, so krankt auch diese daran, daß in allgemeinen Ausdrücken von Mobilmachung gesprochen wird, ohne die jeweils in Betracht kommenden Stärkeverhältnisse zu erwähnen. Diese aber sind von ausschlaggebender Bedeutung.

Österreich hatte von seinen insgesamt 50½ Infanteriedivisionen 23 gegen Serbien mobilisiert, so daß gegen eine allenfallsige Aggression Rußlands nur 27½ in immobilen Zustande verblieben.

---

[17]) Ein Unterschied bestand freilich insofern, als der Vorfall sich auf griechischem, der von 1914 aber nicht auf serbischem Staatsgebiet abgespielt hatte. Diese geographische Differenz ist jedoch gering gegenüber den psychologischen Verdachtsmomenten, die nach Belgrad wiesen und die inzwischen durch die Entlarvung eines serbischen Generalstabsoffiziers als Urheber des Attentats eine so furchtbare Bestätigung erfahren haben.

Rußland ordnete am 29. Juli die Mobilmachung gegen Österreich an, wodurch 55 Infanteriedivisionen gegen den Donaustaat aufgeboten wurden, das ist eine doppelt so große Streitmacht, als diesem gegen Rußland überhaupt noch zur Verfügung standen.

„Mobilmachung gegen Mobilmachung" ist die Losung auch des strengsten Pazifisten. In Wien entschlossen sich denn auch Berchtold und Conrad zu dieser defensiven Gegenmaßnahme im Laufe des 30., stellten jedoch den Antrag beim Kaiser erst gegen Abend und teilten den Entschluß nicht nach Berlin mit[18]). Dort mußte man also den Eindruck gewinnen, Österreich verhalte sich der russischen Bedrohung gegenüber vollkommen passiv. Eine solche unverzeihliche Passivität gefährdete nun nicht nur die Sicherheit Österreichs, sondern auch die des verbündeten Deutschen Reichs. Somit war es eine selbstverständliche Pflicht Moltkes, daß er am A b e n d des 30. dem österreichischen Militärattaché in Unkenntnis des in Wien schon für den 31. Juli oder 1. August gefaßten Beschlusses die sofortige Gegenmobilmachung gegen die doppelte russische Übermacht anempfohlen hat. Es ist bezeichnend für die Genauigkeit und die Tendenz der Pekarschen Forschung, daß er als Zeit des Moltkeschen Telegramms „Morgen oder Abend" des 30. angibt, obwohl aus zwei Quellen die Zeit am Abend deutlich hervorgeht[19]). Auch schon am M o r g e n des 30. würde eine Mahnung Moltkes an sich gerechtfertigt gewesen sein, konnte aber immerhin als voreilige Einmischung in österreichische Verhältnisse gelten, am A b e n d war die d r i n g e n d e M a h n u n g e i n e g e b i e t e r i s c h e P f l i c h t.

---

[18]) Die erste Nachricht über österreichische A b s i c h t zur Mobilmachung traf erst am 31. Juli 4,35 vorm. in Berlin ein — D 465, nach den Akten nicht an Generalstab weitergegeben. Dieser erhielt Nachricht über b e s c h l o s s e n e österreichische Mobilmachung 31. Juli 10,45 vorm. — Oe III 50, D 825.

[19]) Meldung Szögyénys über „soeben" stattgehabte Unterredung des Militärattachés mit Moltke Berlin ab 7 Uhr 40 abends — Oe III. 34. Empfang des Telegramms durch Conrad 31. Juli 7 Uhr 45 morgens (Conrad S. 152).

Für internationale Prüfung der Kriegsschuldfrage.

Die Generalversammlung des deutschen Zweiges im Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen in Stuttgart am 24. September hat nach Vorträgen des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons, Leipzig, und des Staatspräsidenten a. D. Dr. Hieber, Stuttgart, folgende Entschließung zur Kriegsschuldfrage einstimmig angenommen:

1. Die Kriegsschuldfrage kann nicht durch ein Diktat politisch interessierter Mächtegruppen beantwortet werden, sondern allein durch eine internationale, von Wahrheitsernst und rücksichtsloser Kritik getragene Forschungsarbeit auf Grund einer Zugänglichmachung des gesamten Aktenmaterials aus allen Archiven.

2. Die christlichen Kirchen aller Völker haben ein Interesse an der Lösung dieser Frage, weil es sich um eine moralische und religiöse Angelegenheit von weltgeschichtlichem Ausmaße handelt, um eine Frage der Wahrheit und der Gerechtigkeit.

3. Die christlichen Kirchen Deutschlands sind der einmütigen Überzeugung, daß die Beantwortung dieser Frage durch das Diktat politisch interessierter Mächtegruppen unrichtig ist. Eine mehr und mehr wachsende Bewegung in den neutralen Ländern und insbesondere in christlichen Kreisen Nordamerikas und Großbritanniens gegen den Satz von der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege gibt dieser Überzeugung einen starken Rückhalt.

4. Die christlichen Kirchen Deutschlands stehen vor dem schmerzlichen Eindruck, daß die diktatorische Beantwortung der Schuldfrage noch immer die seelische Atmosphäre vergiftet, einem freundlichen Zusammenarbeiten der Völker im Wege steht und insbesondere durch die moralische Ächtung eines großen Volkes auch die Einheitsbewegung der christlichen Kirche lähmt.

5. Die Generalversammlung richtet daher an die befreundeten Zweige des Weltbundes in den anderen Ländern die dringende Bitte, in ihren Ländern dafür einzutreten, daß eine internationale Prüfung der Kriegsschuldfrage nach rückhaltloser Öffnung aller Archive mit Wahrheitsernst aufgenommen und durchgeführt wird.

Besondere Mitteilung.

An der Berliner Universität und an der Berliner Hochschule für Politik werden im Wintersemester 1924/25 folgende Vorlesungen und Übungen über die Kriegsschuldfrage abgehalten:

Universität:

Die Kriegsschuldfrage, mit Kolloquium.

Dr. **Rothfels**
Donnerstag, 6—7 Uhr.

Hochschule für Politik:

Die geschichtsphilosophischen und völkerrechtlichen Voraussetzungen der Kriegsschuldfrage

Der Begriff der „Schuld" — Schuld und Verantwortung — Der „strafwürdige" Krieg (iusta causa belli) — Strafbarkeit des „Angriffs" — Innerbürgerliche Maßstäbe für zwischenstaatliche Beziehungen — Ethische und religiöse Motive — Aufgabe für die Zukunft.

Dr. **Eugen Fischer**
Geschäftsführer
und Sachverständiger im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß
1 Stunde
Freitag 7—8 Uhr
Beginn: 31. Oktober

Übungen über ausgewählte Urkunden zur Vorgeschichte des Weltkrieges

Besprechung urkundlicher Stücke aus den deutschen, russischen und französischen Veröffentlichungen von der Bismarck-Zeit bis zur Gegenwart — Überblick über den Gesamtstand der Urkunden zur Kriegsvorgeschichte.

Dr. **Eugen Fischer**
Geschäftsführer
und Sachverständiger im Parlamentarischen Untersuchungsausschuß
1 Stunde
Freitag 8—9 Uhr
Beginn: 31. Oktober

Die Kriegsschuldfrage

Die Entstehung der Gegensätze zwischen der Entente und den Mittelmächten — Der österreichisch-serbische Konflikt — Sarajewo — Das Ultimatum an Serbien — Diplomatische Verhandlungen und militärische Rüstungen während der Julikrisis — Die russische Mobilmachung — Die Entstehung der Kriegserklärungen — Der Einmarsch in Belgien — Die Kriegsschuldfrage als Unterlage für den Friedensvertrag von Versailles — Die Anklagen — § 231 — Regierung und Kriegsschuldfrage — Stand der Kriegsschuldfrage in Amerika, England, Frankreich und Italien — Ziele und Aufgaben der Kriegsschuldfragen-Bewegung.

Alfred von Wegerer
Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen
1 Stunde
Mittwoch 7—8 Uhr
Beginn: 29. Oktober

Besuchs-Bedingungen:

Die Hochschule für Politik ist eine freie Hochschule. Ihr Besuch ist darum grundsätzlich nicht an den Nachweis besonderer Prüfungen geknüpft. Ihre Gliederung nimmt darauf Bedacht, daß Hörer mit verschiedenartigen Voraussetzungen der Vorbildung sich in ihren Rahmen einfügen lassen.

Anmeldung

Die Semestereinteilung entspricht der an den Universitäten üblichen.
Beginn der Anmeldung: 15. Oktober 1924.
Schluß der Anmeldung: 10. November 1924.

Die Anmeldung ist an das Sekretariat der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin W 56, Schinkelplatz 6, Alte Bauakademie, zu richten. Das Sekretariat ist wochentäglich geöffnet von 10—2 Uhr; in der Zeit vom 27. Oktober bis einschließlich 10. November von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends.

Druckfehlerberichtigung:

In dem Aufsatz: „Graf Pourtalès gegen Sasonow" im Septemberheft der „Kriegsschuldfrage" muß es auf Seite 350, erste Zeile heißen: „Am 29. Juli . . ." und auf derselben Seite in der ersten Zeile des dritten Absatzes: „In der dritten Unterredung vom 29. Juli . . ."

In dem Aufsatz: „Nochmals die russische „Verantwortlichkeit". Antwort an Herrn Professor Barbagallo in Mailand" von Staatsminister a. D. von Jagow, im Septemberheft der „Kriegsschuldfrage" sind folgende Druckfehler unterlaufen:

Auf Seite 344 Zeile 14 muß es heißen: „. . . . . . Österreich-Ungarn solle seine Expedition gegen Serbien sofort einstellen".

Auf Seite 346 Zeile 23 muß es heißen: „Si l'Autriche consentit . . . . ."

Auf Seite 348 Zeile 7 von unten muß es heißen: „. . . geschriebenen Bericht . . ."

Die Schriftleitung.

Monatsbericht.

Presseschau.

Die Erklärung der Reichsregierung zur Kriegsschuldfrage.

Zur Vorgeschichte. Ein Schreiben von Marx an Herriot und MacDonald. — **Vorwärts, Nr. 423. 8. September 1924.**

Der Genfer Korrespondent des „Vorwärts" berichtet: „Am Freitagnachmittag (5. September) wurde Herriot und MacDonald je ein persönliches Schreiben des Reichskanzlers Marx übergeben. In diesen Briefen entschuldigt sich Marx, daß er die Kriegsschuldfrage auf der Londoner Konferenz nicht angeschnitten habe, und daß er es jetzt tun müsse. Man solle seine Absichten nicht mißverstehen. Deutschland wolle sich seinen Reparationsverpflichtungen keineswegs entziehen, aber das deutsche Volk betrachte sich als unschuldig am Kriege und er, der Kanzler, fühle sich moralisch verpflichtet, diesen Gefühlen Ausdruck zu verleihen, indem er in den allernächsten Tagen eine solche Erklärung den alliierten Regierungen offiziell notifizieren werde."

Der Schritt des französischen Botschafters in Berlin.

Frankreich gegen die Kriegsschulderklärung. — **Kölnische Zeitung, Nr. 635. 8. September 1924.**

Der französische Botschafter in Berlin stattete gestern dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherrn von Maltzan, einen Besuch ab und machte den Staatssekretär im Laufe der Unterredung darauf aufmerksam, daß die Überreichung der deutschen Erklärung zur Kriegsschuldfrage in Frankreich einen unangenehmen Eindruck hervorrufen werde. Staatssekretär von Maltzan sagte zu, diese Mitteilung dem Außenminister und dem Reichskabinett zur Kenntnis zu bringen.

Die Schritte der Alliierten. **Frankfurter Zeitung, Nr. 677.**
10. September 1924.

Die Havas-Agentur meldet aus Berlin: „Die Nachricht von dem offiziellen Schritt, der durch den französischen Botschafter de Margerie im Auswärtigen Amt anläßlich der angekündigten Überreichung einer deutschen Erklärung über die Schuld am Kriege gemacht wurde, hat in den politischen Kreisen und ganz allgemein in der öffentlichen Meinung eine lebhafte Bewegung hervorgerufen. Man erfährt heute nur, daß dem offiziellen Schritt des französischen Botschafters ein Austausch von Ansichten und Besuchen vorausgegangen ist, und zwar offiziöser Natur, durch den englischen und italienischen Botschafter und den belgischen Gesandten in Berlin, die der deutschen Regierung nahegelegt haben, in dieser Angelegenheit umsichtig zu verfahren.“

Herriot zur Kriegsschuldfrage. **Frankfurter Zeitung, Nr. 671.**
8. September 1924.

Vor seiner Abreise aus Genf gab der französische Ministerpräsident gegenüber deutschen Pressevertretern folgende Erklärung ab: „Ich hätte Ihnen gerne meine Anschauungen über die Zukunft der Beziehungen Deutschlands und Frankreichs dargelegt. Im übrigen kennen Sie sie und wissen, daß ich in London aufrichtige Anstrengungen für die Befriedung unternommen habe. Aber ich erkläre Ihnen ganz offen: die Nachricht, die durch die Presse geht, wonach Deutschland eine Note an die Regierungen über die Kriegsschuldfrage absenden will, versetzt uns in die Unmöglichkeit, in diesem Augenblick eine Erklärung abzugeben. Ich vermag nicht zu begreifen, wie in demselben Augenblick, wo die Versuche, die Zukunft zu organisieren, durch die Vermittlung des Völkerbundes, die Reichsregierung überhaupt daran denkt, eine solche Note anzukündigen. Ich kann für den Augenblick nichts anderes tun, als diese Note abzuwarten und ihr im gegebenen Falle den energischsten Protest entgegensetzen.“

Die aufgeschobene Notifizierung. **Frankfurter Zeitung Nr. 673.**
9. September 1924.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Berlin: Der gestrige Schritt des französischen Botschafters de Margerie beim Staatssekretär von Maltzan hat die deutschen Stellen über die Gefahren ins Bild gesetzt, die eine Notifizierung der Kriegsschuldnote im gegenwärtigen Augenblick mit sich bringen würde. Die Eindrücke, die man während der letzten Tage zu sammeln reichlich Gelegenheit hatte, haben bewirkt, daß von der Regierung jetzt folgende Mitteilung ausgegeben wird:

In der Kundgebung vom 29. August d. J. ist angekündigt worden, daß die „Reichsregierung Anlaß nehmen werde, die Erklärung in der Kriegsschuldfrage den fremden Regierungen zur Kenntnis zu bringen“. Da es sowohl aus technischen wie aus diplomatischen

Gründen nicht möglich war, diese Notifizierung gleichzeitig mit der Abgabe der Erklärung vorzunehmen, mußte der hierfür geeignet erscheinende Zeitpunkt zunächst noch vorbehalten bleiben. In der Zwischenzeit sind an die Reichsregierung eine Reihe von Wünschen und Anregungen, insbesondere aus wirtschaftlichen Kreisen, hinsichtlich Form und Zeit der Übermittlung herangetragen worden. Das Reichskabinett wird anfangs der nächsten Woche, nach Rückkehr des Reichskanzlers und des Außenministers, zu einer Sitzung zusammentreten, um sich über Form und Zeitpunkt der Notifizierung schlüssig zu werden.

Reichsregierung und Kriegsschuldnote. **Berliner Tageblatt, Nr. 436. 13. September 1924.**

Am 12. September abends hielt Reichsaußenminister Dr. Stresemann vor Pressevertretern eine Ansprache über die politische Lage. Über die Notifizierung der Kriegsschulderklärung führte er aus: Er sei der Ansicht, daß es am besten gewesen wäre, wenn man sofort nach der Annahme der Gesetze den Mächten der Entente die Kriegsschulderklärung notifiziert hätte, da das unter dem starken Eindruck der Reichstagsbeschlüsse über die Dawes-Gesetze dann als sekundär erschienen wäre. Aber auch das habe sich technisch nicht durchführen lassen. Infolgedessen sei beschlossen worden, daß der Reichskanzler zunächst in zwei privaten Schreiben den Premierministern Frankreichs und Englands Mitteilung von der Kriegsschulderklärung machen solle. Diese Briefe hätten dann, was einigermaßen überraschen müsse, sofort den Weg in die französische Öffentlichkeit gefunden und die Pariser Presse habe den Kampf gegen die Kriegsschulderklärung eröffnet. Offen bleibe nunmehr die Frage, ob und wann die Notifizierung erfolgen solle. Der Reichskanzler, dessen Rückkehr vom Urlaub am Montag erwartet werde, habe vorgeschlagen, im Verlaufe der nächsten Woche einen Kabinettsbeschluß darüber herbeizuführen. Zu einer sofortigen Notifizierung sei die Regierung nicht verpflichtet. Nach der Ansicht des Ministers Dr. Stresemann müsse sie aber erfolgen, wenn die Regierung sich nicht vor dem In- und Auslande um ihre Autorität bringen wolle.

Vorläufig keine Notifizierung. **Germania, Nr. 396. 16. September 1924.**

Zu den in der Presse vielfach erörterten angeblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskanzler Dr. Marx und dem Außenminister Dr. Stresemann veröffentlicht das W. T. B. eine amtliche Erklärung, in der es heißt: „Die von dem Außenminister seinerzeit mit den Führern der deutschnationalen Opposition geführten Verhandlungen wegen der Erklärungen über die Kriegsschuld sind im Einverständnis mit dem Reichskanzler und dem Kabinett erfolgt. Die heute sogleich nach der Rückkehr des Reichskanzlers erfolgte Aussprache hat erneut ergeben, daß über die Gesamtpolitik, sowie be-

sonders in der Frage der Notifizierung der Kriegsschuld und des Eintritts in den Völkerbund keinerlei Meinungsverschiedenheit zwischen dem Reichskanzler und dem Außenminister besteht oder bestanden hat."

Dazu bemerkt die „Germania": „Es war von vornherein klar, daß entscheidend für den Entschluß der Regierung lediglich die gegenwärtige Gesamtlage sein kann. Nun hat sich aber inzwischen immer deutlicher gezeigt, daß die Notifizierung im Augenblick untunlich ist und die politische Lage unnötig erschweren würde, ohne die Kriegsschuldfrage selbst auch nur einen Schritt vorwärtszubringen. Deshalb wird die Notifizierung einstweilen nicht erfolgen; und hierauf bezieht sich auch die Übereinstimmung der Auffassungen, von der in dem amtlichen Communiqué die Rede ist."

Stresemann über die Kriegsschuldfrage. **Berliner Tageblatt, Nr. 432. 17. September 1924.**

Dem Berliner Korrespondenten des „Manchester Guardian" sagte der Reichsaußenminister über die Schuldfragenaktion der Regierung: „Alle Parteien stimmen im Grunde darin überein, daß dies eine Frage von moralischer Bedeutung ist, die unsre Außen- und Innenpolitik so lange vergiften wird, bis sie entschieden sein wird. Unsre Regierung denkt aber nicht daran, von ihrer Pflicht, diese Frage vorzubringen, Abstand zu nehmen." Wenn daher in weiteren Kreisen in Deutschland dieses Problem eine neue Bedeutung gewinne und die deutsche Regierung sich noch einmal für diese Verpflichtung ausgesprochen habe, so bedeute dies nur die notwendige Fortsetzung einer Entwicklung, die bereits lange vor der Reichstagsdebatte einsetzte.

Kriegsschuldlüge und Wissenschaft. **Vorwärts, Nr. 434. 14. September 1924.**

Die Unterzeichneten, die in Anspruch nehmen dürfen, daß sie in dem Kampf gegen die Kriegsschuldlüge in der ersten Reihe gefochten haben, sehen es als ihre Pflicht an, heute öffentlich zu erklären, daß die Erzwingung einer Diskussion durch Regierungserklärungen ihnen nicht der richtige Weg scheint, um in der Weltmeinung der Wahrheit zu einem baldigen Siege zu verhelfen, da auf diesem Wege politische Kräfte auf den Kampfplatz gerufen werden, deren Interesse es nicht sein kann, die Wahrheit aufzudecken. Der beste Weg, um in dieser so unermeßlich wichtigen Frage zum Ziel zu gelangen, ist die Fortsetzung der internationalen wissenschaftlichen Diskussion.

Wir dürfen uns darauf berufen, daß unsere Arbeit in dieser Art bereits beachtliche Früchte gezeitigt hat. In England, in Amerika und sogar auch in Frankreich tritt ein Schriftsteller nach dem anderen in die Öffentlichkeit, der erklärt, daß er sich von der Nichtigkeit der Versailler Behauptung überzeugt habe. Die Erklärung des Reichskanzlers Marx, wie sie in der Presse veröffentlicht worden ist und die nur wiederholt, was der Reichskanzler Bauer im Juli 1919 im Namen

der Deutschen Nationalversammlung ausgesprochen hat, wird, wie wir nicht zweifeln, einen neuen kräftigen Anstoß für die Fortsetzung dieser Diskussion geben. Das darf uns vorläufig genügen, bis der Augenblick gekommen ist, wo wir erwarten dürfen, den Antrag auf Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission mit Erfolg stellen zu können.

Es ist für uns selbstverständlich, daß, wenn die Frage des Eintritts des Deutschen Reichs in den Völkerbund zur Entscheidung kommt, Deutschland den Antrag nicht stellen kann, ohne seine Auffassung der Kriegsschuldfrage den Mächten, mit denen es sich verbünden soll, amtlich zur Kenntnis zu bringen. Das ist ein Gebot der Loyalität und der Ehrlichkeit. Das Deutsche Reich darf nur mit offenem Visier kämpfen.

Wir sind in der Lage, folgende Sätze unter Beweis zu stellen:

1. Das Deutsche Reich war 1914 nicht entfernt in dem Maße gerüstet, wie es seine Volks- und Wirtschaftskräfte erlaubt hätten.

2. Die russische und die französische Regierung waren zum Kriege entschlossen, ehe Deutschland den Krieg erklärt oder auch nur mobilisiert hatte.

3. Die angebliche Zurückziehung der französischen Truppen 10 Kilometer von der Grenze hatte nicht den Zweck, den Krieg noch zu vermeiden, sondern die Welt in den Glauben zu versetzen, daß Deutschland der Angreifer sei.

Professor Hans Delbrück. Graf Max Montgelas.
Dr. Paul Rohrbach.

Amerikanische Stimmen.

Amerika und die Kriegsschuldfrage. **Berliner Tageblatt, Nr. 434. 12. September 1924.**

Amerika teile völlig die Auffassungen von Herriot und MacDonald. Auch Amerikas Friedensvertrag mit Deutschland gehe von der Voraussetzung von Deutschlands Schuld aus, wenn auch die Schlußfolgerungen, die die Alliierten in Versailles daraus gezogen hätten, von der amerikanischen Regierung nicht gezogen wurden. Jedenfalls würden die Rechte Amerikas aus seinem Friedensvertrag mit Deutschland bei einer Revision der Schuldthese gefährdet werden. Man habe in dieser Beziehung die Beschlagnahme des deutschen Eigentums in Amerika von rund 350 Millionen Dollar im Auge.

Französische Stimmen.

Les responsabilités de la guerre. **Journée Industrielle. 9. September 1924.**

Das Blatt führt u. a. aus: „Das Reich entschuldigt, d. h. die alte Regierung, der Generalstab, die Hohenzollern werden entschuldigt. Das bedeutet die Bekehrung des deutschen Volkes zum Imperialismus. Wenn

diese Proklamation erfolgt und Wirkung hat, dann hat Deutschland zwei Revanchen zu nehmen, eine moralische und eine materielle. Die Massen des deutschen Volkes würden dann eine Entschuldigung für den Wunsch haben, andere Völker anzugreifen und zu unterdrücken. Es gibt kein besseres Zeugnis für den kriegerischen Geist Deutschlands als diese Zähigkeit in der Erklärung der Schuldlosigkeit."

Französischer Hohn. **D. A. Z., Nr. 426.**
10. September 1924.

Der „Intransigeant" schreibt zur Regierungserklärung:

„Es handelt sich nicht um die Nützlichkeit eurer Erklärung, sondern um diese selbst. Wenn ihr an der Katastrophe von 1914 unschuldig seid, kann euer Schweigen keine Sachlage und kein politisches Motiv rechtfertigen. Wenn ein Mann fälschlich bezeichnet wird, wartet er nicht, bis es schönes Wetter wird, oder bis der Richter gut gespeist hat. Sprechet! Protestieret! Schreiet! Damit man euch noch einmal richtet. Ihr zieht es vor, kein neues Recht zu verlangen. Oh, wie recht habt ihr! Ihr gestehet auf diese Art ein, daß ihr wirklich schuldig seid, den Krieg vorbereitet und gewollt zu haben. Das ist unsre und der Mehrheit der zivilisierten Welt Überzeugung. Ihr tut also gut, zu schweigen und keine Rechtfertigung von einem Verbrechen zu versuchen, von dem euch niemand reinwaschen wird."

L'Allemagne et ses responsabilités. **Le Temps.**
13. September 1924.

Zur Aufrollung der Kriegsschuldfrage durch Deutschland schreibt der „Temps": „Was auch die Reichsregierung tun mag, man wird ihr nicht erlauben, eine neue internationale Erörterung über die Verantwortung Deutschlands am Kriegsausbruch zu eröffnen. Marx und Stresemann konnten diese Frage in London nicht aufwerfen, wie es die ihnen zugeschriebene Absicht zur Zeit ihrer Verhandlungen mit den Regierungsmännern der Verbündeten gewesen sein soll. Man wird ihnen auch jetzt nicht die Gelegenheit dazu geben, nachdem die Abkommen zur Ausführung des Sachverständigenplans unterzeichnet und dem Reich die daraus erwachsenden Vorteile gesichert sind. Die amtliche Übermittlung der deutschen Erklärung könnte keinen andern Erfolg haben als eine scharfe Antwort, die den ausdrücklichen Wortlaut des Artikels 231 des Versailler Vertrages ins Gedächtnis rufen würde, oder diese Überreichung würde dem geringschätzigen Schweigen begegnen, daß man Kundgebungen ohne Bedeutung entgegensetzt. Ein anderes Vorgehen wäre nicht zu verstehen, da jeder Meinungsaustausch in dieser Angelegenheit die Vermutung aufkommen lassen könnte, als ob irgendein Zweifel in bezug auf die Wirklichkeit der Tatsache in den Geistern sich regen könnte."

Die Kriegsschulddebatte in Frankreich. Victor Margueritte für den Mut der Wahrheit.

Berliner Tageblatt, Nr. 437. 13. September 1924.

In der „L'Ere nouvelle" vom 13. September schreibt Margueritte: „Wer kann die Dokumente aus den deutschen und den russischen Archiven verschweigen, besonders die fruchtbaren Korrespondenzen Iswolskis? Seit diese Berichte veröffentlicht worden sind, hat jeder Historiker die Pflicht, zu ihnen Stellung zu nehmen. Diese Gewissensfrage muß aber besonders stark der französische Historiker empfinden. Mag jedes Volk die Rechnung mit seinem eigenen Gewissen machen und seine Schuld offen bekennen. Der Tag wird kommen . . . aber inzwischen dürfen wir, das Volk der Menschenrechte, uns nicht hinter den verrosteten und blutbefleckten Schild verstecken, der den Wappenspruch der Feigen trägt: Das Urteil ist gesprochen."

Englische Stimmen.

A Formula at Geneva.

The Times. 9. September 1924.

In ihrem Aufsatz „Die Formel von Genf" schreiben die „Times" zum Schluß über die Kriegsschuldfrage: „Es gibt kein größeres Hindernis für die Wiederaufnahme der normalen Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland als die fortgesetzte Ableugnung, daß Deutschland der Angreifer gewesen ist. Nichts ist geeigneter, Verdacht und Furcht in den Ländern der Alliierten aufrechtzuerhalten als die erneute Erklärung Dr. Marx, die nur mit Schwierigkeiten außerhalb der Verhandlungen in Genf gehalten worden ist, nämlich, daß Deutschland unrechtmäßigerweise mit der Verantwortung für den Krieg belastet würde und daß es die entsprechenden Verträge nur unter Druck gezeichnet habe. Dieser seltsame Zwischenfall der unterdrückten Einschmuggelung der deutschen Kriegsschuldableugnung in die Verhandlungen von Genf illustriert deutlich die konkrete Natur des europäischen Sicherheitsproblems. Wenn dieses Ideal praktischerweise gelöst wird, wie das Reparationsproblem auf der Londoner Konferenz, dann, und nur dann werden die Völker Europas wieder frei atmen können."

Ein treffendes englisches Urteil über die Schuldfrage.

Kölnische Zeitung, Nr. 643. 11. September 1924.

Der „Daily Herald", das Organ der britischen Arbeiterpartei, schreibt zur deutschen Aufrollung der Schuldfrage: „Wir können auf kein Zusammenarbeiten aller Völker zum allgemeinen Besten hoffen, solange falsche Anschauungen über solche Sachen, wie Ursprung des großen Krieges, umlaufen. Unsere Imperialisten und unsere absichtlich unwissende Presse schimpfen auf die Deutschen, weil sie die Lüge von ihrer Alleinschuld zurückweisen wollen, und viele, die wissen, daß es Lüge ist, fragen ungeduldig: Warum können wir die Lösung dieser

Sache nicht der Nachwelt überlassen? Aber diese Lüge vergiftet die Beziehungen zwischen Deutschland und den anderen Völkern. Sie ist wie ein Kadaver im Fluß, der alle vergiftet, die daraus trinken. Solange die Kriegsschuldlüge nicht tot ist, kann es keinen guten Willen unter den Menschen geben."

Nitti zur europäischen Politik. **Münchener N. N. 21. September 1924.**

In einer Unterredung mit einem Vertreter der „Münchener N. N." erklärte der ehemalige italienische Ministerpräsident Nitti zur Kriegsschuldfrage: „Herriot verbot die Diskussion über die Kriegsschuldfrage. Es ist eigentümlich, daß dieser Mann, der nicht an die Unfehlbarkeit des Papstes glaubt, an die Unfehlbarkeit des Versailler Vertrages glauben soll, in dem Deutschland als Kriegsschuldiger erklärt wurde. Kann Herriot, der auch noch Historiker ist, wirklich gar nicht daran zweifeln, jetzt, nachdem Petersburg und Berlin ihre Archive geöffnet haben? Glaubt er nicht, daß das zaristische Rußland mindestens ebenso schuldig ist wie Deutschland? Glaubt er nicht, daß durch ihre Haltung auch andre Staaten Europas den Ausbruch des Krieges beschleunigt haben? Im Gegensatz zu Herriot glaube ich, daß die Veröffentlichung aller Kriegsdokumente sehr nützlich ist. Wahrheit und Klarheit sind die Voraussetzung jeder demokratischen Regierung."

Englisch-französische Affektation. Von Georg Brandes. **Politiken. 10. August 1924.**

Georg Brandes, der berühmte dänische Kultur- und Literarhistoriker, zeigt an einigen treffenden Beispielen aus der Vorgeschichte des Weltkrieges, wie stark in England und Frankreich bei Ausbruch des Krieges die „Affektation", die geheuchelte Überraschung, war. Insbesondere tritt dies in der Frage der Verletzung der belgischen Neutralität hervor. Die Vorstellung einer Verletzung der belgischen Neutralität war bereits damals fest an die Vorstellung eines Angriffs auf Frankreich geknüpft. Messimy schrieb als Vorsitzender der Untersuchungskommission für Briey: „Die Verletzung der belgischen Neutralität war im französischen Kriegsministerium in dem Grade eine Gewißheit, daß alle unsre Pläne davon abhingen („étaient en fonction d'elle")" . . . „Die ganze Überraschung über den Einfall in Belgien war lauter Affektation." . . . „Daß die Truppen sofort 10 km von der Grenze zurückgezogen wurden, war Affektation, um in der öffentlichen Meinung Englands und der andern Mächte als der unschuldig angegriffene Teil gelten zu können."

Non, la Russie n'a jamais préparé la guerre de 1914. Une lettre péremptoire de M. Kokovtzoff, ancien président du conseil de Russie. **Le Matin. 12. September 1924.**

Als ehemaliger russischer Finanzminster wendet sich Kokovtzoff gegen einen Artikel der „Prawda", in dem behauptet wurde, der kaiser-

liche Finanzminister habe schon lange vor Kriegsausbruch den Angriff vorbereitet und im April 1914 einen besonderen Fonds für Kriegsausgaben gebildet. Demgegenüber erklärt Kokovtzoff, daß in keinem Augenblick vor der Kriegserklärung die Einheit des russischen Budgets irgendwie angetastet worden sei.

Kokovtzoff gehörte wohl zu den russischen Persönlichkeiten in leitender Stellung, die nicht auf einen Krieg gegen Deutschland hingearbeitet und sich bemüht haben, seinen Ausbruch zu vermeiden.

Camille Barrère.

Der französische Botschafter in Rom, Camille Barrère, hat seine Demission eingereicht. Mit Barrère, der heute im 73. Lebensjahre steht, verläßt der letzte der großen französischen Botschafter seinen Posten. Seit 27 Jahren, seit dem Jahre 1897, vertrat er die französische Republik beim Quirinal. Ihm wohl in der Hauptsache verdankte Frankreich den italienisch-französischen Rückversicherungsvertrag vom Jahre 1902, der eine erhebliche Lockerung des Dreibundes zur Folge hatte. Die prophetischen Worte, die Harden 1908 in der Zukunft schrieb: „Wird der Botschafter nicht in seinem Treiben gestört, dann wird eines Tages vom Dreibund gelten, was von dem Soldaten galt, der in die Schlacht zog, als er schon tot war", waren 1914 Wahrheit geworden. Über die Bemühungen des französischen Botschafters, Italien in den Krieg an Seiten der Entente hineinzuziehen, schrieb 1920 die italienische Wochenschrift „Corriere del Parlamento": „Früher oder später wird die Untersuchung über den Krieg das Kirchhofsschweigen der Säle des Palazzo Farnese brechen und jene erbarmungslos bloßstellen, die dort aus und ein gingen, um insgeheim den Obolus dafür einzukassieren, daß sie ‚Nieder mit Giolitti'! riefen." Als Clemenceau 1917 Belastungsmaterial gegen Caillaux suchte, stellte sich ihm Barrère gerne zur Verfügung, und mit seinem Wissen und Willen wurde das Safe des ehemaligen Ministerpräsidenten in Florenz geöffnet und die dort vorhandenen Papiere, vor allem die kurze Schrift über den Kriegsausbruch „Les Coupables" nach Paris gesandt. In einem Nachruf schreibt am 18. September das „Giornale d'Italia": „Heute büßt Barrère für seine Haltung gegenüber Caillaux."

La responsabilité de la guerre. **Le Figaro.**
Von Raymond Recouly. **19. September 1924.**

Recouly führt u. a. aus: „In der Beurteilung geschichtlicher Probleme kann die Wahrheit nicht durch ein Dekret festgelegt werden. Pascal hat erklärt: ‚Wünsche sind keine Gründe', ebenso müssen wir sagen: ‚Die Alliierten sind keine Gründe'. Für die historische Richtigkeit gibt es keinen kategorischen Imperativ. Durch neue Tatsachen, durch unbekannte Dokumente kann das ausgesprochene Urteil zu jeder Zeit wieder zur Diskussion gestellt werden. Die Alliierten, besonders Frankreich, würden einen gewaltigen Fehler begehen, wenn sie diese

Tatsache nicht zugeben wollten. Das sähe wirklich so aus, als hätten wir das Licht zu scheuen." Zum Schluß formuliert Recouly einige ganz bestimmte Fragen, die hier im Wortlaut wiedergegeben seien: „Ist es nicht erwiesen, daß die deutsche Regierung bei der Ausarbeitung des österreichischen Ultimatums mitgewirkt hat, das nach dem Geständnis Österreichs selbst, dazu bestimmt war, einen Krieg mit Serbien hervorzurufen, der Rußland nicht unbeteiligt lassen konnte? Die Deutschen haben zu jener Zeit jedem, der es hören wollte, erklärt, daß sie nichts von diesem Ultimatum gewußt hätten, das ohne ihr Vorwissen redigiert worden sei. Aber sie haben gelogen, so wie es in schlagender Weise durch die von ihnen veröffentlichten Dokumente erwiesen wird. Hat Deutschland nicht, als der Frieden noch zu erhalten war, vorsätzlich die Ereignisse überstürzt, alle diplomatischen Fäden zerrissen, Rußland durch die Aufforderung, in zwölf Stunden zu demobilisieren gereizt und Frankreich sogleich den Krieg erklärt? Hat es nicht die belgische Neutralität verletzt, die zu respektieren es sich formell verpflichtet hatte und dadurch England dazu gebracht, in den Krieg einzutreten?" „Das sind, um nur diese zu nennen, die genauen Tatsachen, auf die Deutschland eine Antwort erteilen möge. An dem Tage, an dem es hierauf antworten wird, werden wir sehen, ob wir unsere Ansicht ändern können. Aber dieser Tag wird bestimmt nicht kommen."

Eine Antwort auf die Frage des Herrn Recouly ist bereits bei unserer Redaktion eingegangen. Sie wird im Oktoberheft unserer Zeitschrift veröffentlicht werden. Herr Recouly braucht also nicht mehr lange auf seinen „Tag" zu warten.

Aus Zeitschriften.

Sarajewo. — Preußische Jahrbücher.
Von Fritz Kern. — September 1924.

Unter Verwertung des gesamten Quellenmaterials, insbesondere von serbischer und österreichischer Seite, gibt Professor Kern eine wertvolle Darstellung der Entstehung des Attentats von Sarajewo.

Die südslawische Frage und die Wiener Kriegspartei. Von Fritz Kern. — Schmollers Jahrbuch 1924. XLVIII 1/2.

Gestützt in der Hauptsache auf die Erinnerungen Conrads zeigt Kern, daß in der Donaumonarchie zur Lösung der südslawischen Frage vor dem Kriege drei Pläne vorhanden waren: der des Feldmarschalls Conrad, der den annexionistischen Präventivkrieg forderte; der Plan des Thronfolgers Franz Ferdinand, der durch die Vereinigung der Kroaten zu einem eigenen Bundesstaat Kroaten und Serben für immer trennen wollte, den dritten Plan vertrat der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza. Er wollte die Friedenspolitik unter Vermeidung jeder Annexion fortsetzen. „Hätte dieser großdenkende Patriot an Stelle

heimatloser Diplomaten und Militärs die Wiener Politik des Juli 1914 gelenkt, so hätte diese nicht Selbstmord aus Furcht vor dem Tode begangen, und nicht aus falschem großmächtlichen Selbständigkeitstrieb das verbündete Deutschland in den Konflikt mit England hineingerissen."

Die amtliche Zurückweisung der Kriegsschuldlüge. Von Alfred von Wegerer. **Der Deutschenspiegel. 12. September 1924.**

Alfred von Wegerer schreibt hier: „Aus den angeführten und anderen vorliegenden Äußerungen des Auslandes geht hervor, daß man auf der Gegenseite, namentlich in Frankreich, wo Poincaré in der Kriegsschuldfrage am lautesten geschrien hat, in eine ziemliche Verlegenheit hineingeraten ist. Es dürfte aber fehlerhaft sein, daraus den Schluß zu ziehen, daß der Regierungsschritt die mühsam erreichte Verständigungspolitik in eine ‚Sackgasse' geführt habe. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Eine Verständigung ist jetzt erst angebahnt. Ohne Klarstellung der Kriegsschuldfrage ist jedes Zusammengehen Deutschlands mit den Versailler Mächten eine innere Unwahrheit. Selbstverständlich ist die Regierungskundgebung für die Ententeregierungen unangenehm, aber die Nuß mußte doch einmal zu irgendeiner Zeit geknackt werden. Ob der Moment besonders geeignet war oder nicht, ist bei einer so großen Frage weniger bedeutsam.

Es wird sich jetzt zeigen müssen, ob die Entente politisch, moralisch und historisch der Aufgabe, die Kriegsschuldfrage zu lösen, gewachsen ist oder ob sie noch so weit in geistiger Umnachtung befangen ist, daß sie wieder in den Wahnsinn von Versailles zurückfällt."

Bezugsbedingungen.

Die Monatsschrift ist bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und der

Verlagsabteilung

der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen Berlin W. 35, Potsdamer Straße 118c, Telephon: Lützow 7606, zu beziehen.

Inlandspreis:

Vierteljahresabonnement 2,— G.-Mk.

Auslandspreis:

Vierteljährlich (einschl. Porto und Verpackung) 2,50 G.-Mk.

W. Büxenstein, Berlin SW 48, Friedrichstr. 240/41.

Björkoe.

Vorbemerkung.

Der Vertrag von Björkoe, der am 24. Juli 1905 auf hoher See von Wilhelm II. und dem Zaren unterzeichnet wurde, ist praktisch ohne Wirkung geblieben.

Die näheren Zusammenhänge werden der Öffentlichkeit nach Herausgabe der nächsten Bände der „Großen Politik der europäischen Kabinette 1871/1914“ bekanntwerden. Eine wertvolle Ergänzung zu der deutschen Aktenveröffentlichung, durch die vorweg eine Lücke geschlossen wird, bilden russische Dokumente, die soeben unter dem Titel „Der in Björkoe abgeschlossene russisch-deutsche Vertrag vom Jahre 1905“ von der Sowjetrepublik im 5. Band des Roten (Krasny) Archivs veröffentlicht worden sind.

Im Nachfolgenden geben wir eine vollständige Übersetzung dieser russischen Dokumente wieder. In Fußnoten sind einige erläuternde Hinweise gegeben worden. Zum Unterschied gegen die Fußnoten des russischen Originaltextes sind die Fußnoten der Schriftleitung in Kursivschrift gesetzt. Der Schrift- bzw. Telegrammwechsel zwischen den beiden Monarchen ist bereits anderweitig veröffentlicht, dagegen sind die übrigen Dokumente bisher nicht bekannt geworden.

Die Veröffentlichung dieser Dokumente aus der Vorgeschichte des Weltkrieges zeigt, wie wertvoll es wäre, wenn auch von seiten der Entente-Regierungen die Archive über die Vorkriegspolitik geöffnet würden, damit die Wissenschaft in der Lage ist, der Öffentlichkeit wirklich Aufschluß zu geben über die Vorgänge, welche die Weltkatastrophe herbeigeführt haben.

* * *

Die russischen Dokumente setzen Ende Oktober 1904, also zur Zeit des Russisch-Japanischen Krieges, ein. Die Baltische Flotte, unter Führung des russischen Admirals Roshestwenski, der die Aufgabe gestellt war, die japanischen Seestreitkräfte aufzusuchen und zu schlagen, um den Fall von Port Arthur zu verhindern, hatte am 14. Oktober die russischen Ostseehäfen verlassen.

Als die Flotte durch die Nordsee fuhr, geriet sie in der Nacht des 22. Oktober in der Nähe der Doggerbank zwischen englische Fischerboote, gegen die in dem Glauben, es seien japanische Torpedoboote, das Feuer eröffnet wurde. Der Vorfall löste in England gewaltige Empörung aus. Selbst Deutschland wurde hierfür verantwortlich

gemacht. Auf der Weiterfahrt der Flotte, die mit dem größeren Teil der Schiffe um das Kap der Guten Hoffnung, mit dem andern Teil durch den Suezkanal fuhr, spielte die Versorgung mit Kohlen die größte Rolle.

Als die Flotte den Indischen Ozean erreichte, war Port Arthur bereits in den Händen der Japaner. Die zweitägige Seeschlacht von Tsuschima am 27. und 28. Mai 1905, in der die Flotte vollständig geschlagen und aufgerieben wurde, bildete das Ende des mutigen, aber abenteuerlichen Einsatzes der russischen Seemacht. Diese Niederlage sowie das Fehlen von Erfolgen bei den Kämpfen auf dem Festland, noch mehr aber die Revolution im Innern des Landes, die am 17. Oktober zur Verfassung führte, veranlaßte die russische Regierung den Kampf aufzugeben und den Frieden mit Japan zu suchen.

Alfred von Wegerer.

Der in Björkoe abgeschlossene russisch-deutsche Vertrag vom Jahre 1905*).

Aus einem Telegramm Wilhelm II. an Nicolaus II.*)[1]).

14./27. Oktober 1904.

Seit einiger Zeit verlangt die englische Presse drohend von Deutschland, unter keinerlei Vorwand zu erlauben, daß der gegenwärtig unterwegs sich befindlichen Baltischen Flotte Kohlen geschickt werden. Es ist nicht unmöglich, daß die japanische und britische Regierung gemeinsam protestieren werden gegen unsere Kohlensendungen für Deine Flotte, mit der „Forderung" neue Sendungen aufzuhalten. Das Resultat, das man durch solche Kriegsdrohungen im Auge hat, wäre

*) Der Wortlaut des von Nikolaus Romanow mit Wilhelm II. 1905 in Björkoe abgeschlossenen Vertrages wurde erstmals in russischer Übersetzung in der „Sammlung der Geheimdokumente aus dem Archive des ehemaligen Ministeriums des Äußeren" Nr. 3 (Dezember 1917, Ausgabe des Volkskommissariats des Äußeren) veröffentlicht.

Im vorliegenden Bande des „Roten Archivs" sind abgedruckt: der auf das Jahr 1904 — als hierüber zum erstenmal Verhandlungen entstanden — Bezug habende Schriftwechsel, der französische Originalwortlaut des Vertrages und seine russische Übersetzung sowie der nachfolgende, durch den Vertragsabschluß hervorgerufene Schriftwechsel.

Um ein vollständiges Bild vom Gange der Verhandlungen und der Geschichte des Vertrages zu geben, sind einige Stellen aus dem vom Zentralarchiv bereits veröffentlichten persönlichen Schriftwechsel Nikolaus' und Wilhelms (Schriftwechsel Wilhelms II. und Nikolaus II. Mit einem Vorwort von M. N. Pokrowski. Staatsverlag, Moskau 1923) eingefügt.

Die jetzt zum Druck gelangten Schriftstücke sind aufbewahrt in der zweiten Abteilung des Staatsarchivs der R. S. F. S. R. Die Briefe Lambsdorffs an Nelidow vom 1. September, 15. September, 23. September, 26. September, 29. September, 14. Oktober des Jahres 1905 sind dem besonderen Dossier des „Archivs Nelidows"

die absolute Immobilisierung Deiner Flotte und die Unmöglichkeit am Ziel anzukommen mangels Kohlen. Diese neue Gefahr muß von Rußland und Deutschland gemeinsam ins Auge gefaßt werden, die beide Deinem Verbündeten, Frankreich, die Verpflichtungen ins Gedächtnis zurückrufen sollten, die es durch den Zweibundvertrag im Hinblick auf Dich übernommen hat, den casus foederis. Es kann keine Rede davon sein, daß Frankreich unter solchen Umständen wünschen wird um die Erfüllung seiner darin enthaltenen Aufgabe herumzukommen.

Obschon Delcassé ein wilder Anglophiler ist, wird er klug genug sein, um zu verstehen, daß die englische Flotte vollkommen außerstande ist, Paris zu retten. So würde eine mächtige Kombination der drei stärksten Kontinentalmächte gebildet. Die englisch-japanische Gruppe würde sich die Sache zweimal überlegen, ehe sie dieselbe angriffe.

Die Beschwerde Englands in bezug auf unsere Kohlenzufuhr an die russischen Schiffe ist um so haltloser, als England seit Beginn des Krieges — nachdem es Japan zwei Kreuzer geschenkt hat: Nishin und Kassuga mit englischen Offizieren und Mannschaften — der japanischen Flotte beständig Kohlen liefert, indem es ihr nicht weniger als dreißig Schiffe verkaufte. Togos Seeschlachten sind mit Kohlen aus Cardiff geschlagen worden. Es wäre natürlich viel angenehmer, wenn England klug wäre und in Erinnerung an all das uns in Ruhe ließe.

Aber ich werde niemals in keinem Fall vor einer ungerechten Drohung zurückweichen.

Bericht des Ministers des Äußeren an Nicolai†).

Ich erlaube mir, anbei dem Allergnädigsten Gutachten Euer Kaiserlichen Majestät den von mir heute empfangenen Brief des Grafen Osten-Sacken vom 14./27. Oktober zu unterbreiten, der seine Unterredung mit

---

entnommen. Dieses war im Geheimarchiv des Ministers des Äußeren aufbewahrt, wohin diese Briefe nach dem Tode Nelidows im Jahre 1910 übergeben worden waren.

Der größere Teil der Schriftstücke ist nach dem Original abgedruckt. Die Briefe Lambsdorffs an die Botschafter sind mit Ausnahme der erwähnten Briefe an Nelidow nach seinen eigenhändigen Abschriften abgedruckt.

Zum Druck vorbereitet und mit Anmerkungen versehen worden ist das Material von S. A. Paschukanis. Die Schriftleitung.

*) Übersetzung aus dem Englischen.

1) *Anmerkung der Schriftleitung: Der vollständige Text dieses Telegrammes findet sich in der „Correspondance entre Guillaume II et Nicolas II 1894—1914", publiée par le Gouvernement des Soviets d'après les Archives Centrales et traduite du russe par Marc Semenoff, Paris, Librairie Plon, Seite 111 ff. Der deutsche Text ist eine Übersetzung aus dem englischen Originaltext.*

†) Auf dem Original befindet sich folgender Vermerk N. Romanows:

„Bin mit Ihnen nicht ganz einverstanden. Sie werden aus meiner Antwort auf das Telegramm des Deutschen Kaisers ersehen, daß ich zur Zeit sehr für derartige Abkommen mit Deutschland und Frankreich bin. Das wird Europa von der übermäßigen Dreistigkeit Englands befreien und in Zukunft sehr nützlich sein."

Vermerk Lambsdorffs: „Zarskoje Selo, 16. Oktober 1904".

Baron Holstein wiedergibt. Obgleich ich mit dem Schlusse des Briefes, in dem der Kaiserliche Botschafter auf die Notwendigkeit einer engeren Annäherung an Deutschland, besonders unter den gegenwärtigen Umständen, hinweist, durchaus einverstanden bin, kann ich jedoch nicht umhin, in den Vorschlägen der deutschen Regierung das ständige Bestreben zu erblicken, die freundschaftlichen Beziehungen Rußlands und Frankreichs zu stören. Von diesem Gesichtspunkt aus würde ich es für vollständig unzeitgemäß halten, an die französische Regierung irgendwelche kategorische Fragen zu richten: sie hätte das Recht, auf diese Fragen zu antworten, daß sie sich während der Verwicklungen mit England in der Faschodafrage mit keinen derartigen Anfragen und verfrühten Forderungen an Rußland gewandt habe. Frankreich verhält sich im übrigen fortgesetzt freundschaftlich zu uns; als Beweis hierfür können unter anderem die heute eingetroffenen Telegramme des Wirklichen Geheimrats Nelidow und des Grafen Benckendorff dienen, die die Unterredung wiedergeben, welche der französische Botschafter in London, Herr Cambon, im Auftrage des Herrn Delcassé und aus eigenem Antriebe mit dem Marquis Lansdowne gehabt hat, ohne von uns irgendwie gebeten worden zu sein.

Nachdem Graf Osten-Sacken seine bevorstehende Unterredung mit dem Reichskanzler gehabt, und ich von ihm weitere Nachrichten in dieser Frage erhalten habe, werde ich das Glück haben, Eurer Kaiserlichen Majestät den Entwurf eines Antwortschreibens an den Botschafter zu unterbreiten, worin, wie ich meinen sollte, auf die Notwendigkeit äußerster Vorsicht in dieser heiklen Frage hinzuweisen ist.

16. Oktober 1904. Graf Lambsdorff.

Brief des russischen Botschafters in Berlin Osten-Sacken an Lambsdorff*).

Berlin, 14./27. Oktober 1904.

Streng persönlich.

Werter Graf!

Ich war sehr erstaunt, als man mich vor zwei Tagen unter der Hand davon benachrichtigte, Baron Holstein, der erste Rat des Auswärtigen Amtes, wolle mich sprechen.

Sie erinnern sich natürlich, werter Graf, daß diese wichtige Persönlichkeit — vielleicht der eigentliche Eingeber der Politik des Berliner Kabinetts — für die offiziellen Botschafter seit der Berufung des Grafen Bülow zum Amte unsichtbar geblieben war.

Ich kam dem Wunsche Baron Holsteins unverzüglich nach und hatte mit ihm eine Unterredung, über die Ihnen zu berichten ich für

*) Übersetzung aus dem Französischen.

meine Pflicht halte, noch bevor ich die Möglichkeit haben werde, sie Ihnen vielleicht in der Form eines Vorschlages des Berliner Kabinetts zu unterbreiten.

Baron Holstein gab mir vor allem zu verstehen, die Frage der Kohlenversorgung unseres nach dem Fernen Osten abgehenden Baltischen Geschwaders sei ernst geworden und könne leicht zu Verwicklungen in Europa führen.

„In der Tat — sagte er mir — England sieht scheel auf unseren Beschluß, auf eine Kohlenversorgung der russischen Flotte, soweit dies uns betrifft, nicht zu verzichten. Bis jetzt war uns dieser Standpunkt des Kabinetts von St. James nur mittelbar bekannt. Ich bin jedoch der Ansicht, wir würden, falls uns dieses offiziell mitgeteilt würde, diese Vorstellungen nicht annehmen können, ohne der Würde des Reiches etwas zu vergeben. In diesem Falle wären wir dazu gezwungen, Rußland zu erklären, wir seien mit seinem Einverständnis zu gemeinsamem Handeln bereit, falls England sich für verpflichtet erachten sollte, mit der Waffe in der Hand für den Schutz der japanischen Interessen einzutreten."

Baron Holstein ist der Meinung, eine bewaffnete Einmischung Englands würde logischerweise Frankreich zwingen, seinerseits als unser Bundesgenosse in den Kampf einzugreifen, und er vertritt die Ansicht, daß in diesem Falle die Kabinette von St. Petersburg und Berlin kategorisch und im gemeinsamen Einvernehmen Frankreich die Frage vorlegen müßten, wie es auf seine Pflichten sehe.

Er zweifelt nicht daran, daß dieses gemeinsame Auftreten das Pariser Kabinett zu einer positiven Antwort veranlassen werde, aus Furcht alle Früchte zu verlieren, die das Bündnis mit uns bis jetzt für Frankreich gebracht hat.

Baron Holstein fügte hinzu, man könne sogar hoffen, daß England, dem Einvernehmen der drei Mächte — Rußland, Deutschland und Frankreich — gegenübergestellt, keinen bewaffneten Zusammenstoß wagen und sich der Notwendigkeit fügen werde, auf seine Ansprüche zu verzichten. Dies ist möglicherweise, meinte der Baron, das beste Mittel zur Vermeidung einer europäischen Verwicklung. Er sei erstaunt über den hochmütigen Ton des Kabinetts St. James seit der Zeit seines letzten Abkommens mit Frankreich und es scheine ihm, daß wiederum der Ton vernehmbar sei, der bei England im Kriege 1854—1855 üblich war, den es gemeinsam mit seinem Nachbarn jenseits des Ärmelkanals führte. Er hege auch den Verdacht, man sei in Frankreich sehr geneigt, diese nahen Beziehungen, die eine entscheidende Bedeutung in den Schicksalsfragen Europas gehabt hätten, wieder herzustellen.

Dies ist in allgemeinen Zügen meine Unterredung mit Baron Holstein, die er mich dringend bat, mit dem Grafen Bülow fortzusetzen. Dieser ist nach den Worten des Barons mit der Kombination, in die er mich soeben eingeweiht hat, einverstanden.

Bis zu meiner Zusammenkunft mit dem Grafen Bülow kann ich natürlich dieses nicht als einen vom Berliner Kabinett ausgehenden Vorschlag betrachten. Ich habe nur e i n Ziel — Sie persönlich, werter Graf, im voraus und streng geheim davon zu verständigen, was man hier im Schilde führt. Ich kann nicht umhin, in dem Plane Baron Holsteins den Wunsch zu vermuten, die schwierige Lage auszunutzen, in der wir uns gegenwärtig befinden, um eine der folgenden politischen Aufgaben Deutschlands zu lösen: entweder unser Bündnis mit Frankreich zu zerstören, falls es uns seine Unterstützung gegen England verweigern sollte, oder sich unsere Unterstützung sowie auch die Unterstützung Frankreichs bei der wachsenden Nebenbuhlerschaft Deutschlands und Englands zu sichern.

Trotzdem hat dieser Plan in meinen Augen eine Bedeutung, auf die ich nicht umhin kann, Ihre Aufmerksamkeit zu lenken.

Leider unterliegt es keinem Zweifel, daß selbst ein günstiger Ausgang unseres Krieges mit Japan uns nicht die Möglichkeit geben wird, den Frieden nach unserem Ermessen zu schließen.

Wir werden auf die englisch-amerikanische Koalition stoßen, die dazu geschaffen worden ist, uns an der Ernte der Früchte unserer Siege zu hindern. Es wäre anders, wenn Frankreich und Deutschland auf unserer Seite wären. Diese Erwägung ist für uns von so ungeheurer Bedeutung, daß man sich zu den von Holstein geäußerten Gedanken nicht als zu gewöhnlichen, fadenscheinigen Ränken verhalten kann und die gegebene Stimmung des Berliner Kabinetts so oder anders ausnutzen muß.

u. s. w. Osten-Sacken.

Aus einem Telegramm Nikolais an Wilhelm *) [1]).

Ohne Datum.

Ich schließe mich Deinen Beschwerden inbezug auf die Haltung Englands in der Frage der Versorgung unserer Schiffe durch deutsche Dampfer vollkommen an. Indem es das tut, interpretiert es die Regeln der Neutralität auf seine Weise. Es ist unbedingt hohe Zeit, dem ein Ende zu machen. Die einzige Art es zu tun, wäre, wie Du sagst, daß Deutschland, Rußland und Frankreich sich über die Maßregeln verständigten, die zu nehmen wären, um der englischen und japanischen Arroganz und Unverschämtheit ein Ende zu machen! Bist Du geneigt, die Formeln und die großen Linien einer solchen Verständigung vorzubereiten und mir zur Kenntnis zu bringen? Sobald wir die Sache angenommen haben werden, würde Frankreich angehalten, seinem

---

*) Übersetzung aus dem Englischen. Aus dem Briefe Wilhelms vom 17. November 1904 (siehe unten) ist ersichtlich, daß das Telegramm von Nikolaus am 16./29. Oktober 1904 abgesandt worden ist.

[1]) *Anmerkung der Schriftleitung: Der deutsche Text ist eine Übersetzung aus dem englischen Originaltext.*

Bundesgenossen zu folgen. Diese Kombination ist mir oft in den Sinn gekommen, sie würde den Frieden und die Ruhe der Welt bedeuten. Herzliche Grüße von Alice. Nicky.

Aus einem Brief Wilhelms an Nikolai[1].

30. Oktober 1904.

Mein lieber Nicky!

Dein freundliches Telegramm hat mir das Vergnügen bereitet, zu empfinden, daß es mir vergönnt war, Dir in einem ernsten Augenblick ein wenig nützlich zu sein. Ich habe mich sofort mit dem Kanzler in Verbindung gesetzt, und wir beide haben insgeheim — ohne sonst jemand davon zu unterrichten — die drei Vertragsartikel, wie Du gewünscht hast, entworfen. Es sei, wie Du sagst. Wir wollen zusammenhalten. Das Bündnis würde natürlich rein defensiv sein und sich ausschließlich gegen einen europäischen Angreifer oder mehrere richten, in der Gestalt einer gegenseitigen Feuerversicherungsgesellschaft gegen Brandstiftung. Es ist sehr wesentlich, daß sich Amerika nicht durch unser Übereinkommen bedroht fühlt. Roosevelt hat, wie ich weiß, infolge der eingeborenen amerikanischen Abneigung gegen alle farbigen Rassen keine besondere Vorliebe für Japan, trotzdem England sich auf das äußerste anstrengt, die Gefühle Amerikas zugunsten der Japaner zu bearbeiten. Außerdem haben die Amerikaner ein klares Verständnis für die unbestreitbare Tatsache, daß ein mächtiges japanisches Reich eine dauernde Gefahr für die amerikanischen Philippinen ist. Was Frankreich betrifft, so wissen wir beide, daß die Radikalen und die antichristlichen Parteien, die augenblicklich die stärkeren sind, England zuneigen — alte Überlieferungen aus der Krimzeit —, aber gegen einen Krieg sind, weil ein siegreicher General die sichere Zerstörung dieser Republik elender Zivilisten bedeuten würde. Die nationalistische oder klerikale Partei hat für England nichts übrig und Sympathien für Rußland, denkt aber nicht im Traum daran, sich im gegenwärtigen Kriege für Rußland einzusetzen. Zwischen diesen beiden Parteien wird die republikanische Regierung neutral bleiben und nichts tun. England rechnet mit dieser Neutralität und mit der daraus sich ergebenden Isolierung Rußlands. Ich weiß ganz bestimmt, das sogar schon letzten Dezember der französische Finanzminister Rouvier aus eigenem Antrieb dem Finanzagenten einer anderen Macht gesagt hat, Frankreich werde unter gar keinen Umständen Dir bei einem russisch-japanischen Kriege zur Seite stehen, selbst dann nicht, wenn England auf die Seite Japans träte.

Um sich dieser Republikaner doppelt zu versichern, hat England Marokko den Franzosen überliefert. Die absolute Sicherheit, daß Frankreich beabsichtigt, neutral zu bleiben und sogar seine diplomatische Unterstützung England zu leihen, ist der Grund, der der eng-

[1] *Anmerkung der Schriftleitung: Der deutsche Text ist eine Übersetzung aus dem englischen Originaltext.*

lischen Politik gegenwärtig ihre ungewöhnlich brutale Sicherheit verleiht. Dieser unerhörte Zustand wird sich zum Besseren wenden, sobald Frankreich sich direkt der Notwendigkeit gegenübergestellt sieht, Farbe zu bekennen und sich offen für Petersburg oder London zu erklären. Wie ich schon sagte, verwerfen die Radikalen, die nach England gravitieren, den Krieg und den Militarismus, wogegen die Nationalisten, wenngleich sie gegen den Krieg an sich nichts haben, weder für England, noch gegen Rußland kämpfen werden. Es liegt daher augenfällig im Interesse beider Parteien, auf England einen Druck auszuüben und es zu ermahnen, sich ruhig zu verhalten. Wenn Du und ich Schulter an Schulter zusammenstehen, so wird das hauptsächlichste Ergebnis das sein, daß Frankreich sich uns beiden offen und in aller Form anschließen muß und damit endlich seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Rußland erfüllt, was für uns vom größten Wert ist, besonders im Hinblick auf seine schönen Häfen und seine gute Flotte, die dadurch auch zu unserer Verfügung stehen würden. Du kannst versichert sein, das wird den künstlich aufgemachten Beschwerden über sogenannte Neutralitätsverletzungen ein Ende bereiten. Wenn dieses Ziel einmal erreicht ist, so werde ich, wie ich erwarte, in der Lage sein, den Frieden aufrechtzuerhalten, und Dir wird freie und ungehinderte Hand in Deinem Vorgehen gegen Japan gelassen sein. Ich möchte noch bemerken, daß ich Deinen meisterhaften politischen Instinkt bewundere, der Dich veranlaßt hat, den Zwischenfall in der Nordsee vor das Haager Tribunal zu verweisen. Denn gerade diesen systematisch entstellten Zwischenfall haben sich die französischen Radikalen zunutze gemacht, Clemenceau und alles übrige Lumpengesindel, als weiteres Argument gegen die Notwendigkeit, daß Frankreich seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Rußland erfüllte. Natürlich muß dieser lästige Zwischenfall in der Nordsee erst erledigt sein, ehe wir irgendwelche Schritte in dieser Frage unternehmen und an Frankreich herantreten können. Denn Delcassé und Cambon haben, wie mir mitgeteilt wird, sich bereits die britische Auffassung dieses Zwischenfalls zu eigen gemacht und demgemäß die Stellungnahme der französischen Regierung in einer für England freundlichen Weise festgelegt. Sollten wir daher in dieser Frage einen Druck auf die Franzosen ausüben, so würden sie unzweifelhaft sich für die britische Seite entscheiden, also gerade das tun, was wir nicht wollen. „Il faut que l'incident de la Mer Noire (!) soit clos" zuerst, dann erst kann unsere Aktion einsetzen.

Ich lege den Entwurf der Vertragsartikel, wie gewünscht, bei; möge er Deine Billigung finden; niemand weiß etwas davon, selbst nicht mein Auswärtiges Amt; Bülow und ich haben es persönlich besorgt. „Möge Gottes Segen ruhen auf dem Vorhaben der beiden Hohen Herrscher und die mächtige dreifache Gruppe Rußland, Deutschland, Frankreich für immer Europa den Frieden bewahren helfen, das walte Gott", so lauteten seine Worte, als wir fertig waren.

Vertragsentwurf. *)

Ihre Majestäten der Kaiser aller Reußen und der Deutsche Kaiser haben, um den Russisch-Japanischen Krieg möglichst zu lokalisieren, folgende Artikel eines Defensivbündnisses vereinbart.

Artikel I

Falls eines der beiden Kaiserreiche von einer europäischen Macht angegriffen werden sollte, wird sein Verbündeter mit allen seinen Streitkräften zu Lande und zur See ihm beistehen. Vorkommendenfalls werden die beiden Verbündeten ebenso gemeinsame Sache machen, um Frankreich zur Beachtung der Verbindlichkeiten aufzufordern, die es nach dem Wortlaute des französisch-russischen Bündnisvertrages übernommen hat.

Artikel II

Die beiden hohen Parteien verpflichten sich, keinen Separatfrieden mit irgendeinem gemeinsamen Feinde zu schließen.

Artikel III

Die Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung ist auch gültig in dem Falle, falls Handlungen, die von einer der beiden hohen vertragschließenden Parteien während des Krieges vollzogen worden sind, wie z. B. die Lieferung von Kohlen an einen der Kriegführenden, nach dem Kriege Proteste seitens einer dritten Macht als angeblicher Verletzungen des Neutralitätsrechtes veranlassen sollten.

Notiz Nicolais für Lambsdorff.

20. Oktober 1904.

Heute erst erhielt ich den Brief Kaiser Wilhelms mit dem Entwurf des „Abkommens". Beim Lesen lachte ich auf. Der Inhalt der drei einzigen Artikel betrifft am meisten Frankreich. Dauer des Vertrages ist — die Dauer unseres Krieges mit Japan. Der letzte Punkt betrifft den eigentlichen Gegenstand der Unzufriedenheit der deutschen Regierung mit der Handlungsweise Englands in der Kohlenoperation. Dies ist jedoch eine private Angelegenheit beider Staaten.

Ich antwortete heute Kaiser Wilhelm mit einem Telegramm, es sei notwendig, sich mit dem zugesandten Entwurf vertraut zu machen, und die Antwort werde in einigen Tagen erfolgen.

Infolgedessen bitte ich Sie, Graf, bei mir Freitag um 12 Uhr zu erscheinen. Die Angelegenheit muß allseitig beraten, und es muß ein für uns wünschenswerter Gegenentwurf abgefaßt werden.

Hierbei muß man wie immer die eigenen Interessen wahren und die Eigenliebe des Verfassers von der Gegenpartei schonen.

Nikolaus.

*) Übersetzung aus dem Französischen.

Bericht Lambsdorffs an Nicolai*).

Entwurf der Vorschläge:

Ihre Majestäten der Kaiser aller Reußen und der Deutsche Kaiser haben, um den Russisch-Japanischen Krieg möglichst zu lokalisieren, folgende Artikel eines Defensivbündnisses vereinbart.

Artikel I.

Falls eines der beiden Kaiserreiche von einer europäischen Macht angegriffen werden sollte, wird sein Verbündeter mit allen seinen Streitkräften zu Lande und zur See ihm beistehen. Vorkommendenfalls werden die beiden Verbündeten ebenso gemeinsame Sache machen, um Frankreich zur Beachtung der Verbindlichkeiten aufzufordern, die es nach dem Wortlaute des französisch-russischen Bündnisvertrages übernommen hat.

Änderungen.

Seine Majestät der Kaiser aller Reußen wird die notwendigen Schritte ergreifen, um Frankreich mit diesem Vertrage bekanntzumachen und es dazu zu bewegen, sich ihm in der Eigenschaft als Verbündeter anzuschließen.

Artikel II

Die beiden hohen Parteien verpflichten sich, keinen Separatfrieden mit irgendeinem gemeinsamen Feinde zu schließen.

Die hohen vertragschließenden Parteien usw. usw.

Artikel III

Die Verpflichtung zu gegenseitiger Hilfeleistung ist auch gültig in dem Falle, falls Handlungen, die von einer der beiden hohen vertragschließenden Parteien während des Krieges vollzogen worden sind, wie z. B. die Lieferung von Kohlen an einen der Kriegführenden, Reklamationen seitens

Die hohen vertragschließenden Parteien sind übereingekommen, gemeinsam zu handeln, falls die von einer von ihnen während des Krieges unternommenen Handlungen, wie zum Beispiel die Lieferung von Kohlen an einen der Kriegführenden, in der Folgezeit Einsprüche von seiten einer dritten

*) Übersetzung aus dem Französischen. Auf dem Original der von der Hand Lambsdorffs stammende Vermerk: „Vorgetragen und Allerhöchst genehmigt in Zarskoje Selo, 22. Oktober 1904“.

einer dritten Macht als angeblicher Verletzungen des Neutralitätsrechtes sollten veranlassen.

Macht wegen der angeblichen Verletzung der Rechte Neutraler hervorrufen sollten. Ihre Vereinbarung hat auch im Falle von Schwierigkeiten in Kraft zu bleiben, die während der Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Japan entstehen könnten.

Brief Osten-Sackens an Lambsdorff*).

Berlin, 22. Oktober/4. November 1904.

Persönlich.

Werter Graf!

Ihr Brief vom 14. Oktober, der den Befehl unseres erhabenen Monarchen enthielt, seiner hohen Zufriedenheit mit den von den deutschen Behörden getroffenen Maßnahmen zur Sicherung einer ungefährdeten Durchfahrt unseres Geschwaders durch das Baltische Meer Ausdruck zu verleihen, gab mir Gelegenheit, den Reichskanzler aufzusuchen.

Graf Bülow nahm mit lebhaftester Genugtuung meine Mitteilung entgegen und sagte, er werde sie gleich am nächsten Tage Kaiser Wilhelm übermitteln.

Im Verlaufe unserer Unterredung kam der Kanzler auf die Mitteilungen zu sprechen, die mir vor einigen Tagen Baron Holstein gemacht hatte und die ich Eurer Erlaucht in meinem sehr vertraulichen Briefe vom 14./27. Oktober übermittelt habe.

Ebenso wie Baron Holstein äußerte auch Graf Bülow, ihn beunruhige die Möglichkeit eines Einspruches des Kabinetts von St. James gegen die Kohlenversorgung unseres Baltischen Geschwaders durch deutsche Handelshäuser.

„Falls dieses einträfe — sagte mir der Reichskanzler — so wären wir offenbar gezwungen, bei dem St. Petersburger Kabinett anzufragen, ob wir diesen Einspruch ablehnen und so das Wagnis auf uns nehmen müssen, uns mit England in einen Krieg einzulassen und Ihr Verbündeter zu werden; oder würde Rußland es vorziehen, auf die Bequemlichkeit der Kohlenversorgung aus den Vorräten deutscher Handelsfirmen zu verzichten, denen wir in diesem Falle diesen Handel als unvereinbar mit der Neutralität Deutschlands verbieten müßten.“

Das nachfolgende Gespräch war im wesentlichen nur eine Wiederholung dessen, was mir bereits Baron Holstein gesagt hatte. Ich werde daher Euer Erlaucht nicht durch eine eingehende Wiedergabe der Worte des Reichskanzlers ermüden, um so weniger, als sich die Wahrscheinlichkeit englischer Einsprüche, wie ich bereits dem Grafen

*) Übersetzung aus dem Französischen.

Bülow sagte, in dem Maße verringert, wie unser Geschwader in seiner Fahrt vorwärts kommt.

Nicht ohne Verwunderung las ich in den Spalten der „Post“, die mir gegenüber geäußerten Gedanken Bülows und Holsteins über die Bemühungen Frankreichs, eine friedliche Lösung unserer Verwicklungen mit England zu finden. Die „Post“ erklärt dies ebenso wie die beiden deutschen Staatsmänner damit, daß Frankreich fürchte, im Falle eines Konfliktes zwischen uns und England zur Erfüllung seiner Bündnispflichten gezwungen zu sein.

In diesem Augenblick erfuhr ich auf Umwegen, daß der Aufsatz in der „Post“ vom Pressebüro des Auswärtigen Amtes inspiriert worden war.

Von welchen Erwägungen hat sich dieses Büro leiten lassen? Für mich ist dies unerklärlich.

Die Ereignisse von Hull haben hier wie in allen Ländern eine Pressefehde unter den Blättern hervorgerufen. Diese Fehde, die bei den ersten Mitteilungen über den Zwischenfall recht zurückhaltend war, hat in den folgenden Tagen nach dem Beispiel der englischen Presse einen stürmischeren Charakter angenommen, hauptsächlich in den Blättern der Fortschrittsparteien. Jedoch haben diese Blätter keinen Anklang bei dem vernünftig denkenden Teile der Bevölkerung gefunden und haben sowohl in den Hofkreisen als auch in der Armee eine entschiedene Ablehnung erfahren.

Die „Hamburger Nachrichten“ bemerken sehr vernünftig, Admiral Roshestwenski habe nicht anders handeln können, als wie er es getan, ohne die seinem Befehl anvertraute Flotte aufs Spiel zu setzen. Man müsse hoffen, daß die Arbeiten der Untersuchungskommission zu ihrem Ergebnis eine Anerkennung der Richtigkeit der Meldungen des Befehlshabers unseres Baltischen Geschwaders haben werden.

Genehmigen Sie usw.

Osten-Sacken.

Brief Lambsdorffs an Osten-Sacken*).

Sehr geheim und persönlich. St. Petersburg, 28. Oktober 1904.

Werter und verehrter Graf!

Gestatten Sie mir, Ihnen von Herzen für Ihren liebenswürdigen persönlichen Brief vom 22. Oktober (4. November) 1904 zu danken.

Ihre Unterredungen mit dem Grafen Bülow und Herrn Holstein sind sehr interessant, und als Ergänzung zu ihnen dienen die von Kaiser Wilhelm unmittelbar an unseren erhabenen Monarchen gerichteten Telegramme. Der intime Schriftwechsel zwischen beiden Herrschern ist gegenwärtig belebter und freundschaftlicher denn je. Man muß sich zu den aus Berlin ausgehenden für uns günstigen Vor-

*) Übersetzung aus dem Französischen.

schlägen sehr aufmerksam, gleichzeitig jedoch auch mit großer Vorsicht verhalten. Es ist klar, daß man die jetzigen Umstände ausnutzen will, um das Wesen unserer Verträge mit Frankreich festzustellen und genau zu erfahren, worauf wir von seiten unseres Bundesgenossen zu rechnen berechtigt sind. Ferner würde man nichts dagegen haben, uns ein wenig zu entzweien, indem man uns mißtrauisch macht und uns zwingt, die Franzosen in bestimmter Weise an die Wand zu drücken. In Berlin wäre man ersichtlich froh über eine Vermehrung und Verlängerung unserer Unstimmigkeiten mit England; das beste ist — Rußland vollständig zu isolieren vermittels rührender Versprechungen, durch die es sich veranlaßt sehen würde, sich ausschließlich Deutschland anzuvertrauen; dieses würde hierauf natürlich nicht die Gelegenheit versäumen, Rußland die ganze Schwere und den Preis dieser ehernen Banden fühlen zu lassen. Andererseits haben wir die Freundschaft unseres mächtigen Nachbarn ersichtlich nötig für die Sicherheit unserer ausgedehnten Grenze, für unsere Versorgung mit Kohlen und anderer Konterbande usw. usw. Alles dies muß ernstlich in Rechnung gestellt werden und man muß bemüht sein, unsere Beziehungen zu Berlin durch nichts zu verschlechtern, dabei aber auch Paris nicht außer acht zu lassen. Nur durch Bewahrung des Gleichgewichts wird es gelingen, in den Grenzen des Möglichen von beiden Seiten Vorteile zu erlangen.

Die akute Phase des Huller Zwischenfalls ist Gott sei Dank bereits vorüber; dennoch haben wir noch nicht alle Schwierigkeiten überwunden. Es ist zu hoffen, daß die Untersuchungskommission ohne besondere Schwierigkeiten zustande kommt und arbeiten wird. Falls die Aussagen unseren Seeleute durch unwiderlegliche Beweise bestätigt werden sollten, so wäre das in der Tat für uns ein großer Triumph.

Brief Osten-Sackens an Lambsdorff*).

Berlin, 4./17. November 1904.

Persönlich. Sehr geheim.

Werter Graf!

Ihr liebenswürdiger und so interessanter Brief vom 28. Oktober (10. November) d. J. hat auf mich großen Eindruck gemacht.

Als ich Sie von den Mitteilungen in Kenntnis setzte, die mir Baron Holstein gemacht hatte und die mir einige Tage darauf vom Kanzler selbst bestätigt wurden, konnte ich nicht umhin, die Hintergedanken zu begreifen, unter deren Einfluß diese Vorschläge gemacht worden waren.

Die Annäherung Englands an Frankreich, die auf seiten des Kabinetts von St. James von — allerdings unbestimmten — Versuchen begleitet war, von seiner feindseligen Haltung Rußland gegenüber

*) Übersetzung aus dem Französischen.

Abstand zu nehmen, beunruhigt sehr das Berliner Kabinett. Dieses ist der Ansicht, das Ziel der englischen Politik sei im gegenwärtigen Augenblicke die Isolierung Deutschlands.

Hierin würde eine reale Gefahr für Deutschland liegen. Dies ist der Grund, weshalb der Kanzler gewohntermaßen versucht, sich in diesen Plänen zurechtzufinden und, wenn solche existieren, ihre Ausführung rechtzeitig zu verhindern.

In der Tat, wenn die Versuche zur Verbesserung unserer Beziehungen zu England ernste Ergebnisse zeitigten, so hätte Deutschland Grund zu fürchten, diese Versuche, die von der bereits stattgefundenen Annäherung zwischen den Kabinetten von St. James und Paris begünstigt werden, könnten zu einem Dreibund führen, der für die deutschen Interessen gefährlich ist und die Sicherheit des Reiches bedroht.

Die Annahme ist durchaus zulässig, daß angesichts dieser drohenden Möglichkeit Herr Holstein den Gedanken faßte, sie vermittels einer Gegenkombination abzuwenden, und zwar durch einen Dreibund mit uns und Frankreich gegen England.

Der Augenblick konnte ihm infolge der Tatsache günstig erscheinen, daß unser Krieg mit Japan das Werk Englands war.

Dies ist die Ursache zu den Vorschlägen, die mir in diesen Tagen gemacht wurden und die Ihrem Briefe zufolge unserem erhabenen Monarchen bekannt waren. Dieser letzte Umstand beweist mir, für wie ernst das Berliner Kabinett die jetzige politische Lage ansieht.

Geneigt, den Grafen Bülow bis zu einem gewissen Grade für einen Anhänger Englands zu halten, war ich über das Einverständnis des Kanzlers mit den Plänen Baron Holsteins erstaunt, jedoch gestatten mir, wie es scheinen will, zwei neue Tatsachen, mich in seinem Spiele zurechtzufinden.

Bald nach meinen Zusammenkünften mit ihm und Holstein rühmte sich der englische Botschafter einem meiner Kollegen gegenüber, er werde nach neunjährigem Aufenthalt in Berlin zum erstenmal die Gelegenheit haben, mit dem geheimnisvollen Holstein, der „grauen Eminenz" (Eminence grise)*), wie man ihn hier nennt, bekannt zu werden, der für alle unsichtbar ist, jedoch die Fäden der deutschen Politik in seiner Hand hält.

Diese Bekanntschaft erfolgte am Tage vor der Abreise Sir Franc Lascelles auf Urlaub nach London, und in den heutigen englischen Blättern fand ich die Erklärung. Im „Daily Telegraph" vom 2./15. befindet sich ein Aufsatz, in dem von der Notwendigkeit für die englische Presse, den feindseligen Ton Deutschland gegenüber einzustellen, die Rede ist und in dem die englische Regierung aufgefordert wird, die bestehenden Beziehungen zwischen beiden Staaten friedlich

*) „Eminence grise" wurde der Ratgeber Richelieus, der Kapuziner Josef de Trembley (1577—1638) genannt.

zu gestalten. Dieser Aufsatz weist auf die guten Ergebnisse hin, die dieselbe Politik gegenüber Frankreich und Amerika gezeitigt hat.

Es ist dies also das ewige System des Gleichgewichts, zu dem Graf Bülow seine Zuflucht nimmt, bevor er einen bestimmten Weg einschlägt, und das ihm gestattet, immer zwei Pfeile im Köcher zu haben und einem vor dem andern nur nach reiflicher Überlegung den Vorzug zu geben.

Ich bin geneigt anzunehmen, die Kombination Holsteins habe dem Wunsche Kaiser Wilhelms entsprochen, während die Einmischung Sir Francs ein Kniff Bülows ist für den Fall, daß wir keine Neigung zeigen sollten, uns mit ersterer einverstanden zu erklären.

Ich übernehme es nicht, dem Wesen nach zu beurteilen, welche Bedeutung die Vorschläge, die man mich beauftragt hat Ihnen zu übermitteln, für unsere Interessen haben, und wollte in diesem Brief nur klarstellen, wie ernst die erwähnten Mitteilungen sind, auf die man nicht als auf gewöhnliche Phantasien sehen kann, die einer politischen Bedeutung bar wären. Sie, werter Graf, werden ihren Wert in bezug auf die Gesamtheit unserer politischen Interessen zu beurteilen haben.

Genehmigen Sie usw.

Osten-Sacken.

Brief Wilhelms an Nikolai *) [1]).

Neues Palais, 17. November **) 1904.

Liebster Nicky!

Dein freundlicher Brief zeigt mir abermals, daß die Lokalisierung des gegenwärtigen Krieges und die Vermeidung eines europäischen Krieges die leitenden Prinzipien unserer gemeinsamen Bemühungen sind. Ich bin so frei, von Deiner freundlichen Erlaubnis Gebrauch zu machen und in unserem gemeinsamen Interesse zwei Änderungen vorzuschlagen; eine soll meinen Vorschlag modifizieren, die andere betrifft Deine letzte Klausel.

Es wäre möglich, daß der Satz „afin de localiser la guerre russe-japonaise", wenn durch eine Veröffentlichung auf amtlichem oder durch eine Indiskretion auf geheimem Wege der Inhalt des Vertrages bekannt werden sollte, von anderen Mächten so ausgelegt werden könnte, als hätte er die Bedeutung, daß der Vertrag n u r dann in Kraft treten würde, falls England als Verbündeter Japans in den Krieg einträte, das heißt als eine ausschließlich gegen England gerichtete h e r a u s f o r d e r n d e Absicht. In Wirklichkeit und tatsächlich ist es auch so; aber „toute vérite n'est pas bonne à dire". Wir sehen jetzt die öffentliche Meinung in England in einem nervösen, fast an Wahnsinn

---

*) Übersetzung aus dem Englischen. Die Kopie des Briefes Nikolais ist weder im Romanowarchiv, noch im Geheimarchiv des Außenministeriums erhalten.

[1]) *Anmerkung der Schriftleitung: Der deutsche Text ist eine Übersetzung aus dem englischen Originaltext.*

**) Neuer Stil.

grenzenden Zustand, von dem man uns allen gerade jetzt einige erbauliche Beweise gegeben hat. In solcher Stimmung muß England eine direkte Herausforderung in diesem Vertrag erblicken und geradeswegs auf die Schlußkatastrophe hindrängen, die wir beide zu vermeiden oder mindestens hinauszuschieben versuchen. Darum schlage ich einen Satz vor, den Du selbst gebraucht hast: „afin d'assurer le maintien de la paix en Europe", der unserer Absicht vollkommen entspricht und unter keinen Umständen als Provokation betrachtet werden kann. Wir denken nur an uns selber und enthalten uns, auf irgend jemand mit Fingern zu deuten (was außerdem in der guten Gesellschaft als Mangel an Erziehung gilt). Niemand — mit einem reinen Gewissen N. B. — braucht sich durch einen solchen Vertrag beunruhigt zu fühlen, und es wird für die zornwütigen Jingoes in England schwer sein, aus einem Abschluß einen „casus belli" zu machen.

Diese Änderung im Wortlaut des Vertrages erfordert, meiner Meinung nach, eine gewisse zeitliche Beschränkung. Entweder eine kurze mit einer zu jeder Zeit des Jahres möglichen Kündigungsfrist, oder, wenn Dir das lieber ist, eine längere Gültigkeitsdauer. Die Verlängerung würde, für den Fall, — und dies ist mein heißes Hoffen — daß der Vertrag den Wünschen der beiden Nationen entspricht und ihnen zum Segen wird, ganz von selbst automatisch vor sich gehen. Dies kann genau nach Deinen Wünschen eingerichtet werden.

Die nächste Änderung bezieht sich auf die dem Vertrage neu hinzugefügte Schlußklausel. Man muß bedenken, daß, solltest Du z. B. eine Veröffentlichung des Vertrages nicht wünschen, Indiskretionen möglich sind — Mauern haben Ohren und Diplomaten Zungen, die wackeln —: unter solchen Umständen würde die Auslegung dieses Satzes die sein, ich hätte mich klipp und klar verpflichtet, Dir zum Schutze der Eroberungen Rußlands beizustehen, was auf eine sofortige Ersetzung des Artikels I in einem rein aggressiven Sinne hinauskommen würde. Das würde die ganze politische Welt zu der Annahme führen, daß wir — an Stelle einer Verteidigungsalliance — eine Art eingetragene Gesellschaft mit Annexionsabsichten gebildet haben, die möglicherweise noch geheime Abmachungen zum privaten Vorteil Deutschlands besitzt. Das daraus hervorgehende allgemeine Mißtrauen dürfte unsere gemeinsame Lage schwer gefährden, denn Amerika würde sich — was unter keinen Umständen erlaubt werden darf — sofort England anschließen, und zwar unter dem Verdacht, daß Rußland und Deutschland aggressive Operationen zur Förderung eigennütziger Zwecke zu unternehmen vor hätten. Es wird aber gerade die Hauptaufgabe der russischen und deutschen Diplomaten sein, Amerika von einer Verbindung mit England abzuhalten. Würde der Vertrag durch amtliche Veröffentlichung oder Indiskretionen bekannt, so muß Bülow — bei der Beantwortung von Anfragen im Parlament — in der Lage sein, zu erklären, daß keinerlei geheime Abmachungen bestehen, durch die die defensive Natur des Vertrages verletzt werden

könne, noch daß Deutschland — „au détriment des autres“ irgend etwas anderes zugesagt würde, das über die Hilfe zur Verteidigung des Friedens in Europa hinausginge, falls er von sonst einer Seite gefährdet wäre. Das ist der Grund für meinen Vorschlag zu einer anderen Fassung des Satzes. Die ausschlaggebende Idee dabei ist die fortgesetzte Polemik der russischen Presse während der letzten Monate gegen die Vermittlung eines Friedenskongresses, ähnlich wie im Jahre 1878, dessen abermalige Einberufung Eure Zeitungen fürchteten, — und es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß einige Mächte schon wieder nach dieser Richtung hinarbeiten, besonders Paris und London — und der alles, was in seiner Macht steht, aufbieten würde, um Sieger und Besiegte auf das gleiche Niveau zu bringen, und versuchen würde, den Sieger seiner Eroberungen und Vorteile zu berauben, wie 1878. Außerdem schließt dieser Satz in seiner neuen Form ein für allemal jede Möglichkeit für Deutschland aus, an einem derartigen Friedenskongreß teilzunehmen, und nimmt zu gleicher Zeit allen Übelwollenden und Kritikern die Gelegenheit zu unterstellen, daß wir ein anderes Ziel haben als das, den Frieden ohne Herausforderung zu halten. Dieses sind meine beiden Vorschläge, die ich mir erlaube, Deiner gütigen Zustimmung zu unterbreiten, die ihnen auch, wie ich hoffe, zuteil werden wird. Ich habe damit die Absicht zu verhindern, daß England an diesem Kriege aktiven Anteil nimmt und, wenn irgend möglich, zu verhüten, daß Amerika sich England anschließt.

Ich weiß nicht, ob Du es für notwendig hältst, die Geheimklausel (III) Frankreich mitzuteilen? Du kannst das ganz machen, wie Du willst, aber ich glaube, die anderen Artikel werden es verhindern, beiseite zu treten. Delcassé wird bestimmt die dem Sinne nach gegen den Kongreß gerichtete Tendenz sofort herausfinden, und wenn man bedenkt, daß er bereits zwischen Paris und London und mit anderen Mächten Verhandlungen aufgenommen hat, die die Einberufung eines Friedenskongresses zur Vermittlung bezwecken, wird er in eine schwierige Lage versetzt, da er dann gezwungen wäre, die schon begonnenen Verhandlungen plötzlich abzubrechen.

Zweifellos würden die Franzosen irgendeine andere Mächtegruppierung der der Dreier-Alliance von 1895 bedeutend vorziehen; wenn aber der russisch-deutsche Vertrag erst einmal eine T a t s a c h e geworden ist, wird er eine starke Anziehungskraft auf Frankreich ausüben, was Du ja auch in Deinem Telegramm vom 29. Oktober vorausgesehen hast, worin Du sagst: „Nachdem das Arrangement von uns aus angenommen worden ist, ist Frankreich genötigt, beizutreten.“ Es wird natürlich die Arbeit Deiner Diplomatie sein, die notwendigen Vereinbarungen mit Frankreich zu treffen, während Deutschland stille hinter Dir steht. Die demokratischen Zivilisten und Freimaurer Delcassé, Combes & Co., haben von einem Siege ebensoviel zu fürchten wie von einer Niederlage, und in dem Augenblick, wo sie erkennen, daß Frankreich nicht mehr neutral bleiben kann und unter dem Zwang

steht, sich auf die eine oder andere Seite zu schlagen, werden sie alles tun, um England davon abzuhalten, in den Krieg einzutreten. Schließlich würde ein ausgezeichnetes Mittel, die englische Anmaßung und Überheblichkeit abzukühlen, eine militärische Demonstration an der persisch-afghanischen Grenze sein, wohin Du, wie die Briten annehmen, während des Krieges Truppen zu senden, nicht die Macht hast. Selbst wenn die zur Verfügung stehenden Truppen nicht zu einem wirklichen Angriff auf Indien genügen sollten, werden sie für Persien — das keine Armee hat — ausreichen, und ein Druck an der indischen Grenze von Persien aus wird in England Wunder wirken und einen auffallend beruhigenden Einfluß auf die heißköpfigen Jingoes in England haben. Denn ich weiß und bin darüber unterrichtet, daß dies das einzige ist, was sie fürchten, und daß die Angst vor Deinem Eindringen nach Indien von Turkestan aus und nach Afghanistan von Persien aus die wirkliche und einzige Ursache ist, warum die Kanonen von Gibraltar und der britischen Flotte vor drei Wochen geschwiegen haben! Die indische Grenze und Afghanistan sind die einzigen Teile der Erdkugel, wo die gesamte britische Flotte für England unwirksam ist, und wo deren Geschütze gegen die der Eindringlinge machtlos sind. Indiens Verlust ist der Todesstoß für Großbritannien!

In dieser Weise wird hoffentlich unser Vertrag seinen Zweck erfüllen, den Frieden Europas zu erhalten. Sollten der revidierte Entwurf und die Motive dafür Deine Zustimmung finden, so kann die Unterzeichnung sofort erfolgen. Ich nehme an, daß Lambsdorff Deine Befehle zur Vorbereitung der Formalitäten erhalten wird. Gott gebe, daß wir den rechten Weg gefunden haben, die Schrecken des Krieges einzudämmen und spende unseren Plänen seinen Segen. Mit herzlichsten Grüßen an Alix bin ich, liebster Nicky, immer Dein

Dir zugetaner Vetter und Freund

Willy.

Vertragsentwurf*).

Ihre Majestäten, der Kaiser aller Reußen und der Deutsche Kaiser haben zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa folgende Artikel eines Defensivbündnisses vereinbart.

Artikel I.

Falls eines der beiden Kaiserreiche von einer europäischen Macht angegriffen werden sollte, wird sein Verbündeter mit allen seinen Streitkräften zu Lande und zur See ihm beistehen. Seine Majestät der Kaiser aller Reußen wird die nötigen Schritte unternehmen, um Frankreich in diese Abmachung einzuweihen und es verpflichten, sich als Verbündeter anzuschließen.

*) Übersetzung aus dem Französischen.

Artikel II.

Die hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich, keinen Separatfrieden mit irgendeinem gemeinsamen Feinde abzuschließen.

Artikel III.

Der gegenwärtige Vertrag bleibt in Kraft, solange er nicht ein Jahr im voraus gekündigt wird.

Geheimartikel.

Die hohen vertragschließenden Parteien sind übereingekommen, gemeinsame Sache zu machen, falls Handlungen, die während des (gegenwärtigen?) Krieges von einer derselben vollzogen worden sind, wie z. B. die Lieferung von Kohlen an einen der Kriegführenden, Proteste von seiten einer dritten Macht als angebliche Verletzungen des Neutralitätsrechtes veranlassen sollten.

Aus dem Wortlaute des ersten Satzes des Artikels I ergibt sich, daß Deutschland an keiner Aktion, wie immer, teilnehmen wird, die eine feindselige Tendenz gegen Rußland enthalten sollte.

Telegramm Nicolais an Wilhelm*)[1].

Ohne Datum.[2])

Ehe ich das letzte Projekt zeichne, erachte ich es als angemessen, es Frankreich zu unterbreiten. Solange es nicht unterzeichnet ist, kann man einzelne Veränderungen im Text anbringen, während es den Anschein haben würde, daß wir versuchten, den Vertrag Frankreich aufzuzwingen, wenn er von uns beiden schon bestätigt wäre. In diesem Fall könnte leicht ein Mißlingen eintreten.

Ich erbitte deshalb Deine Zustimmung, um der französischen Regierung von diesem Projekt Kenntnis zu geben, und sobald ich ihre Antwort habe, werde ich sie Dir telegraphisch mitteilen. Nicky.

Aus einem Telegramm Wilhelms an Nicolai[3]) [4]).

Aus Moschen bei Kujava,
13./26. November 1904.

Tausend Dank für Dein Telegramm. Du hast mir einen neuen Beweis Deiner vollkommenen Loyalität gegeben, indem Du Dich ent-

*) Übersetzung aus dem Englischen

[1]) *Anmerkung der Schriftleitung: Der deutsche Text ist eine Übersetzung aus dem englischen Griginaltext. Text dieses Telegramms in der „Correspondance entre Guillaume II et Nicolas II 1894—1914“, Seite 132 ff., veröffentlicht.*

[2]) *Das Telegramm zeigt den Abgangsvermerk: Zarskoje Selo, den 23. November 1904, 12 Uhr 30.*

[3]) *Anmerkung der Schriftleitung: Der Brief ist bereits abgedruckt in „The Memoirs of Alexander Iswolsky“, Edited and Translated by Charles Louis Seeger, London.*

[4]) *Anmerkung der Schriftleitung: Der deutsche Text ist eine Übersetzung aus dem englischen Originaltext.*

schlossest, den Vertrag Frankreich nicht ohne meine Zustimmung zu unterbreiten. Ich bin jedoch überzeugt, daß es absolut gefährlich wäre, Frankreich zu benachrichtigen, ehe wir beide unterzeichnet haben. Die Wirkung wäre derjenigen, die wir wünschen, diametral entgegengesetzt. Nur die absolut unleugbare Einsicht, daß wir beide durch den Vertrag gebunden sind uns gegenseitig Hilfe zu gewähren, könnte Frankreich bestimmen auf England einen Druck auszuüben, um es zu bestimmen, ruhig und friedlich zu bleiben aus Angst Frankreich in eine gefährliche Situation zu stoßen. Wenn Frankreich wüßte, daß ein deutsch-russischer Vertrag lediglich in Vorbereitung und noch nicht unterzeichnet ist, würde es unverzüglich England benachrichtigen, seine Freundin — und vielleicht sein geheimer Verbündeter —, mit der es durch die Entente cordiale verbunden ist. Das Resultat wäre zweifellos ein sofortiger Angriff Englands und Japans gegen Deutschland in Europa sowohl als in Asien. Seine ungeheure Überlegenheit zur See würde meine kleine Flotte rasch unterkriegen und Deutschland wäre für eine gewisse Zeit lahmgelegt.

Das würde das Gleichgewicht der Welt zu unserm beiderseitigen Nachteil umstürzen, und später, wenn Du Deine Friedensverhandlungen beginnen würdest, würde es Dich zum Spielball Japans und seiner Freunde machen, die triumphieren könnten, Dich unterbekommen zu haben.

Es war mein spezieller Wunsch, und wenn ich es richtig verstanden habe, ebenfall Deine Ansicht dieses bedrohte Gleichgewicht der Welt durch diese Abmachung zwischen Rußland, Deutschland und Frankreich zu erhalten und zu stärken. Das ist nur möglich, wenn unser Vertrag vorher vollzogene Tatsache wird und wenn wir uns in vollkommener Übereinstimmung in bezug auf alle Punkte befinden. Eine vorherige Benachrichtung Frankreichs würde zu einer Katastrophe führen.

Wenn Du es jedoch für unmöglich halten solltest mit mir einen Vertrag zu schließen ohne vorherige Zustimmung Frankreichs, dann wäre es besser darauf zu verzichten, irgendeinen Vertrag zu schließen. Natürlich werde ich vollkommenes Stillschweigen bewahren in bezug auf unsere Unterredungen, und Du wirst dasselbe tun. Genau wie Du nur Lambsdorff informiert hast, habe ich nur mit Bülow darüber gesprochen, der das vollkommenste Geheimnis bewahrt. Unsere gegenseitigen Beziehungen und Gefühle werden die nämlichen bleiben wie in der Vergangenheit und ich werde fortfahren zu versuchen Dir nützlich zu sein, soweit es mir meine Sicherheit erlaubt. Dein Neutralitätsvertrag ist mir durch den Kaiser von Österreich mitgeteilt worden, und ich danke Dir für Dein Telegramm, das mich ebenfalls darüber unterrichtet. Ich finde den Vertrag sehr vernünftig, und er findet meine volle Zustimmung. Beste Grüße

Willy.

Bericht des russischen Außenministers an den Zaren*).

Entwurf.

Analyse einiger Punkte der Telegramme und Briefe Kaiser Wilhelms.

Die politischen Umstände des gegenwärtigen Augenblicks weisen auf die Notwendigkeit einer gewissen Übereinkunft zwischen den Mächten hin, die den europäischen Frieden aufrechterhalten wollen. In seinem Telegramm vom 13./26. November äußert S. M. Kaiser Wilhelm nochmals die Überzeugung, daß das beste Mittel zur Herstellung des politischen Gleichgewichts ein Abkommen zwischen Rußland, Deutschland und Frankreich wäre. In der Tat; ein Bündnis dieser drei kontinentalen Großmächte wäre ein Unterpfand für die Sicherheit einer jeden von ihnen und für den allgemeinen Frieden. Die persönlichen Freundschaftsbeziehungen zwischen den Monarchen Rußlands und Deutschlands und die bestehenden überlieferten Beziehungen zwischen den beiden Nachbarreichen sind eine genügende Gewähr ihrer Solidarität und ihres vollen Einvernehmens, selbst in dem Falle, daß dieses letztere durch keinerlei Schriftstücke bestätigt sein sollte. Schwieriger ist es, Frankreich in dem Maße, in welchem seine Beteiligung wünschenswert erscheint, hierzu heranzuziehen.

Der Deutsche Kaiser ist der Ansicht, Frankreich neige in so hohem Maße zu England, daß es sogar sein „heimlicher Verbündeter" sei. Diese Vermutung wird indessen durch die sehr positiven Angaben, die wir über die Pläne unseres Verbündeten besitzen, nicht bestätigt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die französische Regierung infolge vieler handelsmäßiger, finanzieller und anderer Erwägungen gute Beziehungen zur englischen Regierung zu unterhalten wünscht; wir haben jedoch vollen Grund zur Annahme, daß sie nicht damit einverstanden wäre, die Beziehungen, die Frankreich und Rußland verbinden, leichtsinnig gegen ein Bündnis mit England einzutauschen.

Der Deutsche Kaiser ist der Ansicht, man könne die französische Regierung nur dadurch dazu bewegen, einen besänftigenden Einfluß auf England auszuüben, daß man ihr das Bestehen eines in aller Form abgeschlossenen und unterzeichneten Vertrages zwischen Deutschland und Rußland mitteilt. Seine Majestät behauptet, die Tatsache des Abschlusses eines derartigen Vertrages selbst würde nicht diesen Eindruck hervorrufen und nicht die gefährlichen Folgen nach sich ziehen, die sich als unvermeidlich erweisen würden, falls nur ein Entwurf eines derartigen Vertrages bekannt würde. Nach allem, was uns über die Stimmung unseres Verbündeten bekannt ist, sind wir im Gegenteil der Ansicht, man müsse ihn, um ihn zu gemeinsamen Handlungen mit Ruß-

*) Übersetzung aus dem Französischen. Der Bericht mit dem Vermerk von Nikolaus ist im Geheimarchiv nicht vorhanden. Der Entwurf ist auf der Schreibmaschine geschrieben. Auf dem Schriftstück befindet sich von der Hand Lambsdorffs die Aufschrift: „Seiner Majestät unterbreitet am 15. November. Von Seiner Kaiserl. Majestät zurückgegeben am 25. November 1904".

land und Deutschland zu bewegen, vorsichtig dahin bringen, sich mit unseren, ihrem Wesen nach friedlichen und defensiven Absichten solidarisch zu erklären. Zur Erreichung dieses Zieles erscheint es wünschenswert, daß Rußland, indem es als Freund und Verbündeter nicht durch Einschüchterung, sondern durch die Kraft der Überzeugung handelt, Frankreich die in der anliegenden Notiz niedergelegten Gedanken mitteilen und erfahren könnte, wie es sich hierzu verhalten würde. Ein derartiger vorhergehender Schritt würde, falis man ihn mit der wünschenswerten Vorsicht ausführte, Frankreich zur Wahrung der Verschwiegenheit verpflichten, um die man es gebeten hätte. Etwas ganz anderes würde sich aber angesichts eines Vertrages ergeben, der ohne Frankreichs Wissen abgeschlossen und unterzeichnet wäre und dessen Bedingungen zu berücksichtigen man ihm anheimgeben würde. Eine derartige Forderung, entweder anzunehmen oder abzulehnen (de prendre ou de laisser), könnte Frankreich eher in die Arme Englands treiben.

Bei Unterzeichnung irgendeines Abkommens muß man es sich mit um so größerer Genauigkeit klar machen, wieweit einem die Erfüllung der zu übernehmenden Verpflichtungen möglich ist, eine je größere Bedeutung man diesem Abkommen beimißt. Im Entwurf des Dualvertrages lautet Artikel 1 dahin, daß „der Kaiser von Rußland Frankreich vorschlagen wird, sich diesem Abkommen in der Eigenschaft als Verbündeter anzuschließen“. Wäre es nicht vorzuziehen, vor Unterzeichnung dieses Vertrages festzustellen, inwieweit dieses Ziel erreichbar ist? Falls man plötzlich auf eine Teilnahme Frankreichs verzichten müßte, so müssen die Bedingungen des geplanten Dualvertrages notwendigerweise umgearbeitet werden; indem wir jedoch die Freundschaftsbeziehungen zwischen Frankreich und Rußland in Betracht ziehen, halten wir es für mehr als wahrscheinlich, daß das beste Mittel, um Frankreich zur Annahme des von Kaiser Wilhelm so vorzüglich erdachten Planes zu bewegen, sein wird, Frankreich zuerst freundschaftlich Sympathie für diesen großen politischen Gedanken im ganzen einzuflößen und es sodann in die Einzelheiten einzuweihen.

Notiz über die sehr vertraulichen Mitteilungen, die der französichen Regierung gemacht werden können*).

Die feindselige und herausfordernde Politik, die die englische Regierung unter dem Einfluß der kopfscheu gemachten Presse und der öffentlichen Meinung Englands den anderen Mächten gegenüber anzuwenden immer häufiger für notwendig erachtet, hat in Kaiser Wilhelm und mir die Befürchtung ausgelöst, der europäische Frieden könnte plötzlich verletzt werden aus Anlaß eines beliebigen Zwischenfalles in der Frage der Konterbande, der Rechte der neutralen Mächte oder aus irgendeinem anderen Anlasse, eines Zwischenfalls, den die

*) Übersetzung aus dem Französischen.

englische Anmaßung in verhängnisvoller Weise in einen Konflikt verwandeln würde. Um dieser Gefahr vorzubeugen, halten wir den Abschluß eines ausschließlich defensiven Vertrages für notwendig, der den beiden Nachbarreichen gegenseitig eine tatkräftige Unterstützung (Hilfe zu Wasser und zu Lande) durch eines von ihnen für den Fall zu gewährleisten hätte, daß das andere von seiten irgendeiner dritten europäischen Macht angegriffen werden sollte. Ein derartiger Vertrag, dessen Einzelheiten noch festzulegen sind, könnte tatsächlich als nützliche, wenn nicht einzige Zügel für eine Macht dienen, die sich sogar dann außerhalb jeder Gefahr erachtet, wenn sie selbst die Rechte anderer verletzt und sich nicht für verpflichtet erachtet, diesen Rechten irgendwie Rechnung zu tragen. Wir wollten jedoch nicht diesen Plan verwirklichen, ohne ihn vorher Frankreich bekanntgegeben und es aufgefordert zu haben, sich ihm anzuschließen.

Dieses Tripelabkommen, dessen ungeheure Bedeutung besonders unter den jetzigen Umständen zutage treten dürfte, würde eine politische Lage schaffen, die für Frankreich ersichtlich nicht ungünstig wäre; gleichzeitig könnte es zur Festigung des Friedens beitragen, den in Europa zu erhalten Rußland und sein Verbündeter sowohl im eigenen Interesse als auch zum Wohle der gesamten Menschheit wünschen.

Die Verpflichtung zur unbedingten Verschwiegenheit versteht sich von selbst.

Aus einem Brief Wilhelms an Nikolai*) [1].

21. Dezember 1904.

Meine Meinung über den Vertrag ist noch dieselbe; es ist unmöglich, Frankreich in unser Vertrauen zu ziehen, bevor wir zu einer definitven Regelung gekommen sind. Loubet und Delcassé sind zweifellos erfahrene Staatsmänner, aber da sie keine Fürsten oder Kaiser sind, bin ich nicht in der Lage, sie — in einer Vertrauensfrage wie dieser — auf denselben Fuß zu stellen wie Dich, meinesgleichen, meinen Vetter und Freund.

Solltest Du es aber für geboten halten, die französische Regierung mit unseren Verhandlungen bekannt zu machen, bevor wir zu definitiver Übereinkunft gelangt, so betrachte ich es für alle in Frage kommenden Parteien als besser, in unserer jetzigen Haltung gegenseitiger Unabhängigkeit und freiwilliger Förderung unserer beiderseitigen Ziele, soweit es die Lage erlauben wird, zu beharren. Ich vertraue fest darauf, und glaube, daß die Hoffnungen, einander nützen zu können, sich nicht nur während des Krieges erfüllen werden, sondern auch nachher, während der Friedensverhandlungen, denn unsere Interessen im Fernen Osten sind in mehr als einer Hinsicht identisch.

***) Übersetzung aus dem Englischen.**

[1]) *Anmerkung der Schriftleitung: Der deutsche Text ist eine Übersetzung aus dem englischen Originaltext.*

Vertrag.

Björkoe*), 11./24. Juli 1905.

Leurs Majestés de toutes les Russies et de l'Allemagne, afin d'assurer le maintien de la paix en Europe, ont arrêté les Articles suivants d'un traité d'Alliance défensive.

Article I.

En cas où l'un des deux Empires serait attaqué par une Puissance Européenne son allié l'aidera en Europe de toutes ses forces de terre et de mer.

Article II.

Les hautes parties contractantes s'engagent à ne conclure de paix séparée avec aucun adversaire commun.

Article III.

Le présent traité entrera en vigueur aussitôt que la paix entre la Russie et le Japon sera conclue, et restera valide tout qu'il ne sera pas denoncé une année à l'avance.

Article IV.

L'Empereur de toutes les Russies, après l'entrée en vigueur de ce traité, fera les démarches nécessaires pour initier la France à cet accord et l'engager à s'y associer comme alliée.

Wilhelm I. R.[1]) Nicolas.
von Tschirschky und Bögendorf. A. Birilew.

Anmerkung der Schriftleitung: Im Original französischer und russischer Wortlaut.

Vertrag.

Björkoe, 11./24. Juli 1905.

Ihre Kaiserliche Majestäten der Kaiser von Rußland einerseits und der Deutsche Kaiser andererseits vereinbarten, um den Frieden in Europa zu sichern, folgende Punkte eines Traktats über ein Defensivbündnis.

Punkt 1: Im Falle eines Angriffes auf eines der beiden Reiche seitens einer europäischen Macht verpflichtet sich jeder Verbündete, mit allen seinen Land- und Seestreitkräften dem andern Hilfe zu leisten.

Punkt 2: Die hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich, keinen Separatfrieden mit einem gemeinsamen Gegner zu schließen.

Punkt 3: Der gegenwärtige Vertrag erlangt seine Kraft von dem Augenblick an, an dem zwischen Rußland und Japan ein Frieden ver-

*) Der Vertrag ist auf einem Bogen Postpapier mit dem Stempel „Polarstern" geschrieben.

[1]) Imperator Rex.

einbart wird, und er bleibt in Kraft, solange derselbe nicht mit einjähriger Frist gekündigt worden ist.

Punkt 4: Nachdem dieser Vertrag in Kraft getreten sein wird, unternimmt es der Kaiser aller Reußen, Frankreich mit seinem Inhalt bekannt zu machen und ihm den Vorschlag zu unterbreiten, sich dem Vertrage der Bundesgenossen anzuschließen.

Wilhelm I. R.	Nikolaus.
v. Tschirschky und Bögendorf.	A. Birilew.

Aus einem Brief des russischen Botschafters in Paris Nelidow an Lambsdorff*)

vom 27. Juli (9. August) 1905 aus Château Gion.

Das letzte, was ich vor meiner Abreise aus Paris tat, war, Herrn Rouvier den Inhalt Ihrer Depesche, betreffend die Zusammenkunft in Björkoe mitzuteilen. Der Minister war mit dieser freundschaftlichen Mitteilung sehr zufrieden, wenn er mir gegenüber auch wiederholte, daß er diesbezüglich nicht die geringsten Befürchtungen gehegt habe. Er gestand mir übrigens, daß er kurze Zeit befremdet gewesen sei, als Herr Witte, dem er von den ersten Gerüchten über die Zusammenkunft Mitteilung gemacht, ihm gesagt habe, daß er diesen Gerüchten keinen Glauben schenke, während wenige Stunden später die Zusammenkunft vollzogene Tatsache gewesen sei. Ihr Brief, dessen Inhalt Herr Witte fast wörtlich wiedergab, kam gerade zur rechten Zeit, um auch den leisesten Zweifel zu zerstreuen.

Als wir von Marokko und dem neuen Kurs der französischen Politik sprachen, gestand Herr Rouvier, daß er niemals geglaubt habe, dieses könne das tatsächliche Ziel des Verhaltens des Deutschen Kaisers in der letzten Zeit gewesen sein. Er strebt danach, mit der Politik des Herrn Delcassé Schluß zu machen.

Der Minister versicherte mir, daß die Grundlage der von ihm angestrebten Politik das Bündnis mit Rußland bleiben müsse; Frankreich bedarf keines anderen. „Worin unterscheidet sich meine Politik von der Politik meines Vorgängers? — sagte er mir. — Dadurch, daß ich sowohl zu England, wie zu Deutschland gute Beziehungen herstellen will, wobei wir aber nicht die Absicht haben, mit letzterem ein engeres Abkommen zu treffen, wie wir andererseits auch nicht gewillt sind, das zwischen uns und England schon bestehende Einvernehmen abzuschwächen.“ Auch auf meine Bemerkung, daß einige Zeitungen so weit gehen, von einem deutschen Bündnis zu sprechen, erwiderte Herr Rouvier heftig, daß das „absolut unmöglich“ sein würde. Er sagte mir, daß es ihm außerordentlich wünschenswert erscheine, unter allen Umständen einen Krieg in Europa zwischen den europäischen Mächten zu vermeiden. Und hier sprach er einen Gedanken aus, der eines zum

*) Übersetzung aus dem Französischen.

Außenminister gewordenen Finanziers würdig ist: „In früheren Zeiten war es leicht, Krieg zu führen, da die Kosten aus den vorhandenen Mitteln bestritten wurden. Solange Geld da war, wurde gekämpft; waren die Mittel erschöpft, wurde Frieden geschlossen. Heutzutage basiert alles auf Kredit. Alle Nationen sind durch den Kredit eng miteinander verknüpft. Ein Krieg in anderen Weltteilen wird in Europa noch nicht allzu sehr empfunden. Der Ausbruch eines solchen aber hier bei uns wäre gleichbedeutend mit einem allgemeinen Krach und Zusammenbruch. Alle würden ruiniert werden. Aus diesem Grunde sehe ich in einem europäischen Kriege das größte Unglück, das eintreten könnte und Pflicht jeder Regierung ist es, alles dran zu setzen, um einen solchen zu verhindern."

Brief Lambsdorffs an Nelidow*).

Überaus geheim und
streng vertraulich.

St. Petersburg, den 1. September 1905.

Herr Botschafter!

Ew. Exzellenz ist es bekannt, wie hoch unser Erlauchtester Monarch die 1891 so glücklich zustande gekommenen Beziehungen zu dem uns befreundeten und verbündeten Frankreich einschätzt; Ihre Tätigkeit als Botschafter in Paris hat wesentlich zur Befestigung dieser Beziehungen beigetragen. Indem unser Erlauchtester Monarch, getreu dem Prinzip, daß beide Regierungen zu einer Verständigung in allen den allgemeinen Frieden bedrohenden Fragen kommen werden, die Rußland mit Frankreich verknüpfenden Bande als die unerschütterliche Grundlage seiner Politik ansieht, ist er der Ansicht, daß es unter den augenblicklichen Umständen im allgemeinen Interesse überaus wünschenswert wäre, ein streng defensives Bündnis zwischen einigen großen Kontinentalmächten zu schließen, um sie vor dem Überfall irgendeiner anderen europäischen Macht zu sichern.

Unser Erlauchtester Monarch ist überzeugt, daß Kaiser Wilhelm ungeachtet der in der letzten Zeit zwischen Deutschland und Frankreich bestehenden Kontroversen einen Anschluß Frankreichs an ein solches Abkommen zwischen der russischen und deutschen Regierung warm begrüßen würde.

Es ist dies eine Frage von großer Delikatesse und bevor man ihr näher tritt, bedarf es einer durchaus sorgfältigen Sondierung des Bodens in Paris, sowie der Feststellung, ob Frankreich überhaupt seine Zustimmung zum Anschluß erteilen würde und in welcher Form der letztere erfolgen könnte. Seine Majestät rechnet auf Ihre Erfahrung und Ihre so oft erprobte Kunst, die uns die Antwort auf diese wichtigen streng geheim zu haltenden Fragen erteilen könnte.

Genehmigen Sie usw. Lambsdorff.

*) Übersetzung aus dem Französischen.

Brief Nelidows an Lambsdorff*).

Persönlich.
Streng geheim.

Paris, 8./21. September 1905.

Herr Minister!

Mit besonderer Aufmerksamkeit und außerordentlichem Interesse habe ich von dem Inhalt des streng geheimen und persönlichen Briefes, mit dem Ew. Erlaucht mich am 1. September beehrten, Kenntnis genommen. Er berührt eine so wichtige und so große Sorgfalt erfordernde Frage, daß ich es für meine Pflicht hielt, ihn mit besonderer Aufmerksamkeit zu lesen und allseitig durchzustudieren, um mich des Vertrauens, welches Sie auf Befehl unseres Erlauchtesten Monarchen in mich setzen, würdig zu erweisen. Infolgedessen gestatte ich mir ergebenst und vollkommen aufrichtig meine Meinung auszusprechen, wie sich die französische Regierung zu der Möglichkeit eines Defensivbündnisses zwischen einigen großen Kontinentalmächten mit dem Zweck, sie vor dem Überfall einer anderen europäischen Macht zu sichern, verhalten würde. Ein solches Bündnis wäre gegen England gerichtet. Aber zwischen Frankreich und England besteht ein, im April vorigen Jahres geschlossenes Bündnis, welches Frankreich nicht nur vor einem Überfall, sondern auch vor einem Konflikt mit seinem Nachbarn jenseits des Kanals sichert. Jedes gegen England gerichtete Bündnis mit anderen Mächten würde eine Schwächung dieses Bündnisses zur Folge haben. Dieses Bündnis hat für Frankreich großen Wert und muß es um so mehr haben, als die hauptsächlichste und wichtigste Garantie seiner Sicherheit — das Bündnis mit uns — infolge unserer politischen Schwächung ein wenig von seiner Bedeutung verloren hat.

Man darf auf der anderen Seite nicht übersehen, daß Frankreich, welches am meisten die Notwendigkeit, die Waffen zu ergreifen, fürchtet, bei einem Anschluß an das vorgeschlagene Bündnis, Gefahr laufen würde, in einen Krieg hineingezogen zu werden, der nicht nur in keinem seiner direkten Interessen liegen, sondern vielen und zudem lebenswichtigen Interessen bedrohlich werden würde.

Endlich könnte dieser Krieg Frankreich dahin führen, die Interessen Deutschlands, zu dem seine Beziehungen keineswegs befriedigend sind, gegen England zu verteidigen, wo doch die Freundschaft mit letzterem in Frankreich immer höher eingeschätzt wird und neben dem Bündnis mit Rußland die Grundlage seiner gegenwärtigen Politik bildet.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein Anschluß der französischen Republik an das russisch-deutsche Bündnis bei Kaiser Wilhelm große Befriedigung auslösen würde. Aber ein solcher Anschluß wäre für Frankreich gleichbedeutend mit einer Abkehr von allen Ansprüchen und der Hoffnung auf Revanche, einer Hoffnung, die, wenn auch ein

*) Übersetzung aus dem Französischen. Auf dem Original befindet sich eine mit Blaustift gemachte Randbemerkung Nikolai Romanows.

Traum, doch den patriotischen Aufschwung der nationalen Wiedergeburt, welche die radikalen Parteien, Freimaurer und Internationalisten so gern vernichten möchten, unterstützte.

Ich bin daher überzeugt, daß der leichteste Hinweis auf ein solches Bündnis nicht nur nicht das geringste praktische Resultat haben würde, sondern das absolute Vertrauen erschüttern könnte, welches ich mit allen Kräften in unseren Beziehungen zu Frankreich herzustellen bemüht war, weil man hier darin eine Unhöflichkeit, wenn nicht eine Nichtachtung gegenüber den wirklichen Bestrebungen und Lebensinteressen eines verbündeten Landes sehen würde.

Mehr noch. Um einen solchen Umschwung in der politischen Orientierung herbeizuführen, müßte Frankreich an der Spitze seiner Regierung einen Staatsmann haben, der fähig wäre, die Verantwortung für eine so radikale Maßnahme auf sich zu nehmen und der sich ihrer Tragweite voll bewußt wäre. Aber selbstverständlich wird weder Herr Loubet am Ende seiner siebenjährigen Amtszeit gewillt sein, einen völlig neuen und sehr kühnen Weg in den internationalen Beziehungen einzuschlagen, noch auch Herr Rouvier, ein Neuling in der Politik, seiner persönlichen Position wenig vertrauend, ohne die Autorität und Erfahrung, die zur Ausführung einer solchen Aufgabe erforderlich ist.

Nichtsdestoweniger werde ich dieser wichtigen Frage weiter nachgehen, wenn auch meiner Ansicht nach dieser Plan an und für sich viele Seiten hat, die überaus sorgfältig geprüft werden müssen.

Ich werde mir erlauben Ew. Erlaucht einige diesbezüglichen Kombinationen zu unterbreiten, sobald sich hierzu ein glücklicher Zeitpunkt bietet. Genehmigen Sie bitte, Herr Minister usw.

Nelidow.

Brief Lambsdorffs an Nelidow.

Ganz persönlich. Donnerstag, den 15./28. September 1905.

Teurer und verehrter Alexander Iwanowitsch.

Ich spreche Ihnen meinen wärmsten Dank aus für Ihren lieben persönlichen und streng geheimen Brief, den ich schleunigst dem Kaiser zur Durchsicht übergeben habe; welchen Eindruck er auf unseren Erlauchtesten Monarchen gemacht hat, kann ich Ihnen noch nicht sagen, da Ihre Majestäten für einige Tage nach den finnländischen Schären gefahren sind und ihren Aufenthalt auf „hoher See“ verlängert haben, so daß ich zwei Dienstage keinen persönlichen Vortrag gehalten habe.

Ich bin voll Ungeduld, ob Ihre weiteren Sondierungen sich freundlicher gestalten werden, zweifle aber stark, daß die Franzosen einem, wenn auch nur defensiven Vertrag mit der Spitze gegen England beitreten werden.

G a n z u n t e r u n s scheint es mir, als ob man in Björkoe ein wenig unvorsichtig und sich über die wahren Ziele Kaiser Wilhelms nicht im Klaren gewesen ist: völlige Zerstörung des französisch-

russischen Bündnisses und Versuch uns in Paris und London endgültig zu kompromittieren.

Ein isoliertes und unweigerlich von Deutschland abhängiges Rußland — das ist sein längst gehegter Traum. Er war bestrebt, Herrn Delcassé zu entfernen, da er in ihm ein Hindernis sah, und ich glaube, daß er aus demselben Grunde über mein Verschwinden entzückt wäre. Ich will nicht leugnen, daß ich ein Anhänger eines möglichst guten Einvernehmens mit Deutschland bin, aber unter der Voraussetzung der Aufrechterhaltung unseres Bündnisses mit Frankreich; das letztere aufzugeben um den Preis einer zweifelhaften und schwer zu verwirklichenden Kombination dreier Mächte, erscheint mir eine falsche Politik. Wenn wir gewillt sind, die Sache der Deutschen zu betreiben, so zweifle ich, daß die Franzosen da mitgehen werden, und keine Regierung der Republik dürfte stark genug sein, einen solchen Versuch zu unternehmen.

Verzeihen Sie mein Geschreibsel. Die Ankunft meines lieben Freundes Witte nimmt mir heute viel Zeit.

Einen herzlichen Gruß von Ihrem aufrichtig ergebenen

Lambsdorff.

Brief Nelidows an Lambsdorff*).

Persönlich. Ganz geheim.

Paris den 22. September (5. Oktober) 1905.

Herr Minister.

Da sich mir die Möglichkeit bot, die in Ihrem ganz geheimen Brief vom 1. September angeschnittenen Fragen weiter zu verfolgen, so halte ich es für meine Pflicht, Ew. Erlaucht hierüber zu berichten.

Diese Möglichkeit ergab sich durch Herrn Rouvier selbst in einer Unterhaltung, die ich mit ihm gestern abend führte. Er war überrascht, daß ein großer Teil der russischen Presse und viele englische Zeitungen für eine Verständigung zwischen den Regierungen in Petersburg und London eintreten, als Folge des russisch-japanischen Bündnisvertrages. Diese Lösung wäre natürlich, sagte er mir, am geeignetsten den Frieden zu sichern, dessen Rußland vielleicht mehr bedarf als andere Mächte. Nach seiner Ansicht wird unser Kaiserreich nach den während des letzten Krieges ausgestandenen Prüfungen und wegen der ernsten inneren Krise selbstverständlich im Augenblick nicht an neue Eroberungen denken, aus welchem Grunde es, ohne etwas zu verlieren, sich mit England über die gegenseitigen Interessen in Asien verständigen kann.

Ich entgegnete dem Minister, daß neben dieser Tendenz, die natürlich ihre Anhänger in der russischen Presse und in der Gesellschaft hat, eine andere Richtung vorhanden ist, die ihr Echo in kompetenten Kreisen findet. Das englisch-japanische Traktat begründet ohne Frage

*) Übersetzung aus dem Französischen. Auf dem Original befindet sich eine Randbemerkung Nikolai Romanows.

eine Hegemonie der Seemächte und wird dadurch zu einer Gefahr für alle übrigen, deren Interessen daher gefährdet erscheinen. Es wäre daher gut eine Liga der Kontinentalmächte zu bilden, die, England und Japan entgegengestellt, das Gleichgewicht der Kräfte wiederherstellen würde.

Ich erinnerte Herrn Rouvier bei dieser Gelegenheit daran, daß der Gedanke einer solchen Liga nicht neu sei: schon Napoleon I. dachte sich ihrer zu bedienen, als Druckmittel auf dasselbe England, das zu einer Gefahr für die ganze Welt wird. Frankreich wäre vielleicht nicht weniger als Rußland und Deutschland daran interessiert, eine Garantie für die Sicherheit seiner Besitzungen, besonders der außereuropäischen zu haben. Der Minister erwiderte mir, daß die letzteren immer im Machtbereich der übermächtigen Seestreitkräfte der beiden verbündeten Seemächte, zu denen sich gegebenenfalls auch Amerika gesellen würde, bleiben würden, während dem Europäischen Kontinent keinerlei Gefahr drohe.

„Im übrigen — schloß er — haben wir ein Bündnis und das genügt uns: das sind Sie. Und wir sind gewillt, daran festzuhalten. Keinesfalls wollen wir uns aber in irgendwelche Kombinationen einlassen. Wir sind mit England und Italien befreundet, wir wünschen mit Deutschland in guten Beziehungen zu leben und ich glaube, daß ich mir einiges Verdienst daran zuschreiben kann, wenn es zwischen uns zu einer Entspannug und Annäherung gekommen ist. Aber ebensowenig sind wir geneigt, ein Bündnis mit Berlin einzugehen, wie uns noch enger an London anzuschließen.“

Ich bemühte mich, Herr Minister, darzutun, daß mein Standpunkt von einem Teil unserer Presse geteilt wird und seine Anhänger in Rußland hat.

Aus diesem glaube ich mit noch größerer Bestimmtheit den Schluß ziehen zu können, daß Frankreich in keinem Falle gewillt ist, einer Kombination beizutreten, die, wie mir Herr Rouvier sagte, zu einer Teilung der Mächte in zwei Lager führen würde und sie dadurch einer noch größeren Konfliktsgefahr aussetzen würde, die nur zu leicht zu einem allgemeinen Brande werden könnte.

Genehmigen Sie usw. Nelidow.

Brief Nelidows an Lambsdorff*).

Ganz persönlich und streng geheim. Paris, den 22. September (5. Oktober) 1905.

Teurer und hochverehrter Graf!

Ich kann Sie nicht genug versichern, wie glücklich ich war, aus Ihrem so interessanten „ganz persönlichen“ Brief vom 15./28. die Über-

*) Übersetzung aus dem Französischen. Auf dem Original befindet sich eine Randbemerkung Nikolai Romanows mit Rotstift.

zeugung zu gewinnen, daß meine Ansichten über die augenblickliche politische Lage vollkommen mit den Ihrigen übereinstimmen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir Gefahr laufen, in die Abhängigkeit von Deutschland zu geraten, wenn wir durch den Abschluß eines Bündnisses mit diesem das Bündnis mit Frankreich zerstören bei gleichzeitiger Fortdauer eines schlechten Verhältnisses zu England. Wir können dann um der schönen Augen Kaiser Wilhelms wegen in einen Krieg mit England und Japan hineingezogen werden, in dem wir viel verlieren können. Das Bündnis mit Frankreich hindert uns keinesfalls, mit Deutschland in guten Beziehungen zu bleiben und zu einer Verständigung oder mindestens zu einer Klärung mit London zu kommen, während wir bei Übernahme von Verpflichtungen Berlin gegenüber riskieren, entgegen unserem Wunsche und um fremder Interessen willen in Konflikte hineingezogen zu werden, bei denen wir ohne Zweifel die Unterstützung Frankreichs verlieren.

Die Sache liegt so, daß die Tätigkeitssphären Deutschlands und Englands uns gegenüber verschieden sind. Mit letzterem kollidieren wir in Asien, wo Deutschland uns in keiner Weise helfen kann, während gleichzeitig England unsere europäischen Interessen in keinem Falle bedroht.

Mit Deutschland kommen wir ausschließlich auf dem Kontinent in Berührung und dessen Handelskonkurrenz mit England tangiert uns nicht direkt. Unser hauptsächlichstes Interesse besteht darin, außerhalb des möglichen oder wahrscheinlichen Konflikts zwischen jenen beiden zu bleiben, ohne direkt die Folgen eines solchen zu spüren, und dabei gute Beziehungen zu beiden aufrechtzuerhalten.

In einem Gespräch, das ich hier mit Graf Witte führte, schien er einem Bündnis mit Deutschland nicht abgeneigt, denn er sagte: „Alle verbünden sich, aber wir bleiben allein“. Das trifft aber nur in dem Falle zu, wenn wir das Bündnis mit Frankreich aufgeben und uns Deutschland in die Arme werfen, was gleichbedeutend mit unserer völligen Isolierung hinsichtlich des Schutzes unserer Interessen in Asien wäre. Aber, was Graf Witte mit seinem scharfen Verstande ebenfalls zugibt, ist die Notwendigkeit einer Verständigung mit London. Diese muß meiner Ansicht nach ohne Verzögerung herbeigeführt werden, bevor wir irgendwelche anderen Verpflichtungen eingehen. Diese Verständigung bedeutete für uns eine Sicherheit, die jede andere Kombination hinfällig machen würde. Verzeihen Sie, teurer Graf, diese schnell hingeworfenen Gedankengänge. Ich wäre sehr glücklich, wenn sie Ihre Zustimmung finden würden und zu einer Klärung der schwierigen Lage führten, die für uns entstanden ist und die eine allseitige Beleuchtung erfordert.

Genehmigen Sie usw.

Nelidow.

Brief Lambsdorffs an Nelidow*).

Ganz geheim und persönlich. Petersburg, den 23. September 1905.

Herr Botschafter!

Ich verfehlte nicht, den ganz geheimen Brief Ew. Exzellenz vom 8./21. September d. J. dem Kaiser zur Begutachtung vorzulegen. Nach der Rückkehr aus den Finnländischen Schären geruhte Seine Majestät, mir seine Anweisungen zu den in diesem Dokument angeschnittenen Fragen zu erteilen.

Unser Erlauchtester Monarch geruhte, einige persönliche Bemerkungen Ew. Exzellenz als richtig zu befinden, aber Seine Kaiserliche Majestät ist der Ansicht, daß wir nichtsdestoweniger bemüht sein müssen, die französische Regierung zu einem Defensivbündnis mit Rußland und Deutschland heranzuziehen. Dieses Bündnis würde dem uns befreundeten und verbündeten Lande nur Vorteile bringen. Je höher man einen Vertrag einschätzt, um so mehr ist man bestrebt, ihn zu befestigen, indem man ihm eine Form gibt, die der augenblicklichen Situation am meisten entspricht. Wir sind keineswegs gewillt, die Grundlagen unseres Abkommens aus den Jahren 1891/93 aufzugeben, aber wir können nicht umhin, die grundlegenden Veränderungen anzuerkennen, die in der politischen Lage Europas seitdem eingetreten sind.

Es ist Tatsache, daß wir seit dem Entstehen der berühmten Friedensliga — dem gegen Frankreich und Rußland gerichteten Dreibund — zu einer Verständigung kommen mußten, um die uns drohenden Gefahren abzuwenden, und wir unterschrieben die Verpflichtungen, die uns im Laufe von 15 Jahren erfolgreich gegen diese Gefahren geschützt haben. Heute ist der Dreibund in Wirklichkeit nur noch eine historische Reminiszenz, und das damals am aggressivsten erscheinende Deutschland plant hartnäckig eine Verbindung mit uns, um a u s s c h l i e ß l i c h d e s F r i e d e n s w e g e n ein einheitliches Bündnis der Kontinentalmächte zu bilden, das geeignet ist, den englischen Bestrebungen, die ihre prägnante Bestätigung in dem neuen englisch-japanischen Traktat finden, ein Paroli zu bieten. Die Abänderung unseres Vertrages mit Frankreich gemäß den augenblicklichen Bedingungen der Weltpolitik scheint daher nicht weniger im Interesse des uns befreundeten und verbündeten Frankreichs, als auch Rußlands selbst zu liegen. Eine Durchsicht ist keine Vernichtung, im Gegenteil, sie führt zur Vervollkommnung und Festigung. In Wirklichkeit droht Frankreich zweifellos die einzige Angriffsgefahr nur von seiten Deutschlands. Wäre es daher nicht vernünftig und zweckentsprechend, sich durch ein gemeinsam mit Rußland abgeschlossenes Defensivbündnis nach dieser Richtung hin zu sichern? Allerdings dürfte sich das Pariser Kabinett in Anbetracht seines „herzlichen Einvernehmens" („entente cordiale") mit England in einer schwierigen Lage befinden. In dieser Beziehung können wir

*) Übersetzung aus dem Französischen.

erklären, daß das Einvernehmen ohne Hindernis neben dem Defensivbündnis mit Rußland und Deutschland bestehen bleiben könnte, daß aber das letztere natürlich eine große praktische Bedeutung erlangen wird. Im übrigen dürfte dem „herzlichen Einvernehmen“ mit England keine längere Lebensdauer beschieden sein als Rosen, indem es in der Erinnerung nur mehr oder weniger Dornen hinterlassen wird.

Es liegt somit unserem Erlauchtesten Monarchen daran, daß Sie mit der Ihnen eigenen Kunst vorsichtig alles mögliche tun, um Frankreich zu einem strengen Defensivbündnis zwischen Rußland und Deutschland zu bewegen. Sowie das Pariser Kabinett sein Einverständnis erklärt, können wir an die Redaktion des Vertragstextes gehen.

Genehmigen Sie usw. Lambsdorff.

Aus einem Brief Nikolais an Wilhelm*).

Ohne Datum[1]).

Es ist Dir selbstverständlich bekannt, daß der Porthsmouther Friedensvertrag in einigen Tagen ratifiziert wird. Unser Björkoeabkommen muß dann in Kraft treten. Es ist erforderlich, dieses im höchsten Grade wertvolle Dokument noch zu unterstreichen und zu dem Zwecke zu erläutern, damit allen interessierten Parteien die Möglichkeit gegeben wird, ihre Verpflichtungen ehrlich und mutig auszuführen.

Vor allem kommt es darauf an, Frankreich zu unserem Defensivbündnis heranzuziehen und gemäß Abs. 4 des Björkoevertrages eine Kontinentalliga zu bilden.

Wenn aber Frankreich einen Anschluß an uns ablehnt, so würde nicht nur der Abs. 4 in Fortfall kommen, sondern auch der ganze Sinn des Abs. 1 sich von Grund aus ändern, da die Verpflichtungen, von denen er in seiner gegenwärtigen Redaktion spricht, (auf) andere europäische Mächte betreffen (hinweisen)[2]), darunter auch den Bundesgenossen Rußlands, Frankreich.

Während Deiner Anwesenheit in Björkoe hatte ich die von meinem Vater unterschriebenen Dokumente nicht bei mir, welche klar die Prinzipien unseres Bündnisses mit Frankreich aufzeigen und natürlich alles ausschließen, was zu einem Konflikt mit diesem führen könnte.

Bei dem Versuche, festzustellen, ob es möglich sein würde, die französische Regierung zum Anschluß an unser Abkommen zu bewegen, stellte sich bei den ersten Schritten heraus, daß dieses eine schwierige Aufgabe ist, und daß es langer Zeit bedarf, um dieselbe hierzu freiwillig geneigt zu machen. Frankreich könnte sonst in die Arme des Gegners getrieben werden, wobei es vielleicht die Vorschläge nicht

*) Übersetzung aus dem Englischen.

1) *Anmerkung der Schriftleitung: Das Datum des aus Peterhof stammenden Briefes ist 24. September/7. Oktober 1905.*

2) Im Original sind beide Wörter übereinandergeschrieben.

geheimhalten würde. Ich glaube daher, daß das Björkoeabkommen nicht fruher ins Leben gerufen werden soll (in Kraft treten soll)[1], als bis wir erfahren, wie sich Frankreich zu demselben verhält. Sofern das letztere einen Anschluß an unsere Reiche absolut ablehnt, wird es erforderlich sein, die Redaktion von Abs. 1 und 4 so abzuändern, daß sie vollstandig den Verpflichtungen Rußlands Frankreich gegenüber seit dem Entstehen des Dreibundes im Jahre 1890 entsprechen.

Brief Lambsdorffs an Nelidow*).

Streng persönlich. Montag, den 26. September (9. Oktober) 1905.

Teurer und hochverehrter Alexander Iwanowitsch!

Mein diesen Zeilen beiliegendes offizielles Schreiben war auf Allerhöchsten Befehl schon geschrieben, als ich gestern das wichtige Paket empfing, daß Sie unserem ordentlichen Kurier anvertraut haben.

Ich bin glücklich, feststellen zu können, daß wir in unseren Ansichten übereinstimmen, und bitte Sie, mir zu glauben, daß sich mein Standpunkt hinsichtlich des russisch-französisch-deutschen Bündnisses nicht im geringsten geändert hat; damit Sie sich aber ein vollkommen klares Bild davon machen können, was hier vor sich geht, sehe ich mich veranlaßt, Ihnen *persönlich* eine Mitteilung zu machen, die ich Sie *für sich* zu behalten und auch in Ihren Briefen nicht zu erwähnen bitte. Die Mitteilung muß ein *vollkommenes Geheimnis* bleiben. Ich muß Ihnen mitteilen, daß Kaiser Wilhelm schon seit einem Jahr unserem armen Erlauchtesten Monarchen zusetzt, zu zweien den Vertrag über ein Defensivbündnis zu unterschreiben und Frankreich als unseren Bundesgenossen zum Anschluß zu verpflichten. Es ist mir gelungen, diesen plumpen Versuch zu verhindern, indem ich dem Kaiser zu verstehen gab, daß das wichtigste, wenn nicht alleinige Ziel Wilhelms darin besteht, uns mit Frankreich zu entzweien und auf unsere Kosten *selbst* aus der isolierten Lage herauszukommen. Auf Grund langjähriger Erfahrung bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß das Bündnis mit *Frankreich* nötig ist, um wirklich gute Beziehungen zu Deutschland zu haben. Andernfalls verlieren wir die Unabhängigkeit; „denn ich kenne nichts Schwereres als das deutsche Joch." Ohne die herzlichsten Beziehungen zu Berlin aufzugeben, haben wir alle Versuche, uns zu kompromittieren, überaus taktisch zurückgewiesen. Aber jetzt während der verhängnisvollen Zusammenkunft in Björkoe ist es Kaiser Wilhelm mit Hilfe niedriger Schmeichelei gelungen, unserem teuren Kaiser die Überzeugung beizubringen, daß er allein sein wahrer Freund und seine Stütze sei, und daß die einzige Rettung für Rußland und Europa in einem neuen Dreibunde bestehe, dem sich Frankreich seiner Meinung nach sehr gerne anschließen wird; er hat darauf den Kaiser dazu gebracht, eine Art

[1]) Im Original sind beide Ausdrücke beibehalten.

*) Übersetzung aus dem Französischen.

Vertrag über ein Defensivbündnis mit Deutschland gegen jede europäische Macht, die das eine der beiden Reiche angreift, zu unterschreiben. Hierbei hat Wilhelm es verstanden, dem Kaiser das Wort abzunehmen, den Inhalt des Unterschriebenen vor allen (hiervon bin ich die erste Ausnahme) geheim zu halten und erst nach dem Abschluß unseres Friedens mit Japan in Kraft treten zu lassen.

Unser Erlauchtester Monarch bekannte mir alles dieses vor der Abreise nach Finnland am 30. August (12. September). Ich gestand Seiner Kaiserlichen Majestät ganz offen, daß man ihn zu etwas ganz Unwahrscheinlichem gezwungen habe, und daß die von ihm übernommenen Verpflichtungen in einem „wenig schönen Widerspruch" zu den Verpflichtungen stehen, die von seinem Erlauchtesten Vater in den Jahren 1891/93 Frankreich gegenüber übernommen worden sind. Es ist daher erforderlich, vor der Ratifizierung des Porthsmouther Vertrages Kaiser Wilhelm dahin zu bringen, seinen Vertrag in der Weise abzuändern, daß der letztere in keiner Beziehung zu Frankreich steht, oder die französische Regierung zur Durchsicht unseres Bündnisvertrages zu bewegen, und zwar im Sinne einer mehr oder weniger engen Anlehnung an den augenscheinlich gegen England gerichteten Defensivdreibund.

Ich verhelte dem Kaiser meine Zweifel an dem Erfolge eines solchen Versuches nicht, aber Seine Majestät antwortete mir unter dem Eindruck der herrlichen Versicherungen Wilhelms: „Trotzdem glaube ich, daß man, wenn man die Sache gewandt anfaßt, dies erreichen kann."

Dieses war der Anlaß meines beiliegenden offiziellen Schreibens. Auf meine Bitte hin hat der Kaiser vorläufig an den Deutschen Kaiser geschrieben und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß das in Björkoe unterschriebene Dokument nicht eher in Kraft treten kann, als bis die in Frankreich gemachten Versuche den Standpunkt der französischen Regierung klarstellen oder die von den beiden Kaisern im Juli 1905 festgesetzten Bedingungen entsprechend unseren seit der Begründung des Dreibundes — Friedensliga — bestehenden Verpflichtungen Frankreich gegenüber abgeändert sind.

Da haben Sie, teurer Alexander Iwanowitsch, das neue Kuddelmuddel, in das wir nach so vielen seltsamen Abenteuern der letzten zwei Jahre mir nichts, dir nichts hineingeraten sind. Sie können sich vorstellen, wie tröstlich das ist!

Nun kommt es darauf an, mit möglichst geringem Schaden da herauszukommen. Ohne Zweifel wird dieser Rückzug Kaiser Wilhelm sehr erzürnen, und wird er nicht mit der ihn auszeichnenden Wahllosigkeit seiner Mittel versuchen, in Paris und London für Rußland schädliche Machenschaften anzuzetteln? Die Hauptsache ist, alles daran zu setzen, um unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich zu erhalten und zu sichern. Ich bin überzeugt, daß Sie es verstehen werden, jede Verstimmung in Paris uns gegenüber abzuwenden. Ein Bruch des

Bündnisses Rußlands mit Frankreich wäre ein wahres Unglück, vor dem Sie unseren geliebten Herrscher und unser Vaterland, das so viel schwere Prüfungen ertragen hat, bewahren mögen.

Verzeihen Sie dieses furchtbare Geschmiere, das ich Sie nach dem Lesen zu vernichten bitte. Ich eile, die Gelegenheit wahrzunehmen, die sich mir durch die Abreise Herrn Gorjainows nach Paris bietet.

Einen herzlichen Gruß von Ihrem aufrichtig und ganz ergebenen

Lambsdorff.

Aus einem Brief Lambsdorffs an Nelidow*).

Donnerstag, den 29. September (12. Oktober) 1905.

Meinem Brief, den Ihnen vor zwei Tagen Herr Gorjainow überbracht hat, habe ich fast nichts hinzuzufügen. Der Kaiser hat an Wilhelm II. alles nötige geschrieben und ihn darauf aufmerksam gemacht, daß Seine Majestät das in Björkoe unterschriebene Dokument nicht als in Kraft getreten ansehen kann, bevor nicht die Absichten des verbündeten Frankreichs vorsichtig aber eingehend klargestellt sind oder der Text des obenerwähnten Dokuments in einem Sinne umgearbeitet ist, der unseren Verpflichtungen gegenüber der uns befreundeten und verbündeten Macht nicht widerspricht.

Unser Erlauchtester Monarch zweifelt nicht daran, daß der Deutsche Kaiser sich mit seinen Ansichten vollkommen einverstanden erklären wird; ich für meine Person bin davon keineswegs so überzeugt. Das unvermeidliche Resultat wird eine mehr oder weniger empfindliche Abkühlung sein. Die Hauptsache ist, daß dieser ganze betrübliche Wirrwarr keinen Eindruck in Paris macht und dort vollständig unbekannt bleibt.

Telegramm Wilhelms an Nikolai**) [1].

(Vom 29. September 1905 aus Glücksburg/Ostsee.)

Das Inkrafttreten des Vertrags — so wie wir ihn in Björkoe abgeschlossen haben — ist dem französisch-russischen Bündnis nicht zuwider, soweit dieses natürlich nicht gegen mein Land gerichtet ist.

Anderseits gehen die Verpflichtungen Rußlands gegen Frankreich nur bis zu dem Punkt, den Frankreich auf Grund seiner Haltung verdient. Dein Verbündeter hat Dich aber nun während des ganzen Krieges in offensichtlicher Weise verlassen, während Deutschland Dich in jeder Hinsicht unterstützte, in dem Rahmen, wie der Respekt der Neutralität es erlaubte. Das legt Rußland uns gegenüber eine moralische Verpflichtung auf. Do ut des.

---

*) Übersetzung aus dem Französischen.

**) Übersetzung aus dem Englischen.

1) *Anmerkung der Schriftleitung: Der deutsche Text ist eine Übersetzung aus dem englischen Originaltext.*

Inzwischen haben die Indiskretionen Delcassés der Welt gezeigt, daß Frankreich, trotzdem es der Verbündete Rußlands ist, nichtsdestoweniger mit England eine Abmachung getroffen hat und drauf und dran war, mit Hilfe Englands Deutschland plötzlich zu überfallen, mitten im Frieden, während ich mein möglichstes tat, um Dich und Dein Land, das sein Verbündeter war, zu unterstützen.

Das ist eine Erfahrung, die es nicht wieder machen soll und gegen deren Wiederholung ich das Recht habe, zu erwarten, daß Du mich schützest.

Ich erkenne mit Dir, daß es Zeit, Arbeit und Geduld braucht, um Frankreich zu veranlassen, sich uns anzuschließen, aber die vernünftigen Leute werden es in der Zukunft verstehen, sich Gehör zu verschaffen.

Unsere marokkanische Angelegenheit ist zu meiner vollkommenen Zufriedenstellung geregelt, so daß das Terrain zu einer bessern Verständigung zwischen uns vorbereitet ist. Unser Vertrag bietet uns eine ausgezeichnete Basis, auf der man bauen kann.

Wir haben uns unsere Hände gereicht, wir haben vor Gott, der unsern Schwur gehört hat, unsere Unterschrift gegeben; ich denke also, daß der Vertrag sehr wohl lebensfähig sein kann.

Aber wenn Du gewisse Veränderungen im Wortlaut willst, in den Klauseln oder in den Reserven betreffend die Zukunft oder gewisse Fälle — wie z. B. die absolute Weigerung Frankreichs, die wahrscheinlich ist — so werde ich glücklich sein, die Vorschläge, die Du für gut befindest mir zu unterbreiten, kennen zu lernen. Bis Du mir sie unterbreitet hast und wir uns darüber verständigt haben, sollen wir den Vertrag, so wie er ist, gutheißen. Die Gesamtheit Deiner Meinungspresse, Nowosti, Nowoie Wremia, Russ etc. ist seit zwei Wochen heftig germanophob und anglophil geworden. Sie sind zweifellos durch große Summen englischen Geldes gekauft worden. Das stimmt mein Volk sorgenvoll und schadet den Beziehungen, die seit kurzem zwischen unsern beiden Ländern enger wurden, außerordentlich. Alle diese Ereignisse zeigen, daß die Zeiten unruhig sind und daß es gilt, klare Entscheidungen zu treffen; der Vertrag, den wir unterzeichnet haben, bildet ein Mittel, um auf dem rechten Weg zu bleiben, ohne Deiner Allianz, wie sie ist, zu nahe zu treten. Was unterzeichnet ist, ist unterzeichnet, und Gott ist unser Zeuge. Ich erwarte Deine Vorschläge. Herzliche Grüße an Alix. Willy.

Brief Nelidows an Lambsdorff*).

Persönlich ganz geheim. Nr. 1. Paris, 2./15. Oktober 1905.

Herr Minister!

Ihr geheimes und ganz persönliches Schreiben vom 23. September, welches mir durch Herrn Gorjainow zu übersenden Ew. Erlaucht

---

*) Übersetzung aus dem Französischen. Auf dem Original ein Vermerk Lambsdorffs: „Erhalten am 7. Oktober 1905“ und eine Randbemerkung N. Romanows mit Blaustift.

genehm war, kreuzte sich mit meinen Briefen, die ich an Sie zu schicken am 22. die Ehre hatte. Die letzteren enthielten nämlich gerade Erläuterungen zu einigen wichtigen Punkten, welche die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland betreffen.

Seitdem haben sich die gegenseitigen Beziehungen beider Mächte noch mehr zugespitzt. Die vom „Matin“ veröffentlichten Kommentare zu den Umständen, die zum Rücktritt des Herrn Delcassé geführt haben, die hierauf folgenden Marokkoverhandlungen, sowie die süßlichen Unterhaltungen des Fürsten Bülow mit einem der Tempsredakteure haben sehr ungünstig auf die durch den langsamen und schleppenden Gang der Verhandlungen schon genügend erregte öffentliche Meinung Frankreichs eingewirkt. Alle erkannten klar, daß die Haltung der Deutschen den Zweck hatte, Frankreich einzuschüchtern und zu verwirren, es England zu entfremden und dasselbe durch Einbeziehung in den Kreis der deutschen Politik auch von Rußland zu entfernen, so daß das Bündnis mit diesem für Frankreich nutzlos geworden wäre. Man darf nämlich nicht vergessen, daß dieses offen gegen Deutschland gerichtete Bündnis für Frankreich besonders wichtig war, da es eine Garantie gegen einen Überfall von Osten her bot. Sowie diese Gefahr schwindet, verliert das Bündnis seine Bedeutung. Daher denkt man hier weniger als je an eine Verständigung mit Deutschland und von einem Bündnis kann keine Rede sein. Herr Delcassé, mit dem ich mich in diesen Tagen lange unterhielt, überzeugte mich vollständig in dieser Hinsicht, indem er hinzufügte, daß kein französischer Minister es wagen würde, irgendeine Frankreich an Deutschland bindende Kombination in Vorschlag zu bringen. Ein solcher würde unverzüglich gestürzt werden. So groß ist das Mißtrauen, um nicht zu sagen die Feindschaft zu dem Nachbarreich und seinem Kaiser geworden. Man will mit ihm in Frieden leben, jeden Anlaß zu Mißverständnissen vermeiden, durch gegenseitige Übereinkunft die Marokkoschwierigkeiten beenden, anläßlich derer eine Verständigung so schwer war, aber weiter könnte niemand gehen, und es wäre unvorsichtig, Frankreich in dieser Richtung zu drängen.

In Anbetracht des kategorischen Wunsches unseres Erlauchtesten Monarchen vor allem unser Bündnis mit Frankreich unangetastet zu erhalten, hielt ich es bei den gegenwärtigen Umständen für meine Pflicht, Herr Minister, als aufrichtiger Untertan seiner Kaiserlichen Majestät äußerst vorsichtig zu sein und mich aller Vorschläge an Herrn Rouvier, betreffend Durchsicht unserer Abkommen aus den Jahren 1891/93 zwecks Heranziehung Deutschlands zu denselben, zu enthalten. Ein solcher Vorschlag wäre in den Augen der Franzosen gleichbedeutend mit einer Abkehr von dem Bündnis und könnte für uns die traurigsten Folgen nach sich ziehen. Ein solcher Vorschlag wäre in Wahrheit auch zwecklos, nachdem ich den Standpunkt des Herrn Rouvier über den Continentalbund kennen gelernt und eine abschlägige Antwort erhalten habe, worüber ich Ihnen bereits in meinem ganz

geheimen Schreiben vom 22. September berichtete. Ich halte es für erforderlich hinzuzufügen, daß der Außenminister, indem er die Möglichkeit einer solchen Kombination ablehnte, mir sagte, Graf Witte habe diese Frage schon in einem Gespräch mit ihm berührt. In der Folge erfuhr ich, daß dieses auf den Vorsitzenden des Ministerrats einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht habe, welcher Eindruck noch verstärkt worden sei durch ein Gespräch des Grafen Witte mit dem Redakteur des „Temps", dem gegenüber Witte Kaiser Wilhelm sehr gelobt und sich über die französische Presse beklagt hat. Dieses hat hier alle überhaupt sehr aufgeregt.

Die mehr als je zuvor erregte öffentliche Meinung Frankreichs ist auf der Hut und das geringste Hervortreten unsererseits im Interesse Deutschlands würde sie natürlich endgültig in Aufregung und Verwirrung bringen. Wenn eine derartige Stimmung anhalten und man das Bündnis mit Rußland als schwankend ansehen würde, wäre eine noch engere Annäherung zwischen Frankreich und England zu erwarten, während wir doch wissen, daß das Bündnis dieser zwei Mächte sich für uns in der Mitte des vorigen Jahrhunderts in den uns unmittelbar betreffenden Fragen, besonders der östlichen, verhängnisvoll erwiesen hat.

Alle neuen Kombinationen, die an die Stelle der gegenwärtigen, uns augenblicklich eine so ruhige Lage in Europa gewährleistenden, treten möchten, könnten für uns in jedem Falle gefährlich werden, wo wir doch nach Beendigung des so unglücklichen Krieges mitten in einer überaus ernsten inneren Krise steckend vor allem bestrebt sein müssen, neue Komplikationen unter allen Umständen zu vermeiden.

Ich gestatte mir, Ew. Erlaucht in diesem Anlaß noch eine Erwägung zu unterbreiten. Wir sind z. Zt. in Frankreich mit der Vorbereitung einer kolossalen Finanzoperation beschäftigt. Selbtsverständlich veranlaßt nicht nur die Sympathie die Franzosen, uns ihre Ersparnisse anzuvertrauen. Sie placieren ihr Kapital vorteilhaft und sicher. Aber im gegebenen Falle spielt die politische Freundschaft eine große Rolle. Wenn wir auch nur ganz leicht die Grundlagen unseres selbstverständlich gegen Deutschland gerichteten Bündnisses antasten würden, wäre ein Umschlag der öffentlichen Stimmung die sofortige Folge. Unsere Feinde würden triumphieren und die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, den aufglimmenden Mißtrauensfunken anzufachen, so daß unserer Anleihe nicht nur ein Mißerfolg drohen, sondern sie überhaupt nicht zustande kommen könnte.

Wir sollen also unsere eigene Sicherheit gefährden, um das Deutsche Reich vor der Feindschaft der Engländer zu sichern, denn ein, wenn auch nur defensives Bündis mit Deutschland würde unsere Sicherheit ganz gewiß auch in Asien, wo Deutschland uns in nichts helfen kann, gefährden, während England uns in Europa keineswegs bedroht.

Ich bitte Sie, Herr Minister, mir zu verzeihen, wenn ich diese Erwägungen mit einer Offenheit, zu der ich mich gegenüber meinem

Kaiser und dem, der unter seiner Leitung die Außenpolitik unseres Vaterlandes führt, für verpflichtet halte, hier niederlege.

Alle meine obigen Ausführungen resultieren aus einer tiefen Überzeugung, die sich auf ein gewissenhaftes Studium der Frage gründet.

In vollem Vertrauen auf die wohlwollende und geneigte Begutachtung durch Ew. Erlaucht bitte ich usw. Nelidow.

Brief Nelidows an Lambsdorff*).

Persönlich. Ganz Geheim Nr. 2. Paris, den 5./18. Oktober 1905.

Herr Minister! Mein Brief Nr. 1 war abgeschrieben und ich wartete nur auf die Gelegenheit, ihn zu befördern, als sich mir die Möglichkeit bot, Herrn Rouvier zu sprechen, den ich wegen seiner Abwesenheit von mehreren Tagen und meiner Krankheit nicht gesehen hatte. Unser Gespräch hatte einen ganz intimen Charakter und ich hielt diese Gelegenheit für besonders günstig, um, natürlich mit großer Vorsicht, noch einmal seinen Standpunkt betreffend die Möglichkeit der Einbeziehung Deutschlands in unser Bündnis mit Frankreich kennenzulernen.

Wir sprachen von der Marokkoangelegenheit, von den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, von dem englisch-japanischen Traktat und von dem in London geäußerten Wunsche, mit uns in diesbezügliche Verhandlungen einzutreten. Der Minister versprach mir seine volle Unterstützung für den Fall, daß die Hilfe der französischen Diplomatie uns irgendwie nützlich sein könnte.

Ich verhehlte nicht, daß bei uns ein großes Mißtrauen gegenüber England und der Dauerhaftigkeit der mit diesem abzuschließenden Abkommen besteht. Ich konnte mich nicht enthalten, bei dieser Gelegenheit, natürlich ohne Namensnennung, die bissige und poetische Äußerung Ew. Erlaucht von den Rosen und Dornen wiederzugeben, die ihm sehr gefiel. „Aber sind Sie nicht selbst“, sagte ich ihm, „ganz überzeugt, daß England ungeachtet des bindenden Abkommens Ihnen eines schönen Tages große Unannehmlichkeiten bereiten wird. Finden Sie nicht, daß es gut wäre, Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, um das englisch-japanische Abkommen unschädlich zu machen, dergestalt, daß man ihm eine Liga der Kontinentalmächte entgegenstellt?“

„Wir haben nichts von den Engländern zu erwarten“, antwortete mir Herr Rouvier, „wir haben ihnen das konzidiert, was sie faktisch schon besaßen, und für uns ist es sehr schwer, davon Besitz zu ergreifen, wozu die Genehmigung gegeben worden ist. Ein Bund der Kontinentalmächte, so stark er auch auf dem Festland sein würde, wäre machtlos gegenüber den Angriffsplänen, die die Engländer und Japaner hinsichtlich ihrer Überseebesitzungen haben mögen. Wir sind im übrigen

*) Übersetzung aus dem Französischen. Auf dem Original ein Vermerk Lambsdorffs: „Erhalten am 7. Oktober 1905“ und eine Randbemerkung Nikolai Romanows mit Blaustift.

in keinem Falle geneigt, unsere Beziehungen zu den Großmächten zu ändern. Mit England und Italien sind wir befreundet; wir tun alles, um gute Beziehungen zu Deutschland aufrechtzuerhalten, aber unser einziges Bündnis ist das mit Rußland und dieses ist uns wertvoll."

„Das ist es uns auch", erwiderte ich, „aber glauben Sie nicht, daß das Bündnis noch mehr an Bedeutung gewinnen könnte, wenn es durch die Teilnahme Deutschlands verstärkt werden würde, selbstverständlich nur zu Defensivzwecken. Wäre der Frieden nicht besser gesichert, wenn Sie es überhaupt nicht nötig hätten, Ihre Beziehungen zu England zu ändern?"

Hierauf gab mir Herr Rouvier mit großem Nachdruck folgende Antwort, nach welcher es mir völlig ausgeschlossen scheint, weitere Versuche zur Annäherung Frankreichs an Deutschland zu unternehmen:

„Wir hegen niemand gegenüber Eroberungsgelüste", sagte er, „wir haben klare Beweise unserer Friedensliebe gegeben. Nun sind es 35 Jahre her, daß uns nach dem für uns unglücklichen Kriege zwei Provinzen fortgenommen worden sind und wir für den Frieden mehrere Milliarden zahlen mußten. Unsere Nation hat sich dem gebeugt und seitdem sind wir bemüht, jeden Anlaß zu Streitigkeiten und Mißverständnissen zu vermeiden. Um Schwierigkeiten, die sich zuzuspitzen drohten, zu vermeiden, erkühnte ich mich kürzlich, die Eigenliebe meines Vaterlandes ein wenig zu verletzen. Mehr kann man aber von uns nicht verlangen. Die Nation würde eine stärkere Annäherung an Deutschland nicht dulden. Sie kann es nicht vergessen, was sie von diesem erlitten hat, woran sie vor kurzem noch unvorsichtig und zwecklos gemahnt worden ist. Ein Bündnis mit Deutschland ist ausgeschlossen. Die Regierung ist verpflichtet, auf die Gefühle des Landes Rücksicht zu nehmen."

Herr Rouvier bat mich, niemand gegenüber davon Erwähnung zu tun, was er über Deutschland gesagt habe. „Ich wünsche nicht", fügte er hinzu, „daß meine Äußerungen bekannt werden und die starke Spannung, die ungeachtet der in der Marokkofrage zustande gekommenen Einigung zwischen den beiden Staaten besteht, verstärken."

Ich bat ihn meinerseits, unser Gespräch als ein ganz intimes anzusehen und ebenfalls nicht darüber zu sprechen. „Das ist eine Idee des Herrn Witte," sagte er mir im Laufe der Unterredung. „Diese Idee ist bei uns sehr verbreitet", fügte ich hinzu, „und es ist nur vollkommen natürlich, wenn ich über Ihre Ansicht zu dieser Frage Klarheit haben wollte."

Wir schieden als die besten Freunde und ich glaube annehmen zu können, daß unser Gespräch dank der getroffenen Vorsichtsmaßnahmen nicht bekannt werden oder jedenfalls, was ich am meisten fürchte, nicht zum Schaden unseres Bündnisses ausgelegt werden wird.

Genehmigen Sie usw. Nelidow.

Aus einem Brief Nelidows an Lambsdorff*).

Ganz persönlich und geheim. Den 5./18. Oktober 1905.

Ihr ganz vertraulicher Brief vom 26. sowie das beiliegende halboffizielle und geheime, wenn auch persönliche Schreiben vom 23. haben bei mir, wie Sie sich selbst natürlich vorstellen können, einen sehr betrüblichen Eindruck hinterlassen. Ich war erschüttert über Ihre Mitteilungen über Björkoe und bedauere Sie aufrichtig wegen Ihrer Aufgabe, einen so großen Fehler wieder gutzumachen oder zum mindesten abzuschwächen. Zum Glück ist es Ihnen gelungen, einen Weg zu finden, auf dem sich das Unglück vermeiden läßt, wenn auch zum Schaden dessen, der unbewußt da hineingeraten ist — wer Pech anfaßt, darf sich nicht wundern, wenn er sich besudelt.

Als ich Ihre beiden Briefe erhalten hatte, war mein erster Gedanke, Ihnen zu erklären (in meinem Schreiben Nr. 1), warum ich es für zwecklos und sogar gefährlich halte, im Augenblick die Frage der Durchsicht unserer Abkommen mit Frankreich anzuschneiden. Die öffentliche Meinung ist erregter denn je zuvor. Die vor kurzem stattgehabten Auseinandersetzungen haben den Franzosen gezeigt, daß Kaiser Wilhelm sie übertölpeln wollte, und um nichts in der Welt werden sie auf den, wenn auch ziemlich, wie man zugeben muß, ungeschickt von Berlin ausgelegten Freundschafts- und Bündnisleim gehen.

Im übrigen war Herr Rouvier in voriger Woche abwesend und auch ich blieb einer Erkältung wegen zu Hause. Aber zum Glück hatte ich vor drei Tagen Gelegenheit, sehr herzlich mit dem Minister zu sprechen. Ich berichtete Ihnen hierüber in meinem zweiten Brief, da mein erstes zwar schon umgeschriebenes und unterschriebenes Schreiben nicht, wie ich hoffte, am Sonnabend abgehen konnte.

Brief Lambsdorff an Nelidow**).

Freitag, den 14./27. Oktober 1905.

Teurer und sehr verehrter Alexander Iwanowitsch!

Wir durchleben alle Schrecken des Generalstreiks, oder um es genauer auszudrücken — den Ausbruch der Revolution. Weiß Gott, wann und wie alles enden wird! Der Kaiser bleibt in Peterhof, was den Gang der Geschäfte in Anbetracht der schwierigen Verbindung mit Seiner Majestät nicht erleichtert. Von ganzem Herzen danke ich Ihnen für Ihre lieben, ermunternden und liebenswürdigen Briefe, die mich sehr gerührt haben und mir eine wahre Erleichterung bedeuteten.

Ihre ganz geheimen Briefe Nr. 1 und 2 übergab ich unserem armen, teuren Kaiser zur Begutachtung, der sie sehr hoch einschätzte.

---

*) Übersetzung aus dem Französischen. Auf dem Original ein Vermerk Lambsdorffs: „Erhalten am 7. Oktober 1905“.

**) Übersetzung aus dem Französischen.

Ich habe niemals daran gezweifelt, daß Frankreich es ablehnen wird, sich zu dreien in ein Abenteuer mit Rußland und Deutschland zu stürzen, besonders bei der augenblicklichen Situation. Zum Glück gab sich der Kaiser endlich darüber Rechenschaft und ich flehte Seine Majestät an, Kaiser Wilhelm in einem übrigens ganz freundschaftlichen Brief offen zu erklären, daß Rußland die gegenseitigen Verpflichtungen, die es an das befreundete und verbündete Frankreich binden, unerschüttert aufrechterhalten wird, bis letzteres nicht freiwillig sich als Dritter im Bunde dem Abkommen der beiden Mächte anschließt.

Verzeihen Sie das Lückenhafte und Nachlässige dieser Zeilen. Ich beeile mich, den Kurier abzufertigen, da man befürchten muß, daß von morgen an auch die finnländische Eisenbahn den Betrieb einstellt. Es heißt, daß die verbrecherischen Führer der gegenwärtigen Bewegung mit dem Truppenmangel rechnen. Unsere Armee befindet sich in der Mandschurei und zur Unterdrückung der Unruhen in ganz Rußland bedarf es mehr als 100 000 gut gesinnter Leute. In den großen Städten ist nur die notwendigste Zahl an bewaffneten Kräften vorhanden, in Petersburg alles in allem 20 000 Mann!

Beten Sie für unser armes, teures Vaterland und für unseren unglücklichen Kaiser.

Einen innigen Gruß von Ihrem Sie liebenden und ganz ergebenen

Lambsdorff.

Brief Lambsdorffs an Osten-Sacken*).

Ganz geheim und streng persönlich.

Seine Majestät der Kaiser geruhte mich zu bevollmächtigen, Ew. Erlaucht ganz vertraulich und nur zu Ihrer persönlichen Orientierung über einige Ereignisse während Ihrer Abwesenheit von Berlin zu informieren.

Nach seiner Ankunft in Björkoe machte Kaiser Wilhelm unserem Erlauchtesten Monarchen überraschend den Vorschlag, folgendes Defensivbündnis, dem er die Form eines Vertrages gegeben hatte, abzuschließen:

I. Im Falle einer der beiden Staaten, Rußland oder Deutschland, von einer europäischen Macht angegriffen wird, leistet sein Bundesgenosse ihm in Europa Hilfe mit allen seinen Land- und Seestreitkräften.

II. Beide hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich, mit keinem der gemeinsamen Gegner einen Separatfrieden abzuschließen.

---

*) Übersetzung aus dem Französischen. Abdruck eines Briefentwurfes, der beim Vortrage Nikolai vorgelegt wurde. Auf dem Brief befindet sich ein von Nikolai mit Blaustift geschriebenes „s" und der Vermerk Lambsdorffs „Zarskoje Sselo 10. November 1905".

III. Der vorliegende Vertrag tritt in Kraft, sowie der Friede zwischen Rußland und Japan geschlossen ist und bleibt bis zu der ein Jahr vorher anzukündigenden Auflösung bestehen.

IV. Nachdem der Vertrag in Kraft getreten ist, unternimmt Seine Majestät der Russische Kaiser die erforderlichen Schritte, um Frankreich von dem Abkommen in Kenntnis zu setzen und es zum Anschluß als Bundesgenosse zu bewegen.

Der schon früher entworfene Text dieses Vertrages wurde unserem Erlauchtesten Monarchen von Kaiser Wilhelm in endgültiger Form vorgelegt und beide Herrscher unterschrieben ihn auf dem „Polarstern" in zwei Exemplaren in der Nähe von Björkoe am 11./24. Juli 1905.

Es wurde beschlossen, diese Tatsache ganz geheim zu halten.

Als der genannte Vertrag unterschrieben wurde, ließ nichts die baldige Beendigung des Russisch-Japanischen Krieges voraussehen.

Im Gegenteil, man durfte annehmen, daß genügend Zeit zur Verfügung stehen wird, um den Anschluß der französischen Regierung an diese politische Kombination vorsichtig vorzubereiten.

Bedauerlicherweise waren die seitdem eingetretenen Ereignisse einer Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich nicht förderlich; man muß im Gegenteil annehmen, daß Frankreich gegenwärtig viel weniger geneigt ist, sich dem vorgeschlagenen Dreierabkommen anzuschließen.

Andrerseits hat Rußland keine Ursache, seinen Bundesgenossen so plötzlich zu verlassen und kann ebensowenig ihn zu irgend etwas zwingen. Damit Rußlands Einfluß in dieser Umsicht erfordernden Frage wirksam wird, bedarf es viel Zeit, Hartnäckigkeit und Vorsicht.

Die in Absatz IV des Björkoeabkommens genannten Ziele sind somit schwer erreichbar und können in der nächsten Zukunft nicht verwirklicht werden. Man darf sich aber darüber nicht täuschen, daß der wahre Sinn und Inhalt des Abkommens gerade mit diesem Ziel verbunden sind.

Ein Abkommen zwischen drei Kontinentalmächten würde bedeutend machtvoller wirken, als ein Abkommen zweier Mächte, die, im Falle der Vertrag nicht geheim gehalten wird, sich wahrscheinlich von allen anderen isoliert sehen und ungewollt die Bildung einer ihnen feindlichen Koalition begünstigen würden. Sowohl Kaiser Wilhelm wie auch unser Erlauchtester Monarch stehen auf dem Standpunkt: Unterschrieben ist unterschrieben, aber Seine Majestät ist der Ansicht, daß die gewöhnliche Loyalität Rußland in gleicher Weise zur Erfüllung dessen verpflichtet, was unter der Regierung des in Gott entschlafenen Kaiser Alexander III. unterschrieben worden ist und was in unserer Zeit nicht mit einem Federstrich vernichtet werden kann.

Als nach der Unterzeichnung des Portsmouther Friedensvertrages[1]) dieser Akt noch nicht ratifiziert und in Kraft getreten war, schrieb

[1]) *Anmerkunng der Schriftleitung: 5. September 1905.*

unser Erlauchtester Monarch an Kaiser Wilhelm und machte ihn darauf aufmerksam, daß es unmöglich sei, von der französischen Regierung die Zustimmung zum sofortigen Anschluß an das in Björkoe unterschriebene Defensivbündnis zu erlangen; es sei daher erforderlich, das Inkrafttreten des Vertrages so lange zu vertagen, bis Frankreich mit dem Anschluß einverstanden ist, andernfalls Abs. I und IV des Textes abzuändern seien.

Nun richtet unser Erlauchtester Monarch an den Deutschen Kaiser einen Brief[1]), den ich beifüge und den Ew. Erlaucht so schnell als möglich und auf dem sichersten Wege zustellen wollen.

In diesem Briefe schreibt unser Erlauchtester Monarch an Kaiser Wilhelm, daß Rußland in Anbetracht alles Vorhergegangenen unter den augenblicklichen Umständen gezwungen ist, um in der Lage zu sein, die hinsichtlich Deutschlands übernommenen Verpflichtungen mit untadelhafter Aufrichtigkeit zu erfüllen, das in Björkoe am 11./24. Juli 1905 unterschriebene Defensivbündnis, ohne am Text des Vertrages etwas zu ändern, durch folgende

D e k l a r a t i o n[2])

zu ergänzen:

„In Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich dem sofortigen Anschluß der französischen Regierung an das Defensivbündnis, wie er in Abs. IV des am 11./24. Juli 1905 in Björkoe unterschriebenen Vertrages vorgesehen ist, entgegenstellen, versteht es sich von selbst, daß Abs. I dieses Vertrages im Falle eines Krieges mit Frankreich keine Anwendung findet, und daß die gegenseitigen Verpflichtungen, die das letztere an Rußland binden, in Kraft bleiben bis zum Abschluß des Dreierabkommens.“

Alle diese Mitteilungen ergehen an Ew. Erlaucht auf Allerhöchsten Befehl a u s s c h l i e ß l i c h z u I h r e r p e r s ö n l i c h e n O r i e n t i e r u n g und sind streng geheim zu halten.

Genehmigen Sie usw.

Aus einem Brief Wilhelms an Nikolai*)[3]).

den 28. November**) 1905.

Der Kanzler, dem ich Teile Deines Briefes vorgelesen habe, sagt mir, unser rein defensives Abkommen könne unmöglich mit dem französischen Vertrag kollidieren, den Dein Vater geschlossen hat. Wäre dies der Fall, so wäre der Sinn davon, daß durch den französischen

[1]) Die Kopie des Briefes ist weder im Romanowarchiv noch im Geheimarchiv des Außenministers enthalten.

[2]) *Anmerkung der Schriftleitung: Bereits veröffentlicht von Emile Bourgeois im Rapport de la Commission d'Enquête sur les faits de la Guerre. Vol. I, p. 336.*

*) Übersetzung aus dem Englischen.

[3]) *Anmerkung der Schriftleitung: Der deutsche Text ist eine Übersetzung aus dem englischen Originaltext.*

**) Neuer Stil.

Vertrag Rußland verpflichtet ist, Frankreich auch in einem Angriffskrieg gegen Deutschland zu unterstützen. Aber eine solche Möglichkeit, nämlich, daß Rußland Frankreich in einer aggressiven Politik gegen uns unterstütze, haben wir niemals auch nur eine Sekunde für erwägenswert gehalten; denn Dein lieber Vater hat mir oft gesagt, daß er sich jederzeit einem Angriffskrieg offen entgegenstellen werde — ganz abgesehen davon, daß er auf freundschaftlichstem und vertrautestem Fuße mit mir stand. Dies wird durch die Tatsache beleuchtet, daß er im Jahre 1891 während der Manöver bei Narva mir offen seine Abneigung gegen das französische republikanische System bekundete und für die Wiederherstellung der Monarchie in Paris eintrat, wobei er meine Unterstützung erbat. Wenn Eure französische Vereinbarung wie die unsrige rein defensiv ist, so besteht keine Unverträglichkeit zwischen beiden; die eine schließt die andere nicht aus, und besondere Erklärungen darüber wären überflüssig.

Andererseits kann ich verstehen, daß es Dir besser paßt, Dich nicht öffentlich als meinen Alliierten zu bekennen, in dem Augenblick, wo die internationalen Revolutionäre in der ganzen Welt die niederträchtige Lüge verbreiten, ich hätte versucht, Dich im reaktionären Sinne zu beeinflussen.

Brief Osten-Sackens an Lambsdorff*).

Streng persönlich. Berlin, den 16./29. November 1905.

Herr Minister!

Mit dem letzten ordentlichen Kurier hatte ich die Ehre, einen von Ew. Erlaucht auf Allerhöchsten Befehl geschriebenen streng persönlichen und vertraulichen Brief vom 10. November ds. Js. aus Zarskoje Selo zu erhalten.

Es sei mir erlaubt, durch Ihre liebenswürdige Vermittelung zu den Füßen unseres Erlauchtesten Monarchen die Gefühle meiner alleruntertänigsten Dankbarkeit niederzulegen für das kostbare Zeugnis des Allerhöchsten Vertrauens und gleichzeitig die feierlichste Versicherung abzugeben, daß der Inhalt dieses Briefes von mir als absolutes Geheimnis gewahrt bleiben wird.

Es scheint mir, daß die ergänzende Deklaration — im Falle ihrer Annahme — genügen wird, um uns vor allen Überraschungen zu sichern, und als haltbarer Schutzwall vor Täuschungen in der Politik des Berliner Kabinetts dienen kann. Ich glaube übrigens, daß das Berliner Kabinett die Ungleichheit der Chancen in einem Kampfe mit England, besonders ohne Hilfe der französischen Flotte, erkennt, und daß dieser Umstand den Fall unwahrscheinlich macht, bei dem wir unseren Verpflichtungen nachkommen müssen.

Es bedürfte einer sehr deutlichen Herausforderung Englands, um Kaiser Wilhelm zu zwingen, den Handschuh aufzunehmen. Ich glaube

---

*) Übersetzung aus dem Französischen.

nicht, daß das Londoner Kabinett zu einer solchen Herausforderungspolitik hinneigt.

Dafür sind wir vor der Möglichkeit einer Verständigung zwischen Deutschland und England auf Kosten unserer Interessen gerettet, einer furchtbaren Möglichkeit, die wir jetzt nicht zu fürchten haben.

Zu diesen Erwägungen bin ich durch das Studium der in Björkoe entstandenen Lage gekommen und gestatte mir, dieselben Ew. Erlaucht zur Begutachtung zu unterbreiten.

Genehmigen Sie usw. Osten-Sacken.

Telegramm Nikolais an Wilhelm[1] [2].

Ohne Datum.

Meinen besten Dank für Deinen liebenswürdigen Brief, der mir große Freude gemacht hat. Unser Bündnis mit Frankreich ist ein Defensivbündnis. Ich denke, daß die Erklärung, die ich Dir geschickt habe, in Kraft bleiben kann, bis Frankreich unsere neuen Abmachungen angenommen hat. Ich werde sicher alles, was in meinen Kräften steht, tun, um die marokkanische Konferenz zu einer allgemeinen Verständigung zu bringen. Herzliche Grüße von uns beiden. Nicky.

Brief Osten-Sackens an Lambsdorff*).

Privat. Berlin, den 17./30. November 1905.

Teurer Graf!

Ich benutze die sich mir durch den ordentlichen Kurier bietende Gelegenheit, um Ihre letzten Briefe zu beantworten.

Die Zusammenkunft in Björkoe hat fraglos eine sehr ernste Lage geschaffen, die in Anbetracht der Gewohnheit Kaiser Wilhelms, auf den Köder zu beißen, von unserer Seite größte Umsicht erfordert, um nicht in unseren Interessen fernliegende Konflikte hineingezogen zu werden. Wir müssen mit verdoppelter Aufmerksamkeit den wachsenden Antagonismus zwischen Deutschland und England verfolgen, der einzigen Konfliktsursache, die gegenwärtig den Frieden Europas stören könnte. Die letzte Rede Lansdowns, in der er, vom verschlagenen Monarchen sprechend, den Deutschen Kaiser im Auge gehabt hat, sowie die von der Presse wiedergegebene, angeblich von König Eduard stammende Äußerung, die deutsche Flotte sei das „Spielzeug“ des Monarchen, haben Seine Majestät tief verletzt. Den Widerhall finden Sie in der am Sonntag anläßlich der Reichstagseröffnung gehaltenen Thronrede.

---

[1]) *Anmerkung der Schriftleitung: Der deutsche Text ist eine Übersetzung aus dem englischen Originaltext.*

[2]) *Anmerkung der Schriftleitung: Abgangsdatum des Telegramms: 2. Dezember 1905.*

*) Übersetzung aus dem Französischen.

Die Rede selbst gibt der ohnehin schon sehr scharfen Polemik in der Presse der beiden Staaten Nahrung und wird die öffentliche Meinung in einen Zustand nervöser Spannung versetzen.

Alles dieses sind unzweifelhaft aufregende Symptome. Ich möchte allerdings nicht annehmen, daß sie zu einem bewaffneten Zusammenstoß führen werden, wie ängstliche Gemüter prophezeien. Der gesunde Verstand der Nation und besonders die umsichtigen Regierungen der deutschen Bundesstaaten werden sich meiner Meinung stark genug erweisen, um Kaiser Wilhelm zu dämpfen und Kriegsgelüste zu unterbinden.

Ich wiederhole: Die Rivalität zwischen Deutschland und England ist die einzige dunkle Wolke am europäischen Himmel. Frankreich hat aufgehört ein Streitobjekt zu sein, und wenn es uns schwer sein wird, es soweit zu bringen, daß sich die vom Deutschen Kaiser gehegten Hoffnungen erfüllen, so können wir hoffentlich dazu beitragen, daß zwischen Frankreich und seinem östlichen Nachbarn gute Beziehungen bestehen. Das ist die Hauptsache. Alles andere liegt in Gottes Hand! Genehmigen Sie usw. Osten-Sacken.

Notiz Osten-Sackens für Lambsdorff.

Ich behändige Ihnen anbei das Original des Berichtes*), den Sie, teurer und hochverehrter Graf, mir zusandten und bitte Sie, von meiner diesbezüglichen Schweigsamkeit überzeugt zu sein.

Ihren Brief wie auch die Kopien der beiliegenden Briefe habe ich verbrannt.

18. November (1. Dezember) 1905. Osten-Sacken.

Namenverzeichnis.

Alexander III., Russischer Kaiser 1881—1894.

Benckendorff, Alexander Konstantinowitsch, Graf, russischer Botschafter in England 1902—1917.

Birilew, Alexej Alexejewitsch, Marineminister 1905—1907.

Bülow, Fürst v., Deutscher Reichskanzler 1900—1909.

Witte, Sergej Juljewitsch Graf, 1904—1905 Vorsitzender des Ministerkomitees, Oktober 1905—April 1906 Vorsitzender des Ministerrats.

Holstein, erster Rat des Außenministeriums in Deutschland 1904.

Delcassé, Theophil, französischer Außenminister 1898—1905.

Cambon, Paul, französischer Botschafter in England seit 1898.

Combes, Justin-Louis-Emil, Vorsitzender des französischen Ministerrats 1902—1905.

Lambsdorff, Wladimir Nikolajewitsch Graf, Russischer Außenminister vom Dezember 1900 bis 1906.

Lansdowne, Henry Charles, englischer Außenminister 1900—1905.

---

*) Der Bericht zur Notiz ist im Geheimarchiv nicht enthalten.

Lascelles, Frank, englischer Botschafter in Deutschland 1895—1908.

Loubet, Emil, Präsident der Französischen Republik 1899—1906.

Nelidow, Alexander Iwanowitsch, russischer Botschafter in Frankreich 1903—1910.

Osten-Sacken, Nikolaj Dmitrijewitsch Graf, russischer Botschafter in Berlin vom März 1895 bis 1912.

Roshdjestwenskij, Sinowj Petrowitsch, Konteradmiral à la suite S. M., 1904 Kommandeur des 2. Geschwaders der Flotte im Stillen Ozean.

Rouvier, Maurice, französischer Finanzminister 1902—1905, von 1905 bis 1906 Vorsitzender des Ministerrats und Außenminister.

Roosevelt, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1901—1905.

Tschirschky und Bögendorff, Preußischer Gesandter in Mecklenburg 1902—1906. Begleitete Wilhelm II. auf allen seinen Reisen. 1906 zum Staatssekretär des Äußeren in Deutschland ernannt.

Eduard VII., englischer König 1901—1910.

Der diplomatische Schriftwechsel Jswolskis 1911—1914.

Im Verlag der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin ist ein neues Dokumentenwerk erschienen, das den gesamten diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis aus den Jahren 1911 bis 1914 umfaßt[1]). Der historischen Forschung ist damit die Möglichkeit gegeben, die Entwicklung der europäischen Politik in den letzten Jahren vor Kriegsausbruch von der Pariser Zentrale aus zu verfolgen. Wir können aus der Fülle des Materials nur einiges herausgreifen.

Die österreichisch-serbische Krise im Winter 1912 hatte nicht zum Ausbruch des europäischen Krieges geführt. Neben der vermittelnden Haltung der deutschen und englischen Regierung ist dies in der Hauptsache dem russischen Außenminister Sasonow zu danken, der, in scharfem Gegensatz zu Iswolski in Paris und Hartwig in Belgrad, betonte, daß er nicht wegen eines serbischen Hafens an der Adria den europäischen Krieg provozieren wolle. Und selbst gegenüber der veränderten Haltung der französischen Regierung hielt Sasonow seine Politik aufrecht.

Die raschen Erfolge der Balkanstaaten gegen die Türkei hatten in Paris eine völlige Schwenkung der französischen Außenpolitik zur Folge. In einem Briefwechsel mit Iswolski gab der französische

[1]) Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914. Im Auftrage des deutschen Auswärtigen Amtes in deutscher Übertragung, herausgegeben von Friedrich Stieve. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin W 8, 1924. 4 Bände und ein Ergänzungsband mit Kommentar von Friedrich Stieve.

Ministerpräsident im November 1912 die Erklärung ab, daß Frankreich nicht gewillt sei, die territoriale Ausdehnung einer Großmacht auf dem Balkan zuzulassen[2]). Damit war die bedingungslose Unterstützung der russischen Balkanpolitik feierlich sanktioniert worden. Aber Poincaré begnügte sich nicht mit dieser schriftlichen Festlegung. Er versicherte dem russischen Botschafter, „daß Frankreich in dem bestimmten Falle, durch den der im Bündnis vorgesehene casus foederis gegeben ist, losmarschieren wird, d. h. wenn Deutschland Österreich mit Waffengewalt gegen Rußland unterstützt[3])". Ein Angriff Österreichs gegen Rußland wurde dabei, entgegen dem Wortlaut des Bündnisvertrages, von Poincaré nicht zur Bedingung gemacht.

Ganz anders dagegen war das Verhalten der deutschen Regierung. Am 11. November 1912 schrieb der Kaiser an das Auswärtige Amt: „Der casus foederis tritt allerdings ein, wenn Österreich von Rußland angegriffen wird. Aber nur dann, wenn Österreich Rußland nicht zum Angriff provoziert hat[4])." Also gerade den Umstand, den Poincaré gegenüber Rußland gar nicht in Betracht zog, machte Wilhelm II. zur Bedingung für den casus foederis gegenüber Österreich. Schon im September hatte Staatssekretär von Kiderlen-Waechter in einer Aufzeichnung für den Reichskanzler gesagt: „Nach unseren Verträgen und unseren Abmachungen mit Österreich-Ungarn sind wir nicht verpflichtet, Österreich-Ungarn in seinen orientalischen Plänen, geschweige denn dessen Abenteuern zu unterstützen[5])."

In Belgrad wurde man gegen Ende November 1912 außerordentlich nervös und befürchtete einen energischen Schritt von seiten Österreichs. Die diplomatische Lage zu dieser Zeit weist eine erstaunliche Ähnlichkeit mit der Julikrisis 1914 auf. Es tritt deutlich zutage, daß 1914 nicht eine zufällige Kombination die Ursache der Spannung war, sondern, daß die auf dem Balkan sich treffenden Gegensätze fest in den politischen Verhältnissen Europas verankert waren. Wir geben nachstehend einige bisher vollkommen unbekannte Dokumente in ihrem Wortlaut wieder, die zum erstenmal in dem „Diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis" veröffentlicht worden sind:

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister.

Telegramm Nr. 424. Paris, den 26. November/9. Dezember 1912.

Der serbische Botschafter teilte soeben Paléologue zur Weiterleitung an Poincaré mit, daß man in Belgrad im Verlaufe dieser Woche einen energischen Schritt von seiten Österreichs erwarte, um an Serbien die Forderung des Verzichts auf die adriatische Küste zu richten; nach den militärischen Vorbereitungen Österreichs zu urteilen, wird diesem

---

[2]) Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis, II, Seite 337 und 346.

[3]) Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis Nr. 569.

[4]) Mitgeteilt im Münchner Fechenbach-Prozeß, Südd. Monatshefte, Mai 1922, Seite 100 f.

[5]) Kiderlen-Waechter: Der Staatsmann und Mensch, II, Seite 188.

Schritte eine Waffendrohung folgen. Die serbische Regierung bittet das Pariser Kabinett, ihm einen Rat zu geben, wie auf einen derartigen Schritt zu antworten wäre. Ich werde mich bemühen, Ihnen morgen die Ansicht Poincarés über das oben dargelegte mitzuteilen.

Abschrift mit der Post nach London.

Iswolski.

Die französische Antwort an Belgrad wird inhaltlich in nachstehendem Telegramm Iswolskis wiedergegeben.

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister.

Telegramm Nr. 428. Paris, den 27. November/10. Dezember 1912.

Fortsetzung meines Telegramms Nr. 424.

Poincaré antwortete auf die gestrige Mitteilung des serbischen Gesandten, die serbische Regierung könne, wenn Österreich die Forderung stelle, daß Serbien auf die adriatische Küste verzichten solle, antworten, sie überlasse diese Frage der Entscheidung der Mächte. Poincaré telegraphiert in diesem Sinne nach Belgrad, Petersburg und London.

Abschrift mit der Post nach London.

Iswolski.

Es besteht kein Zweifel, daß die österreichische Regierung Ende November und Anfang Dezember 1912 gewillt war, gegen Serbien aktiv vorzugehen. Der österreichische Gesandte in Belgrad erhielt am 28. November genaue Instruktionen über sein Verhalten nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen[6]). Erst die Zusammenkunft des Thronfolgers Franz Ferdinand mit dem deutschen Kaiser in Springe scheint die österreichischen Kriegsabsichten wesentlich gedämpft zu haben, da die deutsche Regierung zusammen mit der englischen bemüht war, auf einer Botschafterkonferenz die Balkanfragen zu schlichten. Über das Ergebnis der Zusammenkunft von Springe berichtete der wahrlich nicht deutschfreundliche belgische Gesandte in Berlin seiner Regierung am 30. November. Er betonte die Friedensliebe von Kaiser und Kanzler und sagte: „Welches auch die Pläne sein mögen, die Herr von Kiderlen-Waechter, der sich mit großen Gedanken trägt, im Sinne hat, um seinem Lande die Sympathien der jungen Balkanmächte zu gewinnen, eines ist ganz sicher, nämlich, daß er fest entschlossen ist, einen europäischen Brand zu vermeiden[7]). Auch in Paris konnten die friedlichen Absichten der deutschen Regierung nicht unbekannt sein. Es findet sich in dem französischen Balkangelbbuch kein einziges Telegramm aus Berlin, daß in Paris irgendwelche Befürchtungen hätte erwecken können. Wohl aber telegraphiert der französische Gesandte

[6]) Vgl. dazu: Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914. Wien 1919. Teil I, Nr. 28.

[7]) Belgische Aktenstücke Nr. 96.

in Belgrad am 27. November an Poincaré, der serbische Ministerpräsident Pasitsch habe ihm gesagt, man habe offiziös erfahren, „daß die deutsche Regierung sich bemühe, zwischen der intransigenten Haltung Serbiens und Österreichs ein Kompromiß ausfindig zu machen[8])."

Aber in Paris hatte man sich schon so sehr mit dem Gedanken an einen europäischen Krieg vertraut gemacht, daß man an eine friedliche Lösung der Balkankrise einfach nicht mehr glauben wollte. Die ruhige Gelassenheit Sasonows, der trotz aller dringenden Telegramme aus Paris und Belgrad keinen Augenblick den Plan der Botschafterkonferenz aufgab, rief in Paris geradezu Bestürzung hervor. Iswolski berichtete darüber:

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister.

Telegramm Nr. 433. Paris, den 28. November/11. Dezember 1912.

Ich fand heute Poincaré im höchsten Grade besorgt infolge der von allen Seiten und aus den ernstesten Quellen zu ihm gelangenden Nachrichten über intensive Kriegsvorbereitungen Österreichs und über dessen in allernächster Zeit bevorstehendes aktives Vorgehen gegen Serbien. Nach den genannten Nachrichten sind die ganze Kavallerie in Galizien und zwei Korps in Bosnien vollkommen mobilisiert, während in zehn Korps alle Bataillone auf eine Stärke von 700 Mann gebracht worden sind. Andererseits fährt man bei uns, soweit es dem französischen Generalstab bekannt ist, fort, sich dieser Lage gegenüber vollkommen ruhig zu verhalten, und gegen Österreich sind fast gar keine Vorbereitungen getroffen worden. Das wird es Österreich gestatten, mit den Serben abzurechnen, bevor wir mit der Mobilmachung fertig geworden sind, und wird uns vor das Dilemma stellen, uns entweder mit der vollendeten Tatsache abzufinden oder einen Krieg unter sowohl für uns als auch für Frankreich höchst ungünstigen Bedingungen zu beginnen, da Deutschland wahrscheinlich den Nutzen daraus ziehen wird, sich sofort mit all seinen Streitkräften auf Frankreich zu stürzen. Bitte dringend um Weisungen.

Kopie mit der Post nach London.

Iswolski.

Als am 14. Dezember Georges Louis aus Petersburg telegraphierte, daß der russische Kriegsminister ihm gesagt habe, er glaube an die Erhaltung des Friedens und gedenke am 23. Dezember eine Auslandsreise anzutreten, und als der Botschafter weiter berichtete, alles deute darauf hin, daß der Zar sich in klarsten Worten für den Frieden ausgesprochen habe[9]), verlor die französische Regierung alle Fassung. War es wirklich nur höchster Grad der Nervosität oder mehr die Enttäuschung darüber, daß eine günstige Gelegenheit zur Kriegführung

---

[8]) Les Affaires Balkaniques, I, Nr. 296.
[9]) Les Affaires Balkaniques, II, Nr. 14.

verpaßt worden sei? Iswolski meldete über diese Stimmung in der französischen Regierung:

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister.

Telegramm Nr. 445. Paris, den 1./14. Dezember 1912.

Abschrift per Post nach London.

Siehe mein Telegramm 425 und 433.

Der französische Botschafter telegraphierte aus Petersburg, man habe dem Obersten de la Guiche auf seine Anfrage über unsere militärische Lage an der österreichischen Grenze im Generalstabe gesagt, daß Österreich an der russischen Grenze nur Defensivmaßregeln ergreife, daß man bei uns an einen österreichischen Angriff auf Rußland nicht glaube und einen Angriff Österreichs auf Serbien für höchst unwahrscheinlich halte, daß endlich selbst für den Fall des Angriffs auf Serbien Rußland nicht Krieg führen werde. Außerdem habe unser Kriegsminister de la Guiche gesagt, er sei fest davon überzeugt, daß der Friede erhalten bleibe und gedenke am 23. Dezember neuen Stils nach Deutschland und Südfrankreich zu reisen. Poincaré und das gesamte Kabinett sind infolge dieser Nachrichten höchst bestürzt und aufgeregt, da man hier, wie ich schon telegraphierte, von dem kriegerischen Charakter der österreichischen Vorbereitungen überzeugt ist, und befürchtet, daß wir überrascht werden und der Angriff Deutschlands auf Frankreich erleichtert werde. Ich habe alles getan, um Poincaré zu beruhigen und ihm auseinandergesetzt, daß schon vor zwei Monaten, gleich bei Beginn der Krise, bei uns ernste Maßregeln beschlossen worden seien, um unsere militärischen Kräfte an der österreichischen Grenze in möglichste Bereitschaft zu bringen, daß seither keine Entlassungen von den Fahnen stattgefunden hätten usw.

Ich erlaube mir jedoch zu bemerken, daß es sehr erwünscht wäre, die französische Regierung, die ernstlich mit der Möglichkeit eines Krieges rechnet, sowohl über die von uns ergriffenen Kriegsmaßnahmen als auch über unsere Ansichten von den etwa möglichen Ereignissen zu unterrichten, denn die jetzige Unkenntnis ruft hier zweifellos Nervosität hervor, die auch in das Publikum und in die Presse zu dringen beginnt, und es fällt mir immer schwerer, hier eine für uns günstige Stimmung zu erhalten. Ich bitte dringend um Weisungen zu ausführlichen Erörterungen mit Poincaré. Iswolski.

Erst diese Sprache der französischen Regierung rief auch in Petersburg einige Nervosität und zeitweilige Kriegsdrohungen gegen Österreich und die Türkei hervor. Der Zusammentritt der Botschafterkonferenz in London setzte der schweren europäischen Krise ein vorläufiges Ende.

Die Rolle, die der friedliebende französische Botschafter in Petersburg, Georges Louis, während der österreichisch-serbischen Krise gespielt hatte, trug wohl sehr viel zu seiner schnellen Abberufung bei. Sein

Nachfolger, Descassé, wurde von Iswolski mit nachstehendem Telegramm in Petersburg eingeführt:

Der russische Botschafter in Paris an den russischen Außenminister.

Geheimtelegramm Nr. 72. Paris, den 4./17. Februar 1913.

Persönlich und streng vertraulich.

Der Außenminister hat mir soeben mitgeteilt, die französische Regierung habe beschlossen, Georges Louis aus verschiedenen Gründen, besonders aber wegen seiner Kränklichkeit, abzuberufen. Gleichzeitig hat Jonnart mich gebeten, Ihnen die Bitte um Bewerkstelligung der Allerhöchsten Genehmigung zur Ernennung des H. Delcassé zum Botschafter in Petersburg zu übermitteln. Dabei erklärte mir der Minister das folgende: die französische Regierung ist zu dieser Wahl vorwiegend durch den Umstand bestimmt worden, daß H. Delcassé in den Augen der französischen Kreise und der öffentlichen Meinung, bei der gegenwärtigen, außerordentlich ernsten internationalen Lage, die die Anwendung des frankorussischen Bündnisses hervorrufen kann, als Persönlichkeit von ganz besonderer Autorität, gewissermaßen als Personifikation des Bündnisses gilt. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es sehr wichtig, daß H. Delcassé bei seiner Ernennung zum Botschafter sein Deputiertenmandat behalten kann. Das gesetzliche Hindernis hierzu, das sich aus der Bestimmung ergibt, daß Deputierte nur mit zeitweiligen Aufträgen betraut werden dürfen, hat rein formalen Charakter und kann durch periodische Erneuerung des Dekrets seitens des Präsidenten beseitigt werden, wofür einige Präzedenzfälle vorliegen. Ich meinerseits erlaube mir zu äußern, daß H. Delcassé, dessen politische Vergangenheit Ihnen gut bekannt ist, dem Gedanken einer allerengsten Vereinigung zwischen Rußland und Frankreich tatsächlich ganz und gar ergeben ist und als einer der einflußreichsten hiesigen Parlamentarier, falls die kritische Minute kommt, eine entscheidende Rolle im Sinne einer Beseitigung irgendwelchen Schwankens bei der stets verschiedenen Strömungen ausgesetzten Regierung spielen kann. Mir ist bekannt, daß man hier wünscht, die Ernennung Delcassés könnte möglichst bald vor sich gehen. Iswolski.

Diese wenigen Proben aus dem umfangreichen „Schriftwechsel Iswolskis" zeigen, welche ungemein wertvolle Quelle uns mit der Herausgabe dieses Werkes erschlossen worden ist. An Hand dieser Dokumente ist es nun möglich, ein einigermaßen wahrheitsgetreues Bild der französischen und der russischen Vorkriegspolitik zu zeichnen. Sollte dabei an dieser oder jener Stelle zu viel Schatten auf Frankreich fallen, so trägt die französische Regierung selber die Schuld, die noch immer ihre Archive unter Verschluß hält und dadurch eine abschließende Beurteilung der französischen Vorkriegspolitik unmöglich macht.

* * *

Zu dem diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis hat sein Herausgeber, Friedrich Stieve, einen Führer geschrieben, der es dem Leser ermöglicht, sich rasch und leicht in den vier großen Dokumentenbänden zurechtzufinden und die große Linie der europäischen Vorkriegspolitik zu verfolgen. An Hand der Iswolski-Dokumente und unter Verwertung der wichtigsten, bereits vorhandenen Quellenliteratur bietet Friedrich Stieve eine Darstellung der Ententepolitik der Jahre 1911 bis 1914. Die schweren europäischen Krisen dieser Jahre werden eingehend behandelt und hellstes Licht fällt auf die Politik der französischen und russischen Diplomaten, die selbst, wie die Affäre Georges Louis zeigt, vor niedrigen Intrigen nicht zurückschreckten und durch ihre Mittel es „zur endgültigen Zerreißung des Kontinents in zwei gegeneinander arbeitende Interessenlager“ brachten.

In seinen „Schlußbetrachtungen“ gibt Friedrich Stieve Aufschluß über eine sehr bezeichnende und außerordentlich wichtige Auslassung des englischen Blaubuches. Die Inhaltsangabe der Nr. 6 des englischen Blaubuchs beginnt mit den Worten: „Unterredung mit dem russischen Minister des Äußern, betreffend Ergebnisse des Besuchs von H. Poincaré in Petersburg“.

In der Nr. 6 des Blaubuches selber findet sich über dieses Thema der Unterredung zwischen Buchanan und Sasonow kein Wort. Nun ist Friedrich Stieve in der glücklichen Lage, diese im englischen Blaubuch unterdrückten Stellen aus dem Bericht Buchanans mitzuteilen:

„Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und französischer Botschafter sagten mir vertraulich, Ergebnis des Besuchs des Präsidenten der französischen Republik sei gewesen, die folgenden Punkte festzulegen:

1. Vollkommene Gemeinsamkeit der Ansichten über die verschiedenen Fragen, denen die Mächte gegenüberstehen, was die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und Gleichgewichts der Kräfte in Europa, und besonders im Osten, anlangt.
2. Entschluß, in Wien Schritte zu unternehmen, um ein Verlangen nach Aufklärung oder irgendwelche Aufforderung zu verhindern, die einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Serbiens gleichkämen, welche dieses berechtigterweise als einen Angriff auf seine Souveränität und Unabhängigkeit ansehen könnte.
3. Feierliche Bestätigung der durch das Bündnis den beiden Ländern auferlegten Verpflichtung.“

Dazu bemerkt Friedrich Stieve:

„Man muß bedenken, daß solche Abmachungen vor Überreichung des österreichischen Ultimatums an Serbien getroffen wurden. Angesichts dieser Tatsache gewinnt die in Punkt 3 angeführte „feierliche Bestätigung der durch das Bündnis den beiden Ländern auferlegten Verpflichtungen“ eine besondere Bedeutung. Läßt sie uns doch unwiderleglich klar erkennen, daß man sich genau im Einklang mit der von uns bisher festgestellten Stellung der französischen und der

russischen Regierung gegenseitige Waffenhilfe zusicherte, bevor ein solcher Schritt durch den Gang der Ereignisse noch irgendwie berechtigt war. Hier trafen sich der französische und der russische Kriegswille im entscheidenden Augenblick und das Zarenreich wußte von diesem Augenblick an, daß es die Armee seines Verbündeten hinter sich hatte, wenn es in dem akuten österreichisch-serbischen Konflikt zur Anwendung von Gewalt übergehen wollte. Die Blankovollmacht für den Weltkrieg, die zuerst 1912 von Poincaré erteilt worden war, wurde also jetzt wiederholt." A. v. W.

Die Mission Tatischtschew's.

Ein bisher unbekannter Brief des Zaren an den Kaiser vom 30. Juli 1914.

Nachdem der Zar am späten Abend des 29. Juli 1914 die erstmalige Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung verhindert hatte, kündigte er in der Nacht zum 30. Juli dem Kaiser an, daß er am Abend Tatischtschew, den russischen Generalmajor à la suite des deutschen Kaisers, mit Instruktionen nach Berlin senden werde. (Deutsche Dokumente Nr. 390.) Tatischtschew ist nicht mehr nach Berlin gekommen. In den diplomatischen Dokumenten über die Julikrise wird seine Mission nur an einer Stelle erwähnt. Am 31. Juli telegraphiert der russische Botschafter in Berlin an Sasonow, Staatssekretär von Jagow habe ihn zweimal gefragt, ob Tatischtschew zurückgekehrt sei (Telegrammwechsel Berlin-Petersburg, S. 30). Man nahm daher an, daß die Mission Tatischtschews infolge der am Nachmittag des 30. Juli erfolgten Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung auch vom Zaren fallen gelassen worden sei.

Erst aus den 1923 bei Allen & Unwin in London erschienenen Erinnerungen des ehemaligen russischen Botschafters in Washington, Roman Rosen: „Forty Years of Diplomacy" (II, S. 171) erfuhr man, daß am Abend des 30. Juli Tatischtschew, der sich bereits auf dem Bahnhof befand, durch den Außenminister Sasonow persönlich an der Abreise verhindert worden sei. Somit hatte also der Zar selber die Mission Tatischtschews auch in diesem Zeitpunkt noch für zweckmäßig erachtet.

Eine weitere Bestätigung dafür brachten die „Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums" (herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen, Berlin 1924). Aus ihnen ersah man (S. 28 ff.), daß Tatischtschew am Nachmittag des 30. Juli zusammen mit Sasonow nach Peterhof gefahren war und an der entscheidenden Unterredung mit dem Zaren, in der die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung beschlossen wurde, teilgenommen hatte.

Da nun nach den Angaben des Botschafters Rosen der Zar dennoch an der Mission Tatischtschews festgehalten hatte, mußte dieser auch im Besitz eines persönlichen Schreibens des Zaren an den Kaiser gewesen sein. Über diesen Brief hatten auch die Tagesaufzeichnungen keinerlei Aufschluß gegeben.

Nun aber bringt eine dritte Quelle, auch wieder von russischer Seite, den Wortlaut dieses bisher gänzlich unbekannten Briefes. Er ist enthalten in der jetzt in Paris bei Plon-Nourrit erschienenen Briefsammlung zwischen dem Kaiser und dem Zaren, die Marc Semenoff herausgegeben hat (S. 283 f.) und lautet:

17./30. Juli 1914.

Lieber Willy,

ich schicke Dir Tatischtschew mit diesem Briefe. Er wird imstande sein, Dir genauere Erklärungen zu geben als ich es hier könnte. Die Ansicht Rußlands ist folgende: die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin ist ein furchtbares Verbrechen, begangen von einzelnen serbischen Individuen. Aber was beweist, daß die serbische Regierung an dem Morde mitschuldig ist? Ach, wir wissen aus zahlreichen Vorkommnissen, daß es oft unmöglich ist, den Ergebnissen einer Untersuchung oder dem Urteil juristischer Behörden vollen Glauben zu schenken — besonders wenn politische Motive bei der Angelegenheit mit im Spiele sind (wie z. B. in den Sachen Friedjung und Prokhaska vor drei oder vier Jahren).

Anstatt nun die Angelegenheit dem Urteil Europas zu unterbreiten und den andern Ländern Zeit zu lassen, von den Resultaten der ganzen Untersuchung Kenntnis zu nehmen, hat Österreich ein Ultimatum an Serbien gesandt, eine Frist von nur 48 Stunden gewährt und dann den Krieg erklärt. Ganz Rußland und die öffentliche Meinung eines großen Teiles der andern Länder halten die Antwort Serbiens für ausreichend; unmöglich ist es, zu verlangen, daß ein unabhängiger Staat in seinen Konzessionen, die er den Forderungen einer andern Nation gegenüber macht, weiter gehen könne. Strafexpeditionen können nur im eigenen Lande oder in den Kolonien unternommen werden.

Deshalb hat dieser Krieg in meinem Vaterlande eine derartige Entrüstung hervorgerufen. Es wird schwer sein, die kriegerische Stimmung, die sich fühlbar macht, zu beschwichtigen.

Je mehr Österreich in seinem aggressiven Verhalten verharrt, um so schwieriger wird die Lage. An Dich, seinen Verbündeten, wende ich mich als Vermittler zu dem Zweck, den Frieden zu erhalten."

Der Brief des Zaren verrät eine derartig naive Auffassung der politischen Gesamtlage, die durch die Anordnung der russischen allgemeinen Mobilmachung hoffnungslos geworden war, daß man Wilhelm II. durchaus zustimmen kann, wenn er in einer Randbemerkung schreibt:

„Die Sendung Tatischtschews und der Wunsch, ich möge mich durch seine Mobilmachungsmaßregeln nicht in meiner Mediatorrolle stören lassen, sind kindisch und lediglich darauf berechnet, uns auf den Gänsedreck zu führen!" A. B.

Monatsbericht.

Presseschau.

Die deutsche Regierungserklärung zur Schuldfrage. **Kölnische Volksztg., Nr. 761. 30. September 1924.**
Von Graf Max Montgelas.

Gegenüber der von verschiedenen Seiten aufgestellten Behauptung, der Artikel 231 des Versailler Vertrages stempele Deutschland nicht zum Verbrecher an der Menschheit, hebt Graf Montgelas hervor, daß sowohl das Ultimatum wie auch die Mantelnote vom 16. Juni 1919 besagen, der Weltkrieg sei das größte Verbrechen gegen die Menschheit, und das Verhalten Deutschlands sei in der Geschichte der Menschheit fast beispiellos. Da aber Mantelnote und Ultimatum im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen erlassen worden sind, bilden sie, „die authentische Begründung und Interpretation der Vertragsbestimmungen, somit auch die Begründung und Interpretation des im Artikel 231 abgegebenen Urteils".

Ein Weckruf an das britische Gewissen. **Münchener Allgemeine Zeitung, Nr. 410. 11. Oktober 1924.**
Von Hermann Lutz (München).

Hermann Lutz, der, wie bekannt, einen Aufruf an das britische Gewissen (An Appeal to British Fair Play) gerichtet hat, bittet seine deutschen Leser, ihm geeignete Adressen von Engländern, auch in den Kolonien, mitzuteilen, an die ein Exemplar zu senden für wünschenswert gehalten wird. Die Adresse des Herrn Lutz ist: München, Elisabethstr. 34.

Kriegsschuldfrage und Kirche. **Germania, Nr. 433. 7. Oktober 1924.**

Der Pfarrer der Sankt Annen-Kirche in Manchester, Dorrity, beabsichtigt eine Bewegung ins Leben zu rufen, um die Kriegsschuldfrage vor die Bischöfe der „Church of England" zu bringen. Er will dem Bischof von Manchester, Dr. Temple, der bereits öffentlich die Alleinverantwortlichkeit Deutschlands am Kriege widerrufen habe, eine von der Geistlichkeit der Diözese Manchester unterzeichnete Denkschrift über die Kriegsschuldfrage vorlegen, die Dr. Temple bittet, die Kriegsschuldfrage vor die nächste Zusammenkunft der englischen Bischöfe zu bringen.

Kriegsschuldfrage und Kriegsschuldlüge. An Viktor Basch. Von Alfred von Wegerer. **Deutsche Tageszeitung, Nr. 240. 11. Oktober 1924.**

Alfred von Wegerer tritt den Ausführungen entgegen, die Professor Basch anläßlich seiner Reden in Berlin und Potsdam über die Kriegsschuldfrage vorgebracht hatte. Basch werfe, wie so viele, Kriegsschuldfrage und Kriegsschuldlüge durcheinander. Die Bearbeitung der Kriegsschuldfrage gehöre in das Studierzimmer der Wissenschaftler, aber die Kriegsschuldlüge ist „eine Machination der Politik und kann auch nur durch politische Mittel zurückgewiesen werden“.

Liquidation. Von Victor Margueritte. **L'Ere Nouvelle. 19. Oktober 1924.**

Am 23. September 1924 richtete die französische Liga für Menschenrechte eine Eingabe an Ministerpräsident Herriot, in der sie die Öffnung der französischen Archive forderte. In dieser Eingabe heißt es:

„Nous osons penser, sans l'ombre d'une réserve, que, bien loin d'être prématurée, une telle publication est d'ores et déjà tardive aux yeux de ceux qui désirent passionnément travailler à l'avènement de la paix entre les peuples : c'est à toute la vérité diplomatique qu'ils ont droit, et c'est toute cette vérité qu'il faut leur donner si l'on veut établir entre eux la confiance indispensable au désarmement des esprits. Ils se sentent environnés de mensonges : inondez-les de lumière, dussent en souffrir dans leur orgueil ou dans leur gloire, quelques-uns de nos personnages consulaires.

L'heure de la vérité est arrivée.

C'est comme homme de vérité que vous avez triomphé le 11 mai dernier, mais nous pensons qu'il est inutile d'insister là-dessus après vos déclarations de Londres et de Genève, si nettement pacifistes.

Au ministre de la paix, à celui qui doit mériter ce surnom magnifique, l'honneur et le courage de briser dans le « secret diplomatique » l'arme la plus meurtrière de guerre.“

Dazu schreibt Victor Margueritte:

„Et c'est pour cela, Edouard Herriot, que malgré la trop visible attache qui vous lie encore, sans doute malgré vous, au boulet d'hier la démocratie attend de vous les gestes vraiment libérateurs.

Osez répondre à la Ligue des Droits de l'Homme que vous n'avez pas lu les Documents Allemands et le Livre Noir, ou que, les ayant lus, vous n'endosserez point, même en la retournant, la veste de votre prédécesseur.

Ouvrez, ouvrez ces Archives où dorment les correspondances des Delcassé et des Paléologue, ambassadeurs à Saint-Pétersbourg

de Sa Majesté Très Lorraine! Ne permettez pas que le Secret du Roi, déja plus qu'à demi dévoilé, se terre, quant au reste, dans les cachettes du Quay d'Orsay. Ni que continuant à jouer de la Constitution, l'Irresponsable s'abrite plus longtemps derrière le Responsable, son Viviani, qui est comme s'il n'était plus."

La question des responsabilités. **L'Ere Nouvelle.**
Von Armand Charpentier. **10. Oktober 1924.**

Charpentier schildert den Eindruck, den die Erklärung der Reichsregierung über die Kriegsschuldfrage in Genf gemacht hat. Wenn auch die Kriegsschuldfrage in den offiziellen Debatten keineswegs gestreift worden sei, so wäre sie doch um so mehr im Laufe der privaten Unterhaltungen behandelt worden. Allgemein habe der Eindruck vorgeherrscht, daß die Kriegsschuldfrage in einer mehr oder minder nahen Zukunft zur Sprache kommen werde. Charpentier macht nun den Vorschlag, eine Aufrollung der Kriegsschuldfrage auf den Artikel 19 der im Versailler Vertrag enthaltenen Völkerbundakte zu stützen. Dieser Artikel lautet: „Die Versammlung kann von Zeit zu Zeit die Bundesmitglieder zu einer Nachprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationaler Zustände auffordern, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte." Da nun „neue Tatsachen" im ausdrücklichsten juristischen Sinn des Wortes seit 1919 aufgetaucht seien, so sei klar vorauszusehen, daß im Verlaufe einer der nächsten Versammlungen des Völkerbundes die Kriegsschuldfrage entweder von Deutschland oder einem anderen Staate zur Diskussion gestellt werde.

Zur Kriegsschuldfrage. **Danziger N. Nachrichten.**
Von F. Gouttenoire de Toury. **7. Oktober 1924.**

Gouttenoire de Toury sieht in dem Verhalten der deutschen Demokraten und Sozialdemokraten nach der Regierungserklärung zur Kriegsschuldfrage einen taktischen Irrtum. „Die Demokraten und Sozialdemokraten Deutschlands sollten sich gegen den Artikel 231 erheben, einem internationalen Protest der deutschen Regierung ihre volle Zustimmung geben und bei dieser Gelegenheit folgendes erklären: ‚Wir protestieren gegen die Verurteilung, die ohne vorherige Untersuchung ausgesprochen wurde, ohne in irgendeiner Weise den Ergebnissen einer Untersuchung vorgreifen zu wollen. Wir verteidigen nicht die kaiserliche Vorkriegspolitik, wir sagen bloß, daß die Regierung Wilhelm II. nicht als alleinschuldig bezeichnet werden kann.'"

Aus Zeitschriften.

Deutschlands Außenpolitik 1890—1914. Von Dr. Wilhelm Mommsen. — **Vergangenheit und Gegenwart, Zeitschrift für den Geschichtsunterricht und staatsbürgerliche Erziehung, 1924, 4. Ergänzungsheft.**

Eine Darstellung der deutschen Außenpolitik von 1890—1914 auf Grund der neuesten Aktenpublikationen, insbesondere der Großen Aktenveröffentlichung des deutschen Auswärtigen Amtes.

Conrad von Hötzendorf und der Weltkrieg. Von Fritz Kern. — **Zeitschrift für Politik, Jahrg. 1924, Nr. 1.**

Professor Kern (Bonn) schildert an Hand der Erinnerungen des Feldmarschalls Conrad „Deutschlands Friedenspolitik und die Wiener Kriegspartei 1913/14".

Zu den Erinnerungen des Feldmarschalls Conrad. Von Ludwig Herz. — **Zeitschrift für Politik, Jahrg. 1924, Nr. 1.**

Eine Charakterisierung der Persönlichkeit Conrads.

Asquith, Grey und der Ursprung des Weltkrieges. Von Emil Daniels. — **Preußische Jahrbücher, Oktober 1924.**

Emil Daniels gibt eine Darstellung der Außenpolitik der englischen Liberalen von 1907 bis 1914, die in der Hauptsache durch die beiden Staatsmänner Asquith und Grey vertreten worden ist. Daniels kommt zu dem Ergebnis: „Wenn man die Schuldfrage, wie es vernünftig ist, vom moralischen auf das politische Gebiet verlegt, muß man urteilen, Asquith und Grey tragen einen großen Teil der Schuld an der Weltkatastrophe. England wurde 1914 nicht fähiger regiert als 1853, wo Lord Aberdeen und sein Staatssekretär Lord Clarendon in den Krimkrieg hineintrieben, weil sie sich vor der Opposition im eigenen Lager fürchteten, und in Petersburg unterlassen hatten, ihr diplomatisches Vorterrain unter Feuer zu halten."

Zur Geschichte der ersten Haager Friedenskonferenz. Von Philipp Zorn. — **Archiv für Politik und Geschichte. Oktober 1924.**

Professor Zorn, deutscher Delegierter bei der ersten Haager Friedenskonferenz, unterzieht seine bisher veröffentlichten Schriften über das Verhalten Deutschlands in der Schiedsgerichtsfrage einer Revision auf Grund der nunmehr restlos veröffentlichten Akten des deutschen Auswärtigen Amtes zur ersten Haager Friedenskonferenz.

Russische Memoiren. **Deutsche Einheit,**
Von Hans von Eckardt. **1924, Nr. 43.**

In einer Besprechung der Erinnerungen des ehemaligen russischen Kriegsminister Suchomlinow sagt Hans von Eckardt: „Dieser vielgehaßte, maßlos verleumdete, verfolgte und moralisch als Sträfling gefolterte Greis, dieser als Kriegsverbrecher, als Verräter und Defraudant verketzerte Veteran des zarischen Heeres hat hingegen die Kraft gehabt, sein Wirken zu überprüfen und dann, nach offenem Schuldbekenntnis, zu sagen: ich tat, was ich mußte und nehme die Verantwortung auf mich. Daher ergibt sich hier ein Bild menschlicher Wahrhaftigkeit, charakterisiert sich hier ein Mann, der mehr gewesen zu sein scheint als die Summe seiner Leistungen."

Sur les Responsabilités de la Guerre. Réfutations. **L'Universel. Oktober 1924.**

Von Ermenonville. (Gustave Dupin.)

Dupin wendet sich in eingehender Ausführung gegen den Leitartikel des „Temps" und des „Quotidien" vom 3. August d. J., gegen den Aufsatz, den Poincaré am 5. August d. J. sowohl im „Temps" wie in der „Daily Mail" veröffentlichte und gegen den Artikel von Emile Kahn in der „Ere nouvelle" vom 16. August d. J. Die einseitig gegen die Mittelmächte gerichteten Anschuldigungen der verschiedenen Verfasser werden von Dupin in kurzer, aber treffender Beweisführung widerlegt.

Gustave Dupin, der bis zum April dieses Jahres eine eigene Zeitschrift, „Vers la Vérité" leitete, wird von nun an als ständiger Mitarbeiter in der Monatsschrift „L'Universel" (51, Avenue Reille, Paris XIV^e^) die Kriegsschuldfrage behandeln. Zu den Mitarbeitern dieser Monatsschrift gehören: Dumesnil als Chefredakteur, Oberst Converset, General Percin und Louis Guétant.

Bücherschau.

Bourget, J. M.: Les Origines de la Victoire. Histoire raisonnée de la Guerre mondiale. La Renaissance du Livre, Paris 1924.

Churchill, Winston S.: Weltkrisis 1911—1914. Übersetzung von Hellmut v. Schulz. K. F. Koehler Verlag, Leipzig 1924.

Delbrück, Clemens von: Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914. Verlag für Kulturpolitik, München 1924.

Ermenonvile (G. Dupin): Juillet 1914. Précis du déclanchement de la Guerre et des Responsabilités. Société Mutuelle d'Edition Paris 1924.

Frantz, Gunther, Archivrat und Mitglied des Reichsarchivs, Major a. D., ehemals im Großen Generalstabe: „Rußlands Eintritt in den Weltkrieg." Der Ausbau der russischen Wehrmacht und ihr

Einsatz bei Kriegsausbruch. Mit Genehmigung des Reichsarchivs und unter Benutzung amtlicher Quellen. Mit zahlreichen, bisher unveröffentlichten russischen Dokumenten, darunter einer Denkschrift des Generals Danilow in deutscher Übertragung, sowie einer Karte. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, 1924.

Ein wirklich Sachkundiger hat hier ein Werk geschaffen, das in seiner Gründlichkeit das erste solcher Art genannt werden kann. Trotz des hauptsächlich militärischen Charakters ist es ein Beitrag zur Vorgeschichte und Geschichte des Krieges und birgt gleichzeitig — ohne es zu suchen — den hochaktuellen und immer steigernden politischen Wert: Eine starke, scharfe und blanke Waffe gegen die falschen Thesen von Deutschlands Alleinschuld am Kriege.

Haller, Johs.: Aus dem Leben des Fürsten Philipp zu Eulenburg-Hertefeld. Gebrüder Paetel, Berlin 1924.

Molenbroek, P. Dr.: Prof. Emile Doumergue en de Roerbezetting. Een Onderzoek omtrent de Vraag: is Frankrijk onschuldig? N. V. Haagsche Drukkerij en Uitgeversmaatschappij. 1924.

In einer interessanten Polemik gegen Doumergue, den Dekan der protestantisch-theologischen Fakultät der Universität in Montauban, weist Molenbroek darauf hin, daß jede neue Dokumentenveröffentlichung die starke Verantwortlichkeit der Ententemächte für den Kriegsausbruch erhärte.

Neumann, Dr. Richard: Die Lüge von der deutschen Kriegsschuld im Geschichtsunterricht der deutschen Schulen. Langensalza, Hermann Beyer & Söhne (Beyer & Mann) 1924.

Tirpitz, von, A.: Politische Dokumente. Der Aufbau der deutschen Weltmacht. J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger, Stuttgart und Leipzig 1924.

Die Schriftleitung behält sich noch eine ausführliche Würdigung dieses Werkes vor.

Unser Schuldbuch sei vernichtet. Ecrasez l'infâme. Von einem „Boche" im besetzten Gebiet. Verlag von Theodor Weichert, Leipzig 1924.

Vic, Jean: La littérature de guerre. Manuel méthodique et critique des publications de la langue française, 2 août 1914 — 11 novembre 1918. Paris, Les Presses françaises 1924, 5 Bände.

Ziegler, Wilhelm, Dr.: Bild-Dokumente zur Kriegsschuldfrage. Verlag: Deutsche Volksgemeinschaft, Berlin 1924.

Die kleine, aber höchst originelle Schrift, die zahlreiche Abbildungen und Faksimiles enthält, bildet eine sehr wertvolle und lehrreiche Illustration zur Kriegsschuldfrage.

Besondere Mitteilung.

Infolge der russischen Dokumente über Björkoe war es der Schriftleitung leider nicht mehr möglich, zwei im Oktoberheft für die nächste Nummer angekündigte Veröffentlichungen in dieser Nummer zu bringen:

1. Das von Graf Montgelas in seinem Aufsatz „Professor Pekar (Prag) über den Kriegsausbruch" auf Seite 529 angekündigte Verzeichnis mit Inhaltsangabe über die Korrespondenz Berlin—Wien.
2. Eine Antwort auf die Fragen des Herrn Recouly. Vgl. S. 447.

Die Verfasser dieser Aufsätze sowie unsere Leser bitten wir die Verzögerung gütigst entschuldigen zu wollen.

Die Schriftleitung.

Bezugsbedingungen.

Die Monatsschrift ist bei allen Postanstalten, Buchhandlungen und der

Verlagsabteilung

der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen Berlin W 35, Potsdamer Straße 118c, Telephon: Lützow 7606, zu beziehen.

Inlandspreis:

Vierteljahresabonnement 2,— G.-Mk.

Auslandspreis:

Vierteljährlich (einschl. Porto und Verpackung) 2,50 G.-Mk.

W. Büxenstein, Berlin SW 48, Friedrichstr. 240/41.

77. Jahrgang
8 Uhr-Abendblatt
National-Zeitung


Süddeutsche Zeitung
Stuttgart
für nationale Politik u. Volkswirtschaft
Bedeutendste Handelszeitung
Südwestdeutschlands
Taeglich 2 Ausgaben

E. D. Morel †

Am 13. November 1924 ist der unerschrockene Vorkämpfer für einen wirklichen, auf sittlicher Grundlage ruhenden Völkerfrieden heimgegangen. In der ganzen Welt und nicht zuletzt in Deutschland wird der Verlust, der durch den Tod dieses aufrechten Mannes eingetreten ist, auf das tiefste empfunden.

Morels Leben und Wirken wurde bestimmt von einem unerschütterlichen Willen zur Wahrheit und Gerechtigkeit, dem die Kraft entsprang, auch den Kampf gegen die Kriegsschuldlüge mit einer beispiellosen Energie aufzunehmen.

Auf die Verdienste Morels um die Aufklärung in der Kriegsschuldfrage werden wir im Januarheft noch näher eingehen.

Heute bringen wir einen Aufsatz von Morel selbst in deutscher Übersetzung, wohl seine letzte Schrift über die Kriegsschuldfrage, die er am 19. September im „The New Leader“ veröffentlicht hat.

Es folgt dann noch ein Aufsatz von dem bekannten französischen Vorkämpfer in der Kriegsschuldfrage Demartial, den der Verfasser uns anläßlich des Todes von Morel eingesandt hat.

Alfred von Wegerer.

Kein Friede ohne Wahrheit.

Der Preis einer Lüge.

E. D. Morel.

Als der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian" neulich meldete, daß vielleicht bei keinem der siegreichen Völker der Ursprung des Krieges in so ernstem und kritischem Geiste erforscht werde, wie in Frankreich, da teilte er eine Tatsache von ungeheurer Bedeutung mit, berichtete jedoch nichts Neues. Neu an der Sache ist nur, daß die Verschwörung fast der gesamten britischen Presse, diese Versuche und überhaupt den ganzen Gegenstand totzuschweigen, nun allmählich zusammenbricht. Ich habe immer gedacht und habe es häufig ausgesprochen, daß, wenn die Leidenschaft für strenge Gerechtigkeit und geistige Freiheit, die nirgends so natürlich und so tief eingewurzelt ist wie in Frankreich, wirklich zur Erkenntnis der erstaunlichen und langjährigen Täuschung erwacht, deren Opfer das französische (und auch das britische) Volk im Jahre 1914 und in den unmittelbar vorhergehenden Jahren gewesen sind — daß dann Franzosen aufstehen würden, die mit derselben unermüdlichen Beharrlichkeit die Enthüllung dieses Betruges durchführten, die andere Franzosen in dem erfolgreichen Versuche bewährt haben, gegenüber ihrem Generalstab, vier Kriegsministern nacheinander, zwei Kriegsgerichten, dem gewaltigen Prestige des Heeres und der sozialen Mächte, die hinter ihm standen. Gerechtigkeit für ein einzelnes Individuum zu erkämpfen. Und dieses Phänomen hat stattgefunden, und das Ergebnis ist: Es beginnt zu tagen.

Diesen französischen Studien über den Ursprung des Krieges sind mehrere Züge gemeinsam, obwohl die Verfasser in ihren Meinungen so weit auseinander gehen, wie vormals die Verteidiger des Dreyfus. Demartial, dessen Lebenswerk im Staatsdienst erst neulich von Herrn Ferdinand Buisson im Senate gelobt wurde, hat sich stets jeder Parteipolitik ferngehalten: Ritter der Ehrenlegion, im Genusse einer bescheidenen Pension und eines ruhigen Daseins auf dem Lande, hatte er hin und wieder einen Beitrag zur Erörterung von Reformen im Staatsdienst geliefert, hatte anfangs die offizielle Darstellung über den Krieg hingenommen; aber eine moralische Empörung gegen Lug und Trug hat ihn dazu getrieben, seine Muße, den Frieden seines Gemüts

und einen nicht geringen Teil seiner Einnahmen Dem zu opfern, was er mit Recht „die Frage aller Fragen“ nennt. Pevet hat den ganzen Krieg mitgefochten; so auch Gouttenoire de Toury, ein schneidiger Kavallerieoffizier adliger Herkunft, dessen Haltung natürlich seine Kreise entsetzt hat; Morhardt war früher Sekretär der Liga für Menschenrechte. Alle diese Männer behalten den großen Gesichtspunkt im Auge. Sie erkennen, daß die Frage der Kriegsschuld untrennbar mit der Zukunft Europas verknüpft ist, und daß, auch wenn die Ungerechtigkeiten des Vertrages von Versailles und spätere Schritte allenfalls wieder gutgemacht würden, Deutschland sich niemals über den entehrenden Vorwurf, daß es allein am Kriege schuld sei, beruhigen könnte. De Toury schreibt:

„Die Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg . . . . . ist die schlimmste Fackel der Zwietracht, heute und in Zukunft, und die größte Gefahr weiterer Kriege zwischen den Völkern . . . . . es ist keine rein historische Frage, sondern eine Angelegenheit des sittlichen Bewußtseins und des Gewissens der Menschheit. Wir werden keinen Frieden haben, solange die furchtbare Anklage, die auf Deutschland lastet, nicht durch eine Erörterung nach den Regeln der Jurisprudenz gerechtfertigt oder endgültig auf den Tafeln der Geschichte ausgelöscht ist.“

Alle empfinden sie mit Ingrimm die Art, in der Frankreich in den Krieg gestürzt wurde, „zur Schlachtbank geführt“, wie Demartial schreibt; wie es belogen wurde, wie seine Verfassung dem Geiste, wenn auch nicht dem Buchstaben nach, vergewaltigt worden ist. Alle leugnen ausdrücklich die alleinige Schuld Deutschlands und sind darin einig, daß die Verantwortung eine geteilte ist. Pevet und Demartial gehen streng mit Grey ins Gericht. Aber es herrscht nur eine Stimme darin, daß die Hauptschuld der unheilvollen Verbindung Poincaré-Iswolski von 1911 an, und der russischen Mobilisierung als dem entscheidenden, maßgebenden Faktor der Katastrophe zuzuschreiben ist.

Solche Anschauungen finden jetzt in Frankreich ihren Ausdruck. Sie sind doppelt willkommen zu heißen. Wenn es einen Weg zur Versöhnung zwischen Franzosen und Deutschen gibt, wird es nur der sein, auf dem beide Nationen zusammen der Gerechtigkeit nachstreben, die keine Landesgrenzen kennt. Denn diese Kriegsschuldfrage ist ebensosehr eine französische und eine britische Frage, wie sie eine deutsche Frage ist. Bis sie abgetan ist, wird sie wie ein verderbliches Gift fortwirken, das in den Adern ganz Europas wütet.

Was läßt sich da tun? Deutschland hat jetzt durch seinen Kanzler vor der ganzen Welt die Anschuldigung bestritten, zu deren Anerkennung es unter dem Drucke der Hungerblockade gezwungen worden ist, und die Lloyd George mit seinem gewöhnlichen Mangel an historischem Sinn vor drei Jahren als „chose jugée“ hinstellte. Die kluge Presse sagt: „ein Druck von nationalistischer Seite“. Es mag dem so sein. Aber in diesem Falle wird er unterstützt durch Alle, die wir in

Deutschland unter solchen Umständen, als die Besten der Nation, als Zeugen aufrufen würden. Man braucht nur die Liste von etwa hundert Unterschriften zum „Appeal to British Fair-Play“, herausgegeben von Hermann Lutz, durchzusehen, um davon überzeugt zu sein. Keine künstliche oder vorübergehende Stimmung könnte es erklären, daß die Unterschrift des Professors Quidde neben denen von Dr. Schacht, Dr. Simons, Theodor Wolff, Dernburg, Graf Pourtalès und Graf Bernstorff steht. In dieser Frage hat Deutschland sich über jeden Zweifel hinaus einig erwiesen, und diese Tatsache hat für die ganze Welt Gewicht. Solche Einmütigkeit will nicht behaupten, daß man weder am Vorkriegswettkampf der nach Herrschaft strebenden Mächte, noch an der Häufung von Verirrungen während der Endkrise beteiligt, sogar in erheblichem Maße beteiligt sei; ja, es werden besondere Fehler der Überlegung und der Voraussicht bei jenen zugegeben, die das alte kaiserliche Deutschland regierten. Aber man leugnet mit Entrüstung die bewußte und vorbedachte Sünde, diese „gefährlichste Verschwörung, die jemals gegen die Freiheit der Völker geplant wurde, sorgfältig, geschickt, heimtückisch, in jeder Einzelheit mit ruchloser, zynischer Entschlossenheit angelegt“ (Lloyd George), die eingestandenermaßen die Grundlage des Vertrages von Versailles, die offenherzige und gepriesene Rechtfertigung für jede Beraubung, jeden Übergriff, jede Marter, die seit dem Jahre 1919 einem entwaffneten Volke angetan worden sind, und ebenso die Grundlage für den Dawes-Plan bildet, der dieses Volk auf unbegrenzte Zeit „wegen Reparationen“ in eine Zwangsjacke pressen möchte. Und diese Ablehnung gründet sich auf ein Beweismaterial, das geradezu überwältigend ist, wie eine stattliche Korona amerikanischer Geschichtsschreiber und Professoren vor kurzem erklärt hat. Die Annahme des Dawes-Plans wird als der Beginn einer neuen Ära begrüßt. Eine tollere Selbsttäuschung läßt sich gar nicht denken. Er bedeutet höchstens eine Pause, in der man Atem schöpfen kann. Denn er legt Bürden auf, er stellt Forderungen, er verlangt in Permanenz das Recht fremder Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines großen Volkes — ein in der Geschichte unerhörter Vorgang; und diesen Bürden, diesen Forderungen und Ansprüchen wird eine unanfechtbare Rechtsgeltung beigemessen, weil die davon betroffene Nation in kalter Überlegung unrecht gehandelt haben soll. So bleibt das moralische Brandmal, das die Seele versengt, bestehen.

Solchergestalt ist die Lage, der jedes international denkende Individuum, jeder Freund des Friedens hier in England wie in jedem anderen Lande gegenübersteht. Als Volk haben wir es bisher vermieden, den Dingen ins Gesicht zu sehen. Und was für einen entsetzlich hohen Preis haben wir, hat die Welt von 1914 bis zum heutigen Tage dafür bezahlt! Zuerst die Verlängerung des Krieges, dann die Tragödie des Friedens, der wirtschaftliche Erschütterungen und die Verstärkung des Völkerhasses während der letzten fünf Jahre auf

dem Fuße folgten; jetzt das Irrlicht des Dawes-Plans, das uns durch Sümpfe der Täuschung und Betörung führt. Der Mythus von der deutschen „Verschwörung", das Phantasiegebilde einer Schuldlosigkeit der Alliierten, das Postulat der Alleinschuld Deutschlands — wie man das Ding auch nennen mag, diese verderbliche Legende ist der Urgrund alles dieses Unheils, der Tragödie geschändeter Gerechtigkeit, der Tragödie, worin die Verneinung der Gerechtigkeit zum System geworden, der Tragödie eines Europas, das abermals zum Kriege rüstet.

Das amtliche England trägt die Hauptschuld an der ausgedehnten Geltung dieser Legende, an ihrer Aufstellung als internationales Dogma, an ihrer Annahme durch unser eignes Volk — das dem Wesen nach und im einzelnen ein rechtlich denkendes Volk mit einem angeborenen Gefühl für Recht und Unrecht ist — und am herrschenden Einfluß dieser Legende als eines politischen Werkzeugs. Von Anfang an hat der amtliche Liberalismus ins Horn äußerster Anschuldigungen, verletzter Rechtschaffenheit gestoßen und hat seither diesen Ton nie aufgegeben, um so zu verbergen, daß er selbst unsere staatsbürgerlichen Rechte verraten hat. Alle anständigen Triebe unseres Volkes, sein Glauben und seine Treue, seine tiefen religiösen Überzeugungen, sein Abscheu vor jeder Grausamkeit, seine Sentimentalität, alles das ist mit unglaublicher Berechnung ausgebeutet worden, so daß während dieser letzten fünf Jahre Taten und Mittel, die dem englischen Charakter vollkommen fremd sind, doch den Beifall der Nation erringen konnten.

In diesem Netz ist die öffentliche Meinung Englands, die heute die entscheidende Macht darstellen könnte, mit deren Hilfe die Anschauungen der gesamten Welt zu der Erkenntnis geführt würden, daß, wenn Europa wahren Frieden haben soll, diese große Menschheitsfrage vor ein internationales Forum gebracht werden muß, gefesselt und zur Ohnmacht verurteilt worden. Aber dieses Netz muß zerrissen werden. Ist unsere Verantwortung groß, die Gunst des Augenblicks ist es nicht minder. Übereilung, falsche Berechnungen, eine herausfordernde Sprache und Haltung, bombastische Diplomatie, unglaubliche Dummheit — all' dies bleibt auf dem Schuldkonto des alten deutschen Regimes; aber der langgehegte Plan, Europa einen Krieg aufzuzwingen (und es handelt sich hier nur um diese Verschwörung, auf der die Anklage alleiniger Schuld beruht, und um den ungeheuern Strafmechanismus, der auf dieser Basis errichtet wurde) — er ist in leere Luft zergangen. Und nicht nur das. Von den Stützen, die den großen Trug aufrechthielten, ist eine nach der andern morsch geworden und zusammengebrochen, und Glied für Glied hat sich eine grauenhafte Kette von Beweisen herstellen lassen, Beweisen für wohlerwogene Absicht, geniale Gerissenheit in der Aufrechterhaltung trügerischen Scheines, Beweise für kühle Berechnung und Ausnutzung von Möglichkeiten — zwischen Paris und Petersburg. Das Erstarken dieser Beweiskette fällt mit der Erschließung der kaiserlich-russischen Archive

zusammen, auf die dann die Öffnung der österreichischen und deutschen Archive folgte, und mit dem Erwachen eines neuen Geistes in Frankreich.

Hier bietet sich nun einer britischen Regierung, die sich nicht mit Vorkriegsdiplomatie besudelt hat, die mit keiner Verantwortung für den „Frieden“ belastet ist, eine schöne Gelegenheit, offen und ehrlich für die Eintracht der Völker zu wirken. Das Beweismaterial aus den letzten vier Jahren, die Biographien und Denkwürdigkeiten von Staatsmännern, Diplomaten, Soldaten und Seeleuten haben das Bild gänzlich verändert, das eine Reihe britischer Politiker und Publizisten für das britische Publikum von den Ursachen des Krieges entworfen hat. An Stelle der „chose jugée“ des Herrn Lloyd George ist „le fait nouveau“, die neue Tatsache, getreten. Die heutige britische Regierung ist berechtigt — nach meinem Gefühle sogar moralisch verpflichtet — das Wesentliche dieser neuen Tatsache, oder vielmehr dieser Reihenfolge neuer Tatsachen, dem britischen Volke mitzuteilen, samt weiteren Beweisen, die aus den Archiven des Foreign Office geschöpft werden möchten. Entweder wußte die liberale Regierung eines Asquith und Sir Edward Grey, was von 1911 an bis zu den letzten Augenblicken der Krise zwischen Paris und Petersburg gesponnen wurde — oder sie wußte es nicht. Auf jeden Fall wußte das englische Volk nichts davon, und dieses Volk, das in alle unheilvollen Folgen einer Politik verwickelt wurde, die es gutgeheißen hat, ohne von jenen Dingen zu wissen, es hat ein Recht, zu fordern und zu erwarten, daß es darüber aufgeklärt werde.

Und es ist noch etwas anderes zu berücksichtigen. Englands Prestige ist heute stärker als in irgendeinem Zeitpunkt seit Versailles. Ein öffentliches Anzeichen dafür, daß seine Regierung auf Grund des gesamten Beweismaterials in bezug auf die Geschichte der Katastrophe von 1914, wie es sich seit 1921 angehäuft hat und öffentlich zugänglich geworden ist, es unter dem Gesichtspunkte der Gerechtigkeit und im Interesse des Friedens für angemessen hält, daß diese große Erörterung, zusammen mit der Erschließung unserer eigenen Archive (die der Premierminister, in Erwiderung auf meine Interpellation im Hause, teilweise versprochen hat), dem internationalen Gerichtshof der Welt vorgelegt werde — diese Kundgebung würde die Entfernung alles dessen vorbereiten, was sonst der Harmonie unter den Nationen und einem wahren Frieden dauernd im Wege stehen müßte.

Die Zeit ist günstig. Der Premier hat sich in Genf lebhaft für den sofortigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ausgesprochen. Seine Aufnahme in den Bund müßte zeitlich mit der Erlaubnis zur Berufung gegen das Urteil auf Alleinschuld zusammenfallen, das in Versailles gefällt worden ist. Herr Fabre-Luce verkündet eine tiefe Wahrheit, wenn er sagt:

„Nur die landläufige Darstellung des Ursprungs des Krieges scheidet uns von einer unwiderstehlichen Bewegung zum Frieden hin.“

E. D. Morel.

Georges Demartial.

Dieser Aufsatz von Georges Demartial ist zuerst in der Pariser Zeitschrift „Europe“ erschienen. Die Schriftleitung.

Als Sohn eines Franzosen, eines Beamten im Ministerium des Innern, ist Morel selbst bis zum militärdienstpflichtigen Alter Franzose gewesen; wegen allgemeiner Körperschwäche wurde er vom Militärdienst befreit. Aber er war noch ein ganz kleines Kind, als seine Mutter, eine Engländerin, ihn nach dem Tode seines Vaters mit nach England nahm. Mit 23 Jahren ließ er sich dort naturalisieren. Damals war er Angestellter einer Firma, die nach Westafrika Geschäftsbeziehungen hatte.

Diesem Umstand ist es zu verdanken, daß Morel Veranlassung nahm, über afrikanische Angelegenheiten zu schreiben. Sein Buch „Affairs of West-Africa“ wurde von einem Beamten des französischen Kolonialministeriums übersetzt. Aber was ihn von dieser Zeit ab berühmt machte, war sein Verteidigungskampf für die Eingeborenen, die von den Elfenbein- und Gummihändlern ausgenutzt wurden[1]). Er wagte sich sogar bis an die Person des belgischen Königs und griff Amerika an. Im Verlauf dieser Kampagne kam er nach Paris, sprach in der Sorbonne und wurde von dem damaligen Ministerpräsidenten Clemenceau und dem Kolonialminister empfangen. In der Schlußsitzung der „Congo Reform Association“ im Jahre 1913 wurde er geradezu gefeiert.

Da Morel sich also mit den Kolonialangelehenheiten in ihrer Beziehung zur Politik zu befassen hatte, wandte er sein Augenmerk auch auf die schleichende Marokkokrisis, die, wie er voraussah, Europa in einen Krieg verwickeln würde. Ihr widmete er ein Buch „Marocco in Diplomacy“, das seit dem Kriege schon sechs neue Auflagen erlebt hat unter dem außerordentlich gerechtfertigten Titel „Ten Years of Secret Diplomacy“ (Zehn Jahre Geheimdiplomatie). Wenn die Menschen etwas gesunden Menschenverstand oder wenigstens den Erhaltungstrieb der Tiere hätten, dann würden sie etwas seltener in das Kinematographentheater gehen und etwas mehr Bücher wie dieses lesen.

Bei Ausbruch des Krieges war Morel der auserwählte Kandidat der liberalen Partei für das Unterhaus im Wahlkreis von Birkenhead. Im Handumdrehen war sein Entschluß gefaßt.

---

[1]) Eins seiner Bücher aus dieser Zeit ist betitelt „Red Rubber“ (Der blutige Gummi).

Während des Krieges.

Am 4. August, wohlverstanden am 4. August, bevor noch England an Deutschland den Krieg erklärt hatte, übersendet Morel dem Vorsitzenden seines Wahlkomitees seinen Mandatsverzicht. Einige Wochen später schreibt er ihm in einem wundervollen Briefe: „Ich kann nicht den Heuchler spielen.“ Wie sein Biograph bemerkt, liegt in diesem Wort sein ganzes Leben[2]).

Im November stellten vier andere Engländer und er fest, mit wie überraschender Schnelligkeit Europa in den Krieg gestürzt worden war, und daß es dem englischen Volk unmöglich sei, die Beweggründe zu kontrollieren, aus denen seine Regierung ihn unternommen zu haben behauptete, und daß man deshalb Veranlassung hätte, zu befürchten, sein Ausgang werde nicht den Bedürfnissen eines wahren Friedens entsprechen; sie verwirklichten daher einen Plan, den sie vom ersten Kriegsmonat an ausgearbeitet hatten, und gründeten die „Union of Democratic Control“. eine Gesellschaft, die den Zweck hatte, wie schon ihr Name andeutet, die auswärtige Politik durch die Volksmeinung überwachen zu lassen. Diese vier andern Engländer hießen, in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt: Norman Angell, Ponsonby, Ramsay Mac Donald, Trevelyan.

Mit Ausnahme von Norman Angell, dem Verfasser des berühmten pazifistischen Buches „The great Illusion“ waren diese Freunde Morels Mitglieder des Unterhauses. Ponsonby und Trevelyan gehörten der liberalen Partei an. Der erstere war Page der Königin Victoria gewesen und Privatsekretär von Campbell Bannerman; sein Bruder bekleidete eine der höchsten Hofchargen. Der letztere, ein Neffe von Lord Macaulay, war Parlamentssekretär im Ministerium des öffentlichen Unterrichts. Er war einer der drei Mitglieder des Ministeriums, die bei Beginn des Krieges ihren Abschied genommen hatten.

Ramsay Mac Donald war Sprecher der Arbeiterpartei. In der Unterhaussitzung vom 3. August 1914 hatte er den Mut gehabt, sein Erstaunen darüber auszudrücken, daß Sir Edward Grey, der soeben in seiner Art die Umstände geschildert hatte, unter denen England in den Krieg gegangen war, sich nicht über die Rolle Rußlands ausgesprochen hätte. „Seine Bemühungen, diese Unterlassung wiedergutzumachen — sagt der „Labour Leader“ unterm 6. August —, wirkten auf den russischen Botschafter, der bisher teilnahmlos auf der Galerie gesessen hatte, wie ein elektrischer Schlag; er heftete die Blicke mit einem nicht verhehlten Ärger auf ihn. Unbekümmert darum fuhr Mac Donald fort, seiner Überzeugung Ausdruck zu geben, daß in Wahrheit für Rußland der Krieg unternommen worden sei[3]).“ Aber ach! Im Palais Bourbon

---

[2]) Morel, The Man and his Work, par Seymour Cocks, London, bei Allen. Diese Biographie schließt mit dem Ende des Jahres 1918.

[3]) Der „Labour Leader“, eine Wochenschrift, bekämpfte in hervorragender Weise die Kriegslügen, was ihm im Jahre 1916 ein Verbot auf französischem Grund und Boden eintrug. Seine Nummer vom 6. August beginnt mit der Überschrift

fand sich am folgenden Tage niemand, der die Verdauung Iswolskis gestört hätte.

Trotz der beleidigenden Zurufe, trotz der Frechheit, mit der eine Anzahl seiner Kollegen den Saal verließ, anstatt ihn anzuhören, faßte Ramsay Mac Donald seine Ansicht in folgende Worte zusammen: „Ich bin der Meinung, daß Sir Edward Grey unrecht hat. Ich bin der Ansicht, daß die Regierung, die er vertritt, und in deren Namen er spricht, unrecht hat. Ich bin der Ansicht, daß der Wahrspruch der Geschichte ihn des Unrechts zeihen wird. Was auch kommen mag, was man auch über uns sagen mag, wessen man uns auch beschuldigen möge, wir werden es laut verkünden, daß dieses Land hätte neutral bleiben müssen, weil wir im tiefsten Grunde unseres Herzens glauben, dies wäre das richtige gewesen und dies allein hätte sich mit unserer Ehre vertragen."

Einige Tage darauf protestierte Mac Donald gegen die Verleumdungen, die den Deutschen, außer der alleinigen Verantwortlichkeit für den Krieg, noch obendrein Grausamkeiten nachsagten. So rüttelte er von Anfang an an den beiden hauptsächlichsten Rechtssäulen des Kriegstempels. Mehr war nicht nötig, um ihn der Leitung der Labour Party verlustig gehen zu lassen.

War man doch nicht nachsichtig allen denen gegenüber, die sich gegen das offizielle Dogma auflehnten. Die U. D. C. mußte es erfahren. Schnell lernte sie einsehen, wie außerordentlich unpopulär sie geworden war. Und doch war ihr Programm nicht anders als das, welches später das Glück des Präsidenten Wilson ausmachen sollte, der im Grunde genommen bei ihr nur eine Anleihe gemacht hatte. Ihre „four cardinal points" bei Kriegsbeginn waren seine späteren „vierzehn Punkte."

Aber man hatte gegen Morel, den Sekretär und geistigen Leiter der U. D. C., einen besonders schwerwiegenden Einwand. Sobald der Krieg begonnen hatte, konnte man die typische Ansicht der Engländer (the typical british attitude) über den Ursprung des Krieges kurz folgendermaßen zusammenfassen: „Die deutsche Regierung — einige sagten: das deutsche Volk — hat den Krieg vierzig Jahre lang vorbereitet. Ihr Plan war sorgfältig ausgearbeitet, der günstigste Augenblick entschlossen ergriffen. Sie warf ihre Armeen auf ihre unschuldigen und nur zur Hälfte vorbereiteten Nachbarn, um so ihre von langer Zeit her gereifte Absicht auszuführen, die Weltherrschaft an sich zu reißen. Deshalb trägt sie allein die Verantwortlichkeit für das ungeheure Verbrechen des Krieges." Niemand kann die einwandfreie Klarheit dieser Folgerung in Abrede stellen, die während des ganzen Krieges den Kern der Reden eines Poincaré, Lloyd George und Wilson bildete. Die Folge davon kleidet ein Artikel des „New Statesman" vom 15. Mai 1915 in folgende Phrase: „Wir können Deutschland nicht nur keinen ehrenvollen Frieden zubilligen, sondern wir können über-

„Nieder mit dem Kriege!". Der redaktionelle Teil ist überschrieben: „Die Verantwortlichkeit Großbritanniens. Gewidmet denjenigen, welche der ‚union sacrée' Weihrauch streuen."

haupt keinen Frieden mit ihm schließen.“ Und das ist es, was man getan hat.

Aber Morel war der Meinung und sagte es auch ganz offen heraus, daß es unbedingt den Tatsachen widerspreche, wenn man Deutschland als alleinschuldig für den Krieg betrachte, und wenn man diese Anschauung dem englischen Volk beibringen wolle, so könnte das für dieses, für Europa und die Welt die traurigsten Folgen haben. Ein Sturm von Schmähungen brach über ihn herein. Dieser gestern noch geehrte, gefeierte Mann war in wenigen Wochen der am meisten verachtete, am meisten verhaßte Mann in England. Man warf ihm sogar seine Vergangenheit vor. Die Kongogreuel habe er wohl erfunden. Sein Buch über Marokko habe Deutschland ihm bezahlt. Die Verleumdungen schwollen von Tag zu Tag mehr an, so daß sie bereits allgemein verbreitet waren, ehe Morel dagegen protestieren konnte.

Morel jedoch war nicht in die Arena hinabgestiegen, um zu fliehen. Er bot der Meute die Stirn. Im „Labour Leader“ veröffentlichte er während der beiden ersten Jahre des Krieges eine Serie von Artikeln, durchdrungen von Ehrenhaftigkeit und Überzeugungstreue, in denen er den Blödsinn der Hauptlügen, womit man das englische Volk berauschte, nachwies; bald wandte er sich an den gesunden Menschenverstand, bald bekräftigte er seine Ansicht durch reichliche Beweise. Im Jahre 1916 sammelte er diese Artikel und noch einige andere in einem Band unter dem Titel „Truth and the War“ (Die Wahrheit und der Krieg).

Da griff man zu einer andern Waffe: dem Totschweigen. Die meisten Blätter sprachen gar nicht von diesem Buch. Nur einige fortschrittliche, zum größten Teil sozialistische, hatten den Mut, es zu loben. In den Buchhandlungen lag es nicht aus. Jedoch die Labour Party übernahm es, für die Verbreitung von „Truth and the War“ zu sorgen, und in drei Monaten wurden 10 000 Exemplare verkauft.

Mittlerweile dehnte die U. D. C. auf Betreiben Morels und dank einer Anzahl hervorragender Männer ihre Tätigkeit weiter aus. Broschüren, Musterwerke gesunden Menschenverstandes, der Beweisführung und des Mutes, bekämpften die offizielle Propaganda. Versammlungen wurden in London und in ganz England organisiert. Allerdings nicht ohne Schwierigkeiten. Trotzdem wurden, mit einer einzigen Ausnahme, diese Versammlungen nicht weiter gestört, in denen ein Mann sprach, den man beschuldigte, für den Kaiser zu arbeiten und im Solde Deutschlands zu stehen. Genügte doch sonst schon eine vernünftige Bemerkung auf einer Gartenbank, um eingesperrt zu werden.

Im August 1917 wurde Morel festgenommen. Merkwürdigerweise war ich, wenn auch ganz indirekt, die Ursache. Im Januar 1916 hatte sich in Paris eine „Société d'études critiques et documentaires sur la guerre“ gebildet. Ihre Vereinigungen wurden mehrmals verboten, obwohl sie ganz privater Natur waren. Aber, wie ich glaube, dank dem Umstande, daß sich unter ihren Begründern und eifrigsten

Mitgliedern der berühmte Volkswirtschaftslehrer Charles Gide. Professor am Collège de France, befand, dem schwer beizukommen war, gestattete man ihr Weiterbestehen. Gleich in den ersten Sitzungen wies ich auf den entscheidenden Einfluß hin, den Rußland nach bereits bekanntgewordenen Dokumenten auf den Ausbruch des Krieges gehabt hat. Ein junger Professor, ein in geistiger und sittlicher Beziehung sehr hervorragender Mensch, gab einen kurzen Bericht über diese Versammlungen heraus unter dem Titel „Wer hat Frankreich in den Krieg hineingezogen?“ Bei dem damals in Frankreich herrschenden Regime konnte er ebensowenig daran denken, das Bändchen unter seinem Namen erscheinen zu lassen, wie die „Société d'études“ zu nennen. Aus derselben Erwägung heraus sandte auch ich anonym ein Exemplar an Morel, denn der Ruf des Buches hatte, trotz der Zensur, den Weg über den Kanal gefunden. Gerade zu jener Zeit schrieb Morel die seiner Kriegsbroschüren, die den größten Erfolg hatte und deren Stoff der gleiche war: „Czardom's part in the War“ (Die Verantwortlichkeit des Zarismus am Kriege). Außerordentlich erfreut, zu erfahren, daß es Franzosen gab, die wie er dachten, aber mit Fug und Recht auch begierig zu wissen, wer diese wären, bevor er eine anonyme Veröffentlichung zitierte, suchte Morel Erkundigungen einzuholen. Man brachte ihn in Beziehung zu einer seiner Landsmänninnen, die sich vorübergehend in Paris aufhielten, einer Miß Sidgwick; er kannte sie damals noch gar nicht, sie selbst aber stand in Verbindung mit französischen sozialistischen Kreisen, obwohl sie eine Nichte des Herrn Balfour, des Außenministers, war.

Miß Sidgwick war mit Romain Rolland befreundet. Im Laufe ihres Briefwechsels mit Morel ließ sie diesen wissen, daß der französische Schriftsteller für ihn eine tiefe Bewunderung hege. Morel bat sie, an Romain Rolland einige seiner Bücher zu übermitteln. Der aber war, was Morel nicht wußte, in der Schweiz. Die Polizei erbrach die Briefe der Miß Sidgwick, und Morel wurde beschuldigt, er habe das Gesetz verletzen wollen, welches verbot, ohne behördliche Genehmigung Drucksachen in neutrale Länder zu senden. Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, die er nach dem gemeinen Recht absaß, mit der Vergünstigung, Bücher zu empfangen. Im Grunde genommen war das kein Unglück. Apostel brauchen nun einmal den Märtyrerkranz der Verfolgung. Übrigens war es dies Vorkommnis, das es Morel ermöglichte, an dem Diner teilzunehmen, welches am letzten 9. Januar die 17 Parlamentsmitglieder abhielten, die während des Krieges eingesperrt worden waren.

Und trotz alledem breitete die U. D. C. sich immer mehr aus. Bis zum Kriegsschluß hatte sie 20 Bände veröffentlicht, 40 „pamphlets“ (Broschüren), 50 „leaflets“ (fliegende Propagandablätter), und seit 1916 gab sie eine Monatsschrift heraus: „The Journal of the U. D. C.“ Sie zählte 60 lokale Sektionen, hatte Verbindung mit 75 syndikalistischen und genossenschaftlichen Arbeitervereinigungen und schloß somit ungefähr eine Million Anhänger ihrer Ansicht zusammen.

Nach dem Kriege.

Bei den Wahlen des Jahres 1918 sind die drei Gründer der Union, die dem Parlament angehörten, natürlich unterlegen. Sie hatten weder versprochen, den Kaiser gefangenzusetzen, noch die Taschen der Deutschen bis auf den letzten Schilling zu durchsuchen. Morel setzte nichtsdestoweniger sein Werk fort. Einerseits dehnte er die Tätigkeit der Union auch auf andere Länder aus; er machte aus dem Journal eine vortreffliche außenpolitische Zeitschrift unter dem Namen „Foreign Affairs“ mit dem Untertitel „A journal of international understanding“, deren Chefredakteur er war. Andererseits, im Triumph über die anfänglich von einigen seiner Freunde zur Schau getragenen Vorurteile, trat er mit der Union, wie er selbst es von Anfang an getan hatte, entschlossen auf den Kampfplatz um die Verantwortlichkeit für den Krieg. Eine ununterbrochene Kampagne wird eröffnet in den Spalten der „Foreign Affairs“ gegen die dort so genannte „destructive legend, the old lie, the cancer of the world“, d. h. gegen die Lüge, welche die Schuld am Kriege einer Seite allein zuschiebt, und mit der man Friedensverträge rechtfertigen zu können behauptet, die ein Hohn auf jede Art von Frieden sind. Morel ist die geistige Triebfeder. Noch im letzten Jahre veröffentlichte er „The poison that destroys“, was sechs Auflagen erlebte.

Dann kam der Erfolg, schließlich der Triumph.

Der Erfolg durch den sich mehrenden Beifall, den die Union findet. An allen Enden der Welt hat sie Freunde und ist im wahren Sinne des Wortes weltumfassend. Die kleine, im November 1914 im Hause des Herrn Trevelyan entzündete Flamme ist heute ein Leuchtturm.

Der Triumph durch die Wahlen im November 1922 und im Dezember 1923. Nicht nur hielten die drei Gründer der Union, die vor dem Kriege Parlamentsmitglieder gewesen waren, im Jahre 1922 dort wieder ihren Einzug, sondern auch Morel selbst, der in Dundee mit einer Majorität von 10 000 Stimmen den berühmten Winston Churchill schlug, die vollkommenste Verkörperung des offiziellen vorkriegszeitlichen England. Mit ihnen wurden noch 13 andere Anhänger der Union zu Mitgliedern des Kabinetts gewählt sowie 12 Männer der schottischen Gruppe. Auf die Kandidaten, die zur Leitung der Union gehörten und als solche sich vorstellten, fielen 589 014 Stimmen.

Beinahe alle diese Männer gehörten vor dem Kriege zur liberalen Partei. Sie fielen von ihr ab, besonders Morel im Jahre 1918, weil sie während des Krieges sich von ihrem Ideal, ihren Traditionen abgewandt hatte, und gingen zur Arbeiterpartei über. Durch diese wurden sie gewählt und mit gutem Grunde. Ich will damit sagen, daß die Arbeiterpartei die Ansichten der U. D. C. über den Krieg von 1914 und den Frieden von 1919 zu ihren eignen gemacht hatte. Das bezeugen die Entschließungen auf ihren Kongressen. Man verlangt da die Revision des Vertrags von Versailles nicht, wie sonst wohl, aus

Klugheitsgründen, sondern aus Gerechtigkeitsgefühl. Auf dem Kongreß im Juni 1922 sagte der Vorsitzende Jowett: „Dieser Vertrag ist auf einer Lüge aufgebaut, der schlimmsten und mörderischsten der Geschichte, auf der Lüge, daß Deutschland alleivenrantwortlich sei für den Krieg. Es wird nicht zum Frieden kommen, solange nicht von dieser Lüge der Schleier gelüftet, solange der Friedensvertrag nicht revidiert sein wird." Im Jahre 1923 ging es noch besser. Auf 59 Kandidaten, die der Union angehörten, wurden 37, darunter 18 als Mitglieder des Generalrats, gewählt. Die Zahl der auf diese Kandidaten entfallenden Stimmen betrug 717 508[4]). Was aber alle Erwartungen überstieg, war, daß durch die Wahlen Mac Donald zur Macht gelangte, der sich nun durch eine der eigenartigsten Launen der Geschichte Poincaré gegenüber sieht.

Drei Gründer der Union sitzen in der Regierung: Mac Donald als Premierminister und Minister des Auswärtigen. Ponsonby als Unterstaatssekretär in demselben Ministerium, Trevelyan als Präsident des Ministeriums des öffentlichen Unterrichts. Zehn ihrer bedeutendsten Mitglieder gehören ebenfalls dazu, fünf mit einem Sitz im Kabinett, fünf im Ministerium[5]).

Philipp Snowden, der die Vorrede zu „Truth and the War" schrieb, hat den besonders wichtigen Posten eines Schatzkanzlers inne, der dem eines Finanzministers entspricht. Colonel Wedgwood, der die Einleitung zu Cocks Buch über Morel verfaßte, ist ebenfalls Mitglied des Kabinetts.

Kandidat für den Nobel-Friedenspreis.

Eine der ersten Taten des neuen Ministeriums war, nach dem Beispiel des finnländischen Senats Morel als Kandidaten für den Nobel-Friedenspreis vorzuschlagen.

Wenn es keinen Friedenspreis gäbe, so müßte einer geschaffen werden, um ihn Morel zu verleihen. Einst fiel er Roosevelt zu, der während des Krieges schrieb, „es sollte jeder Mensch erschossen oder aufgehängt werden, der direkt oder indirekt seine Sympathie für

---

[4]) Ein wilder Kampf wurde gegen Morel in Szene gesetzt, sowohl als Anhänger der Arbeiterpartei wie gegen seine Person selbst. Er hatte fünf Konkurrenten, zwei Konservative, zwei Liberale, einen Prohibitionisten (Anhänger der Antialkoholbewegung). Man beschuldigte ihn, lokale Interessen zu opfern. Er erhielt eine Majorität von nur 300 Stimmen. „Aber", sagt „Daily Herald", „in Anbetracht der ganzen Verhältnisse war dies Resultat noch bemerkenswerter als sein Sieg über Churchill." Dieser wurde übrigens wiederum geschlagen, und zwar durch ein Mitglied des Vorstandes der Union.

[5]) Außer den eigentlichen Kabinettsmitgliedern gehören in England zum Ministerium noch andere Parlamentsmitglieder, die den Auftrag haben, jenen vor allem in dem administrativen Teil ihrer Rolle beizustehen. Im Grunde genommen sind sie politische Kontrolleure der Verwaltung. Da sie mit dem Kabinett stehen und fallen, führen sie gewöhnlich den Titel „parliamentary secretary", im Gegensatz zu den „permanent secretaries", die berufsmäßig zur Verwaltung gehören. Ein System, das in jeder Hinsicht vorzüglich ist. Ich hatte seine Annahme in Frankreich in einem Artikel der „Renaissance" empfohlen, der acht Tage vor Kriegsausbruch erschien. Aber wo ist die Zeit hin, da ich mich für Verwaltungsreformen erwärmte!

Deutschland bekundete", und Herrn Léon Bourgeois, einem der unentwegten Hauptvertreter des kriegerischen Frankreich. Ohne Zweifel verdienten sie ihn mehr als jeder andere in dem Augenblick, als er ihnen zufiel. Und es liegt mir fern, ihre Wahl zu bekritteln. Wenn ich daran erinnere, so geschieht dies nur, um durch einen Vergleich zu zeigen, daß nun auch Morel an der Reihe sein könnte, er, der alles getan hat, um den Krieg zu verhindern, alles, um ihn abzubrechen, alles, um ihn durch einen wirklichen Frieden zum Abschluß zu bringen.

Denn schließlich gab es während des Krieges Pazifisten und Pazifisten. Die Mehrzahl wurde zu Kriegslieferanten, unter dem Vorwand, daß, wenn der Krieg an sich ein Übel wäre, so sei dieser, nach einem Ausspruch des fidelen Herrn Balfour, „der Krieg des Himmels gegen die Hölle" — und sie waren natürlich auf seiten der Engel. Und tapfer haben sie sich in die Propagandalegion einreihen lassen. Die Engländer der U. D. C. haben gerade das Gegenteil getan. Sobald sie eingesehen hatten, daß diesem Kriege alle Ideale fehlten, mit denen heuchlerischerweise ihre Regierung ihn beschönigte, haben sie sich von dieser losgesagt, alle sozialen Kräfte gegen sie vereinigt, die öffentliche Meinung gegen sie aufgeboten. Indem Morel, der kein persönliches Vermögen besitzt, sich an ihre Spitze stellte, opferte er seine Zukunft und die seiner fünf Kinder. Die Sache wandte sich zum Guten. Aber fünf Jahre lang wurde er wie ein Aussätziger behandelt. „Man muß sich wundern, daß er noch am Leben ist", hat Colonel Wedgwood gesagt. Ist ein solcher Mann nicht vor allem andern für den Friedenspreis geeignet?

Andererseits würde — und das ist noch weit wichtiger — die Zuteilung des Nobelpreises an Morel auf die wirksamste Weise der Sache des Friedens dienen, für die er doch geschaffen worden ist. Der moderne Krieg verlangt nicht nur eine Mobilisierung der Leiber, sondern auch der Geister. Morel hat zur Kriegszeit allen zum Trotz für sich das Recht beansprucht, die Wahrheit sagen zu dürfen. Ihm den Nobelpreis zuerkennen, hieße erklären, daß eine Mobilisation der Geister wenigstens nicht überflüssig ist. Es hieße die Zensur und den Grundsatz verurteilen: „Mit deiner Regierung, mag sie unrecht oder recht haben!" Dadurch würde offen ausgesprochen, daß, falls es überhaupt eine Lage gibt, in der die Meinungsfreiheit unantastbar sein soll, es die ist, wenn es einen Krieg zu verhindern oder zu beenden gilt, und daß es kein Verbrechen, sondern die Pflicht eines jeden Bürgers ist, vor aller Welt zu prüfen, ob die Ursachen zu einem Kriege auch wirklich die sind, auf welche die Regierung sich beruft. Wenn dies gestattet ist, dann wird der Krieg Sinn und Verstand haben.

Das wäre die Bedeutung, die ich meinerseits der Zuteilung des Nobelpreises an Morel geben würde. Erhält er ihn, so werde ich eine „göttliche Minute" haben. Nicht wie Herr Poincaré, als er den Krieg gewonnen hatte. Sondern, weil ich einen Mann zum Kapitol hinaufsteigen sehe, der das meiste dazu getan hat, diesem seine heuchlerische Maske herunterzureißen.

A SKETCH CONCERNING THE ORIGIN OF THE GREAT WAR.

Graf Carl Pückler.

In nachstehendem bringen wir den Aufatz eines bekannten früheren Diplomaten, der als Botschaftsrat in Rom, London, Petersburg und zuletzt als deutscher Gesandter in Stockholm reichlich Gelegenheit hatte, aus nächster Nähe die politischen Ereignisse zu verfolgen, die mit dem Weltkrieg endeten. Graf Pückler hat den Aufatz in englischer Sprache verfaßt, weil ihm besonders daran gelegen ist, die Aufmerksamkeit der englisch sprechenden Leser für das zu interessieren, was er in seinem Aufsatz mitzuteilen hat. Wir behalten uns vor, die Ausführungen des Grafen Pückler später noch einmal in deutscher Sprache zu bringen. Die Schriftleitung.

The deeper cause of the great war must be sought in the antagonism between Germany and England. Up to the turn of the century the peace of the world rested upon the balance of power or rather the preponderance of those States which had set themselves the task of preserving the European *status quo,* viz. the central European Powers. The triple alliance did not possess this preponderance in itself, but owed it to the good will of England who sympathised with an alliance concluded only for the maintenance of peace. In order to remove points of friction and be unmolested in its transmaritime tasks, England wished to strengthen the ties with the most powerful of the triple alliance States: Germany. If these efforts failed, the main hindrance may be found in the fact that Germany was afraid of being entangled in a conflict with Russia—a consideration which would have been justified, if Russia's hand had still been free and not linked—as it was—to France by a military alliance. One can call this reserved attitude of Germany a great mistake, the greatest ever committed, but one can not possibly trace it back to militant designs, as it obviously arose from the wish to avoid warlike entanglements.

Disappointed by Berlin, England now approached the Powers of the then dual alliance: France and Russia. This was a logical consequence, in as much as an isolation had to be prevented which could become menacing in the face of daily growing Asiatic and African difficulties. Thus ensued the Franco-British, later on the Russo-British entente. Both these events were welcomed by Prince Bülow as guarantees of peace, as in his opinion they removed objects of friction. But their removal did not suffice, and military arrangements followed. This fact alone also does not offer any reason for blame. Does not the triple alliance also contain provisions concerning military assistance? Indeed! But the difference between both groupings lays in the fact that the triple alliance was formed with the view of defending the existing order of things in Europe, whereas the dual alliance left open, and was forced to leave open, the question of the *status quo,* the more or less apparent wishes of both States con-

cerned, amounting to an alteration of existing conditions. (On the one side the opening of the Turkish straits, on the other the recoverment of Alsace-Lorraine).

The question now arises: has not England's siding with the dual alliance encouraged wishes which could only be fulfilled by force? That can hardly be denied. It suffices to remember the words which Mr. Sasonow affirms to have heard out of the mouth of Sir E. Grey at Balmoral. And the Russian minister himself shows us how much such encouragement coincided with Russian policy, when instructing his minister in Belgrade on May 6, 1913 he writes as follows: "Servia's promised land lies in the territory of Austria-Hungary of to-day. May Servia in tenacious work place herself in the necessary degree of preparation for the inevitable conflict." Examples of this kind of encouraging revolutionary changes could be multiplied without number.

Unhappily the French governement has generally followed the allies in this aggressive direction, although it must be recognized that individual persons, for instance the French ambassadors at the court of Berlin as well as M. Caillaux, when he was prime-minister, took up a prudent and conciliatory attitude, because in the interest of France they were afraid of war. Such voices have, it is true, checked the march of events for a time, but not prevented them in the long run. The contact betveen the Russian and French general staff became stronger and stronger. The loans taken up by Russia in France were for the augmentation of armaments, especially and designedly for the construction of strategic railways. Lastly the diplomatic intercourse between Paris and St. Petersburg took war more and more into account. Thus M. Iswolski, when appointed ambassador, once writes, the chance of France and Russia in a future war were favourable. And after M. Poincaré's election as President of the Republic, M. Iswolski writes that the French government being absolutely convinced that a general war was inevitable, was determined to fulfil its treaty obligations. Here perhaps one may rejoin that believing war to be inevitable and wishing that it should break out, are not one and the same thing. That is undeniable. But what or who then has made war inevitable? Was it Germany, whose armaments always dragged along behind those of her neighbours and who did not claim an inch of territory in Europe, whilst in Morocco she only demanded the recognition of existing rights; or was it not more so Russia who helped and herself conceived aims that could ultimately only be realised by the dismemberment of Austria-Hungary?

And what was England's position towards this policy? In Continental questions she has generally taken up a conciliatory attitude which ran parallel with Germany's interests. That is easily understood; because England as well as Germany strove for the maintenance of the European *status quo;* in Transmaritime questions, however, England opposed Germany, and here England took the lead in the Entente.

This is also to be understood, because, after England's efforts to come to an understanding with Germany had failed, Germany's power and her fleet created the suspicion that she wished to foster her colonial growth at the cost of England. The German governement's assurances of its peaceful aims were sincere, but, even if they were believed— who was in a position to guarantee their eternal validity? Thus it was mistrust, not commercial envy—as Germany was much too highly estimated as a customer—which produced a policy, the object of which was to check-mate Germany and to prevent its further growth and overseas-expansion. It has been asserted by German newspapers that the object of England's so-called *encircling policy* was war against Germany. We don't say that, but we argue that there was misconception on both sides, misconception on the English side in not recognizing that siding with the Franco-Russian group would inevitably lower the scales of European balance in favour of those who sought for changes by violence, whilst Germany's lack of vision consisted in underrating the fatal consequences of an Anglo-German quarrel.

It is obvious that in this connexion we have only spoken of errors and mistakes which have accelerated the catastrophe, whereas, in discussing the question of moral guilt, we must find those who wished war as the only means of attaining their object—not those who provoked the dangerous situation by their mistakes. The treaty of Versailles assignes this intention to the German government, hereby depending upon views and utterances of individual persons, such as Prince Lichnowsky and Messrs. Eisner and Kautsky, and furthermore upon forged documents (the Fechenbach trial). On the contrary— not Germany's guilt, but the exact reverse can be proved by facts. As is demonstrated by figures, Germany's armaments fell short of those of her eastern and western neighbours, of Russia expressed as percentage, and not anly so, but even absolutely, of France. It is further more proved and confirmed through the sworn evidence of the officials, entrusted with the examination of the German documents, that there is not a single document in the whole official correspondence, which evinces Germany's will to make war. How could it possibly be otherwise? The German empire, geographically so strongly menaced, must needs dread war, not hope for it. She had moreover rejected the idea of war as a means of extending her power or as a preventive war, when the times would have favoured such a venture, as for instance, when France was internally disorganized and a weak rival; when England had got into difficulties during the Boer war, and when Russia was weakened by the war with Japan. If on the other hand there is a question of moral guilt, without doubt those Germans are guilty who falsely ascribed to the German government the desire for war at the expense of the truth and to the immense harm of the fatherland.

In the countries of the Entente one has stigmatized as one of the chief reasons of war that so-called Prusso-German militarism, a milit-

ary drill, by which every able bodied man was imbued with the idea of making himself and his countrymen masters of the globe. Well, the spirit of aggression was at all times unfamiliar to German nature; on the other hand history teaches—and the Scotchman Carlyle is a better witness than the judges of Versailles—that Germany only too often was the battle-ground of foreign nations; that a feeling of superiority is inherent in the Gaul, by which he assumes the right of enforcing his will upon other peoples, and that the Slav is characterized by the longing of the nomad to spread out into space, because he lacks the gift of developing his own abode. One cannot, therefore, offer greater violence to history and simultaneously divert public attention more cleverly from the chief culprit, as has been done in the press of the Entente, through this denunciation of German militarism.

The trifolium Treitschke-Nietzsche-Bernhardi and its detrimental influence is also a creation of fancy. The wise and statesmanlike Treitschke has never preached imperialism let alone a violent one. His practical sense of history favoured the doctrine of *suum cuique.* His lectures about politics, although not being free from individual colouring, show how well he knew how to be fair towards other nations, and are a storehouse of statesmanlike wisdom for the politicians of all countries. The Nietzschean dotrine of the superman carries no national stamp and has found more followers abroad than in Germany. As far as Bernhardi is concerned, his influence has been—and as it seems purposely—enormously overestimated. It shall not be denied, that he and the Pan-German group, to which he belonged, has done us Germans immense harm through the conviction that the final settlement between Germany and England was unavoidable. But his harm did not lie in the alleged inflence which Bernhardi is said to have had in Germany, but in the impression his writings made abroad or still more in the clever exploitation of his views through the press of the Entente. To be sure, the new German Empire has cultivated a military spirit—but is there any British offcer who did not endorse it? It was that spirit of voluntary subordination under discipline and of cheerful self-sacrifice for the common weal of the fatherland, which already Schiller characterized with the words: "*Und setzet ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein.*"

Similarly the caricature which the press of the Entente draws of the character of the late emperor and the spirit of the German officers, is attributable to the mistaking of readiness for war with desire for war. William II. was difficult in his intercourse with the heads of other States and therefore unpopular. His bearing was not modest; his State-visits took place too often. The rashness of his words and acts was often open to criticism. But before 1914 his loyal love of peace has never been doubted; and the exemplary endeavours which he undertook up to the last days of July, 1914 in St. Petersburg and London to save the peace sprang from the same motive. And what one called

his sabre-clashing, was in reality only an illustration of the principal of *si vis pacem, para bellum* and therefore by no means in opposition to his nearly fanatical desire to maintain peace.

The officers also were not eager, but only prepared to fight, as every soldier must be. It is absolutely wrong, when Baron Rosen in one passage of his celebrated book sees the driving force towards war in the German soldiers. The German general staff was at all times aware of the dangers of a war against two fronts. Baron Rosen also knows that it was not the German, but the Russian general staff who desired war, because the Baron has himself told us, that on July 25 he heard the words out of the mouth of the Russian minister of war: "*Cette fois nous marcherons.*"

What had happened to bring this about? How was the situation in July, 1914?

An atrocius crime had been committed with the open design to smooth the path for the Pan-Servian plans of the future over the ruins of Austria-Hungary. It not only lay in the interest of the continuance of the Austro-Hungarian monarchy, but in the interest of the European thrones, in fact even of the European community at large, that the State-reasoning of a Richard III., according to which one can simply remove inconvenient persons through assassination, should not form a school of thought, but should receive its due punishment. Only a few Russians, amongst these the wise Prince Meschtscherski in the "*Grashdanin*," have at the time recognized and pronounced that Russian and Pan-Slav policy were not only not identical, but even in contradiction to one another; that Pan-Slav expansion would lead to the weakening, not to the strengthening of the Russian empire, and that a wise policy, solicitous for the continuance of the throne and of the empire, would reject any association with the Pan-Servian mischief-making and its detestable methods, and would all the more cling to the solidarity of the thrones and the European community as a whole. This feeling of community not only justified, but straightway obliged Austria-Hungary to appeal to the governments of the Powers, and these, especially that of St. Petersburg, would only have acted in their own interest, if they had listened to it. But Berlin alone was uncompromisingly clear on this matter and accordingly wished, as was also known at Paris, for a localisation of the Austro-Servian conflict—be it in form of a punitive expedition. If the British government had consistently upheld this position, previously taken up after the assassination of King Alexander of Servia, towards the wavering emperor Nicolas—the war would have become impossible, as Russia would not have dared to begin it against the will of England. But when the Russian government, following the pressure of the Pan-Slavists, combined the case of Servia with her own prestige, this conception, dangerous for the peace of Europe as well as for the Russian empire, was not protested against in London, whereas the German emperor

did the right thing by wiring to the Czar: "Nobody menaces Russia." The British government must, therefore, have more dreaded a relaxation of the Entente than a rupture between Austria-Hungary and Russia and its consequences. Otherwise it cannot be explained that in the second half of the month of July the indignation over the crime of Sarajevo vanished and was replaced by the strange interest of Great Britain for "oppressed" Servia.

The accusations of the Entente furthermore seek the proof for Germany's desire for war in the fact, that the German government declined to bring Vienna before the Areopagus of a conference. To this we would reply: To believe an Austro-Servian conflict to be inevitable, in fact even useful, by no means implies the desire for a war with Russia, let alone a great general war. One may consider it shortsighted to believe in the possibility of still localizing the conflict after the Austrian declaration of war, but one has no right to see a desire for war in this assumption. In the face of this we must on the contrary repeat the question: In how far did the dignity of Russia demand making Servia's cause her own? Which rights, obligations or interests made this necessary? And how could the other Powers of the Entente, if they wished for peace, play thus far with the fire, that they forthwith acquiesced in the Russian point of view? The more so, as Austria-Hungary had offered substantial pledges for the independance and territorial integrity of Servia. The rejection of the proposal of a conference can still less be characterized as the prevention of a peaceable settlement, as Berlin immediately substituted it by the proposal of direct negotiations between Russia and Austria, and Sir Edward Grey accepted this proposal; this also Count Berchtold did, unhappily only under energetic pressure from Berlin. The telegram of the German chancellor on the night of July 29/30, runs thus: "Were are by all means ready to fulfil our treaty obligations, but we must decline to allow Vienna to draw us into a conflagration of the world frivolously and without taking heed of our advice." Compare to this the language of the government of Paris: July 30/31: The French minister of war declares that the goverment is firmly determined to go to war, and furthermore July 31/August 1: "Poincaré remarks it would be better, if the declaration of war proceeded from Germany"—with other words: one wishes to induce Germany through provocations to declare war, in order thereupon to denounce her as peace-breaker. Already on July 29 warnings had been sent in advance of the above telegram of Bethmann Hollweg: "Austria-Hungary would load a grave responsibility upon herself, if she did not accept the English proposals 'occupation of Belgrade as security, thereupon commencements of negotiations'." Thus far went the ally of Austria-Hungary. We miss a similar strong language from London to St. Petersburg, and the only explanation again remains, that England wished to avoid such pressure, because she was more afraid of the loosening of the Entente than of

the outbreak of war. Therefore a Reuter-telegram on July 29 could report: "Public opinion in Russia has no doubts concerning British support," and on July 30 the Belgian *chargé d'affaires* could write: "In the beginning England gave to understand, that she would not permit herself to be involved in a conflict. To-day at St. Petersburg one is convinced of the reverse: one has even the assurance of England's support." Would the Russian mobilization, which was ordered on July 31, have taken place if Russia had not felt absolutely sure of this assistance?

This general mobilization is passed over in silence as much as possible in the literature of the Entente, or, when it has to be dealt with, it is represented as a measure which would not yet have meant war. But does not an authority like General Dobrorolski in his lately published account of the proceedings say: "The Commander in Chief determines the beginning of the mobilization. Once settled, this moment predetermines the beginning of the war." Whereas the Entente makes Germany the aggressor and hereby depends upon the fact that Germany declared war upon Russia and France. This means the confusion between form and substance and may again be refuted by the written testimonials of the Franco-Russian authorities: that not he is the aggressor who declares war, but he who makes peace impossible. The Russian mobilization is furthermore excused as a measure of defence because—it is argued—Austria-Hungary had accomplished her general mobilization openly and at the same time declared war upon Servia, whereas Germany had at the same time mobilized secretly. Both statements are untrue. Austria-Hungary had only mobilized eight army corps and exclusively against Servia; Germany had on July 31 not yet mobilized at all. Germany's mobilization took place upon the telegraphic report of the general Russian mobilization—and one day later than the latter. The information of the "Berliner Lokal-Anzeiger" to the contrary was untrue. And in which moment did Russia mobilize? When upon the urgent representation of Germany the Austro-Hungarian minister of foreign affairs had authorized his ambassador in St. Petersburg to take up direkt negotiations with Russia again—a step, to which Sir E. Grey had also consented. What else can this mean than the voluntary frustration of the last possibility of peace? And if somebody should even now have any doubt as to the Russian desire for war, his eyes should surely be opened by the attitude and language of the Russian minister of foreign affairs: when at last he has again enforced the general mobilization which had before been cancelled by the Czar, M. Sasonow says to the chief of the general staff: "*Maintenant donnez vos ordres et disparaissez pour le reste de la journée.*" Why? Obviously in order to make it impossible for the Czar to cancel the mobilization order again.

Voices have made themselves heard, also in Germany, which have found fault with the German government for having been taken in by

Austria-Hungary, for having in fact sacrificed itself for that Power's Balkan interests. This criticism, so plausible it may seem, nevertheless fails to recognize the importance of the questions, which were at stake. The Balkans were no longer the main object of interest; no more so than the existence of the Austro-Hungarian Monarchy, although this was so essential for the maintenance of the balance of power in Europe: what was at stake, was the protection of the German Empire against Slav invasion, the protection of German civilization against Slav expansion. Only he, who knows the low state of civilization of the Slav countries and at the same time their desire for expansion, can understand the destructive consequences of a victory of Russia.

In this position of defence a great mission of civilization was indeed entrusted to Germany, in which she could be sure of the sympathies of the civilized world. It cannot be denied that ths position which was morally so favourable and therefore not to be undervalued, was shaken by Germany's éntry into Belgium. However, this act belongs to the consequences, not to the causes of the outbreak of the war, and therefore need not be discussed here. The lamentable „military necessities," energetically carried out by both sides, which were to shorten the war, in reality only prolonged it and made it more severe, and their influence upon right, morality and culture are an important chapter for the historian, and could bear the headline: "Everything is fair in war."

Here, however, only the decisive acts and omissions which led up to the war, were to be enumerated, and following them, it was to be shown, how impossible it is for an unbiassed German, acquainted with the facts, to plead Germany guilty and to declare "*we desired war.*" If this has been done at Versailles, such a declaration is of no more worth than the confessions which the rack extracted from its victims in mediæval times.

The sentence of Versailles has made France the master of Europe and thereby also raised perilous consequences for England, because France seemely believes in the doctrine which is economically so disastrous: that the ruin of one is the advantage of the other. The wish to avert this ruin has therefore conceivably been awakened in England. We cannot support it better than by making the truth known and thereby proving, that, although political fools, we were by no means the malefactors, who deserved to be outlawed.

Zur englischen Politik im Juli 1914.

Graf Max Montgelas.

In einem sehr beachtenswerten Artikel der „Historischen Zeitschrift“ (130. Bd. S. 277 ff.) führt Professor G. Roloff (Gießen) aus, daß Sir E. Grey während der Julikrise nicht eine unparteiische Vermittlung betrieben, sondern Österreich zum Rückzug im serbischen Handel zu zwingen und ihm eine diplomatische Niederlage beizubringen gesucht habe. Diese Auffassung wird begründet mit der antiösterreichischen Politik des britischen Staatssekretärs seit mehr als einem halben Jahrzehnt, mit seiner Weigerung, in eine sachliche Prüfung der Ansprüche Österreichs einzutreten, und besonders mit seinem Vorschlage der Vermittlung zu Vieren.

Daß die englische Politik von dem Augenblick an, als der Ausgleich mit Rußland vollzogen war, russenfreundlich und damit antiösterreichisch wurde, kann nicht bestritten werden. Besonders auffällig war die Schwenkung gegenüber Serbien, das 1903 als Land der Königsmörder in Acht und Bann getan und mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen bestraft worden war, dann aber plötzlich mit besonderer Freundlichkeit behandelt wurde. Bei der Zusammenkunft in Reval (Juni 1908) sprach Sir Ch. Hardinge im Namen des Londoner Kabinetts den Wunsch aus, daß Rußland, das vor kurzem durch Englands Verbündeten besiegte Rußland, zu Wasser und zu Lande möglichst stark werde, und während der bald darauf folgenden Annexionskrise zeigte sich Grey, allerdings aus Gründen, die mit der Meerengenfrage zusammenhingen, somit letzten Endes antirussisch waren, russischer als die Russen. Aber auf den Londoner Konferenzen 1912/13 trat er versöhnlicher auf[1]), und nicht leicht ist es, ein klares Urteil über seine Tätigkeit während der Julikrise 1914 zu gewinnen.

Die Vermittlung zu Vieren.

Am Nachmittag des 24. Juli schlug der britische Staatssekretär dem deutschen Botschafter vor, daß für den Fall einer gefährlichen Spannung zwischen Rußland und Österreich die vier nicht direkt beteiligten Mächte Deutschland, England, Frankreich und Italien zwischen Rußland und Österreich vermitteln sollten. Am folgenden Tage (25. Juli) wird dieser Vorschlag dahin präzisiert, daß die Vermittlung zwischen Rußland und Österreich dann eintreten solle,

[1]) Andererseits darf nicht übersehen werden, daß gerade 1912 die stärksten Ehrenverpflichtungen Englands gegenüber Frankreich eingegangen wurden, die Marinekonvention vom September und der Briefwechsel Cambon-Grey vom November.

wenn der österreichischen Mobilmachung die russische folge. So berichten Lichnowsky und Grey übereinstimmend — D 157 und 180, E 11 und 25[2]).

Ebenso lauten zwei Runderlasse des französischen Außenministeriums vom 24. und 25. — F 34 und 36 Abs. 6 — sowie ein Telegramm des französischen Geschäftsträgers in London vom 25. — F 37. Hingegen hatte der Botschafter Cambon am 24. die Absicht einer Vermittlung zwischen Österreich und Serbien, also etwas ganz anderes, gemeldet — F 32. Falls hier nicht, wie an so vielen anderen Stellen, eine nachträgliche Korrektur des Gelbbuches vorliegt, läßt sich dieser Widerspruch vielleicht daraus erklären, daß Grey nach seiner eigenen Darstellung — E 10 — geschwiegen hat, als Cambon statt der Vermittlung zwischen Wien und Petersburg eine solche zwischen Wien und Belgrad anregte.

Wiederum anders depeschiert Benckendorff am 25. Der russische Botschafter fügt nämlich dem Vorschlage der Vermittlung zu Vieren hinzu, daß die vier unbeteiligten Mächte im Falle der österreichischen und russischen Mobilmachung ihrerseits auf eine sofortige Mobilmachung verzichten, und daß insbesondere Deutschland sich zu diesem Verzicht verpflichten solle — R 22. Während Grey seine Gespräche mit Lichnowsky und Cambon den englischen Vertretern in Berlin und Paris sofort drahtet, fehlt im Blaubuch ein Telegramm nach Petersburg über die Unterredung mit Benckendorff. Die Weisung an Buchanan vom 25. erwähnt keine Bedingung für die vier vermittelnden Mächte, sondern umgekehrt wird es als deren Aufgabe hingestellt, von Rußland und Österreich eine Zusage zu erhalten dahin gehend, während der Vermittlungsaktion nicht die Grenze zu überschreiten — E 24.

Es liegt jedenfalls große Unklarheit vor. In Berlin mußte man als sicher annehmen, daß England ebenso wie Deutschland nur an eine Vermittlung in einem österreichisch-russischen Konflikt denke, in Paris konnte man mit der Absicht einer Vermittlung zwischen Österreich und Serbien rechnen, in Petersburg durfte man hoffen, daß eine russische Mobilmachung gegen Österreich in London ohne Bedenken gesehen werde.

Professor Roloff nimmt nun die bestimmte Absicht Greys an, Rußland die Gelegenheit zu geben, seine riesige Übermacht in seinen westlichen Provinzen zu versammeln und im gegebenen Augenblick dem weit schwächeren Österreich und dem ungerüsteten Deutschland die Pistole auf die Brust zu setzen. Man kann aber auch zu dem Schlusse kommen, daß alle militärischen Anregungen Greys nicht auf Arglist, sondern auf Dilettantismus beruhen. Er spricht von „österreichischer Mobilmachung“, ohne zu sagen, ob die gegen Serbien oder die gegen Rußland gemeint ist, er spricht von „russischer Mobilmachung“, ohne

---

[2]) D = Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch, E = englisches Blaubuch, F = französisches Gelbbuch, R = russisches Orangebuch.

Zusatz, ob allein gegen Österreich oder gegen beide Zentralmächte, er setzt bei mobilen Millionenheeren die Möglichkeit ruhigen Abwartens ohne Überschreitung der Grenzen voraus. Das war eben das Verhängnis in jenen tragischen Tagen, daß die diplomatische Leitung in London im Gegensatz zu den Ententegenossen in Paris und Petersburg und auch zu manchen britischen Botschaftern die Wirkungen einer Mobilmachung kontinentaler Massenheere nicht ahnte.

Eine weitere Belastung sieht der Gießener Historiker darin, daß Grey dem französischen Botschafter am 24. auch sagte, wenn Rußland das österreichische Ultimatum ruhig hinnehme, so habe England keinen Anlaß, sich damit zu befassen; aber „wenn Rußland das Ultimatum so auffasse, wie es nach seiner Meinung jede an Serbien interessierte Macht auffassen werde“ sei er völlig außerstande, angesichts der Bedingungen des Ultimatums irgendeinen beschwichtigenden Einfluß auszuüben — E 10. Betrachtet man diesen Satz für sich, so klingt er allerdings wie eine Aufforderung zur Unnachgiebigkeit. Aber dieser Äußerung folgt unmittelbar der Vorschlag gemeinsamer Aktion der vier Mächte, zu denen auch England gehörte, so daß Grey nicht jede Vermittlung, sondern nur ein isoliertes englisches, einseitig auf Petersburg beschränktes Vorgehen ablehnen wollte. Cambon hat denn auch — die Richtigkeit von F 32 vorausgesetzt — als Wunsch Greys gemeldet, „nichts zu vernachlässigen, um die Krise zu beschwören“. Ähnlich steht es mit dem Telegramm Benckendorffs vom 25., der Staatssekretär habe das Ersuchen Lichnowskys, auf Petersburg mäßigend einzuwirken, als „vollkommen unmöglich“ abgelehnt — R 20. Auch diese Meldung muß zusammengehalten werden mit der obenerwähnten Depesche R 22 von demselben Tage, worin die Vermittlung zu Vieren erwähnt ist[3]).

Nach den Dokumenten des Gelb- und Orangebuches konnte man also zunächst weder in Paris noch in Petersburg den Eindruck gewinnen, daß Grey jede mäßigende Einwirkung auf Rußland ablehne, wohl aber damit rechnen, daß er nur gemeinsam mit anderen Mächten und in Verbindung mit einer gleichzeitig in Wien stattfindenden Aktion vorgehen werde. Auch das war schon sehr entgegenkommend gegen Rußland und nicht mehr ganz unparteiisch, wenn man bedenkt, daß Deutschland fortwährend aufgefordert wurde und schließlich dieser Aufforderung auch nachgekommen ist, es solle einen Druck auf Wien ausüben, ohne einer gleichartigen französisch-englischen Gegenleistung in Petersburg sicher zu sein.

---

[3]) Tatsächlich hat Grey seiner — von Lichnowsky nach dessen Bericht nicht provozierten — Ablehnung hinzugesetzt, „er glaube nicht, daß irgendeine Macht allein Einfluß üben könne“ und daran unmittelbar den Vorschlag der Vermittlung zu Vieren angereiht — E 11. Dieser Zusammenhang zeigt wiederum, daß lediglich die isolierte und einseitige Einwirkung auf Petersburg abgelehnt werden sollte. Da Grey über sein Gespräch mit Benckendorff nicht berichtet, bleibt zweifelhaft, ob er dem Botschafter eine ungenaue Mitteilung gemacht oder ob dieser ungenau gemeldet hat.

Der Konferenzvorschlag.

Am 26. Juli erfolgte die große Schwenkung der englischen Politik. Grey trat mit seinem Konferenzvorschlag hervor, der, wie so viele ausländische Forscher immer noch nicht erkannt haben, etwas ganz anderes war als die sofort von Deutschland angenommene Vermittlung zu Vieren. Die Konferenz in London anstatt der Vermittlung in Wien und Petersburg bedeutete sofortige Vermittlung über den gesamten Konflikt, also auch zwischen Österreich und Serbien, an Stelle späterer (nach der österreichischen und russischen Mobilmachung eintretenden) Vermittlung zwischen Österreich und Rußland. „Alle aktiven Operationen" sollten während der Konferenz unterbleiben, so daß Österreich nicht gegen Serbien vorgehen, wohl aber Rußland gegen Österreich mobilisieren konnte. Wenn Deutschland dann noch Passivität während einer solchen beschränkten russischen Mobilisierung versprach, so mußte ein großer militärischer Vorsprung der serbisch-französisch-russischen Koalition gegenüber den Mittelmächten eintreten.

Bevor auf das deutsche Versprechen der Nichtmobilisierung eingegangen wird, seien noch in Ergänzung der Ausführungen Roloffs die Aufzeichnungen Churchills über die Vorgänge in London an jenem kritischen Sonntag wiedergegeben[4]). Auf Grund der politischen Nachrichten (Abbruch der diplomatischen Beziehungen Wien-Belgrad) eilte der Chef der Admiralität, der den Ruhetag auf dem Lande hatte verbringen wollen, nach London zurück. Dort meldete ihm der Erste Seelord Prinz Ludwig Battenberg, daß gemäß der Verabredung vom vorhergehenden Tage die zur Probemobilmachung versammelte Flotte angewiesen sei, nicht auseinanderzugeben. Mit dieser Nachricht begab sich Churchill zu Sir E. Grey, den er in Beratung mit seinem Privatsekretär Sir W. Tyrrell antraf. Auf Befragen erklärten sich Grey und Tyrrell kategorisch dafür, daß die Nichtdemobilisierung der Flotte möglichst bald veröffentlicht werden solle. In den Morgenblättern vom Montag (27. Juli) erschien dann ohne vorheriges Befragen des Kabinetts das den eigenmächtigen Beschluß der Admiralität verkündende Kommuniqué, das soviel dazu beigetragen hat, den Einfluß der Kriegspartei in Petersburg zu stärken. Gegenüber dieser Fanfare blieb bedeutungslos die nicht bekanntwerdende Tatsache, daß damals nach Churchill „wenigstens drei Viertel" des Kabinetts gegen eine Beteiligung Großbritanniens am Kriege waren.

Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß in der von Churchill erwähnten Beratung Grey-Tyrrell der Konferenzvorschlag entstanden ist, von dem Lichnowsky am Abend erfuhr — D 236.

An demselben Sonntag hatte Benckendorff auch berichten können, Grey fahre fort, ihm zu sagen, daß seine Sprache in Berlin nicht erlaube, im Kriegsfalle auf die Neutralität Englands zu schließen[5]).

---

[4]) Churchill „The World Crisis", S. 198 und 195.

[5]) „Livre Noir" II, S. 329. Da wir jetzt wissen, daß Grey am 26. in London war, ist es nicht mehr nötig, diese Mitteilung auf den 25. zu verlegen.

Deutschlands Versprechen, nicht zu mobilisieren.

Am 27. Juli ist es dann doch zu einer Zusage Deutschlands gekommen, im Falle einer russischen Mobilmachung gegen Österreich nicht zu mobilisieren. Professor Roloff vermutet, daß Grey in Berlin gleichzeitig mit dem Konferenzvorschlag diese Verpflichtung angeregt habe, und daß die entsprechende Instruktion im Blaubuch unterdrückt sei[6]).

Die Wiedergabe der Gesprächs Jagow-Goschen in E 43 läßt nicht erkennen, wer von beiden zuerst das Problem berührt hat. Nach F 67 ist nun dieselbe Zusage auch Frankreich gegeben worden, und zwar auf direkte Frage J. Cambons, der tags vorher die überflüssige Alarmnachricht nach Paris gedrahtet hatte, Deutschland werde „auf die erste militärische Maßnahme Rußlands unverzüglich antworten und wahrscheinlich nicht auf einen Vorwand warten, um Frankreich anzugreifen" — F 50 Abs. 6. Es kann daher anstelle einer englischen auch eine französische Initiative vorliegen. Es ist aber auch sehr wohl möglich, daß es deutsche Initiative war, da Herr von Jagow ein großes Interesse hatte, den eben nach Berlin zurückgekehrten britischen Botschafter über die Eventualitäten der Lage, insbesondere über den Unterschied zwischen russischer Teil- und Vollmobilmachung in aller Offenheit aufzuklären. Es bleibt nur die Frage, wie Graf Benckendorff zu seiner Meldung vom 25. Juli (R 22) gekommen ist.

Die außerordentliche militärische Zurückhaltung Deutschlands erhellt auch aus dem Telegramm des Großen Generalstabes an den Militärattaché in Petersburg (ab 9 Uhr 19 abends): „Auf Sasonows Erklärung hin (D 217) diesseits keine militärischen Maßnahmen beabsichtigt[7])." Als diese Depesche abging, lag schon — dem Generalstab offenbar unbekannt — die Meldung über die Anordnung des Kriegszustandes für die an der deutschen Front liegende Festung Kowno vor — D 264.

Die Haltung Englands ist an diesem Tage abermals nicht ohne Widersprüche. Es war dem Frieden dienlich, wenn Unterstaatssekretär Nicolson zu Lichnowsky sagte, daß die englische Regierung sich freie Hand vorbehalte, um eventuell in einen Konflikt einzugreifen[8]). Aber es diente nicht dem Frieden, daß er dieses Gespräch sofort dem französischen Geschäftsträger mitteilte — F 63 — und außerdem noch das Bedauern hinzufügte, daß die englische öffentliche Meinung die Lage noch nicht verstehe und ein Eingreifen wegen Serbiens ablehne[9]). Grey sprach für den Fall eines österreichischen Angriffs auf Serbien zu Lichnowsky von der Möglichkeit eines Krieges,

---

[6]) Ebenso B. W. von Bülow „Die ersten Stundenschläge des Weltkrieges", S. 70 und Anm. 2.

[7]) Parlamentarischer Untersuchungsausschuß, Heft 2, S. 59 (in einigen Ausgaben S. 57).

[8]) Lichnowsky berichtet das Gespräch nicht.

[9]) Bericht an den französischen Senat 1919, Nr. 704, S. 57.

in den „andere Mächte“ verwickelt werden könnten — E 46, Benckendorff aber wußte zu berichten „alle Mächte“ — R 42. Der Botschafter schrieb zuversichtlich nach Petersburg, die Sprache Greys sei „viel klarer und denkbar fester als bisher“, Berlin und Wien hätten keinen Grund mehr, mit der Neutralität Englands zu rechnen[10]).

Als belastend wird es in der „Historischen Zeitschrift“ ferner bezeichnet, daß Sasonow in einer nach Paris und London gerichteten Mitteilung jede etwa geplante Einwirkung zur Mäßigung (also auch eine gemeinsame Aktion in Wien und Petersburg) ablehnte[11]). Es fehlt jedoch ein Beleg dafür, daß Benckendorff diese schroffe Weigerung ausgerichtet hat; war sie doch zunächst an die Adresse des stellvertretenden französischen Außenministers Bienvenu-Martin gerichtet, der in Abwesenheit des kampffreudigen Präsidenten Poincaré einen schüchternen Friedensvorstoß in Petersburg gewagt hatte. Auch vermag ich nicht, wie Professor Roloff, den letzten Sätzen von E 47 zu entnehmen, daß Grey dem russischen Kabinett habe nahelegen wollen, sich mit der Erklärung Österreichs, daß es kein serbisches Gebiet annektieren wolle, nicht zu begnügen. Der Staatssekretär sagte nach seiner Darstellung dem russischen Botschafter lediglich, in Berlin und Wien glaube man, daß dieses territoriale Desinteressement genüge, und er könne in seinen Verhandlungen mit den Zentralmächten nicht serbischer sein als die Russen. Man kann diese Äußerung doch auch dahin auslegen, daß auch nach Auffassung Greys der österreichische Verzicht gerechte Ansprüche befriedigen müsse.

Schließlich sei zur Ergänzung des Bildes dem hinter den Ereignissen weit zurückbleibenden Telegramm Moltkes nach Petersburg die etwa gleichzeitig abgesandte, den Ereignissen vorauseilende Weisung Churchills (S. 206) an alle selbständigen Flottenchefs gegenübergestellt: „Das ist nicht das Warnungstelegramm [würde dem „Zustand drohender Kriegsgefahr“ entsprechen], aber die diplomatische Lage in Europa schließt einen Krieg zwischen Dreiverband und Dreibund keineswegs aus. Halten Sie sich bereit, feindliche Kriegsschiffe genau zu überwachen und die Dispositionen über die Ihnen unterstellten Schiffe S. M. nach diesem Gesichtspunkt zu treffen. Maßnahme wird nur vorsichtshalber getroffen. Befehl nicht weiter geben als nötig. Strengste Geheimhaltung geboten.“

Das Auslaufen der englischen Flotte.

Der 28. Juli zeigte in diplomatischer Beziehung ein nicht zu unterschätzendes Entgegenkommen Englands gegenüber der deutschen Auffassung. Grey stellte seinen Konferenzvorschlag zugunsten der von Deutschland befürworteten direkten Besprechungen Wien-Petersburg zurück — E 67, unterließ es jedoch leider, Paris und Petersburg deutlich in demselben Sinne zu verständigen.

---

[10]) „Prawda“, 9. März 1919, Nr. 7.

[11]) „Livre Noir“ II, S. 280.

Ganz anders waren hingegen die Maßnahmen der Admiralität an diesem Tage. Churchill faßte 10 Uhr vormittags den Entschluß, die Flotte am nächsten Morgen von Portland nach ihrer Kriegsstation in Scapa Flow zu schicken (S. 211). Vor das Kabinett wagte er die Sache nicht zu bringen, sondern befragte nur den Premierminister, der sofort einwilligte. Um 5 Uhr nachmittags erging der Befehl an den Kommandierenden Admiral, der die kriegsbereiten Geschwader noch vor Anbruch des folgenden Tages mit abgeblendeten Lichtern durch den Kanal und dann längs der Ostküste gegen Norden führte. Einen Beleg für die Angabe des britischen Admiralstabswerkes (S. 26), daß dieser nur bei plötzlichem Kriegsausbruch vorgesehene Weg statt der Fahrt um die Westküste aus dem Grunde gewählt wurde, „weil Aussicht auf einen Zusammenstoß mit der in den norwegischen Gewässern versammelten deutschen Flotte bestand", erbringen die von Churchill mitgeteilten Befehle nicht. Immerhin ist es befremdend, daß schon am 28. Juli, bevor auch nur die Kriegserklärung Österreichs an Serbien bekannt war, die britische Admiralität einen Entschluß von solcher Tragweite gefaßt hat.

Ein Gespräch Churchills mit Lord Kitchener an demselben Tage (S. 202 f.) zeigt beide Männer einig in der Auffassung, daß Deutschland im Kriegsfalle durch Belgien marschieren und dort nur auf formalen Protest, aber keinen ernsten Widerstand stoßen werde. Churchill war auch keineswegs um Belgien besorgt, sondern nur um Frankreich, von dem er befürchtete, daß es dem deutschen Angriff nicht gewachsen sein werde, und dem gegenüber, wie er sich sagte, England durch das Flottenabkommen von 1912 „in gewissem Sinne moralisch gebunden war" (S. 201). Dieses Bewußtsein erklärt auch, abgesehen von der persönlichen Neigung, warum der Chef der Admiralität so ungestüm zu schleunigster Waffenhilfe an Frankreich drängte.

Die Entscheidung des 29. Juli.

Am 29. Juli finden wir in London zunächst ein ähnliches Bild wie am 28., nämlich Entgegenkommen gegenüber Deutschland in der Vermittlungsart, aber Unterlassung entsprechender Mitteilung an den französisch-russischen Zweibund und scharfe militärische Maßnahmen gegen Deutschland; neu hinzu traten nicht mißzuverstehende Warnungen an Berlin und ebenso deutliche Verheißungen an Paris.

Durch Goschen erhielt Grey ziemlich genaue Anhaltspunkte über den deutschen Vorschlag „Halt in Belgrad" — E 75. Am Nachmittag griff er diesen Gedanken gegenüber Lichnowsky auf, der von Bethmann nicht ins Vertrauen gezogen worden war und daher nicht antworten konnte, daß Berlin genau dasselbe schon in Wien vorgeschlagen habe — E 88. Aber wie tags vorher beim Zurückstellen der Konferenz, so unterblieb auch jetzt Mitteilung nach Paris und Petersburg. Oder sollte Sasonow doch um sein Einverständnis befragt worden sein? Das Blaubuch enthält an diesem entscheidenden Tage keine einzige Depesche von London nach Petersburg!

Lichnowsky wurde gleichzeitig durch Grey deutlich gewarnt, daß England in einem europäischen Kriege nicht abseits stehen werde, was sicher im Sinne des Friedens wirkte. Aber diese Wirkung war schon im voraus völlig aufgehoben dadurch, daß Cambon von der Absicht der Warnung verständigt wurde — E 87. Roloff sieht in den Worten Greys, Frankreich werde im Falle eines österreichisch-russischen und daraus folgenden deutsch-französischen Konflikts in einen Streit hineingezogen, „der nicht der seinige sei, aber an dem teilzunehmen es infolge seiner Allianz seine Ehre und seine Interessen verpflichten“ einen starken Appell, Rußland auf dem Wege zum Kriege zu folgen. So weit möchte ich nach dem ganzen Zusammenhange keineswegs gehen. Doch kommt es darauf nicht soviel an. Cambon konnte klar erkennen, daß Grey, wenn er sich auch die Entscheidung formell noch vorbehalte, im Kriegsfalle für den Kampf Englands an Frankreichs Seite votieren werde. Ich möchte daher wiederholen: „Die persönliche Stellungnahme des britischen Ministers war somit entschieden, bevor die Frage der belgischen Neutralität aufgeworfen war[12].“

Dieser Entscheidung entsprachen die miliärischen Maßnahmen. Am Nachmittag erging das „Warnungstelegramm“ für Heer und Flotte, England erklärte also den „Zustand drohender Kriegsgefahr“ zwei Tage früher als Deutschland. Das Kabinett erteilte Churchill die Ermächtigung, die Maßnahmen der „Sicherungsperiode“ (precautionary period) in Kraft zu setzen (S. 208). Die Kriegshäfen wurden „klargemacht“, die Landungsbrücken überwacht, die Handelsschiffe an Bord untersucht, Küstenwachen aufgestellt, die Beschlagnahme der beiden für die Türkei im Bau befindlichen Kriegsschiffe ins Auge gefaßt.

Roloff macht noch auf die im Blaubuch nicht wiedergegebene Äußerung Greys zu Cambon aufmerksam, daß die Antwort Deutschlands auf den erneuten Vorschlag der Vermittlung zu Vieren und auf die russische Mobilmachung gegen Österreich die Absichten der deutschen Regierung erkennen lassen werde — F 98. An diese Worte möchte ich jedoch eine etwas abweichende Betrachtung knüpfen. Die Vermittlung zu Vieren war für Deutschland nicht „unannehmbar“, sie war vielmehr unter Vorbehalt der Bündnisverpflichtungen für den Fall eines russisch-österreichischen Konflikts schon am 25. angenommen — D 192 — und wurde in der Nacht zum 30. auf Grund der Meldung Lichnowskys in Wien dringend empfohlen — D 395. Unrichtig aber war es von Grey, daß er dem französischen Botschafter einfach von der Vermittlung zu Vieren sprach, anstatt ihm zu sagen, daß er diese Vermittlung nunmehr erst n a c h der Besetzung von Belgrad und Umgebung für möglich erachte. Was konnte ferner unter der „deutschen Antwort auf die russische Mobilmachung gegen Österreich“ gemeint sein? Doch nur die folgende Alternative: Wenn Deutschland darauf mit seiner eigenen Mobilmachung antwortet, will es den Krieg; wenn

---

[12]) „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“, S. 161.

es das nicht tut, will es den Frieden. Da Deutschland nun nicht nur von der eigenen Mobilmachung abgesehen hat, sondern auch den ganzen folgenden Tag (30. Juli) bis zum Abend hat verstreichen lassen, ohne das unentschlossene Österreich zu der unbedingt gebotenen defensiven Gegenmobilisierung gegen Rußland aufzufordern, hätte Grey zu der Einsicht kommen müssen, daß Deutschland die Probe auf seinen Friedenswillen gut bestanden habe.

Das Telegramm Georgs V. an Nikolaus II.

Aber in den folgenden Tagen ist es Poincaré, der nach seiner Rückkehr nach Paris nicht gerade im Sinne des Friedens wirkte, und Paul Cambon gelungen, England vollkommen auf die Seite Frankreichs zu ziehen. Sehr stark wirkte dabei mit das in London nicht durchschaute Täuschungsmanöver der Zurücknahme der französischen Deckungstruppen um 10 km am 30. Juli, dieser „den Angelsachsen gewidmete Rückzug“, wie Fabre-Luce treffend in seinem ausgezeichneten Buche ihn nennt[13]). Der französische Generalstab hielt am 31. die Waffenhilfe Englands für gesichert[14]).

In der Nacht zum 1. August jedoch, nachdem die eisernen Würfel schon gefallen waren, hat meiner Ansicht nach Grey auf die ausführliche Schilderung des Verlaufs der Krise durch Bethmann — D 513 — doch noch einen zwar verspäteten, aber ernst gemeinten Versuch gemacht, den Frieden zu wahren. Um ¼4 Uhr morgens sandte er Buchanan den Befehl, sofort eine Audienz beim Zaren nachzusuchen und ihm ein persönliches Telegramm des Königs vorzulegen. Darin hieß es, der Abbruch der österreichisch-russischen Besprechungen müsse auf einem Mißverständnis beruhen, der Zar möge es beseitigen und keine Möglichkeit zu Verhandlungen unbenützt lassen. Roloff bestreitet die gute Absicht Greys, aber sie wird durch die Vorgänge in Petersburg bestätigt. Mein Verdacht, daß die Übergabe des „Friedenstelegramms“ durch die „Kriegsfreunde“ absichtlich verzögert wurde, ist inzwischen, wie Professor Roloff darlegt, durch Buchanans Buch „My Mission to Russia“ bestätigt worden. Erst nach fast 12 Stunden, 5 Uhr nachmittags (= 3 Uhr engl. Zeit), erhielt der Botschafter das Telegramm, wäre also infolge dieser Verzögerung zu doppelter Eile verpflichtet gewesen. Aber erst nach weiteren 5 Stunden, um 10 Uhr abends, soll die Audienz stattfinden. Durch die Tagebuchaufzeichnungen des russischen Außenministeriums wird die Vermutung Roloffs bestätigt, daß Sasonow bis dahin bestimmt die deutsche Kriegserklärung erwartete; denn als ihm sein Kabinettschef meldete, daß Graf Pourtalès ihn zu sprechen wünsche, erwiderte er ihm: „Er wird mir wahrscheinlich die Kriegserklärung überbringen[15]).“ Gerade dieses Komplott Sasonow-

---

13) „La Victoire“, S. 227. Die Nachrichten in F 106 und E 105 Anl. 3 über angebliche deutsche Truppenbewegungen sind nachträglich um zwei Tage vordatiert.

14) Bericht des belgischen Gesandten in Paris; „Deutsche Allgemeine Zeitung“, 22. Mai 1919, Nr. 246.

15) Tagebuchaufzeichnungen, deutsche Ausgabe, S. 43.

Buchanan beweist, daß beide in dem Telegramm eine Friedensmöglichkeit erblickten, die sie durch die deutsche Kriegserklärung abschneiden wollten. Daß Grey selbst durch einen bei der Veröffentlichung unterdrückten Zusatz des Telegramms den Botschafter zur Durchkreuzung der Absichten des Königs habe bestimmen wollen, kann man denn doch nicht annehmen.

Der Kriegswille Churchills.

Dreimal schon hatte der Chef der Admiralität ohne Befragen des Kabinetts Kriegsmaßnahmen angeordnet. Am 26. Juli vollkommen eigenmächtig das Beisammenhalten der Flotte, am 27. nur mit Zustimmung Greys die Veröffentlichung dieses Beschlusses, am 28. nur mit Genehmigung Asquiths das Auslaufen der Flotte nach Scapa Flow.

Aber das genügte ihm nicht. Am 30. setzte er sich mit Mitgliedern der konservativen Partei in Verbindung, erhielt von diesen am 31. die Zusicherung, daß unter der als sicher angenommenen Verletzung der belgischen Neutralität die Regierung bei allen für nötig erachteten Schritten auf die Unterstützung der Opposition rechnen könne, und zeigte diesen Brief am 1. August dem Premierminister (S. 215/16). Im Kabinettsrat verlangte er unter Berufung auf die — unrichtige — Tatsache, daß die deutsche Flotte mobilisiere, die Einziehung der Reserven, was vom Kabinett mit der zutreffenden Begründung abgelehnt wurde, daß ja ohnehin die Hauptseemacht schon in voller Kriegsbereitschaft auf ihrer Kriegsstation sei und nur noch die ältesten Schiffe zu mobilisieren wären. Aber Churchill hatte schon vor Zusammentritt des Kabinetts das Telegramm losgelassen: „Es scheint sicher, daß Mobilmachungsbefehl nach Kabinettsrat von heute morgen ergehen wird. Alles bereithalten . . . .“

Als nun am späten Abend die Nachricht von der deutschen Kriegserklärung an Rußland eintraf, eilte er zu Asquith, bei dem er schon Grey, Haldane und Lord Crewe antraf. Er erklärte, daß er nunmehr die Flotte entgegen dem Kabinettsbeschluß mobilisieren werde. Der Premierminister schwieg, aber sein Blick drückte Zustimmung aus. Beim Fortgehen sagte Grey zu Churchill: „Wissen Sie, ich habe soeben einen sehr wichtigen Schritt getan. Ich habe Cambon gesagt, daß wir die deutsche Flotte nicht in den Kanal einfahren lassen werden“ (S. 217)[16]. Nach Rückkehr ins Admiralitätsgebäude erließ Churchill auf der Stelle den Mobilmachungsbefehl. So wurde e n t g e g e n Kabinettsbeschluß die Flotte mobil gemacht, und o h n e Kabinettsbeschluß Waffenhilfe zur See an Frankreich versprochen. Erst am folgenden Nachmittag (2. August) wurde beides vom Kabinett, das sich vor vollendete Tatsachen gestellt sah, genehmigt.

Doch noch bestand kein offener Kriegszustand mit Deutschland. Da telegraphierte der Chef der Admiralität am frühen Morgen des

---

[16]) Diese Mitteilung fehlt im Blaubuch und Gelbbuch; E 148 und F 137 erwähnen nur die nachträgliche Genehmigung des Versprechens der Waffenhilfe.

4. August dem Admiral des Mittelmeergeschwaders, er solle den deutschen Panzerkreuzer Goeben „gewaltsam an der Störung französischer Truppentransporte hindern" (S. 224). Auf Mitteilung dieses fünften eigenmächtigen Schrittes stimmte Grey zu, Asquith aber meinte, die Sache müsse doch dem Kabinett unterbreitet werden. Aber Churchill hebt nun den Befehl nicht etwa auf, sondern begnügt sich mit der Weisung, die Goeben solle „vorher loyal gewarnt werden" (S. 225). Indes dieses Mal dringen Grey und Churchill im Kabinett nicht durch. Kurz vor 2 Uhr nachmittags muß der Befehl zurückgenommen werden. Mehrere Stunden war ein Zustand gegeben, wo vielleicht Außen- und Marineminister gegen den Willen der Mehrheit ihrer Kollegen den Krieg gegen Deutschland vor Klärung der belgischen Frage entfeseslt hätten.

* * *

Professor Roloff bin ich zu großem Danke verpflichtet, daß er mich zu nochmaliger Durcharbeitung der englischen Politik in der Julikrise angeregt hat. Seine Bemerkungen und die neuerschlossenen Quellen (Churchill, Buchanan und russisches Tagebuch) haben meiner Darstellung vom vorigen Sommer manche neue Töne hinzugefügt. Das Gesamtbild aber hat sich, glaube ich, doch nicht wesentlich verändert.

Streng unparteiisch hat Grey nicht vermittelt, er wollte einen politischen Erfolg Rußlands und stellte nicht den Frieden über alles, wie Bismarck 1878, der die Freundschaft Rußlands aufs Spiel setzte, um den Krieg zu verhindern. Der britische Minister wollte, daß wenn es zum europäischen Waffengange komme, England an Frankreichs Seite stehe. Churchill sagt, daß vor dem Auftreten der belgischen Frage drei Viertel des Kabinetts gegen eine Teilnahme Englands waren. Aber nicht auf die Mehrheit dieser 12 kam es an, sondern auf die führende Minderheit Asquith, Grey, Haldane und Churchill.

Auch Deutschland war nicht von Anfang an streng unparteiisch, sondern strebte einen großen Erfolg Österreichs an durch militärische Züchtigung Serbiens mit Wiener Friedensdiktat. Als aber die Gefahr des europäischen Krieges offenkundig wurde, war man in Berlin bereit, die diplomatische Niederlage hinzunehmen und die österreichische Aktion auf „friedliche militärische Sanktionen", wie man heute sagen würde, mit nachfolgender europäischer Vermittlung einzuschränken. Auf dieser Basis schien schon Einigkeit zwischen Berlin und London erreicht zu sein, als Rußland, von Frankreich insgeheim ermuntert, die Ereignisse überstürzte. Den Kriegseifer in Petersburg rechtzeitig zu kühlen, dazu hatte Grey die Entschlußkraft nicht gefunden. Sein letzter, verspäteter Versuch scheiterte an einer Konspiration seines eigenen Botschafters mit dem russischen Außenminister. Das Möglichste zur Kriegsbeschleunigung hatte außerdem der Chef der britischen Admiralität beigetragen.

Zum achtzigjährigen Geburtstage Brentanos.

In seltener körperlicher und geistiger Frische begeht am 18. Dezember Geheimrat Professor Lujo Brentano die Feier des achtzigjährigen Geburtstages. Die überragende Bedeutung des großen Nationalökonomen, dessen geistvollen Vorträgen an den Universitäten von Breslau, Straßburg, Wien, Leipzig und München so viele Tausende und aber Tausende von Hörern in dichtgefüllten Sälen mit größter Spannung gefolgt sind, der auf manchem internationalen Kongreß als führender Redner glänzte, wird in der ganzen Kulturwelt von berufener Seite gewürdigt werden. Pflicht dieser Zeitschrift ist es aber, die Tatsache zu verzeichnen, daß Brentano, als der deutsche Name durch die Anklage der Alleinschuld am Kriege in den Staub gezogen wurde, mit jugendlicher Tatkraft sich in die Reihe der Verteidiger nationaler Ehre gestellt hat.

In seiner Schrift „Der Weltkrieg und Morel“ (München 1921) hat er dem englischen Vorkämpfer für Frieden und Völkerverständigung ein dauerndes Denkmal, in seinem Buche „Die Urheber des Weltkrieges (München 1922) hat er eine übersichtliche und klare Darstellung der tieferen Ursachen und des unmittelbaren Anlasses der großen Katastrophe gegeben. Die deutschen Fehler offen eingestehend, aber die Verleumdung vorbedachter Entfesselung des Krieges mit wuchtigen Argumenten zu Boden schlagend, ist dieses Buch für überzeugende Wirkung im Auslande besonders geeignet.

Alle, denen die Aufklärung der Welt über die große Ehrenfrage des deutschen Volkes am Herzen liegt, wissen dem Nestor der deutschen Kriegschuldforschung warmen Dank für seine erfolgreichen Bemühungen. Sie senden ihm, der sich allen äußeren Ehrungen durch eine Reise ins Ausland entzogen hat, auf diesem Wege die wärmsten Glückwünsche und hoffen, daß sie noch manches Jahr auf seine Mitwirkung und Unterstützung zählen dürfen.

Die Schriftleitung.

Randbemerkungen zu dem Artikel von Professor Barnes.

Hans Delbrück.

In der wissenschaftlichen Behandlung der Kriegsschuldfrage hat sich eine merkwürdige Wendung vollzogen. Nicht mehr wir Deutschen behandeln sie jetzt in erster Linie, sondern die Ausländer. Nachdem Gooch in England vorangegangen ist, sind jetzt eine ganze Reihe von Amerikanern und namentlich auch von Franzosen in die Schranken getreten. Ich brauche sie nicht aufzuzählen; den Lesern dieser Zeitschrift sind die Namen bekannt. Ich hatte mir eigentlich vorgenommen, hier meine Einwendungen gegen die im übrigen sehr verdienstliche Schrift des amerikanischen Professors Bernadotte E. Schmitt ausführlicher darzulegen, aber Schmitt ist schon wieder etwas überholt durch den auf seinen Schultern stehenden Professor Barnes und nachdem die „Kriegsschuldfrage“ dessen Artikel den deutschen Lesern in einer Übersetzung zugänglich gemacht hat, wird es nützlich sein, die weitere Auseinandersetzung an diesen Artikel anzuknüpfen.

Ein Deutscher, der einen Ausländer über neuere deutsche Geschichte liest, wird sich wohl erst dadurch voll bewußt, wie kompliziert das deutsche Wesen ist. Die Gegensätze, die in uns lebendig sind, sind viel zahlreicher und ganz anderer Natur als bei den anderen großen Nationen. Es ist bewunderungswürdig, wenn es einem Ausländer überhaupt gelingt, das volle Verständnis der deutschen Dinge zu gewinnen, und es gehört viel guter Wille dazu. Trotzdem bleibt natürlich leicht irgendein Punkt, wo sich entweder irgendein Mißverständnis einschleicht oder eine Lücke auszufüllen ist. Das gilt auch von beiden eben genannten Amerikanern Schmitt und Barnes. Ich darf annehmen, daß sie es selber gern sehen werden, wenn ich mich unter diesem Gesichtspunkt mit ihren Arbeiten beschäftige. Die Kritik im Einzelnen bedeutet hier die Anerkennung des Ganzen.

1. B. schreibt (S. 396) Österreich habe 1908 zwei serbische Distrikte an der Adria unter Oberhoheit der Türkei, Bosnien und die Herzegowina annektiert. Das gibt für jeden, der es nicht selber weiß, den Eindruck, als ob Östererich serbisches Gebiet annektiert habe. Dieses Gebiet war aber ehedem türkisch und seit dem Berliner Kongreß 1878 auf Antrag Englands der Okkupation und Verwaltung Österreichs übergeben; die Annexion bestand also darin, daß eine fiktive Oberhoheit des Sultans (wie sie ja auch über Ägypten bestand) gemäß einer Vereinbarung zwischen Österreich und Rußland für aufgehoben erklärt wurde. Die Serben hatten keinerlei Anspruch auf dieses Gebiet, auch nicht vom Standpunkt der Nationalität aus, da die serbisch sprechenden Bewohner dieses Gebietes national ebensogut mit den vielen Millionen Serben

unter habsburgischem Szepter, wie mit den Serben in dem kleinen Königreich Serbien vereinigt werden konnten. Es ist deshalb auch nicht richtig, daß die Reibungen zwischen Österreich und Serbien von dieser sogenannten Annexion ausgegangen seien; sie waren viel älter.

2. Daß die serbische Regierung an dem Plan der Ermordung des Erzherzogs direkt beteiligt gewesen sei, ist nicht nachgewiesen und auch nicht eigentlich behauptet worden. Ich muß aber entschieden widersprechen, wenn B. meint, (S. 398) daß Vorgehen der österreichischen Regierung im Juli 1914 gegen Serbien sei deshalb überhaupt nicht gerechtfertigt gewesen. Die Schuld der serbischen Regierung bestand darin, daß sie, sei es aus Schwäche, sei es aus innerer Sympathie die ungeheuerliche Agitation gegen den Nachbarstadt duldete, auf deren Boden das Attentat erwachsen ist. Es ist im Völkerrecht allgemein anerkannt, daß eine Regierung für eine derartige Agitation verantwortlich gemacht werden darf. Das erkennt übrigens nachher Barnes selber an, und ich verstehe deshalb nicht, weshalb er (S. 410) Österreichs Verhalten willkürlich, beleidigend und abscheulich nennt.

Die in der Anmerkung auf derselben Seite erwähnte serbische Behauptung von einer geheimen, unrichtigen Nachricht, die der russische Generalstab den Serben habe zugehen lassen und die den Anlaß zu dem Attentat gegeben habe, ist ja für die Serben und Russen sehr belastend, aber zweifellos unrichtig.

4. Der Ausdruck (S. 399), daß Berchtold aus Mangel an Willenskraft im Juli 1914 der Kriegspartei nachgegeben habe trifft nicht den Kern der Sache. Er gab nach, nicht aus Mangel an Willenskraft, sondern weil er schlechterdings keine andere Rettung für Österreich mehr sah. Das hat jüngst sogar Professor Viktor Basch anerkannt, indem er in seiner Rede in Berlin ausführte, daß Österreich nicht wohl anders habe handeln können. Auch Barnes sagt das am Schlusse selber.

5. Der Ausdruck, daß Berlin Wien eine Blanko-Vollmacht erteilt habe, wird zwar häufig auch in Deutschland gebraucht, geht aber, wie ich in meiner Broschüre „Stand der Kriegsschuldfrage“ dargelegt habe, zu weit.

6. S. 395 zitiert B. aus Schmitt, daß es sich 1914 um einen Kampf um das politische Gleichgewicht gehandelt habe, in dem keine Partei nachgeben konnte, ohne das Übergewicht auf die andere Partei übergehen zu lassen. Das ist insofern unzutreffend, als 1914 gar kein Gleichgewicht mehr bestand, vielmehr hatte die Entente, namentlich seit der außerordentlichen Verstärkung Serbiens durch den zweiten Balkankrieg im Herbst 1912 ein ausgesprochenes Übergewicht, dessen sie sich vollkommen bewußt war. Immer wieder ließ Poincaré in Petersburg sagen, die Sachverständigen seien des Sieges der Entente über die Mittelmächte vollständig sicher. Serbien allein fesselte ja annähernd die Hälfte der österreichisch-ungarischen Kräfte, und der Krieg brach also aus, nicht um das Gleichgewicht zu erhalten, sondern weil man in Paris und Petersburg des Übergewichts bewußt die alten

Ziele des nationalen Ehrgeizes, die Rückeroberung Elsaß-Lothringens und die Eroberung Konstantinopels mit Sicherheit glaubte erreichen zu können. Deutschland und Österreich hatten solche Aspirationen, die nur durch Krieg zu erreichen waren, nicht; ihre Politik war eine Politik des Friedens und des Rechts.

7. Daß am 25. Juli das österreichische Heer an der serbischen Grenze vollständig mobilisiert gewesen sei, ist ein Irrtum. Die Mobilmachung wurde an diesem Tage überhaupt erst verkündet, auch erst für die Hälfte der Armee und sollte erst am 12. August völlig vollendet sein.

8. S. 406 wird ausgeführt, daß Rußland nach der Kontrolle der Meerengen gestrebt habe, wobei aber zu bemerken ist, daß Kontrolle im englischen Sprachgebrauch „Herrschaft" bedeutet. Rußland strebte nicht nach bloßer Aufsicht über die Meerengen, sondern nach ihrem Besitz. Sehr gut wird auf S. 407 im Anschluß daran die (angebliche) Blanko — Vollmacht Deutschlands an Österreich verglichen mit der Blanko-Vollmacht, die Poincaré an Rußland erteilte. Der Unterschied ist aber, daß Deutschland sein Hilfsversprechen an Österreich benutzte, sobald der Konflikt akut wurde, Österreich zu mäßigen, Poincaré das aber mit Rußland nicht nur nicht tat, sondern es im Gegenteil noch vorwärts zu treiben suchte.

10. S. 411 wird verglichen, daß die russischen Militaristen die Politik in derselben Weise vorwärts getrieben hätten, wie in Österreich der General v. Hötzendorf. Der Vergleich ist offenbar ungerecht, denn Hötzendorf trieb zum Kriege, weil er glaubte, daß Österreich auf keine andere Weise zu retten sei, als indem es rechtzeitig Serbien zur Vernunft brächte; die russischen Militaristen aber trieben zum Weltkriege, nicht weil sie Rußland retten, sondern weil sie Konstantinopel erobern wollten. Der Plan der Eroberung Konstantinopels war der Weltkrieg; Österreichs Wunsch, sich den serbischen Dorn aus dem Fleisch zu ziehen, bezweckte die Vermeidung des Weltkrieges. Ich denke doch, das ist ein wesentlicher Unterschied.

11. S. 425 sagt B. vortrefflich, „wer möchte behaupten, daß irgendeiner der anderen Staaten, wenn er in die Lage Österreichs versetzt worden wäre, nicht ungefähr getan hätte, was Österreich tat?" Wenn er aber weiter diesen Zwang für Österreich daraus ableitet, daß „in Europa ein wild verschrobenes System von Nationalismus, Imperialismus, Geheimdiplomatie und Militarismus" geherrscht habe, und endlich sagt, daß k e i n e r von den leitenden Staatsmännern gewünscht habe, die Welt in Brand zu setzen, so muß ich widersprechen. Alle Geheimdiplomatie, Nationalismus, Imperialismus und Militarismus hätten niemals zum Kriege geführt, wenn es nicht an gewissen Stellen Männer gegeben hätte, die tatsächlich den Krieg wollten und die Welt in Brand setzen wollten. Diese Persönlichkeiten aufzusuchen und an den Pranger zu stellen, ist die Aufgabe jeder Untersuchung über den Kriegsursprung. Von wenigstens vier Persönlichkeiten weiß man es

bereits mit Bestimmtheit: Poincaré, Iswolski, Nicolai Nicolajewitsch, Dimitriewitsch. Von anderen, die beschuldigt worden sind, darf man mit derselben Bestimmtheit sagen, daß sie den Weltkrieg nicht wollten: Wilhelm II., Bethmann Hollweg.

Drei Antworten und zwei Fragen an Herrn Raymond Recouly.

Friedrich Stieve.

Im „Figaro" vom 19. September behandelt der bekannte französische Publizist Raymond Recouly, der seiner politischen Überzeugung nach ziemlich weit rechts steht, die Kriegsschuldfrage und stellt dabei u. a. die Forderung auf, die französische Regierung solle die Archive öffnen. Am Schluß des beachtenswerten Artikels werden drei Fragen aufgeworfen, die Deutschland nach Ansicht des Verfassers beantworten muß. Denn an dem Tage, wo es dies tue, werde Frankreich erkennen, ob es seine Meinung rektifizieren müsse. „Aber", so schließt Recouly, „dieser Tag ist sicherlich noch in weiter Ferne." Das allerdings ist, wie wir gleich zeigen werden, ein Irrtum. Doch zuerst wollen wir seine drei Fragen wiedergeben. Sie lauten in wörtlicher Übersetzung:

„1. Die Mitschuld Deutschlands bei der Ausarbeitung des österreichischen Ultimatums, das sogar auch nach dem österreichischen Geständnis bestimmt war, den Krieg mit Serbien herbeizuführen, bei dem Rußland nicht unbeteiligter Zuschauer bleiben konnte, ist genau festgestellt. Das damalige Deutschland hat jedem, der es hören wollte, erklärt, daß es von diesem Ultimatum, das ohne sein Vorwissen abgefaßt wurde, nichts wußte. Oder aber das damalige Deutschland hat gelogen, wie dies ja auch die von ihm veröffentlichten Dokumente sinnfällig dargelegt haben.

2. Was die russische Mobilmachung anbetrifft, welche die umgehende Antwort auf die österreichische war, so war damals noch nicht alles verloren und trotz alledem hätte der Krieg noch vermieden werden können. Hat denn Deutschland irgendwelche Vorschläge in Beratung gezogen, hat es sich nicht Hals über Kopf in die Ereignisse gestürzt, alle diplomatischen Fäden abgeschnitten, Rußland aufgefordert, zu demobilisieren, eine Antwort innerhalb zwölf Stunden verlangt und dann gleich den Krieg erklärt?

3. Hat Deutschland die belgische Neutralität verletzt? Ja oder nein? Eine Neutralität, die es sich verpflichtet hatte zu schützen, um derentwillen dann England in den Krieg eingetreten ist?"

Wir wollen zunächst gleich etwas vorwegnehmen: Die dritte Frage hat mit der Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Welt-

krieges nicht das geringste zu tun. Der deutsche Einmarsch in Belgien war bekanntlich ein Schritt, der nicht den Krieg hervorrief, sondern der durch den Krieg hervorgerufen wurde. Als er vorgenommen wurde, waren Deutschland, Frankreich, Österreich und Rußland bereits in den Krieg verwickelt, und die militärische Nothandlung, die der Einmarsch bedeutet, diente lediglich England zum Vorwand für seine Kriegserklärung gegen Deutschland. Es ist also irreführend, den Fall Belgien mit der Frage nach der Schuld am Weltkriege zu verknüpfen. Im übrigen mag auch darauf hingewiesen werden, daß von deutscher Seite die Verletzung der belgischen Neutralität niemals in Abrede gestellt worden ist. Dabei aber darf eine wichtige Tatsache nicht übersehen werden. Nach dem Zeugnis Iswolskis vom 2. Februar 1911 (Livre Noir I, Seite 32) rechnete die französische Regierung schon damals damit, „daß Deutschland bei Gelegenheit eines deutsch-französischen Krieges auf jeden Fall die belgische Neutralität bestimmt verletzen wird“. Man wußte also bereits sehr früh in Paris, daß sich der Gegner bei der doppelten Umklammerung von Osten und Westen, d. h. von Frankreich und Rußland, durch jene Nothandlung zu helfen versuchen werde. Wenn nun Frankreich trotzdem vor dem allgemeinen Zusammenstoß nicht zurückschreckte, so ergibt sich daraus immerhin auch eine Art von Mitwisserschuld, die Recouly Deutschland im Falle Österreich aufbürden möchte.

Damit kommen wir zu der ersten Frage. Hier bedarf es vor allem des Hinweises, daß „die Mitschuld Deutschlands bei der Ausarbeitung des österreichischen Ultimatums“ an Serbien in keiner Weise „genau festgestellt ist“, sondern daß die Akten im Gegenteil ergeben haben, wie wenig die Berliner Regierung von dem Schritte der Donaumonarchie vorher wußte. Nach einer Randbemerkung Kaiser Wilhelms II. vom 4. Juli 1914 vertrat man in Berlin den Standpunkt, „es sei lediglich Österreichs Sache, was es zu tun gedenkt“. Es fand in der Tat keinerlei Gedankenaustausch mit Wien über den Wortlaut des Ultimatums statt und von deutscher Seite wurde lediglich auf Beschleunigung gedrungen, da man befürchtete, daß sonst die allgemeine Entrüstung über das Attentat in Serajewo wieder verflogen sein könnte. Außerdem verlangte man für den Fall militärischen Vorgehens die Unterlassung aller Mobilmachungsmaßnahmen in Galizien, was wiederum den Zweck hatte, Rußland nicht zu reizen. Bevor das Ultimatum veröffentlicht wurde, kannte man in Berlin nur einige Punkte aus dem Inhalt, es waren ungefähr dieselben, die auch dem Quai d’Orsay gemeldet waren. Die Behauptung, daß die Note ohne Deutschlands Wissen abgefaßt wurde, besteht so nach wie vor mit Recht.

Auf Frage 2 ist folgendes zu erwidern: Die russische allgemeine Mobilmachung war keineswegs „die umgehende Antwort auf die österreichische“, denn sie ging dieser voraus. Bekanntlich wurde der Befehl zur ersteren am 30. Juli abends 7 Uhr erteilt, während die letztere erst am 31. Juli vormittags um 11½ Uhr angeordnet wurde. Ferner

hat sich Deutschland keineswegs „Hals über Kopf in die Ereignisse gestürzt“ und „alle diplomatischen Fäden abgeschnitten“, sondern es hat während der kritischen Tage fast alle Vermittlungsvorschläge, die aus London kamen, nach Wien weitergegeben und teilweise sogar noch ergänzt. Gerade in den letzten Tagen vor dem 31. Juli arbeitete es mit großem Nachdruck daran, von Österreich versöhnliche Zugeständnisse zu erlangen. Sogar die allgemeine russische Mobilmachung wurde von Berlin aus nicht sofort mit der gleichen Maßnahme beantwortet, sondern am 31. Juli nachmittags wurde noch eigens in Petersburg darauf aufmerksam gemacht, daß die deutsche Mobilmachung erfolgen müsse, wenn das Zarenreich nicht binnen zwölf Stunden seine Kriegsmaßnahmen einstelle. Das war angesichts der gefährlichen Lage ein großes Zugeständnis und keinerlei Bedrohung.

Damit sind also die drei Fragen von Recouly beantwortet. Wird er nun bereit sein, seine Meinung zu rektifizieren? Da er die Forderung auf Öffnung der französischen Archive stellt, dürfen wir ihn wohl als Freund der Wahrheit ansprechen, und wenn uns dies nicht erlaubt wäre, hätte ja ein Eingehen auf seine Ausführungen überhaupt keinen Sinn. Um Recouly aber Gelegenheit zu geben, auch unsere Ansicht vom Ausbruch des Weltkrieges und vor allem von der Rolle, die Frankreich dabei gespielt hat, zu kritisieren oder zu korrigieren, sei es uns gestattet, an ihn zwei Fragen zu richten, deren Beantwortung wesentlich für die Feststellung der Wahrheit ist.

1. Warum konnte Rußland bei einem Kriege Österreichs gegen Serbien nicht unbeteiligter Zuschauer bleiben? Zwischen Rußland und Serbien bestand unseres Wissens keinerlei Bundesvertrag, der das Zarenreich gezwungen hätte, Serbien Hilfe zu leisten. Warum also mußte Rußland das Schwert ziehen, wenn Österreich von dem übermütig gewordenen Nachbarn Genugtuung verlangte. Das ist tatsächlich ein entscheidender Punkt bei dem ganzen Problem der kritischen Tage. Denn in Wien und Berlin rechnete man bloß mit einem lokalen Krieg zwischen der Donaumonarchie und Serbien. In Petersburg machte man aber aus diesem Konflikt den europäischen Krieg, indem man um der Serben willen mobilisierte.

2. Wie verhielt sich Frankreich zu jener Zeit? Geschah in Paris auch nur e i n Schritt, um den russischen Bundesgenossen zur Mäßigung zu mahnen? Kein Dokument enthält die leiseste Andeutung über einen solchen Versuch. Statt dessen wissen wir, daß die französische Regierung wiederholt ihre bewaffnete Hilfe in Petersburg zusicherte und darüber hinaus den Rat erteilte, die Kriegsvorbereitungen nicht etwa einzustellen, sondern geheimzuhalten, was ebenso wie die bekannte Maßnahme der Zurückziehung der französischen Truppen um 10 Kilometer von der deutschen Grenze den Zweck hatte, die Welt über den französisch-russischen Kriegswillen zu täuschen. Und in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August, 1 Uhr morgens, also sechzehn Stunden vor der Kriegserklärung Deutschlands an Rußland und zweieinhalb Tage

vor der Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich, telegraphierte der russische Militärattaché in Paris an seine Regierung: „Der französische Kriegsminister eröffnete mir in gehobenem, herzlichem Tone, daß die Regierung zum Kriege fest entschlossen sei." Wer hat sich also Hals über Kopf in die Ereignisse gestürzt? Deutschland oder Frankreich?

Diese Fragen sind von deutscher Seite bereits sehr oft gestellt worden. Eine Antwort wurde aber bisher nie erteilt. Wird nun Herr Recouly sie geben? Wir wären ihm im Sinne der Förderung der Wahrheit dafür zu großem Danke verpflichtet und würden auf diese Weise gern die Diskussion mit ihm fortsetzen.

Die neutrale Erforschung der Kriegsursachen.

Dr. Herman Harris Aall, Kristiania[1]).

Auf Wunsch des Herrn Dr. Herman Harris Aall geben wir diesen Aufsatz hier wieder. Von einer Stellungnahme seitens der Schriftleitung müssen wir natürlich absehen, da sich die Beurteilung der Dinge unserer Kompetenz entzieht. Selbstverständlich ist die Schriftleitung bereit, Herrn Dr. Japikse zu einer Erwiderung den entsprechenden Raum zur Verfügung zu stellen. Die Schriftleitung.

1. Mangel in der Darstellung des Herrn Dr. Japikse.

Herrn Dr. Japikses Artikel in Nr. 9 dieser Zeitschrift stellt die Bestrebungen, die in der „neutralen Kommission" Ausdruck gefunden haben, in nicht zulänglicher Weise dar. Nach dieser Darstellung haben in der Kommission zwei Richtungen bestanden, die beide wollten, daß die Untersuchung „ein wissenschaftliches Gepräge haben sollte", aber nur die eine mit dem Zweck, eine rein wissenschaftliche Untersuchung vorzunehmen ohne jeden „Nebenzweck", die andere wollte „auch rein wissenschaftlich vorgehen, aber mit dem Nebenzweck, eine Bewegung gegen den Artikel 231 des Versailler Vertrages oder gegen den ganzen Vertrag in die Wege zu leiten!" — Herr Dr. Japikse, der Vorsitzender der holländischen Delegation war, hat sich auf den Standpunkt gestellt, den er den rein wissenschaftlichen nennt, „ohne jeden direkten politischen Zweck", und freut sich darüber, daß auch die deutsche Forschung sich für einen großen Teil „auf die rein wissenschaftliche Methode" eingestellt hat. — Dieser Standpunkt hat in der Kommission die Oberhand bekommen, „allerdings nach hartem Ringen". Trotzdem „war es, als ob diese Kommission von Anfang an zur Ohnmacht verurteilt war". Und die holländische Delegation hat sich nun von der

[1]) Diese Antwort auf den Artikel des Herrn Dr. Japikse in „Die Kriegsschuldfrage", September, S. 340 ff., ist durch zufällige Umstände verspätet worden.
H. H. A.

neutralen Kommission losgesagt, um „die Führung der Arbeit in die Hand zu nehmen". Die Uneinigkeit, die bestanden hat, charakterisiert Herr Dr. Japikse als „gegen den Weg" gerichtet, „in welchem man zum Endziel gelangen wollte" und charakterisiert ihn als „einen prinzipiellen Unterschied der Arbeitsmethode", den „jeder Sachverständige verstehen wird".

Ich habe selbst die Initiative zur Bildung der Neutralen Kommission ergriffen, die Leitung der Arbeit in der Hand gehabt bis zur Bildung der Kommission Neujahr 1922 und an ihrer konstituierenden Arbeit im ersten Halbjahr teilgenommen. Ich kenne also die Sache von der ersten Stunde an.

Die Geschichte der Bewegung, die ich hierunter wiedergebe, wird beweisen, daß die Darstellung des Herrn Japikse nicht richtig ist.

2. Die Bewegung zur Bildung einer neutralen Kommission.

Die Bewegung, die darauf ausging, eine neutrale Kommission zu bilden, war von der ersten Stunde, lange ehe Herr Dr. Japikse hineingezogen wurde, darauf gerichtet, nicht nur ein „wissenschaftliches Gepräge" zu gewinnen, sondern auch durch und durch wissenschaftlich zu sein. Sie hatte ebensowenig vorher wie später einen anderen als wissenschaftlichen Zweck. Ihre anderen Mitglieder waren in nicht geringerem Maße als Herr Dr. Japikse ohne jeden Nebenzweck.

Die Uneinigkeit bezog sich nicht, wie Herr Dr. Japikse sagt, auf „den Weg und die Arbeitsmethode", sondern darauf, was Gegenstand der Untersuchung sein sollte.

Es war der Eindruck vom Schwindel der Kriegsagitation, der mich veranlaßte, die Bewegung ins Leben zu rufen. Ein Aufenthalt in mehreren neutralen Ländern während des Krieges hatte mir gezeigt, welche Tyrannei auf die Auffassung der Neutralen ausgeübt wurde, — wie Telegrammbüros, Presse, schwarze Listen und Konzessionen benutzt wurden, um überall in der Welt eine Auffassung zu erzwingen oder hervorzulocken, die den politischen Interessen der Kämpfenden dienen konnte. Und über das Ganze wurde für die allgemeine Auffassung ein Schein gebreitet, als sei es das Recht, das jede der Parteien gegenüber den Verbrechen der anderen wahrte. — Unter dieser Tyrannei wurde die freie Überzeugung ehrenhafter Männer planmäßig ausgerottet, völkerrechtliche Bedenken wurden lahmgelegt, indem man sie als von der Gegenpartei gekauft und bezahlt stempelte, dem Nationalgefühl, das sich unter Protest gegen Kränkungen erhob, wurde das Wort verweigert in einer Presse, für die die Rücksicht auf eine kriegführende Machtgruppe mehr oder weniger leitend war. Schimpfworte, Unwahrheiten und Drohungen tyrannisierten auch die Neutralen. — Unter dem Alpdruck dieses Schwindels suchte ich nach einem Mittel, um den Weg zu finden zur Wahrheit über die wichtigste aller Anklagen der Agitation, die Verantwortung für den Krieg, und glaubte, mittels Untersuchungen der neutralen Vertreter der Wissenschaft zum Ziel zu kommen.

Der erste Schritt dazu wurde Frühjahr 1918 unternommen, also zu einer Zeit, als die Zentralmächte die Chance des Sieges in der Hand hielten. Unter der Arbeit für diese Aufgabe verlief das Jahr 1918 und das erste Halbjahr 1919. Und da in dieser Zeit Entscheidungen über die Frage der Verantwortung für den Krieg getroffen wurden, von der Versailler Kommission am 29. März 1919, in Clemenceaus Ultimatum vom 16. Juni 1919 und im Versailler Traktat §§ 227—231, mußte der nächste Zweck sein, diese zu untersuchen. Die Veranlassung dazu waren in erster Linie die Formen, in denen die Entscheidungen getroffen wurden. Bei diesen waren noch immer ähnliche Formen angewandt wie im Kriege: Der Schein des Rechts war in machtpolitischen Dienst gestellt, um gewisse Auffassungen zu erzwingen. Man hielt es für denkbar, daß die Entscheidungen inhaltlich richtig sein konnten. Aber die Art des Vorgehens, daß eine Partei ein Urteil in eigener Sache fällt und als Sieger von dem anderen Teil ein Schuldbekenntnis erpreßt unter einer Aushungerungstortur, wie sie die Weltgeschichte noch nicht erlebt hat, — diese Rechtskomödie deutete auf ein Justizverbrechen. Es wirkte und wirkt wie eine Herausforderung auf das Rechtsbewußtsein jedes ehrenhaften Menschen und wie eine Aufforderung vor allem an die Rechtswissenschaft, die Entscheidung einer erneuten Prüfung zu unterziehen, sie zu verwerfen, sie zu bestätigen oder ein „non liquet“ auszusprechen. — Dieser Zweck kam zum Ausdruck in folgendem Aufruf, der zum Teil schon 1918 formuliert war: „Wir die unterzeichneten Bürger von Ländern, die im Weltkriege neutral geblieben sind, sprechen den Wunsch aus, daß die Verantwortung am Weltkriege in einer Form untersucht werde, die den Prinzipien der Gerechtigkeit und der objektiven Wissenschaft entspricht. Wir sind der Ansicht, daß eine solche Untersuchung nur durch eine unparteiische Kommission vor sich gehen kann, die aus sachverständigen Bürgern der neutralen Länder zusammengesetzt ist.“ — Wie man sieht, richtet sich dieser Vorsatz direkt auf die Entscheidungen, die in der Frage der Verantwortung für den Krieg getroffen waren. Wie man ferner sieht, war es gerade der Umstand, daß die früheren Entscheidungen in rechtsstrittigen Formen getroffen worden waren, der den Wunsch nach neuen Untersuchungen veranlaßte.

Dieses Programm wurde unterzeichnet von Hunderten hoch angesehener Bürger in Skandinavien, Finnland, der Schweiz und Holland, — hier u. a. von dem ehemaligen Premierminister, Professor der Rechtswissenschaft de Savornin Lohmann — und in den Siegerländern, darunter sozusagen sämtlichen Mitgliedern der britischen Arbeiterregierung. Um die Unkosten der Untersuchung zu bestreiten, wurden ganz erhebliche Beträge in den neutralen Ländern und vornehmlich in den Vereinigten Staaten gezeichnet. Von Bürgern der besiegten Länder wurde kein Pfennig angenommen.

Man hätte meinen sollen, daß die Männer der Wissenschaft, an die der ehrenvolle Ruf erging, an der Untersuchung teilzunehmen, diesen

Ruf entweder unter seinen eigenen Prämissen hätten annehmen oder ablehnen sollen.

3. Holländische Einwände.

Von Holland wurde nach einiger Zeit vorgeschlagen, daß man den Ausdruck „Verantwortung für den Krieg“ mit „Ursachen des Krieges“ ersetzen sollte. Auf die norwegischen Einwendungen, daß die Aufgabe dadurch in eine umfassende geschichtliche Darstellung abgleiten werde, statt eine rechtswissenschaftliche Untersuchung einer Einzelfrage zu umfassen, wurde geantwortet, daß dies keineswegs die Absicht sei. Der Inhalt der Aufgabe werde derselbe bleiben, aber die Bezeichnung „Ursachen des Krieges“ erscheine weniger herausfordernd. Unter diesen Prämissen wurde der Vorschlag auch von skandinavischer Seite gut geheißen.

In der Kommission zeigte sich indessen bald, daß das, was der ursprüngliche Zweck der Bewegung gewesen war und wofür — besonders von Amerika — Gelder gezeichnet waren, beiseite geschoben wurde zum Besten eines Plans, der auf einen höheren Grad der Wissenschaftlichkeit Anspruch erhob. Dieser Plan ging darauf aus, das zu streichen, was der ursprüngliche Zweck der Bewegung gewesen war, nämlich die bereits vorliegenden Entscheidungen und ihre Berechtigung zu untersuchen, — um sofort zu dem überzugehen, was Nebenzweck gewesen war: die allgemeinen Ursachen des Krieges soweit möglich klarzulegen.

Ich bekämpfte den neuen Plan mit allen Kräften unter Hinweis darauf, daß das nicht beabsichtigt gewesen sei, weder seitens derer, von denen die Aufforderung zu der ganzen Untersuchung ausgegangen war, noch seitens derer, die Beiträge dazu gegeben hatten. Da ich indessen damals gemeint hatte, den Beitritt zur Kommission ablehnen zu müssen, war ich ohne formelle Berechtigung, die Dinge auf die Spitze zu treiben, und so siegte die neue Richtung. Sie wurde in der Kommission vornehmlich von dem Vorsitzenden der holländischen Delegation vertreten. Die Folge war, daß das Interesse, das durch mehrjährige, angestrengte Arbeit und unter erheblichen ökonomischen Opfern zu wecken gelungen war, zum Erlöschen kam. Beiträge, die unter anderen Voraussetzungen zugesagt waren, hörten auf. Die siegreiche Richtung brachte dergestalt die Kommission in den Zustand der Ohnmacht, den Dr. Japikse trotz seines Sieges selbst konstatiert.

Es sollte wohl überflüssig sein zu beweisen, daß das Programm, das in der Kommission siegte, nicht um einen Deut höhere Wissenschaftlichkeit beanspruchen darf als das, das zu Fall gebracht wurde.

Meines Wissens gibt es kein Thema zwischen Himmel und Erde, das nicht Gegenstand wissenschaftlicher Forschung sein kann, — auch nicht die Entscheidungen, die von der Versailler Konferenz am 29. März 1919 getroffen wurden, Clemenceaus Ultimatum vom 16. Juni 1919 oder die Paragraphen 227—231 des Versailler Traktats. Wenn ein angesehener Mann der Wissenschaft wie Dr. Japikse nicht einsieht, daß diese Gegenstände in ebenso hohem Maße „rein wissenschaftlich“ ohne

politischen „Nebenzweck“ untersucht werden können, wie sein Programm, so deutet dies darauf, wie schwierig es sein kann, politische Nebenzwecke dem Gedankengang fernzuhalten. Die Urheber der Bewegung hatten ein autoritatives Urteil der Wissenschaft über die formelle und materielle Berechtigung der getroffenen Entscheidung gewünscht. Sie haben gewünscht, die Wahrheit ans Licht gebracht zu sehen. Hingegen hatten sie keinerlei Wunsch angedeutet, daß das Urteil in einer bestimmten Richtung gehen sollte. Ihr Wunsch nach dem Licht der Wahrheit war nämlich kaum weniger stark als bei denen, die kraft ihrer wissenschaftlichen Stellung den Beruf gehabt hätten, die Initiative zu einer solchen Aufgabe zu ergreifen, es aber zu tun versäumt hatten. — Herrn Dr. Japikses Behauptung, daß diese „Richtung“ darauf ausging, „eine Bewegung gegen den § 231 des Versailler Traktats oder den ganzen Vertrag in die Wege zu leiten“, ist daher nicht zutreffend. Die Bewegung ging darauf aus, zu untersuchen, ob § 231 die Wahrheit enthielt. Man braucht nicht einmal sachverständig zu sein, um diesen Unterschied zu verstehen. Ein hierzu im Gegensatz stehender Plan ist meines Wissens keinem Kommissionsmitglied in den Sinn gekommen. Auch jede Ausnutzung der Resultate der Kommission hat außerhalb der Pläne gelegen. Sie haben nicht die Frage untersuchen wollen: „Wer trägt die Verantwortung für den Krieg“, sondern sich umgekehrt auf dieses konzentriert: „Was ist die Wahrheit bezüglich der Verantwortung?“ — Jede hiergegen streitende Behauptung ist eine neue Unwahrheit.

Indessen ist Herr Dr. Japikse also davon ausgegangen, daß die „Richtung“, die er bekämpft, „eine Bewegung gegen § 231 oder gegen den ganzen Vertrag“ in die Wege leiten wollte. Man darf da wohl davon ausgehen, daß darin für ihn der Grund liegt, das Programm zu bekämpfen und ein anderes zu vertreten. Eine andere Auffassung kann man aus seiner Darstellung wohl nicht gewinnen.

Es sieht hiernach aus, als ob der politische Zweck, einem solchen Angriff vorzubeugen, Herrn Dr. Japikses Standpunkt zur Aufgabe bestimmt hat.

Man sucht nämlich vergeblich nach einer wissenschaftlichen Rücksicht, die ihm das Recht geben sollte, darüber als Zensor zu walten. über welche Gegenstände wir Aufklärung zu verlangen berechtigt sein sollten, welche Wahrheiten wir erfahren sollen, welche Unwahrheiten wir angreifen dürfen[1]).

[1]) In seinem hier besprochenen Artikel („Die Kriegsschuldfrage“ Nr. 9, S. 342) widmet Herr Dr. Japikse der Frage eine besondere Aufmerksamkeit, „ob eine eventuelle für Deutschland günstige Lösung der Schuldfrage die großen Erfolge haben würde, welche viele Leute sehnlichst erwarten“, und kommt zu einem verneinenden Resultat. Man darf natürlich nicht verlangen, daß Herr Dr. Japikse soviel mehr von so einer Zukunftsfrage wissen soll, als andere es tun. Mit dieser Wendung, daß „viele Leute“ usw., muß eine Anspielung — in etwas ironischer Form — an die vorher erwähnte Richtung in der neutralen Kommission, die Herr

Denn er kann ja wohl nicht gemeint haben, daß diese Versammlung neutraler Männer der Wissenschaft die Wahrheit verfälschen wollte, um so weniger, als er ja selbst als einer von ihnen beteiligt sein und Gelegenheit haben sollte, seine Auffassung von der Sache geltend zu machen.

Der Vorsitzende der holländischen Delegation muß also davon ausgegangen sein, daß eine wissenschaftliche Untersuchung der getroffenen Entscheidungen zu einem Angriff auf diese führen würde und hat diesem Angriff vorbeugen wollen. Das ist ein politisches Motiv.

4. Behauptungen des Herrn Dr. Japikse im einzelnen. Seine wissenschaftliche Methode.

1. Aber es ist denkbar, daß er eine Tendenz gefürchtet hat, eine voreingenommene Auffassung der anderen Mitglieder, von der er sich selbst frei glaubt. Und doch hätte gerade Dr. Japikse weniger als irgendein anderes Mitglied einen solchen Verdacht hegen sollen.

Bei der Aufforderung an Holland zur Teilnahme an der Untersuchung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß jedes Land seine Vertreter selbst namhaft machen sollte. In Holland wurde Herr Japikse gewählt. Selbstverständlich wurden von den anderen Ländern keinerlei Einwendungen gegen seine Teilnahme in der Kommission geltend gemacht. Dies hätte für ihn wohl eine Garantie dafür sein sollen, daß der Zweck, den er bekämpfte, eher über als unter seiner eigenen wissenschaftlichen Gewissenhaftigkeit lag. Herr Japikse veröffentlichte nämlich seinerzeit ein Buch über die Stellung Hollands im Weltkriege, das eigentümliche Äußerungen über seinen Standpunkt gerade zu derjenigen Frage enthält, an deren Untersuchung er nun teilnehmen sollte. Dieses Buch war jedenfalls mir bekannt, ehe Herr Dr. Japikse an der ersten Plenarversammlung der Kommission in Kopenhagen, Ostern 1922, teilgenommen hatte. Auf Seite 34 der deutschen Ausgabe seines Buches heißt es folgendermaßen: „Eine Untersuchung zur Beantwortung dieser (Schuld-)Fragen müßte von einer Kommission durchgeführt werden, wie sie ja von verschiedenen Seiten gewünscht worden ist. — Für den Augenblick erscheint es unmöglich, zu einer völlig genügenden Lösung zu kommen. W o h l d a r f i c h o h n e Z u r ü c k h a l t u n g n a c h d e n ö s t e r r e i c h i s c h e n u n d d e u t s c h e n a k t e n m ä ß i g b e g r ü n d e t e n P u b l i k a t i o n e n (Note 2: im besonderen der von Groos und Kautsky) s a g e n , d a ß d i e ö s t e r r e i c h i s c h e u n d d e u t s c h e R e g i e r u n g v i e l s c h u l d i g e r s i n d a l s i c h w ä h r e n d d e s K r i e g e s a n z u-

---

Dr. Japikse bekämpft, gelesen und der Eindruck von den politischen Motiven dieser Richtung verstärkt werden. Herr Dr. Japikse erwähnt dagegen überhaupt nicht, daß die Motive der Untersuchung von Anfang an den Zweck gehabt haben, Leuten, die sich von der Wirkung der Propaganda befreien möchten, die notwendige wissenschaftliche Leitung zu bieten, um die Wahrheit in der Schuldfrage womöglich zu erkennen.

nehmen geneigt war."[1]) — Dieser merkwürdige Satz gibt, wie man sieht, keinen Aufschluß darüber, in welchem Punkte oder wegen welcher Handlungen der Verfasser früher die Zentralmächte für weniger schuldig angesehen hat und nun für in höherem Maße schuldig ansieht, auch nicht, welche Gründe er für seinen ehemaligen Irrglauben gehabt und jetzt für seine bessere Erkenntnis hat, noch auch welchen Grad von Unschuld er früher angenommen hat und welchen Grad von Schuld er jetzt annimmt. Noch auch zu welchem Bruchteil sich die von ihm angenommene Mehrschuld auf die beiden vermeintlichen Schuldigen verteilt. Der Satz entbehrt überhaupt der ersten elementaren Bedingungen der Wissenschaftlichkeit — einer Begründung. Der Hinweis des Verfassers auf die österreichischen und deutschen aktenmäßig begründeten Publikationen (im besonderen der von Groos und Kautsky) verbessert die Sache nicht. Mit „Groos" ist vermutlich „Dr. Roderich Gooss" gemeint. Mit Kautskys aktenmäßig begründeter Publikation scheint Kautskys eigene Darstellung „auf Grund" offizieller Dokumente gemeint zu sein. Die Unzuverlässigkeit des Letztgenannten in seiner Darstellung ist wohl bekannt, und es vermehrt nicht das Vertrauen in die kritischen Fähigkeiten des Verfassers, daß er bekennt, seine Überzeugung infolge dieser Darstellung verändert zu haben. Überdies ist ein Hinweis auf diese Publikationen überhaupt so unbestimmt, daß es nicht möglich ist, daraus eine Auffassung herzuleiten, worauf er hinaus will. Herrn Dr. Japikses Urteil über die Verantwortung am Kriege ist somit, wissenschaftlich gesehen, wertlos. Die wissenschaftliche Bedeutung seines Richterspruchs beschränkt sich darauf, sein persönliches Bekenntnis abzulegen, daß er sich geirrt hat. Das ist natürlich sehr achtenswert. Ob es aber auch notwendig war, dieses Bekenntnis öffentlich vorzulegen? Es ist nicht ganz klar, wozu das erforderlich sein sollte. Es kann kaum andere interessieren als Herrn Japikses persönliche Bekannte und natürlich die Entente. — Ein erhöhtes Zutrauen darin, daß er in Zukunft nicht in ähnlicher Weise fehlgreift, kann es unmöglich geben. Andere haben mit ihrer Stellungnahme gewartet, bis die betreffende Frage so geklärt war, daß sie ihre Auffassung nicht zu ändern und ihre Bekehrung nicht öffentlich zu bekennen brauchten.

Aber wenn jenes Bekenntnis auch keinen wissenschaftlichen Wert hat, so hat es dafür einen um so größeren Wert politisch. Für die große Menge, deren Auffassung über diese Frage nicht auf selbständigem Studium, sondern auf der Autorität der Zeitungen und der Meinungen von autoritativen Personen beruht, für alle diese Opfer der Propaganda und der Agitation wird die zitierte Äußerung des Herrn Dr. Japikse dasjenige Gewicht in politischer Hinscht haben, das ihr an wissenschaftlicher Bedeutung fehlt. Man kann wohl nicht annehmen, daß Herr Japikse dies übersehen haben sollte.

---

[1]) Hier hervorgehoben.

2. Es ist das nicht der einzige Punkt, worin Herrn Dr. Japikses Buch wissenschaftlich angreifbar ist — und immer ertappen wir ihn in derselben Richtung. Seine Darstellung auf Seite 94—100 über den Seekrieg und dessen Entwicklung geht in überraschender Weise an wichtigen Momenten vorbei, die zuungunsten der Entente wirken könnten. Nach Besprechung der englischen Erklärung über die Nordseesperre vom 2. November 1914 und Hollands Protest hiergegen wird die englische Behauptung, die diesen Völkerrechtsbruch rechtfertigen soll, erwähnt, nämlich, „daß die große Anzahl treibender deutscher Minen“ England zu dieser Maßnahme zwang. Hier wäre es für einen Mann der Wissenschaft wohl angebracht gewesen, hinzuzufügen, daß die deutsche Regierung, alsbald nachdem die englische Regierung mit ihrer Behauptung aufgetreten war, am 7. November 1914 die Behauptung über treibende deutsche Minen für unwahr erklärte, die englische Regierung aufforderte, ihre Behauptung zu beweisen, und diese Behauptung wieder und wieder ergehen ließ — noch zu einem so späten Zeitpunkt sogar wie am 11. Januar 1917 —, ohne daß die englische Regierung jemals Beweis erbrachte.

Ganz auffallend ist es aber, daß ein holländischer Vertreter der Wissenschaft, der diese Frage behandelt, nicht einmal die eigenen Feststellungen der holländischen Presse, die von Bedeutung für diese Frage sind, erwähnt. Diese Feststellungen gingen darauf hinaus, daß bis zum 22. November 1914, also kurz nachdem die englische Behauptung an die Öffentlichkeit gekommen war, etwas über 100 Minen an der holländischen Küste an Land getrieben waren. Hiervon waren 100 englisch, nicht eine einzige deutsch. Das berichtet Herr Dr. Japikse aber nicht. Seine Leser erfahren also nicht, daß die englische Begründung für die Nordseesperre ein Kriegsschwindel war. — An einer anderen Stelle, Seite 86—87, teilt er mit, daß von den Minen, die im Kriege an Land trieben, „die meisten englisch waren“, was an dieser Stelle ohne Bedeutung ist, da es unerwähnt bleibt, bei seiner Behandlung des Hauptpunktes im ganzen Kriege — der Nordseesperre und ihrem erdichteten Grund. —

Ich könnte eine Reihe anderer Beispiele aus dem Buch erwähnen, die weniger von wissenschaftlicher Methode als von einseitiger Tendenz zeugen. Platzmangel verhindert mich, darauf einzugehen.

Diese Zeugnisse für Herrn Dr. Japikses Einstellung haben indessen die übrigen Mitglieder der Kommission nicht gehindert, ihn als Mitglied anzuerkennen. Das hätte ihm als eine beruhigende Garantie dafür dienen sollen, daß andere Mitglieder nicht einen so ausgesprochenen Standpunkt entgegengesetzter Tendenz genommen hatten. Kein anderes ihrer Mitglieder hat, soweit mir bekannt, ein solches allgemeines Bekenntnis über seine Auffassung in der Schuldfrage abgelegt, geschweige denn auf einer so unsicheren Grundlage.

Es ist deshalb überraschend, daß gerade Herr Dr. Japikse sich veranlaßt gesehen hat als Repräsentant einer „rein wissenschaftlichen

Untersuchung“ und einer „rein wissenschaftlichen Methode“ aufzutreten, sich selbst eine Mine höherer Wissenschaftlichkeit zu geben und die neutralen Bestrebungen zu verdächtigen, die einen Weg aus dem Schwindel der Kriegsagitation und des Unrechts der Kriegsleidenschaften finden wollen.

5.

Die neutrale Kommission wird ihr Streben nach wissenschaftlicher Wahrheit ungehindert vom Ausscheiden des Herrn Dr. Japikse fortsetzen. Als die Sieger die Besiegten als schuldig verurteilten, — aber nach einer geheimen Untersuchung, wozu die Angeklagten nicht gerufen wurden, — ferner als sie den Besiegten ein Schuldbekenntnis abzwangen, aber ohne ihre Schulderkenntnis, mittels der Aushungerung eines Volkes, das seine Waffen im Vertrauen auf vierzehn heilige Versprechen niedergelegt hatte, — da zeigten sie die Absicht, sich den Schein des Rechtes anzueignen, um vor der öffentlichen Meinung von diesem Schein zu profitieren. Diese Handlungsweise ist empörend für das moralische Gefühl, eine Beleidigung und Herausforderung des Rechtsbewußtseins jedes redlichen Menschen, ganz von dem realen Inhalt der Entscheidungen abgesehen. — Die Rechtswissenschaft der Welt hätte und hat allen Anlaß, als Sprachrohr des allgemeinen Rechtsbewußtseins fruchtlos die Stimme der verletzten Rechtsprinzipien zu erheben.

Von holländischer Seite ist gegenüber diesem Wunsch hervorgehoben, daß man nicht „anmaßend“ auftreten und nicht über die Großmächte zu Gericht sitzen dürfe. Es ist wahrscheinlich, daß ein solcher Gedankengang auch für den Vorsitzenden der holländischen Delegation mitbestimmend gewesen ist. Es scheint, als ob ein Gefühl der Bescheidenheit im Namen der Wissenschaft sich geltend gemacht hat. Die Wissenschaft dürfte nicht versuchen, gegenüber dem Joch der Großmächte eine Rolle zu spielen. Dieser Gedankengang war also nicht getragen von dem Gefühl der absoluten Souveränität der Wissenschaft über alle Weltmächte. Aber es fehlte ihm auch das Gefühl für ihren ethischen Beruf, für ihre Pflicht, die Stimme der Wahrheit rücksichtslos und wirkungsvoll in den wichtigsten Angelegenheiten der Menschheit geltend zu machen. Dieses ethische Pathos hinter dem Wahrheitsstreben der Wissenschaft ist in der siegreichen Richtung der neutralen Kommission in Wegfall gekommen. *In einer Epoche, wo Gewalt und Schwindel um den Vorrang gekämpft haben und wo das Recht des Geisteslebens durch keine allgemein anerkannte Autorität auf dem Gebiet der Religion, der Moral oder der Rechtsordnung vertreten war, hatte die Wissenschaft ihre historische Mission als einziger Herold für das absolute Recht der Wahrheit.* Aber das Bewußtsein der Wissenschaft von einem solchen Beruf hat jedenfalls keinen ihrer Vertreter dazu getrieben,

Märtyrer zu werden. Wenn dieser Beruf sich beim Vorsitzenden der holländischen Delegation stärker geltend gemacht hätte, würde er vielleicht mehr Gefühl dafür gehabt haben, daß seine Aufgabe eher war, die Bestrebungen zu unterstützen, die darauf gerichtet waren, die Wahrheit aus dem größten Lügenmeer der Welt zu retten, als diese Bestrebungen lahmzulegen und die Arbeit zu zersplittern, durch den Versuch, sie in seine Hand zu nehmen. Er hat recht darin, daß die Arbeit der Kommission, nachdem seine Richtung gesiegt hatte, einige Zeit zur Ohnmacht verurteilt schien. Dagegen hat er nicht recht darin, daß die holländische Delegation „die Führung der Arbeit in der Hand" hat. Die holländische Delegation unter Herrn Dr. Japikses Leitung hat sich aus der neutralen Kommission ausgemeldet. Das ist alles. Die Arbeit der Kommission wird fortgesetzt werden, nachdem er ausgetreten ist. Er hat nicht die Wissenschaft vor irgendeiner Gefahr gerettet durch seine Teilnahme an der Arbeit — wenn seine Rolle in die Geschichte übergeht, wird dies geschehen unter einer anderen Marke.

Korrespondenz Berlin-Wien während der Krise 1914.

Die deutschfeindliche Geschichtsschreibung war schwer enttäuscht, als sich in den „Deutschen Dokumenten zum Kriegsausbruch" keine Aktenstücke fanden, welche die zahlreichen, während des Krieges gegen Deutschland verbreiteten Legenden bestätigt hätten. Nichts über einen Kronrat in Potsdam am 5. Juli, nichts über kaiserliche Instruktionen oder Verweise an den deutschen Botschafter in Wien, keine Vereinbarung über eine gemeinsame Mobilmachung, keine Mitteilung über einen Entschluß zum europäischen Kriege.

Statt dessen der Nachweis, daß Deutschland schon am 27. Juli in Wien zum Einlenken geraten, am 28. aus eigener Initiative, 24 Stunden früher als Sir Edward Grey, den Vorschlag „Halt in Belgrad" gemacht, und in der Nacht vom 29. zum 30. in schärfster, unter Bundesgenossen sonst nicht üblicher Sprache einen Druck zur Nachgiebigkeit geübt hat.

Die Enttäuschung war so schwer, daß sich einige übelwollende Kritiker dazu hinreißen ließen, den Verdacht auszusprechen, daß wichtige Dokumente der Korrespondenz Berlin-Wien verheimlicht worden seien. Um solchen leichtfertigen Verleumdungen den Boden zu entziehen, wird im Nachstehenden mit amtlicher Genehmigung die Inhaltsangabe aller während der Krise 1914 zwischen dem Auswärtigen Amt in Berlin und der deutschen Botschaft in Wien gewechselten Telegramme veröffentlicht, die wegen ihrer völligen Belanglosigkeit von den Herausgebern in die deutschen Dokumente nicht aufgenommen worden sind. Alle hier nicht angegebenen Nummern sind in den

deutschen Dokumenten in vollem Wortlaut veröffentlicht, wie ein Vergleich mit dem Verzeichnis auf Seite 218—219 des vierten Bandes ergibt.

Jeder urteilsfähige Forscher wird anerkennen, daß die Aufnahme der nunmehr veröffentlichten Telegramme nur einen unnötigen Ballast für das Studium der Dokumente gebildet hätte. Von Interesse sind äußerstenfalls die nachstehenden Stücke:

Berlin Nr. 144 vom 25. Juli, daß, behufs Vermeidung von Insultierungen der deutschen Flagge diese bei Übernahme der Geschäfte der österreichischen Gesandtschaft in Belgrad auf dem Gesandtschaftsgebäude nicht gehißt werden solle.

Wien Nr. 129 vom 29. Juli, daß Österreich trotz maritimer Vorbereitungen Frankreichs im Mittelmeer von einer Mobilmachung seiner Flotte absehen werde. Man vergleiche damit, daß an demselben Tage in Rußland die baltische Flotte mobilisiert und in England die zur Probemobilmachung versammelte Flotte in den frühen Morgenstunden nach ihrer Kriegsstation in Scapa Flow absegelte.

Wien Nr. 176 und 177 vom 5. August, daß selbst an diesem Tage von Bulgarien zunächst nur strikte Neutralität erwartet wurde.

Telegramme des Auswärtigen Amtes an die Botschaft in Wien.

2. Juli.

Nr. 108. Deutschland lehnt Beteiligung an einer Intervention in Albanien ab.

„ 109. Organisation der albanischen Staatsbank.

„ 110. Vertretung Kaiser Wilhelms bei der Leichenfeier für Erzherzog Franz Ferdinand.

4. Juli.

Nr. 111. Albanische Bankfrage.

5. Juli.

Nr. 112. Militärischer Erfolg der albanischen Insurgenten.

7. Juli.

Nr. 114. Bulgarische Anleihe. Besorgnisse des Grafen Forgách hierwegen erscheinen unbegründet (Antwort auf Wien Nr. 82 vom 6. Juli).

8. Juli.

Nr. 115. Aufenthalt des Kreuzers „Goeben“ in Pola.

11. Juli.

Nr. 118. Personalien.

16. Juli.

Nr. 119. Weitergabe von Telegramm Nr. 7 der deutschen Botschaft in Rom (Deutsche Dokumente Nr. 51).

18. Juli.

Nr. 121. Eventualität italienischer Aktion in Albanien gegen Valona.

19. Juli.

Nr. 123. Urlaub für Legationsrat von Bethmann Hollweg bei der Botschaft in Wien.

21. Juli.

Nr. 128. Nachrichten über Angriff der Epiroten auf Valona.

23. Juli.

Nr. 131. Eintreffen des Kreuzers „Goeben" in Pirano.

25. Juli.

Nr. 144. Im Falle Abberufung des österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad und Übergabe der Geschäfte an deutsche Gesandtschaft darf, um Insultierungen der deutschen Flagge zu vermeiden, diese auf dem österreichischen Gesandtschaftsgebäude nicht gehißt werden.

„ 145. Vorrücken der Rebellen in Albanien.

26. Juli.

Nr. 149. Griechenland dementiert Pressenachrichten über Zusammenziehung griechischer Truppen an bulgarischer Grenze.

„ 155. Personalien der deutschen Konsulate in Triest und Fiume.

27. Juli.

Nr. 159. Anfrage wegen Entsendung eines deutschen Offiziers als Berichterstatters zur österreichischen Armee gegen Serbien.

„ 165. Nach serbischem Gesandten in Athen besteht angeblich Absicht Serbiens, einem Angriff Österreichs durch Zurückziehen der Truppen ins Innere auszuweichen und dann durch Verhandlungen zu einer Verständigung zu gelangen.

28. Juli.

Nr. 175. Aufenthalt des Kreuzers „Goeben" in Triest 29. bis 31. Juli.

29. Juli.

Nr. 179. Mitteilung von Telegramm Nr. 47 aus Bukarest über Haltung Rumäniens. Erwünscht, daß Sofia durch Wien veranlaßt würde, in Bukarest bestimmte Erklärung über strikte Neutralität abzugeben.

„ 185. Aufforderung zum Bericht über Sperrung direkten Telegrammverkehrs Berlin—Konstantinopel durch Österreich.

30. Juli.

Nr. 183. Vereinbarung über Heimreise deutscher und österreichischer Wehrpflichtiger im Falle der Mobilmachung.

„ 184. Rumänien befürchtet Angriff Bulgariens und bittet daher, die Prolongation von 30 Millionen Schatzscheinen durch österreichische Banken zu verhindern. Berlin unterstützt rumänisches Ersuchen.

„ 196. Personalien.

„ 197. Anmeldungen von Kriegsberichterstattern der Zeitungen.

„ 198. Dank für Telegramm Nr. 111 aus Wien (Huldigung der Bevölkerung für Kaiser Wilhelm).

31. Juli.

Nr. 205. 3^{15} nachm. Ausspruch des „Zustandes drohender Kriegsgefahr“ (vgl. Deutsche Dokumente Nr. 479).
„ 209. Nummer ist ausgefallen.
„ 211. Vereinbarung über Gepäckbeförderung heimkehrender deutscher und österreichischer Wehrpflichtiger.

1. August.

Nr. 213. Weitergabe einer Meldung aus Nisch über Erlaß des serbischen Innenministers, für Leben und Eigentum der fremden Staatsangehörigen zu sorgen, soweit Kriegslage es zuläßt.
„ 216. Personalien.
„ 217. Mitteilung, daß „Sicherung“ für deutsche Marine angeordnet.

2. August.

Nr. 224. Anfrage an Chiffrierbüro.
„ 225. Weitergabe eines Telegramms aus Sofia über Behandlung deutscher Eisenbahnwagen an der serbisch-bulgarischen Grenze.
„ 226. Weitergabe einer Meldung aus Madrid über Stellungnahme der spanischen Regierung.

3. August.

Nr. 228. Gerücht aus Nisch, daß Griechenland die serbischen Garnisonen in Stip und Umgegend ablöse.
„ 230. Eintritt des Kriegszustandes mit Frankreich.

4. August.

Nr. 231. Ersuchen an österreichisch-ungarische Regierung, Reise des französischen Botschafters und Botschaftspersonals von Berlin über Wien und den Arlberg nach der Schweiz in entgegenkommender Weise zu ermöglichen.
„ 233. Mitteilung des Wortlauts der deutschen Mobilmachungsordre.
„ 236. Anfrage wegen einer Geldsendung für den Crédit Lyonnais.
„ 238. Verhandlungen über Abreise deutscher und österreichischer Flüchtlinge auf Dampfschiffen.
„ 239. Österreichische Durchfuhrscheine für Lieferung von Waffen und Munition nach Albanien.

5. August.

Nr. 245. Mitteilung über englische Kriegserklärung.
„ 246. Personalien.
„ 249. Bitte, Österreich zur Kriegserklärung an England veranlassen und Wunsch Admiralstabes mitteilen, durch Vorstoß österreichisch-ungarischer Flotte „Goeben“ sofort zu entlasten.
„ 251. Anfrage wegen Durchfuhrscheine für Waffen und Munition.
„ 252. Verhalten beim Einmarsch in Polen.
„ 253. Personalien.

Telegramme der Botschaft in Wien an das Auswärtige Amt.

6. Juli.

Nr. 82. Graf Forgách befürchtet Scheitern der bulgarischen Anleihe.

15. Juli.

Nr. 88. Botschafter von Tschirschky wird auf zwei bis drei Tage Urlaub nach seinem Landsitz Hosterwitz (bei Dresden) nehmen.

17. Juli.

Nr. 89. Urlaub für Legationsrat v. Bethmann Hollweg (bei der Botschaft in Wien).

23. Juli.

Nr. 98. Dementi der angeblichen Absicht Österreichs, vom Lowtschen gewaltsam Besitz zu ergreifen.

26. Juli.

Nr. 110. Der serbische Generalstabschef, der auf seiner Reise von Gleichenberg (in Steiermark) nach Serbien angehalten worden war, ist sofort wieder freigelassen und in einem Salonwagen an die serbische Grenze befördert worden.

27. Juli.

Nr. 111. Huldigung der Wiener Bevölkerung für Kaiser Wilhelm.

28. Juli.

Nr. 117. Verhandlungen der Insurgenten in Albanien.

29. Juli.

Nr. 129. Nachrichten über maritime Vorbereitungen Frankreichs im Mittelmeer. Österreich wird notwendige Vorbereitungen treffen, um eventuell seinen Verpflichtungen gegenüber Italien rechtzeitig nachzukommen, und Italien davon verständigen. Von Mobilmachung der österreichisch-ungarischen Flotte wird abgesehen, da Graf Berchtold von einem solchen durch die Expedition gegen Serbien nicht unmittelbar gebotenen Schritt abgeraten hat.

30. Juli.

Nr. 131. (Antwort auf Berlin Nr. 179 vom 29. Juli.) Entsprechende Weisung an österreichischen Vertreter in Sofia wird abgehen.

„ 138. Anfrage an Chiffrierbüro.

„ 140. (Antwort auf Berlin Nr. 184 vom 30. Juli.) Österreich ist vertragsgemäß zur Prolongation der 30 Millionen Schatzscheine verpflichtet.

31. Juli.

Nr. 145. Personalien.

1. August.

Nr. 146. Zustimmung zur Entsendung eines deutschen Offiziers als Berichterstatters zur österreichischen Armee gegen Serbien (Antwort auf Berlin Nr. 159 vom 27. Juli).

2. August.

Nr. 157. Personalien.

3. August.

Nr. 161. Anfrage wegen Zulassung von Kriegskorrespondenten.

4. August.

Nr. 160. Ersuchen um Mitteilung des Wortlauts der deutschen Mobilmachungsordre.

„ 165. Anfrage an Chiffrierbüro.

5. August.

Nr. 172. Geldsendung für Crédit Lyonnais (Antwort auf Berlin Nr. 236 vom 4. August).

„ 173. Österreichisch-ungarischer Gesandter in Bukarest erhält gleiche Instruktion (Antwort auf Berlin Nr. 242 vom 4. August, Deutsche Dokumente Nr. 864).

„ 175. Italien erachtet türkische Mobilisierung als gegen Rußland gerichtet.

„ 176. Anregungen wegen strikter Neutralität Bulgariens.

„ 177. Wie Nr. 176.

Graf Max Montgelas.

Paléologues Entlastungsversuch für Poincaré.

August Bach.

Anläßlich der Veröffentlichung der Tagesaufzeichnungen des ehemaligen französischen Botschafters in Petersburg, Georges Louis, hat Maurice Paléologue, der 1914 Botschafter in Petersburg war, dem „Temps“ zur Entlastung Poincarés und zur Rechtfertigung seiner eigenen Person eine Erklärung zugehen lassen, die nachstehenden Wortlaut hat:

Paris, den 17. November 1924.

An den Herrn Direktor des „Temps“.

Herr Direktor! Ich lese in der „Europe“ die „Erinnerungen“, die Herrn Georges Louis zugeschrieben werden. Ich kann kaum glauben, daß mein ehemaliger Kollege, den ich für einen vornehmen Geist gehalten, in sein Tagebuch derartige Klatschereien eingetragen habe, deren Mehrzahl sich selber Lügen straft.

Nichtsdestoweniger erkläre ich laut, daß ich, sowohl als Direktor der politischen Angelegenheiten 1912 und 1913, wie auch als Botschafter in Petersburg 1914, nur für die Aufrechterhaltung des Friedens gearbeitet habe. Ich würde im Notfalle alle meine Minister zu Zeugen anrufen: Poincaré, Jonnart, Pichon, Doumergue und Viviani.

Aber in einer klareren Form klagt Herr Georges Louis (oder wenigstens die Person, die seinen Namen vorschützt) mich an, im Juli 1914 zum Ausbruch des Krieges beigetragen zu haben, indem ich die russische Regierung zur Unnachgiebigkeit angestachelt hätte. Hier ist meine Antwort: Als der Kriegsausbruch am 28. Juli von Stunde zu Stunde drohender wurde, verlangte ich spontan von der russischen Regierung, daß sie im voraus alle Maßnahmen annehmen würde, die Frankreich und England ihr zur Aufrechterhaltung des Friedens vorschlagen würden. Als Sasonow sich weigerte und hinzufügte, er könne nicht im voraus Maßnahmen annehmen, deren Ziele und Bedingungen er nicht kenne, erwiderte ich ihm: „Dann bitten Sie den Kaiser, daß er mich sofort empfängt; denn ich werde mein Land nicht in einen Krieg hineinführen lassen, solange meine Regierung noch die geringste Hoffnung hat, ihn zu beschwören.“ Nach kurzem Zaudern gab mir Sasonow seine offizielle Zustimmung, die ich alsbald nach Paris telegraphiert habe. Und ich weiß, daß meine Sprache, die am selben Abend dem Zaren übermittelt wurde, nicht ohne Einfluß auf das so großmütige Telegramm gewesen ist, das der Zar am anderen Tag an Kaiser Wilhelm abgesandt hat, um ihm das Anerbieten zu übermitteln, den österreichisch-serbischen Konflikt dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten.

Ich will das Andenken an Herrn Georges Louis nicht trüben und will glauben, daß er, wenn er vor seinem Tode diese Tatsache gekannt hätte, die jetzt unter seinem Namen erscheinenden angeblichen „Erinnerungen“ nicht veröffentlicht haben würde.

Genehmigen Sie, Herr Direktor, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

Paléologue.

Die in diesem Brief von Paléologue aufgestellten Behauptungen stehen zu den bisherigen Forschungsergebnissen im Widerspruch.

1. Im offiziellen französischen Gelbbuch über den Kriegsausbruch 1914 ist das Telegramm, das Paléologue am 28. Juli über seine Unterredung mit Sasonow an seine Regierung gesandt haben will, nicht enthalten.

Es ist dringend zu wünschen, daß Paléologue vom französischen Auswärtigen Amt die Genehmigung zur Veröffentlichung dieses Dokumentes erhält.

2. Am 28. Juli will Paléologue von sich aus den russischen Außenminister zu einer versöhnlicheren Haltung veranlaßt haben. Für den gleichen 28. Juli stellen die Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums: „Der Beginn des Krieges 1914“[1]) das genaue Gegenteil fest: „Der französische Botschafter verständigte im Auftrage seiner Regierung den Minister des Äußeren über die voll-

---

1) Der Beginn des Krieges 1914. Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums. Mit einem Vorwort von Alfred von Wegerer. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924. S. 15.

kommene Bereitschaft Frankreichs, wenn es notwendig sein sollte, seine Bündnispflichten zu erfüllen."

Diese offizielle Zusicherung bedingungsloser Bündnistreue, die Paléologue am 28. Juli abgegeben hat, und für die Sasonow durch Iswolski in Paris herzlichst danken ließ, steht durchaus im Einklang mit dem Telegramm Iswolskis vom 28. Juli (Nummer 198), in dem der Botschafter berichtete: „Halte es für meine Pflicht, klarzulegen, daß, wie aus meiner gestrigen Unterredung am Quai d'Orsay hervorgeht, der Verweser des französischen Außenministeriums keinen Augenblick die Möglichkeit eines mäßigenden Einflusses in Petersburg zugelassen ...."

Daß Paléologue, ohne Instruktionen seiner Regierung, auf eigene Verantwortung nicht nur zur Mäßigung geraten, sondern nach seiner Darstellung in fast drohender Sprache Mäßigung gefordert haben sollte, bleibt bis zum dokumentarischen Beweis des Gegenteils durchaus unglaubhaft.

3. Paléologue erklärt, Sasonow habe den Inhalt ihrer Unterredung am Abend des 28. Juli dem Zaren mitgeteilt, und Paléologues Sprache sei nicht ohne Einfluß auf das Telegramm des Zaren an Wilhelm II. geblieben, in dem dieser dem Deutschen Kaiser den Vorschlag machte, den österreichisch-serbischen Konflikt dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten.

Paléologue unterschätzt hier das Gedächtnis seiner Leser. Er selber hat in seinen Erinnerungen ausführlich erzählt, daß Sasonow von dem Haager Telegramm des Zaren, das am 29. Juli, 8 Uhr 20 abends, abgesandt wurde, keinerlei Kenntnis gehabt hat. Die Depesche geht ihrem Inhalt nach auf einen Vorschlag zurück, den der Zar bereits am 27. Juli Sasonow brieflich mitteilte, ohne daß dieser ihn irgendwie beachtet hätte.

Paléologue schreibt in seinen Memoiren, er habe nach Veröffentlichung der Depesche im Januar 1915 Sasonow bittere Vorwürfe wegen der so späten Bekanntgabe dieses Telegrammes gemacht. Welch ausgezeichnetes Propagandamittel hätte sie dargestellt! „Denken Sie doch! Am 29. Juli, in dem Augenblick, in dem die Triple-Entente so große Anstrengungen machte, um den Frieden zu retten!" (Paléologue: La Russie des Tsars pendant la Grande Guerre, Paris 1922, S. 225 ff.)

Diese Ausführungen zeigen, daß die Erklärung, die Paléologue dem „Temps" zugesandt hat, jeder beweiskräftigen Unterlage entbehrt.

Literatur zur Kriegsschuldfrage.

Erster Nachtrag.

Die Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen hat im Dezember 1923 das erste Sonderheft dieser Zeitschrift der „Literatur zur Kriegsschuldfrage" gewidmet. Im Nachfolgenden geben wir als ersten Nachtrag die wichtigste Literatur zur Kriegsschuldfrage, die im Jahre 1924 erschienen ist. Die Schriftleitung.

Deutschland.

Dokumente.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich Thimme.

Dritte Reihe: Die Politik der Freien Hand. Vom Eintritt des Deutschen Kaiserreichs in die Weltpolitik (1897) bis zum Schluß des Jahres 1903. 6 Bände. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin 1924.

Vierte Reihe: Die Isolierung der Großmächte. Erste Abteilung: Band 19 bis 21. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924.

Dirr, Dr. Pius: Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch. Zweite, erweiterte Auflage. Verlag R. Oldenbourg, München 1924.

Outbreak of the World War. German Documents collected by Karl Kautsky and edited by Max Montgelas and Walther Schücking. Translated by the Carnegie Endowment for International Peace. Division of International Law. In one Volume. New York, Oxford University Press 1924.

Erinnerungen.

Hammann, Otto: Deutsche Weltpolitik 1890—1912. Verlag von Reimar Hobbing, Berlin 1924.

Kiderlen-Wächter: Der Staatsmann und Mensch. Briefwechsel und Nachlaß. Herausgegeben von Ernst Jäckh. 2 Bände. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin-Leipzig 1924.

Tirpitz, von, A.: Politische Dokumente. Der Aufbau der deutschen Weltmacht. J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger, Stuttgart und Leipzig 1924.

Darstellungen.

Brandenburg, Erich: Von Bismarck zum Weltkriege. Die deutsche Politik in den Jahrzehnten vor dem Kriege. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924. 454 S.

B r i n k m a n n, Carl: Englische Geschichte 1815—1914. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924.

D e l b r ü c k, Clemens von: Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914. Verlag für Kulturpolitik, München 1924.

D e l b r ü c k, Hans, Prof. Dr.: Der Stand der Kriegsschuldfrage. Carl Heymanns Verlag, Berlin 1924. 29 S.

F r a n t z, G u n t h e r, Archivrat und Mitglied des Reichsarchivs, Major a. D., ehemals im Großen Generalstabe: Rußlands Eintritt in den Weltkrieg. Der Ausbau der russischen Wehrmacht und ihr Einsatz bei Kriegsausbruch. Mit Genehmigung des Reichsarchivs und unter Benutzung amtlicher Quellen. Mit zahlreichen, bisher unveröffentlichten russischen Dokumenten, darunter einer Denkschrift des Generals Danilow in deutscher Übertragung, sowie einer Karte. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte Berlin, 1924.

H a k e, von, Fritz: Englands Kriegsbilanz. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck, München 1924. 87 S.

H a r m s, Paul: Vier Jahrzehnte Reichspolitik 1878—1918. Ursachen des Niederbruchs und Vorbedingungen des Aufstieges. Verlag Quelle und Meyer, Leipzig 1924. 209 S.

H a r t u n g, Fritz: Deutsche Geschichte vom Frankfurter Frieden bis zum Vertrag von Versailles 1871—1919. Zweite neubearbeitete und erweiterte Auflage der Deutschen Geschichte von 1871—1914. Kurt Schröder, Bonn und Leipzig 1924. 383 S.

H e r z f e l d, Dr. Hans, Privatdozent an der Universität Halle: Die Deutsche Rüstungspolitik vor dem Weltkriege. Kurt Schroeder Verlag, Bonn und Leipzig 1923.

H o h l f e l d, Johs.: Geschichte des Deutschen Reiches 1871—1924. Leipzig, S. Hirzel. 1924. 788 S.

J a g o w, Kurt, Dr.: Das Drama der 13 Tage. Ein Beitrag zur Kriegsschuldfrage. In Verbindung mit der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. Otto Elsner Verlagsgesellschaft m. b. H. Berlin 1924.

K a b i s c h, Generalleutnant a. D.: Streitfragen des Weltkriegs. Bergers Literarisches Büro und Verlagsanstalt, Stuttgart 1924.

K a r o, Georg: Zur Vorgeschichte des Krieges. Herausgegeben vom Deutschen Frauenausschuß zur Bekämpfung der Schuldlüge. Berlin 1924.

L ü t k e n s, Gerhart: Deutschlands Außenpolitik und das Weltstaatensystem (1870—1922) J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin 1923.

M o n t g e l a s, Général comte de: Les Responsabilités de la Guerre. Un Plaidoyer Allemand. Traduction, Avant Propos et Notes de Fernand Gouttenoire de Toury. André Delpeuch. Éditeur, Paris 1924.

Rachfahl, Felix, Professor Dr.: Die Umwälzung der neuesten Geschichtsschreibung durch die letzten Quellen der Bismarckzeit, Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924.

Rothfels, Hans: Bismarcks englische Bündnispolitik. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin, 1924.

Schwertfeger, Bernhard: Die diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914. Ein Wegweiser durch das große Aktenwerk der deutschen Reichsregierung. Erster Teil: Die Bismarck-Epoche 1871—1890. Kommentar zur ersten Gruppe (Band I—VI). Zweiter Teil: Der neue Kurs 1890—1899 (Kommentar zu Reihe II der Aktenpublikation). Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924.

Stieve, Friedrich: Iswolski und der Weltkrieg. Auf Grund der neuen Dokumentenveröffentlichung des Deutschen Auswärtigen Amtes. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924.

Wendel, Hermann: Die Habsburger und die Südslavenfrage. Geza Kohn, Verlagsbuchhandlung Belgrad-Leipzig 1924.

Wolff, Theodor: Das Vorspiel. Verlag für Kulturpolitik, München 1924.

Ziegler, Wilhelm, Dr.: Bild-Dokumente zur Kriegsschuldfrage. Verlag: Deutsche Volksgemeinschaft, Berlin 1924.

Österreich-Ungarn.

Erinnerungen.

Musulin, Freiherr von: Das Haus am Ballplatz. Erinnerungen eines österreichisch-ungarischen Diplomaten. Verlag für Kulturpolitik, München 1924.

Darstellungen.

Pribram, A. F.: Austrian Foreign Policy. 1908—1918. Introduction by G. P. Gooch. Allen & Unwin, London 1923.

Frankreich.

Dokumente.

Documents relatifs aux négociations concernant les garanties de sécurité contre une agression de l'Allemagne (10 janvier 1919 à 7 décembre 1923). Imprimerie Nationale, Paris 1924.

Erinnerungen.

Klotz, L. L.: De la Guerre à la Paix. Souvenirs et Documents. Paris, Payot, 1924.

Ribot, Alexandre: Lettres à un ami. Souvenirs de ma vie politique. Édition Bossard, Paris 1924. 354 S.

Darstellungen.

Alazard, Jean: L'Italie et le conflit européen 1914—1916. Paris, Alcan, 1923.

Aulard, A.: 1914—1918. Histoire politique de la grande Guerre. Publiée sous la direction de A. Aulard, avec la collaboration de E. Bouvier et de A. Ganem, Quillet, Paris 1924.

Bourget, J. M.: Les Origines de la Victoire. Histoire raisonnée de la Guerre mondiale. La Renaissance du Livre, Paris 1924.

Converset, Colonel: Les trois Ans de Diplomatie secrète qui nous menèrent à la Guerre de 1914. Éditions de „La Mère éducatrice“, 39, rue Chaptal, Levallois-Perret (Seine) 1924.

Dupin, G.: Vers la vérité. Collection complète. Adressé Mandat à M. G. Dupin, à Viroflay (Seine-et-Oise).

Ermenonvile (G. Dupin): Juillet 1914. Précis du déclanchement de la Guerre et des Responsabilités. Société Mutuelle d'Édition Paris 1924.

Fabre-Luce, Alfred: La Victoire. Librairie de la Nouvelle Revue Française, Paris 1924.

Judet, Ernest: Ma Politique 1905—1917. Société Mutuelle d'Édition. Paris 1923.

Millon, P.: La Genèse de la Guerre Européenne. Imprimerie G. Boaniche, Paris 1924.

Morhardt, Mathias: Les Preuves. Le Crime de Droit commun. Le Crime diplomatique. Librairie du Travail, Paris 1924.

Rußland.

Dokumente.

Der in Björkoe abgeschlossene russisch-deutsche Vertrag vom Jahre 1905. Krasny-Archiv Band V, vollständige deutsche Übersetzung im Novemberheft 1924 der Monatsschrift „Die Kriegsschuldfrage“.

Correspondance entre Guillaume II et Nicolas II. 1894—1914. Publiée par le Gouvernement des Soviets d'après les Archives Centrales. Traduit du russe par Marc Semenoff. Paris, Plon & Nourrit 1924.

Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis. Im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes in deutscher Übertragung herausgegeben von Friedrich Stieve. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1924. 4 Bände.

Der Beginn des Krieges 1914. Tagesaufzeichnungen des ehemaligen russischen Außenministeriums vom 16.—31. Juli 1914. Krasny-Archiv Band IV. Moskau 1924. Vollständige deutsche Übersetzung herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen mit einem Vorwort von Alfred von Wegerer. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924.

Erinnerungen.

Poliwanow, A. A.: „Memoiren". herausgegeben vom Obersten Militär-Redaktionsrat, Moskau 1924.

Suchomlinow, W. A.: Erinnerungen. Deutsche Ausgabe. Reimar Hobbing, Berlin 1924.

England.

Erinnerungen.

Asquith, H. H.: Der Ursprung des Krieges. Verlag für Kulturpolitik. München 1924.

Bertie, Lord of Thame: The Diary of Lord Bertie. Edited by Lady Algernon Gordon Lennox. With a Foreword by Viscount Grey of Fallodon, In two Volumes. Illustrated. Hodder & Stoughton Ltd. London E. C. 4, 1924.

Churchill, Winston S.: Weltkrisis 1911—1914. Übersetzung von Hellmut v. Schulz. K. F. Koehler Verlag. Leipzig 1924.

The Life of Lieutenant-General Sir James Moncrieff Grierson. By D. S. Macdiarmid with a foreword by Earl Haig. Constable & Company Ltd. London 1923. 274 S.

Spender, J. A.: The life of the rigth honorable Sir Henry Campbell-Bannerman. Hodder and Stougthon. London 1923. 2 Bände.

Darstellungen.

Farrer, J. A.: England under Edward VII. Allen & Unwin. London 1923.

Gooch, G. P.: Franco-German Relations 1871—1914. London, Longmans, 1923. 64 S.

Huddlerton, Sisley: Poincaré. A Biographic Portrait. F. Fisher Unwin. London 1924. 191 S.

Jellicoe, E. G.: „Playing the game. What Mr. Asquith in his book ‚The genesis of the War' does not tell us." London. John Long, Limited. 12, 13, 14 Norris Street, Haymarket. 1924.

Kerr, Philipp, and Curtis, Lionel: The Prevention of War. New Haven, Yale University Press. London, Milford, 1923.

Morel, E. D.: The Secret History of a Great Betrayal. With a Preface by Prof. Raymond Beazley, Professor of Modern History at Birmingham University. Presented by Mr. Owen, February 7 (calendar day, February 11), 1924. — Ordered to be printed. Washington, Government Printing Office 1924.

Ward, A. W. Sir, and Gooch, G. P.: The Cambridge History of British Foreign Policy. Volume III 1866—1919. Cambridge University Press, 1923.

Vereinigte Staaten von Amerika.

Darstellungen.

Earle, Edward Mead: Turkey, the great Powers and the Bagdad Railway. A Study in Imperialism. The Macmillan Company. New York 1923.

Hazen, Charles Downer: Europe since 1815. Two volumes. New York, Henry Holt and Company, 1924.

Owen, Robert L.: The inner Secrets of European Diplomacy disclosed for the first Time to the American Public. Congressional Record, Sixty-eigth Congress, First Session. Washington, Government Printing Office, 1923.

Owen, Robert L.: Rede über die Kriegsschuldfrage. Gehalten vor dem Senat der Vereinigten Staaten von Nordamerika am 18. Dezember 1923. Mit einem Vorwort von Alfred von Wegerer. Beiträge zur Schuldfrage, herausgegeben von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen. Drittes Heft. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1925.

Page, Kirby: War: its Causes, Consequences and Cure. Allen & Unwin. London 1924.

Rowley, Louis E.: War Criminals. — Who were they? Why were they? An open letter to Hon. Robert L. Owen of Oklahoma, Author of Senate Resolution to create American High Commission to fix Responsibility for World War. Lansing, Michigan 1924.

Monatsbericht.

Presseschau.

Morel †.

Der plötzliche Tod Morels hat in Deutschland größte Anteilnahme erweckt, die sich in den Nachrufen der deutschen Zeitungen widerspiegelt.

Die „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 854) schreibt:

„Morel war eine geschichtliche Figur geworden, deren Bedeutung weit über England hinausreichte. Er war nicht nur ein Mann der Idee, sondern auch der Tat, der sich mit ganzer Persönlichkeit einsetzte für das, was er als richtig, als notwendig erkannte. Ein glühender Idealismus lebte in ihm, eine hohe Auffassung von den geistigen und moralischen Aufgaben der Menschheit. Und dieser Idealismus war getragen von jener englischen stubborn energy, die sich nie entmutigen läßt, die in jedem Widerstand und in jedem äußerlichen Mißerfolg stets die Kraft zu neuem Auftrieb findet.“

Der Londoner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" weist (in Nr. 863) auf die Tragik im Leben Morels hin, der in seinem Vaterland nur von wenigen verstanden worden ist.

„Es ist seltsam: nur wenige der wahrhaft gebildeten Engländer betrauern diesen Toten, und die Presse des Auslandes ist ungleich bewegter als die englische. Das englische Volk ist gewiß nicht schlecht und nicht undankbar — sie haben Morel nicht verstanden, und sie konnten ihn nicht verstehen, weil er in den entscheidenden außenpolitischen Dingen in einer Sprache redete, die heute noch nur wenigen Engländern begreiflich ist. Das Schicksal Morels war, daß er sich sein eigenes Volk entfremdete, während er für andere Völker um der Wahrheit willen unvergeßliche Dienste an der Menschheit verrichtete."

Das „Berliner Tageblatt" (Nr. 542) sieht in Morel einen jener Männer, „die durch die Macht ihrer Ideen und ihres Wortes mehr gewirkt und genützt haben, als sie vielleicht, zum Handeln berufen, vermocht hätten. Zu diesen großen Vorwärtsdrängern hat Morel gehört, dem, wie wenigen, ein dankbares Gedenken ohne Rücksicht auf Landesgrenzen gesichert bleibt."

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" (Nr. 311) stellen Morels Kampf in der Kriegsschuldfrage in den Vordergrund:

„Mit seiner Zeitschrift ‚Foreign Affairs' nahm Morel als erster aufrechter Engländer den Kampf gegen die Schuldlüge auf, und er hat hier mit seiner glänzenden Feder, beseelt von tiefer Herzenswärme, geradezu Epochemachendes geleistet."

Jaurès im Pantheon.

Die Asche von Jean Jaurès ist am 23. November 1924 im Pantheon beigesetzt worden. Damit hat Jaurès, der am Abend des 31. Juli 1914 im Café Croissant in Paris ermordet wurde, die höchste Ehrung erlangt, die der französische Staat vergeben kann. Am gleichen Tage wurde durch Ferdinand Buisson, dem Präsidenten der Liga für Menschenrechte, eine Gedenktafel enthüllt, die am Café Croissant angebracht worden ist. — Eine wertvolle Gedenknummer hat die „Humanité" in ihrer Ausgabe vom 23. November gebracht. Sie gibt u. a. im Wortlaut die Rede wieder, die Jaurès am 25. Juli 1914 in Lyon gehalten hat und einen seiner letzten Aufsätze aus der „Humanité" vom 24. Juli 1914 über die Reise Poincarés nach Petersburg.

Les Coulisses de l'Histoire. Les Carnets secrets de M. Georges Louis, ancien Ambassadeur de France à Saint Pétersbourg. — **L'Oeuvre, 16. November 1924.**

Als Vorabdruck aus den in der Pariser Zeitschrift „L'Europe" erscheinenden Tagesaufzeichnungen des ehemaligen französischen Botschafters in Petersburg, Georges Louis, bringt das „Oeuvre" einige

wichtige Auszüge. Es handelt sich dabei um Gespräche, die Georges Louis mit dem langjährigen französischen Botschafter in Berlin, Jules Cambon, und mit dem ehemaligen Außenminister Stephen Pichon gehabt hat. Beide Diplomaten verurteilen Poincarés Politik und betrachten ihn als mitverantwortlich für den Kriegsausbruch. Harte Worte fallen dabei über Iswolski, von dem man allgemein glaubt, daß er sogar Bestechungen gegenüber nicht unzugänglich gewesen sei. Ebenso wird die zum Kriege gegen Deutschland treibende Politik, die Delcassé und Paléologue als Botschafter in Petersburg vertreten haben, scharf kritisiert.

Les Carnets de M. Georges Louis. — **Le Temps, 18. November 1924.**

Poincaré, der offenbar schon längere Zeit vor der Veröffentlichung Kenntnis von den Tagesaufzeichnungen des Botschafters Louis erhalten hat, gibt zu seiner Entlastung an ihn gerichtete Briefe von Jules Cambon, Stephen Pichon und Herrn Daeschner, der heute Botschafter in Washington ist, bekannt. Während Jules Cambon nur in sehr allgemein gehaltenen Äußerungen den ihm von Georges Louis zugeschriebenen Äußerungen entgegentritt, sagt Pichon, er könne sich nicht dazu hergeben, daß die Feinde Frankreichs den Versuch machten, den Frieden zu sabotieren, nachdem sie mit Vorbedacht den Krieg provoziert hätten. — Auf den Brief, den Paléologue zur Entlastung Poincarés an Havas gerichtet hat, wird an anderer Stelle dieses Heftes eingegangen.

Die peinlichen Memoiren des Botschafters Louis. — **Kreuzzeitung, Nr. 546. 20. November 1924.**

Poincaré veröffentlicht einen neuen Bericht, in dem er darauf hinweist, daß im Juniheft der „Deutschen Rundschau" Charles L. Hartmann erklärt habe, daß die Papiere von Georges Louis ihm (Hartmann) zur Verfügung ständen und bei gelegener Zeit dem Publikum unterbreitet würden. Die Witwe des ehemaligen Botschafters Louis erklärte darauf in einem Brief, daß die Hinterlassenschaften ihres Gatten niemals aus ihrem Besitz gekommen seien, und daß also die Behauptung Hartmanns von ihr formell dementiert werden müßte. Auch das Verlagshaus Rieder & Co., das die Memoiren Louis' demnächst als Buch herausgeben wird, erklärt, daß Hartmann niemals im Besitz solcher Schriftstücke gewesen sein könne.

Ein Brief Sasonows. — **Le Temps, 20. November 1924.**

In einem Brief an den „Temps" erklärt der heute in Versailles lebende ehemalige russische Außenminister, er habe sich über die Echtheit der Aufzeichnungen nicht auszusprechen, aber er wolle betonen, daß sie irrige, um nicht zu sagen, erfundene Mitteilungen

enthielten. Der Zar habe entschlossen den Frieden gewollt und sei in seinem Bestreben von seiner Regierung tatkräftig unterstützt worden.

Les Carnets de M. Georges Louis. **Le Figaro,**
Von Raymond Recouly. **18. November 1924.**

Recouly behauptet, Georges Louis sei nur deshalb abberufen worden, weil Frankreich in Petersburg einen Botschafter hätte haben müssen, der einen großen Einfluß auszuüben und eine energische Sprache zu führen imstande gewesen wäre. Recouly begeht eine kleine Geschichtsfälschung, wenn er sagt, für die Abberufung von Louis habe Briand die Verantwortung übernommen. Formell ist das zwar richtig, denn Briand war genau eine Viertelstunde Ministerpräsident, als das Abberufungstelegramm hinausging.

Le „Carnet“ de M. Louis. **L'Écho de Paris,**
Von Pertinax. **19. November 1924.**

Pertinax schreibt: „Im Juli 1914 war Deutschland tatsächlich der Herr Mitteleuropas, es hatte in London den Vertrag unterzeichnet, der ihm die Bagdad-Bahn zugestand, d. h. Türkisch-Asien, und es hatte Sir Edward Grey die Teilung der portugiesischen Kolonien aufgezwungen. Gegen die politische und wirtschaftliche Eroberung kämpften wir nicht. Um der militärischen Aktion widerstehen zu können, konnten wir kaum Rußland im Rahmen der Triple-Entente erhalten, das Rußland, das durch die deutschen Intrigen unterminiert war. Botschafter Louis (mit dem Sasonow sozusagen keine Beziehungen unterhielt), hatte sich für diese Aufgabe als ungenügend erwiesen. Delcassé war vom Kaiser Nikolaus dazu bestimmt, die Aufgabe zu Ende zu führen.“

A Suspicious Publication. **The Times,**
19. November 1924.

Die „Times“ behaupten, es handle sich bei der Veröffentlichung der Tagebücher Louis' um ein französisches innerpolitisches Manöver. Sehr scharf wendet sich die „Times“ dann gegen Deutschland und sagt: „Keine Veröffentlichung im „Oeuvre“ kann jemals die Überzeugung des britischen Volkes erschüttern, daß die anerkannte Kriegsschuld, wie sie im Friedensvertrag von Versailles niedergelegt ist, auf Wahrheit beruht, und daß alle zivilisierten Nationen, die nicht selber Helfershelfer Deutschlands waren, genau so davon überzeugt sind.“

Iswolski und Poincaré. **Pester Lloyd,**
19. November 1924.

Der „Pester Lloyd“ behandelt in eingehendster Form die große Sammlung der von Friedrich Stieve herausgegebenen Iswolski-Dokumente. Im Zusammenhang mit den Tagebüchern von Georges Louis

schreibt das Blatt, daß diese Aufzeichnungen mit den Iswolski-Dokumenten in so auffälliger Weise übereinstimmten, „daß daran die geübtesten Interpretierungs- und Dementierungskünste zerschellen müssen. Die Valeurs sind ziemlich gleichgültig; das Bild, das diese, in einer Pariser Zeitschrift jetzt mitgeteilten Memoiren des französischen Diplomaten vermitteln, hat genau die gleichen Konturen, wie jenes, das sich aus dem Schriftwechsel von Louis' russischem Widersacher ergibt."

Lord Harding antwortet Tirpitz. **Berliner Lokal-Anzeiger, Nr. 535. 10. November 1924.**

In den „Times" vom 10. November veröffentlicht der ehemalige englische Staatssekretär des Äußern, Harding, den Bericht, den er am 16. August 1908 über seine Unterredung mit Wilhelm II. in Kronberg an Sir Edward Grey gesandt hat. Der Bericht ist ein interessantes Gegenstück zu dem Brief, den Wilhelm II. am 12./13. August 1908 über die gleiche Unterredung an den Fürsten Bülow geschrieben hat (vergl. Tirpitz: Politische Dokumente, S. 69 ff.).

Die Wahlen und das Ausland. **D. A. Z., Nr. 544.**
Von L. Raschdau, Gesandtem a. D. **18. November 1924.**

Am Schluß seines Aufsatzes kommt der Verfasser auf die Schuldfrage zu sprechen und sagt:

„Nachgerade fängt die Welt an einzusehen, welch schweres Unrecht an Deutschland verübt worden. Nicht die Ergebung ist unser Schicksal, wie sie in dem Typus eines Friedr. Wilh. Förster zum bedenklichsten Ausdruck kommt, ist es, die diesen Wandel erzeugt hat, sondern das Aufbegehren nationalgesinnter Kreise gegen die Verleumdungen des Versailler Diktats. Sie haben wesentlich zu der Vereinsamung geführt, die dem Frankreich eines Poincaré drohte. Und dazu gehört auch der fortgesetzte Kampf gegen die Schuldlüge.

Wenn ein früherer deutscher Botschafter davor warnt, diese Frage amtlich aufzurollen, so verkennt er den entscheidenden Grund für die unerläßliche Notwendigkeit. Gerade auch für das große Land, in dem er dem Reiche gedient hat, tritt das Bedürfnis hervor. Unter den zahlreichen Ausschnitten, die mir jede Woche aus amerikanischen Blättern zugehen, ist der Gedanke ständig wiederkehrend: „The burdens it [der Dawes-Plan] imposes are the necessary price of a war of aggression that failed", die schweren uns auferlegten Bedingungen sind die Strafe für den Angriffskrieg. Und ebenso beruht die noch immer geltend gemachte französische Forderung von Garantien, Sicherungen und Neutralisierungen deutschen Grenzgebiets auf der Anklage unserer Alleinschuld. Die Verteidigung muß sich also notwendig gegen diesen ursächlichen Zusammenhang richten. Sie hat schon Erfolge erzielt, und keine Regierung wird in Deutschland von Dauer sein, die sich diesen Gedanken nicht zu eigen macht. Natürlich

findet eine solche Politik Widerstand bei unseren Gegnern, aber das zu erreichende Ziel ist zu groß, als daß ihre Verstimmung uns in dieser Betätigung hinderlich sein dürfte. Man spricht heute viel von dem „Primat“ unserer auswärtigen Beziehungen gegenüber der inneren Politik, aber das will doch nicht heißen, daß wir einfach beflissen sein sollen, uns die Zufriedenheit unserer einstigen Feinde zu gewinnen.“

Björkoe. Neue russische Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Von Alfred von Wegerer.

Deutsche Tageszeitung, Nr. 535. 13. November 1924.

Der Verfasser zeigt an Hand der im Novemberheft dieser Zeitschrift veröffentlichten Dokumente, „daß es der durch das Bündnis mit England verstärkte französische Revanchegeist war, der das Zusammengehen Frankreichs mit Deutschland unmöglich machte“.

Ein Ruf zum Frieden.

Frankfurter Zeitung, Nr. 834. 7. November 1924.

In einem großen Artikel im Brüsseler „Soir“ beschäftigt sich der Bürgermeister von Luxemburg, Gaston Diderich, mit der Idee Pan-Europa. Er schreibt dabei über die tragischen Entscheidungsstunden des Juli 1914: „Wenn man die Depeschen und Communiqués des Juli 1914 durchliest, so wird einem die Tragik deutlich, die darin liegt, daß vielleicht niemand von all den auf verantwortlichen Posten stehenden Männern, bei denen sich im letzten Moment der furchtbare Mechanismus auslöste, der die einen Völker gegen die anderen auf Leben und Tod warf, mit vorbedachter Bosheit vorwärtsgestoßen hat.“

Der Weg Iswolskis zum Weltkriege.

Süddeutsche Monatshefte. Oktober 1924.

Die Süddeutschen Monatshefte, die so oft die Aufklärung in der Kriegsschuldfrage in so hervorragender Weise gefördert haben, widmen ihr Oktoberheft wieder dieser Aufgabe. Gegenüber dem 5 Bände umfassenden „Diplomatischen Schriftwechsel Iswolskis 1911—14“, der von Dr. Friedrich Stieve, im Auftrage des Auswärtigen Amts, herausgegeben wurde, bildet das vorliegende Heft gewissermaßen eine Volksausgabe. In geschickter, sachkundiger Weise ist unter den Dokumenten eine Auswahl getroffen worden. Die wichtigsten Dokumente sind im Wortlaut, die übrigen inhaltlich wiedergegeben. Das Heft bietet die Möglichkeit, sich in Kürze einen recht guten Überblick über diese wertvolle Veröffentlichung zu verschaffen und machen wir unsererseits auf dieses Heft ganz besonders aufmerksam.

Mededeelingen van het Nederlandsche Comité tot Onderzoek van de Oorzaken van den Wereldoorlog.

September/November 1924, Den Haag: Vogelkersstraat 54.

Dieses neue Organ enthält eine Arbeit von H. Krekel über die Haltung der deutschen und österreichischen Regierung bei Ausbruch des zweiten Balkankrieges im Juli 1913. Die Nummer bringt außerdem sehr wertvolle Hinweise auf Bücher und Zeitschriftenartikel über die Kriegsschuldfrage.

England und Deutschland. Von Robert Dell.

Die Neue Rundschau. November 1924.

Die britische Diplomatie — führt Dell aus — habe vor dem Krieg eine vollkommen einheitliche Politik verfolgt. Nur die deutsche Flottenpolitik habe ein deutsch-englisches Abkommen unmöglich gemacht. Grey sei 1912 vor der herausfordernden Politik Poincarés erschrocken und habe Haldane nach Berlin geschickt, aber an Tirpitz sei diese Mission gescheitert.

The Post-War Histories. By Ferdinand Schevill.

The Christian Century, Chicago. 23. Oktober 1924.

Professor Schevill gibt eine Darstellung der Geschichtsliteratur der Nachkriegszeit. Am Schluß des Aufsatzes bietet Professor Schevill einen kurzen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Kriegsschuldfrage, indem er sechs Legenden in Kürze widerlegt.

Wegen der prägnanten Fassung geben wir diese Stelle im englischen Wortlaut wieder:

> The bolt from the blue. Everybody was engrossed with thoughts of peace—so ran the popular tale—when Germany hurled a thunderbolt among the nations. It is now known that the whole decade preceding 1914 was brimful of war agitation and that when the fatal year appeared above the horizon, every government of Europe was nervous to the point of panic. Only if we have in mind the peoples as distinct from the plotting governments does the bolt from the blue have a certain relevance.
>
> Germany alone prepared. The legend would have it that Germany, alone armed to the teeth, threw herself upon unarmed neighbors. We are now aware that all the great powers had been arming in competition for several decades and that the preparations, more particularly of Russia and France, had since 1910 been proceeding at a much more rapid peace than those of Germany and Austria.
>
> Germany alone militaristic. That Germany was militaristic remains as well established in 1924 as it was in 1914. But the militarism of Russia was as like to that of Germany as pea and pea

since in both cases we have powerful armies subject to an autocratic will, while the militarism of republican France, particularly from 1910, when the new, the Poincaré, era dawned, assumes an aspect which carries it into about the same class as its German rival. In fact, when we take into account that in proportion to population France kept one and a half times as many men under arms as Germany and spent one and a half times as much for their maintenance, we would seem to be justified in the mathematical conclusion that she was one and a half times as militaristic.

Germany started the war in order to conquer the world. The propagators of this particular idea operated largely with the Potsdam conference of July 5, 1914. They knew with such overwhelming certainty that that was the occasion on which the war was plotted that they coined the accusatory phrase of the Potsdam gang. Since it is now certain that there never was a Potsdam conference all the sensational conclusions deduced from it stand confessed as poisonous rhetoric. It is further clear that while the German government committed in the July crisis a number of serious diplomatic blunders, it was so far removed from wanting a world war that in the last stage of the negotiations it moved heaven and earth to preserve the peace. The prime movers in the war are proved to have been Austria and Russia with the exact degree of the culpability of each still a moot point.

Peaceful France. The peaceful inclination of the vast majority of the French people admits of no doubt but the record of the group around Poincaré, which, beginning with 1910, gradually conquered the government, has aroused the liveliest suspicion. Further evidence will have to be awaited before a safe judgment can be ventured, but indications are accumulating which seem to justify the opinion held by not a few that Poincaré was the leading war promoter of Europe.

Innocent little Serbia. No longer may it be doubted that the assassination of the archduke Francis Ferdinand was planned under the direction of the chief of the intelligence division of the Serbian general staff. It was therefore an official, governmental crime. Vienna suspected as much, but lacking proofs put itself hopelessly in the wrong before the public opinion of the world with its harsh ultimatum of July 23, 1914.

Bücherschau.

Bertie, Lord of Thame: The Diary of Lord Bertie. Edited by Lady Algernon Gordon Lennox. With a Foreword by Viscount Grey of Fallodon, In two Volumes. Illustrated. Hodder & Stoughton Ltd. London E. C. 4, 1924.

Die Schriftleitung behält sich vor, auf dieses Tagebuch des langjährigen englischen Botschafters in Paris zurückzukommen.

Daniloff, Jurij, Generalquartiermeister der kaiserlich-russischen Feldarmee: Rußland im Weltkriege 1914—1915. Frommannsche Buchhandlung, Jena 1924.

Für Freiheit und Ehre. Volkskalender 1925. Herausgegeben vom Arbeitsausschuß Deutscher Verbände in Verbindung mit dem Deutschen Frauenausschuß zum Kampfe gegen die Schuldlüge. Verlag des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände. Berlin 1924.

Hollweg, Carl, Vizeadmiral a. D.: Columbusfahrt. Politische, wirtschaftliche und soziale Entdeckerbetrachtungen auf einer Amerikareise. Verlegt bei E. S. Mittler & Sohn, Berlin 1925.

Admiral Hollweg widmet ein Kapitel seiner Schrift dem Thema: „Die amerikanische Presse und die Schuldfrage.“

Am Schlusse dieses Kapitels heißt es:

„In der Public Library zu New York stand ich mit einem befreundeten Amerikaner vor einem Bild, „Kirchgang“ benannt. Puritanische Frauen gehen dort in der Indianerzeit zur Kirche. Vor und hinter ihnen schreiten Männer mit schußbereiter Büchse. „Hier haben sie ein Bild von der puritanisch-amerikanischen Lebensauffassung,“ sagte mir mein Begleiter. Diese Männer würden jeden Indianer niederschießen, der ihnen begegnet, aber die Erbauung ihrer selbst und ihrer Frauen im Gottesdienst würde dabei in nichts gestört werden.

Mit dieser Grundeinstellung werden wir zu rechnen haben. Hätte ein einheitlich geschlossenes deutsches Volk, geführt von einer zielbewußten Regierung, seit nunmehr fünf Jahren unentwegt, würdig aber mit eiserner Konsequenz und auf jede Gefahr hin auf Lösung der „Schuldfrage“ hingearbeitet, wäre der am 30. August 1924 ausgesprochene Protest gegen unsere „Kriegsschuld“ seit fünf Jahren wieder und wieder durch die Regierung in die Welt geschleudert, und wäre so das Interesse und die Achtung der Amerikaner erzwungen — die amerikanische Öffentlichkeit reagiert nun einmal nur auf starke Eindrücke —, so wäre Resolutionen, wie den obigen, wahrscheinlich ein anderes Schicksal beschieden, als ihnen nunmehr zuteil werden wird. Nur auf gepflügtem Acker kann die Saat in die Halme schießen, und das Wort „zu spät“ steht wahrscheinlich, wie im Kriege, auch über dieser Episode deutscher Geschichte.“

Kabisch, Generalleutnant a. D.: Streitfragen des Weltkriegs. Bergers Literarisches Büro und Verlagsanstalt, Stuttgart 1924.

Karo, Georg: Zur Vorgeschichte des Weltkriegs. Verlag des Deutschen Frauenausschusses zum Kampfe gegen die Schuldlüge. Berlin 1924.

Outbreak of the World War. German Documents collected by Karl Kautsky and edited by Max Montgelas and Walther Schücking. Translated by the Carnegie Endowment for International Peace, Division of International Law. In one Volume. New York, Oxford University Press, 1924.

Poliwanow, A. A.: „Memoiren", herausgegeben vom Obersten Militär-Redaktionsrat, Moskau 1924.

Wer von den Veröffentlichungen Poliwanows, des langjährigen Gehilfen des russischen Kriegsministers und nachmaligen Kriegsministers, wertvolle Beiträge zur Vorgeschichte des Krieges erwartet, wird enttäuscht. Ein ausgesprochener Bürokrat, der durch langjährigen Kanzleidienst der Armee fremd geworden ist, erzählt in der Hauptsache von interressortlichen Kompetenzstreitigkeiten der obersten russischen Verwaltungsbehörden und vielfachen persönlichen Intrigen. Von allgemeinem Interesse ist der allenthalben zutage tretende Gegensatz zum Kriegsminister Suchomlinow, den P. in erster Linie für das Versagen des militärischen Nachschubs der russischen Armee verantwortlich macht. Fast wie Absicht wirkt es, wenn P. es ängstlich vermeidet, das Gebiet der russischen Außenpolitik und vor allem die Kriegsschuldfrage zu berühren. Die seltenen außenpolitischen Hinweise lassen aber immer wieder die verhängnisvolle Rolle erkennen, die Iswolski in den Vorkriegsjahren gespielt hat.

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge. 36. Jahrgang 1920. Herausgegeben von Wilhelm Stahl. Zwei Teile. C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung, München 1924.

Tiessen, Ernst: Versailles und Fortsetzung. Eine geopolitische Studie. Kurt Vowinkel Verlag, Berlin-Grunewald 1924.

Wolff, Theodor: Das Vorspiel. Verlag für Kulturpolitik, München 1924.

Theodor Wolff, der Chefredakteur des „Berliner Tageblatts", veröffentlicht unter dem vorstehenden Titel den ersten Band seiner persönlichen Erinnerungen an die Zeit von 1900—1908, bis zum Rücktritt des Fürsten Bülow. Dieses Buch bildet einen wertvollen Beitrag zur Vorgeschichte des Krieges und wird den Historikern eine willkommene Quelle sein. Wir geben heute aus dem Vorwort des Buches nachstehende Stellen wieder:

„Dem niedrigsten Verbrecher wird gestattet, einen Richter abzulehnen, den er für feindselig, für befangen hält. Und wir sollten uns Richtern beugen, die einen Schuldspruch brauchten, um ihre Pläne ausführen zu können, und sollten die Reinheit

eines Kollegiums proklamieren, in dem vielleicht mancher unter der hoheitsvollen Toga seine eigne Schuld verbarg? Wenn ein gemeiner Raubmörder, ein zwölfmal vorbestrafter Dieb, ein schmutziger Mädchenhändler, ein abgefeimter Betrüger verhaftet worden ist, wird der Fall umständlich untersucht, vertiefen sich wachsame Anwälte in die Akten, werden der Beschuldigte und zahllose Zeugen immer aufs neue vernommen. Wo war in unserem Prozeß die Untersuchung, wo waren die Anwälte, die Akten und die Zeugen, und wann hat man den Beschuldigten angehört? Wenn ein Ehemann seine Frau oder ihren Liebhaber erschossen hat, erwägen die Geschworenen sorgfältig alle nahen und fernen Einzelheiten, durchforschen sie das ganze Vorleben der beteiligten Personen, lesen sie jede Zeile der im Nachtkasten entdeckten Briefe, suchen sie nach den Motiven, und wenn sie einleuchtende Beweggründe gefunden haben, sprechen sie frei. Das ungeheuer komplizierte, aus zahllosen Fäden gewobene Problem der Kriegsschuld wagte man durch einen Federstrich zu entscheiden, ohne auch nur flüchtig gefragt zu haben, von welchen Motiven das Handeln des Angeklagten bestimmt worden sei."

Besondere Mitteilung.

Unsere Leser werden sich aus unserer Mitteilung im September dieses Jahres erinnern, daß die Monatsschrift „Die Kriegsschuldfrage" dauernd für das neubesetzte und Einbruchsgebiet verboten worden ist. Die Gründe für das Verbot, die uns bis jetzt immer noch nicht mitgeteilt wurden, sind zweifellos einige Bemerkungen gewesen, die wir im Anschluß an den Nachdruck des auf Befehl des Generals Jacquémot in der Bergwerks-Zeitung in Essen abgedruckten Artikels gebracht haben.

Inzwischen sind, wie uns das Postzeitungsamt unter dem 24. November d. J. mitteilt, mehrere Postämter und Postagenturen geräumt worden, so daß die Zeitschrift nach diesen Orten wieder geliefert werden kann. Die betreffenden Postämter und Postagenturen führen wir hier auf:

1. Postämter:

Asbach (Westerwald),
Caub (Bez. Frankfurt-Main),
Flammersfeld (Bez. Coblenz),
Linz (Rhein),
Lorch (Rhein),
Unkel (Rhein).

2. Postagenturen:

Buchholz, Westerwald (Asbach),
Erpel, Rhein (Unkel),
Kasbach, Kr. Neuwied (Linz),
Laufenselden, Taunus (Wiesbaden 5),
Neustadt, Wied (Linz),
Oberlahr, Westerwald (Linz),
Rheinbreitbach (Unkel),
St. Katharinen, Kr. Neuwied (Linz),
Strüth, Kr. Goarshausen (Nastätten),
Vettelschloß (Linz).

Wir sind bereit, Beziehern aus diesen Orten die früheren Nummern, soweit unser Vorrat reicht, kostenlos nachzuliefern.

Alfred von Wegerer.

W. Büxenstein, Berlin SW 48, Friedrichstr. 240/41.